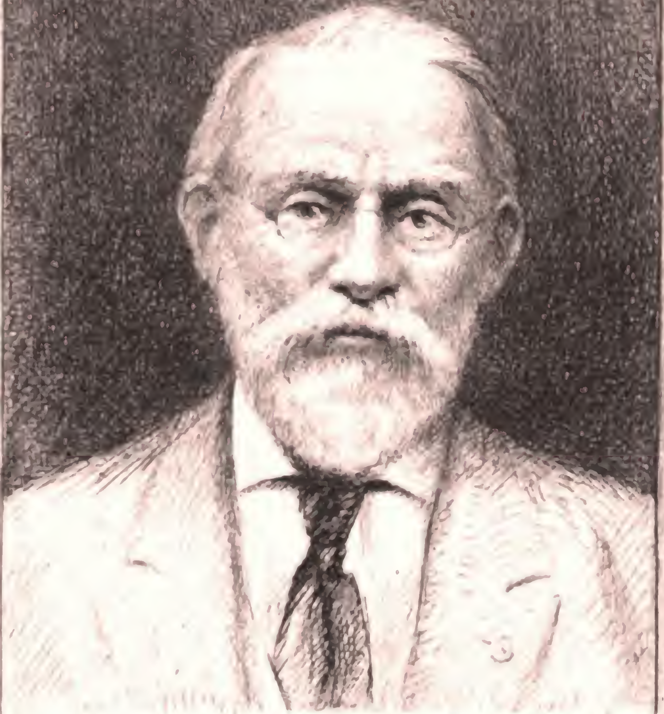
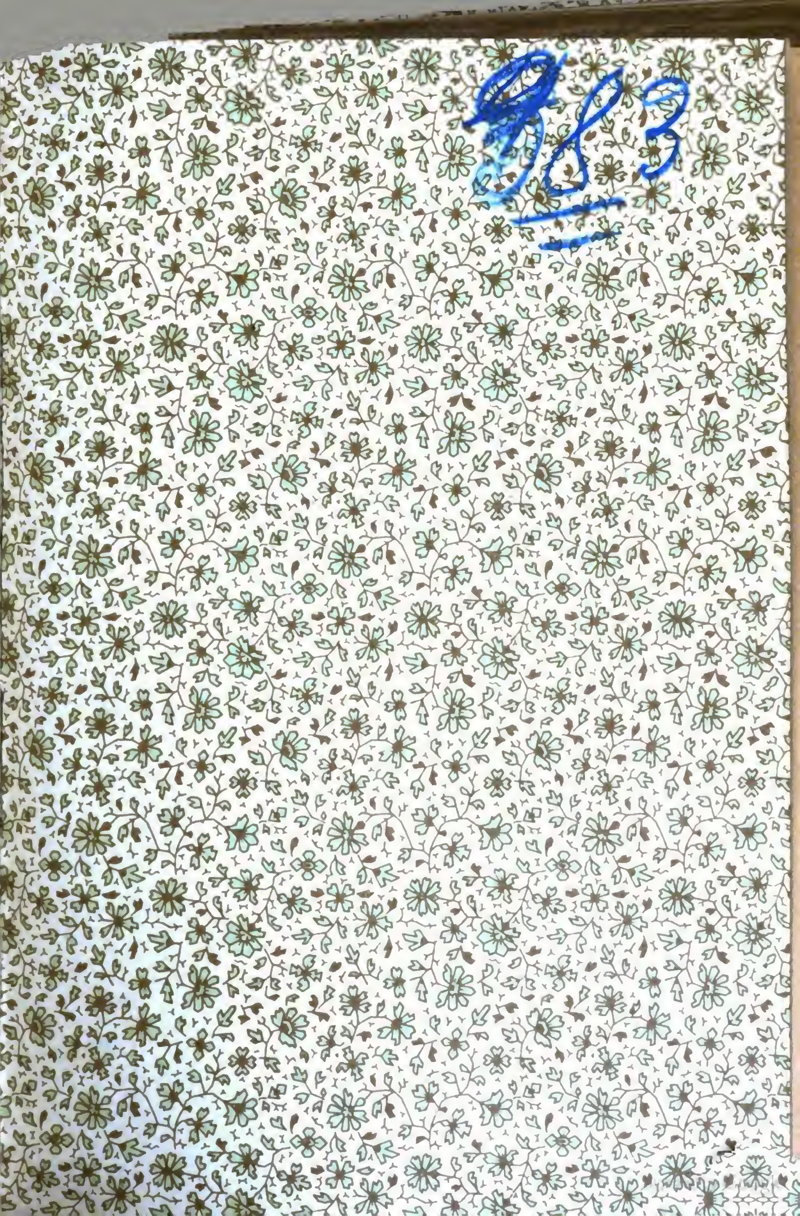


Sozialistische Monatshefte




SILAS WRIGHT DUNNING
BEQUEST
UNIVERSITY OF MICHIGAN
GENERAL LIBRARY

SOZIALISTISCHE MONATSHEFTE

HERAUSGEGEBEN VON J. BLOCH

1905 • II BAND • JULI BIS DEZEMBER



VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G·M·B·H· IN BERLIN W. 35

DIE *Sozialistischen Monatshefte* sind, ihrem Programm entsprechend, ein freies Diskussionsorgan für alle Anschauungen auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus. Die Redaktion kann sich mithin nicht mit dem Inhalt aller Ausführungen einverstanden erklären, denen sie Raum gewährt; sie verzichtet darauf, ihre gegenteilige Stellungnahme in einem besondern Falle durch Anmerkung zu dokumentieren.



IX JAHRGANG / DES SOZIALISTISCHEN AKADEMIKERS XI JAHRGANG / II BAND

INHALTSVERZEICHNIS

× × ×

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Politik

Sozialpolitik

Soziale Kommunalpolitik

Sozialistische Bewegung

WISSENSCHAFT

PORTRÄTS

VERZEICHNIS DER IN DER RUNDSCHAU GEBRAUCHTEN ABKÜRZUNGEN

B. G. B. bedeutet das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch
G. E. G. „ die *Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine*
G. O. „ die deutsche Gewerbeordnung
I. L. P. „ *Independent Labour Party* (die englische Arbeiterpartei, Richtung Keir Hardie)
L. R. C. „ *Labour Representation Committee* (das Komitee für Aufstellung von Arbeiterkandidaten zum englischen Parlament)
P. P. S. „ *Polska Partya Socyalistyczna* (die polnische sozialistische Partei)
S. D. F. „ *Social Democratic Federation* (die englische sozialdemokratische Föderation, Richtung Hyndman)

VERZEICHNIS SINNENTSTELLENDER DRUCKFEHLER

BEI den Druckfehlern der Rundschau ist die Spalte durch eine der Seitenzahl angefügte römische Zahl bezeichnet.

Seite	654	Zeile	2-3	v. o.	statt:	Resolution	lies:	Revolution
„	700II	„	10-11	v. o.	„	Grundwassertrinkstation	„	Grundwasserpumpstation
„	721II	„	6	v. u.	„	furchtbarste	„	fruchtbarste
„	941	„	10	v. o.	„	Verbrechers	„	Verbrechens
„	946	„	20	v. o.	„	um	„	nun
„	986I	„	25	v. u.	„	*Belgische*	„	*Bergische*

DRUCK VON CARL ROSEN IN BERLIN



JEAN ARTHUR RIMBAUD · GEZEICHNET VON FÉLIX VALLOTTON



7. HEFT / JULI 1905

ADOLPH VON ELM · RÜCKBLICK AUF DEN FÜNFTEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSKONGRESS

Partei und Gewerkschaften sind eins! Das hörten wir am Schlusse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses; bei der Eröffnung des Cölner Kongresses hörten wir es wiederum, und am Schlusse desselben vernahmen wir sogar: Partei und Gewerkschaften sind eins, sind eins auch in ihren Zielen!

DIESE Aussprüche mit Stillschweigen übergehen, hiesse, sie als berechtigt anerkennen. Nach Cöln wäre Schweigen aber geradezu unverantwortlich. Vom gewerkschaftlichen Standpunkt muss zunächst Einspruch dagegen erhoben werden, dass sämtlichen der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* angeschlossenen Zentralverbänden mit solchen Erklärungen einfach der sozialdemokratische Parteistempel aufgedrückt und ihnen dadurch die Agitation unter den der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeitern erheblich erschwert wird. Ich muss ganz entschieden bestreiten, dass sich die Gewerkschaften in ihren Statuten oder in programmatischen Erklärungen jemals auf das Endziel der Sozialdemokratie, die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum, festgelegt hätten. Die Gewerkschaften sind Organisationen zu dem ausgesprochenen Zweck, auf dem Boden des heutigen Gegenwartsstaates für die Arbeiterklasse die grösstmöglichen Vorteile zu erringen; die Fragen einer zukünftigen Gesellschaftsordnung zu erörtern, haben alle Gewerkschaften bisher abgelehnt; auf das sozialdemokratische Programm verpflichtet keine Gewerkschaft neu eintretende Mitglieder. Ebenso müssten die Gewerkschaften die Verantwortung dafür ablehnen, wenn einmal in einer Versammlung ein Redner glaubt, seine Privatmeinung über religiöse Fragen zum besten geben zu müssen. Derartige Entgleisungen kommen vor und werden dann sofort von den Gegnern gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung ausgeschlachtet. Mit Unrecht: die Gewerkschaften kümmern sich um die religiösen Anschauungen ihrer Berufsangehörigen absolut nicht; im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter ist die Mitwirkung aller, ob evangelisch oder katholisch oder atheistisch, notwendig.

DIE ostentative Betonung der Einheit von Partei und Gewerkschaft war im übrigen bei Beendigung des Cölner Kongresses um so weniger angebracht, als

doch für jeden, der den Verhandlungen beiwohnte, die Tatsache feststand, dass in Cöln zum ersten Mal auf einem Gewerkschaftskongress das Bestreben zu Tage trat, den Entscheidungen der Parteitage der Sozialdemokratie vorzugreifen, der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur in wirtschaftlichen, sondern auch in politischen Fragen eine Marschroute zu geben.

ZWÖLF Jahre sind seit dem Cölner Parteitag vergangen; damals wurden die Gewerkschaften von manchen Parteiführern noch von oben herab behandelt: gegenüber der mächtigen Partei spielten sie eine untergeordnete Rolle. Nach dem selbstbewussten Ton, den manche Gewerkschaftsführer jetzt in Cöln anschlugen, könnte man fast glauben, heute sei das Gegenteil der Fall. Ich persönlich habe nie auf dem Standpunkt gestanden, dass die Gewerkschaften den Schwanz der sozialdemokratischen Partei bilden sollten; ich betrachte es auch gar nicht einmal als ein Unglück, wenn einmal ein Gewerkschaftskongress einen Beschluss fasst, der mit den Beschlüssen der sozialdemokratischen Partei nicht übereinstimmt; ja, ich halte es sogar für notwendig, dass die Gewerkschaften zu aktuellen Fragen der Gesetzgebung Stellung nehmen — wie dies zum Beispiel auch in Cöln geschah bei der Frage, ob von der Gesetzgebung Arbeitskammern oder Arbeiterkammern zu fordern seien, wo sich der Kongress tatsächlich im Gegensatz zu der sozialdemokratischen Fraktion seinerseits für Arbeiterkammern entschieden hat —, ich halte ihr Urteil in solchen Fragen der Arbeiterinteressenpolitik unter Umständen für kompetenter, als das Urteil von Parteitagen, auf welchen eine grosse Zahl Nichtlohnarbeiter als Delegierte sitzen. Und doch bin ich von der Behandlung mehrerer Fragen auf dem Cölner Gewerkschaftskongress sehr wenig befriedigt.

ICH habe schon früher wiederholt betont: So sehr ich die völlige Unabhängigkeit der Gewerkschaften von jeder politischen Partei für notwendig halte, so sehr wünsche ich, dass der sozialistische Geist, der Geist der Solidarität, der Geist des Allgemeininteresses des ganzen Volkes in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck komme. Schon vor fünf Jahren habe ich in dieser Zeitschrift den kurzsichtigen, unsolidarischen Geist, der in der englischen Gewerkschaftsbewegung manchmal zu Tage trete, getadelt, aber gleichzeitig betont, dass auch bei uns in Deutschland in den Äusserungen einzelner Gewerkschaftsführer sich der selbe engherzige Standpunkt zeige.[1]) Nach Cöln kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor der Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen. Die Führer der grossen Gewerkschaften fangen an, wie in England, die Stellungnahme zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund. SO bei Behandlung der Frage des politischen Massenstreiks.

DER Bremer Parteitag beschloss, den Antrag, diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, dem Parteivorstand zur Erwägung zu überweisen. In Amsterdam, auf dem internationalen Kongress, hatte man im vorigen Jahr unter bestimmten Voraussetzungen den politischen Massenstreik für möglich und notwendig erklärt. Als Voraussetzungen wurden angenommen: starke Organisationen, starke, freiwillige Disziplin und die nötige Vorbereitung auf die Aktion. Ausdrücklich warnte der Amsterdamer Kongress davor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda

[1]) Vergl. meinen Artikel *Organisationsstarre* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1900, pag. 116 ff.

für den Generalstreik davon abhalten zu lassen, den bedeutungsvollen, täglichen Kleinkampf durch die gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Aktion zu führen. In dem Schlusssatz der betreffenden Resolution forderte er die Arbeiterschaft auf, ihre Einheit und Machtstellung im Klassenkampf durch Entwickelung ihrer Organisation zu stärken, weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziel sich einst als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen davon abhängen würde. Ein Parteitag der Sozialdemokratie Deutschlands würde sich anders, als es in Amsterdam geschehen, zu dem politischen Massenstreik ebenfalls nicht gestellt haben. Die gelegentliche Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks in den letzten Jahren in Deutschland durch Bernstein, Kautsky, Clara Zetkin hat den Gewerkschaften absolut nicht geschadet, zumal niemand von den Genannten die gewerkschaftliche Agitation und Organisation zu gunsten des politischen Massenstreiks zurücksetzen wollte, sie im Gegenteil diese für die Vorbedingung erklärten.

WELCHER Grund lag nun eigentlich für den Gewerkschaftskongres vor, in so scharfer Weise gegen eine etwaige Propagierung des politischen Massenstreiks in Deutschland Stellung zu nehmen? Der betreffende Passus der mit allen gegen 7 Stimmen beschlossenen Resolution lautet:

»Der Kongress hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzutreten.«

NACH dem Wortlaut der Resolution wäre der Versuch schon strafbar, durch einen Antrag zum Parteitag diesen bestimmen zu wollen, den politischen Massenstreik unter bestimmten Voraussetzungen unter die Kampfmittel des Proletariats einzureihen. Die organisierte Arbeiterschaft soll solchem *verwerflichen* Tun energisch entgegentreten. Wenn das nicht in aller Form ein Bannstrahl gegen alle jene Genossen bedeutet, welche in diesem Punkt anderer Meinung sind, dann haben Worte überhaupt keinen Sinn mehr. Ein Maulkorbgesetz in schlimmster Form ist dieser Beschluss; daran gibt's nichts zu drehen und zu deuteln. Angesichts der Tatsache, dass die Reaktion neuerdings wiederum am Werke ist, den Arbeitern das Wahlrecht zu kürzen, und des Umstandes, dass der Referent gerade auf den vom Hamburger Senat und Bürgerschaft geplanten Wahlrechtsraub hinwies und behauptete, ein Massenstreik in Hamburg würde nur die Wirkung haben, dass die Senatsvorlage mit noch grösserer Mehrheit angenommen würde, konnte man die Resolution gar nicht anders, denn als eine Weisung an die Arbeiterschaft deuten, *Gewehr bei Fuss* gegenüber den Wahlrechtsräubern zu stehen. Und weshalb diese Aufforderung zur Ruhe? Der Referent sagte es klar und deutlich:

»Wir alle wissen, welche Mühe es gekostet hat, dass die Gewerkschaften einen solchen Stand erreicht haben. Das ist nicht die Arbeit eines Jahres, auch nicht die Arbeit eines Jahrzehnts, nein, darin steckt die mühsame Arbeit von drei, vier Jahrzehnten. Ungeheure Opfer hat es gekostet, um den augenblicklichen Stand der Organisation zu erreichen, und ungeheure Opfer wird es noch kosten, um die Organisation auf eine noch höhere Stufe der Macht zu heben. Um aber unsere Organisationen auszubauen, dazu bedürfen wir in der Arbeiterbewegung Ruhe.«

Der Kenner der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung wird hier unwillkürlich an den unglücklichen Verlauf der Chartistenbewegung in England erinnert: auch dort verlangten die Gewerkschaftsführer Ruhe im Interesse der Entwickelung der Gewerkschaften. Die Arbeiter folgten ihren Ratschlägen

und die Gewerkschaften erstarkten mächtig. Aber in diesem Streben nach rein materiellen Vorteilen, nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit verkümmerte bald der Sinn für politische Ideale. Die Stagnation, in welche die politische Arbeiterbewegung in England damals hineingeriet, ist noch nicht überwunden, die selbständige politische Arbeiterpartei ist ohne Bedeutung, die Abeiter in ihrer Masse bilden bis auf den heutigen Tag noch den Schwanz der Partei der Liberalen. Wir haben in Deutschland alle Veranlassung, den ersten Anfängen einer solchen Entwickelung entgegenzutreten. Schon jubiliert man im linksliberalen Lager: Die Gewerkschaftsbewegung, der tragkräftigste Teil der Arbeiterbewegung, die nicht anders kann, als auf dem Boden der Wirklichkeit zu stehen, wird der Sozialdemokratie immer mehr entfremdet! Möglich sei, dass die Sozialdemokratie bei dem jetzigen Wahlsystem noch weitere äussere Erfolge erringe, schreibt ein bürgerlicher Sozialpolitiker über den Gewerkschaftskongress, aber mit diesen Erfolgen werde auch die Axt an die Wurzel dieses Systems gelegt: »Denn in dem selben Masse, in dem den bürgerlichen Parteien die Arbeiter entschwinden, werden sie reaktionär und wahlrechtsfeindlich.« Und dann kommt das Heilmittel: »Niemand hängt mehr von einer aktionsfähigen deutschen Linken ab, als die Gewerkschaften. Und umgekehrt: ohne Unterstützung der Gewerkschaften gibt es keinen neuen Liberalismus. Wer Ohren hat, der höre!« So argumentiert der liberale Herr.

SONDERBARER Schwärmer! Um zu verhüten, dass sie »reaktionär und wahlrechtsfeindlich« werden, sollen die Arbeiter diese unsicheren Kantonisten mit der politischen Vertretung ihrer Interessen betrauen und sich von der Sozialdemokratie abwenden! Aber, vergessen wir es nicht: das war die Entwickelung in England, und es ist für bürgerliche Elemente nicht ganz unberechtigt, auch für Deutschland solche Hoffnungen zu hegen, wenn Gewerkschaftsführer einen so fatalistischen Standpunkt gegenüber den Attentaten auf die politische Freiheit vertreten, wie dies in Cöln geschehen.

IN seinem *Offenen Antwortschreiben* schrieb Lassalle die denkwürdigen Worte:

»Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt, auf den wichtigsten Punkt, zu konzentrieren und nicht nach rechts noch links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts noch links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines und direktes Wahlrecht heisst oder damit in Zusammenhang steht und dazu führen kann!«

Und er fügte noch hinzu:

»Das allgemeine Wahlrecht als Magenfrage aufgefasst und daher auch mit der Magenwärme durch den ganzen nationalen Körper hinverbreiten: seien Sie ganz unbesorgt, meine Herren, es gibt keine Macht, die sich dem lange widersetzen würde! Dies ist das Zeichen, das Sie aufpflanzen müssen. Dies ist das Zeichen, in dem Sie siegen werden! Es gibt kein anderes für Sie!«

Das ist der springende Punkt: das allgemeine Wahlrecht muss als Magenfrage aufgefasst werden. Und nun lese man noch einmal die Reden auf dem Gewerkschaftskongress gegen den politischen Massenstreik, und man wird vergeblich nach einem Wort suchen, das darauf schliessen lässt, dass die Redner eine derartige Bedeutung dem allgemeinen Wahlrecht beilegten. Wir bedürfen der Ruhe! Wenn jemand im Kampfe um die wichtigsten Volksrechte diese inhaltsschweren Worte spricht, dann bedeutet das nichts anderes, als dass er die Waffen vor dem Feind streckt.

»Sollte die Reaktion einmal die Absicht haben, das Wahlrecht zu verschlechtern, dann werden wir in eingehender Weise beraten, was wir tun wollen, und wir werden

die Mittel anwenden, die wir als richtig und zeitgemäss betrachten. Und wenn uns dann trotzdem die Reaktion das Wahlrecht nimmt — glauben Sie denn, dass wir dann am Ende unseres Lateins sind? Nein, noch lange nicht. Und selbst wenn die Reaktion uns das Koalitionsrecht nehmen würde, sind wir noch nicht am Ende unseres Lateins . . . Wenn man uns auf diese Weise niedertreten wollte, dann würden wir andere Mittel finden, um den Kampf erfolgreicher gegen die Reaktion zu führen . . .«

Das erklärte uns der Referent über die Frage des Generalstreiks. Verwundert fragen wir uns: Warum erst dann? Ist es da nicht viel richtiger, wir versuchen, durch diese Mittel den Raub des Wahlrechts von vornherein zu verhindern? Welcher Art nun diese Mittel sind, das haben wir in Cöln nicht erfahren. Der politische Massenstreik ist es nicht; denn den zu propagieren, um dadurch eine bestimmte Taktik festzulegen, soll ja in Zukunft *verwerflich* sein. Ein Redner erklärte, durch die Anwendung dieses Mittels werde nur die Reaktion gestärkt, genau so wie durch die Anwendung der Gewalt. Man solle auch nicht immer das Schreckgespenst der Wahlentrechtung an die Wand malen. Ja, sind wir denn alle taub und blind geworden? Die Axt ist schon an die Wurzel gelegt; die Reaktionäre rüsten sich, um den vernichtenden Schlag zu führen. Und da sollen wir nicht erwägen, was zu tun ist, um den Hieb zu parieren?

GERADE die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind in erster Linie bei den sich in der letzten Zeit, zum Teil hinter den Kulissen, zum Teil öffentlich, abspielenden Vorgängen interessiert. Wer sind denn die führenden Elemente unter den Reaktionären in der Bewegung für Volksentrechtung? Lest die *Arbeitgeberzeitung*, die *Hamburger Nachrichten*, die *Post* und andere Scharfmacherorgane! Es sind eure schlimmsten Feinde auch im wirtschaftlichen Kampf, die *Herren im Hause*, die grundsätzlich Verhandlungen mit euren Vertretern ablehnen, die jegliche Sozialreform, auch das minimalste Mass von gesetzlichem Arbeiterschutz mit allen Mitteln bekämpfen und unmöglich zu machen suchen. Sie haben Lassalle besser verstanden, als die Arbeiter: das allgemeine Wahlrecht ist eine M a g e n f r a g e! Nicht die Verwirklichung der Endziele der Sozialdemokratie ist es, die sie beunruhigt; denn sie wissen so gut, wie wir, dass diese nur das Resultat einer längeren wirtschaftlichen Entwickelung sein kann und wird. Die Zukunft ist ihnen gleichgültig. *Nach uns die Sintflut!* ist ihr Grundsatz im wirtschaftlichen, wie im politischen Leben. Das Heute, das Jetzt ist es, wodurch sie in ständig wachsende Unruhe versetzt werden. Der sich ständig mehrende Einfluss der Sozialdemokratie im Parlament beginnt ihnen immer gefährlicher zu werden. War die Sozialdemokratie in früheren Reichstagsperioden nur im stande, die Versuche erfolgreich abwehren zu können, durch ein Zuchthausgesetz und Verschärfung der Bestimmungen der Gewerbeordnung die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter zu erdrosseln, so ist sie jetzt durch die grosse Zahl ihrer Abgeordneten schon in der Lage, einen positiven Einfluss zur Herbeiführung eines verstärkten Arbeiterschutzes ausüben zu können. In einem Artikel über den Gewerkschaftskongress im *Korrespondenten für Deuschlands Buchdrucker* gestattet sich der Verfasser von der »politischen Ohnmacht« der Sozialdemokratie zu reden, behauptet, dass die Regierung die Partei nur »als Luft« behandle. Der Chefredakteur der *Arbeitgeberzeitung*, Freiherr von Reiswitz, ist ganz entgegengesetzter Meinung und wettert fast in jeder Nummer seines Blattes gegen die Regierung, die er der ständig wachsenden Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie beschuldigt.

Ohnmächtig wäre die Partei allerdings, wenn sie ihren mächtigen Rückhalt in den Arbeitermassen verlöre; aber das Gegenteil ist der Fall, trotz des Nörgelns und Bohrens einiger *unpolitischer* Flaumacher in Gewerkschaftskreisen.

ABER die Gewerkschaften, sagt man, sind eine Macht geworden, die man selbst in den harthörigsten Unternehmerkreisen nicht länger ignorieren kann. Gewiss, eine unbestrittene Tatsache. Aber sind denn diese Leute, die heute das Wort von der *wirtschaftlichen Macht* genau so im Munde führen, wie vor einem Jahrzehnt noch das Wort von der *politischen Macht*, wirklich so kurzsichtig, zu wähnen, die Reaktionäre hätten es nur auf die Hemmung der politischen Machtstellung der Arbeiterklasse abgesehen? Auf dem Gewerkschaftskongress sprach ein Redner auch vom *Sozialistengesetz* und meinte, wenn den Arbeitern das Wahlrecht genommen würde, dann würden sie dieselben Mittel anwenden, wie unter dem Sozialistengesetz. Gerade ein Rückblick auf die Periode des Sozialistengesetzes sollte uns aber lehren, dass für die Kapitalisten an dem Sozialistengesetz das Wertvollste das war, dass es mit demselben möglich war, die Arbeiter wirtschaftlich zu knechten. Und wenn die Kapitalisten heute danach streben, die Klinke der Gesetzgebung wieder völlig in ihre Hand zu bekommen, so glaube man doch ja nicht, sie würden dann die Gewerkschaften ungestört sich weiter entwickeln lassen! Der Sockel, auf dem die internationale Grossmacht, das Kapital, sowohl in Monarchieen, wie in Republiken, allein thronen kann, ist der Hunger, das Elend der Massen. Uneingeschränkte Ausbeutungsfreiheit des Proletariats: das ist ihr Ideal, welches sie einesteils durch gesetzgeberische Massnahmen, anderenteils durch Massenaussperrungen zu verwirklichen bestrebt sind. Die Gewerkschaften haben ein weit grösseres Interesse an der Erhaltung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, als die politische Partei, deren Werbekraft bei einer Verschlechterung des Wahlrechts nur gewinnen würde, und die allerdings ohne grosse Schwierigkeiten wieder zu ihrer alten Taktik unter dem Sozialistengesetz zurückgreifen könnte, während die Gewerkschaften durch politische Massnahmen zur Beschränkung des Koalitionsrechtes, die der Wahlentrechtung bald folgen würden, in ihrer Aktionsfähigkeit weit mehr gehemmt würden. Wer in dem Wahn befangen ist, in Deutschland würde die Entwickelung den selben Verlauf nehmen, wie in England, täuscht sich ganz gewaltig; unsere Grosskapitalisten sind verbissene Gegner jedes Entgegenkommens gegen die Arbeiter und werden ihre Macht nutzen, solange sie im Besitz der selben sind. Und deshalb ist die Erhaltung des Wahlrechts für die Gewerkschaften eine Lebensfrage. Anstatt eine Resolution gegen den politischen Massenstreik zu beschliessen, wäre es weit eher am Platze gewesen, den Machthabern in Deutschland unzweideutig zu erklären: wagt ihr es, an dem Grundrecht des deutschen Volkes, am Wahlrecht, zu rütteln, dann werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern!

UND das alles sage ich, der ungefragt zu den *Revisionisten* Geworfene, der Anhänger der striktesten Neutralität innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen, der ich das Hereinziehen aller Arbeiter, wes Glaubens und welcher politischen Richtung sie zurzeit auch noch sein mögen, für die unerlässliche Vorbedingung zur Erhaltung der gegenwärtigen und zur Erringung weiterer politischer Rechte halte.

DAS nenne ich Arbeiterpolitik. Dazu gehört in allererster Linie die Schulung der Jugend, der männlichen nicht nur, sondern ebenso der weiblichen zum politischen Denken, zur Erkenntnis der Zusammenhänge der Dinge. Unsere männliche Jugend, welche heute noch unter den Auswüchsen des militärischen Systems, den Soldatenmisshandlungen etc., schwer zu leiden hat — gegen die Erziehung zur Disziplin wird kein vernünftiger Sozialdemokrat etwas einzuwenden haben, fordern doch auch wir in unserem Programm geradezu diese Schulung in der Volkswehr —, unsere männliche Jugend muss heute schon an den Gedanken gewöhnt werden, dass ein Tag kommen kann, wo die finsteren Mächte des Kapitals dem Volke seine politischen Rechte, zunächst das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht rauben wollen, wo dem Volk dann doch nichts anderes übrig bleiben wird, als das Werkzeug aus der Hand zu legen, den Schacht, die Werkstatt, die Fabrik zu verlassen, die Maschinen stillzusetzen; und wenn dann die Trommel gerührt und sie unter die Waffen gerufen werden, was vielleicht bei einem Massenstreik die erste Massnahme der Machthaber sein wird, da müssen die Söhne des Volkes wissen, dass, wenn ihnen kommandiert wird, auf Vater und Mutter zu schiessen, das zugleich den Mord der Freiheit und der Unabhängigkeit des deutschen Volkes bedeutet. Dieses Verständnis und die Begeisterung für politische Volksrechte kann den Massen aber nicht über Nacht, nicht im Moment des Kampfes kommen. Das muss ohne Unterlass gelehrt und propagiert werden, und als ein oberster Hochschultag ist mir deshalb auch die internationale Feier des 1. Mai von der allergrössten Bedeutung, in der alles, was hoch und heilig für die ganze Menschheit ist, zum Ausdruck gebracht werden soll. Recht haben die, die da rufen: die Maifeier muss anders werden! Denn vielfach entspricht die Art der selben nicht der Würde und der Bedeutung dieses internationalen Demonstrationstages.

FÜR die Arbeitsruhe am 1. Mai, als wirksamste Demonstration zur Erkämpfung des Achtstundentages, bin ich im Jahre 1890 anfänglich mit grosser Wärme eingetreten. Als dann aber am 13. April 1890 durch den Aufruf der sozialdemokratischen Fraktion die Begeisterung in Gewerkschaftskreisen gedämpft wurde, als die Fraktion erklärte, der Zweck der Maifeier werde völlig erreicht durch Abhaltung von Arbeiterversammlungen, Arbeiterfesten und ähnlichen Kundgebungen, auf denen Massenbeschlüsse im Sinne des Pariser Kongresses gefasst werden, da stand für mich fest, dass durch Arbeitsruhe nur ein Bruchteil der Arbeiter demonstrieren werde; und daher forderte ich damals die Arbeiter auf, von der allgemeinen Arbeitsruhe Abstand zu nehmen, dagegen aber mindestens ein Drittel des am 1. Mai verdienten Tagelohnes zu opfern und mit diesen Geldern einen allgemeinen Kampffonds zur Erringung der achtstündigen Arbeitszeit zu bilden. Für die Arbeitsruhe traten damals viele Genossen auf den Plan, welche sie heute beseitigen wollen; in Hamburg wurde in einer grossen Massenversammlung bei Sagebiel, in dem grössten Saal Deutschlands, gegen meine Warnung die Arbeitsruhe am 1. Mai beschlossen. Ein grosser Teil der Arbeiter Hamburgs brachte den Beschluss zur Ausführung. Die Kapitalisten antworteten mit Massenaussperrungen und verlangten von den Arbeitern den Austritt aus der Gewerkschaft. Ein erbitterter Kampf folgte, der für die Arbeiter mit einer Niederlage endete. Die Gewerkschaften waren damals noch zu schwach, um eine solche Feuerprobe siegreich bestehen zu können.

Auf dem Parteitag in Halle /1891/ wurde sodann beschlossen, die Maifeier am ersten Sonntag im Mai abzuhalten, 1892 in Berlin beschloss man, am Abend des 1. Mai zu demonstrieren, und erst auf dem Cölner Parteitag /1893/ wurde die jetzige Art der Maifeier festgesetzt, nach der nur die, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen dazu im stande sind, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen. Seit der Zeit hat sich die Maifeier durch Arbeitsruhe immer mehr eingebürgert; in einer grossen Zahl kleinerer Orte, in denen anfänglich von Arbeitsruhe gar nicht gesprochen wurde, wurde in den letzten Jahren von einer verhältnismässig grossen Zahl von Arbeitern gefeiert. Nun ist es vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus ja sehr begreiflich, dass die Führer nicht besonders entzückt davon sind, wenn der Maifeier durch Arbeitsruhe an irgend einem Orte eine Aussperrung folgt, durch welche die von ihnen getroffenen gewerkschaftlichen Kampfdispositionen völlig durchkreuzt werden. Würde es sich bei der Maifeier lediglich um eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit handeln, so würde auch ich dafür sein, von einer Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. Die Maifeier ist zu einer Demonstration nicht nur für Arbeiterschutz und Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch für die politische Freiheit, für den Sozialismus geworden. Der 1. Mai gilt dem idealen Streben der Arbeiterschaft, den grossen Zielen, deren Propagierung im täglichen Kleinkrieg der Gewerkschaften um Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht besonders gefördert wird und auch nicht gefördert werden kann.

AUF dem Gewerkschaftskongress wurde nun von keiner Seite auf eine Beseitigung der Maifeier hingewirkt. Der Referent wünschte, die Feier auf den Abend des 1. Mai zu beschränken; die Arbeitsruhe am 1. Mai müsste dagegen aufhören. Von anderer Seite wurde aber gerade die Arbeitsruhe am 1. Mai für notwendig erklärt, um der Maifeier ihr besonderes Gepräge zu belassen. Und wohl mit Recht. Denn beseitigt man durch einen Beschluss des Gewerkschaftskongresses die Arbeitsruhe am 1. Mai, so hat man damit die Maifeier überhaupt beseitigt. Der Grund, den man für Aufhebung der Maifeier ins Feld führte: die Vereinheitlichung der selben, ist wenig stichhaltig, da von den am Tage Feiernden als selbstverständlich vorausgesetzt werden muss, dass sie auch die Abendversammlungen besuchen. Der wahre Grund, weshalb ein Teil der Gewerkschaftsführer, welche früher für die Arbeitsruhe eintraten, jetzt zu bremsen beginnt, ist eben der von mir schon angeführte: sie wollen als gute Strategen im gewerkschaftlichen Kampf nicht von den Kapitalisten den Zeitpunkt des Beginns des Kampfes in einem Ort gerade auf den 1. Mai festlegen lassen. Das ist für mich ein Grund, der nicht so ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Es ist ganz falsch, den Gewerkschaftsführern zu unterstellen, es sei lediglich die Sorge um ihre Kassen, die sie bestimme, gegen die Arbeitsruhe einzutreten. Aber jeder tüchtige Gewerkschaftsbeamte wird und muss peinlich davon berührt sein, wenn unnütz Geld verausgabt wird, wenn trotz der Stärke der Organisation der Kampf mit einer Niederlage endet, eben weil die Kapitalisten das Feiern ihrer Arbeiter am 1. Mai als Veranlassung nahmen, ihnen gerade jetzt zu einer den Arbeitern sehr ungünstigen Zeit einen Kampf aufzudrängen, welcher erst für eine spätere Periode des Jahres in Aussicht genommen war.

TROTZ alledem würde ich es jetzt, nachdem sich die Arbeitsruhe am 1. Mai

mehr und mehr eingebürgert und sich ein grosser Teil der Fabrikanten mit ihr abgefunden hat, sehr viele die Aussperrungen auf einen oder höchstens 2 bis 3 Tage beschränken, für einen Fehler halten, die Arbeitsruhe zu beseitigen. Und zwar sind es für mich in erster Linie politische Gründe, die mich für die Beibehaltung und weitere Propagierung der Arbeitsruhe eintreten heissen. Noch so viele Tausende von Resolutionen, die man in Versammlungen beschliesst, sind eine höchst unwirksame Demonstration; die Arbeiter müssen dazu erzogen werden, in wirksamerer Weise ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Wir leben in einer Zeit, in der ständig neue bedeutsame Ereignisse die Aufmerksamkeit weiter Kreise der Bevölkerung auf sich lenken, wir sind keinen Tag vor Überraschungen sicher: da dürfte es sich weit mehr empfehlen, den einmal schon eingebürgerten Demonstrationstag wirksamer zu gestalten, als ihm seinen demonstrativen Charakter durch völlige Beseitigung der Arbeitsruhe zu nehmen.

NACHDEM sämtliche Anträge zur Maifeier zurückgezogen, überliess der Gewerkschaftskongress die Entscheidung dem nächsten internationalen Kongress in Stuttgart, dadurch bekundend, dass er keineswegs die Absicht habe, in Sachen der Maifeier Gegensätze mit der politischen Partei hervorzurufen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass bis dahin die Stimmung in Gewerkschaftskreisen in das Gegenteil umgeschlagen ist. Die Entscheidung über die Art der Maifeier liegt nicht bei den Gewerkschaftsführern, darüber bestimmen die Arbeiter selbst. Deren Entschliessung wird aber wesentlich davon abhängen, wie sich Regierung und Parlament in nächster Zukunft zu dem verwerflichen Treiben der Reaktionäre in Deutschland stellen werden. Am politischen Horizont zeigen sich gewitterschwere, düstere Wolken; bevor die Luft in Deutschlands Gauen von dem unheilvollen Reaktionsbazillus gereinigt ist, wäre es ein politischer Fehler, eine der wirksamsten Demonstrationen gegen die Pläne der Finsterlinge beseitigen zu wollen.

DIE Stellungnahme des Kongresses zur Regelung der Streikunterstützung zeigt uns, wie man sich langsam, langsam an den Gedanken gewöhnt, dass der bisherigen Anarchie auf diesem Gebiet entgegengewirkt werden muss. Festgehalten wurde an dem Grundsatz, dass zunächst jede Gewerkschaft selbst verpflichtet ist, für Aufbringung von Mitteln zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe zu sorgen, und dass zu diesem Zwecke ausreichend hohe Mitgliederbeiträge erforderlich sind. Der Kongress erkannte jedoch an, dass ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter bei unerwartet grossen Streiks und Aussperrungen sich als notwendig erweisen kann. In solchen ausserordentlichen Fällen soll die *Generalkommission* ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaft unter Zustimmung der Zentralvorstände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen. Der *Generalkommission* soll dann ein Mitbestimmungsrecht über alle taktischen Massnahmen, sowie über die Leitung des Kampfes zustehen. Es ist zu hoffen, dass in späterer Zeit auf Grundlage dieses Beschlusses einmal eine den Verhältnissen wirklich entsprechende Regelung erwachsen wird. Denn der Beschluss selbst bedeutet eine ausreichende Stärkung der Kampfposition der Gewerkschaften in keiner Weise. Die Vornahme allgemeiner Sammlungen inmitten des Kampfes ist und bleibt immer ein Merkmal der Schwäche und wird von den Kapitalisten niemals anders aufgefasst werden.

Was man heute verhindern will, nämlich, dass schwache Gewerkschaften sich auf allgemeine Sammlungen allzusehr verlassen, könnte weit besser erreicht werden durch die Bestimmung, aus einem allgemeinen Streikfonds nur dann Unterstützung zu gewähren, wenn eine Gewerkschaft aus eigenen Mitteln einen näher zu bestimmenden Prozentsatz ihrer Mitgliederzahl auf eine Reihe von Wochen selbst zu unterstützen im stande wäre. Die Unterstützung aus dem allgemeinen Fonds selbst dürfte auch nur ein Zuschuss zu der von der Gewerkschaft selbst zu zahlenden Unterstützung sein. Durch die strikte Innehaltung solcher Bestimmungen würde erreicht werden, dass die Gewerkschaften weit mehr, als das heute der Fall ist, für Stärkung ihrer Kassen sorgen würden, weil sie ohne eigene Mittel aus dem allgemeinen Fonds nichts zu erwarten hätten. Das jetzt geschaffene System muss naturgemäss zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten führen. Eine bindende Verpflichtung, im Falle grösserer Streiks bestimmt normierte wöchentliche Beiträge zu zahlen, besteht nicht; die Gewerkschaften können nur moralisch verpflichtet werden, zu tun, was in ihren Kräften steht. Je nachdem eine Gewerkschaft selbst in wirtschaftlichen Kämpfen engagiert ist, je nachdem ihre Kassenverhältnisse bestellt sind, wird deshalb die Beihilfe an andere Gewerkschaften in solchen Fällen bemessen werden, Sympathieen und Antipathieen werden ebenfalls eine nicht untergeordnete Rolle dabei spielen. Jedenfalls werden kleine Gewerkschaften trotz der Versicherung des Berichterstatters der Kommission über diese Frage nicht allzusehr auf die allgemeine Solidarität in Notfällen rechnen können.

ES ist erstaunlich, wie lange Zeit es währt, bis ein gesunder Gedanke von den Köpfen der Menschen Besitz ergreift. Wie lange haben tüchtige Gewerkschaftsführer sich gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung gewehrt, und mit welcher Entschiedenheit haben sich die selben Genossen später dafür ins Zeug gelegt! Auch der allgemeine Streikfonds wird einmal kommen, und sollten die grossen Gewerkschaften sich aus egoistischen Motiven noch lange sperren, der Solidarität praktischen Ausdruck zu geben, so wird der allgemeine Fonds, wie in England, geschaffen werden auch ohne diejenigen Organisationen, welche für die Bekundung von Solidarität an alle Arbeiter nicht zu haben sind, welche für die Notwendigkeit, unter gleichen Voraussetzungen die gleichen bindenden Verpflichtungen auf sich zu nehmen, kein Gefühl und kein Verständnis besitzen. Vermutlich dürften aber unsere Scharfmacher schon das ihre dazu tun, dass der Gedanke der Zusammengehörigkeit aller Arbeiter immer mehr praktische Tat wird; ohne deren nach dieser Richtung hin wirklich anerkennenswerte erzieherische Tätigkeit wäre allerdings zu befürchten, dass unsere grossen deutschen Gewerkschaften — natürlich immer unter Protest ihrer Führer gegenüber denen, die solches behaupten, — in die Organisationsstarre gleich der einiger grossen englischen Gewerkschaften hineingeraten.

MIT den Erörterungen über den Generalstreik, die Maifeier und die Regelung der Streikunterstützung, sowie der Genossenschaftsdebatte — die an anderer Stelle dieses Heftes besonders behandelt wird — sind die die Öffentlichkeit hervorragend interessierenden Fragen erschöpft. Der Gewerkschaftskongress hat ausserdem ein gut Teil gewerkschaftlicher Organisationsarbeit vollbracht, die vielleicht erst in späterer Zeit einmal voll gewürdigt werden wird.

KEINER der früheren Gewerkschaftskongresse hat, obgleich in den ersten Tagen in Cöln die Debatten sich etwas müde hinschleppten, wegen der

später folgenden erregten Auseinandersetzungen so sehr das allgemeine Interesse wachgerufen, wie der diesjährige. Die Erörterungen sind in der Arbeiterpresse noch heute nicht beendet und werden in Gewerkschafts- und Parteiversammlungen noch lange Zeit fortgeführt werden. Auch die bürgerlichen Blätter haben ihre Epiloge zu dem Gewerkschaftskongress gegeben. Der grösste Teil knüpft, wie immer, an die Debatte die Hoffnung, der sozialdemokratischen Partei werde ihr starkes Rückgrat, welches sie bisher in den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern besessen hat, mit der weiteren Entwickelung der Gewerkschaften gebrochen werden. Sie vergessen, dass die Meinungsdifferenzen, welche auf dem Gewerkschaftskongress in Cöln zu Tage getreten sind, in der sozialdemokratischen Partei selbst vorhanden sind. Die rücksichtslose Aussprache dessen, was ist, hat einer Partei, die, wie die Sozialdemokratie, so fest im Volke wurzelt, noch nie geschadet. Mit dem Cölner Kongress ist das letzte Wort über die dort erörterten Fragen nicht gesprochen, weitere Auseinandersetzungen werden folgen. Aber, wie ernst diese immer geführt werden mögen, in der Arbeiterbewegung bestimmt die Mehrheit; die Minderheit wird sich, wie bisher, der Disziplin unterordnen. Unsere Haltung in taktischen Fragen wird je nach dem Verhalten der Gegner und den praktischen Bedürfnissen in unseren eigenen Reihen noch wiederholt geändert werden müssen. Zeigen sich irgendwo Schäden, ist Gefahr im Anzuge, dass ein Teil unserer Genossen über die Bedürfnisse des Tages das Streben nach den idealen höheren Zielen bei seite setzen will, so wird schon der gesunde Sinn der in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter dafür sorgen, dass Wandel geschaffen wird.

DIE gewaltige Entwickelung der Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren — in Cöln waren zirka 1¼ Millionen organisierter Arbeiter vertreten — wird die politische Partei nötigen, der Gewerkschaftsbewegung und ihren Interessen noch grössere Beachtung, als bisher, zu schenken. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, den Geist der Solidarität bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu pflegen. Der Cölner Kongress wird für viele Genossen eine Mahnung sein, sich dieser Aufgabe in steigendem Masse zu widmen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · NOCH EINMAL PARTEI, GEWERKSCHAFTEN UND MAIFEIER



DIE Debatten des Cölner Gewerkschafskongresses über Generalstreik und Maifeier haben, wie zu erwarten war, viele und vielerlei Kommentare nach sich gezogen. Ein Teil der Gegner der Sozialdemokratie hat auf Grund der stark opportunistischen Färbung einzelner Reden von namhaften Gewerkschaftsführern die beginnende Loslösung der Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei konstatieren zu können geglaubt; andere haben das Herannahen der Zeit vorhergesagt, wo die Gewerkschaften die Führung der Sozialdemokratie in die Hand nehmen, dieser Tonart und Taktik diktieren würden. Das Gegenstück zu diesen Sprüchen aus bürgerlichem Lager bildet eine Reihe mehr oder weniger gereizter Kritiken aus den Reihen der Sozialdemokratie selbst wider die betreffenden Gewerkschaftsvertreter, und in einigen dieser Kritiken läuft eine Note durch, die auf die

Befürchtung schliessen lässt, es könne, wenn man den Gewerkschaften nicht auf die Finger schaue, doch eines Tages dahin kommen, dass jene bürgerlichen Propheten recht behielten. Obwohl nun schon von verschiedenen Seiten Triftiges gegen diese Furcht geltend gemacht worden ist, scheint es mir doch angezeigt, dem Gegenstand eine besondere Betrachtung zu widmen. Denn der Hauptgesichtspunkt, von dem aus die Frage behandelt werden muss, ist meines Erachtens nicht mit der nötigen Schärfe klargestellt worden.

DARÜBER ist man sich freilich prinzipiell fast allerseits klar, dass, da Partei und Gewerkschaft verschiedene Aufgaben zu erfüllen haben, dies auch bei ihren Vertretern zu Unterschieden in der Betrachtung und Wertung der Dinge führen muss. Aber man sieht dies mehr als ein Übel an, mit dem sich die Partei als etwas Unvermeidlichem so gut wie möglich abzufinden habe, denn als eine Tatsache, die neben manchem Stoff zu Reibungen aller Art doch auch ihre grossen Vorteile hat. Man würdigt die Gewerkschaft, soweit es sich um geistige Einflüsse handelt, fast nur als die Bremse am Wagen der grossen politischen Arbeiterbewegung, verkennt jedoch, dass sie auch in geistiger Hinsicht weit mehr ist, als bloss das Organ, den Himmelstürmer auf der Erde zurückzuhalten, dass sie die politische Bewegung auch in geistiger Hinsicht im vollen Sinne des Wortes ergänzt, das heisst, sie geistig positiv bereichert.

DIE Gewerkschaft verrichtet zum Beispiel für die positive Arbeiterbewegung ein gutes Stück dessen, was man in den Naturwissenschaften *Laboratoriumsarbeit* nennt: sie liefert die experimentellen Beispiele und Nachweise für die Wirkungen und Möglichkeiten bestimmter Neuerungen. Organ der wirtschaftlich leistungskräftigsten Elemente der Arbeiterschaft, zeigt sie in der Praxis vielfach der für die Gesamtheit bestimmten Gesetzgebung erst den Weg. Auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist die Gesetzgebung noch nirgends so weit gegangen, wie verschiedene Gewerkschaften schon auf dem Wege der organisierten Selbsthilfe gegangen sind. Sie hat bisher fast überall nur in abgeschwächter Form verallgemeinert, für alle Arbeiter vorgeschrieben, was ein Teil der Gewerkschaften schon für ihre Mitglieder respektive ihren Beruf erkämpft hatten. Und solange die kapitalistische Wirtschaftsordnung währt, wird es auch nie anders werden, wird die Gewerkschaft stets der Pionier der Arbeiterschutzgesetzgebung und vieler sonstiger Aufgaben der Arbeitsgesetzgebung sein. Welche Bedeutung sie damit allein schon für die politische Arbeiterbewegung erlangt, braucht wohl nicht erst des längeren entwickelt zu werden.

ES stünde natürlich der politischen Arbeiterbewegung, das heisst der sozialdemokratischen Partei, frei, im Parlament so weitgehende sozialpolitische Forderungen aufzustellen, dass alles praktisch schon Vorhandene dadurch übertroffen, in den Schatten gedrängt würde. Aber sie hat das bisher nicht getan und wird es auch wohl so bald nicht tun. Als Gesetzgebungsfaktor hat sie stets den Höhepunkt der erreichten allgemeinen Entwickelung in Berechnung gezogen, statt sich kurzweg von der ungezügelten Spekulation lenken zu lassen. Insofern ist sie also schon von selbst opportunistisch.

ABER die Sozialpolitik bildet nur einen Teil des Tätigkeitsgebiets der sozialdemokratischen Partei. Innerhalb, wie ausserhalb des Parlaments geht der Kampf der Sozialdemokratie weit über das hinaus, was man heut unter diesen Begriff zusammenfasst. Kann es nun schon — wie der Ausgang der Debatte

über die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, gezeigt hat — auch auf dem Gebiet der engeren Sozialpolitik dahin kommen, dass die Mehrheit der Gewerkschaften zu einer bestimmten Frage sich anders stellt, als die Mehrheit der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, um wie viel eher bei Fragen, die jenseits dieses Gebiets liegen. Es ist ganz unwissenschaftlich, aller Erkenntnis vom Einfluss der regelmässigen Beschäftigung auf das Denken widersprechend, zu verlangen, dass der Gewerkschaftsführer die vielen hier in Betracht kommenden Fragen genau so beurteilen, genau so werten soll, wie der überwiegend oder ausschliesslich politisch tätige Sozialdemokrat. Haben wir auch in Deutschland in der freien Gewerkschaftsbewegung keine Führer, die nichts als Gewerkschafter sind oder sein wollen, so haben wir doch immer mehr Gewerkschaften bekommen, die wirklich das sind, als was sie sich bezeichnen, und nicht bloss Ansätze dazu, und die daher die Geisteskraft ihrer Führer für Gewerkschaftsaufgaben der verschiedensten Art fortlaufend in Anspruch nehmen. Dies erheischt oder erzeugt notwendig eine bestimmte Tendenz, die Dinge zu beurteilen; und es liegt im Wesen des gewerkschaftlichen Kampfes, dass die zahlenmässige Kalkulation beim Abwägen des Für und Wider eine grössere Rolle spielt, als im politischen Kampf. Das kann in Einzelfällen zu engherziger, geistiger Pfennigfuchserei führen, braucht es aber nicht, und ist prinzipiell schliesslich doch nichts anderes, als was man in anderer Form auch bei den Führern des politischen Kampfes findet. Auch sie rechnen und müssen rechnen, nur setzen sie etwas andere Massstäbe an.

DER wesentliche Unterschied zwischen politischem Parteiführer und Gewerkschaftsführer, soweit beide den Geist der Bewegung reflektieren, die sie vertreten, wird durch folgende Tatsachen bestimmt. Die Sozialdemokratie als politische Partei steht der Gesamtheit der nichtsozialdemokratischen Parteien kämpfend gegenüber; auch wenn sie zwischen ihnen prinzipiell Unterschiede macht, bekämpft sie faktisch doch die einen so gut, wie die anderen, oft gerade die ihr am nächsten stehenden Parteien mit grösserer Heftigkeit, als die ihr in jeder Hinsicht feindlichen Parteigruppen. Es ist eine unter verschiedenen Gesichtspunkten unangenehme, aber, wie die Verhältnisse einmal sind, unvermeidliche Tatsache, dass die Sozialdemokratie gerade denjenigen Parteien, mit denen sie gegebenenfalls im Parlament zu kooperieren hat, im ausserparlamentarischen Kampf, der doch für die Dynamik der Parteien entscheidet, am stärksten zu Leibe geht, ihnen am meisten durch Entziehung von Kräften verhängnisvoll wird. Warum das in Deutschland in höherem Grade der Fall, als in irgend einem anderen Lande, ist bekannt, ebenso, dass es mindestens in gleichem Masse Folge, wie Ursache der Kraftlosigkeit des deutschen Liberalismus ist. Aber Tatsache bleibt, dass es nicht nur Folge, sondern auch Ursache ist und im Verlauf der Entwickelung immer mehr Ursache weiterer Entkräftung des Liberalismus respektive der bürgerlichen Demokratie wird. Dadurch erhält die politische Verelendungstheorie für Deutschland einen starken Rückhalt; hier scheint die pessimistische Perspektive: Verschärfung der politischen Gegensätze, Zuspitzung zu einem gewaltigen Zusammenstoss zwischen einer sozialdemokratisch geführten und einer den Reaktionsparteien folgenden Masse, wachsende Berechtigung zu gewinnen. Inwieweit die Taktik der Partei dieser, heute mit besonderem Eifer von dem offiziellen Parteitheoretiker Kautsky gepredigten Anschauung in jeder Hinsicht gerecht wird, bleibe einer

späteren Untersuchung vorbehalten. Hier genüge die Feststellung, dass in der Partei heute der politische Pessimismus Oberhand hat, dem die Verschlechterung der Zustände als die normale, die Verbesserung als die anormale Erscheinung gilt.

DIESER Pessimismus aber verträgt sich auf die Dauer nur schlecht mit der Gewerkschaftsbewegung. Oder, um es genauer auszudrücken, die Gewerkschaftsbewegung verträgt solchen Pessimismus auf die Länge der Zeit nicht. Sie erweist ihre Existenzberechtigung durch die Verbesserungen, die sie erzielt, durch die Verschlechterungen, die sie verhindert hat. Weil sie begrenztere Aufgaben zu erfüllen hat, als die politische Partei, ist sie mehr, als diese, auf materielle Erfolge angewiesen. Wer das nicht anerkennt, bricht über sie, ob er es will oder nicht, grundsätzlich den Stab, spricht ihr jede Möglichkeit oder jedes Recht zu einer eigenen Entwickelung ab. Das heisst, er lässt ihr nur eine politische Entwickelung, und zwar die auf den revolutionären Generalstreik hin, wie ihn die französischen antiparlamentarischen Gewerkschafter sich als Ziel stellen, und bei dem die Gewerkschaft aufhört, Gewerkschaft zu sein, und zur politischen Massenbewegung in gewerkschaftlichem Gewande wird, die keine andere politische Bewegung neben oder gar über sich anerkennt. Man verbiete den Gewerkschaften die Politik der schrittweise zu gewinnenden Verbesserungen, und man drängt sie mit Notwendigkeit entweder zur völligen Ablösung von der grossen sozialistischen Arbeiterbewegung oder zur völligen Verlegung auf die Generalstreikpropaganda, mit der eine Ausbildung wirtschaftlich leistungsfähiger Gewerkschaften erfahrungsgemäss unvereinbar ist.

WAS ist die soziale Funktion der Gewerkschaft? Wo sie nicht lediglich Form oder Sukkursale der politischen Bewegung ist, ist die Gewerkschaft dazu da, die Lage der Arbeiter im Beruf zu schützen und zu verbessern, die Arbeiter aus Lohnhörigen zu Mitberechtigten in der Industrie zu machen. Was darüber hinausgeht, ist nicht mehr Gewerkschaftaufgabe. Wenn Gewerkschaften die Beseitigung der Lohnarbeit, Abschaffung des Kapitalismus und dergleichen in ihre Statuten eingeschrieben haben, so geschah es — wo es nicht bloss den inneren Zusammenhang mit der grossen sozialistischen Bewegung bekräftigen sollte — in grundirriger Auffassung der Aufgaben einer Berufsverbindung. Nicht die Berufsverbindungen, sondern die Organe der Allgemeininteressen haben nach sozialistischer Auffassung an die Stelle der kapitalistischen Unternehmer zu treten. Das andere wäre nicht Sozialismus, sondern höchstens Partikularkollektivismus. Indes haben die Gewerkschaften, die eine längere Erfahrung hinter sich haben, auch in der Praxis noch nirgend Neigung verspüren lassen, sich etwa an die Stelle kapitalistischer oder sonstiger Unternehmer zu setzen, darauf hinauslaufende Zumutungen vielmehr wiederholt kurzerhand abgewiesen. Die Gewerkschaft kämpft wider den Unternehmer, wer er auch sei, um möglichst günstige Arbeitsbedingungen, sie ist aber mit ihm, wer er auch sei, gleichmässig an günstigen Marktbedingungen, guten Geschäftskonjunkturen interessiert. Sie kämpft ausserdem jeweilig immer nur mit bestimmten Berufsgruppen der Unternehmerklasse und kann in diesem Kampf gemeinsame Interessen mit Unternehmern anderer Berufe oder Wirtschaftszweige haben. Kurz, sie rückt einzelnen Kapitalisten viel unmittelbarer auf den Hals, als in der Regel die Sozialdemokratie, aber sie wirkt nur

indirekt auf die Ablösung des Kapitaleigentums hin, dem die Sozialdemokratie direkt an den Leib will.

ALL das hat zur notwendigen Folge Unterschiede in der Kampfesweise und damit auch in der Beurteilung der Kampfformen. Für die Sozialdemokratie ist der Kampf der Normalzustand, die Gewerkschaft aber mag noch so kampflustig sein, sie wird doch immer den Kampf als die Ausnahme, den Frieden oder zum Frieden sich ausdehnenden Waffenstillstand als die Regel betrachten müssen, weil sie anders die Bedingungen ihrer Existenz, die Voraussetzungen ihrer Erfolge untergraben würde. Ihre Fortschritte sind an die Prosperität ihrer Industrie gebunden, ihr Selbsterhaltungsinteresse verbietet ihr eine Taktik, welche ihrer Industrie ernsthaften Abbruch tut. Man wird vielleicht einwenden, das gelte allenfalls für einzelne Gewerkschaften, nicht aber für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, da ja der Verlust der einen Industrie der Gewinn anderer zu sein pflegt. Aber das stimmt nicht; für die einzelne Gewerkschaft wird der Gedanke, dass, was ihre Industrie verliert, andere gewinnen, bei der Bestimmung der Taktik nie durchschlagende Kraft haben, zumal solche Kompensationen oft genug recht zweifelhaft sind; und die einzelne Gewerkschaft ist hierin der Typus für die Gesamtheit. Wer die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern und die Entwickelungsgeschichte der einzelnen Gewerkschaften verfolgt, der wird mit Notwendigkeit zu der Erkenntnis gedrängt, dass, wie sehr auch die sonstigen Verhältnisse von Land zu Land wechseln, sich gewisse typische Tendenzen doch überall durchbrechen, wo die Gewerkschaften festen Boden gefasst und eine gewisse Stärke erlangt haben. Man kann keine starke Gewerkschaftsbewegung haben, wenn man den Gewerkschaften nicht das Recht zugesteht, ihre Kampfesweise nach der Natur ihrer Aufgaben einzurichten, oder ihnen Aufgaben zuweist, die weit über den Rahmen gewerkschaftlicher Betätigung hinausgreifen.

VERGEGENWÄRTIGT man sich dies alles, so kann man wirklich nicht sehr darüber erstaunt sein, dass in den Reihen unserer Gewerkschaftsvertreter das Verlangen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, so starke Gegner gefunden hat. Die Geschichte der Maifeier in Deutschland hat der Arbeitsruhe an jenem Tage an vielen Orten und in vielen Berufen den Stempel einer Kampfmassregel, einer Kraftprobe aufgedrückt. Nun wird, wie kein sozialdemokratischer Parteiführer, so auch kein Gewerkschafter, der sein Salz wert sein will, prinzipiell etwas gegen Kraftproben haben können. Aber mehr, als der Parteiführer, bei dem es heisst *kampfbereit jederzeit*, wird der Gewerkschaftsführer den Wunsch haben, den Zeitpunkt der Kraftprobe jedesmal selbst zu bestimmen.

DIE Gewerkschaft ist nicht jederzeit in gleichem Grade kampfbereit. Sie hat mit Wirtschaftsbedingungen zu rechnen, die von Gewerbe zu Gewerbe wechseln. Nehmen wir zum Beispiel die Baugewerbe. Für sie ist das Frühjahr die Einleitung der Arbeitssaison. Es ist daher auch die Saison ihrer Lohn- etc. Kämpfe. Aber diese Kämpfe werden durchgängig im März und April ausgefochten und sind in der übergrossen Mehrheit der Fälle schon entschieden, wenn der 1. Mai herankommt. Sollen sie nun, die eben erst Frieden geschlossen, um der Feier des 1. Mai willen von neuem einen Kampf aufnehmen oder grössere Opfer übernehmen, so müsste es geradezu unnatürlich zugehen, wenn

sie da nicht erst fragten: dient die Arbeitsruhe wirklich einem nennenswerten Zweck, der ohne sie nicht erreicht werden könnte? In ganz entgegengesetzter Lage, wie sie, ist aber der Beruf der Schneiderei. Bei den Schneidern ist Ende April die Arbeitssaison für die grosse Mehrzahl vorüber, in vielen Geschäften wird nur noch unregelmässig gearbeitet, werden ohnehin ganze Tage ausgesetzt. Es kommt also bei der Masse der Gehilfen gar nicht darauf an, einen Tag frei zu machen, von den Heimarbeitern ganz abgesehen. WIE hier von Beruf zu Beruf die Begehung der Maifeier durch Arbeitsruhe ganz verschiedene Anforderungen stellt, so in anderen Berufen von Ort zu Ort, so schliesslich auch von Land zu Land. Zugleich ist aber auch das Bedürfnis nach der Maifeier ein sehr verschiedenartiges, wird es von Ort zu Ort, von Land zu Land mit sehr verschiedener Stärke empfunden.

WAS soll die Maifeier? Soll sie Demonstration für den Achtstundentag und andere Forderungen des Arbeiterschutzes sein, so ist sie in einer Zeit, wo diese Forderungen in fast allen Ländern in Parlament, Presse, Vereinen beständig auf der Tagesordnung stehen, ziemlich veraltet. Es handelt sich nicht mehr darum, diese Forderungen bekannt zu machen, sondern einen Druck auf die gesetzgebenden Körper und Verwaltungen zu ihren Gunsten auszuüben. Dieser Druck wird aber durch eine blosse Feier im Rahmen der von hoher Obrigkeit gestatteten Formen, wie es unsere Maifeier ist, nicht ausgeübt. Demonstrationen nutzen sich überhaupt leicht ab, aber nichts wird ihrer Wirkungskraft gefährlicher, als ein für allemal bestimmte Regelmässigkeit. Die Wirkungskraft von Demonstrationen liegt in ihrer Spontaneität, ihrem Elementarcharakter. Das gilt nicht nur für ihre Wirkung nach aussen, sondern, und zwar mehr noch, für ihre Wirkung nach innen, für ihre Rückwirkung auf das Gemüt der Demonstrierenden.

DAS führt mich auf den anderen, heute immer mehr in den Vordergrund tretenden Zweck der Maifeier: die Bekräftigung der grossen Ziele des Sozialismus im allgemeinen, die Weihe der internationalen Solidarität und Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung. Gegen ein Fest zu diesem Zweck lässt sich gewiss nichts einwenden, nur ist es nicht unbedingt notwendig, dass es ein an Opfer geknüpftes Fest sei.

WÄRE unsere Zeit noch fähig, Volksfeste nach Art der alten religiösen Festtage zu schaffen, so würde ich sagen, der Maitag müsste ein solches Volksfest werden. Mag man am Wort *Religion* noch so sehr Anstoss nehmen, die Sache wird, soweit es sich um die Erfüllung der Gemüter mit der Gedankenwelt des Sozialismus, um die Würdigung der Gemütsseite der sozialistischen Lehre handelt, niemand verwerfen. Nun fehlt aber unserer Zeit der Beruf zur Schaffung neuer Volksfeste. Das haben alle Parteien schon an sich ausgekostet, das scheinen wir auch an uns erfahren zu sollen. Wenigstens haben wir es bisher noch nicht fertig gebracht, ein wirkliches sozialistisches Volksfest von Dauer ins Leben zu rufen. Wir veranstalten der Feste genug, aber keines, das eine so intensive Kraft auf die Gemüter ausübte, wie einst die alten, von den Kirchen übernommenen Feste. Möglich, dass an einzelnen Orten die Maifeier sich in ihrer Wirkung auf die Gemüter ihnen annähert, im allgemeinen ist sie noch ziemlich weit davon entfernt, trägt sie noch überwiegend den Charakter einer Pflichtfeier, dieses Widerspruches in sich selbst, dieser zwei Halben, die kein Ganzes bilden.

UNSERER Maifeier fehlt durchaus die Einheitlichkeit. Wir haben sie in zwei Hälften geteilt: vormittags die Demonstration, nachmittags beziehungsweise abends das Fest; die Demonstration den Gewerkschaften, der Partei das Fest. Wie es zu dieser Zweiteilung gekommen ist, mag hier unerörtert bleiben, sie war jedenfalls nichts von Hause aus Geplantes, sondern wurde als Ausfluchtsmittel ergriffen, dem Doppelcharakter der Maifeier gerecht zu werden. Nicht ein von den Gewerkschaften selbst empfundenes Bedürfnis wies ihnen die Demonstration durch Arbeitsruhe zu, sondern ein Entscheid, bei dem der Zufall eine ungebührlich grosse Rolle gespielt hat. Würde das grössere Kampfbedürfnis entschieden haben, so hätte aus den oben entwickelten Gründen die Partei die Demonstration für sich reklamieren müssen.

NUN haben die Gewerkschaften deutlich zu verstehen gegeben, dass sie keine Lust haben, die Demonstrationen durch Arbeitsruhe am Maitage fortzusetzen. Damit ist schon ausgesprochen, dass diese Maidemonstrationen für sie keinem Bedürfnis entsprechen. Ist dem so, dann wäre es das Allerverkehrteste, aus Rücksicht darauf, was die Gegner etwa sagen mögen, an dem für zweckwidrig Erkannten festzuhalten. Es wird sich dann vielmehr darum handeln, die ganze Frage der Maifeier von neuem zu prüfen. Und da wird sich meines Erachtens herausstellen, dass international nur eines vereinbart werden kann, nämlich den 1. Mai als das Fest der grossen Ziele des Sozialismus allerorts feierlich zu begehen, es aber den einzelnen Ländern oder Organisationen zu überlassen, mit diesem Fest diejenigen Demonstrationen zu verbinden, die sie aus ihren besonderen Verhältnissen heraus für angezeigt und zweckmässig halten.

ES ist schon oft ausgesprochen worden, dass man keine Revolutionen auf das Datum vorher ansagt. Gilt, was hier gegen die lange Vorherbestimmung spricht, nicht auch von der Kampfdemonstration, die ja einen Revolutionsmikrokosmos darstellt, und deren Gelingen, wie das von Revolutionen, von unzähligen unvorherzusehenden Umständen (Wetter, unmittelbar vorhergegangene Inanspruchnahme der verfügbaren Kräfte etc.) beeinflusst wird? Feste kann man vorher ansetzen, Kämpfe aber wird jede Kampfgemeinschaft nicht an Daten, sondern an sich darbietende Anlässe knüpfen wollen.

ES ist meines Erachtens ein Verdienst der Gewerkschaften, uns das aufs neue zum Bewusstsein gebracht zu haben. Und das bringt mich auf das Thema der Ergänzung der Partei durch die Gewerkschaft zurück. Wenn der Kampf der Normalzustand der Partei ist und die pessimistische Note die Normalstimmung, so kann beides doch auf einen Grad gebracht werden, wo es seinem Zweck ins Gesicht schlägt, zu einer Hypertrophie ausarten, die schliesslich in Abstumpfung übergehen muss. Hiergegen lehnt sich der Geist der Gewerkschaftsbewegung auf, der keinen erschlaffenden Frieden verträgt, aber auf Grund stärkerer Fühlung mit den Wirtschaftsverhältnissen für die Ökonomie des Kampfes zuverlässigere Massstäbe hat, als sie die politische Partei haben kann, der keine Schönfärberei duldet, aber dem Pessimismus durch das Bedürfnis Grenzen setzt, materielle Resultate der geleisteten Kämpfe festzustellen. Die Gewerkschaft vertritt die optimistische Note in der Arbeiterbewegung, und wer etwas tiefer in die Psychologie dieser Bewegung eingedrungen ist, der wird auch wissen, wie sehr sie der kräftigenden Wirkung optimistischer Beurteilung ihrer Kampfesergebnisse bedarf.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HELMA STEINBACH · BEMERKUNGEN ÜBER DIE GENOSSENSCHAFTSDEBATTE AUF DEM CÖLNER GEWERKSCHAFTSKONGRESS

SEIT den Tagen des seligen Schulze-Delitzsch, seit der Gründung der ersten Konsumentenorganisation, der im Lauf der Jahre Hunderte gefolgt sind, hat sich bis vor fünf oder sechs Jahren kein Teufel um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten graue Haare wachsen lassen. Wann hätten deren Geschäftsleiter es je nötig gehabt, sich bei Anstellung von Personal erst an die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der betreffenden Branchen zu wenden? War doch stets ein übergrosses Angebot von Arbeitskräften vorhanden, die um jeden Preis eine Anstellung in einem relativ demokratischen Vereinsunternehmen der in einem privatkapitalistischen Betriebe vorzogen. Es wurde allgemein als selbstverständlich hingenommen, dass bei geschäftlichen Unternehmungen, wie es Konsumvereine doch nun einmal sind, im Interesse der Konsumenten die höchstmöglichen materiellen Vorteile, insbesondere durch möglichst niedrige Spesen, möglichst hohe Dividenden herausgewirtschaftet werden mussten. Da war das *freie Spiel der Kräfte* selbstverständliches Geschäftsprinzip. Die natürliche Folge war eine oft geradezu skandalöse Ausbeutung der Angestellten. Mit der wachsenden Verbreitung der Ideen der modernen Arbeiterbewegung wuchs auch der Zorn über die unleugbar schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Konsumgenossenschaften und die Missachtung der *dividendenschindenden Konsumvereinsmeierei*. Sonderbarerweise legte aber in der Partei und in den Gewerkschaften niemand selber Hand an. Man kritisierte, blieb aber schimpfend ausserhalb stehen. Ja, man zieh sogar diejenigen, welche den Arbeitern die einer wirklichen genossenschaftlichen Organisation innewohnende Machtfülle zum Verständnis zu bringen suchten, schlankweg des Verrates an den Prinzipien der Partei.

DIE Zeiten ändern sich. Wie die Macht der wirtschaftlichen Verhältnisse den modernen Gewerkschaftsorganisationen innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung heute die ihr zukommende Stellung verschaffen musste, so geschah es auch mit der Wertung der Genossenschaftsbewegung. 1886 zählten die Konsumvereine in Deutschland 144000 Mitglieder, heute zählen sie deren über eine Million, die zusammen mit den Angehörigen eine Zahl von über 5 Millionen Interessenten repräsentiert. Ein wirtschaftlicher Riesenkampf, in dem unter den empörendsten Begleiterscheinungen 18000 Hafenarbeiter und Seeleute 1896-1897 mitten im Winter vom Unternehmertum in Hamburg ausgesperrt waren, und in dem diese damals noch sehr ungenügend organisierten Arbeiter nach heroisch durchgeführter Gegenwehr unterlagen, gab den Anstoss zu einem gewaltigen Ruck nach vorwärts für eine moderne Ausgestaltung der ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland. Aus der furchtbaren Not dieser im Kampf mit einem übermächtigen und übermütigen Scharfmachertum unterlegenen Massen erstand die Idee: durch planmässig organisierten Massenkonsum und Aufspeicherung der sonst als Dividende verzettelten Überschüsse

zu einem personellen Notfonds für jedes einzelne Mitglied die Betriebsmittel zur Eigenproduktion zu schaffen. So erstand der Konsum-, Bau- und Sparverein *Produktion* in Hamburg. Trotz anfänglicher schwerster Anfeindung aus den Reihen der eigenen Partei erwies sich unter den bestorganisierten Arbeitern Hamburgs die hier zur Tat gewordene Idee von solcher Werbekraft, dass heute, nach kaum sechsjährigem Bestehen der *Produktion*, über 20000 Mitglieder ihr beigetreten sind. Haupt- und Grundgedanke ihrer Gründer, wie ihrer bisherigen Leiter war: engstes Hand in Hand Arbeiten zwischen Genossenschaft und Gewerkschaften, für Proletarier der einzig denkbare Weg, durch Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage sich zugleich in dem angesammelten Notfonds eine Waffe für die unausbleiblichen Tage des Kampfes zu schaffen. Mit dem *freien Spiel der Kräfte* unter Verwaltungen und Personal der Genossenschaften, sowie in der gesamten Geschäftsführung kommt man da freilich nicht mehr aus, wo man es als Grundsatz erklärt, die Interessen der organisierten Konsumenten mit den Interessen der organisierten Produzenten in Einklang bringen zu müssen. Für jeden Kenner der Verhältnisse steht fest, dass dieser Umschwung der ganzen inneren Konstruktion und aller bisherigen Auffassungen über Wert und Bedeutung der Genossenschaften ihnen auch die erste offizielle Anerkennung in der Partei gebracht hat, wie sie in der vom Parteitag in Hannover /1899/ beschlossenen Resolution zum Ausdruck kommt, die, wenn sie damals auch noch vorsichtigerweise der Gründung von Konsumgenossenschaften keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen wollte, derselben doch so viel ausserordentliche Wertmomente beimass, dass man es seitdem mit Seelenruhe als Parteigenosse wagen darf, jedem Arbeiter auf die Schulter zu klopfen und ihn zu fragen: wie steht's, Genosse, bist du auch Mitglied der Genossenschaft? Das kann man allerdings erst jetzt auch aus voller Überzeugung tun, wo das Organisationsprinzip in den dem *Zentralverband deutscher Konsumvereine* angeschlossenen Genossenschaften zu allgemeiner Anerkennung gelangt ist. Jetzt, wo in modernen Genossenschaften nach dem Prinzip der Hamburger *Produktion* ausschliesslich gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen angestellt werden sollen, ist es den besonders in Betracht kommenden Organisationen, deren Mitglieder zu Tausenden und Abertausenden in der Distribution und Produktion der Konsum- und Produktivgenossenschaften ihre Existenz finden, leicht gemacht, einen stetig wachsenden ununterbrochen Beiträge zahlenden Prozentsatz von Angehörigen ihrer Branche an den Verband zu fesseln und so nicht nur den Genossenschaften, sondern auch dem Unternehmertum gegenüber überhaupt ein Faktor zu werden, dessen Bedeutung Anerkennung fordern darf.

THEORETISCH betrachtet, wäre ja nun eigentlich alles im richtigen Lot, wenn — ja, wenn Vernunft und Logik Allgemeingut wäre, und wenn Engherzigkeit und Sonderinteressen im Bunde mit mangelndem Verständnis für die Grundbedingungen eines gedeihlichen Zusammenarbeitens nicht auf beiden Seiten heute noch im Wege ständen. Optimisten in beiden Lagern hatten gehofft, durch ein instruktives Referat und eine sachliche Debatte über den auf die Tagesordnung des fünften deutschen Gewerkschaftskongresses gesetzten Punkt *Gewerkschaften und Genossenschaften* würde es möglich sein, Klarheit zu schaffen, vorhandene Differenzen auszugleichen und somit der Aufgabe des genossenschaftlichen Zusammenschlusses unter den organisierten Massen neue propagandistische Kräfte zu gewinnen. Ja, wenn Genosse von Elm, der eigent-

liche Vater und unermüdliche Verfechter dieses Prinzips, dem das Referat über diesen Punkt zugewiesen war, mit seiner Voraussetzung recht gehabt hätte, dass die meisten der auf dem Kongress anwesenden 213 Delegierten über die Materie orientiert seien, wenn sie zum Beispiel den Artikel, den von Elm über diesen Gegenstand in der Mainummer der *Sozialistischen Monatshefte* veröffentlichte, gelesen hätten, dann wäre den Vertretern einiger spezieller Interessengruppen (Handlungsgehilfen, Handels- und Transportarbeiter, Konditoren, Schuhmacher, Glasmacher etc.) von der Mehrheit der Anwesenden schwerlich gestattet worden, in einer zum Teil geradezu gehässigen, jedenfalls nichts weniger als zweckdienlichen Weise die Sache ihrer Auftraggeber zu verfechten. Die ganze Debatte hätte einen anderen Charakter getragen, und durch eingehende Ventilierung der gesamten Materie wäre auf diesem Gewerkschaftskongress eine praktische Vorarbeit für die Verhandlungen des Genossenschaftstages über den selben Gegenstand geleistet worden. Der Referent hatte aber das vorhandene Mass von Verständnis für die praktischen Bedürfnisse der von Regierungen und privatkapitalistischer Konkurrenz bis aufs Messer bekämpften Genossenschaften bei den Delegierten überschätzt: dieser Auffassung habe ich mich schon während seines Referates nicht erwehren können. Wer selber so vom Wirbel bis zur Zehe Gewerkschafter und Genossenschafter ist, wie von Elm, der vergisst manchmal, das ABC zu predigen. Mit grosser Mühe hatte der Referent statistisches Material über Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer grossen Anzahl in Genossenschaftsbetrieben Beschäftigter zusammengestellt, soweit ihm solches irgend erhältlich gewesen war. In loyalster Weise hatte er Schäden und Mängel, die noch in einer grossen Zahl von Konsumvereinen auf diesem Gebiet bestehen, zahlenmässig festgestellt und unumwunden die Notwendigkeit betont, dass die gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen, soweit sie Mitglieder von Konsumentenorganisationen sind, sich vor allem der widerwärtigen und unmoralischen Dividendenjagd auf Kosten der von ihnen abhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen in ihren Genossenschaften widersetzen müssten. Wenn der Referent aber auf der andern Seite in der angenehmen Lage war, an der Hand nicht nur seines eigenen, sondern auch des vom Lagerhalterverband selber beigebrachten umfangreichen statistischen Materials feststellen zu können, dass schon heute die Arbeitsverhältnisse in modernen Genossenschaftsbetrieben durchweg ganz bedeutend günstigere sind, als bei den hier in Betracht kommenden Privatbetrieben, da musste es allerdings im Moment geradezu deprimierend wirken, dass einige Delegierte der speziell hierbei interessierten Gewerkschaftsorganisationen, deren Blühen und Wachsen zum grossen Teil direkt vom Gedeihen der Genossenschaften abhängt, in geradezu unqualifizierbarer Weise den Referenten zu desavouieren versuchten. Verantwortliche Gewerkschaftsführer sollten wahrlich nicht so unbedenklich drauflos sündigen, im Vertrauen darauf, dass den derartig geschmähten und in der Achtung der Genossen herabgesetzten Leitern der Genossenschaften ihrerseits aus Rücksicht auf die Ehre der Gewerkschaften die Zunge gebunden ist.

WENN der im Munde des ausbeuterischen Unternehmertums absurd klingende Satz vom *Absägen des Astes, auf dem man sitzt,* irgendwo Geltung hat, so hier. Wir stehen in den Anfängen der Entwickelung zur Eigenproduktion durch Genossenschaftsbetriebe; da wird es absolut notwendig sein, dass die Gewerkschaften strenge Selbstzucht üben und sich Leiter wählen, die mit genügendem

Weitblick ausgerüstet sind, um, unbeeinflusst von persönlichen Motiven, die Gewähr zu bieten für ein vernünftiges und zweckdienliches Zusammenarbeiten der beiden Körperschaften. Die Debatten in Cöln zeigten dies Bild leider in keiner Weise. Die meisten der hier in Betracht kommenden Gewerkschaften haben ihren Sitz in Hamburg, wo gleichzeitig auch die in ihrer ganzen Organisation auf der idealsten Basis aufgebaute *Produktion* eine ganze Reihe von Produktionsbetrieben heute schon in Angriff genommen hat, zum Beispiel den Bau von Wohnungen für die Mitglieder. Nirgend liegt der Vergleich zwischen den Arbeitsbedingungen in der Genossenschaft und in Privatbetrieben so nahe, wie hier. In 34 Verkaufsmagazinen, sowie am Hauptlager und im Kontor sind zirka 200 Personen beschäftigt, für welche die Genossenschaft sämtliche Kranken-, Alters- und Invalidenversicherungsgelder bezahlt. Das im Warenverkauf beschäftigte Personal hat eine um zirka 54 Tage pro Jahr geringere Arbeitszeit, als ihre in Privatgeschäften angestellten Kollegen; ausserdem 3 Stunden Ruhepausen pro Tag. Das Kontorpersonal, sowie die in der Bäckerei, Schlächterei, Tischlerei etc. beschäftigten Personen haben einen achtstündigen Arbeitstag. Die Löhne sind speziell für das weibliche Personal bedeutend höher, als der Durchschnitt in Privatbetrieben. In der Bäckerei, Schlächterei, Kaffeerösterei, Tischlerei, sowie für alle beim Häuserbau in Betracht kommenden Branchen gelten ohne weiteres die von den Gewerkschaften mit der Unternehmerschaft abgeschlossenen Tarife. Ausserdem steht in allen mit den die Bauten ausführenden Unternehmern abgeschlossenen Verträgen, dass, sobald die Arbeiter einer Branche an die Gesamtunternehmerschaft mit einer Lohnforderung herantreten, diese bei allen *Produktions*bauten von vornherein bewilligt werden müsse, und der dafür verausgabte Mehrbetrag der *Produktion* in Anrechnung zu bringen sei. Zur Schlichtung irgend vorkommender Differenzen wählen sämtliche Kategorieen ihre Betriebsausschüsse. Wie berechtigt es war, wenn der Referent in Cöln sagte: »die Arbeiter stellen auch manchmal unvernünftige Forderungen« — ein Ausspruch, der mit grosser Entrüstung und lautem Protest zurückgewiesen wurde —, dafür sei hier nur das eine Beispiel angeführt: Für den zurzeit fertigzustellenden Neubau von zirka 300 Wohnungen hatte der Vorstand der *Produktion* nicht nur eine Reihe Hamburger Firmen zur Konkurrenz bei der Lieferung der Holzfenster herangezogen, sondern auch einige auswärtige Firmen. Die Preisdifferenz zwischen einer der letzteren und den Hamburger Firmen betrug zirka 10000 Mark lediglich bei dieser Fensterlieferung. Sobald nun aber die Hamburger Innungsmeister herausspioniert hatten, dass die Fensterlieferung eventuell nach auswärts vergeben werden sollte, hetzten sie die betreffenden Arbeiter auf, indem sie sie brutal hinauswarfen und ihnen sagten, sie sollten sich nur an ihre Genossenschaft wenden, die liesse ja die Arbeiten auswärts billiger herstellen. Obgleich nun der Leitung des Holzarbeiterverbandes, welche in dieser Sache beim Vorstand der *Produktion* vorstellig ward, klar und deutlich bewiesen wurde, dass die grössere Billigkeit der auswärtigen Firma absolut nicht an geringerer Lohnzahlung der betreffenden Arbeiter läge, sondern daran, dass die grosse Holzfirma ihre Maschinen in unmittelbarer Nähe der Waldungen habe, wodurch eine Menge Spesen für Transport etc. gespart würden, und trotz des Hinweises darauf, dass doch der Holzarbeiterverband keine Hamburger Lokalorganisation sei, sondern seine Mitglieder auch an dem Ort habe, wo die Lieferung, bei tarif-

mässiger Bezahlung der Arbeiter, um 10 000 Mark billiger zur Verfügung gestellt werde, bedrohte man die Genossenschaft mit der Sperre. Wenn private Unternehmer bei solchen Lieferungen die Fenster ebenfalls von jener auswärtigen Firma beziehen, und die Hamburger Tischler einfach angewiesen werden, an einem Bau diese Fenster anzuschlagen, dann kräht kein Hahn danach; der aus Proletariern — Fleisch von ihrem Fleisch — bestehenden Genossenschaft aber hilft man die Wohnungen um solche Summen verteuern, zu gunsten kapitalistischer, konkurrenzneidischer Ausbeuter! Aber nun beachte man das eine: Muss uns als Parteigenossen nicht der Umstand mit Stolz und innerem Jubel erfüllen, dass hier nicht nur die Verwaltung einer Genossenschaft das Recht hat, eventuell im Interesse einer Gewerkschaft den Mitgliedern derartige Mehrausgaben aufzuerlegen, sondern dass auch, bei dem innigen Zusammenhalt der in hundert Kämpfen gegen den gemeinsamen Feind zusammengeketteten Hamburger Arbeiter, eben diese Mitglieder der Genossenschaft ihre Verwaltung einfach nötigen würden, den vom Holzarbeiterverband im Interesse seiner Organisation für notwendig erklärten Schritt zu tun — wenn es sich um eine Lohnerhöhung handelte, welche von der Organisation an die Unternehmerschaft überhaupt gestellt worden ist? Wie die Dinge hier lagen, wo von den Innungsmeistern lediglich hinterrücks ein Streich durch die Arbeiter gegen die *Produktion* geführt werden sollte, und sie dazu schlau den Moment wählten, wo die Holzarbeiter in eine Lohnbewegung einzutreten im Begriff standen, wo sie die Arbeiter geradezu zu einer Kirchturmspolitik kurzsichtigster Art veranlassten, da war für Vorstand und Verwaltung der *Produktion* die Grenze von selbst gegeben, in der ihnen im Interesse der Genossenschaft gebotenen Vorsicht, die Wohnungen nicht durch unsinnig hohe Baukosten derart zu verteuern, dass sie der höheren Mieten wegen leer stehen bleiben würden. Hatte Genosse von Elm da nicht ein Recht, zu sagen, die Arbeiter stellten an Genossenschaftsbetriebe oftmals unvernünftige Forderungen? Nun also, wozu der Lärm? In jenem Falle wurde die Lösung des Knotens, den die aussperrungswütigen Unternehmer so schlau geschlungen zu haben glaubten, darin gefunden, dass die Verwaltung kurz entschlossen die umstrittene Fensterlieferung in der *Produktion* in eigener Regie ausführen lässt; selbstverständlich zu tarifmässigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Man sieht: bei einer solchen Organisation kann die Gewerkschaft, wenn sie Hand in Hand unter vernünftigen Voraussetzungen mit der Verwaltung der Genossenschaft zusammenarbeitet, in ihren Kämpfen einen starken Rückhalt finden.

ÜBER den Wert der Genossenschaft für die Unterbringung der zahllosen Gemassregelten ist schon so viel geredet und geschrieben, dass ich an dieser Stelle weiter darauf einzugehen, verzichte. Andererseits bedarf es aber auch keiner langen Beweisführung, um darzutun, dass die ganze Leistungsfähigkeit und der eminente Nutzen, der von einer derartigen Organisation des Konsums für die Gesamtheit erwachsen soll, abhängt von der Sympathie der breiten Massen, von der tätigen Anteilnahme dieser Gesamtheit. Je grösser der Jahresumsatz, desto höher die Leistungsfähigkeit in Qualität und Billigkeit der Waren; je geringer die Unkosten, desto grösser der Überschuss, desto eher die Füllung des Notfonds, desto rascher das Anwachsen der Eigenproduktion.

NICHT, dass auf dem Gewerkschaftskongress in Cöln noch nicht gleich bei der ersten Erörterung dieser Lebensfrage für beide Richtungen eine völlig be-

friedigende Lösung erzielt ist, darf uns wundernehmen, sondern, dass Partei und Gewerkschaften so lange teilnahmlos abseits stehen konnten, ohne die ungeheuere Wichtigkeit zu erkennen, welche ein inniges Hand in Hand Arbeiten für die gesamte proletarische Aufwärtsbewegung hat. Es ist ja bedauerlich, dass es einigen, sagen wir: unklaren Köpfen gelingen konnte, die von dem Referenten eingebrachte äusserst instruktive und sehr weit den Erfordernissen der heutigen Gewerkschaften entgegenkommende Resolution so weit umzugestalten, dass dieser die Verantwortung dafür ablehnen musste. Wäre die Resolution in ihrem ursprünglichen Wortlaut angenommen worden, dann hätte der Genossenschaftskongress in Stuttgart — statt, wie jetzt geschehen, sie lediglich als Wunsch der Gewerkschaften entgegenzunehmen — sie ebenfalls zu der seinigen machen können, und es wäre damit ein ganz Wesentliches gewonnen worden: eine allgemeingültige Richtschnur für das Verhalten der Genossenschaften gegenüber den Gewerkschaften. Wenn es jetzt in Punkt 2 der Resolution abgeändert heisst: »die genossenschaftlichen Betriebe sollen nicht nur gewerkschaftliche Tarife anerkennen, sondern auch Forderungen allgemeinen Charakters«, so ist das für die Genossenschaften einfach undiskutabel. »Forderungen allgemeinen Charakters«, welche die Gewerkschaft bei Privatunternehmern nicht durchzusetzen vermag, soll sie von der Arbeitergenossenschaft etwa durch Verhängung von Sperren erzwingen dürfen? Das ist ein Nonsens! WAS aber will das alles gross besagen? Wer wollte so vermessen sein, zu glauben, dass heute mitten im Chaos der kapitalistischen Weltwirtschaft durch den Willen einiger noch so hochstehender, ideal denkender Menschen neue vollkommene Organisationen sich aus der Erde stampfen liessen! Ist das, was schon in dieser kurzen Zeit geschaffen ist, nicht staunenswert? Gewerkschaften und Genossenschaften sind so eng auf einander angewiesen, dass es an der gesunden Vernunft, an der Logik der Tatsachen zweifeln hiesse, wenn man sich durch einige natürliche Erscheinungen des Ganges der Entwickelung irritieren lassen wollte. Wie wir unsere beste Kraft eingesetzt haben für den Auf- und Ausbau der Gewerkschaftsorganisation, nicht um die Gewinnung von ein paar Pfennigen Lohnerhöhung, so setzen wir auch nicht unsere Kraft ein, um durch Konsumvereine beim Einkauf unserer Nahrungsmittel ein paar Pfennige mehr herauszuschinden. Wir bauen Stege und Wege, die hinausführen aus dem Chaos der Not und der Selbst s u c h t ins lichte Reich der Freiheit durch Selbst z u c h t. Aber — schnell geht das nicht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL GÖHRE · RELIGION — PRIVATSACHE


ENOSSE Erdmann plädiert in dieser Zeitschrift — für den Fall des Eintritts einer Revision unseres Programms — für eine völlige Umgestaltung des Punktes, der von der Stellung der Sozialdemokratie zur Religion handelt.[1]) Nun ist ja an eine sehr nahe Programmrevision nicht zu denken, und ich würde aus Rücksicht auf diese kaum zu dem Artikel Erdmanns das Wort genommen haben. Auch ist ein grosser Teil seiner Veränderungsvorschläge nicht nur diskutabel, sondern auch

[1]) Vergl. August Erdmann: *Sozialdemokratie und Religion* im vorigen Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 511 ff.

akzeptabel. Was mich jedoch auch meinerseits zu einer Stellungnahme veranlasst, ist die Forderung Erdmanns, den entscheidenden Satz jenes Programmabschnitts, *Erklärung der Religion zur Privatsache*, gänzlich zu streichen, und vor allem die Begründung, die er dieser seiner Forderung gibt. Mit kurzen Worten geht sie dahin: Soweit dieser Satz eine Forderung an den heutigen Staat enthält, ist er richtig, sein Inhalt aber bereits an anderer Stelle ausgesprochen; soweit er aber eine Charakterisierung der neutralen Haltung unserer Partei zu Religion und Kirche sein soll, ist er falsch, da unsere Partei gegen diese beiden Instanzen gar nicht neutral, vielmehr eine vollendete Gegnerin beider ist; aus beiden Gesichtspunkten, die entscheidend sind, ist der ganze Satz völlig aus dem Programm zu streichen.

SOWOHL diese Forderung, wie erst recht ihre Begründung halte ich für falsch und, durchgeführt, verhängnisvoll für die Weiterentwickelung der Partei. Im Gegensatz dazu bin ich vielmehr der Meinung, dass der Satz *Erklärung der Religion zur Privatsache* auch heute noch die geeignete und der Situation in der Partei durchaus entsprechende Formulierung ist, und dass er darum im Programm auch erhalten werden muss. Ich möchte im nachstehenden den Versuch machen, die hauptsächlichen Beweisgründe dafür anzuführen. Der Leser mag dann entscheiden, auf welcher Seite, ob auf der Erdmanns oder auf der meinigen, das Richtige liegt.

DER erste Grund, der für die Beibehaltung des Satzes ins Gewicht fällt, liegt darin, dass er in der denkbar bündigsten und einfachsten Form die in Religions- und Kirchensachen wichtigste Forderung unserer Partei an den Staat ausspricht. Die Richtigkeit dieser Forderung bestreitet ja auch Genosse Erdmann nicht. Nur erklärt er es für überflüssig, sie auch extra im Programm zum Ausdruck zu bringen. Formell hat er damit ja auch recht; in der Tat liegt sie an anderer, von Erdmann auch angegebener Stelle schon mit einbegriffen. Nur sind wahrlich solche formellen Gesichtspunkte nicht ausschlaggebend. Wären sie es, und wendete man sie nach dem hier vorliegenden Erdmannschen Rezept allgemein im Programm an, so wäre die eilige Konsequenz, dass dieses auf einige wenige Sätze zusammengestrichen werden müsste, in denen die Prinzipien unserer Partei ausgesprochen sind. Da aus ihnen sich alle einzelnen Grundsätze und Forderungen ganz von selber ergäben, so wären diese alle im Programm überflüssig. Diese Konsequenz ausgesprochen, zeigt ihre Absurdität. Ein Programm soll nicht bloss die kurze Parole einer Partei, sondern zugleich deren klare Marschroute für ihren Vormarsch gegen den Feind sein: alle wichtigeren Zielpunkte müssen deshalb darin auch ausgesprochen sein. Es soll ferner ein deutliches, gänzlich unmissverständliches Mittel der Unterscheidung von diesem Feinde selbst und seinen Programmen, sowie der Propaganda unserer Gesinnungen und Absichten unter den noch zu gewinnenden Massen sein. Auch aus diesen Gründen muss ein Programm ausführlicher sein, muss es alle wirklich wichtigen und charakteristischen Forderungen, die wir durchzusetzen bestrebt sind, auch aussprechen. Muss es das tun auch auf die Gefahr hin, in Wiederholungen und grössere Breite hineinzugeraten. Dass aber zu diesen wichtigsten und für unsere Partei charakteristischen Forderungen auch die Erklärung der Religion zur Privatsache durch den Staat gehört, ist ohne weiteres einleuchtend. Man braucht nur an den Preussentag und die Verhandlungen des selben über die Volksschule zu erinnern. Das schliessliche Ergebnis war, dass es mit dieser

Volksschule nicht eher besser werden würde, als bis der Religionsunterricht aus ihr beseitigt sei. Das aber erschien nicht eher möglich, als bis der Staat seine Hand von der Kirche gezogen, seine Verbindung mit ihr gelöst, selbst religionslos geworden sei. Die Trennung der Kirche von der Schule hat zur Voraussetzung die Trennung des Staats von der Kirche. Ganz ähnlich liegt's mit der endgültigen Befreiung der Dissidenten von allerhand quälenden und demütigenden Fesseln im heutigen Staat. Sie sind da, ja, werden immer straffer angezogen von dem selben Staat, der längst die Religions- und Gewissensfreiheit proklamiert hat. Dass diese mit allen ihren Konsequenzen auch gewährt und gesichert wird, ist wiederum nicht eher möglich, als bis das Band zwischen Kirche und Staat dauernd und gänzlich durchschnitten, die Trennung zwischen beiden vollzogen, der Staat selber religionslos geworden ist. Oder — um unter anderen einmal auch einen scheinbar sehr fern liegenden Gesichtspunkt noch anzuführen —: selbst eine wirklich gründliche Neuordnung der Finanzwirtschaft in Reich und Einzelstaaten ist nicht möglich ohne vorherige oder doch gleichzeitige Erfüllung dieser Forderung unseres Programms auf Erklärung der Religion zur Privatsache durch den Staat. Hinderlich ist auch die heutige, dutzendmal verbriefte und kirchenrechtlich verknotete Kirchenunterhaltungspflicht des Staats, die diesen, das heisst die Steuerzahler, jährlich viele Millionen kostet. Kurzum, kein Einsichtiger kann die elementare Bedeutung unserer Forderung an den Staat auf Erklärung der Religion zur Privatsache leugnen. Es wäre darum direkt unverständlich, diese Forderung nur um eines formalen Gesichtspunktes willen einfach aus unserem Programm zu streichen. Auch würde diese jetzt vorgenommene Streichung sofort noch eine besondere unliebsame Wirkung haben. Gerade sie würde uns umgehend den Vorwurf der Heuchelei, Unklarheit und Vertuschung, den Erdmann für die Partei vermieden sehen möchte, seitens unserer Gegner einbringen, dann sogar mit einem sehr wirksamen Scheine des Rechts. Gerade solchem heutigen Vorwurf aber begegnet unser jetzt gültiger Programmsatz durchaus: er weist mit aller wünschenswerten Deutlichkeit auf die in den schwebenden Religions- und Kirchenfragen dem Staate gegenüber notwendigste Forderung hin.

ALLERDINGS, das muss in diesem Zusammenhange noch gesagt werden: man soll nicht glauben, dass die Verwirklichung dieser Forderung der Religion selbst oder auch nur irgend einer Kirche den Todesstoss versetzen würde. Wie wenig begründet eine solche Hoffnung etwa wäre, beweist ein einziger Blick auf die religiösen und kirchlichen Zustände in den Vereinigten Staaten. Dort ist unseres Wissens unsere Forderung bis heute grundsätzlich, peinlich und allgemein durchgeführt oder doch durchgeführt gewesen — und gleichwohl hat die Ausdehnung und Organisation der dortigen Kirchen aller Art im ganzen letzten Jahrhundert geradezu überraschende Fortschritte gemacht. Durch diesen Hinweis wird übrigens auch die Behauptung Erdmanns bedenklich ins Wanken gebracht, dass die Kirche das, was sie ist, heute nur durch die Gunst des Staates, das heisst der herrschenden Klasse, sei. Jedenfalls gilt das nicht schlechthin und durchaus. Die katholische Kirche in Nordamerika zum Beispiel, die in den letzten Menschenaltern dort die allererstaunlichste Entwickelung im Vergleich mit den anderen Kirchen und Denominationen durchgemacht hat, hatte doch sicher am allerwenigsten von allen auch nur der indirektesten Gunst der dortigen herrschenden Klassen sich zu erfreuen. Denn deren Angehörige waren

ihrer europäischen Herkunft nach fast durchweg Protestanten, und zwar grossenteils sogar schärfster Observanz, also auch bewusste Gegner der katholischen Kirche, während diese letztere sich vorwiegend auf die beherrschten Klassen zu stützen gezwungen war. Etwas Ähnliches erleben wir gegenwärtig in Frankreich, wie man es dort schon einmal vor hundert Jahren erlebt hat. Wie damals, so glaubt auch heute kein Mensch, dass selbst die deutlichste Abkehr des Staates von der Kirche diese in ihren eigentlichen Machtpositionen erschüttern würde. Selbst die Schweiz könnte in diesem Zusammenhange teilweise als Beispiel angezogen werden. Kurzum: so schnell lässt sich das Problem nicht abtun, wie es durch den zitierten Ausspruch Erdmanns zu geschehen scheint. Die Kirche, sei es die katholische oder auch nur eine protestantische, ist ein sehr kompliziertes, geschichtlich gewordenes Gebilde, dessen innerste und zäheste Kraft nicht in der Anlehnung an den Staat und seine herrschende Klasse, nicht einmal bloss in der Atmosphäre geistiger Befangenheit, die sie in den Köpfen der Masse zu verbreiten pflegt, sondern letztlich in der Tatsache des menschlichen Bedürfnisses nach Religion und in deren positiver, natürlicher, beglückender Macht begründet ist. Wäre letzteres nicht der Fall, so wäre es schlechterdings unverständlich, wie trotz des unsäglichen Missbrauchs, den alle Zeiten mit der Religion getrieben haben, diese noch heute solche Bedeutung besitzt. Und die Frage ist nur, ob sie eine Bedeutung auch in Zukunft haben wird. In unseren Kreisen wird dies, angeblich vom Boden der ökonomischen Geschichtsauffassung aus, vielfach verneint; ich behaupte, dass man es, von dem selben Boden aus und mit dem gleichen Rechte, bejahen muss. Wie dem aber auch sei, das eine steht jedenfalls unter uns allen fest, dass auch die strikteste Durchführung der Forderung an den Staat *Erklärung der Religion zur Pirvatsache* allein der Religion und Kirche keineswegs den Garaus zu machen vermag.

ABER sie wird dafür einen anderen bedeutsamen Erfolg haben: sie wird der Religion und Kirche die Ausnahmestellung nehmen, die beide heute durch ihre Verbindung mit dem Staate haben, und die ihre ohnehin grosse Macht noch ins Vielfache steigert. Diese sind von da an gezwungen, sich allein auf sich zu stellen. Die Waffen der Anhänger und Gegner im Kampf um Religion und Kirche sind von da an wieder gleich, und erst dann wird es möglich sein, festzustellen, welche Lebenskraft die Religion auch zukünftig haben wird. Dieser Zustand muss aber auch den aufrichtig Religiösen selber nur erstrebenswert sein, wie er tatsächlich auch von den Ernstesten unter ihnen — freilich auch von anderen, zum Beispiel von Stoecker, aus ganz anderen, hauptsächlich hierarchischen Tendenzen heraus — schon erhoben worden ist. Indem also die Sozialdemokratie diese von Erdmann gestrichene Forderung deutlich und besonder ausspricht, zeigt sie dadurch zugleich an, dass sie, weit entfernt, eine unbedingte Gegnerin aller Religion — *Religion* in dem einzig zulässigen, weil geschichtlich begründeten Sinne des Glaubens und der Hinneigung an ein göttliches Wesen gefasst — zu sein, vielmehr, gleichgültig, ob gern oder ungern, eine Förderin ihres unverfälschten und innerlichsten Wesens sein muss.

DAMIT stehen wir aber an dem zweiten wichtigen Motiv, das uns veranlassen muss, für die Erhaltung des umstrittenen Satzes im Parteiprogramm einzutreten. Denn dieser Satz im Programm bewahrt auch ausdrücklich und darum gründlich die Partei vor der Gefahr, eine Bewegung der unbedingten Religions- und Kirchenfeindschaft, eine Kulturkampfpartei zu werden, ihr eigentliches, ori-

ginales Wesen und mit ihm ihre sieghafte, allmählich die Welt umwandelnde Kraft zu verlieren. Jener Satz tut das noch dazu in einer solch eigenartigen, freien Form, dass eine geeignetere wirklich nicht denkbar ist.

ALLERDINGS, auf den ersten Blick ist weder in dem Satz, noch in dem ganzen sich ihm anschliessenden Absatz des Programms auch nur ein Sterbenswörtchen davon die Rede, wie die Partei selbst zu Religion und Kirche steht und sich zu stellen hat. Auch ist es von vornherein — das muss ohne weiteres zugegeben werden — durchaus nicht nötig, dass die Forderung einer Partei an den Staat, das heisst also an die organisierte Gesellschaft, der jedermann zugehören muss, auch zugleich Forderung dieser Partei, der jemand nur auf freiwilligen Entschluss hin angehört, an sich selbst ist. Bei vielen Forderungen ist das sogar einfach unmöglich. In dem vorliegenden Falle aber und für eine Partei von dem Umfange und den Aspirationen, wie die unsere, ist das nicht nur möglich, sondern auch notwendig. Unsere Partei hofft darauf und rechnet damit, einst die erdrückende Mehrheit des gesamten Volks hinter sich zu bekommen, mit anderen Worten: den heutigen staatlichen Organismus aufzusaugen oder, was das selbe ist, zu durchdringen. Eine solche Partei aber muss ihre Forderung an den Staat auch als Forderung für sich und an sich gelten lassen. Denn je mehr sie, in Konsequenz dessen, im eigenen Bereich diese Forderung ehrlich auch betätigt, desto schneller bereitet sie dann auch im Staatsleben den selben Zustand vor, desto leichter gewinnt sie für diese und andere ihrer Forderungen überzeugte, weil durch die Praxis überführte Anhänger, desto glatter und vollkommener vollzieht sich schliesslich der Übergang in den allgemeinen Zustand, den sie auf diesem Gebiete erstrebt. So ergibt sich, obwohl in jenem Satze unseres Programms keine Silbe davon steht, dass er auch für die Partei selber zu gelten hat, dennoch diese Geltung mit selbstverständlicher Sicherheit. Die Forderung der Erklärung der Religion zur Privatsache an den Staat ist also zugleich der in allgemeinster, aber durchaus genügender Form ausgedrückte Grundsatz für das Verhalten der Partei selbst in Religionssachen: sie ist religionslos, besser religiös neutral.

MIT diesem Satze nun ist der Partei ein starker Schutz geboten vor der Gefahr, zu einer Partei der blossen Religionsfeindschaft und Kulturkämpferei herabgedrückt zu werden. Auch in dem Erdmannschen Artikel zeigt sich diese Gefahr, die zeitweise immer von neuem auftaucht. Demgegenüber ist jener Satz im Programm *Erklärung der Religion zur Privatsache* eine ständige Mahnung und Erinnerung an das eigentliche Wesen und die eigentlichen Ziele der Partei. Die aber sind nicht die Vernichtung der Kirchen und Religionen, sondern die Schaffung einer neuen, bessern, freiern, der sozialistischen Gesellschaft. Und nur insoweit Kirchen und Religionen ihr bei der Verwirklichung dieses Zieles hinderlich sind, hat sie das Recht, aber auch die Pflicht, beide zu bekämpfen. Soweit sie beide aber ihr zur Erreichung ihrer Zwecke förderlich und dienstlich sind, hat sie andererseits beide auch zu benutzen, ja sie gelegentlich sogar zu fördern. Und beides geschieht in der Tat auch. Freilich mehr gegenüber der Religion, als gegenüber ihren organisierten Vertretungen, den Kirchen. Gegenüber ersterer jedenfalls ist das ganz deutlich. Wo immer es angängig und erfolgverheissend ist, verwendet die Partei bei ihrer vielseitigen Tätigkeit stets die grossen enthusiastischen und moralischen Werte, die in oder doch neben der Religion liegen. Auf der anderen Seite kämpft sie allerdings

auch mit der Religion und ihren Vertretern überall da einen hartnäckigen und berechtigten Kampf, wo jene auftritt im Gewande und in der Verbindung mit einer längst überholten Wissenschaft, die die Köpfe dumm erhält, während sie selbst aufs engste mit der fortschreitenden, modernen Wissenschaft und ihren Ergebnissen verwachsen ist, ja darin lebt und webt. Aber gerade je sieghafter die Sozialdemokratie in diesem Kampfe ist, desto förderlicher wirkt sie zugleich auch auf die Religion selbst ein. Denn sie zwingt sie zur allmählichen Aufgabe dieser ihrer engen Verbindung mit jener alten, sterbenden Wissenschaft, befreit sie damit von ihrem dogmatischen Charakter und rettet ihr selbst und ihrer ureigensten Art Leben und Existenz. Die ganze, zunächst allerdings noch theologische Krisis, die heutzutage auf protestantischem Boden sich vollzieht und bereits über die mit dem Namen Harnack charakterisierte Entwickelungsphase hinausgekommen ist, wäre unmöglich gewesen ohne solche geschilderte Einwirkung der Sozialdemokratie auf den Protestantismus. Diese aber erfüllt damit nur eine ihrer grossen weltgeschichtlichen Aufgaben, die darin besteht, dass sie alle Lebensgebiete, zu deren Niveau sie allmählich emporschwillt und die sie dann überschwemmt, damit zwar zunächst scheinbar verwüstet, dann aber auch so stark und original befruchtet, dass ein Neues, Besseres, als die alte Art war, lebensstark erwächst — hier vermutlich eine neue, gereinigte, auf sich selbst gestellte Religion, die ihrem Wesen nach nicht Gegnerin, sondern Freundin und Förderin des Sozialismus sein wird, also eine neue eigengeartete Kraft, die ihm dienen muss. Und, wie schon gesagt, ähnlich, freilich *mutatis mutandis,* liegt es zwischen Kirche und Sozialdemokratie. In Deutschland freilich ist, mit Recht, das Verhältnis ein vorwiegend feindliches: die Kirche hat sich zum Instrument der herrschenden Klasse entwickelt, das diese, wie alle anderen ihrer Machtmittel, gegen die Arbeiterklasse und Sozialdemokratie anwendet. Diese müsste kindisch sein, wollte sie nicht mit gleicher Münze dienen; sie bekämpft daher, wie alle anderen Machtmittel der Herrschenden, auch die heutige Kirche selbstverständlich auf das entschiedenste. Aber wieder, indem sie das tut, je entschiedener gerade sie das tut, bringt sie doch allmählich in deren Schosse eine Reaktion gegen diesen unwürdigen Zustand hervor; und wer engere Fühlung mit kirchlichen Kreisen hat, bemerkt auch bereits, wie diese Reaktion immer stärker wird. Ja, es gibt heute schon auch in Deutschland Kirchengemeinden, deren Geistliche und Gemeinderäte zur Sozialdemokratie und zum Sozialismus eine auffällig freundliche Haltung einnehmen. Ob diese ersten Ansätze sich zu einer die heutige Kirche wirklich umwälzenden Bewegung auch bei uns in Deutschland auswachsen werden, ist ja freilich noch über die Massen fraglich. Da es aber schlechterdings nichts als Utopisterei wäre, heute auf eine irgendwie gründliche Ekrasierung der Kirchen in irgendwelcher absehbaren Zeit zu rechnen, so kann eine solche innere Umwandlung der selben unsere Partei nur dringend wünschen, und sie kann sie gerade durch konsequentes Festhalten des Grundsatzes *Erklärung der Religion zur Privatsache* am meisten fördern. Im Ausland, in der Schweiz, Holland, Schweden, Norwegen, sehen wir übrigens, um auch das noch zu sagen, eine solche Entwickelung tatsächlich schon viel weiter vorgeschritten: wir kennen dort kirchliche Organisationen, Kirchgemeinden, die enge Nachbarschaft mit der Sozialdemokratie halten, in denen sich sogar in der Person des Geistlichen, der zugleich sozialistischer Führer ist, eine Personalunion zwischen beiden

ausgebildet hat, die beiden nur förderlich ist. Jedenfalls ist das alles die Konsequenz aus dem prinzipiellen Charakter der Partei, wonach deren Aufgabe die Schaffung der neuen, besseren, sozialistischen Gesellschaft nicht die unbedingte Bekämpfung von Religion und Kirche ist. Und weil jener Satz von der Erklärung der Religion zur Privatsache im Programm diesen ihrer prinzipiellen Charakter in Hinblick auf Religion und Kirche am besten zu wahren und sie vor der Gefahr einer unbedingten Bekämpfung jener beiden sicher zu behüten vermag, deshalb gehört dieser Satz notwendigerweise auch in Zukunft in unser Programm.

NOCH ein dritter Gesichtspunkt kommt dazu: Die Beibehaltung dieser Forderung im Programm ermöglicht auch den Religiösen den Zutritt und die Zugehörigkeit zur Partei ebenso, wie sie die Agitation zum Austritt aus der Landeskirche seitens Parteigenossen nicht nur zulässt, sondern auch wünschenswert macht. So paradox das klingt, so bedeutsam ist es, gerade in unseren Tagen und in der gegenwärtigen Situation der Partei. In Hinblick auf diese letztere darf man wohl sagen, dass die Partei in den letzten Jahren an einen charakteristischen Grenzpunkt gekommen ist: da, wo das Gebiet der eigentlich und ernsthaft religiösen Massen unseres Volkes beginnt. Die Mehrzahl derer, die die Partei bisher gewonnen hat, waren, das darf man wohl behaupten, von vornherein religiös gleichgültiger gerichtete Menschen. Ob das noch durch Wirkung der früheren liberalen Aufklärungsperiode, durch Anlage, elterliche Erziehung oder Lebenserfahrung oder durch das alles zusammen, ist in diesem Zusammenhange gleichgültig. Nur die Tatsache selbst interessiert und ist unbestreitbar. Nicht allzuvielen der heutigen Genossen hat das religiöse Problem je ernste oder gar schwere Stunden bereitet, ist Religion jemals und in einer längeren Zeit ihres Lebens unerlässliche Lebensnotwendigkeit gewesen. Darum ist auch die Stellung der Partei zur Religion wohl für die meisten unter ihnen wenig entscheidend für ihren eigenen Entschluss, in die Partei zu treten, gewesen; sie wären grossenteils sicher zur Partei gekommen, auch wenn diese sich laut und deutlich zum Atheismus bekannt hätte; ja, ihre eigene religiöse Gleichgültigkeit oder ihr Atheismus hat ihnen sogar teilweise den Schritt in die Partei erleichtert oder beschleunigt, da sie obendrein in ihr noch einen vernünftigeren Ersatz für das ihnen in ihrer Jugend aufgezwungene Surrogat angeblicher Religion zu finden sicher waren. Anders heute. Die Massen, die bis heute sich gegen die Aufnahme der sozialistischen Ideale und Grundsätze gesträubt haben, haben das zu einem grossen Teil getan in der bewussten Besorgnis, dass sie in der Gemeinschaft der Genossen ihre religiöse Überzeugung nicht mehr haben, zeigen und betätigen könnten, dass sie gar ihren religiösen Glauben aufgeben müssten. Dieses Faktum ist unbestreitbar. Dabei ist es ganz nebensächlich, ob jene Besorgnis aus ihnen selbst gekommen, oder ob sie ihnen durch andere Religiöse und Priester eingeflösst worden ist. Entscheidend ist in diesem Falle, dass diese Besorgnis eine wirkliche Macht und Kraft in ihnen wurde, und dass sie aus dieser Kraft heraus einen immer neuen, zähen Widerstand gegen alle Agitationsversuche an ihnen leisten. Um so beachtlicher ist dies, als die sie umgebenden ökonomischen Verhältnisse, ihre politische Einsicht und die persönlichsten Erfahrungen sie immer wieder in die Bahnen der Partei drängen. Auch verschlägt dabei gar nicht, dass in vielen Fällen diese selbe Religion, die ihnen heute jedenfalls noch innerliches Bedürfnis ist, die Quelle vieler geistiger

Befangenheit, Passivität und starken Unterordnungsgefühls geworden ist und so die Energie ihres Denkens und Wollens gelähmt hat. Vielmehr um so zwingender ist für uns Sozialdemokraten die Pflicht, dieses ihr persönliches religiöses Bedürfnis und ihre religiöse Überzeugung peinlichst zu schonen, um ihnen so den für sie an sich schweren, aber durch die Entwickelung ihrer Klassenlage immer wieder nahe gelegten Schritt zur Partei möglichst zu erleichtern. Eben dazu aber brauchen wir die Beibehaltung des Satzes *Erklärung der Religion zur Privatsache* wiederum bitter nötig. Er ist die feierliche und, immer von neuem wiederholt und praktisch betätigt, auch schliesslich wirksame Beteuerung, dass keiner von diesen Religiösen für ihr ihnen kostbares Gut religiösen Glaubens und Empfindens innerhalb der Partei etwas zu fürchten hat. Ich selbst bin hierfür ein lebendiges Beispiel. Nun könnte man freilich sagen, dass die Partei solche stärker und ernsthafter religiöse Menschen gar nicht gebrauchen kann, oder dass sie ihnen eben erst ihre religiösen Schrullen und Bedürfnisse austreiben müsse, ehe man sie als Sozialdemokraten gebrauchen könne. Ich meine aber, dass man sich dann noch recht lange wird mühen müssen, um schliesslich doch nicht allzu viel zu erreichen. Die Macht des religiösen Bedürfnisses wird in unseren Reihen aus Gründen, die in den Seiten vorher auch schon angedeutet wurden, wirklich noch sehr unterschätzt, das Wesen des Religiösen vielfach gänzlich misskannt. Man würde infolgedessen gegen Mauern rennen, die auch bei der grössten Kraftanstrengung nur zu einem recht geringen Teil und auch nur auf Zeit fallen würden. Dass wir aber nicht neue Anhängermassen, und sei es aus dem religiösesten Lager, brauchen könnten, kann wirklich niemand bestreiten. Wir brauchen sie auf das dringendste, so schnell als möglich, um das bisschen Macht, das wir erst haben, zu vergrössern. Indem wir strikt und konsequent den Grundsatz der Erklärung der Religion zur Privatsache in dem Sinne, wie er unter dem zweiten Punkt erläutert worden ist, für die Partei und im Programm festhalten, halten wir unsere Türen auch für diejenigen offen, die zwar Sozialdemokraten, aber auch religiöse Menschen sein wollen. Wir wären wirklich Toren, wenn wir es anders machten.

IM übrigen braten wir ja dieser Art unserer Genossen wahrlich keinen besonderen Braten, machen wir ihnen keine Extrakonzessionen, im Gegenteil, wir werfen sie ohnehin in besondere Schwierigkeiten und Aufgaben hinein, die ihnen freilich nur heilsam sind. Denn auch sie müssen natürlich das Parteiprogramm, wie jeder andere, nicht nur anerkennen, sondern auch betätigen, müssen also auch den Klassenkampf gegen die eigene, von der herrschenden Schicht missbrauchte Kirche führen; auch sie können sich dem Einfluss der in allen Organen und Leistungen der Partei zum Ausdruck gebrachten heutigen Wissenschaft nicht entziehen, müssen ihn vielmehr selbstverständlich auch in sich aufnehmen und geraten so in unerwartete innere Auseinandersetzungen und Kämpfe. Aber dem Ehrlichen, der aus Überzeugung Sozialdemokrat wurde, muss auch das nur willkommen sein. Denn entweder findet er dabei, dass die Religion, die ihm bisher ein unerlässliches Bedürfnis zu sein schien, ihm ganz allmählich aus Herz und Hirn verrinnt: dann war sie eben keine reine Notwendigkeit, sondern etwas nur Angelerntes für ihn, und ist ihm von nun an entbehrlich. Oder aber sie behauptet sich in seinem Innern trotz aller Einflüsse der heutigen Wissenschaft und unter deren Einfluss, dann ist ihm das nicht nur eine neue Bestärkung seiner religiösen Überzeugung, sondern auch ein Anlass zur Ver-

tiefung und Abklärung dieser Überzeugung, in beider Hinsicht aber jedenfalls eine Quelle neuen Glücksgefühls. In Bezug auf die Zukunft der Religion im allgemeinen aber liegen dann in solchen Menschen die besten Voraussetzungen dafür, dass gerade durch sie, die von der Idee und der Kraft des Sozialismus Befruchteten, jene Fort- und Höhenentwickelung der Religion von innen heraus vollzogen wird, zu der auch der Kampf zwischen Sozialdemokratie und Religion und Kirche ausserhalb der Partei, auf dem allgemeinen Kampffeld, schon seinerseits immer wieder Anstoss gibt. So löst die Erhaltung und Befolgung jenes zur Diskussion stehenden Punktes unseres Programms auch auf diesem neuen Wege neue Entwickelungskräfte und Entwickelungtendenzen aus, die nun abermals Beweis dafür sind, dass die Partei an diesem Programmpunkte festhalten muss. Wer aber diesen Gesichtspunkt für gering achtet, dem muss doch der andere gültig sein, dass wir in Zukunft einen neuen grossen Teil der Masse unseres Volkes nur dann gewinnen werden, wenn wir der Partei ihren religiös absolut neutralen Charakter wahren.

DANN allein auch ist es möglich, dass in demselben Augenblick, wo der Religiöse ohne innere Not zur Partei tritt, im Kreise ihrer Anhänger ruhig für den Austritt aus der Landeskirche agitiert wird, ja, dass die Partei diesen sogar, ohne Anstoss zu erregen, begünstigen muss. Nicht, weil sie schliesslich doch eine Gegnerin von Religion und Kirche ist, sondern aus dem selben Grund, aus dem jede Kirchengemeinschaft, der es wirklich um Religion, nicht um Macht und Gewinn, zu tun ist, solchen Austritt wünschen muss: dass jeder, der religiös fertig und gleichgültig ist, auch die praktische Konsequenz dieser seiner Überzeugung ziehen muss. Da, wieder auf Grund des Satzes von der Erklärung der Religion zur Privatsache, die Partei auch Religionslose, religiös Gleichgültige, Atheisten in sehr starken Massen in ihren Reihen zählt, kann und darf sie auch von ihnen, aber auch nur von ihnen, diese Konsequenz verlangen, verlangen deshalb, weil sie niemals Gesinnungslauheit, noch Heuchelei, auf welchem Gebiete immer es sei, von ihren Genossen dulden darf. Ich, der ich wahrlich nicht im Verdachte des Atheismus und der Ungläubigkeit bei den Genossen stehe, bedaure auf das lebhafteste, dass eine also begründete Massenaustrittsbewegung unter den Genossen noch nicht zu stande gekommen ist. Sie würde nur den Wahrhaftigkeitssinn stärken, den ehrlich Religiösen nicht im geringsten verletzen, die hohle und deshalb unberechtigte Machtposition der Kirchen schwächen und auf ihr berechtigtes Mass zurückführen, ferner indirekt zu einer Läuterung der Religion selbst beitragen und die Durchführung der Forderung auf Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche stark erleichtern. Alles — auf Grund und mit Hilfe des Satzes in unserem Programm *Erklärung der Religion zur Privatsache.* Wer also möchte daraufhin, dass er aus dem Programm verschwände?

ABER es liegt noch ein viertes starkes Motiv vor, das für seine Beibehaltung spricht, die Aussicht nämlich, dass unter seiner allgemeinen und allseitigen Anerkennung und Respektierung die Ausbildung einer ehrlichen und gründlichen religiösen Toleranz endlich möglich und damit ein Kulturgut, Allgemeingut wird, nach dem die Menschheit bisher vergeblich lechzte und rang. Denn auch von ihr gilt noch heute, dass sie nur erst in der Theorie und auf dem Papier steht. Der Staat übt sie vorgeblich — in Wahrheit sündigt er so lange gegen sie, als er selbst nicht religiös ganz neutral ward. Die einzelnen Kirchen

verlangen sie — aber nur für sich selbst. Die verschiedenen Parteien geben vor, sie zu haben — tatsächlich ist jede von ihnen einer bestimmten religiösen Richtung verschworen oder doch unbewusst verfallen, und Andersdenkende werden nur stillschweigend geduldet. Toleranz aber ist, so paradox das klingt, mehr, als Duldung. Und die Sozialdemokratie erscheint allein befähigt, dieses Mass zu schaffen, das wahre Wesen religiöser Toleranz zu entwickeln. Sie ist die grösste Massenbewegung der Gegenwart, sie ist interntional; sie muss, wie wir schon ausführten, um zu ihrem Ziele zu gelangen, die denkbar grösste Majorität zu erlangen versuchen. Sie darf also auch keinem religiösen Bekenntnis die Türe verschliessen, denn das wäre Beschneidung ihrer notwendigen Majorität. So bringt sie die Anhänger der allerverschiedensten religiösen und religionsfeindlichen Anschauungen zusammen, alle auf dem Boden des gemeinsamen Programms, als Genossen, Kameraden, Mitkämpfer. Die aber können dann nur zusammenhalten, zusammen arbeiten und zusammen kämpfen, wenn sie auf dem Grunde ihrer gemeinsamen Überzeugungen die vorhandenen gegenseitigen religiösen Anschauungen achten und respektieren. Nicht, indem sie nicht davon reden, sondern gerade, indem sie sich darüber aussprechen; indem sie die eine gegen die andere stellen, messen, prüfen; indem sie auf diesem Wege die eigentliche und innere Berechtigung der einzelnen Anschauungen zu fixieren suchen und auf Grund dieser relativen Berechtigung aller Anschauungen es aufgeben, einander wegen solcher Überzeugung zu bekämpfen. Das aber ist Toleranz: nicht bloss Duldung, sondern Respekt vor der religiösen Überzeugung des anderen, friedlicher, sachlicher Austausch über sie, Anerkennung ihrer relativen Berechtigung, Achtung vor der Person ihrer Träger, sowie sich herausstellt, dass diese Überzeugung ehrlich ist. Die Partei ist heute schon trotz einzelner Ausnahmen voll dieser Toleranz; sie wird unter den Genossen schon heute geübt, und die Form dieser religiösen Debatte selbst ist wieder, wie schon manche frühere, ein neuer Beweis für ihr Vorhandensein. Aber sicher würde diese glückliche Entwickelung sofort einen sehr gefährlichen Rückstoss erhalten, würde man heute den Grundsatz *Erklärung der Religion zur Privatsache* aus dem Programm beseitigen. Das würde oder könnte manchem als Signal zur Beiseiteschiebung dieser mühsam entwickelten religiösen Toleranz unter uns führen, diese selbst in ihrer Hebung und Weiterentfaltung gefährden. Das aber wäre ein Verlust nicht nur für uns, sondern für die Allgemeinheit. Und darum darf auch aus diesem Grund der umstrittene Programmpunkt nicht fallen.

DAMIT habe ich die nach meiner Ansicht entscheidensten Gründe angeführt, die gegen die Erdmannsche Position sprechen. Zum Schluss möchte ich nur noch eine praktische Erwägung hinzufügen, die gewissermassen als Probe auf das Exempel gelten kann, das ich im Vorstehenden aufgemacht habe. Ich bitte die Leser, nur einmal ganz eilig alle die Äusserungen Revue passieren zu lassen, die in der allerletzten Zeit zum religiösen Problem innerhalb der Partei bekannt geworden sind. Da ist ein Artikel von Hue in dieser Zeitschrift: er fordert für die sozialistischen Gewerkschaften völliges Fernhalten aller Propaganda für oder wider ein religiöses Bekenntnis.[2]) Dann ein Vortrag Maurenbrechers in Leipzig, der wiederum aus der sozialistischen Weltanschauung eine

[2]) Vergl. Otto Hue: *Zur Geschichte der christlichen Gewerkvereine* im vorigen Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 376.

neue Religion bereiten möchte. Dazu die Äusserungen der *Leipziger Volkszeitung* in zwei Artikeln, die die gleiche Forderung für die Partei erhebt, die Hue für die Gewerkschaften aufstellte. Weiter eine soeben erschienene Broschüre Stampfers, in der dieser Genosse in sehr vielseitiger, leider deshalb nicht immer ganz klärender Betrachtung, mit grossem Ernst und feiner Besonnenheit unseren hier zur Diskussion stehenden Programmpunkt erörtert.[3]) Ferner meine eigenen Darlegungen in diesem vorliegenden Artikel. Dazu Erdmanns ganz entgegengesetzte Ausführungen, gegen die sich mein Artikel wendet. Schliesslich das von der *Vorwärts*buchhandlung herausgegebene zweibändige Werk Rosenows[4]), ein Buch, das ganz aus dem Geiste der Erdmannschen Gedankengänge herausgeschrieben ist. Welch eine bunte Karte der allerverschiedensten oder doch auf das verschiedenste nuancierten Meinungen über das religiöse Problem in der Sozialdemokratie! Wie will man diese anders unter einem Hute halten, als eben demjenigen, den Erdmann seinerseits für überflüssig erklärt? Wenn alle meine bisherigen Beweisführungen nicht stichhaltig wären, so wäre es der Hinweis auf diese vorliegenden, so verschiedenartigen Äusserungen für das Recht der Beibehaltung des bisherigen Programmsatzes. Solange solche Äusserungen neben einander noch möglich sind und wirklich vorkommen, ist dieser Satz im Programm eine selbstverständliche Notwendigkeit. Angesichts ihrer muss man zugeben, dass des alten Liebknecht Wort noch heute Geltung hat, das Genosse Erdmann selber zitiert: einen vernünftigeren, praktischeren Satz, als diesen, haben wir nicht unter allen unseren nächsten Forderungen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RICHARD CALWER · DIE BETRIEBSMITTELGEMEINSCHAFT DER DEUTSCHEN EISENBAHNEN



DIE deutschen Eisenbahnen müssen durch das Reich zentralisiert werden. Das ist die Forderung, die im Interesse von Deutschlands wirtschaftlicher Zukunft immer wieder aufgestellt und betont werden muss. Alle Massnahmen der deutschen Eisenbahnpolitik müssen darauf geprüft werden, ob sie geeignet sind, die Erreichung von Reichseisenbahnen zu fördern oder zu hemmen. Eine günstige Beurteilung der geplanten Betriebsmittelgemeinschaft kann nur dann erfolgen, wenn sie auf dem direkten Wege zum Reichseisenbahnsystem liegt. Darüber herrscht nun freilich schon in den Kreisen ein weitgehende Meinungsverschiedenheit, die sich die Hand zum Bunde reichen wollen. Herr von Budde, der preussische Eisenbahnminister, erblickt in der Betriebsmittelgemeinschaft schon den äussersten Grad von möglichem Zusammenschluss der deutschen Eisenbahnen, während sein württembergischer Kollege in der neuen Gemeinschaft nur eine vorübergehende Bildung auf dem Wege zu einer engeren Gemeinschaft sieht. IN der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 6. März 1905 sprach sich der preussische Eisenbahnminister, Herr von Budde, über die geplante Betriebsmittelgemeinschaft aus. Er hält diese Gemeinschaft für eine sehr grosse Sache. »Im Interesse der Durchführung der geplanten grossen deutsch-natio-

[3]) Vergl. Friedrich Stampfer: *Religion ist Privatsache!* (Berlin 1905).
[4]) Emil Rosenow: *Wider die Pfaffenherrschaft!* (Berlin 1905).

nalen Einrichtung« will Preussen sogar Opfer bringen. Unbequemlichkeiten müssen in Kauf genommen werden, wenn man »eine grosszügige Verkehrspolitik« treiben will. Herr von Budde hat jedes normale Augenmass verloren, wenn er die Betriebsmittelgemeinschaft als den Ausfluss einer grosszügigen Verkehrspolitik und als eine grosse deutsch-nationale Einrichtung bezeichnet. Es ist da auch kein Wunder, dass Herr von Budde den Gedanken von Reichseisenbahnen förmlich perhorresziert und sogar die Reichsverfassung für seine Auffassung in Anspruch nimmt. Er sagt nämlich, dass sich an die Betriebsmittelgemeinschaft keine Konsequenzen knüpfen dürften, und dass vor allem nicht an Reichseisenbahnen zu denken sei:

»Dazu würde ich mich niemals verstehen können. Ich glaube aber auch, dass die Betriebsmittelgemeinschaft der beste Schutz gegen Reichseisenbahnen ist; denn wenn im Artikel 42 der Reichsverfassung verlangt wird: ›Sämtliche deutsche Bundesregierungen verpflichten sich, die deutschen Eisenbahnen im Interesse des Verkehrs wie ein einheitliches Netz zu verwalten‹, so ist diese Voraussetzung erfüllt, wenn wir die Betriebsmittelgemeinschaft haben, und in dem Artikel ist durchaus nichts von *Reichseisenbahnen* gesagt, sondern ausdrücklich von einer Verpflichtung der Bundesregierungen die Rede, deren staatliche Eisenbahnnetze als solche anerkannt werden; die Verfassung trifft aber die Bestimmung, dass diese staatlichen Eisenbahnnetze wie ein einheitliches Netz verwaltet werden sollen.«

Mit Verlaub: Wenn Artikel 42 der Verfassung erfüllt ist, so ist damit noch keineswegs die Frage der Reichseisenbahnen im Sinne des preussischen Eisenbahnministers erledigt. Die Reichsverfassung hat auch einen Artikel 4, dessen Ziffer 8 das Eisenbahnwesen im Interesse der Landesverteidigung und des allgemeinen Verkehrs der Beaufsichtigung und Gesetzgebung des Reichs unterstellt. Auf Grund dieser Bestimmung ist das Reich befugt, im Wege der Gesetzgebung das Eisenbahnwesen in allen Beziehungen einheitlich zu regeln. Der Autonomie der Einzelstaaten ist verfassungsmässig kein Teil des gesamten Eisenbahnwesens vorbehalten worden. Artikel 41 bis 47 sind in die Verfassung nur aufgenommen, um eine vorläufige Ordnung in Eisenbahnsachen zu schaffen, solange ein Reichseisenbahngesetz fehlt. Man kann daher mit Laband diese Artikel als ein Eisenbahnnotgesetz oder mit Hänel als Vorgriffe auf die künftige Reichgesetzgebung bezeichnen. Falsch ist es aber, den provisorischen Charakter dieser Artikel zu übersehen, wie es Herr von Budde tat. Das muss hervorgehoben werden, auch wenn man sehr wohl weiss, dass die gegenwärtige Zeit für Reichseisenbahnen recht aussichtslos ist. Dass Herr von Budde nicht an Reichseisenbahnen denkt, der schon die Betriebsmittelgemeinschaft als eine grosse Reform ansieht, das braucht er nicht erst zu versichern. Jedenfalls würde er aber gut tun, sich dabei nicht erst auf die Reichverfassung zu berufen.

GANZ abgesehen aber von der politischen Seite der Reichseisenbahnen sollte doch ein Eisenbahnminister im Zeitalter des Verkehrs ein gewisses Verständnis wenigstens für die wirtschaftlichen Vorteile einer Zentralisation der deutschen Eisenbahnen haben. Das fehlt aber Herrn von Budde, und so kommt er dazu, die Betriebsmittelgemeinschaft schon für eine grosse deutsch-nationale Einrichtung zu halten.

DA weicht denn doch die Beurteilung der Betriebsmittelgemeinschaft durch den württembergischen Minister von Soden sehr stark von der seines preussischen Kollegen ab. Er sieht in der Betriebsmittelgemeinschaft keineswegs ein Endziel, sondern nur eine Etappe auf dem Wege zu einem engeren Zusammenschluss der deutschen Eisenbahnen. Ganz im Gegensatz zu den Aus-

führungen des Ministers von Budde äusserte sich der Minister von Soden in der Sitzung der württembergischen Abgeordneten vom 6. April, wie folgt:

»Sicher ist, dass, wenn der Vertrag über die Betriebsmittelgemeinschaft beschlossen wird, er nicht nach allen Seiten hin befriedigen wird. Mir wäre eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft allerdings vorteilhafter erschienen, als eine Betriebsmittelgemeinschaft; ich habe aber mit meinen Vorschlägen keine Gegenliebe gefunden. Ein engerer Zusammenschluss wäre mir deshalb lieber gewesen, weil wesentlich grössere Opfer auf dem Gebiet der Selbständigkeit nicht erforderlich gewesen wären, und weil andererseits doch bedeutende Nachteile, die der Betriebsmittelgemeinschaft noch anhaften, hätten beseitigt werden können . . . Es wäre überhaupt falsch, zu glauben, dass so wichtige, weit ausgreifende Gebilde von einem einzelnen gemacht werden; diese Gebilde sind vielmehr die Ergebnisse der ganzen verkehrspolitischen Entwickelung, sie sind aus den Bedürfnissen und Verhältnissen der Zeit heraus geboren . . . . Etwas anderes, als eine Betriebsmittelgemeinschaft, können wir zurzeit nicht abschliessen. Entspricht sie den Erwartungen, so können wir uns ja darüber nur freuen; werden die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt, so wird die Macht der Verhältnisse dazu drängen, dass an die Stelle der seitherigen Gemeinschaft eine andere tritt. Wann dies der Fall sein wird, und in welcher Form, darüber sollten wir uns den Kopf jetzt noch nicht zerbrechen.«

Minister von Budde erblickt in der Betriebsmittelgemeinschaft einen Schutz gegen Reichseisenbahnen, Minister von Soden sieht in ihr einen ersten Schritt zu einem engeren Zusammenschluss der deutschen Eisenbahnen. Herr von Budde spricht selbstherrlich ein *Niemals,* wenn er an Reichseisenbahnen erinnert wird, Herr von Soden glaubt an die Macht der Verhältnisse, die über ein solches *Niemals* einfach zur Tagesordnung übergeht.

NUN lässt sich gewiss nicht bestreiten, dass die Betriebsmittelgemeinschaft einen wirtschaftlichen und auch finanziellen Fortschritt gegenüber dem heutigen Stand der Dinge bedeutet. Der Zweck der Gemeinschaft ist, dass die Lokomotiven, die Personen-, Gepäck- und insbesondere die Güterwagen gemeinschaftlich von allen Eisenbahnverwaltungen benutzt werden können. Gegenwärtig kann das Wagenmaterial namentlich der kleineren Eisenbahnen nur ganz ungenügend ausgenutzt werden, da ein grosser Prozentsatz der Wagen, die aus dem Gebiet einer Eisenbahnverwaltung in das Gebiet einer anderen Verwaltung Güter bringen, in ihr Ausgangsgebiet leer zurücklaufen muss. Dazu kommen verwickelte Abrechnungen zwischen den einzelnen Verwaltungen und ein starker Aufwand von Personal an den Übergangsstationen. Nach Angaben des Ministers von Budde betragen die Leerläufe der Güterwagen auf den deutschen Eisenbahnen jährlich über 4 Millionen Achskilometer. Wenn nur 5 bis 6 %, also 250 Millionen Achskilometer durch die Betriebsmittelgemeinschaft vermieden werden können, dann würde, wenn man das Achskilometer zu 1½ Pfennig berechnet, eine Ersparnis von mehr als 3½ Millionen Mark jährlich herauskommen. Dazu kämen die Ersparnisse durch den Wegfall der Revisionen auf den Übergangsstationen, durch den Wegfall der Abrechnung, durch die Vereinfachung des Betriebsdienstes und endlich durch die einheitliche Konstruktion der Betriebsmittel. Nach der amtlichen Schätzung würden jährlich über 8 Millionen Mark erspart werden können.

DAS sind ganz hübsche Ersparnisse, die aber die finanziellen Ergebnisse der deutschen Eisenbahnen kaum merklich oder nachhaltig beeinflussen dürften. Neben diesem Nutzen für die Eisenbahnverwaltungen bringt die Betriebsmittelgemeinschaft auch einige Vorteile für den Verkehr selbst. Die bisherige Art der getrennten Benutzung der Betriebsmittel erschwert und verlangsamt den

Verkehr und schädigt daher Handel und Industrie. Bei der heutigen Art der Behandlung der Güterzüge ist es absolut unmöglich, die Spanne Zeit genau berechnen zu können, die ein Transport braucht, um an seinem Bestimmungsort anzukommen. Verursacht doch die Übergabe von Bahn zu Bahn empfindliche und nicht vorher berechenbare Zeitverluste. Soweit also diese Verkehrsschranken wegfallen, bringt die Betriebsmittelgemeinschaft noch eine Verbesserung und Beschleunigung des Eisenbahnverkehrs.

WENN wir so die tatsächlichen Vorteile einer Betriebsmittelgemeinschaft sehr wohl anerkennen, so wird doch durch diese Neubildung eine Gefahr heraufbeschworen, die nicht zu unterschätzen ist: die gesamte Betriebsmittelgemeinschaft bedeutet eine neue Stärkung der preussischen Eisenbahnpolitik. Das ergibt sich schon daraus, dasss die Leitung der Betriebsmittelgemeinschaft durch Preussen erfolgt. Nur unter dieser Bedingung erklärte sich Preussen überhaupt zur Bildung einer Betriebsmittelgemeinschaft bereit. Diese Präsidialstellung Preussens bringt es mit sich, dass die übrigen Bahnverwaltungen gewisse Opfer an Selbständigkeit bringen müssen. Wie auch die Befugnisse des Gemeinschaftsamtes, das der Leitung des preussischen Eisenbahnministers untersteht, abgegrenzt werden mögen, auf alle Fälle kommt eine Stärkung des Einflusses der preussischen Eisenbahnverwaltung heraus. Das fühlen auch die kleineren Kontrahenten deutlich heraus: daher die zunehmenden Bedenken und Schwierigkeiten, je weiter die Verhandlungen über die Betriebsmittelgemeinschaft fortschreiten.

EIN Bedenken, das sich gegen die Betriebsmittelgemeinschaft richtet, ist deshalb besonders wichtig, weil es einen Eingriff in das Budgetrecht der einzelnen Bundesstaaten bedeutet. Der geringe parlamentarische Einfluss, der den Eisenbahnverwaltungen gegenüber noch verblieben war, muss bei einer Betriebsmittelgemeinschaft Preussens Politik zuliebe geopfert werden. Durch das Gemeinschaftsamt wird die Anschaffung der Betriebsmittel den einzelnen Verwaltungen vorgeschrieben, die Mittel dafür werden in den Etat eingestellt und unterliegen in den süddeutschen Staaten der Genehmigung des Parlaments. Auf der andern Seite ist die Regierung vertragsmässig verpflichtet, die Mittel für solche Anschaffungen aufzubringen. Lehnt sie das Parlament ab, so bleibt nichts weiter übrig, als die Betriebsmittelgemeinschaft zu sprengen. Ist aber erst diese Gemeinschaft gebildet, so ist es für die kleineren Verwaltungen, wollen sie sich nicht sehr erheblich ins eigene Fleisch schneiden, fast unmöglich, aus der Gemeinschaft auszutreten und sich damit gänzlich zu isolieren. Wohl oder übel muss daher das Parlament das bewilligen, was das Gemeinschaftsamt, das Preussen leitet, von den Parlamenten der Einzelstaaten anfordert. Durch die Betriebsmittelgemeinschaft wird das Eisenbahnwesen noch mehr, als bisher, dem parlamentarischen Einfluss entzogen.

DURCH die Betriebsmittelgemeinschaft wird zunächst die Agitation für Reichseisenbahnen aufgehalten, da man nicht nur bei den beteiligten Bahnverwaltungen, sondern auch in den Kreisen der Industrie und des Handels die Verkehrsvorteile der Gemeinschaft überschätzt und alle politischen Bedenken in den Wind schlägt. Trotz der allgemeinen Klagen über die fiskalische Eisenbahnpolitik Preussens, die gerade von Industrie und Handel fortgesetzt erhoben werden, jubelt man jetzt einer Massnahme zu, die die preussische Eisenbahnpolitik noch mächtiger werden lässt. Gewiss werden auch die

preussischen Bäume nicht in den Himmel wachsen, aber tatsächlich stehen die Dinge so, dass der preussische Eisenbahnminister jederzeit in der Lage ist, die Handelspolitik des Reiches zu konterkarieren. Verkehrspolitik und Handelspolitik, überhaupt die gesamte Wirtschaftspolitik Deutschlands müssen in der heutigen Zeit von einer Stelle aus gemacht werden, soll Deutschland nicht Gefahr laufen, in dem industriellen Wettkampf der Zukunft von Konkurrenten, wie Amerika und England, zurückgedrängt zu werden. Diese Gefahr der Zukunft wird Deutschland nötigen, seine Verkehr- und Handelspolitik nach gänzlich anderen Prinzipien zu gestalten, als dies heute der Fall ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · DIE GARTENSTADTBEWEGUNG

DIE ständig wachsende Verteuerung des Grund und Bodens in den Grossstädten und Industriezentren wird zu einer immer ernsteren Gefahr. Sie führt zu einer unsinnigen Steigerung der Wohnungs- und Werkstättenmiete und damit zu schweren Schädigungen unseres gesamten Volks- und Wirtschaftslebens; sie trägt auch die Hauptschuld an dem verkehrten Aufbau und der Gestaltung unserer Städte, die keineswegs fortgeschrittenen Anforderungen der Gesundheitslehre und Kultur entsprechen . . . Dies die Lage. Für ihre Beseitigung bestehen zwei Bewegungen. Einmal eine solche auf politisch rechtlichem Gebiete, mit den Zielen: Wohnungsgesetze durch Reich und Einzelstaaten, Erringung fortschrittlicherer Gemeindeverfassung, Erreichung weitgehender Enteignungsrechte und Bauordnungsbeschränkungen, auch für entferntere ländliche Aussenbezirke, zur Sicherung einer künftigen gesunden Besiedelungsweise. Und daneben als neuere Erscheinung die Ansiedelungsbewegung. Ihr Wahlspruch lautet: planmässiges Schaffen von Ansiedelungen auf Neuland unter Vermeidung der alten Irrtümer; Bresche Legen in die Spekulationswälle der Städte, nicht allein von innen heraus, sondern auch von aussen durch Begründung von Ansiedelungen auf Grund und Boden, auf dem noch keine städtische Grundrente lastet, und wo deren Aneignung durch einzelne für alle Zukunft ausgeschlossen wird!«

IN diesen Worten, die wir einer Flugschrift der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* entnehmen, sind zutreffend die beiden Strömungen der Bewegung dargestellt, die man zusammenfassend als die Bewegung für die Dezentralisation des städtischen Wohnungswesens bezeichnen kann. Die eine von ihnen knüpft an die gegebenen Zustände an und will die urwüchsig entstandenen Dezentralisationsbewegungen planmässig durch Beeinflussung der Verwaltungskörperschaften des öffentlichen Rechtes, in erster Linie der Gemeinden und dann des Staates, durch eine Umgestaltung der Gesetzgebung auf den zahlreichen mit der Wohnungsfrage zusammenhängenden Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens energisch unterstützen. Verschieden von ihr ist die zweite Bewegung, welche gewissermassen aus unseren Wohnungszentren heraus sich auf neues unbebautes Land flüchten will, um dort neue Städte zu gründen, die, planmässig aufgebaut, alle die Nachteile unserer heutigen Städte vermeiden sollen. Beide Bewegungen haben das gleiche Ziel, die Dezentralisation unserer Wohnungsverhältnisse, gemein. In den Mitteln dagegen unterscheiden sie sich. Wir haben es hier nur mit der letzteren zu tun, ihre theoretische Grundlage sei

hier auf Grund der Ergebnisse, zu denen ich in dem Artikel *Die städtische Grundrente und ihre Bekämpfung* im Märzhefte dieser Zeitschrift gekommen bin, einer kurzen Besprechung unterworfen. Diese Untersuchung scheint uns um so notwendiger zu sein, als die Gefahr vorhanden ist, dass die grosse Dezentralisationsbewegung mit diesem Teile, der Gartenstadtbewegung, identifiziert wird und deren handgreifliche Utopieen und sozialpolitische Rückständigkeiten jener aufs Konto gesetzt werden.

DIE Gartenstadtbewegung hat in Deutschland erst seit ganz kurzer Zeit Fuss gefasst. Zwar war schon im Jahre 1896 eine kleine Broschüre von Theodor Fritsch unter dem Titel *Die Stadt der Zukunft* mit ausführlichen Plänen, Grundrissen und Vorschlägen für zu gründende Städte, sowie Angaben über die finanzielle Durchführbarkeit solcher Gründungen erschienen. Doch blieb die selbe so gut wie unbeachtet. Erst zwei Jahre später erschien in England das Buch Ebenezer Howards *To-morrow,* das die Gartenstadtbewegung ausgelöst hat. Es entstand die *Garden City Association,* die sich die Propaganda der Howardschen Ideen und ihre Realisierung zur Aufgabe machte. Von England sind diese Ideen dann nach den kontinentalen Ländern, auch nach Deutschland, gekommen. Wie in England, bildete sich hier eine Vereinigung, die *Deutsche Gartenstadtgesellschaft,* die durch Flugschriften und Vorträge für den Bau einer deutschen Gartenstadt agitiert.

DAS Ziel der Gartenstadtbewegung ist die vollständige Revolutionierung der heutigen städtischen Wohnweise. Es genügt nicht, sagt Howard, unsere bestehenden Städte zu reformieren, sie durch vernünftige Bebauung zu verbessern, es gilt, neue Städte zu bauen. und sie nach einem vernünftigen Plan, unter Ausschaltung der früheren Ziellosigkeit zu bauen. Er will also Menschen und Industrieen auf bisher unbebautem Boden ansiedeln, damit sie dort die Vorteile von Stadt- und Landleben zugleich geniessen können. Der schon heute bemerkbare Zug der Industrie, die mit zu hoher Grundrente belasteten städtischen Standorte zu verlassen und auf das Land hinaus zu wandern, soll planmässig organisiert und auf diese Weise die wirtschaftliche Basis für die neue ländliche Städtegründung geschaffen werden. Diese enge Verbindung von industrieller und Wohnungsansiedelung ist das Charakteristische des Howardschen Vorschlages. Allen Schwierigkeiten, mit denen heutzutage die Industriellen bei der Verlegung ihrer Betriebe auf das platte Land zu kämpfen haben, der Isolierung von den Nebenbetrieben, der Transportfrage, der Arbeiterbeschaffung etc., hofft man durch die Organisierung des Zuzuges und durch die ganze Art der Ansiedlung begegnen zu können.

NACH den Howardschen Vorschlägen sollen 2400 Hektar Land als Bezirk der künftigen Gartenstadt an einem Orte gekauft werden, wo man es zum landwirtschaftlichen Wert bekommen kann. Das Land muss jedoch in der Nähe einer Eisenbahnlinie liegen, mit der eine Verbindung hergestellt werden kann. Die Gartenstadt soll womöglich im Mittelpunkte dieses Gebietes entstehen. Das Land wird für Wohn-, Industrie-, landwirtschaftliche, wie gärtnerische Zwecke nur pachtweise abgegeben. Die Pachtsummen sind an das Trustkollegium abzuführen, dem das Eigentumsrecht an dem Grundbesitz zusteht. Aus den Pachtsummen werden die Zinsen des Kaufgeldes, sowie die Amortisationsquote an die Geldgeber gezahlt, und der Rest dem Hauptverwaltungsrat der Gartenstadt übergeben, der aus ihm die Ausgaben für öffentliche Zwecke, Schaffung und

Erhaltung aller öffentlichen Anlagen, wie Strassen, Parks, Schulen etc., bestreitet. Die *Gartenstadtgesellschaft* will sich also auf die Verwaltung des gemeinschaftlichen Bodenbesitzes, die weitere Entwickelung des selben und die Durchführung von öffentlichen Unternehmungen beschränken, wie sie heute von den Gemeinden ausgeführt werden. Die Stadt selbst bedeckt ein Sechstel des Areals. Fünf Sechstel sollen stets von der Bebauung frei bleiben. Diese Einteilung ist ein prinzipieller Punkt des Planes: »aus sanitären und ästhetischen Gründen sollen nicht wieder zu grosse Städte entstehen«. Wenn also das Sechstel des Areals überbaut ist, und die Stadt eine Einwohnerzahl von rund 30 000 Einwohnern erreicht hat, soll das Wachstum der neuen Stadt abgeschlossen sein. Das ist ein so durchaus utopischer Gedanke, dass das Festhalten an diesem Prinzip allein schon ausreichen würde, die ganze Sache unmöglich zu machen. Wo bleibt zum Beispiel der Bevölkerungszuwachs? Ist er zur Auswanderung gezwungen, so würden gerade die arbeitskräftigsten Elemente allmählich der Stadt entzogen werden. Wie wird das Erweiterungsbedürfnis der Industrieen, die, sei es durch die Konkurrenz, sei es aus anderen Gründen zur Vergrösserung der Betriebe gezwungen werden, überhaupt befriedigt werden können, wenn die Stadt die vorgeschriebene Einwohnerzahl erreicht hat, also Zuzug von ausserhalb verboten ist? Mit dem Aufhören des Wachstums muss Stagnation, mit der Stagnation der Verfall des ganzen Unternehmens eintreten.

WIE bereits erwähnt, bleibt der Grund und Boden stets Besitz der Gemeinschaft. Er soll nie Privateigentum der Bewohner werden. »Dies ist oberstes Gesetz! Für die verschiedenen Zwecke des Wohnens, der Landwirtschaft, des Gewerbebetriebes wird das Land nur pachtweise — je nach Bedürfnis in langen oder kurzen Fristen — ausgegeben.« Das gesamte Einkommen der Gemeinschaft besteht also aus den Pachten. Sie sollen die finanziellen Mittel aufbringen, aus denen die ganze Städtegründung bezahlt wird. Dieser Punkt wird in der Flugschrift *Die Vermählung von Stadt und Land* in folgender Weise dargelegt. Nachdem es gelungen sei, einen Ansiedelungskern von einigen Tausend Personen zusammenzubringen, werde das Land, das vorher Ackerlandrente brachte, durch die Ansiedelung und die planvolle, tausendjährige Kollektivarbeit verwertende Einrichtung mit einem Schlage die Rente von Stadtland aufbringen. »Die Differenz zwischen diesen beiden Renten, die bei der Aufgabe des Privateigentums an Grund und Boden der Gemeinde, und nicht dem einzelnen, zufallen würde, gibt die finanzielle Basis für das Projekt her, schafft allmählich das Kapital für die Städtegründung, das Kapital, das leihweise aufgenommen war und nun allmählich zurückgezahlt werden kann.« Wir wollen hier nicht darauf eingehen, ob sich die Steigerung der Grundrente in der von Howard und seinen Nachfolgern angenommenen Weise vollziehen und die für die Entwickelung der Stadt erforderlichen Mittel aufbringen wird, so wichtig eine derartige Frage für die praktische Realisierung des Projektes sein mag. Die Pachtdauer wird je nach der Art der Benutzung eine verschieden lange sein. Bei den Grundstücken für Wohnhäuser kann sie nach der Flugschrift *Die Vermählung von Stadt und Land* 100 und mehr Jahre betragen, bei Grundstücken für industrielle Betriebe wird man die Pachtdauer mindestens ebenso hoch normieren müssen. In den 100 Jahren der Pachtdauer wird die Grundrente ganz sicher eine Steigerung erfahren, vorausgesetzt, dass die Gartenstadt überhaupt

zu stande kommt und so lange existiert. Mit der Steigerung der Grundrente rechnen alle Veröffentlichungen der *Gartenstadtgesellschaft,* obschon sich die ganze Bewegung als eine Bekämpfung der Grundrente vorstellt. Allerdings wird immer hervorgehoben, dass die gestiegenen Renten nicht dem einzelnen, sondern der Gemeinschaft zufallen. Man sollte daher erwarten, dass sich die Veröffentlichungen darüber klar sind, inwiefern diese Steigerungen einen Vorteil für die Bewohner bedeuten, und wie man vorgehen will, um die selben für die Gemeinschaft abzufangen. Man wird aber vergeblich nach Aufschluss über diese eminent wichtigen Fragen suchen. Um so notwendiger ist es, dass wir mit einigen Worten auf die selben eingehen.

DIE langfristigen Pachtverträge — um sie handelt es sich im wesentlichen — können entweder so abgeschlossen werden, dass der Pächter während der Dauer des Vertrages eine gleichbleibende Pacht zu bezahlen hat, oder dass in ihnen eine steigende Pachtsumme stipuliert wird. Im ersteren Falle würde die Gemeinschaft vollständig auf die Teilnahme an der steigenden Grundrente verzichten, im zweiten Falle würde sie eine solche beanspruchen. Für den einzelnen, der nicht Pächter ist, würde weder in dem einen. noch in dem anderen Falle ein direkter Vorteil erwachsen, was sich im einzelnen leicht nachweisen lässt. Gehen wir zu diesem Zweck die verschiedenen Benutzungen des Grund und Bodens durch. Da nicht jeder in der Gartenstadt ein Einfamilienhaus bewohnen kann, so werden Miethäuser entstehen, in denen Wohnungen und Läden von den Hausbesitzern vermietet werden. Der Hauseigentümer wird den gesamten Vorteil der Grundrentensteigerung einheimsen oder, falls sich die Gemeinschaft an der Steigerung beteiligt, den nach Abzug der Beteiligung verbleibenden Rest der selben. Für die Mieter würde ein Vorteil nur dann entstehen, wenn sich die Gemeinschaft einen Einfluss auf die Festsetzung der Mieten vorbehalten und die selben so festsetzen würde, dass keine oder nur eine geringe Grundrentensteigerung in ihnen zum Ausdrucke käme. Für die Ladenmieter gilt das gleiche, wie für die anderen Mieter. Werden sie in der gleichen Weise gegen Mietssteigerungen geschützt, so sind sie im stande, ihre Waren billiger abzusetzen, als sie in anderen Orten verkauft werden, wo die Ladenmieten beträchtlich höher sind. Es ist aber sehr fraglich, ob die geringere Ladenmiete voll in niedrigeren Preisen zum Ausdruck kommen wird. Viel wahrscheinlicher ist es, dass die Warenpreise allerdings etwas niedriger, als auswärts, stehen werden, um das Eindringen der auswärtigen Konkurrenz abzuschneiden, dass im übrigen aber die niedrigere Ladenmiete als Extraprofit in die Taschen der Ladeninhaber fliessen wird. Gegenmittel wären in diesem Falle Konsumvereine oder kommunale Läden — ohne ihre Einrichtung wäre das Gemeineigentum des Bodens nutzlos. Die Gartenstadt liegt eben nicht auf einer Insel, noch im Monde, sondern in einer kapitalistischen Gesellschaft, mit der sie durch tausend Fäden zusammenhängt. Die wirtschaftlichen Gesetze, die dort gelten, sind auch in der Gartenstadt in Kraft, und die wirtschaftlichen Vorgänge, die sich dort abspielen, üben ihre Wirkung auf die wirtschaftlichen Vorgänge in der Gartenstadt. An diesen Verhältnissen wird in gar keiner Weise durch die Einrichtung etwas geändert, dass das Eigentum an dem Grund und Boden, auf dem die Stadt steht, einer Gesellschaft gehört. Ebenso setzt sich bei Fabriken, die für den auswärtigen Markt arbeiten, die von ihnen zu zahlende niedrigere Grundrente in höheren Profit für den Fabrik-

besitzer um. Bei der ländlichen Produktion, die für den Markt der Gartenstadt arbeitet, trifft das gleiche zu, wie bei den Ladengeschäften.

DURCH den Besitz des Grund und Bodens seitens der Gemeinschaft wird also an und für sich den einzelnen Einwohnern nicht der geringste Schutz gegen die Grundrentensteigerung gewährt. Um ihn zu erreichen, müsste der Gemeinschaft der bestimmende Einfluss bei der Preisfestsetzung aller der Waren zustehen, die für die Konsumtion der Lokalität bestimmt sind. Einen Vorteil aber aus der Grundrentensteigerung würden sie nur insofern haben, als sie an den öffentlichen Einrichtungen teilnehmen, die von der Gemeinschaft mit den Erträgen aus der Grundrentensteigerung geschaffen werden. Um die steigende Grundrente der Gemeinschaft zuzuführen, müssen in den Pachtverträgen Bestimmungen getroffen werden, die diese Absicht sichern und verhindern, dass eine Umgehung stattfindet. Die Schwierigkeiten eines derartig ausgetüfelten, alle zukünftigen Möglichkeiten regelnden Vertrages scheinen mir unüberwindlich zu sein.

WIE wird nun die Höhe der Pacht bestimmt? Wir haben darüber nur in dem Howardschen Buche einige Bemerkungen finden können. Es heisst da zum Beispiel auf Seite 13: »All ground rents, which are to be determined by competition among the tenants«, das heisst, alle Grundrenten, die durch die Konkurrenz der Pächter bestimmt werden sollen. Damit stimmt nicht ganz eine andere Stelle, wo die Funktionen der Abteilung für Pachteinschätzungen (*assessment*) bestimmt werden. Hier wird gesagt, die zu zahlenden Grundrenten werden nach dem Betrage normiert, den der Durchschnittspächter zu zahlen willens wäre. Es ist also nicht die Konkurrenz des einzelnen Falles, sondern ein gewisser Durchschnittssatz für die Höhe der Grundrente entscheidend, der ja allerdings im Grunde ein Mittel aus den angebotenen Preisen konkurrierender Pächter ist. Wir können also mit Recht annehmen, dass sich die Grundrentenbildung in der Gartenstadt ganz in der selben Weise abspielen wird, wie in unseren Städten. Die von den konkurrierenden Pächtern angebotenen Preise werden durch das von ihnen zu erzielende Erträgnis, also die Mieten, bestimmt. Die von uns zu Anfang erwähnten Ergebnisse der Weberschen Untersuchung gelten also auch hier. Die Gesamtheit der Mieter der Gartenstadt muss in den Mieten die der Gesellschaft zu zahlende Grundrentensumme aufbringen, aus der der gesamte kommunale Bedarf gedeckt werden soll. Es müssen also alle die Gesetze, die für die Wohnungsverhältnisse unserer heutigen Städte gelten, auch in der Gartenstadt in Kraft stehen. Es wird in der Gartenstadt das Schwabesche Gesetz gelten, wonach mit abnehmendem Einkommen eine wachsende Quote des selben für die Wohnung gezahlt werden muss. Es wird weiter das Gesetz gelten, wonach der Preis des Kubikmeters Luftraum in dem Masse steigt, wie die Grösse der Wohnung und die Grösse des Einkommens abnehmen. Es würden also gerade die unbemittelten Klassen relativ schwerer belastet werden, als die wohlhabenden. Selbstverständlich würden die grösseren Familien in der Gartenstadt auch eine grössere Wohnung haben müssen, denn eine Übervölkerung der Wohnungen würde doch wohl aus sanitären Gründen verhindert werden. Die grössere Wohnung würden sie selbstverständlich teurer bezahlen müssen und so einen grösseren Beitrag zu der Grundrentensumme leisten. Die Deckung des kommunalen Bedarfes durch die Grundrente würde daher

wie eine Kopfsteuer wirken. So ergibt sich das Resultat, dass die Aufbringung des kommunalen Bedarfes der Gartenstadt ausschliesslich durch die Grundrente die minder bemittelten Teile der Bevölkerung relativ schwerer belastet, asl die wohlhabenden, und zweitens sie wie eine Kopfsteuer trifft. Man kann keine schärfere Verurteilung dieser ganzen Besteuerung formulieren. Seit Jahrzehnten kämpft die Arbeiterklasse um eine gerechte kommunale Besteuerung, bekämpft sie das System der Zölle und der Konsumtionsbesteuerung. Wissenschaft und Praxis sind infolgedessen glücklich zu den Grundsätzen gekommen, dass die Kopfsteuer die roheste und rückständigste Form der Besteuerung ist, weil sie gar keine Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit des Besteuerten nimmt, und dass jede Steuer sozialpolitisch verwerflich ist, die die unbemittelten Klassen relativ zum Einkommen schwerer belastet, als die bemittelten. Beiden Grundsätzen der sozialpolitisch denkenden Steuerwissenschaft schlägt die kommunale Besteuerung in der Gartenstadtgesellschaft direkt ins Gesicht. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass der Gartenstädter nur Grundrente, der normale Städtebewohner dagegen Grundrente plus kommunale Steuern zu zahlen hat. Das System ist und bleibt sozialpolitisch falsch.

DER eben erwähnte Umstand muss aber noch andere Folgen nach sich ziehen, die als Einwand gegen die Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses geltend gemacht worden sind. Da keine kommunalen Steuern zur Erhebung kommen, muss der Zuzug zur Gartenstadt an Reiz gewinnen. Die Folge des grösseren Zudranges muss eine Steigerung der Grundrenten sein. Sollen daraus nicht alle Übelstände resultieren, die in den heutigen raschwachsenden Städten an der Tagesordnung sind, so muss, um die Worte Webers zu gebrauchen, eine Regulierung der Rentenfunktion eintreten, da die Rentenbildung zu stark ist. Wir sind also schliesslich bei der Gartenstadt ganz genau da, wo wir auch heute schon sind. Auch in der Gartenstadt wird man sich mit der Frage abzufinden haben: wie kann die Regulierung der Rentenfunktion stattfinden? Dass die selbe aber mit bodenreformerischen Mitteln nicht möglich ist, dürfte nunmehr hinreichend klar geworden sein.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

STEPHAN HEISE · LEHRLINGSFRAGE UND GEWERKSCHAFTEN

STRENG wird in den Gewerkschaftsversammlungen über den Lehrlingsausbeuter der Stab gebrochen. Und mit Recht: der Mörder, der mit raschem Dolchstoss ein Menschenleben vernichtet, handelt fast humaner, als der Lehrlingszüchter, der einen jungen bildungsfähigen Menschen um drei oder vier Jahre seines Lebens bringt, ihn in seinen Diensten fronden lässt und durch Ausnutzung seiner Arbeitskraft Profit einheimst. Denn im rauhen Kampf ums Dasein muss solch ein junger Arbeiter elend zu Grunde gehen. Nach beendeter Lehrzeit tritt er ins Leben hinaus, den Kopf voll hoher Ideale, die Brust von Tatkraft geschwellt. Wohl zieht der junge Mann hinaus in die Ferne und träumt von einem guten Lohn, damit er es zu etwas bringen kann. Aber länger als vierzehn Tage findet er nirgends Arbeit. Kaum hat er begonnen, so jagt ihn der Meister fort, es sei

denn, dass er mit einem Hungerlohn zufrieden ist und sich von seinen Kollegen als Lohndrücker verachten lässt. Die meisten derer, die die Landstrasse bevölkern, eine grosse Zahl unter den zweifelhaften Existenzen, die ins Lumpenproletariat versinken, sind in der Jugend ausgebeutet, statt ausgebildet worden.

ABER alles Schelten auf die Lehrmeister rottet die Lehrlingsausbeutung nicht aus und verhindert sie nicht; denn sie ist eines der Übel, welche durch die kapitalistische Arbeitsteilung hervorgerufen sind: je mehr im wirtschaftlichen Konkurrenzkampfe das Kleingewerbe von der grossen Industrie verdrängt wird, umsomehr nimmt die Lehrlingsausbeutung zu, umso schlechter, mangelhafter und einseitiger wird die Lehrlingsausbildung. Entwickelt sich ein handwerksmässiger Betrieb zur Fabrik, so sinkt der Lehrling zum Hilfsarbeiter herab. Und sinkt der Handwerksmeister zum Heimarbeiter herunter, so winkt dem Lehrling kein besseres Los, als seinem Kollegen im Grossbetrieb.

DIE Gewerbeordnung begünstigt diese Entwickelung noch. Nach § 127 der Gewerbeordnung ist der Lehrherr verpflichtet, »den Lehrling in den in seinem Betriebe vorkommenden Arbeiten des Gewerbes dem Zweck der Ausbildung entsprechend zu unterweisen«. Es hängt also von »den in seinem Betrieb vorkommenden Arbeiten« ab, inwieweit der Lehrherr seinen Lehrling auszubilden hat. Selbst zu solchen Arbeiten, welche für die Heranbildung eines wirklich leistungsfähigen Arbeiters unerlässlich sind, braucht der Lehrling nicht herangezogen zu werden, wenn sie im Betriebe des Meisters nicht vorkommen.[1]) Einen kleinen Schritt zum besseren bedeuten hier die Gesellenprüfungen. Aber diese bestrafen — abgesehen von dem auf ihn fallenden Teil der Blamage — nicht den schuldigen Lehrherrn, sondern den schon ohnehin geschädigten Lehrling! Denn wenn er die Prüfung nicht besteht, muss er je nach dem Stande seines Könnens längere oder kürzere Zeit nachlernen, wird also wiederum ein Ausbeutungsobjekt, das seine Arbeitskraft unbezahlt preisgeben muss. Ohne Bezahlung und ohne Nutzen; denn was ihm in drei oder vier Jahren nicht beigebracht wurde, lässt sich ihm auch nicht in einigen Monaten einpauken.

[1]) Gewissenlose Lehrlingsausbeuter berufen sich bei Rechtsstreitigkeiten, die dem Lehrlingsverhältnis entspringen, auf diesen Paragraphen. So klagten vor kurzem bei dem Berliner Gewerbegericht zwei Buchbinder gegen einen Buchdruckerei- und Buchbindereibesitzer mit dem Antrag, den Beklagten zu verurteilen, auf seine Kosten die Kläger, die bei ihm Lehrlinge gewesen, in einem anderen Betrieb ihre Ausbildnng vollenden zu lassen. Die Kläger hatten die Gesellenprüfung wegen mangelhafter Ausbildung nicht bestanden, und sie massen die Schuld dem Betriebsinhaber bei: er hätte nicht die nötigen Einrichtungen zur gründlichen Ansbildung getroffen und nicht verhindert, dass die Lehrlinge zu viel mit dem Handwagen herumkarren mussten. Die Beschäftigung mit Nebenarbeiten, mit Maschinenheften nnd ähnlichem, habe zu sehr überwogen. Die Firmeninhaber bestritten, ihre Pflichten vernachlässigt zu haben. Die Lehrlinge seien genügend in den in ihrem Buchbindereibetrieb vorkommenden Arbeiten unterwiesen worden, und damit habe man dem § 127 der Gewerbeordnung Genüge getan. In dem letzten Jahre sei sogar noch darüber hinaus versucht worden, ihnen das Anfertigen von Halbfranzbänden, was in dem auf Partiearbeit eingerichteten Betrieb gar nicht vorkomme, beizubringen. In der Beweiserhebung wurde festgestellt, dass die Kläger auch nicht einmal einen einfachen Halbleinenband richtig herstellen konnten, eine Arbeit, die bei einigermassen sorgfältiger Ausbildung nach halbjähriger Lehrzeit verlangt werden kann. Der Vertreter der Kläger, ein Beamter des Bnchbinderverbandes, konnte feststellen, dass die besondere Unterweisung im Herstellen eines Halbfranzbandes erst im letzten Vierteljahr der vierjährigen Lehrzeit erfolgt sei, nach Anssage eines Zengen sogar erst in den letzten sechs Wochen. Damit sei natürlich nichts geschehen, denn was in Jahren versäumt sei, lasse sich nicht in Wochen nachholen. Auch habe der eine Kläger kurz vor Beendigung der Lehrzeit zum erstenmal ein Bnch in die Decke gehängt. Beide Klagen wurden abgewiesen mit der Erkläiung: das Gericht habe sich keineswegs davon überzeugen können, dass der Lehrherr die Schuld trage in dem Sinne, dass er viel zu wenig getan hätte und man sagen könne, er habe die Pflichten aus dem Lehrvertrag gröblich verletzt! Zu Hilfsarbeitern wird man die beiden jungen Leute bestenfalls gebrauchen können, Buchbinder werden sie nie und nimmer. Solche Missstände können unter den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen ungestraft bestehen bleiben.

DIE Arbeiterschaft hat daher die Pflicht, lebhaft für eine Änderung der Gewerbeordnung in dem Sinne einzutreten, dass der Lehrling in allen im Berufe vorkommenden Arbeiten unterwiesen werden muss, der Lehrherr ihm für mangelhafte Ausbildung haftet und Entschädigung zahlen muss, wenn seine Kenntnisse und Fähigkeiten den Mindestanforderungen nicht entsprechen.[2]) Für die Lehrlinge, die durch ein solches Gesetz arbeitslos würden, müsste durch Errichtung von Lehrwerkstätten der Staat anderweitige und bessere Gelegenheit zur Ausbildung schaffen. So schwer auch fast die gesamte Industrie, Grossbetrieb wie Kleinhandwerk, unter der schlechten Ausbildung der Lehrlinge leidet, so bin ich doch überzeugt, dass wir die so notwendigen Staatslehrwerkstätten erst nach Jahrzehnten erhalten werden. Vorausgesetzt, dass wir sie überhaupt bekommen; es ist doch fraglich, ob die herrschenden Parteien je Einrichtungen zustimmen werden, die bekunden, dass die Masse der Kleingewerbetreibenden ins Proletariat versinkt. Deshalb ist es Aufgabe der Gewerkschaften, mit der Errichtung von Lehrwerkstätten bahnbrechend voranzugehen.

EHE man an die Ausführung dieses Planes herangeht, müssen natürlich alle beruflichen und örtlichen Faktoren eingehend geprüft werden. Aber meines Erachtens gibt es eine ganze Anzahl von Organisationen, die solche Institute schaffen können, für die es nicht *Non possumus* heisst, sondern *Non volumus*. Ich will her keine Beispiele anführen, um nicht den Entscheidungen der Oganisationen vorzugreifen. Aber die Mitglieder jeder einzelnen Gewerkschaft sollten die Frage der Lehrwerkstätten ernstlich prüfen und durch ihre Einrichtung zeigen, dass die Arbeiterorganisationen der treibende Faktor aller Sozialreform sind und bleiben.

WIE die Einführung aller Unterstützungen, insbesondere der gegen Arbeitslosigkeit, wird auch dieser Plan mit dem Argumente bekämpft werden, dass durch seine Ausführung der Charakter der Gewerkschaft als Kampfesorganisation verwischt werde. Aber wenn man die Wirkungen der Gewerkschaftslehrwerkstätten bis in ihre letzten Konsequenzen überdenkt, wird man bald erkennen, dass sie gerade für den Gewerkschaftskampf von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind.

NUR der tüchtige und geschickte Arbeiter kann Lohnforderungen mit vollem Nachdruck vertreten. Nun ist ja der intelligente Teil der Arbeiterschaft schon heute fast durchweg organisiert. Aber Intelligenz ist nicht immer gleichbedeutend mit Geschicklichkeit. Tatsache ist jedenfalls, dass oft gerade die aussergewöhnlich tüchtigen Arbeiter ausserhalb der Organisation stehen. Sie glauben, auch ohne das Zusammengehen mit ihren Kollegen einen guten Lohn verdienen zu können, und fallen ihnen während des Kampfes in den Rücken, um sich besonders gut bezahlte Arbeit zu erhalten. Denn, so heisst es schon bei Marx im *Kapital,* »die Schwäche der menschlichen Natur ist so gross, dass der Arbeiter, je geschickter, desto eigenwilliger und schwieriger zu behandeln ist und

[2]) Einzelne Gewerkschaften versuchen, in ihrem Beruf die Lehrlingsausbeutung zu beschränken, indem sie Vorschriften über die Zahl der zu haltenden Lehrlinge in ihre Tarifverträge mit aufnehmen; andere wieder, so zum Beispiel die Bäcker, warnen die Eltern des Lehrlings vor der Wahl des Berufs. Solche Mittel sind für eine Arbeiterorganisation nicht zu empfehlen, denn damit steuert man in das Fahrwasser der alten Zunft, nicht der modernen Arbeiterbewegung. Empfehlenswert wäre es dagegen, die Eltern vor Abschluss eines Lehrvertrags zu warnen, indem man eine Liste bekannter Lehrlingsausbeuter und schlechter Lehrstellen herausgibt.

folglich dem Gesamtmechanismus schweren Schaden zufügt«. Dagegen schliessen sich ungeschicktere Arbeiter — vorausgesetzt, dass sie durch ihre wirtschaftliche Not noch nicht ganz versklavt sind — gern den Gewerkschaften an, weil sie an ihren guten Unterstützungseinrichtungen einen starken Rückhalt finden. Im Kampfe für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen muss aber die Gewerkschaft die tüchtigsten Arbeiter um ihr Panier scharen, wenn sie Lohnforderungen mit vollem Nachdruck vertreten will. Deshalb liegt es im ureigensten Interesse aller Gewerkschaften, Lehrwerkstätten zu errichten, in denen der junge Arbeiternachwuchs eine gründliche praktische und theoretische Ausbildung erhält.

BESONDERS steht die Lehrlingszüchterei in den Gewerben im Flor, in denen noch der handwerksmässige Betrieb vorherrscht. In diesen Berufen, in denen die schlechtesten Löhne und die ungünstigsten Arbeitsbedingungen zusammentreffen, können Verbesserungen selbst von starken Organisationen nur mit unverhältnismässig grossen Opfern durchgesetzt werden. Ein Streik ist in den meisten Fällen aussichtslos; denn der Kleinmeister kann schon einmal die Arbeitskraft des Gehilfen entbehren, wenn er nur seine und des Lehrlings Arbeitskraft noch intensiver anspannt, als bisher. Aber auch wenn der Lehrling ausgelernt hat, bleibt er gewöhnlich noch einige Jahre als Geselle bei seinem Lehrmeister, da ihm sehr wohl bewusst ist, dass ihm noch vieles zu seiner vollständigen Ausbildung fehlt und er deshalb anderwärts schwerlich ein Fortkommen finden würde. So prostituiert er noch auf Jahre hinaus seine Arbeitskraft und ist um so schwerer von dem Unwürdigen seiner Lohnsklaverei zu überzeugen, als dieses Verhältnis, das ihm in Wahrheit nur Opfer für den Unternehmer auferlegt, durch die Macht der Gewohnheit und den Schein väterlichen Wohlwollens noch Gefühle der Dankbarkeit gegen den Meister in ihm auslöst. Die überwiegende Mehrzahl dieser Arbeiter wird mit dem Stolze eines Herostrat bei jedem Lohnkampfe Streikbrecherdienste tun.

WIE anders, wenn die Gewerkschaften Lehrwerkstätten errichten und in den Arbeiterkreisen, aus denen ja die meisten Lehrlinge stammen, lebhaft für den Besuch ihres Instituts agitieren! Da werden die Lehrlinge während der Arbeit über das Wesen und den Zweck der Gewerkschaften aufgeklärt, lernen Geschichte und Theorie der Gewerkschaftsbewegung kennen und werden so zu überzeugten Gewerkschaftern erzogen. Belehrungen und Eindrücke, die in diesem aufnahmefähigsten Alter empfangen werden, sind unverwischbar in das Bewusstsein eingegraben, Ideale, die in diesen Jahren gepflanzt und sorgsam gepflegt werden, formen den ganzen Charakter. Die jungen Arbeiter, welche diesen Instituten ihre Erziehung verdanken, werden aus voller Überzeugung für die Gewerkschaft wirken, zu jedem persönlichen Opfer für das Gesamtinteresse gern bereit sein. Schon durch die Erziehung zum Gewerkschafter steht die Gewerkschaftslehrwerkstätte auf dem Boden der Kampforganisation.

ABER noch in anderer Hinsicht kann die Lehrwerkstätte besonders im Kampfe gegen die Kleinmeister der Gewerkschaft dienen. Als lästige Konkurrentin wird sie dem Kleingewerbetreibenden besonders zur Zeit einer Arbeitseinstellung unbequem. Muss der Kleinmeister befürchten, dass die Lehrwerkstätte einen Teil seiner Kundschaft an sich reisst, so ist er gezwungen, rasch den Forderungen der Gehilfenschaft nachzugeben. Dann aber sind die Aufträge, die dem Kleingewerbetreibenden gegeben werden, in der Regel möglichst bald

zu erfüllen, seine Arbeiten können nicht gut auf die lange Bank geschoben werden. Entzieht nun die Lehrwerkstätte dem Kleinhandwerker die stets willigen Arbeiter, so muss er wohl oder übel der Gehilfenschaft höhere Löhne zahlen, soll sein Betrieb nicht völlig ins Stocken geraten. Eine dem Kleingewerbe feindliche Tendenz liegt mir dabei durchaus fern. Im Gegenteil: es wird durch dieses Vorgehen dem kleinen Handwerk gerade auch das Odium genommen, das ihm heute zum Teil anhaftet: als ob es sich nur durch Ausbeutung der Schwächsten der Schwachen lebensfähig erhalten kann. Ein Betrieb, der darauf basiert, soll freilich, und mit Recht, zu Grunde gehen: das ist zugleich eine sittliche und eine kulturelle Forderung. Ich bin aber nicht der Ansicht, dass der Handwerksbetrieb notwendig mit dieser Art der Ausbeutung verbunden ist. Wo diese in Blüte steht, kann sie ohne Schaden, auch für das Gewerbe selbst, verschwinden .

DAZU wird die Gewerkschaftslehrwerkstätte ihr vollgerüttelt Mass beitragen. Sie wird zu einem stärkenden, siegbringenden Faktor des allgemeinen Gewerkschaftskampfes heranwachsen; sie wird es ermöglichen, dass gerade auch in den rückständigsten Berufen der eiserne Besen einer straffen Organisation Ordnung schafft.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HERMANN WENDEL · EIN LYRISCHER GESELLSCHAFTSREVOLUTIONÄR AUS DER FRANZÖSISCHEN MODERNE

I

NEBEN dem verwitterten Silensgesicht Paul Verlaines erhebt sich am Eingange der modernen, französischen Lyrik eine andere Gestalt: ein Dichter, unter dem selben unsteten, saturnisch irren Gestirn in die Welt gesetzt, wie jener, ausgestattet mit allen morbid reizvollen Merkzeichen des Niedergangsmenschen, unverfälschtes Zigeunerblut mit einem starken Schuss Konquistadorentemperament, ein Ironiker und Problematiker: Jean Arthur Rimbaud. Verlaine hat nicht nur auf Kaffeehausliteraten, sondern auf unsere echten und grössten Lyriker Einwirkung ausgeübt. Um Rimbaud haben sich die wenigsten geschert.

SEIN ganzes kurzes, an Ekstasen aller Art so reiches Leben verfliesst und liest sich, wie der scheckigste Abenteuerroman. 1854 als Sohn eines Infanteriehauptmanns geboren, verbringt er die ersten fünfzehn Jahre in seinem Geburtsort Charleville. Doch früh schon gärt eine unerklärliche Sehnsucht nach fernen, bunteren Himmeln in ihm, ein rastloses Fieber, zu wandern. Nur auf unserem Planeten ist er ansässig; eine eng umfriedete Heimat kennt er nicht. Herddämmerglück und das Ideal bürgerlicher Sesshaftigkeit schimmert wohl in späteren, ruhelosen Jahren manchmal vag lockend in seine Träume. Nie hat er ihm nachgegeben, es verachtet stets. An einem schönen Septembertag des Jahres 1870, als aus den Trümmern der niedergekrachten Monarchie das Triumphlied der jungen Republik an sein Ohr dringt, findet er sich als

blinder Passagier in einem Bahnwagen nach Paris. Bei Ankunft in der Hauptstadt wird er erwischt. Man weiss nicht, was man aus ihm machen soll, da er hartnäckig jede Auskunft verweigert, und hält ihn vierzehn Tage als der Spionage verdächtig in Untersuchungshaft. Dann wird er identifiziert und per Schub nach Hause zurückbefördert. Wenige Zeit darauf treibt er sich auf den Landstrassen herum, bettelnd, vagabundierend, unter freiem Himmel schlafend, doch froh und unbekümmert. Sein Ziel ist Charleroi; sein Wunsch: dort eine Redakteurstelle zu bekleiden. Natürlich weist man den zerlumpten jungen Menschen ab. Er *macht* zurück. Einige Monate hält es ihn im elterlichen Heim. Aber die Aufhebung der Belagerung treibt ihn von neuem nach der Hauptstadt. Acht Tage lang, ohne Obdach, von Kälte geschüttelt, vom Hunger gerüttelt, lungert er, wie der letzte seiner Menschenbrüder, auf den Gassen umher. Dann, mit zusammengebissenen Zähnen, Rückkehr nach Charleville. Von neuem reisst ihn die Kunde, dass drüben in der Kapitale der Strassenkampf brodele, mit suggestiver Gewalt nach Paris. Die *tirailleurs de la révolution,* die Revolutionsschützen, stellen den noch nicht siebzehnjährigen Schwärmer für die heilige Dreiheit *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit* in ihre Reihen ein. Auf den Barrikaden verschiesst er sein Blei, wie ein ergrauter Freischärler. Mit Mühe entgeht er nach dem Sieg der Versailler den Füsilladen, die den Namen Galliffet berüchtigter gemacht haben, als die Reiterattacke auf den Höhen von Floing berühmt.
Wieder *zu Hause,* dichtet er jenes seltsame Poem *Le bateau ivre.* Mit anderen seiner musischen Schöpfungen schickt er es an Verlaine. Der ist entzückt. Er lädt ihn ein. Unverzüglich folgt, im Oktober 1871, der junge Poet dem Ruf seines auch noch nicht gerade ruhmumgrünten späteren Weggefährten. Die erste Zeit wohnt und haust er bei ihm, dann bei Banville, schliesslich ermöglicht es ihm Verlaines Unterstützung, ein eigenes Zimmer zu beziehen. Reisen nach England und Belgien, immer Verlaine und Rimbaud in unzertrennlicher Kumpanei, folgen. 1873 feuert Verlaine auf seinen Freund (vielleicht Geliebten), der sich in Brüssel von ihm trennen will, jene verhängnisvollen Revolverschüsse ab, die den *poor Lélian* auf zwei Jahre ins Gefängnis bringen. Nachdem Rimbauds Wunden im Spital geheilt sind, weist ihn das Königreich Belgien aus seinen Grenzen aus. Im selben Jahre lässt er eine Art Selbstbekenntnis unter dem Titel *Eine Saison in der Hölle* veröffentlichen und gleich wieder einstampfen.
NUN kommt ihm eine Erkenntnis: dass Poesie nur zweitschichtiges, Leben aus zweiter Hand ist. Sein Blut drängt ihn zu intensiverem Erfassen der Wirklichkeit. Entschlossen, und für immer, — in der Folge hat er nie wieder einen Reim geschrieben — kehrt er der Literatur den Rücken, und seine Tage werden zur Hetzjagd. Zeitweilig taucht er ganz unter die Oberfläche des Daseins und gilt als verschollen, als verdorben und gestorben, selbst bei seinen Freunden. In London erscheint er, wo er sich als Sprachlehrer bei trockenem Brot durchschlägt. Und nebenbei von einer Orientreise träumt. In Livorno. Den Weg über den Gotthard hat er zu Fuss zurückgelegt. In Stuttgart, wo er sich mit Verlaine, der das Büsserhemd des Konvertiten trägt, herumprügelt. In Wien, wo man ihn ausweist. In Marseille, wo er sich als Hafenarbeiter betätigt. Der Carlistenarmee verkauft er seinen Leib, hält es aber für geratener, mit dem Werbegeld das Weite zu suchen, als seine Haut für einen ihm mehr als gleichgültigen Prätendenten zu Markt zu tragen. In die holländische

Fremdenlegion tritt er ein, desertiert von Java, irrt auf den Sumatrainseln umher, fährt auf einem englischen Kauffahrer als Dolmetscher von Batavia nach Dieppe, baut auf Cypern den Gouvernementspalast, lässt sich mit einem Wanderzirkus in den Grossstädten des Nordens sehen, Hamburg, Kopenhagen, Stockholm, dringt als Angestellter eines französischen Handelshauses von Aden in Afrika ein, ist zäh und verschlagen, handelt mit Elfenbein, Goldstaub, Kaffee, versorgt Abessynien mit Waffen, duzt sich mit dem braunen Granden Ras Makonnen, notiert sich etnographische und geographische Entdeckungen, kennt sich in dunklen, bisher unerforschten Gebietsteilen aus, wie in seiner Hosentasche, erwägt die Einführung syrischer Esel in jenen Landstrich. Und zieht sich schliesslich ein Furunkel am Knie zu. Im Marseiller Spital sägt man ihm das Bein ab. Er kämpft einen monatelangen, entsetzlichen Todeskampf. Endlich erlischt er. Siebenundreissig Jahre alt. In Taten und seltenen Abenteuern war sein Leben verflammt. Victor Hugo, in seiner Freude am Paradoxen, hat ihn *Shakespeare enfant* genannt, Verlaine einen *Gott unter Halbgöttern.* Wie ein Elender starb er und ein Gehetzter. Im Marseiller Spital.

II



IESER Mann steht neben Verlaine — mit dem man ihn auch als Dichter immer wieder zusammen nennen muss — an der Schwelle der modernen französischen Lyrik. Er selbst ist sich dessen wohl kaum bewusst geworden. Auf sein Betreiben ist überhaupt nur das schon erwähnte Werk *Une saison en Enfer* ediert und ja gleich wieder aus dem Handel gezogen worden /1873/. Später erscheint durch Verlaines Bemühungen eine annähernd vollständige Ausgabe seiner (selbstverständlich nicht gerade umfangreichen) Werke bei Vanier /1892 und 1895/; *Les illuminations* schon früher einmal im Verlag der Zeitschrift *La Vogue.* Kritischen Ansprüchen standhalten kann indes nur die Veröffentlichung der *Oeuvres de Jean-Arthur Rimbaud,* die der treffliche *Mercure de France* mit viel Liebe und Verständnis im Jahre 1898 besorgt hat.

ALS der Sechzehnjährige im Herbst 1871 in die *Cénacles* des Pariser *Quartier latin* platzte und nun im Kreise seiner ihm an Jahren durchschnittlich weit überlegenen Genossen ein wüstes Leben führte, ein wenig zu sehr nach Murgers Zigeunerbibel zugeschnitten, da wurde er mit einem Enthusiasmus sondergleichen begrüsst und als eine künftige Leuchte der französischen Literatur gefeiert. Vielleicht spürte man instinktiv aus seinen Gedichten die eigenartige Grösse und grosse Eigenart heraus. Vielleicht empfand man nur dunkel und verworren, dass dieser delirante Jüngling ganz andere, seltnere, reichere Töne fand, als die anerkannten Notabeln des zeitgenössischen Parnass. Da war Victor Hugo, hin- und herspringend, wie ein Fetischpriester, die Augen rollend, unter rauhen Kehllauten auf sein klingendes, klimperndes Tamburin losschlagend. Leconte de Lisle, der im Studierstübchen fleissig und unermüdlich an seinen mythologischen Bildern aus entschwundenen Jahrtausenden feilte. Sully Prudhomme, der fern der allgemeinen Anerkennung, in deren Licht ihn erst die Verleihung des Nobelpreises rückte, seine schlichten Gedichte voll sanfter, schlichter Menschlichkeit hinstellte. François Coppée endlich, der volkstümliche, etwas duftlose Sachen produzierte, aber noch nicht mit dem Weihrauchfass und pathetischer Frömmlergeberde vor der hohen Klerisei hertänzelte.

Alles unzweifelhaft höchst ehrbare Männer, von gründlicher Bildung, geschickter Hand, auf dem Boden einer ernsten, positivistischen Weltauffassung — mit alleiniger Ausnahme des Eklektikers Hugo —, nur fehlte ihnen der Zauberteppich, diesen Boden unter sich zu lassen und in blaue, selige Lüfte zu entschweben. Den, im Feengarten der Poesie gewoben, besass der junge heimentlaufene Rimbaud, der beim grossen Hexensabbat der Commune im tollsten Wirbel dringesteckt und sich auf mancherlei Landstrassen umhergetrieben hatte. Banvilles Traktat über Poeterei war ihm wohl kaum bekannt. Die notdürftigsten Versregeln hatte er noch von der Schule mitgebracht. Aber Unerhörtes fördert er zu Tage. Denn: er dichtet keck und fröhlich drauflos, *wie der Vogel singt, der in den* . . . — welches Zitat hier keine Banalität ist. Denn der Franzose kennt rein unbewusste Lyrik, Lyrik im eigentlichen, in unserem Sinne kaum. Das deutsche Lied ist ihm so fremd, dass er für den Ausdruck in seiner Sprache keinen gleichwertigen hat und das deutsche Wort hinübernimmt. Deshalb kann Rimbaud nicht als Prosodietheoretiker dastehen, wie der Verfechter des *vers libre* und Metzer Gustave Kahn. Er setzt sich nicht willkürlich über altehrwürdige und verstaubte Dogmen hinweg. Aber: in seinen Gedichten, die oft schlangenhaft schillernde Serpentintänze in Worten sind, fluktuiert ein unwägbares, entgleitendes Etwas, zittert eine Vibration im Reimgefüge, rauscht eine Unterströmung. Und Musik klingt hinein. Ein Schimmer strahlt um seine Verse, halb nebelhaft verhüllend, wie er den nüchternen Gebilden der anderen nie eignete. Deshalb das jubelnde Erstaunen. Deshalb die Platzzuweisung: an die Schwelle der modernen französischen Lyrik. Denn er hat Verlaine beeinflusst. Auf Verlaine, der damals noch halb im formalistischen Parnassientum drinsteckt, fussen die Heutigen, die Symbolisten. Und werden die Morgigen fussen.

DIE Wesensart des Dichters tritt nicht grell aufleuchtend zu Tage. Gern verschleiert er mit kokett nachlässiger Geberde und streut glitzernde Farbtupferchen über seine Gefühle. Doch im Grund ist er scharf eindeutig. Sein Leben war eine Revolte, seine Dichtung ein Schrei. Den tiefsten sozialen Instinkten entkeimt, lodert ein unbändig wilder Hass in ihm, zischt ihm wie weissglühender Stahl im innersten Fleisch. Hass gegen die gesellschaftliche Ordnung, die den Reichen schaukelt und den Armen durch Dornenhecken reisst. Doppelter Hass gegen die Menschen, die solche Ordnung gutheissen und stützen. Dreifacher Hass gegen den Gott, der dieses Schmachgebilde eingesetzt hat und hinterdrein gefunden, dass alles sehr gut war. Dreist kann man Rimbaud einen sozialen Lyriker *par excellence* nennen. Gerade weil ihm alles Tendenziöse so weltfern liegt. Bei ihm fliesst das soziale Empfinden machtvoll als unterirdisches Gewässer und speist alle seine Triebe. Auch die, so sich nicht offensichtlich zur sozialen Betätigung hindrängen. Im *Forgeron* stellt er die wuchtige Kraft des Proletariats der ins Wackeln geratenen Monarchie gegenüber, verkörpert durch den entnervten Bourbonen, den sechzehnten Ludwig, dessen Haupt später Bürger Samson, Henker der ersten freien und unteilbaren Republik, unter Trommelwirbel allem Volk zeigte . . . So offenbart sich in dem Sonnet *Le mal* — meint sein Chronist und Schwager Paterne Berrichon — deutlich der Einfluss Proudhonscher Lektüre. Nur für die Letzten glüht sein Herz — mit geheuchelter Kälte —, für die Proletarierkinder, die hungrig vor dem Bäckerladen den würzigen Duft frischgebackenen Brotes einsaugen, für den Sol-

daten, der im Tal auf grüner Wiese liegt, ein bleicher Schläfer und stummer Mann, zwei winzige Löcher in der Brust. Und ist auch einer Mutter Sohn. Warum? Die Anwort bleibt uns Rimbaud schuldig, der Hass bleibt. Und so eingewühlt ist er in seinen Hass, dass er manchmal selbst der primitivsten Ästhetik zum Hohn in den Schmutz greift und Schmutz, Schmutz nach den fllimmernden Sternen wirft, vor denen seine bürgerliche Mitmenschheit kniet und betet, die ihm aber nur aus Goldpapier sind, aufgeklebt auf ein erlogenes Firmament aus Pappe. Und Gebilde hat er wieder gschaffen, in den *Illuminations,* die durch eine hypnotische Drehung um die eigene Axe entstanden zu sein scheinen, voll brünstiger Farben und taumelnder Fieberträume, aus dem Innersten der Seele machtvoll losgesprengt, wenn der Absinth im Blut seine wilden Weisen singt. Gebilde voll dunkler Holdheit, verworren durch die Unzahl grellbunter Wimpel, Kunstschöpfungen, die weit jenseits aller kaukasischen Ästhetik stehen. Nach ihm haben andere ähnliche Akkorde angeschlagen. Äusserste Europäer, deren hell und dünn gewordenes Blut in wundersamen Melodieen braust, Sehnsüchtlinge der letzten Linie: der Lyriker Nietzsche, Mombert, der glanzäugige Firnenwanderer. Und hier einer und dort einer.

DREIERLEI kann man unserem Dasein gegenüber tun: es gleichgültig auffassen; oder tragisch; oder komisch. Man kann drüberstehen oder drinstecken. Rimbaud steckt mitten drin. Rimbaud fasst es ironisch, also tragisch, auf. Und er ist kein Überwinder des Lebens, kein Jasager, kein Triumphator. Eher schon ein resigniert Fluchender. Ein zerquetschter Ironiker, zusammengesunkener Blasphemiker. Ein Hasser, kein Tadler. Aber selbst aus dem Widerlichsten, das er geschrieben, weht heiss der Schrei einer gequälten und ringenden Menschlichkeit. Und so betrachtet, verklärt sich das Werk des Dichters zu jener höheren, überlegenen Reinheit, die allen Wegweisern in morgenschönere Lande immanent ist, allen (selbst unbewussten) Aposteln der Zukunft, allen, die vom Zeitwillen zu Opfern erkoren sind, um das Riesenrad der Entwickelung auch nur um einen Zoll einer Umdrehung weiter zu bringen.

DASS seine Persönlichkeit gegenwärtig wächst, ist erfreulich. Dass man auf den Square von Charleville im Jahre 1901 seine Bronzebüste hingestellt hat, belanglos. Uns soll er unvergesslich sein. Denn er geberdet sich nicht als Bürger von Charleville oder Frankreich, sondern als Bürger der Zukunftsmenschheit von übermorgen, die da kommen wird und muss. Sein Leben war eine Revolte, seine Dichtung ein Schrei.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Börse und politische Katastrophen

SO geschickt die Börse oft blosse Gerüchte und Stimmungen auszunutzen versteht, so harthörig erweist sie sich nicht selten bei tatsächlich eingetretenen Ereignissen sensationellster Art. Könnte man den Börseaner in Verdacht haben, er sei mit materialistischer Geschichtsphilosophie durchtränkt, so würde man ihm vielleicht zutrauen, er wisse in bewusstem Weitblick zu unterscheiden zwischen grossen Knalleffekten an der politischen Oberfläche der Gesellschaft und wirklichen tiefen Umwälzungen im Innern, in der gesamten Wirtschaftslage; er bewerte deshalb die Tagesvorgänge anders, als der Sensationsjournalist und der

gesinnungstüchtige Bierbankphilosoph, der alle vier Wochen seine Katastrophe haben muss, ob deren sich ihm und seinen geduldigen und gutgläubigen Zuhörern die Haare sträuben.

SO ist es charakteristisch, dass die Auflösung der skandinavischen Union die Kurse der nordischen Anleihen kaum irgendwie beeinflusste. Was staats- und völkerrechtlich einen geschichtlichen Wendepunkt bedeuten mag, erscheint der internationalen Hochfinanz als staatswirtschaftlich und allgemein ökonomisch recht belanglos, und darin mag sie nicht unrecht haben.

BEI den Russenwerten sehen wir jedoch deutlich die Drähte, mit denen die verhältnismässige Börsenruhe künstlich aufrechterhalten wird; mit einer überlegenen Auffassung der gesamten Lage Russlands haben sie wahrlich nicht das geringste zu schaffen. Frappierend ist allerdings der klaffende Widerspruch zwischen den erregten Befürchtungen und Erwartungen in der grossen Bevölkerungsmasse und der Presse und dem anscheinend unbeweglichen Gleichmut der Inhaber russischer Staatspapiere. Bei der Bekanntgabe der zerschmetternden Vernichtung der letzten verfügbaren russischen Flotte blieben die russischen Rentenpapiere an allen Börsen ohne Mühe behauptet! In Deutschland wurde der, mit der Zeit erfolgende, nicht beträchtliche Kursrückgang rasch wieder mehr als eingeholt, als die Friedensgerüchte ernsthafter Glauben fanden. Für Paris schien die Flottenkatastrophe kaum zu existieren. Aber für das besitzende Frankreich mit seinen Milliarden von russischen Staatswerten, mit seiner Zweibundspolitik, ist der Glaube an die fortbestehende Lebensfähigkeit der herrschenden russischen Politik, wenn auch unter starken Zugeständnissen an äussere und innere Feinde, zugleich ein eigenes Lebensinteresse. Die französischen Banken sind, wie die deutschen, von der russischen Regierung mit reichen Mitteln ausgerüstet, alle abgestossenen Papiere sofort aufzunehmen, um eine Panik nicht aufkommen zu lassen. Die eigenartige Pariser Börsenverfassung erschwert zudem einer Baisseorganisation das Vorgehen: bei Geschäften auf Zeit wird, gegen Barzahlung seitens des Käufers, die vorzeitige, sofortige Lieferung seitens des Verkäufers Pflicht. Kapitalstarke, mit Russland liierte Spekulanten und Banken können also jederzeit Blankoverkäufern — die erst das Kurssinken in Gang bringen wollen, um sich später bequem zu decken — das Leben recht sauer machen, und bis jetzt ist dadurch jede Unternehmung der Baissiers vereitelt worden; der russische Bär hat auf diese Weise die Bären, im Sinne des Börsenjargons, noch immer zurückhalten können.

× ×

Anleihen ABRECHNUNGEN über das Ergebnis der Steuer- und Zollerhöhungen der kriegführenden Länder lassen sich bis zur Stunde wohl kaum aufstellen. Dagegen möge eine kurze Übersicht über die, im Inlande wie im Auslande, aufgenommenen Anleihen Platz finden. Japans drei äussere Anleihen, vorwiegend von England, in zweiter Linie von Amerika aufgenommen, belaufen sich auf etwa 1,1 Milliarden M. Nominalbetrag. Im Innern lieh Japan, in fünf Anläufen, rund 960 Mill. M. (480 Mill. Jen). Zusammen ergibt das eine Schuldensteigerung des Staates von etwas über 2 Milliarden. Russland stützte sich im Ausland auf Frankreich und Deutschland. Die erste Anleihe, 800 Mill. fr. Schatzanweisungen, wurde in Paris untergebracht; die nächsten 500 Mill. M. übernahmen deutsche Häuser. Vorwiegend im Ausland befinden sich auch die 200 Mill. Rubel kurzfristiger Schuldscheine der Reichsrentei. Als innere Anleihe folgten auf die ersten 150 Mill. Rubel weitere 200 Mill. Rubel; in gleicher Linie steht weiter noch die Vermehrung des Umlaufs an Kreditbillets der russischen Staatsbank, um über 300 Mill. Rubel. Das ist, seit Beginn des Krieges, eine neue Schuldenbelastung von fast 3 Milliarden M. Dazu eine zerstörte Flotte, deren Neuschaffung neue Schulden bedingt, dazu ungeheure einmalige Ausgaben für die Neuausrüstung des Heeres, für die Modernisierung und Erweiterung der versagenden oder doch überanspannten und ergänzungsbedürftigen grossen Verkehrswege und Transportmittel: man kann sich denken, dass dieses Russland die Zahlung einer Kriegsentschädigung wie das Feuer fürchtet. Dafür liest man in kontinentalen und englischen, in amerikanischen Fachblättern nicht selten, dass die Wiedererholung und Wiederkräftigung der beiden Gegner grossen Industrieen wichtige Bestellungen und Lieferungen bringen müsse, so dass vor allem die Eisengewerbe eine gewisse Erleichterung erfahren müssten.

× ×

Eisenerz

DER deutschen, aber auch der englischen Eisenproduktion ist die Einführung eines schwedischen Ausfuhrzolles auf Eisenerze nochmals erspart geblieben. Der schwedische Reichstag hat das seit langen Jahren schwebende Projekt in letzter Stunde wider Erwarten abgelehnt. Es mag richtig sein, dass, nach den üblichen Verträgen, die deutschen Werke die Auflage nur zum Teil selber getragen haben würden, während den anderen Teil die schwedischen Besitzer getragen hätten. Jedoch trifft das auf alle diejenigen Gruben nicht zu, die Eigentum deutscher Kapitalisten sind — meist deutscher Eisenwerke, die ihren Rohstoffbezug sicherstellen wollten. Die Frage war also nicht ohne Bedeutung, da von den 3 Mill. t schwedischer Erzausfuhr 2½ Mill. t nach Deutschland, und zwar 2 Mill. t allein nach Rheinland-Westfalen gingen. Wahrscheinlich wird die fortbestehende Unsicherheit dahin führen, die heimischen Minettelager Lothringen-Luxemburgs durch Transportvergünstigungen und rascheren Ausbau der Wasserstrassen noch stärker für die deutsche Eisenproduktion heranzuziehen.

× ×

Petroleum

IN Rumänien scheint für die internationale Kapitalistengruppe, welche den Petroleumreichtum des Landes auf Jahrzehnte hinaus monopolistisch zu beherrschen dachte, gleichfalls nicht alles ganz glatt zu verlaufen. Der Vertrag des Staates mit dem aus der *Deutschen Bank* und der *Banque de Paris et des Pays-Bas* bestehenden Konsortium ist allerdings aussergewöhnlich. Der *Vossischen Zeitung* wird darüber aus Bukarest mitgeteilt: »Der Vertrag ist gleich dem am 10. September 1904 von Demeter Sturdza abgeschlossenen auf dem Grundsatze der jährlichen Redevenz vom Bruttoertrage und der Teilnahme des Staates am Reingewinn begründet. Der von Sturdza abgeschlossene Vertrag gab der Gesellschaft das ausschliessliche Recht, im Laufe der ersten 10 Jahre auf allen dem rumänischen Staate gehörenden Gütern in allen Teilen des Landes Grundstücke in der Ausdehnung bis zu 30 000 ha auszuwählen und die selben zu erforschen und auszubeuten. Ferner wurde der Gesellschaft für die restlichen 40 Jahre der Vertragsdauer das Vorzugsrecht der Pachtung auf alle jene Petroleumfelder gewährt, die innerhalb der ersten 10 Jahre nicht ausgewählt würden, auch wurden für die ganze Dauer der 50 Jahre gewisse Begünstigungen in der Zahlung der Steuern und der Transporttarife auf den Eisenbahnen gewährt. Dafür verpflichtete sich die Gesellschaft, eine jährliche Redevenz von 8 % vom Bruttoertrag und von 10 bis 50 % vom Reingewinne zu bezahlen. Des weiteren war die Gesellschaft verpflichtet, in den ersten sechs Jahren wenigstens 120 Sonden mit einer Bohrtiefe von mindestens 250 m anzulegen. Der von der heutigen Regierung und der Gruppe der *Deutschen Bank* abgeschlossene Vertrag erhöht die jährliche Redevenz von 8 auf 10 % und setzt den Anteil des Staates am Reingewinn auf 33 bis 50 % fest. Das Recht der Auswahl wird für die Gesellschaft von 30 000 auf 20 000 ha beschränkt, und der Zeitraum für die Auswahl und die Erforschung der Ölfelder von 10 auf 6 Jahre herabgesetzt. Die Zahl der in den ersten sechs Jahren zu errichtenden Sonden wird auf 150 mit einer Bohrtiefe von 350, 600 bis zu 750 m erhöht, und es ist die Klausel aufgehoben, durch welche der Gesellschaft bei der Verpachtung der noch übrigen Ölfelder des Staates das Vorzugsrecht gewährt wird. Die Steuer- und Frachtbegünstigungen werden auf die ersten 10 Jahre beschränkt und ausdrücklich bestimmt, dass der Verwaltungsrat der neuen Gesellschaft zur Hälfte aus Rumänen bestehe, und dass ein Drittel der Ingenieure gleichfalls Rumänen seien.« Der neue Entwurf ist sicherlich eine Abschwächung des ersten Löwenvertrages. Trotzdem wird die Regierung Mühe haben, ihn durchzudrücken, da eine unterdes rasch zusammengebrachte rumänische Gesellschaft, freilich sehr zweifelhafter Art, günstigere Bedingungen anbietet. Ferner wird Herrn Sturdza seine Opposition dadurch nicht wenig erschwert, dass er selber, im Regiment, noch viel weiter zu gehen entschlossen war, als die jetzige Regierung. Immerhin hat die Regierung die Einbringung des Pachtvertrages in der eben abgelaufenen Parlamentssession unterlassen, so dass erst die Herbsttagung die Entscheidung bringen kann, die vielleicht einmal für den ganzen mitteleuropäischen Petroleummarkt von nicht geringer Bedeutung sein kann.

× ×

Spiritus SEIT dem 22. Mai hat der deutsche Ring den Abschlagspreis an die Brenner wieder von 57 auf 50 M. pro hl reinen Alkohols herabgesetzt. Es wiederholt sich hier, obwohl in ausnahmsweiser Gestalt, eine alte Erfahrung der Syndikatspolitik. Der hohe Preis gibt zu stärkeren Befürchtungen für den Rückgang des Konsums Anlass, als das einer auf den Massenabsatz angewiesenen Produktion lieb sein kann. Ferner bildet die selbe Preishochhaltung einen Anreiz zur Produktionsvermehrung, deren Fortgang gleichfalls alle Unternehmer bedenklich stimmen muss. Die wachsende Erzeugung machte sich besonders seit Ende März bemerkbar: die Kartoffeln der letzten Ernte haben sich, wohl gerade infolge des trockenen Wetters, als ungewöhnlich haltbar bewährt, so dass die Rohstoffnot nicht die erwartete Ausdehnung gewann. Dazu kam die Produktionssteigerung der gewerblichen Betriebe und der landwirtschaftlichen Getreidebrennereien. Die Grossdestillateure, die sonst gern die Preiserhöhungen des Ringes beklagen, sind von dem Preisabschlag gleichfalls nicht erbaut, und zwar deswegen, weil sie ihre Vorräte entwertet und ihre Zukunftsberechnungen durchkreuzt sehen.

× ×

Kurze Chronik DIE Futternot im Vorjahre hat die üblichen Folgen erzeugt: eine raschere Abschlachtung im Augenblicke der Verlegenheit, einen Rückgang der Aufzucht und Mast, woraus sich dann später eine um so stärkere Knappheit auf dem Schlachtviehmarkt ergibt. Da die Aufwärtsbewegung der Preise gegenwärtig offenbar noch keinen Abschluss gefunden hat, so kommen wir später auf die Angelegenheit zurück. MAX SCHIPPEL

Politik

Marokko DIE Marokkoaffäre ist noch immer nicht in einer Frankreich und Deutschland befriedigenden Weise erledigt. Die Einmischung Deutschlands in den Handel hat den Sultan von Marokko veranlasst, die französischen Forderungen abzulehnen und eine internationale Konferenz vorzuschlagen, auf der die verschiedenen Streitfragen ausgetragen werden sollen. Die Ablehnung der französischen Forderungen führte zum Rücktritt des Ministers Delcassé, der in systematischer und geschickter Weise auf eine Isolierung Deutschlands in Europa hingearbeitet und sie bis zu einem gewissen Grade auch erreicht hatte. Einerseits bestand die Allianz mit Russland, andererseits ein volles Einvernehmen mit Italien, Spanien und England wegen des Vorgehens in Marokko. Es lässt sich nicht leugnen, dass die auswärtige Politik Delcassés für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gefährlich werden musste. Man nahm daher die Nachricht von seinem Rücktritt mit einer gewissen Erleichterung auf. Und in der Tat schien mit der Beseitigung Delcassés die Lösung der Marokkoaffäre bei einigem guten Willen der Diplomatie beider Länder leicht zu sein. Aber merkwürdigerweise müssen Zwischenfälle eingetreten sein, die das Verhalten der deutschen Politik in ein wenig günstiges Licht stellen. Jaurès, der gewiss für freundliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ist, schlägt in seiner Zeitung einen ziemlich drohenden Ton gegenüber Deutschland an. Ohne stichhaltigen Grund geschieht dies nicht. Es wäre aber das Verkehrteste, was deutscherseits geschehen könnte, wenn Fürst Bülow Frankreich Zumutungen machen würde, auf die es unter keinen Umständen eingehen kann. Das hiesse doch nichts anderes, als in ganz leichtfertiger Weise auf einen Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland hinarbeiten und die schlimmste Gefahr heraufbeschwören, die für die europäische Kultur ausgedacht werden kann. Leider wird der grössere Teil der deutschen Presse in Fragen der auswärtigen Politik direkt vom Auswärtigen Amt gespeist und entwickelt überwiegend auch ziemlich unkritisch die dort jeweils erhaltenen Informationen. Darüber hinaus erfährt die öffentliche Meinung Deutschlands nichts, wenn sie nicht schliesslich auf dem Wege übers Ausland zu spät erfährt, welche Schachzüge von Deutschland gemacht worden sind. Da auch der Reichstag nicht beisammen ist, so kann Fürst Bülow ebenfalls nicht über seine Absichten Frankreich gegenüber interpelliert werden. Böse Leute behaupten sogar, der Reichstag sei gerade deswegen nach Hause geschickt worden, damit Fürst Bülow wegen seiner Marokkopolitik gänzlich freie Hand erhalte und nicht durch eine Interpellation belästigt werden könne. So viel darf als sicher bezeichnet werden, dass nach Delcassés Rücktritt neue Schwierigkeiten in der Er-

ledigung der Marokkoaffäre eintraten, für die die deutsche Regierung die Verantwortung trägt. Angesichts dieser Wendung muss man allen Ernstes gegen eine Politik protestieren, die ohne Grund in einen ernsten Konflikt hineintreibt, nachdem eben Frankreich entschieden bekundet hat, dass ihm die Provozierung eines solchen durchaus fern liegt. Den Rücktritt Delcassés mit überraschenden Zumutungen beantworten, heisst nichts anderes, als den gleichen, ja, noch einen schlimmeren Fehler machen, als wir ihn Frankreich gegenüber gerügt haben. Anstatt den Konflikt mit Frankreich zu verschärfen, hätte die deutsche Regierung vielmehr alles aufbieten sollen, die nach Delcassés Rücktritt so günstige Gelegenheit zu einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich auszunutzen. Jetzt bleibt zum mindesten durch Deutschlands Verhalten ein Rest von Verstimmung zurück, der für die Anhänger der Delcasséschen Politik eine neue Stärkung bedeutet.

× ×

Norwegen DER Streit zwischen Norwegen und Schweden über die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, der seit Anfang der achtziger Jahre andauerte, hatte 1903 zu einem Abkommen geführt, durch das eine definitive Beilegung zu erwarten war. Am 24. März 1903 konnte der schwedische Minister des Äusseren eine Mitteilung veröffentlichen, wonach die schwedischen und norwegischen Unterhändler folgende Grundlage einer Regelung des Konsulatswesens vereinbarten: »Beide Länder erhalten ein besonderes Konsulatswesen. Die Konsuln unterstehen ihren heimatlichen Behörden, die jedes Land bestimmt. Schweden und Norwegen regeln durch gleichlautende Gesetze das Verhältnis zwischen dem Minister des Äussern und dem diplomatischen Korps einerseits und den Konsuln der beiden Einzelreiche andererseits, mit Bürgschaften dafür, dass die Konsuln die Grenzen ihrer Rechte einhalten und das notwendige Zusammenarbeiten mit dem Minister des Äussern gesichert bleibt. Über den schwedischen Vorschlag' den König durch gleichlautende Gesetze zu ermächtigen, einen Schweden oder einen Norweger zum Minister des Äussern zu ernennen, der beiden Parlamenten verantwortlich ist, ist eine Einigung nicht erzielt.« In Norwegen wurde diese Vereinbarung ohne Widerspruch von seiten Schwedens dahin gedeutet, dass durch die Vereinbarung die Leitung der Ordnung der auswärtigen Politik unberührt bleiben und ihrer Lösung in keiner Weise vorgegriffen werden solle. Diese Vereinbarung verletzte Schweden in d e m Augenblick, als es verlangte, dass die norwegischen Konsuln der Kontrolle des Ministers des Äussern, der ein Schwede ist, unterstellt werden sollten. Äusserlich trat der Bruch mit Norwegen dadurch in die Erscheinung, dass der König von Schweden den norwegischen Gesetzen über die Regelung der Konsulatsfrage, die auf der Vereinbarung vom 24. März 1903 basierten, seine Sanktion verweigerte. Die norwegischen Minister demissionierten, und König Oskar erklärte sich ausser stande, ein neues Ministerium zu bilden. Mit dieser Erklärung war der Bruch vollzogen. Konnte oder wollte der König keine Regierung bilden, so musste das Storthing ein neues Ministerium von sich aus einsetzen. Das geschah denn auch am 7. Juni, indem das Storthing folgenden Beschluss fasste: Da sämtliche Mitglieder des Staatsrates (die Minister) ihre Ämter niedergelegt haben, der König sich ausser stande erklärt hat, dem Lande eine neue Regierung zu verschaffen und die konstitutionelle Königsmacht somit ausser Wirksamkeit getreten ist, ermächtigt das Storthing die Mitglieder des heute abgetretenen Staatsrats bis auf weiteres, als die norwegische Regierung, die dem König zustehende Macht auszuüben in Übereinstimmung mit der Verfassung Norwegens und den geltenden Gesetzen mit den Änderungen, welche dadurch notwendig werden, dass die Vereinigung mit Schweden unter e i n e m König als Folge davon aufgelöst ist, dass der König aufgehört hat, als norwegischer König zu fungieren. Gleichzeitig wurde eine Adresse an den König angenommen, in der der König um Mitwirkung dazu ersucht wird, dass ein jüngerer Prinz vom Hause Bernadotte den Thron Norwegens besteigen kann. Schweden hat — wie die Thronrede bei der Eröffnung des ausserordentlichen Reichstags zeigt — darauf verzichtet, Norwegen zur Rückkehr in die Union zu zwingen. Auch ist es unwahrscheinlich, dass König Oskar dazu mitwirken wird, den norwegischen Thron zu besetzen. Unter diesen Umständen dürfte Norwegen eine republikanische Staatsform erhalten, wie das von der norwegischen Sozialdemokratie gewünscht wird. Interessant an

dieser friedlichen Umwälzung ist immerhin die Haltung des Storthings insofern, als dieses der Frage, ob ein Präsident oder ein König die Spitze der Exekutive zu bilden habe, keine ausschlaggebende Bedeutung beimass.

× ×

Russisch-japanischer Krieg NACH den Niederlagen der russischen Landarmee im russisch-japanischen Kriege ist nunmehr auch das Schicksal der russischen Seemacht in Ostasien besiegelt: Die russische Flotte ist in den letzten Tagen des Mai von den Japanern vernichtet worden. Alle russischen Schlachtschiffe, mit Ausnahme zweier, die von den Japanern genommen wurden, sind untergegangen; die Admirale Roshdjestwenskij, Fölkersahm und Nebogatow wurden gefangen genommen. Die Menschenverluste der Russen werden, von den Gefangenen abgesehen, auf 7000 bis 9000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl umgekommen ist. Die japanischen Verluste waren dagegen im Vergleich zu der Furchtbarkeit der Schlacht erstaunlich gering. Die Verluste sollen nur 113 getötete und 424 verwundete Offiziere und Mannschaften betragen haben. Die Schlacht begann am 27. Mai. Schon am 28. war das Gefecht nur noch eine blosse Metzelei. Unter dem Hagel der feindlichen Geschosse beteten und schrieen die russischen Seeleute, wie die Verzweifelten, sie liefen in wilder Verwirrung auf Deck hin und her, bis das Schiff unterging und damit die Übergabe erfolgte. Die Szenen waren so grauenhaft, dass sogar die Japaner bei ihrem Anblick von Entsetzen und Mitleid erfüllt wurden. Mit der Vernichtung der russischen Flotte hat vorläufig Russland Japan gegenüber ausgespielt. Aber noch denkt es nicht daran, Frieden zu schliessen. Auch die auf Veranlassung Roosevelts zu erwartenden Friedensverhandlungen zwischen japanischen und russischen Delegierten haben bei der gegenwärtigen Stimmung in Russland noch recht wenig Aussicht auf irgendwelche Erfolge. Es ist vielmehr wahrscheinlich, dass ein eventueller Waffenstillstand zwar von beiden Teilen aus den verschiedensten Gründen akzeptiert werden wird, dass aber Russland nicht daran denkt, die japanischen Forderungen zu bewilligen. Auch in Japan ist das Friedensbedürfnis noch nicht so stark, um von den hohen Forderungen irgendwie abgehen zu wollen. Vielmehr will Japan die Russen zu Lande noch weiter zurückdrängen und der russischen Landmacht eine vernichtende Niederlage beibringen. Soll doch die russische Armee unter Linjewitsch von den Japanern gegenwärtig schon fast völlig zerniert sein. Man wird nach allem also den demnächstigen Friedensverhandlungen skeptisch gegenüberstehen müssen.

× ×

Kurze Chronik DER nationalliberale Parteitag, der am 21. und 22. Mai in Dresden abgehalten wurde, gab ein deutliches Bild von der Zerfahrenheit und den Gegensätzen, die innerhalb dieser liberalen Partei bestehen. × Das preussische Abgeordnetenhaus nahm am 26. Mai die Bergarbeiternovelle in einer für die Bergarbeiter gänzlich unzulänglichen Fassung an. × Der Reichstag ist am 20. Mai ganz unerwartet geschlossen worden. × Am 6. Juni fand die Vermählung des deutschen Kronprinzen mit einer Herzogin Cäcilie von Mecklenburg statt. × Am gleichen Tage erhielt der Reichskanzler Graf Bülow den Fürstentitel.

RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Wahlrechtsverschlechterungen DAS starke Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretungen hat den reaktionären bürgerlichen Parteien nahegelegt, sich auf die einfachste und bequemste Weise, nämlich durch den Ausschluss der sozialdemokratischen Vertreter mittels einer Umgestaltung des Wahlrechts, dieser gefährlichen Konkurrenz zu erwehren. Es ist charakteristisch, dass es die nord- und mitteldeutschen Staaten sind, welche den Kampf gegen die Sozialdemokratie dadurch am erfolgreichsten zu führen glauben, dass sie sie von der Teilnahme an der öffentlichen Verwaltung ausschliessen. Preussen hat durch sein Dreiklassenwahlrecht, das als eiserner Bestand auch in seine neueren Städteordnungen übergegangen ist, dafür gesorgt, dass nie mehr als ein Drittel der Stadtverordnetensitze in die Hände der Sozialdemokratie geraten kann. Seinem Vorbilde ist man dann auch in anderen deutschen Staaten gefolgt. In Sachsen hat Leipzig an der Spitze der sächsischen Städte das Dreiklassenwahlrecht im Jahre 1896 eingeführt, um zu verhindern, dass bei den nächsten Wahlen die sozialdemokratische Liste siegreich durchdränge. Die Leipziger Bourgeoisie griff zu dieser Wahlentrech-

tung der Arbeiterschaft, weil die Versuche, durch die Interpretation der revidierten Städteordnung die Bürgerrechtserwerbung durch die Arbeiterschaft zu verhindern, an der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichtes gescheitert waren. Ganz die gleiche Entwickelung hat sich auch in Dresden abgespielt, wo sich die herrschenden Antisemiten durch die an Zahl stets zunehmende sozialdemokratische Bürgerschaft in ihrer Position aufs schwerste bedrängt fühlen. Wie in Leipzig, hat auch der Rat in Dresden den Arbeitern die Erwerbung des Bürgerrechts dadurch auf alle mögliche Weise zu erschweren gesucht, dass er die Bürgerrechtsbestimmungen der revidierten Städteordnung in der skandalösesten Weise auslegte. So definierte er den Begriff der im Gesetz für die Gemeindemitgliedschaft vorgeschriebenen *Selbständigkeit* in einer Weise, dass kein Arbeiter Gemeindemitglied sein und infolgedessen auch nicht Bürger werden konnte. Er liess anfangs sogar alle Familienväter abweisen, obwohl sie einen eigenen Hausstand hatten, weil sie irgendwo gegen Lohn arbeiteten. Die Kreishauptmannschaft billigte allerdings diese Interpretation nicht und rektifizierte in jedem einzelnen Fall den Dresdener Rat, ohne es indes durchsetzen zu können, dass der selbe von seinem ungesetzlichen Verfahren allgemein Abstand nahm. In jedem neuen Fall wiederholte sich das alte Spiel: Abweisung des Bewerbers, Beschwerde des selben und Entscheidung der vorgesetzten Behörde gegen den Rat. Es bedurfte einer prinzipiellen Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, um den Dresdener Rat zum Verzicht auf seine Manöver zu zwingen. Dann, als das Bürgerrecht den Familienvätern nicht länger vorenthalten werden konnte, verweigerte der Rat allen denen das Bürgerrecht, die zur Aftermiete wohnen, also keinen eigenen Haushalt haben, mögen sie sonst alle gesetzlichen Vorbedingungen erfüllen. Auch diese Auslegung wurde durch das Oberverwaltungsgericht für ungesetzlich erklärt. Als der Rat mit seiner Interpretation des Begriffs der *Selbständigkeit* nicht zum Ziele kam, suchte er durch die Auslegung der gleichfalls vom Gesetz geforderten *Unbescholtenheit* seine Absicht zu erreichen. Personen, die vor einem Dutzend Jahren irgendwo einmal gerichtlich bestraft waren, wurden, als nicht unbescholten, abgewiesen. Auch dieser Auslegungskunst musste durch das Oberverwaltungsgericht ein Ende gemacht werden. In dieser Notlage beschloss der Rat von Dresden, zunächst einmal von dem Landtage eine authentische Interpretation der Bestimmungen der Städteordnung zu erbitten. Er arbeitete im Jahre 1904 eine umfangreiche Petition aus, in der er den Grund seiner Verlangens deutlich genug zum Ausdruck brachte. »In der Tat«, heisst es in diesem Schriftstück, »geht auch die Absicht der zahlreichen dem Arbeiterstande angehörigen Personen, welche in den letzten Jahren um das Bürgerrecht nachgesucht haben, nicht sowohl dahin, durch Übernahme von Ehrenämtern das Wohl der Gemeinde zu fördern, vielmehr erfolgt die Bewerbung um das Bürgerrecht in den allermeisten Fällen auf den Rat und Antrieb von Agitatoren, denen es darauf ankommt, für ihre Partei über kurz oder lang die Mehrheit in den städtischen Kollegien und damit einen massgebenden Einfluss auf die Gemeindeverwaltung zu gewinnen.« Der Landtag soll also ohne Rücksicht auf die bisherige, jahrzehntealte Praxis, im Interesse der Dresdener Antisemitenherrschaft den Begriff der *Selbständigkeit* dahin erläutern, dass als selbständig diejenigen Personen nicht anzusehen sind, welche in eines anderen Lohn und Kost stehen oder keine eigene Wohnung haben.

MAN scheint sich aber von einer derartigen Petition nicht genügend Erfolg zu versprechen und selbst die gewünschte Interpretation für nicht ausreichend zu halten. Denn schon seit längerer Zeit sind Bestrebungen im Gange, durch eine radikale Änderung des Wahlrechts allen sozialdemokratischen Fortschritten ein für alle Mal ein Ende zu machen. Bereits im Jahre 1899 hatte der Oberbürgermeister Beutler den Stadtverordneten den Entwurf einer Wahlrechtsänderung vorgelegt, der sich an die Chemnitzer Wahlrechtsordnung anlehnte. In Chemnitz war bekanntlich im Jahre 1898, gleichfalls um die Sozialdemokraten von der Gemeindevertretung auszuschliessen, ein Berufsklassenwahlrecht eingeführt worden, durch das die Vertretung der Arbeiterschaft dauernd auf 9 Stadtverordnete beschränkt wurde. 4200 Bürger der 3 obersten Klassen wählen hier 39 Stadverordnete, während auf die übrigen 9800 Bürger der unteren Klassen, das heisst die Arbeiter, Kleingewerbetreibenden, Beamten, Lehrer u .s. w. mit noch

nicht 2500 M. Einkommen, nur 18 Stadtverordnete kommen. Das Chemnitzer Wahlrecht ist also noch reaktionärer, als das preussische Dreiklassenwahlrecht. Deshalb aber gerade empfahl es sich den bürgerlichen Parteien. Schon vor den Stadtverordnetenwahlen des Jahres 1904 legte der Dresdener Rat auf Grund eines Kompromisses mit den Nationalliberalen eine solche Wahlrechtsvorlage vor, die das Berufsklassenwahlrecht einführte. Das Projekt scheiterte damals, ist aber vor kurzem in einer Wahlrechtsvorlage des Rechtsausschussses der Stadtverordneten wieder lebendig geworden. Gleichzeitig wurden noch zwei andere Pläne vorgelegt, die das Pluralwahlrecht enthielten und noch reaktionärer waren, als das erstgenannte Projekt. Nach dem Projekte des Rechtsausschusses sollten 4 Wählerabteilungen geschaffen werden. In der I. Abteilung wählen die Selbständigen in Industrie und Handel, einschliesslich der leitenden Beamten, a) mit über 2500 M. Einkommen 12 Ansässige und 12 Unansässige, b) mit einem Einkommen von 2500 M. und darunter 6 Ansässige und 6 Unansässige; in der II. Abteilung die Gewerbe- und Handwerksgehilfen, das Bureau- und Ladenpersonal, Fabrik- und sonstige Arbeiter 6 Ansässige und 6 Unansässige; in der III. Abteilung die öffentlichen Beamten und Lehrer, Militärpersonen und Angehörige der freien Berufsarten 12 Ansässige und 12 Unansässige; in der IV. Abteilung Rentner und Pensionäre 6 Ansässige und 6 Unansässige. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 2. Juni wurde über die drei Vorlagen beraten. Obwohl sich alle Redner für eine Wahlrechtsänderung in reaktionärem Sinne aussprachen, um das Eindringen der Sozialdemokraten in das Stadtparlament möglichst zu verhindern, konnte man sich doch nicht über die Ausführung der Wahlentrechtung einigen. Das Resultat der langen Verhandlungen war die Ablehnung aller 3 Vorlagen. Damit ist vorläufig die Wahlrechtsänderung gescheitert. Bis zu den im November stattfindenden Stadtverordnetenwahlen werden sich aber die Reaktionäre wohl über eine neue Vorlage geeinigt haben.

GRÖSSERES Aufsehen, als die Dresdener Vorgänge, haben die Wahlrechtsverschlechterungen erregt, die in der letzten Zeit in den hanseatischen Republiken Lübeck und Hamburg versucht werden. Da es sich hier um Stadtstaaten handelt, bei denen die Vertretungskörperschaft zugleich Gemeindebehörde und gesetzgebende Körperschaft ist, kommt dem Wahlrechte grössere Bedeutung zu, als dort, wo es sich, wie in Dresden, nur um eine Gemeindebehörde handelt. Es ist daher auch begreiflich, dass die Arbeiterschaft Hamburgs der Verschlechterung ihres Wahlrechts mit grösserem Widerstande begegnet, umsomehr, als sie ohnehin nur ein sehr beschränktes Wahlrecht besitzt. Die Hälfte der Mitglieder der Bürgerschaft wird nämlich von den Notabeln und den Grundeigentümern gewählt. Die übrigen 80 von allen steuerzahlenden Bürgern in allgemeinen Wahlen. Das Bürgerrecht kann seit 1896 von jedem grossjährigen männlichen Staatsangehörigen erworben werden, der 5 Jahre hintereinander ein Einkommen von mindestens 1200 M. versteuert hat. Erst seit dieser Zeit ist es für die Sozialdemokratie möglich geworden, Vertreter in die Bürgerschaft zu wählen. 1901 hielt der erste Sozialdemokrat seinen Einzug, dem 1904 12 weitere folgten. Unter Berücksichtigung der neuen Bezirkseinteilung und des sozialen Charakters der verschiedenen Bezirke ist eine Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate um etwa weitere 12 bei den Wahlen des Jahres 1907 anzunehmen. Im allergünstigsten Falle könnte sich diese Mandatzahl im Laufe der Jahre auf zirka 50 erhöhen, denen immer noch 110 bürgerliche in der Bürgerschaft gegenüberständen. Diese Zukunft hat dem reaktionären Teile der bürgerlichen Parteien einen solchen Schrecken eingejagt, dass schon gleich nach den Wahlen des Jahres 1904 die Agitation gegen das bestehende Wahlrecht einsetzte. Sie hatte Erfolg: am 14. Mai brachte der Senat bei der Bürgerschaft eine Vorlage ein, die eine Verfassungs- und Wahlrechtsänderung beantragte. Ganz offen wurde ausgesprochen, dass es sich um ein Gesetz gegen die Sozialdemokratie handle, deren Mandate man auf die geringste Zahl beschränken wolle. An der Wahl der einen Hälfte der Bürgerschaft durch die Notabeln und Grundeigentümer wurde nichts geändert. Die allgemeinen Wahlen werden aber in Klassenwahlen umgestaltet. Die Bürger werden in drei Klassen geteilt: I. Klasse über 6000 M. Einkommen, II. Klasse 3000 bis 6000 M. Einkommen, III. Klasse unter 3000 M. Einkommen. Jede Klasse wählt 24 Abgeordnete. Die übrigen 8 werden, wie

bisher, vom Landgebiet in allgemeinen Wahlen gewählt. Um aber zu verhüten, dass die 24 Mandate der III. Klasse der Sozialdemokratie zufallen, soll die Verhältniswahl eingeführt werden. Auch durch die Verleihung des passiven Wahlrechts an die Beamten hofft man die Stimmen der Unterbeamten der Sozialdemokratie abspenstig zu machen, da man nunmehr die Aufstellung eigener Kandidaten von ihnen erwartet. Man schätzt, dass die Sozialdemokratie es in der III. Klasse auf zirka 15 Mandate, in der II. Klasse im günstigsten Fall auf 1 Mandat bringen wird. 16 Abgeordnete — das wäre also die »der Bedeutung der Arbeiterbevölkerung für das Staatswesen entsprechende Vertretung«, die der Senat nach den Motiven der Arbeiterschaft zugestehen will. Ebenso entrechtet, wie die Arbeiterschaft, ist durch die Vorlage auch das Kleinbürgertum. Die I. Klasse würde, in Verbindung mit den 80 Mandaten der Notabeln und Grundeigentümer, stets die Mehrheit der Bürgerschaft besitzen.

AUCH in Lübeck ist man seit längerer Zeit an der Arbeit, durch stets gesteigerte Entrechtung die Massen der Einwohnerschaft von der Teilnahme an der Verwaltung auszuschliessen. Bis zum Jahre 1902 wurde das Bürgerrecht, das das aktive und passive Wahlrecht in sich schliesst, gegen Zahlung einer Rekognitionsgebühr von 28 M. gewährt. Im Jahre 1902 wurde ein Zusatz zur Verfassung durchgesetzt, durch den der Erwerb des Bürgerrechts auf die Versteuerung eines Einkommens von mindestens 1200 M. während der vorangehenden 5 Jahre beschränkt wurde. Infolge dieser Wahlentrechtung verschärfte sich aber nur die Opposition gegen die regierende Clique, und die Bewerbungen um das Bürgerrecht nahmen in den letzten Jahren ausserordentlich zu. Um nun ihre Herrschaft zu sichern, setzte die regierende Clique im Jahre 1904 die Einsetzung einer Kommission zur Revision der Verfassung durch, die im Februar 1905 ihre Vorschläge dem Senate vorlegte. Danach werden die Bürger in zwei Klassen geteilt. Das Bürgerrecht wird in der einen Klasse, welche über 2000 M. Einkommen versteuert, schon nach einer Karenzzeit von 3 Jahren, in der andern Klasse von den Bürgern mit weniger als 2000 M. Einkommen erst nach einer Karenzzeit von 4 Jahren erworben. Jede Klasse zerfällt wiederum in zwei Abteilungen nach dem Wohnsitze der Wähler, ob der selbe sich in der Stadt und den Vorstädten oder in Travemünde und dem Landgebiet befindet. Die erste Abteilung der I. Klasse würde 90, die zweite 15 Vertreter, die I. Klasse zusammen also 105, die erste Abteilung der II. Klasse 12, die zweite 3 Vertreter, im ganzen also 15, zu wählen haben. Es liegt auf der Hand, dass bei einer derartigen Klasseneinteilung die ganze II. Klasse, das heisst also die Arbeiterschaft, ein grosser Teil des Kleinbürgertums und des Beamtentums, absolut einflusslos sein wird. Die Kommission rechtfertigt ihren Vorschlag mit der Gefahr einer sozialdemokratischen Herrschaft in der Bürgerschaft, die die Schaffung einer zuverlässigen Abwehr notwendig mache. Welcher Geist in der Mehrheit der Kommission geherrscht hat, das spricht der folgende Satz ihres Berichts recht deutlich aus: »Die Mehrheit der Kommission schreckt auch nicht das mehr ästhetische Bedenken der mehr formell genommenen, recht erheblichen Ungleichheit der auf Abteilung I und II entfallenden Zahlen der Vertreter. Den Anforderungen mechanischer Gleichheit entspricht die Verteilung der Vertreter auf die beiden Abteilungen allerdings nicht, wohl aber entspricht sie durchaus dem Verhältnis der steuerlichen Leistungen der beiden bürgerlichen Gruppen.« Deutlicher kann der plutokratische Beweggrund und die Tendenz auf politische Entrechtung der grossen Majorität der Einwohnerschaft nicht wohl ausgesprochen werden — so schreibt dazu die *Frankfurter Zeitung*, deren Urteil wir voll beipflichten können.

DIE Vorlage der gemischten Kommission wurde von dem Senat adoptiert und der Bürgerschaft vorgelegt, die den Gegenstand ihrerseits einer Kommission überwies. Diese Kommission stellte sich gleichfalls völlig auf den Boden der Senatsvorlage, fügte aber ausserdem noch eine zur Erwerbung des Bürgerrechts verpflichtende Bestimmung hinzu, die vom Senat abgelehnt wurde. In der Bürgerschaft ist es zu einer Beschlussfassung noch nicht gekommen; es wurde vielmehr eine nochmalige Kommissionsberatung beschlossen.

× ×

Kurze Chronik ZWISCHEN Frankfurt a. M. und Offenbach wurde ein Vertrag über den Neubau der elektrischen Bahn Frankfurt-Offenbach abgeschlossen. × Der

Frankfurter Magistrat hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zwecks Errichtung einer Verbrennungsanstalt zur Unschädlichmachung der Kehrichtabfälle und des Klärbeckenschlammes gemacht. × Die Darmstädter Stadtverordnetenversammlung beschloss die Bewilligung von Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung an nicht voll beschäftigte städtische Bedienstete und Arbeiter. × Die Hamburger Bürgerschaft hat es abgelehnt, die Krankenversicherungspflicht auch auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden auszudehnen, obwohl ein dahingehender Antrag von der Ortskrankenkasse der Schneider und dem Verband der Ortskrankenkassen Hamburgs eingereicht worden war. × In M.-Gladbach wurde durch Stadtverordnetenbeschluss die private Arbeitsnachweisstelle kommunalisiert. × Die Duisburger Stadtverordnetenversammlung hat den Entwurf eines Vertrages über die Interessen- und Betriebsgemeinschaft der Häfen zu Duisburg und Ruhrort genehmigt. Vom 1. Oktober ab gehen beide Häfen in fiskalische Leitung über. Ein aus 7 Mitgliedern bestehender Hafenbeirat, von den Stadtverordneten gewählt, tritt als Beratungsorgan neben die fiskalische Leitung. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Organisation ZWECKS Reorganisation der sozialdemokratischen Partei von Elsass-Lothringen fand am 29. Mai eine Konferenz in Strassburg statt, die von 48 Delegierten aus allen Teilen des Landes besucht war. Veranlassung dazu bot das von Köller für Elsass-Lothringen geschaffene neue Vereinsgesetz, welches es der elsässischen Sozialdemokratie ermöglicht, sich eine feste Organisation zu schaffen. Es wurde beschlossen, 3 Bezirksvereine zu gründen, mit dem Sitz in Mülhausen respektive Strassburg und Metz. Diese zu gründenden drei Vereine sollen mit einander in ständiger Fühlung stehen und alljährlich gemeinsame Tagungen abhalten.

× ×

Holland IM Haag tagte am 23., 24. und 25. April der jährliche Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands. Auch in dem vergangenen Jahre ist die Partei wieder stärker geworden. Sie ist von 124 Abteilungen auf 137, von 5600 Mitgliedern auf 6100 gestiegen. Die Einnahmen stiegen von 8347 auf 8449 f. Die obligatorischen Beiträge der Mitglieder stiegen um 704 f, so dass das Wachstum der regulären Parteieinkünfte grösser ist, als aus den allgemeinen Einnahmen hervorgeht. Die Ausgaben sind um 500 f gestiegen. Einige Kongressmitglieder tadelten, dass die Delegation der Partei auf dem internationalen Kongress nicht für die Dresdener Resolution gestimmt habe. Ein Votum hierüber ward aber nicht beantragt. Ein grosser Teil des Kongresses wurde durch die Beratung eines Zwistes innerhalb der Utrechter Abteilungen in Anspruch genommen. Genosse Troelstra referierte über die Wahlen im Juni. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, bei Stichwahlen nur diejenigen Kandidaten zu unterstützen, die sich für Erringung des allgemeinen Wahlrechts erklären. Zur ausführlichen Behandlung der Agrarfrage war keine Zeit mehr. Die Agrarkommission beantragte deshalb deren Vertagung. Vliegen brachte folgende Resolution ein: ›Der Kongress ist der Meinung, dass der prinzipielle Programmteil in einigen Punkten der Abänderung bedarf, geht aber heute über die hier beantragte Änderung zur Tagesordnung über.‹ Die Resolution wurde angenommen. Das vorgeschlagene Wahlprogramm wurde sodann und in der vorgeschlagenen Form angenommen. Eine sehr lange Diskussion wurde geführt über die Redaktion des *Het Volk*. Genosse Tack wurde mit Stimmenmehrheit zum Redakteur gewählt.

× ×

England IN der Osterwoche hielten die beiden sozialistischen Organisationen Grossbritanniens, die *S. D. F.* und die *I. L. P.*, die erstere in Northhampton, die letztere in Manchester, ihre Jahreskonferenzen ab.

AN der 25. Jahreskonferenz der S. D. F. nahmen 24 Delegierte teil. Der wichtigste Beratungsgegenstand bildete der Antrag auf Vereinigung mit der *I. L. P.* durch Einberufung eines allgemeinen sozialistischen Kongresses. Dieser Antrag wurde mit 36 gegen 20 Stimmen abgelehnt; jedoch beschloss der Kongress, auf Grund der Amsterdamer Resolution mit der *I. L. P.* in Unterhandlungen zu treten. Ein Antrag, welcher den Wiedereintritt in das *L. R. C.* forderte, wurde mit 55 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

DER Kongress der *I. L. P.* war von 152 Delegierten besucht. Auch hier wurde

die Einigungsfrage behandelt, und zwar wurde sie durch die Mitteilung des Vorstandes erledigt, dass die *I. L. P.* mit dem internationalen sozialistischen Bureau in Unterhandlungen eingetreten sei. Der Vorstandsbericht zeigt einen bemerkenswerten Aufschwung, vor allem auch eine Festigung der Parteifinanzen. Das Jahr 1904 hatte mit einem Defizit von 692 M. abgeschlossen, es endete mit einem Überschuss von 10334 M. Ausserdem ist ein Wahlfonds vorhanden, der im Berichtsjahre von 10749 auf 24020 M. stieg. Der Literaturvertrieb der Partei brachte einen Überschuss von 2269 M.; ferner verfügt die Partei noch über verschiedene Hilfsfonds. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die kommenden Wahlen der Partei noch grössere Verpflichtungen bringen werden. Es sei zu hoffen, dass eine grössere Anzahl der Parteikandidaten ins Parlament gewählt würde, die dann von der Gesamtheit der Partei Diäten zu erhalten hätten. Die hierfür nötige Summe werde mit 4- bis 5000 M. pro Abgeordneten zu berechnen sein. Mit grosser Befriedigung wurde auf die Übernahme des *Labour Leader* in eigene Verwaltung der Partei hingewiesen. Das Blatt ist erheblich erweitert, sein Inhalt verbessert worden, dadurch hat die Partei einen erhöhten Einfluss auf die allgemeine Arbeiterbewegung erhalten; die durch die Vergrösserung anfangs entstandenen Verluste sind bereits wieder ausgeglichen. Die Delegierten erklärten sich im Prinzip für die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen. Genosse Keir Hardie begründete den Antrag auf Einführung einer präsentativen Verfassung für Indien.

× ×

Frankreich KAUM ist die Einigung sämtlicher sozialistischer Gruppen vollzogen, da beginnen sich schon wieder einzelne abzutrennen; so hat der Genosse Gérault-Richard, der Chefredakteur der *Petite République* erklärt, der neuen sozialistischen Kammerfraktion nicht beizutreten. Als Grund gibt er die bekannten Ausführungen des ehemaligen Gymnasiallehrers Gustave Hervé an. Dieser hatte gesagt, dass die französischen Sozialisten im Kriegsfalle die Pflicht hätten, wer auch der Angreifer sein möge, den Mobilisationsbefehl mit einem Generalstreik der Reservisten zu beantworten. Jaurès nahm in der *Humanité* zu der Austrittserklärung seines Parteifreundes Stellung, und zwar tadelte er sie. In einer grossen Partei, welche die Zukunft der Menschheit vorbereite, die eine Umwälzung der ganzen sozialen Ordnung anstrebe, gehe es nicht ab ohne ein Aufschäumen der Ideen; unter die korrekten Anschauungen mischten sich notwendigerweise falsche Vorstellungen. Das müsse man tolerieren. Aus diesen Gesichtspunkten heraus erklärt Jaurès den Schritt Gérault-Richards für einen Fehler. Er beschwört dann zum Schluss seines Artikels seine Parteifreunde, in der geeinten Partei zu bleiben und ihr nicht wegen derartigen Vorkommnissen den Rücken zu kehren. Gleichwohl ist die Zahl der Dissidenten nicht unbeträchtlich. So haben die Genossen Paschal Grousset, Clovis Hugues, Augagneur und Colliard ebenfalls definitiv erklärt, der Fraktion nicht beizutreten. Ausserdem nimmt eine Anzahl Deputierter, unter diesen Briand, noch eine abwartende Stellung ein; ihr Beitritt hängt noch von Beschlüssen ihrer respektiven Föderationen ab.

× ×

Belgien AM 1. Pfingstfeiertage wurde in Frameries, im Kohlengebiete der Borinage gelegen, ein Denkmal Alfred Defuisseaux' enthüllt. Das ganze sozialistische Belgien war vertreten, zahlreiche Sonderzüge führten die Genossen aus allen Teilen des Landes nach dem Orte, wo Defuisseaux, der Verkünder des Sozialismus im wallonischen Belgien, der Organisator der belgischen Bergarbeiter, gelebt und gewirkt hat. Fast alle sozialistischen Deputierten, Gemeinderäte, der Parteivorstand und die in der Bewegung tätigen Genossen waren zugegen und beteiligten sich an dem Zehntausende zählenden Demonstrationsumzuge. Vor dem Denkmal hielten die Genossen Senator Bastien, die Deputierten Vandervelde und Destrée im Namen des Parteivorstandes und der Fraktion, ferner Cavrot, im Namen des belgischen Bergarbeiterverbandes, und schliesslich die Genossin Gatti de Gamond Ansprachen an die von Begeisterung getragene Menge.

× ×

Japan TROTZ des Krieges, der naturgemäss, besonders, da er siegreich verläuft, die Wellen der patriotischen Begeisterung mächtig steigen macht, und der auch sonstige Hindernisse bereitet, ruhen die japanischen Sozialdemokraten mit der Propaganda für die Ideen des Sozialismus

keinen Augenblick. So wurden im Laufe des Monats April in Japan 21 sozialistische Versammlungen abgehalten. Für die demnächst stattfindenden Kommunalwahlen wurde Genosse Kinoshita als Kandidat aufgestellt. Bei dem ungünstigen Wahlsystem — von 1 800 000 Einwohnern von Tokio haben nur 16 500 das Wahlrecht — ist ein Sieg des sozialistischen Kandidaten natürlich ausgeschlossen; die Wahlzeit soll vor allem zu einer kräftigen Agitation ausgenutzt werden. DIE sozialistische Zeitschrift *Chokugen*, die früher nur monatlich herauskam, erscheint jetzt wöchentlich.

× ×

Rassenfrage und Sozialismus IN der letzten Nummer des japanischen *Socialist* beschwert sich Genosse Sakai bitter über Anfeindungen, denen die Japaner in Amerika ausgesetzt sind. Es sei unrichtig, wenn behauptet werde, die Japaner arbeiteten für geringeren Lohn; ebenso falsch sei es, anzunehmen, die japanischen Arbeiter ständen sittlich und in der Bildung auf einem tieferen Niveau, als die grösste Zahl der europäischen Einwanderer in Amerika; seien doch die meisten der einwandernden Slawen und Romanen Analphabeten. Sodann wendet sich der Schreiber gegen die Resolution, welche die amerikanischen Delegierten dem Amsterdamer Kongress zur Annahme empfohlen hatte, und durch welche die *Barbaren*, namentlich die Asiaten, von der Einwanderung in andere Länder ausgeschlossen sein sollten. »Sind die Prinzipien des Sozialismus nur auf die weissen Völker anwendbar? Sind wir ungeeignet, in die internationale sozialistische Bewegung einzutreten? Ist der Sozialismus nur dazu da, um die Interessen einer bestimmten Rasse wahrzunehmen?«

× ×

Presse DIE *Sächsische Arbeiterzeitung* erzielte im verflossenen Geschäftsjahre einschliesslich der Druckerei einen Reingewinn von 27 500 M., obwohl grosse Umbauten vorgenommen und reichliche Abschreibungen gemacht wurden, und obwohl gegen 6000 M. für Strafen und Gerichtskosten aufzubringen waren. Das Blatt hat jetzt 24 000 Abonnenten, wozu noch 12 000 Abonnenten eines Kopfblattes kommen. Die *Bergische Arbeiterstimme* hat jetzt 6500 Abonnenten und erzielte im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 14 800 M. Demnächst soll die Aufstellung einer Rotationsmaschine erfolgen. Einen erfreulichen Aufschwung nimmt die in Niederösterreich verbreitete *Volkstribüne*. Dieses Parteiorgan hatte im Jahre 1901 eine Auflage von 24 800 Exemplaren, stieg im Jahre 1903 auf 42 500 und erreichte Ende vorigen Jahres eine Auflage von 49 000. In den letzten Wochen ist die Auflage des Blattes auf 53 000 Exemplare gestiegen. Die Auflage der Wiener *Arbeiterzeitung* ist im letzten Jahre um 5000 gestiegen.

× ×

Kurze Chronik GENOSSE Tauscher in Stuttgart feierte das Jubiläum 50jähriger Berufstätigkeit. × Der Landesverband der deutschen und österreich-ungarischen Sozialisten in der Schweiz hat im Jahre 1904 seine Mitgliederzahl von 2334 auf 2632 erhöht. × Die *Vie Socialiste* hat eine internationale Enquete über Sozialismus und Patriotismus veranstaltet.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftskongress in Cöln DER Gewerkschaftskongress, der vom 22. bis 27. Mai in Cöln stattfand, hat einen für die Gewerkschafter durchaus günstigen Verlauf genommen. Von einer Einladung der Reichsregierung war diesmal Abstand genommen worden, weil, wie Legien erklärte, es der Ehre der deutschen Gewerkschaften widerspricht, an jene Stellen wieder Einladungen ergehen zu lassen, die doch nur ignoriert werden. Die vorgeschlagene Tagesordnung erfuhr eine Erweiterung insofern, als ihr ein neuer Punkt *Stellungnahme zum Übertritt aus einer Gewerkschaft in die andere infolge Berufswechsels* eingefügt wurde. Der Rechenschaftsbericht der *Generalkommission*, gegen deren Tätigkeit ernsthafte Einwendungen nicht erhoben wurden, fand eine mehr geschäftsmässige Erledigung. Lebhaft diskutiert wurde der Punkt *Streikunterstützung*; es kam zur Annahme eines Antrages, der vorläufige feste Normen schafft für Inszenierung von Sammlungen bei Massenstreiks. Einen Glanzpunkt des ganzen Kongresses bildete der Bericht des Zentralarbeitersekretariats, erstattet von Robert Schmidt, der eine grosszügige Darstellung der Praxis unserer Arbeiterversicherung gab. Auch der Punkt *Die gesetzliche Vertretung der Arbeiterschaft in Arbeitskam-*

mern oder Arbeiterkammern, Referenten P. Umbreit und O. Hue, fand sowohl durch die Referate, als durch die Diskussion, wie auch die Abstimmung eine durchaus angemessene Erledigung. Mit Zweidrittelmehrheit erklärte sich der Kongress für Arbeiterkammern. Das Referat G. Links über die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle wurde ohne Debatte und mit Beifall entgegengenommen. Ebenso fand der vorzügliche Vortrag A. von Elms über Gewerkschaften und Genossenschaften sehr viel Zustimmung; weniger erfreulich war die Diskussion zu diesem Punkte (vergl. den Artikel von Helma Steinbach *Bemerkungen über die Genossenschaftsdebatte auf dem Cölner Gewerkschaftskongress,* pag. 584 ff.). Mit grosser Mehrheit sprach sich der Kongress nach einem Referat Bömelburgs und nach längerer Diskussion gegen den Generalstreik aus. Von Wichtigkeit war weiter das Referat Robert Schmidts und die Aussprache über die Maifeier. Von einer Beschlussfassung wurde bei diesem Punkt abgesehen. In Rücksicht auf den Raum unserer Rundschau müssen wir uns auf diese kurze Wiedergabe der Verhandlungen beschränken (vergl. im übrigen den Artikel von Adolph von Elm *Rückblick auf den fünften deutschen Gewerkschaftskongress,* pag. 567 ff.).

× ×

Bilanz des Jahres 1904 ZU unseren früheren Angaben im vorigen Bande (pag. 91 und 555 ff.) noch einige Zahlen aus der Gewerkschaftsstatistik für das Jahr 1904, die nunmehr in Nr. 21 des *Korrespondenzblatts* veröffentlicht wird. Zunächst über die Mitgliederbewegung aller deutschen Gewerkschaften die Hauptzahlen. Es hatten Mitglieder die

	1903	1904	1904 Zunahme	1904 Abnahme
Zentralverbände	887 698	1 052 108	164 410	—
Lokale Vereine	17 577	20 686	3 109	—
Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine	110 215	111 889	1 674	—
Christliche Gewerkschaften (*Gesamtverband*)	91 440	107 556	16 116	—
Christliche Gewerkschaften (unabhängige)	101 177	99 928	—	1249
Unabhängige Vereine	68 724	74 458	5 734	—
in summa	1 276 831	1 466 625	191 043	1249
			Zunahme 189 794	

Die Mitgliederzunahme der Zentralverbände bleibt danach, relativ betrachtet, um etwas hinter der der christlichen Gewerkschaften zurück, absolut ist sie mehr, als 5mal so stark, wie die der übrigen Gewerkschaften zusammengenommen. DIE Zahl der w e i b l i c h e n Mitglieder vermehrte sich um 7938, die Zunahme ist wesentlich geringer, als im Jahre 1903, wo sie sich auf 12 448 belief. In nicht weniger, als 7 Organisationen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder zurückgegangen.

EINE sehr günstige Entwickelung nahm das K a s s e n w e s e n der Gewerkschaften. Die Gesamt e i n n a h m e der selben belief sich auf 20 190 724 M. (gegenüber 16 419 992 M. im Vorjahr), davon entfallen auf die Verbände der Metallarbeiter 3 309 888, Maurer 2 546 237, Holzarbeiter 2 344 994, Buchdrucker 2 104 821, Textilarbeiter 916 931, Zimmerer 805 712, Bauarbeiter 713 799, Bergarbeiter 694 019, Handels- und Transportarbeiter 537 391, Fabrikarbeiter 480 368, Maler 452 372, Tabakarbeiter 393 073, Brauer 315 476 M. Die A u s g a b e n beliefen sich insgesamt auf 17 738 753 (13 724 336) M. Davon entfallen auf Streikunterstützung 5 869 499, für Rechtsschutz 206 782, Gemassregeltenunterstützung 536 209, Reiseunterstützung 646 821, Arbeitslosenunterstützung 1 599 424, Krankenunterstützung 1 416 935, Invalidenunterstützung 213 626, Sterbefallunterstützung 267 090, Notfallunterstützung 243 702, Umzugsunterstützung 110 917, Verbandsorgane 1 097 257, Agitation 962 392, Gehälter 367 557, Verwaltungsmaterial 409 966 M. Auffällig ist die gewaltige Steigerung der Unterstützungen, besonders aber der Ausgaben für Streikunterstützung, die um 1,25 Mill. M. grösser sind, als selbst im Vorjahre, wo sie sich auf 4 529 672 M. beliefen. Und da redet man noch von einer mangelhaften Aggressivkraft der Gewerkschaften! Trotz der gewaltigen Steigerung der Gewerkschaftsausgaben ist im Jahre 1904 der G e s a m t k a s s e n b e s t a n d der Gewerkschaften um ein Bedeutendes in die Höhe gegangen. Er stieg am Jahresschluss auf 16 109 903 M. (gegenüber 12 570 972 M. im Jahre 1903). Davon befanden sich in der Kasse des Buchdruckerverbandes 4 374 013, des Maurerverbandes 2 090 681, des Metallarbeiterverbandes 1 543 353, des Holzarbeiterverbandes 1 452 215 M. Die Gesamteinnahmen und -ausgaben a l l e r

Organisationen im Jahre 1904 beliefen sich auf 21 537 065 M. respektive 17 204 546 M. Und zwar hatten (in M.) die

	Jahreseinnahme	Jahresausgabe	Kassenbestand
Zentralverbände	20 190 724	16 109 903	12 812 128
Lokale Vereine	?	?	?
Hisrch-Dunckersche Gewerkvereine	?	?	?
Christliche Gewerkschaften (*Gesamtverband*)	894 517	711 700	690 374
Christliche Gewerkschaften (unabhängige)	451 824	382 943	257 823
Unabhängige Vereine	?	?	?
in summa	21 537 065	17 204 546	13 760 325

×

Kurze Chronik IM Verband der Porzellanarbeiter wurde durch Urabstimmung die obligatorische Einführung des Krankengeldzuschusses beschlossen. 4329 Mitglieder stimmten mit *Ja* und 3662 mit *Nein.* × Der dänische Gewerkschaftskongress, der am Gründonnerstag in Kopenhagen abgehalten wurde, beschäftigte sich in der Hauptsache mit den beiden Fragen *Arbeitszeit* und *Arbeitslosigkeit.* Zu letzterem Punkte forderte der Kongress Zuschüsse zu den Arbeitslosenunterstützungen der Gewerkschaften. × Ein Weltverband der Diamantarbeiter ist auf dem 6. internationalen Kongress der Diamantarbeiter in Paris gegründet worden.

×

Literatur DIE gewerkschaftliche Literatur hat in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, dass es schwer ist, sie in dem beschränkten Raum dieser Rundschau eingehend zu würdigen oder sie auch nur vollständig mit Titel und Inhalt zu verzeichnen. Wir wollen versuchen, die wichtigsten gewerkschaftlichen Schriften, die im letzten Halbjahr erschienen sind, kurz zu besprechen. Da müssen wir zunächst August Bringmanns *Geschichte der deutschen Zimmererbewegung* /Stuttgart, Dietz/ nennen, die nunmehr bis zum II. Band fortgeschritten ist (über den I. siehe *Sozialistische Monatshefte,* 1904, I. Bd., pag. 255 ff.). In ihm ist die Geschichte nicht nur der Zimmererbewegung, sondern auch darüber hinaus die der deutschen Gewerkschaften überhaupt für die Zeit von 1868 bis 1890 geschildert. Gerade aus den ersten Entwickelungsjahren der deutschen Gewerkschaftsbewegung, aus den damaligen Kämpfen der Gewerkschaften unter einander und mit den Anhängern der verschiedenen sozialistischen Richtungen wird ein reichhaltiges Material beigebracht, das uns diese Zeit und ihre Kämpfe viel verständlicher macht. Mit grossem Interesse lesen wir vor allem die Schilderung der grossen Bauarbeiteraussperrungen in den Jahren 1872 und 1873, die so sehr an die modernen Aussperrungen erinnern. Auch sonst bietet die Bringmannsche Schrift eine Fülle des Interessanten und Belehrenden für den Gewerkschafter und den Gewerkschaftsfreund, dass wir die Lektüre desselben nur jedem empfehlen können. × Ein gutes Buch sind auch Fanny Imles *Gewerbliche Friedensdokumente, Entstehungs- und Entwickelungsgeschichte der Tarifgemeinschaften in Deutschland* /Jena, Gustav Fischer/. Die Verfasserin hat sich redliche Mühe gegeben, alles nur irgendwie zu erlangende Material über die Tarifgemeinschaften in Deutschland zu sammeln. Mit allen gewerkschaftlichen Zentralstellen und gegen 5000 gewerkschaftlichen Ortsvereinen hat sie sich zur Erlangung der notwendigen Unterlagen in Verbindung gesetzt. Das Resultat ihrer Umfrage ist in ihrem 570 Seiten starken Buche niedergelegt und verarbeitet. Nicht weniger als 736 Tarifverträge werden von ihr wiedergegeben, dazu wird aus fast allen Gewerben eine Geschichte der Tarifgemeinschaft geboten, die auf Vollständigkeit natürlich keinen Anspruch machen kann. Störend wirkt in der Schilderung der Verfasserin nur immer wieder ihr Bestreben, die *antirevolutionären Tendenzen* der Tarifgemeinschaften hervorzuheben, die doch sehr bestritten sind. Abgesehen von dieser Tendenz, die ja schon im Titel des Buches zum Ausdruck kommt, ist nur Gutes von ihm zu sagen. Gerade jetzt, wo die Tarifbewegung so hoch geht, wird es vielen Gewerkschaftsführern gute Dienste leisten. Freilich ist das Buch für einen Arbeiter recht teuer: es kostet 10 M. Doch können Vereinsbibliotheken sich diese Ausgabe immerhin gestatten, um es so auch weiteren Kreisen zugänglich zu machen. × Mit den amerikanischen Gewerkschaften macht uns ein Buch John Mitchells, des Präsidenten der *United Mine Workers of America,* bekannt, das unter dem Titel *Organisierte Arbeit* /Dresden, Böh-

niert/ von Dr. Hermann Hasse ins Deutsche übertragen worden ist. Es ist ein anderer Geist, der aus dieser Schrift zu uns redet, als der Geist der deutschen Gewerkschaften es ist. Das lehrt vor allen Dingen das Bestreben des Verfassers, immer wieder zu betonen, dass die Gewerkschaften »für den Arbeiter bestimmt, aber gegen niemanden gerichtet« seien, die »Interessen von Arbeit und Kapital« zu versöhnen, »nicht durch eine Niederlage des einen, sondern durch gegenseitiges Verständnis, die Rechte und Verantwortung aller Beteiligten: des Arbeiters, Unternehmers und der Öffentlichkeit, geklärt und lückenlos anerkannt«. Diese andere Auffassung der amerikanischen Gewerkschafter zeigt sich vor allem bei ihrer Behandlung der unorganisierten Arbeiter, ihrer Fremdenpolitik, ihrer Zweckmässigkeitspolitik, in ihrer Beteiligung an der *Civic Federation* und anderm. Diese Kapitel, vor allem aber auch die Schilderung der Geschichte, der Entwickelung und der Verfassung der amerikanischen Gewerkschaften werden bei den deutschen Gewerkschaftern grosses Interesse erwecken, weshalb wir ihnen die ansprechend geschriebene Schrift angelegentlichst empfehlen. Dem Übersetzer gebührt unser Dank, dass er uns mit dieser Schrift bekannt gemacht hat.

× Aufrichtige Freude bereitet des württembergischen Gewerbeinspektors G. Hardegg Broschüre *Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände* /Stuttgart, Wittwer/, die zwei Vorträge des Verfassers über die genannten Organisationen im *Goethebund* in Stuttgart wiedergibt. Sie bringt uns zunächst eine kurzgefasste, objektive Würdigung der deutschen Gewerkschaftsbewegung sowohl, wie der Unternehmerverbände und kann in ihrem ersten Teil als ein einziges wirksames Plaidoyer für starke Arbeiterorganisationen gelten. Von der bürgerlichen Literatur über die Gewerkschaften, die uns das letzte Jahr gebracht hat, bietet dieses Schriftchen das Beste.

ÜBERHAUPT macht sich in den letzten Jahren ein grösseres Verständnis für die Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Das verrät auch G. Carrings Aufsatz *Die deutsche Gewerkschaftsbewegung* im *Türmer-Jahrbuch* für 1905. Der Verfasser gibt ein übersichtliches, objektives Bild der deutschen Gewerkschaftsbewegung; gegenüber den Schattenseiten, die von der bürgerlichen Tagesjournalistik gar zu sehr und gar zu ausschliesslich betont werden, zeigt er ihre Lichtseiten, ihre sittliche und kulturgeschichtliche Bedeutung. Wie er selbst sagt, kam es ihm darauf an, »in möglichster Kürze eine der bedeutungsvollsten Bewegungen unserer Zeit in ihren Hauptzügen richtig zu schildern, meinend, dass das Gesamtbild erfreulich sein müsse für Geist und Gemüt«. Dieser Satz drückt der ganzen Abhandlung, die als Einführung in die deutsche Gewerkschaftsbewegung gelten kann, ihren Stempel auf. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Zentralverband deutscher Konsumvereine DER Bericht des Verbandssekretariats über das Jahr 1904 zeigt deutlich ein weiteres kraftvolles Wachstum dieser Organisation der modernen Genossenschaftsbewegung. Die Zahl der angeschlossenen Vereine vermehrte sich von 685 auf 760. Darunter befanden sich 14 Produktivgenossenschaften. Die zur Statistik berichtenden 725 Vereine hatten 649 588 Mitglieder, ein Kapital von 19 761 210 M., einen Umsatz von 202 646 189 M. und einen Überschuss von 16 767 778 M. Sie beschäftigten 8261 Personen und stellten für 17 092 086 M. Waren in eigener Produktion her. Unter den berichtenden waren 11 Produktivgenossenschaften mit 3413 Mitgliedern und 3 047 479 M. Produktion. Eine eingehende Berufsstatistik der Mitglieder, die ungefähr 500 000 Personen umfasst, ergab folgendes Resultat: 44 263 selbständige Gewerbetreibende, 10 289 selbständige Landwirte, 30 122 Beamte und freie Berufe, 359 465 industrielle Lohnarbeiter, 14 420 landwirtschaftliche Lohnarbeiter und 36 376 ohne bestimmten Beruf. Auffallend ist, dass nur die Gruppe der industriellen Lohnarbeiter gegen das Vorjahr einen erheblichen Rückgang (um 33 122) aufzuweisen hat, dem aber eine fast genau entsprechende Steigerung der weiblichen Mitglieder (von 31 796 auf 67 285) gegenübersteht. Es erscheint demnach die Annahme gerechtfertigt, dass mehr und mehr die Arbeiterfrauen selbst Mitglied der Konsumvereine werden, eine sehr erfreuliche Erscheinung angesichts der gerade von dieser Seite ausserordentlich starken Hemmungen. Endlich seien noch folgende Durchschnittsziffern der Konsumvereine mitgeteilt, die ein interessantes und klares Bild der Organisation und Leistungsfähigkeit der genossenschaftlichen Warenverteilung geben: Mitglie-

derzahl pro Verein: 910, Umsatz pro Verein: 233 370 M., Umsatz pro Mitglied: 256 M., Überschuss pro Mitglied: 25,35 M., Umsatz einer Verkaufsstelle: 80 107, Mitglieder pro Verkaufsstelle 351. Den Mitgliedern nach umfasst der *Zentralverband* etwa drei Viertel der deutschen Konsumvereinsbewegung; ihm folgt der *Allgemeine Verband* mit 272 Vereinen und 248 004 Mitgliedern.

DAS von Heinrich Kaufmann geleitete Verbandssekretariat hatte wieder eine ausserordentliche Fülle von Arbeiten zu bewältigen. Ihm liegt die Redaktion der von der Verlagsanstalt des Verbandes herausgegebenen Agitationsschriften, Flugblätter, sowie der beiden Zeitschriften ob, von denen die *Konsumgenossenschaftliche Rundschau* in einer Auflage von 6400 Exemplaren, das *Frauengenossenschaftsblatt* in einer solchen von 146 000 Exemplaren erscheint. Das Frauenblatt ist von 300 Vereinen für ihre Mitglieder abonniert. Es soll in Zukunft im Gegensatz zu seinem jetzigen familienblattmässigen einen mehr genossenschaftlichen Charakter erhalten, was ihm sicherlich nichts schaden wird. Ausserdem wurde das Sekretariat vielfach in Anspruch genommen bei Gründung von Konsumvereinen, sowie für praktische und juristische Auskunfterteilung. Auch lag in seiner Hand die Leitung der Abwehrmassnahmen, die durch die immer erbitterter und massloser werdenden Angriffe der Gegner bedingt wurden. Die Verlagsanstalt schliesst bei einem Umsatze von 232,336 M. mit einem Überschuss von 7474 M. ab.

ENDLICH enthält der Bericht noch die mit Spannung erwarteten Ergebnisse der im letzten Winter aufgenommenen Statistik über den direkten Warenbezug der Verbandsvereine von landwirtschaftlichen Genossenschaften. Diese Ergebnisse sind sowohl hinsichtlich des Umfanges der genannten Beziehungen, als auch der dabei gemachten Erfahrungen überraschend gute. Von 678 berichtenden Verbandsvereinen bezogen 298, oder 44%, aus direkten landwirtschaftlichen Quellen, und zwar wurden von landwirtschaftlichen Genossenschaften für 5 187 252, von selbständigen Landwirten für 2 515 721 M. Waren bezogen. Rechnet man hierzu die 2 254 575 M. durch die *G. E. G.* direkt bezogenen landwirtschaftlichen Produkte, so ergibt das einen Gesamtbezug von 10 077 41 M., gleich 9% des Warenbezugs der Verbandsvereine überhaupt. Weit mehr als die Hälfte dieses Betrags entfiel auf den Umsatz in Molkereiprodukten, der nächsthöchste Betrag auf Schlachtvieh, sodann auf Getreide, Eier, Kartoffeln, Konserven, Wein, Honig. Was die gemachten Erfahrungen betrifft, so werden sie im Gegensatz zu früheren Zeiten fast durchgängig als gut, teilweise als sehr gut, bezeichnet. Nur wenige Klagen liegen vor, und dann hauptsächlich über zu hohe Preise und mangelhafte kaufmännische Rechnungsführung. Erstere erklären sich zum Teil durch die hervorragend guten Qualitäten, letztere durch die Unerfahrenheit junger Genossenschaften. Im höchsten Grade wünschenswert wäre eine intensive Weiterentwickelung dieser sowohl vom rein kaufmännischen, als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt ausserordentlich bedeutungsvollen Beziehungen.

× ×

Unterverbandstage

DER Monat Mai stand im Zeichen der Unterverbandstage. Die rheinisch-westfälischen, süddeutschen, thüringischen und mitteldeutschen Konsumvereine traten in ihm zur Tagung zusammen, denen im Juni noch die sächsischen und brandenburgischen folgten. Die Jahresberichte dieser dem *Zentralverband* angeschlossenen Vereine wiesen durchweg ein sehr erfreuliches Bild auf: Zunahme an Vereinen, an Mitgliedern, Umsatz und Reingewinn. Die auf den Verbandstagen behandelten Fragen waren mannigfaltiger Natur. Eine grosse Rolle spielte natürlich die Tagesordnung des Stuttgarter Genossenschaftstages, speziell die Frage der Angestelltenunterstützungskasse. Es herrschte da eine bemerkenswerte Einigkeit. Auf einigen Verbandstagen wurden zwar einzelne Punkte bemängelt, doch wurden keine Abänderungsvorschläge beschlossen. Auch der Punkt *Umsatzsteuer und Konsumvereine* wurde auf zwei Verbandstagen behandelt und in Verbindung mit ihm die Affäre Peus, die in der Partei so viel Staub aufgewirbelt hat. Peus war bekanntlich im anhaltischen Landtag bedingungsweise für eine ½prozentige Umsatzbesteuerung der Konsumvereine eingetreten, die dann aber an Stelle jeder anderen Besteuerungsart treten solle. Er hatte sich damit in scharfen Gegensatz zur Haltung sowohl der Partei, als auch der Genossenschaften gegenüber dieser Frage gestellt. Auf dem mitteldeutschen

Verbandstage in Dessau gab nun Peus, nachdem er seine *bona fides* erklärt hatte, an der wohl auch niemand zu zweifeln ein Recht gehabt hatte, selbst seinen Standpunkt preis und empfahl eine die Besteuerung des Umsatzes verwerfende Resolution. Damit hat hoffentlich die unerquickliche Angelegenheit für die Genossenschafter ihre Erledigung gefunden. Endlich wurden noch auf mehreren Verbandstagen Wünsche nach Errichtung von Agitationsausschüssen oder Anstellung ständiger Wanderlehrer respektive Bezirkssekretäre mit Unterstützung des *Zentralverbandes* laut, für die bei der raschen Ausdehnung des Genossenschaftswesens offenbar ein grosses Bedürfnis vorliegt. Von seiten der anwesenden Vertreter des *Zentralverbandes* konnte erklärt werden, dass ein entsprechender Antrag dem Genossenschaftstage vorgelegt werden würde.

× ×

Wien ZU unserer Mitteilung im vorigen Bande (pag. 472) über den jungen Wiener Arbeiterkonsumverein *Vorwärts* wird uns aus Wien ergänzend geschrieben, dass daselbst noch 3 andere Arbeiterkonsumvereine älteren Datums mit 19000, 4000 und 1500 Mitgliedern existieren. Der *Vorwärts* hatte es Ende des I. Semesters 1904-1905 auf 12157 Mitglieder gebracht. Rechnet man dazu die 40000 Mitglieder des bürgerlichen Konsumvereins, so ergibt das für Wien eine organisierte Konsumentenschaft von über 76000 Familien. Das würde allerdings in etwas die landläufige Ansicht widerlegen, dass Konsumvereine in Grossstädten, oder vielmehr Weltstädten, überhaupt nicht gedeihen können, wenn — es nicht etwa bewiese, dass Wien in gewisser Beziehung eben doch keine Weltstadt ist. Trotzdem können wir dem Genossen, der uns den Brief geschrieben, nicht zustimmen, wenn er es ganz allgemein als eine Fabel bezeichnet, »dass die Grossstädte einen besonders ungünstigen Boden darstellen«. Die Schwierigkeiten sind hier zweifellos grössere, als anderswo. Aber sie sind zu überwinden. Und da ist es uns denn trotz obiger Einschränkung eine sehr interessante Bestätigung der, sowohl in diesen Blättern, als auch anderswo schon öfters geäusserten Ansichten über das Stagnieren der Berliner Bewegung gewesen, was der Brief uns in Hinblick auf die sehr rasche Entwickelung des *Vorwärts* mitteilt, und was wir daher hier wörtlich wiedergeben wollen: »Nicht die Grossstadt ist schuld, wenn ein Konsumverein nicht entsprechend gedeiht, sondern die Trägheit oder Einsichtslosigkeit der führenden Genossen. In Vorstand und Aufsichtsrat des *Vorwärts* sitzen unsere besten Genossen, und das gibt der Masse das notwendige Vertrauen. Die *Arbeiterzeitung* steht uns zur Verfügung, so oft wir sie brauchen, die politische und gewerkschaftliche Organisation fördert uns mit aller Macht. Daher der Erfolg.« Glückliches Wien! möchte man ausrufen, wo die bei uns so oft propagierte, aber für Deutschland, und speziell Berlin, noch lange nicht zur Tatsache gewordene Einheitlichkeit der Arbeiterbewegung verwirklicht ist.

× ×

Kurze Chronik AUF dem Cölner Gewerkschaftskongress wurde nach einem Referate des Genossen von Elm und nach einer längeren, teilweise ziemlich erregten Debatte eine Resolution angenommen, die eine gegenseitige Unterstützungspflicht beider Organisationen postuliert (vergl. den Artikel von Helma Steinbach *Bemerkungen über die Genossenschaftsdebatte auf dem Cölner Gewerkschaftskongress*, pag. 584 ff.). × Eine vom preussischen Abgeordnetenhaus beschlossene Abänderung des Warenhaussteuergesetzes, die das selbe zu einem direkten Erdrosselungsgesetze gemacht hätte, wurde vom Herrenhaus verworfen. × Dem Dresdener Stadtverordnetenkollegium ist eine neue Ratsvorlage für ein Umsatzsteuergesetz zugegangen, die sich bis auf einige unwesentliche Abschwächungen mit der Kommissionsvorlage des vorigen Jahres deckt, und deren Annahme als so gut wie sicher bezeichnet wird. Die vier Dresdener Konsumvereine, die mit einer Steuersumme von nicht weniger als 150000 M. in Betracht kommen, haben durch sechs grosse Massenversammlungen bereits eine energische Protestaktion in die Wege geleitet. × Dagegen wurde der in Hessen gemachte Versuch, die Konsumvereine auch nur zur Gewerbesteuer heranzuziehen, glücklich abgeschlagen. Eine bei der Beratung des neuen Gemeindesteuergesetzes von dem Mainzer Rabattsparverein gemachte dahinzielende Eingabe wurde von der Kommission einstimmig abgelehnt, so dass eingetragene Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb nicht über den Kreis

ihrer Mitglieder hinausgeht, nach wie vor von der Gewerbesteuer befreit sind. × Dem Jahrbuch pro 1905 des holländischen Genossenschaftsbundes zufolge gab es Ende 1904 in Holland 471 Konsum-, 690 Produktiv-, 143 Bau- und 335 Spar-, Versicherungs- und sonstige Genossenschaften. Davon gehörten respektive 45, 31, 3, 4 dem Bunde an. Die *Handelskammer* des Bundes vermittelte für 674 900 f Waren an die Konsumvereine. × In einer in Biel abgehaltenen Delegiertenversammlung der Angestellten verschiedener schweizerischer Konsumvereine wurde die Gründung eines *Verbandes schweizerischer Konsumvereinsbediensteten* beraten und beschlossen.

GERTRUD DAVID

WISSENSCHAFT

Philosophie

Allgemeines DER Herausgeber dieser Zeitschrift hat mich ersucht, von Zeit zu Zeit über die neuere philosophische Entwickelung zu berichten. In welchem Sinne ich das tun kann, geht aus meinen Büchern *Ethik und Politik* und *Sprüche der Freiheit*, sowie aus dem Aufsatz *Kant und der Sozialismus* in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, I. Bd., pag. 103ff.) hervor. Trotzdem sei noch eine Bemerkung vorausgeschickt. Zwar nicht der sozialdemokatischen Partei angehörig, stehe ich doch, gemäss dem Programm dieser Zeitschrift, ›auf dem gemeinsamen Boden des Sozialismus‹. Von hier aus werde ich vor allem die ethischen Fragen behandeln, deren Stand ich für grundlegend und sogar die Erkenntnisfrage in weitem Umfang für bestimmend halte. Reine Wahrheit kann, wie die Geschichte tausendfach zeigt, nur auf dem Boden äusserer, wie innerer Freiheit gedeihen. Und wo darum der Gedanke der Freiheit nicht die Grundtriebkraft ist, da muss auch, wie beim elektrischen Strome, der Erkenntnis wille durch die Magnetnadel fremder Interessen und Rücksichten von seinem natürlichen Ziele mehr oder minder abgebogen werden.

× ×

Weltanschauung INDEM wir nun an die Aufgabe dieser Rundschau herangehen, wollen wir fürs erste Mitteilungen über eine Anzahl von Neuerscheinungen geben, die in der letzten Zeit gerade herausgekommen sind. Da hat Rudolf Eucken *Gesammelte Aufsätze zur Philosophie und Lebensanschauung* /Leipzig, Dürr/ herausgegeben. Sie sind charakteristisch für jene Richtung, die bei aller Feinheit des persönlichen Lebensempfindens den Zusammenhang mit der Lebenspraxis nach keiner Seite finden kann. Schon die Grundlage ist zu beanstanden, das moderne Leben gehe vom Menschen aus, während das Griechentum und Mittelalter von einer geschlossenen Weltordnung ausgegangen seien, die den Menschen umfing. Gerade die Stoa etc. will innere Freiheit des Einzelmenschen. Was heute wirklich unterschieden denkt, das geht von dem praktisch nachweisbaren korrelativen Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Individuum aus. Alle absolutistischen und bloss relativistischen Ideen schmecken nach Vergangenheit. Nun fühlt Eucken freilich, dass dem modernen Leben, das er kennt, ein beherrschendes Lebensideal, ein Zusammenhang fehlt, und hofft nach der Periode der Verflachung auf eine Periode der Vertiefung. Dass sie vielleicht in der konkreten Lebenspraxis der sozialen Bewegung sich schon ausdrückt, erwägt er nicht. Noch mehr auf altem Standpunkt steht Gustav Portig in den *Grundlagen der monistischen und dualistischen Weltanschauung* /Stuttgart, Kielmann/. In diesem Werkchen, einem Separatabdruck aus einer grösseren Schrift, geht das Ziel ziemlich offenkundig dahin, alte metaphysische Prinzipien durch modern naturwissenschaftliche Zutaten geniessbarer zu machen. Arbeiten, wie Hans Bélarts Büchlein *Ernst Haeckels Naturphilosophie* /Berlin, Wunder/, und F. Wollnys *Moderne Kultur* /Berlin, Simion/, sind ganz schätzbare Privatübungen, blieben aber besser vor Druck bewahrt.

× ×

Soziologie DIE praktische Philosophie kommt in einer ganzen Anzahl soziologischer und ethischer Schriften zum Ausdruck. Unter den Soziologieen ist Raoul de la Grasserie *Essai d'une sociologie globale et synthétique* /Paris, Reinwald/ eine halb juristische, halb soziologische Begriffsklitterung, aus der wenig Erkenntnis zu entnehmen ist. Mehr zu begrüssen dagegen ist des Brüsseler Professors Eugène de Roberty *Nouveau programme de sociologie* /Paris, Alcan/. Ohne freilich auf die praktischen Einzelfragen sehr einzugehen, unterscheidet er gut zwischen der alten

Welt, worin die Moralisierung und Sozialisierung wesentlich durch die Gruppe, der das Individuum angehört, besorgt wird, während die neue Welt individuelle und kollektive Beziehungen in eins zu setzen strebt. Das Buch ist dabei flott geschrieben. Leichtere Ware ist das in gleichem Verlage herausgekommene *Combat pour l'individu* von Georges Palante, eine Sammlung von Aufsätzen eines gewandten und kenntnisreichen Feuilletonisten. Sehr schön sind einige satirische Aufsätze, wie die über den *esprit de corps,* den *esprit de l'administration,* welche die Schwächen des Korpsgeistes und der Bureaukratie prächtig geisseln. Wo aber, wie in Erziehungsfragen, der Gedanke tiefer gehen müsste, da langt der einseitige Individualismus des Verfassers nicht zu.

× ×

Ethik

EINE ganz andere Stellung nimmt die bekannte, bereits in der Rubrik *Sozialwissenschaften* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 182 ff.) gewürdigte Schrift des nationalsozialen Geistlichen G. Traub *Ethik und Kapitalismus* /Heilbronn, Salzer/ ein. Im Prinzip offenbart sich auch Traub als Kantianer in der Ethik. Und Kants Lehre wird gerade in der Ethik in fortschreitendem Masse anerkannt, so viel man auch über den Ursprung und die Anwendung des Grundprinzips noch streiten mag. Das Prinzip selbst, der Gedanke der Zweckgemeinschaft freier Menschen, ist eingestandenermassen oder unbewusst das Prinzip aller fortschreitenden Mächte. So erkennen es auch der neukantisch-sozialistische Ethiker Hermann Cohen in seiner *Ethik des reinen Willens* /Berlin, Cassirer/, so auch der Willensenergetiker Rudolf Goldscheid in seinen *Grundlinien zu einer Kritik der Willenskraft* /Wien, Braumüller/ an. Beide sehr beachtenswerte Bücher werden wir einmal besonderer Besprechung unterziehen. Halb und halb gehört hierher auch das Werk des geistreichen, vielbelesenen Ludwig Stein *Der soziale Optimismus* /Jena, Costenoble/, das zwar über politische und andere Gegensätze hinaus »zu jener Gletscherhöhe emporführen möchte, wo das Gewimmel des lauten, allzu lauten Alltags nur noch verklingend nachzittert«, das aber doch in ein leises Lob für die Zukunft des optimistischen Sozialismus ausklingt. Diesem gegenüber habe der Konservativismus etwas vom politischen Buddhismus, »etwas beschaulich Verträumtes, lähmend Weichseliges«. Das letzte wird man freilich von dem rücksichtslos harten praktischen Konservativismus kaum behaupten können, das trifft nur für den romantischen Konservativismus zu, der dem praktischen des Herrentums die Kastanien aus dem Feuer holen muss. Speziell über Kants Philosophie respektive Ethik handeln Dr. A. Messer *Kants Ethik* /Leipzig, Veit/ und Georg Simmel *Kant* /Leipzig, Duncker & Humblot/. Beide Arbeiten sollen zusammen mit Cohen und Goldscheid gewürdigt werden.

AN die Kantianer schliesst sich in der Tendenz an die kleine Schrift von Dr. G. Burk *Sozialeudämonismus* und *sittliche Verpflichtung* /Langensalza, Beyer/. Sie will zeigen, dass weder der Individualeudämonismus, noch der Sozialeudämonismus im stande ist, das tatsächliche Phänomen der sittlichen Verpflichtung zu erklären. Im Anschluss daran tadelt sie scharf diejenige Richtung der Sozialdemokratie, welche einerseits sich über den Klassenegoismus der Besitzenden entrüstet, andererseits aber sich an den Klassenegoismus der Arbeiter wendet. Wie aber, wenn dies mehr nur ein logischer Fehler wäre, wie auch Cohen sagt, wenn aber in deren Egoismus das höhere Interesse dennoch steckte? Dann müsste man doch noch weiter unterscheiden. Es handelte sich dann wesentlich darum, diese Tatsache zum Selbstbewusstsein zu bringen und zu tadeln, wo es beim instinktiven Treiben bleibt, das doch oft irreführt. Mehr darstellender Art ist die kleinere Arbeit von Dr. Samuel Danzig *Drei Genealogieen der Moral* /Pressburg, Steiner/, worin er die sittlichen Nihilisten Mandeville und Nietzsche, dazwischen den eigentlich nicht dazugehörigen Lehrer Nietzsches Paul Ree, bespricht. Die Darstellung Mandevilles dürfte am gelungensten sein. Von Nietzsche ist doch wohl allzu einseitig die Moral des Herrentums hervorgekehrt, die ja freilich am meisten hervorsticht. Der wesentlichste Grundzug Nietzsches, die Empörung gegen die Lehre vom leidenden Gehorsam (die Sklavenmoral), die in fesselloser Weise nach der entgegengesetzten Seite über die Stränge schlägt, tritt dadurch nicht genug hervor.

DIE Betrachtung Nietzsches führt zu

einigen Werken hinüber, welche die Lust selbst, die bei Nietzsche dem Wollen untergeordnet ist, direkter ins Auge fassen; Palante mit seinem Individualismus (siehe oben!) gehört im Grunde schon mit hierher, stärker tritt der Zug hervor in Allostis *Die Tugend des Genusses* /Jena, Costenoble/ und Dr. Max Zerbst *Die Philosophie der Freude* /Leipzig, Naumann/. Beide sehen nicht, dass die Lust nur in einer beschränkten Zahl von Handlungen das Ziel, meist aber nur Begleiterscheinung gelingender Tätigkeit ist. Sofern beide gegen die zu Herrenzwecken missbrauchte Kasteiung des Leibes zu Felde ziehen, gegen die einseitige, innere Freiheit, verdienen sie Sympathie. Aber Fundamente kann solche Philosophie nicht geben.

IN dieser Richtung, auf falsche oder doch übertriebene innere Freiheit, bewegt sich dagegen der Berner Professor Heinrich Gomperz in der *Lebensauffassung der griechischen Philosophen* /Jena, Diederichs/. Es ist ein feinsinniges Werk, das aber den inneren Mangel all der schönen Seelen zeigt, die bloss jene innere Freiheit suchen. Sie ist ihnen innerster Kern und Sinn aller Religion. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn eben das Korrelat, das allein Tatkraft der Neubildung schafft, nicht zu sehr fehlte. In ähnlicher Richtung bewegt sich natürlich auch ein buddhistisches Büchlein, *Dhamma oder die Moralphilosophie des Buddha Gautama*, das von Professor H. Tilbe in Rangoon verfasst, von K. B. Seidenstücker im *Buddhistischen Verlage* in Leipzig herausgegeben ist. »Vernichtung des Leidens ist Verlöschen der Gier«, heisst es da. Die berechtigte und notwendige Forderung, dass man eventuell seine Begierden im Zaum halten muss, um sein Leben vernünftig zu gestalten und erfolgreich zu arbeiten, wird zum Prinzip der Beseligung erhoben. In dem selben Verlage erscheint soeben, von Seidenstücker herausgegeben, eine neue Zeitschrift *Der Buddhist*, für deren erste Nummer das Gesagte vollauf zutrifft.

× ×

Religion

VON dieser Klasse der Ethik führt ein Schritt zu der religiösen Ethik und der Religion selbst hinüber. Wie bei der Ethik selbst, sind aber auch hier zwei Richtungen scharf zu unterscheiden, nur umgekehrt zu werten: die wirklich innerliche Religion, die innere Lebenstatsachen bezeichnen und pflegen will, und die äusserlich dogmatische Religion, der das Kleid Hauptsache ist, für die die Religion wesentlich Herrschaftsmittel wird. ZU den innerlich religiösen Naturen gehört Tolstoj, von dem ein bei Diederichs erschienenes Schriftchen *Was ist Religion?* vorliegt. Grundgedanke ist, dass im Menschen der Geist Gottes lebe und so wirke, dass man dem Nächsten tue, was man wünsche, dass dieser uns tue. Leider ist auch der treffliche Tolstoj darin einseitig, dass er die äussere Ordnung gar gering achtet, was, wie beim einseitig angewandten Imperativ Kants, notwendig zum leidenden Gehorsam der Sklavenmoral führt. Die Religion als innere Lebensbeziehung hat auch Samuel Lublinski in seiner Schrift *Vom unbekannten Gott* /Dresden, Reissner/ dargestellt. Er predigt keinerlei leidenden Gehorsam, sondern glaubt, dass zur Verallgemeinerung seiner Religionsauffassung die vorhergehende Lösung der sozialen Probleme nötig sei. Ich möchte glauben, dass seine Gottesauffassung, ob man nun das Wort *Gott* beibehalten oder wegen der Verwechselungsgefahr mit entgegengesetzten Auffassungen ablehnen will, die Triebkraft im Kampfe für höhereLebensgemeinschaft schon heute sei.

MINDER mit der Religionsinnerlichkeit, als mit den Religionsvorstellungen hat es Paul Warburg in der Schrift *Religion und Kultur* /Würzburg, Stahel/ zu tun, einer jener bedenklichen Leute, die die alten Vorstellungen ein wenig wissenschaftlich aufbessern und Freiheit des Glaubens verkünden, »aber für aufbauende, nicht für niederreissende Geister«. Es ist nützlich, zuweilen auch in diese Geister einen Blick zu tun. Mehr subjektiv ist das mit manchen guten Bemerkungen durchsetzte, aber doch eklektische und metaphyselnde Werkchen *Auch eine Philosophie oder Religion?*, aus dem Nachlasse eines Frankfurter Mathematikers herausgegeben von Theodor Poppe /Frankfurt a. M., Knauer/. Mehr historisch vergleichend die Dogmen zu widerlegen sucht die Schrift von C. Promus *Die Entstehung des Christentums* /Jena, Diederichs/. Sie sieht Gott in der Idee der Gerechtigkeit und will im praktischen Christentum den Ersatz für die Dogmen finden, bestimmt diese Forderungen aber leider gar nicht.

× ×

Erkenntnistheorie ZUR Logik und Erkenntnistheorie liegt dem Referenten wenig vor. Da ist ein in 2. Auflage aus dem Nachlasse des Züricher *Empiriokritikers* Richard Avenarius herausgekommene Schrift: *Der menschliche Weltbegriff* /Leipzig, Reisland/ zu erwähnen, darin er auf eine methodisch anfechtbare, aber immerhin scharfsinnige Weise die natürliche Weltvorstellung als richtig zu erweisen sucht. Er begeht meines Erachtens, ebenso wie Mach, den entgegengesetzten Fehler wie Kant. Während dieser aus der Vorstellung, die nur in uns ist, nicht herauskann zu Dingen, so kann Avenarius von den Dingen, die nach ihm unmittelbar in der Wahrnehmung gegeben sind, nicht zu einer davon getrennten Wahrnehmung kommen. Diese ist ihm nur eine *Introjektion*, eine Einlegung. Beseitigt man die, so hat man das Aussending. Da ist doch wohl vorausgesetzt, was bewiesen werden soll.

× ×

Neuausgaben ÄLTERE philosophische Werke werden neu aufgelegt von der Verlagshandlung Eugen Diederichs in Jena. Max Riss gibt einen Auszug aus Werken von Fichte (*Ein Evangelium der Freiheit*). Kuhlenbeck veranstaltet eine deutsche Übersetzung der Werke Giordano Brunos mit ausführlicher Einleitung und Anmerkungen; es liegen vor: *Das Aschermittwochsmahl, Die Vertreibung der triumphierenden Bestie* und *Vom unendlichen All und den Welten*. Die Dürrsche Buchhandlung in Leipzig lässt seit geraumer Zeit die oft recht mangelhaft kommentierten Kirchmannschen Ausgaben in dankenswerter Weise von einer Reihe von Gelehrten erneuern. Es erschienen da neuerdings: G. W. Leibniz *Hauptschriften zur Grundlegung der Philosophie*, übersetzt von Dr. A. Buchenau, durchgesehen und eingeleitet von Dr. E. Cassirer; René Descartes *Abhandlung über die Methode*, übersetzt, eingeleitet und mit Erläuterungen versehen von Dr. A. Buchenau; Baruch Spinoza *Ethik*, übersetzt, mit Einleitung und Register versehen von Dr. Otto Baensch.

× ×

Arnoldt † AM 31. Mai ist in Königsberg der Kantforscher Dr. Emil Arnoldt gestorben. Von einem, der dem Verstorbenen nahe stand, wird uns über ihn das Nachstehende geschrieben: Arnoldt wurde im Jahre 1831 geboren. Der Vater war Pfarrer in Ostpreussen mit zahlreicher Familie. Der Sohn studierte in Königsberg, vor allem Philosophie. Er wandte sich schon auf der Universität von dem Hegelianismus dem Studium Kants zu, sympathisierte stark mit der damals (Mitte der vierziger Jahre) neu gegründeten *Freien evangelisch-katholischen Gemeinde* und wurde von der Polizei wiederholentlich mit Ausweisung bedroht. Er heiratete — der Bund war eine ideale Ehe —, schlug sich als Lehrer des Englischen an den Schulen und mit Privatunterricht durch, habilitierte sich als Kantianer, wurde wiederholentlich von der Fakultät zur Professur vorgeschlagen, aber von der Regierung nie bestätigt. In einer Reihe philosophischer Aufsätze behandelte er Probleme der Kantischen Doktrinen, so die Idee des höchsten Gutes bei Kant, die Idealität des Raumes und anderes mehr. In den späteren Jahren beschäftigten ihn hauptsächlich Untersuchungen zur Kantischen Biographie. Sehr anerkannt unter den Fachgenossen, galt er als einer der gründlichsten Kantkenner. Den Lesern dieser Zeitschrift ist er kein Unbekannter: Von ihm stammt der Nachruf auf Carl Schmidt (*Sozialistische Monatshefte*, 1898, pag. 244 ff.), mit dem ihn langjährige Freundschaft und Gesinnungsgemeinschaft verband. Sein reiner und überaus liebenswerter Charakter, wie der Einfluss, den seine ganze Persönlichkeit auf junge, aufstrebende Geister ausübte, ist in einem Gedenkartikel der *Königsberger Volkszeitung* vom 2. Juni trefflich dargestellt. Am 3. Juni wurde sein Leichnam im Jenenser Krematorium verbrannt, natürlich ohne jede kirchliche Weihe.

× ×

Kurze Chronik UNTER dem Titel *Buch des Richters* sind bei Diederichs Tagebücher von Sören Kiergegaard erschienen. Man kann ihn einen konservativen Romantiker nennen, von persönlich grosser Innigkeit, aber einer von denen, die ihre ergreifende Gemütswärme dazu dienen lassen, das Volk zu passivem Gehorsam zu erziehen, wenn sie auch zuweilen über die Kirche und die Moral der Oberen schelten. × Von dem besonders in seinen erklärenden Teilen feinen Buch A. Riehls *Der philosophische Kritizismus* /Leipzig, Engelmann/ ist eine 2. Auflage erschienen. × Ebenso von

Sigwarts anerkannt bedeutender *Logik* /Tübingen, Laupp/.

× ×

Literatur ZUR Geschichte der Philosphie sind ausser den ebenfalls hierher gehörigen Werken von Messer und Simmel unter anderm erschienen eine 2. Auflage des Kantbuches von Dr. Max Kronenberg *Kant, sein Leben und seine Lehre* /München, Beck/, in dem einige Partieen, besonders über angewandte Ethik, neu hinzugekommen sind. Da fällt der Blick gleich auf den gesperrt gedruckten Satz Kants *Grundsatz des Rechts sei, so zu handeln, dass des einen Freiheit mit der aller bestehen könne,* ein Wort, das man heutigen Herrenseelen, denen das Recht nur ein Zaun für ihre Privilegien ist, zu Gemüte führen könnte — wenn Kant auf die irgendwelchen Eindruck machte. × Über Plato ist ein schönes Buch von Walter Pater, *Plato und der Platonismus* /Jena, Diederichs/ erschienen, das Leben und Lehre sehr ansprechend und gemeinverständlich darstellt. Wir erinnern dabei an das voriges Jahr erschienene Buch Natorps über Platos Ideenlehre, das freilich viel tiefer eingeht und die Ideenlehre durchaus kritisch, nicht metaphysisch, aufgefasst wissen will. × Raoul Richter behandelt in einem gross angelegten Werke *Der Skeptizismus in der Philosophie* /Leipzig, Dürr/ die Geschichte des Skeptizismus, wovon der I. Band, den Skeptizismus der Griechen enthaltend, erschienen ist. × Albert Lévy, Professor in Toulouse, gibt *La philosophie de Feuerbach et son influence sur la littérature allemande* /Paris, Alcan/ und bespricht ausführlich den Einfluss dieses »höchst originellen und höchst verkannten Denkers« auf Ruge, Marx, Stirner und andere. × Auch Schopenhauer hat in Frankreich in A. Bossert einen Biographen efunden, dessen Werk *Schopenhauer als Mensch und als Philosoph*, von Dr. Friedrich Norden übersetzt, in Dresden bei Reisner erschienen ist. Sein Urteil ist: In Schopenhauer steckte zugleich ein Denker, ein Moralist, ein Künstler und ein Dichter, aber es fehlte ihm an Einheit, und die Zeit der Metaphysik ist vorüber. FRANZ STAUDINGER

Sozialwissenschaften

Allgemeines MIT der regelmässigen Einführung der sozialwissenschaftlichen Rundschau in den Kreis der bisherigen Rundschauen verbinden die *Sozialistischen Monatshefte* die Absicht, ein gedrängtes Bild von den hervorragendsten, charakteristischen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens zu schaffen. Unter dem Gesellschaftsleben werden hier die gemeinsamen Äusserungen und Tätigkeiten der Menschen verstanden, die sie auf Grund des gesetzlichen Zwanges oder freier Vereinbarung begehen. Dieser Begriff des *Gesellschaftslebens* schliesst sich eng an die Stammlersche Definition des sozialen Lebens an, die dieser geistvolle Rechtstheoretiker in seinem grundlegenden Werke *Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung* gegeben hat. Nach Stammler ist soziales Leben »äusserlich geregeltes Zusammenleben von Menschen«. DAS gesellschaftliche Leben umfasst die Äusserungen und Handlungen der Wirtschaftsvereinigungen, der Familien-, Geschlechts- und Staatsverbände, der Kult-, Bildungs- und geselligen Vereine.

× ×

Nationalökonomie DIE wirtschaftende Gesellschaft ist der Gegenstand der Nationalökonomie. Wirtschaftliche Verhältnisse sind stets äusserlich geregelte Verhältnisse, und sie sind es selbst vor der Begründung des Staates gewesen. Die markgenossenschaftlichen Verbände reichen bis tief in die Zeiten der Geschlechterverfassung hinein, und diese Verbände ordneten bis in die kleinsten Einzelheiten die Bebauung und den Besitzwechsel der Felder, den Viehtrieb, den Fischfang, die Jagd etc. Menschliches Wirtschaftsleben ist nie form- und regellos gewesen. In unserer sozialwissenschaftlichen Rundschau werden die wirtschaftlichen Organisationsformen in ihrer geschichtlichen Aufeinanderfolge eingehend behandelt werden. Namentlich darf hier die kapitalistische Wirtschaft mit ihren Aneignungs- und Lohnformen auf eine besondere Berücksichtigung rechnen. Die wissenschaftliche Zusammenfassung des vielgestaltigen Wirtschaftslebens, die theoretische Nationalökonomie, wird von uns aus der Aschenputtelstellung, die ihr vielfach die Schmollersche Schule zuwies, in den grossen Königssaal gesetzt werden. Unter dem Rufe der Rettung der Nationalökonomie vor falschen Abstraktionen warf sich diese Schule zumeist auf die historisch beschreibende Kleinarbeit. Das klassische Werk der Schule, der *Grundriss der allgemeinen Volkswirtschafts-*

lehre von Gustav Schmoller /Leipzig, Duncker & Humblot/ erdrückt fast den Leser durch die Fülle charakteristischer historisch-ökonomischer Einzelheiten, nimmt ihm aber vielfach den Blick auf die grosszügigen theoretischen Systeme der klassischen und der sozialistischen politischen Ökonomie. Als Sammelwerk grundlegender wirtschaftsgeschichtlicher Tatsachen wird der Schmollersche *Grundriss* stets einen guten Klang in der nationalökonomischen Literatur haben, als ein begriffsklares, systematisches Lehrbuch der theoretischen Volkswirtschaft dagegen kann es nimmer gelten. Man verfolge zum Beispiel nur einmal die Einzelzüge, mit denen Schmoller den modernen Sozialismus zeichnet, um sich davon zu überzeugen, wie wenig scharf er die theoretischen Grundgedanken des modernen Sozialismus auffasst. Was hat im Ernste der Sozialismus eines Marx und Engels mit einem utopistischen Kasernen- und Anstaltssozialismus zu tun? Und dennoch schreibt Schmoller, der Sozialismus träume von einem Leben der Verehelichten in Hotels und Logierhäusern, von der Unterbringung der gebärenden Frauen in Gebärhäusern und der Kinder in Kinderbewahranstalten. Die schiefe Idee, als ob die Handarbeit allein oder hauptsächlich alle Produkte schaffe, sei, so führt Schmoller aus, von Thompson auf Marx und Rodbertus übergegangen. Und doch hat Marx in seinem *Kapital* eingehend die Notwendigkeit und Bedeutung der Direktionsarbeit im Produktionsprozesse auf allen historischen Stufen der menschlichen kooperativen Arbeit nachgewiesen. Und — *last not least* — welch' ein gröbliches Missverständnis läuft Schmoller bei seiner Darstellung der sozialistischen Klassenlehre von Marx und Lassalle mit unter! Alle Menschen, so lehren diese Sozialisten nach Schmoller, sind von Natur gleich, und nur die sozialen Einrichtungen haben die Ungleichheiten geschaffen. Wie heftig stürmt nun gerade Engels in seinem *Anti-Dühring* gegen den trivialen Gedanken von der Gleichheit der Menschen an! Nach ihm ist die Vorstellung, dass die Menschen völlig gleich seien, nicht nur kein Axiom, sondern eine starke Übertreibung. Die proletarische Gleichheitsforderung ist ihrem wirklichen Inhalte nach nicht die Forderung einer allgemeinen Nivellierung tiefgehender individueller Unterschiede, sondern die Forderung der Abschaffung der Klassen.

EINE ausbündige Freude an der Häufung historisch beschreibender Tatsachen herrschte eine geraume Zeit in der Nationalökonomie der staatlichen Lehranstalten, und die Theorie dieser Wissenschaft kam bei dieser Geistesrichtung sehr, sehr zu kurz. Jetzt erschallt wieder kräftig und ein vielfaches, lautes Echo weckend der Ruf *Zurück zu den Klassikern der Nationalökonomie!* ›*Tatsachen!*‹, so schreibt Professor Waentig in dem I. Band der weiter unten besprochenen *Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister*, ›*Tatsachen!* wurde die Losung auch in den Seminaren, die statistische Tabelle, die realistische Schilderung unser Evangelium.‹ Gegen diese Strömung hat jetzt eine kräftige Reaktion eingesetzt.

× ×

Organisationsformen: Staat etc. DIE äusserliche Regelung der menschlichen Verhältnisse fällt nicht mit der staatlichen Regelung der selben zusammen. Die Zeiten der Geschlechterverfassungen kennen eine peinlich genaue Ordnung der Familienverhältnisse, der Verwandtschaftsgrade etc. und eine tiefgreifende Regelung der Rechtsbrüche durch die Sippengewalt. Unter den grossen sozialen Verbänden zur Lösung gemeinsamer Aufgaben steht seiner umfassenden Wirksamkeit nach obenan der Staat. Der Entwickelungsgeschichte der Geschlechterverbände und vor allem des Staates werden wir in der sozialwissenschaftlichen Rundschau einen breiten Raum gewähren.

IM allgemeinen akzeptieren wir die Engelssche Wesensbestimmung des Staates. Wir sehen als charakteristische Merkmale des Staates an: die Organisation der Menschen nach der Ortsangehörigkeit, die Bildung sozialer Klassen und die Errichtung einer öffentlichen Gewalt, die nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Der Staat, obwohl seit der Entstehung sozialer Klassen vorwiegend Klassenstaat, hat dennoch stets eine ganze Reihe allgemeiner sozialer Aufgaben erfüllt. Der staatlichen Tätigkeit liegt nach Engels eine gesellschaftliche Amtstätigkeit zu Grunde, und in einem gewissen Umfange hat der Staat stets diese Tätigkeit erfüllt. Die Staatsgewalt funktionierte häufig als Organ der ökonomischen Entwickelung. Auf einer gewissen Stufe

seiner Machtentfaltung verselbständigt sie sich.

DER Marx-Engelsschen Staatstheorie sagt Dr. W. Ed. Biermann in seinem Werke *Staat und Wirtschaft* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/ eine gewisse Unfruchtbarkeit nach, weil sie den Staat ausschliesslich zu einem blossen brutalen Machtapparat zur Niederhaltung der unterdrückten Klassen herabgewürdigt habe. Herr Dr. Biermann hat zu einseitig bestimmte krasse Sätze aus Engels' *Ursprung der Familie* zur Wertung der marxistischen Staatslehre herangezogen. Er überschlug die wertvollen Ausführungen Engels' im *Anti-Dühring* über die Amtstätigkeit des Staates, die offenbar auch die Billigung von Marx gefunden haben, und er las namentlich völlig über den Satz hinweg, dass die politische Herrschaft auch dann nur auf die Dauer bestanden habe, wenn sie diese ihre gesellschaftliche Amtstätigkeit vollzog.

× ×

Klassen und Klassenkämpfe DIE Grundideen von Karl Marx über die sozialen Klassen und Klassenkämpfe haben stark die Richtung der sechs Vorträge Ludo Hartmanns *Über historische Entwickelung* /Gotha, Perthes/ bestimmt. Allerdings pulst in diesen Vorträgen besonders lebhaft noch der Geist von Darwin. Die Anschauungen Darwins vom Kampf ums Dasein, von der Auslese und von den Anpassungen sucht Hartmann für die historisch-soziologische Forschung fruchtbar zu machen. Die historische Entwickelung steuert nach Hartmann auf dem Wege der Klassenkämpfe der Aufhebung der Klassen und auf dem Wege der Staatenkämpfe der Beseitigung der Staatengegensätze zu. In der fortschreitenden Vergesellschaftung, in der fortschreitenden Produktivität, in der fortschreitenden Differenzierung ist der gesamte Inhalt der Entwickelung enthalten.

× ×

Rassenproblem IN den Brennpunkt soziologischer Auseinandersetzungen wurde vielfach in jüngster Zeit durch Männer wie Chamberlain, Ammon das Rassenproblem gestellt. Hält man an der von sachverständigen Anthropologen allgemein vertretenen Ansicht einer gemeinsamen Abstammung des Menschengeschlechts fest, so sind die sogenannten *Rasseneigentümlichkeiten* erst im Laufe der Zeit unter dem Einfluss bestimmter geographischer und sozialer Verhältnisse entstanden. Aber waren sie einmal vorhanden, so mussten sie auch im Zusammenprall mit bestimmten sozialen Institutionen eine besondere, allerdings schwer zu erfassende Wirkung gehabt haben. Für die heissblütigen Rassenthoretiker, bei denen sich bei der Deutung sozialer Zusammenhänge immer das alles erklärende Wort *Rasse* einfindet, gelten selbstverständlich die Sombartschen Ausführungen: ›Die Einstellung einer Rasseneigentümlichkeit in einen sozialen Zusammenhang ist doch immer nur eine Verlegenheitsoperation, bedeutet ein Durchhauen des Knotens, wo eine Lösung verlangt wird. Denn das Rassenmerkmal als Erklärung eines Phänomens benutzen, heisst den kausalen Regressus sehr früh abbrechen, heisst auf die Aufdeckung intimer psychologischer Zusammenhänge verzichten, heisst im Grunde eine Bankerotterklärung aller wirklichen Motivierung. Weshalb denn das Operieren mit Rassenmerkmalen bei der Aufdeckung historischer Zusammenhänge so beliebt bei allen geistreichen Dilettanten geworden ist.‹

× ×

Entartungsproblem MIT dem Rassenproblem wird vielfach das Entartungsproblem in engen Zusammenhang gebracht. Zumeist mit grossem Unrecht. Man kann dem Problem nicht ausweichen: entartet ein Kulturvolk, mag es auch aus den verschiedenartigsten Rassenelementen zusammengesetzt sein, nicht unter bestimmten sozialen Verhältnissen körperlich und geistig? Im Jahre 1891 warf Dr. W. Schallmeyer bereits ein aufhellendes Licht auf das Entartungsproblem durch seine Schrift *Über die drohende körperliche Entartung der Kulturmenschheit.* Das Problem in seiner ganzen Tiefe durchleuchtete dann die Arbeit von Dr. Alfred Ploetz *Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz der Schwachen. Rasse* ist bei Ploetz die Bezeichnung einer durch Generationen lebenden Gesamtheit von Menschen im Hinblick auf ihre körperlichen und geistigen Eigenschaften. In dem von Dr. Ploetz redigierten *Archiv für Rassen- und Gesellschaftshygiene* wertete jüngst Dr. Schallmeyer die soziologische Bedeutung des Nachwuchses der Begabten und die psychische Vererbung. Der Soziologe S. R. Steinmetz-Haag versandte an 800 Männer, die in Holland 1. in der Wissenschaft, 2. in der Kunst, 3. unter den

praktischen Ärzten, Journalisten und Rechtsanwälten, 4. unter den Staatsbeamten, 5. unter den Kaufleuten, Industriellen und Technikern eine führende Stellung einnehmen. 300 Bogen erhielt er ausgefüllt zurück. Bei allen 5 Kategorieen zeigte sich die selbe Erscheinung: bedeutende Abnahme der Fortpflanzung im Vergleich mit den Eltern dieser vollständig Reüssierten. Diese Tatsache hält Schallmeyer soziologisch für bedenklich, denn unter den ausgewählten führenden Personen dürfte sich mit hoher Wahrscheinlichkeit eine viel grössere Proportion von Menschen mit sozial wertvollen erblichen Eigenschaften befunden haben, als in der grossen dunklen Masse. Die Einschränkung des Nachwuchses der Begabten ist nach Schallmeyer von dem Historiker O. Seeck zum Gegenstand einer grösseren Arbeit gemacht worden. Seeck führt den Untergang der antiken Welt in erster Linie auf diese Einschränkung und auf die ungenügende Fortpflanzung der ursprünglichen Kulturrasse zurück. Von einer drohenden Verschlechterung der jetzigen Bevölkerung der Vereinigten Staaten redet sehr beweglich das geistvolle Buch von Wilhelm von Polenz *Das Land der Zukunft* /Berlin, Fontane/. Neben dem massenhaften Einströmen geistig und körperlich tiefstehender Volkselemente beeinflusse vor allem die Abnahme der Geburten in den höheren Ständen die Rassenentwickelung sehr ungünstig. Die Bewohner Neuenglands haben schon lange aufgehört, ein kinderreicher Stamm zu sein. Im Hinblick auf die bedenklichen Fortschritte des Neomalthusianismus spreche bereits der Präsident Roosevelt von dem Nichtheiraten als von einem *Verbrechen gegen die Rasse.* Die sinkende Nachkommenschaft der auf höherer materieller und geistiger Kulturstufe stehender Gesellschaftsklassen, sogar der ganzer Völker veranlasst W. Schallmeyer zu der Formulierung des folgenden Gesetzes: »Je höher der Wohlstand und die durchschnittliche Bildung einer Gesellschaftsklasse, je höher die materielle und geistige Kultur einer Nation, desto geringer ihre Fortpflanzung.« Gegen dieses *Gesetz* verstösst jedoch die kulturell hochstehende, sich stark fortpflanzende japanisch-chinesische Rasse sehr brutal. Schallmeyer glaubt daher angesichts der starken Vermehrung dieser Rasse zu folgender wichtigen, die Kulturentwickelung der europäischen und chinesischen Völker erklärenden Bemerkung berechtigt zu sein: »In dieser verschiedenen Bewertung des Familienlebens im Vergleich zu dem, was sonst für erstrebenswert gilt, scheint mir der Grundunterschied zwischen der europäischen und chinesischen Lebensauffassung zu bestehen, und ich glaube, dass hauptsächlich hierdurch die Kurzlebigkeit der westlichen Kulturvölker im Vergleich zu der beispiellosen Dauerhaftigkeit des chinesischen Kultur- und Staatswesens zu erklären ist ...«

× ×

Neuausgaben BEI Gustav Fischer in Jena erscheint jetzt eine *Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister.* Der I. Band bringt Turgots *Betrachtungen über die Bildung und die Verteilung des Reichtums.* Turgot betont als echter Physiokrat den Vorrang des *Landmanns, der hervorbringt,* vor den *Handwerker, der zurichtet.* Der Landmann zwingt dem Boden den Lohn für alle Gewerbsleute ab. Die Erde bleibt nach Turgot die erste und einzige Quelle alles Reichtums. »Sie ist es, die infolge ihrer Bearbeitung alles Einkommen hervorbringt, sie auch, die noch vor aller Kultur die ersten Vorschüsse geleistet hat.« Die historische Bedingtheit der industriellen und kaufmännischen Unternehmertätigkeit von der Entwickelung der Geldwirtschaft steht für Turgot fest, diese Tätigkeit hat »vor der Einführung von Gold und Silber in den Verkehr nur sehr beschränkter Natur sein können«. Der Landbau mit seiner unfreien Arbeit beseitigte die Gewohnheit, den Gefangenen zu töten. Die Unproduktivität der Sklavenarbeit legt Turgot dann sehr treffend dar. Turgot sagt bereits: der Lohn des Arbeiters ist infolge der Konkurrenz der Arbeiter untereinander auf seinen notwendigen Lebensunterhalt beschränkt. Und merkwürdig modern klingt seine Begründung dieses Satzes: »Dem einfachen Arbeiter, der nur seine Arme und seine Geschicklichkeit hat, bleibt nichts übrig, als seine Arbeitskraft an andere zu verkaufen.« In der selben Sammlung erschien auch Malthus' *Abhandlung über das Bevölkerungsgesetz.* Als ein Naturgesetz wird in diesem Werke die Tendenz der Bevölkerung bezeichnet, über das Mass der Nahrungsmittel, das sie produziert oder erwerben kann, hinauszuwachsen. Not und Elend sind somit ein notwendiges Produkt eines unverrückbaren Na-

turgesetzes, und nicht das Resultat abänderlicher sozialer Gesetze der Verteilung der Subsistenzmittel. Den Einfluss sozialökonomischer Machtverhältnisse auf diese Verteilung schaltet Malthus völlig aus. Er hält ferner irrtümlicherweise die sich in den Zeugungsakten ungebunden auslebende Liebesleidenschaft für konstant. Tatsächlich fehlt ihr ja in den Zeiten ihrer Wirksamkeit noch vollkommen das Moment planmässiger Regelung. Malthus konnte noch den Satz unterstreichen, dass die Fruchtbarkeit der Ehen keiner grossen Veränderung unterworfen sei. Ferner bewegte sich die systematische Ausbeutung und Beherrschung der Natur für menschliche Wirtschaftszwecke in seinen Tagen noch in zwerghaften Dimensionen. Sehen wir über die in die Augen springenden Grundfehler in dem Malthusschen sozialwirtschaftlichen Denken hinweg, so gewährt sein Werk auch heute noch für uns ein grosses Interesse, weil wir gerade aus ihm den historisch begrenzten Einfluss eines Faktors auf die Grösse der Bevölkerung ermessen können: der Volkseuche (der Pest). Die historische Seite der Volksseuchen als eines die Bevölkerung regelnden Moments erkennt übrigens Malthus selbst an, und er hebt als Grundursachen für die moderne Regulierung der Bevölkerung hervor »die stille, aber sichere Vernichtung von Menschenleben in grossen Städten und Fabriken und die engen Wohnungen und ungenügende Nahrung vieler Armen«. Neuausgaben älterer Werke bringt auch die unter dem Titel *Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik* /Leipzig, Hirschfeld/ erscheinende Sammlung hervorragender, der Vergangenheit angehöriger Schriften aus dem Gebiete des Sozialismus und der Sozialpolitik, deren erste Hefte von Professor Georg Adler-Kiel soeben herausgegeben sind. In dem *Gemeineigentum am Boden* von Thomas Spence hat Professor Adler die erste Schrift der Weltliteratur veröffentlicht, in der die Rückgabe des gesamten Bodens an das ganze Volk verlangt wird.

× ×

Kurze Chronik *DIE Wissenschaft von der Gesellschaft* von Stephen Pearl Andrews /Berlin, Verlag *Renaissance*/ erschöpft sich in der Proklamierung des Grundsatzes *Die Souveränität des Individuums ist die rechte Verfassung der Gesellschaft* und in der Propaganda des allumfassenden Prinzips *Die Kosten bestimmen den Preis.* Unter *Kosten* wird der Betrag der Arbeit, Zeit und Mühe, die auf die Erzeugung verwandt wird, verstanden.

× ×

Literatur EINER klaren Fassung der einzelnen wirtschaftsgeschichtlichen Phasen begegnen wir in der *Geschichte der Nationalökonomie* von Professor August Oncken /Leipzig, Hirschfeld/. Der Vorkulturstufe des gesellschaftlichen Urzustandes folgt das System der markgenossenschaftlichen Naturalwirtschaft im frühen Mittelalter. Über diese Stufe hebt sich sodann das System der kirchlich-feudalen Naturalwirtschaft empor. Die Stadt erzeugt eine neue ökonomische Entwickelungsphase: die mittelalterliche Stadtwirtschaft. Das neue ökonomische System charakterisiert Oncken glücklich als *System der gebundenen Geldwirtschaft.* Auf dem Fundamente dieses Systems erwachsen folgende Haupttheorieen: die kanonische Geldlehre, die Lehre vom gerechten Preis, die Zinslehre. Es schliesst sich an das Entwickelungsglied der gebundenen Geldwirtschaft der Merkantilismus oder das System der *landesfürstlichen Wohlfahrtspolizei* an. In das Stadium der Wissenschaft tritt die Nationalökonomie erst mit dem Physiokratismus Quesnays. Die Grundsätze der Physiokratie (Naturherrschaft) verkündet Quesnay: Der Ackerbau ist die Quelle aller Reichtümer des Staates und der aller seiner Bürger. Die Ackerbauer allein bringen vermöge der Freigebigkeit der Natur einen Überschuss über den Ersatz der aufgewendeten Arbeit, nur sie bilden daher eigentlich die produktive Klasse. Bei Quesnay finden wir die Ansätze zu dem Malthusschen Bevölkerungsgesetz und zu dem an den Namen Ricardos geknüpften Lohngesetz. Die geschichtliche Darstellung der nationalökonomischen Theorieen · Onckens wird uns später noch weiter beschäftigen.

EINEN Gesamtüberblick über das riesige Arbeitsgebiet der Sozialwissenschaften geben die *Kritischen Blätter für die gesamten Sozialwissenschaften,* herausgegeben von Dr. Hermann Beck-Berlin, Dr. Hanns Dorn-München und Dr. Othmar Spann-Berlin und verlegt bei O. V. Böhmert in Dresden. Die Bibliographie und die Besprechungen erstrecken sich auf die Soziologie, theoretische und prak-

tische Sozialökonomie, Sozialgeschichte, insonderheit Wirtschaftsgeschichte, Sozialpolitik, Finanzwirtschaft und Finanzpolitik, Statistik, Bevölkerungslehre; ferner als Hilfswissenschaften: Philosophie, Rechtswissenschaft, Handelswissenschaften, Technik, Geographie, Ethnologie, Anthropologie. Jeder wissenschaftlich vertretenen Auffassung von Gesellschafts-, Wirtschafts- und Staatsleben leben öffnet die Zeitschrift ihre Spalten. Für alle auf den sozialwissenschaftlichen Gebieten arbeitenden Männer der Wissenschaft und Praxis werden die *Kritischen Blätter* ein treffliches Hilfsmittel sein. × Der bibliographische Teil der von Eduard Bernstein herausgegebenen *Dokumente des Sozialismus* ist seit Beginn dieses Jahres als *Bibliographie des Sozialismus und der Sozialwissenschaften* ausgebaut und systematisch gestaltet worden. Er zerfällt in 7 Unterabteilungen, von denen jede zunächst Besprechungen von Neuerscheinungen, sodann eine Aufzählung aller neuerschienenen Schriften und Zeitschriftenaufsätze bringt.

PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Dichtkunst

Christusproblem

DAS Leben Jesu als episches Kunstwerk zu gestalten, einen Weltheiland aus der Phantasie des Erzählers spriessen zu lassen, muss eine Zeitsehnsucht sein, die auf gleicher Spur mit dem Bemühen läuft, in kritischer Arbeit des Verstandes den Gottessohn der Göttlichkeit zu entkleiden, dagegen alles menschlich Hoheitsvolle und Pathetische seiner Persönlichkeit modernem Gefühle zu übersetzen. Denker und Dichter der verschiedensten Zungen und Absichten schaffen an diesem Werke.

DER Christus H. St. Chamberlains ist ein sehr verwickeltes Geschöpf, ein Gemisch von Weisheit, Allliebe, Schönheit und ruhloser Träumerei. Er trägt Züge von jeder Heldeneigenschaft, die Chamberlain anbeten muss. Er entspricht wohl am wenigsten dem geschichtlichen Zimmermannssohne. Aber er ist ein sehr fesselnder Eigenmensch, die Frucht eines Geistes, der oft schmähenswert ist und gründlich verblendet, dennoch mit heller Einsicht begabt.

DIE *Worte Christi* saugt der letzte Held des etwas zu redselig gewordenen Peter Rosegger auf und erbaut sich aus ihnen ein Evangelium für eigenen Gebrauch, in dessen Kern das Apostelwort von der Übermacht reinster Liebe schimmert. Dieser ungelenke Bauerninterpret hat im Gefängnis die Musse, das Heilswort grübelnd zu deuten. Erst allmählich schärfen sich ihm Gedanken und Worte für die fremde Tätigkeit.

UMGEKEHRT wird ein reiches Kulturhirn gezwungen, aus allen Bezirken seiner weiten Ideen in das schmale Zentrum der Jesumythe sich abzulenken. Oscar Wilde (*De profundis* /Berlin. S. Fischer/) hat in der Gefangenschaft über den Messias gedacht. Er will nicht historisch konstruieren und zurechtstellen. Die Blume seiner Empfindung, auf der ein Schmelz des einsamsten, vom Irdischen gar nicht berührten Sinnens lagert, will er geben. Er war ein Fürst des Genusses und ist nun ein Hund, der in einen Tierkäfig gesperrt ward. Da könnte er im Zorn, in Wut flackern, und sein Christus müsste nach Rachemorden sehnen. Er dämmt sich im Gegenteil zu Weichheit, zu Demut, zu diogenischer Wunschlosigkeit. Christus gab alles Greifbare hin, um in das über sich, in das Reich von jener Welt hineinzureifen. Sein Trachten ist diogenisch. Die Klage, die Furcht, die Begierde werden nicht abgeschworen, weil sie nichtig sind. Es bringt Wollust, sie absterben zu sehen, es erquickt, noch in den Nerven verschüttete Paradiese spüren zu können, wenn nur Geisselung, Misshandlung, Darbnis als tägliche Speise geboten werden. Darf die Tragik eine Reinigung fordern, so ist es die Wildesche. Nicht mechanisch soll der tragische Mensch untergehen, weil er ja auch nicht im mechanischen, ungeknickten Weg ein Todesgezeichneter ward. Wilde betont das an seinem Christus. Er ist der Held einer Tragödie. Er stirbt nicht bloss am Körper. Dies Hingehen ist sogar sehr unwesentlich. Aber ein vollendetes Zerschmelzen der Seele sagt, wie weit jemand als Heiland starb. Mit einem wuchtigen Büsserschlag auf die Brust predigt der eingekerkerte Dichter seine Wahrhaftigkeit, die Christus, den modernsten Märtyrer, gebar. Ob Wilde mit Bewusstsein in das Gefäss der Evangelien kynische Lehren schöpfte? Er gibt keinen ausdrücklichen Fingerzeig, der solchen Zusammenhang mit geschichtlichen Erinnerungen wahrscheinlich macht. Er dichtet ja auch *de profundis*. Aber dem Suchenden, der gern nach Parallelen des Geistes späht, fliessen die

Vergleiche ungewollt zu. Die Schüler des Diogenes, des *rasenden Sokrates,* waren Riesen im Laster, bevor sie wie die Hunde zu leben anhuben. Diogenes selbst hat ehedem Falschmünzerei betrieben. Seine Jünger haben geschwelgt als Seepiraten, im Kynosargos vor den Augen Athens mit geliebten Weibern das Beilager gehalten. Wildes Christus ist kein *Nazarener,* kein prärafaelitisches Idealporträt mit gespaltenem Bart und seidenem Scheitelhaar. Sein Werk ist nicht Frieden, sondern Kampf aus Liebe zum Frieden. Er starb sogar, um den wahr zu machen.

DAS Kind Bettina mit den unbändigen Regungen des Herzens und der Einbildungskraft hat für ihren Heiland Goethe ein Denkmal entworfen, und dies Erzeugnis war halb heidnischer Blitzbeherrscher, halb seraphischer Wundertäter. Jetzt beugen die Wallfahrer der nordischen Selma Lagerlöf, die ein dichtender Nachfahr Bettinens ist, apokryphe Christussagen zu wunderlichen, bezaubernden Ontogenieen. Jesus bald alle Wettermacht des Nordens, bald Quell süssester Lieblichkeit (*Christuslegenden* /München, Langen/).

DAS ist immer ein Gottessohn, gewonnen im metaphysischen Würfelspiel. Wie aber wandelt er leibhaftig auf Erden? Die synoptischen Evangelien sind spärlich an Lebenseinzelheiten, und diese Kargheit nährt gerade das dichtende Grübeln. Wer da nicht zag ist, kann wirklich den chronistischen Stoff zu einem modernen Lebensroman formen. Das Johannesevangelium lässt die mageren Begebnisse schon zu solchen Erörterungen auswuchern.

EINE Französin, die Tragödin Emilie Lerou, schrieb einen *Jesus* (übersetzt von Walther Bloch /Berlin, Behr/). *Jesus von Nazareth* nennt ein schlichter Deutscher, Wilhelm German, sein historisches Lebensbild /Schw. Hall, W. German/. An Kraft der Darstellung und des Wortes ist die Französin dem Deutschen weit überlegen. Sie ist sich von Anfang an bewusst, dass ein Dichtwerk ihr Bestreben sei. Sie erfindet, wo sie biographische Lücken zu sehen glaubt. Ihren Helden schaut sie vom Kothurne, und die um ihn Wirkenden sollen grad so weit mitspielen, wie die Spannungsdynamik des Romanes es fordert. Darum knüpft sie die Schicksalsfäden so, dass am Ende die Ereignisse sich befriedigend schliessen und runden. Jesus trifft schon als Kind all die Menschen, die auf seinem Lebenswege ihm später begegnen sollen. Er ist zwar schon in erster Jugend durch himmlische Gnadengaben bevorzugt, doch keineswegs bereits in jeder Äusserung das Menschenwunder, das German in Ungelenkheit aus ihm bildet. Jesus im Buche der Lerou hat in den Knospenjahren ein langes Sinnenerleben durch Schönheit, durch Mysterien von Träumen, Ahnungen, Erschütterungen eines trunkenen, neugierigen Kinderherzens. Bei German ist er sofort der kluge, predigende Junge, dem offener, klarer Blick und rasche Fassungsgabe nachgerühmt werden. Im französischen Roman wird Jesus von einem geheimnisvollen Brahminen zum Erkennen der ewigen Heilswahrheiten erzogen, zum Ausüben magischer Heilungen unterrichtet. Er pilgert an die Kulturstätten und in die Gedankeninhalte der verschiedensten Religionen, er darf mit weiser Sehergabe aus den Lehren der feindlichen Glaubensbekenntnisse den echten, allen gemeinschaftlichen Saft schlürfen. German, der nur erzählen möchte, was sein kritisches Gewissen den Evangelien entnimmt, betont zwar auch die Menschensohnschaft Jesu, aber er scheut sich, dem Menschen mehr Nerven, mehr Inbrunst des Gefühls und feine Nachdenklichkeit zu leihen, als ihm aus seinen Quellen entgegentönt. Nun ist der Deutsche recht harthörig, recht zäh; ihm gilt bloss das schwarz auf weiss Fassbare. Er hat so gut wie kein Fünklein einer weichen, schmiegsamen Phantasie. Wo ihn diese hinaufträgt, kommt er nur zu Höhen, die nichts Verlockendes, Entzückendes darbieten. Seine historischen Bilder sind nicht geschaut, sondern aus uraltem Hausrat zusammengesetzt. Der Verfasser ist ein kluger Mann, aber von zweifelhaftem Geschmack, der in Sudermanns *Johannes* und Heyses *Maria von Magdala* sehr grosse Kunstwerke erblickt. Dagegen hat die Lerou vieles in ihrem Werke, das modernes Verlangen anspricht. Als Jesus einmal predigt, erzittert der Silberschmuck auf den Häuptern der zuhörenden Frauen. Die Bekehrung der magdalenischen Lustfrau ist eine Novelle mit viel glücklichen Einfällen. Die Passahfahrt der galiläischen Bevölkerung nach Jerusalem wird gebraucht, um den Knaben Jesus eindringlich und glaubhaft als liebendes, erdumfassendes Gemüt zu befruchten.

ZWEI Dichter ganz entgegengesetzten Blutes, das Gewaltgenie Dietrich Grabbe und der geklärte Anatole France, haben die wunderbare Weise, die aus dem Schilf des Jordans flüstert, zu einem sehr dankbaren Witz der Weltgeschichte benutzt. Jedesmal ist Jesus ein vollständig Unbekannter. Es wird nach ihm gefragt. Dann kommt eine bängliche, leere Pause. Diese erfüllt sich aber, indem sehr zag, man möchte sagen: theatralisch raffiniert, der Schleier über dem Fremden sich lüftet. Nun wird eine Glorie geahnt, die durch Welten leuchten kann. Sie erlosch noch nicht, und viel Poesieen erklingen ihr noch heute...

× ×

Neuausgaben BEI Eugen Diederichs in Jena ist der Briefwechsel zwischen Goethe und Schiller wieder abgedruckt und von H. St. Chamberlain eingeleitet. Jede Anmerkung im Texte fortzulassen, war eine sehr schlechte Idee für die Zwecke dieser Ausgabe. In seiner Edition der gleichen Sammlung bei Reclam ist die Methode Philipp Steins, kurze Sacherklärungen des Unbekannten zu geben, viel rühmenswerter. Im Seemannschen Verlag erscheinen neue Auflagen Strindbergscher Werke: *Das rote Zimmer, Eine Ehegeschichte, Einsam.*

× ×

Kurze Chronik DEN Volksschillerpreis, der zum erstenmal ausgegeben wurde, erhielten Gerhart Hauptmann, sein Bruder Carl und Richard Beer-Hofmann. × *Stille Kraft* von Louis Couperus /Dresden, H. Minden/ ist ein interessanter Roman aus den holländisch-indischen Kolonieen. × *Steine,* ein Berliner Roman von Georg Wasner, erscheint im Verlage von Fleischel in Berlin. × Der *Volkserzieher-Verlag* gibt unter dem Titel *Germanenbibel* Blütenlesen *aus heiligen Schriften germanischer Völker* heraus. × Von des Erotomanen Rétif de la Brétonne *Le coeur humain dévoilé* lässt der Verlag Julius Eichenberg in Siena eine Übersetzung veranstalten; bisher sind nur die ersten beiden Bände erschienen, von denen der erste alsbald konfisziert wurde. Wenn das Werk abgeschlossen vorliegt, soll davon noch die Rede sein. × Über den russischen Krieg singen Ernst Klaars *Knute und Bombe* /München, M. Ernst/. Es sind mittelmässige Werbestrophen *für ein freies Russland.* × Recht gut lesen sich, auch nach den brennenden Ereignissen noch, Leo Wulffs *Kartätschenschüsse* gegen Russland /Berlin, Verlag *Harmonie*/.

MAX HOCHDORF

DIVERSA

Bücher

Berdrow: *Buch berühmter Kaufleute* IN meiner schweizerischen Heimat, wo bekanntlich der Kaufmann in hohem Ansehen steht, war es vor Jahren Sitte, den jungen Leuten zur Konfirmation das *Buch berühmter Kaufleute* zu schenken, damit sie daraus lernen können, wie man *mit Nichts* anfangen und mit Millionen seinen Lebenslauf beenden könne. Friederich Albert Lange hat in seiner *Arbeiterfrage* gerade dieses Buch im dritten Kapitel eingehend gewürdigt, indem er in den Anmerkungen nachweist, dass die Tatsache der Entstehung aus dem Nichts nur höchst selten eintrifft, und dass von den 26 in dem Buche angeführten Beispielen ungefähr 21 von Männern handeln, die schon einem gesicherten Milieu entstammten. Vor allem wägt er scharf ab, wie sehr das Schicksal des einzelnen nicht nur von der persönlichen Tüchtigkeit abhängt, sondern von der gesamten Konstellation des wirtschaftlichen Lebens. DAS uns vorliegende, bei Spamer in Leipzig erschienene Buch schliesst sich sicher irgendwie an jenes ältere an und ist nicht nur in seiner vornehmen Ausstattung eine gute Gabe, sondern vor allem auch in der umfassenden Art, in der darin das gestellte Thema behandelt wird. Von den florentinischen Handelsfürsten des XIII. Jahrhunderts ausgehend, bringt uns der Verfasser die Schilderung grosser Kaufleute bis in unsere Tage, wo er mit Cecil Rhodes abschliesst, und er gibt uns damit ein wertvolles Stück Kulturgeschichte. Sehr interessant ist es, zu sehen, wie in unserem Jahrhundert nicht mehr der Kaufmann allein die grossen Vermögen baut, sondern auch der Grossindustrielle, wofür Krupp und Siemens als typische Beispiele dienen. Wenn auch der Verfasser weit davon entfernt ist, sich auf sozialdemokratischen Boden zu stellen, so versucht er doch eine gerechte Würdigung der Licht- und Schattenseiten unserer heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Jedenfalls wird das obige Buch jedem etwas bieten, der sich für das reale Leben unserer Zeit überhaupt interessiert, und wenn es ihn auch nur zum Widerspruche reizen sollte.

IDA HÄNY-LUX

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION WILHELM STERNBAUER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON MÖLLER & BOREL G. M. B. H. · SÄMTLICH IN BERLIN



8. HEFT / AUGUST 1905

ENGELBERT PERNERSTORFER · DER NATIONALE UND DER INTERNATIONALE GEDANKE

DER französische Sozialist Hervé hat durch eine Art von antipatriotischem Pronunziamento den Anlass zu einer ziemlich ausführlichen Erörterung über Nationalismus, Internationalismus, Patriotismus gegeben, die, soviel mir bekannt geworden ist, von französischen und deutschen Sozialisten geführt wurde. Ich habe diese Polemiken in den letzten Tagen zu verfolgen noch nicht Zeit und Gelegenheit gehabt. Auch ist es nicht meine Absicht, in diese Polemik einzugreifen, ich will vielmehr zu dem aktuellen Gegenstande einiges sagen, was mir schon lange auf dem Herzen liegt. Ein in Österreich lebender Sozialdemokrat deutscher Nation hat vielleicht eine besondere Legitimation dazu, in dieser Sache mitzusprechen, weil die Situation in Österreich besonders geeignet ist, das nationale und internationale Problem in vollster Schärfe sichtbar zu machen. Denn hier tritt Nationalismus und Internationalismus nicht als Gegensatz der verschiedenen Staaten auf, hier handelt es sich um die nationale und internationale Frage, losgelöst vom staatlichen Gegensatz, hier ist der klassische Boden dieses Problems, hier muss es sich zeigen, ob die nationalen Gegensätze sich im Internationalismus restlos auflösen, oder ob nicht vielmehr Nationalität und Internationalität ihre höhere Einheit erst in der sozialen Demokratie finden.

DIESE Frage muss deshalb aufgeworfen werden, weil, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie wenigstens, sehr häufig jedes nationale Empfinden als ein Verstoss gegen den Internationalismus angesehen wurde, ja ein direktes nationales Bekenntnis leicht verdächtig oder lächerlich machte. So ist es heute noch bei den grossen Massen der deutschen Arbeiterschaft in Österreich, und erst in den letzten Jahren macht sich eine leise Schwenkung bemerkbar. Es muss also der Begriff des *Internationalismus* entweder falsch gepredigt oder falsch aufgefasst worden sein, und es ist hoch an der Zeit, den Gedanken des *alten* Internationalismus auszurotten. Denn indem er sich gegen den Nationalismus in jeder Form richtete, suchte er auch den natürlichen Nationalitätsgedanken zu zerstören, als ob sein Wesen darin bestände, diesen auszutilgen und die Nationen zu dekomponieren.

DASS diese fast antinationale Form des Internationalismus unter den Deutschen erfolgreich Schule machen konnte, hat seine guten geschichtlichen Gründe. Alles, was sich in dem neuen geeinten Reiche als *national* bezeichnete, war dem Sozialismus und der organisierten Arbeiterschaft spinnefeind, und so ist es heute noch. Der bedeutsame Unterschied von einst und jetzt liegt aber darin, dass vor dreissig Jahren die Sozialdemokratie Deutschlands eine kleine Partei war, und dass sie heute die grösste ist. Während sie damals in Opposition gegen die überwiegende Mehrheit aller im Deutschen Reiche lebenden Bewohner war, steht sie zwar jetzt auch in schroffster Opposition gegen die Regierungen, bildet aber einen so grossen Teil der Gesamtheit der Bevölkerung, dass sie ohne Überhebung darauf rechnen kann, in nicht allzu ferner Zeit wirklich die Mehrheit der Nation darzustellen. Sie wird immer mehr selbst die Nation und die nationale Partei.

VON Deutschland ist der Sozialismus nach Österreich gekommen. Hier liegt, je moderner sich der Staat trotz alledem entwickeln muss, die grosse Schwierigkeit in den vielen Nationen. Ihr Streit beherrscht seit mehr als einem Menschenalter alle innere Politik. Dieser nationale Streit musste das grösste Hindernis jeder freiheitlichen und sozialpolitischen Entwickelung werden. Es war daher natürlich, dass die deutschen Arbeiter in Österreich, deren Zahl weitaus die der Arbeiter aller anderen Nationen zusammengenommen übertraf, den so hinderlichen nationalen Vorstoss- und Abwehraktionen der einzelnen Völker den Gedanken des Internationalismus entgegensetzten. So wurde auch hier der Internationalismus wesentlich als Antinationalismus aufgefasst. In diesem Sinne lebt er noch heute in Tausenden von Arbeitern. Auch die sogenannten *führenden Elemente,* zumal der Deutschen, vertreten ihn noch heute.

NOCH heute, obwohl seit dem Hainfelder Parteitage /1889/ gewichtige Wandlungen vor sich gegangen sind. Dieser Parteitag hat bekanntlich die zerstreuten, verwirrten und desorganisierten Reste der Partei von neuem zu einer Einheit verschmolzen. Das ist das Verdienst hauptsächlich Dr. V. Adlers. Langer und mühsamer Vorarbeit hatte es bedurft, um dies Werk zu stande zu bringen. Aber es gelang, und die Arbeiterschaft aller Nationen Österreichs bildete eine geschlossene, administrativ und organisatorisch einheitliche Masse. Auf den Parteitagen, bei gemeinsamen Beratungen, in den Versammlungen herrschte volle Gleichberechtigung der in Österreich gesprochenen Sprachen. Die nationale Frage war bloss eine Sprachenfrage. Der eigentliche Nationalitätsgedanke trat völlig zurück, ja, wurde als störend durchaus abgelehnt, da ja die nationalen Bourgeoisparteien die gemeinsamen Feinde waren. Den nationalen Parteien trat das österreichische Proletariat international geeinigt gegenüber.

DA kam das Jahr 1897, und mit ihm der in Wien abgehaltene sogenannte *Wimberger Parteitag.* Es vollzog sich auf ihm offiziell, was sich im stillen vorbereitet hatte. Die Einheitlichkeit der Partei blieb zwar durchaus aufrechterhalten, aber die Form der Administration und Organisation änderte sich wesentlich. Wir haben nun in Westösterreich sechs sozialdemokratische Parteien. Jede verwaltet sich selbständig und hat ihre besonderen Parteitage und Parteileitungen. Die Gesamtheit aller Parteileitungen zusammengenommen bildet die Gesamtexekutive. Sie stellt also die äussere Form der Einheit der Gesamtpartei in Österreich dar. Diese Einheit wird noch besonders verstärkt durch Gesamtparteitage, die alle zwei Jahre zusammentreten. Die innere Ein-

heit zeigt sich darin, dass niemals eine der nationalen Gruppen eine irgendwie wichtigere Aktion unternimmt, ohne in gemeinsamer Beratung in der Gesamtexekutive eine Übereinstimmung der Gesamtpartei herbeigeführt zu haben.

ALS im Jahre 1897 die Grundlagen dieser Scheidung debattiert wurden, waren viele, besonders die alten Genossen, die ihr heftig widerstrebten. Dieser Widerstand entsprang zum grössten Teile der alten Vorstellung vom Internationalismus, der die Hervorkehrung von nationalen Unterschieden als unsozialdemokratisch empfand. Heute noch gibt es unter uns solche, die diese Neu- und Umgestaltung der Partei als ein Unglück ansehen. Nicht, als ob sie die Partei geschwächt hätte, oder als ob irgend ein schwerwiegender Nachteil dieser neuen Form konstatiert werden könnte. Das ist nicht der Fall, sie muss gerade immer mehr als natürlich empfunden werden. Aber sie birgt in sich die Anerkennung nicht etwa bloss der Nationen — die sind immer so stark gewesen, dass sie mit ihrer breiten Realität nicht erst auf theoretische Anerkennung zu warten brauchten —, sondern vielmehr die Anerkennung des Nationalitätsgedankens. Es gibt aber noch heute viele Sozialdemokraten, die sich nur schwer und langsam entschliessen, die Berechtigung, ja die Notwendigkeit des Nationalitätsgedankens anzuerkennen. Sie sehen in der Nationalität nur das trennende Moment, das der einheitlichen Zusammenfassung des Proletariates Schwierigkeiten bereitet. Der proletarischen Gemeinsamkeit der Gegenwärtigkeitsinteressen und des zukünftigen Endzieles gegenüber sehen sie in den Nationalitäten eine unbequeme Störung und glauben, der sozialistische Solidaritätsgedanke sei stark genug, alles nationale Besondere auszurotten. In ihrem gutgemeinten Eifer gehen sie so weit, aus lauter Sozialismus das Programm des Sozialismus zu vergessen. Denn dieses verlangt laut und deutlich die Befreiung der Völker, nicht aber ihre Ekrasierung. Wir sehen, dass bei vielen kleinen Völkern, die in der wirtschaftlichen Entwickelung noch weit zurückstehen, der Sozialismus begeisterte Anhänger gewinnt. Vielleicht liegt der Grund für diese sonderbare Erscheinung auch unter anderem darin, dass diese Völker im Sozialismus den Schützer ihrer Nationalität sehen. Sie sind sehr für die sozialistische Weltsolidarität, aber sie würden eine arge Verletzung dieser Solidarität konstatieren, wenn man ihnen zumuten wollte, ihre Nationalität als etwas Unwesentliches, Unbedeutendes und Nebensächliches aufzugeben.

WOHER kommt es, dass insbesondere die deutschen Sozialisten dem nationalen Gedanken immer mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenübergestanden haben? Einen Grund habe ich schon angedeutet. Das Wort *national* musste ihnen schon zum Ekel werden, da sie miterlebten, dass gerade solche Parteien sich mit Vorliebe *national* nannten, für die das wirkliche Volk bloss ein Gegenstand der Beherrschung und der Ausbeutung war. Das Wort *national* kam in den selben Misskredit, wie das Wort *christlich*. Aber für diese nationale Gleichgültigkeit gab es noch tiefere Gründe. Die geschichtliche Entwickelung des deutschen Volkes verhinderte die Bildung eines einheitlichen Staates mit einem Gesamtbewusstsein, und der im deutschen Wesen wirkende Kosmopolitismus, der uns in vielem so ungemein erhöhte, äusserte sich zuletzt auch in einer förmlichen Selbstentäusserung. Was wir daneben in hässlichem und brutalem Chauvinismus gewisser Schichten sehen, das ist so abstossend, dass es der Bildung eines männlichen, edlen nationalen Selbstbewusstseins als hemmendes Element entgegensteht.

UND zuletzt — so wird oft argumentiert — warum auch sollte das Proletariat nationales Empfinden haben? Mit Erbitterung sieht es jeden Tag, dass es, wie von den materiellen Gütern der Nation, so auch von den geistigen ausgeschlossen ist. Es ist uns gleichgültig, so kann man bei uns oft hören, ob wir deutsch oder böhmisch verhungern. Und in der Tat, von Menschen, die tagtäglich um ihres Lebens Notdurft ringen, die Schätzung idealer Güter verlangen, heisst von den Niedrigsten das Grösste fordern. Die Nationalität in ihrer höchsten Form ist aber ein ideales Gut. Sie bedeutet in höchster Instanz die Menschheitskultur in einer besonderen, höchst eigentümlichen und nur einmal vorkommenden individuellen Ausstrahlung. Sie bedeutet eine Bereicherung der Menschheit durch eine besondere Form ihrer Erscheinung. Am deutlichsten zeigt sie sich in der Sprache. Sie ist das erste und höchste Gut jeder Nation. Der deutsche Proletarier kommt kaum dazu, sie beherrschen zu lernen. Sie ist so sehr schwer. »Der Deutsche ist gelehrt, wenn er sein Deutsch versteht« (Goethe). In die deutsche Literatur einzudringen, dieses stolzeste Gebäude des deutschen Volkes, dazu fehlt ihm schon der Schlüssel des Aussentores. Da nun die materiellen Interessen zumal unser Leben bestimmen, so schien es vielleicht wirklich ungerecht, von dem Arbeiter Nationalgefühl zu verlangen. Und es nicht zu verlangen, ruft doch wieder fast lächerliche Inkonsequenzen nach sich. Der Sozialismus erzieht die Arbeiter zu einem lebhaften Gerechtigkeitsgefühl. Er sieht es als selbstverständlich an, für jedes unterdrückte Volk einzutreten. Das Recht der fremden Nation anerkennt er bereitwillig und freudig — und für seine eigene sollte er nichts übrig haben? Wenn wir von der stumpfen Masse ein Verständnis nicht verlangen, das über ihre nächsten Interessen geht, von dem sozialistisschsen Arbeiter müssen wir es verlangen und verlangen wir es in der Tat. Wer den grossen Gedanken des sozialistischen Zieles in Kopf und Herz aufgenommen hat, der ist reif und fähig, auch andere grosse Ideen zu erfassen. Der Sozialismus, das weiss jeder theoretisch geschulte Arbeiter, soll der Menschheit nicht nur die gesicherte materielle Existenz bringen. Er soll vorerst diese etablieren, aber nur als Vorbedingung einer höheren Stufe der Kulturentwickelung. Nicht dahin wollen wir bloss arbeiten, dass die Menschen menschenwürdig wohnen, sich nähren, sich kleiden u. s. w., sondern dass sie durch Anteilnahme an der durch tausend Jahre aufgestapelten Kultur erst überhaupt Menschen werden, fähig, selbst Kultur zu haben und Kultur zu erzeugen. Jede Kultur aber ist national. Sie nimmt ihren Anfang im besonderen Volke und bietet in ihren höchsten Formen — und gerade in diesen am meisten — einen entschiedenen Nationalcharakter dar. Mögen dabei auch tausendfach Einwirkungen von andersher mitspielen. Das Fremde wird nicht einfach unverändert aufgenommen — wenn dies der Fall ist, entsteht Unlebendiges, immer als fremd Empfundenes, Vergängliches —, sondern wird umgemodelt, wird aufgesogen, wird also ein Mittel, den nationalen Organismus zu stärken.

DER Sozialismus und der nationale Gedanke sind also nicht nur keine Widersprüche, sie gehören notwendig zusammen. Jeder Versuch, den nationalen Gedanken zu schwächen, muss, wenn er Erfolg hat, den Reichtum des Menschengeschlechtes vermindern. Freilich ist die Gefahr ja auf der Hand liegend, dass jeder Nationalismus ausarten kann. Aber wenn wir sehen, dass die englischen Sozialisten gegen ihre Jingoes, die französischen gegen ihre Na-

tionalisten, die Italiener gegen ihre Irredentisten so energisch Front gemacht haben und machen, so brauchen wir Deutsche nicht besorgt zu sein. Diese Nationen sind sehr empfindlich im Punkte ihrer Nationalehre, und wie hat der Sozialismus auf sie gewirkt! Ohne dass die englischen, die französischen, die italienischen Sozialisten je aufgehört hätten, ihr Volk leidenschaftlich zu lieben, haben sie es verstanden, ihre internationale Pflicht in bewundernswerter Weise zu erfüllen. Und wir deutsche Sozialisten, denen der edle Kosmopolitismus unserer Klassiker unvergessen ist und hoffentlich unvergessen bleiben wird, wir sollten Gefahr laufen, in Chauvinismus zu geraten? Für uns handelt es sich darum, unserer selbst ebenso bewusst zu werden, wie es andere Völker sind. Der Sozialismus will die Menschheit organisieren, nicht atomisieren. Im Organismus der Menschheit sind aber nicht die einzelnen Individuen, sondern die Nationen die Zellen. Damit der Organismus gesund sei, müssen die Zellen gesund sein.

NATÜRLICH bedingen nun die nationalen Unterschiede auch gegensätzliche nationale Interessen. Ebenso natürlich werden diese Gegensätze nicht durch internationale Deklamationen aus der Welt geschafft. Aber wie anders lassen sie sich regeln zwischen, wenngleich national selbstbewussten, so doch sozialistisch denkenden Völkern! Europas grosses Verhängnis während des ganzen verflossenen Menschenalters war die misstrauische Stimmung, die zwischen Deutschland und Frankreich herrschte. Und wie haben sich die Sozialisten beider Länder die ganze Zeit über gemüht, diese Missstimmung aus der Welt zu schaffen. In den letzten Jahren hat in Frankreich Jaurès unablässig daran gearbeitet, die beiden Völker und Reiche einander näher zu bringen. In der Tat stehen wir heute vor einer Situation, die es sogar nicht unmöglich erscheinen lässt, dass Deutschland und Frankreich noch weiter sich nähern werden. Zum grössten Teile ist das ein Verdienst hauptsächlich der französischen Sozialisten, und nicht in letzter Linie Jaurès', dieses grossen und tiefen Politikers, den persönlich kennen zu lernen Fürst Bülow den Berliner Arbeitern so taktvoll und klug unmöglich gemacht hat. Der Revanchegedanke ist in Frankreich begraben, und nichts hindert mehr das innige Verständnis zwischen diesen zwei für den Frieden Europas wichtigsten Nationen, als die preussische Regierung, die neben Gott noch sehr fürchtet den Sozialismus und die Demokratie, am meisten aber die Sozialdemokratie.

WENN zwei sich streiten, so ist natürlich die Sache wesentlich anders, wenn sie zur Waffe greifen, oder wenn sie sich zu gemeinsamer Beratung an den grünen Tisch setzen. Und auch wenn sie sich an den grünen Tisch setzen, ist noch ein grosser Unterschied, ob sie beabsichtigen, sich gegenseitig übers Ohr zu hauen, oder ob sie den aufrichtigen Willen haben, mit gegenseitigem Wohlwollen eine gemeinsame Lösung der Streitfrage zu suchen. Die österreichischen Sozialdemokraten haben sich eine für die internationale sozialistische Bewegung vorbildliche Organisation gegeben. Sie bilden eine Einheit, sind aber nach Nationen gesondert. Es bestehen auch nationale Differenzen, die, da wir in einem Staate gemeinsam leben, viel häufiger und viel konkreter in die Erscheinung kommen, als die Differenzen zwischen staatlich getrennten Nationen. Diese leben in der Regel in scharf von einander abgesonderten Territorien. Anders bei uns in Österreich. Hier kommt es vor, dass zwei, ja drei Nationen auf dem selben Boden sitzen und die Reibungsflächen daher

mannigfach sind. Es ist dies wohl nicht die Regel; aber auch dort, wo in Grenzgebieten zwei Nationen aufeinanderstossen, entsteht oft schwerer nationaler Gegensatz und Streit. Die österreichischen Sozialdemokraten haben es in solchen Fällen bisher noch immer verstanden, zu einem leidlichen Ausgleich zu kommen. Aber es hiesse sich die Augen gewaltsam verschliessen, wenn man die offenkundigen Tatsachen ignorieren wollte. Die österreichische Sozialdemokratie kann die nationale Frage nicht als eine untergeordnete ansehen. Denn dann müsste sie aus Kultur- und Zweckmässigkeitsgründen mindestens die deutsche Sprache als die schon verbreitetste, als die an Literatur und insbesondere sozialistischer Literatur reichste direkt begünstigen. Sie tut es nicht, weil sie das Recht jeder Nation rückhaltlos anerkennt. Als für den allgemeinen Parteitag, der in Brünn 1899 stattfand, von der Gesamtexekutive ein vorbereitender Ausschuss eingesetzt wurde, der die Aufgabe hatte, sich mit der Ausarbeitung allgemeiner Grundsätze für ein nationales Programm zu beschäftigen, gab es hervorragende Parteigenossen, die der Meinung waren, diese Aufgabe könne von der Sozialdemokratie nicht gelöst werden. Und siehe da, das sogenannte *Brünner Programm der nationalen Autonomie* war eine der bedeutendsten politischen Taten der österreichischen Sozialdemokratie. Dieses Programm gibt nur allgemeine Richtlinien, ist auch nicht völlig neu, denn schon 1848 wurden ähnliche Gedanken laut, aber seine Aufstellung bildet geradezu einen Markstein in der Behandlung der nationalen Frage in Österreich. Anfangs wurde es wenig beachtet, aber in der letzten Zeit wird es von immer mehr Seiten akzeptiert und sein Grundgedanke, der der nationalen Autonomie, als der unzweifelhaft richtige Ausgangspunkt für eine nationale Ordnung der Dinge in Österreich angesehen. Hat man sich auf diesen Grundgedanken einmal geeinigt, dann wird die Ausführung viel weniger Schwierigkeiten machen, als man sich heute noch hie und da einreden will.

DER Sozialismus kann also ruhig die Wichtigkeit der nationalen Frage anerkennen, und so wie er international sein muss und ist, so wird er national werden müssen. Unsere italienische Partei in Südösterreich hat einen starken italienisch-nationalen Einschlag, unsere polnische Partei unter der Führung unseres prächtigen Daszynski, des besten Redners im österreichischen Parlament, uesere tschechische, slowenische, ruthenische Partei sind alle gut national, auch wir deutschen Sozialdemokraten in Österreich dürfen nicht nur, wir müssen uns als gute Deutsche bekennen. Dieser nationale Patriotismus ist der einzige, den es in Österreich noch gibt. Für alle in Österreich wohnenden Nationen ist Österreich kein Gegenstand des Patriotismus, denn Österreich hat sie alle gleicherweise verraten. Alle Möglichkeit eines künftigen Österreichs liegt in der Ordnung der nationalen Frage beschlossen. Diese Tatsache allein beweist, wie wichtig die nationale Frage ist, zu der der Sozialismus positiv Stellung nehmen muss.

ER muss es auch tun, weil er mit Recht immer mehr sich als der wirkliche Repräsentant des Volkes fühlt. Was lebendig ist in der Bewegung der Zeit, das steht in oder wenigstens dicht an unseren Reihen. Das bürgerlich-nationale Ideal der Deutschen ist erreicht. Seit mehr als einem Menschenalter besteht das deutsche Einheitsreich. Im ganzen Reich gibt es wohl heute keine Partei, der die Einheit des Reiches mehr am Herzen läge, als der sozialdemokratischen.

Unter dieser Einheit ist sie, wenn auch gegen den Willen der Herrschenden und unter schweren Kämpfen, gross geworden, diese Einheit ist für sie von materiellem Interesse. Aber die Einheit ist wie ein Gefäss. Seine Bestimmung ist, einen Inhalt zu haben. Was den deutschen Sozialdemokraten und mit ihnen allen, die die innere Grösse Deutschlands wollen, zuwider ist, das ist der abscheuliche Wein, den man ihnen kredenzt. Und deswegen werden sie *Reichsfeinde, Elende, Vaterlandslose* genannt. Das alles sollen sie sein, weil ihnen Junkertum und preussische Justiz nicht behagt. Und bei jeder Gelegenheit, wo es sich um wirklich nationales Leben handelt, können sich die deutschen Sozialdemokraten in erste Linie stellen. Oder hat das deutsche Volk Grösseres erlebt, als die Werke seiner grossen Dichter und Denker? Und wird wieder, wie unlängst mit Schiller, ein Gedenktag eines dieser Grossen gefeiert, so erhebt er sich aus dem Grabe und spricht mit eherner Stimme für uns. So bekennen wir uns freudig zu unserer Nation und sind stolz auf ihre grossen Taten, sowie wir wissen, dass der theoretische Sozialismus selbst auch ein Werk deutschen Geistes ist. Die Völker sind, trotz ihrer Wandlungen, ewig und um so grösser, je mehr sie die Welt vorwärts bringen. So sind wir als gute Sozialisten auch die besten Deutschen. Übrigens haben unsere Führer im deutschen Parlamente immer erklärt, dass wir zu unserem Volke stehen wollen. Freilich glauben wir auch, unsere nationale Pflicht nur dann gut zu erfüllen, wenn wir die Fehler unseres Volkes nicht beschönigen. Nicht der ist ein guter Freund, der die Fehler des Freundes nachsichtig verschweigt und nur seine Tugenden preist. Wir anerkennen nicht das Wort *Wright or wrong, my country* oder *Wright or wrong, my people.* Oder höchstens so, wie wir allenfalls das Wort auffassen *Wright or wrong, my party.* Wir lieben, obgleich wir tadeln. Oder: wir tadeln, weil wir lieben.

× × ×

DREI Aufgaben haben wir: die Tatsachen festzustellen (*zu sagen, was ist*), die Gesetze des geschichtlichen Geschehens zu erforschen, uns in den Dienst der geschichtlichen Entwickelung zu stellen.

WIR sehen zuvörderst die Tatsache der verschiedenen Nationen. Sie sind Realitäten, geschichtlich geworden und nur geschichtlich zu verstehen. Sie sind nicht, wie etwa die Form unserer Gesellschaftsordnung, aus ökonomischen Ursachen zu erklären, sie sind Formen der Menschheitserscheinung, deren Grundlagen in gewissen Rassenmischungen, geographischen und klimatologischen Umständen und geschichtlichen gemeinsamen Schicksalen zu suchen sind. Kein Volk ist, sofern es nicht etwa physisch ausgerottet wurde, zu Grunde gegangen, sondern hat seine Art nur gemodelt, neue Elemente aufgenommen und so sich sein Fortleben gesichert. Neue Nationen erstehen im hellen Lichte der Geschichte. Am besten sehen wir das an dem werdenden Volke der Yankees, wir haben es an den Boeren gesehen. Jene sind keine Engländer, diese keine Holländer. Gewiss wird dereinst Südafrika, Australien, Südamerika neue Nationen entstehen sehen, deren Charakter und Kulturentwickelung wesentlich verschieden sein wird von den europäischen Völkern, die ihnen die Sprache gegeben haben. Wenn die Nationen sich fortwährend im gewissen Sinne verändern, wenn neue entstehen, so kann man wohl sagen, dass die Nationalität eine Dauerform der menschlichen Gesellschaft ist. In diese Formen sind wir hineingeboren, und je mehr Bildung (Ausprägung unseres individuellen Wesens)

wir erwerben, desto mehr werden wir ein Ausdruck unserer Nation. Unsere Muttersprache schon gibt uns die nationale Grundlage. Man spricht mit Recht von dem Geiste der Sprachen, und je höher die geistige Entwickelung eines Volkes geht, je mehr und je ausgebildetere Kultur es verlangt, desto differenzierter ist sie von der Kultur anderer Völker. Je höher der einzelne sich entwickelt, desto mehr ist er eine Besonderheit, desto mehr wird er Individuum. NUN will der Sozialismus die höhere Entwickelung der Menschheit. Ja, die Möglichkeit einer solchen Entwickelung vorzubereiten, ist sein eigentlicher Sinn. Er lehnt es ab, etwa aus hungernden Herdentieren satte Herdentiere machen zu wollen. Er will den freien und selbstbewussten Menschen schaffen. Und da die Menschheit nur in nationalen Formen lebt, muss er naturgemäss die freien, selbständigen und selbstbewussten Nationen wollen. Der Sozialismus jagt nicht, wie seine Feinde sagen, Traumgebilden nach, sondern steht bei aller Hoheit des Zieles auf dem Boden nüchterner Tatsachen. In der Tat ist gerade er es, der keinen Utopieen nachgeht. Er schwärmt nicht für ein Volapük und entfernt vorhandene Schwierigkeiten nicht durch fromme Wünsche.
DASS aber die Nationalitätenfrage Schwierigkeiten in sich birgt, liegt zu Tage. Jede Nation will ihr Heim haben, in dem sie Herrin ist, wie jeder Mensch sein ihm allein gehöriges Heim haben will. Aber der Gedanke an die Grösse des Volkes erschöpft sich nur zu leicht in Träumen äusserer Macht. So bleibt das Nationalitätenproblem in den Köpfen bürgerlicher Politiker stets eine Frage der Macht. Bei uns Sozialisten wird es zu einer Frage der friedlichen Verständigung. Feste allgemeine Grundsätze über die Hauptpunkte nationaler Politik bestehen eigentlich im internationalen Sozialismus noch nicht. Wir Österreicher haben durch unser Brünner Programm eine feste Grundlage schon gewonnen. Sie heisst: Integrität des nationalen Bodens, Schutz der Minoritäten, autonome Verwaltung der nationalen Angelegenheiten. Wo das redlich gewährleistet wird, kann der nationale Friede nicht gar zu schwer sichergestellt werden. Dabei darf man natürlich nicht allzu sentimental sein und glauben, es gäbe überhaupt ein Mittel, in unserer Zeit der inneren Wanderungen jede Seele für die Nation retten zu können. Aber es scheint allerdings, als habe gerade die Zeit des gesteigerten Verkehrs die Empfindlichkeit der Nationen geschärft. Vor fünfzig Jahren noch hat man geglaubt, der Weltverkehr werde die Nationen verwischen. Das Umgekehrte ist eingetreten. Wir leben in einer Zeit starken nationalen Empfindens. Auch die kleinste Nation wehrt sich. Wir in Österreich erleben da den schönsten und lehrreichsten Anschauungsunterricht. Uns brennt die Nationalitätenfrage sozusagen jeden Tag auf die Finger. Unsere anerkannte Stellung in Österreich hängt wesentlich auch damit zusammen, dass wir das schwere Problem nicht nur für unsere Partei gelöst haben, sondern auch dem Staate zeigen, wie er es lösen könne. Aber zu dieser Lösung sind wir gekommen durch die rückhaltlose Anerkennung der Nationen und ihrer Rechte. Und so gerne wir deutsche Sozialdemokraten in Österreich zu dieser Anerkennung bereit waren, so sehr muss es uns auch immer klarer werden, dass diese Anerkennung der anderen ohne eigenes nationales Gefühl doch ein Beweis einer nationalen Schwäche wäre, die weder uns, noch unserem Volke zur Ehre gereichen würde.
ALLES, was ich sage, ist nur dann haltbar, wenn die Nationalität auch für den Proletarier ein Gut ist. Es ist im wesentlichen noch heute so, wie es das

Kommunistische Manifest darstellt: der Proletarier hat kein Vaterland. Aber er will eines erwerben. Die organisierte Gesellschaft, in der er einmal leben wird, wird für ihn auch ein hohes materielles Gut sein. Der Proletarier hat wohl heute schon eine Nationalität. Aber sie ist für ihn wertlos, solange er ihrer nicht bewusst wird. Er wird ihrer bewusst, je mehr er geistige Kultur gewinnt. Wie Kunst und Wissenschaft, ist auch die Nationalität ein hohes Gut. Jede Erhebung des Proletariers muss ihn der Erkenntnis des Wertes dieser Güter näher bringen.

VIELLEICHT wird man mir sagen, dass ich mit diesen Ausführungen Selbstverständlichkeiten vorgebracht habe. Das soll mir sehr lieb sein. Dann würde ich mich über den Vorwurf, gegen ein Phantom gekämpft zu haben, gern damit trösten, dass es also nicht notwendig ist, den Begriff des *Internationalismus* irgendwo zu revidieren.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HJALMAR BRANTING · DIE NATIONALE KRISE IN SKANDINAVIEN

SEIT der letzten, entscheidenden Wendung in dem langen Todeskampfe der schwedisch-norwegischen Union sind nun bald zwei Monate verstrichen, und noch liegt der Leichnam der Union da, noch wogen in Schweden die Stimmungen hin und her, noch ist der neue, selbständige norwegische Staat, obgleich *de facto* existierend, von Europa nicht anerkannt, wie auch die Frage, ob Norwegen sich endgültig als Monarchie oder Republik vorstellen wird, bis jetzt nur hypothetisch beantwortet werden kann. Es dürfte sich daher vielleicht empfehlen, die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* in den Wirren der schnell sich entwickelnden Ereignisse von einigen allgemeinen Gesichtspunkten aus etwas zu orientieren.

VORERST ein Rückblick auf die Tatsachen, die die Unionssprengung bedingt haben.

DAS Unionskönigtum hat am 27. Mai zum letztenmal leichtherzig sein verdientes Schicksal herausgefordert. Auf den einstimmigen Beschluss des Storthings, ein besonderes norwegisches Konsulatswesen einzurichten, antwortete der König gegen die energischsten Vorstellungen seines norwegischen Rates mit Sanktionsverweigerung. Formell unantastbar, war dieser Beschluss eine parlamentarische Ungeheuerlichkeit. Eine in Skandinavien bekannte historische Anekdote von der Seeschlacht bei Svoldern im Jahre 1000 zitierend, schrieb denn auch im schwedischen *Social-Demokraten* der Schreiber dieses: »Norwegen aus deinen Händen, mein König!« Am 7. Juni fiel schon der entscheidende Schlag: das Storthing erklärte, dass der König, der selber zugegeben hätte, eine Regierung momentan nicht bilden zu können, dadurch von seinen Funktionen zurückgetreten sei; mit der faktischen Amtsniederlegung des Königs sei auch die Union mit Schweden erloschen; das Storthing als nunmehr alleinige Vertreterin des norwegischen Volkes nehme selbst das Heft in die Hand, setze das demissionierende Ministerium als provisorische Regierung ein und — erlaube sich, den Exkönig zu ersuchen, dahin zu wirken, dass ein

Prinz seines Hauses die freigewordene norwegische Krone entgegennehme! Mit vollem Recht hat in jenen Tagen der *Vorwärts* diese norwegische Resolution als in ihrer Art alleinstehend bezeichnet. Aber die Verhältnisse, die die Entwickelung der Ereignisse bestimmt haben, waren auch ganz besondere.

MAN vergegenwärtige sich die Situation. Die Union von 1814 wurde seinerzeit dem norwegischen Volke aufgedrängt. Von *freier Vereinbarung* wurde zwar viel gesprochen, und die Selbständigkeit Norwegens wurde offiziell anerkannt, indes, die Vereinigung als eine feinere Art von Eroberung zu betrachten, wurde eine Vorstellung, welche in Schweden tiefe Wurzeln schlug. Auf der andern Seite wurde es das konstante nationale Programm des ganzen norwegischen Volkes, alles zu entfernen, was darauf hindeutete, dass Norwegen durch die Vereinigung mit Schweden etwas von der Souveränität eines selbständigen Staatswesens eingebüsst habe. Volle nationale Gleichberechtigung innerhalb der Union — sonst ausserhalb der selben: das wurde immer klarer die Losung. Schritt für Schritt, immer im Kampfe gegen schwedischen Chauvinismus und gegen das mangelnde Verständnis unserer herrschenden Klassen für die nationalen und demokratischen Emanzipationsbedürfnisse des norwegischen Volkes, sind dann auch im vorigen Jahrhundert die meisten Provinzmerkmale abgestreift und ist gleichzeitig die demokratische Verfassung Norwegens im siegreichen Kampfe gegen die Bureaukratie und das Königtum ausgebaut und befestigt worden. Es fehlte nur noch die Krönung des Gebäudes: die Gleichberechtigung der beiden Nationen auch in den auswärtigen Angelegenheiten, die bisher von dem Minister Schwedens besorgt wurden. Diese zerfiel in die beiden Fragen der Neugestaltung des durch Tradition, aber nicht durch Übereinkunft unionellen Konsulatswesens und der Diplomatie. Von diesen wurde die erste aktuell, als 1903 der schwedische Minister des Auswärtigen, der frühere Gesandte in Berlin, Lagerheim, Verhandlungen mit der norwegischen Regierung anknüpfte, die dem alten norwegischen Wunsch, ein ganz selbständiges, eigenes Konsulatswesen zu bekommen, Rechnung zu tragen schienen. Die Vereinbarung schien im Frühling 1904 bereits gesichert, die Stimmung zwischen den beiden Völkern war eine freundschaftlichere, als seit Jahrzehnten — da wurde alles wieder durch reaktionäre Einflüsse in massgebenden schwedischen Kreisen durchkreuzt. Es ist noch nicht ganz klar, was die veränderte Haltung veranlasst hat, ob der König fürchtete, durch definitive Preisgebung des unionellen Konsulatswesens auf der schiefen Ebene der Auflösung zu weit gedrängt zu werden, ob die Regierung vor dem voraussichtlichen Widerstand der ersten Kammer zurückschreckte, oder ob sie vielleicht die ganze Frage früher nicht recht durchdacht hatte. Jedenfalls machte der Staatsminister Boström eine schroffe Schwenkung, Lagerheim wurde verabschiedet, und den norwegischen Ministern wurde statt der Übereinkunft eine ganze Reihe von neuen Forderungen vorgelegt, die von jenen nur schroff zurückgewiesen werden konnten. Im Januar 1905 waren die Verhandlungen definitiv gescheitert. Die reaktionären Organe der schwedischen Junkerkammer triumphierten, die radikale und sozialistische Presse griff Herrn Boström wegen seines Zerstörungswerkes zwar heftig an, ihre Parteien waren aber parlamentarisch zu schwach, um die Regierung wegen ihrer norwegischen Politik in Verlegenheit zu bringen.

DIE Rückwirkung des Misslingens der Vereinbarung war dagegen in Norwegen

eine ganz enorme. Hatte man doch so sicher geglaubt, jetzt würde endlich diese alte Streitfrage in Frieden gelöst werden. Die Enttäuschung wurde am tiefsten in den bisher am festesten unionell gesinnten Parteien, besonders von der Rechten, empfunden; in diesen Tagen löste sich die Union aus den letzten norwegischen Herzen. Die Erbitterung gegen Herrn Boström und alles, was schwedisch war, fand starken Ausdruck; musste doch eine solche hin- und herschwankende Politik, die nicht selbst weiss, was sie will, ganz selbstverständlich als treulos und wortbrüchig dem Partner erscheinen, der eben gehofft hatte, sein langersehntes Ziel zu erreichen. Die Gefühle der ganzen Nation, von der äussersten Rechten bis zur Sozialdemokratie, konzentrierten sich in dem festen Beschluss: jetzt müssen wir die Konsulatsfrage selbst lösen; sie ist uns eine nationale Ehrensache geworden, und wir haben das volle Recht, sie ganz in eigene Hände zu nehmen, denn die unionelle Übereinkunft, die Reichsakte, spricht mit keiner Silbe von unionellen Konsuln.

DAS die Stimmung, welche zu den letzten Ereignissen geführt hat. Das Verhandlungsministerium wurde durch ein mehr energisches Aktionsministerium Michelsen-Lövland ersetzt, und das Storthing setzte eine Spezialkommission ein, um das Konsulatsgesetz auszuarbeiten und Einigkeit in den Details zu erzielen, wie man den sicher zu erwartenden Widerstand des Königtums am schnellsten beseitigen könne. Diese Massnahmen riefen endlich in den regierenden Kreisen Schwedens die Einsicht hervor, dass es vielleicht doch gefährlich werden könnte, wenn man die Norweger gar zu nonchalant behandelte. Der Kronprinz Gustav, der damals als Regent das Amt des Königs verwaltete, schlug in einem offenen Briefe neue Verhandlungen vor, die jetzt alle noch schwebenden unionellen Streitfragen umfassen und im Sinne der Gleichberechtigung eine Lösung finden sollten. Der Vorschlag wurde in Schweden als eine hochherzige und rettende Tat gepriesen, in Norwegen dagegen sogleich als ein Versuch, die sofortige Errichtung des norwegischen Konsulatswesens zu verhindern, demaskiert. Diese letzte Auslegung zeigte sich auch bald als die richtige; die schwedische Regierung, von der Herr Boström sich zwar zurückgezogen hatte, die aber ganz und gar die selbe Politik, die er geführt, fortsetzte, forderte die norwegische auf, in Verhandlungen einzutreten, die auch die Errichtung eines eigenen norwegischen Konsulatswesens umfassen würden. Die norwegische Regierung lehnte es aber ab, noch einmal über dieses Thema mit den Schweden zu diskutieren; als Garantie, dass man diesmal schwedischerseits Ernst machte, forderte sie vielmehr, dass zuerst das norwegische Konsulatswesen von dem König sanktioniert werde, und noch dazu das Versprechen, dass, wenn eine Verständigung diesmal nicht erzielt werden könnte, man nicht mehr, wie immer früher, auf den *status quo* zurückkommen, sondern die Union als aufgelöst anerkennen würde. Hierüber grosse Entrüstung in schwedischen konservativen und chauvinistisch-liberalen Kreisen. Die schwedische Regierung antwortete kurzer Hand abweisend, dass von einer Verhandlung, die über den Rahmen der Union und der Reichsakte hinausgreife, ihrerseits gar nicht die Rede sein könne. Das war am 25. April. Sechs Wochen später existierte die Union nicht mehr. Jene verständnislose Abfertigung von seiten der schwedischen Regierung darf aber nicht vergessen werden, wenn man jetzt schwedischerseits die Norweger so heftig angreift, weil sie die Union einfach aufgelöst hätten, anstatt Verhandlungen über die Auflösung anzu-

knüpfen. Der erste Versuch, offiziell von einer Auflösung zu reden, fiel wirklich nicht besonders aufmunternd aus. So wenig kannte man in Schweden die wirkliche Stimmung und die feste Entschlossenheit der Norweger, dass man einen grossen Umschwung davon erwartete, dass der schwedische Reichstag seinerseits das Verhandlungsprogramm des Kronprinzen als sein eigenes aufnahm. Dies geschah übrigens nicht, wie man es gewünscht hatte, ohne Widerspruch. Sozialistische und radikale Redner sprachen es offen heraus, dass sie nur in dem Sinne für das Verhandlungsprogramm zu haben seien, dass die Konsulatsfrage, dem Wunsche ganz Norwegens gemäss, zuerst durch eine königliche Sanktion des voraussichtlichen Beschlusses des Storthings definitiv geregelt sei. Übrigens erklärten in jener Debatte auch die Redner der rechtsstehenden Parteien in feierlichen Worten, dass unter keinen Umständen der Friede gebrochen werden dürfte. Sie haben später diese Worte vergessen.

OHNE sich über die zu nichts verbindenden schwedischen Verhandlungsangebote weiter zu kümmern, schritt im Mai das Storthing zu definitiven Beschlüssen. Ein eigenes norwegisches Konsulatswesen solle vom 1. April 1906 ab errichtet werden: so lautete das einstimmige Votum der beiden Abteilungen des Storthings. Dass es so kommen musste, war in Skandinavien allen politisch Einsichtigen klar, nachdem Herr Boström die von Lagerheim begonnenen Verhandlungen so gewaltsam gesprengt hatte. Das norwegische Storthing konnte in diesem Punkte nicht nachgeben, ohne die Ansprühe des Landes auf sein volles Selbstbestimmungsrecht fallen zu lassen. Dessenungeachtet war die Möglichkeit einer ganz normalen Lösung der Krise gar nicht ausgeschlossen. Wenn der norwegische König den einstimmigen Beschluss des Storthings sanktionierte und dann Verhandlungen unter Bedingungen, die jeden Zweifel an deren Loyalität ausschlossen, zwischen seinen beiden Regierungen herbeigeführt hätte, so wäre alles wieder in Ordnung gebracht worden, und es hätte sich gezeigt, ob nicht doch zweckmässige Formen für ein unionelles Zusammenleben der beiden verwandten Nationen auf der skandinavischen Halbinsel zu finden waren. In Schweden war ausserhalb der engen Kreise der Anhänger der eigentlichen Politik der ersten Kammer gar keine allgemeine Stimmung für eine Sanktionsverweigerung. Von den eigentlichen Volksparteien wurde für die Sanktionierung als für etwas ganz Selbstverständliches plaidiert. Man konnte es in diesen Kreisen kaum glauben, dass der König, der inzwischen die Regierung wieder übernommen hatte, ohne irgendwelche ernste Notwendigkeit einen so verhängnisvollen Konflikt heraufbeschwören würde.

ES kam indessen anders. Man versichert heute, dass der Kronprinz für die Sanktion gewesen sei, dass er jedoch seinen Willen gegen den König und seine Ratgeber nicht durchzusetzen vermocht habe. Ob diese nun absolut blind für die Konsequenzen eines Konflikts waren. ob sie glaubten, dass die Norweger nichts als Worte wagen würden, ob der alte König vielleicht Hoffnungen auf die persönliche Ehrerbietung setzte, die man ihm spendete, und deren Wirkungen überschätzte — aus irgendwelchen Gründen hat er sich jedenfalls entschieden, als König Norwegens auch diesmal nicht als Norweger, sondern als Schwede zu beschliessen, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass es mit der schwedischen Vorstellung eines einheitlichen Staatenbundes sich nicht reimte, dass jeder Staat seine eigenen Konsulate im Auslande haben könnte. An Warnungen hat es jedoch wahrlich nicht gefehlt. Die norwegische Presse aller

Parteien war darüber im voraus einig, dass eine Sanktionsverweigerung gegen ein einstimmiges Parlament einen flagranten Bruch des Prinzips der Volkssouveränität, der ganzen demokratischen Entwickelung des vorigen Jahrhunderts bedeuten würde, einen Versuch, absolutistisch zu regieren, der dem Geiste der norwegischen Konstitution direkt zuwider ging. Der König besitze zwar ein suspensives Veto gegen neue Gesetze, er habe aber auch und in erster Linie die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass überhaupt eine Regierung zu stande käme. Beharre er darauf, Bedingungen zu stellen, die keine norwegische Partei, kein norwegischer Mann gutheissen könne, so setze er sich als König von Norwegen selber ausser Funktion, und das Storthing müsse im Namen des Volkes dafür sorgen, dass der Staat sein Leben weiterführen könne. Noch im letzten Momente suchten die norwegischen Minister den König zurückzuhalten, indem sie ihm in deutlichen Worten sagten, er werfe durch seinen Beschluss selber die norwegische Krone fort. Alles vergebens; die Augen derer, denen der König traute, waren blind. Und nach elftägiger Frist, während welcher der König in Stockholm blieb und keinen Schritt tat, um eine Regierung zu stande zu bringen, hat dann das Storthing am 7. Juni seine *Revolution* pünktlich in der Weise ausgeführt, wie man es im voraus angekündigt hatte. Im ganzen Norwegen hat sich keine Hand erhoben, um das morsche Gebäude der Union zu stützen. Dagegen hat man auf jede Weise dem Gefühl einer tiefen Erleichterung Ausdruck gegeben. Auch die kleine Minderheit, die einen langsameren Weg gewünscht hatte, feierte die Unionssprengung als befreiende Tat. Sogar die Klassenunterschiede sind bei dieser Umwälzung in den Schatten getreten. Minister und Generäle haben den selben Willen ausgedrückt, wie die sozialistischen Arbeiter: los von einer Union, welche seit neuzig Jahren uns das volle Selbstbestimmungsrecht schmälert!

WUSSTE man es nicht schon aus den verschiedensten Erfahrungen, so hätte man in dieser Auflösung der schwedisch-norwegischen Union einen schlagenden Beweis der noch bestehenden Kraft eines nationalen Empfindens, wenn dasselbe sich mit den freiheitlichen Idealen des Selbstbestimmungsrechts des Volkes verbindet. Die norwegische Nation, 1814 noch materiell arm und geistig wenig bedeutend, ist seitdem unter dem Schutze der Union in jeder Hinsicht rasch emporgestiegen. Schiffahrt, Handel und Industrie liefern die materielle Unterlage einer Kultur, deren Ruhm mit den grossen Dichtern über die Welt gegangen ist. Und dieses Volk, das so selbstsicher seine jungen Kräfte fühlt, das im Norden oft mit einer Mischung von Bewunderung und neidischer Ironie als *Vorgehvolk* gefeiert worden ist, das könnte dem Ausland gegenüber nur durch einen schwedischen Minister verhandeln und musste als nationale Spitze vom Nachbarlande von Zeit zu Zeit einen König leihen, der ganz natürlich niemals als Norweger fühlen und denken konnte, wenn er auch sich ganz ehrlich der unlösbaren Aufgabe, von zwei Vaterländern keines zurückzustellen, widmen wollte. Die Norweger werden jetzt der Undankbarkeit gegenüber der Union von vielen Schweden angeklagt. Mit dem selben Recht könnte man das Küchlein undankbar schimpfen, weil es nicht ruhig im Ei bleibt, sondern die Schale durchbricht. Hätten schon allgemein nationale Rücksichten die Auflösung der alten skandinavischen Union in absehbarer Zeit veranlasst, so ist in Norwegen die *Los von Schweden*-Bewegung durch die Verschiedenheit der inneren Entwickelung der beiden Nationen sehr beschleunigt worden. Die nationalen Inter-

essen haben mit der sozialen Struktur des norwegischen Volkes, die mit der des schweizerischen viele Ähnlichkeit bietet, zusammengewirkt, aus dem altväterlichen Bauern- und Fischervolke eine moderne Demokratie zu schaffen. In Schweden dagegen wird die Demokratisierung erst die Aufgabe der ganz neu emporgewachsenen Klasse der industriellen Arbeiterschaft werden. Noch sind zwei Drittel der männlichen Bevölkerung bei uns vom politischen Stimmrecht ausgeschlossen, das kommunale Stimmrecht ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, ein Hohn auf die sogenannte *Selbstverwaltung*, die in Wirklichkeit die unumschränkte Herrschaft des Besitzes, vor allem des grossen Besitzes ist, und als Landesausschuss der Grossmächtigen in den Kommunen fungiert eine erste Kammer, deren Macht auch in Budgetfragen fast die gleiche ist, wie die der zweiten Kammer, und deren übergrosse Mehrheit als ein kompakter Block seit Jahrzehnten die von der schnellen sozialen Entwickelung bedingte Demokratisierung unserer Institutionen gehemmt hat. Die Bureaukratie, das alte Junkertum, die neuen grossindustriellen Magnaten und die Grossbauern teilen unter einander die politische Herrschaft, die Bourgeoisie bereichert sich, und die eigentlichen Volkselemente der Nation sind froh, wenn sie die schlimmsten Auswüchse der Reaktion, wie zum Beispiel eben ein Streikgesetz vom Typus *Zuchthausvorlage*, verhindern können. Wäre die Demokratie in Schweden zur Herrschaft gelangt, so ist es wohl möglich, dass die Unionskrise einen anderen Verlauf genommen hätte. Zwischen den Demokraten der beiden Länder und ganz besonders natürlich zwischen den Sozialdemokraten hat man sich immer gut verständigt. Die letzte Konfliktszeit hat sogar eine demonstrative Stärkung der freundlichen und brüderlichen Beziehungen der Arbeiter beider Länder gebracht. Der sozialdemokratische Parteitag in Stockholm im Februar dieses Jahres gab den norwegischen Delegierten das feierliche Versprechen, das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes ohne jede Einschränkung anzuerkennen und a l l e Konsequenzen für das zukünftige Verhalten der schwedischen Arbeiter daraus zu ziehen. Dies geschah zur selben Zeit, als norwegische Turner, norwegische Schützen, ja sogar norwegische Priester sich weigerten, ihre Berufskollegen in Schweden zu besuchen! Die echte internationale, brüderliche Gesinnung der Sozialdemokratie, die aller Völker Freiheit und Recht achtet, hat sich also schon bei Beginn der Krise aktiv gezeigt. Mehr konnte aber durch solche Anerkennungen unter den obwaltenden Verhältnissen nicht kommen, als die gewiss sehr wertvolle Einsicht in Norwegen, dass das schwedische Volk und das offizielle Schweden durchaus verschiedene Grössen seien. Diese Einsicht wird hoffentlich verhindern, dass aus der jetzigen Krise ein wirklicher Nationalhass entspringt.

WAR die norwegische Demokratie selbstverständlich damit einverstanden, die schwedischen Machthaber, die feindlichen sozialen Schichten angehören, durch einen raschen Schnitt gänzlich los zu werden, so wirkten bei den oberen Klassen Norwegens andere Rücksichten zu dem selben Ziele. Die endgültige Lösung der nationalen Frage war eben ein Lebensbedürfnis für die norwegische immer mehr kapitalistisch angehauchte Rechte geworden. Der Vereinigung von Nationalismus und Demokratie in der Partei der alten Linken war sie immer unterlegen, nur wenn sie selbst zeigte, dass sie ebensogut die nationalen Interessen vertreten könne, war der Rechten die Herrschaft bis auf weiteres möglich. So nahm die Rechte die Durchführung der nationalen Gleichberechtigung in ihr

Programm auf. Jetzt musste sie vorwärts, wollte sie nicht bei den Wahlen ganz weggefegt werden. Die Rechte, oder sagen wir genauer: der kapitalistische Liberalismus übernahm sogar die Führung in der momentanen nationalen Sammlung; der Staatsminister Michelsen ist ganz ein Mann jener Partei. Wenn der König die letze Möglichkeit einer neuen Übereinkunft wegwarf, so gab es auch für eine kapitalistische Partei in Norwegen, die ihre nationalen Wurzeln behalten wollte, nur einen Weg: weiter vorwärts, zur Absetzung des Königs, um die hemmende Union los zu werden!

SO ist es gekommen, dass für einen Augenblick alle Parteien und Klassen in Norwegen sich einten, um eine nationale Tat durchzuführen. Den Arbeitern war die selbe eine Garantie grösserer Freiheit und zugleich ein Abschütteln jeder möglichen Einmischung sozialer Feinde aus Schweden. Der emporstrebenden Bourgeoisie bot sie die Befestigung ihrer jetzigen Herrschaft, mit oder ohne monarchische Spitze. Die Bauern, deren Interessen zwischen den beiden schwanken, können nach Belieben sich für die eine oder andere Aussicht erwärmen; weil ihr Klassenvorteil in der Revolution nicht direkt engagiert ist, wird wohl von jener Seite der Anschluss etwas lau sein, obgleich andererseits zu einer Gegenaktion in irgend welcher Form absolut keine Veranlassung vorliegt.

DASS eine solche Einigkeit eines Volkes nur für den Moment zu erzielen ist, darüber kann besonders ein Sozialist nicht in Zweifel sein. Sind doch die Klassengegensätze auch in einem Lande, wie Norwegen, viel zu ausgeprägt, um die erhabene Stimmung der Einigkeit, die aller Welt mit vollstem Recht imponiert hat, für eine längere Zeit aufrechtzuerhalten. Die Wirkung ideologischer Momente für die Erhaltung der nationalen Einigkeit, wenigstens bis jede Gefahr für die neuerworbene Selbständigkeit vorüber ist, soll man jedoch auch nicht unterschätzen. Allzu viele Beweise von vaterländischer, ehrlicher Opferfreudigkeit, ohne alle Ruhmredigkeit, werden aus dem täglichen Leben in Norwegen während der ersten kritischen Zeit berichtet, um übersehen zu werden. Was jetzt die Fortsetzung oder das schnelle Zurückweichen jener Einigkeitsstimmung in Norwegen am meisten beeinflussen wird, das wird das Verhalten Schwedens sein.

IN Schweden hat das grosse Publikum offenbar keine Ahnung davon gehabt, dass es diesmal sich um ernstere Ereignisse handeln könne, als den gewöhnlichen *norwegischen Lärm*, dessen unsere Philister um so mehr herzlich müde waren, je weniger sie von dessen formellen oder gar tieferen Ursachen nur das elementarste Verständnis besassen. Das erste Gefühl unter den besitzenden und führenden Klassen Schwedens nach dem 7. Juni war daher das einer enormen Überraschung, die jedoch bald der psychologisch erklärlichen, aber nicht sehr weitsichtigen Erbitterung unangenehm überraschter Menschen Platz machte. Während der *Social-Demokraten* das freie norwegische Volk brüderlich dazu beglückwünschte, dass es sein Schicksal jetzt in die eigenen Hände genommen, und die feste Völkerunion der Arbeiter aller drei skandinavischen Länder gegenüber der eben gefallenen königlichen Zwangsunion betonte, erhitzten sich die bürgerlichen Gemüter immer mehr. Die verdammten Norweger, sie haben es gewagt, ihren König, unsern König abzusetzen! Die Union — mag sein, auch wir sind ihrer herzlich müde; aber den König absetzen, das war den tief loyalen Gefühlen des schwedischen Bürger- und Beamtentums ganz schrecklich;

diese Leute haben es längst vergessen, dass 1792 ein schwedischer König erschossen und 1809 sein Nachfolger abgesetzt wurde. Nach der ersten Betäubung sammelte sich denn auch alles, was in Schweden *loyal* denkt oder vielmehr gar nicht denkt, sondern instinktiv fühlt, in der etwas unbestimmten Losung *Es lebe der König!* Ein grosse *Volksdemonstration*, in der nur wenige Arbeiter, aber um so mehr die oberen Schichten bis auf das Kleinbürgertum herab aufmarschierten; man zog am 9. Juni nach Rosendal, wo man dem Könige und seiner ganzen Familie als Trost in schweren Zeiten unendlich viele Hurras spendete. Daneben wurde eine Hochflut von Sympathietelegrammen aus den oberen Zehntausend im ganzen Lande depeschiert, und in den Café-Konzerten von Stockholm gingen die nationalistischen Hurrapatrioten mit Schimpfereien und Tätlichkeiten gegen alle nicht demonstrativ königstreuen Bürger vor. Der König und seine schwedische Regierung beeilten sich unterdes, feierliche Proteste gegen die Ereignisse in Norwegen zu veröffentlichen; sie erklärten, die neue norwegische Exekutivgewalt n i c h t anzuerkennen, sprachen bittere Worte von *tiefster Kränkung der Rechte Schwedens* durch das Storthing und beriefen den Reichtag für den 20. Juni zu einer ausserordentlichen Session ein. Das alles schien ja ziemlich drohend, und so hat denn die Exekutive des sozialdemokratischen Parteivorstands es für ihre Pflicht gehalten, die A r b e i t e r Schwedens gegen den immer frecher sich gebärdenden Chauvinismus zum Widerstand aufzurufen. Ein Manifest wurde veröffentlicht, das die Arbeiter in ganz Schweden zu Kundgebungen für den Frieden und für das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes, gemäss den Versprechungen des Parteitages, aufforderte. Die *Patrioten* schäumten vor Wut, aber die Arbeiter haben mutig ihren Mann gestellt. Schon am 16. Juni fand in Stockholm die erste grosse Demonstration für unbedingt friedliche Abwickelung der Krise und für baldmöglichste offizielle Anerkennung des neuen Norwegens statt. Von der klassischen Stätte des Stockholmer Volksmeetings, wo Schreiber dieses die Rede hielt, zogen etwa 12 000 Arbeiter in bester Ordnung durch die Strassen der schwedischen Hauptstadt bis zu unserem prächtigen Volkshause, wo die feurige norwegische Nationalhymne, Björnsons Lied, mit Arbeiterliedern abwechselte. Und wie in Stockholm, so wurde überall der Mahnung gefolgt. In Göteborg sprach unter anderm von der sozialdemokratischen Rednertribüne herab für Frieden und Gerechtigkeit die auch in Deutschland sehr bekannte Schriftstellerin Ellen Key.

WENN die Arbeiter in jenen heissen Tagen durch den chauvinistischen Presselärm über den angeblichen *Schimpf*, den Norwegen Schweden angetan, hier oder da etwas unsicher gemacht worden wären, so halfen unsere G r o s s i n d u s t r i e l l e n redlich dazu, jede Möglichkeit eines nationalen Zusammenschlusses, wie er in Norwegen da war, für Schweden zu vereiteln. Zur selben Zeit, wie die Unionskrise, am 10. Juni, setzte die grösste Aussperrung ein, die wir bisher in Schweden gekannt haben. Die Besitzer unserer mechanischen Werkstätten, in einem mächtigen Verband stramm organisiert, haben ihre organisierten Arbeiter, etwa 18 000 Eisenarbeiter, Schmiede, Former, Holzarbeiter u. s. w., nach zweijährigen resultatlosen Verhandlungen auf die Strasse geworfen, weil die Arbeiter endlich *from sounde to things* kommen wollten und halbwegs anständige Minimallöhne forderten. Alle Vermittlungsversuche, zuletzt sogar die der Regierung, waren schon von den Industriebaronen schroff zurückgewiesen worden. Da kam die Loslösung Norwegens, und da dachten

einige der *Patrioten* denn doch, dass in solchen Zeiten eine Riesenaussperrung allzu schlimm von der unheilvollen Zersplitterung im schwedischen Volke zeugen würde. Ein paar Redakteure spielten sich als Vermittler auf, die grössten nationalen Trommeln wurden gerührt — aber in Geldsachen hört bekanntlich die bourgeoise Gemütlichkeit auf, und der Vorstand der Eisenindustriellen gab den ungebetenen Vermittlern mit klaren Worten zu verstehen, dass sie für die Zukunft sich lieber nicht in Angelegenheiten anderer einmischen sollten. Es ist klar, dass für die Arbeiter jene drastische Probe von dem wirklichen Gehalte des offiziellen *Patriotismus* nicht verloren gegangen ist. Und die Klasse, welche solche Beispiele gibt, lässt ihren Pressepöbel über die Arbeiterpolitik für Frieden und Gerechtigkeit herfallen und schimpft, wie es nur Nationalisten können, über die *vaterlandslosen Gesellen*, die Sozialisten!

DIE Schimpferei gegen die Arbeiter sollte indessen bald eine ganz andere, unerwartete Adresse bekommen. Als der Reichstag zusammentrat, überraschte der König alle Welt durch eine absolut friedliche Thronrede. Er wolle, sagte er, »Unrecht nicht mit Machtmitteln begegnen«, und seinem schwedischen Volke riet er, »kluge Selbstbeherrschung« zu zeigen. Die Regierung schlug vor, die Trennung unter gewissen Bedingungen, in erster Linie einem Schiedsgerichtsvertrag mit Norwegen, gutzuheissen; die Details seien mit dem Storthing näher zu verhandeln. Das war nun gerade das Gegenteil dessen, was die Hurrapatrioten so sicher erwartet hatten. Der König, statt mit Mobilisierung und Krieg zu drohen, akzeptierte ja fast die Anschauung der schwedischen Arbeiter, jener Verruchten! Die Enttäuschung und die Wut in nationalistischen Kreisen war enorm; des Anstandes halber musste man sich jedoch damit begnügen, dem Könige gegenüber, den man eben so kriechend gefeiert hatte, mit allerlei Anspielungen auf Altersschwäche, Familienrücksichten und dergleichen vorzugehen. Gegen die Regierung, die wirklich nicht allzu stark war, die im Kampfe für die Interessen der Reaktion gegen die Demokratie sich zwei flagrante Niederlagen in der zweiten Kammer geholt hatte, warf sich um so ungestümer die nationalistische Erbitterung. Besonders in der ersten Kammer wüteten die Junker, und die Hetzpresse forderte jeden Tag die Demission der Regierung, die eine Schande für die Ehre und Würde Schwedens wäre. Den ersten Ansturm hat jedoch die Regierung ziemlich gut bestanden, und den etwas besonneneren Elementen des Reichstages ist es gelungen, die Kommission, welche die brennenden Fragen zunächst prüfen wird, wenigstens nicht ganz im nationalistischen Sinne zusammensetzen zu lassen. Die Wirkung der fortgesetzten Presskampagne gegen die Regierung und für verletzende *Bedingungen* einer Anerkennung der Trennung, die auch, soweit es nur möglich wäre, aufgeschoben werden sollte, eine Kampagne, die mit besonderer Heftigkeit von einigen bisher als *liberal* geltenden grossen Zeitungen geführt wird, lässt sich indessen noch nicht beurteilen. Das heutige Schweden bietet das ungewöhnliche Schauspiel einer Bourgeoisie, die mehr oder weniger von kriegerischem Chauvinismus gegen die, vermeintlich schwachen, westlichen Nachbarn angesteckt ist, während die Krone, die wohl die Gesinnung von international bestimmenden Kreisen kennen muss, und die Arbeiter zusammen den Frieden wahren. Das ist nicht ganz nach dem alten demokratischen Katechismus, nach dem die Völker immer nur von den bösen Königen zur Schlachtbank geführt werden, aber es ist so heute bei uns in Schweden.

Die Stimmung im Reichstage, wo die besitzenden Klassen so ziemlich unter sich sind, bildet momentan die Kriegsgefahr. Da intrigiert man für Hundertmillionenanleihen, um *Macht* hinter die schwedischen Bedingungen zu setzen, da würde in weiten Kreisen eine Mobilmachung, über die schon ziemlich weit getriebenen Vorsichtsmassregeln hinaus, mit Freuden als *männliche Tat* begrüsst werden. Und während das die Gefühle der Bourgeoisie sind, senden sozialdemokratische Arbeiterkonferenzen dem Könige ihren Dank wegen seines entschlossenen und weitsichtigen Auftretens für den Frieden im Norden !

SO zeigt noch einmal das lebendige Leben, dass es reicher und vielseitiger ist, als jede in Dogmatismus auslaufende Theorie, mit der wir schematisch zu operieren versuchen. Die Sozialdemokratie ist in Schweden, wie überall, republikanisch, in dem Sinne, dass die Republik als die natürliche Staatsform einer vorgeschrittenen demokratischen Gesellschaft anerkannt wird. Besondere Anstrengungen aber zu machen, um unsere sozial zurückgebliebene, nach oben kriechende und nach unten despotische, die Arbeiter als Faulenzer beschimpfende und selber in Faulheit und Wohlleben versunkene Bourgeoisie, die sich jetzt noch dazu für den Chauvinismusbazillus ausserordentlich empfänglich gezeigt hat, durch Beseitigung des Königtums als alleinige Machthaberin auf den Schild zu erheben, dazu verspüren die schwedischen Arbeiter nicht die geringste Lust. Ganz anders liegen die Dinge für unsere norwegischen Brüder. Die Sozialdemokraten im Storthing stimmten gegen die Bernadottesche Thronkandidatur — ob sie es auch getan hätten, wenn ihre Stimmen ausschlaggebend gewesen wären, bleibe dahingestellt. Jedenfalls wäre es sehr verständlich gewesen, wenn auch überzeugte Republikaner die schnelle und friedliche Abwickelung der skandinavischen Krise für wichtiger erachtet hätten, als die Frage, ob Norwegen sogleich einen Präsidenten statt eines Königs bekommt, welcher den Willen des Storthings auszuführen hat. Nun, da dieses Moment, die schnelle Versöhnung mit Schweden, nicht mehr ins Gewicht fällt, da König Oscar offenbar der allgemeinen Stimmung in Schweden das Opfer seiner persönlichen Neigungen gebracht hat und keinen Prinzen nach Norwegen senden wird, ist unseren Genossen die Bahn zur Republik völlig frei. Dagegen wird jetzt nur der norwegische Chauvinismus sich auftun, der es schlecht vertragen würde, dass neben dem Könige von Schweden und Könige von Dänemark Norwegen *nur* einen bürgerlichen Präsidenten stellen könnte. Dafür spricht, ausser den allgemeinen Argumenten, die aus der Entwickelung und dem Volkscharakter so bestimmt auf diese Lösung hinweisen, noch die Rücksicht auf die wirkliche Würde des Landes, die durch eine Feilbietung der norwegischen Krone bei verschiedenen fürstlichen Familien nicht gehoben werden könnte. Hoffentlich werden also die Dinge in Norwegen sich in republikanischer Richtung entwickeln. Aber über der Staatsform und hoch über den Einzelheiten der neuen Ordnung auf der skandinavischen Halbinsel steht die gebieterische Forderung, die auch für ganz Westeuropa grosses Interesse haben muss: mögen die beiden Völker in Frieden und schnell sich verständigen ! Das ist die Politik der Vernunft, wie der Gerechtigkeit, das ist auch die unerschütterliche Politik der schwedischen Arbeiter.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · WIRD DIE SOZIALDEMOKRATIE VOLKSPARTEI?

SEIT die Sozialdemokratie sich durch Beteiligung an Wahlkämpfen und parlamentarischen Verhandlungen politisch betätigt, hat es auch Diskussionen darüber gegeben, wie diese Betätigung auf das Wesen der Partei und die Natur ihrer Propaganda zurückwirkt. Es ist bekannt, dass die früheren Sozialisten die damit verbundene Umwandlung der Sozialdemokratie aus einer propagandistischen Verbindung in eine politische Partei, soweit sie sich ihr nicht entgegenstellten, nur halben Herzens guthiessen. Die einen fürchteten von ihr eine Abschwächung des Interesses für die rein sozialistischen Ideale, die anderen eine Beeinträchtigung des revolutionären Geistes, alle machten ihre Vorbehalte: so oder so weit solle allenfalls gegangen werden, aber unter keinen Bedingungen weiter. Das gilt auch von Marx und Engels, die nur mit grossen Einschränkungen als die geistigen Väter der parlamentarischen Aktion der Sozialdemokratie, wie sie sich heute gestaltet, bezeichnet werden können. Wohl befürworteten sie die politische Aktion der Arbeiterklasse. Aber was sie darunter verstanden, unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von dem, was daraus geworden ist.

ES hängt dies zum Teil damit zusammen, dass die ganze gesellschaftliche Entwickelung einen etwas anderen Verlauf genommen hat, als sie voraussetzten. Nur im grossen geschichtsphilosophischen Sinne hat sich das soziale Sehertum von Marx bewährt; im Abschätzen von Zeit und Modus war auch er ein Sterblicher und hat sich gar manchmal geirrt. Je mehr Zeit aber die Entwickelung brauchte, um so mehr Abweichungen vom vorher entworfenen Bilde mussten sich einstellen.

AUCH haben die Dinge ihre eigene Logik. Wir geniessen in der Wahl unserer Schritte immer nur bedingte Freiheit. Es geht den Menschen wie nach Mephisto den Teufeln und Gespenstern: »Wo sie hereingeschlüpft, da müssen sie hinaus. Das erste steht uns frei, beim zweiten sind wir Knechte.« Wir können uns entscheiden, ob wir eine bestimmte Bahn beschreiten wollen oder nicht. Haben wir uns aber entschieden und den ersten Schritt getan, so kommen eine Reihe anderer dran, ob wir es wollen oder nicht.

SO ging es zunächst mit der Wahlbeteiligung. Von vielen ward sie als reine Protestaktion gedacht. Der Stimmzettel sollte ein revoluionäres Pronunziamento darstellen, der Wahlkampf ausschliesslich zur Propaganda der sozialistischen Grundsätze benutzt, vom Wahlrecht nur zu diesem Zwecke Gebrauch gemacht werden. Die extremsten Vorschläge in dieser Richtung waren die der Anarchisten und *Sozialrevolutionäre* der schärferen Tonart, nur weisse oder ungültige, auf Namen von Verstorbenen oder nicht wählbaren Personen lautende Stimmzettel abzugeben, um diesen den reinen Zählcharakter für den revolutionären Protest zu sichern. Aber selbst Friedrich Engels erkannte noch 1884 in seiner Schrift *Der Ursprung der Familie* dem Wahlrecht im heutigen Staate — ob bismärckische Monarchie oder demokratische Republik — keine höhere Funktion zu, als die, »Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse zu sein. Mehr könne es »nie sein im heutigen Staat«.

INDES, der Krieg hat seine eigenen Gesetze. Und eines der selben lautet, dass man nicht mit der Absicht, bloss zu plänkeln, in eine Schlacht gehen kann. Wer nicht die ernste Absicht zeigt, siegen zu wollen, der ist da von vornherein der Niederlage sicher. Und, wenn wir von Zuständen absehen, wo die geltende politische Verfassung von der Masse der Bevölkerung überhaupt nicht anerkannt, sondern nur als Provisorium ertragen wird, dessen man sich bei der ersten günstigen Gelegenheit entledigen werde, heisst der Sieg im Wahlkampf Eroberung und Geltendmachung des Parlamentsmandats. Daher hat die Taktik der reinen Proteststimmzettel nirgends vorgehalten. Wo sie versucht wurde, zeitigte sie von Wahl zu Wahl schlechtere Resultate. Fast überall musste sie schon nach der zweiten Probe als hoffnungslos aufgegeben werden. Den Wahlkampf aufnehmen hiess und heisst, um das Mandat oder wenigstens die grösstmögliche Stimmenzahl kämpfen.

DAMIT war dem Teufel, genannt *Anpassung*, der kleine Finger gereicht, aus dem hier und da die ganze Hand, manchmal auch gleich ein ganzer Arm wurde. Die Anpassung geht in verschiedener Form vor sich. Einmal — und das ist die unanstössigere, allgemeine, aber darum doch auch folgenreiche Form — passt man sich an die Tagessituation an und führt den Kampf in erster Linie unter dem Banner von radikalen politischen etc. Forderungen, die dieser entsprechen, ohne deshalb die sozialistischen Grundsätze und Ziele zu verleugnen. Die zweite ist, man passt sich, um recht viel Stimmen zu erlangen, auch, oder überhaupt, der Disposition eines grösseren Kreises rückständiger Wähler an und vertuscht oder verleugnet sein sozialistisches Programm.

ÜBER letzteres sind in der deutschen Sozialdemokratie so ziemlich von der Zeit an, seitdem sie besteht, Klagen geführt worden. Ehedem in viel stärkerem Masse, als heute, und auch mit viel grösserem Rechte. Da die Wählerschaft in Bezug auf den Klassencharakter bunter zusammengesetzt, die Arbeiter in ihrer Masse weniger klassenbewusst, die Agitatoren weniger durchgebildet waren, musste es letzteren überaus nahe liegen, die Absichten und Ziele ihrer Partei durch Abschwächung und Vertuschung den rückständigen Wählern mundgerecht zu machen. Wo solches zur Kenntnis der Parteikongresse kam, ist es stets aufs schärfste gerügt worden; aber nachgelassen hat es erst in dem Masse, wie die soziale Entwickelung das Arbeiterelement immer stärker anwachsen liess und das politische Selbstgefühl der Arbeiter sich entsprechend hob.

WIE es aber auch mit der Anpassung gehalten wurde, ob es bei der erstbezeichneten, die überall stattfand, verblieb, oder zur zweiten, potenzierteren Form Zuflucht genommen wurde, das Resultat der Wahlbeteiligung war von Anfang an, dass die sozialdemokratischen Kandidaten bei den Wahlen einen mehr oder minder starken Prozentsatz von Stimmen erhielten, die von Nichtarbeitern und Nichtsozialdemokraten herrührten. Über die relative Stärke dieses Prozentsatzes von Mitläufern sind schon früh Vermutungen angestellt worden, aber die Tatsache, dass immer noch nennenswerte Bruchteile der Arbeiterschaft zu bürgerlichen Parteien hielten, liess alle Berechnungen als sehr unsicher erscheinen.

× × ×

DIE grosse Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen auf der einen Seite und das Wachstum der Arbeiterklasse, wie überhaupt die schärfere Aus-

prägung der Klassen auf der anderen Seite sind unzweifelhaft Momente, die einer solchen Berechnung heute einen grösseren Wahrscheinlichkeitswert verleihen. Im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* hat neulich Dr. R. Blank eine Studie über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands veröffentlicht, die auf Grund einer Vergleichung der Wahlstatistik mit der Berufsstatistik ein sich der Wirklichkeit möglichst annäherndes Bild davon zu gewinnen sucht, aus welchen Bevölkerungselementen sich die drei Millionen von Wählern zusammensetzen, die bei der Reichstagswahl von 1903 der Sozialdemokratie ihre Stimme gaben. Gegen seine Berechnungsweise sind von verschiedenen Seiten Einwände erhoben worden, insbesondere von Bebel in der *Neuen Zeit*, aber die meisten stellen sich bei näherer Prüfung als nicht stichhaltig heraus. Sie beruhen entweder selbst auf irrigen Annahmen oder betonen Faktoren, auf die bei Blank schon in vollem Masse Rücksicht genommen ist. Wenn zum Beispiel Bebel Blank vorwirft, er habe die aus der Gewerbestatistik ausgeschlossenen Hunderttausende von Arbeitern des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbetriebes nicht berücksichtigt, so verwechselt er die Gewerbezählung mit der Betriebszählung. Bei der Betriebszählung wurden die betreffenden Staatsbetriebe und ihre Arbeiter allerdings nicht berücksichtigt, bei der Gewerbezählung, die Blank seiner Berechnung zu Grunde legt, sind diese Arbeiter aber berücksichtigt worden. Ferner ist Bebel sicher auf falschem Wege, wenn er Blank vorwirft, nach seiner Berechnung, die für das Zentrum 1903 rund 873 000 Stimmen von industriellen Arbeitern ergibt, müssten alle 842 000 Stimmen, die dieses in jenem Jahre aus Orten mit über 2000 Einwohnern erhielt, Arbeiterstimmen gewesen sein, da die restlichen Stimmen des Zentrums (1 033 000) vom platten Land kamen. Er vergisst, dass auf dem platten Land auch industrielle Arbeiter wohnen. 1895 gehörten rund 8 Millionen Bewohner der Orte mit unter 2000 Einwohnern der Industrie, dem Handel und Verkehr an, darunter 1 497 651 männliche Industriearbeiter und 156 421 männliche Arbeiter in Handel und Verkehr. Von diesen haben sicher etliche Hunderttausend für das Zentrum gestimmt, und damit wird der obige Vorhalt hinfällig. Nicht anders steht es mit noch etlichem anderen. Tatsächlich ist Dr. Blank bei seinen Berechnungen so vorsichtig verfahren, als es nur verlangt werden kann. Er hat auf alle nicht ziffernmässig festzustellenden Faktoren, wie Zunahme der gewerblichen Arbeiterschaft von 1895 bis 1903, Proportion der nicht wahlberechtigten Arbeiter der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren, Proportion der im Wahlalter stehenden, nicht eingetragenen Arbeiter, Proportion der dem Wahlakt ferngebliebenen Arbeiter, bei seiner Berechnung in solcher Weise Rücksicht genommen, dass ihn höchstens der Vorwurf treffen könnte, die Zahl der gewerblichen Arbeiter, die 1903 für die Sozialdemokratie stimmten, zu hoch berechnet zu haben. Sicherlich hat er sie nicht zu niedrig angesetzt.

WIE stellt sich nun seine Berechnung?

ES wurden in Deutschland 1895 in Industrie, Bergbau etc. 4 963 409 und in Handel und Verkehr 868 042 erwerbstätige männliche Arbeiter gezählt. Von den ersteren müssen 41,65 %, von den letzteren 36,4 % als unter 25 Jahre abgerechnet werden, bleiben als im wählfähigen Alter 3 448 223 gewerbliche etc. Arbeiter. Obwohl nun erheblich mehr als eine halbe Million im Wahlalter

stehender männlicher Personen nicht in die Wählerlisten eingetragen waren, nimmt Blank doch an, dass sämtliche Arbeiter jener Altersjahre auch Wähler waren, und er nimmt ferner an, dass von den Arbeiterwählern, obwohl bei einem Teil von ihnen noch starke Indifferenz herrscht, ein gleicher Prozentsatz am Wahlakt teilgenommen habe, wie der Durchschnitt der Wahlberechtigten aller Volksschichten, nämlich 76 %. Dann würde sich die Zahl der 1903 von gewerblichen etc. Arbeitern abgegebenen Wahlstimmen auf 2 620 649 belaufen. Davon ist aber noch abzuziehen die Zahl solcher Arbeiter, die, wie Zentrumsanhänger, evangelische und Hirsch-Dunckersche Gewerkvereinler etc., anders als sozialdemokratisch wählen. Da allein mehr als ein Drittel der gewerblichen Arbeiter Katholiken sind, und die Masse der Katholiken noch zum Zentrum steht, glaubt Blank nicht fehlzugreifen, wenn er die Zahl der Arbeiter, die 1903 nicht sozialdemokratisch wählten, auf insgesamt ein Drittel der Wähler aus der Arbeiterklasse einschätzt. Dies Drittel von der vorstehenden Zahl abgezogen, lässt 1 747 095 Wahlstimmen für die Sozialdemokratie. Zu ihnen muss aber noch die Zahl für den Anteil am Zuwachs der Arbeiterklasse in den acht Jahren von 1895 bis 1903 hinzugerechnet werden, den Blank ebenso hoch einschätzt, wie er in den dreizehn Jahren zwischen 1882 und 1895 war, nämlich 40 %. So erhalten wir schliesslich als höchste Zahl der gewerblichen etc. Arbeiter, die 1903 sozialdemokratisch stimmten, 2 446 000. Da aber die Sozialdemokratie 3 010 771 Wahlstimmen erhielt, müssen mindestens 564 000 Wahlstimmen von anderen, als der gewerblichen Arbeiterklasse angehörenden Wählern herrühren. Vergleiche mit den vorhergegangenen Wahlen und Wahlstatistiken aus den Grossstädten lassen Blank jedoch den Schluss als berechtigt erscheinen, dass diese Zahl erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleibt, dass faktisch die Zahl der sozialdemokratischen Wähler, die nicht der gewerblichen Arbeiterschaft zugehörten, 1903 rund 750 000 betragen haben wird.

WELCHEN Gesellschaftsklassen sollen diese drei Viertel Million Wähler — fast ebensoviel, wie die Wähler, die 1903 die beiden Flügel der freisinnigen Partei zusammen auf sich vereinigten — angehören? Blank bezeichnet sie kurzweg als *bürgerliche Anhänger der sozialdemokratischen Partei* und nennt »Handwerker, kleine Kaufleute, kleine Beamte, kaufmännische Angestellte, überhaupt kleine selbständige Gewerbetreibende der verschiedensten Art, hier und da auch Angehörige der höheren Gesellschaftsklassen« als ihre Bestandteile. Dass auch Angehörige der landwirtschaftlichen Berufe das sozialdemokratische Kontingent verstärkt haben, erkennt er zwar an, hält aber den Zuwachs, den die Sozialdemokratie aus diesen Kreisen empfing, für nicht bedeutend genug, um ihn mit einer grösseren Ziffer in Rechnung zu stellen. Wohl hebt er hervor, dass die Sozialdemokratie 1903 in den Landorten nicht weniger als 735 000 Stimmen hatte und damit schon die Partei der Junker, die deutschkonservative Partei, hinter sich liess, die nur 667 000 Stimmen auf dem Lande erhielt. Auch zeigt er am Beispiel einzelner kleinerer Landesteile auf Grund der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung und der Zahl der sozialdemokratischen Wähler, dass die Sozialdemokratie dort landwirtschaftliche Stimmen erhalten haben muss, der *antikollektivistische Bauernschädel* also kein Hindernis für die Ausbreitung der Sozialdemokratie bildet. Aber im allgemeinen leitet er die grosse Masse der in Landbezirken erzielten sozial-

demokratischen Stimmen von der dort lebenden gewerblichen Bevölkerung her, die, wie oben gesehen, allein 1½ Millionen erwachsene männliche Arbeiter umfasst. Die landwirtschaftlichen Arbeiter geben nach ihm »nur in Ausnahmefällen« sozialdemokratische Stimmzettel ab.

DAS ist nur mit grosser Einschränkung zu unterschreiben. Bei den Wahlen von 1903 wenigstens müssen die sozialdemokratischen Stimmzettel der Landarbeiter eine recht beträchtliche Höhe erreicht haben. An verschiedenen Orten, wo Schreiber dieses im Wahlkampf sprach, ist ihm von den Genossen, die auf den Dörfern Kleinarbeit verrichten, erklärt worden, dass sie bei den Landarbeitern auf mehr Entgegenkommen und Mut stiessen, als bei vielen Industriearbeitern, und wer die Wahlberichte aus den ländlichen oder halbländlichen Wahlkreisen Ostpreussens, Pommerns, der Mark Brandenburg, Mitteldeutschlands verfolgt hat, wird überall die Tatsache hervorgehoben finden, dass die Landarbeiter ein grösseres Kontingent, als je zuvor, zur sozialdemokratischen Wählerschaft gestellt hätten. So schrieb zum Beispiel gerade jetzt auch der *Vorwärts* in einem Bericht über die am 12. Juli erfolgte Nachwahl in dem stark agrarischen Kreise Oberbarnim (Mark Brandenburg), nachdem er ausgeführt, dass die Gutsbesitzer die heimischen Landarbeiter, von denen fortgesetzt grosse Prozentsätze in die Städte und insbesondere Berlin abwandern, teils durch ausländische Arbeiter und teils durch Arbeiter aus den zurückgebliebensten Distrikten des Ostens ersetzen: »Wenn nach diesen Umständen auf dem platten Lande die Stimmen für die Sozialdemokratie bei dieser Wahl fast die Höhe der Wahl von 1903 erreichten, und der Hauptverlust der konservativen Stimmen auf dem Lande zu verzeichnen ist, so ist das ein Resultat, das zu guten Hoffnungen für die Stichwahl berechtigt. Insbesondere die Schnitter sind fast geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten. Der Stimmenverlust der Konservativen auf dem platten Lande ist weit grösser, als der der Sozialdemokratie. Ein Rückgang der Stimmen der Sozialdemokratie ist im wesentlichen in den kleineren Städten erfolgt.« Die Erklärung für die letztere Erscheinung gehört nicht hierher. Aber aus dem, für unsere Frage durchaus tendenzlosen Bericht geht so viel hervor, dass der Kontakt der politischen Organisation mit der Landarbeiterschaft schon ein recht enger gewesen sein muss. Und Ähnliches habe ich vielfach gefunden. In Dörfern, wo früher ein versprengter Industriearbeiter heimlich das Parteiorgan des Kreises oder der Provinz las, halten jetzt vielleicht ein Dutzend oder mehr Landarbeiter ganz offen und sogar mit Stolz das betreffende Blatt. Der Landarbeiter ist durch die Leutenot vielfach in die Lage eines qualifizierten Arbeiters geraten, und das wirkt, neben anderen Faktoren, auf sein Selbstgefühl zurück.

ALLERDINGS handelt es sich bei den Stimmen in den Landorten immer um kleine Zahlen, von denen sich schon viele summieren müssen, um einen Posten von 10 000 zusammenzubringen, und so mag Bebels Schätzung etwas zu hoch gegriffen sein, die von den 735 000 in Landbezirken für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen drei Fünftel (435 000) Landarbeitern und Kleinbauern in proletarischer Lebenslage zurechnet. Aber auf mindestens zwei Fünftel (294 000) wird man sie doch zu schätzen und so etwa 150 000 bis 200 000 Landarbeiterstimmen der Sozialdemokratie zuzurechnen haben. Das liesse nur 550- bis 600 000 Stimmen für die Kategorien übrig, die Blank als

bürgerlich bezeichnet. Der bürgerliche Einschlag in der proletarischen Kette verringert sich damit von einem Viertel auf ein Fünftel der Wählerstimmen von 1903. Bebel schätzt den bürgerlichen Zusatz auf nur ein Sechstel. Ziffernmässig ist das kein grosser Unterschied, um so grösser ist die Abweichung in der Wertung der Rückwirkung dieses Einschlags auf den politischen Charakter der Sozialdemokratie, auf die Frage *Proletarisch-revolutionäre Klassenpartei oder sozialdemokratische Volkspartei?*

× × ×

WIRD die Sozialdemokratie bei dem Wachstum, das sie in Deutschland aufweist, den proletarischen Klassencharakter bewahren, oder wird er unter dem Einfluss dieses Wachstums eine Modifikation erleiden? Das ist die Frage, die Blank im Anschluss an seine wahlstatistische Untersuchung aufwirft. Er beantwortet sie im letzteren Sinne. Bebel bekämpft dies, aber was er Blank entgegenhält, trifft meines Erachtens nicht den Kern der Frage, geht vielmehr meist an den Argumentationen Blanks vorbei. Dies namentlich auch deshalb, weil die Begriffsbestimmung bei Blank eine ganz andere ist, als bei Bebel.

WER Blanks Studie aufmerksam liest, dem wird es auffallen, dass er den Begriff *Proletarier* in einem sehr engen Sinne gebraucht, dagegen dem Begriff *bürgerlich* eine sehr weite Deutung gibt. Umgekehrt Bebel. Klassen oder Schichten, die bei Blank als bürgerlich figurieren, werden bei Bebel der proletarischen Armee zugewiesen. So, wie oben gesehen, etliche hunderttausend »Kleinbauern in proletarischer Lebensstellung«, so an anderer Stelle »Hunderttausende« kaufmännischer Angestellter »in rein proletarischer Existenz«. Was heisst aber *proletarische Existenz*? Ist es die Einkommenshöhe, die wirtschaftliche Abhängigkeit, welche den Proletarier bestimmen? Der Sprachgebrauch geht heute sehr stark in dieser Richtung, aber im Sinne der marxistischen Theorie liegt es nicht, von jenen zwei Momenten allein schon den Proletarier bestimmen zu lassen. Nach der Marxschen Theorie gehört zum Proletarier: 1. die Trennung von den Arbeitsmitteln, 2. die damit verbundene wirtschaftliche Abhängigkeit, 3. die voraussichtliche Lebenslänglichkeit dieser sozialen Stellung. Obwohl nicht ausgesprochen, ist doch hierin noch einbegriffen: 4. die tatsächlich, wenn auch nicht rechtlich, enge Begrenzung der sozialen Laufbahn. Nur Berufe, die diese vier Merkmale zusammen aufweisen, können unter dem Gesichtspunkt der Marxschen Theorie als im eigentlichen Sinne proletarisch bezeichnet werden. Wo dagegen, wie zum Beispiel in der kaufmännischen Laufbahn, den Berufsangehörigen teils doch noch die Etablierung als selbständiger Geschäftsmann, teils eine weite Karriere bis zum Betriebschef oder Disponenten mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit offen steht, kann von einem proletarischen Beruf nicht gesprochen werden, selbst wenn sich, wie dies heute im Kaufmannsberuf der Fall, für einen wachsenden Prozentsatz der Berufsangehörigen dem proletarischen Verhältnis ähnliche Lebensbedingungen ausbilden. Insofern hat Blank recht, und Bebel unrecht. Dass Tausende und Abertausende von kaufmännischen Angestellen, ebenso wie Tausende von Kleinbauern, Handwerkern, kleinen Geschäftsleuten etc. sozialdemokratisch stimmen, macht sie noch nicht zu Proletariern; nicht die Gesinnung, die Klassenlage bestimmt die Klassenzugehörigkeit. Immer vom Gesichtspunkt der Marxschen Theorie aus, die Blank seinen Betrachtungen zu Grunde legt, und die hier keine Verwischung duldet.

INDESSEN ist der Sprachgebrauch, wenn er auch irre gehen kann, doch gewöhnlich der Anzeiger realer Entwickelungen. Wenn einzelne eine Bezeichnung auf sich anwenden, die formell gar nicht auf sie passt, so mag das als blosser Stimmungsausfluss zu betrachten sein. Zum Beispiel, wenn hochgestellte Beamte, denen noch höhere Chefs auf die Hühneraugen getreten sind, plötzlich finden, dass sie auch nur Proletarier seien, so ist das nicht ernst zu nehmen. Wenn aber ganze Klassen oder Volksschichten sich als proletarisch bezeichnen respektive die Bezeichnung akzeptieren und mit den wirklichen Proletariern unter deren Fahne dauernd zusammengehen, so ist von blossem Stimmungsausfluss nicht mehr zu reden, es muss dann eben mehr vorliegen, als bloss Stimmung, was diese Gestaltung der Dinge zur Folge hat.
UND das ist denn auch in der Tat der Fall. Zwei Faktoren geben einer ganzen Reihe von sozialen Schichten, die zwischen dem eigentlichen Proletariat — das Wort immer im Marxschen Sinne gebraucht, als Bezeichnung für die Klasse der Lohnarbeiter auf Lebenszeit — und der Bourgeoisie stehen, immer mehr ein proletarisches Gepräge. Erstens die Tatsache, dass diese Schichten am Aufstieg der Bourgeoisie fast gar keinen Anteil haben, sondern in Einkommen etc. immer mehr hinter ihr zurückbleiben, während das Proletariat sie in dieser Hinsicht entweder einholt oder gar überholt. Zweitens der Umstand, dass die ihnen somit am nächsten stehende Klasse der Lohnarbeiter an Zahl und Geschlossenheit und damit auch an sozialem Schwergewicht beständig zunimmt. Ein psychologisch leicht begreiflicher Trieb bringt Klassen oder Schichten, die als solche keine bestimmten eigenen sozialen Aspirationen haben, immer stärker in den Bann der ihnen am nächsten stehenden grösseren Klasse, bei der dies der Fall ist. Man könnte hier von einer *sozialen Gravitation* oder *Affinität* sprechen, die übrigens im vorliegenden Fall oft genug durch persönliche Verwandtschaftsbeziehungen der einzelnen Glieder dieser Klassen stark unterstützt wird. Welcher Kleinbauer, Kleingewerbetreibende, kleine Beamte etc. hat nicht heute Brüder oder Vettern, Söhne oder Neffen, die gewerbliche Lohnarbeiter sind?

IN Norddeutschland respektive Preussen wird diese soziale Gravitation des weiteren unterstützt durch das grosse Stück Feudalismus, der sich hier in den Staatseinrichtungen (Militärwesen, Staatsbureaukratie etc.) erhalten und das bürgerliche Leben in dem Sinne stark beeinflusst hat, dass das von der französischen Revolution her berühmte bürgerliche Programmwort *La carrière ouverte à tous* hier für ganze Beamten- etc.-schichten nicht einmal den Illusionswert hat, den es in anderen Ländern moderner Entwickelung besitzt, sie vielmehr jenseits einer sehr eingeengten Laufbahn alle Möglichkeit weiteren Aufstiegs durch eiserne Schlösser vor sich verrammelt sehen. Ich habe in England sehr wenig Verkehr unterhalten, aber es fallen mir doch im Augenblick, wo ich dies schreibe, allein drei Fälle von Leuten ein, die ich dort noch als Lohnarbeiter kannte, und von denen heute der eine höherer Lehrer, die anderen zwei Rechtsanwälte sind. Und doch ist England sogar in vieler Hinsicht auch noch hinter anderen Ländern bürgerlicher Entwickelung zurück.

ZUR sozialen Gravitation kommt die politische hinzu, als Folge des von Bebel mit Recht hervorgehobenen energischen Eintretens der Sozialdemokratie für alle sozial Geschädigten und Unterdrückten, wozu eben jene Klassen auch

gehören. Je grössere Bedeutung die Sozialdemokratie im Parlament erlangt, um so grösser wird ihr Einfluss auf alle Klassen und Schichten, die sich bei der gegebenen Gestaltung der Dinge benachteiligt fühlen. Und dieses Ansehen überträgt sich von der Partei auf die Klasse, als deren Vertreterin sie auftritt. WENN also Bebel Blank gegenüber erklärt, die Stimmen oder selbst der Anschluss der von Blank als bürgerlich bezeichneten Elemente würden den proletarischen Charakter der Sozialdemokratie nicht ändern, so hat er zum mindesten die bis jetzt vorliegende Erfahrung für sich. Von Blank hervorgehobene Tatsachen, wie das Fehlen der Proklamierung des Klassenkampfes in Wahlflugblättern, sind hierfür ganz ohne Belang. Es ist mir in dem Menschenalter, das ich der Partei angehöre, kein von ihr veröffentlichtes Wahlflugblatt vor die Augen gekommen, in dem der Klassenstandpunkt der Partei anders oder schärfer gekennzeichnet worden wäre, als in dem von ihm zitierten Flugblatt, dass ihn als den Kampf gegen alle Klassenherrschaft hinstellt. Überhaupt ist Bebel darin beizupflichten, dass heute der sozialdemokratische Standpunkt in keiner Weise weniger scharf zum Ausdruck kommt, als früher.
GLEICHWOHL ist die Partei auf dem Wege, Volkspartei zu werden, ja, sie ist es in nicht geringem Grade heute schon. Blank unterscheidet in geistreicher Weise zwischen der Partei als einer I d e e n gemeinschaft und der Partei als einer I n t e r e s s e n gemeinschaft und meint, das erstere trete beim Verhältnis der sozialdemokratischen Partei zu ihren Bestandteilen immer mehr hinter dem letzteren zurück. Dies in dem Sinne, dass die Partei immer mehr zu einer K o a l i t i o n d e r d e m o k r a t i s c h e n V o l k s e l e m e n t e werde. Letzteres ist unzweifelhaft richtig, aber die Ideengemeinschaft hat bis jetzt darunter nicht gelitten. Die Sache ist vielmehr die, dass mit der ganzen Wirtschafts- und Klassenverschiebung der Gegenwart auch der Begriff *Volk* als politische Kategorie einen a n d e r e n I n h a l t erhalten hat, als er ihn früher hatte. Im Unterschied von der ethnologischen Bedeutung des Wortes bedeutet *Volk* politisch die von den herrschenden Klassen unterschiedene Masse einer Nation. Diese Masse sieht zu verschiedenen Zeiten sehr verschieden aus, und in ihr sind demgemäss auch zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Bevölkerungselemente tonangebend: Bauern, städtisches Klein- und Mittelbürgertum, Arbeiter. In dem Masse daher, wie die soziale Entwickelung der Arbeiterklasse das Übergewicht im Volke zuschiebt, kann *Arbeiterpartei* und *Volkspartei* identisch werden. Das aber ist tatsächlich heute schon in hohem Grade der Fall. Ohne aufzuhören, in erster Linie Partei der Arbeiterklasse zu sein, wird die Sozialdemokratie immer mehr Volkspartei. Wie einst die bürgerliche Demokratie Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der breiten Masse des Bürgertums war, so ist die Sozialdemokratie heute Volkspartei unter dem Gesichtswinkel der Arbeiterklasse. Die nichtproletarischen oder nicht reinproletarischen Elemente, die sich ihr anschliessen, akzeptieren den Gesichtspunkt der Arbeiterklasse, erkennen diese als die führende Klasse an. Die einen mehr, die anderen minder bewusst, a l l e a b e r d u r c h d i e T a t.

× × ×

ES liegt auf der Hand, dass solche politische Vermischung von Klassen indes doch nur bis zu einem gewissen Grade vor sich gehen kann, ohne den Grundcharakter der Partei auch zu beeinflussen. Ob der nichtprole-

tarische Einschlag in der sozialdemokratischen Wählerschaft ein Viertel dieser beträgt, wie Blank meint, oder ein Sechstel, wie Bebel behauptet, ist eine rechnerische Frage, die politische Bedeutung erst durch die Antwort auf die andere Frage erhält, einen wie hohen Einschlag dieser Art die Sozialdemokratie vertragen kann, ohne ihren bisherigen Charakter zu ändern. Und in Verbindung damit erhebt sich die weitere Frage: Kann die Sozialdemokratie das bisherige Tempo des Wachstums ihrer Stimmen beibehalten oder sogar noch steigern, ohne dass zugleich dieser Einschlag tatsächlich in stärkerem Masse zunimmt, als ihre proletarische Wählerschaft?

DAS ist die tiefere Frage, die den Untersuchungen Dr. Blanks zu Grunde liegt. Es ist keine spekulative Zukunftsfrage, es ist ein wichtiges Stück der Frage der vor uns liegenden politischen Entwickelung. Bebel glaubt sie genügend damit beantwortet, dass er erklärt, die Klassengegensätze verschärften sich, die Proletarisierung der Masse der Gesellschaft nehme zu und nicht ab, das Kapital demokratisiere sich nicht, sondern werde immer plutokratischer, der Liberalismus werde nicht demokratischer, sondern immer reaktionärer. Aber das sind Dreiviertelswahrheiten, die sehr bedeutungsvolle Tatsachen der gesellschaftlichen Entwickelung ignorieren, an denen wir in der Wirklichkeit nicht gar so glatt vorbeikommen. Das Proletariat vermehrt sich unzweifelhaft in der modernen Gesellschaft, aber sein relatives Wachstum im Verhältnis zu anderen Klassen ist kein so schnelles, um in Bälde eine proletarische Volksmehrheit zu versprechen. Das Kapital *demokratisiert* sich allerdings nicht, aber das Kapital gewinnt durch die Dezentralisation seiner Anteile ein wachsendes Gefolge von Interessenten, das mit seinem Anhang eine Bevölkerung von Zehntausenden und Aberzehntausenden ausmacht und durch den sozialen Einfluss, den es ausübt, als politischer Faktor erheblich ins Gewicht fällt. Der Liberalismus wird in Deutschland allerdings immer reaktionärer, aber die politischen Zustände in Deutschland sind darum nicht besser, als in solchen Ländern, wo der Liberalismus nicht so reaktionär ist. Kurz, während Blank glaubt, die Sozialdemokratie werde sich durch steigende Zunahme ihres nichtproletarischen Einschlags zu einer »Volkspartei im weitesten Sinne des Wortes« entwickeln, stellt Bebel eine Prognose, die nur dann befriedigend wäre, wenn in Deutschland eine umwälzende politische Katastrophe in Bälde zu erwarten wäre. Wie die Disposition des deutschen Volkes beschaffen ist, sieht es aber nicht danach aus. Und so stehen wir vor einer Frage, auf die eine theoretisch festbegründete Antwort noch nicht gefunden ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JOHANNES TIMM · DIE LANDTAGSWAHLEN IN BAYERN

DIE am 10. Juni gewählten Vormünder des bayrischen Volkes, genannt *Wahlmänner*, haben zum grössten Teile am 17. Juli die Abgeordnetenwahlen vollzogen. Nur in den beiden pfälzischen Wahlkreisen Landstuhl-Homburg und Neustadt-Dürkheim ist der Wahlkampf nicht so rasch entschieden worden. In Landstuhl-Homburg haben die Wahlmänner zunächst zwei Tage ergebnislos gewählt. Bei der letzten Abstimmung erhielt der Kandidat des *Bundes der Landwirte* 80 Stimmen, der

liberale Kandidat 54 und der Kandidat des Zentrums 47 Stimmen. Nach dieser hartnäckigen Arbeit, die zu keinem Resultat führte, wurde einen Tag Rast gemacht und erst am 20. Juli die Wahl fortgesetzt. Im Wahlkreise Neustadt-Dürkheim verliefen 13 Wahlgänge erfolglos. Wie die Tageszeitungen berichten, scheint eine Einigung unter den Parteien ausgeschlossen. Auf Vorstellung des Wahlvorstehers beim Ministerium in München findet vorläufig keine Wahl mehr statt. Eine neue Wahl soll erst im Herbste wieder anberaumt werden. DIESE beiden Vorgänge illustrieren treffend die Genialität des veralteten Wahlgesetzes. Weder bei den Urwahlen, noch bei den Abgeordnetenwahlen gibt es Stichwahlen. Das Gesetz schreibt nur Nachwahlen vor, die so lange fortgesetzt werden, bis die Majorität für eine Parteigruppe von Wahlmännern oder für einen Kandidaten erreicht ist. Es können die sämtlichen Urwähler und die sämtlichen Wahlmänner wieder an den Nachwahlen teilnehmen, ebenso wie auch die gleichen Wahlmänner und die gleichen Kandidaten wieder in der Nachwahl gewählt werden können. Stichentscheidung durch Los oder dergleichen bei Stimmengleichheit gibt es nicht. So kann es vorkommen, wie im Jahre 1887 in dem Landtagswahlkreis Würzburg I, dass ein Kreis im Abgeordnetenhause ohne Vertretung bleibt. In Würzburg hatten damals die Liberalen und das Zentrum je 44 Wahlmänner bei den Urwahlen erhalten. Erst nach vier Jahren, als ein Wahlmann des Zentrums starb, konnte der liberale Kandidat mit einer Stimme Majorität gültig gewählt werden. So zwingt das bestehende unsinnige Wahlsystem geradezu zu Wahlvereinbarungen unter den Parteien, wenn es nicht zur Farce werden soll.

SEHEN wir von den Wahlkreisen Neustadt und Landstuhl mit zusammen 5 Abgeordneten ab, so setzen sich die übrigen 154 Abgeordneten zusammen aus 12 Sozialdemokraten, 102 Zentrum, 20 Liberalen, 17 Konservativen, Bauernbündlern und *Bund der Landwirte*, 2 Demokraten und 1 Mittelstandsparteiler. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat die Sozialdemokratie 1 Mandat gewonnen, das Zentrum 19, die Demokraten 1 und die Mittelstandsvereinigung 1. Dagegen haben die Liberalen 23 und die konservativen Bündler und der Bauernbund zusammen 5 Mandate verloren.

DER Ausfall der Wahlen hat die Parole unseres Augsburger Parteitages vom 27. Juni 1904: mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht, verwirklicht. Diese Tatsache ist das bedeutsamste Ereignis der abgeschlossenen Wahlbewegung.

DER Löwenanteil des praktischen Erfolges ist freilich dem Zentrum zugefallen, und zwar durch unsere Mithilfe. Das war von vornherein vorauszusehen und konnte auch daher nicht anders sein, weil in Bayern das Zentrum sich in der Wahlrechtsfrage am zuverlässigsten gezeigt hat. Das Zentrum leidet nämlich unter dem gegenwärtigen Wahlsystem ebenso sehr, wie unsere Partei. Besonders auf dem Lande, der Domäne des Zentrums, kommt es vor, dass die Wähler drei Stunden weit zu gehen haben, um ihr Wahlrecht auszuüben. Auf diese Art wird Tausenden von Wählern das Wahlrecht verekelt. Bei der Landtagswahl im Jahre 1899 haben denn auch nur 31 % der Wahlberechtigten gewählt. In 465 Landgemeinden ging kein einziger Wähler zur Wahl, in 464 Landgemeinden ein einziger Wähler. Wenn diesmal in den Landgemeinden eine

bessere Wahlbeteiligung gewesen ist, so ausschliesslich zu dem Zweck, mit dem rückständigen Wahlunrecht endlich aufzuräumen. Und die Zweidrittelmehrheit, die zur Schaffung eines neuen Wahlgesetzes notwendig ist, haben Zentrum und Sozialdemokraten diesmal erreicht.

FREILICH, die Liberalen ergehen sich in Schmerzensergüssen über den Ausfall der Wahlen; sie klagen über das unnatürliche schwarz-rote Wahlbündnis. Spotten ihrer selbst, und wissen nicht wie. Die Liberalen sind es gewesen, die zu diesem Zusammengehen im Interesse des Zustandekommens der Wahlreform gezwungen haben. Die selben Liberalen, die durch ihr Organ, die *Münchener Allgemeine Zeitung*, noch am 29. Oktober 1903 ganz offen verkündeten: »In Bayern muss die liberale Forderung des direkten Wahlrechts Theorie bleiben, wenn nicht die sonstige Gestaltung des Wahlrechtes Garantieen dagegen schafft, dass die Präponderanz einer Partei dauernd stabilisiert wird. Das direkte Wahlrecht, so grundliberal seine Idee ist, wird antiliberal, rückschrittlich, wenn in der Praxis seine Durchführung zur politischen Entrechtung einer starken Minderung führt.« Und dieser Liberalismus, der seine Grundsätze mehr als Last empfindet, denn als Stütze benutzt, gab sich der Hoffnung hin, das so oft von ihm hintergangene Volk werde seine neuerlichen papiernen Erklärungen, er sei dennoch fürs allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht, ernst nehmen. Weder diese Versprechungen, noch ein von allen 7 Gruppen des bayrischen Liberalismus für die Wahlbewegung eigens ausgearbeitetes *freiheitliches* Programm, noch auch das Eintreten der *jungen Finken* zur Verschleierung der Sünden der Alten hat die wohlverdiente Schlappe, die sich der Gesamtliberalismus aus dem Wahlkampf geholt hat, verhindern können.

DURCH seine eigene Grundsatzlosigkeit hat sich der bayrische Liberalismus, wie überall, zielbewusst heruntergewirtschaftet. Die nachstehenden Stimmenzahlen der Reichstagswahlergebnisse in Bayern veranschaulichen die Entwickelungsverhältnisse der liberalen Richtungen. Nationalliberale, Freisinnige und Demokraten brachten an Stimmen auf 1881: 170 268, 1884: 237 197, 1887: 338 228 1890: 265 928, 1893: 165 104, 1898: 164 104, 1903: 203 280. Die grösste Steigerung der Stimmen wurde bei den bekannten Septennatsfaschingswahlen 1887 erreicht, dann findet ein stetiges rapides Sinken statt, das bis zum Jahre 1898 andauerte. Von 1898 bis 1903 ist eine, im Verhältnis zu der im allgemeinen starken Wahlbeteiligung unwesentliche, Zunahme zu verzeichnen. Bedeutend grösser ist die Zunahme der Stimmen in diesem Zeitabschnitt bei unserer Partei und beim Zentrum. Unsere Stimmen stiegen von 138 218 im Jahre 1898 auf 212 506 im Jahre 1903. Die Zentrumsstimmen dagegen von 297 723 im Jahre 1898 auf 426 405 im Jahre 1903. In der gleichen Weise, wie bei den Reichstagswahlen, hat sich der liberale Einfluss im bayrischen Landtag vermindert. Die Zahl der freisinnigen, nationalliberalen und demokratischen Abgeordneten betrug 1881: 73, 1887: 74, 1893: 69, 1899: 46 und nach den Wahlen von 1905, soweit die Ergebnisse bis jetzt feststehen, 22.

UND dabei haben die Liberalen alles vor den diesmaligen Wahlen getan, und zwar mit Erfolg, um sich einen künstlichen Besitzstand zu sichern und die Zweidrittelmehrheit zu vereiteln. Die Regierung wurde in Sachen der Wahlkreiseinteilung so bearbeitet, dass sie, entgegen ihren Versprechungen im letzten Landtag, eine für die Liberalen sehr günstige Einteilung auf Kosten unserer Partei traf. Die Sozialdemokraten in der Pfalz und in Franken sollten an der

Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche verhindert werden. In der Pfalz ist dieses Kunststück nicht von Erfolg gewesen; dagegen ist es gelungen, unserer Partei in Franken jede Vertretung zu rauben, dank einer besonders schäbigen Urwahlbezirkseinteilung, die in das Belieben der Verwaltungsbehörden gelegt ist. Die liberalen Macher in Nürnberg insbesondere haben ihren durch ein mittelalterliches Wahlrecht gestützten Einfluss weidlich zur *Sicherung ihres Erfolges* ausgenutzt. Bei der letzten Wahl im Jahre 1899 erreichte die Sozialdemokratie, mit der damals die Demokraten verbündet waren, mit zirka 17 000 Stimmen in Nürnberg 170 Wahlmänner, die vereinigten Liberalen mit zirka 10 000 Stimmen 87 Wahlmänner. Am 10. Juli dieses Jahres fielen im ganzen Wahlkreise zirka 22 000 Stimmen auf die Wahlmänner der Sozialdemokratie und zirka 15 000 auf die vereinigten bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat also um rund 7000 Stimmen mehr aufgebracht, als die vereinigten Gegner, und sie brachte es trotzdem nur auf 107 Wahlmänner, während die vereinigten Gegner 150 Wahlmänner errangen. Dieser eine Vorgang, den die Liberalen überdies noch als ihren grössten Triumph in überschwenglicher Weise feiern, zeigt deutlich, wie sehr das bestehende Wahlrecht wert ist, so bald als möglich beseitigt zu werden.

DIE Parteipresse registriert daher einhellig in zustimmender Weise das Zustandekommen der Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform, die nunmehr als gesichert erscheint. Der heruntergekommene *Liberalismus* natürlich gestattet sich noch den Luxus, die Krone und die Regierung gegen die Wahlreform scharf zu machen. Wird ihm aber nichts nützen. Denn die Strömungen gegen das bestehende Wahlgesetz sind so stark, dass Krone und Regierung ihnen nicht widerstehen können, selbst wenn sie wollten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HEINRICH JASPER · SCHÖFFEN ODER GESCHWORENE?

DIE Kommission für die Reform des Strafprozesses, die in Veranlassung eines einstimmigen Reichstagsbeschlusses vom 19. April 1902 seitens der Reichsregierung einberufen und am 10. Februar 1903 zusammengetreten war, hat ihre Beratungen am 1. April 1905 beendet. Das Reichsjustizamt hat die vollständigen Protokolle der Kommissionsverhandlungen bei Guttentag erscheinen lassen und damit die Ergebnisse dieser Verhandlungen zur öffentlichen Erörterung gestellt und die allgemeine Kritik herausgefordert. Diese durchaus notwendige Kritik hat auch bereits insoweit eingesetzt, als von vielen die Beseitigung der Schwurgerichte, die die Kommission vorschlägt, scharf getadelt ist. Eins der wenigen Überbleibsel aus dem Sturmjahre 1848 solle ohne zwingenden Grund beseitigt werden, sagt man, und man ruft alle wahrhaften Demokraten zur Verteidigung der Schwurgerichte, dieser Bollwerke der Freiheit, auf die Schanzen.

IST diese Freiheit wirklich gefährdet? Ohne die Schwurgerichte zu unterschätzen, muss man doch sagen, dass sie in ihrer gegenwärtigen Gestalt mit Freiheit und Demokratie herzlich wenig zu tun haben. Ein flüchtiger Blick in die Spruchliste, die vorwiegend Fabrikanten und Grundbesitzer umfasst,

zeigt jedem, der sehen kann, wie es in Wahrheit um dieses *Volksgericht* bestellt ist. Man sehe sich nur ein einziges Mal die Mitglieder einer Geschworenenbank an, und das Embonpoint der Geschworenen wird jeden genugsam überzeugen, dass man es ausschliesslich mit Angehörigen der besitzenden Klasse zu tun hat. Die organisierte Arbeiterschaft ist sich auch längst über das Wesen der Geschworenen klar. Die Wahrsprüche von Löbtau, Rostock und andere mehr haben ihr den Charakter dieser Gerichte dargetan, haben gezeigt, was ein Proletarier von den Herren Geschworenen zu gewärtigen hat. Es nimmt daher wunder, die gegenwärtigen Geschworenengerichte im Namen der Freiheit verteidigen zu hören. Wenn es gleichwohl geschieht, so scheint man mehr an die Schwurgerichte zu denken, wie sie sein sollten, statt an die, wie sie tatsächlich geworden sind. Auch scheint man sie mehr mit den Strafkammern, die ausschliesslich mit gelehrten Richtern besetzt sind, zu vergleichen, als mit den Schöffengerichten. Und doch stehen die Geschworenen den Schöffen näher, als den Berufsrichtern der Strafkammer. Vor den Strafkammern verdienen die Schwurgerichte ohne Zweifel den Vorzug. Sind sie auch den Schöffengerichten vorzuziehen? Sehen wir uns den Gedankengang, der die Kommission veranlasste, die Beseitigung der Schwurgerichte zu empfehlen, etwas näher an.

DIE Kommission ging davon aus, dass der jetzige Aufbau der Strafgerichte prinzipwidrig und inkonsequent sei, insofern geringfügige Sachen unter Mitwirkung des Laienelements bei Beurteilung der Schuld- und Straffrage, ernstere Vergehen lediglich durch Berufsrichter unter Ausschluss von Laien, die schwersten Verbrechen aber in Ansehung der Schuldfrage nur durch Laien entschieden werden. Die Kommission beschloss, diese Inkonsequenz zu beseitigen und die Gerichtsorganisation nach einem einheitlichen Grundsatze zu gestalten. Dabei hatte sie, falls sie nicht zu einer völligen Neubildung übergehen wollte, nur die Wahl, eine der drei bestehenden Gerichtsformen in Vorschlag zu bringen. Ein Scharfmacher würde, vor diese Wahl gestellt, sicherlich den Strafkammern den Vorzug gegeben haben, weil diese am exaktesten im Sinne der Anklagebehörde zu arbeiten pflegen und auch ohne Zuchthausgesetz kraft ihrer richterlichen Überzeugung ein Zuchthausregiment einführten im angeblichen Staatsinteresse und zur Abschreckung der Umstürzler. Ein Demokrat kann sich dagegen nur freuen, dass die Kommission sich nicht für die Strafkammern entschieden hat; und zwar hat sie hiervon abgesehen, weil sie das Laienelement in der Strafrechtspflege für durchaus wünschenswert und nützlich hielt.

DIE Beteiligung der Laien ist das Moment, das die Schöffen- und Schwurgerichte gemeinsam von den Strafkammern scheidet. Unter einander scheiden sie sich wiederum durch die Form, in der die Zuziehung der Laien erfolgt. Für die Kommission handelte es sich nicht um die Frage, ob Laien zuzuziehen seien, sondern lediglich um die Form, in der die Laien mitwirken sollten. Um die bessere Form zu finden, hat sie eingehend die Frage erörtert, ob sich in Deutschland das Schwurgericht bewährt habe, und ob die Zuversicht, dass diese Einrichtung die Erforschung der materiellen Wahrheit und den Sieg der Gerechtigkeit am sichersten gewährleiste, sich als gerechtfertigt erwiesen habe. Nur ein einziges Mitglied hat sich für Bejahung dieser Frage ausgesprochen. Die überwiegende Mehrzahl der Kommissionsmitglieder war jedoch der An-

sicht, dass die Erfahrungen mit den Schwurgerichten sehr schlechte seien, und dass die Mängel mit der Form des Schwurgerichts untrennbar verbunden seien. Zu den schweren Schäden für die Rechtspflege an den Schwurgerichten seien namentlich zu rechnen:

1. das Ablehnungsrecht der Prozessparteien;
2. die Teilung des Gerichts in zwei getrennte Organe, in Verbindung mit der Fragestellung und der Rechtsbelehrung;
3. der mit Gründen nicht versehene Wahrspruch.

DAS Ablehnungsrecht, das freilich in der Praxis oft geradezu komödienhaft gehandhabt wird, mag noch hingehen. Es liesse sich leicht beseitigen, ohne das Schwurgericht selbst aufzugeben. Dagegen ist die Trennung des Gerichts in zwei besondere Kollegien das Moment, das die Schwurgerichte gegenüber den Schöffengerichten, bei denen die beiden Schöffen mit dem Amtsrichter ein einheitliches Kollegium bilden, kennzeichnet. Diese Trennung zeitigt grosse Übelstände. Dahin gehört, dass über den Umfang der Beweisaufnahme nicht die Geschworenen, die über deren Ergebnisse zu entscheiden berufen sind, sondern der Gerichtshof allein befindet. Die Geschworenen werden durch diese Vorschrift für die Verhandlung zu stummen Zuschauern eines mehr oder minder gut inszenierten Schauspiels herabgewürdigt, dessen Regisseur der Vorsitzende ist. Erst wenn der Vorhang gefallen, wenn die oft lange dauernde und komplizierte Beweiserhebung beendet, werden die Geschworenen tätig und sollen alsdann über die Ergebnisse der Beweisaufnahme allein und selbständig entscheiden. Da sie die Schuldfrage in ihrem ganzen Umfange zu beantworten haben, haben sie nicht nur die Beweisergebnisse, sondern auch die Rechtsfrage zu prüfen. Dabei geraten sie nicht selten in die Brüche. Sind die Geschworenen ohne die sachkundige Leitung des erfahrenen Berufsrichters doch häufig nicht im stande, den vor ihnen angehäuften Stoff zu sichten; man denke zum Beispiel an die wochenlang währenden Verhandlungen des Kwilecki-, des Trebertrocknungsprozesses. Auch sind dem Laien die Grundbegriffe des Strafrechts mehr oder weniger unbekannt. Bei Entscheidung der Rechtsfrage bedarf er also dringend juristischen Rates und Beistandes. Diesem Mangel glaubte freilich der Gesetzgeber durch Formulierung bestimmter Fragen und Rechtsbelehrung seitens des Vorsitzenden abhelfen zu können. Allein gerade durch die Fragestellung werden die Geschworenen, welche dem Sinne und dem Wortlaut des Gesetzes nach in Beantwortung der Schuldfrage völlig frei sein sollen, in ihrer freien Beurteilung jedenfalls insofern beschränkt, als durch die Normierung der Fragen wenigstens negativ entschieden wird, dass die Tat des Angeklagten unter einen anderen strafrechtlichen Gesichtspunkt, als den im Fragebogen hervorgehobenen, nicht fällt. Ist beispielsweise bei einer Tötung nur die Frage nach Mord gestellt, das heisst, nur gefragt, ob die Tat mit Vorsatz und mit Überlegung ausgeführt sei, so können die Geschworenen nur erklären, es liege Mord oder kein Mord vor, können aber nicht entscheiden, es liege zwar vorsätzliche, aber unüberlegte Tötung (Totschlag), oder es liege fahrlässige Tötung vor, und müssen den Angeklagten bei Verneinung der Frage nach Mord freisprechen, obwohl sie ihn des Totschlags für schuldig halten. Die Formalisierung durch die Fragestellung zeitigt also durchaus ungesunde Ergebnisse. Immerhin wird mancher geneigt sein, die Ursache weniger in der Fragestellung an sich, als in

der zu engen und falschen Fragestellung *in concreto* zu suchen. Man wird einwenden, das Richterkollegium habe dafür zu sorgen, dass den Geschworenen, wenn auch das ganze Reich der Eventualitäten nicht erschöpft werden kann, doch durch die Fragestellung so viel Spielraum gewährt werde, wie irgend möglich. Indessen wird durch Vermehrung der Fragen der durch die Fragestellung beabsichtigte Zweck, den Geschworenen einen Ariadnefaden für das Labyrinth der Strafgesetze an die Hand zu geben und sie vor Irrtümer und Abwege zu wahren, recht in Frage gestellt. Nichts ist mehr geeignet, die Geschworenen auf Abwege zu führen, als viele, insbesondere unnötige und überflüssige Fragen. Es ist bekannt, dass die Geschworenen, soweit sie ihre Klasse nicht gefährdet sehen, sehr geneigt sind, das Mildere, einen geringeren Grad der Schuld anzunehmen, zwischen Schuld und Unschuld einen Mittelweg einzuschlagen und den Streit zwischen Verteidigung und Anklage durch ein Abkommen zu schlichten. Hierauf ist die sonst auffällige Erscheinung zurückzuführen, dass meistens die Verteidigung eventuelle Fragen verlangt, und dass die Staatsanwaltschaft dagegen ankämpft. Die Anklagebehörde fürchtet, bei den Geschworenen in den Verdacht zu geraten, selbst kein Vertrauen zu der Hauptsache zu haben. Der Verteidiger denkt den Geschworenen ein Hintertürchen zu öffnen, durch welches sie entschlüpfen und, ihrem Gefühl folgend, das Schuldig in der Hauptsache vermeiden können. Freilich wird durch Stellung oder Ablehnung der Eventualfrage nicht selten das Gegenteil von dem erzielt, was die Prozessbeteiligten davon erhofften, so dass sowohl Staatsanwalt und Verteidiger, als auch das Richterkollegium bei Formulierung der Fragen sich in bedenklicher Lage befinden. Der Findung eines der objektiven Sachlage entsprechenden gerechten Urteils, und das ist doch schliesslich die Hauptsache, wird aber durch die Fragestellung und den Kampf um die Fragen nicht gedient. Müde und erschöpft, unsicher und sorgenvoll pflegen die Geschworenen sich wieder aufzuraffen und zu ermuntern, wenn der Vorsitzende das Wort zur Rechtsbelehrung nimmt. Der Präsident, vom Gesetz mit Macht und Ansehen bekleidet, durch seine Stellung vor allen hervorragend, hat sich, wenn er irgend seiner Aufgabe gewachsen ist, das Vertrauen der Geschworenen erworben. Er wird als derjenige angesehen, der allein unparteiisch dasteht, der noch besser, als die Parteivertreter, die Tatsachen würdigen und die Rechtsfragen lösen kann. Vom Präsidenten in erster Linie erwartet der Geschworene Rat und Aufschluss. Gespannt lauscht er, welche Ansicht der Präsident von der Sache habe, das heisst, wie dieser meine, dass entschieden werden müsse. Diese Ansicht darf aber der Präsident gerade nicht verraten. Gleichwohl tut er sie häufig kund und gibt dadurch regelmässig in dem Widerstreit der Parteien den Ausschlag.

MAN sieht, dass dem Gewissen und der Einsicht des Präsidenten das meiste überlassen und alles von dessen Persönlichkeit abhängig ist. Der Erforschung der Wahrheit ist durch das Resumé des Präsidenten nicht immer gedient, und das ist um so bedenklicher, als nach ausdrücklicher Gesetzesvorschrift die Belehrung des Vorsitzenden von keiner Seite einer Erörterung unterzogen werden darf. Mancher Staatsanwalt und mancher Verteidiger hat das dritte, entscheidende Plaidoyer, genannt *Rechtsbelehrung des Vorsitzenden,* verflucht, hat Beseitigung dieser Rechtsbelehrung gewünscht. Kann die Rechtsbelehrung aber in Fortfall kommen? Das frühere braunschweigische Gesetz kannte

tatsächlich ein derartiges Resumé nicht. Wie die Rechtsprechung dabei gefahren, entzieht sich indessen meiner Kenntnis. Bei der Rechtsunkenntnis der Geschworenen wird die Rechtsbelehrung sich allerdings kaum entbehren lassen. Bei der Trennung der Geschworenen von dem Richterkollegium bleibt die Rechtsbelehrung ein notwendiges Übel. Sie erübrigt sich nur dann, wenn die jetzt getrennten Kollegien zu einem einheitlichen Ganzen verschmolzen werden, das heisst, wenn aus dem Schwurgericht ein Schöffengericht wird.

DURCH solche Umgestaltung kann auch allein der weitere Missstand beseitigt werden, dass der Gerichtshof die Strafe festzusetzen hat, obwohl er die Gründe, welche die Geschworenen zu ihrem Wahrspruche geführt haben, gar nicht kennt. Hierdurch ermöglicht sich ein weiterer Zwiespalt zwischen den Geschworenen und den gelehrten Richtern. Die gänzliche Ausschliessung der Geschworenen von der Festsetzung der Strafe, zu der sie auf Grund ihrer grösseren Lebenserfahrung berufen sein sollten, gibt dem Gerichtshof die Macht, einen von ihm zu milde gehaltenen Spruch der Geschworenen im Rahmen des anzuwendenden Strafgesetzes durch besonders schwere Strafen zu korrigieren und umgekehrt. Der unbefangene Beobachter unserer Schwurgerichtsverhandlungen wird nicht selten den Eindruck haben, dass die gelehrten Richter so verfahren. Sie tun dies selbstverständlich nach ihrem besten Wissen und Gewissen, weil sie eben die Straftat einer grösseren Sühne für bedürftig halten. Für den Verurteilten kommt aber regelmässig weniger in Frage, weshalb er verurteilt ist, als, wie hoch die erkannte Strafe bemessen ist.

ZU den bedenklichsten Seiten unseres schwurgerichtlichen Verfahrens gehört endlich die Vorschrift, dass das Verdikt der Geschworenen nicht mit Gründen zu versehen ist. Der Fundamentalsatz unseres Prozessrechts, dass jedes Urteil mit Gründen versehen sein muss, wird gerade bei den schwersten Verbrechen und bei den schwersten Strafen gröblich verletzt. Weder der Angeklagte, noch die Öffentlichkeit erfährt, weshalb die Verurteilung oder der Freispruch erfolgte. Kein Revisionsgericht kann nachprüfen, ob die getroffenen Feststellungen zu einer Verurteilung ausreichen. Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens ermangeln jeder festen Grundlage. Diese Missstände fallen um so schwerer ins Gewicht, als es bekanntlich eine Berufung gegen die Urteile der Schwurgerichte bisher nicht gibt. Auch fehlt jede Gewähr dafür, dass bei der Beratung das Ergebnis der Beweisaufnahme sorgfältig geprüft und nicht aus Voreingenommenheit oder aus einem dunklen Gefühl heraus das Urteil gefällt worden sei. Es lässt sich doch die Gefahr nicht leugnen, dass die Geschworenen in dem Bewusstsein, keinerlei Gründe für ihre Entscheidung offenbaren zu müssen und keiner Nachprüfung ausgesetzt zu sein, sich als allmächtig ansehen, Gnade und Willkür vor Recht gehen lassen. Soll man nun, um diesen Mangel zu beseitigen, etwa dem Obmann der Geschworenen eine schriftliche Begründung des Wahrspruches zur Pflicht machen? Diese Frage auch nur anregen, heisst gleichzeitig sie verneinen. Einem im Ehrenamt tätigen Laien kann man eine derartige Arbeit nicht zumuten, abgesehen davon, dass es wohl auch zweifelhaft sein mag, ob die Geschworenen durchgängig sich dieser Aufgabe gewachsen zeigen würden. Nur ein gelernter Fachmann kann die Gründe ordnungsmässig festlegen.

AUCH die Notwendigkeit der Begründung, die durchaus im Interesse der Angeklagten liegt, führt zwingend zu einer Verschmelzung der beiden Kollegien des Schwurgerichts. Diesem kann durch Flickwerk schlechterdings nicht geholfen werden, sondern nur durch eine Reform an Haupt und Gliedern. Eine solche grundlegende Reform ist die von der Kommission vorgeschlagene, durchgängige Einführung der Schöffengerichte für Aburteilung aller Delikte und für alle Instanzen. Bei den Schöffengerichten kommt das Laienelement zu der erforderlichen Geltung. Bei den Schöffengerichten fällt die Trennung von Laien und Richtern fort und erübrigt sich daher sowohl Rechtsbelehrung, wie Fragestellung. Bei den Schöffengerichten erfreuen sich die Laien ständig des technischen Beirats der Juristen und können umgekehrt die gelehrten Richter ständig die praktische Lebenserfahrung der Laien nutzen. Bei den Schöffengerichten sind Laien, wie gelehrte Richter in gleicher Weise berufen, bei Entscheidung der Schuldfragen, sowohl der tatsächlichen Beweis-, als auch der Rechtsfrage, und bei Zumessung der Strafe mitzuwirken. Bei den Schöffengerichten sind in der Person der juristischen Gerichtsmitglieder endlich auch Kräfte vorhanden, welche das Urteil mit Gründen versehen können. Man sieht, alle die Missstände, die beim Schwurgericht vorliegen, sind beim Schöffengericht nicht vorhanden.

TROTZ aller demokratischen Vorliebe für die Schwurgerichte kann man auch als Demokrat der Einführung einer Schöffengerichtsverfassung wegen ihrer technischen Überlegenheit an sich nur freudig zustimmen. Des weitern bleibt jedoch noch zu prüfen, wie diese Schöffengerichte organisiert sein sollen, das heisst, in welchem Umfange die Laien herangezogen werden sollen, wer Schöffe wird, wie er es wird und auf wie lange, ob er unentgeltlich tätig zu sein hat und dergleichen mehr. Je nachdem diese Fragen erledigt werden, lässt sich die praktische Durchführbarkeit und der Wert der Reform beurteilen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRANZ STAUDINGER · VORAUSSETZUNGEN DER PHILOSOPHIE

»EINZELNE Gegenstände des Wissens oder der Wissenschaft mögen wir Fachleuten überlassen, aber das Denken im allgemeinen ist eine allgemeine Angelegenheit, die niemand erlassen werden kann.« Mit diesen Worten gibt J o s e f D i e t z g e n im Anfange seiner Schrift *Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit* gleichsam ein neues praktisches Programm für die Philosophie. Sie soll nicht mehr Doktrin von Gelehrtenschulen, sondern die Fähigkeit der Volksmasse zum Selbstdenken sein. Gewiss werden auch in ihr noch gar viele Spezialfragen nur von Fachleuten bearbeitet werden können, aber ihre künftige Grundaufgabe ist doch durch jenes Wort gekennzeichnet. »Die Klassenverhältnisse der Vergangenheit waren notwendig für die allgemeine Entwickelung. Jetzt ist diese Entwickelung auf einem Standpunkt angelangt, wo die Masse s e l b s t b e w u s s t wird«, so heisst es ebenda in der Vorrede. Also muss sie auch selbst denken.

WELCHE Voraussetzungen hat nun eine solche Philosophie, die allgemeines Selbstdenken zum Ziele haben soll?

DIE Wissenschaft hat gar keine Voraussetzung, darf keine solche haben! Das hört man oft sagen. Und Dietzgen sagt dagegen, dass eine Voraussetzungslosigkeit, welche die Dinge aus dem Hirn spinnen wolle, Unsinn sei. Darin hat er vollkommen recht. Aber doch bedarf die Lehre von der Voraussetzungslosigkeit einer besonderen Betrachtung. Denn es könnte wohl sein, dass die Wissenschaft in einer Hinsicht allerdings voraussetzungslos sein müsse, in anderer dagegen ihre ganz bestimmten Voraussetzungen hätte. Voraussetzungslosigkeit im Sinne wissenschaftlicher Wahrhaftigkeit ist allerdings eine unerlässliche Forderung. Wissenschaftlich denken heisst alle vorhandenen sinnlichen und geistigen Fakta methodisch prüfen, dabei aber sich weder durch eine Furcht, noch durch eine Hoffnung, noch durch den Wunsch, irgend ein Ergebnis als wahr zu finden, in seinem Urteil beeinflussen zu lassen. Diese Art der Voraussetzungslosigkeit ist mit Nachdruck zu fordern.

EINE ganz andere Frage ist dagegen, unter welchen Umständen solche Voraussetzungslosigkeit überhaupt möglich, allgemein möglich ist. Wenn wir die Frage so stellen, so kommen wir tatsächlich zu der Frage der Voraussetzung solcher Voraussetzungslosigkeit respektive reinen Wahrheitsstrebens. Bei dieser Frage haben wir aber sofort zwei Unterfragen scharf zu unterscheiden: die genetische Frage, wie die Menschen reines Wahrheitsinteresse erlangen können, und die analytische Frage, worin die Bedingungen bestehen, unter denen wir Forschungsergebnisse überhaupt für wahr halten können. Diese beiden Fragen werden nicht gar selten durcheinandergewirrt, und das ist dann die Quelle schwerer Missverständnisse und Wortstreitigkeiten.

WENN wir nach den Voraussetzungen fragen, unter denen eine Einsicht erst werden kann, so haben wir, individuell, phylogenetisch, methodologisch, sozial die verschiedensten Antworten zu geben. Es kann natürlich einem Tiere oder einem kleinen Kinde kein binomischer Lehrsatz beigebracht werden, weil die Organe zur Aufnahme nicht respektive noch nicht entwickelt sind. Es kann ferner einem organisch dazu fähigen Menschen ein solcher Satz nicht beigebracht werden, wenn nicht methodologisch die dafür nötigen mathematischen Vorkenntnisse vorher erworben sind. Es kann sich in einem sozial tiefstehenden Volke, etwa einem Jägervolke, keine höhere Mathematik entwickeln, obwohl vielleicht das einzelne Glied dieses Volkes, wenn in der Jugend in moderne Kulturverhältnisse gebracht, bereits organisch durchaus fähig ist, sie zu erlernen. Es kann ferner, obwohl die entsprechende allgemeine Entwickelung derart ist, dass bestimmte Einsichten möglich wären, doch deren Ausbreitung durch soziale und politische Umstände gehindert werden. Man hat gesehen, dass der absolute Staat die Mathematik pflegte, die ihm für Entwickelung der Technik wertvoll war, aber deren Anwendung auf die Astronomie des Himmels, welche den Kirchenglauben, eine wesentliche Hilfskraft des Absolutismus, zu schädigen geeignet war, zuzeiten verfolgen half. Man kann noch heute in absolutistischen und halbabsolutistischen Staaten wahrnehmen, dass gewisse naturwissenschaftliche Lehren, wie der Darwinismus, und gewisse natürliche Betrachtungsweisen der Religion, der Staatslehre, der Gesellschaftswissenschaft sich keineswegs der gleichen Behandlung, wie entgegenstehende Anschauungen, zu erfreuen haben und sich darum in ihrer Verbreitung gehemmt

sehen. Unter solchen sozialen Voraussetzungen muss natürlich die Entwickelung der Wahrheit Not leiden, und wenn man Befreiung von derartigen *Voraussetzungen* fordert, so hat man schon vom blossen Wahrheitsinteresse aus völlig recht.

DARUM aber steht doch dieses reine Wahrheitsinteresse selbst nicht so ganz in der Luft, ist nicht so ganz *voraussetzungslos,* wie es zuweilen Spezialgelehrte wähnen, wenn sie persönlich unter gegebenen Verhältnissen gerade in ihrem Forschungsgebiete unbefangen zu untersuchen und die Ergebnisse unbeanstandet mitzuteilen vermögen. Das Wahrheitsinteresse, sofern es allgemein vorhanden sein soll, bedarf selbst eines anderen Interesses als Grundlage. Denn es ist nur in dem Masse vorhanden, wie die Menschen ihre Lebensinteressen unter eigner Verantwortung leiten und ordnen müssen. Das gilt für das kleinste, wie für das grösste, für den einzelnen, wie für Massen. Solange der gewohnte Schneider immer einen guten Rock liefert, kümmere ich mich nicht viel darum, welches die Kennzeichen guten Stoffes sind. Sobald ich aber ein paarmal angeführt worden bin, beginne ich zu fragen: wie erkenne ich selber im voraus, ob die Ware gut ist? Solange ein Volk, wenn auch unter mühseliger Last, heute wie morgen sein Leben unter Vormundschaft, aber sicher und gleichmässig verbringt, lässt es die Herren regieren, wie sie mögen. Wenn aber grose Umwälzungen im gesellschaftlichen Gefüge allmählich das alte Gleichmass aufgehoben, ständige Unruhe und Unsicherheit geschaffen haben, da erwacht der Drang, die Ursachen davon zu erkennen und selbst Hand anzulegen zu einer besseren Ordnung der Dinge. Um das aber mit Erfolg zu können, bedarf es eben richtiger Einsicht nicht nur in die Ursachen, sondern auch in die Mittel zur Besserung. Das ist der Weg, auf dem die Geschichte das Wahrheitsstreben erzeugt. Denn es ist offenbar, dass der Mensch, wenn er selbst mit Erfolg Hand anlegen will, richtige Einsicht als notwendige Vorbedingung braucht und nur, soweit er sie hat, zum Ziele gelangen kann.

DARAUS ergibt sich ohne weiteres die Erklärung, warum Menschen und Volksschichten, die selbsttätig ein Ziel verfolgen müssen, auch unmittelbar dadurch getrieben werden, die wahren Bedingungen zu suchen, auf Grund deren sie arbeiten können. Also heute, nachdem die wissenschaftliche Erkenntnis als die Grundbedingung zu erfolgreicher Arbeit angesehen werden muss, müssen solche Volksschichten und solche Menschen durchaus ein Interesse daran haben, das Richtige und nur das Richtige zu erkennen. Diejenigen dagegen, deren Interesse es ist, einen gegebenen Zustand zu erhalten, insbesondere einen solchen, der ihnen Herrschaft über ihre Mitmenschen verleiht, sind durch ihr immanentes Interesse unbedingt getrieben, die Grundlagen ihres Systems als richtig zu erweisen. Jene werden also für voraussetzungslose Forschung, diese aber für Apologetik des Bestehenden sein, also nicht im guten Sinne *voraussetzungslos.*

DAMIT ist der Gedanke menschlicher Freiheit im Sinne vernünftiger Selbstbestimmung eignen Handelns als die letzte Interessengrundlage für unbefangene Wahrheitsforschung festgestellt. Unter dieser Idee muss alles Wahrheitsstreben stehen, wenn es nicht unvermerkt irgendwelchen Wünschen und Vorurteilen unterworfen werden soll. Auch die Idee des Sozialismus muss ihm unterstehen, wenn sie nicht unvermerkt dogmatisch werden soll. Wie denn auch in der Tat zum Beispiel bei Marx für den scharf Aufmerkenden die rücksichtslose,

furchtlose Kritik fortwährend unter dem Gedanken steht, dass der Kapitalismus bekämpfenswert sei, weil er die Freiheit der früheren Einzelproduzenten aufhebe, und Freiheit nunmehr nur durch genossenschaftliche Organisation der kapitalistisch gewordenen Betriebe wiederhergestellt werden könne. So sagt auch Dietzgen: »Erst eine historische Entwickelung, welche die direkte allgemeine Freiheit der Masse ins Auge fassen kann, findet den Gespensterglauben so weit entbehrlich, um . . . den reinen Geist entlarven zu dürfen.« Hier ist also der Punkt, wo Ethik und Erkenntnislehre auf einem Punkte zusammentreffen, hier aber auch der Punkt, wo die genetischen Gesichtspunkte des Werdens und der analytische Gesichtspunkt der Richtigkeit zusammentreffen. Die geschichtliche Entwickelung, welche den Gedanken der Freiheit — dies Wort nicht im anarchischen Sinne des willkürlichen *Sichauslebens*, sondern der Korrelation zwischen persönlicher Selbstbestimmung und Hingabe an die Gesetzmässigkeit menschlich freier Gemeinschaft gefasst — erzeugt hat, welche auch den Gedanken des Sozialismus als unerlässlicher Grundbedingung zu solcher Freiheit erzeugt, sie erzeugt damit die methodische Grundbedingung, unter der allein das Interesse an durchgängiger Wahrheitsforschung lebendig sein kann, und zugleich die objektive Grundbedingung der Wahrheit selbst gerade auf dem Gebiete der Ethik.

VON hier aus gewinnt die ganze Philosophie ein anderes Gepräge. In dem Masse, wie der Gedanke der Freiheit grundlegend wird, treten die mystologischen und mythologischen Bestandteile zurück, die Spekulation nimmt ab, und die wissenschaftliche Analyse der seelischen Tatsachen — die ja heute den eigentlichen Gegenstand der Philosophie bilden — tritt an deren Stelle. Die gleichmässige Wertung und Würdigung der sogenannten *seelischen* und der sogenannten *materiellen* Fakta, deren nachweisbare Zusammenhänge methodisch untersucht werden, tritt an die Stelle phantasierender Spekulation, die die Fülle der Tatsachen von einem bestimmten Einzelstandpunkt aus betrachtet und dogmatisiert.

IN der Philosophie hat bisher fast jeder einen anderen Standpunkt, von dem aus er die geistigen Fakta behandelt. Das heisst aber, wenn man es auflöst: man kann alles Gegebene unter verschiedenen, im Grunde unter unendlich vielen Gesichtspunkten betrachten. Gesichtspunkt: das ist also das Wort, das dem noch so üblichen Worte *Standpunkt* entgegenzustellen ist. Philosophie der Gesichtspunkte gegen alle Philosophie der Standpunkte — das ist der neue *Standpunkt*, der aber eben damit kein Standpunkt mehr ist. Die Standpunkte selbst allmählich auflösen in einen wissenschaftlich nachweisbaren Zusammenhang der Gesichtspunkte: das ist die neue Aufgabe. Auf dem Gebiete der Natur würde sich jeder lächerlich machen, der sich auf ein bestimmtes Plätzchen setzte und behauptete, die Umgebung sei so, wie er sie von diesem seinem Standpunkt aus betrachtet, oder auch, wenn er kommen wollte und das von mehreren Standpunkten Gesehene unkritisch zusammenordnete und behauptete, das sei der wahre Gegenstand. Aber auf dem Gebiete der Philosophie, insbesondere auf dem der Weltanschauung ist es noch landesüblich, es so zu machen.

WIE wir auf dem Gebiete der Natur vier Weltgegenden, Nord und Süd, West und Ost, unterscheiden, nach denen wir uns orientieren, und von denen aus das selbe Ding sich sehr verschieden ausnehmen kann, so haben wir auch gleich-

sam vier Grundgesichtspunkte auf geistigem Gebiete, von denen wir das Mannigfaltige, dessen wir uns bewusst werden, zu betrachten vermögen. Wenn wir einfach beschreibend davortreten, so nehmen wir zwei Tatsachenreihen wahr: ausser uns eine unendliche, bunte, farbige und tönende Welt, nach innen schauend aber ein unendliches Fluten und Strömen von Begehren, Wollen, Anschauen, Denken, Erinnern, all das leiser oder deutlicher begleitet von Schmerzen und Freude. Zu diesen beiden, tatsächlich vorgefundenen und sehr unterschiedenen Reihen tun nun die gewöhnlichen Weltanschauungen unvermerkt eine der Naturbetrachtung des naiven Bewusstseins entnommene Dingvorstellung hinzu. Und so wird daraus hier eine Reihe von Körpern, aus denen man die Welt *zusammengesetzt* denkt, dort eine Reihe von Geistern, die in einem menschenähnlichen Obergeist dinglicher Art, den sie *Gott* nennen, sein geistiges Weltall findet. Das ist die Weltanschauung des Dualismus. Wenn wir nun, rechtzeitig gewarnt, diesen metaphysischen Seitenpfad vermeiden und uns der Betrachtung der gefundenen Weltreihe zuwenden, so verschwindet auf einmal, ähnlich, wie wenn ein Berg vor einen anderen tritt, die andere, die geistige Reihe in ihrer Eigenart. Was wir von ihr noch sehen, das scheint mit der körperlichen zusammenzuschmelzen, wie die Vorsprünge des hinteren Berges als Teile des vor uns stehenden erscheinen. Nur eine bewegte Grössenwelt sehen wir dann, und das Geistige wird geradeso als nebensächlicher Appendix der Grössen behandelt, wie die Farbe als nebensächlicher Appendix des Körpers. Dahinter aber wird eine *Materie* als geheimnisvoller Träger erdichtet, dem eine vom Innenleben heimlich entwandte Schwester, die *Kraft* oder die *Energie*, zur Seite tritt, den alten Dualismus doch wieder, nur in anderer, geheimnisvoller Weise wiederherstellend. Und die Atome, nicht als wissenschaftlich methodische Einheiten, sondern als Urmonaden, zanken sich da in unbegreiflichem Stossen und Drängen herum. Diese Anschauung ist der Materialismus, dadurch charakterisiert, dass er nach Entführung der *Kraft* die Erscheinungen der Lebensreihe einfach in die mechanisierte Grössenreihe einordnet. Aber etliche gehen nach der entgegengesetzten Seite und sehen von der Lebensreihe aus auf die Gegebenheiten. Da geht es ihnen genau so, wie denen auf der anderen Seite; nur umgekehrt. Der Berg, der vorher im Vordergrund stand, ist jetzt hinten, und was vorher das All schien, wird jetzt nur Appendix. Denn von hier aus besinnt man sich ja, dass alles, auch die ganze Welt, für uns Bewusstseinstatsache ist, und dass man doch von nichts weiss, ausser dem, was bewusst ist. So wird das All dogmatisiert zum Bewusstseinsinhalte, und wenn dann folgerecht gedacht, und nicht noch ein Ding an sich aus der Naturanschauung herüberentführt wird, ist weiter nichts mehr vorhanden. Das ist die dem gewöhnlichen, nur an der Naturanschauung geübten Geiste schwierigste Weltanschauung des Idealismus. Und nun kommen andere, manche, die sich ein wenig auf beiden Gebieten umgesehen, gewöhnlich aber solche, die vom Materialismus weitergehend das Werden und die Entwickelung ins Auge fassen, und wollen die beiden Reihen, die sich in der Entwickelung verschlungen zeigen, gar rasch in eines zusammenbinden, und glauben so in einer vierten Weltanschauung, im Monismus, die Lösung der Welträtsel gefunden zu haben. Dualismus, Materialismus, Idealismus, Monismus: diese vier Grundstandpunkte, die noch durch allerlei Zwischenstandpunkte oder durch eklektische Zusammen-

schweissungen aus verschiedenen Gesichtspunkten vermehrt werden, stehen nun bekanntlich in stetem, unausgleichbarem Streite mit einander. Es ist ganz unmöglich, ihn durch Parteinahme für einen von ihnen zu schlichten. Jeder dieser Standpunkte bringt stets gleich gute Argumente für sich herbei und weist auf eine Reihe von Tatsachen, die vom anderen Standpunkte aus eben nicht oder doch anders gesehen werden können.

DIESER ganze unfruchtbare Streit kann erst dann abgeschlossen werden, wenn wir uns entschliessen, diese *Standpunkte* einmal als Erklärungsgrundlagen aufzugeben, sie dagegen allesamt als wohlberechtigte Gesichtspunkte zu behandeln. Wir haben dann von ihrer jedem ganz bestimmte Betrachtungsweisen und Betrachtungsergebnisse, die wir uns zu nutz machen können.

VOM ersten Gesichtspunkt aus erhalten wir die einfache Naturbeschreibung und die Seelenbeschreibung. Vom zweiten erhalten wir die mathematische Naturwissenschaft, die uns alles Äussere als einen Zusammenhang von Grössen zeigt. Bewegungsgrössen in Raum und Zeit, und nicht weiteres, gibt es da. Grössen, in die sich alles, was man *Farbe* und *Ton, Kraft* und *Energie* nennt, auflöst. Vom dritten Gesichtspunkte haben wir die Betrachtung aller Beziehungen des Innenlebens auf die Aussenwelt, daraus sich die Erkenntnislehre, die Willenslehre, die Ästhetik, sowie das, was man mit Fug *Religion* heissen kann, ergibt. Vom letzten Gesichtspunkte aus erscheint das, was man *Entwickelung* nennt, Entwickelung der Natur, wie der Geschichte. Da kommen die beiden Reihen in einem Strome zusammen und müssen als ein Zusammengehöriges, als eines betrachtet werden. Von hier aus erscheint die Natur als Kraft und der Geist als Natur. Wenn wir vom *Leben* reden, so ist uns beides verbunden. Wenn wir *Technik* sagen, so sehen wir in einem das Werden und Wirken der Maschine und das Walten des Geistes, der sie erbaut und in Bewegung setzt.

UND nun erst kommt die Gesamtaufgabe. Wenn wir klar gesondert und abgegrenzt haben, was wir wirklich von den verschiedenen Gesichtspunkten aus sehen, so haben wir es zu vermitteln und zu ergründen, ob und wie das alles zusammenhängt. Das ist freilich nicht eine Aufgabe, wo der einzelne am Schluss eines Systems die fertige Lösung hervorziehen kann, sondern eine Aufgabe für manche Geschlechter. Es bedarf hier vielleicht ebenso geduldiger und langwieriger Arbeit, wie sie die Naturwissenschaft gebraucht hat, um zu ihren heutigen Ergebnissen zu kommen.

WIE wir einen Grundplan aus den Raumbildern konstruieren, die wir teils messen, teils nur erschliessen können, so müssen wir die Ergebnisse der verschiedenen methodischen Gesichtspunkte selber methodisch darauf hin ansehen, ob ein Grundplan auch für sie vorhanden sein möchte. Dabei aber ist nichts im voraus als fest, als ausgemacht anzusehen, nichts *Absolutes* ist vorauszusetzen. Ob wir zu etwas derartigem kommen, das kann nicht Ausgangspunkt, sondern nur Schlussfrage sein, und solche Frage auch nur aufzuwerfen, sind wir Heutigen kaum weit genug. Wir haben die Gesamtheit dessen, was uns gegeben ist, einfach als Gegenstand der Betrachtung zu nehmen, durch sorgsame Analyse die möglichst elementaren Bestandteile und Beziehungen ausfindig zu machen und dann diejenigen Verbindungen zu sondern, denen wir Wahrheit beimessen können.

DABEI müssen wir von vornherein vor einer Vermengung auf der Hut sein. All

das, was uns bewusst ist, ist als solches für uns tatsächlich da, das Gespenst, wie der mathematische Lehrsatz. Aber so betrachtet, ist es bloss Datum, nicht Wahrheit. Von Wahrheit und Irrtum reden wir erst dann, wenn wir irgendwelche Daten in Beziehung zu einander bringen. Und da heisst es umsomehr aufpassen, als der selbe Gedanke in einer Hinsicht bloss Datum, Faktum als Gedanken ist, in anderer Hinsicht Wahrheit oder Irrtum bedeutet. Wahrheit beglaubigt sich also erstlich dadurch, dass sie sich direkt oder indirekt auf Daten bezieht, zweitens aber dadurch, dass sie diese Daten in eindeutigen Zusammenhang bringt. Aus solcher von Kant angebahnten Untersuchung wird sich nach meiner Überzeugung freilich nicht die Kantische, sondern die natürliche Weltansicht beglaubigen. Aber das darf ebenfalls nicht dogmatischer Ausgangspunkt, sondern muss Aufgabe sein.

EINIGE der wesentlicheren, hier geäusserten Gedanken finden sich im Keime bereits bei einem Philosophen, der zu Anfang angeführt worden ist: bei Josef Dietzgen. Er ist zwar von der Geschichte der Philosophie bis jetzt nicht viel erwähnt — Ueberweg-Heinze nennt ihn noch gar nicht —, hat aber gerade in sozialistischen Kreisen neuerdings wieder viele Beachtung gefunden und ist von Marx und Engels geradezu als *unser Philosoph* bezeichnet worden. Wenn man auch natürlich nicht erwarten darf, dass der geniale *Handarbeiter*, wie er sich im *Wesen der menschlichen Kopfarbeit* bezeichnet, alle in Frage stehenden Probleme schon erfasst habe, so sind doch gerade einige seiner grundlegenden Gesichtspunkte ganz nachdrücklich zu betonen. Vor allem sind es die eingangs erwähnten Grundgedanken. Danach ist ganz wesentlich für kommende philosophische Entwickelung die Allgemeinheit, also Allgemeinverständlichkeit ihrer Grundlagen und die Zusammengehörigkeit der Theorie mit der Praxis; wie er denn auch ausdrücklich ausspricht, dass die Vernunft nur erkennbar sei aus ihrer Praxis. Das ist ein fundamentaler Gegensatz zur bisherigen *Praxis*. Sodann ist der Umstand, dass er die sinnlichen und geistigen Erscheinungen gleichermassen beachtet wissen, das *Erkenntnisorgan* »genau so exakt behandelt« sehen will, »wie der Zoologe die Tierheit« behandelt — ein Gedanke, der freilich mit dem Bekenntnis Dietzgens, er sei Materialist, nicht recht stimmt. Wenigstens Materialist im landläufigen Sinne ist er nicht. So sagt er ja auch, seinen Materialismus erklärend, die materialistische Erkenntnistheorie laufe darauf hinaus, zu konstatieren, dass das menschliche Erkenntnisorgan keine metaphysische Erleuchtung ausstrahle. Der Gegensatz zu *metaphysisch* zeigt, wie das *materialistisch* gemeint ist. *Materialismus contra Materialismus* heisst einer seiner Aufsätze in den *Streifzügen*. Die *dialektische* Art, wie er die Fragen von verschiedenen Seiten zu beleuchten sucht und das Allgemeine, wie er es nennt, ans Ende der Untersuchung gelegt wissen will, ist ein drittes Hauptmoment. Zu beanstanden ist freilich, dass er trotzdem dogmatisch gleich anfangs von einem *Absoluten*, einer *absoluten Natur*, die doch allgemein ist, ausgehen will, statt zu warten, ob etwa der Abschluss so etwas ergibt. Zuweilen allerdings will es scheinen, als ob das, was er das *Absolute* nennt, eben die Gesamtheit des Gegebenen (der Daten) sein solle. Vortrefflich aber und von wesentlicher Bedeutung ist dann der scharf ausgesprochene Gedanke, dass »jede bestimmte Vorstellung, jeder bestimmte Gedanke zwar identisch mit seinem Inhalt, aber nicht identisch mit

seinem Gegenstand« sei. Das heisst eben: es ist ein Unterschied zwischen dem Inhalt der Vorstellungen (den blossen Daten) und der Beziehung der Vorstellungen auf den von ihnen unterschiedenen Gegenstand zu machen. Mit Durchführung dieses Gedankens wird Kants *Idealismus* vielleicht gründlich zu korrigieren sein! Mit dem blossen Unterschied des *Allgemeinen* und des *Besondern,* den Dietzgen der alten Logik entlehnt hat, kommt man dabei freilich nicht aus. Auch die geistige Beziehung kann als *Besonderes,* als Datum betrachtet werden; die Frage des Allgemeinen, das heisst des Begriffs, bedarf besonderer Untersuchung. Vor allem aber ist zu beanstanden, dass er zwar an einer Stelle das Verhältnis von Körper und Geist für »den charakteristischsten Punkt« der Philosophie erklärt, an anderer Stelle aber auf die hierfür sehr wesentliche Frage, woher der Geist von den Dingen Wissenschaft hat, einfach — das Problem zuklappend — antwortet: »Sie ist uns angeboren, sie ist mit dem Bewusstsein gegeben.« Hier war Kant doch schon ein Stück zur Lösung vorgeschritten. Wenn wir aber hier, wie in anderen Punkten Dietzgens Aufstellung schwerlich als so ausreichend und vollkommen ansehen können, wie es einige seiner Verehrer meinen, so ist doch, trotz der oft sprunghaften Darstellung und der manchmal irreführenden Ausdrucksweise — deren er sich nach der Vorrede zu seinem ersten Werke selber bewusst ist — eine ganze Reihe fruchtbarer Keime in ihm enthalten. Seine Philosophie ist eben der Reflex des zu seiner Zeit gerade erwachenden Strebens nach allgemein menschlicher, wirtschaftlicher, politischer und geistiger Freiheit. Und so darf er wohl in der Vorrede zum *Wesen der menschlichen Kopfarbeit* sagen, sein Büchlein sei »kein individuelles Produkt, sondern ein geschichtliches Gewächs«.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EMIL DÖBLIN · DIE TARIFGEMEINSCHAFT IM BUCHDRUCKGEWERBE

MIT einem gewissen Interesse blickten nicht nur die Angehörigen der schwarzen Kunst, sondern auch weitere Gewerkschaftskreise, welche dem Ausbau der tariflichen Vereinbarung Verständnis entgegenbringen, auf die Verhandlungen der am 19. Juni in Dresden begonnenen Generalversammlung des deutschen Buchdruckerverbandes. Sollte doch hier unter anderm die über den Rahmen des engeren Berufs hinausragende Frage erörtert werden, ob — falls bestimmte Wünsche nicht realisiert würden — auf ein tarifliches Zusammenwirken mit den Unternehmern zu verzichten sei. Ein dahin gehender Antrag war von dem grössten Gau des Verbandes, dem Berliner, der über 8000 Mitglieder umfasst, gestellt worden.

UM die Tragweite des gestellten Antrages ermessen zu können, ist ein kurzes Eingehen auf die Kämpfe der deutschen Buchdrucker um Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen notwendig; denn dieses Mitbestimmungsrecht ist doch das ureigenste Wesen der Tarifvereinbarung. In keinem Berufe ist seitens der Arbeiterschaft das Verlangen nach Schaffung eines gemeinsam (zwischen Unternehmern und

Arbeitern) zu vereinbarenden Tarifes so früh in die Erscheinung getreten, wie im Buchdruckgewerbe; in den Jahren 1872 und 1873 wurden bereits heftige Kämpfe darum geführt, die zu einer widerwilligen Anerkennung der Mitwirkung der Gehilfen in der Tariffrage seitens der Unternehmer führten. Die in dieser Weise vereinbarten Tarife hatten denn auch mit dem heute im Buchdruckgewerbe bestehenden wenig Ähnlichkeit, insofern, als sie überwiegend nur in den Grossdruckstädten Boden zu fassen vermochten, da seitens der Unternehmer jede Mitwirkung bei Durchführung der Vereinbarungen unterblieb. Um eine Stärkung der Position der Gehilfenschaft zu verhüten, förderte man indirekt die zügelloseste Schmutzkonkurrenz, die zu einem Niedergange des Gewerbes führen musste. Das selbe Motiv leitete auch die Unternehmer im Jahre 1891 bei der Ablehnung des Verlangens der Gehilfenschaft auf Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser strikt ablehnende Standpunkt der Unternehmer führte denn auch zur vollständigen Auflösung des Zusammenwirkens mit der Gehilfenschaft auf tariflichem Gebiete. Beide Teile hatten nunmehr Gelegenheit, die Vorteile zu studieren, welche die sogenannte *Ausnutzung der Konjunktur* im Wirtschaftsleben bietet, und es muss gesagt werden, dass auf jeder Seite die Erkenntnis an Boden gewann, bei voller Anerkennung der bestehenden widerstreitenden Interessen sei der Weg beiderseitiger Verständigung dem permanenten Kampfe vorzuziehen; dieser Erkenntnis verdankte der im Jahre 1896 vereinbarte Tarif sein Entstehen, der sich von seinen Vorgängern dadurch vorteilhaft unterschied, dass er nicht nur von beiden Teilen beschlossen, sondern auch von den Kontrahenten gemeinsam durchgeführt wurde. Es wurde also ein Verhältnis geschaffen, welches der sogenannten *Tarifgemeinschaft* nahe kam. ES ist nicht uninteressant, heute darauf hinzuweisen, mit welchem Misstrauen die Parteipresse, sowie die Arbeiterschaft im allgemeinen dieser neuen Gewerkschaftstaktik gegenüberstand. Der überwiegende Teil der Arbeiterpresse erblickte in dem tariflichen Zusammenwirken mit den Unternehmern ein Verlassen des Kampfstandpunktes und Versinken in Harmonieseligkeit; der damalige Redakteur des *Korrespondenten*, des Verbandsorgans der Buchdrucker, Gasch, hielt die Situation für seine längst geplanten Zersplitterungsversuche für so günstig, dass er eine Gegenorganisation ins Leben rief, welche die Bekämpfung der Tarifgemeinschaft als ihre Hauptaufgabe betrachtete. Den vereinten Bemühungen gelang es denn auch, eine derartige Animosität unter der Arbeiterschaft gegen die führenden Personen im Buchdruckerverbande hervorzurufen, dass beispielsweise der Nachfolger Gasch' in der Redaktion des *Korrespondenten*, Rexhäuser, in Leipzig aus der Partei ausgeschlossen wurde, weil er durch sein Eintreten für die Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe den Standpunkt eines modernen Arbeiters verlassen habe. Es dürfte einleuchten, dass diesen Schwierigkeiten gegenüber der Stand der Verteidiger der Tarifgemeinschaft kein leichter war; nur fortgesetzte Erfolge auf dem beschrittenen Wege vermochten das hervorgerufene Vorurteil zu besiegen, und diese Erfolge traten denn auch dermassen in die Erscheinung, dass der Gewerkschaftskongress in Frankfurt am Main /1899/ tarifliche Vereinbarungen durch Annahme nachstehender Resolution empfahl:

›Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten

und in den Berufen erstrebenswert, in denen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab.«

EINEN Hauptangriffspunkt gegen den Tarif der Buchdrucker bildete die lange Dauer des selben (5 Jahre); man übersah aber hierbei, dass im Gegensatz zu den vielen lokalen Abmachungen in anderen Berufen der Buchdruckertarif für ganz Deutschland vereinbart war, dass es naturgemäss bedeutend längerer Zeit bedarf, um gewerbliche Fortschritte in Tausenden von Orten zur Durchführung zu bringen, und dass bei der Eigenart des Buchdruckgewerbes erst durch Hebung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfenschaft in den kleineren Städten Erfolge in den grossen Druckorten gesichert werden können. Eine weitere Schwierigkeit bei der Durchführung eines Tarifes für das Buchdruckgewerbe bietet der in diesem vorhandene Kleinbetrieb; so befanden sich nach einer im Jahre 1904 aufgenommenen Statistik des Tarifamts der deutschen Buchdrucker unter 3469 Firmen allein 1671, welche nur 2 bis 5 Gehilfen beschäftigten, und 802 Firmen mit 6 bis 10 Gehilfen; wenn trotzdem die Ausbreitung des Tarifs im Gewerbe eine so umfassende ist, so konnte dieser Erfolg nur erzielt werden durch die intensive Arbeit aller beteiligten Faktoren, der Organisationen und Tarifinstitutionen. Von nicht zu unterschätzender Bedeutung war auch die Mitwirkung der Behörden, ja, man kann sagen: der gesamten öffentlichen Meinung; war doch im Buchdruckgewerbe der Weg gezeigt, wie eine gegenseitige Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern möglich ist, ohne das ganze Wirtschaftsleben erschütternde Kämpfe vorhergehen zu lassen, die ja schliesslich doch wiederum durch eine Verständigung beendet werden müssen. Die Verfügungen der bayrischen, württembergischen, sächsischen wie der hessischen Regierung an die Behörden, die staatlichen Drucksachen nur in tariftreuen Druckereien herstellen zu lassen, sind ein Erfolg, der nur dem gemeinsamen Wirken in der Tariforganisation zu verdanken ist. Die Tatsache, dass neun Zehntel der Gehilfenschaft (über 45 000) zu tarifmässigen Bedingungen arbeiten, und dass der Verband während der 9 Jahre tariflichen Zusammenwirkens von 23 000 auf 42 000 Mitglieder gestiegen ist, dürfte erkennen lassen, dass auf dem beschrittenen Wege die Interessen der Gehilfenschaft gefördert werden.

BEI dieser Sachlage musste es nun. Befremden erregen, dass der Gau Berlin der Generalversammlung in Dresden den nachstehenden Antrag unterbreitete:

»Die Delegierten der fünften ordentlichen Generalversammlung des *Verbandes der deutschen Buchdrucker* halten eine Kündigung des zurzeit geltenden Tarifs zum bevorstehenden Kündigungstermine für notwendig. Einem neuen Tarifvertrage ist nur dann zuzustimmen, wenn der selbe folgende Änderungen enthält:

1. Dauer des Tarifvertrages nicht über drei Jahre;
2. Erhöhung der Grundpositionen um wenigstens 7½%, Verkürzung der Arbeitszeit um wenigstens ½ Stunde, Fortfall des Staffeltarifes;
3. Abänderung der Tarifarbeitsnachweise insofern, dass die selben von Prinzipalen und Gehilfen bei Arbeitsvermittelung ausschliesslich zu benutzen sind.

Die Delegierten halten vorstehende Forderungen für durchaus notwendig im Interesse der Gesundung des Gewerbes und ersuchen die Gehilfenvertreter, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu ziehen.«

In einem gewissen Zusammenhange mit diesem Antrage stand ein anderer, ebenfalls von Berlin unterstützter, dahin gehend, den Gauvorständen bei aus-

brechenden Konflikten grössere Bewegungsfreiheit einzuräumen, das heisst, sie zu ermächtigen, ohne vorher einzuholende Zustimmung des Verbandsvorstandes zu Arbeitseinstellungen zu schreiten.

DIE Generalversammlung hatte also die für die Entwickelung von Tarifverträgen interessante Frage zu entscheiden, ob die organisierte Gehilfenschaft im Buchdruckgewerbe reif sei für einen aus dem Tarifverhältnis sich ergebenden ruhigen, systematischen Ausbau des Lohn- und Arbeitsvertrages auf dem Boden beiderseitiger Verständigung, welcher naturgemäss auch gewisse Rücksichten seitens der Gehilfenschaft bedingt: sie kann nicht nur die Vorteile eines solchen Vertrages in Anspruch nehmen, sondern muss auch die übernommenen Pflichten erfüllen.

DIE Debatte über die vorerwähnten Anträge liess seitens der Anhänger der Tarifkündigung das Verlangen nach energischerer Betätigung bei eintretenden Meinungsverschiedenheiten erkennen, obgleich konstatiert werden konnte, dass fast alle auftauchenden Konflikte seitens der Tariforgane zu gunsten der beteiligten Gehilfen beigelegt worden waren. Es will mir scheinen, als ob die Erkenntnis noch nicht genügend durchgedrungen ist, dass ein Tarifvertrag, wie er im Buchdruckgewerbe besteht, der Erfolg einer starken Organisation ist; ein Teil der Arbeiter kann sich immer noch nicht von der Auffassung frei machen, dass nur durch opferreiche Kämpfe erzielte Zugeständnisse als Errungenschaften zu betrachten sind, wo doch zweifellos die Austragung von Differenzen durch selbstgeschaffene Institutionen jedenfalls einen bedeutenden Fortschritt gegenüber dem leider noch zu häufig sich notwendig machenden *Faustrecht* bedeutet. Unter Hinweis auf die Entwickelung der Druckindustrie in den Hauptdruckstädten, wo immer mehr Arbeiter der verschiedenen graphischen Berufe in einzelnen Riesenbetrieben vereinigt werden, wodurch die aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Konfliktsmöglichkeiten vermehrt würden, suchten die Befürworter einer anderen Gewerkschaftstaktik weiter die Notwendigkeit der *Streikfreiheit* herzuleiten, um die sich notwendig machende Solidarität mit den Arbeitern der verwandten Berufe dokumentieren zu können. Da diese Konflikte am häufigsten bei den Hilfsarbeitern und -arbeiterinnen an den Druckmaschinen in die Erscheinung traten, so wurde von der anderen Seite darauf verwiesen, dass den Hilfsarbeitern nur geraten werden könne, ebenfalls einen Tarifvertrag abzuschliessen, wozu die Prinzipale sich bereit erklärt hätten; sind die Lohn- und Arbeitsbedingungen für sie durch einen Tarif geregelt, so sind die Buchdrucker ohne weiteres in der Lage, in solchen Betrieben, welche den vereinbarten Tarif nicht innehalten, den Hilfsarbeitern solidarisch zur Seite zu stehen, ohne mit ihren vertraglichen Pflichten zu kollidieren. Nun ist die Organisation der Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen wohl bereit, für die Provinz, wo die Verhältnisse weniger günstig liegen, tarifliche Abmachungen zu treffen, für Berlin möchte sie jedoch jederzeit Aktionsfreiheit haben: ein Verhältnis, welches auf die Dauer unhaltbar ist, und dessen Konsequenzen zu tragen der Buchdruckerverband sich nicht verpflichten konnte.

EINE wesentlich andere Würdigung, als seitens einzelner Vertreter Berlins, fand denn auch der Tarif und sein Wirken seitens der Delegierten der Provinzstädte; sie erkannten an, dass die jetzige Tariforganisation sowohl die Organisation, wie die wirtschaftliche Lage der Mitglieder gehoben hätte, und dokumentierten ihren festen Willen, den als richtig erkannten Weg nicht zu ver-

lassen. Eine Veränderung des jetzigen Zustandes wurde von einzelnen Rednern nur insofern angeregt, als sie die Frage in Erwägung gezogen wünschten, ob nicht der nächste Tarifvertrag, statt von Allgemeinheit zu Allgemeinheit, zwischen der Prinzipals- und der Gehilfenorganisation abzuschliessen sei. Zur Erklärung des jetzigen Zustandes sei folgendes bemerkt: Als im Jahre 1896 die Tariforganisation in ihrer jetzigen Form beschlossen wurde, hatte der *Verband der deutschen Buchdrucker* mit einer Gegenorganisation, dem *Gutenbergbund,* welcher sich der Protektion vieler Geschäftsleitungen erfreute, und ausserdem mit einer bedeutenden Anzahl Unorganisierter zu rechnen. Um diesen Elementen nicht Gelegenheit zu geben, bei Abschluss eines Tarifes von Organisation zu Organisation sich als von der Vereinbarung ausgeschlossen zu bezeichnen, wurde der Abschluss von Allgemeinheit zu Allgemeinheit gewählt, wodurch sämtliche Gehilfen berechtigt waren, sich an der Wahl der Gehilfenvertreter zum Tarifausschuss zu beteiligen. Bei der numerischen Überlegenheit des Verbandes war es ausgeschlossen, dass ein Nichtverbandsmitglied gewählt werden konnte; es waren also lediglich taktische Momente, die diese Form der beiderseitigen Kontrahenten wählen liess; der Einwirkung der beiderseitigen Organisationen geschah dadurch nicht der geringste Abbruch. Bei den Prinzipalen lagen die Verhältnisse ähnlich, auch dort hatte die Organisation, der *Deutsche Buchdruckerverein,* ein Interesse daran, den seinen Reihen Fernstehenden den Einwand zu nehmen, dass sie an dem Zustandekommen des Tarifes nicht beteiligt gewesen und daher die Abmachungen für sie unverbindlich seien. Heute, wo die Zahl der Nichtverbandsgehilfen bedeutend zusammengeschmolzen und der *Gutenbergbund* durch die Taktik des Verbandes zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt ist, würde der Abschluss des Tarifes zwischen beiden Organisationen weniger zu Bedenken Veranlassung geben; trotzdem erfordern die eigenartig liegenden Verhältnisse des Gewerbes die eingehendste Erwägung der Verbandsleitung, ob dieser Weg jetzt zu beschreiten ist.

NACHDEM in eingehender Debatte von fast sämtlichen Rednern eine Kündigung des Tarifs abgelehnt wurde, zogen die Berliner Delegierten ihren Antrag zurück, indem sie erklärten, dass es ihnen genüge, wenn für die Zukunft der Tarif von Organisation zu Organisation vereinbart werde. Ein Hauptargument speziell des Berliner Gauvorstandes gegen den jetzigen Tarif war nämlich die Behauptung, der Verband als solcher trete bei der Durchführung und Aufrechterhaltung der tariflichen Bestimmungen zu wenig in die Erscheinung. Eine Behauptung, die am besten dadurch widerlegt wird, dass etwa 300 Verbandsmitglieder, die zum grössten Teil Verbandsämter bekleiden, Funktionen in den Tarifinstitutionen (Tarifausschuss, Tarifamt, Kreisämter und Schiedsgerichte) ausüben; selbst beim Abschluss eines Tarifes zwischen beiden Organisationen wäre eine grössere Einwirkung des Verbandes nicht denkbar, denn die Tätigkeit in den Tarifinstitutionen wird auch dann von besonders dazu gewählten Personen ausgeübt werden müssen.

DAS Resultat der umfassenden Erörterungen über die nicht nur für das Buchdruckgewerbe, sondern für die Bedeutung tariflicher Vereinbarungen im allgemeinen wichtigen Frage war die einstimmige Annahme nachstehender Resolution:

›Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschusse den Antrag auf Revision des Tarifs zu stellen. Ein-

gegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzusenden und durch eine einzuberufende Gauvorsteherkonferenz mit den Gehilfenvertretern und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen zu prüfen und zusammenzustellen und dann den tariftreuen Gehilfen an den Kreisvororten an einem Tage Bericht zu erstatten.«

Durch diesen Beschluss ist verhütet worden, dass bei einem Nichtzustandekommen eines anderweitigen Tarifes die bisher tariftreuen Firmen aller Verpflichtungen ledig sind, was bei einer Tarif k ü n d i g u n g der Fall sein würde. Wird über die zur Tarif r e v i s i o n gestellten Anträge der Prinzipale oder der Gehilfen eine Verständigung nicht erzielt, so bleibt es bei dem bisherigen Tarif. Der selbe läuft dann weiter und kann frühestens nach einem Jahr gekündigt oder geändert werden. Jeder, der den hohen, kulturellen Wert tariflicher Vereinbarungen und deren Wirkungen auf die Existenz des Arbeiters zu würdigen Gelegenheit hatte, wird den Ausgang, den die Erörterung dieser Frage auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes fand, begrüssen. Es wäre tief zu bedauern gewesen, wenn gerade die Buchdrucker einen Weg verlassen hätten, der nicht zu unterschätzende Erfolge für die graphischen Arbeiter brachte, und den die Arbeiter anderer Berufe zu beschreiten bemüht sind, in vielen Fällen leider erfolglos, da zum Beispiel der Grossindustriellenbund, die Metallindustrie u. s. w. in dem Eingehen auf tarifliche Verständigung ein Preisgeben des *Herren*standpunktes erblicken. Ich bin deshalb der Ansicht, dass mit Bestrebungen, wie sie auf der Generalversammlung des Buchdruckerverbandes abgewiesen wurden, den Interessen der Arbeiter nicht gedient ist. Gewiss klingt es *radikaler*, wenn erklärt wird, man müsse diese oder jene Forderung durchsetzen, sei es mit, sei es ohne Tarifgemeinschaft. In seinen Wirkungen ist jedoch ein solcher Standpunkt reaktionär; denn er liefert den Scharfmachern im Unternehmertum das erwünschte Material, sagen zu können, dass die Arbeiter für einen konsequenten Ausbau gemeinsamer Verständigung nicht reif seien, dass eine jeweilige Strömung in den einzelnen Berufen in der Lage sei, die Arbeit vieler Jahre mit einem Schlage in Frage zu stellen. Man wird auch auf seiten der Arbeiter sich daran gewöhnen müssen, dass von den Unternehmern nur Zugeständnisse zu erlangen sind, wenn ihnen ein Äquivalent dafür geboten wird; ein solches besteht bei tariflichen Vereinbarungen in einem gewissen Ruhezustand, in der Möglichkeit, auf sicherer Grundlage kalkulieren und Abschlüsse treffen zu können: eine Stetigkeit, die nur zur Hebung des Gesamtgewerbes beitragen kann, die zu bedauern die Arbeiter keine Veranlassung haben.

ES ist nicht meine Absicht, auf das Wesen und die Wirkungen des tariflichen Übereinkommens hier *in extenso* einzugehen. Ich glaube indes, dass die vorstehende kurze Darstellung der Behandlung dieser die Arbeiterschaft so tief berührenden Frage seitens der berufenen Vertreter derjenigen Organisation, welche in dieser Beziehung auf Erfahrungen zurückblicken kann, nicht unzeitgemäss ist. Die Stellungnahme des Buchdruckertages dürfte nicht ohne Einfluss auf die weitere Entwickelung dieser Frage im allgemeinen sein.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Ernteaussichten

DIE Ernteschätzungen beginnen, wie gewöhnlich in dieser Jahreszeit, einen stärkeren Einfluss auf die Markthaltung auszuüben.

IM allgemeinen scheint man für Mitteleuropa mit einer guten Getreideernte zu rechnen. Für Deutschland glaubt man jedoch, dass die Landwirte ihre Verkäufe so weit wie möglich hinausschieben werden, weil mit dem 1. März die alten Handelsverträge erlöschen und die neuen höheren Zollsätze preisbildend in Kraft treten. Darin liegt schon für jetzt und die Übergangszeit ein preiserhöhendes Moment. Ihm gegenüber steht die Möglichkeit, vor Torschluss noch grosse Getreidemengen aus dem Auslande zum alten Zoll heranzuziehen. Hierfür ist wiederum fast ausschliesslich die neue Ernte entscheidend, denn die überkommenen Weltvorräte dürften kaum jemals so gering, wie jetzt, gewesen sein.

UNGÜNSTIG lauten die Mitteilungen aus Russland. Besonders im zentralen Gebiet und in grösseren Teilen der nordöstlichen Gouvernements soll die Dürre abermals grosse Schäden angerichtet haben. Wo, wie im südwestlichen Russland, die Aussichten günstiger stehen, bleibt noch immer die Furcht vor Bauernrevolten und Arbeitsverweigerungen. Viele Exporteure im Süden lehnen es daher ab, für den Herbst bestimmte Lieferverpflichtungen einzugehen.

DAGEGEN sind die Donauländer grosser Erträge sicher. Im laufenden Marktjahr hatten sie wenig abzugeben; für Futterstoffe erliessen einzelne Balkanstaaten, wie auch Österreich-Ungarn, sogar Ausfuhrverbote. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird also ein grosser Teil des neuen Mehrertrages zur Ergänzung der Vorräte und zur Mehrverfütterung gebraucht werden.

DIE Vereinigten Staaten dürften, Einfuhr gegen Ausfuhr gerechnet, im abgelaufenen Jahre kaum wesentliche Mengen Brotgetreide exportiert haben; in den 5 Mill. q. Weizenexport nach Europa für 1904-1905 sind die Mengen Canadas mitenthalten. Da die diesjährige Ernte um 100 Mill. Bushels (600 bis 700 Mill. gegen 552 Mill.) höher, als im Vorjahre, geschätzt wird, so kann man wieder einem grösseren Export Nordamerikas entgegensehen.

EIN ständiges Anschwellen zeigen auch Argentinien, Indien und Australien, mit dem der englische Handel neuerdings engere Verbindungen zu schaffen gesucht hat.

HOFFENTLICH täuschen die Erwartungen nicht, da wir in die neue Periode schon mit ziemlich hohen Preisen eintreten. So notierte für Septemberlieferung der Roggen in Berlin zuletzt etwa 145 bis 146 M., während der tatsächliche Septemberdurchschnitt 1904 139,56 M., 1903 130,61 M. war. Weizen notierte dieses Jahr zirka 172 M., 1903 und 1902 158,77 und 155,04 M., während der September 1904 allerdings, noch unter dem ersten Schrecken über die Dürre in allen Ländern, sogar etwas höher stand, als der gegenwärtige Zukunftslieferpreis.

×　×

Fleischteuerung

NACH wie vor ungünstig für die Konsumenten ist die Lage des Fleischmarktes. Die vorjährige Futternot hat überall zu stärkeren Abschlachtungen und zu geringerer Nachzucht und Aufmästung geführt; das Angebot von Vieh ist deshalb überall unzureichend. Dazu kommen in Deutschland die Grenzsperren, die selbst den normalen Ausgleich zwischen abgabefähigen und aufnahmebedürftigen Produktionsgebieten noch erschweren. Rinder, Schweine und Kälber zeigen beträchtlich erhöhte Preise gegen 1904 und 1903, die gleichfalls nicht zu den billigen Jahren gehörten — die steigende Tendenz war schon lange vorhanden. Die offizielle Reichsstatistik bringt leider erst die Maipreise, danach kosteten in Berlin (pro dz) im Mai

	1905	1904	1903
Ochsen	133,00	126,25	120,20
Schweine	124,75	92,50	93,00
Kälber	142,50	140,00	133,20

Nur die Hammelpreise standen im Maidurchschnitt in Berlin nicht höher, als in den beiden Vorjahren. Dabei muss man immer im Auge behalten, dass 1899 bis 1901 in den Jahresdurchschnitten die Ochsen noch lange nicht 120 M. notierten, die Schweine wenig über 100 M.,

die Kälber etwa 125 M., und dass wir seit 1902 schon mit verhältnismässig hohen Schlachtviehpreisen rechnen.

DAS einzige, was von den Regierungen zu erreichen sein wird, ist wahrscheinlich die frühere Freigabe der erhöhten Schlachtkontingente der neuen Handelsverträge. Besonders für die oberschlesischen Industriereviere wird man die Massnahme kaum länger ablehnen können.

× ×

Anleihen WÄHREND Russland letzhin überall vergebens bei der deutschen und französischen Hochfinanz wegen einer neuen Anleihe angeklopft hat, scheint man in London, New York und Berlin eine Ehre darein zu setzen, Japan Geld zu leihen. In Deutschland wurde ein Drittel der 600 Mill. M. 4½ prozentigen Tabakmonopolanleihe vom 11. bis 14. Juni zum Kurse von 90% aufgelegt. Der Erfolg war, wie auch in England und in den Vereinigten Staaten, ein glänzender — wobei man allerdings nur die jetzigen Kurse mit den früheren Bedingungen vergleichen kann, denn zu harten Bedingungen, im Vergleich zu unseren Gewohnheiten, muss Japan noch immer sein Leihkapitalbedürfnis befriedigen. Die 4 prozentige russische Anleihe von 1902 ist seit Anfang des Jahres unter 90 herabgegangen, dabei stand sie Anfang 1903 noch über 100 (am höchsten am 1. April 1903 mit 101,40).

× ×

Baumwolle DIE amerikanische Regierungsschätzung der Baumwollernte hat wieder eine fast allgemeine Überraschung hervorgerufen. Während bisher der Durchschnittsstand überall auf 81,2% beziffert wurde, ging der Regierungsbericht plötzlich auf 77% herab. Nun wäre das zwar ein mittelguter Stand, aber gleichzeitig fällt die Abnahme der bestellten Ländereien um 11,4% (um 3,61 Mill. Acres, im ganzen bestellt 28,12 Mill. Acres) ins Gewicht; auf die Bemühungen der Pflanzer, eine Überproduktion zu verhindern, wiesen wir früher des öfteren hin. Dazu ereignete sich der Skandal, dass ein Spekulantenring durch Beamtenbestechung vorzeitig von dem Ergebnis der amtlichen Aufnahme unterrichtet war und sich offenbar für die zu erwartende Hausse gut vorgesehen hatte. Vorläufig hat er sein Ziel erreicht und seine Schäfchen geschoren. Denn ob später nicht das tatsächliche Ernteergebnis vollauf genügen wird, ist noch keineswegs ausgemacht, so dass der Hausse rasch wieder eine Baisse, wie im Vorjahre, im Dezember, folgen kann.

× ×

Kurze Chronik DER Reichsbankausweis beim Quartalswechsel zeigte keine besonders abnormen Erscheinungen; vom vorletzten zum letzten Wochenausweis im Juni sank die steuerfreie Notenreserve von 389,54 Mill. M. auf 356,55 Mill. M., um im ersten Julinachweis (vom 3. Juli) einer Steuerpflicht von 98,93 Mill. M. zu weichen, die am 10. Juli bereits wieder durch 21,81 Mill. M., am 15. Juli durch 148,4 Mill. M. steuerfreie Notenreserve ersetzt war. × Ein deutsches Syndikat erwarb ansehnliche Kohlenfelder in Wales.

MAX SCHIPPEL

Politik

Marokko ES ist nicht zu bestreiten, dass die deutsche Politik durch die vorläufige Schlichtung des Marokkokonflikts einen Erfolg davongetragen hat. Um diesen zu erkennen, muss man sich allerdings die Geschichte der ganzen Affäre noch einmal vergegenwärtigen. Nach dem Übereinkommen vom 8. April 1904 ist zwischen Frankreich und England ein gegenseitiges Geschäft vereinbart worden: Frankreich wird die Aktion Englands in Ägypten nicht verhindern. England verzichtet dagegen auf politischen Einfluss in Marokko. Gegen gewisse Konzessionen in der ägyptischen Frage räumt England Frankreich das Recht ein, über die Ruhe Marokkos zu wachen und der marokkanischen Regierung den etwa erforderlichen Beistand zur Umgestaltung der Staatsverwaltung, Finanzen und Armee zu leisten. Von den anderen Punkten ist die Zusicherung der Handelsfreiheit für 30 Jahre noch hervorzuheben. Um im Sinne dieses Abkommens handeln zu können, hatte Frankreich noch die Zustimmung Spaniens nötig, deren es sich durch das Abkommen mit Spanien vom 5. Oktober 1904 versicherte. Im Januar des laufenden Jahres setzte nun Frankreich damit ein, Marokko seinen Beistand anzubieten. Es liess den Sultan von Marokko die Reformen wissen, die am meisten geeignet seien, der gestörten Lage seines Reiches wieder aufzuhelfen. Frankreichs Gesandter Saint-René Taillandier stellte die Forderungen im Namen Euro-

pas, was den Sultan von Marokko veranlasste, sich an Deutschland mit der Anfrage zu richten, ob es die Forderungen Frankreichs teile. Daraufhin war für Deutschland ein hinreichender Anlass gegeben, in den Marokkohandel einzugreifen und die Ausschaltung Deutschlands, die von England und Frankreich beabsichtigt war, unmöglich zu machen. Der Sultan von Marokko schlug eine internationale Konferenz vor, die nunmehr von Frankreich nach einigem Entgegenkommen Deutschlands angenommen wurde. Diese Punkte des Entgegenkommens sind in dem Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich vom 8. Juli 1905 dahin präzisiert, dass die deutsche Regierung auf der Konferenz keine Ziele verfolgen wird, welche die berechtigten Interessen Frankreichs in diesem Lande in Frage stellen oder im Widerspruch stehen mit den Rechten Frankreichs, die sich aus seinen Verträgen ergeben und sich im Einklange mit folgenden Grundsätzen befinden: Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans; Integrität seines Reiches; wirtschaftliche Freiheit ohne jede Ungleichheit; Nützlichkeit von polizeilichen und finanziellen Reformen, deren Einführung für kurze Zeit auf Grund internationaler Vereinbarung geregelt werden soll; Anerkennung der Lage, die für Frankreich in Marokko geschaffen wird durch die langausgedehnte Grenzberührung zwischen Algerien und dem Scherifischen Reiche, durch die sich hieraus für die beiden Nachbarländer ergebenden eigenartigen Beziehungen, sowie durch das hieraus für Frankreich folgende besondere Interesse daran, dass im Scherifischen Reiche Ordnung herrsche. Der Erfolg der deutschen Politik liegt nun darin, dass Englands Absicht, Deutschland zu isolieren und in einen Konflikt mit Frankreich hineinzutreiben, ganz offensichtlich vereitelt wurde. Aber dabei kann das Ziel der deutschen Politik nicht stehen bleiben: die dringendste Aufgabe der deutschen Politik muss die Annäherung an Frankreich sein. Man darf darüber keinen Augenblick im Zweifel sein, dass die politischen Gegensätze heutzutage in letzter Linie von wirtschaftlichen Konkurrenzrücksichten bestimmt werden. Unser gefährlichster Gegner in Europa auf wirtschaftlichem Gebiete ist England, um so gefährlicher, je erfolgreicher Deutschlands Vormarsch auf dem Gebiete von Industrie und Handel ist. Es wäre verkehrt, diesen vorhandenen starken Gegensatz in seinen politischen Konsequenzen verkennen zu wollen. Englands Politik kann daher nur darauf hinausgehen, unsere politische und wirtschaftliche Position zu schwächen, und eines der besten Mittel dazu ist, uns in Mitteleuropa zu isolieren, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland möglichst zu hintertreiben. Denn eine wirtschaftliche Annäherung dieser beiden Länder würde den Ausgangspunkt einer neuen wirtschaftlichen und politischen Ära für Mitteleuropa bedeuten, unter der wir allen Gefahren der sich immer mehr verschärfenden Weltmarktkonkurenz ruhig entgegensehen könnten. Auch würde eine solche Ära die sozialistische Entwickelung in Europa erheblich fördern. Dass in Frankreich der gesunde Plan einer Annäherung an Deutschland propagiert wird, das zeigt vor allem das Auftreten der Sozialisten. In Deutschland fehlt es gleichfalls nicht an ähnlichen Bestrebungen, so dass trotz der Marokkoaffäre, vielleicht gerade durch deren Erledigung, die Bahn für eine gegenseitige Annäherung der beiden ersten Kulturstaaten Mitteleuropas freigemacht wird.

× ×

Jaurès und Bülow

DIE vorübergehend sehr bedenkliche Spannung zwischen Deutschland und Frankreich während der Erledigung des Marokkokonflikts hatte den Gedanken nahe gelegt, den französischen Politiker, der sich um die Herbeiführung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich die grössten Verdienste erworben hat, den Sozialisten Jaurès, zu veranlassen, in Berlin vor einem deutschen Arbeiterpublikum über die Friedensidee und die Solidarität des internationalen Proletariats zu sprechen. Kein Mensch rechnete mit der Möglichkeit, dass es der deutschen Regierung einfallen könnte, das Auftreten von Jaurès gerade im Hinblick auf Jaurès' Haltung in der Marokkoangelegenheit zu untersagen. Fast die gesamte Presse mit Ausnahme vereinzelter Scharfmacherorgane hielt Jaurès' Auftreten in Berlin für durchaus unbedenklich. Da fiel es einer antisozialistischen Korrespondenz ein, die Jaurès-Versammlung unter geschickter Verwendung einiger Zitate aus der sozialdemokratischen Presse gegen die Regierung auszuspielen und dieser zuzumuten, Jaurès am Auftreten in Berlin zu verhindern. Und siehe da, was kein vernünftiger

Mensch vorher für möglich gehalten, traf ein: der Reichskanzler machte den Fehler und liess Jaurès wissen, er möge sich die Reise nach Berlin sparen. Hinterher fragt man sich: wäre der Erfolg der Sozialdemokratie der Reichsregierung gegenüber etwa grösser gewesen, wenn Jaurès gesprochen hätte, als er nun durch die agitatorische Ausschlachtung des Redeverbots herbeigeführt worden ist? Im einen, wie im andern Fall möge man allerdings nicht vergessen, dass es sich nur um eine Episode handelt, die so oder so wieder schnell vergessen ist. Die treffendste Antwort auf Fürst Bülows Verhalten Jaurès gegenüber hat Jaurès selbst in seiner *Humanité* gegeben, in der er schrieb: »Dieser Zwischenfall wird in nichts unsere Anschauungen über die Beziehungen Frankreichs und Deutschlands ändern. Wenn wir seit Jahren verlangt haben, dass zwischen beiden Ländern zunächst die Spannung aufhöre und eine Annäherung, sodann ein dauerhafter, fester Friede eintrete, so haben wir nicht eine Minute lang vermutet, dass die deutsche Regierung mit dem Sozialismus paktieren könnte; aber wir sprechen damit die Überzeugung aus, dass ein Einvernehmen Frankreichs mit Deutschland für den Weltfrieden notwendig sei und die Demokratie und das Proletariat sich nur in diesem Frieden entwickeln können. Das ist nach wie vor unsere tiefe Überzeugung und die Richtschnur unserer Politik . . . Dieser Zwischenfall wird das Werk der Friedensstiftung nicht verhindern, welches sich zwischen beiden Ländern vollzieht, und zu welchem die Sozialisten unaufhörlich beitragen werden.«

× ×

Frankreich: Trennung von Staat und Kirche EIN gesetzgeberisches Werk von vorbildlicher Bedeutung hat die französische Deputiertenkammer am 3. Juli vollendet: die Trennung von Staat und Kirche. Die Republik gestattet und gewährleistet die Ausübung eines jeden religiösen Kults, soweit sie mit den Bestimmungen der Staatsgesetze nicht kollidiert. Dagegen anerkennt, besoldet und unterstützt der Staat keinen Kult. Alle Staats-, Departements- und Gemeindebudgets, die sich auf die Unterhaltung der Kulte beziehen, fallen weg. Die ganze Art der Durchführung dieser Trennung von Staat und Kirche bekundet ein so grosses Mass von Billigkeit und Entgegenkommen gegen berechtigte Ansprüche der katholischen Kirche, dass der Vorwurf, als hätten die französische Regierung und die Deputiertenkammer *ab irato* gehandelt, nicht die mindeste Berechtigung hat. Wenn in den Zeiten der Reformation und in den Religionskriegen der Protestantismus den Fürsten gut genug war, um Kirchengut zur Erweiterung und Vermehrung eigenen Besitzes sich aneignen zu können, so ist die französische Republik von jeglichem Verdachte, sich bereichern zu wollen, völlig rein. Sie vollzieht vielmehr die Verteilung des Kirchenvermögens in einer für die katholische Kirche durchweg entgegenkommenden Weise, so dass ihr selbst die klerikalen Abgeordneten zustimmen mussten. Das Kirchenvermögen wird innerhalb eines Jahres unter Berücksichtigung des besonderen Bestimmungszweckes d e n Gemeinschaften übertragen, die sich unter Anpassung an die Regeln der allgemeinen Organisation des Kultus, dessen Ausübung sie zu sichern sich vornehmen, in den Bezirken, denen das Vermögen bisher zukam, gebildet haben werden. Bei Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Gemeinschaften entscheidet das Verwaltungsgericht des Staatsrates in letzter Instanz endgültig. Mit diesem Trennungsgesetz hat sich Frankreich ein Verdienst um den kulturellen Fortschritt erworben, indem es mit dem schon längst propagierten liberalen Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche Ernst gemacht hat. Es ist zu hoffen, dass die Durchführung des Gesetzes den Beweis erbringen wird, dass das französische Volk die nötige Reife besitzt, um den grossen kulturellen Fortschritt, der in der Trennung von Staat und Kirche liegt, auch dauernd festzuhalten.

× ×

Kurze Chronik AM 15. Juni starb der Afrikaforscher von Wissmann, der frühere Gouverneur von Deutsch Ostafrika. × Die ungarische Krise hat am 21. Juni zur Vertagung des Abgeordnetenhauses bis zum 15. September geführt. × Am 1. Juli wurde der preussische Landtag geschlossen, nachdem die Vorlagen über Bergarbeiterschutz und Mutungssperre angenommen waren. × Am 10. Juli fanden die Urwahlen, am 17. Juli die Abgeordnetenwahlen zum bayrischen Landtag statt; sie brachten eine grosse Verstärkung des Zentrumseinflusses.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Russland

DIE revolutionären Lavaströme der jüngsten Zeit haben uns die Tiefen des russischen Vulkans eröffnet. Sie drängten uns unwillkürlich die Frage nach jenen furchtbaren Verhältnissen auf, die einen solchen ungeheuren Feuerberg zusammentrugen. Die soziale Geschichte Russlands rückt daher mit grosser Energie in unser Blickfeld. Als ein Stück russischer Erdbebengeschichte enthüllt sich das Werk Alexander Herzens *Russlands soziale Zustände* (II. Band des von Dr. Landsberg herausgegebenen *Museums* /Berlin, *Pan-Verlag/*). Der eherne Schritt blutiger Revolutionen dröhnt durch die soziale Geschichte Russlands, und der eigentliche Schöpfer des modernen Russlands, Peter der Grosse, vereinigt in sich den umstürzlerischen Jakobiner mit dem asiatischen Despoten. Wind säete die russische Gewaltregierung, und Orkane erntete sie. Inmitten der leidenschaftlich bewegten Klagen über die Henkerregierung Russlands, das seinen Kindern nur die traurige Alternative stellt, entweder in einer rohen Umgebung sich moralisch zu Grunde zu richten oder beim ersten Eintritt ins Leben zu sterben, jubelt Herzen mit schwärmerischer Begeisterung über die sich überall regenden Keimkräfte seines Vaterlandes. In der russischen Landgemeinde sieht Alex. Herzen vor allem die wirksamste Kraft zur sozialen Wiedergeburt seines Vaterlandes. Er gedenkt des tiefen, nachhaltigen Eindruckes, den der Sozialismus in den Gemütern der zukunftsvollen russischen Jugend hervorrief. »Da man an die Gemeinden«, schreibt er, »an die Teilung des Grundbesitzes, an die Arbeiterassoziationen gewöhnt war, erkannte man in jener Lehre Ansichten, denen man näher stand, als den politischen Doktrinen. Und uns, die wir Zeugen des masslosesten Missbrauches des Eigentumsrechtes sind, uns befremdete der Sozialismus weniger, als den okzidentalen Bourgeois.« Vom revolutionären Europa erhofft Herzen die Rettung. Wir sehen heute in Russland genug Feuerzeichen, die vom nahen Schmelzen russischer Ketten durch eigene revolutionäre Hochglut reden.

× ×

Prostitution

IN seiner Broschüre *Prostitution und Prostituierte* /Berlin, *Pan - Verlag/* kennzeichnet Dr. Willy Hellpach die Prostitution als eine soziale Stadterscheinung. Aber nicht nur die blosse Häufung von Menschen in einer Stadt, sondern die städtische Konzentration von Angehörigen verschiedener Gesellschaftsklassen, von wirtschaftlich über- und ohnmächtigen Klassen, fördert die Prostitution als soziale Massenerscheinung zu Tage. Die Aufhebung dieser Form der Prostitution ist an die Überwindung der sozialen Klassen gebunden. Hellpach gelangt nicht zu einer prinzipiellen Verwerfung der Kasernierung der Prostitution und der Beseitigung der Sittenpolizei.

DIE soziale Seite der Prostitution verkennt Dr. Iwan Bloch in seiner anregend geschriebenen Broschüre *Die Perversen* (Moderne Zeitfragen. Herausgegeben von Dr. H. Landsberg /Berlin, *Pan-Verlag/*). Dr. Bloch betrachtet die Prostitution als ein Produkt des sexuellen Variationsbedürfnisses des Menschen und als Ersatz der ursprünglich von diesem Bedürfnis erzeugten Promiskuität. Das Variationsbedürfnis äussert sich vorwiegend nur bei einer Gruppe von Männern, und diesem Bedürfnis dient fast nur die Klasse der wirtschaftlich schlecht gestellten Mädchen.

SEHR niedrig schätzt Prof. S. Bettmann-Heidelberg in seinem tiefgründigen Werke *Die ärztliche Überwachung der Prostituierten* /Jena, Gustav Fischer/ die hygienische Bedeutung der polizeilichen Kontrolle ein. Nur ein beschränkter Teil der Prostituierten werde der regelmässigen Kontrolle unterstellt, die Reglementierung sei mit abschreckenden Härten behaftet, die gefährlichen jugendlichen Prostituierten dürfen aus erzieherischen Gründen nicht kontrolliert werden, die älteren Prostituierten dagegen benötigen nicht mehr der Kontrolle. »Wenn den Ärzten«, so führt Bettmann wörtlich aus, »im Rahmen der bestehenden Reglementierung eine Tätigkeit zufällt, so haben sie nachdrücklich hervorzuheben, wie wenig sie auf diesem Posten zur Einschränkung der venerischen Krankheiten leisten können.« Die dem Arzte durch die Reglementierung der Prostitution zugewiesene Rolle bleibe undankbar und wenig erfolgreich.

× ×

Fürsorgeerziehung

IM Jahre 1903 stieg die Zahl der jugendlichen Personen, die in Preussen der Fürsorgeerziehung übergeben wurden, nur gering im Vergleich zum Jahre 1902.

Im Jahre 1902 wurden 6196 Zöglinge dieser Erziehung anvertraut, im Jahre 1903 6523. Der Stand der Fürsorgeerziehung des Jahres 1901 ist noch nicht erreicht, denn in diesem Jahre wurden 7787 der Fürsorgeerziehung überwiesen. Es lässt sich wohl noch nicht konstatieren, dass das Fürsorgeerziehungsgesetz in Preussen auf die Kriminalität der Jugendlichen heilsam eingewirkt habe. In der Statistik für das Rechnungsjahr 1902 wurde auf einen Bericht des Oberpräsidenten von Westfalen verwiesen, der für einen Teil des Industriebezirkes einen Rückgang der Strafanzeigen festgestellt hatte. Das Jahr 1903 zeigt ein kleines Herabsinken in der Zahl der jugendlichen Verurteilten im Vergleich zu 1902, nämlich ein Sinken von 31 002 auf 30 088 jugendliche Verbrecher.

× ×

Reform der Versicherung EINE tiefgründige Reform der Arbeiterversicherung regt eine Petition der geschäftsführenden Kasse des *Zentralverbands deutscher Ortskrankenkassen* und der *Zentralkommission der Berliner Krankenkassen* an. Diese an den Reichstag und Bundesrat gerichtete Petition fasst die Zwangsversicherung aller Berufstätigen, auch der selbständigen Landwirte und Gewerbetreibenden, mit einem Einkommen bis 3000 M. ins Auge. Die vorgeschlagene einheitliche Versicherung merzt den so strittigen Begriff des *Betriebsunfalls* aus und wendet ihre Fürsorge allen Unfallverletzten zu. Die Renten, die Kranken-, Unfall-, Invalidenrenten, werden durchweg erhöht. Es soll zum Beispiel die Unfallrente 75 % des Lohnes, die Invalidenrente 50 % desselben betragen. Die vorgeschlagene Versicherung bringt das Territorialprinzip in dem Aufbau der Versicherungsinstitute konsequent zur Durchführung im Gegensatz zu der heutigen Versicherung, die die Versicherten bald nach ihren Berufen, bald nach ihrer blossen Ortsangehörigkeit organisiert. Die Versicherung schöpft ihre Mittel je zur Hälfte aus den Taschen der Unternehmer und aus denen der Arbeiter. Bei jeder Invaliditäts- und Altersrente schiesst das Reich jährlich 100 M. zu. Die Verwaltungskörperschaften werden zu ⅔ von den Versicherten und zu ⅓ von den Unternehmern zusammengesetzt.

× ×

Krankenversicherung ES liegen zur Zeit drei sehr bedeutsame Berichte über die Wohnungskontrollen deutscher grossstädtischer Ortskrankenkassen vor: der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute etc. Berlin, der Ortskrankenkasse Leipzig und der Ortskrankenkasse Dresden. Der Berliner Bericht aus der Feder Albert Kohns ist eine furchtbare Anklage gegen den Wohnungsjammer selbst der Elemente, die sich noch über der grossen, grauen Masse der völlig proletarisierten Berliner Bevölkerung erheben. Kohn konstatiert diesmal, dass sich im Vergleich zu den Vorjahren der schwarze Farbenton, der im allgemeinen über dem Bilde des Berliner kaufmännischen Wohnungselends liegt, in einigen unwesentlichen Punkten etwas abgemildert habe. Von erschütternder Kraft sind die photographischen Wohnungselendsbilder, die Kohn seiner Arbeit *Unsere Wohnungsenquete im Jahre 1904* beigegeben hat.

DIE Ortskrankenkasse Leipzig erstreckte ihre Enquete über die Wohnungen von 1700 erkrankten Mitgliedern. Die Ortskrankenkasse bucht ebenfalls die hygienisch so unheilvolle Tatsache des Zusammenschlafens erkrankter Personen mit gesunden. Es teilten etwas über 8 % der Erkrankten ihr Bett mit anderen Personen. Grosse Prozentsätze von Kassenpatienten hausten in dunklen Gelassen (97 Personen) und in feuchten Räumen (146). In einem Loch von 25 cbm vegetierte ein unglücklicher Patient mit 8 Personen.

VON den 2287 Wohnungen, die die Dresdner Ortskrankenkasse untersuchen liess, wiesen 10 % sehr erhebliche Missstände auf. Diese menschenunwürdigen Wohnungen warfen noch recht beträchtliche Mietsbeträge für die Hausbesitzer ab.

× ×

Invalidenversicherung DIE Landesversicherungsanstalt Braunschweig hatte im Jahre 1904 in dem eigenen Invalidenhaus und in anderen Anstalten 54 Personen in Invalidenhauspflege. Der Bundesrat hat die Versicherungsanstalt ermächtigt, mehr als das halbe Krankengeld den Angehörigen der Pfleglinge zu gewähren. Der Vorstand der Anstalt Braunschweig beschloss nun, beim Vorhandensein einer unterstützungsberechtigten Person 70 % des Krankengeldes, zweier Personen 80 % und beim

Vorhandensein dreier und mehr Personen 100 % zu zahlen.

×

Arbeitersekretariate NACH Beendigung des Cölner Gewerkschaftskongresses fanden sich am 29. und 30. Mai in Cöln die Vertreter von 49 deutschen Arbeitersekretariaten zusammen, um eine ganze Reihe von sehr brennenden Verwaltungsangelegenheiten zu besprechen. Der Arbeitersekretär, der im Interesse eines Unfallverletzten eine Berufungs- oder Rekursschrift abfasst, klopft nur zu häufig bei den Ärzten, die durch ein eingehendes sachverständiges Zeugnis die individuellen Klagen des Verletzten objektiv begründen sollen, vergeblich an die Türe. Die Aufgabe der Arbeitersekretäre muss es daher sein, die Begründung ärztlicher Kommissionen zur objektiven Begutachtung der Unfallsfolgen der Verletzten anzuregen. Die Fragen der entgeltlichen oder unentgeltlichen Auskunfterteilung und der Rechtshilfe an Unorganisierte wurden auf der Konferenz durch Beschlüsse nicht erledigt. Die Cölner Arbeitersekretariatskonferenz wird vor allem fördernd auf die Ausgestaltung der bisher noch mangelhaften Arbeitersekretariatsstatistik und auf die Fortbildung der Sekretäre eingewirkt haben. In Berlin werden wohl bald Kurse geschaffen werden.

×

Kurze Chronik AM 2. Juni meinte der Freiherr von Burgsdorff im preussischen Herrenhaus: mit unserer ganzen jetzigen Sozialpolitik erziehen wir nur Simulanten und Faulenzer; heutzutage freue sich der Arbeiter, wenn er beim Unfall für zeitlebens einen Knacks bekomme. × Am 6. Juni fand in Hagen die 14. Konferenz der *Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen* statt, auf der das Thema *Die Belehrung der Arbeiter über die Gefahren in gewerblichen Betrieben* verhandelt wurde. Professor Lepsius empfahl die Begründung eines Instituts für experimentelle Fabrikhygiene im Anschluss an das Reichsgesundheitsamt. Dr. H. Rössler-Frankfurt a. M. verwies auf die Belehrung der Arbeiter in der Frankfurter Gold- und Silberscheideanstalt durch den Arbeiterausschuss. Die organisierten Weissbinder und Maler Frankfurts betreiben nach Dr. Rössler eine mustergültige Belehrung der Arbeiter vor Vergiftungsgefahren durch Veranstaltung von Vorlesungen und Verteilung von Merkblättern.

×

Literatur IN seinem Werke *Fundament eines neuen Staatsrechts* /Dresden, Reissner/ schlägt Josef Popper (Lynkeus) zur Lösung der sozialen Frage »die gleiche, ausnahms- und bedingungslose Verteilung eines Existenzminimums *in natura*« vor. Im *Gebiete des Überflüssigen* (Entbehrlichen) lässt er das Walten der freien Privatwirtschaft zu. Auf einen Meinungsstreit über das, was überflüssig ist oder nicht ist, wollen wir uns bei der utopistischen Gestalt der Vorschläge Poppers erst gar nicht einlassen. Mit seinen Vorschlägen bezweckt Popper, die Sicherheit der ökonomischen Existenz aller und die Freiheit in wirtschaftlicher Beziehung zu realisieren. Der Verfasser strebt eine Verstaatlichung der Produktion der *Minimumartikel* an. Die staatlichen Betriebe werden sodann in die Naturalwirtschaft übergeführt. Die Lösung der Friedensfrage ergibt sich ihm aus der Verwirklichung der Grundsätze, dass nur jeder einzelne über sein Leben und seine physische Integrität entscheiden dürfe.
DER vortreffliche Kommentar des Amtsgerichtsrats Julius Hahn zum Krankenversicherungsgesetz ist in 4., verbesserter und vermehrter Auflage bei A. Troschel in Berlin-Grunewald erschienen. Die wichtigsten richterlichen Entscheidungen in Krankenversicherungssachen sind vom Amtsgerichtsrat Hahn bis zur Gegenwart verfolgt und gewertet worden. × Eine kurze systematische Darstellung des Krankenversicherungsgesetzes nach der Fassung vom 25. Mai 1903 gibt die Buchhandlung *Vorwärts* unter dem Titel *Führer durch das Krankenversicherungsgesetz* heraus. × Der sehr gründliche Kommentar zum Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, von Konrad Agahd und M. von Schulz (10. Heft der *Schriften der Gesellschaft für soziale Reform* /Jena, Gustav Fischer/) erlebt bereits seine 3. Auflage. Den Kinderschutzvereinen fällt besonders die Aufgabe einer Überwachung der Durchführung des Kinderschutzgesetzes zu. Der Berliner Hauptverein zum Schutz der Kinder gegen Ausnutzung und Misshandlung zählte 1830 Mitglieder im Jahre 1904. In Sachsen vereinigten sich die Kinderschutzvereine der Städte Chemnitz, Dres-

den und Leipzig zu einem Landesverein Sachsen.

PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Städtereinigung

FÜR die Beseitigung der Hausabfälle hat das Tiefbauamt der Stadt Frankfurt a. M. ein umfassendes Projekt ausgearbeitet, das vor kurzem die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat. Mit dem schnellen Anwachsen der Bebauung ist es Frankfurt wie anderen grossen Städten gegangen: es fehlen ihm die Plätze für die Abfuhr und Ablagerung von Kehricht. Plätze, die nicht zu weit von der Stadt gelegen sind, sind teuer und selten und haben überdies den Nachteil, wieder geräumt werden zu müssen, sobald die Bebauung in ihre Nähe kommt. Bei entfernteren Plätzen werden die Abfuhrkosten zu teuer. Das Problem der Hausmüllabfuhr wurde für die Stadt Frankfurt in dem Momente brennend, als sie die selbe vor drei Jahren in eigene Regie übernahm. Dazu kam ein anderes, nicht minder wichtiges Problem, das die Stadtverwaltung in früheren Jahren schon öfter beschäftigt hatte: die Beseitigung des Schlammes aus den Klärbecken der Kanalisationsanlage. Bisher war es möglich gewesen, den grösseren Teil dieses Schlammes an die Landwirte abzusetzen, aber seit Herbst 1904 haben diese die weitere Abnahme des Schlammes verweigert. Es blieb nichts übrig, als den Schlamm in besonderen Lagern aufzuspeichern. Da jährlich ungefähr 75000 cbm Schlamm anfallen, kann man sich von der Grösse dieser Kalamität einen Begriff machen. Das Tiefbauamt schlägt nun vor, beide Aufgaben, die Beseitigung des Hauskehrichts und die des Klärbeckenschlammes, gemeinsam vorzunehmen. Durch Verbrennung des Hauskehrichts soll die genügende Kraft gewonnen werden, um den Klärbeckenschlamm mittels Zentrifuge auf einen Wassergehalt von 50 bis 60% herabzubringen und ihn so in Verbindung mit dem Müll verbrennbar zu machen. Frankfurt will sich also den Städten anschliessen, die zurzeit auch in Deutschland im Begriff sind, die Müllverbrennung einzuführen. Das städtische Tiefbauamt hat zur Begründung dieses Projektes eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet, der wir die folgenden allgemein interessanten Tatsachen über die Müllverbrennung entnehmen.

DIE Müllverbrennung ist zuerst in England ausgebildet worden und hat hier zurzeit sich so weit durchgesetzt, dass kaum noch eine grössere englische Stadt ihren Hauskehricht auf andere Weise beseitigt. Der erste Müllofen wurde im Jahre 1876 in Manchester in Betrieb genommen. Obwohl dieser Ofen für die Vernichtung des Mülls brauchbar war, gewann die Müllverbrennung doch in den ersten Jahren nur langsam an Ausdehnung. Im Jahre 1880 gab es im ganzen erst 9, zehn Jahre darauf erst 39 Anstalten. Mit der Verbesserung der Ofenkonstruktionen ist ihre Zahl erheblich gewachsen. In den Jahren 1891 bis 1896 entstanden 31 neue Anstalten. Der grösste Aufschwung ist aber von dem Zeitpunkte ab zu verzeichnen, wo auch die wirtschaftlichen Vorteile des Verfahrens erkannt und mit den Müllverbrennungsanstalten Kraftwerke verbunden wurden. Seitdem ist die Zahl der Anstalten bis Ende 1903 auf 198 gestiegen. Sie verteilen sich auf 151 Städte mit mehr als 10000 Einwohnern. Ausserdem gibt es noch in zahlreichen kleineren Städten, sowie für die Zwecke einzelner Institute, wie Hospitäler, Fabriken und dergleichen, solche Müllverbrennungsöfen. Die erwähnten 198 Anstalten enthalten rund 1500 einzelne Öfen und sind im stande, jährlich mehr als 7 Mill. cbm Kehricht, die Abfälle von fast 25 Mill. Menschen, zu vernichten. In gleichem Masse ist die Zahl der mit ihnen verbundenen Kraftwerke gewachsen. 1896 gab es nur eins, Ende 1903 bereits 74 solcher Kraftwerke. In ihnen wird die durch die Verbrennung des Mülls gewonnene Hitze in verschiedenster Weise ausgenutzt. In erster Linie wird Elektrizität erzeugt, die entweder für städtische Zwecke benutzt oder an Private verkauft wird. Ungefähr zwei Drittel der durch Müllverbrennung betriebenen Kraftwerke sind Elektrizitätswerke. Häufig werden Pumpwerke, sei es nun für die Wasserwerks-, sei es für die Kanalisationsbetriebe, mit den Müllverbrennungsanstalten vereinigt. In manchen Städten wird die Hitze durch Abgabe von Wärme und heissem Dampf direkt verwertet. Namentlich für die Versorgung von öffentlichen Bade- und Waschanstalten, von Desinfektionsanstalten, auch zur Heizung öffentlicher Gebäude.

DURCH eine Steigerung der Verbrennungstemperaturen bis zu 1650° C. und durch die geschicktere Disposition der

Öfen ist es gelungen, den Austritt unverbrannter Gase und Dünste vollständig zu beseitigen. Infolgedessen werden in England die Verbrennungsanstalten unmittelbar an das Stadtgebiet herangelegt, häufig sogar inmitten der Stadt oder des Stadtteils, dessen Abfälle sie vernichten, errichtet. Selbstverständlich werden dadurch ganz bedeutende Ersparnisse an Transportkosten gemacht. Nach englischen Berichten sollen zurzeit nicht weniger als 94% aller Anstalten innerhalb oder in unmittelbarer Nähe des Stadtgebietes errichtet sein. In neuerer Zeit hat man auch die Rückstände der Kläranlagen in Verbindung mit dem Hauskehricht vernichtet. So in den Städten Bolton, Ealing, Huddersfield, Wimbledon etc.

AUSSERHALB Englands hat die Müllverbrennung nicht die gleiche Ausbreitung gefunden. Die Städte finden es immer noch billiger und einfacher, den Hauskehricht in alter Weise auf Lagerplätzen abzulagern, als zur Verbrennung zu greifen. Ausserdem aber ist der Hauskehricht zum Beispiel in Deutschland weniger reich an unverbrannten Kohlenabfällen, als der englische, wennschon er in den meisten Fällen ohne Zusatz von Kohlen, wie der englische, verbrannt werden könnte. Eine Ausnahme machen eigentlich nur die Städte mit vorwiegender Brikettfeuerung, wie Berlin, Charlottenburg etc. In Charlottenburg mussten dem Müll Steinkohlen in der durchschnittlichen Höhe von 4,5% seines Gewichtes zugesetzt werden, um ihn zur Verbrennung zu bringen. In den meisten anderen Städten dagegen ist der Hauskehricht, wie Versuche festgestellt haben, brennbar. In Deutschland, und überhaupt auf dem Kontinent, hat zuerst Hamburg in den Jahren 1895-1896 eine Müllverbrennungsanstalt gebaut und in Betrieb genommen, die die ganze Zeit über mit den besten Erfolgen gearbeitet hat. In Beuthen, Kiel, Wiesbaden sind zurzeit solche Anstalten im Bau begriffen, denen sich nunmehr Frankfurt anschliessen wird.

DAS Frankfurter Projekt ist umfassend. Der Hauskehricht wird in den Nachtstunden gesammelt und zum Teil mit der Strassenbahn, die in städtischer Regie steht, teils durch Fuhrwerke zur Verbrennungsanstalt gefahren. Es soll zunächst eine Anstalt von drei Batterieen, je zu sechs Zellen, errichtet werden. Sie ist in erster Linie zur Verbrennung des Hauskehrichts bestimmt. Ausserdem aber soll in ihr der vorgetrocknete Klärbeckenschlamm mit verbrannt werden. Aus der Wärme der Ofengase soll eine verfügbare Kraft von 440 effektiven PS gewonnen werden, wovon 65 bis 80 für den Eigenbetrieb der Anstalt, 60 bis 100 für die Schlammentwässerung, 60 bis 70 für die Klärbecken gebraucht werden. Der Rest der Kraft soll zu einer Grundwassertrinkstation geleitet und dort zum Antrieb der Grundwasserpumpen benutzt werden. Die eventuell darüber hinaus zur Verfügung stehende Kraft kann in einer anderen Pumpstation und für andere Zwecke Verwendung finden. Die Schlacken, von denen 16- bis 19000 t jährlich anfallen werden, sollen zerkleinert und sortiert werden, und zur Herstellung von Fusswegen, sowie bei der Herstellung von Beton Verwendung finden. Falls sich das Bedürfnis herausstellt, ist die Einrichtung einer Betonfabrik geplant, in der Fusssteigplatten und sonstige Betonkörper für städtische Zwecke angefertigt werden sollen. Die Anlagekosten sind auf 1380000 M. berechnet, die gesamten jährlichen Ausgaben auf 223000 M. Ihnen stehen 82000 M. direkte Einnahmen und 67000 M. Ersparnisse am Betriebe der Klärbecken gegenüber. Es würde sich also ein Betriebsdefizit von 74000 M. ergeben.

GEGENÜBER diesem durchaus modernen Projekte, bei dem die ganze Ausführung in der eigenen Regie der Stadt erfolgt, nimmt sich die fast gleichzeitig von dem Charlottenburger Magistrat vorgeschlagene Regelung der Müllabfuhr ziemlich veraltet aus. In Charlottenburg war, wie in Berlin, die Beseitigung des Hausmülls Sache der Grundstücksbesitzer und wurde von diesen privaten Unternehmern übertragen. Von den 20 grösseren Abfuhrunternehmern, welche dieses Geschäft betrieben, existieren zurzeit nur sehr wenige. Die meisten von ihnen mussten das Geschäft aufgeben, da sie nicht im stande waren, den Anforderungen zu entsprechen, welche eine Verordnung des Bundesrates vom 3. Februar 1904 hinsichtlich der Geruch- und Staubfreiheit bei der Verladung von Hausmüll auf den Bahnhöfen erhob. Infolge dieser Verordnung, welche die Unternehmer zur Errichtung eigener Müllverladehallen (Kostenbetrag einer solchen Einrichtung zirka 50000 M.) zwang, ist das Monopol der Hausmüllabfuhr der

Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer zugefallen. Nach der Vorlage des Charlottenburger Magistrates ist es trotzdem um das Müllabfuhrwesen in Berlin und Charlottenburg keineswegs gut bestellt. »Zweifellos«, heisst es dort, »würde es am zweckmässigsten sein, dass die Stadtgemeinde die Abfuhr des Mülls in eigene Regie übernimmt, dass sie auch die erforderlichen Wagen, die Pferde, sowie die Anlagen zur Beseitigung und Verwertung des Mülls beschafft.« Der Charlottenburger Magistrat sieht also ein, dass die städtische Regie das richtigste sei. Dann kommt aber der alte Einwand, der jedesmal bei der Ausdehnung städtischer Regietätigkeit erhoben wird: »Indessen muss darauf aufmerksam gemacht werden, dass mit der Beschaffung der fraglichen Einrichtungen für den Nichtkundigen ein gewisses Risiko verbunden ist, und dass es daher geraten ist, zunächst an den Unternehmern die nötigen Erfahrungen zu sammeln.« Es soll daher die Müllabfuhr auf die Dauer von 15 Jahren an ein oder zwei Unternehmer übertragen werden, von denen sie auf Kosten der Stadt besorgt werden soll. Die Stadt ihrerseits wird von jedem bewohnten Grundstück eine Gebühr nach dem Massstabe des Nutzungswertes der auf dem Grundstück vorhandenen bewohnten Gebäude erheben, deren Prozentsatz jährlich festgestellt werden soll. Den Unternehmern wird in der Wahl des Abfuhrsystems freie Hand gegeben. Sie haben ferner für die geeigneten Lagerplätze und Bahngeleise dorthin zu sorgen. Dagegen soll die erforderliche Müllverladehalle von der Stadtgemeinde erbaut werden. Die Stellung der Kästen zum Sammeln des Mülls auf den Höfen der Grundstücke, sowie die Reinigung, Waschung und eventuell auch Desinfektion ist gleichfalls Sache der Unternehmer.

DER Vorschlag des Charlottenburger Magistrates ist eine offensichtliche Halbheit, die die schwersten hygienischen Bedenken erweckt. Überall hat sich die Unzuverlässigkeit der Unternehmer bei der Hausmüllabfuhr erwiesen und ist gerade aus hygienischen Gründen die volle Überführung der selben in die städtische Regie verlangt worden. Wozu also ihre Vergebung wiederum an die Unternehmer, deren Tätigkeit bisher nach dem eigenen Urteile des Magistrates unbefriedigend war? Dann aber weiter die Dauer des Vertrages von 15 Jahren. Kein Unternehmer kann auf diese Zeit hinaus seine Selbstkosten berechnen. Um sich also gegen unliebsame Überraschungen zu schützen, muss er von vornherein seine Forderungen höher stellen, als sie zur Zeit des Vertragschlusses angemessen sind. Die Stadt aber wird stets in der Gefahr sein, sich steigenden Mehrforderungen der Unternehmer gegenüber zu sehen, die sie nur dann wird ablehnen können, wenn sie sich auch zur Übernahme der Abfuhr in eigene Regie entschliesst.

× ×

Säuglingssterblichkeit DIE deutschen Städte weisen im Gegensatz zu den Städten der westlichen Kulturstaaten eine ganz beträchtlich höhere Kindersterblichkeit auf. Zum Teil tragen an dieser Erscheinung meteorologische und klimatische Einflüsse die Schuld, durch welche die Lebensfähigkeit der Säuglinge herabgesetzt wird. Das kontinentale Klima mit seinen heftigen Temperaturschwankungen ist für die Aufzucht der Kinder weniger geeignet, als das gleichmässigere Seeklima. Namentlich die Sommermonate zeigen ein rapides Ansteigen der Sterblichkeit, das in erster Linie auf das Verderben des wichtigsten Nahrungsmittels der Säuglinge, der Kuhmilch, zurückzuführen ist. Über die ungeheure Bedeutung, welche der Gewinnung einer einwandfreien, das heisst einer keimfreien und möglichst wenig zersetzten Kindermilch zukommt, herrscht heute wohl Übereinstimmung. Nur sehr langsam setzt sich aber der Gedanke durch, dass es die Pflicht der öffentlichen Körperschaften ist, eine so beschaffene Kindermilch ihren Angehörigen zur Verfügung zu stellen, und dass die private Tätigkeit, soweit es sich um die nichtbesitzenden Klassen der Bevölkerung handelt, unzureichend sei. Nachdem aber einmal durch das Vorgehen einiger Gemeinden das Eis gebrochen ist, sehen wir, wie nach einander auch die anderen Städte an die Errichtung einer städtischen Kindermilchanstalt herantreten. Wenn auch der Umfang, in dem diese Anstalten eingerichtet werden, meist sehr klein ist, und ihre Wirksamkeit häufig nur auf die eigentliche Armenbevölkerung beschränkt ist, so müssen sie doch trotz aller Unzulänglichkeit als wichtige Ansätze bezeichnet werden, die mit Notwendigkeit zunächst zu einer allgemeinen kommunalen Milchversorgung der Säug-

linge führen müssen. Auch auf die im Mai beschlossene Errichtung einer Kindermilchanstalt in Cöln treffen diese Ausführungen zu. Die Kindersterblichkeit ist in Cöln eine ziemlich hohe. Sie betrug in den Jahren 1886 bis 1895 durchschnittlich 25,4% gegen 16% in London und Paris, 17% in Frankfurt, 18% in Dortmund u. s. w. Um der selben zu begegnen, war die Cölner Armenverwaltung schon seit einiger Zeit bemüht, die Stillung durch die Mütter wieder dadurch in Aufnahme zu bringen, dass sie armen, selbststillenden Wöchnerinnen die Zuwendung von 6 M. auf 10 oder 12 M. erhöhte. Die Wirkung dieser Massregel konnte natürlich nur eine sehr beschränkte sein. Wollte man mehr leisten, so konnte man sich mit dieser Einrichtung nicht begnügen. Notgedrungenerweise musste man eine städtische Milchversorgungsanstalt schaffen. Der Anfang dazu ist mit der Bewilligung von 17000 M. für die Errichtung einer solchen Anstalt gemacht worden. Die Milch soll in der Anstalt so präpariert werden, dass sie trinkfertig in Mengen von 6 bis 8 Flaschen stets frisch ins Haus geliefert werden kann. In der Stadt soll eine Anzahl Depots errichtet werden, aus welchen durch Fuhrwerk der Anstalt oder des Fuhrparks an die berechtigten Personen die Milch abgegeben werden soll. An die armenrechtlich hilfsbedürftigen Personen soll die Milch unentgeltlich durch die Armenverwaltung, an diejenigen, die ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 2000 M. haben, zum Selbstkostenpreis abgegeben werden. Der unentgeltliche Bezug der Säuglingsmilch gilt also als Armenunterstützung, und infolgedessen geht der Familienvater, der von dieser Einrichtung Gebrauch macht, seiner politischen Rechte verlustig. Das ist eine Bestimmung, die nichts mit Sozialpolitik zu tun hat und sicher nicht eine starke Benutzung der Anstalt bewirken wird. Fast könnte man auf den Gedanken kommen, dass man eine solche auch nicht beabsichtigt, da der Umfang der Anstalt auch dem dringendsten Bedürfnis in keiner Weise gerecht werden kann. Mit einer täglichen Produktion von 400 l, die in Aussicht genommen ist, kann man im Höchstfalle die Nachfrage für 300 Kinder befriedigen. Und die sind doch nur ein kleiner Bruchteil der Kinderbevölkerung Cölns. Wenn also Ernst gemacht werden soll, so bleibt auch da noch viel zu tun.

× ×

Wahlrechtsverschlechterungen

IN Dresden jagt eine Vorlage zur Verschlechterung des städtischen Wahlrechts die andere. Nachdem, wie wir in der letzten Rundschau berichtet haben, drei Vorschläge spurlos versunken sind, ist der Rat bereits wieder mit einer neuen Vorlage hervorgetreten. Sie sollte ohne die übliche vorherige Durchberatung im Verfassungsausschuss sofort vom Stadtverordnetenkollegium angenommen werden. Zur Vorbereitung dieses Staatsstreiches war eine vertrauliche Vorbesprechung veranstaltet worden, die aber resultatlos blieb, weil sich 34 Stadtverordnete fern gehalten hatten. In der Stadtverordnetensitzung wurde die Vorlage mit 34 gegen 32 Stimmen dem Ausschusse überwiesen, trotz aller Versuche der Gegenseite, sie sofort zur Verhandlung zu bringen. Die Opposition ging von den Antisemiten aus, die von der vorgeschlagenen Reform ihre überwiegende Machtstellung bedroht sahen. Nach den Vorschlägen des Rates sollen nämlich ansässige und nichtansässige Bürger je 42 Stadtverordnete auf 6 Jahre wählen, von denen ein Drittel alle zwei Jahre ausscheidet. Die Wahlberechtigten werden in 4 Abteilungen geteilt: 1. Rentner, Pensionäre; 2. Arbeiter, Gewerbegehilfen; 3. Beamte, Geistliche, Lehrer, Ärzte, Künstler, Rechtsanwälte etc.; 4. Unternehmer, Gewerbetreibende, Selbständige in Gärtnerei und Landwirtschaft. Jede Abteilung zerfällt wiederum in zwei Klassen, in Wähler, die länger als 10 Jahre Bürger sind, und solche mit kürzerem Bürgerrecht. Es erhalten nun die Rentner (3020 Bürger) 12 Stadtverordnete, die Arbeiter (10373) 12, die Beamten (13134) 24, die Unternehmer und Gewerbetreibenden (9511) 36 Stadtverordnete! In diesen Abteilungen verteilen sich die Mandate jeweils auf die beiden Klassen in folgender Weise: In der ersten Abteilung erhalten beide Klassen gleich viel Abgeordnete, ebenso in der Abteilung der Arbeiter. Dagegen wählt in der Abteilung für Beamte die I. Klasse 18, die II. Klasse nur 6, in der Abteilung für Unternehmer und Gewerbetreibende die I. Klasse 30, die II. Klasse nur 6 Abgeordnete. Wir haben es hier also mit einem Berufsklassenwahlrecht zu tun, dessen Ungerechtigkeiten durch die weitere Scheidung der Wahlberechtigungen nach der Aufenthaltsdauer der Wähler ins Masslose übertrieben sind. Der sozialpolitischen Einsicht des Dresdener Rates macht diese Vorlage alle Ehre.

Kurze Chronik DER Rat der Stadt Leipzig beabsichtigt am Südfriedhof eine Verkaufshalle für Blumen zu errichten. × Der Berliner Magistrat hat den Stadtverordneten eine Vorlage unterbreitet, welche den Bau einer zweiten Heimstätte für weibliche Genesende mit 95 Betten vorschlägt. × Die Stadtverordneten zu Wetzlar beschlossen, eine Volksbadeanstalt einzurichten. × Nach dem Bericht der Stadtcölnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit waren im Winter 1904-1905 1596 Personen unterstützungsberechtigt, von denen sich 1271 als arbeitslos meldeten. Es wurden für 25034 Tage Tagegelder in der Höhe von 35596 M. gezahlt. Für das laufende Geschäftsjahr sind die Beiträge der ungelernten Arbeiter von 30 auf 35 Pf., die der gelernten von 40 auf 45 Pf. pro Woche erhöht worden. × Die hessische Abgeordnetenkammer hat den Entwurf des Gemeindesteuergesetzes in der Kommissionsfassung angenommen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Internationale Betätigung DAS in der Sozialdemokratie vertretene Prinzip der internationalen Solidarität ist in letzter Zeit mehrfach in die Erscheinung getreten. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat einen Aufruf erlassen, in welchem er die Genossen des Reiches auffordert, ihr Solidaritätsgefühl gegenüber den russischen Revolutionären fernerhin nicht bloss in teilnahmsvollem Zuschauen und Zustimmen, in Sympathieerklärungen für die Opfer zu betätigen, sondern dazu überzugehen, durch schleunige Sammlung von Geldmitteln die ungeheure Not und das Elend der Opfer zu lindern, die dieser einzig dastehende Kampf um die Freiheit erfordert hat und noch erfordern wird. Die Sammlungen sind daraufhin überall eröffnet, und namhafte Beiträge sind bereits eingegangen.

AUCH das internationale sozialistische Bureau erliess einen von Vandervelde, Anseele und Huysmans unterzeichneten Aufruf gegen die Greuel in Russland.

IN der Marokkofrage kann die französische Sozialdemokratie das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, dass sie von Anfang an einer Verständigung mit Deutschland das Wort geredet und zur friedlichen Beilegung der Differenz in erheblichem Masse beigetragen hat. Als die Gefahr beseitigt war, sollte eine französisch-deutsche Kundgebung zu gunsten des Völkerfriedens stattfinden. Die Berliner Genossen hatten Jaurès — der als Führer des französischen Sozialismus und vor allem als einflussreicher Politiker den Hauptteil dieser Verständigungsarbeit geleistet hatte — zu einem Referat eingeladen. Da liess der Reichskanzler Jaurès auffordern, von einem Auftreten in Berlin Abstand zu nehmen (vergl. die Rubrik *Politik*, pag. 694 ff.). Er konnte aber nicht verhindern, dass die Kundgebung vieler Tausende von Berliner Arbeitern am 9. Juli in der *Neuen Welt* doch vor sich ging. Referent war der Abgeordnete Richard Fischer. Ein Telegramm Jaurès' an die Berliner Arbeiter wurde von der Versammlung mit stürmischem Beifall begrüsst und auf Antrag des Genossen Bernstein mit einem Telegramm an Jaurès beantwortet. Der *Vorwärts* vom selben Tage brachte die ungehaltene Rede Jaurès' *in extenso*; sie ist von hier auch in die übrige Parteipresse übergegangen und ist so Millionen deutscher Leser zugänglich gemacht worden.

AM gleichen Tage waren in Constanz am Bodensee zu Tausenden schweizerische, österreichische, italienische und deutsche Sozialdemokraten versammelt, um die Genossen Greulich, Todeschini, Adler und Bebel über die internationale Solidarität der Völker zu hören und für den Frieden zu demonstrieren. Auch hier erfolgte das Verbot an die ausländischen Redner. Es war daher nur Bebel möglich, in Constanz das Wort zu nehmen; sodann formierten sich die Tausende zu einem Zuge, der nach der nahegelegenen Grenze sich bewegte, um auf dem Boden der freien Schweiz das zu tun, was in dem grossen Deutschen Reich nicht erlaubt war.

EINIGE Wochen früher hatte eine österreichisch-italienische Verbrüderungskundgebung in Triest stattgefunden. Auch hier haben österreichische und italienische Sozialdemokraten den Bestrebungen ihrer beiderseitigen Chauvinisten entgegenzuwirken sich bemüht.

IM hohen Norden das selbe Schauspiel. Dort hatte der norwegische Landtag die Union zwischen Schweden und Norwegen gekündigt. Das veranlasste einige schwedische Blätter, ein wenig mit dem Säbel zu rasseln. Die schwe-

dische Sozialdemokratie veranstaltete in Stockholm und anderen grösseren Städten Kundgebungen und forderte den Frieden. In Versammlungen, im Parlament und in der Presse protestierte die schwedische Sozialdemokratie gegen den Chauvinismus. In einer Resolution, welche in Stockholm in einem sozialistischen Meeting zur Annahme gelangte, wurde das Selbstbestimmungsrecht des norwegischen Volkes anerkannt und jede Gewaltmassregel als ein Verbrechen gegen die Zivilisation und als ein Hochverrat gegen das Vaterland gekennzeichnet. Es wurde beschlossen, wenn nötig, zum Generalstreik und zum Soldatenstreik zu greifen. Es dürfte vielleicht auch dieser energischen Haltung der Sozialdemokratie zu danken sein, wenn die Spannung in Schweden bald nachliess (vergl. den Artikel von Hjalmar Branting *Die nationale Krise in Skandinavien*, pag. 653 ff.).

× ×

Holland DIE allgemeinen Kammerwahlen, die am 18. Juni stattfanden, haben der sozialdemokratischen Partei einen erfreulichen Aufschwung in der Stimmenzahl gebracht. Im Jahre 1897 vereinigte die junge Partei nur 13 025 Stimmen auf ihre Kandidaten, im Jahre 1900 stieg die Zahl auf 38 270, und bei den jetzigen Wahlen wurden 65 743 Stimmen für sie abgegeben. Seit 1897 hat also die Partei ihre Stimmen verfünffacht. Nach den bei der Hauptwahl festgestellten Wahlergebnissen, gruppieren sich die Parteien wie folgt:

die Opposition:	
Sozialisten	65 743
Liberale Union	107 903
Radikale	51 858
Moderierte Liberale	52 201
Christlichdemokraten	5 007
insgesamt	282 712
die Regierungsparteien:	
Antirevolutionäre	141 407
Klerikale	71 028
Historischchristliche	66 326
insgesamt	278 761

Bei den Hauptwahlen gelang es unseren Genossen nicht, einen ihrer Kandidaten durchzubringen; erst die Stichwahlen brachten ihnen 7 Mandate, während sie in der vorigen Kammer 8 Sitze inne hatten. Trotz des Verlustes an dem einen Mandat wird nach der Zusammensetzung der Kammer unserer Partei die Rolle des Züngleins an der Wage zufallen. Von den 100 Sitzen haben nämlich in der gegenwärtigen Kammer die Klerikalen nur noch 48, die Liberalen 45 und die Sozialdemokraten 7 Sitze inne.

DIE Vereinigung der sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder tagte am 2. Juli in Zwolle. Es wurde über die Durchführung des Wohnungsgesetzes, ferner über die Frage der kommunalen Subsidierung von allgemeinen Verkehrsmitteln, wie Strassenbahnen u. s. w. beraten. Sodann wurde über die Stellung der Parteigenossen bei den Gemeinderatswahlen verhandelt, wobei empfohlen wurde, keine Kompromisse bei den Hauptwahlen abzuschliessen und bei den Stichwahlen die bürgerlichen Kandidaten vorsichtig zu prüfen. Ausserdem wurde noch auf dem Kongress der Wunsch nach einer Ergänzung des Gemeindewahlprogramms der Partei geäussert, sowie nach Gründung eines kleinen Monatsblattes für die Gemeinderatsmitglieder.

× ×

Schweiz DIE deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz, die in einem Landesverband vereinigt sind, haben nach dem soeben vom Landesausschuss in Zürich veröffentlichten Jahresbericht für 1904 die Mitgliederzahl in ihren Organisationen, wie bereits gemeldet, von 2334 auf 2632 erhöht; sie verteilen sich auf 42 Sektionen. Von den 11 874 Bänden in den Bibliotheken wurden 4489 ausgeglichen, Schriften konnten für 3564.85 fr. verkauft werden, wandernde Genossen erhielten für 2232 fr. Reiseunterstützung. Mitgliederversammlungen fanden 542, öffentliche Versammlungen 59, Diskussionen 164 statt. Die Einnahmen des Landesausschusses betrugen 2926,05 fr., die Ausgaben 1597,10 fr., der Vermögensbestand 1158,95 fr., um 400 fr. weniger, als 1903. Die Einnahmen des internationalen Flüchtlingsfonds beliefen sich auf 846,05 fr., die Ausgaben auf 394.30 fr., so dass ein Kassenbestand von 451,75 fr. verblieb.

DIE Genfer Genossen unterbreiteten der schweizerischen Sozialdemokratie folgende Vorschläge: Gründung einer Hilfskasse für diejenigen Soldaten, die im Falle eines Streiks den Gehorsam verweigern; Verpflichtung für die sozialistischen Deputierten, das Militärbudget so lange abzulehnen, bis das absolute Verbot der Verwendung von Truppen in wirtschaftlichen Kämpfen durchgesetzt ist; die so-

fortige Ergreifung der Initiative zur Herbeiführung eines Gesetzes, wonach das Militärbudget auf 20. Mill. fr. beschränkt wird. Diese Vorschläge sollen auf dem Parteitag, der am 5. August in Lausanne zusammentritt, verhandelt werden.

× ×

Schweden DIE schwedische Sozialdemokratie hat vor kurzem ihren Rechenschaftsbericht für das Jahr 1904 veröffentlicht, aus dem ein erfreulicher Fortschritt der Bewegung ersichtlich ist. Zu Beginn des Jahres 1904 waren in Schweden 95 Arbeitergemeinden mit 761 Abteilungen und 54 552 Mitgliedern vorhanden. Ihre Zahl wuchs bis zum Schluss des Jahres auf 112 Arbeitergemeinden mit 804 Abteilungen und 64 835 Mitgliedern. Die grösste Arbeitergemeinde hat Stockholm mit 20 233 Mitgliedern; dann folgen Malmö mit 9131, Göteborg mit 4786 u. s. f. Die Einnahmen der Partei betrugen im Berichtsjahre 87 779,52 Kr.; der Vermögensbestand der Partei ist auf 51 622 Kr. angewachsen.

× ×

Russland IN Nr. 101 der *Iskra* teilt Plechanow seinen Austritt aus der Redaktion des genannten Blattes mit. Und zwar tut er dies in einem kurzen Schreiben, welches die Redaktion unter Ausdrücken des Bedauerns abdruckt. In einer Nachbemerkung wendet sich Plechanow an die Leninianer mit der Anfrage, ob sie damit einverstanden seien, dass er auch weiterhin die Partei im internationalen Bureau vertrete, denn er könne dieses Amt nur unter Zustimmung beider Fraktionen weiter ausüben. Die Redaktion ihrerseits teilt anschliessend mit: 1. dass ihre Versuche, die durch Plechanows Ausscheiden entstandene Lücke durch Kooptation auszufüllen, an der ablehnenden Haltung der betreffenden Genossen gescheitert seien; 2. dass die verbleibenden Redaktionsmitglieder ihre Mandate in die Hände der Gesamtheit der Parteigenossen ihrer Richtung zurücklegen und die Redaktionsgeschäfte nur provisorisch weiterführen. Die Zerwürfnisse haben ihre Ursache in den Beschlüssen des 3. Parteitages, dessen Protokoll bei Birk in München auch deutsch erschienen ist. Es bleibt abzuwarten, ob eine Wiederversöhnung der beiden Flügel unter Plechanow und Lenin herbeigeführt wird, oder welche Wendung die Dinge sonst nehmen werden.

× ×

Russisch Polen LODZ, die düstere, freudlose, bildungsarme Fabrikstadt, ist neben dem geistig regsamen Warschau in den Vordergrund der sozialistischen Kämpfe getreten. Die Fabrikanten von Lodz haben es in holdem Verein mit Polizei und Kosaken fertig gebracht, eine grenzenlose Erbitterung zu züchten, welche das früher arg zerklüftete Proletariat dieser Stadt faktisch schon jetzt zu einer nach aussen einheitlichen Streitmacht zusammengeschmiedet hat. Anfang Juni wurde ein streikender Fabrikarbeiter namens Grabczynski von Soldaten ermordet. Als nun der Tote auf dem calvinistischen Friedhof begraben werden sollte, schlossen sich beinahe sämtliche Arbeiter von Lodz, die Juden keineswegs ausgenommen, mit entfalteten roten Fahnen dem Begräbniszug an. Am Grabe sprachen, nachdem man den Pastor angehört hatte, Vertreter aller drei sozialistischen Parteien: der *P. P. S.*, des *Jüdischen Arbeiterbundes* und der *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens.* Da insbesondere die *P. P. S.*-Leute ausgiebig mit Revolvern versehen waren, so blieben die Demonstranten unbehelligt. Anders verliefen die Dinge am 18. Juni. An diesem Tag, einem Sonntag, veranstaltete die *P. P. S.* einen völlig friedlich gemeinten Maiausflug nach dem Walde von Lagiewniki. Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen nahmen teil. Im Walde trafen sie mit den gleichfalls zu einem Maiausflug vereinten Anhängern der *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens* zusammen. Nach mehrstündiger heftiger Diskussion trat man gemeinsam den Heimweg an, in geschlossenem Zug mit entfalteten Fahnen. Unterwegs schloss sich dann noch eine Schar jüdischer *Arbeiterbündler* dem Zuge an, schliesslich sogar auch ein Trupp nationaldemokratischer, das heisst von reaktionären polnischen Chauvinisten gegängelter Arbeiter. So bewegte sich der immer mehr anschwellende Zug durch die Vorstadt Baluty. Berittene zogen voraus, um die Heimkehrenden vor etwa anrückendem Militär zu warnen. Sie übersahen aber eine Abteilung Soldaten, die im Hinterhalt lag und völlig unprovoziert Feuer gab. 7 Tote und zahlreiche Verwundete sanken zu Boden, die übrigen stoben auseinander. Am Montag starben noch 57 Verwundete. Am Dienstag wurden 5 der Opfer auf dem katholischen Friedhof begraben; auch dieses Begräbnis

wurde zum Demonstrationszug, an welchem 80000 Menschen teilnahmen. Am Mittwoch begab sich eine Anzahl Arbeiter nach dem Poznanskischen Fabrikspital, um zwei dort ihren Wunden erlegenen jüdischen Genossen das letzte Geleite zu geben. Die Leichen waren aber von der Polizei heimlich bei Nacht weggebracht worden. Die erbitterte Menge formierte einen Demonstrationszug, der auf 20000 Köpfe anschwoll, aber von den Kosaken überfallen und beschossen wurde; es gab 13 Tote. Am Donnerstag fand ein neuer demonstrativer Begräbniszug statt mit 70000 Teilnehmern; auf dem Rückweg überfiel das Militär die Leidtragenden, tötete 18 Menschen und verwundete über 100. Nun brachen alle Schrecken des Strassenkampfes los. Die Kosaken hatten Blut geleckt und hieben und schossen nach Laune. Barrikaden wurden gebaut, alle verfügbaren Revolver setzten sich in Tätigkeit; den Kosakengeneral Marmusow rissen die Arbeiter aus seiner Equipage und schossen ihn nieder. Die Kosaken metzelten Frauen und Kinder, raubten und plünderten. Man spricht von insgesamt 2000 Toten. Den Beschluss mehrtägigen Blutvergiessens bildete eine furchtbare Bombenexplosion in einer Kavalleriekaserne. Über Lodz wurde der Kriegszustand verhängt.

ALS die Nachrichten von all diesen Greueln in Warschau eintrafen, ordnete das dortige Komitee der *P. P. S.* zum Zeichen des Protestes einen eintägigen Generalstreik an, der zur allgemeinsten Durchführung gelangte. Allerorten in der Provinz fanden ähnliche demonstrative Streiks und Umzüge statt. In Kielce kam es am 3. Juli zu einer blutigen Strassenschlacht, in Bialystok wurde am 5. Juli auf eine Gruppe von Polizisten und Polizeibeamten eine Bombe geschleudert, die unter anderen den Oberpolizeimeistersgehilfen Gubski schwer verletzte.

IN Warschau hat sich der Guerillakrieg der Arbeiter gegen Polizei und Soldaten förmlich eingebürgert. Es vergeht kaum ein Tag, dass nicht in einem der Arbeiterviertel ein Kosak oder ein Polizist niedergestochen oder erschossen wird. Man achtet kaum mehr darauf.

× ×

Kelles-Krauz † DER polnische und mit ihm der internationale Sozialismus hat einen herben Verlust erlitten. Am 23. Juni starb in Pernitz in Niederösterreich Genosse Dr. Casimir von Kelles-Krauz, Mitglied des Pariser soziologischen Instituts und Mitglied des auswärtigen Komitees der *P. P. S.*, unter seinem gesetzlichen Namen bekannt als einer der bedeutendsten und originalsten Wissenschaftler — den deutschen Lesern speziell auch durch seine Schrift *Die Soziologie im XIX. Jahrhundert* —, unter dem Pseudonym *Michal Lusnia* als einer der populärsten sozialistischen Agitationsschriftsteller Polens, unter beiden Namen Mitarbeiter der *Sozialistischen Monatshefte* und der *Neuen Zeit*, endlich unter verschiedenerlei Pseudonymen einer der fruchtbarsten Mitarbeiter der Krakauer sozialistischen Monatsschrift *Krytyka* und der legalen fortschrittlichen Zeitschriften Russisch Polens. Obgleich aus einer alten, ursprünglich in Livland begüterten Adelsfamilie stammend, hat Kelles-Krauz doch niemals den Wohlstand gekannt. Als Sohn eines kinderreichen kleinen Beamten 1872 in Szczebrzeszyn im Gouvernement Lublin geboren, besuchte er das Gymnasium erst in Radom, dann in Kielce. Eine aufopfernde Tat — er nahm, obwohl unschuldig, die Verantwortung für ein Vergehen seiner Mitschüler ganz allein auf sich — verschloss ihm für immer die Pforten der kaiserlich russischen Hochschulen. Dies nötigte ihn, ins Ausland zu gehen; er wählte Paris, wo er unter schweren materiellen Opfern seine Studien fortsetzte und beendete. Seither erwarb er mühsam mit der Feder den Unterhalt für Weib und Kind, während sein wissenschaftliches Ansehen stieg und er unter anderm auch zur Abhaltung einzelner Vortragsserien nach Brüssel an die *Université nouvelle* berufen wurde. Vor drei Jahren befiel ihn ein bösartiges Lungenleiden. Aber der starke und energische Mann gab seine rastlose Tätigkeit keineswegs auf. Im Gegenteil; die ersten Vorzeichen der revolutionären Phase, in welche Russisch Polen seither wirklich eingetreten ist, weckten in ihm den Wunsch, dauernd in sein Vaterland zurückzukehren. Er wollte österreichischer Staatsbürger werden und sich in Krakau niederlassen. Behufs Erwerbung des Staatsbürgerrechts begab er sich zunächst nach Wien. Aber die Verhandlungen mit den österreichischen Behörden zogen sich arg in die Länge. Formalitäten wurden auf Formalitäten gehäuft, und ein Jahr und noch ein Jahr verging. Inzwischen wirkte das Wiener Klima zusehends ver-

schlimmernd auf sein Lungenleiden. Als das ersehnte Bürgerrechtsdiplom endlich eintraf, lag er in einem ländlichen Sanatorium im Sterben.

NICHT nur als Denker und Parteimann, auch als Mensch ist Kelles-Krauz allen wert gewesen, die ihn näher kannten. Sein Sozialismus war ihm nicht etwa eine Beschäftigung unter mehreren, sondern der wesentliche Inhalt seines Lebens. Es war kein Falsch und keine Halbheit an ihm. Das kleinste Stückchen pseudonymer literarischer Erwerbsarbeit, zu dem ihm nicht selten die Not die Feder in die Hand drückte, war doch immer durchleuchtet von seiner sozialistischen Weltanschauung und durchwärmt von seinem ehrlichen sozialistischen Empfinden. Und doch war seine milde Art himmelweit entfernt von allem sektiererischen Fanatismus. Wer je mit ihm in der Polemik zu tun hatte, der lernte seinen gerechten und lauteren Charakter zwiefach schätzen. Um so tiefer ist die Trauer um sein vorzeitiges Scheiden. Der wühlenden Krankheit und ihren Qualen Trotz bietend, starb er, wie er gelebt hatte: mannhaft und heiter, wie einer, dessen abgeklärte Philosophie wohl die Liebe zum Leben, aber keine Furcht vor dem Tode kennt.

× ×

Kurze Chronik EINEN Sieg haben die Sozialdemokraten bei den letzten Stadtverordnetenersatzwahlen in Braunschweig errungen, auf den stolz zu sein sie alle Ursache haben. Die Wahl des Genossen Ricki, der dem Stadtverordnetenkollegium schon lange Zeit angehört, wurde zweimal angefochten und für ungültig erklärt. Nun hat aber die Wählerschaft ihren Willen unzweideutig bekundet, indem sie Ricki mit grosser Majorität zum drittenmal wählte. × In Pressburg wurde der Gründungsparteitag der slowakischen Sozialdemokratie abgehalten. × In Kasan ist mit der Herausgabe sozialistischer Flugblätter in tartarischer Sprache begonnen worden. × In Czenstochau wurde Genosse Makowski, einer der tüchtigsten Agitatoren der *P. P. S.*, zu 10 Jahren Zwangsarbeit in Sibirien verurteilt. × Der 7. Parteitag der spanischen Sozialdemokratie ist auf den 28. August nach Madrid einberufen worden. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrungen DAS Jahr 1905 hat uns mit der Besserung des Wirtschaftslebens eine Lohnbewegung gebracht, wie sie gleich umfangreich noch in keinem früheren Jahre zu verzeichnen war. Aber auch die Aussperrungen sind in diesem Jahre zahlreicher und umfangreicher, als in einem früheren Jahre, und keine Gegend des Reichs und bald kein Beruf ist davon verschont geblieben. Alle diese Aussperrungen richten sich in der Hauptsache gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Das wurde am deutlichsten ausgesprochen von den Unternehmern des Schneidergewerbes, als sie vor Pfingsten in allen grösseren Städten ihre Gehilfen wegen Verweigerung von Streikarbeit aussperrten. Schliesslich mussten dieselben Unternehmer mit den Arbeiterorganisationen sogar in Unterhandlungen treten und den zur Streikarbeit verpflichtenden Revers zurückziehen. Die Folgen dieser Aussperrung waren nur unangenehme für die Unternehmer, indem sie sich jetzt ihre Sommersaison verdorben haben. Die Arbeiterorganisation ging ungeschwächt aus diesem Kampf hervor.

NICHT weniger erfolgreich war für die Arbeiter die Aussperrung der 3000 Zigarettenarbeiterinnen in Dresden. Diese Arbeiterinnen waren in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem sie sich vorher dem Tabakarbeiterverband angeschlossen hatten. Die Unternehmer warfen die Arbeiterinnen, nachdem sie mit ihnen anfangs unterhandelt hatten, kurzer Hand auf die Strasse. Kategorisch wurde der Austritt aus der Organisation verlangt. Als aber die Erzeugnisse der Dresdener Zigarettenindustrie von der organisierten Arbeiterschaft unter Boykott gestellt wurden, und als den Ausgesperrten auch weitgehende materielle Hilfe zugesagt wurde, waren die Unternehmer bald genötigt, die Aussperrung aufzuheben und ihren Arbeiterinnen die Koalitionsfreiheit und eine Lohnerhöhung zu gewähren.

HIER ist auch die Aussperrung in der bayrischen Metallindustrie zu nennen, welche sich über München, Augsburg, Nürnberg und Umgegend erstreckte, und an der 1500 Metallarbeiter beteiligt waren. Ein Lohnkonflikt in der Maschinenfabrik Maffei in München gab den äusseren Anlass zur Aussperrung, die Zertrümmerung des Metallarbeiterverbandes war ausgesprochenermassen der Zweck derselben. Das Ergebnis der Aussperrung war aber auch hier ausdrückliche Anerkennung der doch so verpönten Arbeiterorganisation, ausserdem Verkürzung der

Arbeitszeit auf 58 Stunden pro Woche und kleine Lohnerhöhungen.

AUCH in den Unterweserorten ist wieder einmal der Teufel los. Eine geringfügige Lohnforderung der Kesselschmiede auf den Werften Teklenburg und Seebeck in Geestemünde, die zum Streik dieser Arbeiterkategorie führte, wurde mit einer Aussperrung der gesamten Arbeiterschaft dieser Werften beantwortet. Die Aussperrung hat sich auf einige andere Werftbetriebe der Unterweserorte und sogar auf Bremen ausgedehnt, wo unter anderem auch wieder einmal die *Weser*werft ausgesperrt hat, die erst vor einem Vierteljahr mit einer Aussperrung hineingefallen ist.

DIE Unternehmer haben aus ihren Niederlagen nichts gelernt. Auch die Unternehmer der Holzindustrie nicht. Erst im Mai haben sich die Hamburger Holzindustriellen und Tischlermeister in einer von ihnen frivol angezettelten Aussperrung eine fürchterliche Niederlage geholt, und jetzt sperren die Holzindustriellen Düsseldorfs doch wieder aus, weil die Arbeiter sich weigern, sich einen ungünstigen Tarifvertrag aufoktroyieren zu lassen. Ähnlich liegen auch die Verhältnisse bei der grossen Bauarbeiteraussperrung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk — Grund: ein partieller Zimmererstreik in Dortmund — und bei der Bauarbeiteraussperrung in München. Wem aber nicht zu raten ist, dem ist nicht zu helfen. Eine allgemeine Aussperrung der Brauereiarbeiter Rheinland-Westfalens, die, ebenfalls veranlasst durch einen partiellen Konflikt, sich gegen die Brauerorganisation richtete, hat ihren Endzweck nicht erreicht, den Arbeitern aber auch keinen besonderen Erfolg gebracht.

DIESE vielen Aussperrungen, die man in ihrer Systemlosigkeit mit den früheren *wilden* und *Ermunterungsstreiks* der Arbeiter in den ersten Jahren gewerkschaftlicher Tätigkeit vergleichen kann, haben das eine Gute, dass sie die Arbeiter mit unwiderstehlicher Gewalt auf die Arbeiterorganisationen hinweisen; — ihr Endergebnis ist doch nur eine Stärkung der Gewerkschaften.

× ×

Kongresse und Verbandstage DIE Hochflut der diesjährigen Gewerkschaftsverbandstage ist nun vorübergegangen, so dass wir nun kurz über die Resultate der selben berichten können. Am bedeutungsvollsten waren die Generalversammlungen des *Senefelderbundes* und des *Verbandes der Lithographen und Steindrucker,* vom 20. bis 26. April in Berlin, die zu einer Verschmelzung beider Organisationen führten. Der *Senefelderbund* wurde im Jahre 1873 gegründet, schränkte später aber in Rücksicht auf das Sozialistengesetz seine Tätigkeit auf das Unterstützungswesen ein. Der dadurch hervorgerufene Mangel einer gewerkschaftlichen Organisation für die Lithographen führte 1891 zur Gründung des Lithographenverbandes. Den langjährigen Bemühungen der Lithographenschaft ist es nun auf obigen Generalversammlungen gelungen, beide Organisationen unter dem Namen *Deutscher Senefelderbund* zu einer Organisation zu vereinigen. Die Zigarrensortierer beschlossen auf ihrem Verbandstag, am 22. bis 27. April in Leipzig, ihren Mitgliedern künftig Rechtsschutz zu gewähren. Männliche Mitglieder können sich bis zu 15 M. wöchentlich gegen Arbeitslosigkeit versichern; um den Arbeiterinnen den Eintritt in die Organisation zu erleichtern, wurden niedrigere Beitragsklassen mit niedrigeren Unterstützungssätzen geschaffen; das Umzugsgeld wurde erhöht. Der *Organisator,* das Verbandsorgan, soll künftig 14tägig erscheinen. Der Name der Organisation wurde geändert in *Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands.* Der Verbandstag der Glasarbeiter am 22. bis 27. April in Jena beschloss, für Nord- und Süddeutschland je einen Gaubeamten und den Hauptkassierer anzustellen. Die Handels- und Transportarbeiter, die am 9. bis 14. Mai in Frankfurt tagten, beschlossen Einführung von Staffelbeiträgen in Höhe von 30, 35 und 40 Pf., für weibliche Mitglieder von 20 Pf. Entsprechend der Höhe der Beiträge wurden die Unterstützungen bemessen. Der Kartellvertrag mit den Seeleuten, Eisenbahnern, Hafenarbeitern und Maschinisten wurde gut geheissen. Es erfolgte die Anstellung eines Sekretärs für den Hauptvorstand. Die Töpfer beschlossen unter anderem Einführung einer 4. Beitragsklasse, wonach bei einem Wochenlohn von über 27 M. ein Beitrag von 65 Pf. erhoben und 7,20 M. Wochenunterstützung bei Krankheit gezahlt werden soll. Die Reiseunterstützung wurde verbessert. Kranke und Arbeitslose sollen pro Woche 15 Pf. Beitrag zahlen. Die Schiffszimme-

rer tagten am 14. bis 16. Mai in Rathenow und beschlossen vorbehaltlich einer Urabstimmung durch die Mitglieder Einführung einer Erwerbslosenunterstützung. Bei 15 Pf. Beitragserhöhung soll nach Ablauf der ersten Woche der Erwerbslosigkeit gezahlt werden an Unterstützung pro Tag 1,10 M., und zwar nach einjähriger Mitgliedschaft für 40 Tage, für jedes weitere Jahr 30 Tage oder nach zehnjähriger Mitgliedschaft für insgesamt 310 Tage. Die Lederarbeiter hielten ihre Tagung am 24. bis 28. April in Dresden ab. Man beschloss, auch weibliche Mitglieder aufzunehmen; diese sollen 20 Pf. Wochenbeitrag zahlen. Weiter einen besoldeten Gauleiter anzustellen und das Verbandsorgan dreimal monatlich erscheinen zu lassen, statt seither zweimal. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, mit dem Vorstand der Zentralkasse der Lederarbeiter zwecks Verschmelzung mit diesem Institut, und mit den übrigen in der Lederindustrie bestehenden Organisationen zwecks Schaffung eines Industrieverbandes in Verbindung zu treten. Der Verbandstag der Buchdruckereihilfsarbeiter fand am 10. bis 13. Juni in Halle statt. Es wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung abgelehnt, dagegen beschlossen, neben der Arbeitslosen- auch Krankenunterstützung zu zahlen. An Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von 20 Pf. sollen künftig Staffelbeiträge in Höhe von 20, 25 und 30 Pf. erhoben werden. Hingegen lehnten die Bergarbeiter auf ihrem Verbandstage am 10. bis 15. Juni in Berlin die Einführung von Staffelbeiträgen ab, erhöhten aber den Beitrag von 20 auf 40 Pf. pro Woche. Weiter wurde Einführung einer Arbeitslosenunterstützung von 1 M. pro Tag, steigend nach dreijähriger Mitgliedschaft auf 1,40 M. pro Tag, und einer Krankenunterstützung von 3 M. pro Woche beschlossen. Die Porzellanarbeiter tagten am 11. bis 17. Juni in Berlin und beschlossen, die Krankenunterstützung obligatorisch einzuführen. Die Unterstützung beläuft sich auf 1,25. 2,50. 3,75, 5,00, 7,50, 10 M., bei einem Mehrbeitrag von 5, 10, 15, 20, 30 und 40 Pf.; sie wird nach 52wöchentlicher Beitragsleistung auf 6 Wochen, nach 104 Wochen für 10 Wochen, nach 156 Wochen bis 15 Wochen, nach 208 Wochen bis 20 Wochen und nach 260 Wochen bis zu 26 Wochen gewährt, und zwar vom 4. Krankheitstage ab. Der Vorstand wurde ermächtigt, binnen Jahresfrist eine weibliche Hilfskraft zur späteren Verwendung in der Agitation anzustellen. Die Metallarbeiter, die am 12. bis 17. Juni in Leipzig tagten, beschlossen Umwandlung der Arbeitslosen- in eine Erwerbslosenunterstützung. Diese Unterstützung wird unter Beibehaltung der bisherigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung für 20 Wochen im Jahre gewährt, ausserdem wurde eine Sterbeunterstützung eingeführt. Der Beitrag wurde auf 50 respektive 20 Pf. pro Woche erhöht. Mit $^2/_3$ Mehrheit gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher die Generalversammlung erklärt, dass sie mit der Haltung der Delegierten des Verbandes auf dem Cölner Gewerkschaftskongress in Sachen der Maifeier und des Generalstreiks nicht einverstanden ist. Die Generalversammlung des Buchdruckerverbandes fand am 19. bis 26. Juni in Dresden statt; sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Tarifrevision und mit der Haltung des *Korrespondenten*. Wichtige organisatorische Änderungen wurden nicht beschlossen. Ebenfalls nicht auf der Generalversammlung der Werftarbeiter am 11. bis 15. Mai in Kiel.

AUF dem 6. internationalen Textilarbeiterkongress in Mailand kam es zu recht unangenehmen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Engländern, weil die letzteren, die sich im Besitze des internationalen Sekretariats befinden, es an dem nötigen Arbeitseifer haben fehlen lassen. Das Sekretariat wurde zwar nochmals den Engländern belassen, aber in der Person des Sekretärs trat eine Änderung ein.

× ×

Internationale Organisation DIE diesjährige Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen fand am 23. und 24. Juni in Amsterdam statt. Vertreten waren England, Deutschland, Österreich, Ungarn, Schweden, Norwegen, Dänemark, Spanien, Belgien, Holland und ein Vertreter der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission als Gast. Frankreich war diesmal unvertreten, da seinem Verlangen, die Punkte *Generalstreik, Antimilitarismus* und *Achtstundentag* auf die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, nicht entsprochen worden war. Die grosse Mehrheit der vertretenen Landessekretariate hielt auch jetzt noch daran fest, dass es nicht Aufgabe dieser Konferenzen sein könne, theoretische Fragen zu erörtern, welche die Tendenzen und die

Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen. Aufgabe der Konferenz sei aber, und das wurde durch Beschluss ausdrücklich festgelegt, »zu beraten über den engeren Zusammenschluss der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft im Zusammenhang stehende Fragen«. Die übrigen Beschlüsse bewegten sich denn auch im Rahmen dieses Programms. Im Jahre 1906 soll eine Untersuchung über die Länge der Arbeitszeit in allen Ländern, wo die Gewerkschaften von Einfluss sind, stattfinden. Im nächsten internationalen Bericht der Landeszentralen sollen Angaben über die paritätischen und gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der verschiedenen Länder gemacht werden. Es wurde der Wunsch geäussert, die Gewerkschaften Englands möchten endlich die in vielen Branchenorganisationen üblichen Schwierigkeiten, die den kontinentalen Arbeiter bei der Aufnahme treffen, beseitigen. Der Bericht des internationalen Sekretärs wurde gutgeheissen, der Jahresbeitrag ab 1. Juli pro 1000 Mitglieder von 50 Pf. auf 1 M. erhöht. Die nächste Konferenz findet im Anschluss an den skandinavischen Arbeiterkongress 1907 in Christiania statt.

× ×

Ungarn DIE ungarische Bewegung hat im Jahre 1904 erfreuliche Fortschritte gemacht, trotz ihrer unzureichenden rechtlichen Stellung. Ihre Mitgliederzahl erhöhte sich von 41 138 auf 53 169, davon entfielen allein in Budapest 28 057 Mitglieder. Auch der innere Ausbau der Organisationen hat sich vervollkommnet. Die Holzarbeiter, Riemer, Anstreicher und Handelsangestellten haben Landesverbände gegründet, während die Bergarbeiter, Eisenbahnangestellten, Schiffsarbeiter, Textilarbeiter und Lederarbeiter schon seit Monaten auf die Genehmigung ihrer Landesverbandsstatuten durch die Regierung warten. Dem Bunde des *Ungarländischen Gewerkschaftsrates* gehören 17 Landesverbände mit 462 Sektionen und 27 Lokalvereine an. Von den grösseren Organisationen nennen wir die Bauarbeiter (15 202 Mitglieder), Metallarbeiter (9963), Buchdrucker (5392), Holzarbeiter (5208), Schneider (2415), Schuhmacher (2282), Steinmetzen (1253), Buchbinder (1485) und Zimmerer (1030). Im Verhältnis zu den Mitgliederzahlen sind auch die Einnahmen und Ausgaben gewachsen. Die Einnahmen beliefen sich auf 846 820 K. (im Jahre 1903 273 880 K.), davon allein bei den Buchdruckern 402 972 K. Die Ausgaben beliefen sich auf 706 520 K., davon für Arbeitslosenunterstützung 123 946, für Reiseunterstützung 37 336, für Kranken-, Invaliden- und Witwenunterstützung 199 560, für Agitation 194 110 und für Gehälter 38 531 K. Der Kassenbestand stieg von 526 757 auf 667 057 K. Es geht vorwärts auch in Ungarn, trotz Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Arbeiter.

× ×

Kurze Chronik AM 26. Juni starb in Homburg v. d. Höhe im Alter von 72 Jahren, Dr. Max Hirsch, der bekannte Gründer und Anwalt der nach ihm benannten Gewerkvereine. In der von ihm geleiteten Gewerkvereinsbewegung war er schon seit Jahren ein toter Mann. Die Gewerkvereine sind bedeutungslos geblieben, wie sie es von Anfang an waren. Dazu hatte er in den letzten Jahren gerade aus den Reihen seiner Anhänger manche Anfeindung erfahren. × Die *Solidarität*, das Organ des Buchdruckereihilfsarbeiterverbandes, und die *Glaserzeitung* konnten auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. × Die Auflage des *Grundsteins* hat 170 000 überschritten, die des *Zimmerers* 50 000. × Der Schiffszimmererverband hat durch Urabstimmung die Arbeitslosenunterstützung eingeführt.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Genossenschaftstag in Stuttgart ZUM dritten Male seit den Tagen von Kreuznach traten vom 19. bis 21. Juni in der Hauptstadt des Schwabenlandes die im *Zentralverband deutscher Konsumvereine* organisierten Vertreter der modernen Genossenschaftsbewegung zusammen, und diesmal war ihre Tagung noch imposanter, ihre Beschlüsse vielleicht noch schwerwiegender, als in den vergangenen Jahren. Nicht weniger als 443 Delegierte von 190 Konsumvereinen, den 7 Revisionsverbänden und der *G. E. G.* waren anwesend, ferner auch eine grosse Anzahl Gäste, die von der wachsenden Bedeutung der konsumgenossenschaftlichen Organisation Zeugnis ablegten: Vertreter der deutschen landwirtschaft-

lichen und solche der ausländischen Genossenschaften, Delegierte der bei den Genossenschaften beschäftigten Arbeiterkategorieen, ein Abgesandter der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* und endlich sogar zwei leibhaftige Vertreter der Behörden, der eine für das württembergische Ministerium des Innern und die Zentralstelle für Gewerbe und Handel, der andere für die Stadt Stuttgart. Vorzüglich der letztere zeichnete sich bei seiner Ansprache durch eine sehr gerechte und verständnisvolle Auffassung des Genossenschaftswesens aus. Aus den Reden der sonstigen Gäste wäre nur noch die des Gewerkschaftsvertreters Umbreit zu erwähnen, der, offenbar bemüht, den wenig vorteilhaften Eindruck der Genossenschaftsdebatten vom Cölner Kongress zu mildern, einer höheren und grosszügigeren Auffassung des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften das Wort redete, als sie dort hervorgetreten war.

DEN Inhalt des Sekretariats- und Vorstandsberichts haben wir bereits in der vorigen Rundschau (pag. 630 ff.) wiedergegeben; er wurde auf dem Kongress nur in einzelnen Punkten ergänzt. Sodann wandte sich der Verbandstag seinem Hauptberatungsgegenstand, der Angestelltenunterstützungskasse zu. Wie vielleicht erinnerlich, hatte der dem vorigen Verbandstag vorgelegte, auf Grund der Versicherungsgesetze ausgearbeitete Entwurf keine Gnade von den Augen der Delegierten gefunden. Der von dem Kommissionsmitgliede von Elm unterbreiteten diesjährigen Vorlage, die sich auf der Grundlage der freien Hilfskassen bewegte, war ein besseres Schicksal beschieden. Gewiss wurde auch diesmal, besonders von den Vertretern der Angestellten, noch manches bemängelt und auch Abänderungsvorschläge gemacht. Schliesslich gelangte aber doch die Vorlage mit allen gegen 13 Stimmen zur unveränderten Annahme. Die deutschen Konsumvereine haben damit ein grosses sozialpolitisches Werk vollbracht, das sie dem Privatunternehmertum gegenüber als leuchtendes Vorbild dastehen lässt, zumal das hier Gewährte nicht den Charakter des Almosens trägt, wie das bei den privaten *Wohlfahrtseinrichtungen* ja meist der Fall ist. Das Statut der Kasse, die mit dem 1. Januar 1906 in Kraft treten soll, ist in Nr. 14 bis 16 der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* veröffentlicht. Hier seien nur auszugsweise einige Bestimmungen wiedergegeben. Versicherungsfähig sind alle Angestellten (inklusive Vorstand) der dem *Zentralverband* angeschlossenen Genossenschaften, und zwar die männlichen vom 21., die weiblichen vom 25. Lebensjahre ab. Nach Ablauf des 1. Kassenjahres werden nur noch Personen unter 50 Jahren, und die ein Gesundheitsattest beibringen können, aufgenommen. Eine beitretende Genossenschaft muss alle Angestellten versichern. Der Beitrag ist 6% des Lohnes oder Gehaltes, zur Hälfte vom Verein, zur Hälfte vom Versicherten zu zahlen. Bestimmungen über Rückzahlung der Beiträge respektive die selbständige Weiterversicherung schützen die Angestellten vor Nachteilen, die sonst aus wechselnden Arbeitsverhältnissen erwachsen könnten. Die Verwaltung der Kasse ist paritätisch. Die Leistungen sind: Invalidenrente (20 bis 60% des Einkommens), mit 65 Jahren Altersrente (das selbe), Hinterbliebenenunterstützung (je nach Zahl der Kinder bis 75% der Invalidenrente); staatliche Versicherung wird nicht eingerechnet. Zweifellos weist das sehr sorgfältig ausgearbeitete Statut trotzdem noch einzelne Härten und Ungerechtigkeiten auf, die später einmal beseitigt werden müssen und können. Vorläufig aber dürfen die Genossenschaften froh und stolz sein, das grosse Werk unter Dach und Fach gebracht zu haben.

BEI dem Punkte *Die weitere Entwickelung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses* wandte sich der Verbandstag auch den Cölner Genossenschaftsdebatten zu, und manches bittere Wort über das dort Gehörte wurde laut. Auch wurden verschiedene der daselbst vorgebrachten Beschwerden als irrig nachgewiesen. Was die in der Cölner Resolution ausgesprochenen Wünsche anlangt, so werden sie von den Genossenschaften gern berücksichtigt werden, sofern sie in den vorliegenden Tarifverträgen nicht bereits erfüllt oder, wie die Schiedsgerichtsfrage, bereits anderweitig geregelt sind. Über die Durchführung des Bäckereiarbeitertarifs konnte nicht ganz das erwartete Gute berichtet werden, insofern, als sie noch eine grössere Anzahl Verbandsvereine verweigert haben, darunter allerdings meist solche, deren Bäcker nicht einmal ihren gewerkschaftlichen Organisationen angehören. Der von der Verbandsleitung vorgelegte Tarifvertrag mit den kaufmännischen Angestellten (vergl. *Sozialistische*

Monatshefte, 1905, I. Bd., pag. 361) wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde der Vorstand beauftragt, erneut mit den Handels- und Transportarbeitern zwecks Regelung der Arbeitsbedingungen in Verhandlungen zu treten.

ZUR Frage der Vertiefung der Organisations- und Agitationsarbeit in den einzelnen Landesteilen wurde ein Antrag der Verbandsverwaltung angenommen, der die Gründung von Revisionsverbandssekretariaten im Anschluss an den *Zentralverband* empfiehlt, die selbständige Gründung solcher Einrichtungen aber verurteilt. Eine weitere Resolution will die Gründung neuer Genossenschaftsblätter einschränken. Die Spitzen dieser Resolutionen richteten sich gegen die Württemberger, die in beiden Beziehungen selbständig gegangen sind. Uns scheint diese Furcht vor einer unwirtschaftlichen Zersplitterung etwas zu weit zu gehen und die viel grössere Gefahr einer Unterdrückung des selbständigen genossenschaftlichen Lebens in den einzelnen Landesteilen heraufzubeschwören.

LEIDER ging es auch nicht ohne eine nochmalige, an peinlichen Momenten reiche Aufwärmung der eigentlich schon erledigten Affäre Peus ab, die dann mit einer scharfen Resolution gegen die Umsatzsteuer ihren Abschluss fand.

BEI den Wahlen wurde das ausscheidende Vorstandsmitglied Radestock und die Ausschussmitglieder von Elm, Poppig und Staudinger auf ihre Stellen zurückberufen. Damit fand der von so fruchtbarer Arbeit erfüllte Genossenschaftstag sein Ende.

× ×

Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine AN den Genossenschaftstag schloss sich wie gewöhnlich die Generalversammlung der *G. E. G.* am 22. und 23. Juni. Der Bericht über diese ist um so schneller erledigt, als es sich diesmal fast nur um innere geschäftliche Angelegenheiten handelte. Der vom Geschäftsführer Seifert erstattete Bericht, dessen Hauptzahlen und -daten wir bereits im vorigen Bande (pag. 558 ff.) wiedergegeben hatten, wurde mit Befriedigung entgegengenommen und der Verwaltung Entlastung erteilt. Die von der Geschäftsleitung vorgeschlagene Reingewinnverteilung erfuhr insofern eine Abänderung, als beschlossen wurde, statt 3 nur 2½‰ Rückvergütung zu zahlen und die dadurch frei werdenden 14 000 M. einem Produktionsfonds zuzuweisen. Hinsichtlich des Baues der Seifenfabrik, die sich bei einem Umsatze der *G. E. G.* von 78 000 Zentnern jetzt vorzüglich rentieren würde, konnte der Versammlung leider noch keine definitive Lösung in Aussicht gestellt werden. Indessen trat die Verwaltung bereits mit neuen Plänen, nämlich der Errichtung eines eigenen Verwaltungsgebäudes und einer eigenen Druckerei für die Verlagsanstalt des *Zentralverbandes*, an die Delegierten heran, die gern ihre Zustimmung zur Vornahme der einleitenden Schritte gaben. Ferner wurde die Übernahme von Aktien der Kunewalder Genossenschaftsweberei, die vielleicht einmal der *G. E. G.* angegliedert werden kann, angeregt. Der immer noch zu wünschen übrig lassenden Beteiligung der süddeutschen Vereine an der *G. E. G.* soll durch eine Erhebung auf den Grund gegangen werden. Ein Antrag des *Zentralverbandes*, ihm jährlich aus den Mitteln der *G. E. G.* eine angemessene Summe für allgemein genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Als Ort für den nächsten Verbandstag und die Generalversammlung wurde Stettin bestimmt.

× ×

Stuttgart EINER besonderen Feier konnten die Teilnehmer der Genossenschaftstage am Abend des 22. Juni beiwohnen, nämlich dem 40jährigen Jubiläum des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins. Im Jahre 1864 von 52 Männern aus dem Arbeiterbildungsverein ins Leben gerufen, hat es diese Genossenschaft nach 40jähriger Tätigkeit auf eine Mitgliederzahl von 22 000 gebracht, die etwa die Hälfte aller Haushaltungen Stuttgarts umfasst. Ihr Umsatz im Jahre 1904 betrug 6 401 551 M. und der erzielte Überschuss 637 336 M. Neben dem Kolonialwarengeschäft betreibt die Genossenschaft auch den Verkauf von Schuhen, Trikotagen und Garnwaren. Hervorragend ist auch das Weingeschäft. Die grosse Bäckerei, die mit 12 Doppeldampfbacköfen ausgestattet ist, hat eine Jahresproduktion von 3¼ Mill. kg. Insgesamt beschäftigte die Genossenschaft 255 Angestellte. Der Stuttgarter Spar- und Konsumverein, der sich, wie wenig andere, aus allen Schichten der Bevölkerung rekrutiert, hat sich — vielleicht infolgedessen — von jeher einer gerechteren Behandlung und Wertschätzung sei-

tens der leitenden Kreise des Landes zu erfreuen gehabt, als andere seinesgleichen. Im Jahre 1901 wurde ihm der Besuch des Königs von Württemberg zu teil, dem später der der Abgeordnetenkammer, des Gemeinderats der Stadt und anderer illustrer Gäste folgten. Leider hat dieses *hohe* Wohlwollen ihn nicht vor der Steuerschraube zu schützen vermocht, die ihm jährlich etwa 20% seines Überschusses abpresst; in Zukunft wahrscheinlich noch mehr. Auswege aus diesem Dilemma werden reiflich erwogen. Möge dem grössten süddeutschen Verein ein weiteres gesundes Fortschreiten auf seiner glänzenden Bahn beschieden sein!

× ×

England: Genossenschaftstag AUCH der in der Pfingstwoche in Paisley abgehaltene Kongress des britischen Genossenschaftsverbandes darf als einer der bedeutungsvollsten seiner Art bezeichnet werden. Äusserlich war sein Verlauf ein ähnlich glänzender, wie der seiner Vorgänger: eine ungeheure Zahl von Delegierten (etwa 1500), Vertreter der Stadt, der Geistlichkeit, der Gewerkschaften und Lehrer und eine nicht gerige Zahl ausländischer Gäste. Einem dieser Gäste, dem bekannten schweizerischen Verbandssekretär Dr. Hans Müller, war sogar die noch nie einem Fremden zugebilligte Ehre zugefallen, die Inauguraladresse an den Kongress zu verlesen. Er erntete für die geschickte Lösung seiner Aufgabe den lebhaften Beifall der Versammlung, der wohl eben so sehr den Leistungen des Redners, wie einer Manifestierung der internationalen Gesinnungen der Genossenschafter galt. Eingeleitet wurde der Kongress am Sonnabend originellerweise durch eine genossenschaftliche Wagen- und Pferdeparade, an der sich 21 Vereine der Umgegend beteiligten, und die durch die eigenartige propagandistische Ausschmückung der Wagen und die Schönheit des Pferdematerials grosses Aufsehen unter der Bevölkerung erregte. Dann folgte die Eröffnung der Ausstellung genossenschaftlicher Produkte durch einen Vertreter des Stadthauses. Am Sonntag fanden Versammlungen statt, und in vier Kirchen der Stadt predigten die Geistlichen über den genossenschaftlichen Gedanken als eine Wiederauflebung altchristlicher Gebote. Am Montag endlich wurden die Kongressverhandlungen selbst mit dem Müllerschen Referate eingeleitet, dem die Ansprachen der anderen Gäste folgten.

DER Bericht des Zentralrats über die Entwickelung des Verbandes lag den Delegierten gedruckt vor. Wir werden über seine bedeutendsten Ziffern und Mitteilungen in nächster Nummer berichten. Unter den wichtigeren Verhandlungsgegenständen sei zunächst der Punkt *Ist die Genossenschaftsbewegung zur Lösung des industriellen Problems befähigt?* genannt. Das praktische Fazit des hierzu von Herrn Bisset gehaltenen Referats war leider nicht eine Beantwortung dieser hochinteressanten Frage, sondern nur eine Empfehlung der Erweiterung der Bankabteilung der Grosseinkaufsgesellschaft, um die ungeheuren Summen, die heute in den verschiedenen Arbeiterorganisationen festgelegt sind und jährlich zirkulieren, für die Arbeiterschaft machtbringend zu verwerten, ein an und für sich ja auch sehr guter und nützlicher Gedanke, dem die Versammlung nach kurzer Diskussion ihre Zustimmung gab. Dann wandte der Kongress seine Aufmerksamkeit der Bodenfrage zu, die auch für die Genossenschaften eine grosse Rolle spielt. Nach einem interessanten bodenreformerischen Referat von J. G. Knight wurde eine die Besteuerung des Bodens nach seinem Werte verlangende Resolution angenommen.

DER Clou des Kongresses waren die Verhandlungen über die Frage der direkten parlamentarischen Vertretung der Genossenschaften. Der Referent J. Tweddel aus Hartlepool verglich die gewaltige Bedeutung, die heute schon die englische Genossenschaftsbewegung für das Volk habe, mit ihrem geringen Einfluss auf die Gesetzgebung. Die Genossenschaften befänden sich damit in einer ähnlichen Lage, wie bis vor kurzem die Gewerkschaften, deren Mitglieder die Geschäfte der beiden historischen Parteien besorgt hätten, ohne dass jemals etwas für sie selbst abgefallen wäre (?). Jetzt, wo sich die Gewerkschaften zu einem selbständigen politischen Vorgehen aufgerafft hätten, könnten die Genossenschaften das selbe tun, und zwar wäre in einem Zusamenhange mit dem *L. R. C.* die beste Gewähr eines Erfolges gegeben. Um diese Anschauungen entspann sich eine heisse Debatte, in der mit einem gewissen Recht geltend gemacht wurde, dass die Genossenschaften, deren Mitglieder allen Volkskreisen entstammten, sich nicht an eine ausgesprochene

Arbeiterpartei anschliessen dürften. Die Resolution Tweddels, die nur die Empfehlung der politischen Betätigung enthielt, wurde mit 654 gegen 271 Stimmen angenommen, ein das Zusammengehen mit der Arbeiterpartei verlangendes Amendement mit 801 gegen 135 Stimmen abgelehnt. Die hierdurch geschaffene Situation ist freilich auch nichts weniger als klar. Bei Aufstellung besonderer Genossenschaftskandidaten muss eine Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter eintreten, die ja nicht mehrere Stimmen für die Vertreter ihrer verschiedenen Interessen zu vergeben haben. Besser wäre schon eine Unterstützung der sich auf genossenschaftsfreundliche Forderungen festlegenden Kandidaten anderer Parteien gewesen.

NACH Erledigung einiger praktischer Genossenschaftsangelegenheiten wurde der interessante Kongress, der seinen Nachfolger in Birmingham finden soll, geschlossen.

× ×

Kurze Chronik BEI Gelegenheit des Stuttgarter Genossenschaftstages fand die Gründung eines Verbandes der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen statt (vergl. *Sozialistische Monatshefte* 1905, I. Bd., pag. 178). Anwesend waren 126 Vorstandsmitglieder, von denen 118 sofort dem Verband beitraten. × Entgegen den Beschlüssen der Kommission wurde vom hessischen Landtag mit 21 gegen 19 Stimmen auf Antrag des Zentrums in das neue Gemeindesteuergesetz die gewerbliche Steuerpflicht der Konsumvereine aufgenommen. Mit Einführung dieser Steuer würde Hessen sein Privileg, als einziger deutscher Staat bisher eine gerechte Stellung in dieser Frage eingenommen zu haben, verlieren. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Populäre Literatur WÄHREND wir in unserer letzten Rundschau (im vorigen Bande, pag. 362 ff.) diejenigen empfehlenswerten Buchsammlungen angeführt hatten, die es sich zur Aufgabe gestellt haben, die Hauptwerke der sogenannten *schönen Literatur* in billigen und doch guten Ausgaben zu popularisieren, hätten wir uns heute mit den viel zahlreicheren, rein populärwissenschaftlichen Sammlungen zu beschäftigen. Vorher möchten wir aber noch auf eine vorzügliche, das letzte Mal leider ganz vergessene Sammlung aufmerksam machen, nämlich auf die *Cottasche Handbibliothek,* die vom Verlag Cotta in Stuttgart herausgegeben wird, und von der zurzeit rund 120 Nummern vorliegen. Sie enthält vorwiegend Hauptwerke deutscher Klassiker. Die Ausstattung der einzelnen Bändchen ist geschmackvoll, der Druck klar und genügend gross. Der Preis für die Nummer schwankt zwischen 25 und 70 Pf. Ein Einheitspreis für die Nummer wäre vielleicht für die Verbreitung dieser Sammlung günstiger gewesen.

WENDEN wir uns nun zu den populärwissenschaftlichen Sammlungen, die Arbeiterbibliotheken sowohl ihres billigen Preises, als auch ihrer wirklich volkstümlichen Darstellungsweise wegen zur Anschaffung empfohlen werden können. Wir beginnen mit der reichhaltigsten und in Arbeiterkreisen verdientermassen bekanntesten Sammlung, mit der vom Dietzschen Verlage in Stuttgart herausgegebenen *Internationalen Bibliothek,* die in zwei Serien — die zweite ist illustriert — erschienen ist und ganz besonders klar und volkstümlich geschriebene Werke aus dem Gebiete der Naturwissenschaften, der Nationalökonomie, der Kulturgeschichte, der Philosophie und der Hygiene enthält. Ausstattung und Druck der Bücher sind gut. Der Durchschnittspreis beträgt 2 bis 2,50 M. für das gebundene Exemplar. Diese lediglich von Sozialisten bearbeitete Sammlung sollte in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

ZU den wirklich guten und billigen populärwissenschaftlichen Buchsammlungen, die ebenfalls in jeder Arbeiterbibliothek vorhanden sein sollte, und deren Mitarbeiter ebenfalls Sozialisten sind, gehört auch die Broschürenserie *Am Anfang des Jahrhunderts* /Berlin, *Verlag der Sozialistischen Monatshefte*/. Die Sammlung behandelt die Fortschritte, die auf allen Gebieten im XIX. Jahrhundert gemacht worden sind, indem sie Rückblicke auf die grossartigen Leistungen wirft, die diesem Jahrhundert sein besonderes Gepräge gegeben haben. Zur Einführung berichtet Dr. B. Borchardt im 1. Heft, betitelt *Kulturelle Umwälzungen im XIX. Jahrhundert,* in gemeinverständlicher Weise über die grossen Fortschritte auf den Hauptgebieten der Naturerkenntnis. Im 2. Heft gibt Wilhelm Bölsche in seiner fesselnden Art eine Übersicht über die Ergebnisse der Entwickelungslehre. Die weiteren Hefte behandeln dann in bunter

Folge die Weltwirtschaft (Calwer), die Kirche (Göhre), den Militarismus (Bleibtreu), die Frau (Schlesinger-Eckstein), Liebe und Liebesleben (Hellpach), die Prostitution (Blaschko), die Medizin (Zadek), die hygienische Kultur (Grotjahn), die Naturgeschichte (Grottewitz), die Soziologie (Kelles-Krauz), Nationalismus und Internationalismus (Gumplowicz) und anderes mehr. Jedes Heft kostet 30 Pf. Bisher sind 15 Hefte erschienen, von denen einige illustriert sind.

EINE Sammlung, die in Arbeiterkreisen erst sehr wenig bekannt ist, die aber ihres ausserordentlich billigen Preises und besonders der Reichhaltigkeit der in ihr in erschöpfender und meist auch in volkstümlicher Weise behandelten Stoffe wegen die grösste Verbreitung verdiente, ist die bei B. G. Teubner in Leipzig unter dem Titel *Natur und Geisteswelt* erscheinende, zurzeit zirka 60 Nummern umfassende Sammlung wissenschaftlich - gemeinverständlicher Darstellungen. Der Preis ist mit Rücksicht auf die grossartige Ausstattung sehr niedrig. Es kostet jeder Band, geschmackvoll gebunden und reich mit gut ausgeführten, ausserordentlich instruktiven Bildern ausgestattet, 1,25 M. Wir können mit Ausnahme von einigen wenigen — wie zum Beispiel das von Braasch über die religiösen Strömungen — alle bisher erschienenen Bände dieser Sammlung den Arbeiterbibliotheken zur Anschaffung empfehlen; denn selbst die meisten unter denjenigen dieser Bände — es sind das besonders solche, die historische und theologische Fragen behandeln —, die Anschauungen vertreten, die der moderne Arbeiter nicht immer teilen kann, sind doch wert, gelesen zu werden. Ganz besonders empfehlen möchten wir aber aus dieser Sammlung die naturwissenschaftlichen, technischen und hygienischen Bücher. Die sollten in jeder Arbeiterbibliothek zu finden sein. Eine Sammlung, die ebenfalls den Arbeiterbibliotheken aufs angelegentlichste zur Anschaffung empfohlen werden kann, bilden die von der Franckhschen Verlagshandlung in Stuttgart, der Geschäftsstelle des *Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde* herausgegebenen, im besten Sinne gemeinverständlichen Werke naturwissenschaftlichen Inhalts. Das broschierte, reich illustrierte Heft (6 Druckbogen stark) kostet 1 M. Alljährlich erscheinen 5 Hefte. Mitglieder der Gesellschaft — und Mitglied kann jeder Verein und jede Einzelperson werden — erhalten die 5 Hefte und ausserdem die von der Gesellschaft herausgegebene, 10mal im Jahre erscheinende naturwissenschaftliche Zeitschrift *Kosmos* gegen Zahlung des Mitgliedsbeitrages von 4,80 M. jährlich. Als erstes Heft dieser Sammlung erschien ein Buch von W. Bölsche *Die Abstammung des Menschen*, das geradezu als ein Muster populärwissenschaftlicher Darstellungsweise bezeichnet werden kann. Weitere Hefte haben Dr. M. W. Meyer, den in weitesten Kreisen bekannten Astronomen und langjährigen Direktor der Berliner *Urania*, zum Verfasser. In dem einen Heft behandelt dieser berufene Führer durch die Rätsel des Weltalls die *Weltschöpfung*, in dem anderen Band den *Weltuntergang* auf Grund der neuesten Forschungen. Von den ordentlichen Veröffentlichungen des *Kosmos* für das Jahr 1905 sind bis jetzt erschienen: Bölsche *Stammbaum der Tiere* und Francé *Das Sinnesleben der Pflanzen*.

UNTER dem Titel *Naturwissenschaftliche Elementarbücher* sind in dem Verlag von Karl J. Trübner in Strassburg 11 Oktavbändchen erschienen, die als Leitfäden zur Einführung in die einzelnen naturwissenschaftlichen Disziplinen (vertreten sind: Chemie, Physik, Astronomie, physikalische Geographie, Geologie, Tierkunde, Botanik, Mineralogie, Physiologie und allgemeine Einführung in die Naturwissenschaften) gedacht und eigentlich für Schüler geschrieben worden sind, die aber deshalb — weil sie eben nichts als gesunden Menschenverstand voraussetzen und ganz methodisch vom Leichtern zum Schwereren vorgehen — gerade den Arbeitern, die ja in unserer heutigen Volksschule an naturwissenschaftlicher Belehrung wenig genug empfangen haben, zur ersten Einführung in die einzelnen Fachgebiete der Naturwissenschaften aufs beste empfohlen werden können. Die ganze Sammlung kostet 8,80 M., doch können auch die schmuck gebundenen Bändchen einzeln zum Preise von 80 Pf. bezogen werden. Ebenfalls 80 Pf. kostet jeder Band der *Sammlung Göschen*, die in Leipzig im Göschenschen Verlag erscheint und wohl die reichhaltigste populärwissenschaftliche Sammlung ist. Es dürfte wohl schwerlich noch ein Wissensgebiet zu finden sein, das nicht in einem der zirka 150 Bändchen dieser Sammlung behandelt ist. Jedes Bändchen (8 bis 10 Bogen stark) bietet in knapper, auf streng wissenschaft-

licher Grundlage und den neuesten Ergebnissen und Forschungen beruhender, meist auch leicht verständlicher Darstellungsform stets zuverlässige Belehrung. Jedes Bändchen ist eine Art kleinen Kompendiums, das in leicht übersichtlicher Weise nur das Wesentliche der betreffenden Wissenschaft, ihren modernsten allgemeinen Stand, zur Darstellung bringt. Jeder Arbeiter, der seine allgemeine Bildung in diesem oder jenem Wissenschaftsgebiete vertiefen will, aus Mangel an Zeit aber keine grossen Lehrbücher studieren kann, greife getrost zu diesen Bändchen. Einige der selben sind ja bereits in den verschiedenen Rubriken der Rundschau der *Sozialistischen Monatshefte* gewürdigt worden.

EINE durch grosse Billigkeit sich auszeichnende Sammlung von gemeinverständlichen Abhandlungen aus allen Wissensgebieten erscheint seit kurzem unter dem Namen *Hillgers illustrierte Volksbücher* in dem Hillgerschen Verlage in Berlin. Das dauerhaft broschierte Bändchen (zirka 6 Bogen stark) kostet 30 Pf., im Abonnement 25 Pf. Die Sammlung ist somit die billigste aller illustrierten Volksbüchereien. Erschienen sind bis jetzt etwa 30 Bändchen aus verschiedenen Wissensgebieten. Fachautoritäten, wie Dr. M. W. Meyer, Professor Dr. Migula, Dr. W. Haake und andere mehr, sind Mitarbeiter dieser Volksbücherei. Kleine Arbeiterbibliotheken, die mit äusserst knappen Mitteln zu rechnen haben, seien besonders auf diese Sammlung aufmerksam gemacht.

× ×

Kurze Chronik AUCH in diesem Jahre veranstaltet der Berliner Arbeiterturnverein *Fichte* Kinderspiele an den Sonntagen. Es sind vier Spielplätze ausgewählt, und der Abmarsch erfolgt von ebensovielen Sammelstellen. Im vorigen Sommer spielten 4767 Kinder im Alter von 3 bis 14 Jahren unter Leitung von 478 Turnern und Turnerinnen. Diese Kinderspiele sind eine höchst erfreuliche und notwendige Erweiterung jener Volkserziehung, die das arbeitende Volk sich selber aus eigener Kraft geschaffen. Wo genügend Kräfte vorhanden sind, möchte man sie nachgeahmt sehen. × Im Alter von 73 Jahren starb Dr. Max Hirsch, der bekannte Mitbegründer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine. Um die Volksbildung hatte er sich besonders bei Errichtung der *Humboldt-Akademie* verdient gemacht. MAX HERMANN BAEGE

Frauenbewegung

Kongresse, Verbandstage etc. VOM 5. bis zum 7. Juni fand in Danzig die 6. Generalversammlung des *Bundes deutscher Frauenvereine* statt. Neben der Besprechung verschiedener im Fluss befindlicher Fragen praktischer Arbeit (Beteiligung der Frauen an Vormundschaften, am Versicherungswesen, Mutterschutz und Rechtsschutz der Unehelichen, Sittlichkeitsfragen etc.) wurde die Schaffung eines leicht verständlichen Programms erörtert und ferner beschlossen, eine Reorganisation der Bundesverfassung in die Wege zu leiten; beides wurde einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen. Nach dem Reorganisationsplan sollen fortan nicht mehr Einzelvereine, sondern nur Verbände Mitglieder des Bundes sein können. So wertvoll eine fachliche und örtlich respektive nach geographischen Gesichtspunkten zusammengefasste Gliederung zweifellos ist, so ist andererseits die Befürchtung nicht abzuweisen, dass der Ausschluss der Einzelvereine vom unmittelbaren Bundesleben leicht zur Einflusslosigkeit und daraus folgenden Gleichgültigkeit der Einzelvereine und zu einer akademischen Erstarrung der Bundesleitung und Vertretung führen kann. Dem Bund gehören gegenwärtig 193 Vereine an, gegen 158 im September 1902. Charakteristisch für diese Tagung war der Mangel des grossen Zuges, der begeisterungsfähigen, geschlossenen Einheitlichkeit. Aus dem Mosaik der getreuen Kleinarbeit setzt sich Grosses und Grösstes zusammen. Jene Kleinarbeit in der Stille der Einzelvereine oder Kommissionen ist aber nicht zu verwechseln mit Kleinheit und Kleinlichkeit, die nirgendwo, am allerletzten aber auf den Jahresrevuen, zugelassen sein sollten.

DER *Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte*, der 18000 Mitglieder zählt, hat in einer Resolution seiner jüngsten Hauptversammlung die Einführung des obligatorischen kaufmännischen Fortbildungsunterrichtes auch für die weiblichen Handlungsgehilfen gefordert.

VON den Provinzial- und Landesfrauentagen, die in jüngster Zeit so ziemlich in allen Teilen Deutschlands stattfanden, ist zu sagen, dass sie alle und von den verschiedensten Seiten her Zeugnis dafür ablegten, dass die Frauen befähigt sind,

in sachlicher und reifer Weise an der Beratung von Angelegenheiten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens tätigen Anteil zu nehmen. Vermissen aber lassen alle diese Tagungen den auch die Gefahr nicht achtenden Überschwang der Jugend, die rücksichtslose und kräftige Stellungnahme zu den allgemeinen bewegenden Tagesfragen. Sie sind vielleicht abgeklärter und vorsichtiger, als es ihrer Zukunft dienlich sein mag.

DER *Bund österreichischer Frauenvereine,* der nunmehr 38 Vereine umfasst, behandelte auf seiner jüngsten Tagung eine Reihe aktueller Fragen, unter denen der Kampf gegen die rückschrittlichen Landesschulgesetze und gegen die das Wahlrecht der Frauen verkürzende Wahlrechtsnovelle an erster Stelle standen.

EIN russischer Frauenkongress, der in Moskau unter Teilnahme von 500 Frauen stattfand, hat eine Resolution gefasst, in der die politische Befreiung Russlands, die Beendigung des Krieges und die rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen gefordert wurde.

× ×

Arbeiterinnenbewegung DER Cölner Gewerkschaftskongress hatte die Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen auf seine Tagesordnung gesetzt. Trotzdem hatte man aus allen Gauen Deutschlands nur drei weibliche Delegierte entsandt. Darin offenbart sich ebensoviel Gleichgültigkeit und Unverstand von seiten der Mehrzahl der männlichen Gewerkschafter, als sich Geringschätzung in den Ausführungen des Genossen Cohen, des Vertreters der Metallarbeiter, aussprach. Wir wollen nicht, obwohl hier der Ort dazu wäre, von der wertvollen Arbeit, der unermüdlichen Pflichttreue, der Hingabe bis zur Selbstaufopferung reden, die die in der gewerkschaftlichen und politischen Agitation stehenden Frauen auf der Rednertribüne, wie in der Werkstuben- und Hausagitation entfalten. Von einer bedauerlichen Rückständigkeit aber zeugt es, wenn selbst die Delegierten zum Gewerkschaftskongress, in denen man doch die Führer der Bewegung zu sehen hat, nicht oder mindestens nicht einmütig davon überzeugt sind, dass sie die Frauen haben müssen, wenn ihnen der Sieg werden soll. Nur wenn es gelingt, die Frauen in hellen Haufen den Gewerkschaften zuzuführen, nur wenn es gelingt, alle arbeitenden Frauen mit dem Geiste einer unbedingten Solidarität zu erfüllen, sie als Gleiche in das Heer der Arbeit einzureihen, darf man hoffen, siegreich aus dem Kampf um die wirtschaftliche und soziale Macht hervorzugehen. Von dieser Warte muss die Frau und ihre agitatorische Mitarbeit gewertet werden.

SO gesehen erfährt auch die ziffernmässige Anteilnahme der Arbeiterinnen an der Gewerkschaftsorganisation die rechte Beleuchtung. Im Jahresdurchschnitt von 1904 betrug sie 48 604; gegen 40 666 im Jahre 1903. Das bedeutet eine Zunahme von 16⅓% gegen eine Steigerung von 12 448 = 44%, die das Vorjahr aufzuweisen hatte. Mit dem Grösserwerden der absoluten Zahlen ist notwendig eine Abnahme des relativen Zuwachses verknüpft. Immerhin tut aber diese Zahl, die nach der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 nur 5,17% (gegenüber 24,08% der organisierten männlichen Berufsgenossen) der gewerblichen Arbeiterinnen, in Wirklichkeit sogar nur 4,5 % umfasst, überzeugend dar, wie ungeheuer viel an aufklärender und werbender Arbeit noch zu tun ist, bevor ein einigermassen nennenswerter Bruchteil der gewerblich tätigen weiblichen Bevölkerung zum Verständnis seiner Lage und dementsprechender Pflichterfüllung erzogen sein wird. Die stärkste weibliche Mitgliedschaft hat der Textilarbeiterverband mit 13 126, die aber nur 4,22% der weiblichen Berufsangehörigen repräsentieren. Drei Verbände zählen mehr als 5000 weibliche Mitglieder (Tabakarbeiter, Buchbinder und Metallarbeiter), und eine Gewerkschaft (der Fabrikarbeiterverband) hat 4921. Im Verband der Handelsangestellten übertreffen die weiblichen Mitglieder mit 1717 um etwas die 1631 männlichen. In drei Gewerkschaften übersteigt der Prozentsatz der weiblichen organisierten Berufsangehörigen den der männlichen Berufsgenossen. So im Buchbinderverband mit 39,49 gegen 35,93%, bei den Schuhmachern 29,24 gegen 22,70%; bei den Konditoren mit 24,29% gegen 19,13%.

× ×

Kurze Chronik VOM Nürnberger Arbeitersekretariat ist als vierte beamtete Kraft eine Sekretärin angestellt worden. × Als städtische Schulärztin wurde in Hannover Frau Dr. Rose Senger angestellt. × Ein junger sozialdemokratischer Frauenverband, der seit einigen Jahren in den Vereinigten Staaten besteht, zählt gegenwärtig 25

Zweigvereine mit reichlich 700 Mitgliedern. Seine Tätigkeit ist bis jetzt vorwiegend aufklärender und erzieherischer Art. Daneben agiert er als Hilfstruppe der sozialistischen Partei Amerikas. × In Südfrankreich haben die Textilarbeiter eine Resolution gefasst, welche fordert, dass »die Löhne von männlichen und weiblichen Arbeitern gleich sein sollen, da es Raub sei, einer Frau weniger für Erzeugung einer Elle des selben Stoffes zu zahlen, nur weil sie eine Frau sei«. × Die internationale Arbeiterschutzkonferenz in Bern hat als Grundlage eines internationalen Abkommens das Verbot der industriellen Frauen nachtarbeit aufgestellt und eine ununterbrochene, mindestens 11stündige Nachtruhe vorgesehen. Ausnahmen sind zulässig bei Betriebsunterbrechung durch höhere Gewalt und für Verarbeitung leicht verderblicher Rohmaterialien. Zu bedauern ist die Beschränkung der beabsichtigten Verordnung auf Betriebe mit mehr als 10 Arbeitskräften, die Nichtanwendung auf Anlagen, in denen nur Familienmitglieder tätig sind und endlich die Rücksicht auf die sogenannten *Saisonindustrieen*, die während 60 Tage im Jahre die Arbeitsruhe auf 10 Stunden beschränken dürfen. × Der Frankfurter Hauspflegeverein, der erste in seiner Art, hat im Jahre 1904 945 Pflegen geleistet; die dortige Rechtsschutzstelle hat in 1271 Fällen ordnend und vermittelnd eingegriffen. × In der bekannten Blankeneser Notzuchtsaffäre sind die vier Burschen, die das Verbrechen verübt haben, freigesprochen, die Kritiker des Rechtsspruches zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt respektive unter Anklage gestellt worden. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Dichtkunst

Erzählungen

IM alten Kinderringelreihen wird es abgesungen, wie's die kleinen Buben machen, die jungen Herren, die alten Damen: Peitsche knallen, Hut abnehmen, Püppchen wiegen, Locken drehen und lustig also fort durchs leichte ABC des Alltagslebens. Die Jungen und Mädels tanzen dazu und fühlen nur Freude am mimischen Spiel. Sie ahnen nicht, was hinter der tändelnden Äfferei verdeckt ruht an Geheimnissen der Seele, an zischelndem Feuer des Gemütes. Das muss erst ein Kundiger ausschürfen. Ein Erfahrener muss erst in den inneren Rätseln die abgeblendeten Ewigkeitsleuchten erblinken lassen, die noch glommen hinter der lautbunten Augenweide. Sehr viele waren mit Fleiss am Werke; Preis und Ruhm gebührt nur wenigen.

MIT seinem *Pastor Klinghammer* hatte sich Wilhelm Hegeler unseren obersten Romanschreibern eingereiht. *Flammen*, sein jüngstes Buch /Berlin, Fleischel/ schliesst nicht eine volle Innigkeit der Lebensschilderung in sich. Ein Gelehrter kommt erst in übereilter, schmerzhaft gewöhnlicher Ehe zu wirklicher Liebe. Die ist ihm jedoch verboten. Er muss alle Flammen des Wehs, der Begeisterung für einen hohen Beruf, der Menschenverehrung und des anbetenden Schönheitsdienstes ersticken, als die Hegerin all dieser Gluten im Tode hingeht. AUCH in Felix Hollaenders *Traum und Tod* /Berlin, S. Fischer/ erstarrt ein trauernder Gelehrter am Grabe der Frau, zu der er die Hände nicht hatte heben dürfen, weil eine qualvolle Ehe ihn band. Einmal hat er die Geliebte, ein mysteriös gescheitertes Sonnenkind, an sich gerissen; ihre Hoffnungsmüdigkeit auf die Zukunft wird dem entzündeten Weibe unerträglich. Der Sprung ins Wasser macht sie frei. Ein Paar erst im Traum, hernach im Tod. Noch andere werden ihm gesellt, durch Erinnerungen verklungener Zeiten umwoben. Prachtmenschen im Pfarrertalar, ein jüdischer Schwarmgeist, der nach der Taufe liberaler Kleinkinderlehrer wird, Greise, die von gediegener Adelsherrlichkeit Träume spinnen und sehr enttäuscht aufwachen, als ihre Töchter mit handfesten Bedienten nach Amerika entsegeln. Ein altes Märchenschloss, Landschaften in Schnee und lichter Sommerpracht sind die Stätten der Begebnisse. Hollaender hat sehr viel Zurechtgestelltes und in eiskalter Gewandtheit Hervorgebrachtes mit Stimmungsvollem und Rührendem gemischt. Ein mittelmässiges Buch entstand. — — DIE Geschichte des verwöhnten Städters, der unwillig, aber doch zu gutem Ende eine ländliche Verwandte ehelicht, erzählt Kurt Aram mit grossem Lärm und geringer Kunst in *Schloss Ewich* /Fleischel/. Das Werk soll erziehen und stellt bäuerliche Ursprünglichkeit mit einem leisen Einschlag von modern Fauligem der grossstädtischen Lebensverzerrung gegenüber. Aram hat sich die Arbeit zu bequem gemacht. Er verschmäht grobe Romanzufälle nicht, übergrosse Deutlich-

keiten beim Schildern von Gruppenanschauungen und innerlichen Kämpfen gereichen ihm zu keiner Pein. Er denkt viel besser, als er dichtet. So schuf er einen poetischen Bastard.

GANZ rein ein soziales Problem als Dichtung zu verkörpern, ist eben ein verdammt saures Unternehmen, an dem auch Edouard Rod im *Sieger* (Übersetzung /Berlin, Hüpeden & Merzyn/) die Kräfte wetzt. Das Jammerschicksal der italienischen Knaben im Betriebe der Glasindustrie wird gezeichnet. Das beweinen und wollen ändern ein paar rosige Schwärmer, das bekämpfen recht ernste Wirtschaftsmenschen. Das nutzen für die schmutzigste Eigenbereicherung sehr böse Hasser dieser armen, verkrüppelten, verlassenen Stiefkinder der Glückseligkeit. Man kennt die Gegensätze an Ereignissen, die von solchen Romanwelten sich schälen lassen. Die Kinder werden den Eltern fremd. Ehen sollen geschlossen werden aus Politik, nicht aus Liebe. Der Reiche am goldnen Tisch ist ein Geizkragen, ein anderer Sieger im Mammonskampf lässt sein illegitimes Liebchen sitzen, als ihm der gemünzte Segen von anderen Lippen zulächelt. Die gerechte Vergeltung trifft ihn als wohlgezielte Revolverkugel, geschossen von der Verratenen, Abgehärmten. Eine unterhaltsame Abänderung bringt der *Sieger*, indem statt des Betrügers dessen geschmückte Braut in den Sand fällt. Sonst ist bei Rod kein Glanz und keine Poetenherrlichkeit zu finden.

DOCH bei Gustaf af Geijerstam, dem Norden, schimmert rechter Augentrost. Zwei Menschen nur kämpfen, aber deren stilles, im Tiefsten rieselndes Blut entfacht mehr mitfühlendes Leben, als die Massen der todgeweihten Glasbläser und deren Schinder mit ihrem Anhang. Die Örtlichkeit wird ein Symbol des Seelenkampfes, die Zeit und deren Stimmungsinbrunst verwirrt das Ringen noch schwerer. Die leisen und doch so kunstweise gefundenen Worte sind starke Waffen im Kampf. Durch des Geschickes törichte Verflechtung ist ein Mann des verschwiegenen Sinnens zu grossen Taten gedrängt worden. Eine Weile trägt ihn der Erfolg. Wie ihm Familienglück und die geschäftliche Macht zerbröckeln, ist seine Rettung ein Schuss in die Schläfe. (*Kampf der Seelen* /Berlin, S. Fischer/).

DIE drei folgenden Erzähler sind gewiss sehr achtbare Charaktere mit gesunden und liebenswürdigen Absichten für das Wohl der Menschheit; ihre Musik jedoch klingt sehr an Misston reich. Was Ruth Bré in theoretischen Schriften zum Schutz der Mütter gefordert hat, wollte sie in einem Roman *Ecce Mater!* /Leipzig, Dietrich/ als Kunstwerk gestalten. Der Pater Veridicus mochte es sich nicht versagen, ein Tagebuch zu schreiben, darinnen berichtet wird, wie im Kloster Sadismus, Mord, Männerliebe und die schlimmsten Verworfenheiten zum täglichen Brot gehören. (*Hinter geweihten Mauern* /Berlin, Bermühler/). Das Paradiesleben *Im Zukunftsstaat* /Berlin, Hüpeden & Merzyn/ hat es Hans Hardt angetan. Wilhelm Schmidt-Bonn, der kein Dramatiker, aber ein vorzüglicher Erzähler kleiner Geschichten bis jetzt geworden ist, gab in seinen *Raben* /Berlin, Fleischel/ ganz Ausgereiftes. Wie er im *Schlaraffenland* das Problem des Kinderkreuzzuges als epischen Vorwurf greift, das weist echte Dichterzüge. Er ist mit Clara Viebig schon oft in einem Atem genannt worden. Sie sammelt ihre Skizzen in dem Bande *Naturgewalten* /Berlin, Fleischel/, der Altes und jüngst Entstandenes vereint. Den fliessenden Reichtum Selma Lagerlöfs zeigen ihre kleinen Geschichten *Unsichtbare Bande* /Berlin, Wunder/ wieder. Ein literarischer Neuling, Jakob Schaffner, schliesst den Kreis mit einem Romane *Irrfahrten* /Berlin S. Fischer/. Das hebt flott und mollig an mit dem heiteren Geschick des Schustermädels, das den italienischen, radebrechenden Gesellen nicht mag und ein Auge wirft auf den benachbarten Delikatessenkrämer. Die beiden Meister, deren Töchter, die sich Sonntags voller Freundschaft beim Haaraufstecken helfen, Klatschbasen und andere Gestalten sind ganze Menschen. Wenn dann die Schilderung der Personen beendet ist, und die Geschichte fortfabuliert werden soll, bekommt sie einen Bruch. Die Brautleute erkennen sich auf Romantikmanier als in seltsamer Weise mit einander verknüpft. Ein gutes Drittel der Geschehnisse wird Zuhörenden als Selbsterlebtes erzählt, und das bringt geschraubte, ermattende Partieen. Auch in diesen verunglückten Teilen ist manche Oase. Und gerade die Unform im Gemisch mit wirklich Begabtem spannt auf seine vielleicht kommende Reife.

× ×

Kurze Chronik: DES Böhmen J. S. Machar versifizierter Roman *Magdalena* /Wien, Brand/ handelt von dem Leben einer Dirne, die kurze Zeit in geordnete und verheissende Zustände kommt, dann aber wieder ins Laster getrieben wird. × Von George Meredith erschienen bisher deutsch im Verlag S. Fischer in Berlin *Der Egoist* und *Richard Feverel;* bei Bruns in Minden *Harry Richmonds Abenteuer* und *Diana am Kreuzweg.* × Der letztere Verlag ediert H. S. Wells utopische Zukunftsromane *Die Zeitmaschine, Dr. Moreaus Insel, Die Riesen kommen.* × In dem verdienstvollen Verlag von Hesse in Leipzig erscheint Ernst Wasserziehers Blütenlese *Deutsche Lyrik,* die ein Hausbuch sein will. × Ebendort eine begrüssenswerte neue Ausgabe von Georg Herweghs *Gedichten eines Lebendigen.* MAX HOCHDORF

Musik

Allgemeines DIE moderne Musik ist in ihrer Entwickelung noch nicht so weit, dass wir sie in bestimmte *Richtungen* einteilen können. Es gelingt uns noch nicht einmal, die allgemeine Strömung festzustellen. Immer fanden sich Propheten, die glaubten, sie hätten die *moderne Richtung* gefunden; und alle Prophezeiungen hatten das gemein, dass sie nicht eintrafen. Ich will mich daher damit begnügen, eine allgemeine Charakterisierung des augenblicklichen Standes der Musik zu geben.

EINE gewisse Widerspiegelung der modernen Musik zeigt sich in unserer Stellung zur alten Kunst. Die Grössen werden entweder verachtet oder in ein anderes Licht gerückt. War Mozart früher der Komponist des Lieblichen — eine heute verhasste Kunst — als Gegensatz zu Beethoven und Bach, so ist er jetzt ganz in ihre Nähe gestellt. Typisch für den modernen Mozart ist ein kürzlich zum erstenmal gespieltes Werk von ihm, *Adagio und Fuge für Orchester,* eine tiefe, grosszügige, gewaltige Schöpfung. Ähnliche Werke werden von Bach, Händel, Gluck, Beethoven ans Licht gezogen — von letzterem eine herrliche Fuge. Man fühlt sich in ihren Tiefen wohl, während man an der leichteren Musik, zum Beispiel Haydn, wenig Geschmack mehr findet. Und dann die Meister des XIX. Jahrhunderts: ein grosser Sprung müsste gemacht werden über Weber, Schubert, Mendelssohn hinweg, weiter über Berlioz, Wagner zu Brahms und höher zu — — es fehlt uns ein Musiker, greifen wir zum Dichter, zu Nietzsche. Was bei Nietzsche charakteristisch ist, die gewaltige überreizte Phantasie und ihr einheitliches, enges Verhältnis zur Persönlichkeit des Dichters, wird es auch in der Musik. Hier ist nicht ein Berührungspunkt mit der modernen Musik, sondern ihr Ursprung. Verschmelzung von Werk und Persönlichkeit, darauf baut sich unsere Musik auf. Der Einfluss Nietzsches geht bis ins Innerste dieser Kunst, selbst bis in die Einzelheiten. Nicht nur, dass die Komponisten Nietzsches Werke so oft zu Texten oder Unterlagen ihrer Werke benutzen, durch die Dichtungen in Worten, wie die in Tönen geht ein gemeinsamer Zug: der ohnmächtige Kampf gegen das Leiden. Es ist kein Zufall, dass fast alle modernen Scherzi ihre Wurzeln haben in Beethovens düsteren Moll-Scherzi; kein Zufall, dass die Finales oft so schwach sind. Wo Beethoven glänzende Siegesfeste feiert, da müssen die *Modernen* leer werden. Ein wesentlicher Unterschied trennt sie wieder von Nietzsche. Bei diesem ist das Leben zwar ein vergeblicher Kampf, aber er unterliegt als Held; bei jenen von vornherein Resignation. Und noch ein anderer Gegensatz: Bei Nietzsche ketten sich Stimmung und Gedanken (im Sinne von logischem Denken) fest aneinander; bei den Musikern unserer Tage fliehen sie sich. Eine tiefe Stimmung schliesst bei ihnen einen grossen Gedankenaufbau aus. *Stimmung* ist das Schlagwort der *Modernen, Stimmung* der Inhalt ihrer Musik.

HIERMIT ist ein zweites Problem gegeben, das der Form. In der klassischen Kunst ist sie ein festes Gefäss, in der Romantik ein Gewand; auch das ist uns noch zu robust, die Form muss sich dem Inhalt noch feiner anpassen; sie wird gleichsam zu einem dünnen Schleier, so durchsichtig, dass viele die moderne Kunst für formlos halten. Die alte, grosse Form verschwindet. Wer könnte heute ein Werk schaffen in der Einheit, in der Beethoven die Symphonie, Wagner die Oper gedacht hat, jetzt, wo der Künstler nicht mehr über, sondern in seinem Schaffen steht! Es sei denn, dass durch den Stimmungsgehalt eine einheitliche innere und damit auch äussere Form entsteht. Das kleine Charakterstück dagegen kommt wieder zu Ehren, aber nicht mehr im alten Sinne, sondern als Stimmungsbild. Die neue Form — es gibt

nicht *die* neue Form, jedes Stimmungsbild hat seine eigene, ein Schematisieren ist ausgeschlossen. In gleicher Weise dürfen wir nicht mehr von *der* Sprache des Musikers reden, jeder Künstler bildet sich seine *eigene*. Nachdem alle Fesseln der Melodie- und Harmonieführung abgestreift sind, kann jeder darin seine Persönlichkeit entfalten, selbst in Rhythmus und Kontrapunkt ist man noch freier, noch persönlicher geworden. Auch die Instrumentation wird von grösster Bedeutung. Die nüancierungsfähigsten Ausdrucksmittel, Streichinstrumente und menschliche Stimme, treten in den Vordergrund und werden bis ins äusserste ausgenutzt. Hierin kann jeder, der in der Technik der Instrumentation gut bewandert ist — und das sind fast alle bis zur Raffiniertheit — eine wahre Persönlichkeitsschwelgerei treiben.

IN diesem Persönlichkeitskult liegt eine Gefahr für die moderne Musik. Vielen Komponisten fehlt eine wirkliche, innere Persönlichkeit, die sie nun künstlich markieren wollen. Sie sind selber keine Dichter und glauben, sich in fremde Stimmungen vertiefen zu können. Die Folge ist, dass ihre Musik zu einem misslungenen Versuch wird, eine Stimmung, oft die Einzelheiten und Zufälligkeiten eines Textes, zu charakterisieren. Ihre Werke sind nicht selbst voll Stimmung, sondern klammern sich ängstlich an Stimmungen an. Nicht weniger gefährlich ist der gegenteilige Fehler: der zu fein fühlender Persönlichkeiten. Ihre Stimmungen sind zu intensiv. Die Komponisten kommen nicht über sie hinaus. Es fehlt die Kraft zur Gedankengesaltung, Gedankenentfaltung. Wir haben tiefe Persönlichkeiten, aber keine grossen. Das waren unsere *Alten*, die Beethoven, Brahms....

DAS wäre in groben Zügen das Wesen der modernen Musik; seit Jahren schon steht sie so vor uns. Wir haben Komponisten, von denen wir hoffen können, dass sie den entscheidenden Einfluss ausüben werden. Aber haben wir das nicht schon vor Jahren erwarten dürfen, und sind wir nicht schon so oft enttäuscht worden? Bleiben wir beim Hoffen!

× ×

Kurze Chronik AUF dem 1. lothringischen Musikfest wurden neue französische Werke von César Franck und Charpentier mit Beifall aufgenommen. × Dank dem Eintreten der *Neuen Bachgesellschaft* ist uns die Erhaltung von Bachs Geburtshaus wahrscheinlich. Zur Beschaffung der nötigen Geldsumme hat G. Schumann mit dem *Philharmonischen Orchester* drei Bachkonzerte gegeben und den Überschuss der *Bachgesellschaft* zugewendet. × In Wien ist ein Strauss-Lanner-Denkmal enthüllt worden.

× ×

Literatur UNTER dem Sammeltitel *Die Musik* gibt Richard Strauss im Verlage von Bard, Marquardt & Co. eine Reihe von Monographieen heraus. Die erste, *Beethoven* von A. Göllerich, behandelt in erster Linie die Person Beethovens und bringt interessante Auszüge aus den Kritiken und Beurteilungen der Zeitgenossen. Eine Einführung in das Wesen der Beethovenschen Kunst, die ich nach Strauss' Vorwort erwarten konnte, bietet das Buch nicht. O. Bie, der vielseitige Ästhetiker, ist durch zwei Bücher vertreten: *Tanzmusik* und *Intime Musik*. Er behandelt seine Aufgaben als Essays. Die Form, in der er plaudert, ist höchst unterhaltend; die Darstellung ist aber nicht sehr kritisch. Im Inhalt steht die *Intime Musik* hinter der *Tanzmusik* zurück. × In der *Sammlung Göschen* gibt K. Grunsky eine *Musikgeschichte des XVII. und XVIII. Jahrhunderts* /Leipzig, Göschen/. Nichts Neues, weder in Inhalt noch in Darstellung. Und doch ist sein Werk nicht überflüssig, wie so viele ähnliche Musikgeschichten. Geschickt stellt Grunsky aus dem grossen Material das Wesentliche zusammen und legt das Hauptgewicht darauf, die Fortschritte daran zu zeigen. Die Komponisten sind in der Charakterisierung etwas allzu knapp behandelt. Ein Weniger an Aufzählungen, Namen und Zahlen würde das empfehlenswerte Buch vielen noch wertvoller machen. ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Simon: *Robert Owen* VON den Vorkämpfern des Sozialismus in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts war Owen zweifellos der grösste und furchtbarste und zugleich derjenige, dessen Wesen und dessen Verdiensten die summarische Bezeichnung *Utopist* am wenigsten gerecht wird. Man sollte ihn lieber den klassischen Sozialisten der frühkapitalistischen Ära nennen.

War doch sein Wirken in der New Lanarker Zeit nichts anderes, als der von einem genialen Praktiker mit genial-praktischen Mitteln unternommene Versuch, den eben erst im Werden begriffenen grossindustriellen Kapitalismus von vornherein im sozialreformerischen und weiterhin im sozialistischen Sinne umzubilden, sozusagen das kapitalistische Insekt noch im Raupenstadium mit der sozialistischen Schlupfwespe zu impfen. Und dieser Versuch ist nicht gescheitert an dem wohlverstandenen Klasseninteresse der Besitzenden, sondern an ihrer missverständlichen, verblendet-kurzsichtigen Klassenselbstsucht, an ihrer spezifischen Klassenborniertheit. Denn, wie das 28 jährige praktische Wirken Owens als Leiter der grossen Baumwollspinnerei von New Lanark beweist, hätte das Eingehen auf Owens Reformideen die englischen Fabrikanten nicht nur nicht ruiniert, sondern ihnen im Gegenteil auf Generationen hinaus einen noch grösseren Wohlstand gesichert, für die Zukunft aber den unvermeidlichen Kämpfen eine ungleich mildere, für beide Teile relativ schmerzlose Form gegeben. Dass nun Owen bei den Kapitalisten weitblickende Einsicht suchte und nichts fand, als blinde Habgier, die sich hinter mehr oder minder heuchlerische religiöse Bedenken verschanzte, das ist kein Vorwurf für ihn; er hat als erster diese Erfahrung gemacht und mit seinem Herzblut das Lehrgeld dafür gezahlt; wir andern, die wir auf seinen Schultern stehen, haben leicht spotten. Auch dass er nicht von Anfang an, sondern erst von 1819 ab — nachdem sein Arbeiterschutzgesetz vom Parlament zu einem kläglichen Flickwerk verstümmelt worden war — mit seiner Agitation sich an die Arbeiter selbst wendet, ist leicht genug zu erklären: fand er doch in New Lanark die Fabrikarbeiter als eine nicht nur verelendete und verwilderte, sondern geradezu halbvertierte Menge vor, welche er durch eine Art gütig-bevormundender Kinderzucht erst schrittweise zur Menschlichkeit erzog. Und der jähe Zusammenbruch der Anfang der dreissiger Jahre von Owen geleiteten Arbeiterbewegung beweist, dass auch damals die Zeit noch nicht reif war. Erst musste generationenlang fortgesetzter staatlicher Arbeiterschutz, verbunden mit einem staatlich geförderten Volksschulwesen, ein ganz neues Geschlecht von Fabrikarbeitern schaffen, bevor auch ausserhalb der Handwerkerkreise eine wohlorganisierte Arbeiterbewegung sich in stetiger zielbewusster Tätigkeit behaupten und von Erfolg zu Erfolg schreiten konnte. Die Vorbedingungen aber hierfür zu schaffen, jene *körperliche und geistige Wiedergeburt* des Fabrikproletariats vorzubereiten, die später Marx so begeistert pries, dazu hat Owen so mächtig beigetragen, wie kein zweiter. Und wenn er, aufs tiefste erschüttert von seinen Niederlagen, als 64 jähriger Greis vom kampfbereiten Agitator sich rückwärts mausert zum Propheten einer völlig unpolitischen tolstojanerhaften Versöhnungssekte und damit ins Hintertreffen gerät gegenüber der heldenmütig anstürmenden Chartistenbewegung: so nimmt er damit nur teil an der allgemeinen Tragik der Grössten, der Allergrössten selbst: dass auch sie alt und morsch werden, während um sie her neues Leben aufblüht.

MAN sieht: das Bild Owens, das ich auf Grund der fabelhaft fleissigen und dabei ungemein gewissenhaften und objektiven, bei Gustav Fischer in Jena erschienenen Arbeit von Helene Simon zu zeichnen in der Lage bin, weicht sehr beträchtlich ab von der schablonenhaften Karikatur, wie sie leider in so vielen sozialistischen Köpfen spukt. Diese Richtigstellung einer oberflächlichen und ungerechten Tradition ist ein bleibendes, hohes Verdienst der Verfasserin. Wer ihr Buch aufmerksam liest, wird sich der Erkenntnis kaum verschliessen können, dass trotz seiner Irrtümer und Misserfolge der Welsche Robert Owen vielleicht der Grösste war unter allen Zauberern aus Wales — grösser, als Owen Glendower, der die Lüfte singen machte, grösser selbst, als Merlin, der die Sprache der Vögel verstand. LADISLAUS GUMPLOWICZ

× ×

Bölsche: ***Ernst Haeckel***

ALS im Jahr 1898 im Voigtländerschen Verlag eine Biographie Darwins von Bölsche erschien, ging sie ziemlich unbeachtet vorüber, obschon sie zum Besten gehört, was Bölsche geschrieben, und in wirklich idealer Weise den Begriff der *Biographie* verkörpert. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob man die einzelnen Daten vom Leben Darwins behalten hat oder nicht, ob man zu einer richtigen Würdigung seiner wissenschaftlichen Bedeutung gelangt oder nicht: wir besitzen ihn, wenn wir das Büchlein gelesen haben, als einen ganz bestimmten Wert in der Schatzkammer unseres See-

lenlebens. Es ist nur selbstverständlich, dass die Biographie eines Lebenden, wie sie Bölsche über Haeckel geschrieben /Dresden, Reissner/, nicht so monumental wirken kann, wie die über einen Verstorbenen, und es berührt nur angenehm, dass Bölsche seine persönliche, innige und grosse Empfindung weit mehr dämpft, als in der Darwin-Biographie, obgleich zwischen Haeckel und Bölsche neben dem festen Band des Lehrers zum Schüler auch eine wirkliche Wesensverwandtschaft besteht. Diese beiden Männer bebauen nicht nur — freilich mit quantitativen und qualitativen Unterschieden — das selbe Ackerland, sondern sind sich auch darin verwandt, dass hinter und neben dem Forscher die Künstlerseele sich mächtig hervordrängt, bei Haeckel in wildem Ungestüm mit Flammen und Ruten, bei Bölsche mit der Tendenz, friedliche Ausgleiche zu finden, die den Menschen die Möglichkeit geben, das Leben in Schönheit zu geniessen. Der Vergleich hört natürlich auf, sobald man die eigentlichen wissenschaftlichen Leistungen der beiden einander gegenüberstellt. »Das ist der grosse philosophische Traum des rauhen technischen Arbeitsmannes des XIX. Jahrhunderts. Die Hand voll Russ, aber der Geist voll Licht, voll Sternenlicht und Weltenlicht... Nur, wer diese Melodie zu finden weiss, der versteht die Grösse eines Mannes, wie Ernst Haeckel.« Das ist der hübsche Grundgedanke, den Bölsche in der Einleitung zur Jugendgeschichte Haeckels bringt, und diese Jugendgeschichte selbst liest sich wie eine erquickliche Erzählung, und ist so herrlich weit entfernt von all dem, was heute eine nervöse Jugend zu empfinden pflegt. Von früh auf füllt rastlose Arbeit Haeckels Leben aus. Zuerst beschäftigte er sich mit Botanik, und, wie Bölsche meint, brachte er in dieses Gebiet das ästhetische Empfinden hinein, das Goethe, der zwei Jahre vor Haeckels Geburt gestorben, als erster gefühlt. Überhaupt gehört Haeckel zu jener engeren Gemeinde, die von Goethe direkt beeinflusst ist, und »von Goethe stammt auch der Urgrund seiner Weltanschauung. . . . Als Haeckel auf seiner eigenen Bahn sich mit Darwin berührte, war er der erste, der sah und mit Nachdruck betonte, dass Darwin nur eine logische Entwickelung Goethescher Ideen war«. Sachlich berichtend — Haeckel gab selber dem Freunde viel biographische Einzelheiten an — verfolgt Bölsche die Entwickelung weiter und präzisiert besonders fein den Einfluss verschiedener Lehrer auf Haeckel; so vor allem von Johannes Müller und Virchow. Darauf folgen die beglückenden Reisejahre. Vorerst nach Indien, wo sich Haeckels Künstlerseele frei ringt, als er in sich das Talent zum *Landschaftsmaler* entdeckt; von diesem Zeichentalent geben einzelne Skizzen im Buche eine feine Probe. Mit innigem Verständnis begleitet nun Bölsche ihn bis zum Jahre 1866, wo die *Generelle Morphologie der Organismen* erscheint, das Grund- und Hauptwerk, »auf das die Nachwelt zurückgehen wird, wenn sie Haeckel fassen will, polemisch, wie apologetisch«, und er versucht, Haeckel scharf einzustellen, indem er abmisst, inwiefern Haeckel von anderen ausgeht, wo er über sie hinausragt, und wie seine wissenschaftliche Tätigkeit sich dahin zusammenfassen lässt, dass er Darwin »in einem einzigen engeren Gedanken aus seiner Ideenwelt weiter baut«, und zwar in dem biogenetischen Grundgesetz. Neben dem freudigen Mitgehen mit der Person gibt Bölsche ein klares Bild der Entwickelung der Idee und lässt uns immer auch den liebenswürdigen, kraftvollen und freimütigen Menschen sehen, der trotz der ungezählten Anfeindungen, die gegen ihn gerichtet waren, nicht wankte und nicht wich, und der an seinem Lebensabend auf ein grosses getanes Werk zurückschauen kann. In der Rede, die Bölsche auf dem Kommers der Berliner *Freien Hochschule* zu Ehren Haeckels gehalten, brach denn auch gleich einem harmonischen Ausklang die persönliche Freundschaft und Verehrung Bölsches für Haeckel ungehemmt durch.

IDA HÄNY-LUX

Notizen

Religion und Sozialdemokratie

IN seinem Artikel *Religion — Privatsache* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag. 589 ff.) wendet sich Genosse Göhre gegen meinen Vorschlag, den Satz *Erklärung der Religion zur Privatsache* aus dem Programm zu streichen. Er hat vier Gründe, die ihm meinen Vorschlag als verfehlt, ja als schädlich für die Partei erscheinen lassen. Ich will mich in Ansehung dessen, dass man sich durch eine Polemik von Artikel zu Artikel doch nicht überzeugt, nicht auf eine ausführliche Widerlegung seiner Einwände einlassen, sondern mich auf die Zurückweisung einiger seiner Unrichtigkeiten und Missverständnisse

beschränken. Göhre meint, die Beibehaltung des bewussten Satzes sei geboten, weil er »in der denkbar einfachsten und bündigsten Form die in Religions- und Kirchensachen wichtigste Forderung unserer Partei an den Staat ausspricht«. Vorher nennt Göhre meine sonstigen Vorschläge bezüglich des Punktes 6 des Programms »nicht nur diskutabel, sondern auch akzeptabel«. Wenn er nun meine Formulierung *Weltlichkeit des Gemeinwesens, seiner Einrichtungen und Veranstaltungen; die religiösen Gemeinschaften haben die Rechte und Pflichten privater Vereinigungen* akzeptiert, so ist damit das Verhältnis von Staat zu Kirche und Religion in einer Weise festgelegt, wie sie *einfacher* und *bündiger* nicht formuliert werden kann.

WEITER meint Göhre, der genannte Satz bewahre »ausdrücklich und darum gründlich die Partei vor der Gefahr, eine Bewegung der unbedingten Religions- und Kirchenfeindschaft zu werden, ihr eigenes originales Wesen und mit ihm ihre sieghafte, allmählich die Welt umwandelnde Kraft zu verlieren«. Göhre warnt wiederholt vor der Gefahr, »zu einer Partei der blossen Religionsfeindschaft und Kulturkämpferei herabgedrückt zu werden«. Ich denke zu hoch von der Sozialdemokratie, um ihr die Dummheiten zuzutrauen, die Göhre kommen sieht, wenn der fragliche Satz fällt. Ich glaube auch nicht, wenn sonst keine Gründe vorlägen, die die Partei zwingen, das Richtige zu tun und das Verkehrte zu unterlassen, dass ein Programmsätzchen dazu im stande wäre.

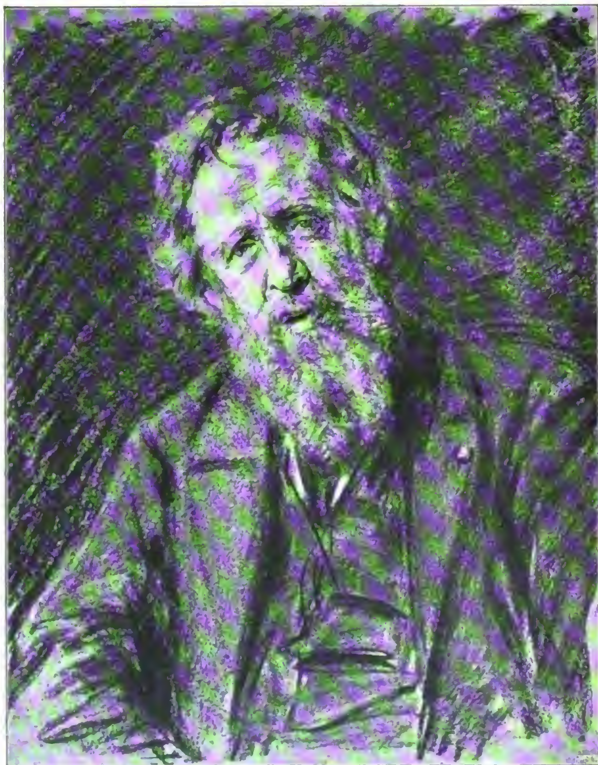
ZUM dritten meint Göhre, der bewusste Satz ermögliche auch gläubigen Personen den Zutritt und die Zugehörigkeit zur Partei. Ich möchte demgegenüber Göhre auf den § 1 unseres Organisationsstatuts hinweisen, worin es heisst: »Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt«. Von einer Verpflichtung auf einen Glauben oder den Unglauben ist hier nicht die Rede — und das sollte meines Erachtens genügen.

SCHLIESSLICH führt Göhre als Grund für die Notwendigkeit des genannten Satzes noch an, »dass unter seiner allgemeinen und allseitigen Anerkennung und Befolgung die Ausbildung einer ehrlichen und gründlichen religiösen Toleranz endlich möglich wird«. Diese Toleranz ist bereits gewährleistet durch Punkt 4 des Programms, der da lautet: »Abschaffung aller Gesetze, die die freie Meinungsäusserung und das Recht der Versammlung und Vereinigung einschränken oder unterdrücken«. Mehr, als diese auf Gleichberechtigung gegründete Toleranz, der Kirche und jeder religiösen Meinung und Betätigung zu gewähren, sind wir nicht verpflichtet. Im übrigen aber wollen wir aussprechen, was ist: dass wir der Kirche und der von ihr vertretenen Religion feindlich gegenüberstehen, dass der Partei die Religion in diesem Sinne nicht Privatsache ist und auch nicht sein kann, wir müssten denn dem Klerikalismus gegenüber uns gleichgültig verhalten, wie auch der Wissenschaft.

WIE ich mir den Kampf gegen Kirche und Religion denke, geht aus den Schlusssätzen meines Artikels hervor: »Ausser der Förderung gesetzgeberischer Massnahmen zur Verbreitung der Volksbildung und Volksaufklärung, namentlich durch Einwirkung auf die Schule, bleibt der eigenen Tätigkeit der Partei auf diesem Gebiete noch vieles vorbehalten. Eine Jugendliteratur haben wir noch gar nicht und auch in der Herausgabe von Aufklärungsschriften über kulturgeschichtliche und naturwissenschaftliche Fragen hat die Partei noch sozusagen alles nachzuholen« — wobei ich übrigens nicht, wie Göhre zu meinen scheint, Rosenows Werk *Wider die Pfaffenherrschaft* als Muster hingestellt haben möchte. Wer meinen Artikel *Sozialdemokratie und Religion* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte* (pag 511 ff.), gegen den Göhre polemisiert, *sine ira et studio* gelesen hat, der wird mich nicht im Verdacht haben, dass ich beabsichtige, der Kulturkämpferei und Pfaffenfresserei das Wort zu reden. Ich stehe ein Dutzend Jahre auf einem in religiöser Beziehung recht vorgeschobenem Posten in der Parteibewegung und habe in dem, was in dieser Hinsicht der Partei gut ist, im Laufe der Zeit einige Erfahrung gesammelt. Wenn ich dafür eintrete, dass der Satz *Erklärung der Religion zur Privatsache* aus dem Programm gestrichen wird, so deshalb, weil er doppelsinnig, das heisst in dem einen Sinne verkehrt und in dem andern Sinne überflüssig ist. Ich will mit der Streichung des Satzes keiner neuen Taktik das Wort reden, sondern nur aussprechen, was ist, und trotz der Bedenken des Genossen Göhre bin ich der Meinung, dass man damit am weitesten kommt.

AUGUST ERDMANN

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION WILHELM STERNBAUER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



Constantin Meunier · Nach einer Zeichnung von Max Liebermann



9. HEFT / SEPTEMBER 1905

EDUARD BERNSTEIN · ZUM SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEITAG IN JENA

NEBEN den regelmässig wiederkehrenden Verhandlungsgegenständen der sozialdemokratischen Parteitage, wie Entgegennahme und Diskussion der Berichte von Parteivorstand, Kontrolleuren und Reichstagsfraktion, Neuwahl der Parteibehörden etc., stehen auf der vom Parteivorstand ausgearbeiteten Tagesordnung des zum 17. September nach Jena einberufenen Parteitages für 1905 als besondere Punkte nur noch verzeichnet: die Maifeier, der politische Streik und die Organisation der Partei. Jede dieser Fragen kann zu lebhaften Debatten Anlass geben, und die Frage des politischen Streiks wird es voraussichtlich auch tun. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass nicht auch der eine oder andere der erstbezeichneten Verhandlungsgegenstände sehr lebhafte und tiefgreifende Erörterungen hervorruft. Das Aufgabengebiet des Parteivorstandes berührt oder umschliesst so viele wichtige Fragen des inneren, das der Reichstagsfraktion so viele des äusseren Parteilebens, dass fast alles, was die Partei jeweilig bewegt, bei Gelegenheit der Berichte über die Tätigkeit dieser Parteiinstanzen zur Sprache gebracht und behandelt werden kann. Es liegt aber auf der Hand, dass mit solcher Gelegenheitserörterung immer die Gefahr verbunden ist, dass gerade solche Fragen, die aus irgend welchen Gründen auf eine besonders eingehende Behandlung Anspruch hätten, schliesslich quasi *en bloc* abgefertigt werden müssen, nachdem ziemlich untergeordnete Dinge in ausführlichster Breite durchgehechelt worden sind. Wenn nun also zum Beispiel dem Vorschlag der Redaktion des *Vorwärts,* die neuesten Wandlungen auf dem Gebiete der Weltpolitik als einen besonderen Punkt auf die Tagesordnung des Kongresses zu setzen, der Vorhalt entgegengesetzt worden ist, diese Dinge könnten ja im Anschluss an den Fraktionsbericht — etwa bei der Position *Auswärtiges Amt* — erörtert werden, so sagt er formell gewiss nicht Unrichtiges. Materiell aber ist er durchaus unzutreffend. Sind die Vorgänge, auf welche die Redaktion des *Vorwärts* hinwies, ohne grössere Bedeutung, dann rechtfertigt es sich allerdings, ihnen eine besondere Erörterung auf dem Parteitag zu versagen. Sind sie aber wirklich bedeutungsvoll, so würde die Partei ein Unrecht an sich selbst begehen, wenn sie ihnen nicht von vorn-

herein eine gebührend eingreifende Erörterung sicherte. Was nur dadurch geschehen kann, dass ihnen eine besondere Stelle in der Tagesordnung eingeräumt wird. Ich gehöre nicht gerade zu denen, die da meinen, dass, wie die Weltausstellungen ihren *Clou,* so auch jeder Parteitag sein speziell auf die Wirkung nach aussen berechnetes Diskussionsthema haben müsse. Unter den propagandistischen Organen der Partei stehen ihre Kongresse gewiss mit obenan, aber sie sind doch nur eines unter vielen, und ebenso wichtig, wie die Propaganda, ist die einer organisatorischen, taktischen etc. Festigung der Partei. Ein Kongress, der diese ein Stück gefördert hat, hat seine Schuldigkeit getan, auch wenn er nicht gleichzeitig eine spezifisch auf die Propaganda berechnete Debatte gehabt hat.

NICHT, weil mir die vom Vorstand vorgelegte Tagesordnung des Kongresses an sich als ungenügend erscheint, sondern weil ich der Ansicht bin, dass die neuesten Vorgänge auf dem Gebiet der Weltpolitik von grösster Bedeutung für die Völker der Kulturwelt sind, halte ich den erwähnten Vorschlag der Redaktion des *Vorwärts* für ausserordentlich zeitgemäss, und ich kann nur wünschen, dass der Kongress ihm Folge gebe. Sonst wären allerdings schon die beiden Punkte der Ausgestaltung der Parteiorganisation und der Stellungnahme zum politischen Massenstreik völlig ausreichend, um neben den Angelegenheiten mehr geschäftsmässigen Charakters die Tagesordnung eines Parteitages auszufüllen. Sie rollen Fragen von der grössten Tragweite für die Parteientwickelung und Parteipolitik auf und rufen nach sehr gründlicher Durchberatung.

ÜBER den Entwurf eines neuen Organisationsstatuts für die Partei soll in diesem Heft noch ein besonderer Artikel aus kompetenter Feder handeln. Einige, das Prinzipielle dieser wichtigen Frage betreffende, allgemeine Bemerkungen mögen jedoch auch hier am Platze sein.

SIEHT man von dem streng zentralistischen Organisationsstatut ab, das Lassalle für den *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* ausgearbeitet hatte und dieser angenommen und lange Jahre hochgehalten hat, so ist die Organisation der deutschen Sozialdemokratie von jeher in prinzipieller Hinsicht Kompromisswerk gewesen. Allerdings Kompromisswerk unter dem Zwange reaktionärer Vereinsgesetze. Denn der massgebende Grundgedanke war stets der eines zentralistisch konstituierten Einheitskörpers. Der Aufbau der Partei auf Grund eines dem föderalistischen Gedanken entsprechenden Systems von gegliederten Delegationen — wie wir ihn in Frankreich wiederholt gesehen haben — ist in Deutschland niemals versucht worden. Die föderalistischen Ansätze und Bildungen in der Partei (Ausbildung der Bezirks- und Landesverbände etc.) sind nicht e r d a c h t, sondern durch praktische Notwendigkeit g e w o r d e n. Das spricht im allgemeinen sicher für sie; indes haben sie doch auch wieder die Fehler ihrer Vorzüge. Zufälligkeiten aller Art haben bei ihrer Ausgestaltung bestimmenden Einfluss ausgeübt und krasse Ungleichheiten zur Folge gehabt. Ein zentralistischer Oberteil ist auf einen föderalistischen, selbst sehr unproportional gegliederten Unterteil ganz ohne System aufgepfropft. Nun lässt sich gegen eine Verbindung von zentralistischen und föderalistischen Einrichtungen schlechthin nichts Stichhaltiges einwenden. Im Gegenteil: diesseits, wie jenseits der Vogesen hat die Parteierfahrung gezeigt, dass jedes der beiden Organisationsprinzipien unhaltbar wird, wenn man es ins Extrem treibt. Aber

eine solche Verbindung muss selbst wieder auf einer bestimmten, den Verschiedenheiten der Aufgaben etc. angemessenen grundsätzlichen Unterscheidung der verschiedenen Organe beruhen. Daran lässt es jedoch auch das neue Organisationsstatut noch sehr fehlen.

UM nur eines herauszugreifen: So sehr alle Erfahrung dafür spricht, es in Sachen der Wahl und der Funktionen des Parteivorstandes beim Zentralismus bewenden zu lassen, so wenig gerechtfertigt erscheint es, die zweite höhere Parteiinstanz, die Parteikontrolleure, in genau der gleichen Weise zu konstituieren, das heisst sie von der Mehrheit des Parteitags ernennen zu lassen, statt ihre Wahl nach Proportionalität den Landeszentralen zu übertragen. Allerdings würde das ohne Vermehrung ihrer Zahl kaum durchzuführen sein und eine Zusammenlegung von Zentralen der Duodezstaaten notwendig machen. Aber letztere steht schon jetzt für gewisse Zwecke auf der Tagesordnung, und eine Vermehrung der Kontrolleure rechtfertigt sich auch auf Grund der sehr gestiegenen Mitgliederzahl der Partei. 1875 gab sich die so erheblich weniger starke Partei neben dem in Hamburg amtierenden Parteivorstand noch einen über ganz Deutschland verteilten Ausschuss von 18 Mitgliedern. War dies damals durchführbar, so würde man heute sicher mehr als 9 Kontrolleure vertragen können.

ES ist indessen kaum anzunehmen, dass nach dieser Richtung überhaupt am Parteistatut in Jena geändert werden wird. Im ganzen geht die Strömung zurzeit mehr dahin, Spezialgesetze zu machen, als organisch zu reformieren. Haben wir im § 25 des Organisationsentwurfs eine richtige *lex Göhre* vor uns, so wird von anderer Seite eifrig dafür agitiert, den von der Vertretung der Reichstagsfraktion auf den Parteitagen handelnden Absatz 2 des § 15 so abzuändern, dass daraus eine Ausnahmebestimmung gegen die Abgeordneten wird. Man begründet den Antrag, der Fraktion nur eine Vertretung durch ein Viertel ihrer Mitglieder einzuräumen, damit, dass man sagt: gerade der bisherige Modus, der jedem Reichstagsabgeordneten als solchem ein Kongressmandat zuweist, konstituiere einen Ausnahmezustand, der jetzt eben nur reduziert werden solle. Aber diese Argumentierung zeigt nur, wie sehr das grundsätzliche Denken der reinen Gelegenheitsgesetzmacherei gewichen ist. Zugegeben, dass der jetzige Modus für die Reichstagsmitglieder einen Ausnahmezustand herstelle, so ist dieser doch wenigstens in sich einheitlich und logisch begründet. Für ihn war ursprünglich der Gedanke massgebend, dass es P f l i c h t der Reichstagsvertreter der Partei sei, an deren Reichskongressen aktiv teilzunehmen und nur Erkrankung oder eine ähnliche *force majeure* sie dieser Pflicht enthöbe. Hält man das, was einst als Pflicht konstruiert wurde, heute für ein unberechtigtes Privilegium, nun, so gehe man wenigstens radikal vor und hebe dies Privilegium wieder auf, etwa, indem man es der Fraktion anheimstellt, sich durch eine bestimmt normierte Zahl ihrer Mitglieder — sage 7 oder 9 — auf dem Parteitag bei Beratung des Fraktionsberichts vertreten zu lassen. Aber die vorgeschlagene Vierteilung der Fraktion hat gar keine Logik; sie wäre eine rein mechanisch-brutale Prokrustesmassregel, durch die die Partei in die Fraktion gerade das hineintragen würde, wovon diese sich bisher freizuhalten gesucht hat: den Keim gehässiger Cliquenwirtschaft. Ich weiss, dass vielen Genossen, die sich für den Vorschlag erwärmt haben, nichts ferner liegt, als solche Absicht, dass für sie vielmehr ganz unanstössige

Gesichtspunkte, wie die Rücksicht auf den Geldbeutel der Partei etc., massgebend sind oder waren. Aber dann haben sie sich eben durch die scheinbare Plausibilität des Vorschlages irreführen lassen und sich seine Konsequenzen nicht überdacht. Wer sich diese genauer vergegenwärtigt, wird, wie er auch sonst zur Fraktion steht, ihn durchaus bekämpfen müssen.

MAN sieht aber aus diesem einen Beispiel, welche wichtigen Fragen hinter dem Punkt *Die Parteiorganisation* stecken, und wird es daher weder erwarten, noch wünschen, dass er auf dem Kongresse kurzer Hand abgetan werde.

UND nun erst die Frage des politischen Massenstreiks. In gewissem Sinne könnte man sagen: sie ist die Frage der Fragen; denn sie ist die Frage nach den Machtmitteln der Partei in zugespitzten Situationen und damit der ganzen Taktik der Partei. Es ist nur ein Gemeinplatz, zu sagen, dass eine Partei ihre Taktik zwar nicht ausschliesslich, aber doch wesentlich mit von den Machtmitteln abhängig machen muss, über die sie in äussersten Fällen zu verfügen im stande ist. Aber es wäre sehr vermessen, zu behaupten, dass allseitig nach dieser gemeinplätzlichen Wahrheit auch gehandelt würde. Im allgemeinen wird vielmehr mit einer gewissen Sorglosigkeit nach dem Motto *Unser der Sieg trotz alledem!* der Zukunft entgegengewurstelt. Nun ist das Gefühl der Unbesiegbarkeit für gewisse Zwecke sicherlich sehr am Platze, und, soweit es geeignet ist, innere Kraft und Festigkeit zu verleihen, möchte ich es gewiss niemand rauben. Aber der Name *Jena* ist eine nützliche Erinnerung daran, dass man in der Sorglosigkeit auch des Guten zu viel tun kann. Die schliessliche Unbesiegbarkeit des Sozialismus ist noch keine Gewähr gegen zeitweilige Niederlagen mit all ihren schweren materiellen und moralischen Schädigungen. Es ist also von der grössten Wichtigkeit, sich darüber klar zu werden, ob, unter welchen Umständen und mit welchen Aussichten sich die Sozialdemokratie der Waffe des politischen Massenstreiks würde zu bedienen haben. Hier gilt es, rückhaltlos wahr gegen uns selbst zu sein, die Frage, deren kasuistische Details an dieser Stelle nicht erörtert werden können, einmal rund heraus auf ein *Entweder — oder* zu stellen und die Konsequenzen der sich ergebenden Antwort zu ziehen, wie diese immer ausfallen möge.

EIN Blick auf die Behandlung der grossen Fragen der Reichspolitik in Deutschland zeigt, wie wenig Grund vorliegt, sich hinsichtlich der traditionellen Machtmittel in optimistischen Erwartungen zu wiegen. Die Impotenz des Reichstages, die ihm beim letzten Sessionsschluss in so fühlbarer Weise zu verstehen gegeben wurde, dass selbst die Zahmsten der Zahmen, die Nationalliberalen, einen Augenblick — länger hält es freilich bei ihnen nicht vor — wild wurden und von *Schuljungenbehandlung* redeten, diese Ohnmacht des Parlaments der Reichsregierung gegenüber stärkt wohl die Angriffskraft der Sozialdemokratie gegen die bürgerlichen Parteien, lässt aber ihre parlamentarische Angriffskraft gegen die Regierung selbst keineswegs unbeeinträchtigt: auf sich allein gestellt, kann sie als Minderheitspartei im Parlament keine grössere Macht gegen die Regierung ausüben, als sie das Parlament überhaupt besitzt: mit einem stumpfen Messer dringt selbst der tüchtigste Holzschnitzer nicht ins Hartholz. Erhebt sich in England eine ernsthafte politische Komplikation, so wird der zuständige Minister im Parlament einem wahren Kreuzverhör von Fragen unterworfen. In welchem Umfange das englische

Parlament von diesem Recht der Fragestellung Gebrauch macht — in jeder Nachmittagssitzung des Hauses der Gemeinen ist die Zeit von 2¼ bis 5 Minuten vor 3 Uhr den Fragen reserviert — mag die Tatsache zeigen, dass in den drei Jahren 1899, 1900 und 1901 durchschnittlich je 5358 Fragen im Jahre an die Minister gerichtet wurden. Nun braucht der Minister freilich nicht jede Frage mündlich zu beantworten, auch ist 1902 durch die jetzige konservative Parlamentsmehrheit das Fragerecht etwas eingeschränkt worden; immerhin wurden auch 1903 nicht weniger als 4536 Fragen beantwortet, davon 2554 mündlich. Verweigert der Minister die Antwort, wozu ihn die Geschäftsordnung ermächtigt, so kann das Mitglied, das die Frage gestellt hat, sofern es sich um eine dringliche Sache handelt — also gerade bei politischen Fragen von Bedeutung — Dringlichkeit für die Eröffnung einer besonderen Debatte über die Frage beantragen, es bedarf hierbei nur einer Unterstützung von 40 Mitgliedern, aus einer Gesamtzahl von 670 Abgeordneten. Ausserdem steht der Opposition das Recht zu, die Ansetzung einer besonderen Debatte über die Politik der Regierung in einer von ihr als wichtig erachteten Angelegenheit an einem der nächstfolgenden Tage zu verlangen. So in der *Mutter der Parlamente*, und ähnliche Rechte, die Minister jederzeit zu *stellen*, hat in Frankreich die Deputiertenkammer. Da regnet es gegebenenfalls Interpellationen und Misstrauensvoten in verschiedenster Abtönung einschliessende Anträge auf Übergang zur Tagesordnung. Wie aber steht es unter diesem Gesichtspunkt im deutschen Reichstag? Der Menschheit ganzer Jammer fasst einen an, sobald man die Frage nur aufwirft. Alle Jubeljahre kommt einmal mit Ach und Krach eine Interpellation zur Verhandlung, wobei es ganz vom Belieben des Reichskanzlers abhängt, ob er sie beantworten will, oder nicht, und es den Interpellanten ausdrücklich verwehrt ist, an die Interpellation irgend welchen Antrag zu knüpfen. Wohl sagt die Geschäftsordnung, es stehe dem Mitgliede, das die Interpellation eingebracht, frei, den Gegenstand in Form eines Antrages weiter zu verfolgen. Aber das ist bei der Schwierigkeit, Initiativanträge überhaupt zur Verhandlung zu bringen, der reine Hohn. Stumpf, wie Kindersäbel, sind die Waffen, die die Opposition des Reichstags der Regierung gegenüber hat, und stumpfsinnig, wie Kinder für ausser ihrem Horizont liegende Fragen, sieht es die grosse Mehrheit des deutschen Volkes mit an, wie diese Waffe durch die Praxis des Hauses und seines jovialen Präsidenten noch immer mehr entkräftet wird. Dass die Geschäftsordnung der Volksvertretung eines Landes eines der wichtigsten Stücke von dessen Verfassung ist: wie wenigen im deutschen Volke ist diese Erkenntnis in Fleisch und Blut übergegangen! Als in den letzten Tagen der abgelaufenen Reichstagssession der Marokkokonflikt zwischen Frankreich und Deutschland akut wurde und in der französischen Kammer Interpellation über Interpellation erfolgte, bis Herr Delcassé über die Klinge springen musste, war ein deutscher Reichstag einfach nicht vorhanden. Ausländische Sozialisten haben es damals nicht begriffen und begreifen es — wie ein kurzer Aufenthalt im Ausland mich gelehrt hat — heute noch nicht, wie die starke deutsche Sozialdemokratie sich damals so passiv verhalten konnte. Sie kennen das Wesen unseres Parlamentarismus nicht. Die aber etwas davon verstehen, die tiefern Einblick in die politischen Rechte und Dispositionen des deutschen Volkes gewonnen haben, von denen kann man in allerhand Variationen den selben

Vorhalt hören, den Jaurès in Amsterdam der mit der Dresdener Resolution ihm entgegentretenden deutschen Sozialdemokratie antwortend zurückgab: »Gewiss, ihr seid eine grosse, bewunderungswürdige Partei, die dem internationalen Sozialismus das Vorbild einer wohlgegliederten und machtvollen Organisation gegeben hat, die vor keinem Opfer zurückschreckt und sich durch keinen Ansturm erschüttern lässt. Ihr seid eine der edelsten und glorreichsten Parteien der zivilisatorischen und denkenden Menschheit. Aber — ça vous échappe . . . .«

IHR repräsentiert eine Macht, aber sie verflüchtigt sich: steht es mit uns so, oder nicht? Das ist die Frage, über die wir uns Rechenschaft abzulegen haben. Wenn die sich mehrenden Angriffe auf das Wahlrecht sie uns nicht gebieterisch nahelegten, so würde der Ausblick auf die Weltpolitik uns ihre Unumgänglichkeit demonstrieren. Auf die Reise nach Tanger ist die Reise nach Björkö gefolgt. Viel ist über sie geschrieben worden, niemand weiss sie mit Sicherheit zu deuten. Das deutsche Volk ist in absoluter Dunkelheit über die Politik, die in seinem Namen getrieben wird. Sie mag ein Muster von Korrektheit, sie mag in jeder Hinsicht verderblich sein: volles Licht wird man darüber erst erhalten, wenn sie ihre Folgen gezeitigt haben wird. Das deutsche Volk wird in den wichtigsten Fragen seiner Politik wie ein unmündiges Kind behandelt. Mögen die bürgerlichen Parteien das über sich ergehen lassen, mag ihre Presse je nach den Winken, die sie vom Auswärtigen Amt erhält, die Wolken am Himmel bald für Wiesel und bald für Kamele erklären, die Sozialdemokratie, als Partei der Arbeiterklasse, die eine eigene Politik hat und haben muss, kann dazu nicht schweigen. Wollte man darauf erwidern, dass zur Antwort ja bei Beratung der Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes Gelegenheit gegeben sei, so ist dem entgegenzuhalten, dass eine Schwalbe noch keinen Sommer und eine einmalige Abrechnung im Jahr noch keine parlamentarische Kontrolle macht. Die Etatsreden haben ihren grossen Nutzen, aber sie sind oft gerade für die wichtigsten Dinge blosse Leichenreden, *moutarde après diner,* und müssen obendrein viel zu viel in einem vorbringen, um nicht wichtige Einzelheiten zu gunsten anderer hintanzusetzen. Gerade die Beschränkung auf die eine Gelegenheit, wo alles gewissermassen in einem Aufwaschen abgetan wird, beweist die Ohnmacht des deutschen Parlamentarismus.

WESHALB es uns verschweigen? Mit ihren drei Millionen Stimmen übt die Sozialdemokratie in Deutschland heute weder in der inneren, noch in der äusseren Politik den Einfluss aus, den in Frankreich die Sozialdemokratie mit kaum einem Viertel dieser Stimmenzahl ungeachtet ihrer Zersplitterung in den letzten Jahren ausgeübt hat. Es hat zum Beispiel auf alle deutschen Teilnehmer des vor kurzem abgehaltenen Lütticher internationalen Bergarbeiterkongresses einen tiefen Eindruck gemacht, mit welcher Zuversicht die französischen Bergarbeiterdelegierten, samt und sonders Sozialisten, von der Gesetzgebung ihres Landes sprachen und einen Erfolg ihrer Reklamationen in der Kammer nach dem andern konstatieren konnten. Ohne irgend welche Absicht legten die französischen Delegierten Zeugnis dafür ab, dass die demokratischen Einrichtungen doch kein leerer Wahn sind, sondern auf die Dauer die sicherste Grundlage fortschreitender Sozialreform bilden. Im Angesicht der Wandlungen, die im nahesten Osten, dicht vor den Toren Deutschlands, vor sich

gehen und, wie sehr sich auch der Zar und seine Trabanten sträuben mögen, Russland nicht mehr zur Ruhe kommen lassen werden, bis das zarische Regierungssystem vollständig gebrochen ist, im Angesicht der weittragenden Möglichkeiten, die diese Revolution für die innere und äussere Politik Deutschlands, für das ganze Verhältnis der Völker der alten und neuen Welt zu einander eröffnet, im Angesicht des mit ihr verbundenen Zusammenbruchs der bisherigen Allianzen und der Möglichkeit, wie Notwendigkeit, dem in jenen verkörperten diplomatischen System eine neue, die Solidarität aller Kulturvölker zum Ausdruck bringende internationale Politik entgegenzusetzen und so die Grundbedingung für die Befreiung der Völker vom Druck des heutigen Militarismus zu schaffen, im Angesicht all dieser Perspektiven erscheint es unerlässlich, auf dem Parteitag der Sozialdemokratie, wie der Frage nach den Machtmitteln des inneren politischen Kampfes, so auch diesen Fragen der äusseren Politik eine besondere Betrachtung zu widmen. Sind sie doch auch praktisch kaum zu trennen. Eins greift hier ins andre. Sollen wir uns denn im Hinblick auf alles, was da kommen mag, an der trostreichen Gewissheit genug sein lassen, am Ende der Dinge werde die grosse Generalabrechnung ja doch eines Tages eintreten?

DER Parteitag von Jena wird eine grosse Bedeutung für die Sozialdemokratie erhalten, wenn er diese Fragen in rückhaltloser Überschlagung der Machtmittel hüben und drüben gründlich prüft. Lieber sich ehrlich die Grenzen des eigenen Könnens eingestehen und Ausdrucksweise und Taktik danach einrichten, als eine Sprache führen, die nach unbegrenzter Kraft klingt, ohne damit die Überzeugung zu verbinden, dass man im gegebenen Fall auch den Willen und die Macht haben wird, ihr entsprechend zu handeln.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ADOLPH VON ELM · PARTEI UND GEWERKSCHAFT

SEIT dem Cölner Gewerkschaftskongress ist dieses Thema wieder einmal aktuell. Auch der Parteitag in Jena wird sich bei der Diskussion des politischen Massenstreiks und der Maifeier mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei befassen müssen: ein Massenstreik zur Wahrung politischer Rechte ohne die Mitwirkung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist ein Unding; für die fernere Gestaltung der Maifeier gilt das gleiche.

LEIDER lassen die Erörterungen eines Teils der Parteipresse über die Behandlung dieser Fragen auf dem Cölner Kongress darauf schliessen, dass bei einigen Genossen Neigung vorhanden ist, die Sache auf das persönliche Gebiet hinüberzuspielen. Den Intentionen dieser Kritiker würde es vielleicht entsprechen, wenn in Jena ein Ketzergericht über eine Anzahl Gewerkschaftsführer abgehalten und gegen sie ein Appell an die *schwielige Faust* gerichtet würde. Der *Gewerkschaftsbureaukraten*, der *Leute in gehobener Lebensstellung* wurde bei dieser Gelegenheit in recht liebenswürdiger Weise gedacht; man schalt sie *bornierte Verächter der Theorie*, an der *theoretischen Verwahrlosung* der Gewerkschaftsmitglieder, so heisst es, trügen die Führer Schuld. Zur Ehre der Partei muss konstatiert werden, dass an derartig unsinnigen Verunglimpfungen der Gewerkschaftsbeamten sich nur ein geringer Teil von Ge-

nossen beteiligt hat; der geharnischte Protest, der gegen diese Art der Kritik in dem überwiegenden Teil der Gewerkschaftspresse erhoben wurde, dürfte die Kritiker hoffentlich darüber belehrt haben, dass die Fortsetzung dieser Tonart in Jena ein unverzeihlicher Fehler wäre, künstlich Konflikte heraufbeschwören könnte, für die in Wirklichkeit gar keine Veranlassung vorliegt. Die Gewerkschaftsführer in Jena als ungeratene Schulbuben behandeln zu wollen, denen einmal ganz gehörig der Kopf zurechtgesetzt werden müsste, würde die Gefahr naherücken, dass das bisherige freundschaftliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft aufs bedenklichste getrübt werden könnte. Die Führer der freien Gewerkschaften sind fast sämtlich Genossen, die durch ihre Tätigkeit in den Gewerkschaften und in der Partei den Beweis erbracht haben, dass das Wohl der Partei ihnen ebenso sehr am Herzen liegt, wie das der Gewerkschaften. Mit einer gewissen Berechtigung hat man manche unliebsamen Streitereien auf früheren Parteitagen *Literatengezänk* genannt; die Arbeiter in ihrer grossen Masse haben diesen, zum Teil recht persönlichen und gehässigen Auseinandersetzungen erst dann Beachtung geschenkt, als es ihnen das Interesse der Partei geboten erscheinen liess, den Zwistigkeiten ein Ende zu machen. Man täusche sich darüber jedoch nicht: ein Konflikt zwischen Partei- und Gewerkschaftsführern würde eine weit ernstere Bedeutung haben, als alle persönlichen Differenzen, welche in der Partei je zu Tage getreten sind. Werden die Meinungsdifferenzen, die nun einmal, wie uns Cöln gezeigt hat, innerhalb der Partei, nicht etwa zwischen Partei und Gewerkschaft, vorhanden sind, sachlich erörtert, wird sich jeder befleissigen, diejenigen Genossen, die über diese taktischen Fragen anders urteilen, als er, durch sachliche Argumente von ihrer irrtümlichen Auffassung zu überzeugen, so dürften die Verhandlungen in Jena keine Bitterkeit schaffen, keinen giftigen Stachel zurücklassen, und der von der Mehrheit der Partei gefasste Beschluss wird auch allseitig respektiert werden.

DIE Cölner Resolution über den politischen Massenstreik hat das Gegenteil von dem bewirkt, was sie bewirken sollte: anstatt die Propagierung des politischen Massenstreiks zu hindern, ist die Diskussion darüber erst recht in Fluss gekommen. Das war vorauszusehen. Wenn nun aber einige übereifrige Genossen verlangen, dass diese Frage als *brennende* in den Gewerkschaften durch Referate und Diskussionen fortgesetzt ventiliert werde, so ist zu befürchten, dass die Vertreter der Cölner Resolution darin recht behalten, dass die ganze Idee durch unausgesetztes Reden verflacht wird. Zum Handwerkszeug für den täglichen Gebrauch kann und darf die *ultima ratio* des Klassenkampfes nicht gemacht werden; wer aber als Sozialdemokrat diese als unvermeidlich ins Auge fasst, darf ihrer zielbewussten Vorbereitung nicht den Weg verlegen. Nach Cöln war es Pflicht des Parteivorstandes, die Frage auf dem Parteitag zur Erörterung und eventuellen Beschlussfassung zu bringen. Ich meinerseits bin davon überzeugt, dass in keinem anderen Sinne, als in dem der in Amsterdam auf dem internationalen Kongress gefassten Resolution, beschlossen werden wird. Nach Jena mag dann bei der Berichterstattung in den Parteiversammlungen nochmals darüber gesagt werden, was zu sagen die Delegierten und die Genossen für erforderlich erachten — dann aber bedenke man, dass der internationale Kongress in Amsterdam als notwendige Voraussetzung für den Erfolg eines Massenstreiks starke Organisationen und freiwillige Disziplin

der Arbeiterschaft erklärte, und mache sich an die Arbeit, um unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen derart zu stärken, dass, sollte einmal der politische Massenstreik in Deutschland zur zwingenden Notwendigkeit werden, die Voraussetzungen für den Erfolg des selben gegeben sind.

MEHR, als je, ist ein einmütiges Wirken von Partei und Gewerkschaften gegen die reaktionären Massnahmen erforderlich; wem es um den Erfolg zu tun ist, sollte alles vermeiden, was das bisherige gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften stören könnte, vielmehr darauf bedacht sein, dieses in einer solchen Weise zu festigen, dass alle diplomatischen Künste gegnerischer Parteien und mancher sich den Gewerkschaften als *gute Freunde* aufdrängenden bürgerlichen Sozialpolitiker daran zu Schanden werden.

EINIGE Genossen halten wieder einmal die Zeit für gekommen, um langatmige Erörterungen über die Frage der *Neutralität* der Gewerkschaften zu pflegen; sie möchten gerne die Entwickelung der Gewerkschaften rückwärts revidieren und preisen die gute alte Zeit, wo man in vielen Gewerkschaften nichts anderes zu tun wusste, als sich mit theoretischen parteipolitischen Erörterungen zu befassen. Sie vergessen, dass die Praxis des gewerkschaftlichen Kampfes heute so reichen Stoff zur Erörterung aktueller Fragen bietet, dass ihre wohlgemeinten Ratschläge wohl wenig Beachtung finden dürften. Der vom sozialistischen Geist durchdrungene gewerkschaftliche Agitator und Organisator kann und wird in diesem Geiste bei Erörterung der aktuellen Fragen stets wirken, ohne dass er es nötig hat, durch die ostentative Betonung des *Endziels* bisher noch fernstehende Kreise vor den Kopf zu stossen und sie dadurch vom Beitritt zur Gewerkschaft abzuhalten. Indifferente Arbeiter erst zu überzeugten Sozialdemokraten und dann zu Gewerkschaftern machen zu wollen, das heisst das Pferd beim Schwanz aufzäumen. Die Gewerkschaften brauchen zur wirksamen Durchführung ihrer wirtschaftlichen Aktionen die Beteiligung aller Berufsgenossen und werden in ihrer weiteren Entwickelung immer mehr dazu gedrängt werden, parteipolitische und religiöse Streitfragen aus den Diskussionen in ihren Versammlungen auszuscheiden. Wer nicht mit völliger Blindheit geschlagen ist, wer den Gang der Entwickelung aufmerksam verfolgt, muss zu der Erkenntnis kommen, dass die Zeit sozialdemokratischer Parteigewerkschaften vorüber ist.

ES ist ja erklärlich, dass einige Genossen an dieser ihrer Lieblingsidee noch immer festhalten und gar nicht begreifen können oder wollen, dass die Gewerkschaften einen anderen Zweck haben, als den, *Rekrutenschulen der Sozialdemokratie* zu sein. Die Gewerkschaften stärken die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse und fördern dadurch indirekt die Verwirklichung des Sozialismus; als Sozialisten sind wir doch einig darüber, dass wir die Emanzipation des Proletariats nicht von seiner wachsenden Verkommenheit, sondern von seiner wachsenden Kraft erwarten. Wer die Gewerkschaften zu Parteiinstitutionen stempeln will, hindert deren Entwickelung und damit gleichzeitig auch die schnelle Verwirklichung unserer idealen Ziele.

IN meinen Ausführungen über den Cölner Gewerkschaftskongress im Juliheft dieser Zeitschrift glauben einige Genossen einen Widerspruch entdeckt zu haben. Wer da wolle, dass die Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse von sozialistischem Geist durchdrungen seien, müsse Gegner der Neutralität der Gewerkschaften sein, so folgern sie. Sozialistisches Empfinden werde nur

durch die Pflege des selben geweckt. Allerdings. Diese Pflege aber darin zu erblicken, dass bei jeder passenden und nicht passenden Gelegenheit das *Endziel* betont wird, ist barer Unsinn; gar zu häufig kann man gerade die Beobachtung machen, dass Genossen, die gewohnheitsmässig mit radikalen Phrasen täglich um sich werfen, in Fällen, wo es sich um wirkliche Bekundung sozialistischen Empfindens handelt, völlig versagen, in ihren gewerkschaftlichen Organisationen manchmal echt zünftlerische, rückständige Anschauungen vertreten, für das solidarische Zusammenwirken aller Arbeiter nicht das geringste Verständnis besitzen. Dieses zu wecken, dazu gehört vor allem Aufklärung, Belehrung über die wirtschaftlichen Ursachen der Ausbeutung durch den Kapitalismus und über die Notwendigkeit des Zusammenwirkens aller Arbeiter zur Beseitigung der selben. Dies in den Gewerkschaften hindern zu wollen, ist mir nie im Traum eingefallen. Wer selbst festen Boden unter den Füssen hat, kann und wird dies auch dann bewerkstelligen, wenn er auf dem Standpunkte striktester Neutralität steht. Nur Flachköpfe, die über nicht mehr Wissen, als über einige eingetrichterte radikale Brocken, verfügen, sind dieser Aufgabe nicht gewachsen. Mit Recht beschweren sich viele Gewerkschaftsführer darüber, dass gerade von solchen Agitatoren, die gedankenlos Ausführungen unserer Theoretiker, die sie selbst kaum verstanden haben, in gewerkschaftlichen Propagandaversammlungen nachbeten, der gewerkschaftlichen Agitation grosse Hindernisse bereitet werden. Eine beliebte Methode dieser Guten ist es, die *Grenzen der Gewerkschaftsbewegung* abzustecken. Auch ein Teil unserer Parteipresse beteiligt sich von Zeit zu Zeit daran, die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung in den Augen der Arbeiter herabzusetzen. Der Bergarbeiterstreik endete nicht mit dem von den Streikenden erhofften Erfolg. Sämtliche Führer der Gewerkschaften waren sich nun von vornherein darüber klar, dass an einen Sieg gar nicht zu denken sei. Von 375 000 Bergarbeitern in Deutschland waren 1904 75 000 organisiert, das Verbandsvermögen betrug 9,75 Mark pro Kopf: für die 200 000 streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet nicht einmal ausreichend, um ihnen auch nur für eine Woche Unterstützung zahlen zu können. Die christliche Organisation der Bergarbeiter im Ruhrgebiet war sowohl ihren Finanzen, wie ihrer Mitgliederzahl nach bedeutend schwächer, als der *alte* Verband. Die grossen Massen der Bergarbeiter waren unorganisiert. Unter solchen Umständen war die Niederlage von vornherein gewiss. Was lag nun näher, als nach dem Streik die Bergleute mit den stärksten Beweismitteln zum Ausbau der wirtschaftlichen Kampfesorganisation zu begeistern? Statt dessen kommen einige *Theoretiker* und mühen sich im Schweiss ihres Angesichtes, den Arbeitern klar zu machen, die Position der Unternehmer sei eine so starke, dass sie nie und nimmer mit rein gewerkschaftlichen Machtmitteln zu erschüttern sei, und *politische* Agitatoren verkünden den Leuten die selbe Litanei! Mit solchen Argumenten wird die Gewerkschaftsbewegung nicht gefördert, auch die politische Bewegung hat keinen Nutzen davon.

DAS starke Rückgrat der Partei bildeten bisher die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter; wer den Einfluss der Partei auf die Gesetzgebung in Deutschland stärken will, darf die Arbeiter nicht entmutigen, trotz einer Niederlage im wirtschaftlichen Kampf mit verstärkter Energie ihre Organisationen auszubauen, um den Kampf bald von neuem aufnehmen zu können. Der wirt-

schaftliche Kampf führt der Partei stets neue Truppen zu; die Arbeiter lernen im Kampf bald erkennen, wer ihre wahren Freunde sind, da dieser die übrigen Parteien und deren Organe zwingt, Stellung zu nehmen. Wer den Arbeitern sagt: euer Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete ist aussichtslos, mit einem Streik könnt ihr lediglich noch eine Demonstration, einen Druck auf die Gesetzgebung ausüben, hindert damit wider Willen den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation. Lediglich um zu demonstrieren, werden sich die Indifferenten sagen, brauchen wir überhaupt keine gewerkschaftlichen Organisationen, jedenfalls aber nicht fortgesetzt hohe Beiträge zu zahlen. Andere werden, wenn solch ein Demonstrationsstreik ohne Erfolg blieb, auch die Hoffnung auf den Streik überhaupt zu Grabe tragen und völlig apathisch der weiteren Entwickelung der Dinge gegenüberstehen. Vergesse man doch auch nicht, dass selbst im günstigsten Fall durch die Gesetzgebung wohl die Arbeitszeit geregelt, ein grösseres Mass von Arbeiterschutz gewährt werden kann, dies aber nur ein Teil der Forderungen der Arbeiter ist; der Arbeiter verlangt mehr, er beansprucht mit Recht einen grösseren Anteil an dem Gewinn der Produktion in Gestalt von höheren Löhnen, und diese kann er sich nicht durch die Gesetzgebung, sondern einzig und allein durch das Machtmittel des gewerkschaftlichen Kampfes erringen.

VON Beginn der Gewerkschaftsbewegung an ist von politisch *radikaler* Seite gegen diese unglaublich viel gesündigt worden: die Gewerkschaften waren lange Zeit das Aschenbrödel der Arbeiterbewegung, *Palliativmittel,* für die Befreiung des Proletariats von keiner Bedeutung, man wies ihnen eine völlig untergeordnete Stelle zu, man bekämpfte ihre Ausgestaltung, wetterte gegen hohe Beiträge, gegen Einführung von Unterstützungseinrichtungen — immer aus Furcht, die Arbeiter könnten konservativ, der sozialdemokratischen Bewegung entfremdet werden. Seit das Wort vom *Revisionismus* erfunden worden ist, beschuldigt man die Gewerkschaften, von dieser grässlichen Seuche angesteckt zu sein. Tarifverträge — natürlich *Revisionismus, Harmonieduselei.* Schon glaubt man, in den Gewerkschaften die Neigung entdeckt zu haben, die Sozialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei umzuwandeln. Gewiss, auch ich bin der Meinung — und davon zeugt mein Artikel über den Cölner Gewerkschaftskongress in dieser Zeitschrift —, dass auch in der deutschen Gewerkschaftsbewegung Keime vorhanden sind zur *Nurgewerkschafterei.* Diese Keime gilt es zu zerstören. Aber wie? Am besten dadurch, dass man den selben den Nährboden entzieht. Man weise der Gewerkschaftsbewegung endlich den Platz in der Arbeiterbewegung an, der ihr gebührt, man mache sie zu einem gleichberechtigten, gleichwertigen Faktor im Befreiungskampf des Proletariats!

ALS ich auf dem Gewerkschaftskongress erklärte, über die Frage des politischen Massenstreiks dürfe der Gewerkschaftskongress nicht allein entscheiden, darüber habe auch die Partei ein Wort mitzureden, antwortete mir Genosse Bömelburg: »Wie wir uns mit der Partei verständigen sollen, weiss ich nicht. Sollen wir vielleicht einen gemeinsamen Kongress abhalten? Das ist doch nicht möglich.« Seit Cöln ist mir aber der Gedanke nicht mehr aus dem Kopf gekommen: wie ist es möglich, solche für die gesamte Arbeiterbewegung unter Umständen geradezu verhängnisvollen taktischen Meinungsdifferenzen zu verhindern? Für die *Einheit von Partei und Gewerkschaften,* die doch Bömelburg in erster

Linie will, legt es gerade kein beredtes Zeugnis ab, wenn, wo doch die beiden höchsten Instanzen sowohl der politischen, wie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, der Parteivorstand und die *Generalkommission der Gewerkschaften,* an einem Ort, in Berlin, ihren Sitz haben, nicht der Weg zu einer Verständigung über solche, die wichtigsten Interessen der Arbeiter berührenden Fragen gesucht worden ist. Ich bin überzeugt: wenn beide Körperschaften vor Cöln gründlich über diese, die Partei, wie die Gewerkschaften in gleichem Masse interessierenden Fragen beraten hätten, wäre in Cöln die Resolution über den politischen Massenstreik, nicht in jener unglücklichen Form vorgelegt worden, und die Verhandlungen hätten einen anderen Verlauf genommen. Die früher einmal gehegte Befürchtung, die *Generalkommission* könne die Stellung einer *Nebenregierung* prätendieren, existiert in den massgebenden Kreisen der Partei zurzeit nicht mehr und kann deshalb keinen Grund abgeben für das Fehlen des so notwendigen stetigen aktiven Kontaktes zwischen den beiden Körperschaften. Für den Parteitag in Jena ergibt sich die zwingende Aufgabe, die Direktive zu einem praktischen Vorgehen in dieser Richtung zu geben. Und diese kann nur darin bestehen, dass offen anerkannt wird: die Gewerkschaften sind zur Mitwirkung in allen Fragen berechtigt und berufen, die gewerkschaftliche Interessen berühren, in erster Linie in sozialpolitischen Dingen. Von den Gewerkschaften muss eine ständige Körperschaft dazu bestimmt werden, der in solchen Fällen nicht nur das Recht der Mitberatung, sondern auch das der Mitbeschliessung eingeräumt wird. Im Interesse der Arbeiter treibt die Sozialdemokratie Sozialpolitik; als Vertreter der Arbeiterinteressen auf wirtschaftlichem Gebiete gelten für uns ihre Organisationen, die freien Gewerkschaften. Dass deren Vertretern Sachkenntnis zur Beurteilung sozialpolitischer gesetzgeberischer Massnahmen nicht abzusprechen ist, wird niemand bestreiten. Wir sind eine demokratische Partei: warum also nicht jenen, die in erster Linie berufen sind, die Interessen der Arbeiter auch auf diesem Gebiet zu wahren, das gleiche entscheidende Recht geben, wie der politischen Körperschaft? Ich bin überzeugt, dass ein ständiger gewerkschaftlicher parlamentarischer Beirat bewirken wird, was allen Genossen mit mir am Herzen liegen muss: die Einheit von Partei und Gewerkschaft in der sozialpolitischen Aktion.

ETWAS besonders Neues wird dadurch nicht geschaffen. Wiederholt schon hat eine Kommission der Fraktion Vertreter der Gewerkschaften zur Besprechung über sozialpolitische Fragen herangezogen; wo es sich um Ausarbeitung von detaillierten Bestimmungen über gewerblichen Arbeiterschutz handelt, ist eine Mitwirkung von Vertretern der Gewerkschaften geradezu unerlässlich. Mein Vorschlag bedeutet im Grunde genommen nur Anerkennung dessen, was schon ist. Aber, indem wir die Berechtigung einer solchen Mitwirkung der Gewerkschaften offen aussprechen, dokumentieren wir, dass wir sie als vollwertig im Kampfe für die Interessen der Arbeiter anerkennen, und wir entziehen dadurch der *Nurgewerkschafterei* für alle Zeiten den Boden.

EINE gesetzgeberische Mitarbeit der Gewerkschaften macht sich auch aus anderen Gründen immer mehr notwendig. Jedem Parteitag wird regelmässig in Anträgen aus den verschiedensten Wahlkreisen ein ganzes Bouquet von sozialpolitischen Wünschen präsentiert, die meisten werden der Fraktion zur

Berücksichtigung überwiesen, der dann die Aufgabe zufällt, diese Wünsche zu Initiativanträgen, Resolutionen und Interpellationen zu verarbeiten. Einen praktischen Nutzen hat dieses Vorgehen bisher nicht gezeitigt; von den Initiativanträgen bleiben die meisten unerledigt, unsere Resolutionen werden, den heutigen parlamentarischen Verhältnissen entsprechend, meistens abgelehnt oder, wenn wirklich einmal vom Reichstag angenommen, vom Bundesrat in den Papierkorb befördert. Was aber bewirkt werden sollte und müsste, ist doch ohne Zweifel, das Tempo der Sozialpolitik zu beschleunigen. Das wird allemal dann möglich sein, wenn wir unsere Kraft von Zeit zu Zeit auf einen Punkt konzentrieren. Bestimmen, welche Frage die brennendste, wichtigste und am ehesten auch Erfolg versprechende ist, können nur die Gewerkschaften. Darüber müssen deren Vertreter sich verständigen, sie müssen die Marschroute bestimmen, damit ohne Eifersüchtelei zwischen den einzelnen Gewerkschaften dann sowohl die politische, wie die gewerkschaftliche Bewegung mit voller Kraft einsetzen kann, um im ganzen Lande eine gewaltige Agitation zur Durchführung einer solchen in den Vordergrund des Interesses gerückten sozialpolitischen Forderung zu entfalten. Das Wettrennen mit anderen Parteien, durch möglichst viele Initiativanträge in einer Reichstagssession beteiligt zu sein, ist völlig zwecklos; sobald aber die Fraktion Vollstreckerin des einheitlichen Willens der organisierten Arbeiterschaft geworden ist, mögen sich alle übrigen Parteien um die Arbeitergunst mühen, so viel sie wollen, sie werden die Einheit von Partei und Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik nicht stören. Die Partei wird ihren Einfluss in den Kreisen der organisierten Arbeiter derart festigen, dass keine Macht der Welt im stande sein wird, ihn zu brechen. Auch vom Standpunkt der reinen Arbeiterinteressenpolitik, die doch auch die *Nurgewerkschafter* wollen, wird nichts dagegen eingewandt werden können, wenn eine so grosse Partei, wie die sozialdemokratische, sich bereit erklärt, die Wünsche der organisierten Arbeiter im Parlament mit aller Energie zu verfechten. Was weiter daraus folgt, ergibt sich von selbst: sozialistischer Geist und sozialistisches Empfinden wird bei den Massen geweckt werden, wenn eine derartig belebende und befruchtende Agitation von Partei und Gewerkschaften praktisch vorbereitet und einheitlich betrieben wird.

DIE Gegner der Arbeitersache setzen grosse Hoffnungen auf die Nachwirkungen der Cölner Debatten. Von Interesse für die Partei und die Gewerkschaften ist es jedenfalls, dass in dem Organ der organisierten Scharfmacher, der *Arbeitgeberzeitung,* plötzlich eine völlige Frontveränderung sich vorbereitet. An leitender Stelle dieses Blattes finden wir in der Nummer vom 13. August einen Artikel, in welchem — man höre und staune! — nichts Geringeres empfohlen wird, als »Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Arbeitgeberverbände«. Auch der mit *Lynkeus* zeichnende Mitarbeiter der *Arbeitgeberzeitung,* der in schwungvollen Dithyramben den Arbeitgebern bisher alle möglichen Tugenden andichtete, die organisierten Arbeiter dagegen als wahre Scheusale hinzustellen beliebte, empfiehlt den Arbeitgebern, ihre bisherige Taktik völlig *umzustürzen,* und meint: »Nur der Dummmkopf bleibt unter allen Umständen konsequent.« Der Leitartikler des Unternehmerblattes argumentiert folgendermassen: Die bisherige Taktik der Arbeitgeber, welche auf dem Grundsatz *Teile und herrsche!* aufgebaut war, habe bei dem Bergarbeiterstreik elendiglich Schiffbruch erlitten. Sozialdemokratische, christliche

und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften hätten vereint gegen sie Stellung genommen. Der Guerillakrieg, den die organisierten Arbeiter gegen die Arbeitgeber führten, koste diese schweres Geld; die ständige Beunruhigung der Industrie sei auf die Dauer unerträglich. »Die öffentliche Meinung ist gegen uns, zu gesetzlichen Massnahmen gegen die Gewerkschaftsbewegung ist keine Neigung vorhanden. Man hofft, diese werde sich mit der Zeit in eine nationale, nach englischem Vorbild, umwandeln. Diese Hoffnung ist übermächtig. Fügen wir uns aus freien Stücken, so versöhnen wir die öffentliche Meinung und erschweren zugleich den Regierungen die Möglichkeit, auf unsere Kosten als Friedensstifter aufzutreten.« Aber, sagt dann wieder *Lynkeus*, »wenn wir auch die Form des Kampfes ändern, wenn wir vom Kleinkrieg zum Massenkampf übergehen, unsere grossen Prinzipien, unsere nationalen und kulturellen Ideale, bleiben dadurch unangetastet«. Also — Sand in die Augen: die Ideale, das heisst die grösstmögliche Ausbeutung im Interesse des Kapitalprofits, bleiben die selben. Zuckerbrot und Peitsche! Die Peitsche hat nichts gefruchtet, die Gewerkschaften sind trotzdem mächtig erstarkt — versuchen wir es darum jetzt einmal mit dem Zuckerbrot, kommen wir scheinbar den Arbeitern etwas entgegen; dann haben wir die Bürgerlichen und die Regierungen ohne weiteres auf unserer Seite, und die Arbeiter, die doch zu einem grossen Teil noch indifferent sind, werden dann sich von den *Umstürzlern*, vom *Klassenkampf* abwenden und sich auf die Erringung einiger kleiner materiellen Vorteile beschränken. Umwandlung der Gewerkschaftsbewegung »nach englischem Vorbild«: das ist es, was erreicht werden soll. Wenn schon die Scharfmacher selbst daran mitarbeiten und das fast bei jedem wirtschaftlichen Kampf proklamierte Prinzip, *Herr im Hause* sein und bleiben zu wollen, an den Nagel hängen, so genügt das wohl als Beweis, dass in der Tat die Hoffnung auf die *Umwandlung* der Gewerkschaftsbewegung, auf die Loslösung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von den Bestrebungen der Sozialdemokratie, »übermächtig« sein muss.

WER Ohren hat, der höre! Wer da nicht will, dass Reinecke Fuchs, genannt *Lynkeus*, mit seiner schlauen Taktik Gimpel fängt, der hindere nicht durch fortgesetzte Propagierung parteipolitischer Phraseologie in den Organisationen unter der fälschlichen Bezeichnung *theoretische Aufklärung* das Eintreten der noch fernstehenden Massen in die freien Gewerkschaften, der übe vielmehr innerhalb der selben ehrliche Neutralität, helfe aber durch Annahme meines Vorschlages zu einem wirklich planmässigen und erfolgreichen Zusammenwirken der beiden berufenen Körperschaften zwecks Förderung der immer gebieterischer hervortretenden Forderungen an die soziale Gesetzgebung. *Nurgewerkschafter* auf der einen, Ultra*radikale* auf der anderen Seite werden meinen Vorschlag bekämpfen, beide werden die offene Proklamierung der Gleichberechtigung der Gewerkschaftsbewegung und das Zusammenwirken der selben auf sozialpolitischem Gebiete mit der Partei als einen Fehler bezeichnen. Prinzipienwächter werden sagen, die Partei vergebe sich etwas, wenn sie diesen Weg beschreite, die Gewerkschaftskommission werde sich zu einer Oberaufsichtsbehörde über die Fraktion entwickeln. Wer Gespenster an die Wand malen, wer in einer neuen Taktik alles Mögliche suchen will, was nicht darin liegt, hat es immer leicht. Der Ernst der Zeit aber erfordert, dass man ohne alle Voreingenommenheit prüft. Mein Vorschlag

gibt der Partei mehr, als er ihr nimmt: er gibt ihr für ihre parlamentarischen Aktionen die Rückendeckung durch die von Jahr zu Jahr mächtiger werdende Gewerkschaftsbewegung. »Veränderte Verhältnisse erfordern veränderte Taktik«, sagt unser Reinecke Fuchs. Das sollten wir beherzigen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RICHARD CALWER · WELTPOLITIK UND SOZIALDEMOKRATIE



AURÈS beschäftigt sich in dem Vortrag, den er in Berlin zu halten gedachte, und dessen Wortlaut der *Vorwärts* in seiner Ausgabe vom 9. Juli gebracht hat, eingehend mit den gegenseitigen Beziehungen der drei Länder Frankreich, England und Deutschland. Sein Ideal ist ein einmütiges Zusammengehen der drei Nationen, die alle drei notwendige Faktoren der Kultur seien. Jaurès wendet sich dabei vor allem gegen die Zumutung an Frankreich, aus irgend welchem Grunde England die Freundschaft aufzusagen. So sehr ich die Bemühungen von Jaurès um die Herbeiführung guter Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland hochschätze, so wichtig erscheint es mir, einmal darauf hinzuweisen, dass es für Frankreich ebenso fehlerhaft ist, sich an England anzulehnen, wie es verkehrt ist, als Ideal einer europäischen Politik eine Harmonie zwischen Frankreich, England und Deutschland zurzeit als möglich erscheinen zu lassen. Wenn Gegensätze tiefgehender Art sich durch den Willen einer Volksmehrheit beseitigen oder ausgleichen liessen, so wäre es vielleicht möglich, mit England zusammenzugehen. Aber der ökonomische Konkurrenzkampf, von dem auch Jaurès spricht, lässt sich nicht von heute auf morgen abschwächen oder gar beseitigen, er ist eben so ernst, vielleicht noch ernster, als ein blutiger Krieg. Ob das Vorhandensein eines solchen Kampfes als eine *Unverschämtheit des Kapitalismus* zu bewerten ist oder nicht, tut gar nichts zur Sache, eine derartige moralische Wertung hindert vielmehr sehr häufig daran, einen nüchternen Einblick in die Wirklichkeit zu gewinnen.

EHE man indessen seine Stellung zu den Fragen der Weltpolitik festlegt, halte ich es für nötig, die wirtschaftlichen Triebkräfte kennen zu lernen, die in letzter Linie auch die Äusserungen der hohen Politik bestimmen. Lässt sich aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwickelung eine bestimmte Tendenz ableiten, so haben wir damit einen sicheren Kurs für die Richtung, die die hohe Politik einzuschlagen hat oder einschlagen wird.

WORAUF basiert Englands wirtschaftliche Position? Durch Beantwortung dieser Frage gewinnen wir den Ausgangspunkt zur Feststellung des zurzeit unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen England und Deutschland. Durch einen überaus ausgedehnten Kolonialbesitz, sowie auch durch eine hohe Entwickelung der Industrie verfügt England über die Mittel, seinen Kapitalisten und seinem Volke ein Einkommen zu garantieren, das durchweg grösser ist, als in anderen Ländern, mit Ausnahme vielleicht der Vereinigten Staaten. Noch mehr, als die industrielle Leistungsfähigkeit, muss den Engländern ihr Kolonialbesitz wert sein. Die industrielle Überlegenheit Englands ist nicht mehr unbestritten: die Deutschen und die Amerikaner sind mindestens schon

auf der gleichen Höhe der Leistungsfähigkeit angelangt. Hier sieht sich also England in seiner prävalierenden Stellung bedroht und bedrängt. Aber der Besitz an Schutzgebieten und Kolonieen sichert dem englischen Volke eine Einkommensquelle, deren Wert meist unterschätzt wird. Bei allen englischen Kolonieen handelt es sich um Länder, die wirtschaftlich noch nicht auf der Höhe moderner kapitalistischer Entwickelung stehen. Sie können und müssen erst modern umgestaltet werden. Der Kapitalreichtum Englands findet nach diesen Gebieten zu einer Verzinsung Abfluss, wie ihn die europäische Wirtschaftsweise nicht mehr entfernt zu bieten vermag. Nicht nur, dass der englische Geldmarkt an den Anleihen der Schutzgebiete gute Geschäfte macht, die englischen Kapitalien siedeln sich in den Kolonialgebieten in der Landwirtschaft, im Bergbau, in der Industrie und im Eisenbahnbau an und rentieren dort weit höher, als bei Anlagen in europäischen Ländern, die auf modern entwickelter Wirtschaftsstufe stehen. In den Kolonieen arbeitet das englische Kapital mit niedrigen Bodenpreisen, mit billigen Rohstoffen und mit Arbeitskräften, deren Löhne weit unter dem europäischen Niveau stehen. Das ergibt zusammen Gestehungskosten, die bei dem Stande der Weltmarktspreise ganz aussergewöhnliche Erträgnisse abwerfen. Kein zweites, wirtschaftlich so hoch entwickeltes Land arbeitet mit seinem Kapitalreichtum unter so günstigen Bedingungen, wie England. Es handelt sich hier um ein System, das für England höchst einträglich ist und dem Lande allen kapitalistischen Ländern gegenüber einen gewaltigen Vorsprung gibt. England befindet sich in der Lage eines Fabrikanten, der im Gegensatz zu seiner Konkurrenz ausnahmsweise günstige Produktionsbedingungen, vor allem sehr niedrige Löhne hat, und der sich deshalb in einer fast unangreifbaren Position jedem Wettbewerb gegenüber befindet. Ganz genau stimmt dieser Vergleich nicht. Wir müssen vielmehr einen Fabrikanten zum Vergleich auswählen, der auf doppelte Weise arbeiten lässt. In einer Fabrik in der Stadt zahlt er nicht nur die gleichen, sondern bessere Löhne, als die Konkurrenz. Aber der nämliche Fabrikant hat auf dem platten Lande noch zahlreiche Etablissements, wo er die allerniedrigsten Herstellungskosten hat. Aus den Erträgnissen, die er hieraus gewinnt, schöpft er nicht nur für sich grossen Reichtum, sondern ermöglicht auch die gute Bezahlung seiner Arbeiter in der städtischen Fabrik. In der Lage dieses Fabrikanten befindet sich England. Ich ziehe diesen Vergleich hier an, um deutlich zu machen, dass Englands Kapitalismus ganz eigenartiger Natur ist: auf der einen Seite im Mutterland höchste Entwickelung mit einer hoch bezahlten Arbeiterschaft und verhältnismässig niedriger Verzinsungsrate des in der Industrie angelegten Kapitals, auf der anderen Seite aber in den Kolonieen niedrige Bezahlung der Arbeit, niedrige Preise für Grund und Boden, sowie für Rohstoffe, dagegen eine überaus hohe Gewinnrate für das werbende Kapital.

DURCH diese Struktur des englischen Wirtschaftskörpers allein ist die englische Arbeiterschaft in ihrer heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verfassung. Fällt die für England vorteilhafte Exploitation der Kolonialgebiete fort, so ist, wie die Dinge zurzeit liegen, auch das soziale Niveau der englischen Arbeiterklasse bedroht. Ich lasse es hier ganz dahingestellt, ob die Solidarität der englischen Arbeiter so weit gehen würde, dass sie den berechtigten Egoismus, an ihrer jetzigen günstigen Lage um jeden Preis festzu-

halten, unterdrücken könnten; ich stelle nur fest, dass die englischen Arbeiter zurzeit nicht die Macht haben und auch nicht den Willen bekunden, mit der Wirtschaftsweise in den Kolonieen zu brechen. Sie haben vielleicht auch keinen zwingenden Anlass, sich darum zu kümmern. Was ihnen allein am Herzen liegt, das ist eine möglichst weitere Verbesserung ihrer Lage oder aber auf alle Fälle eine Abwendung einer Verschlechterung. Die massgebenden politischen Faktoren in England können aber bei ihrer Auffassung diesem Verlangen der Arbeiter nur nachkommen, indem sie an dem heutigen System nicht nur festhalten, sondern es auch weiter ausbauen.

ENGLANDS Lebensinteresse geht deswegen dahin, dem englischen Kapital die günstigen Einkommensquellen von heute nicht nur zu erhalten, sondern auch noch neue zu erschliessen. In diesem Interesse wird es bestärkt, seitdem es die industrielle Suprematie verloren hat und die Ausdehnung seines industriellen Absatzes, vor allem durch Deutschlands wirtschaftliche Entfaltung, bedroht sieht. Wenn England neuerdings dazu übergeht, seine Kolonialgebiete mit dem Mutterland zollpolitisch zu einigen, so geschieht es aus dem Grunde, weil es den Wettbewerb Deutschlands und auch der Vereinigten Staaten auf dem Weltmarkt richtig bewertet und frühzeitig dafür Sorge trägt, einen grossen Teil der Welt in einen Vorzugsmarkt für britische Erzeugnisse umzugestalten. Von diesem hier gekennzeichneten ökonomischen Lebensinteresse Englands wird in letzter Linie auch seine Weltpolitik bestimmt. Alle schönen Wünsche und Reden, ob sie nun aus England selbst vereinzelt zu vernehmen sind, oder von ausserhalb stammen, ändern an der Kraft, mit der sich dieses Lebensinteresse geltend macht, nichts. Wer der Verwirklichung dieses Lebensinteresses entgegensteht oder auch nur entgegenzustehen scheint, ist eben ein natürlicher Gegner Englands. Er ist es um so mehr, wenn er sich erlaubt, eigene Interessen zu verfolgen, die mit denen des andern notwendigerweise kollidieren müssen. Die Aufgabe der Politiker kann es meines Erachtens nicht sein, die Tragweite dieses bestehenden Gegensatzes abzuschwächen oder ihn überhaupt zu bestreiten, sondern dafür Sorge zu tragen, dass alle Konflikte in einer Form ausgetragen werden, durch die ein kriegerisches Zusammenprallen zweier Völker vermieden wird. Denn darin stimme ich Jaurès bei, dass die Kriegshetze zwischen Deutschland und England verwerflich ist. Dabei leiten mich keineswegs sentimentale Friedenswünsche, sondern die Erwägung, dass ein Krieg zwischen Deutschland und England so viele wirtschaftliche Werte zerstören würde, dass dadurch nicht nur der Angreifer, sondern auch der Angegriffene schwer und dauernd darunter leiden müsste. Wenn also das Proletariat im einen, wie im andern Lande seine Meinung nachdrücklich für die Aufrechterhaltung eines friedlichen Zustandes zum Ausdruck bringen würde, so könnte damit dem Treiben der Hetzpresse ein wirksamer Dämpfer aufgesetzt werden. Dies wäre um so notwendiger, als diese Hetzpresse grossen Einfluss auf die öffentliche Meinung ausübt und allmählich eine ganz nervöse Spannung zwischen Deutschland und England erzeugt hat, die durch eine einmütige und wirksame Kundgebung des Proletariats beider Länder wenigstens in etwas behoben werden könnte.

IST also auch meines Erachtens kein Grund vorhanden, die wirtschaftlichen Gegensätze mit den Waffen auszutragen, so besteht doch zwischen England und

Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete eine Art Kriegszustand, mit dem beim heutigen Stand der wirtschaftlichen Entwickelung und bei der heutigen politischen Machtverteilung in der Politik zu rechnen ist. Um die Tiefe des wirtschaftlichen Gegensatzes zwischen England und Deutschland voll zu ermessen, genügt es nicht, das Lebensinteresse Englands klar zu stellen, wir müssen auch die wirtschaftliche Situation Deutschlands ins Auge fassen. Seit Mitte der neunziger Jahre nimmt der Anteil Deutschlands an der Weltmarktswirtschaft in scharf aufsteigender Richtung zu. Es ist für Deutschland ebenso notwendig, wie für andere Industrieländer, seinen gewerblichen Erzeugnissen Absatzmöglichkeit zu schaffen. Wir haben nicht das grosse Einkommen aus Kapitalien, wie England, unsere hauptsächliche Einnahme, aus der der steigende Zuwachs der Bevölkerung unterhalten werden kann, resultiert aus einer Steigerung der Aufnahmefähigkeit des gewerblichen Marktes. Nun ist es mir gar nicht zweifelhaft, dass es verschiedene Wege gibt, den Absatz der gewerblichen Erzeugnisse zu steigern. Eine Wirtschaftspolitik, die die Konsumkraft der heimischen Bevölkerung zu heben trachtet, würde den inneren Markt wesentlich aufnahmefähiger gestalten können. Aber zunächst liegt eine solche Wirtschaftspolitik noch nicht im Interesse der massgebenden Faktoren, und dann ist sie nur unter Voraussetzungen durchzuführen, die zurzeit noch nicht gegeben sind. Wir haben vorläufig mit einer Politik zu rechnen, die den deutschen Export zu steigern bestrebt sein muss. Auch die deutsche Arbeiterklasse tritt für diese Politik in ziemlich entschiedener Weise ein.

AN diesem Punkte stossen wir nun auf sehr gewichtige Schwierigkeiten. Nach welcher Richtung soll der Export erweitert werden? Nicht nur tritt uns auf dem Weltmarkte scharfe Konkurrenz entgegen, wir erleben auch, dass die Hauptindustrieländer durch Erweiterung des nationalen Marktgebietes sich ein Absatzfeld zu schaffen suchen, auf dem die anderen Konkurrenten, wenn nicht ausgeschlossen, so doch weniger begünstigt werden sollen. Wir haben oben die Bestrebungen Englands, einen grossen Zollverband zwischen dem Mutterland und den Kolonieen zu bilden, kurz gestreift. Wenn viele diese Bestrebungen für illusorisch halten, was ich keineswegs tue, so sind die Bestrebungen doch an sich schon für ein Konkurrenzland, wie das Deutsche Reich, höchst beachtenswert: es ist zum mindesten mit der Möglichkeit der Verwirklichung eines solchen Planes zu rechnen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika bekunden durch die Betonung der Monroedoktrin, sowie durch ihre wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Massnahmen in Mittel- und Südamerika, dass sie ganz Amerika als ein einheitliches Wirtschaftsgebiet betrachten, das in erster Linie ihrem Bedürfnis nach einer Steigerung der Absatzmöglichkeit für ihre Industrieerzeugnisse zu dienen habe. Auch in Ostasien sind die Aussichten für unseren Export wenig verlockend. Denn es ist höchst wahrscheinlich, dass die Erschliessung Chinas nur langsam erfolgen wird, und dass Japan das Land ist, dem die Früchte dieser Erschliessung in erster Linie zu gute kommen werden. Was endlich noch das grosse russische Reich betrifft, so entwickelt sich dort die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes äusserst langsam. Mit der Zunahme der Kaufkraft des Volkes wird aber auch die gewerbliche Entfaltung im eigenen Lande zunehmen, so dass die russische Industrie im stande sein wird, den heimischen Markt vollauf zu versorgen.

WAS bleibt also an fremden Gebieten für eine Steigerung des Absatzes von deutschen Waren? Dass Afrika, soweit es nicht schon von England mit Beschlag belegt ist, wenig Aussichten für die nächste Zukunft bietet, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden. Nun gibt es ja Politiker, die nach wie vor für koloniale Eroberungen schwärmen. Aber bei den scharfen Abschlussbestrebungen der massgebenden Industrieländer wären solche Eroberungen fast ausnahmslos nur durch kriegerische Verwickelungen, deren Ausgang mindestens zweifelhaft ist, zu ermöglichen. Die heutigen Interessensphären der einzelnen Industrieländer müssen respektiert werden, wollen wir uns nicht von allen unseren Konkurrenten dauernde und erbitterte Feindschaft zuziehen. Was Deutschland aber den industriellen Konkurrenzkampf besonders erschwert, das ist der Umstand, dass wir uns sowohl England, als auch den Vereinigten Staaten gegenüber in einer wesentlich ungünstigeren Position befinden. Inwiefern England leichter vorankommt, haben wir schon gezeigt: seine kolonialen Gebiete geben ihm vorläufig eine starke Überlegenheit. Aber auch die Vereinigten Staaten sind uns im industriellen Wettkampfe weit, vielleicht noch mehr, als England, voraus. Deutschland ist ein altes Kulturland. Was wir an Arbeit und Kapital in den wirtschaftlichen Betrieb im Laufe der Jahrhunderte hineingesteckt haben, das konnten sich die Amerikaner in der Hauptsache ersparen. Sie fingen mit billigem Grund und Boden, unbelastet durch eine geschichtliche Entwickelung, die eine bestimmte Struktur des wirtschaftlichen Organismus herausgebildet hatte, nach modernen Prinzipien zu wirtschaften an, ernteten zum Teil nicht nur, was das alte Europa gesäet hatte, sondern hatten auch das Glück, gleich von vornherein ein überaus grosses und ebenso ein von der Natur sehr begünstigtes Wirtschaftsgebiet ihr eigen zu nennen. Die kapitalistische Produktionsweise konnte sich hier ohne Rücksicht auf einen sogenannten *Mittelstand* zu Organisationsformen und zu einer Betriebstechnik entwickeln, hinter der wir in Deutschland ziemlich zurückstehen. Kein Wunder, dass die Amerikaner die Gestehungskosten ihrer Erzeugnisse auf ein Niveau herabgedrückt haben, das wir nur mit vieler Mühe und Ausdauer erreichen können. Gleichzeitig hat diese Entwickelung dem amerikanischen Arbeiter so günstige Existenzbedingungen geschaffen, wie sie weder England, noch viel weniger Deutschland hat. Und bei dieser Überlegenheit haben sich Amerika und England Gebiete zur Erweiterung ihres Marktgebietes reserviert, die dem wirtschaftlich aufstrebenden Deutschland so gut wie ganz fehlen. Was soll angesichts dieser Lage Deutschland tun? Verzichtet es auf die Erweiterung seines Wirtschaftsgebietes, so heisst dies: Deutschland kann nicht nur als politisch massgebendes Land abdanken, sondern es geht auch wirtschaftlich zurück, und damit ist gleichzeitig die Lage der Arbeiterbevölkerung bedroht: gewerbliche Stagnation lässt keine Hebung der Lage der Arbeiter zu. Oder aber Deutschland will vorwärts, dann heisst es: einen Ausweg finden, der Deutschland nicht in einen offenen Konflikt mit den Konkurrenzländern hineintreibt, aber doch zum nämlichen, wenn auch schwieriger erreichbaren Ziel, zu einer starken Erweiterung des nationalen Marktgebietes, führt.

DER Fehler, der von den heutigen deutschen Expansionspolitikern gemacht wird, liegt darin, dass sie es Ländern, wie England und den Vereinigten Staaten, schablonenmässig genau nachmachen möchten, anstatt dem berech-

tigten Streben nach einer Ausdehnung des wirtschaftlichen Betätigungsgebietes im Anschluss an die gegebenen Verhältnisse ein erreichbares Ziel zu stecken, das nicht von vornherein zu kriegerischen Verwickelungen mit ebenbürtigen Gegnern herausfordert. Englands koloniale Entwickelung ist eine Ausnahmeerscheinung, die heutzutage überhaupt nicht mehr wiederholt werden kann. Normaler ist dagegen die Verwirklichung des Expansionsbestrebens der Vereinigten Staaten, die Amerika den Amerikanern reserviert wissen wollen. Für Deutschland ist die Ausdehnungsmöglichkeit insofern ungünstiger, als es zwischen Staaten eingekeilt ist, die wirtschaftlich und politisch ebenso oder doch fast ebenso hoch entwickelt sind, wie Deutschland selbst. Nichtsdestoweniger bleibt für Deutschland nur ein Weg übrig, seine wirtschaftliche Position zu behaupten und zu kräftigen: es muss auf eine Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und nationalen Schranken zwischen den europäischen Ländern — ausgenommen bleiben England und Russland — hinarbeiten und den grossen Markt, den es ausserhalb Europas nicht finden kann, sich in Europa selbst zu schaffen suchen. Auch zwischen den europäischen Staaten existieren starke Gegensätze wirtschaftlicher Natur. Aber im Vergleich zu den Kontrasten, die zwischen der englischen respektive amerikanischen Wirtschaftsweise und der mitteleuropäischen bestehen, erscheinen die Länder in Mitteleuropa einander nahe verwandt. Ihre heutige Wirtschaftsverfassung, ihre politische und wirtschaftliche Geschichte, ihre Kulturideale sprechen dafür, dass sie im Gegensatz zu den anderen, als da sind England, die Vereinigten Staaten, Russland und Japan, eng zusammengehören.

DIE wirtschaftlichen Gefahren, die diesen Ländern von England und den Vereinigten Staaten drohen, sind die gleichen, ihre gegenseitigen Verkehrs- und Handelsbeziehungen sind trotz der überaus verderblichen gegenseitigen Absperrungspolitik die regsten und beruhen auf der Tatsache, dass keine politische Landgrenze der Ausdehnung des wirtschaftlichen Verkehrs Halt gebieten kann. Der auswärtige Handel der europäischen Länder mit Ausnahme von England und Russland beträgt insgesamt zirka 41 Milliarden Mark. Davon entfallen auf den zwischenstaatlichen Handel dieser Länder nicht weniger, als 20 Milliarden Mark. Nur mit 21 Milliarden kommen England, Russland und die nichteuropäischen Erdteile in Betracht. Während aber der zwischenstaatliche Handel in den Vereinigten Staaten ohne Zollbeschwerung und Verkehrshindernisse erfolgt und auch England in dem Handel mit seinen Kolonieen bevorzugt ist, drücken auf den zwischenstaatlichen Warenaustausch Europas Zolllasten, die notwendigerweise den europäischen Ländern ihren Kampf auf dem Weltmarkte erheblich erschweren müssen. Die Vorteile, die daraus hervorgehen würden, dass Europa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wird, sind für die gesamte zukünftige Wirtschaftsverfassung Europas von so immensem Werte, dass gerade die sozialistische Arbeiterschaft in erster Linie auf die Verwirklichung dieses Zieles hinarbeiten muss.

ES ist hier nicht der Ort, die wirtschaftliche Seite dieser Frage näher zu erörtern. Ich habe dies auch schon wiederholt an anderer Stelle getan. Ich bin mir auch darüber nicht im unklaren, dass der Zwang der wirtschaftlichen Tatsachen noch stärker werden muss, bevor die europäischen Länder dem hier gesteckten Ziele näher kommen. Ist man aber mit mir der Meinung, dass in der von mir angedeuteten Richtung die künftige Entwickelung liegt, so hat

man damit den Boden gewonnen, von dem aus zu den Fragen der Weltpolitik Stellung genommen werden muss. Die zahlreichen Perspektiven, die sich von diesem Hintergrunde aus für die Behandlung rein politischer Fragen, wie zum Beispiel der Militär- und Marinefragen, der Kolonialpolitik u. s. w., eröffnen, mögen hier unberücksichtigt bleiben.

ICH kehre wieder zu der Haltung Frankreichs zu England und Deutschland zurück. Jaurès sagt in dem eingangs erwähnten Vortrag: »Wenn von uns [Franzosen] erwartet würde, dass wir mittelbar oder unmittelbar die freundschaftlichen Beziehungen zu England abbrechen sollen, so würden wir einer solchen Zumutung gegenüber unbeugsam dastehen. Wer uns gegen unseren festen Entschluss zu feindlichem Vorgehen gegen England zwingen wollte, dem würden wir widerstreben bis zum letzten Atemzuge.« Weder kann man von Frankreich verlangen, dass es seine freundschaftlichen Beziehungen zu England abbrechen soll, noch soll es zu einem feindlichen Vorgehen gegen England gezwungen werden. Darin bin ich mit Jaurès einverstanden. Aber ich frage: ist eine Freundschaft auf die Dauer haltbar, die nicht auf einer Harmonie der wirtschaftlichen Interessen beruht? Ich bin der Meinung, eine solche Harmonie ist zwischen Frankreich und England nicht vorhanden und kann nach dem Ausgeführten nicht vorhanden sein. Vorübergehend mag es für England nützlich sein, Frankreich als den weniger gefährlichen Konkurrenten durch Abmachungen über die Respektierung der gegenseitigen Interessensphären sich zu gewinnen und Deutschland zu entfremden. Die Politik eines Staates kennt keine Freundschaften, von denen sie sich nicht Nutzen verspricht. Gerade die Beziehungen zwischen England und Frankreich haben eine Vergangenheit, die über die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Frankreich und England keinen Zweifel lassen. Nur ein paar Beispiele aus allerjüngster Zeit: Als Frankreich 1895 sich im östlichen Sudan, also in Afrika, das doch weit enger zu Mitteleuropa, als zu England, gehören dürfte, festsetzen wollte, da erhob England sofort ernsten Einspruch. 1897 sandte Frankreich trotzdem eine Expedition unter dem Major Marchand ins Nilgebiet. England kannte keine Rücksichten. Es glaubte seine Interessensphäre verletzt und wäre vor dem äussersten Schritt nicht zurückgeschreckt, wenn nicht Frankreich vorher noch nachgegeben hätte. Als 1899 Frankreich sich am Persischen Meerbusen festsetzen wollte, da war es wieder England, das durch sehr energische Drohungen Frankreich veranlasste, von seinem Vorhaben abzustehen. Das sind nur zwei Vorkommnisse aus den letzten Jahren, wobei die gegensätzlichen Interessen sich geltend machten und die Überlegenheit Englands Frankreich zur Nachgiebigkeit zwang. Und das Abkommen von 8. April 1904? Gewiss hat England Frankreich in Marokko freie Hand gelassen, aber um welchen Preis? Frankreich hat England in der ägyptischen Frage nicht nur Konzessionen gemacht, sondern hat sich mit der völligen Anglisierung Ägyptens einverstanden erklärt: durchaus im Gegensatz zu seinem früheren Verhalten. Wollte man nach rückwärts die Beziehungen zwischen Frankreich und England darstellen, so würde sich ergeben, dass die Politik Englands für Frankreich keinen Anlass zu einer dauernden Freundschaft geben kann.

DIE Zukunft Europas ist nicht auf eine Freundschaft der drei Länder England, Frankreich und Deutschland zu gründen, sie ergibt nur dann einen erfreulichen Ausblick, wenn Frankreich und Deutschland ihre politische Feindschaft

begraben können. England kann nach seiner Geschichte und nach den immanenten Gesetzen seiner wirtschaftlichen und politischen Betätigung kein dauernder Freund eines europäischen Landes sein. Und wenn England trotzdem in dieser Rolle sich einmal befindet, so liegt es eben daran, dass der Partner sich über die klaffenden Gegensätze zwischen den europäischen Ländern und England nicht klar ist. Jede solche enge Freundschaft Englands mit einem europäischen Lande führt notwendigerweise zu einer Schwächung der wirtschaftlichen Gesamtinteressen der mittel- und westeuropäischen Staaten. Die Politik Englands, Deutschland in Europa möglichst zu isolieren, ist von seinem Standpunkte aus ungemein geschickt und klug, aber der Schaden Deutschlands ist in diesem Falle auch der Schaden der anderen europäischen Länder, die England einzeln und zusammen nicht mehr zu fürchten braucht, sobald erst Deutschland geschwächt ist. Diese Schwächung kann allein schon darin liegen, dass ein wirtschaftspolitisches Zusammengehen der mittel- und westeuropäischen Staaten verhindert wird.

DAS müssen meines Erachtens Frankreichs Politiker zuerst einsehen, dass Deutschland und Frankreich aus wirtschaftlichen und kulturellen Gründen näher zusammengehören, als irgend ein europäischer Staat und England. Von dieser Erkenntnis hängt es zunächst ab, ob das alte Europa, das man so gerne auch das alternde nennt, noch Elastizität genug besitzt, dem britischen, amerikanischen, russischen und ostasiatischen Reiche gegenüber sich solidarisch zu fühlen, ob es die europäische Kultur erhalten und weiter entwickeln will. Ich glaube bestimmt, weder das britische, noch das amerikanische Weltreich werden so bald die Kraft finden, die heutige Wirtschaftsordnung in sozialistischer Richtung umzuwandeln. In Frankreich und Deutschland scheinen mir die Vorbedingungen für eine solche Umgestaltung schon weit mehr gegeben zu sein. Doch man täusche sich nicht: jedes wirksame Vorgehen nach dieser Richtung ist durch internationale Gesichtspunkte bestimmt. In engem nationalen Rahmen lässt sich eine sozialistische Regelung der wirtschaftlichen Tätigkeit nicht durchführen. Bleibt Deutschland in seiner wirtschaftlichen Entwickelung stecken, und kommt es zu keinem Zusammengehen der europäischen Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet, dann ist damit auch die sozialistische Initiative der europäischen Länder ertötet. Dann kann Deutschland warten, bis die Ausgleichung der Produktionsbedingungen zwischen England und seinen Kolonieen und die zwischen Nord- und Südamerika so weit erfolgt ist, dass eine sozialistische Regelung des wirtschaftlichen Lebens unbedingt notwendig wird. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfte aber bei aller Schnelligkeit der kapitalistischen Entwickelung noch eine lange Spanne Zeit vergehen.

GANZ anders liegen die Dinge, wenn die mittel- und westeuropäischen Länder zu einem grossen Wirtschaftsgebiete sich zusammenzuschliessen vermögen und so eine grosse, nach aussen hin abschliessbare, genügend breite Basis schaffen, auf der einer gemeinsamen sozialistischen Regelung von Produktion und Güterverteilung die Gleichartigkeit der ökonomischen Verfassung sämtlicher zugehörigen Länder weit entgegen kommt. Bei der wirtschaftlichen und politischen Macht eines solchen Länderkomplexes sind die internationalen Schwierigkeiten, die sozialistischen Massnahmen entgegentreten, verhältnismässig leicht zu überwinden, während sie für den heutigen nationalen, in sich abgeschlossenen und doch vom Weltmarkt abhängigen Staat nicht zu überwinden sind.

DER nächste Weg zum Sozialismus führt daher für die deutsche Arbeiterklasse über die Voraussetzung eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der europäischen Staaten mit Ausnahme von England und Russland. Ob und wann diese Voraussetzung aber geschaffen wird, hängt von der Gestaltung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland ab. Für beide Länder muss klar werden, dass sie näher zu einander gehören, als eines von beiden zu irgend einem dritten Land.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · DIE FRANZÖSISCHE HANDELSPOLITIK IN DEN KOLONIEEN · EIN BEITRAG ZUR MAROKKOFRAGE

IE englische Presse mag darin recht haben, dass zu den letzten deutsch-französischen Auseinandersetzungen die Marokkofrage nur den äusserlichen Anstoss — wenn man will: für die deutsche Regierung nur den Vorwand bot, um Frankreich noch zu rechter Zeit die letzten Konsequenzen der jahrelangen Delcasséschen Treibereien greifbar nahe unter die Augen zu rücken und es so vor eine allgemeinere Entscheidung über sein Verhalten zu Deutschland zu stellen.

DER Sturz Delcassés und die daran sich knüpfenden französischen Erörterungen haben zum mindesten bewiesen, dass eine grundsätzlich und um jeden Preis antideutsche Politik in Frankreich stark an Anhang eingebüsst hat, und dass die Mehrheit unserer westlichen Nachbarn in noch so aufdringlichen englischen Umwerbungen und Anfreundungen durchaus keinen vollwertigen Ausgleich und Ersatz sieht für die Gefahren einer neuen, dauernden und tiefgehenden Verfeindung und Verhetzung mit der grössten Landmacht Europas. Bestehen doch dieser gegenüber tiefere und schärfere Interessengegensätze eigentlich nur aus einer schon ziemlich weit zurückliegenden Vergangenheit, während die Geschichte der letzten Jahrzehnte erfüllt ist von Konflikten Frankreichs mit England.

VIEL mehr, als diese Stimmungskundgebung, ist freilich bis zur Stunde nicht erreicht worden. Aber die mutige Tätigkeit unserer französischen Parteigenossen ist die beste Bürgschaft dafür, dass eine dauerndere französisch-englische Annäherung, die an sich kein vernünftiger Mensch zu fürchten braucht, nicht so leicht, wie einige Londoner Hetzblätter zu glauben scheinen, in eine Koalition gegen Deutschlands Stellung auf dem Kontinent und auf dem Weltmarkt umschlagen wird.

TROTZDEM hat auch die Marokkofrage als solche, losgelöst von ihrem Zusammenhange mit umfassenderen und ernsteren Problemen, ihre Bedeutung. Sie ist, in besonderer Form, eine Wiederkehr des alten Streites um die *offene Tür,* eine Erneuerung des ewigen Ringens um volle Gleichberechtigung seitens aller auf den internationalen Märkten konkurrierenden Mächte und andererseits um eine privilegierte Vorzugsstellung seitens der Vormacht, die sich in irgend welchem Erdstrich zu einer Art Schutzherrschaft berufen fühlt.

FREILICH enthält das französisch-englische Abkommen — und das klingt gewiss sehr vertrauenerweckend — die Handelsfreiheit und Zollgleichheit in Marokko. Aber nur auf 30 Jahre, und ein Abkommen zwischen zwei Parteien kann zudem jederzeit von diesen Parteien selber geändert werden; in Madagaskar gab zum Beispiel England die Sonderrechtsprechung für britische Untertanen auf, weil Frankreich auf seine ähnlichen Rechte in Sansibar verzichtete. Wer also weiss, welchen Inhalt die gewöhnliche blosse Meistbegünstigung Deutschlands in Marokko selbst vor dem Ende der 30 Jahre noch hat, von dem üblichen Gebrauch und Missbrauch der Machtbefugnisse bei Verleihung von Konzessionen zu Wege-, Bahn-, Hafenbauten, zum Betriebe von Bergwerken und ähnlichem ganz abgesehen? Wie käme Deutschland dazu, einen neuen Rechtszustand, unbesehens und ohne auch nur um seine Meinung gefragt zu werden, gutzuheissen, wo es nach den bisherigen Abmachungen einen viel sichereren und breiteren Rechtsboden unter den Füssen hatte?

ENGLAND weiss aus eigener Erfahrung am besten, wie rasch sich die *offene Türe* schliesst, wo Frankreichs kolonialer Einfluss einmal stärker eingesetzt hat. Tunis, Madagaskar und noch andere wichtige Gebiete reden eine zu deutliche Sprache.

× × ×

In Tunis[1]) dominierte vor der französischen Besetzung in der Einfuhr Italien, das hauptsächlich Mehl, Kolonialwaren und Weine lieferte. Ferner war der Absatz englischer Baumwollerzeugnisse nicht unbeträchtlich; aus Spanien bezog man Wolle. Auch Deutschland und Österreich kamen als Lieferanten in Betracht. Mit Ungeduld erwartete Frankreich von Anfang an den Ablauf der alten tunesischen Verträge mit europäischen Mächten, um die fremde Einfuhr zurückdämmen zu können.

›Nach langen Verhandlungen gelang ein Abkommen mit Österreich-Ungarn vom 20. Juli 1896. Im ganzen wurden zehn solcher Spezialabkommen geschlossen, darunter als die bedeutendsten die mit Italien vom 28. September 1896 und mit England vom 18. September 1897. Im letzteren verzichtete England auf sein ewiges Meistbegünstigungsrecht und begnügte sich mit einer vierzigjährigen Verlängerung; ausserdem liess es seinen Meistbegünstigungsanspruch hinsichtlich Frankreichs fallen. Als Entgelt hierfür empfing England eine, wenn auch geringe, Zollbegünstigung für seine Baumwollwaren; bis zum Jahre 1912 dürfen englische Baumwollwaren von keinem höheren Zoll als 5% ihres Wertes im Landungshafen getroffen werden. . . . Auch Italien erhielt einige kleinere Vergünstigungen, die allerdings in keinem Verhältnis stehen zu dem wirtschaftlichen Verlust, den es durch die Mehrbegünstigung Frankreichs erlitt . . Nachdem Frankreich auf diese Weise freie Hand erhalten hatte, war es aufs eiligste besorgt, die handelspolitische Lage zu seinen Gunsten umzugestalten. Durch ein tunesisches Gesetz vom 2. Mai 1898 wurde für die meisten Artikel der französische Minimaltarif in Tunis eingeführt und damit dem ausländischen Wettbewerb ein schwerer Schlag versetzt.‹

Heute ist die Sachlage die, dass fast alle fremden Einfuhrwaren in Tunis Zollsätze in Höhe des bekanntlich recht beträchtlichen französischen Minimaltarifs tragen, während die meisten und wichtigsten französischen Waren zollfrei eingehen, unter anderem: lebende Tiere, Wolle, Seide, Zucker, Oliven, Leinsaat und Castoröl, Weine, Spirituosen, Metalle und Metallwaren, Garne,

[1]) Vergl. P. Mohr: *Die französische Handelspolitik gegenüber Tunesien* in Conrads *Jahrbüchern für Nationalökonomie*, 1903, XXVI. Bd., pag. 85 ff.

Gewebe.[2]) Das sind ansehnliche Zolldifferenzierungen, die Frankreich nach Abschüttelung der alten Vertragsverpflichtungen noch beliebig weiter steigern kann. Und Zolldifferenzierungen sind, wie man weiss, meist viel unerträglicher, als noch so hohe Zölle, die alle konkurrierenden Einfuhrländer in gleicher Höhe treffen.

FÜR Deutschland blieb als Niederschlag aller dieser Vorgänge die *Erklärung* vom 18. November 1896:

»Deutschland verzichtet auf die Geltendmachung des Regimes der Kapitulationen in Tunis ....
Ebensowenig wird Deutschland die Vorteile des Regimes für sich in Anspruch nehmen, welches zwischen Frankreich und dessen tunesischem Schutzgebiet in Bezug auf die Zölle und die Schiffahrt besteht oder bestehen wird, vorausgesetzt, dass ihm das Meistbegünstigungsrecht im Vergleich zu jeder anderen Macht gewahrt bleibt.
Hiernach werden die Rechte, Privilegien und Vorteile jeder Art, welche irgend einer dritten Macht — ausgenommen Frankreich — in Tunis zugestanden sind oder in Zukunft zugestanden werden, von Rechts wegen ohne weiteres auch Deutschland zukommen, und keine dritte Macht — immer Frankreich ausgenommen — wird in dem Schutzgebiet in irgend einer Beziehung günstiger behandelt werden, als Deutschland.«[3])

DIE schrittweise Aufhebung und Verflüchtigung der fremdstaatlichen Rechte in Madagaskar hat vollends jahrelang zu den erregtesten Verwahrungen seitens Englands Anlass gegeben. England stimmte hier im Jahre 1890 einem Protektorat Frankreichs zu, nachdem ausdrücklich verbürgt war, »dass die Errichtung dieses Protektorates in keiner Weise irgend welche Rechte und Immunitäten berühren wird, deren sich die britischen Untertanen auf dieser Insel erfreuen«. Zu den wichtigsten Ansprüchen rechnete man selbstverständlich dabei die Handelsabmachungen, auf die 1865 die Königin eingegangen war: die vollkommene, unbeschränkte Meistbegünstigung für die britischen Einfuhren und die Festlegung, dass die erhobenen Zölle niemals 10 % des Warenwertes übersteigen sollten. Dazu kamen noch einige Rechte betreffs der Konsulargerichtsbarkeit und ähnliches. Auf was anderes hätte sich die französische Verpflichtung von 1890 überhaupt beziehen sollen? Aber gleich nach dem Kriege, der das von der Eingeborenenregierung abgelehnte *Protektorat* verwirklichen sollte, begann Frankreich, die Einfuhrzölle, gerade für hervorragende englische Erzeugnisse, beträchtlich zu steigern und so, wie es in einer Note Lord Salisburys hiess, »den Bruch jener Rechte fortzusetzen, welche die britischen Kaufleute unter dem Vertrage von 1865 zwischen Grossbritannien und Madagaskar und dem Abkommen von 1890 zwischen Grossbritannien und Frankreich besassen«.[4]) Die französische Verwaltung *belehrte* weiter alle Würdenträger unter den Bewohnern des grossen Inselreiches, dass es oberste Pflicht sei, nur französische Erzeugnisse zu kaufen und zu vertreiben; die französischen Handels- und Fabrikmarken wurden zu Nutz und Frommen der neuen Schutzbefohlenen im *Official Journal* von Madagaskar veröffentlicht, begleitet von entsprechenden Warnungen vor dem Erwerb und Gebrauch anderer Waren. »Ein solches Vorgehen überschreitet nach der

[2]) Nach der englischen Fiskaldenkschrift *Memoranda, prepared by the Board of Trade* (London 1903), pag. 134.
[3]) Vergl. die Drucksachen des Reichstags, 1896-1897, Nr. 608.
[4]) Marquis of Salisbury an Sir E. Monson, 9. Juli 1898; abgedruckt in *France*, Nr. 1, 1899, C. 9091: *Madagascar*. — Diese aktenmässige Darstellung ist heute wieder von besonderem Interesse.

Meinung von Ihrer Majestät Regierung alle Grenzen eines lauteren Wettbewerbs und ist unvereinbar mit den wiederholten Versicherungen, die seitens der französischen Regierung dahin abgegeben wurden, dass alle Rechte und Immunitäten, in deren Genuss sich britische Untertanen in Madagaskar und seinen Besitzungen befänden, weiter geachtet werden sollten.«[5]) Aber es half alles nichts, ebensowenig wie die Klagen über Änderungen im Grundbesitzerwerb, im Handel der Britisch Indier. Nur das französische Monopol für die Küstenfahrt hob Delcassé wieder auf, aus dem allerdings sehr triftigen Grunde, »weil die französischen Fahrzeuge nach Zahl und Raumgehalt den Ansprüchen des Handels und der Versorgung des Okkupationskorps nicht genügen«.[6]) Dagegen von der Meistbegünstigung war längst nichts mehr übrig geblieben; die englischen Waren zahlten an Zoll 54 bis 79 % des Wertes, die französischen Güter 3 %.

MIT der Zeit hat sich England, der Not gehorchend, an diese Wandlung der Verhältnisse gewöhnt. In der letzten Übersicht seiner Meistbegünstigungsrechte[7]) findet sich Madagaskar überhaupt nicht erwähnt, während Tunis noch durch den Vertrag vom 18. September 1897 vertreten ist (Meistbegünstigung, aber unter Ausnahmestellung Frankreichs).

DEUTSCHLAND hat einst mit *Ihrer Majestät Ranavalomanjaka II.* die Konvention vom 15. Mai 1883 abgeschlossen:

»Die diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertreter, Agenten und Offiziere des einen vertragschliessenden Teiles sollen in Ausübung ihrer Pflichten innerhalb der Besitzungen des anderen Teiles, und die Untertanen und Angehörigen des einen Landes sollen für ihre Person und ihr Eigentum und in Ansehung des Handels, des Gewerbes und der Schiffahrt und in jeder anderen Beziehung in dem anderen Lande den selben Schutz und die selben Rechte, Privilegien, Vorteile, Immunitäten und Befreiungen geniessen, welche nach den Gesetzen dieses Landes jetzt oder in Zukunft den diplomatischen, konsularischen und maritimen Vertretern, Agenten und Offizieren und den Untertanen und Angehörigen der meistbegünstigten Nation eingeräumt werden.«[8])

In dem Notenaustausch vom 17. November 1890 erkannte dann Deutschland die »Schutzherrschaft Frankreichs über Madagaskar mit allen ihren Folgen« an:

»Dabei wird ausdrücklich verabredet, dass die deutschen Reichsangehörigen in Madagaskar . . . in allen Beziehungen diejenige Behandlung erfahren sollen, welche den Angehörigen der meistbegünstigten Nation daselbst zu teil wird.«[9])

Schliesslich hat das französische Gesetz vom 6. August 1896 das Eiland und seine Anhängsel einfach zur französischen Kolonie gemacht. Wieweit damit jede vertragsmässige Meistbegünstigung ganz von selber aufhörte, möge hier unerörtert bleiben. Zweifellos befindet sich Frankreich im unbestrittenen Genuss jedes nach seinem eigenen Belieben und Interesse geschaffenen monopolistischen Vorrechtes. Meistbegünstigung heisst hier nicht mehr Gleichstellung mit Frankreich, sondern im wesentlichen nur gleich schlechte Behandlung aller nichtfranzösischen Einfuhrwaren.

MIT der *offenen Tür*, dem gleichen Wettbewerb aller Nationen, ist es auch in diesem kolonialen Herrschaftsgebiet längst vorbei.

× × ×

[5]) Sir E. Monson an Delcassé am 22. Juli 1898.
[6]) Delcassé an Sir E. Monson am 28. Dezember 1898.
[7]) *Return of most-favoured-nation clauses* im *Commercial* 1903, Nr. 9, Cd. 1807.
[8]) Vergl. die Drucksachen des Reichstages, 1884-1885, Nr. 373.
[9]) Vergl. *Die Handels- und Schiffahrtsverträge Deutschlands*, I. Bd. (Berlin 1897), pag. 174-175.

SOLL sich dieses Spiel, was Marokko anlangt, einfach wiederholen, ohne jeden Versuch, unseren Export vor künftigen Differenzierungen und Benachteiligungen in höherem Masse sicher zu stellen, als dies betreffs der bisherigen afrikanischen *Schutzgebiete* Frankreichs, zu allgemeiner Enttäuschung — auch Englands — der Fall war? Deutschland ist einmal Teilnehmer an der Madrider *Konvention über die Ausübung des Schutzrechtes in Marokko* vom 3. Juli 1880. Hier legt der Artikel 17 fest:

»Das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation wird seitens Marokkos als allen auf der Konferenz von Madrid vertretenen Mächten zustehend anerkannt.«

Deutschland hat weiter, unter dem 1. Juni 1890, einen *Handelsvertrag* mit Marokko geschlossen. Abermals lautet hier Artikel 1:

»Zwischen beiden Reichen soll gegenseitige Handelsfreiheit bestehen. Zu diesem Zweck verpflichtet sich ein jeder der hohen vertragschliessenden Teile, den Untertanen des anderen Teils alle Rechte, Vorteile und Privilegien zuzusichern und zu gewähren, welche seitens des einen wie des anderen Teiles den Angehörigen der meistbegünstigten Nation zugestanden sind oder künftig zugestanden werden.« [10])

Solange es noch einen Staat Marokko gibt und solange nicht eine neue internationale Konferenz die Konvention von 1880 wieder in der selben Form aufhebt, in der sie seinerzeit vereinbart und erlassen wurde, bleibt es selbstverständlich bei dem alten völkerrechtlichen Zustand, bei der *offenen Tür*. Wenn England auf seine Rechte verzichten will, nach Ablauf von 30 Jahren, oder vielleicht auch schon unter dem stillen Vorbehalt eines noch früheren Endtermins, so ist das seine Sache. Aber umsonst hat es das keinesfalls getan; im Gegenteil, es hat so ansehnliche Gegenleistungen dafür eingetauscht — vor allem in Ägypten und in den Fischereigründen Neufundlands —, dass in Frankreich selber recht bittere Kritik an der Gleichwertigkeit des Empfangenen und Gegebenen geübt wurde. Auf jeden Fall kann England nicht über deutsche Rechte mitverfügen und wohl gar noch für preisgegebene deutsche Rechte auch noch um so grössere eigene Vorteile herausschlagen. Über die uns (das heisst dem deutschen Absatz und den für den Export produzierenden deutschen Arbeitern) zugemuteten Opfer möchten wir ein Wort mitzureden haben; und ebenso möchten wir darüber mitbefinden, ob die in Aussicht gestellten Gegenvorteile wirklich Vorteile für uns und Fortschritte für die Staatenallgemeinheit sind — nicht nur für England, für das wir uns nicht zu sorgen brauchen.

WIR können daher unseren französischen Parteigenossen nur dankbar sein, dass sie insoweit den deutschen Standpunkt für berechtigt anerkannt und vieles zu dem versöhnlichen Entgegenkommen der französischen Regierung, zum Sturze Delcassés und zum Zusammentritt einer neuen Konferenz beigetragen haben. An uns wird es sein, ebenso gerecht und ruhig abwägend jeder überflüssigen Provozierung Frankreichs entgegen zu treten. Dann wird nicht nur die, an sich sehr nebensächliche Marokkofrage ihre befriedigende Lösung finden, sondern in den viel wichtigeren, allgemeinen politischen Beziehungen zwischen den beiden grossen Nachbarstaaten wird sich in Zukunft vieles günstiger gestalten.

[10]) Vergl. die Drucksachen des Reichstages, 1890-1892, Nr. 432.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WOLFGANG HEINE · POLITISCHER MASSENSTREIK IM GEGENWÄRTIGEN DEUTSCHLAND?

UNERWARTET und plötzlich sieht sich die deutsche Sozialdemokratie in der Lage, offiziell über den Generalstreik zu diskutieren. Die Notwendigkeit dazu ist nicht etwa durch die Amsterdamer Resolution geschaffen worden, die durch eine möglichst allgemeine, kompromissartige Fassung bei anderen Nationen bestehende Meinungsverschiedenheiten zu vereinigen suchte. Auch die praktischen Proben, die die Bruderparteien anderer Länder in den letzten Jahren mit dem Generalstreik gemacht haben, hätten uns nicht zu einer Stellungnahme veranlassen müssen. Begonnen hat die Debatte bei uns vielmehr mit rein akademischen Betrachtungen, die jedoch dank der gesamten politischen Lage, in der sich die deutsche Sozialdemokratie — gleichviel, aus welchen Gründen — befindet, eine übermässige Bedeutung erlangen mussten. Dass die Partei trotz ihrer ungeheuren Anhängerzahl so gut wie keinen direkten Einfluss auf den Staat und seine Organe ausüben kann und ihre praktische Arbeit überall eingeengt sieht, muss die ohnehin vorhandene Neigung der Deutschen zum Theoretisieren verstärken. Deshalb kann auch ein ursprünglich akademisch erörtertes Problem bei uns den Anschein einer praktischen Frage gewinnen. Seine Diskussion, die um so leichter und verlockender ist, je mehr sie sich im Abstrakten bewegt, und je mehr sie dem Stolze schmeichelt, kann auf weitere Kreise übergreifen. Unversehens kann sich dann aus der Gewohnheit, über eine Sache zu reden und reden zu hören, die Lust entwickeln, sie einmal anzuwenden, ohne dass immer vorher die Tragweite davon gründlich geprüft worden wäre.

DESHALB ist es in der Tat nötig, rechtzeitig und in klarer Weise Stellung zum Problem des Massenstreiks zu nehmen. Das hat zunächst der Gewerkschaftskongress zu Cöln getan. Man hat den Beschluss ein *Maulkorbgesetz* genannt. Meines Erachtens mit Unrecht. Bömelburg hat ausdrücklich nicht die Diskussion des Massenstreiks getadelt, wohl aber seine Anwendung bekämpft.[1]) Ebenso die Resolution selbst, die die Propagierung des politischen Massenstreiks für verwerflich erklärt, was doch nichts anderes heisst, als dass sie ihn selbst verwirft. Der Kongress hatte nicht die Aufgabe einer akademischen Meinungsäusserung, sondern musste und wollte praktisch Beschluss fassen. Hielt er den Streik für ein ungeeignetes Kampfmittel, so war es seine Pflicht, das auszusprechen. Man schilt den Gewerkschaftskongress, weil er mit seinem Beschluss dem der sozialdemokratischen Partei zuvorgekommen wäre. Da Partei und Gewerkschaften nicht gemeinsam tagen und beschliessen, muss ein Teil vorangehen. Die Gewerkschaften hatten auch allen Anlass, dafür zu sorgen, dass nicht über ihren Kopf hinweg Beschlüsse gefasst würden, die zwar für sie nicht formell bindend gewesen wären, jedoch eine gewisse Zwangslage hätten schaffen können. Käme es zum Generalstreik oder Massenstreik, so wären es die Gewerkschaften, die sowohl die Truppen, als die in solchen Kämpfen erfahrenen Führer zu stellen hätten, zumal sie die an Zahl stärkeren Organisationen sind, und ausschliess-

[1]) Vergl. das Protokoll des Cölner Gewerkschaftskongresses, pag. 221.

lich aus Arbeitern bestehen. Die in den sozialdemokratischen Wählerschaften und Wahlvereinen der grösseren Städte ziemlich stark vertretenen, nicht der Arbeiterklasse angehörigen Elemente mögen einen Massenstreik wohl mitbeschliessen, haben aber für seine Durchführung gar keine Bedeutung. Hoffentlich ist niemand so wahnsinnig, an einen Generalstreik ohne Mitwirkung der Gewerkschaften zu denken. Trifft nun die Gewerkschaften die Hauptverantwortlichkeit und Gefahr einer solchen Aktion, so haben sie wohl auch das Recht, darüber selbständig zu entscheiden.

EBENSO berechtigt finde ich es, dass nun der Parteivorstand den Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt hat. Möchte nur die Erörterung gründlich werden und sich zu diesem Zweck auf die Punkte beschränken, die für unsere Beschlussfassung wirklich massgebend sein müssen.

UM der deutschen Sozialdemokratie für ihre Stellungnahme zum Generalstreik das nötige Material zu verschaffen, hat der Verlag der *Sächsischen Arbeiterzeitung* ein Buch herausgegeben.[2]) Der Gedanke war ebenso vortrefflich, wie seine Ausführung verfehlt. Und zwar ist dies durchaus nicht vorwiegend Schuld der Verfasserin, die mit Fleiss allerhand Material zusammengetragen und es nicht ungeschickt dargestellt hat, sondern derer, die ihr eine verfehlte Aufgabe gestellt haben. Frau Roland-Holst konnte nur eine rein akademische Erörterung geben; was die deutsche Sozialdemokratie jedoch zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse braucht, ist die Prüfung praktischer Verhältnisse, die für sie massgebend sind, für die aber einer Ausländerin die ausreichende Kenntnis der tatsächlichen Unterlagen abgehen muss.

DIE deutsche Sozialdemokratie ist keine Akademie der Wissenschaften, sondern eine politische Partei. Für sie ist es ganz gleichgültig, ob man für irgend welche ferne Zukunft oder unter Voraussetzungen, die in Deutschland nicht gegeben sind, noch irgendwelche Möglichkeiten eines erfolgreichen Massenstreiks herausdeduzieren kann. Politische Beschlüsse fasst man nicht für andere, sondern für sich, nicht auf Jahrzehnte im voraus, sondern für übersehbare Zeit. Die Frage, zu der der Parteitag Stellung nehmen muss, und auf deren Beantwortung auch ich mich beschränken will, kann einzig lauten: Ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschlands der politische Massenstreik ein Mittel, das die Sozialdemokratie mit Aussicht auf Erfolg anwenden könnte, um neue Rechte zu erkämpfen oder Entrechtungen abzuwehren? Dabei wird namentlich an Erweiterungen oder Verkürzungen des Wahlrechts zu denken sein.

MAN glaubt jetzt vielfach, Einwendungen gegen den politischen Streik damit begegnen zu können, dass man nachweisen will, dieser wäre etwas anderes, als der von Anarchisten gepredigte *Generalstreik*, den die Sozialdemokratie so oft und entschieden verworfen hat. Der Unterschied besteht theoretisch und mag auch praktische Bedeutung für solche Länder haben, wo die Neigung zu einem revolutionären Wunderglauben die politische Aktion der Partei zu lähmen droht; für Deutschland kommt das vorläufig nicht allzusehr in Betracht. Jedoch muss man sich klar sein, dass alle Gründe, die unter den gegebenen Verhältnissen Deutschlands einen Streik von Massen zu einem politischen Zweck unmöglich oder wirkungslos machen würden, Geltung

[2]) Henriette Roland-Holst: *Generalstreik und Sozialdemokratie* (Dresden 1905). Uneingeschränktes Lob verdienen Druck und Papier.

haben, gleichgültig, ob der Streik am letzten Ende anarchistischen oder sozialdemokratischen Zielen dienen soll. Deshalb hat der ganze, so sehr betonte Unterschied für die praktische Frage, vor der die deutsche Sozialdemokratie jetzt seht, so gut wie gar keine Bedeutung.

UM den politischen Streik schmackhaft zu machen, pflegt man zu fragen, welche Mittel der Sozialdemokratie denn sonst übrig blieben, sei es, um die Macht in der Gesellschaft endgültig zu erobern oder ihren Einfluss zu erhöhen, sei es, um reaktionäre Anschläge abzuwehren. Auch Frau Roland-Holst widmet dieser Untersuchung etwa den vierten Teil ihres Buches. Ich kann mich wegen des mir zur Verfügung stehenden knappen Raumes hier nicht auf eine Kritik dieser Erörterungen einlassen, deren sachlicher Wert erheblich durch die hochnäsige Art beeinträchtigt wird, mit der die Verfasserin hier, wie an anderen Stellen ihres Buches, Jaurès, David, Bömelburg und andere abzukanzeln beliebt. Ich brauche auch auf diese Erörterungen nicht einzugehen, weil sie für die Frage, die die deutsche Sozialdemokratie gegenwärtig beschäftigt, belanglos sind. Dass wir in absehbarer Zeit vor der Aufgabe stünden, durch einen Generalstreik mit einem Schlage die kapitalistische Gesellschaft zu stürzen und eine sozialistische aufzurichten, nimmt in Deutschland wohl kein ernster Politiker an, auch wenn seiner theoretischen Auffassung ein so jäher Übergang entsprechen würde. Aber auch für die gegenwärtigen Kämpfe, namentlich angesichts der Bedrohung des allgemeinen Wahlrechts, kommt es nicht sowohl darauf an, welche Machtmittel die Sozialdemokratie sonst hat, sondern, ob der uns angesonnene politische Massenstreik für sie ein wirkliches Machtmittel i s t, das heisst, ob sie ihn erfolgreich durchführen könnte. Dies wird aber nicht dadurch erwiesen, dass man darlegt, es wäre wünschenswert. Nach meiner Überzeugung ist für die Gegenwart in Deutschland an einen erfolgreichen politischen Massenstreik nicht zu denken, ja, ein solcher Versuch würde zu einer geradezu verhängnisvollen Niederlage der Sozialdemokratie führen.

MAN unterscheidet neuerdings einen D e m o n s t r a t i o n s s t r e i k und einen Z w a n g s s t r e i k. Der erste soll nur die politische Gesinnung der streikenden Massen kundgeben, aber nicht mit dem Willen, ein Ziel zu erreichen, und deshalb von vornherein auf kurze Zeit beschränkt sein, der andere soll bezwecken, auf die Regierung oder die herrschenden Klassen einen Druck auszuüben, um sie zu einem bestimmten Handeln oder Unterlassen zu bewegen. Mir scheint, dass ein blosser Demonstrationsstreik in diesem Sinne für Deutschland ausgeschlossen wäre. Der Deutsche begeistert sich nicht leicht und hat einen angeborenen Widerwillen gegen alles Theatralische. Ein Generalstreik mit der erklärten Absicht, nur demonstrieren zu wollen, würde der Lächerlichkeit verfallen, nicht am wenigsten auch bei den Arbeitern, die ihn agieren sollten. Sehr viele würden keine Lust haben, Opfer für eine hohle Demonstration zu bringen, und diese würde schon deshalb nicht sehr imposant ausfallen. Die Gegner würden sie auslachen, und als *Erfolg* würde Missachtung und Verbitterung bei den Feinden, Enttäuschung bei den Teilnehmern übrig bleiben. Wenn Frau Roland-Holst sagt, bei einem solchen Manifestationsstreik könnte man nicht von einer Niederlage reden, so vergisst sie, dass eine missglückte Demonstration nach aussen und innen als Niederlage wirkt.

ABER auch der Zwangsstreik, der die Herrschenden dem Willen des Volkes gefügig machen soll, würde bei uns gegenwärtig nicht die imposanten Massen auf die Beine bringen, die erforderlich wären, um die Produktion so still zu setzen, dass die Gegner nachgeben müssten. Nicht die drei Millionen Wähler vom 16. Juni 1903 kommen dafür in Betracht; wir wissen, wie viele davon bereits bei den Nachwahlen nicht das geringe Opfer gebracht haben, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben, und dass weit mehr noch gar nicht in der Lage sind, eine Generalstreikaktion unterstützen zu können. Auch nicht einmal auf die gesamten fünf Viertel Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ist dafür zu zählen. Von ihnen befinden sich sehr viele in kleinen Orten, wo sie Einflüssen unterliegen, die sie von der Beteiligung abhalten würden, und wo jede wirklich inszenierte Arbeitseinstellung nicht ein *Massenstreik,* sondern eine völlig zwecklose Aufopferung einzelner sein würde. Bedeutung gewinnen könnte der Streik nur für einige Zweige der Grossindustrie in einigen Bezirken, wo die Mehrzahl der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und zugleich politisch so interessiert wäre, dass man hoffen könnte, unter einer politischen Parole wirkliche Massen aufzubringen. Die Arbeiter der Landwirtschaft, ferner die der Eisenbahnen und Strassenbahnen, des Post- und Telegraphendienstes, fast aller Staatsbetriebe und des internationalen Seeverkehrs würden in Deutschland für den Streik überhaupt nicht in Betracht kommen. Hätte man dann wirklich noch ein Recht, von einem *Generalstreik* oder auch nur von einem *Massenstreik* zu reden?

INDES, auch ein solcher partieller Generalstreik, ein Massenstreik ohne die Massen, würde in Deutschland an inneren Unmöglichkeiten scheitern. Die deutsche Unternehmerklasse ist viel zu sehr politisch fanatisiert, viel zu eng zusammengeschlossen, viel zu gut von den Regierungen unterstützt, um sofort nachzugeben. Sie kann den Streik immer länger aushalten, als das Proletariat, und würde zu den grössten Opfern bereit sein, auch wenn es sich nicht um einen letzten Entscheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern nur um die Niederwerfung der Sozialdemokratie in einer einzelnen Frage handelte. Diese Leute wissen sehr gut, dass sie die Machtmittel in der Hand haben, und dass es sich in einem solchen Falle für sie lohnt, sie bis aufs äusserste anzuwenden. Die Arbeiterschaft würde ihre so viel beschränkteren Mittel binnen weniger Tage erschöpft sehen. Das eigentliche Grosskapital würde nicht einmal allzu ernsthafte Schäden erleiden. Härter würden die Mittelschichten getroffen werden, aber hungern würden auch sie nicht, da nicht die ganze Produktion ruhen würde; wohl aber würden sie durch die Verteuerung der Lebensmittel und die Störungen des wirtschaftlichen Lebens gegen die Streikenden auf äusserste aufgebracht und zu jeder Unterdrückung geneigt gemacht werden. Frau Roland-Holst sucht, wie andere Prediger des Massenstreiks ihre Leser durch ausführliche Gemälde einer solchen Bewegung zu überzeugen. Wollte sie damit einen Generalstreik im gegenwärtigen Deutschland schildern, so wäre es eine unverantwortliche Entstellung der Tatsachen. Indessen, sie redet ja nur ganz abstrakt über *den* Massenstreik im allgemeinen, losgelöst von allen konkreten Verhältnissen, also über ein völlig erkünsteltes Phantasieprodukt ohne Realität. Solches Gerede ist im günstigsten Falle wertlose Kannegiesserei, kann aber auch manche Leser gefährlich irre führen.

FRAU Roland-Holst schreibt pathetisch:

»Der politische Streik ist eine nationale Erhebung: auch in den zurückgebliebenen oder abseitsgelegenen Orten, wo noch gearbeitet wird, droht er auszubrechen, die Gärung erfasst die Arbeiterschaft des ganzen Landes. Überall ist Unruhe, überall Gefahr.«

Ja, wo der politische Streik eine solche allgemeine Erhebung ist, mag er brauchbar sein, leider aber sagt uns die Verfasserin nicht, wie man es dahin bringt. Für das gegenwärtige Deutschland steht eben unzweifelhaft fest, dass der Streik nicht eine allgemeine nationale Bewegung sein würde.

VON der Anwendung der Machtmittel des Staates gegen den Streik sagt Frau Roland-Holst:

»Alle Verbindungen sind unsicher, jede regelmässige und schnelle Kommunikation unmöglich. Der zentralisierte Staat fällt auseinander; jede Provinz, jeder Distrikt wird sich selbst überlassen; den Unterdrückungsmassregeln der Regierung muss es an planmässigem Zusammenhang, an Einheitlichkeit fehlen.“[3])

Dies alles würde eine Aufhebung der Verkehrsverbindungen und des Nachrichendienstes durch den Streik voraussetzen. An anderer Stelle zeigt aber die Verfasserin, dass sie ganz gut unterrichtet ist, wie die Dinge sich wirklich verhalten; sie setzt die Lage der Arbeiter des Post-, Telegraphen- und Eisenbahndienstes auseinander und kommt zu dem Schlusse, dass diese sich höchstens an einem Streik, der »den Entscheidungskampf mit der bürgerlichen Staatsgewalt bringt«, in wesentlichem Masse beteiligen würden.[4]) Das bedeutet also: vorläufig überhaupt nicht. Dass dies für Deutschland ganz besonders gilt, habe ich schon bemerkt. Was hat nun das schöne Gemälde von Seite 92 für einen Wert, wenn auf Seite 104 bewiesen wird, dass für das Abschneiden aller Verbindungen und jeder Kommunikation samt ihren vorausgesagten Folgen die Voraussetzungen fehlen?

AUCH dass die Not die Streikenden bald wieder an die Arbeit treiben werde, hält Frau Roland-Holst nicht für unbedingt nötig:

»In der modernen Gesellschaft mit ihren kolossal entwickelten Produktionskräften sind ja zu jeder Zeit grosse Vorräte an Konsummitteln aufgestapelt, und bis diese aufgezehrt sind, vergeht schon einige Zeit. Es gibt zwar einige Lebensmittel, wie das Brot, die nur für ganz kurze Zeit im voraus hergestellt werden, sie können aber zur Not durch andre, wie Reis, Bohnen u. s. w. ersetzt werden.«

Ja, wo sind denn diese Vorräte an Konsumartikeln? Doch nicht in den Küchen der Arbeiter, sondern in den Lagern der Kapitalisten und Agrarier, und diese werden sich schön hüten, sie dem Feinde zu liefern, selbst gegen viel Geld! Aus dem selben Grunde könnten die Streikenden auch nicht in wesentlichem Masse auf den Kredit bei Bäckern und Krämern rechnen, den ihnen Frau Roland-Holst kulant in Aussicht stellt.

»In zweiter Reihe kommt die Unterstützung durch Gewerkschaftskassen und die Konsumvereine in Frage.«

In Deutschland würden — was Verfasserin wohl nicht weiss — die Konsumvereine auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ohne weiteres an solchen Unterstützungen gehindert werden. Die Gewerkschaften besitzen zwar Fonds, aber wie weit sollen diese reichen? Nach dem Rechenschaftsbericht der *Generalkommission* hatten die zentralisierten Gewerkschaften 1904 zusammen Kassen-

[3]) Vergl. ibid., pag. 92.
[4]) Vergl. ibid., pag. 104.

bestände von rund 16 Millionen Mark. Streikte auch nur eine Million Arbeiter, und erhielte jeder Streikende wöchentlich nur 10 Mark Unterstützung, so würde das noch nicht für zwei Wochen reichen. Dann wären aber die Gewerkschaften auch bankerott. Dabei ist nicht zu vergessen, dass erhebliche Teile des gewerkschaftlichen Vermögens für andere Unterstützungszwecke bestimmt sind und erhalten bleiben müssen, und dass die Staatsgewalt unter dem Vorwand, solche Rechte der Mitglieder zu sichern, sich dieser Fonds mindestens teilweise bemächtigen könnte, wie es schon vorgekommen ist. Dass aber Frau Roland-Holst auf Seite 95 die Teilnehmer an einem politischen Generalstreik gar auf Geldunterstützungen aus den Mittelschichten anweisen will, würde man, wenn ein andrer es äusserte, vermutlich als *Harmonieduselei* bezeichnen. An anderer Stelle wieder weiss die Verfasserin mit den stärksten Ausdrücken über die Feigheit und Erbärmlichkeit der Mittelschichten zu reden, und sie will deshalb sogar anerkennen, dass aus diesem Grunde — aber nur aus ihm — die Aussichten des politischen Streiks in Deutschland geringer seien, als in anderen Ländern. Sie scheint also selbst anzuerkennen, dass in Deutschland kein Gedanke an solche Geldhilfe möglich ist.

FÜR die deutsche Sozialdemokratie liegt aber zurzeit der Hauptgrund, der gegen jeden politischen Massenstreik spricht, möchte die Veranlassung dazu auch noch so dringend sein, nicht einmal in der Verteilung der wirtschaftlichen Mittel, sondern darin, dass unsre Gegner im Besitze von schlechthin unüberwindlichen Mitteln der brutalen Gewalt sind. Frau Roland-Holst sieht ein, dass das Volk jetzt nicht daran denken kann, diese Gewalt der Herrschenden mit Gewalt zu stürzen, und sagt darüber, auf Seite 139 und den folgenden, viel Treffendes, wenn auch uns Deutschen nicht gerade Neues. Sie will deshalb einen durchaus passiven Massenstreik ohne Gewaltanwendung. Ich glaube nicht einmal, dass ein solcher friedlicher Generalstreik in anderen Ländern möglich wäre; meines Erinnerns ist es fast überall zu gewaltsamen Konflikten gekommen. In Deutschland jedenfalls wäre es die reine Utopie, an einen solchen ruhigen Verlauf zu glauben. Wäre ein Massenstreik, der wirklich diesen Namen verdiente, einmal in Gang, so könnten weder vorher gefasste Beschlüsse, noch der beste Wille der Beteiligten Gewalttaten verhindern. Frau Roland-Holst war durch einen Artikel von Leimpeters[5]) darauf hingewiesen worden, geht aber darüber mit dem Vorwurf, Leimpeters fehle es an Logik, und mit der Redensart hinweg, es brauche beim politischen Streik nicht zu »Hungerrevolten« zu kommen. Von solchen hatte nun Leimpeters gar nicht geredet, sie sind auch durchaus nicht nötig, um Zusammenstösse mit der bewaffneten Macht herbeizuführen. Dafür entwirft Frau Roland-Holst auch hier wieder ein wahrhaft idyllisches Friedensgemälde:

»Die Gewalt kann nicht in Aktion treten, solange sich ihr kein zur Vergewaltigung geeignetes Objekt entgegenstellt. Der Streik nimmt keinen aufrührerischen Charakter an, die Masse der Streikenden verhält sich friedlich, sie vermeidet Zusammenstösse mit der bewaffneten Macht: keine Plünderung, keine Krawalle. Sie geht bei jeder Aufforderung auseinander, findet sich aber immer wieder zusammen.«

Diese Schilderung beweist, dass Frau Roland-Holst keine Ahnung davon hat,

[5]) Vergl. Johann Leimpeters: *Zum Generalstreik* in den *Sozialistischen Monatshefte*n, 1904, II. Bd., pag. 880 ff.

wie solche Vorgänge sich abspielen, sicherlich soweit Deutschland in Frage kommt. Gelegenheit zu Eingriffen findet sich für Polizei und bewaffnete Macht, sobald die Streikenden die Arbeit verlassen. Ohne Beeinflussung von Mitarbeitern ginge das nicht ab, und wäre diese Agitation noch so friedlich, man weiss aus den Streikprozessen, dass die Polizei immer Gründe zum Einschreiten findet. Niemand wird sich wohl einbilden, dass unbeschäftigte, hungernde, aufgeregte Massen Tage und Wochen lang in ihren Wohnungen sitzen würden; es gibt also Strassenansammlungen und damit nach deutschem Gesetz sofort für die Behörden das Recht, die Massen, wenn nötig mit Gewalt, zu vertreiben (§ 116 des Strafgesetzbuchs). Welche Kindlichkeit, zu glauben, die Massen würden auseinandergehen, sich aber immer wieder zusammenfinden! Als ob Massen in solcher Lage, in die Strassenzüge eingekeilt, von vorn zurückgedrängt, von rückwärts vorgeschoben, überhaupt auseinandergehen könnten. Es heisst Übermenschliches erwarten, wenn man denkt, sie würden in solchen Momenten das Instruktionsbuch für den politischen Massenstreik im Kopfe haben und sich nicht zu Taten hinreissen lassen, die vielleicht jeder einzelne vermeiden möchte, die aber für eine unruhige, hin- und herwogende Menge, in der weder Nachdenken noch ruhige Aussprache möglich ist, der einzige und natürliche Ausdruck ihrer Empfindungen sein würden. Es bedürfte noch nicht einmal absichtlicher Provokationen durch Polizei und Militär, um Angriffe auf diese hervorzurufen, die nach dem Gesetze Aufruhr sein würden (§ 115), und auf die man mit Gewehrsalven und Kartätschen antworten würde. Dass daneben Lockspitzel ihr unsauberes Handwerk treiben, politische Phantasten geflissentlich zu Gewalttaten auffordern würden, ist selbstverständlich. Auch an Plünderungen würde es trotz der besten Vorsätze nicht fehlen, selbstverständlich nicht durch die organisierten Streikenden, wohl aber durch die Elemente, die jede solche Erregung in die Höhe treibt. Als anfangs der neunziger Jahre einige Hundert Arbeitslose vor dem Berliner Schlosse vorbeizogen, verlief diese kleine Demonstration selbst durchaus friedlich, gegen Abend aber plünderten in weit davon entlegenen Bezirken Scharen von vielfach bestraften Burschen, die sicherlich an dem Vorbeimarsch nicht teilgenommen hatten, ein paar Läden. Es braucht indessen nicht einmal zum Massenstreik selbst zu kommen, um den Behörden ein Vorgehen zu ermöglichen, sondern jede Aufforderung zu einem Streik, der einen Druck auf gesetzgebende Körperschaften bezweckte, würde nach § 105 des Strafgesetzbuchs die sofortige Verhaftung der Unterzeichner oder Redner und ihre Verurteilung zu Zuchthausstrafen gestatten. Aber noch mehr: Schon vor dreissig Jahren gelang es einem strebsamen Staatsanwalt im Leipziger Hochverratsprozess, eine durchaus friedliche loyale Handlungsweise zu einer Verurteilung wegen Hochverrats auszunutzen. Seitdem hat sich die Findigkeit unserer Juristen wahrlich nicht verringert, wohl aber ist mit dem Verblassen aller revolutionären Erinnerungen des Bürgertums die Angst vor jeder Art tumultuarischer Erregung und die Entrüstung darüber ins Masslose gestiegen. Versuche, den Massenstreik als Hochverrat auszulegen, würden jedenfalls nicht fehlen, und es ist durchaus zu erwarten, dass sie Erfolg haben würden.

DIES alles gilt schon bei der normalen Funktion der Behörden. Es könnte aber — worauf auch schon Leimpeters aufmerksam gemacht hat — »für den

Fall eines Aufruhrs bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit« der Belagerungszustand erklärt werden; das soll zwar durch den Kaiser geschehen, indessen können auch lokale militärische Oberbefehlshaber in dringenden Fällen es provisorisch selbständig anordnen, was allerdings nicht so leicht vorkommen dürfte (Artikel 68 der Reichsverfassung und § 2 des preussischen Gesetzes vom 4. Juni 1851). Das würde die Einsetzung von Kriegsgerichten, die Aufhebung des Schutzes der persönlichen Freiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, der Pressfreiheit, also die Verhaftung und Verurteilung aller Führer, die Unterdrückung der Organisationen und der Presse bedeuten. Dass der fanatisierte Militarismus ganze Arbeit machen, und die Militärjustiz nach ihren Anschauungen und Gewohnheiten verfahren würde, braucht man nicht zu bezweifeln. Frau Roland-Holst tröstet sich mit der billigen Redensart, kein Führer sei unersetzlich, die Organisation brächte neue hervor. Ja doch, aber wann? Und wenn die Organisation überhaupt zerstört wird? Wer sich einreden wollte, dass die Staatsgewalt im entscheidenden Moment dieser Machtmittel vergessen würde, gliche dem Vogel Strauss, der den Kopf in den Sand steckt.

SELBSTVERSTÄNDLICH sind es nicht die formalen Befugnisse der Behörden in Deutschland, auf die es ankommt, sondern die Gewissheit, dass sie angewendet werden würden. In Ländern, wo die Macht oder das Selbstvertrauen der Herrschenden so schwach und eine revolutionäre Tradition so stark ist, dass die Regierung den Generalstreik gewähren lassen muss, mag er Erfolge haben, für Deutschland trifft das nicht zu. Die Schilderung der Frau Roland-Holst nimmt auch hier wieder die günstigste Möglichkeit als allgemeine Norm an. Sie meint, keine Regierung werde es mit leichtem Herzen dazu kommen lassen, dass auf eine unbewaffnete Menge geschossen werde, und sie hofft auf die menschlichen Empfindungen der Soldaten. Nun, für die Erschossenen ist es ziemlich gleichgültig, ob sie schweren oder leichten Herzens erschossen werden, und ob ihnen die menschlichen Empfindungen der Schützen ins Graben folgen, oder nicht, die ganze Sache lässt sich aber nicht mit solchen optimistischen Redensarten abtun. Ich muss nur beiläufig wieder darauf hinweisen, was für ein Hohngeschrei die anschlagen würden, die jetzt das Buch der Frau Roland-Holst empfehlen, wenn sie einen andren hätten bezichtigen können, seine politischen Pläne auf die Humanität der Regierung und der Armee aufzubauen. In Deutschland, das ist bekannt genug, gibt es Scharfmacher, die nie verhehlt haben, dass sie ein Blutvergiessen, eine gewaltsame Vernichtung der Arbeiterbewegung für das einzige Mittel halten, um das Vaterland zu retten, das sie selbstverständlich mit ihrer eignen Machtstellung identifizieren. Diese Leute würden jeden Vorwand mit Freude aufgreifen, zumal wenn er ihnen zugleich die Zustimmung des Bürgertums zur Entrechtung des Volkes verschaffen würde. Leider sind diese Leute einflussreich genug. Daneben aber mag es wohl recht viele geben, die *nicht mit leichtem Herzen* auf das unbewaffnete Volk schiessen lassen würden, und ebenso gewiss würden in der Armee viele mit menschlichen Empfindungen auch der wehrlosen Opfer einer Strassenschlacht gedenken; aber es heisst die Seelenverfassung dieser Kreise absolut falsch beurteilen, wenn man meint, dass dies sie am Schiessen und Einkerkern hindern würde. Alle diese Leute glauben

noch an ihre Pflicht, vor allem die *Ordnung* aufrechtzuerhalten und zu diesem Zwecke rücksichtslos die schärfsten Mittel anzuwenden, und sie denken nicht daran, sich deswegen Gewissensbisse zu machen, auch wenn es ihnen persönlich lieber wäre, das Äusserste vermeiden zu können. Genau so steht es auch mit den Soldaten und Unteroffizieren, die noch viel fester im Mechanismus der staatlichen Organisation drinstecken.

AUCH wir Sozialdemokraten glauben freilich an unser Recht, aber der Unterschied ist eben, dass die Gegner die Machtmittel haben, und wir nicht. An seine Sache glauben, das darf und soll jeder, das ist die Grundlage allen grossen Strebens, aber sich einzureden, man hätte eine Macht, die man tatsächlich nicht besitzt, das ist weder klug noch mutig. Vielmehr ist es Mut, die Augen aufzumachen, um klar zu sehen, welche Gefahren einen umgeben, was man kann und nicht kann. Der politische Massenstreik würde in Deutschland heutzutage unvermeidlich zu entscheidenden Strassenschlachten zwischen Volk und dem Heer führen. Dass in diesen das Volk unterliegen müsste, bestreitet wohl niemand. Deshalb verspricht ein solcher Streik der deutschen Sozialdemokratie nicht nur keinen Erfolg, sondern er würde ihr eine sichere Niederlage, die Vernichtung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation bringen und eine extrem reaktionäre Politik zur Folge haben, die vielleicht die ganze Zukunft eines demokratischen Sozialismus in Deutschland gefährden könnte.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL KAMPFFMEYER · ZUR MAIFEIERFRAGE

ALS stärkste politische Partei Deutschlands muss die Sozialdemokratie ihren Kongressen stets einen allgemeinen, das politische Leben der Nation bewegenden Inhalt zu geben wissen. Bei ihren Tagungen darf sie nie der Gedanke verlassen, dass sie stets ein Stück gründlicher politischer Werbearbeit zu verrichten habe. Eine Partei, deren Ziele sich nur durch eine sozialistisch überzeugte Majorität des Volkes verwirklichen lassen, muss ständig zum Volke selbst, und nicht nur zu einem kleinen Bruchteil engerer Anhänger sprechen.

EINE Führerin der Volksmasse will die Sozialdemokratie sein. Deshalb begeistert sie sich auch so stürmisch für die Maifeier, weil ja der 1. Mai ein Tag des Massenaufgebotes ist. Als Vertreterin der Masse hat die Sozialdemokratie ein Lebensinteresse an der Erweiterung und Vertiefung der Maibewegung. In der Maibewegung marschieren nicht einzelne Repräsentanten der Masse, nein, da marschieren die Massen einmal selbst auf.

DIE Maifeierfrage ist nicht nur eine Frage der Niederlegung der Arbeit am 1. Mai. Zu einer Arbeitsruhefrage wurde sie einseitig von der sozialdemokratischen *Opposition,* von den *Jungen* der Jahre 1890 und 1891 gestempelt. Die Niederlegung der Arbeit am 1. Mai ist nur eine besondere Form der Maifeier, sie ist die Maifeier nicht selbst. Die Arbeitsruhe als Maifeierform hat sich da und dort bei der grossindustriellen Arbeiterschaft eingeführt. Die Arbeitsruhe am 1. Mai macht wohl geringe Fortschritte im Proletariat, aber sie macht immerhin Fortschritte. Wo sich in der Arbeiterschaft die Arbeitsruhe als Institution eingelebt hat, da darf man sie nicht kurzer Hand wieder

beseitigen. Oft war sie das Resultat erbitterter Kämpfe. Einen Kampfpreis wirft man nicht leichten Herzens weg. An vielen Orten, in denen ein jahrzehntelanger Feldzug um die Arbeitsruhe geführt wurde, würde die Verzichtleistung der Sozialdemokratie auf die Arbeitsruhe direkt als eine von dieser Partei selbst niedergeschriebene Ohnmachtserklärung empfunden werden, als ein offenes, von ihr laut verkündetes Eingeständnis, dass es ihr an wirklicher Kraft zur allmählichen Einführung der Arbeitsruhe gebricht. Das an sich schon sehr gehobene Machtbewusstsein des scharfmacherischen Unternehmertums dürfte erheblich in die Breite und Tiefe wachsen, wenn sich die Sozialdemokratie zu einem förmlichen Begräbnis der Arbeitsruhe am 1. Mai entscheiden würde. Und das muss vermieden werden.

DAS *Aussprechen dessen, was ist,* muss vor allem den scharfblickenden und klar handelnden Sozialpolitiker auszeichnen. Wäre die Kraft des Maifeiergedankens wirklich völlig erlahmt, so müsste sich dieser Sozialpolitiker auch dazu verstehen, der verblichenen Idee der Maifeier offen einen Totenschein auszustellen. Von einem Zusammenbruch des Maifeiergedankens kann aber nicht die Rede sein. Die Maifestidee der heissblütigen oppositionellen Sozialdemokratie der neunziger Jahre erlitt in der Tat Schiffbruch, nicht aber der Maifestgedanken der sozialdemokratischen Gesamtpartei.

DIE sozialdemokratische *Opposition* erblickte in der Arbeitsruhe die eigentliche Seele der Maifeier. Sie wollte am 1. Mai kein Fest feiern, sondern eine Schlacht schlagen. Sie wollte schlagen, ohne zu feiern, während ein grosser Teil der sozialdemokratischen Partei nur feiern wollte, ohne zu schlagen, und daher ängstlich jeden Konflikt mit dem Unternehmertum vermied. Die grundsätzliche Auseinandersetzung der Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum in der Form einer erzwungenen Arbeitsruhe, das war das eigentliche Maiprogramm der sozialdemokratischen *Opposition.* Die Festesfreude zur Anfeuerung der Arbeiterschaft zur schrittweisen Erringung des Achtstundentags fand in dem Herzen dieser *Opposition* keinen Raum. In ihrem Denken und Fühlen sang und klang immer der Vers *Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.* Der 1. Mai sollte nach der Ansicht der *Jungen* ein kühner Handstreich gegen das Unternehmertum sein. Gegen diesen Handstreich erhob die sozialdemokratische Fraktion die schwersten Bedenken. In dem Siegestaumel, der nach dem grossen Wahlsiege des Jahres 1890 die grossstädtischen Arbeitermassen erfasst hatte, behielten die führenden Köpfe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion klare, die Wirklichkeit der vorhandenen Machtverhältnisse erfassende Augen. Sie sahen die Unmöglichkeit einer Überrumpelung der Kapitalistenklasse in der Frage der allgemeinen Arbeitsruhe ein und warnten die Arbeiter vor den Gefahren einer allgemeinen Niederlegung der Arbeit. Seit diesem entscheidenden Schritte der sozialdemokratischen Fraktion befestigte sich in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft mehr und mehr die Überzeugung: die Arbeitsruhe am 1. Mai lässt sich nicht durch einen Handstreich mit einem Schlage einführen, sondern sie muss allmählich durchgesetzt werden. Es würde sich empfehlen, wenn der sozialdemokratische Parteitag in Jena direkt diesen Gedanken in einer Resolution aussprechen würde. Die Resolution müsste ferner betonen, dass die Sozialdemokratie die Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zu einem grundsätzlichen Kampf um die wirtschaftliche Macht zwischen der Arbeiter- und der Kapitalistenklasse machen wolle, denn

die Arbeitsruhe kommt für sie nur als e i n e Form des Maifestes neben anderen in Frage.

WENN heute die Sozialdemokratie die Niederlegung der Arbeit am 1. Mai zu einem prinzipiellen Kampf gestalten wollte, so würde sie nach den bisherigen nicht sehr ermutigenden Erfolgen bei der Durchführung der Arbeitsruhe sicher eine gewaltige Niederlage erleiden. Die relativ geringe Beteiligung der Massen an der Arbeitsruhe während der verflossenen 15 Jahre dürfte die Bourgeoisie, wenn die Arbeitsruhe feierlich von der Sozialdemokratie als eine Machtfrage proklamiert würde, zu dem äussersten Widerstand gegen eine erzwungene Niederlegung der Arbeit ermutigen. Die Arbeiter aber, die ja die Illusion von der leichten Durchführbarkeit der Arbeitsruhe verloren haben, würden sich nicht tollkühn in die Durchführung dieser Ruhe stürzen. Die Bedingungen, die bei dem Enthusiasmus der Massen früher vielleicht einmal sehr günstig für die Durchsetzung der Arbeitsruhe lagen, kehren eben nicht wieder, sondern sie sind unwiederbringlich dahingegangen.

NEHMEN wir nun für einen Augenblick an, die Sozialdemokratie würde tatsächlich die Niederlegung der Arbeit in ihr taktisches Programm stellen, so wäre sie verpflichtet, sofort einen grossen Kriegsfonds für die praktische Durchführung der Arbeitsruhe zu schaffen. Neben einer Million organisierter Anhänger zählt die Sozialdemokratie weit über eine Million unorganisierter. Wenn sie nun die Arbeitsruhe als eine sozialdemokratische Parteisache von prinzipieller Wichtigkeit bezeichnen würde, so müsste sie für den Kampf für die Arbeitsruhe auch die Mittel zur Rückenstärkung von Millionen organisierter und unorganisierter Arbeiter in Bereitschaft setzen. Zu diesem Schritte dürfte sich aber die Partei nimmer verstehen, da er ja neben einer totalen Umgestaltung der finanziellen Verhältnisse der Partei eine nicht unerhebliche Änderung in ihrer Taktik herbeiführen würde. Wer aber eine wesentliche Umwälzung der materiellen und taktischen Verhältnisse der Sozialdemokratie zu gunsten der Einführung einer allgemeinen Arbeitsruhe nicht will, der habe die Ehrlichkeit, zu erklären, dass er die Frage der Arbeitsruhe nicht zu einer Machtprobe zwischen Arbeiter- und Kapitalistenklasse gestalten will. Gerade im Hinblick auf die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai mangelt es häufig den Arbeitergruppen, die sich zu Anwälten der selben machen, an dem nötigen Verantwortlichkeitsgefühl. Betreiben zum Beispiel die politischen Organisationen einer Stadt mit leidenschaftlichem Eifer die Niederlegung der Arbeit am 1. Mai, so sollen sie auch die Kriegskosten für den Maifeldzug tragen. Fort mit einer Arbeitsteilung, die etwa den Politikern die schönen Worte für die Arbeitsruhe überlässt, die schweren, opferreichen Taten zu deren Erringung aber den Gewerkschaften aufbürdet! Die Arbeitsruhe kann eben nur auf dem Wege freier Vereinbarung der Arbeiter mit den Kapitalisten und vermittelst zahlreicher die Position der kämpfenden Arbeiter nicht verschlechternden Kleinkriege allmählich ins Leben treten.

DER eigentliche Schöpfer des Maifestes, der internationale Kongress des Jahres 1889, sah in der Arbeitsruhe am 1. Mai durchaus nicht den eigentlichen Zweck der Maifeier. Er ordnete vielmehr die Arbeitsruhe dem grossen Zweck der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden unter. Die Arbeitsruhe kam für ihn nur deshalb in Frage, weil diese Ruhe die würdigste Form der Maifeier bedeutete. Nicht um 10 oder 12 Arbeitsstunden, nicht um einen freien Tag

im Jahre sollten sich die Arbeiter rüsten, sondern um die tägliche Verkürzung der Arbeitszeit um 2 bis 3 Stunden, um die Erringung mehrerer freier Wochen im Jahre. Die täglichen freien Arbeitsstunden summieren sich eben zu freien Arbeitswochen in einem Jahre.

DIE Durchführung der Arbeitsruhe um jeden Preis kann unter Umständen sehr ernsthaft den wirklichen Zweck der Maifeier, die allmähliche Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 8 Stunden, gefährden. Der Eroberungszug der Arbeiterschaft zur Erringung des einen freien Tages im Jahre kann, wenn er unbesonnen geführt wird, das ganze kapitalistische Unternehmertum so mobilisieren, dass eine wirkliche Verkürzung der Arbeitszeit auf Jahre hinaus unmöglich wird. Würde dies das Resultat einer einmal erzwungenen Arbeitsruhe sein, so wäre in der Tat das eigentliche Ziel der Maifeier, die Verkürzung der Arbeitszeit, von der Arbeiterschaft fort-, und nicht ihr näher gerückt. Der Parteitag in Jena würde daher ein nützliches Werk im Interesse der für die Verkürzung der Arbeitszeit ringenden Arbeiter tun, wenn er in einer Resolution den wirklichen Zweck der Maifeier nochmals klar darlegen würde. Die Darlegung könnte ungefähr so lauten:

Die Maifeier ist der Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden gewidmet. Die Form der Maifeier muss unbedingt diesem Zwecke, der Verkürzung der Arbeitszeit, untergeordnet werden. Die Arbeitsruhe ist die würdigste Form der Maifeier, aber sie ist nicht Selbstzweck dieser Feier. Die Erringung der Arbeitsruhe stellt sich nicht als ein grosser prinzipieller Kampf um die Macht zwischen dem Unternehmertum und der Arbeiterschaft dar. Die Arbeitsruhe wird schrittweise durch freie Vereinbarungen der Arbeiter mit den Unternehmern oder vermittelst lokaler, die Lebensinteressen der Arbeiter nicht gefährdender Kämpfe eingeführt. Die Arbeitsruhe als eine Maifestform darf *nur dann* von den Arbeitern erstrebt werden, wenn diese Form nicht dem eigentlichen Ziele der Maifeier, der Verkürzung der Arbeitszeit, entgegenwirkt und die Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse benachteiligt. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die sich die Durchführung der Arbeitsruh speziell zum Ziel gesetzte haben, müssen auch die hieraus entstehenden Kosten tragen.

Die hier entwickelten Gedanken enthalten keinen Verzicht auf die Arbeitsruhe am 1. Mai. Sie lassen die Arbeitsruhe als die würdigste Form der Maifeier erscheinen, aber nur als eine der Verkürzung der Arbeitszeit gewidmete Form des Maifestes, eine Form, die den eigentlichen Inhalt der Maifestidee, die Einschränkung der Arbeitszeit, nicht verletzen darf. Wir glauben, dass eine Maifeierresolution, die die hier niedergeschriebenen Ideen zum Ausdruck bringt, in keiner Weise die Lebensinteressen der Gewerkschaften wirklich berührt. Dort, wo sich die Arbeitsruhe als Einrichtung bereits eingeführt hat, bleibt sie bestehen. Sie ist ja für die Arbeiterschaft dann kein Kampfobjekt mehr. An den Orten, wo Arbeiter und Unternehmer über die Arbeitsruhe freie Vereinbarungen treffen, wird sie neu eingeführt. Der Prozentsatz von Arbeitern, der mit Zustimmung der Unternehmer am 1. Mai feiert, ist heute schon nicht unbedeutend. Von 17200 feiernden Metallarbeitern in 123 Orten feierten 4500 mit Einwilligung ihrer Unternehmer. Dort, wo die Gewerkschaften ohne Schädigung ihrer Bestrebungen um Verkürzung der Arbeitszeit und um Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter die Arbeitsruhe durchsetzen können, streben sie diese Ruhe an. *Wir wollen aus der Maifeier alles das herausbringen, was an eine gigantische Entscheidungsschlacht zwischen zwei*

Klassen um die Macht erinnert, und wir stehen mit dieser unserer Absicht, glauben wir, nicht allein da. Der Abgeordnete Fischer wollte auf dem Münchener Parteitage /1902/ die Maidemonstration ebenfalls nicht zu einer Kraftprobe zwischen der wirtschaftlichen Macht der Unternehmer und der Arbeiterklasse werden lassen. Die Maifeier ward eben von dem ersten Pariser internationalen Kongress als ein blosses Fest gedacht, das bescheiden in den Dienst einer grösseren Sache, der Verkürzung der Arbeitszeit, zu treten habe. Man kämpft Macht gegen Macht um eine wirkliche Verkürzung der Arbeitszeit, nicht aber um einen einzigen, nur der Idee der Verkürzung der Arbeitszeit gewidmeten Festtag. Man soll nur Opfer um eine Sache bringen, um die sich das Opfer lohnt. Eine wirkliche ernsthafte Feldschlacht um die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um ½ bis 1 Stunde, ein kleines Geplänkel um einen einzigen, zum Teil bei Spiel und Tanz verbrachten Feiertag!

IN dem internationalen Maifest wirkt sich nun neben der Idee des Achtstundentags noch der Gedanke des Weltfriedens aus. Und diesen Gedanken müssen wir gerade bei der Bewertung der Maifeier noch erörtern. Gerade die Propaganda der Völkerverbrüderung harrt noch sehr der Ausgestaltung. Es ist ja ganz erfreulich, wenn am 1. Mai diesseits und jenseits der Vogesen donnernde Hochs auf die Völkerverbrüderung ausgebracht werden, aber diese Hochs kitten nur kleine Bruchteile der Völker recht äusserlich und nur auf wenige Stunden zusammen. Die chauvinistische Seelenvergiftung beginnt bereits bei den deutschen und französischen ABC-Schützen. Der chauvinistische Schwindel tollt sich masslos in den deutschen und französischen Schulbüchern, Jugendschriften etc. aus. Eine Beseitigung des völkerverhetzenden Unfugs ist vorläufig von *oben*, von seiten des Staates, nicht zu erhoffen. Also muss die Sozialdemokratie in den Rock des Schulmeisters schlüpfen und ein Stück Jugenderziehung betreiben. Es wäre zu wünschen, dass sich die Sozialisten Deutschlands und Frankreichs einmal über eine gemeinsame Aufklärungsaktion zu gunsten der heranwachsenden chauvinistisch verbildeten Schuljugend verständigten. In den Millionen von Kalendern, die die deutsche Sozialdemokratie über grosse Teile Deutschlands verbreitet, kann sie schon den Geschichtslügen unserer Chauvinisten über das französische Volk und seine Geschichte beikommen. Franzosen und Deutsche müssen über die für ihre Geschichte grundlegenden Ereignisse in übereinstimmender Darstellung Licht verbreiten. Die Arbeiterpresse hat namentlich für die wesentlichen Erscheinungen des internationalen politischen und kulturellen Lebens mehr Raum, als bisher, freizugeben. Durch das Studium der ökonomischen und politischen Institutionen der Kulturvölker bricht sich ein schnelleres Erfassen der bewährten internationalen Einrichtungen Bahn. Es rücken die Völker gerade dadurch immer näher und näher zusammen, dass sie bei dem Aufbau ihrer ökonomischen und politischen Institutionen von den gemeinsamen Grundgedanken geleitet werden. Das Maifest des internationalen Proletariats sollte jeweilig in seinen Festzeitungen und Festreden eine Übersicht über die grossen Ereignisse in der Geschichte der Kulturvölker des letzten Jahres bringen und auf die Aktionen hinweisen, die im Interesse der Verbrüderung aller Kulturvölker geboten sind.

DAS Maifest hat eine Fülle politischer und kultureller Aufklärungsarbeit zu

verrichten. Und mit der Ausdehnung und Vertiefung dieser Arbeit wird die Bedeutung der Maifeier wachsen. Gerade die sozialdemokratische Bewegung als politische und als Kulturbewegung hat ein Lebensinteresse an der Erweiterung des kulturellen Aufgabenkreises der Maifeier. Die internationalen religiösen Kultusfeste muss die Sozialdemokratie durch das weltliche internationale Kulturfest des 1. Mai überstrahlen lassen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HUGO LINDEMANN · ZENTRALISMUS UND FÖDERALISMUS IN DER SOZIALDEMOKRATIE



JULIUS Bruhns führt in seinem, im Juniheft dieser Zeitschrift veröffentlichten Artikel *Zur Neuorganisation der Partei* die Ansicht der Parteipresse an, dass die den Genossen vorgelegte Arbeit der Organisationskommission den goldenen Mittelweg zwischen den föderalistischen Neigungen der einen und den zentralistischen Bestrebungen der anderen Seite innehalte. Persönlich ist er der Ansicht, dass die Zentralisten doch erheblich grössere Ursache zur Zufriedenheit mit dem neuen Statutenentwurf hätten, als die Föderalisten, da der Entwurf tatsächlich eine erhebliche Abkehr vom föderalistischen Prinzip und einen entsprechend grossen Schritt hin zur reinen Zentralisation bedeute. Genosse Bruhns hat mit dieser Einschätzung des Organisationsentwurfes ohne Zweifel recht: er bedeutet einen Sieg des zentralistischen Prinzips in der Organisation der Partei, der von jedem Freunde des Föderalismus nur mit dem grössten Bedauern beobachtet werden kann. In der Tat scheinen die Zentralisten in unserer Partei das Vorbild der zentralisierten staatlichen Bureaukratie mit Erfolg nachahmen und ihre Kopie der sozialdemokratischen Bewegung als Angebinde bescheren zu wollen. Die Versuchung liegt ja nahe, die Organisation der staatlichen Bureaukratie, mit der man im täglichen Kampfe steht, zu kopieren, weil die Geschlossenheit der selben, das einheitliche Zusammenwirken der verschiedenen Glieder auf die Direktive der leitenden Instanzen hin imponiert. Nur begeht man bei der Übertragung solcher Organisationsformen den grossen Fehler, nicht in genügender Weise zu untersuchen, ob sie denn auch für solche Organisationen geeignet sind, für die sie nicht ursprünglich geschaffen waren, ob nicht die wenigen Vorteile, die sie besitzen, sich unerbittlich zu schweren Nachteilen ändern müssen. Nun sind aber staatliche Bureaukratie und politische Partei offenbar so grundverschiedene Organisationen, dass nichts verkehrter ist, als die Formen der einen auf die andere übertragen zu wollen. Das tut aber gerade das neue Organisationsstatut. Der Parteivorstand erhält in ihm eine Stellung, die man mit der Zentralinstanz der Bureaukratie, dem Ministerium, vergleichen kann. Ihm haben zum Beispiel die Vertrauenspersonen der einzelnen Wahlkreise alljährlich Bericht zu erstatten, und zwar über Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder. Den gleichen Bericht haben die Vorstände der Bezirksverbände und Landesorgani-

sationen abzustatten. Der Parteivorstand entscheidet über Differenzen bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen, er kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, er zieht 25 % der aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen für seine Zwecke ein, er stellt die Parteisekretäre an, er beruft die Schiedsgerichte, bezeichnet den Vorsitzenden derselben u. s. w., u. s. w. Kurz, er ist gegenüber den unteren Instanzen mit einer Machtfülle ausgestattet, die unseren Vergleich mit einem staatlichen Ministerium vollständig rechtfertigt. Noch schärfer tritt aber die zentralistische Tendenz in der Art und Weise hervor, wie das Verhältnis des Vorstandes zu den Landesorganisationen geregelt werden soll. Es heisst ja allerdings in § 8, dass den Landesorganisationen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt. Aber in allen entscheidenden Punkten tritt der Vorstand mit den Wahlkreisorganisationen, und diese mit dem Vorstande, direkt in Verbindung, ist kein Platz für die Landesorganisationen gelassen.

ES ist nicht unsere Aufgabe, dieses Vorherrschen des Zentralismus, der stets die Gefahr des Bureaukratismus mit sich führt, in dem Organisationsentwurf in allen Einzelheiten aufzuweisen. Die wenigen Punkte, die wir hervorgehoben haben, genügen bereits, um klar genug zu zeigen, wie die zentralisierende Tendenz das gesamte Organisationsstatut beherrscht. Diese Tatsache selbst ist nur ein Ausfluss der allgemeinen zentralistischen Gesinnung, von der die Partei vom Beginn ihres Bestehens an auch jetzt noch erfüllt ist. Die Partei ist traditionell zentralistisch. Erst seit noch nicht langer Zeit machen sich auch föderalistische Anschauungen in ihr bemerkbar, die naturnotwendig in dem Masse an Umfang und Stärke gewinnen müssen, wie die Partei sich an der praktischen Verwaltungsarbeit in Staat und Gemeinde beteiligt und zugleich über den engen Zusammenhang von Selbstverwaltung und Dezentralisation zur Erkenntnis kommt.

DIE historischen Wurzeln der traditionellen zentralistischen Auffassung der Partei sind wirtschaftlicher, wie politischer Natur. Überall, wo der Kapitalismus in den Feudalstaaten sich zu entwickeln anfängt, steht er im schärfsten Gegensatze zu der wirtschaftlichen Zersplitterung der Ländergebiete, wie sie der Feudalismus mit sich gebracht hatte. Die Absperrungen der einzelnen Landschaften durch Zölle u. s. w., die Verschiedenheit der Belastungen durch Abgaben und andere Rechte standen seiner Entwickelung hinderlich im Wege. Daher hatte er überall eine unifizierende und zentralisierende Tendenz, die der Entwickelung einer starken zentralen Staatsautorität zu gute kam. Das ist auch in Deutschland nicht anders gewesen. Der sich entwickelnde Kapitalismus ist der mächtigste Förderer des deutschen Einheitsstaates geworden, der nicht einmal vor landesverräterischen Umtrieben gegen die angestammten Landesherren zurückschreckte. Als Kind des Kapitalismus übernahm die Sozialdemokratie diese zentralistische Staats- und Gesellschaftsauffassung, wie so manche andere Auffassungen des Liberalismus, ohne sie einer selbständigen Prüfung zu unterwerfen. Unterstützt wurde diese zentralistische Auffassung durch das Ideal der einheitlichen Leitung der gesellschaftlichen Produktion, das der Sozialismus im Gegensatz zu der Anarchie der *individualistischen* Wirtschaftordnung entworfen hatte. Dies Ideal stellte man sich aber rein schematisch vor. Man übertrug ohne weiteres den Zentralismus der staatlichen

Organisation, die in erster Linie den politischen Zwecken der Klassenherrschaft diente, auf die neu zu schaffende wirtschaftliche Organisation, weil man sich eine planmässig geleitete Produktion nicht anders, als zentralisiert, unter zentralistischer Leitung denken konnte. Es ist das notwendige Erbteil des Utopismus, das einer Wirtschafts- und Gesellschaftsauffassung anhaften muss, die ihr Ideal in der Zukunft hat. Der Utopismus ist zeitlich der sozialdemokratischen Bewegung vorausgegangen und hat ihre Gedankenwelt aufs tiefste beeinflusst. Alle Utopieen aber sind als Ideenschöpfungen ihrem Wesen nach zentralistisch und mussten es sein, da planmässiges Zusammenwirken in der Produktion als etwas Zukünftiges, in der Idee Existierendes, nur nach dem Schema der Zentralisation gedacht werden kann.

POLITISCH wurzelt die zentralistische Auffassungsweise der Sozialdemokratie einmal in den Traditionen der französischen Revolution von 1789 mit ihrem streng zentralistischen Staatsideal, zum andern in ihrem Zusammenhange mit den revolutionären Gesellschaften und Bewegungen des XIX. Jahrhunderts. Der Gedanke der *proletarischen Diktatur* ist der konzentrierte Ausdruck dieses politischen Zentralismus.

GEHEN wir nunmehr dieser zentralistischen Auffassung im einzelnen nach. Der Zentralismus der Sozialdemokratie zeigt sich vor allem in der übermässigen Betonung des Reichsgedankens, des Einheitsstaates gegenüber den einzelnen Bundesstaaten, die manchmal geradezu grotesk wirkt, wenn man bedenkt, dass die Befehdung und Unterdrückung der Einzelstaaten einem anderen Einzelstaate, nämlich Preussen, zu gute kommen muss. Die ganze Agitation und sonstige Tätigkeit der Partei war und ist auch heute noch in erster Linie auf das Reich zugeschnitten. Gewiss hat man sich auch schon früh und mit Erfolg an Landtagswahlen beteiligt. Aber auch in den Landtagen trieben die Vertreter vornehmlich allgemeine Politik, das heisst Reichspolitik. Ein Eindringen in die eigentliche Landesverwaltung fand anfangs gar nicht statt. Das ist erst in den letzten 15 Jahren besser geworden, seitdem mit dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung es gelang, eine grössere Anzahl von Vertretern in die Landtage zu senden, und diese gezwungen wurden, an der Landtagstätigkeit und damit an der Verwaltung des Landes ganz anders teilzunehmen, als zuvor. Das gilt besonders für die süddeutschen Staaten, bei denen sich die Entwickelung der Landespolitik in direktem Gegensatze zu Preussen bewegt. Ohne dass man die politischen Reformen der süddeutschen Staaten irgendwie überschätzt, muss ihnen so viel zugestanden werden, dass sie gegenüber der absoluten Stagnation, der unbeschränkten Vorherrschaft der Reaktion in Preussen eine wichtige Oase des politischen Fortschrittes sind. Ihre Bedeutung besteht darin, dass sie das schrankenlose Überwuchern der Reaktion in Deutschland, das jedesmal von Preussen ausgeht, aufhalten und verhindern, und dass sie dem Reichstagswahlrecht einen Schutz gewähren, den unsere Partei allein ihm nicht zu gewähren vermöchte. Es ist selbstverständlich, dass die süddeutsche Sozialdemokratie diese Fortentwickelung der politischen Verfassung der Einzelstaaten aufs allerlebhafteste unterstützt. Um so bedauerlicher ist es, dass dagegen in der norddeutschen Sozialdemokratie nicht das ausreichende Verständnis dafür vorhanden ist, welch grosse Bedeutung diese süddeutschen Wahlrechtsreformen auch für die preussische und Reichspolitik haben. Der Gegensatz zwischen der absoluten Reaktion des

Nordens und den zwar langsamen, aber doch vorhandenen Fortschritten des süddeutschen Staatenlebens wäre ganz allgemein gerade von unserer Partei aufs nachdrücklichste hervorzuheben und auszubeuten, statt dass man stets in den Reformvorlagen der süddeutschen Regierungen nur den Ausdruck politischer Heuchelei erblickt. Unsere Presse kann sich nicht genug tun in der Verspottung des Partikularismus — die Duodezstaaterei ist selbstverständlich ausgeschlossen —, der doch ganz gewiss keine Gefahr mehr für die Einheit des Reiches, kein Hindernis mehr für die wirtschaftliche Entwickelung ist, und dem man schliesslich nur den einen Vorwurf machen kann, dass er teurere Verwaltung bedeutet. Bei dem letzteren wäre immerhin noch die Frage zu untersuchen, ob die teurere Verwaltung sich nicht durch andere Vorzüge ausgleicht. Die Gefahr in Deutschland ist heutzutage nicht der Partikularismus, sondern die Borussifizierung. Gegen sie sind Gegengewichte dringend nötig und wünschenswert, und die Sozialdemokratie würde nur im eigensten Interesse, wie in dem des politischen Fortschritts handeln, wenn sie die vorhandenen Gegenkräfte möglichst zu stärken suchte. Gegen diese Ausführungen wird man als Einwand die politische Ohnmacht der Kleinstaaten ausspielen. Selbst zugegeben, dass sie vorhanden ist, so hat die Sozialdemokratie doch nicht den geringsten Anlass, sie zu akzentuieren, statt ihr zu Hilfe zu kommen. Mit welchem Recht deklamiert man gegen die unter dem Drucke Preussens erfolgte Ausweisung Pernerstorfers, das Redeverbot in Constanz etc., wenn man nicht das geringste tut, die Einzelstaaten in ihrem Widerstande gegen Preussen zu kräftigen?

DIESER gewaltsam oft an den Haaren herbeigezogene Appell an das Reich über den föderalistischen Charakter des selben hinüber, wie zum Beispiel in Schulsachen die Forderung einer Reichsschule, ist im Grunde nur eine Folge der Ohnmacht der Sozialdemokratie in Preussen. Wenn man die Entwickelung überblickt, die das Verhalten der preussischen Sozialdemokratie gegenüber dem Staate eingeschlagen hat, so kann man die selbe nicht von einem schweren Fehler freisprechen. Sie hat nur allgemeine Agitation getrieben, nicht aber preussische Landespolitik. Seit wann beteiligt sie sich denn an den preussischen Landtagswahlen? Sollte man es für glaubhaft halten, dass erst im Jahre 1903 ein Handbuch für Landtagswähler erschienen ist, in dem zum ersten Male der Versuch gemacht wurde, eine zusammenfassende Darstellung der preussischen Landespolitik und ihrer Bedeutung für die Sozialdemokratie zu geben! Noch gibt es keine eigentliche preussische Organisation. Auch dies ist eine Folge des Zentralisationsfanatismus, der dem Parteivorstand alles überträgt, statt das fruchtbare Prinzip der Teilung der Arbeit anzuwenden. Man hat einen Parteisekretär mehr angestellt, man empfiehlt die Schaffung von Bezirksorganisationen und glaubt, damit den Bedürfnissen der preussischen Agitation und Organisation genügt zu haben. Der mit Verwaltungs- und sonstigen Geschäften überhäufte Parteivorstand ist überhaupt nicht in der Lage, der preussischen Landespolitik die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die sie verdient. Daher Erscheinungen, wie die Behandlung der Schulfrage in Bremen, wo man den springenden Punkt ganz verkannte, eine allgemeine Resolution über die Volksschule als allgemeine Bildungsanstalt fasste, während es sich um das ganz spezielle Vorgehen gegen den preussischen *Schulkompromiss* handelte. Auf der andern Seite zeigt der Preussentag, wie die Notwendigkeiten der preussi-

schen Politik die preussischen Genossen zu gemeinsamem Vorgehen, zur Abhaltung besonderer Parteitage zwingt. Auch die preussische Landesorganisation wird daher nur eine Frage der Zeit sein. So viel ergibt sich als sicher, dass der unbefriedigende Zustand in Preussen zum Teil eine Folge zu weit getriebener Zentralisation, einer Überschätzung des Zentralismus ist.

WEM kommt aber die Verstärkung der Reichsgewalt, die Schwächung des bundesstaatlichen Einflusses zu gute? Ausschliesslich Preussen. Was ist die Reichsverwaltung? Eine preussische Filiale. Was würden Reichseisenbahnen, wenn sie zurzeit Wirklichkeit würden, anders sein, als die Stabilisierung der preussischen Herrschaft auf dem Gebiete des Verkehrswesens? Was würde die Reichsschule anders werden, als die Versumpfung der Volksschule in der preussischen Stagnation? Bei dieser Sachlage wird die immer wieder erhobene Forderung nach radikaler Ausrottung der Kleinstaaten zu einem Beweise dafür, wie versteinerte Schlagworte jede die realen Verhältnisse richtig abschätzende Politik unmöglich machen. Ja, wenn es sich um *die eine rote Republik* handelte! Und nicht um die preussische Monarchie! Und selbst jene Republik müsste im Interesse zweckmässiger Verwaltung die Selbstverwaltungs körper wieder schaffen, ohne die auch sie nicht zu existieren vermöchte. Es ist aber schlechte Politik, aus Lust an der Schablone historisch gewordene Kräfte zu zerstören, statt sie zu den gewollten Zwecken zu benutzen und umzumodeln.

DIESE unreale Unterschätzung der kleinen Staaten, die man alle in einen Topf wirft, ganz einerlei, ob es Lippe oder Bayern ist, führt sogar dazu, dass man die demokratische Gesinnung ihrer Bevölkerung, wie zum Beispiel in Württemberg und anderen süddeutschen Staaten, die Demokratie ihrer Verfassung geradezu als eine Rückständigkeit vorhält, die überwunden werden muss, um auch den zurückgebliebenen Süden zu theoretisch unanfechtbaren preussischen Zuständen zu bringen. Weil nach *Schema F* es nur eine Verschärfung der Klassengegensätze geben kann, die zu politischen Katastrophen führen muss, werden die Länder, in denen sich das Schema nicht oder doch nur sehr unvollkommen bewährt, wo trotz aller Verschärfung der Gegensätze doch politische Fortschritte gemacht werden, ohne weiteres in die Rumpelkammer geworfen. So geht es England und Frankreich, so geht es auch den süddeutschen Staaten, die sich absolut nicht nach der preussischen Schablone entwickeln wollen.

WIE die Unterschätzung der Landespolitik gegenüber der Reichspolitik, so ist auch die Unterschätzung der Kommunalpolitik in gleicher Weise eine Folge des Zentralisationsfanatismus. Mit wohlfeilem Spott redet man von dem *Wasser- und Gassozialismus,* als ob sich die gesamte Kommunalpolitik in der Beschaffung von Wasser und Gas erschöpfte. Wozu auch die mühselige Kleinarbeit auf dem unendlichen Gebiet der inneren Verwaltung, wenn der grosse Tag alles auf einen Schlag bringt, wenn in der *Diktatur des Proletariats* die zentrale Gewalt das Werdewort der neuen Gesellschaft spricht! Aber nicht nur in der Unterschätzung aller der neuorganisierenden, umgestaltenden Mitarbeit an der heutigen Verwaltung, vor allem auch in der Auffassung des Verhältnisses von Staat und Gemeinde feiert die Zentralisationsschwärmerei ihre Orgien. Wenn Sozialdemokraten, wie das auf dem Bremer Parteitage geschehen ist, behaupten, dass unter den heutigen Verhältnissen es ein Unding sei, den Gemeinden grössere Rechte einzuräumen, als sie schon besitzen, wenn man von der Sozialdemokratie verlangt, sie müsse auf die staatliche Organisation des Ar-

menwesens ebenso bedacht sein, wie auf die des Schulwesens u. s. w., dann hat allerdings die staatliche Bureaukratie allen Anlass, lächelnd dabei zu stehen und sich die Hände zu reiben. Freilich, das Rezept ist einfach und bequem. Wenn Gemeinden ihre Aufgaben nicht so erfüllen, wie es das sozialdemokratische Programm erfordert, so werden sie einfach zu gunsten des Staates expropriiert. Schule, Armenwesen, Wegebau: es ist hier kein Unterschied. Aber zu gunsten welchen Staates? Ist er wirklich besser, als die Gemeinden? Und wenn der Staat nicht gefällt, greift man zum Reich. Ist es besser, als Staat oder Gemeinde? So wenig man sich diese Fragen stellt, so wenig untersucht man, ob Staat oder Gemeinde ihrem Wesen nach für die Verwaltung einer Aufgabe, je nachdem, ob diese zentraler oder lokaler Natur ist, geeignet sind. Wozu auch? Der Staat kann alles, und alles muss zentralisiert werden. Oben drückt die Zentralstelle auf den Knopf, und unten kommt die lokale Verwaltung in tadelloser Verfassung heraus.

ES ist nicht zu verwundern, dass sich mit einer solchen Auffassung von der Zentralisation der Verwaltung die eigentümlichsten Begriffe von der Autonomie der Gemeinden, von ihrem Verhältnis zum Staat und dessen Organen verbinden. Der Zentralist *à outrance*, dem die kommunale Verwaltung nur als subalternstes Glied der Staatsverwaltung möglich ist, sieht in der Autonomie der Gemeinden die gefährliche Bedrohung staatlicher Allmacht und fürchtet von ihr den Zerfall des Staates in eine Unzahl selbständiger Gemeinderepubliken. Es braucht nicht erst hervorgehoben zu werden, dass auch die entschiedensten Vertreter der Gemeindeautonomie sie niemals in dieser ausschweifenden Unbeschränktheit aufgefasst haben. Vielmehr stellen sie drei Forderungen als wesentlich für die Regelung des Verhältnisses von Staat und Gemeinde auf:

1. Alle Aufgabengebiete der öffentlichen Verwaltung, die lokaler Natur sind, gehören der Gemeinde, nicht der staatlichen Bureaukratie.
2. Die den Gemeinden zustehenden Aufgaben werden von ihnen in eigener Zuständigkeit, nicht im Auftrage des Staates, verwaltet. Der staatlichen Bureaukratie steht keine administrative Befehlsgewalt gegenüber den Gemeinden oder deren Organen zu.
3. Unterwirft sich die staatliche Gesetzgebung ein von der Gemeinde verwaltetes Aufgabengebiet zur allgemeinen Regelung, so soll die selbe so erfolgen, dass der lokalen Verwaltung möglichst grosse Bewegungsfreiheit bleibt.

Denn nicht in der Einheitlichkeit der Verwaltung liegt das Heil, wennschon sie sich der Bequemlichkeit der Bureaukratie empfiehlt, so wenig wie das Maschinenprodukt, das in tausend Kopieen gleich ist, das Fabrikationsideal aller der Waren ist, deren Wert in der individuellen Gestaltung liegt. Gerade in der Ausprägung und Befriedigung der lokalen Bedürfnisse, die von Ort zu Ort wechseln, steckt die Bedeutung der Selbstverwaltung.

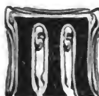
DIE kommunale Autonomie setzt selbstverständlich die Verwaltung durch die gewählten Vertreter des Volkes, nicht aber durch Beamte, voraus. In der autonomen Selbstverwaltung haben wir das stärkste organisatorische Bollwerk gegen Staatsstreiche. Die Bureaukratie ist von jeher das ungeheure Werkzeug staatlicher Unterdrückung gewesen, das vor allen anderen den Vorzug hat, den verschiedensten Herren mit gleicher Treue zu dienen. Die Existenz einer grossen zentralisierten staatlichen Bureaukratie, die einer straffen, ihre Mitglieder bis in ihr Privatleben hinein erfassenden Disziplin unterworfen ist, die

sich aus bestimmten, verhältnismässig beschränkten Gesellschaftskreisen rekrutiert, die im Laufe ihrer Entwickelung einen eigentümlichen Sitten- und Moralkodex herausgearbeitet hat, muss eine stete Gefahr für die freie Entwickelung eines Volkes sein. Staatsstreichelnde Politiker finden in ihr ein Werkzeug für ihre Zwecke, das sie sich gar nicht besser denken könnten. Für die Demokratie dagegen ist sie stets ein schweres, unbewegliches Hindernis, das allein schon durch die Macht seines passiven Widerstandes wirkt. Wo dagegen die gesamte öffentliche Verwaltung mit Ausnahme der wenigen zentral zu leitenden Funktionen Sache der autonomen Selbstverwaltungskörper ist, wo die Beamten nicht die Mitglieder einer das ganze Reich umfassenden Beamtenhierarchie, sondern die Angestellten dieser selben Selbstverwaltungskörper sind, ist die Durchführung eines Staatsstreiches ungemein erschwert. Damit haben wir das Urteil gesprochen über die Bestrebungen unserer Zentralisten, deren politische Weisheit darin besteht, die allen staatsstreichelnden Gesellschaftsrettern stets zur Verfügung stehende staatliche Bureaukratie schrankenlos zu vermehren. Vielmehr sollte schon der Selbsterhaltungstrieb die Sozialdemokratie dazu treiben, mit allen Mitteln die Autonomie der Selbstverwaltungskörper zu stärken, ihnen Unabhängigkeit und Macht zu geben.

HAT sich erst einmal die Erkenntnis durchgesetzt, wie gross die politische Kraft ist, die in einer freien Gemeindeverfassung steckt, so ergeben sich daraus auch für die Parteiorganisation wichtige Folgerungen. Die Bedeutung der Ortsvereine und der Landesorganisationen tritt nunmehr in das richtige Licht. Klar tritt die Aufgabe heraus, in ihnen selbständige, unabhängige Organe zu schaffen, die in den lokalen Selbstverwaltungskörpern eine eigene kraftvolle lokale Politik zu treiben vermögen, ohne stets auf die Direktive von oben zu warten. Dass sie dabei auch kräftiger Finanzen bedürfen, die nicht unnötig zu gunsten einer stets zur Thesaurierungspolitik neigenden Zentralkasse geschwächt werden dürfen, sei beiläufig erwähnt. Nur diese zur Selbständigkeit erzogenen örtlichen Organisationen werden auch im stande sein, die ihnen zufallenden allgemeinen Aufgaben auf dem Gebiet der Agitation, der Reichspolitik etc. zu erfüllen und in den stärksten Stürmen kritischer Zeiten den Baum mit eisernen Wurzeln zu halten, auch wenn seine Krone gebrochen ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL HUG · DER ENTWURF EINES NEUEN ORGANISATIONSSTATUTS FÜR DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI


IT dem Näherrücken des Parteitages werden auch die Besprechungen des neuen Statutenentwurfes immer zahlreicher; aber sie finden kaum die Beachtung, welche die Verfasser erhoffen. Aus diesem Grunde trug ich eigentlich Bedenken, der freundlichen Aufforderung der Redaktion dieser Zeitschrift Folge zu leisten und einen Beitrag zu dieser Diskussion zu liefern. Es ist auch in der Tat recht schwer, neue Flecken herauszufinden, die an dem Entwurf nicht schon entdeckt worden wären.

IM grossen und ganzen kann man die Vorlage der Organisationskommission wohl für brauchbar halten. Von einigen Bestimmungen abgesehen, könnte sie kaum anders sein, und sie hat ja eine wirklich heftige Kritik eigentlich auch von keiner Seite erfahren. Von der Arbeit der vielköpfigen Kommission kann man hier einmal nicht sagen, dass die vielen Köche den Brei verdorben haben. Dass der Entwurf natürlich auch seine Mängel hat, die besser beseitigt werden, das werden seine Väter selber wohl anerkennen. Wenn schon die geschichtliche Tatsache, dass die Partei ohne eine öffentliche Organisation während des Sozialistengesetzes Grossartiges geleistet und alle Gewalttaten und Streiche ihrer Feinde zu Schanden gemacht hat, und dass ferner auch unter der alten mangelhaften Organisationsform das Wachstum der Partei fortgeschritten ist, eine leidenschaftliche Kritik ausschliesst, so bedingt auch die Ungleichartigkeit der politischen Einrichtungen eines Föderativstaates, wie das Deutsche Reich, namentlich die Verschiedenheit der Vereinsgesetzgebung in den einzelnen Bundesstaaten, eine bei aller Objektivität wohlwollende Behandlung des Entwurfes.

ÜBER die Verhandlungen der Kommission habe ich keinerlei Kenntnis. Ich glaube aber doch, dass sie von dem Grundsatz ausgingen, eine Verständigung zwischen den Zentralisten und den Föderalisten in unserer Partei herbeizuführen. Wie mir scheint, ist sie auch erzielt worden, und die Zentralisten sind meines Erachtens dabei sicher nicht zu kurz gekommen. Aber gerade die Bestimmungen, welche den Zentralismus in der Gliederung der Parteiorganisation zur Geltung bringen sollen, erscheinen als die anfechtbarsten und müssen unbedingt Schwierigkeiten bei der Ausführung zur Folge haben; ja, in der Praxis dürften sie geradezu Verwirrung anrichten.

DIE wichtigsten Bestimmungen des Entwurfes sind ohne Zweifel in den §§ 7 und 8 enthalten. Der § 7 sagt klipp und klar: Die Wahlkreisorganisation in Vereinsform ist die Grundlage der Parteiorganisation. Sie kann Ortsvereine bilden und hat auch nach § 10 die Erfüllung der finanziellen Verpflichtungen der Parteigenossen gegenüber der Gesamtpartei zu vermitteln. Nebenbei gesagt: ob die Ablieferung von 25 % der Einnahmen an den Parteivorstand sich rechtfertigt, sei der Erwägung anheimgegeben. Mir scheint diese Leistung zu hoch. Um eine Ermässigung der selben kann man wohl und gern das Recht des Dispenses, das der Entwurf dem Parteivorstand verleiht, dahingeben. Mehr als anfechtbar ist der § 8, wenn man ihn im Zusammenhange mit den §§ 7 und 10 betrachtet. Manchem Parteigenossen, der sich die Sache überlegt, entringt sich da die siebente Bitte im *Vaterunser.* Hoffentlich erlöst uns der Parteitag von diesem Übel.

NACH dem besagten § 8 schliessen sich nämlich die Wahlvereine zu Bezirksverbänden, sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Geschäfte obliegt. Danach und nach dem § 13 sollen die Wahlkreis-, Bezirks- und Landesorganisationen nicht in innere, organische Verbindung zu einander gebracht werden, sondern jeder Organisationsträger soll gesondert mit dem Parteivorstand in Verbindung treten. Die Sache ist in der Praxis also so gedacht: Die Wahlkreise haben alle Gelder, die am Orte nicht selber gebraucht werden, dem Parteivorstand abzuliefern; dieser teilt dann wieder den Bezirks- und Landesorganisationen so viel zu, als er für zweckmässig erachtet. Eine solche Regelung muss zu ungesunden und

unerquicklichen Verhältnissen führen. Die Bezirks- und Landesorganisationen würden wegen ihrer völligen Abhängigkeit vom Parteivorstand in ihrer Wirksamkeit ausserordentlich eingeschränkt sein. Es wird zum Beispiel auf Bezirks- oder Landeskonferenzen die Tätigkeit dieser Körperschaften durch Beschlüsse festgelegt. Die Ausführung der selben kostet Geld, und darüber verfügt — der Parteivorstand. Also bedürfen alle diese Beschlüsse *in praxi* der Zustimmung des Parteivorstandes. Das ist gänzlich zweckwidrig, weil der Parteivorstand in Berlin doch unmöglich entscheiden kann, was in Oberschlesien oder in Oldenburg für die Agitation notwendig oder empfehlenswert ist. Bei solcher *Selbstverwaltung* der Zwischenglieder der Parteiorganisation kommen unsere demokratischen Grundsätze wirklich schlecht zur Geltung. Auf der anderen Seite darf meines Erachtens die Schaffung von Bezirks- und Landesorganisationen nicht obligatorisch verlangt werden, wenn diese nicht zugleich ein Gegengewicht gegen die Machtfülle des Vorstandes bilden können. Besser ist, man erkennt sie, wie heute, an, wenn sie aus den Verhältnissen heraus sich bilden. Darum kann man von ihnen doch verlangen, dass ihre Organisationsstatuten dem Statut der Gesamtpartei nicht zuwiderlaufen, und dass die Wahlkreisorganisationen gehalten sind, ebenso pünktlich und zu dem selben Prozentsatz ihre Beiträge an den Parteivorstand abzuliefern, wie es überall sonst in den Wahlkreisen geschieht.

DEM Verlangen nach obligatorischer Schaffung von Landesorganisationen lege ich darum keine Bedeutung bei, weil es sich nicht streng durchführen lässt. Man denke nur an das Grossherzogtum Oldenburg, von dem ein Stück, das Fürstentum Birkenfeld, bei Saarbrücken mitten in Preussen, ein anderes, das Fürstentum Lübeck, in Schleswig-Holstein liegt. Das eine ist heute dem niederrheinischen Agitationsbezirk, das andere der schleswig-holsteinischen Provinzialorganisation angegliedert. Ostfriesland, das jetzt organisatorisch mit Oldenburg, wenn auch nur lose, verbunden ist, müsste, wenn es beim Obligatorium bleibt, an Hannover angeschlossen werden. Wie die Verhältnisse aber einmal liegen, würden die Parteigenossen in Ostfriesland an der neuen Verbindung eben so wenig Geschmack finden, wie die Ostfriesen an der Zugehörigkeit zu Hannover überhaupt. Zur Erledigung landespolitischer Angelegenheiten genügen schliesslich auch Landeskonferenzen. Im übrigen sollte man es bei der Schaffung nicht zu eng begrenzter Bezirksverbände bewenden lassen. Diese Bezirksverbände sind nützlich, müssen dann aber als innere organische Bindeglieder bestimmte Kompetenzen erhalten und auch finanziell gut fundiert werden. Wenn man schon einmal auf den 25 % der Wahlkreisbeiträge beharren will, so liefere man sie an den Bezirksverband ab. Dieser mag dann die Hälfte für seine Zwecke behalten und die andere Hälfte nach Berlin absenden.

DER § 8 bedarf also auf dem Parteitage einer eingehenden Erörterung. Wird er in dem angegebenen Sinn geändert, dann muss auch der § 13 eine Änderung erfahren.

IN der Parteipresse sind die Bestimmungen, welche vom Ausschluss aus der Partei und von den Schiedsgerichten handeln, nach verschiedenen Richtungen hin bemängelt worden. Ich halte sowohl ihre Plazierung für richtig, wie auch ihre Fassung. Nur finde ich die Beschränkung der Auswahl der Schiedsrichter auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes nicht gerecht-

fertigt. Ich verkenne nicht die Gefahr der Verschleuderung von Parteigeldern, wenn die Schiedsrichter aus den entlegensten Städten und Orten zusammengerufen werden; aber häufig wird der Parteikasse Geld erspart werden, wenn es den Schiedsrichtern gelingt, in erster Instanz eine Streitsache zu erledigen. Die Parteien werden dem Schiedsspruch von Richtern, welche weitab von Madrid wohnen, in den meisten Fällen mehr Gehör schenken, als von solchen, die im Ort selber oder in der Nähe des Ortes wohnen, wo der Streitfall spielt. Das Durchzanken einer Streitsache durch alle Instanzen ist auch kostspielig, um so mehr, wenn die höchste Instanz, der Parteitag, gezwungen ist, Zeugen von wer weiss woher zu holen. Die rasche und endgültige Erledigung des Magdeburger Streitfalles mit Ausschlussanträgen Bader contra Albert und umgekehrt ist sicher auf die völlige Unbefangenheit der Schiedsrichter zurückzuführen, die schon bedingt war durch die Entfernung ihres Wohnortes vom Streitort. Nicht befriedigt werden viele Parteigenossen sein von den Bestimmungen über den Ausschluss eines Parteigenossen, weil darin die Definition des Begriffes *ehrlose Handlung* fehlt. Dem letzten Parteitage lagen ja darüber schon Anträge vor. Die Kommission konnte eine solche Begriffsbestimmung aber nicht geben, weil nur von Fall zu Fall darüber entschieden werden kann und die speziellen Umstände, wie die subjektive Auffassung dabei in Frage kommen.

DASS in dem neuen Organisationsentwurf die Vertrauenspersonen beibehalten worden sind, hat vor allem im Lager der reinen Zentralisten lebhaften Widerspruch erfahren. Nach meinem Dafürhalten ist die Beibehaltung notwendig, und Genosse Julius Bruhns hat im Juniheft dieser Zeitschrift wichtige Belege dafür beigebracht.

AUF Widerstand stösst auch in einigen Parteikreisen die Änderung, welche die Kommission an dem vorjährigen Entwurf des Vorstandes in Sachen der Zulassung der Mitglieder der Reichstagsfraktion zum Parteitag gemacht hat. Der Vorstand hatte in seinem Entwurf nur eine Vertretung der Fraktion vorgesehen, nach dem Entwurf der Kommission sollen sämtliche Reichstagsabgeordnete am Parteitag vollberechtigt teilnehmen können, mit der Einschränkung, dass sie in den Dingen, welche die Fraktion betreffen, keine Stimme haben. Ich kann die Bedenken derjenigen nicht teilen, welche vom Standpunkt der reinen Demokratie aus nur eine angemessene Vertretung der Fraktion zulassen wollen. Sicher lassen sich triftige Gründe gegen die angemessene Vertretung der Fraktion nicht vorbringen; aber dass seit der Inanspruchnahme dieses *Vorrechts* seitens der Fraktionsmitglieder sich Ansätze zu *unhaltbaren Zuständen* gezeigt hätten, oder diese den Versuch gemacht hätten, ihr besagtes Recht gegen die erwählten Parteitagsdelegierten in die Wagschale zu werfen, das nachzuweisen wird niemand gelingen. Welch ein Schaden könnte also der Partei daraus erwachsen, dass der Kommissionsentwurf in diesem Punkte angenommen wird? Der Punkt ist nicht wichtig genug, als dass man sich darüber ereifern sollte. Das Hauptaugenmerk sollten die Genossen vielmehr darauf richten, dass nicht, wie oben ausgeführt, eine unzweckmässige Gliederung der gesamten Organisation vom Parteitag zum Parteigesetz gemacht wird.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

OTTO HUE · BERGGESETZGEBUNG UND ZENTRUMSPOLITIK

DIE Vorlage der Regierung hat im Abgeordnetenhause Abänderungen erfahren, »die, meine ich, den Herren in diesem hohen Hause willkommen sein müssen«. So empfahl am 2. Juni der preussische Handelsminister Möller im Herrenhause die Berggesetznovelle. Die Die Regierungsvorlage war im Abgeordnetenhause noch verschlechtert worden, und gerade diese Verschlechterungen seiner eigenen Vorlage, so meinte Herr Möller, machten den Eindruck empfehlenswert . . .

JA, wir haben eine Regierung, die sich sehen lassen kann. Noch im Vorjahre haben die sozialdemokratischen Redner im Reichstag die unbedingte Notwendigkeit einer Reform der Bergarbeiterschutzgesetzgebung nachgewiesen. Da traten die Regierungsvertreter auf und verteidigten die von uns kritisierten Zustände. Jetzt erfahren wir aus den Berggesetzdebatten im preussischen Landtage, dass die Regierung »schon seit 16 Jahren« die betreffenden Forderungen der Bergleute »als berechtigt anerkannt« habe! Das ging aus den vorjährigen Reden vom Regierungstische im Reichstage absolut nicht hervor. Damals wehrte sich Herr Möller gegen eine »Gesetzgebung *ab irato*«, einige Monate später argumentiert er durchaus gegenteilig. Uns ist die Regierung in diesen Fragen mit einer Unwahrhaftigkeit entgegen getreten, die ihresgleichen sucht.

INDES, die Zeitgenossen können den tiefsten Weisheitsgrund unserer Regierung wohl noch nicht würdigen. Man höre und bewundere! In der Berggesetzkommission des Herrenhauses wurde die Regierung ebenfalls heftig angegriffen wegen der Versprechungen, die sie während des Streiks den Bergleuten gemacht. Zu seiner Rechtfertigung führte der Handelsminister Möller aus, die Regierung habe sich schon lange Zeit vorher mit dem Gedanken befasst, das Berggesetz zu ändern, aber man habe den gewerkschaftlichen Agitatoren nicht recht geben wollen. Und dann heisst es weiter im Kommissionsbericht: »Dagegen sei er [Möller] mit dem Oberberghauptmann sich darüber klar gewesen, dass, wenn es zu einer Katastrophe [!] kommen würde, man zurückgreifen müsse auf die Vorgänge, die die Bewegung von 1889 begleitet hätten. Im Jahre 1889 seien gewisse Zusagen gemacht worden, die nicht erfüllt worden seien [!]. Seitdem habe sich das Ministerium wiederholt mit der Materie befasst, und es sei zu dem Entschluss gekommen, nur dann einzugreifen, wenn es gewissermassen zu einer Katastrophe gekommen wäre [!!]«. Was sagen nun die Zeitgenossen zu einer solchen fürsichtiglichen Regierung? Sie sieht den gefährlichen Brunnen, weiss, dass er Opfer fordern wird, sie wartet aber förmlich auf das Opfer und will erst, wenn es hineingefallen, den Brunnen zudecken! Unsere Gegner machen sich den Scherz, von einer *Katastrophentheorie* der Sozialdemokraten zu fabulieren. Wenn eine solche wirklich von der Partei akzeptiert wäre, was wollte sie besagen gegen eine Regierungsweisheit, deren reformistische Etappen durch Katastrophen gekennzeichnet sind! Erst müssen Opfer fallen, ehe man die längst gekannten Missstände im Grubenbetrieb beseitigt. Wo findet sich sonst noch eine solche *Regierung*?

DEM Katastrophenministerium entsprach denn auch der Regierungsentwurf

des Bergarbeiterschutzgesetzes. Gewiss bot er den Arbeitern nicht viel, gewiss hatte die Regierung auch nicht viel und vor allen Dingen nichts präzis Umschriebenes versprochen. Aber nach dem, was nunmehr in den Protokollen des Abgeordneten- und des Herrenhauses niedergelegt ist, muss der Fachmann zu der Überzeugung kommen, dass der Regierung selbst die Unzulänglichkeit ihres Reformprogramms bekannt ist. Mit Leichtigkeit lassen sich aus den Reden der Regierungsvertreter wuchtige Argumente für den allgemeinen Maximalarbeitstag entnehmen. Aber der Regierungsentwurf enthielt nur den »sanitären Maximalarbeitstag« von 8½ respektive 8 Stunden für Steinkohlenarbeiter an Betriebspunkten mit über 22° Celsius Temperatur. Indessen ist auch diese halbe Bestimmung, von der aus eine entschiedene Arbeitervertretung den Weg zum allgemeinen, wenn auch nur etappenmässig erreichten gesetzlichen Achtstundentag gefunden hätte, im Dreiklassenparlament beseitigt worden. Was übrig blieb, ist heute schon durch Bergpolizeiverordnungen vorgeschrieben. Diese Verstümmelung seiner Vorlage empfahl Herr Möller noch extra dem Herrenhause! Wenn wir bald wieder eine grosse Katastrophe erleben, wird die Katastrophenregierung wohl auch wieder ihr Programm ändern.

DIE Republik Frankreich hat durch ihre am 2. Juli dieses Jahres publizierte Berggesetznovelle wenigstens für die Häuer (40 bis 50 % der Untertagsarbeiter) zunächst den 9-, von 1908 ab den 8½- und von 1910 ab den 8stündigen Arbeitstag gesetzlich eingeführt. Die Praxis wird eine dementsprechende Verkürzung der Schichtdauer auch für die anderen Arbeiterkategorieen erwirken, weil die Häuer den entscheidenden Belegschaftsteil bilden. Die Republik Frankreich ist der erste europäische Staat mit einem Achtstundengesetz für den Bergbau. In den nordamerikanischen Staaten Arizona, Missouri, Colorado, Montana, Nevada, Utah und Wyoming existiert es auch schon. Die Monarchie Preussen verweigert aber den Bergleuten diesen gesetzlichen Schutz ihrer Arbeitskraft, eine treffliche Illustration zu der Behauptung, unter monarchischer Herrschaft gedeihe die Sozialreform am besten. In Österreich besteht seit 1902-1903 der gesetzliche Neunstundentag für den Kohlenbergbau. Wie das k. k. Ackerbauministerium mitteilt, förderte ein Braunkohlenbergbau bei 12-stündiger Schicht jährlich 3334 bis 3918 Meterzentner, bei 9stündiger Schicht 3935 bis 4177 Meterzentner. Also ist die Schichtverkürzung auch nicht gleichbedeutend mit einer Schädigung der Industrie. Dennoch haben die preussische Regierung und der preussische Landtag die Arbeiterforderung nach, wenn auch nur schrittweiser, Einführung der gesetzlichen Achtstundenschicht glatt unter den Tisch fallen lassen. Immerhin hatte die Regierung den Versuch gemacht, die Begriffe *Arbeitszeit* und *Seilfahrt* dahin zu umgrenzen, dass in die Arbeitszeit nur eine halbe Stunde Seilfahrt »für den einzelnen Arbeiter« eingerechnet werden dürfe, nicht auch der unterirdisch zurückzulegende Weg vom Schacht zur Arbeitsstelle und zurück. Dies war die beste Vorschrift des ganzen Regierungsentwurfes. Das Dreiklassenparlament liess sie zwar bestehen, fügte aber hinzu, etwa längere Seilfahrten seien als Arbeitszeit anzurechnen. Dadurch ist die Bestimmung total widersinnig geworden; sie gibt nun erst recht den Unternehmern die Handhabe zu *gesetzlicher* Verlängerung des unterirdischen Aufenthaltes für die Arbeiter. Die sich hiergegen seit Jahren richtenden Arbeiterbeschwerden, die unmittelbare Ursache des Gene-

ralstreiks, sind unberücksichtigt geblieben. Dies muss zu endlosen Streitigkeiten führen.

NEBEN der Regelung der Schichtzeit forderten die Arbeiter vorzüglich eine Verbesserung der Grubenkontrolle durch gesetzlich anerkannte Arbeiterkontrolleure. Diese würden mit Erfolg hinwirken können auf vorsichtigere Betriebsweisen, wodurch auch die gefährlichen niedrigen Gedinge bekämpft, die Löhne gesteigert und selbstverständlich die Unfälle vermindert würden. In England, Frankreich, Belgien und in den nordamerikanischen Staaten Colorado, Ohio und Wyoming haben die Bergleute das gesetzliche Recht, ihre Arbeitsstellen durch Belegschaftsdelegierte kontrollieren zu lassen. Von 1885 bis 1904 ist im deutschen Bergbau die Zahl der schweren und tötlichen Bergmannsverunglückungen von 6,59 auf 15,38 pro 1000 Beschäftigte gestiegen. Macht nichts, Arbeiterkontrolleure werden nicht bewilligt. Regierung und Landtag gingen über diese Kardinalforderung der Arbeiter zur Tagesordnung über. Auf 1000 Kohlenbergleute sind 1903 tötlich verunglückt: in England 1,26, in Belgien 1,14, in Frankreich 1,02, in Deutschland 2,00. Macht alles nichts, der Selbstschutz wird den deutschen Bergleuten verweigert. Es sind noch nicht genug Katastrophen à la *Karolinenglück* und *Borussia* eingetreten.

DAS Nullen sollte beseitigt werden, es ist aber nicht geschehen. Die Berggesetznovelle lässt das schändliche Nullen »nicht vorschriftsmässig beladener Wagen« doch noch zu und hat obendrein die bisher nur auf einer Minderheit der Gruben übliche besondere Geldstrafe für *unvorschriftsmässige* Förderung bis zur Höhe von 5 Mark im Monat pro Kopf eingeführt. Steine statt Brot! Die Regierung schlug eine Maximalgrenze der Geldstrafen überhaupt vor, der Landtag hat das verworfen und statt dessen sogar noch eine gesetzliche Sanktionierung der doppelten Bestrafung für *unvorschriftsmässige* Förderung ausgesprochen. Steine statt Brot! Die vorgeschriebenen obligatorischen Arbeiterausschüsse sind am besten charakterisiert durch das Mitglied des Herrenhauses, den Oberbürgermeister Zweigert-Essen, der am 2. Juni gegenüber der Selbstbelobigung der Regierung erklärte: »Ich bin überzeugt, dass die Arbeiterausschüsse bei allen wichtigen Fragen versagen werden.« Das war eine Empfehlung, der die Herrenhäusler folgten. Es wird sich zeigen, dass die Arbeiterausschüsse im Ernstfalle entweder als ein Instrument gegen die Arbeiter oder gar nicht wirken. Das Verbot der Frauenarbeit und die Einschränkung der Kinderarbeit ist durch die Berggesetznovelle ebenfalls nicht ausgesprochen. 1904 schafften im preussischen Bergbau 9181 weibliche Arbeiter über 16 Jahre, 88 mehr, als im Vorjahre. Allen Protesten der Arbeiterschaft zum Trotz nimmt die Frauenarbeit zu. 89 Kinder unter 14, und 18632 von 14 bis 16 Jahren, darunter 710 Mädchen, waren 1904 in Preussens Bergbau angelegt, 443 (von 14 bis 16 Jahren) mehr, als im Vorjahre. In Pennsylvanien, Alabama und Illinois ist Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie gänzlich verboten. Trotzdem geht in Deutschland der Singsang fort: wir stehen an der Spitze der Sozialreform! Das sehr im argen liegende Knappschaftskassenwesen harrt schon jahrzehntelang der gesetzlichen Reform. Einen auch für die Arbeiter gutenteils annehmbaren, schon vor Jahren ausgearbeiteten Kassenreformentwurf lässt die Regierung liegen, man hört gar nichts mehr davon. Die nötige Katastrophe fehlt wohl noch.

DEN Gesetzentwurf, betreffend die Zechenstillegung, so unbeträchtlich er auch war, hat das Herrenhaus so verhunzt, dass ihn die Regierung schandenhalber zurückzog. Das Zechenlegen kann also seinen Fortgang nehmen. Der Antrag Gamp, betreffend die Sperrung der Mutungen, ist in einer Form zum Gesetz erhoben, die den Syndikatsbestrebungen auf Vervollständigung des Privatmonopols im Bergbau nur Vorschub leisten kann. Der Regierungsvertreter teilte in der Kommission mit, dass schon jetzt so gut wie alle wertvollen Kohlenfelder sich in den Händen von Privatgesellschaften befinden, abgesehen von den Mutungen des Fiskus. Durch die moderne Berggesetzgebung ist das Volkseigentum an den Mineralien ohne Gegenleistung dem Privatkapital überliefert worden. Die *Bergfreiheit* wurde eine Farce, das Volk ist nicht mehr Herr über sein Eigentum; es befindet sich in Händen von Riesenkapitalisten, die über staatliche Massnahmen höhnen und drohend den Regierungsleuten entgegentreten.

DIE Regierung hat ihr den Bergleuten gegebenes Wort gebrochen. Es sind nicht, wie Graf Posadowsky im Reichstage verhiess, eine Reihe von Beschwerden der Arbeiter durch die Gesetzesnovelle abgestellt worden. Steine statt Brot sind uns gegeben, schrieb auch der christliche *Bergknappe*, der den dringenden Wunsch aussprach, das Herrenhaus möge das Machwerk des Abgeordnetenhauses ablehnen. Wenn heute auch der Versuch gemacht wird, den Bergleuten einige Sympathie für das neue Gesetz aufzureden, an der Tatsache, dass das Organ der christlichen Bergleute die Ablehnung des Schundwerkes als einen Vorteil für die Arbeiter bezeichnete, ist nicht zu rütteln. Und selbst diejenigen, die im ultramontanen Parteiinteresse dem bösen Wechselbalg eine gute Seite abzugewinnen sich abmühen, sehen sich genötigt, zu sagen, man müsse das Gesetz anwenden, um dadurch seine Nichtsnutzigkeit nachzuweisen. Ein schärferes Verdikt über diese Gesetzgebungsaktion ist kaum denkbar.

WER trägt die Schuld? Das Zentrum! Alle Tinte der Welt wird nicht ausreichen, um die verhängnisvolle Rolle des Zentrums bei der Verhunzung der Bergarbeiterschutzgesetzgebung fortzuschreiben. Wenn man nicht selbst das Unerhörte erlebt hätte, man würde es nicht glauben. Wie hat die Zentrumspresse während des Streiks im Ruhrgebiet alle Register der Entrüstung über die kapitalistischen Herrenmenschen gezogen, und wie laut rief sie nach einem *gründlichen Eingreifen* der Gesetzgebung! Am 11. Februar 1905, zwei Tage nach dem Streikabbruch, schrieb die *Essener Volkszeitung*, das verbreitetste klerikale Organ im Ruhrgebiet: »Es ist in diesen Tagen so viel von Kontraktbruch die Rede gewesen; wir sprechen es unverhohlen aus, es wäre der schnödeste Kontraktbruch, der begangen werden könnte, wenn das Versprechen auf gesetzliche Regelung [der Bergarbeiterfragen] nicht in befriedigendem Masse erfüllt würde!« Ist die »gesetzliche Regelung« denn »befriedigend« ausgefallen? Kein Arbeiter ist aufzutreiben, der dies bejahen wird. Und die Arbeiter sind doch wohl die nächsten dazu, ein Urteil über den Arbeiterschutz abzugeben. Selbst die christlichen Bergleute wünschten Ablehnung des Schundwerkes durch das Herrenhaus: trotzdem will die Zentrumspresse heute mit Gewalt den Arbeitern aufreden, das Gesetz biete grosse Vorteile, es sei sogar noch besser, als die Regierungsvorlage, nur die Sozialdemokraten seien unbefriedigt. Der »schnödeste Kontrakt-

bruch« soll fortgeredet werden. Als die Regierungsvorlage herauskam, schrieben die *Cölnische Volkszeitung*, die *Essener Volkszeitung*, die *Germania* u. s. w., sie biete nicht das, was die Arbeiter wünschten, es würden Verbesserungsanträge notwendig sein. Tatsächlich stellte das Landtagszentrum ja auch eine Reihe von Verbesserungsanträgen. Während der ersten Lesung im Abgeordnetenhause ging das Zentrum noch forsch vor, in der zweiten Lesung flaute es schon ab und stimmte sogar dem Scharfmacherantrag Dippe zu, der nach der sachverständigen Interpretation des Oberscharfmachers von Zedlitz »klarer und handlicher« ist und noch weiter geht, als die Kommissionsbeschlüsse, die ein bösartiges Ausnahmegesetz gegen die Bergleute darstellten. Diesem Antrag Dippe stimmte — probeweise? — das Zentrum zu. Das Produkt der zweiten Lesung war derart, dass selbst die Regierung erklären musste, sie könne es nicht gutheissen. Aus den Reden der Regierungsvertreter leuchtete die Angst vor der Reichsgesetzgebung hervor, der der Bergarbeiterschutz unbedingt zufallen musste, wenn der Landtag endgültig die selbst für die Regierung unannehmbaren Beschlüsse der zweiten Lesung guthiess. Wenn auch im Reichstage nur eine Vorlage zu stande kam, die dem preussischen Regierungsentwurf entsprach, so war das schon ein Fortschritt von prinzipieller Bedeutung, weil er den Bergarbeiterschutz ein für allemal der reaktionären Landesgesetzgebung entzog. Das fürchtete auch die Regierung, deshalb ihr Flehen an die Konservativen und ihr Hinweis auf die unumgänglich kommende *radikalere Reichsgesetzgebung*. Man lese nur die angsterfüllten Reden des Ministers Möller! Die Konservativen im Landtage liessen sich nicht erweichen, sie bildeten mit den ebenso ehrlich arbeiterfeindlichen Freikonservativen und dem starken Zuzug aus der nationalliberalen Fraktion eine grosse Majorität. Ohne Zweifel war diese Majorität auch entschlossen, die Beschlüsse zweiter Lesung schliesslich anzunehmen, was die Regierung genötigt hätte, an den Reichstag zu appellieren. Da beging das Zentrum den schnöden Kontraktbruch . . .

WARUM brachte denn das Zentrum im Reichstag seine schleunigen Anträge zum Bergarbeiterschutz ein, wenn es, wie man heute glauben machen will, nicht der Ansicht war, dass der Reichstag in Anspruch genommen werden könne und müsse? Am 13. Mai, also kurz vor der zweiten Lesung im Abgeordnetenhause, die sich auf den Boden der unmöglichen Kommissionsbeschlüsse stellte, schrieb die *Germania*, das Zentrum handle klar nach dem Grundsatze: »Die Regierungsvorlage ist das Mindeste, was wir für jetzt als Bergarbeiterschutz absolut verlangen müssen; also auch den sanitären Maximalarbeitstag. Im Reichstag ist uns das sicher!« Das selbe schrieb die Zentrumspresse in Westdeutschland, zum Beispiel die *Essener Volkszeitung*. Dieses Blatt richtete am 16. Mai »mitten aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet« an die Zentrumsfraktion die Mahnung, »allen Kompromissanträgen gegenüber steinhart zu bleiben«; wollten die Konservativen nicht, dann müsse ihnen im Reichstag eine Lektion erteilt werden. Also immer wieder der Hinweis auf die viel bessere Reichsgesetzgebung, die »sicher« das bringen würde, was als Mindestforderung der Bergleute bezeichnet werden müsse. Und schon wenige Tage später schloss nicht nur die Zentrumsfraktion den schmählichen Kompromiss mit den Freikonservativen und Nationalliberalen gegen den Bergarbeiterschutz, wodurch die ohnehin schon minimale Regierungsvorlage verschlechtert wurde, sondern auch die vorher so oppositionelle Zentrumspresse schwenkte so radikal um, dass sie

jetzt den Arbeitern vorlügt, die Novelle biete »grosse Vorteile«, der Reichstag hätte nichts machen können. Der denkbar schnödeste Kontraktbruch! Ein so totaler Frontwechsel ist selbst in der Geschichte des umfallreichen Zentrums unerhört. Das Zentrum hat Komödie gespielt mit seinen Anträgen im Reichstag, es hat die Verhunzung des Bergarbeiterschutzes ermöglicht, die Reichsgesetzgebung verhindert und dem Grubenkapital einen ausserordentlich wertvollen Dienst erwiesen. Kinder und Toren mögen glauben, die Berggesetznovelle bedeute ein Zugeständnis an die Arbeiter und an die öffentliche Meinung. Wer das Gesetz und die behördliche Praxis kennt, weiss, dass den Grubenproletariern Steine statt Brot gegeben wurden durch den schnödesten Kontraktbruch des Zentrums.

MAN hat nach den tieferen Gründen des unerhörten Verrats geforscht. Es ist gesagt worden, das Zentrum werde für seine arbeiterverräterische Tat von der Regierung belohnt mit Konzessionen auf kirchenpolitischem Gebiete. Das mag zutreffen. Aber wer weiss, dass die Durchführung eines guten Bergarbeiterschutzes in erster Linie aufräumen müsste mit den schlimmsten Zuständen in Oberschlesiens Gruben, die vornehmlich dem katholischen Hochadel und den dortigen Zentrumskapitalisten gehören, dem ist ohnehin sehr vieles erklärlich. Nur auf jenen Gruben herrscht in Preussen noch eine 10- bis 12stündige unterirdische Schichtzeit, daher auch dort die Achtstundenschicht den Arbeitern den stärksten Schutz bieten würde. Nur in Oberschlesien ist die Frauenarbeit noch in erheblichem Umfange auf den Gruben üblich: 75 bis 80 % der weiblichen Bergleute Preussens schaffen allein auf den oberschlesischen Privatgruben; der Fiskus beschäftigt im Grubenbetrieb keine Frauen, ein schlagender Beweis für ihre Entbehrlichkeit in der Montanindustrie. In Oberschlesien ist die Unfallzahl seit 1895 am stärksten gestiegen, von 14,57 auf 19,44 pro 1000 entschädigte Unfälle; im Ruhrgebiet von 14,43 auf 17,51. In Oberschlesien herrscht die höchste Arbeitsleistung und dementsprechend der niedrigste Lohn im Bergbau. Das alles sind Tatsachen, die auch den Kontraktbruch des Zentrums begreiflich machen, wenn man weiss, welche einflussreiche Rolle die Grubengrafen à la Ballestrem im Zentrum spielen. Blicke man auch hin nach Belgien mit seiner klerikalen Regierung und seinem Bergwerksminister, der als Zechenvertreter direkt zur Regierung kam. Dort in Belgien arbeiten — in keinem anderen Bergwerksstaate Europas sonst — noch Frauen unterirdisch, dort hat sich die Zahl der unterirdisch beschäftigten Kinder von 12 bis 14 Jahren seit Jahren rapide vermehrt! Dort ist der Klerikalismus herrschend, dort könnte er uns Beispiele musterhafter Sozialpolitik in Fülle bieten, aber er ist manchesterlicher, ausbeutungssüchtiger gesinnt, als die *gottlosen Liberalen*. Diese wesentlichen Eigenschaften des herrschenden Klerikalismus lassen uns verstehen, warum auch die deutschen Klerikalen in der Sozialpolitik gerade dann versagen, wenn ein entscheidender Schritt zu tun ist, dem sich Regierung und kapitalistische Wortführer widersetzen. Als 1899 in Bayern die Berggesetzreform zur Debatte stand, stimmte in der ersten Lesung das Landtagszentrum den sozialdemokratischen Anträgen (zum Beispiel Achtstundentag) zu; und lehnte sie in der dritten Lesung ab, nachdem die Industriellen im Reichsrat und im Lande den üblichen Protest gegen den Arbeiterschutz arrangiert hatten. Wie in Bayern, so in Preussen. Das Zentrum verhinderte die reichs-

gesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes. Es lässt Tiraden los gegen die Verwüstung des Nationaleigentums durch die Zechenleger, weiss nicht genug zu klagen über die wachsende Monopolisierung der Bergwerksproduktion und die gemeingefährliche Entwickelung der Syndikate. Aber sowie es gilt, eine systematische Aktion zum Schutz des Volkseigentums und der Arbeiter durchzuführen, wirft das Zentrum nicht nur Hindernisse in den Weg, sondern macht sich sogar zum Vorspann der grosskapitalistischen Interessenschützer. Es hat in der Tat schnödesten Kontraktbruch begangen.

DEM gegenüber ist die Aufgabe der Sozialdemokratie gegeben. Die Sozialdemokratie im Reichstag hat schon die Führung übernommen in allen Fragen der Berggesetzgebung. Unsere Partei rollte die Gemeingefährlichkeit der Zechenlegerei auf; ihr blieb es vorbehalten, die verheerenden Wirkungen der Wurmseuche und die Schuldigen an der Einschleppung der Seuche vor dem Volke zu enthüllen; ihr fiel die Aufgabe zu, die wahren Ursachen des Riesenstreiks im Ruhrgebiet der Regierung anklagend ins Gesicht zu sagen, während das Zentrum — wie auch bei der Zechenlegerei — sich bemühte, den Reichstag auszuschalten, der Regierung den Rückzug in den Landtag zu ermöglichen, Die Sozialdemokraten traten als die ersten auf den Plan mit wohlbegründeten Anträgen auf Inaugurierung einer gemeinnützigen Reichsberggesetzgebung; sie werden sich auch gewiss durch kein Komödienspiel abhalten lassen, nicht nur den reichsgesetzlichen Bergarbeiterschutz, sondern auch die Rechtsfragen nach der Ausbeutung der dem Volke gehörenden Mineralschätze auf die Tagesordnung des Reichstages zu setzen. Das Volksinteresse will es! Ungemein wuchtiges Material zur Begründung der sozialistischen Forderung *Expropriation der Expropriateure!* ist, wenn auch wider den Willen der Interessenten, von ihnen niedergelegt worden in den Akten des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses. Sonnenklar ist die Unmöglichkeit geworden, auch ferner noch die Interessen der Hunderttausende von Bergarbeitern und der an der gemeinnützigen Hebung ihrer Mineralschätze hochinteressierten Nation der Verwüstung durch das Dreiklassenparlament zu überlassen. In der Bergwerksindustrie sind die Vorbedingungen des Sozialismus besser erfüllt, als irgendwo sonst. Die Sozialdemokratie hat darauf hinzuarbeiten, ihn hier zur Tat zu machen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILHELM KOLB · ÜBER DAS ZENTRUM UND DIE SOZIALDEMOKRATIE



DER Ausfall der bayrischen Landtagswahlen, in denen das Zentrum ganz nahe an die absolute Mehrheit herangekommen ist, hat in der Presse aller Parteirichtungen Anlass zu Auseinandersetzungen gegeben, wobei der zwischen dem Zentrum und der Sozialdemokratie abgeschlossene Kompromiss die Hauptrolle spielte. Die liberale Presse tut so, als hätte die bayrische Sozialdemokratie durch diesen Kompromiss ein Verbrechen am Fortschritt begangen. Auch innerhalb der Sozialdemokratie scheint man mit der Taktik unserer bayrischen Genossen nicht überall einverstanden zu sein.

AN sich lässt sich gegen ein Zusammengehen der Sozialdemokratie mit einer bürgerlichen Partei vom sozialdemokratischen Standpunkt aus nichts einwenden, sofern dieses Zusammengehen nur zu einem bestimmten, der Sozialdemokratie Erfolg versprechenden Zwecke stattfindet. Darüber, dass Kompromisse mit bürgerlichen Parteien zur Erreichung eines ganz bestimmten Zieles keine Verletzung sozialdemokratischer Prinzipien sind, ist man sich nachgerade ebenso klar, wie darüber, dass die Sozialdemokratie durch diese Taktik nicht notwendigerweise in den bekannten Sumpf geraten muss. In der Welt der Realitäten geht es nun einmal nicht ohne Kompromisse ab. Fraglich kann es also im vorliegenden Falle nur sein, ob die Sozialdemokratie mit dem Zentrum, als einer der reaktionärsten Parteien, die wir haben, zusammengehen durfte.

DER Kompromiss zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in Bayern wurde zu dem Zwecke abgeschlossen, um eine Zweidrittelmehrheit für die Einführung des direkten Wahlrechts zum bayrischen Landtag zu erhalten. Wer die Verhältnisse kennt, weiss, dass ohne diesen Kompromiss dieses Ziel in Bayern wohl schwerlich in absehbarer Zeit erreicht worden wäre. Ob das Zentrum aus Prinzip oder aus Gründen der Zweckmässigkeit für die Einführung des direkten Wahlsystems an Stelle des indirekten eintritt, kann der Sozialdemokratie gleichgültig sein. Von den Motiven, welche die verbündete Partei leiten, kann in solchen Fällen zunächst abgesehen werden. Dass das Zentrum nicht aus prinzipiellen Gründen für das direkte Wahlrecht eintrat, wussten unsere bayrischen Genossen überdies ebenso gut, wie diejenigen, die sie darauf besonders aufmerksam machen zu müssen glaubten. In Baden hat man während zweier Jahrzehnte einen ähnlichen Kampf geführt, wenn es auch dort nicht gerade zu direkten Abmachungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gekommen ist. Wenn darauf hingewiesen wird, dass durch diese Taktik der Sozialdemokratie das Zentrum eine Stärke erhielt, auf die es andernfalls kaum hätte hoffen können, so ist das jedenfalls nicht zutreffend. Das Zentrum wäre schliesslich auch aus eigenen Kräften zur selben Machtstellung gelangt. In Baden hat, wie schon erwähnt, die Sozialdemokratie niemals sich mit dem Zentrum verbündet, und trotzdem wird dieses bei den kommenden Landtagswahlen sich nahezu die selbe Position aus eigener Kraft erobern, die jetzt das bayrische Zentrum sich mit Unterstützung der Sozialdemokratie errungen hat. Nicht die Sozialdemokratie, sondern der Liberalismus trägt die Schuld an diesem Anwachsen des Zentrums. Wäre der Liberalismus sich auch nur halbwegs seiner historischen Mission bewusst gewesen, dann hätte es weder in Bayern, noch in Baden so weit kommen können. Indem der Liberalismus nicht *den Ast absägen* wollte, auf dem er glaubte fest und sicher zu sitzen, hat er dem Zentrum scharenweise die Wähler zugetrieben. Das Zentrum versteht sich auf die Demagogie, und wo es sich das Mäntelchen der Volksfreundlichkeit und des politischen Fortschritts umhängt, fällt es ihm nicht schwer, grosse Wählermassen um seine Fahne zu sammeln. Der Liberalismus hat dem Zentrum diese Arbeit wirklich leicht gemacht. Wo und wann immer es sich um die Erringung besserer Volksrechte handelte, hat der Liberalismus versagt. Kein Wunder, dass das Vertrauen des Volkes zu diesem Liberalismus immer mehr ins Schwinden gekommen ist. In Baden ging der Liberalismus in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts so weit, das aus den Zeiten, da Baden mit einigem Recht den Titel *liberaler Musterstaat*

führte, stammende Gemeindewahlrecht zu verschlechtern; dazu kam seine ablehnende Haltung gegenüber der Forderung auf Einführung des direkten Wahlrechts für den Landtag und schliesslich noch der Kulturkampf mit den denkbar ungeeignetsten Mitteln. Unter solchen Umständen m u s s t e es so kommen, wie es gekommen ist. Auch wenn die Sozialdemokratie eine andere Taktik befolgt hätte, wäre das Resultat das nämliche gewesen, nur mit dem Unterschied, dass das Zentrum dann von sich hätte sagen können, die Einführung der direkten Wahl sei ihm allein zu verdanken.

IN Baden haben sich infolge der Einführung der direkten Wahl die politischen Verhältnisse geändert, und die Konstellation der Parteien zu einander ist eine ganz andere geworden, als sie beim indirekten Wahlrecht war. Das selbe wird in Bayern der Fall sein, sobald die Frage der Verfassungsreform ihre Erledigung gefunden hat. Darüber war und ist kein ernsthafter Politiker jemals im Zweifel gewesen. Wo die Sozialdemokratie nicht in die Notwendigkeit versetzt wird, Kompromisse mit bürgerlichen Parteien abzuschliessen, tut sie es nicht. Unter dem direkten Wahlrecht besteht diese Notwendigkeit zunächst nicht, womit nicht gesagt sein soll, dass sie sich unter bestimmten Verhältnissen nicht auch beim direkten Wahlrecht ergeben könnte.

WIE die Verhältnisse in Bayern sich nach der Einführung der direkten Wahl entwickeln werden, vermag ich nicht zu beurteilen, da mir die spezifisch bayrischen Verhältnisse zu wenig bekannt sind. Ich glaube jedoch, wesentlich anders, als in Baden, werden sie sich nicht gestalten. Der *liberale Block*, den wir auch in Baden erstmals in Aktion treten sehen, wird Fiasko machen. Um das vorherzusehen, bedarf es keiner Prophetengabe. In Bayern hat er schon ein gründliches Fiasko gemacht. Ein *liberaler Block*, der nicht konsequent auf der Basis eines wirklich liberalen Programms steht, und der nicht alle seine Kandidaten vor ihrer Aufstellung auf Herz und Nieren prüft, kann, so wie die Dinge sich entwickelt haben, nicht mehr auf Erfolg rechnen. Die Zeit, da die Wähler sich mit leeren Versprechungen und mit den sogenannt *nationalen* Phrasen haben düpieren lassen, ist für den Liberalismus endgültig vorbei. Einstweilen wollen das die Führer des Liberalismus noch nicht einsehen. Obwohl sie sich über die Situation keineswegs unklar sind, können sie sich zu dem, was einzig und allein noch einigermassen Hoffnung auf Rettung vor dem gänzlichen Zusammenbruch des Liberalismus verspricht, nicht entschliessen. Vorerst versuchen sie es noch mit der alten Taktik. Unter solchen Umständen bleibt der Sozialdemokratie nichts übrig, als den Liberalismus seinem Schicksal zu überlassen. Es ist das auch für die Sozialdemokratie eine keineswegs erfreuliche Situation, solange sie selbst noch einen so geringen parlamentarischen Einfluss besitzt. Denn hierüber darf man sich keiner Täuschung hingeben, dass das Zentrum die ihm günstige Situation nach Kräften für sich und seine Ziele auszunutzen bestrebt sein wird, in Bayern ebenso, wie in Baden. Auch hier ist die Gefahr des Zustandekommens einer klerikal-konservativen Landtagsmehrheit keine geringe. Was eine solche Mehrheit bedeutet, braucht hier nicht des näheren besprochen zu werden. Wenn dann auch nicht alle liberalen Errungenschaften beseitigt werden, so wird das Zentrum mit den Konservativen doch bestrebt sein, so viel Rückwärtserei, als nur irgend möglich, zu verwirklichen. Und das namentlich auf dem Gebiete der S c h u l e. Zwar haben die Führer des Zentrums in Baden noch auf dem letzten Land-

tag erklärt, dass sie sich mit der Simultanschule abgefunden hätten. Indes, abgesehen davon, dass eine Simultanschule, mit der das Zentrum sich abfindet, wahrlich nicht das Ideal einer Schule ist, wird das Zentrum in dem Augenblick, wo es sich stark genug fühlt, die Konfessionsschule wieder zurückzuerobern suchen. Das Zentrum passt als realpolitische Partei seine Taktik ganz und gar den Zwecken an, die es im Auge hat. Es geriert sich überall dort fortschrittlich und volksfreundlich, wo es ihm von Vorteil ist. Es hört aber sofort damit auf, wo es ihm nicht mehr notwendig erscheint.

DIE Sozialdemokratie kann und wird sich also über das Zentrum und seine Ziele nicht täuschen. Allerdings geht sie bei der Beurteilung der Zentrumsgefahr von ganz anderen Gesichtspunkten aus, als die antiultramontane Vereinigung, die sich neuerdings den Kampf gegen das Zentrum zum Ziele gesetzt hat. Gewiss vertritt das Zentrum eine Weltanschauung, die dem Fortschritt auf allen Gebieten, vornehmlich aber auf geistigem und kulturellem, wie ein grosses Bleigewicht am Bein hängt. Aber soweit diese Weltanschauung in mittelalterlichen päpstlichen Bullen und im *Syllabus* begründet ist, ist ihre Gefahr keine so grosse, wie sie die Hoensbroech und Boehtlingk an die Wand malen. Die Zeit der brennenden Scheiterhaufen und der Hexenprozesse kommt nicht wieder. Mit den aus solchen historischen Dokumenten hergeholten Argumenten kann man dem Zentrum nicht beikommen. Die Gefahr des Zentrums liegt auf einem ganz anderen Gebiete, als dem der positiven Verwirklichung der von ihm letzten Endes erstrebten Ziele. Nicht das Positive der ultramontanen Weltanschauung ist das, was droht, sondern die negative Herrschaft dieser Partei: der Verlust dessen, was wir infolge des Einflusses der selben an Entwickelung nicht erleben, bis diese Herrschaft wieder gebrochen ist. Für Deutschland zumal ist diese Gefahr keine geringe, und niemand hat mehr Ursache, sie scharf im Auge zu behalten, als die Sozialdemokratie. Diese Gefahr ist über das theoretische Stadium hinausgewachsen, sie ist von grosser aktueller Bedeutung. Das Zentrumsproblem fängt an, brennend zu werden.

UNSERE zerfahrenen politischen Verhältnisse in Deutschland sind nicht zuletzt auf den grossen Einfluss des Zentrums zurückzuführen. Im Reichstag ist dieser Einfluss ausschlaggebend, und er wird es um so mehr, je grösser der Einfluss dieser Partei in den Landtagen der grossen süddeutschen Bundesstaaten wird. Solange das Zentrum diese Rolle spielt, wird keine einzige der grossen Fragen eine prinzipiell klare und bestimmte Lösung finden, auf dem politischen Gebiete so wenig, wie auf dem wirtschaftlichen. Daneben besteht fortgesetzt die Gefahr, dass auf geistigem und kulturellem Gebiete mehr rückwärts, denn vorwärts, gearbeitet wird. Bei der heterogenen Zusammensetzung der Anhängerschaft des Zentrums ist es ganz und gar ausgeschlossen, dass diese Partei eine prinzipiell klare und bestimmte Stellung zu den grossen Fragen der praktischen Politik einnimmt. Alle wirtschaftlichen und politischen Interessen werden bei ihm den kirchlich-katholischen untergeordnet. Es geriert sich politisch radikal oder reaktionär, je nachdem es den kirchlich-katholischen Interessen förderlich ist oder nicht. Alles ist infolgedessen beim Zentrum Geschäft. Dabei verfügt das Zentrum über eine Organisation, welche die aller anderen Parteien hinter sich lässt. Die katholischen Geistlichen sind fast durchweg nicht nur die Agitatoren, son-

dern auch die Organisatoren der Zentrumspartei. In Baden stehen katholische Geistliche, die sich dem Zentrum nicht als Agitatoren und Organisatoren zur Verfügung stellen, auf der Liste der *Verdächtigen*. Ist doch das Zentralkomitee der badischen Zentrumspartei schon so weit gegangen, an die sämtlichen katholischen Pfarrämter des Landes ein Zirkular zu senden, in welchem die Geistlichen aufgefordert werden, von der Kanzel herab für die Zentrumspresse und gegen die *katholikenfeindliche* Presse zu agitieren und über die Erfolge Bericht an das Komitee gelangen zu lassen. Auf diese Weise wird eine indirekte Kontrolle über die politische Tätigkeit der katholischen Geistlichen geübt. Dazu kommt ferner, dass die Kirche vielfach als Versammlungslokal der Zentrumspartei, und die Sonntagspredigt zur politischen Propaganda missbraucht wird. So verfügt das Zentrum über einen Agitationsapparat, wie keine andere Partei.

ANGESICHTS dieser Situation muss man sich darüber klar sein, dass die Gefahr des Zentrums keine geringe ist, und dass der Kampf gegen das Zentrum alle unsere Kräfte für die nächsten Jahre beanspruchen wird. Auf die Liberalen ist in diesem Kampfe bis auf weiteres kein Verlass. Deren Mittel im Kampf gegen das Zentrum sind untauglich und weit mehr geeignet, diesem zu nützen, als zu schaden. Auf einem der wichtigsten Gebiete, dem einer konsequenten Schulpolitik, versagen sie vollständig. Um so mehr ist es die Pflicht der Sozialdemokratie, hier mit ihrer Propaganda einzusetzen. Aber auch auf allen anderen Gebieten praktischer politischer Tätigkeit muss die Sozialdemokratie mit gutem Beispiel vorangehen. Mit der Negation des Bestehenden ist es hier wirklich nicht getan. Die Massen der Wähler lassen sich auf die Dauer nicht mit *Theorieen* abspeisen. Auf einem gegebenen Punkte der Entwickelung muss die Sozialdemokratie praktische Politik treiben, das heisst im Anschluss an das Bestehende das selbe fortzuentwickeln versuchen, will sie sich nicht zum Mitschuldigen an der Verlangsamung der Entwickelung machen. Etwas weniger Ereiferung über den Generalstreik als letztes Mittel im Kampfe gegen die Klassenherrschaft, und etwas mehr Beschäftigung mit den Fragen, die zurzeit als die dringenderen zu betrachten sind! Schliesslich kommt die Sozialdemokratie um die Behandlung der Fragen der praktischen Politik doch nicht herum. Die Verhältnisse sind stärker, als gewisse *Theorieen*, die uns heute daran hindern, unsern Einfluss in der Weise geltend zu machen, wie dies tatsächlich möglich wäre. Die kapitalistische Gesellschaft ist noch nicht am Ende ihres Lateins, und der Sozialdemokratie harren auf politischem Gebiete grosse Aufgaben, die sie nicht vernachlässigen darf, ohne sich selbst und den Interessen derjenigen zu schaden, für welche sie in erster Linie kämpft.

DIE Politik des Zentrums wird uns zwingen, so zu handeln, wie die Verhältnisse es gebieten, das heisst uns einstweilen weniger um den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und um die letzte grosse Entscheidung, als vielmehr um die Dinge zu bekümmern, die bis auf weiteres viel wichtiger sind. Noch sind wir die Minderheit, aber doch schon eine solche, die beachtet werden muss, wenn wir uns nicht von einem Dogma beeinflussen lassen, das nur aus einer Tendenz heraus konstruiert ist, von der es nichts weniger als sicher ist, dass sie sich durchsetzen muss.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROBERT SCHMIDT · EIN AUSBLICK AUF DIE NÄCHSTE ZUKUNFT UNSERER SOZIALPOLITIK



N der Sozialpolitik ist es still geworden. Die grossen Aufgaben hält die Regierung für gelöst, und in weiter Ferne schwebt nur noch das unklare Bild einer Waisen- und Witwenunterstützung. Darüber hinaus sind neue grundlegende Projekte nicht aufgetaucht. Man begnügt sich damit, an dem Vorhandenen zögernd kleine Neuerungen vorzunehmen, hält aber behutsam inne, wenn der Unwille preussischer Junker oder kapitalistischer Machthaber es gebietet. Da, wo zu einer Reform in grösserem Stile Gelegenheit gewesen wäre, bei der Novelle zum preussischen Berggesetz, versagte das preussische Dreiklassenparlament, wie auch die Regierung nur zu einer schwächlichen Aktion gedrängt werden konnte.

SOZIALPOLITISCHE Reformen müssen mit der kapitalistischen Entwickelung Schritt halten, nicht hinter ihr zurückbleiben. Gegenüber dem rapiden Aufstieg des Kapitalismus, der grossen Machtentfaltung der Kartelle ist die Sozialpolitik im Schneckengang dahingeschlichen. Die kapitalistische Entwickelung offenbart fortgesetzt neue Schäden, und sie befestigt und erweitert die alten. Will die Gesetzgebung einmal zupacken, so suchen sich die Angegriffenen unter grossem Hallo geschickt zu entwinden, und die besten Arbeiterschutzvorschriften bleiben ohne die nötige strenge Durchführung. Grosse Arbeitermassen werden heute ganz nach Bedarf hin und her geschleudert. Bald reisst man Tausende von Bewohnern des platten Landes als Saisonarbeiter auf Monate aus der Familie heraus, um sie dann wieder zurückzustossen, wenn ihre Arbeitskraft überflüssig geworden ist; grosse Massen hat die Eisen-, Hütten- und Bergwerksindustrie in Distrikte gezogen, die für das Unterkommen einer so riesig anwachsenden Bevölkerung keine Voraussetzungen boten. Dann wieder ist die Lebensfähigkeit ganzer Gemeinden in Frage gestellt worden, weil die Ausbeute der Gruben den Kapitalisten nicht den genügend hohen Gewinn versprach, der Betrieb eingestellt und Tausende von Arbeitern existenzlos wurden. Das schädliche System der Heimarbeit hat immer weitere Kreise gezogen. Um sich den sehr mässigen Anforderungen des Arbeiterschutzes zu entziehen, haben es die Industriellen der Betriebe, wo grosse maschinelle Hilfsmittel nicht in Anwendung kommen, für vorteilhaft gehalten, die Produktion in die Heimarbeit zu verlegen, weil in diesen Schlupfwinkel kapitalistischer Ausbeutung keine behördliche Kontrolle dringt und durch das verderbliche Zwischenmeistersystem die Lohndrückerei um so nachhaltiger getrieben werden kann. Wäre diesem Beginnen beizeiten Einhalt geboten, dann hätte sich das Übel nicht so einnisten können, wie es jetzt geschehen ist. Man hat dem Treiben ruhig zugesehen, ohne dem wirtschaftlich Schwachen einen genügenden Schutz zu bieten. Leider handelt es sich hier um Arbeiterschichten, denen auch die Gewerkschaft nichts bieten konnte, weil in diesen Berufskreisen die Organisation nicht die genügende Festigkeit besass.

DIE bürgerlichen Parteien glauben, in der Sozialpolitik sei der Zeitpunkt gekommen, gestützt auf die *grossen* Reformen, behaglich sich auszuruhen. In

der Sozialpolitik bedeutet aber der Stillstand einen Rückschritt, und die zaghaft ausgeführten kleinen Reformen sind Reparaturen an altem Material. Man kann behaupten, dass auf dem Gebiete des gewerblichen Arbeiterschutzes die Regierung kaum weiteres wagt, als allgemein eingebürgerte Verhältnisse zu befestigen.

DEM 10stündigen Normalarbeitstag gegenüber verhält man sich ablehnend, obwohl in der Industrie nur noch ein prozentual geringer Teil der Arbeiter über 10 Stunden arbeitet. Selbst im Handwerk ist der Zehnstundentag von den Gewerkschaften vielfach überholt. Eine Statistik der Tarifverträge, die im vorigen Jahre vom reichsstatistischen Amt herausgegeben wurde, wies nach, dass von 600 Tarifen 544 = 91,1 % die Vereinbarung einer 10stündigen und geringeren Arbeitszeit enthielten; nur 53 Tarife = 8,94 %, gingen über diese Grenze hinaus. Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden hat im Jahre 1902 zu eingehenden Ermittelungen der Fabrikinspektoren geführt. Danach ergab sich, dass von 814 560 Arbeiterinnen 86 191 = 10,6 % eine Arbeitszeit von 9 Stunden und weniger hatten; bis zu 10 Stunden arbeiteten 347 814 Arbeiterinnen, das sind 42,7 %, und 379 555 Arbeiterinnen (46,7 %) hatten eine Arbeitszeit über 10 Stunden. Von den 379 555 Arbeiterinnen, die über 10 Stunden arbeiten, entfallen nahezu zwei Drittel auf die Textilindustrie. Von den Fabrikinspektoren haben sich auf Grund ihrer Wahrnehmungen 84 für eine Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, 18 lehnten eine gesetzliche Regelung ab. Die Ermittelungen haben mithin ergeben, dass die Mehrzahl der Arbeiterinnen bereits eine 10stündige und geringere Arbeitszeit haben. Nur in der Textilindustrie sind von 348 538 Arbeiterinnen noch 246 765 über 10 Stunden beschäftigt. Die Regierung scheut aber vor dem Schritt zurück, der Textilindustrie den Zehnstundentag zu dekretieren; sie wird warten, bis die Gewerkschaft durch schwere Kämpfe den Starrsinn der Unternehmer bricht. Noch ablehnender ist das Verhalten der Regierung zu dem Zehnstundentag in der gesamten Industrie und dem Gewerbe.

DIE Frage verschwindet nicht mehr von der Tagesordnung. Dem Drängen der Arbeiter wird nachgegeben werden müssen, aber zu einer Zeit, wo die in ihrer Organisation fortgeschrittenen Arbeiter kein Interesse mehr daran haben, sondern durch Verträge und Vereinbarungen längst eine Arbeitszeit unter 10 Stunden erreicht haben. Wie können die herrschenden Parteien glauben, dass sie mit solchem Arbeiterschutz der Arbeiterschaft imponieren? Die Reform hat gar nicht mehr den Wert, dass sie von den Arbeitern als eine wesentliche Hilfe betrachtet werden könnte.

DIE Arbeiterschicht, die noch über 10 Stunden sich müht und plagt, ist nicht die hochstehende, fortgeschrittene; sie hat kaum die Bedeutung sozialpolitischer Massnahmen erfasst. Das könnte schon anders werden, wenn die Regierung weiter ausholte und über die Kämpfe der Arbeiter hinaus den 8stündigen Arbeitstag festsetzte, um zu zeigen, dass sie wohlbegründeten Ansprüchen der Arbeiter Geltung verschaffen will. Aber nicht einmal in den eigenen Betrieben des Staates, die Musterbetriebe sein könnten, geht man zu einer solchen Einschränkung der Arbeitszeit über. Im Gegenteil, man müht sich, nachzuweisen, welchen schweren Schaden die Industrie bei einer Verkürzung der Arbeitszeit erleiden würde. Für die Unzulänglichkeit dieser Beweis-

führung bietet ein interessanter Versuch der amerikanischen Regierung ein treffendes Beispiel. Der amerikanische Handelsminister hatte an 24 Unternehmer, die in grösserem Umfange Staatsarbeiten ausführten, die Anfrage gerichtet, wie sie sich zur Einführung einer 8stündigen Arbeitszeit verhalten würden. Die Hälfte der Befragten erklärte darauf, dass sie bei einer solchen Verkürzung der Arbeitszeit Staatsaufträge ablehnen müssten. Damit begnügte sich der Minister nicht, sondern er ging zu einem praktischen Versuch über, für den die Schiffsbauindustrie ausgewählt wurde. Man liess auf einer Privatwerft, auf der die 10stündige Arbeitszeit üblich ist, und in der Staatswerft, die eine 8stündige Arbeitszeit innehält, den Rumpf zweier gleicher Schlachtschiffe herstellen. Technisch standen die Betriebe sich gleich. Es ergab sich nun, dass die Arbeit bei der gleichen Arbeiterzahl auf der Privatwerft in 568 Tagen und auf der Staatswerft in 570 Tagen fertiggestellt wurde. Der Versuch war mithin geradezu glänzend ausgefallen. Die Zahl der Arbeitsstunden betrug auf der Staatswerft 1 808 240, auf der Privatwerft 2 413 888. Das Ergebnis war für die Regierung eine Ermutigung, ein Gesetz einzubringen, wonach bei Aufträgen des Staates den Arbeitern eine 8stündige Arbeitszeit gewährt werden müsse. Wir plagen uns in Deutschland noch mit dem Zehnstundentag herum. An einen Achtstundentag im Staatsbetriebe wagt die Regierung gar nicht zu denken.

DIE Entwickelung der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen drängt zu einer Regelung des korporativen Arbeitsvertrages. Längst wäre es Aufgabe der Regierung gewesen, dieser Materie näher zu treten. Der korporative Arbeitsvertrag gewinnt immer mehr an Bedeutung. Auf die sehr unverständigen Angriffe, die diese *Vertragspolitik* der Gewerkschaften erfahren hat, kann hier nicht eingegangen werden. Zum Beweise dafür, dass die Gewerkschaften auf dem rechten Wege sind, genügt wohl die Wiedergabe der Resolution, die in diesem Jahre auf der Delegiertenversammlung des *Zentralverbandes deutscher Industrieller,* der grössten Scharfmacherclique, gefasst wurde:

»Der *Zentralverband deutscher Industrieller* betrachtet den Abschluss von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwickelung durchaus schädlich. Die Tarifverträge nehmen dem einzelnen Arbeitgeber die für sachgemässe Fortführung jedes Unternehmens notwendige Freiheit der Entschliessung über die Verwendung seiner Arbeiter und die Lohnfestsetzung, und sie zwingen die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisationen. Die Tarifverträge sind darüber hinaus nach der Überzeugung des *Zentralverbandes,* die durch die Erfahrungen in England und Amerika vollständig bestätigt wird, schwere Hindernisse des technischen und organisatorischen Fortschritts der deutschen Industrie. Aus diesen Gründen bedauert der *Zentralverband deutscher Industrieller* insbesondere auch die Entschliessung der königlich bayerischen Regierung vom 2. März 1905, die den Abschluss von Tarifverträgen für wünschenswert erklärt und die Förderung des Abschlusses von Tarifverträgen als eine der vornehmlichsten Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten bezeichnet.«

Heute führen die Gewerkschaften fortgesetzt einen Kampf um eine allgemeine Anerkennung des Tarifs. Die rechtliche Grundlage socher Tarife muss in höherem Masse gewährt werden, als es heute geschieht. Das heisst nicht, dass die Arbeiter für eine Bestrafung des Kontraktbruchs eintreten sollen, wie das Beispiel der Baugewerbetreibenden in Essen den Anlass geben könnte; sondern es müsste den Tarifverträgen unter bestimmten Vor-

aussetzungen allgemeine Geltung für das gesamte Gewerbe im Ort, einer Provinz oder des Reiches gegeben werden. Der Vertragsabschluss mag ganz auf den Grundlagen freier Vereinbarung beruhen bleiben. Es gehört zum unlauteren Wettbewerb, wenn sich Unternehmer eines Industriezweiges der Verpflichtung entziehen, ihre Arbeiter so zu entlohnen und die Arbeitszeit so zu gestalten, wie es im Berufe üblich oder vereinbart ist. Erklärt sich ein erheblicher Teil der Beteiligten, sagen wir: die Majorität, für einen gemeinsam abgeschlossenen Vertrag, so wäre die allgemeine Geltung, sei es durch das Einigungsamt des Gewerbegerichts oder eine andere staatliche Behörde, auszusprechen. Für solche Aufgabe fehlt uns leider das Arbeitsamt.

UNSEREN Arbeiterschutzgesetzen mangelt sehr die Übersichtlichkeit. Wir haben einen Wust von Ausführungsvorschriften, Polizeiverordnungen und Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung, dass wohl nur wenige dieses umfangreiche Gebiet beherrschen. Vor einiger Zeit wurde berichtet, die Regierung habe die Absicht, künftig allgemeine Vorschriften auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung zu erlassen, die für mehrere Berufe gleichmässig Anordnungen treffen. Das Vorhaben wäre zu begrüssen. Die Verordnungen des Bundesrats auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung haben sich bisher nur auf wenige Industrieen beschränkt, obwohl es an Anregungen aus dem Kreise der Arbeiter nicht mangelte, auch in anderen Berufen endlich helfend einzugreifen. Weiter ausgeholt haben die Polizeiverordnungen, die auf Grund des § 120e der Gewerbeordnung erlassen sind; sie enthalten oft ganz treffliche Vorschriften, aber es mangelt an der Beaufsichtigung und Durchführbarkeit der selben. Es sollte auch möglichst vermieden werden, solche Verordnungen auf einen kleinen Bezirk zu beschränken, zum mindesten sollten sie für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde erlassen werden.

HIERBEI tritt wieder der Mangel einer Mitbeteiligung der Arbeiter an der Aufsicht hervor, das Fehlen von Arbeiterkammern, in denen eine engere Fühlung mit den Verwaltungsbehörden gepflegt werden könnte. Aber wann werden diese Forderungen der Arbeiter in Erfüllung gehen? Wie ablehnend man der Vertretung der Arbeiter gegenübersteht, bekundete die preussische Regierung wieder bei der Errichtung des preussischen Landesgewerbeamtes. Die Korporationen der verschiedensten Unternehmerkoalitionen sind hier zur Vertretung herangezogen worden: Handels-, Gewerbe- und Handwerkskammern; von den Arbeitern ist gar nicht die Rede gewesen. Dabei soll das Landesgewerbeamt über das Unterrichtswesen im Gewerbe gutachtlich gehört werden und Anregungen auf diesem Gebiete geben. Sind in diesen Fragen die Arbeiter nicht sehr kompetente Beurteiler? Ihr Ausscheiden dokumentiert die ganze Rückständigkeit der sozialpolitischen Auffassung im preussischen Ministerium. Vorteilhaft hebt sich dem gegenüber die Stellung des hessischen Handelsministeriums ab, das seit Jahren in solchen Fällen auch Arbeitervertreter heranzieht.

FÜR die Erweiterung des Arbeiterschutzes mangelt es vollkommen an einer Pflege internationaler Beziehungen. Wie wenig kann das Ergebnis der Berner Konferenz, die in diesem Jahre stattfand, befriedigen! Das Verbot der Verwendung des weissen Phosphors bei der Zündholzfabrikation ist schliesslich von dem Beitritt Japans zu dem Übereinkommen abhängig gemacht,

und der Termin des Inkrafttretens des Verbots ist bis zum Jahre 1911 hinausgeschoben worden, während das deutsche Gesetz am 1. Januar 1908 in Kraft tritt. Allgemeine vertragliche Vereinbarungen sozialpolitischer Art sind von der deutschen Regierung zum erstenmal im Anschluss an den Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn eingegangen worden. Aber die Bestimmungen legen so wenig Verpflichtungen auf, sind so allgemein, dass der Vertrag weit zurücksteht gegen den, der zwischen der italienischen und der französischen Regierung abgeschlosen wurde. Immerhin kann man es begrüssen, dass sich die europäische Diplomatie mit nützlichen Arbeiten versucht, und wenn sie nur die Hälfte des Eifers künftig anwenden würde, den sie in der Marokkofrage verpufft hat, so könnten wir ein gut Stück vorwärts kommen.

AUF dem Gebiete des Versicherungswesens werden wir noch lange der grossen Reform harren können, die der Staatssekretär Graf Posadowsky in Aussicht stellte. Die Einsicht dämmert nun auch in Regierungskreisen, dass ein planmässiger Aufbau der Versicherungsgesetze vollkommen fehlt und aus dem Kunterbunt etwas Einheitliches geschaffen werden muss. Jetzt zerbrechen sich die Baumeister den Kopf, wie der Umbau der regellosen Ungebilde zu einem fest gefügten Ganzen möglich ist. Es gehört wirklich kein Scharfblick dazu, um zu erkennen, dass der von der Sozialdemokratie empfohlene Weg früher oder später beschritten werden musste. Nur durfte man die sozialpolitische Einsicht fordern, dass die Regierung ihre Versicherungsgesetze gleich auf dieser festen Grundlage aufbaute. Aber nicht nur die Zersplitterung des Versicherungswesens deutet auf eine Unklarheit und tastende Unsicherheit auf diesem Gebiete der Gesetzgebung hin, sondern auch die innere Ausgestaltung der einzelnen Gesetze, die Verwaltung, das Ineinandergreifen der einzelnen Versicherungszweige lässt den Wirrwarr immer grösser werden. Vom Grafen Posadowsky ist im Reichstag selbst darauf hingewiesen worden, dass dem Reichsversicherungsamt der organische Unterbau fehlt. Das Reichsversicherungsamt steht überhaupt nahezu vollkommen isoliert da. Es fehlt ihm schon die Stellung einer Reichsbehörde, da neben ihm die Landesversicherungsämter in Unfallsachen die gleiche Stellung einnehmen. Das Reichsversicherungsamt ist Aufsichtsbehörde für die Berufsgenossenschaften und die Landesversicherungsanstalten; für die Krankenkassen ist die Gemeindebehörde, für Hilfskrankenkassen die Polizeibehörde Aufsichtsinstanz. Für die Ansprüche aus den Krankenkassen sind die Verwaltungsgerichte entscheidende Instanzen, desgleichen für die Ersatzleistungen, die die Berufsgenossenschaften den Krankenkassen zu gewähren haben, wenn der Verletzte über die 13. Woche hinaus Krankengeld bezog. In den Krankenkassen führen die Verwaltung die Versicherten und die Arbeitgeber, in den Landesversicherungsanstalten die von der Gemeinde oder dem Staat angestellten Beamten mit Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber, und in den Berufsgenossenschaften sind die Unternehmer *Herren im Hause.* Die Landesversicherungsanstalt hat dann noch die Beigabe, dass von der Gemeindebehörde mit Hinzuziehung gewählter Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Rentenansprüche in erster Instanz geprüft werden. Die Krankenkassen und Berufsgenossenschaften sind nach Berufen organisiert; die Landesversicherungsanstalten in territorialer Abgrenzung, die Krankenkassen gliedern sich weiter in Orts-, Innungs-, Betriebs-, Gemeinde- und Hilfskrankenkassen. In diesem bunt zusammengewürfelten

Konglomerat sollen nun die Arbeiter sich zurechtfinden! In Wirklichkeit wissen die gelehrten Richter nicht einmal, was aus den vielseitigen Bestimmungen zu machen ist; denn die Oberverwaltungsgerichte fassen die widersprechendsten Entscheidungen in der Frage der Ersatzleistungen der Berufsgenossenschaften an die Krankenkassen. Läge es nicht nahe, die ganze Rechtsprechung auf dem Gebiete des Versicherungswesens den Schiedsgerichten und dem Reichsversicherungsamt zu überweisen? Allerdings müssten dann die Wahlen der Beisitzer aus den Kreisen der Versicherten auf anderer Grundlage aufgebaut werden. Man kann sagen, es ist alles geschehen, um den Zusammenschluss dieser drei Versicherungszweige so schwer, wie möglich, zu machen. Man hat bei der ganzen Gesetzgebung nie Rücksicht darauf genommen, gewisse Vorbedingungen für den Zusammenschluss zu schaffen. Vor der Schwierigkeit des Problems mag wohl die Regierung zurückschrecken; deshalb die Hinaussetzung des Termins in weite Ferne. Die Absicht der Regierung, eine Novelle zum Krankenkassengesetz einzubringen, sollte mithin nur in der Richtung zur Ausführung kommen, dass die berufliche Gliederung aufgehoben und für die Zwangsversicherung nur eine Kasse vorgesehen wird. Damit wäre nach der Richtung eines Zusammenschlusses des Versicherungswesens gewirkt.

VERGEGENWÄRTIGT man sich die vielen Anträge, die im Reichstag auch von bürgerlichen Parteien auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes eingebracht werden, so bot sich der Regierung gerade jetzt eine äussertst günstige Gelegenheit, die Antragsteller beim Wort zu nehmen. Eine Regierung, der es ernst wäre mit der Sozialreform, würde die Situation nicht unbenutzt vorübergehen lassen. Indes, die Antragsteller sind ihrer Sache wohl sicher, dass ihnen die Regierung selbst bei ihrer sehr bescheidenen Anforderung nicht die Ungelegenheit bereitet, ihre Wünsche ernst zu nehmen. Der Kapitalismus wird sich mit einer dem Verlangen der Arbeiter entsprechenden Sozialreform nie befreunden, sondern die Sozialreform nur widerstrebend fortführen, und auch das würde nicht geschehen, wenn nicht in der Arbeiterbewegung der stürmische Mahner dahinterstände.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS FRÄSSDORF · DIE SELBSTVERWALTUNG DER KRANKENKASSEN

SEIT einer Reihe von Jahren will das Verlangen gewisser Kreise nach Aufhebung respektive Einschränkung der Selbstverwaltung bei den Krankenkassen nicht mehr verstummen; nach den bekannten Verhandlungen des preussischen Landtags über den *Bergarbeiterschutz* im Mai und Juni dieses Jahres scheint sich dieses Verlangen zu einer Regierungsvorlage zu verdichten, die, wie wiederholt behauptet wird, dem Reichstage im Herbst zugehen soll. Der Ministerpräsident Graf (jetzt Fürst) Bülow führte am 26. Mai im Abgeordnetenhause folgendes aus:

»... Der Herr Abgeordnete von Heydebrand [hat] während der zweiten Lesung der Vorlage im Namen der konservativen Partei erklärt, er könne es von seinem Standpunkte nicht länger mit ansehen, dass sozialpolitische Einrichtungen, welche

geschaffen wären zum Zwecke der Versöhnung, zum Zwecke des Friedens, ausgebeutet würden im Interesse der staatsfeindlichen Sozialdemokratie [*Sehr richtig!* rechts]. Meine Herren, ich verstehe diesen Standpunkt. Und ich gebe Herrn von Heydebrand weiter zu, dass die Sozialdemokratie es leider verstanden hat, schon bestehende sozialpolitische Organisationen, so besonders die Krankenkassen [*Sehr wahr!* rechts], zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung für Parteizwecke auszubeuten [*Sehr wahr!*].«

Im preussischen Herrenhause wurde Graf Bülow noch deutlicher; er sagte da am 2. Juni:

»Ich erkenne an, dass es der Sozialdemokratie leider gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen; ich erkenne weiter an, dass dies zum grossen Nachteile der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne ebenso an, dass sich hier Zustände entwickelt haben, die der Remedur dringend bedürfen.«

Bei dieser Sachlage dürfte es sich lohnen, zu untersuchen: inwieweit die Selbstverwaltung bei den Krankenkassen besteht; ob und inwieweit sich die Sozialdemokratie der Krankenkassen bemächtigte und sie zu ihren Zwecken ausnutzte; welche Wirkungen dadurch hervorgerufen wurden, und welche Folgen die Beschränkung der Selbstverwaltung zeitigen würde.

DIE Selbstverwaltung ist statuiert durch die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes (§§ 34 bis 39). Sie wird ausgeübt durch den Kassenvorstand und durch die Generalversammlung, in welchen die Versicherten zu zwei Dritteln, die beitragszahlenden Arbeitgeber höchstens zu einem Drittel Stimmrecht haben. Soweit die Befugnisse der beiden Organe, des Vorstandes und der Generalversammlung, nicht durch das Gesetz geregelt sind, geschieht es durch das Kassenstatut. Das Statut bedarf der Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde.

DIE Hauptaufgaben der beiden Kassenorgane sind: Aufstellung respektive Abänderung des Kassenstatuts, insbesondere Festsetzung der Beiträge, der Höhe und des Umfanges der Unterstützungen, Gewährung der Heilmittel, Regelung der ärztlichen Behandlung und Abschluss der dazu nötigen Verträge; ferner Anstellung von Beamten und Regelung deren Verhältnisse zur Kasse. Wenn jedoch die Kassenorgane den berechtigten Anforderungen der Versicherten auf Gewährung von Heilmitteln, ärztlicher Behandlung und Krankenhauspflege nicht entsprechen, so ist die höhere Verwaltungsbehörde gemäss § 56a des Gesetzes berechtigt, das Entsprechende zu verordnen. Wie in solchen Fällen mit der Selbstverwaltung umgesprungen werden kann, haben die Vorkommnisse in Cöln und Leipzig bewiesen. Die Aufsichtsbehörden (untere Verwaltungsbehörden) überwachen die Befolgung der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen bei den Kassen, sie verlangen Jahresabschlüsse, sind befugt, Einsicht in alle Verhandlungen der Kasse, Protokolle etc. zu nehmen und auch die Kassen nach Belieben oder Bedarf zu revidieren. Der § 34a des Krankenversicherungsgesetzes verbietet eine Besoldung der Vorstandsmitglieder und lässt nur eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst und Zeitverlust zu. Nach § 42 haften die Mitglieder des Vorstandes, sowie die Rechnungs- und Kassenführer der Kasse für pflichtgemässe Verwaltung, wie Vormünder ihren Mündeln. Wenn sie absichtlich zum Nachteile der Kasse handeln, unterliegen sie den Bestimmungen von § 266 des Strafgesetzbuches.

MAN sieht, dass schon jetzt von Gesetzes und Aufsichts wegen Vorsorge

getroffen worden ist, dass die Bäume der Selbstverwaltung nicht in den Himmel wachsen.

NUN ist aber bei den 8550 Gemeindekrankenversicherungen mit ihren 1½ Millionen Versicherter von Selbstverwaltung überhaupt nicht die Rede; auf diese haben bekanntlich die Arbeiter und Arbeitgeber keinen direkten Einfluss. Des weiteren ist der Einfluss der Versicherten bei den 7600 Betriebskrankenkassen mit ihren 2 580 000 Mitgliedern gleich null; denn wer dort die Interessen der Versicherten ohne Rücksicht auf den Geldbeutel oder den Willen des Unternehmers vertritt, fliegt hinaus. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den 46 Bau- und 670 Innungskrankenkassen, in welchen leider noch zirka 250 000 Mitglieder versichert sind. Dass bei den Knappschaftskrankenkassen die Selbstverwaltung nur auf dem Papier steht, ist bekannt.

VON einer Selbstverwaltung und einem Einfluss der Arbeiter auf die Kassen kann daher nur bei den Orts- und den Hilfskrankenkassen die Rede sein. Die 4715 Ortskrankenkassen hatten im Jahre 1903 4 975 322 Mitglieder, die 1436 Hilfskassen 887 130 Mitglieder. Beide Kassen zählen demnach etwas mehr, als die Hälfte aller Versicherten, zu ihren Mitgliedern. Im Jahre 1903 waren 10 224 297 Personen gegen Krankheit versichert; die Zahl ist wohl etwas zu hoch angegeben, da die Mitglieder der Hilfskassen vielfach noch anderweitig versichert sind und somit doppelt gezählt wurden. Die Selbstverwaltung ist bei den Hilfskassen, zu denen die Arbeitgeber Beiträge nicht zu leisten haben, und in denen sie demzufolge keine Vertretung besitzen, am besten durchgeführt. In ihren Leistungen stehen sie, weil sie auf den Unternehmerbeitrag verzichten müssen, freilich manchen Orts- und Betriebskrankenkassen bedeutend nach. Die Selbstverwaltung bei den 4715 Ortskrankenkassen wird aber durch die Behörde und Unternehmer in den allermeisten Fällen so beeinflusst — besonders in kleineren Orten —, dass sie bei 90 % der Kassen überhaupt nur ein Scheindasein führt.

UND damit kommen wir zu der Frage, wie und wo sich die Sozialdemokraten der Krankenkassen *bemächtigt* haben.

LANGE vor Einführung der obligatorischen Krankenversicherung /1884/ hatten sich die Arbeiter freie Hilfskassen gegründet, die sie zu gunsten der Zwangskassen im Jahre 1884 auch nicht aufgaben; sie passten sie vielmehr den Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes an, und damit blieben sie den Zwangskassen fern. Allein durch die Drangsalierungen der Hilfskassen seitens der Gesetzgeber, Behörden und Zwangskassen wurden immer mehr Hilfskassenmitglieder den Zwangskassen zugeführt. Unter diesen befanden sich viele Sozialdemokraten, die, was erklärlich ist, nun in den Zwangskassen nicht bloss zahlen, sondern auch mitreden, mitbestimmen wollten. Durch dieses neue Element kam Leben und Fortschritt in die meist vertrottelten Kassen; der Einfluss rückständiger Arbeiter und der selbstsüchtiger Arbeitgeber wurde gebrochen oder doch gemildert. Das konnte natürlich nur dort geschehen, wo die Sozialdemokraten in grosser Zahl vorhanden waren und über eine Anzahl von befähigten Anhängern verfügten, die den Machtgelüsten der Unternehmer entzogen waren. Und das war naturgemäss nur in den grösseren Städten und Orten der Fall. Damit findet aber auch der Einfluss der sozialdemokratischen Arbeiter gewisse Grenzen; daher kommt es, dass es von den 4715 Ortskrankenkassen keine 500 gibt, in denen die sozialdemokrati-

schen Arbeiter entscheidenden Einfluss haben. Da es aber die Kassen der Grossstädte sind, die grosse Mitgliederzahlen aufweisen, so dürfte sich dieser Einfluss wohl auf zirka 2 Millionen, ein Fünftel sämtlicher Versicherter, erstrecken. Indes, das sind nur Schätzungen; in nächster Zeit sollen darüber und über Verwandtes Erhebungen stattfinden, deren Ergebnis manchen Rückwärtser unangenehm berühren dürfte.

DIE sozialdemokratischen Parteiorganisationen bekümmern sich — das sei hier ausdrücklich festgestellt — unseres Wissens nicht um die Ortskrankenkassen; das tun vielmehr die Gewerkschaften, die allerdings ein sehr berechtigtes Interesse daran haben, dass die Ortskrankenkassen ihren Mitgliedern möglichst weitgehende Unterstützungen gewähren. Um dies zu ermöglichen, sorgen sie für eine verständige Verwaltung. Dass die Sozialdemokraten die Kassen zu ihren Zwecken ausnutzen, ist eine nur zu durchsichtige Verleumdung. Es heisst die Aufsichtsbehörden der Unfähigkeit und Pflichtverletzung zeihen, wenn solche Behauptungen unbewiesen aufgestellt werden. Wenn die Kassenvorstände neben anderen auch Sozialdemokraten als Beamte anstellen und auch sozialdemokratischen Unternehmern zum Teil Aufträge erteilen, so ist das ihr gutes Recht; denn die Sozialdemokraten zahlen ihre Beiträge ebenso, wie andere, und sie besitzen nicht mindere Fähigkeiten. Oder will man auch hier den Sozialdemokraten das gleiche Recht vorenthalten? Wenn man in den Gemeinden, dem Staate, dem Reiche und in den Kassen, welche von den Konservativen, Freisinnigen etc. verwaltet werden, sozialdemokratische Beamte anstellen und sozialdemokratische Unternehmer bevorzugen wird, dann erst ist man berechtigt, die Handlungsweise der *sozialdemokratischen Kassenvorstände* zu bemängeln. Die *sozialdemokratischen Kassenvorstände* haben sich — das kann man mit voller Überzeugung und Berechtigung sagen — bei all ihren Handlungen so taktvoll, so selbstlos und unparteiisch verhalten, dass sie die Gegner der Selbstverwaltung damit beschämten; gerade daraus erklärt sich auch deren steigender Zorn. Nun sind es aber gerade die *sozialdemokratischen Kassenvorstände*, die bahnbrechend auf dem Gebiete der Krankenversicherung vorangingen und Mustergültiges schufen. Die engen Grenzen des § 20 des Krankenversicherungsgesetzes, der die Minimalleistungen vorsieht, sind von ihnen zum Ärger der Reaktionäre längst übersprungen. Nach § 21 des Gesetzes haben die *bösen Kerle* vielfach das Krankengeld erhöht, die Unterstützungsdauer verlängert. Sie haben Familienunterstützung in Form von freier ärztlicher Behandlung, Medikamenten, Sterbegeld und dergleichen eingeführt. Sie sorgten zum Teil für Schwangere, errichteten Genesungsheime, Walderholungsstätten, ermöglichten den Besuch von Bädern, sorgten für bessere ärztliche Behandlung, erweiterten die Zahl der Heilmittel u. s. w. Weiter schufen sie bessere Verhältnisse für die Kassenbeamten, führten Gehaltsstaffeln, Pensionseinrichtungen, Witwen- und Waisenversorgung ein. Sie verkürzten die Arbeitszeit der Angestellten, gewährten Sommerurlaub und anderes mehr. Sie wetteifern auf den Jahresversammlungen in der Verbesserung der von ihnen vertretenen Kassen. Mit den Arbeitgebern arbeiten sie seit Jahren in den Kassenvorständen im besten Einvernehmen, und sie wissen deren Mitarbeit zu würdigen.

DAS ist die so übel berufene Tätigkeit der *sozialdemokratischen Kassenvorstände*! Und wie öde, wie rückständig sind meist die Kassen, in denen der

sozialdemokratische Einfluss fehlt! Das alles ist bekannt, wird die Reaktionäre aller Schattierungen aber nicht hindern, ihr *Kreuziget sie!* weiter zu rufen. Sind doch die 1904 veröffentlichten spontanen Erklärungen der Arbeitgebervertreter aus 43 grossen Kassen — die bezeugten, dass die in den Kassenvorständen tätigen Sozialdemokraten keinerlei Parteipolitik treiben und nur das Wohl der Kassen im Auge haben — anscheinend ohne jeden Einfluss geblieben.

NUN soll die Aufhebung respektive Einschränkung der Selbstverwaltung aber ein Kampfmittel gegen die Sozialdemokraten sein; die Geistesverfassung mancher Mitglieder des Herrenhauses kann wohl solche Ideen gebären — hat sie es doch fertig gebracht, selbst im Zolltarif ein Mittel gegen die Sozialdemokratie zu sehen! —, einigermassen vernünftige Menschen müssen aber zur gegenteiligen Schlussfolgerung kommen. Aber, was verschlägt's? Der Zweck heiligt die Mittel. Denn schliesslich geht's damit gar nicht gegen die Sozialdemokratie, sondern gegen die Selbstverwaltung als solche. Sagte uns doch der Geheime Oberregierungsrat und vortragende Rat im königlich preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Hoffmann, dass sich seine bekannten Vorschläge zur Verschlechterung der Selbstverwaltung nicht nur gegen die Sozialdemokratie, sondern auch gegen das Zentrum richteten: im Rheinland hätten die Zentrumsarbeiter zu gunsten der Geistlichkeit respektive der von dieser vertretenen Anstalten mit den Kassengeldern furchtbar gewirtschaftet. Wie sich die Zentrumsleute zur Sache stellen, und ob Herr Dr. Mugdan im Sinne der freisinnigen Arbeiter im Reichstage gesprochen, muss sich bald zeigen. Ohne Zustimmung des Zentrums können die Pläne der Herrenhäusler, der Mugdan, Hoffmann, Heydebrand und Genossen nicht verwirklicht werden.

HAT die Selbstverwaltung Leben und Fortschritt erzeugt, so muss deren Beseitigung die gegenteilige Wirkung haben. Die Entwickelung unserer Krankenversicherung wäre dahin. Das Vertrauen, das Interesse der Versicherten zu den Kassen und ihren Leistungen würde schwinden, und der wertvollste und populärste der Versicherungszweige würde dahinsiechen. Das würde um so fühlbarer sein, als nur die freie Selbstverwaltung schnelle Hilfe garantieren kann. Die Krankenversicherung kann bei ihrer Vielseitigkeit noch weit weniger den bureaukratischen Formelkram vertragen, als die Unfall- und Invalidenversicherung. Hier ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe! Das mangelnde Interesse der Arbeiterklasse am Bestande unserer Unfall- und Invalidenversicherung ist darauf zurückzuführen, dass bei ersterer die Arbeiterschaft auf die Verwaltung keinerlei Einfluss hat, bei letzterer aber mitsamt den Arbeitgebern verurteilt ist, in der Verwaltung das fünfte Rad am Wagen darzustellen.

MAN vermutet wohl nicht mit Unrecht, dass bei diesem beabsichtigten Attentat auf die Selbstverwaltung Rücksichten auf das Interesse von Söhnen besitzender Kreise und auf die Militäranwärter im Spiele sind. Mit der Aufhebung der Selbstverwaltung wären Sinekuren für Söhne einflussreicher Väter und neue Beamtenstellen für gewesene Unteroffiziere zu schaffen. Wie und wann in so verwalteten Krankenkassen die Versicherten zu ihrem Recht kommen würden, ist nicht schwer auszudenken. Schliesslich würde mit solchen Massregeln gerade die Politik, der Streit in die Kassen hineingetragen werden; denn es müssten heftige Kämpfe zwischen der Arbeiterschaft und der Bureau-

kratie entbrennen. Dadurch würde auch das oft erspriessliche Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erschwert, und der *soziale Friede* würde sicher nicht gefördert werden.
AUS alledem ergibt sich: Die dahingehenden schwarzen Pläne müssen allgemein, vor allem von der deutschen Arbeiterschaft rücksichtslos bekämpft werden. Nicht Einschränkung, sondern Erweiterung der Selbstverwaltung bei den Krankenkassen tut uns not; nicht Bureaukratisierung, sondern Popularisierung der Krankenversicherung erfordert das Volksinteresse. Die deutsche Arbeiterschaft rüste sich zu neuem Kampfe!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ANNA PLEHN · MEUNIER



ONSTANTIN Meunier hat in seiner Jugend mit der Aufgabe des Bildhauers gerungen, und er hat sie dann mutlos fortgeworfen, um Maler zu werden. Es wird von ihm berichtet, dass er sogar kirchliche Malereien ausgeführt habe. Dann folgten Stoffe, in denen er sich dem Leben mehr näherte und dem grossen Gebiet der Arbeit, die er in den letzten Jahrzehnten seines Lebens als das hinstellte, was das Leben und die Menschheit heroisiert.
DAS Museum in Brüssel besitzt zwei Gemälde von ihm. Das ältere gibt eine Szene aus dem brabantischen Bauernaufstand von 1797. Das ist nicht mehr eine Kulturschilderung, wie sie aus dem selben Belgien um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts ausging. Meunier war schon mit einer anderen Auffassung geboren, denn er war erst zehn Jahre alt, als, im Jahre 1841, Gallait und Bièfve ihren Siegeszug durch Europa antraten, der auch für Deutschland so wichtig wurde. In dem Brüsseler Bilde ist einfach Menschliches. Das Scheue, Wilde, mangelhaft Vorbereitete dieses Aufstandes kommt in der ungenügenden Bewaffnung des Menschenklumpens zum Ausdruck, der wartend in die linke Bildseite gerückt ist, während einer der Ihren spähend durch eine schluchtartige Vertiefung zur Anhöhe emporkriecht. Da ist nichts Heldenhaftes. Die Farbe, braun und trüb, ist nicht das Mittel eines geborenen Koloristen. Später lichtete sich diese Palette auf, während sie, was das Stoffgebiet betrifft, dem Leben von heute näher kam. Schon hatte Meunier 1880 die Grubenbezirke seiner Heimat kennen gelernt, als er noch in fremder Erde herumschweifte. Noch drei Jahre später malte er den Arbeitssaal spanischer Tabakarbeiterinnen. Auch dies Bild ist in Brüssel. Hier ist schon einige Munterkeit der Farben und Lichtspiele. Für die eigentliche Ökonomie dieses Lebenswerkes sind nur zwei stehende Vordergrundfiguren wichtig. Sie verraten, wie die grosse, stolze Linie der Wirklichkeit auf den Künstler Eindruck zu machen begann. Es ist in dem Aufrichten dieser prangenden Körper etwas, das an die imponierende Pose des Hafenarbeiters erinnert, der vor dem Antwerpener Museum Wache hält.
ABER nun kam die Zeit, wo sich die ganze Liebe und das ganze künstlerische Schaffen um ein einziges grosses Thema sammelte: die Schönheit menschlicher Anstrengung ging dem Künstler auf, wie sie sich im Bezirk der rauchenden Schornsteine und im Bergwerksleben offenbart. Zuerst blieb noch der Maler oder doch der Pastellzeichner am Werk, die schwarzen Hochburgen und

Verschanzungen dieses Reiches darzustellen. Der melancholische Rhythmus ragender Schornsteine und lang gereckter Kranarme übertönte ihm fürs erste die Menschentätigkeit. Dann sah er auch diese starken, von grossen Anstrengungen geschmeidig gemachten Körper. Sah den gewaltigen Willen auf diesen niedrigen, aber unbändig vorspringenden Stirnen, diese pathetischen Lippen, die meist so streng geschlossen sind, weil ihnen die Besiegung von Leidenausbrüchen Gewohnheit wurde. Und als ihm das aufgegangen war, da erkannte er auch, dass dem nicht mehr durch den Maler beizukommen sei, dass wenigstens er nur in der plastischen Form ein Ausdrucksmittel besässe, das der Schönheit des Lebens gewachsen sei. Denn hier war Schönheit und ein täglich bewährtes Heldentum, dem ungeheure Widerstände unterliegen mussten. Und im Bewusstsein dieser Leistungen war auch Freudigkeit und Glücksgefühl.

UNTER allen Gestalten, die in den letzten zwanzig Lebensjahren diese Hand der Plastik noch schenkte, sind nur zwei, die von einem Unterliegen des Lebens unter den Härten des Schicksals und des Berufs berichten. Nur diese zwei Ausnahmen, die von dem Zerknicken und Entstellen der Form unter dem Druck der Anstrengung und Entbehrung wissen. Das eine ist die alte Arbeiterfrau, an der alles, was weiblich war, vernichtet ist durch die Last lange getragener Leiden, und die nun in ihrer Steifheit stumm, hilflos dasteht, den Augen eine eindringliche Klage vortragend. Nicht sehr fern steht dieses Gebilde der Tragik, die Rodin in den selben Gegenstand legte. Aber Rodins Alte ist von dämonischerer Wucht, die von Meunier trägt menschlichere Züge. Im Dresdener *Albertinum,* wo sich der Deutsche noch immer am besten über die Skulptur des Auslandes unterrichten kann, ist auch von dem mitleidswerten Geschöpf, der Arbeiterin Meuniers ein Gipsabguss. Das andere Mal, als Wahrheitsliebe und Mitgefühl dem Künstler ein Geständnis abpresste, dass er auch Schrecknisse in seiner Welt von Kraft und Grösse gesehen, war es ein armes, abgequältes Arbeitspferd, das er mit allen Zeichen erlittener Unbill darstellte. Mit dem müde zur Erde gesenkten Kopf, den mühsam gehobenen Hufen, die den lahmen Beinen einem um das andere zeitweilig die Körperlast abnehmen wollten, den aus dem mageren Leib hervorstarrenden Knochen.

DIES die Ausnahmen. Sonst war es immer die Schönheit elastischer Glieder, die sich im voraus Sieger wussten über hartnäckige Widerstände. Die Situationen, in denen sie gezeigt werden, sind von zweierlei Art. Da ist erst das ruhig selbstbewusste Stehen. Ein Stehen von so ganz anderer Art, als die Antike kannte. Lässiger in der Gestalt des Hafenarbeiters, der in mehrfachen Massstäben existiert. Als Statuette, wie es zum Beispiel im *Luxembourg* gesehen wird, und im kolossalen Massstab, wie es in Antwerpen seine ganze Wucht entfaltet. Gestraffter kommt das breitbeinige Stehen wieder bei dem Mäher, wo es kaum ein Ruhen, nur ein momentanes Innehalten in der Arbeit ist, während die gehobene Hand den Schweiss von der Stirn wischt. Eine Mittelstellung nimmt der Reiter ein, der auf ungesatteltem Pferd zur Tränke kommt. Hier ist der Körper mehr in Bewegung gezeigt. Der Torso ist rückwärts gelegt, der Kopf vorgebogen, die Beine in den Knieen stark geknickt. Aber das Muskelspiel ist herabgestimmt zu halber Tätigkeit. Häufiger wird das drängende Vorwärtsstreben ausgedrückt, das

alle Gelenke biegt, die Sehnen anspannt und in der erwarteten Wirkung dieser Kraftanstrengung ein dramatisches Moment einschliesst. Das aber kommt nur in der Form des Reliefs zum Ausdruck, wo der geschlossene Hintergrund das Zersplittern unruhig auseinandergebreiteter Formen verhütet. Hier wird die Wirkung stets durch mehrfach wiederholte Linienparallelen verstärkt. Da sind als gelassenste Gruppe die Männer, welche, beim Arbeitsschluss vom Schacht ausgespieen, in dichtem Gedränge dem Tage entgegenstreben. Nur einer ist ganz sichtbar, der vorderste, dessen Kopf mit gierigem Ausblick über die schützende Reliefwand hinausragt. Ein Mittel, die Bewegung nach vorwärts auszudrücken. Der letzte steckt noch halb in dem Schlund und lässt die Phantasie die Reihe der Folgenden ins Endlose fortsetzen. Ungestümer geht es bei den Puddlern zu, die ihre Füsse gegen ein Rad stemmen, das ganz in der Verkürzung, nur als Streifen gesehen, von ihren Zangen bearbeitet wird. In der Diagonale der Fläche schräg nach rückwärts geworfen, verlaufen hier die Hauptlinien. In der entgegengesetzten Richtung geht die Bewegung im zweiten Relief vor sich, das *Die Industrie* heisst. Mit Armen und Schultern stemmen sich hier die Männer gegen einen Widerstand, weit zurück mit den Füssen einen Halt suchend. Pferde sind die Helden in einer anderen Platte, Menschen nur ihre Begleiter. Es gilt irgend einen Kampf mit den Wellen, die den Hintergrund mit unruhiger Oberflächenbewegung füllen. Das malerische Relief, das den Raum mit in seine Wirkungen einbezieht — es wird bekanntlich von strengen Stilisten verworfen —, hat der Belgier in einer eigenen, geistreichen Weise behandelt. Plastische Form gibt er nur der Vordergrundsgestalt. Was hinten sichtbar werden soll, drückt er nicht durch den Kompromiss einer geritzten Umrisszeichnung aus, sondern in einem malerischen Auf und Ab der Fläche, welche durch Licht- und Schattenwechsel luftig zurückgehende Weiten vortäuscht. Im gegenwärtigen Relief scheinen es Wogen, die bis zum obersten Tafelrande ansteigen, bei den Mähern sind es Ährenmassen und darüberstreichende Luft. Merkwürdig erinnert die leichte Unkörperlichkeit dieser Andeutung immer wieder an gezeichnete Landschaftshintergründe von Liebermann, dessen Kohlestriche und Wischtöne so wenig, wie dort die Plastik, Einzelheiten, dafür aber lebendigen Masseneindruck geben.

IM vorstehenden wurden bereits einige Gegenstände erwähnt, die der Behauptung zu widersprechen scheinen, dass das Stoffgebiet Meuniers in der letzten Zeit ein fest umgrenztes, in den Bereichen des *pays noir* sich abspielendes gewesen sei. Zu diesen Erweiterungen kam es auf einen äusseren Antrieb hin. In einem Elan künstlerischen Verständnisses, den man heute von keinem anderen Staat, als dem belgischen, erwarten darf, war Meunier der Auftrag für ein Monument der Arbeit geworden. Es wäre eine prächtige Ergänzung des künstlerischen Schmuckes von Brüssel geworden. Wie in Antwerpen der Hafenarbeiter, so steht in der Hauptstadt auf grossartigem Terrassenterrain inmitten von Rasen und Wasserflächen der Reiter unter freiem Himmel da. Werke von Lambeaux und anderen belgischen Bildhauern entfalten in gleicher Weise ihre stolz dekorativen Silhouetten vor dem täglich vorüberflutenden Leben. Mehr, als andere, hätte der weitherzige Gedanke Ausführung verdient, die Arbeit, die dem modernen Leben seine starke Expansion schafft, vor den Augen derer zu verherrlichen, auf deren Schultern

die grösste Anstrengung Tag für Tag ruht. Jetzt heisst es: das Denkmal, dessen einzelne Teile vollendet der Zusammenfügung harren, soll in einem eigenen Museumsbau eingesperrt werden. Es wäre sehr zu beklagen, wenn kleinliche Bedenklichkeit den grossen Zug durchbrechen sollte, mit dem in dieser modernen Stadt bisher die Kunst dem Alltagsleben Adel zu geben vermochte.

FÜR den Sockel dieses Monuments sind ausser vier Eckfiguren eben so viele Reliefs bestimmt, von denen die Industriegruppe und das Bergwerk in das ursprüngliche Thema des Künstlers hineingehörten. Die Mäher und die Szene am Meer wurden zur Charakterisierung der anderen Produktionskräfte hinzugefügt. Es gab eine Abwechselung der Beschäftigung, keine der Gestalten und des Stils. Die Gestalt einer Frau mit zwei Kindern soll als *Maternité* die Frau in ihrer wichtigsten Leistung für die Gesellschaft darstellen. Diese Gruppe ist noch nicht öffentlich gezeigt worden. Den oberen Denkmalsabschluss hätte die Kolossalgestalt des Sämanns zu bilden: die sinnbildliche Zusammenfassung aller übrigen Figuren und ihrer Bedeutung.

SO durfte Meunier das Hauptwerk seines Lebens vollenden, ehe der Tod ihn fortnahm. Vielleicht ersparte er ihm die Enttäuschung, zu sehen, dass es nicht in dem Sinne verwertet wird, den er allein wünschen konnte.

SEIT dem Frühjahr ist in Nekrologen vielfach die Frage nach der Bedeutung des belgischen Künstlers aufgeworfen worden. Das Genie Rodins wurde zum Vergleich genommen. Sicher ist der französische Plastiker bedeutend vielseitiger. Auch hat er die Ausdruckssprache seiner Kunst mehr bereichert, als Meunier. Das fällt in die Augen, man braucht sich also nicht zu scheuen, es auszusprechen. Darüber hinaus die Frage nach der Überlegenheit und nach der Grösse des Abstandes zwischen beiden zu entscheiden, scheint mir so misslich, wie überflüssig. Als allgemein gültiges Werturteil haben die Schätzungen von Zeitgenossen über die grossen Ereignisse ihrer Epoche sich im Laufe der Entwickelung selten als unanfechtbar erwiesen, und erst die Zukunft ist es, die durch Vollendung eines Entwickelungskeimes die Bedeutung der Neuerer sanktioniert. Wir wissen nicht, wen die Zukunft Meunier voranstellen wird. Jedenfalls dürfte seine Künstlersprache, in der er als der erste Plastiker die monumentale Seite des modernen Lebens artikulierte, in allen kommenden Zeiten verständlich sein. So hat er das Abbild seines Geistes der Menschheit für die Dauer hinterlassen. Die Züge seiner körperlichen Erscheinung wurden durch Liebermanns Hand der Nachwelt aufbewahrt.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Montangewerbe

DIE seit Mitte Juli mit überraschender Kraft einsetzende Haussebewegung, vor allem in Montanwerten, hat zwar Anfang August wieder einem leichten Rückschlag und Stillstand Platz gemacht. Sie beweist jedoch, wie unbegründet die kapitalistischen Klagen über die Produktionsschädigungen durch den Bergarbeiterstreik sind. Einige der wichtigsten Grubenaktien standen Ende

Juli bereits wieder ähnlich hoch, ja sogar noch höher im Kurse, als im Frühjahr 1900, also im Zenith ihres Aufschwungs und vor der allgemeinen Krisis. *Gelsenkirchen* erreichte damals einen Kurs von 229,80, fiel inzwischen bis auf 153 und notierte Ende Juli nicht weniger als 236! *Konsolidation* stand einmal 423,10, glitt unterdes auf 268 herab und fand sich nunmehr wieder mit 436 verzeichnet. *Nordstern* wurde in der Blütezeit mit 282 bewertet, später nur mit 189,75, zuletzt wieder mit 305,25. In der Zechenbesitzerversammlung des Kohlensyndikats am 24. Juli sprach der Vorsitzende ausdrücklich die Erwartung aus, das II. Halbjahr 1905 werde »ein allgemein günstiges Ergebnis« bringen.

IM Mittelpunkte der, zeitweise stürmisch erregten, Kurstreibereien stand die *Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A. G.*, der man, nach dem erstrittenen Urteil des Essener Landgerichts über die Auslegung des Kohlensyndikatsvertrages, weitangelegte Pläne über eine trustartige Verschmelzung grosser Kohlen- und Eisenwerke zuschreibt, wie man überhaupt eine rasch in Fluss kommende allgemeine Konzentrationsbewegung nach amerikanischem Vorbild oder doch nach der Art der Vereinigung *Gelsenkirchen-Schalke-Rothe Erde* für wahrscheinlich hält.

× ×

Kohlenfelderankauf in England durch Deutsche

IN England erklärt man seltsamerweise die eigene Stellung auf dem Kohlenweltmarkt für bedroht, weil ein überwiegend deutsches Konsortium — dem aber auch Engländer angehören — südwalisische Kohlenfelder, bisher Herrn Henderson-London gehörig, angekauft hat. Die *Welsh steam coal* ist bekanntlich in der ganzen Welt für Schiffahrts- und Industriezwecke stark nachgefragt, wegen ihrer grossen Heizkraft, ihrer Widerstandsfähigkeit gegen Luft und Wetter, endlich wegen ihrer geringen Rauchentwickelung, die ihr für Kriegszwecke eine einzigartige Stellung verschafft. Längs aller grossen Welthandelsstrassen finden wir daher in den Kohlendepots gerade diesen Brennstoff. Im vorigen Jahre, 1904, wurden von Cardiff allein 14 920 610 t Kohlen exportiert, aus allen Südwaleshäfen über 21 Mill. t: genau die Hälfte der ganzen englischen Kohlenausfuhr. In Frankreich und Italien sind die Eisenbahnen sowohl, wie die Dampferlinien grosse Abnehmer; Spanien ist ein ganz unbestrittener Markt. Aber von Cardiff aus gingen weiter 1904: 342 106 t nach Malta, 1 114 806 t nach Port Said, 503 000 t nach Alexandrien, 136 000 t nach Konstantinopel — ferner über 600 000 t nach Madeira und den Kanarischen Inseln, 167 000 t nach Aden, 317 000 t nach Kapstadt, 280 000 t nach Colombo, 57 000 t nach den Philippinen, 582 596 t nach Hongkong, 113 000 t nach Singapore, 141 000 t nach Shangai, endlich über 1,2 Mill. t nach Uruguay und Argentinien. Freilich ist diese Herrlichkeit nicht ungefährdet. In Europa ist die hoffnungsreichste Konkurrenz die rheinisch-westfälische. Im äussersten Osten rühren sich sowohl Japan, wie Australien und Neuseeland mächtig. Indien erbeutet bereits seinen eigenen Bedarf.

Im Westen hat der enorme Aufschwung der Produktion der Vereinigten Staaten zwar nur vorübergehend zu konkurrierenden Exporten geführt, aber in nicht zu ferner Zeit muss man damit rechnen und alsdann wohl mit dem Verlust des südamerikanischen Absatzes. Aber deshalb ist kein Anlass zu derart gereizter Empfindlichkeit, wie sie nach der ersten Bekanntgabe des Erwerbs der Whitworthfelder durch deutsches Kapital zum Ausbruch gelangte — fast ähnlich, wie nach den Morgananläufen englischer Schiffahrtsaktien. Grundsätzlich bedeutsam war die Erklärung, die Balfour für die englische Regierung im Parlament abgab. Er sagte: »Keine der zu unserer Verfügung stehenden Informationen lässt uns annehmen, dass ein deutsches Syndikat in Unterhandlungen wegen irgendwelcher wichtigen Areale oder eines einzelnen Areals für Dampfkohle getreten ist, welche für die englische Marine gebraucht wird. Aber wir würden und könnten nicht mit Gleichgültigkeit die Erwerbung von Dampfkohlen, welche für die Mobilisierung unserer Flotte unbedingt notwendig sind, seitens eines ausländischen Syndikats oder irgend eines Syndikats, in welchem ausländische Einflüsse vorherrschen, betrachten. Ich glaube nicht.., dass es schwierig sein würde, die Angelegenheit zu behandeln. Es könnte dies durch eine Abänderung des bestehenden Gesetzes, welches Ausländern gestattet, Grundeigentum in unserm Lande zu erwerben, erfolgen, dahingehend, dass es den selben nicht gestattet sein solle, Grundeigentum zu besitzen, welches absolut not-

wendig für die Verteidigung des Landes oder für die Interessen der englischen Armee und Flotte ist. . . . Soweit die Regierung in Betracht kommt, wäre dies der Weg, welcher einzuschlagen wäre, falls sich die Notwendigkeit dafür herausstellen sollte.« Die Kleinlichkeit des englischen Konkurrenzempfindens tritt auch bei solchen Vorgängen zu Tage. Denn die deutschen Ankäufe sind verhältnismässig geringfügig; und im Kriegsfalle wäre Deutschland ohnehin auf den Ankauf der Kohlen aus dritter Hand angewiesen, während England zu einem Ausfuhrverbot greifen würde. Die englischen Warnungen und Agitationen sind daher nur von symptomatischer Bedeutung, aber sie sind dennoch bedauerlich und nicht ungefährlich, weil sie fortgesetzt die feindselige Stimmung zwischen Deutschland und England verschärfen.

✕ ✕

Baumwolle DIE Textilindustrieen stehen abermals vor einer Teuerung ihres wichtigsten Rohstoffes, der Baumwolle. Nachdem in diesem Jahre in Liverpool für *American Middling* der Tiefpunkt mit 3,68 d eingetreten war, hat die ungünstige amerikanische Ernteschätzung zeitweise den Preis schon wieder bis 6,12 d emporgebracht — das heisst bis über die Grenze, wo die Lancashirer Spinner und Weber noch mit einem lohnenden Export nach dem entscheidenden asiatischen Markte mit seinen wenig zahlungsfähigen Konsumenten rechnen. Man hofft jedoch noch immer auf eine Korrektur der Schätzung durch die wirkliche Ernte.

✕ ✕

Zuckerkrach AUCH in Zucker hatte sich, in Frankreich, eine starke Haussespekulation auf Grund der vorjährigen Sommerdürre und des schlechten Kampagneergebnisses entwickelt. Die Erwartungen der Haussiers waren jedoch masslos übertrieben: die Vorräte erwiesen sich grösser, als vermutet, und andrerseits ging der Konsum infolge der Verteuerung zurück. Schon lange waren die Preise wieder im Abflauen, der Führer der Pariser Spieler, Jules Jaluzot, zugleich Mitbesitzer (ehemaliger Begründer) des grossen Pariser Bazars *Printemps* und nationalistisch-klerikaler Abgeordneter musste seine Insolvenz erklären; seine Differenzschulden sollen sich auf 15 Mill. fr. belaufen. Herr Jaluzot hatte schon vor 5 Jahren wegen Preiswuchers in Lebensmitteln mit den Gerichten zu tun, nachdem die Kammer die Aufhebung seiner Abgeordnetenimmunität bewilligt hatte; damals wurde das Verfahren wegen nicht ausreichender Beweise eingestellt.

✕ ✕

Kurze Chronik DIE *Diskontogesellschaft* und Bleichröder suchen durch Gründung einer Bank in Sofia den Einfluss des deutschen Kapitals in den Balkanstaaten weiter auszubreiten; in Österreich-Ungarn regt man auf Konferenzen zwischen Regierung und Grossfinanz die Errichtung ähnlicher Unternehmungen in Konstantinopel und Sofia an. ✕ Der Nettogewinn des Stahltrustes im II. Quartal 1905 beträgt 30,3 Mill. M. gegen 23 Mill. M. im I. Quartal. ✕ In Österreich kündigt die Regierung wieder ein lebhafteres Vorgehen in der Eisenbahnverstaatlichung an. ✕ In China wächst der Boykott amerikanischer Waren, als Retorsionsmassregel gegen die amerikanische Beschränkung der Chineseneinwanderung.

✕ ✕

Literatur WESENTLICH mitentscheidend für den Fortgang der inneren Umgestaltung Russlands wird die Haltung der französischen und deutschen Grossfinanz und ihrer Klientel sein. Das alte bureaukratisch-absolutistische Regime im Osten fällt, sowie es den künstlich aufrechterhaltenen, äusserlichen Anschein der staatsfinanziellen Gesundheit und Kraft nicht mehr zu wahren vermag. Hört der rettende Zufluss des ausländischen Leihkapitals auf, so ist das Budget nicht mehr ins Gleichgewicht zu bringen und die Goldwährung nicht mehr vor dem Zusammenbruch zu retten, ist der angestauten Flut der allgemeinen wirtschaftlichen Zerrüttung und Auflösung von Staats wegen kein Halt mehr zu gebieten. Seit langem wird daher in der Literatur und Presse ein scharfer Kampf um die Beurteilung des russischen Staatshaushaltes ausgefochten; das russische Finanzministerium mit seinen Bilanzverschleierungen und Blendern findet seine Anhänger und Lobredner, auf der anderen Seite mehrt sich die Zahl der Kritiker zusehends. Zu den bemerkenswertesten kritischen Schriften gehört die überaus sachkundige, dabei lebendig und anziehend geschriebene Studie des *Plutus-*

herausgebers Georg Bernhard *Armes reiches Russland!* /Berlin, Reimer/. Sie ist mehr, als ein *Mahnwort an Deutschlands Kapitalisten,* für die die Zergliederung des Budgets und der Anleihewirtschaft von grösstem Wert sein wird. In der Beleuchtung des widerstandsunfähigen Bankwesens, des russischen Eisenbahnsystems, das vorwiegend militärischen, nichtökonomischen Zwecken dient, des verwüstenden Forstraubbaues, des agrarischen Notexportes, nur um die bäuerlichen Steuern zahlen zu können, der überaus fragwürdigen Industrieentwickelung ist die Schrift zugleich von hervorragendem Interesse für Volkswirte und Politiker und für die weitesten Kreise der Öffentlichkeit überhaupt. ✕ Sehr willkommen zu heissen ist auch Dr. S. Tschierschkys Übersicht über die *Organisation der industriellen Interessen in Deutschland* /Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht/, also über die Handelskammern, die freien wirtschaftlichen Vereine, die Kartellorganisation, die Arbeitgeberverbände, woran sich noch ein Schlusswort über Reformversuche und Reformvorschläge reiht.

AUS der *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* heben wir Paul Darmstädters *Studien zur napoléonischen Wirtschaftspolitik* hervor. Die Ziele und Wirkungen der Kontinentalsperren gegen England, die inneren Zusammenhänge mit altfranzösischen Traditionen und mit der Politik des Direktoriums, die Stärke, wie die Schwäche des ganzen kaiserlichen handelspolitischen Systems, das schliesslich nicht wenig zum Sturze des Imperators beitrug, gelangen an der Hand eines reichen historischen Materials zur Darstellung.

MAX SCHIPPEL

Politik

Monarchenbegegnungen

DIE plötzliche Begegnung Kaiser Wilhelms mit dem Zaren bei Björkö in der Ostsee hat die nervöse Stimmung, von der die politische Welt und die Presse beherrscht ist, weiter gesteigert. In Frankreich und England witterte man hinter diesem Besuch alle möglichen schlimmen Absichten. Da soll zwischen Frankreich und Russland eine Entfremdung angestrebt worden sein, Kaiser Wilhelm soll dem Zaren zur Fortsetzung des Krieges mit Japan, zur Opposition gegen die politischen Forderungen des russischen Volkes geraten haben und dergleichen mehr. In der Presse wurde sogar der Frage, von welcher Seite aus die Anregung zu der Zusammenkunft ausgegangen ist, die höchste Bedeutung beigelegt. Dieser misstrauischen Kritik gegenüber fehlte es nicht an Widerspruch aus der deutschen Presse: Die Begegnung sei vom Zaren angeregt worden, der Kaiser habe zum Frieden mit Japan und einer gewissen Nachgiebigkeit auf dem Gebiete der inneren Politik geraten. Was nun freilich zwischen den beiden Monarchen wirklich gesprochen worden ist, das weiss niemand. Jeder aber deutet die Konferenz, wie sie in seine Tendenz passt, und begeht dabei den Fehler, die Tragweite einer solchen Monarchenbegegnung für den Gang der Politik gewaltig zu überschätzen. Soviel Initiative Kaiser Wilhelm auch entfaltet, über das Stadium der politischen Entwickelung sind wir heute hinaus, in dem die Monarchen das Geschick ihrer Völker bestimmten. Die Wirkung der Presse auf die öffentliche Meinung ist heute weit stärker und beeinflusst die Stimmungen der Völker zu einander in viel höherem Grade, als eine Monarchenbegegnung. Richtig ist, dass solche Begegnungen von der Presse in einer Weise ausgenutzt werden, dass man wirklich glauben könnte, von einem solchen Ereignis hänge es ab, ob der russisch-japanische Krieg ein baldiges Ende finde, oder ob das russische Reich eine Volksvertretung erhalte oder nicht. Tatsächlich sind aber für die Entscheidung solcher Fragen nicht mehr die Willensmeinungen zweier Monarchen geltend, wenn auch nicht geleugnet werden soll, dass auch heute noch ein Monarch durch einen starken Willen manchesmal das Zünglein an der Wage bilden kann. Ob aber der Zar nach allem, was man über ihn weiss, seinen Willen, vorausgesetzt, dass er einen hat, seiner Bureaukratie gegenüber durchsetzen kann? Die Presse ist darüber fast einig, dass er dazu nicht die geeignete Persönlichkeit ist. Warum aber dann die Aufbauschung der Monarchenzusammenkunft bei Björkö zu einer hochpolitischen Angelegenheit? Nun ganz einfach: bei der Spannung zwischen Frankreich und England einerseits und Deutschland andererseits kommt der chauvinistischen Presse der in Frage kommenden Länder jeder Anlass recht, der die Gelegenheit gibt, von neuem Misstrauen zu säen und die gegenseitige Stimmung der Völker noch unfreundlicher zu gestalten. Hat man doch den bald darauf erfolgten Besuch Kaiser Wilhelms bei dem König von Dänemark

auch dazu benutzt, um neue Verschwörungen aufzudecken. Deutschland wolle die Ostsee zu einem *mare clausum* machen, was von England als ein feindseliger Akt aufgefasst werden müsse. Ferner, Kaiser Wilhelm bemühe sich, den norwegischen Thron mit einem dänischen Prinzen zu besetzen. Alles das glaubt man natürlich dort gerne, wo man ein Interesse daran hat, Deutschland und England gegen einander zu hetzen. Auch ein Teil der deutschen Presse, bis hinein in die liberalen Reihen, wird allmählich von dieser Erregung gegen England ergriffen. Ihr hat es besonders die Übungsreise der englischen Flotte in der Ostsee angetan. Diese Reise ist aber schon vor längerer Zeit beschlossen worden, so dass an und für sich an ihr nichts Auffälliges ist. Wenn aber in der Art der Inszenierung dieser Übungsreise eine Demonstration gegen Deutschland erblickt wird, so vergesse man doch nicht die Rolle, in die die englische Politik bei der Marokkoaffäre durch Deutschlands Auftreten gedrängt worden ist. Man wird dann Englands jetzige kühle Reserve, die es bei der Übungsreise seiner Kriegsschiffe in der Ostsee bekundet, nicht so ganz unnatürlich finden.

× ×

Reichsfinanzlage

DIE Finanzlage des Deutschen Reiches eröffnet für 1906 keinen erfreulichen Ausblick. Der erforderliche Mehrbedarf für 1906 wird schon jetzt auf etwa 180 Mill. M. berechnet, wobei Aufwendungen für ausserordentliche Zwecke noch nicht mit in Anschlag gebracht sind. Bei den Zöllen und Verbrauchssteuern bleiben bis jetzt die Einnahmen hinter dem Voranschlag 1904-1905 schon um 3 Mill. M. zurück. Nun ist es eine allbekannte Tatsache, dass die Finanzminister eine grosse Virtuosität darin besitzen, für Steuern dadurch Propaganda zu machen, dass sie durch eine geeignete Gestaltung der Voranschläge die Gestaltung der Finanzen in einem möglichst ungünstigen Lichte erscheinen lassen. So kann man auch annehmen, dass die gegenwärtig in die Presse lancierten Schwarzmalereien über die Finanzlage die öffentliche Meinung im voraus für eine halbwegs günstige Aufnahme der Reichsfinanzreform vorbereiten sollen. Nichtsdestoweniger bleiben angesichts der beabsichtigten Ausgabesteigerung für Marine, weiter für die Kosten der Expedition in Südwestafrika die Aussichten für den Steuerzahler recht ungünstig, da alle Anzeichen auf eine kräftige Erhöhung der indirekten Steuern hinweisen. Als Haupteinnahmequellen wird die Reichsfinanzvorlage die Tabak- und Brausteuer enthalten, während die Reichserbschaftssteuer einen Zuschnitt erhalten soll, der sie mehr als Dekoration erscheinen lässt. Es muss doch der Schein gewahrt und auch den tragfähigen Schultern etwas zugemutet werden. In Zentrumskreisen geht man der neuen Reichstagssession mit nervöser Unruhe entgegen. Als Symptom der schon etwas gereizten Stimmung des Zentrums gegenüber der Regierung darf man den Alarmruf bezeichnen, den die *Cölnische Volkszeitung* nach sofortiger Einberufung des Reichstages ausstiess. Die Kosten der südwestafrikanischen Expedition verschlingen Summen, die die Finanzlage noch gespannter und die Finanzreform noch teurer machen. Die Entsendung weiterer Truppentransporte nach dem Aufstandsgebiete gibt dem Zentrum Veranlassung, die finanzielle Gebarung der Reichsregierung einer heftigen Kritik zu unterziehen. Wenn es nicht bei blossen Worten bleibt — was freilich beim Zentrum allmählich genau so, wie einst bei den Nationalliberalen, anzunehmen ist —, so ist ein einflussreicher Teil des Zentrums gesonnen, vor einer Ablehnung der Finanzvorlage der Regierung nicht zurückzuschrecken.

× ×

Russland: Nationalitätenfrage

IN dem Masse, wie die Zentralgewalt des von den Romanows zusammeneroberten Reiches mehr und mehr ohnmächtig wird, erwachen die von Russland unterjochten fremden Völker Schritt für Schritt zu selbständigem politischem Leben. Diese Völker aber machen die Mehrheit der Bevölkerung des Reiches aus: von insgesamt 130 Millionen mindestens 70. Über die Parteiverhältnisse in Polen ist an dieser Stelle bereits berichtet worden. Auch die beharrlichen Kämpfe der Finnländer gegen die russische Gewaltherrschaft sind zur Genüge bekannt. Nicht so leicht war es bisher, sich über die politischen Strömungen bei den Esthen, den südlichen Stammverwandten der Finnen, Aufschluss zu verschaffen. Nr. 6 der *Russischen Korrespondenz* bringt hierüber sehr dankenswerte Mitteilungen.

Wenn in Esthland, so wird dort berichtet, der Pastor von der Kanzel herab das vorgeschriebene Gebet für den Zaren zu sprechen beginnt, verlassen die Gläubigen die Kirche. Sogar die Pastoren selbst werden rebellisch. Die legalen esthnischen Zeitungen, erfahren wir weiter, sind teils nationalistisch, teils sozialistisch; die im Ausland erscheinende Zeitschrift *Edu* propagiert vor allem den Sturz des Absolutismus.

SO, wie bei den Esthen eine national-oppositionelle und eine sozialistische Strömung neben einander bestehen, so ist es auch bei den anderen unterjochten Völkern von der Ostsee bis zur türkischen Grenze, wobei je nach dem Grade der politischen Reife die sozialistischen Gruppen entweder die berechtigten nationalen Freiheitsforderungen in ihr Programm miteinbeziehen oder aber aus doktrinären Gründen davor zurückscheuen; im allgemeinen sind die sozialistischen Organisationen der ersteren Art wesentlich zahlreicher und stärker. Überall aber, bei den Letten und den Litauern, bei den Weissruthenen und den Ukrainern, bei Georgiern und Armeniern, wächst die revolutionäre Gärung unter den Bauern und Arbeitern und die oppositionelle Stimmung unter dem Bürgertum, soweit ein solches vorhanden ist; und überall richtet sich die Unzufriedenheit sowohl gegen den politischen und sozialen, als auch gegen den nationalen Druck.

WIE unglaublich tyrannisch dieser nationale Druck ist, das zeigt das Beispiel des zahlreichsten der unterjochten Völker, der Ukrainer oder Ruthenen. Diesen 26 Millionen ist ihre Muttersprache als Schriftsprache direkt verboten. Die Folge ist ein grauenhaftes kulturelles Zurückbleiben dieses begabten Volkes, das erst jetzt, dank der Ohnmacht seiner Dränger, ein wenig kräftiger die Schwingen zu regen beginnt. Es ist ein unleugbares Verdienst der in Wien erscheinenden *Ruthenischen Revue*, die deutsche Leserwelt fortlaufend über diese Verhältnisse zu unterrichten.

EINE höchst eigentümliche Stellung nehmen unter den unterjochten Völkern die Juden ein. Aus dem eigentlichen Russland gesetzlich vertrieben, von der Niederlassung in den Dörfern gesetzlich so gut wie ganz ausgeschlossen, hausen sie dichtgedrängt in den Städten des ihnen eingeräumten *Ansiedelungsrayons*. Die meisten sprechen jüdisch als ihre Muttersprache, viele lesen nur hebräische Schrift; andererseits macht sich bei vielen Juden eine starke Hinneigung zum Russentum, bei wieder anderen zum Polentum geltend. Diesen unfertigen Zuständen entspricht eine übergrosse politische Zersplitterung. Viele der besten Elemente des jüdischen Bürgertums widmen sich mit Eifer und Hingebung dem Zionismus. Daneben aber haben die verschiedensten sozialistischen Organisationen zahlreiche Juden zu Anhängern. Der relativ grösste Bruchteil des jüdischen Proletariats kämpft allerdings in den Reihen des *Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes*. Gerade die ungemein starke Teilnahme der Juden an der sozialistischen Bewegung dient aber dem Zarentum als Vorwand und Handhabe, um die Unzufriedenheit der christlichen Volksmassen von sich abzulenken durch planmässige Veranstaltung von Judenhetzen; dies gelingt insbesondere dort, wo das christliche Proletariat noch rückständig und unorganisiert ist. Einige Jahre solcher infamen, heimtückischen Verfolgungen haben ausgereicht, um bei den früher doch gar nicht kriegerischen Juden bewunderungswürdige Organisationen bewaffneter Selbstverteidigung ins Leben zu rufen.

WOHL zu beachten ist, dass nicht bloss bei den Kulturvölkern im Westen des Reiches, sondern auch fern im Osten, bei den Halbkultur- und Barbarenvölkern nordasiatischer Rasse die Opposition gegen das Zarentum zusehends erstarkt. So wurde in Ufa kürzlich ein Nationalkongress der Baschkiren abgehalten. Dieses 4 Millionen starke Volk sesshafter Hirten und Ackerbauer mohammedanischen Glaubens fordert Wiederherstellung seiner Autonomie und Anteil an der Reichsgesetzgebung. Schon im verflossenen Winter wurde über einen ähnlichen Kongress der Jakuten in Ostsibirien berichtet; auch sie fordern einen autonomen Landtag. Auch unter den Kirgisen gärt es; so tauchte im vorigen Jahre ein Prophet unter ihnen auf, liess sich göttliche Ehren erweisen und predigte Rebellion, wurde aber verhaftet und verschickt.

SEHR viel gefährlichere Gegner des Zarentums, als die zuletzt genannten Völkerschaften, sind die zugleich kriegerischen und kulturell hochstehenden Georgier (Grusier) und Armenier südwärts des Kaukasus. Diese beiden Völker waren bisher durch eine grimmige Erbfeindschaft von einander geschieden. Jetzt hat der gemeinsame Kampf wider

das Zarentum auch diesen Hass überwunden. Vorläufig spielt die Regierung noch mit Erfolg gegen diese beiden christlichen Kulturvölker die unwissenden mohammedanischen Tartaren aus; ob das aber lange vorhalten wird, ist sehr fraglich, da auch schon die Tartaren angefangen haben, politische Forderungen zu stellen. So verlangen zum Beispiel die Tartaren der Krim unter anderm das Recht auf zensurfreie Herausgabe tartarischer Zeitungen.

× ×

Kurze Chronik IN Moskau trat am 19. Juli ein Kongress der *Semstwos* und *Dumas* zusammen, der gegen den Bulyginschen Verfassungsentwurf entschieden Stellung nahm. × Nach mehrfacher Änderung dieses Entwurfs wurde in einem Ukas vom 19. August die Einberufung einer *Reichsduma*, unter Wahrung der Selbstherrschaft des Zaren, verfügt; ob und in welcher Weise diese Scheinkonstitution zur Ausführung gelangt, steht dahin. Den *Semstwos* wurde gleichzeitig verboten, sich noch ferner mit der Staatsreformfrage zu beschäftigen. × In Konstantinopel wurde am 21. Juli ein Bombenattentat auf den Sultan ausgeführt. Der Sultan blieb unverletzt, vierzig andere Personen wurden getötet. × Dr. Carl Peters, gegen den im Jahre 1897 der Disziplinarhof auf Dienstentlassung, Entziehung des Titels *Reichskommissar* und Aberkennung der Pensionsansprüche erkannt hatte, wurde teilweise rehabilitiert: er erhielt die Berechtigung, seinen Titel wieder zu führen.

× ×

Literatur DAS lebhafte Interesse am japanisch-russischen Kriege äussert sich auch auf dem Büchermarkt. Von den zahlreichen Publikationen erwähnen wir die Schrift des Kriegsberichterstatters Max Th. S. Behrmann *Hinter den Kulissen des mandschurischen Kriegstheaters* /Berlin, Schwetschke/. An Ort und Stelle und unter den Eindrücken des Augenblicks niedergeschrieben, bietet sie dem, der die Ereignisse nur in den Zeitungen verfolgen muss, einen gewissen Reiz des Ursprünglichen und Unmittelbaren. × Die innere Zersetzung des russischen Staatsorganismus und die treibenden Kräfte, die zum Ausbruch der Revolution führen, schildert der sachkundige Alexander Ular in dem fesselnd geschriebenen Buche *Die russische Revolution* /Berlin, S. Fischer/. Über die jeweilig neuesten Vorgänge in Russland und den Verlauf der revolutionären Bewegung unterrichtet die von Freunden der russischen Freiheitsbewegung herausgegebene *Russische Korrespondenz*, deren Administration sich in Berlin W., Fasanen St. 58, befindet. × *Schiller als Weltbürger und Politiker* /Berlin, Verlag der Hilfe/ schildert uns Professor Ferd. Tönnies. Von den vielen Schriften zur Schillerfeier eine der lesenswertesten. Tönnies deckt einen Herzenswunsch von Schiller auf, den man bisher nicht kannte oder nicht beachtete, nämlich den: dass sich Schiller mit dem Gedanken getragen hat, im Wirken eines Staatsmannes seinen Geist und seine Kraft zu beweisen. Eingehend schildert Tönnies das allmähliche Absterben des politischen Interesses Schillers, wie er, innerlich zwar der gleiche bleibend, doch immer mehr sich aus der drückenden Atmosphäre der Wirklichkeit in das Reich der Ideen flüchtet. × In der Flugschriftensammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig, Dietrich/ gibt Alfred H. Fried ein kleines, flott gezeichnetes und gut orientierendes Bild der *Friedensbewegung, was sie will, und was sie erreicht hat.* × Psychologische Studien aus dem Kriege von 1864 hat Professor Karl Larsen im Jahre 1897 unter dem Titel *Under vor sidste krig* erscheinen lassen, in denen er aus einer grossen Zahl von ihm selbst gesammelter Briefe und Tagebücher des Jahres 1864 systematisch vorgenommene Auszüge bringt, die für die Psychologie des Krieges zwischen modernen europäischen Kulturvölkern von Bedeutung sind. Ein kurzer Auszug aus dem Buche ist vom nämlichen Verfasser veranstaltet und von Professor Fischer-Benzon in Kiel ins Deutsche übertragen worden. Die illustrierte Schrift führt den Titel *Krieg und Menschen* /Kiel, Lipsius & Tischer/. RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Landarbeiterverhältnisse IN diesen Sommermonaten lenkten wieder staatsrettende Schüsse die Aufmerksamkeit weiter sozialpolitischer Kreise auf die ungarischen Landarbeiter. Jahrhunderte brutaler Unterdrückungen und gewaltsamer Expropriationen schufen in Ungarn eine proletarische Landarbeiterklasse. Die freie Teilbarkeit des Bodens und die Auftei-

lung der Gemeindeweiden beförderten im hohen Grade die Ausbildung dieser Klasse. Die Entstehung der ungarischen Landarbeiterklasse, ihre Lage und ihre Erhebung in den grossen Landarbeiterstreiks des Jahres 1897 und 1898 hat Josef Graf Mailáth in seinen ***Studien über die Landarbeiterfrage in Ungarn*** /Wien, Deuticke/ eingehend dargestellt. In den einzelnen ungarischen Landesteilen fielen nach Mailáth 72 bis 86 % von Landarbeitern auf die besitzlosen Arbeiter. Die Lebensverhältnisse der Arbeiter lassen viel zu wünschen übrig. Sie sind selbst nach Mailáth in einigen Landesteilen direkt ungenügend. In dem besitzlosen ungarischen Landarbeiterstande erwuchs der Sozialdemokratie eine zahlreiche Anhängerschaft. Selbst der ***unabhängige Sozialismus*** gebot in einigen Landstrichen Ungarns über grosse Truppen. Die Jahre 1897 und 1898 zeitigten in der sozialdemokratischen Landarbeiterschaft sehr ausgedehnte Streiks. Diesen Streiks folgte auf dem Fusse eine Ausnahmegesetzgebung, welche die Aufreizung zum Streik, die Unterstützung und Beförderung desselben und die Aufforderung zum Vertragsbruch mit harten Strafen bedrohte. Kleine soziale Verbesserungen (Schutz vor Übervorteilungen und vor willkürlichen Lohnabzügen etc.) brachte diese Gesetzgebung den Arbeitern. Die Entrechtung der Arbeiter verteidigt Mailáth sehr ungeschickt mit dem volkswirtschaftlichen Interesse der ungestörten Vollendung der unaufschiebbaren Feldarbeiten. Er eifert gegen die sozialdemokratische Verhetzung. Trotz des stark tendenziösen Anstrichs der Mailáthschen Schrift finden wir in ihr doch wahrheitsgetreu so manche seelische Triebfeder der sozialdemokratischen Landarbeiterbewegung Ungarns blossgelegt. So scheint in der Tat der Landhunger der besitzlosen Arbeiter sehr bei der Entfaltung der sozialdemokratischen Landarbeiterbewegung mitgewirkt zu haben.

× ×

Bergarbeiterverhältnisse EINE anschauliche, knappe Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse bringt die kleine Broschüre *Der Bergarbeiterstreik und die Untersuchungskommissionen*, herausgegeben vom Vorstand des deutschen Bergarbeiterverbandes. Der Durchschnittslohn der Gesamtbelegschaft im Ruhrrevier sank von 1332 M. im Jahre 1900 auf 1208 M. im Jahre 1904. Der unterirdische Aufenthalt der Ruhrbergleute stieg bis weit über 9 Stunden. Dafür werden tausend Zeugen angeboten. Die Broschüre führt den Nachweis, dass zahlreichen Kameradschaften 3, 4, ja 5 % der Förderung genullt wurden. Es häuften sich die Klagen über fehlende und überfüllte Abortkübel. Bestrafungen hagelten förmlich auf die Bergarbeiter herab. Im IV. Quartal 1904 wurden im *Herkules*, Schacht I, bei einer Belegschaft von 600 Mann 246 Strafen verhängt. Schimpfworte, wie *Hammel, Schmierlapp, Lump*, waren im Schwange. Die Grubenarbeit wurde im Laufe der Zeit so gesundheitsgefährlich, dass bei dem Bergmann die Ganzinvalidität schon durchschnittlich im 41,2 Jahre eintrat.

× ×

Prostitution IN seinem tapferen Werke *Die sexuelle Frage* /München, Reinhardt/ spricht Professor August Forel der staatlichen Regulierung der Prostitution jede Berechtigung ab. Das ganze Regulierungssystem bekämpft »in keiner Weise« die venerischen Krankheiten »erfolgreich« oder vermindert sie »auch nur nachweisbar«. Forel empfiehlt die Schaffung von Gelegenheiten zu einer diskreten, anständigen, anonymen Spitalbehandlung an allen grösseren Plätzen, und zwar auch für mittellose Menschen.

IN seinen ***Zehn Lebensläufen Berliner Prostituierten*** in den ***Grossstadtdokumenten*** /Berlin, Seemann/ unterschätzt Dr. med. Wilh. Hammer den Einfluss der sozialen Not auf die Entstehung grossstädtischer Massenprostitution. Die heutige Fürsorgeerziehung der Prostituierten in den öffentlichen Anstalten bedarf nach Hammer sehr dringend einer Reform. Unter 25 Fürsorgezöglingen ermittelte Dr. Hammer 22 Lesbierinnen. Ein vernichtendes Urteil fällt Dr. Hammer über die heutige polizeiliche Kontrolle der Prostituierten. Er schreibt: »Die Dirnenkontrolle frei wohnender Dirnen mit den Beschränkungen der Berliner Sittenpolizei gewährt eine nahezu vollständige Sicherheit dafür, dass Gast und Mädchen erkranken. Die Abschaffung der polizeilichen Kontrolle würde meiner Überzeugung nach keine noch erheblichere Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zur Folge haben.« Verdienstvoll sind die Aufschlüsse, die uns Hans Ostwald in der gleichen Sammlung über ***Das Zuhältertum in Berlin*** gibt. Der Zuhälter spielt in der Woh-

nung der Prostituierten nicht den Beschützer des Mädchens. Während der Geschäftszeit der Prostituierten sitzt er in irgend einer Kaschemme. Das Bedürfnis der Dirne nach Liebe, nach einem Manne ist die wahre Entstehungsursache des Zuhältertums. Eine Dirne äusserte sich einmal treffend zu dem Verteidiger ihres Zuhälters: ›Warum soll ick nich ooch 'n Mann haben, wie andere Weiber? Ick habe ooch Bedürfnis nach Liebe. Wenn det nich wär — denn brauchten wir keene Zuhälter.‹

× ×

Uneheliche Kinder DIE *Zentrale für private Fürsorge* in Frankfurt a. M. hat in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit die Fürsorge für verwaiste, uneheliche und sittlich gefährdete Kinder gestellt. Der wissenschaftliche Mitarbeiter der *Zentrale,* Herr Dr. Spann, ist mit vortrefflichen, in dieser Rundschau bereits besprochenen wissenschaftlichen Aufsätzen über die Stiefvaterfamilie unehelichen Ursprungs, über die unehelichen Geburten von Frankfurt und über die Aufgaben und die Bedeutung der Berufsvormundschaft hervorgetreten. Unehelich ist nach Dr. Spann jene Art der Bevölkerungserneuerung, mit der ihrem Begriff nach eine Degeneration im sozialen Körper verbunden ist. Diese eigentliche Unehelichkeitserscheinung bezeichnet er als funktionelle oder eigentliche Unehelichkeit und stellt sie aller bloss formalen Unehelichkeit, die nur durch das Merkmal des Fehlens einer rechtsgültigen Heirat bezeichnet ist, gegenüber. Für die wirkliche Erfassung der an die Unehelichkeit geknüpften sozialen Erscheinungen ist mit dieser Unterscheidung Dr. Spanns zwischen der funktionellen und formalen Unehelichkeit sehr viel gewonnen. Seine *Untersuchungen über die uneheliche Bevölkerung in Frankfurt a. M.* sind jetzt in wesentlich vervollständigter Form in den *Problemen der Fürsorge, Abhandlungen der Zentrale für private Fürsorge* /Dresden, Böhmert/ erschienen. Dr. Spann verbreitet sich über den Begriff der *Unehelichkeit,* über die Unehelichen militärpflichtigen und schulpflichtigen Alters, über die unehelichen Geburten etc. Die *Zentrale* wandte sich an die Rektoren der Volksschulen Frankfurts, um die eigenartigen Lebens- und Erziehungsverhältnisse der unehelichen schulpflichtigen Kinder zu erfassen. Ihre Beobachtungen erstreckten sich auf 580 eigentliche (funktionelle) Uneheliche und 73 formal Uneheliche (Kinder, deren Eltern im Konkubinate leben, und voreheliche, nicht legitimierte Kinder). Unter den Feststellungen Dr. Spanns haben sozialpolitisch einen besonderen Wert die Daten über die Alimentenzahlungen für uneheliche Kinder. Es fand in 66 % der Fälle überhaupt keine Alimentenzahlung statt, in 11,8 % eine teilweise und nur in 22,2 % der Fälle eine regelmässige. Die ermittelten Väter der unehelichen Kinder waren zu 53,6 % gelernte Arbeiter, zu 21,5 % ungelernte Arbeiter, zu 6,1 % Mitglieder freier Berufe und zu 18,8 % Mitglieder sonstiger Berufe.

× ×

Krankenkassentag in Dresden DIE am 7. und 8. August abgehaltene 12. Jahresversammlung des *Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen* brachte ein eingehendes Referat Hermann Sydows, des Herausgebers der *Krankenkassenzeitung,* über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Die Grundgedanken dieses Referats sind in der von uns bereits besprochenen Petition des *Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen* niedergelegt (vergl. pag. 697). Sydows Rede stellte wirkungsvoll das frisch pulsierende Leben der auf Selbstverwaltung gegründeten Ortskrankenkassen dem Schneckengang der übrigen bureaukratisch verwalteten Arbeiterversicherungsinstitute gegenüber. In der Debatte über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung wurde scharf mit den unwissenden und böswilligen Gegnern der Selbstverwaltung der Kassen abgerechnet. Die Jahresversammlung erklärte sich nach einem Referat Fischers-Weimar für die Erhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung durch die Krankenkassen. Über die Bedeutung der Reichsarzneitaxe für die Kassenfinanzen verbreitete sich Apotheker Skaller. Sie würde die Preise der Apothekenmittel etwa um 15 % erhöhen. Es wurde von der Jahresversammlung auf Antrag der Ortskrankenkassen Hamburgs beschlossen, bei Reichstag und Bundesrat die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die Heimarbeiter zu betreiben. Im Interesse des sozialen Ausbaues der Kassen wurde nach einem Referat Alb. Kohns-Berlin eine Änderung des Krankenversicherungsgesetzes in dem Sinne beantragt, dass die Beschickung der hygienischen und Wohl-

fahrtszwecken dienenden Kongresse von seiten der Krankenkassen auf alle Fälle gesetzlich ermöglicht wird. Über die Regelung der Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten setzten sich die Vertreter der grossen Ortskassen Leipzig und Dresden heftig mit den Vertretern der Interessen der Kassenbeamten auseinander. Eine befriedigende Lösung der Anstellungsfrage der Beamten wurde nicht erzielt.

× ×

Invalidenversicherung ANLÄSSLICH der Ausstellung für Sanitäts- und Rettungswesen gab die Landesversicherungsanstalt Westfalen einen umfangreichen, illustrierten Bericht *Die Invalidenversicherung in der Provinz Westfalen in den Jahren 1891 bis 1904* heraus. Von 1892 bis 1904 liess die Landesversicherungsanstalt Westfalen 14 546 Personen eine Heilbehandlung angedeihen. Seit 1901 wurden von der Anstalt 268 Personen in Invalidenhauspflege genommen. Zum Bau von Arbeiterwohnungen bewilligte die Anstalt an Gemeinden, Baugenossenschaften Darlehen in der Höhe von 8 470 434 M. Die Landesversicherungsanstalt Thüringen dehnte im Jahre 1904 das Heilverfahren nicht unbeträchtlich aus. Sie übernahm dieses Verfahren in 2206 Fällen, im Vorjahre dagegen nur in 1711 Fällen. Die Anstalt erweiterte die Invalidenhauspflege im Jahre 1904, so dass sie jetzt über 63 Betten für invalide Männer verfügt. Dem Ausbau der Gemeindekrankenpflege wendet die Anstalt viel Interesse zu.

× ×

Kurze Chronik AM 10. August lehnte der 6. deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag in Cöln den Befähigungsnachweis für sämtliche Handwerkszweige als unter den heutigen Verhältnissen unerreichbar ab. × Am 12. August war ein Jahrhundert seit der Geburt des Nationalökonomen und Sozialpolitikers Karl Rodbertus verstrichen.

× ×

Literatur *DIE Arbeiterversicherung im Ausland,* herausgegeben vom Geheimen Regierungsrat Dr. Zacher /Berlin, Troschel/, bringt in Heft IXa eine Arbeit *Die Arbeiterversicherung in Russland* aus der Feder des Grafen Louis Skarzynsky. × In Heft X der selben Sammlung behandelt Dr. Aug. Hjelt *Die Arbeiterversicherung in Finnland.* × In 2., veränderter Auflage erschien *Das konstitutionelle System im Fabrikbetriebe* von Heinrich Freese /Gotha, Perthes/. × Die Schrift des Frankfurter Arbeitersekretärs Eduard Graef *Ärzte und Krankenkassen* /Frankfurt a. M., *Union*/ beleuchtet nicht nur auf Grund einer langjährigen praktischen Erfahrung das Verhältnis von Ärzten und Krankenkassen, sondern führt auch tief in das sozialhygienische Wirken einer von organisierten Arbeitern geleiteten Krankenkasse ein.

DER ausgedehnte Aufgabenkreis eines wirklichen sozialen Museums tritt uns anschaulich in dem 2. Jahresbericht des *Sozialen Museums* in Frankfurt a. M. entgegen. × Das *Gewerbegericht* brachte eine interessante Übersicht der Literatur über den Arbeitsvertrag seit der letzten Tagung des *Verbandes deutscher Gewerbegerichte.* In dem gleichen Blatte bespricht Amtsrichter Boysen-Hamburg die ersten Erfahrungen bei den Kaufmannsgerichten.

PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenfürsorge IN der *Sozialen Praxis* beschäftigt sich Dr. M. Wagner mit der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit und tritt darin besonders für den Freundschen Vorschlag ein, die Arbeitslosenversicherung mit paritätischen Facharbeitsnachweisen zu verbinden. Wir haben nicht die Absicht, auf den Wagnerschen Artikel und seine Vorschläge hier weiter einzugehen. Nur ein Punkt sei herausgegriffen: die ablehnende Haltung, die er gegenüber dem Genter System einnimmt, und die Kritik, die er an der Karl Singerschen Begründung des selben vornimmt. Sie zeigt, wie ausserordentlich rückständig im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland selbst sozialpolitische Kreise sich gegenüber der Arbeiterbewegung verhalten. ›Meines Ermessens‹, schreibt Wagner, ›hat weder der Staat, noch die Gemeinde in Deutschland Anlass, die Kampfesorganisationen in ihren Kämpfen zu stärken, zumal es sich in der Hauptsache um die sozialistischen Gewerkschaften handelt. Gewiss hat prinzipiell die Arbeitslosenunterstützung mit den Lohnkämpfen von vornherein nichts zu tun, obwohl in der Praxis das Verhältnis der Arbeitslosenunterstützung zu Lohndifferenzen,

Streiks u. s. w. eine der hauptsächlichsten Schwierigkeiten bietet. Indessen würde eine Subvention zweifellos zu einer Subvention gerade des Streikfonds führen. Die Arbeitgeber würden mit Recht Gemeinde und Staat im Falle von Lohnstreitigkeiten einer einseitigen Parteinahme für die Arbeiter zeihen können. Ausserdem ist zu bedenken, dass die Genter Verhältnisse auch aus dem Grunde nicht auf Deutschland übertragen werden können, weil hier die gewerkschaftlichen Verhältnisse, sowie das Verhältnis der Gewerkschaften zur Politik ganz anders geartet sind.« Und an einer späteren Stelle: »Auf Deutschland jedoch lässt sich die Genter Institution nicht übertragen, denn hier sind die politischen Verhältnisse ganz anders geartet . . . Ausserdem ist zu bedenken, dass eine Subvention etwa der freien Gewerkschaften gleichbedeutend ist mit einer finanziellen Stärkung von Organisationen, hinter denen die sozialdemokratische Partei steht, besonders nachdem die Antipathie gegen diese Organisationen in der Partei immer mehr im Schwinden begriffen ist.« Wir wissen nicht, auf Grund welcher Tatsachen Wagner die Behauptung ausspricht, dass hinsichtlich der belgischen Gewerkschaften die Verhältnisse in politischer Beziehung ganz anders lägen, als in Deutschland. Die Mehrzahl der belgischen Gewerkschaften steht zur Sozialdemokratie geradeso, wie die deutschen. Die französischen Gewerkschaften haben zum Teil wenigstens eine viel revolutionärere Theorie — sind sie doch Anhänger des Generalstreiks, den sie als ihre Hauptaufgabe betrachten —, als die deutschen; trotzdem hat sich in Frankreich der Obere Arbeitsrat für die Subventionierung lokaler Arbeitslosenkassen durch die Gemeinden und der nicht lokalen Kassen, die sich über einen Bezirk oder über ganz Frankreich erstrecken, durch den Staat oder die Departements ausgesprochen. Diesem Gutachten entsprechend hat die Deputiertenkammer in dem Finanzgesetz von 1905 einen Kredit von 110000 fr. in den Etat des Handelsministeriums unter dem Titel *Subventionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit* eingestellt. Das Departement Cher hat für die drei Arbeitsbörsen in Bourges, Vierzon und Mehun-sur-Yèvre einen Kredit von 2700 fr. bewilligt, wovon 500 fr. im besonderen für die Schaffung einer Arbeitslosenkasse bestimmt sein sollen. Zu den beiden Städten Limoges und Dijon, die schon seit längerer Zeit die Arbeitersyndikate unterstützen, sind weitere vier Städte hinzugekommen, Lyon, Reims, Amiens und Tarbes. Lyon, Reims und Amiens haben 5000 fr. ausgeworfen für die Subventionierung der Arbeitslosenkassen der Arbeiterverbände, Tarbes 500 fr. In den Statuten von Lyon und Reims wird die Bedingung erhoben, dass die Arbeitslosenkasse von der allgemeinen Syndikatskasse getrennt verwaltet werden müsse, und ihre Fonds nur für die Unterstützung der Arbeitslosen verwendet werden dürfen. Die Subvention ist auf Fälle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit beschränkt; bei Streiks, Krankheit oder Unfall wird der städtische Zuschuss nicht bewilligt, ebensowenig für die Zahlung von Reisegeldern. Der Maximalbetrag des städtischen Zuschusses beträgt in Lyon 1 fr. pro Mitglied und Monat, in Reims darf der Zuschuss pro Tag 0,75 fr. nicht übersteigen, er darf nicht höher sein, als die Unterstützung, die von der Kasse selbst gezahlt wird. Das letztere gilt auch für Lyon. In Reims ist der städtische Zuschuss pro Person und Jahr auf 25 fr. beschränkt. Diese Daten beweisen, wie die früheren, die wir über die Entwickelung des Genter Systems in Belgien im vorigen Bande (pag. 464 ff.) beigebracht haben, dass dieses System in der Tat sich überall, wo es einmal eingeführt ist, bewährt hat und zurzeit den gangbarsten und zweckmässigsten Weg für die Fortbildung der von den Arbeiterverbänden eingerichteten und verwalteten Arbeitslosenversicherung bildet. Wenn in Deutschland Sozialpolitiker diesen Weg deshalb abweisen, weil er den sozialdemokratischen Gewerkschaften nütze, so beweist das nur eine geradezu unbegreifliche Furcht vor der Sozialdemokratie, die man in demokratischeren Ländern nicht in gleicher Weise kennt.

× ×

Volkspartei WIR haben bereits in einer früheren Rundschau (*Sozialistische Monatshefte,* 1904, II. Bd., pag. 924 ff.) erwähnt, dass der vorjährige Parteitag der deutschen Volkspartei in Aschaffenburg sich mit der Abfassung eines Kommunalprogrammes beschäftigte, und auch das Referat Dr. Rösslers-Frankfurt über diesen Punkt der Tagesordnung eingehender besprochen. Es wurde damals ein Ausschuss eingesetzt und ihm die

Aufgabe erteilt, für den nächsten Parteitag einen Entwurf auszuarbeiten. Derselbe ist vor kurzem veröffentlicht worden. Wenn wir auch in das hohe Lob, das ihm von den volksparteilichen Zeitungen gesungen wird, nicht ganz einstimmen, so geben wir doch gern zu, dass das Programm als solches im grossen und ganzen Anerkennung verdient. Eine eingehende Prüfung desselben ergibt, dass der volksparteiliche Entwurf sehr viel den sozialdemokratischen Vorarbeiten auf dem Gebiete der Kommunalpolitik verdankt, ja, in ganzen Partieen geradezu von dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm abgeschrieben ist. Wollten wir von der württembergischen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie so oft erhobene Vorwürfe, dass diese in der allgemeinen Politik mit dem demokratischen Kalbe pflüge, zurückgeben, so wären wir im vollsten Masse dazu berechtigt. Und die Volkspartei könnte diesen Vorwurf nicht einmal, wie die Sozialdemokratie, damit abwehren, dass sie eben notgedrungenerweise die Arbeit verrichten müsse, die von jener nicht getan werde. Denn volksparteiliche Kommunal p r a x i s und Kommunal t h e o r i e decken sich keineswegs. So schön sich der Entwurf des neuen Kommunalprogrammes liest, so wenig scheinen seine Sätze bisher von den volksparteilichen Kommunalvertretern beobachtet und anerkannt worden zu sein. Es liegt uns, wie schon gesagt, fern, aus der Benutzung des sozialdemokratischen Kommunalprogrammes einen Vorwurf abzuleiten, auch wenn die Quelle von den volksparteilichen Autoren nicht genannt ist. Wir freuen uns vielmehr der von ihnen errungenen Erkenntnis und wollen nur den Wunsch aussprechen, dass auch die Praxis sich nach dem Programm gestalten möge.

NUR einige Punkte seien hier noch kurz besprochen. Der Programmentwurf verlangt den Ausbau und die Stärkung der Selbstverwaltung der Gemeinden. Die städtische Verwaltung soll nur dem Gesetze und den ordentlichen Gerichten, eventuell den Verwaltungsgerichten, unterstehen. Die Anerkennung der Verwaltungsgerichte bedeutet eine Abweichung von den Grundsätzen der Demokratie, die in einem demokratischen Programme nicht vorkommen dürfte. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist doch nichts anderes, als eine Sondergerichtsbarkeit zum Schutz der staatlichen respektive kommunalen Bureaukratie. Die erste Vorbedingung für die Abschwächung der bureaukratischen Herrschaft ist daher die Abschaffung der Verwaltungsgerichte. Das Programm fordert dann weiter die Beseitigung des Unterordnungsverhältnisses der Stadtgemeinden unter die Verwaltungsorgane des Staates. Über die Stellung der Landgemeinden sagt das Programm nichts. Sollen die selben, wie bisher, der staatlichen Bureaukratie auf Gnade und Ungnade ausgeliefert bleiben? Bei der Besteuerung des Grund und Bodens wird neben der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses eine Umsatzsteuer für Liegenschaften und weiter die Besteuerung des Grund und Bodens nach dem wahren Werte des selben, wie es in Absatz 9 heisst, zur Verhinderung einer ungesunden Terrainspekulation gefordert. Es ist nicht klar, weshalb neben der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses noch die Umsatzsteuer bestehen soll. Die Ansicht, dass durch die Steuer nach dem gemeinen Wert eine *ungesunde Terrainspekulation* verhindert werden könne, ist durchaus unzutreffend. Die Bedeutung dieser Steuer liegt auf anderem Gebiete. Erfreulich ist, dass die kommunalisierten Anstalten nicht sowohl nach fiskalischen Gesichtspunkten, als vielmehr in erster Linie im Hinblick auf die Bedürfnisse des Verkehrs verwaltet werden sollen. Aber diese Formulierung ist doch so dehnbar, dass sie nicht ausreicht, die Überschusswirtschaft unserer Kommunen zu bekämpfen. Warum wird überhaupt der unbestimmte Ausdruck *Verkehr*, der zum Beispiel bei den Wasserwerken, Abfuhrwesen und dergleichen überhaupt nicht angewendet werden kann, gebraucht, und nicht statt dessen der viel klarere Ausdruck *Konsumenten* oder *Benutzer* angewandt. In Abschnitt 7, *Arbeiterpolitik*, wird die Schaffung unparteiischer Arbeitsnachweise gefordert. Sind darunter paritätische Arbeitsnachweise verstanden? Auffällig ist die Kürze, mit der die Handwerkerpolitik abgemacht wird. Es heisst da in Abschnitt 8 nur: »wir fordern eine Reform des Submissionswesens, um Schädigungen des Handwerks zu vermeiden«. Da die Volkspartei so gern als Schützerin des Mittelstandes auftritt, ist dieser Mangel an bestimmten Forderungen wohl das Mittel, um die Partei vor der Festlegung auf zünftlerische Programmpunkte im einen

und vor der Feindschaft der Mittelständler im anderen Falle zu bewahren.

× ×

Kurze Chronik DIE Frankfurter städtischen Kollegien haben die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ausgesprochen. × Die Stadt Augsburg hat von der *Gesellschaft für Gasindustrie* die beiden Gasfabriken erworben. × Die Berner Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit zählt zurzeit 593 Mitglieder, von denen im letzten Winter sich 305 als arbeitslos meldeten. Sie bezogen an Tagegeldern im ganzen 11069 fr. Mit wenigen Ausnahmen gehörten sie dem Baugewerbe an. Die Kasse vereinnahmte von 1893 bis 1905 an Versicherungsbeiträgen 31208,20 fr., die Gemeinde steuerte 111200 fr. bei, an Geschenken und Beiträgen der Meister gingen 30087,70 fr. ein. Die ausgezahlten Tagegelder bezifferten sich auf 150285,45 fr. × In Mainz wurde die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung dahin geändert, dass in Zukunft ihre Mitglieder allen Beratungen der Kommissionen, Ausschüsse und Deputationen beiwohnen dürfen, ohne speziell Mitglieder der selben zu sein.

× ×

Literatur *DIE kommunale Sozialpolitik und die Handlungsgehilfen* lautet der Titel einer Schrift der Sammlung *Sozialer Fortschritt* /Berlin, Dietrich/, in der der Verfasser, Georg Müller, die Aufgaben bespricht, welche den Gemeinden gegenüber den Handlungsgehilfen gestellt sind. Der Reihe nach werden die Einführung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen über den Ladenschluss und die Ruhezeit der Angestellten in den offenen Verkaufsstellen, sowie über die Einrichtung der Geschäfts- und Ladenräume, ihre Aufgaben auf dem Gebiete des kaufmännischen Fortbildungswesens, die Fürsorge für Lehrlinge in Lehrlingsheimen u. s. w., die Überwachung der Stellenvermittler, die Errichtung von Kaufmannsgerichten u. s. w. besprochen. Der Verfasser verlangt, dass die Gemeinden diesem Teil ihrer sozialen Aufgaben mehr Aufmerksamkeit, als bisher, zuwenden, und meint, dass die Gemeinden durch eine vorbildliche Arbeiterpolitik gegenüber ihren eigenen Angestellten vorbildlich für die privaten Betriebe werden sollen. × Die Schrift Gustav Büschers *Eine Steuerreform zu gunsten der Arbeit* /Zürich, Buchhandlung des *Grütlivereins*/ hat die Aufgabe, vom Standpunkt der Arbeiterpartei ein Steuerprogramm zu entwerfen. Der Verfasser beschäftigt sich vornehmlich mit der Besteuerung des Grund und Bodens, speziell mit der Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses des selben. Er verlangt eine Besteuerung des Grund und Bodens nach seinem reellen Wert und schlägt als Satz der selben 1 bis 1½ % vor. Die Hypotheken sollen bei dieser Grundsteuer nicht in Abzug gebracht werden. Dafür soll den verschuldeten Grundbesitzern durch eine Hypothekarreform billiges Hypothekengeld seitens der Kantonalbank verschafft werden. Dadurch würden die meisten Grundbesitzer eine jährliche Ersparnis von zirka ¾ % machen. Die von dem Verfasser vorgeschlagene Wertzuwachssteuer soll progressiv der Höhe des Wertzuwachses von 10 bis 50 % steigen. Der Verfasser operiert ausschliesslich mit den Anschauungen der Bodenreform. Da wir die selben bereits öfter in ihrer Unzulänglichkeit dargestellt haben, können wir uns eine weitere Kritik der Broschüre ersparen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagsnachwahlen DIE Reichstagsersatzwahl in Oberbarnim hat mit einem Siege des Reichsparteilers Pauli geendet. Pauli erhielt in der Stichwahl 8748 Stimmen, Genosse Bruns 7590 Stimmen. Da bei der Hauptwahl unser Kandidat 6319 Stimmen erhalten hatte, hat die Sozialdemokratie bei der Stichwahl 1271 Stimmen mehr aufgebracht. Pauli erhielt bei der Hauptwahl 6268 Stimmen, so dass die Stichwahl für ihn einen Zuwachs von 2480 Stimmen ergab. Dieser Zuwachs bestand zweifellos aus freisinnigen Stimmen. Im Jahre 1903 siegte Pauli in der Stichwahl mit 9450 Stimmen, während Genosse Bruns 8357 Stimmen erhielt. Danach bekam Pauli diesmal 702, Bruns 767 Stimmen weniger, als vor 2 Jahren. Im Reichstagswahlkreis Erlangen-Fürth ist der Magistratsrat Barbeck, der einzige Kandidat sämtlicher bürgerlicher Parteien wiederum gewählt worden. Er erhielt 14426 Stimmen, während Genosse Segitz, der den Bezirk von 1898 bis 1903 vertreten hatte, mit 13624 Stimmen in der Minorität blieb. Da unser Kandidat bei der Hauptwahl vor 2 Jahren nur 12031 Stimmen erhielt, so hat unsere

Partei in diesem Jahre einen Zuwachs von 1593 Stimmen zu verzeichnen.

✕ ✕

Landtagswahlen AM 10. Juli hat das bayerische Volk sein Votum über die geplante Wahlreform abgeben können; das Resultat ist eine totale Niederlage des Liberalismus. Die bayerischen Genossen hatten bekanntlich, entsprechend dem Beschluss des letzten Landesparteitages, ein Wahlbündnis mit dem Zentrum abgeschlossen. Die Sozialdemokraten werden im neuen Landtag 12 Sitze inne haben (gegen früher + 1), das Zentrum 102 (+ 18), die Liberalen 20 (— 24), die Demokraten 2 (+ 1), die Konservativen und der *Bund der Landwirte* 17, der *Bayerische Bauernbund* 3, die Mittelständler 1 (diese letzten zusammen: + 2). Unentschieden sind noch 2 Mandate. Die Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform ist somit erreicht. Den Liberalen gelang es, mit Hilfe der neuen Wahlkreiseinteilung in Nürnberg unseren Genossen 4 Mandate abzunehmen, obwohl diese es auf 22000, die Bürgerlichen nur auf 15500 Stimmen brachten; diese Wahl wird angefochten werden.

✕ ✕

Böhmen AM 23. Juli trat in Prag die Landeskonferenz der Sozialdemokratie Böhmens zusammen; es galt, zu der geplanten Wahlreform für den böhmischen Landtag Stellung zu nehmen und den Kampf für das allgemeine gleiche Wahlrecht in den böhmischen Landtag vorzubereiten. Anwesend waren 541 Delegierte aus 300 Orten, davon waren 237 Deutsche und 304 Tschechen. Nach ganz kurzer Diskussion gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in welcher erklärt wird: Die Ausdehnung des Kuriensystems für die gesetzgebenden Körperschaften ist ein schreiendes Unrecht und eine Vergewaltigung der besitzlosen und arbeitenden Massen; die Vertreter der Arbeiterschaft protestieren gegen den Plan der Regierung. Danach soll bekanntlich die Arbeiterklasse 18 Mandate erhalten, während der Bourgeoisie 27 neue zu ihren alten gegeben werden. An allen Orten sollen Versammlungen und Demonstrationen veranstaltet und Petitionen eingereicht werden, und schliesslich werden die Arbeiter aufgefordert, sich für einen Massenbesuch in Prag bereit zu halten, sobald die Parteileitung die Parole dazu ausgeben wird. Nach der Annahme einer Kundgebung für die russische Revolution, eingebracht und begründet von Victor Adler, wurde die Parteikonferenz unter Absingen von Arbeiterliedern geschlossen.

✕ ✕

Holland IM Laufe des Juli haben in ganz Holland Gemeindewahlen stattgefunden. Unsere Partei war in allen grösseren Orten beteiligt. Es handelte sich immer um die Neuwahl eines Drittels aller Gemeinderäte. Da das Gemeindewahlrecht noch beschränkter ist, als das politische, und es in kleineren Orten vielfach an geeigneten Kandidaten fehlt, so sind grosse Erfolge, wie etwa die Eroberung ganzer Gemeindevertretungen, noch ausgeschlossen, und es ist schon ein gutes Resultat, wenn die Sozialdemokratie in den grösseren Städten einige Sitze erobern kann. In Amsterdam, wo der Gemeinderat 45 Mitglieder zählt und also 15 ausscheiden mussten, gelang es, 2 sozialdemokratische Kandidaten durchzubringen. Insgesamt erhielten unsere Kandidaten in der Stadt Amsterdam 9200 von 33448 überhaupt abgegebenen Stimmen. In Rotterdam wurde ein sozialdemokratischer Kandidat in der Stichwahl mit 2078 Stimmen durchgebracht, während der zweite mit 1496 Stimmen unterlag. Schöne Siege erzielten unsere Genossen noch in den beiden industriellen Gemeinden Enschede und Lonnecker. In der ersten drangen 2, in der zweiten 3 Sozialdemokraten in den Gemeinderat ein. Im ganzen sind in den grösseren Orten bei diesen Wahlen 16 Sitze erobert und 2 verloren gegangen.

✕ ✕

Russland DER Streit zwischen der *Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei* unter Lenins Führung und den aus ihr ausgeschlossenen *Plechanowisten*, oder vielmehr nach ihrem jetzigen Führer *Martowisten*, dauert in ungeschwächter Heftigkeit fort. Die in den Händen der Ausgeschlossenen verbliebene *Iskra* führt die Polemik gegen die *Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei* in überaus saftigem Tone; das neue Zentralorgan der Partei, der an die Stelle des *Wperjod* getretene *Proletarij*, beschuldigt seinerseits die *Iskra*leute der unrechtmässigen Zurückbehaltung der Parteidruckerei und des Parteivermögens. Das Wunderlichste ist, dass bei diesem Streit auch die Frage eine Rolle spielt, ob die Partei einen

der Ihrigen in ein liberales russisches Revolutionsministerium entsenden dürfe oder nicht (!). Dieser ganze Genfer Emigrantenhader wird nun leider ins Inland eingeschleppt, wo es doch eigentlich Dringenderes zu tun gäbe. Das Resultat ist, dass sich die örtlichen Komitees der Reihe nach pünktlich entzweispalten in je ein *Leninianer*- und ein *Martowistenkomitee*. Bei diesem selbstmörderischen Treiben finden aber beide Fraktionen auch noch Zeit, nach wie vor den *Sozialisten-Revolutionären* bei ihrer praktischen Tätigkeit in den Rücken zu fallen.

× ×

Totenliste IN Krakau starb Genosse Romuald Chaberski, ein Klempnergehilfe seines Zeichens. Seit einem Vierteljahrhundert kämpfte er in den Reihen des polnischen Sozialismus, teils in Krakau, teils in Warschau, wo er 1895 bis 1897 einen hohen Rang in der *P. P. S.* bekleidete. Seinem Sarg wurden drei Kränze mit roten Schleifen vorangetragen, an seinem Grabe erscholl das revolutionäre Kampflied *Die rote Fahne*. In dem Kurorte Jalta am Schwarzen Meer starb Genosse Nikolaj Freilich, Advokat aus Nishnij-Nowgorod, ein hervorragendes Mitglied der russischen Partei der *Sozialisten-Revolutionäre*. Schon in den achziger Jahren, als Student, hatte er sich der *Narodnaja Wolja* angeschlossen; als später die *Sozialisten-Revolutionäre* das Werk dieser Partei wieder aufnahmen, fand sich auch Freilich in ihren Reihen ein und bewährte sich als mutiger Kämpfer und tüchtiger Organisator. 1897 verhaftet, wurde er nach längerer Haft auf 5 Jahre nach Sibirien verschickt. 1903 kehrte er nach Nishnij-Nowgorod zurück; obwohl körperlich gebrochen, nahm er seine Parteitätigkeit wieder auf; er setzte sie fort, bis zunehmende Krankheit ihn zwang, nach Jalta abzureisen. Der *Jüdische Arbeiterbund* meldet den Tod zweier seiner Mitglieder: des unermüdlichen jungen Agitators Morduch Kahan aus Homel, der bei den Strassenkämpfen von Lodz ums Leben kam, und des 18jährigen Handelsschülers Perez Bernstein aus Bialystok, der trotz seiner Jugend schon zwei Gefängnisstrafen verbüsst hatte. In der Warschauer Festung starb am Galgen Stefan Okrzeja, ein 18jähriger Fabrikschlosser, Mitglied der *P. P. S.* Er hatte eine Bombe in ein Polizeibureau geworfen, in der Absicht, den von der Partei zum Tode verurteilten Oberpolizeimeister Nolken nach dem Tatort zu locken. An dem Tage, da er hingerichtet wurde, standen in Warschau zum Zeichen der Trauer alle Fabriken still.

× ×

Kurze Chronik UNSER Züricher Genosse Robert Seidel, der ehemalige sächsische Weber, hat die Erlaubnis erhalten, sich am eidgenössischen Polytechnikum in Zürich als Privatdozent für Pädagogik und Geschichte der Pädagogik zu habilitieren. × Die Sozialdemokraten von Budapest veranstalteten am 30. Juli eine grosse Kundgebung für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts. × In Ukraina, Weissruthenien und Litauen, sowie stellenweise auch in Russisch Polen gelangte kürzlich die Prinzipienerklärung der *Zionistisch-sozialistischen Arbeiterpartei* zur Verbreitung. Die neue Partei ist hervorgegangen aus dem unter dem Namen *Poale-Zion* schon seit Jahren bekannten Verband zionistischer Arbeiter. × Der Metallarbeiter Swiderski aus Warschau, ein Mitglied der *P. P. S.*, 1901 kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt, sodann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt und nach Sachalin verschickt, ist etwa zwei Monate vor der Besetzung Sachalins durch die Japaner von dort entflohen und befindet sich nach langer und beschwerlicher Wanderung auf dem Landwege nunmehr in Sicherheit.

× ×

Literatur DAS internationale sozialistische Bureau erinnert daran, dass durch das Bureau noch die auf den internationalen Kongressen zu Paris, Brüssel, Zürich, London und Paris angenommenen Resolutionen und Anträge in einer Broschüre zusammengestellt zu beziehen sind. Vom Amsterdamer Kongress sind die Berichte und Resolutionen in den drei Hauptsprachen vorhanden, ferner wird der durch das Bureau zusammengestellte, im vorigen Bande (pag. 278) erwähnte umfangreiche Bericht über die sozialistischen Organisationen in Europa, Amerika und Asien zur Anschaffung empfohlen. × Unter dem Titel *Germinal* gibt die belgische Sozialdemokratie in zwangloser Reihenfolge eine Sammlung von kleinen Druckschriften heraus. Das Abonnement kostet 1 fr. pro Jahr. × Bei der Redaktion der *Sozialistischen Monatshefte* sind folgende Druckschriften des

Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes eingegangen: a) in jüdischer Sprache: *Wie sich in Westeuropa Revolutionen abgespielt haben*; *Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland*; *Massakerzeitung* (ein Bulletin über die behördlich veranstalteten Judenhetzen und die dagegen gerichtete Selbstverteidigungsaktion der jüdischen Arbeiter); b) in deutscher Sprache: *Der Bund und der Selbstschutz*, Flugschrift. Zu beziehen sind diese Schriften von der *Imprimerie israélite*, 81 rue de Carouge, Genf. DIE von Eduard Bernstein herausgegebenen *Dokumente des Sozialismus* sind seit Juli in den *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* übergegangen. Das Juliheft enthält unter anderm einen auf ungedrucktem Material beruhenden Aufsatz von Dr. Max Nettlau über die Vorgeschichte der *Internationalen*. ✕ Die Redaktion der *Revue Socialiste* ist seit Beginn dieses Jahres von Rouanet auf Fournière übergegangen. Der Inhalt der Zeitschrift ist um eine Rundschau erweitert worden, von nahezu der gleichen Gliederung, wie die der *Sozialistischen Monatshefte*. ✕ Der englische *Social-Democrat* brachte kürzlich einen Artikel über Sozialismus und Militarismus von Quelch, sowie die Antworten, die auf die Umfrage der *Vie Socialiste* über Sozialismus und Internationalismus von den Führern der internationalen Sozialdemokratie eingelaufen sind. ✕ In der spanischen *Revista Socialista* weist Pablo Orano in einem Aufsatz *Erores sobre el socialismo* den Vorwurf zurück, als ob der Sozialismus das Vaterland negiere. ✕ Die Revue der argentinischen Sozialisten *La Internacional* bringt an der Spitze ihres Juniheftes einen Kampfartikel, der sich mit den von der Regierung gegen die argentinische Sozialdemokratie in Anwendung gebrachten Gewaltmassnahmen beschäftigt, insbesondere mit der Polizeiattacke vom 21. Mai. Im gleichen Hefte werden einige Entwürfe von Arbeiterschutzgesetzen, unter anderm des über obligatorische Schiedsgerichte, besprochen. ✕ Die Chicagoer *International Socialist Review* hat im Juni ihren 5. Jahrgang vollendet. Die Existenz der Revue ist durchaus keine gesicherte; die Zeitschrift hofft aber, das Defizit durch Heranziehung weiterer Abonnenten decken zu können, besonders, da jetzt die Leser des *Comrade*, der sein Erscheinen eingestellt hat, von ihr mit übernommen worden sind.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftskongress und Presse DIE Diskussion über den letzten Gewerkschaftskongress ist eine ganze Weile in der Presse fortgeführt worden. Das ist ein erfreuliches Zeichen. Nicht so erfreulich ist die Art und Weise, das Wie dieser Diskussion. So machte sich in einigen sozialdemokratischen Tageszeitungen das Bestreben geltend, den Gewerkschaftskongress und die Gewerkschaftsführer direkt herabzusetzen. Bedenklich war auch der Eifer, mit der diese Presse jede und auch die kleinste Kundgebung der kleinsten Zahlstelle registrierte, während nicht eines dieser Blätter über eine Dresdener Gewerkschaftsversammlung berichtete, in welcher gegen den Gewerkschaftskongress gerichtete Resolutionen abgelehnt wurden. Über die Tatsache täuscht auch diese Art Berichterstattung nicht hinweg, dass die grosse Masse der Gewerkschaftsmitglieder mit dem Gewerkschaftskongress durchaus einverstanden ist. Denn was besagt eine die Kongressarbeit verurteilende Resolution der Metallarbeiter in Nowawes, der Schneider in Wilhelmshaven, der Zimmerer in Düsseldorf oder auch der Holzarbeiter in Leipzig und Stuttgart? Diese Kundgebungen ändern doch nichts an der Tatsache, dass die grosse Masse der Gewerkschafter durchaus einig ist in der Befriedigung über die Arbeiten des Kongresses. Was will es besagen, wenn 20 oder 30 von den 10000 bestehenden Gewerkschaftsfilialen gegen den Kongress opponieren? Wenn es noch Tausende oder auch nur 1000 wären, liesse sich eher darüber reden. Im übrigen wäre es traurig um die Gewerkschaften bestellt, wenn jede Opposition in ihren Reihen verstummen würde. Die Gewerkschaftspresse hat bis auf vier kleinere Organe ihre Befriedigung über die Arbeiten und Beschlüsse des Cölner Kongresses ausgesprochen. Diese Auseinandersetzungen haben übrigens auch ihr Gutes. Die Parteiblätter werden genötigt, sich mehr als je mit gewerkschaftlichen Problemen zu beschäftigen, und die Gewerkschaften werden wieder nachdrücklicher auf die sozialistischen Ziele der Arbeiterbewegung hingewiesen.

✕ ✕

Christliche Gewerkschaften DAS Jahr 1904 hat den christlichen Gewerkschaften grössere Erfolge gebracht, als das Jahr 1903. Allerdings

ist der Fortschritt in der Mitgliederzahl nur um weniges günstiger, als im letztgenannten Jahre: 1903 belief sich die Mitgliederzunahme auf 12 688, 1904 auf 14 877. Im Mittel des Jahres 1904 wurden gezählt 207 484 Mitglieder, im Mittel des Jahres 1903 192 607 Mitglieder. Die dem *Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften* angeschlossenen Organisationen zählten allerdings nur 107 556 Mitglieder, 16 616 oder 18,1 % mehr, als im Jahre 1903; und zwar hatten die Organisation der Bergarbeiter 43 400 (+ 2569), Textilarbeiter 17 685 (+ 1069), Bauhandwerker 12 676 (+ 7180), Metallarbeiter 9317 (+ 2781), Holzarbeiter 6036 (+ 1570), Hilfs- und Transportarbeiter 5692 (+ 3341), Heimarbeiterinnen 2580 (+ 674), Tabakarbeiter 2056 (+ 479), Schuh- und Lederarbeiter 1784 (+ 376), Schneider 1390 (532), Ziegler 1274 (— 599), Keramarbeiter 900 (+ 300), Maler 1300 (+ 620), Fleischer 600 (—), Krankenpfleger 318 (+ 128), graphischen Gewerbe 350 (+350) und Bäcker 198 (+ 38). Fortschritte sind hier auch insoweit zu verzeichnen, als im Jahre 1904 die Zentralisation der christlichen Gewerkschaften endgültig durchgeführt wurde. Die ausserhalb des *Gesamtverbandes* stehenden Gewerkschaften, zumeist Beamtenorganisationen, zählten insgesamt 99 928 Mitglieder, 1239 weniger, als im Jahre 1903. Die Zahl der weiblichen Mitglieder belief sich auf 7624, 2159 mehr, als im Jahre 1903. Christliche Gewerkschaftsblätter erschienen am 1. April 1905 24 mit einer Gesamtauflage von 312 000 Exemplaren. Grössere Fortschritte machten die christlichen Gewerkschaften noch in ihrem Kassenwesen. Die Gesamteinnahme belief sich auf 1 337 341 (1 131 605) M., die Gesamtausgabe auf 1 094 643 (938 363) M. Der Kassenbestand stieg von 745 107 M. im Jahre 1903 auf 948 196 M. am Schluss des Jahres 1904. Über die Ausgaben sind spezielle Angaben nur von den dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen gemacht, und zwar wurden da verausgabt für die Verbandsorgane 111 995, Streiks 133 362, Rechtsschutz 18 974, Sterbegeld 49 679, sonstige Unterstützungen 9200, Agitation 61 547 M.

AN den Leistungen und Fortschritten der freien Gewerkschaften gemessen, sind die Leistungen und Fortschritte der christlichen Gewerkschaften recht gering; immerhin sind auch ihre Erfolge bemerkenswert.

Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine

MIT den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen will es trotz der *Reformen* und trotz eifrigster Agitation nicht vorwärts gehen. Nach der in Nr. 26 des *Gewerkvereins* veröffentlichten Jahresübersicht für das Jahr 1904 hatten die Gewerkvereine 111 889 Mitglieder (1674 mehr, als im Jahre 1903) in 2172 (+ 87) Ortsvereinen. Angesichts der Zunahme der freien Gewerkschaften um 175 454 und der christlichen um 16 616 Mitglieder ein klägliches Ergebnis. Im einzelnen hatten Mitglieder der Gewerkverein der Maschinenbauer 43 627 (+ 609), Fabrikarbeiter 21 179 (— 839), Kaufleute 12 106 (+ 1403), Tischler 8579 (+ 473), Schuhmacher 5690 (+ 186), Klempner 3466 (— 107), Textilarbeiter 4300 (+ 27), Schneider 3830 (+ 25), graphischen Berufe 2000 (+ 7), Bauhandwerker 1331 (+ 63), Tabakarbeiter 1102 (— 490), Töpfer 1621 (+ 24), Bergarbeiter 597 (+ 56); dann weitere 7 Gewerkvereine mit Mitgliederzahlen von weniger als 500, bis herab auf 12 Mitglieder (Vergolder). Ausserdem ist ein *Gewerkverein der deutschen Frauen* mit 1160 Mitgliedern vorhanden. Auch hier hat das Kassenwesen eine günstigere Entwickelung genommen. Die Einnahmen stiegen von 929 412 im Jahre 1903 auf 1 069 735 M. im Jahre 1904. Die Gesamtausgaben stiegen von 804 126 auf 1 035 758 M., und zwar wurden verausgabt für Arbeitslosen-, Streik- und Gemassregeltenunterstützung 256 620, für Reise- und Umzugsunterstützung 72 521, Rechtsschutz 13 633, Bildungszwecke 40 570, Verbandsorgane 132 686, Agitation 71 660, Verwaltung 190 815 M. Die Kassenbestände der Gewerkvereine hoben sich von 1 151 716 auf 1 315 617 M., dazu kommen die Vermögensbestände der gewerkvereinlichen Kranken- und Begräbniskassen mit 1 381 430 M., so dass die Gewerkvereine über ein Gesamtvermögen von 3 264 402 M. verfügten. Die Gewerkvereine kommen auch in ihrem Kassenwesen gegenüber den freien Gewerkschaften immer mehr ins Hintertreffen.

× ×

Österreich

DIE österreichischen Gewerkschaften können das Jahr 1904 zu den erfolgreichen zählen. Nach der in Nr. 12 der *Gewerkschaft* veröffentlichten Jahresübersicht haben sie im Jahre 1904 ihre Mitgliederzahl von 154 665 auf 189 121, also um 34 456 Mitglieder oder

um 25,62 % erhöht. Einzelne Gewerkschaften machten sogar ganz bedeutende Fortschritte, so nahmen die Bauarbeiter um 229 % zu, die Handels- und Transportarbeiter um 180 %, die Giessereiarbeiter um 61 %, die Bergarbeiter um 44 %, die Maler um 87 %, die Holzarbeiter um 39 %. Auch die Stabilität der Mitglieder hat in den Gewerkschaften, besonders in den zentralen, zugenommen; die Fluktuation der Mitglieder nimmt wesentlich ab. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in den Gewerkschaften betrug am Schluss des Jahres 1904 13 055, 3536 oder 37 % mehr, als im Jahre 1903. Die Gesamtjahreseinnahmen beliefen sich auf 3 392 970 K. (gegen 2 942 854 in 1903), die Gesamtausgaben auf 3 004 160 (2 647 066) K. Die Kassenbestände steigerten sich um 601 981 K. und erreichten am Jahresschluss 1904 eine Höhe von 4 410 619 K. An Unterstützungen aller Art wurden allein 1 411 010 K. verausgabt. Die Fortschritte der österreichischen Gewerkschaften sind um so höher zu veranschlagen, als man die sprachlichen und nationalen Schwierigkeiten, unter denen ihre Organisationsarbeit von statten geht, in Betracht ziehen muss.

× ×

Russisch Polen IN Russisch Polen trifft die politische Gärung unter den Arbeitern zusammen mit einer industriellen Hochkonjunktur, da in verschiedenen Teilen des russischen Reiches die durch den Krieg unterbrochen gewesene Nachfrage nach polnischen Industrieprodukten wieder eingesetzt hat. Aus dieser Situation resultiert eine streiklustige Haltung der Arbeiter und ein verringerter Widerstand auf seiten der Unternehmer. So hat zum Beispiel die Leitung der grossen Textilfabrik Scheibler & Co. in Lodz sich durch Vermittlung eines Warschauer Gelehrten an das Zentralarbeiterkomitee der *P. P. S.* mit dem Vorschlag gewendet: man wolle den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse machen, nur müsse die *P. P. S.* sich dafür verbürgen, dass ein halbes Jahr lang nicht mehr gestreikt werde. Das Zentralarbeiterkomitee gab einen ablehnenden Bescheid, mit der Begründung, dass die Firma Scheibler sich zunächst an Polizei, Militär und Regierung um Hilfe gewandt habe und erst nach Erschöpfung aller gewaltsamen Pressionsmittel es mit der Arbeiterpartei versuche; wenn aber das nächste Mal die Firma sich sofort an die Partei wende und nicht an die Behörden, dann seien Verhandlungen möglich. In Warschau endete ein mehrwöchentlicher Streik der Arbeiter der grossen Fragetschen Fabrik versilberter Metallwaren mit einem vollständigen Sieg. Im Kohlenrevier von Sosnowiec brachen mehrere Streiks von Hüttenarbeitern und Bergleuten aus, von denen mehrere sehr günstig verliefen. In Czenstochau streikten die Schuhmacher unter Leitung der *P. P. S.* und die jüdischen Fleischer unter Leitung zionistisch-sozialistischer Agitatoren, beide mit gutem Erfolg. Eine lebhafte Streikbewegung ist auch in Bialystok und den Nachbarorten im Gange, unter Leitung der *P. P. S.* und der mit ihr verbündeten russischen Partei der *Sozialisten-Revolutionäre*, welcher letzteren ein Teil der dortigen jüdischen Arbeiter angehört.

× ×

Kurze Chronik DIE Berliner lokalisierten Gewerkschaften umfassen in 24 Organisationen 11 056 Mitglieder. Ihre Einnahmen bezifferten sich im Jahre 1904 auf 475 229 M., ihre Ausgaben auf 317 501 M.; 9 Organisationen hatten 29 Streiks respektive Aussperrungen durchzukämpfen, woran 2392 Personen beteiligt waren. Die Ausgaben dieser Bewegungen bezifferten sich auf 147 687,79 M. × Bei der Gewerbegerichtswahl in Essen erzielten die Gewerkschaften 7192 Stimmen (700 weniger, als bei der letzten Wahl), die christlichen Gewerkschaften 7554 Stimmen (+ 300), die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1002 Stimmen. In Gelsenkirchen wurden 1284 christliche, 524 gewerkschaftliche und 433 gewerkvereinliche Stimmen abgegeben. × Der *Steinarbeiter*, das Organ des Steinarbeiterverbandes, hat eine Auflage von 15 000 Exemplaren erreicht. × Die neue niederländische Gewerkschaftszentrale (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1905, I. Bd., pag. 360) hat sich nun, am 30. Juli dieses Jahres endgültig unter dem Namen *Nederlandsch Verband van Vakvereenigungen* konstituiert. × In Japan fasst die Gewerkschaftsbewegung immer mehr festen Fuss. Kürzlich haben 7000 Kohlengräber in Port Moji eine Lohnbewegung siegreich durchgeführt. Nach einem Streik von zwei Tagen wurde ihnen eine Lohnerhöhung von 10 % bewilligt.

× ×

Literatur ALS bemerkenswerteste gewerkschaftliche Publikation aus der letzten Zeit ist zu nennen *Die deutschen Gewerkschaften 1891 bis 1904 in graphischer und statistischer Darstellung*, bearbeitet von Louis Brunner /Berlin, Verlag der *Generalkommission*/. Ein kleines Meisterwerk der Statistik. In 8 graphischen Tafeln und 4 statistischen Tabellen wird uns die Entwickelung der deutschen Gewerkschaften in den letzten 15 Jahren vor Augen geführt. × Der Metallarbeiterverband gibt seit zwei Jahren seinen Jahresbericht in Form eines *Jahr- und Handbuches* heraus. Das Jahrbuch gewährt einen Einblick in die Tätigkeit und das Getriebe der deutschen Gewerkschaften. × Der Maurerverband hat seinen Mitgliedern dieses Jahr wieder eine Übersicht geboten über den Stand der Arbeitsverhältnisse im letzten Jahre, über die Lohnbewegungen u nd Streiks in den Jahren 1903 und 1904 und über die bestehenden Tarifverträge. Wer sich über die Erfolgfähigkeit der deutschen Gewerkschaften ein Bild machen will, sollte sich diese 224 Seiten umfassende Statistik einmal näher ansehen. × Aus der grossen Zahl der sonstigen Publikationen, der Berichte und Protokolle, die auch nur dem Namen nach anzuführen der Raum hier nicht gestattet, nennen wir nur noch: A. Bringmanns *Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung*, zwei gute Agitationsschriften des Holzarbeiterverbandes: *An die Pantinen- und Holzschuhmacher!* und *Mahnruf an alle in der Bürsten- und Pinselindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen*; ferner das Protokoll des Cölner Gewerkschaftskongresses und der Konferenz der Arbeitersekretäre (294 Seiten stark). ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

England DER dem Kongress von Paisley vorgelegte Bericht des Zentralausschusses des Genossenschaftsbundes gibt folgende allgemeine Übersicht über den Stand der britischen Genossenschaftsbewegung:

	1903	1904
Zahl der Genossenschaften	1 701	1 730
Davon erstatteten Bericht	1 660	1 709
Mitgliederzahl . .	2 116 127	2 213 422
Anteile . . . . . M.	540 345 560	563 073 820
Umsatz . . . . . „	1 784 324 460	1 841 249 420
Reingewinn . . . . „	197 467 700	206 960 600

Auf die einzelnen Genossenschaftsarten verteilen sich diese Zahlen, wie folgt:

Art und Jahr		Zahl	Mitglieder	Anteile (in M.)	Umsatz (in M.)	Reingewinn (in M.)
Englische Grosseinkaufsgesellsch.	1903	1	1133	20860600	386662840	6977640
	1904	1	1150	23934060	396183920	7721480
Schottische Grosseinkaufsgesellsch.	1903	1	278	6100740	127909740	5081580
	1904	1	279	6545620	136025440	5138200
Konsumvereine . .	1903	1481	1987768	484342680	1150258340	179871640
	1904	1469	2078178	502790080	1186238680	188226360
Produktivgenossenschaften	1903	146	33944	17455580	61576540	4165180
	1904	149	34712	18067480	62049080	4436460
Rohstoffvereine . .	1903	7	88498	10655580	54381760	1261400
	1904	7	90247	10652360	55079720	1250340
Landwirtschaftl. Genossenschaften	1903	54	3104	306740	1640720	30780
	1904	93	7480	505300	3565460	106640
Besondere Genossenschaften	1903	11	1402	614640	1895520	79880
	1904	10	1376	578920	2067120	71920

Der scheinbare Rückgang in der Zahl der Konsumgenossenschaften ist eine Folge der Verschmelzung benachbarter Vereine. Tatsächlich sind die Konsumvereine, wie alle anderen Genossenschaftsarten in beständigem Vordringen begriffen.

AM auffallendsten ist das Wachstum der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung. Es handelt sich hierbei um landwirtschaftliche Bezugs- und Absatzgenossenschaften nach dem Muster unserer deutschen. Der Bericht sagt darüber, dass diese noch ganz junge Bewegung sich rapid ausdehne und grosse Aussichten für genossenschaftliche Handelsbeziehungen zwischen ihr und den städtischen Konsumvereinen eröffne. Dagegen weist die eigentlich genossenschaftliche und landwirtschaftliche Produktion, sei sie nun durch Konsumvereine oder durch besondere Gesellschaften betrieben, fast nur Misserfolge auf. Die hier gemachten Verluste betragen insgesamt 144 680 M., die Überschüsse 54 940 M. Der Beschluss des vorjährigen Genossenschaftskongresses, eine grosse Landbesitzgesellschaft zu gründen, die ihr Land unter günstigen Bedingungen an kleine Pächter ver-

mieten sollte, konnte wegen mangelnder finanzieller Unterstützung der Konsumvereine nicht zur Ausführung gebracht werden.

DIE Produktion der beiden Grosseinkaufsgesellschaften im Jahre 1904 betrug 103 351 580 M. (gegen 96 204 760 M. in 1903). Es wurden dabei 15 688 (15911) Angestellte beschäftigt. In den Betrieben der Produktivgenossenschaften arbeiteten 8289 (8372) Angestellte, und der Wert ihrer Erzeugnisse betrug 61 900 460 (61 461 020) M. An der Spitze der genossenschaftlichen Gütererzeugung steht die Mehlproduktion mit 3¼ Mill., dann folgt die Schuhfabrikation mit 1 Mill. und die sonstige Bekleidungsindustrie mit 4/5 Mill. M. Umsatz.

SEHR interessant ist der Bericht über das genossenschaftliche Versicherungswesen, das in der Hand einer grossen Gesellschaft liegt, der die einzelnen Genossenschaften, bis jetzt 562 an der Zahl, als Mitglieder angeschlossen sind. Diese letzteren treten dabei als Vermittler zwischen ihren individuellen sich versichernden Mitgliedern und der Gesellschaft auf. Zirka 100 000 ist die Zahl der hauptsächlich gegen Feuersschäden abgeschlossenen Versicherungen. Auf einer anderen Grundlage baut sich die erst kürzlich von der Gesellschaft eingeführte kollektive Lebensversicherung auf. Hierbei werden alle Mitglieder einer Genossenschaft ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand und Alter dadurch versichert, dass die Gesellschaft regelmässig 0,4 % ihres Gesamtumsatzes als Prämie an die Versicherungsgesellschaft abführt. Die im Todesfall eines Mitgliedes ausgezahlte Summe beträgt 20 % seines durchschnittlichen Jahresumsatzes. Die durch dieses Versicherungssystem bedingte Spesenersparnis beträgt 38 %, was für alle englischen Genossenschaften einer jährlichen Ersparnis von 2 Mill. M. gleichkommen würde. Ausserdem werden auf diese Weise die Mitglieder an ihre Genossenschaften gefesselt und veranlasst, möglichst alle ihre Einkäufe daselbst zu machen. Bis jetzt haben 8 Genossenschaften dieses Versicherungssystem adoptiert.

DAS gemeinsame Komitee der Trade-Unionisten und Genossenschafter hielt 3 Sitzungen ab, in denen es 2 Streitfälle zwischen Genossenschaften und ihren Angestellten erledigte.

× ×

Schweiz DAS Jahr 1904 war ein Jahr ganz ausserordentlicher Entwickelung für den *Verband schweizerischer Konsumvereine.* Dem Rechenschaftsbericht zufolge traten ihm 35 neue Konsumvereine bei, so dass sich die Zahl der Verbandsvereine Ende 1904 auf 175 mit 126 698 Mitgliedern belief. Da auch in diesem Jahre der starke Zuzug anhält, so ist es nur noch eine kleine Zahl der schweizerischen Vereine, die ihrer Verbandsorganisation fernstehen. In gleichem Verhältnis wuchs auch der Umsatz der Warenvermittlungszentralstelle. Er stieg von 6 179 839 fr. in 1903 auf 7 673 238 fr. in 1904. Neben Kolonialwaren vermittelt die Einkaufsorganisation in grösserem Umfange auch Manufakturwaren. Die auf der vorjährigen Delegiertenversammlung beschlossene Errichtung von Mühlen konnte noch nicht zur Ausführung gebracht werden. Der Gewinn der Zentralstelle beträgt, nach Auszahlung einer Rückvergütung an die Vereine in Höhe von 36 247 fr., 93 649 fr. Nach Deckung der sonstigen Verbandsausgaben bleiben davon 85 634 fr. verfügbar, die der Verbandsvorstand wie gewöhnlich zu Abschreibungen und Zuwendungen an das Verbandsvermögen, sowie den Personalunterstützungsfonds zu verwenden vorschlägt. Ende 1904 wurden 40 Personen von der Zentralstelle beschäftigt.

DIE Hauptaufgabe des Verbandssekretariats bestand in der Herausgabe der beiden Genossenschaftszeitungen: des *Schweizerischen Konsumvereins* und des *Genossenschaftlichen Volksblattes* (60 000 Exemplare), denen sich im Laufe des Jahres noch das französische Organ *La Coopération* zugesellte, das sich sehr gut eingeführt hat und jetzt zirka 6000 Abonnenten zählt. Auch wurden eine Anzahl Propagandavorträge von ihm arrangiert.

DIE am 8. und 9. Juli in Herisau abgehaltene Delegiertenversammlung, die von 102 Vertretern schweizerischer Vereine und einer Anzahl Gäste aus dem Auslande, darunter auch mehreren Deutschen, besucht war, genehmigte die Jahresrechnung und beschloss über die Verteilung des Reingewinns in der vorgeschlagenen Weise. Ebenso wurde ein Antrag des Vorstandes auf Erwerb einer Landparzelle zur Errichtung eines Lagerhauses mit Kaffeerösterei debattelos angenommen. Dagegen konnte ein Antrag des Vereins von Vivis, der die

Errichtung einer Angestelltenkrankenkasse wünschte, weil verfrüht, nicht die Zustimmung der Delegierten erlangen. Der zweite Tag brachte ein sehr interessantes Referat Dr. Müllers *Die Stellung der Konsumvereine zu den Gewerkschaften.* Die vorjährige Delegiertenversammlung hatte auf Antrag des Genossen Kaufmann aus Winterthur die Verbandsdirektion beauftragt, sich im Interesse der genossenschaftlichen Propaganda mit dem *Schweizerischen Gewerkschaftsbunde* in Verbindung zu setzen. Vom *Gewerkschaftsbund* war daraufhin Gegenseitigkeit der Unterstützung verlangt worden. Die Verbandsdirektion hatte sich schliesslich auf folgende Richtlinien geeinigt, die von Dr. Müller in eine Anzahl Thesen zusammengefasst wurden: Anerkennung der kollektiven Gewerkschaftsverträge; Anerkennung des Koalitionsrechtes der genossenschaftlichen Angestellten; dagegen Ablehnung des Verlangens, einen Druck auf diese Angestellten zwecks Beitritts zu ihren Gewerkschaften auszuüben; Verpflichtung der Genossenschaften, sich um die Herstellungsverhältnisse der von ihnen geführten Waren zu kümmern. Diese Auffassung begegnete bei der Versammlung fast keinen Widerspruch, und es wurde schliesslich die Direktion beauftragt, die Gewerkschaftsfrage in diesem Sinne zu behandeln und der nächsten Versammlung darüber Bericht zu erstatten. Wenn auch die gewerkschaftlichen Organisationen in der gleichen sachlichen und würdigen Weise Stellung nehmen, so würde die Behandlung dieser wichtigen Frage durch die Schweizer wirklich in vorteilhafter Weise abstechen von den entsprechenden Debatten, die wir kürzlich in deutschen Arbeiterorganisationen erlebt haben.

✕ ✕

Lagerhalterkongress VOM 16. bis zum 18. Juni fand in Hamburg die 9. Generalversammlung des *Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands* statt, an der sich auch Vertreter der Konsumgenossenschaften als Gäste beteiligten. Der Hauptverhandlungsgegenstand war naturgemäss die neue Unterstützungskasse des *Zentralverbandes,* an der die Lagerhalter manches, insbesondere die Beschränkungen in der Zulassung von Personen (vergl. pag. 711), auszusetzen haben. Dennoch wurde beschlossen, auf die Verwaltungen im Sinne des Beitritts einzuwirken und später dann an die Beseitigung der Mängel zu gehen. Des weitern wurde über die Revision der Mindestforderungen der Lagerhalter verhandelt. In Bezug auf Arbeitszeit, Sonntagsruhe, Ferien etc. schliessen sich diese Forderungen ziemlich eng an das in den genossenschaftlichen Kollektivverträgen mit den kaufmännischen Angestellten bereits Vereinbarte an, dürften also im allgemeinen auf Erfüllung zu rechnen haben. Eine baldige tarifliche Festlegung aller Arbeitsbedingungen wäre nichtsdestoweniger umsomehr wünschenswert, als ja die Lagerhalter die zahlreichste Klasse aller genossenschaftlichen Angestellten bilden, und ohne eine solche Festlegung ihre Wünsche eben doch nur — Wünsche sein können.

✕ ✕

Kurze Chronik IN Rheinland-Westfalen hat sich neben den beiden bestehenden Revisionsverbänden Crügerscher und moderner Richtung kürzlich noch ein dritter, christlichsozialer Observanz, gebildet. Man scheint dort aus den Erfahrungen von M.-Gladbach leider noch nichts gelernt zu haben. ✕ Die Oberpostdirektion Braunschweig hat ihren Beamten und Arbeitern auf dem Verordnungswege den Austritt aus dem dortigen Konsumverein anbefohlen. Die durch diese ganz ungerechtfertigte Bestimmung schwergeschädigten Beamten wollen sich beschwerdeführend an ihre oberste Behörde wenden. ✕ Dagegen hat die oldenburgische Regierung sich strikt gegen eine Beeinflussung der Beamten in diesem Sinne ausgesprochen. ✕ Zwölf Mitglieder der englischen *Frauengilde* haben eine Studienreise durch Frankreich gemacht. Es wurde bei dieser Gelegenheit die Bildung einer internationalen genossenschaftlichen Frauenliga angeregt: ein leider noch etwas verfrühter Gedanke.

✕ ✕

Literatur IM Verlage von Felix Dietrich in Leipzig hat Leopold Katscher eine Broschüre *Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft in Deutschland und Österreich* erscheinen lassen. Er will etwas viel auf dem kleinen Raum von 30 Seiten geben (Geschichte, Theorie, Praxis und gegenwärtige Lage der verschiedenen Genossenschaftsarten

in beiden Ländern) und kommt dadurch zu einer sehr kursorischen, ungleichartigen und teilweise schiefen Behandlung der einzelnen Fragen. GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Schillerfeiern und Schillerschriften

JENE grosse, einigende, von dem, was Personen und Stände trennt, reinigende Freude, welche ein Volk stärkt und zu neuen Taten erzieht, wird jetzt, wie man berichtet, von den Japanern empfunden, so oft ihr Heer den Russen eine blutige Niederlage bereitet. Vielleicht kommt sie nur noch im Gefolge der Barbarei zu den Kulturvölkern von heute, und jedenfalls kam sie nicht zu den Deutschen an ihrem Schillertage. Die nicht offiziellen Veranstaltungen waren zu zählen und erlangten im Bürgertum wenig Beachtung. Bei den offiziellen Festakten, wo das zugelassene Publikum oft einer Art von Zensur unterworfen war, konnte sich ineinanderklingende Anteilnahme selbstverständlich nicht einstellen. Und doch ist kaum ein besserer Anlass zur Freude und zu einem gemeinsamen Aufatmen für das deutsche Volk zu denken, als die Erinnerung an den Unsterblichen, der uns vor 100 Jahren das Vorbild eines kämpfereichen Lebens und den Liebe strahlenden Schatz seiner Werke zurückliess. Schillers Riesenkraft des Glaubens und des Idealisierens machen ihn auf eine unabsehbare Zeit zum treuen Freund und sicheren Erzieher des Menschen.

WAS zum 9. Mai vom Bürgertum und seinen Offiziellen zu Schillers Ehren ausgedacht und vollbracht wurde, hätte sich, ohne erheblich an Nutzen oder Schönheit einzubüssen, ruhig auf die Verteilung der Schillerbücher in den Schulen beschränken dürfen. Man musste aber in feierlichen Worten, in zahlreichen Festreden und -artikeln die beschämende, doch notwendige Aufgabe lösen, seine eigenen, in Schiller noch fortglühenden, menschlichen Tugenden und kulturellen Kräfte von einstmals wegzuleugnen oder sie zu etwas Überlebtem, jetzt nicht mehr Brauchbarem zu stempeln. Den ersten Modus stellt zum Beispiel die in Gegenwart des Kronprinzen gehaltene Rede des Professors Erich Schmidt dar. Er warnte seine Zuhörer, dem Gefeierten, »verleitet durch einige seiner Worte [!]« politisch-revolutionäre Gedanken zuzuschreiben. Der zweite Modus tritt sehr gut in der Rede des Professor Burdach zu Tage, in der es heisst: »Seine Dramen verfochten mit hinreissendem Feuer das Recht des Unterdrückten und klangen in den Kampf um die Mündigkeit des Volkes, um bürgerliche und w i r t s c h a f t l i c h e S e l b s t b e s t i m m u n g wie ein Hymnus des Sieges. Und dieser Sieg kam [!]. Das Volk erhielt sein Recht [!], Deutschland ward eins.«

DER Boden, in dem Schiller wurzelte, ein ausgebeutetes, nach Freiheit ringendes Bürgertum, ging verloren. An seiner Stelle steht das Proletariat, und nicht derjenige gehört zu Schiller, der behauptet: »Das Volk erhielt sein Recht«, sondern der, welcher gleich ihm die Forderung des Volksrechtes auch heute erhebt.

Deshalb war den Kundgebungen und Veröffentlichungen zu Ehren Schillers von seiten der Sozialdemokratie die historische Möglichkeit gegeben, die Würde der Stunde zu wahren. Hier stellte sich nirgends die Notwendigkeit ein, politisch konträre Teile des schönen Bildes zu bestreiten oder über ihre Bedeutung zu täuschen. Hier durfte man den ganzen Schiller feiern, alles aus der zeitlichen und örtlichen Bedingtheit verstehen und ihm seine Auffassung der französischen Revolution als ebenso notwendig zuerkennen, wie etwa dem Bastard von Orleans die seinige von mittelalterlicher Nationalehre. Vorzüglich kommt das in der Schrift F r a n z M e h r i n g s *Schiller, ein Lebensbild für deutsche Arbeiter* /Leipzig, *Leipziger Buchdruckerei A. G.*/ zur Geltung. Sie ist eine historische und literarhistorische Studie, der es auch an ästhetisch-kritischen Exkursen nicht fehlt, und sie macht uns, so eingehend, wie das innerhalb ihres Umfanges von 119 Seiten geschehen kann, nicht nur mit Schillers Leben, sondern auch mit seinen Werken bekannt. Ihr grosser natürlicher Vorteil vor aller akademischen Literaturgeschichte ist, dass sie sich bezüglich Schillers Umgebung, besonders seiner *Protektoren*, aber auch bezüglich seiner selbst all der sonst üblichen Schönfärberei enthalten kann. Menschliche Schwächen hatte auch dieser Grosse, und indem Mehring sie nicht übersieht, findet er für die noch immer ziemlich unaufgeklärte Kühle Goethes gegen Schiller eine Lösung, welche auch die Leute vom Fach nicht unbeachtet lassen sollten. — Mehrings Arbeit ist mit einem Bildnis des Dichters versehen und vom Verlage gut ausgestattet.

DIE Jubiläumsschrift, welche die Buchhandlung *Vorwärts* zum Schillertage herausgab, erfreute schon durch die künstlerische Ausschmückung und die geschmackvolle Art, wie der Bildschmuck über den Raum verteilt ist. Inhaltlich ist sie des öfteren eine erwünschte Ergänzung zu den Ausführungen Mehrings. Sie enthält Beiträge von Friedrich Stampfer, Lily Braun, Kurt Eisner, John Schikowsky, Eduard David, H. Molkenbuhr, sowie Auszüge aus Schillers Poesie und Prosa. In Eisners Aufsatz *Über Schillers Idealismus* zeigt die so viel missdeutete und missbrauchte *idealistische Weltanschauung* Schillers ihr wahres Angesicht. Die *Freiheit im Reich der Träume* wird als die resignierte revolutionäre Handlung erkannt, welcher die Not zum System wurde. Der revolutionäre Idealismus der Kunst ist der Erzieher zum revolutionären Idealismus des Lebens.

DER Gedanke an Schillers Resignation tritt auch in der Gedächtnisrede Dr. Max Albertys, gehalten vor der Arbeiterschaft Münchens, hervor; nur will Alberty, ohne auf den Ursprung der Lebensverneinung aus revolutionärer Bejahung zurückzugreifen, die »weltfremde Anschauung« Schillers ebenso streng abgelehnt wissen, wie »die mit ihr verwandte christliche«. Wir sollen aber Schillers Lebenswerk wie eine Welt für sich bewundern und lieben. Albertys Rede erschien im Verlage von G. Birk in München. Der gleiche Verlag gab unter dem Titel *Schiller und die Volksideale* die Festrede des Schweizer Parteigenossen Robert Seidel heraus, die dieser in Cöln, Frankfurt und Zürich vor der organisierten Arbeiterschaft gehalten hat. Diese Rede ist durch und durch politisch, und ihre einfache, markige, sehr volkstümliche Sprache hat etwas Biblisch-Pastorales. Hier handelt sich's nicht eigentlich darum, ein Bildnis Schillers zu geben, der Titel zeigt vielmehr schon die Absicht an, unsere Ideale und Anschauungen mit seinen Worten zu belegen. Dieses Verfahren schätzen wir nicht sehr hoch, gerade weil es, von sozialistischer Seite angewendet, sich leicht und sicher als berechtigt erweist. Die beliebten Gegenzitate werden natürlich auch hier nicht verschwiegen.

IN Berlin versammelte die *Freie Volksbühne* die vielen Tausende ihrer Mitglieder zur Schillerfeier, welche uns die Festrede des Genossen Pernerstorfer aus Wien brachte. Sie ist jetzt bei der *Wiener Volksbuchhandlung* im Druck erschienen. In dieser Rede finden wir die freudige Huldigung vor Schillers Persönlichkeit und Kunst aufs glücklichste vereinigt mit der Bewertung seines Werkes für den Dienst der Menschheit und der sozialistischen Kultur. Die Herzlichkeit des Wortes belebt die Vergangenheit, lässt die ganze freie Grösse des Dichters auferstehen, seine Nähe uns fühlen. Und zugleich begreifen wir, dass er, der des Menschen höchste Güter bewahrte, dem Sozialisten ein Verwandter und ein Verbündeter ist. Seine Religion, »ein unerschütterliches Vertrauen in die Vervollkommnungsfähigkeit des Menschengeschlechts«, ist unsere Religion. Seinem Ideale des ästhetischen Adelsmenschen haben nur wir eine irdische Unterkunft zu bieten; es bliebe ohne die politisch-ethische Tat des Sozialismus auf immerdar ein luftiges Scheinwesen.

× ×

Bibliotheken und Lesehallen

ÜBER das städtische Bibliothekswesen Berlins gibt der Verwaltungsbericht des Magistrats für 1904 Auskunft. Die Zahlen bedeuten ein erfreuliches Fortschreiten von seiten der Verwaltung und des Publikums. Die werdende Stadtbibliothek hatte am 1. April 1905 53 260 Bände. Drei Abteilungen, enthaltend Geschichte, Geographie, schöne Literatur, sind vorläufig abgeschlossen. Die 28 Volksbibliotheken hatten 154 716 Bände, die Ausleihungen kamen auf 1 359 839 (73 897 mehr, als im Jahre 1903). Jede Vermehrung der Betriebsstunden oder Verlegung der Ausgabe auf die Abendstunden steigerte sofort den Besuch. Das ist bezeichnend für das herrschende Lesebedürfnis und auch für die Gründe, aus welchen es nicht immer in seinem ganzen Umfang hervortreten kann. Von den 1 359 839 Ausleihungen kamen 707 345 auf schöne Literatur, nur 225 547 auf wissenschaftliche Lektüre. Das Streben nach Wissen neben dem nach Unterhaltung zu fördern und zu reizen, wäre also auch hier noch eine passende Aufgabe der Verwaltung. Auch die 11 Lesehallen (mit einer Handbibliothek von 6887 Bänden) weisen Zunahme des Besuches auf. Es kamen 131 867 Gäste, 6662 mehr, als im Vorjahr. Diese Steigerung führt der Bericht auf die Vergrösserung der Räume der 1. Lesehalle zurück, da die anderen Hallen zumeist

einen Rückgang infolge der grossen Hitze erfuhren.

DIE von der *Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur* begründete Lesehalle in Berlin, Münz St. 11, veröffentlicht ihren 10. Jahresbericht. Der selbe verzeichnet 32468 Buchbenutzungen (im Vorjahre 31419), wovon 54 % schöne Literatur. Der Bücherbestand umfasst jetzt über 7000 Bände.

× ×

Kurze Chronik AM 14. Juni tagte zu Neumünster der 1. öffentliche Kongress für ländliche Hochschulen. Der in Deutschland neuen, zunächst für Holstein beabsichtigten Schöpfung sollen die englischen und dänischen Bauernhochschulen als Muster dienen. Der Berichterstatter hatte sich durch eine Reise durch Dänemark das Material verschafft. Indessen scheint es, dass die ländliche Bevölkerung Holsteins nicht nur gebildet, sondern auch germanisiert werden soll. Ja, das Germanisieren ist offenbar Hauptzweck. × Der 3. Kunsterziehungstag findet am 13. bis 15. Oktober in Hamburg statt; er wird sich mit der künstlerischen Erziehung auf den Gebieten der Musik und der Gymnastik beschäftigen.

× ×

Literatur IM vergangenen Jahre ist, wie nachträglich noch erwähnt werden muss, bei Lipsius & Tischer in Kiel ein Reisebericht des Gewerbeschullehrers Fr. Lembke erschienen unter dem Titel *Die dänische Volkshochschule, nebst einem Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule*; dieser Plan weist bei 48 Unterrichtsstunden 5 Stunden Heimatgeschichte, 3 preussische Geschichte, 3 deutsche Geschichte, 12 deutsche Sprache und Literatur, 6 Naturkunde und 6 Rechnen und Geometrie auf.

EINE *Vereinigung bremischer Lehrer* hat unter dem Titel *Roland, Organ für freiheitliche Pädagogik* eine Monatsschrift ins Leben gerufen. Die bremische Lehrerschaft hat, wie bekannt, vor kurzem einen Beschluss gefasst, der den Ausschluss des Religionsunterrichts aus der Schule verlangt. Im Dienste solchen Geistes steht das neue, von E. Sonnemann redigierte Organ. Er weht uns daraus mit jugendfrischer Entschlossenheit entgegen und erklärt es als des Lehrers »unveräusserliches Recht, von dem anvertrauten Kinde alles das abzuwehren, was seiner Entwickelung schaden könnte«. Das neue Blatt ist bei Boesking & Co. in Bremen verlegt und kostet halbjährlich 1,50 M., Einzelnummer 30 Pf.

FRANZ LINDHEIMER

Frauenbewegung

Rechtsschutz INNERHALB des Frauentums macht sich immer stärker das Bestreben geltend, der Frau auch im Rechtsleben die Stellung neben dem Manne zu erringen und sie aus einer bloss leidenden Teilnehmerin in eine tätige, beratende und richtende zu verwandeln. So liegt eine lesenswerte Schrift von Dr. jur. Marie Raschke *Die strafrechtliche Behandlung der Kinder und Jugendlichen* /Berlin, Verlag der *Frauenrundschau*/ vor, die, aufgebaut auf die einschlägige kriminalistische und psychologische Literatur und entsprechende Erfahrungen, zu positiven Reformvorschlägen kommt. Sie will, im Einklang mit der kriminalistischen Schule der Liszt und Genossen, die Erhöhung der strafmündigen Altersgrenze auf das 16. Lebensjahr, den Ersatz der ordentlichen Gerichte durch Kindergerichtshöfe (Vormundschaftsräte), in denen nach dem Vorbild von Norwegen und einer Reihe von Unionsstaaten auch Frauen Sitz und Stimme haben sollen. Frauen soll auch, in Ausführung der vorgeschlagenen bedingten Verurteilung, das Aufsichtsamt über die Straffälligen übertragen werden, ein Vorschlag, zu dessen Ausführung man, in Ansehung der günstigen Erfahrungen in der Armen- und Waisenpflege, Staat und Kommunen beglückwünschen könnte. Im ganzen soll »der kindliche und jugendliche Täter nicht als Verbrecher, sondern nur als ein besonders geartetes Erziehungs- und Besserungsobjekt angesehen, danach behandelt und alles getan werden, um, wie Ferri sagt, wenigstens einen Teil der zum Verbrechen neigenden Individuen aus der ungeheuren Maschinerie der Strafrechtspflege zu retten, die eine zahllose Menschenmasse verschlingt und sie, nachdem sie in ihren Rädern Ehre, sittliches Gefühl und Gesundheit gelassen hat, wieder aussperrt, um gebrandmarkt zu sein und Mitglieder der wachsenden Verbrecherarmee zu werden«.

MIT dem Familienrecht befasst sich ein Memorandum des *Allgemeinen österreichischen Frauenvereins*, das in der Mai-

nummer der *Neuen Frauenlebens,* des gut unterrichteten und inhaltreichen Organes des unabhängigen österreichischen Frauentums, wiedergegeben ist. Es richtet eine Reihe wichtigster Forderungen an die Kommission zur Revision des Zivilrechtes, unter denen hervorzuheben sind: die Einführung der Zivilehe und der Ehescheidung, die Beibringung eines Gesundheitsattestes beim Eheschluss, der Rechtsschutz der Konkubinate und der unehelichen Kinder im Erbfalle etc., das Vormundschaftsrecht der Frauen, das Verwandtschaftsrecht des unehelichen Kindes, Aufhebung des geltenden Gesinderechtes und eine Reihe vermögensrechtlicher und steuerlicher Bestimmungen, die heute in einer der Frau nachteiligen Weise zu Recht bestehen.

× ×

Mutterschutz

MIT dem bestrittenen Rechte der Unehelichen beschäftigt sich auch eine Schrift von F. Reininghaus, die betitelt ist und verlangt *Gerechtigkeit und wirksamen Rechtsschutz schaffe das schweizerische Zivilgesetz für die aussereheliche Mutter und ihr Kind* /Zürich, Füssli/. Der 8. Titel des bundesrätlichen Entwurfes zum schweizerischen Zivilgesetzbuch besagt, dass bei Unehelichen das Verwandtschaftsverhältnis zwischen Kind und Vater durch Anerkennung oder durch Richterspruch festgestellt werden muss. Wir begegnen hier der gleichen Ungerechtigkeit, wie bei uns, und es ist unverkennbar, dass auch die Wirkungen des Verbotes der *recherche de la paternité* sich hier fühlbar machen. Der Gegenentwurf des Verfassers will dem Kind unter allen Umständen den Vater respektive die ökonomische Sicherstellung durch mehrere Unterhaltungspflichtige geben.

IN der Schrift *Bund für Mutterschutz* /Berlin, *Pan-Verlag*/ gibt Dr. Helene Stöcker eine zweckdienliche Übersicht der bereits mehrfach von uns gewürdigten Bestrebungen. Ein gleichnamiger Verein hat sich in München unter der Führung von Ruth Bré aufgetan, deren Beziehungen zu der Berliner Vereinigung völlig gelöst worden sind.

DIE Mutterschutzbestrebungen haben jetzt auch ihr eigenes Organ. Es betitelt sich *Mutterschutz, Zeitschrift zur Reform der sexuellen Ethik.* Der Inhalt des ersten Heftes rechtfertigt das wohlwollende Interesse, das man dem neuen Unternehmen entgegenbringen muss.

× ×

Sexuelle Fragen

ZWEI kleine Schriften sind neulich bei Dietrich in Leipzig erschienen: *Sexuelle Jugendaufklärung* von K. J. Galandauer und *Die geschlechtliche Aufklärung der Jugend* von Dr. Max Marcuse. Die erstgenannte ist eine neue Schrift, nichts Neues. In der zweiten möchte der um das Wohl der Jugend treu besorgte und für eine wurzelechte Sittlichkeit, wie sie im Lichte der Wahrhaftigkeit und Natürlichkeit gedeiht, sich warm einsetzende Arzt den Willen all derer wecken, die es angeht. Das ist ihm gut gelungen, wie manch anderen vor ihm. Nun aber muss einer kommen, der die Wege weist, wie man von der schönen Theorie zur bodenständigen Praxis kommen kann.

DIE Prostitution betitelt sich ein kleines, vom gleichen Verlage herausgegebenes Schriftchen von Johannes Gaulke, das, aufgebaut auf der einschlägigen Literatur, insonderheit der ausgezeichneten Schrift Blaschkos *Die Prostitution im XIX. Jahrhundert,* eine knappe Geschichte und Würdigung der Frage gibt und zur Bekämpfung der Prostitution die bekannten sozialwirtschaftlichen und pädagogischen Mittel und Massnahmen vorschlägt.

× ×

Begabung

AUS einer Enquete in den Kommunalschulen von Budapest geht hervor, dass die Schulmädchen den Knaben in intellektueller Beziehung weitaus überlegen sind. Die Untersuchung erstreckte sich auf 808 350 Kinder. Von den Sitzenbleibenden kamen 168‰ auf die Knaben. Bei den Mädchen waren es nur 158‰. In der Muttersprache, Arithmetik und Geographie wurden die besten Noten gleichfalls von Mädchen erlangt, und zwar standen die Zahlen hier wie 23,6 zu 32,3 respektive 28 zu 37,3 und 29,2 zu 36,9. Der Direktor der statistischen Amtes, Professor Körössy, erklärt dies den allgemeinen Lebenserfahrungen zuwiderlaufende Resultat mit der rascheren Entwickelung und dem darauf folgenden rascheren geistigen Stillstand des weiblichen Geschlechtes. Für heute mag das zutreffend sein, doch liegt noch keine Erfahrung darüber vor, wie die Entwickelung des weiblichen Intellektes fortschreiten könnte, wenn man den Mädchen ganz allgemein die gleichen Bildungs- und Lebensmöglichkeiten zugänglich machte, wie den Knaben.

× ×

Bildung und Erziehung

DER Marburger Gelehrte Paul Natorp hat sich mit seinem Vortrag *Pestalozzi und die Frauenbildung* /Leipzig, Dürr/ ein grosses Verdienst um die Frauensache erworben. In einer Zeit der schroffen Gegensätze und der doktrinären Ausschliesslichkeit tut die Erinnerung an das Wesen und Wirken eines Mannes gut, für den der Gegensatz Mann Weib nicht bestand, der in beiden die grosse Synthese sah, dazu bestimmt, in gemeinsamer Arbeit und Treue das Kind zu hegen und zu pflegen. Den an Gemüt und Geist gleich gebildeten tapferen und tatkräftigen Menschen *Weib* stellt er uns mahnend und spornend vor die Seele; er zeigt, was eine solche Mutter für das Kind bedeutet. Mahnend, denn viele Geistesarbeiterinnen vergessen und versäumen über der einseitigen Verstandeskultur, was sie an ethischen Werten und Leistungen ihrer Umwelt schulden. Spornend, denn auf keinem anderen Gebiete als dem der Erziehung und Hingabe an das Kind erwächst dem Frauentum eine solche Fülle der Befriedigung und des Erfolges. »Die Natur ruft dich, dein Kind mit eigener Hand zu besorgen; wirf es nicht weg, gib es in keines Menschen Hand, kein Mensch ist ihm, was du ihm bist, und es ist dir, was dir kein Mensch ist.«

× ×

Zehnstundentag

AUCH die jüngste, sicher aber nicht letzte Enquete der Reichsgewerbeaufsicht hat wiederum bestätigt, was man auch ohne dies schon längst wusste: dass der Zehnstundentag spruchreif ist, und nicht nur für die Arbeiterinnen. Von 813 560 Fabrikarbeiterinnen, deren regelmässige tägliche Arbeitszeit am 1. Oktober 1902 festgestellt wurde, arbeiteten 86 191 9 Stunden und weniger, 347 814 9 bis 10, und 379 555 über 10 Stunden; das heisst: mehr als die Hälfte arbeitete ohnehin 10 Stunden und weniger. Unter den Berufspruppen steht natürlich die Textilindustrie mit langen Arbeitszeiten obenan. Von den 348 538 dort gezählten weiblichen Berufstätigen arbeiteten nahezu 71% mehr als 10 Stunden. Im übrigen beschäftigen bloss 5 Industriegruppen rund ein Drittel der Arbeiterinnen länger als 10 Stunden, und selbst im Dorado der langen Arbeitszeit, im Textilgewerbe, gibt es grosse Gebiete, die eine Tendenz zur Verkürzung der Arbeitszeit aufweisen, so Preussen und Württemberg, die nur etwa ⅜ ihrer weiblichen Textilarbeiterschaft mehr als 10 Stunden beschäftigen. Im allgemeinen würde hier die gesetzliche Normierung des Zehnstundentages eine wesentliche aber zugleich eine höchst notwendige und daneben leicht durchführbare Verbesserung bedeuten. Selbstverständlich sind die meisten der Aufsichtsbeamten für die Herabsetzung der Arbeitszeit. Der Breslauer Beamte rühmt den darin liegenden Fortschritt und heilsamen Einfluss auf die Kultur, Gesundheit und Sittlichkeit der ganzen Arbeiterbevölkerung. Der Gewerberat für Hannover gibt als befürwortende Gründe an: a) die eigenartige körperliche Konstitution der Frau, b) ihren Mutterberuf, c) die Erhaltung des Hausstandes, d) die Ernährung und Erziehung der Kinder. Auch die weiten Wege, das Bedürfnis nach Fortbildung und ähnliches mehr werden angeführt.

× ×

Kurze Chronik

IM schwarzen Trier ist es gelungen, einen Bildungsverein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse zu gründen. Er findet ein weites Feld für aufklärende und propagandistische Tätigkeit vor. × Mannheim, das seit Jahren Frauen als Armenpflegerinnen verwendet, hat nunmehr den Frauen im Armenrat zwei Stellen eingeräumt. Auch in Darmstadt zieht man neuerdings die Frauen in umfassender Weise zur Armenpflege heran. × Tilsit will 3 Frauen mit beratender Stimme zur kommunalen Schulverwaltung zulassen. × Auch München hat beschlossen, weibliche Arbeitskräfte im kommunalen Verwaltungsdienst zu beschäftigen.

× ×

Literatur

WAS Elisabeth Gnauck-Kühnes *Deutsche Frau um die Jahrhundertwende* befürchten liess, hat ihre neueste Arbeit *Arbeiterinnenfrage* /M.-Gladbach, Verlag des *Volksvereins für das katholische Deutschland*/ leider bestätigt: dieser hochbegabte, selbständige, zugleich klare und kritische Geist nähert sich in seinem publizistischen Schaffen immer bedenklicher jener Grenze, jenseits derer die sachliche Wissenschaftlichkeit zur Tendenzmacherei wird. In aller Deutlichkeit geht ja aus dieser *Arbeiterinnenfrage* hervor, dass sie bestellte Arbeit ist, dazu bestimmt, das gebildete weibliche

Laienpublikum auf den christkatholischen Standpunkt einzupauken und zur Agitation in diesem Sinne zu gewinnen. Bedauerlich ist es aber, wenn eine Gnauck-Kühne die Subordination unter die Wünsche der katholischen Oberen so weit treibt, dass sie zum Beispiel alles verleugnet, was von seiten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen, zur Aufklärung und Propaganda geschehen ist und täglich geschieht, und zu Sätzen, wie die folgenden, kommt: ›Von allen Seiten sind Reformversuche gemacht, mit Ausnahme der Sozialdemokratie. Sie lehnt Reformarbeit ab, weil sie alle Schäden aus der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung herleitet . . .‹ HENRIETTE FÜRTH

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Werttheorie EIN heisser Streit tobt in der theoretischen Nationalökonomie über die Marxschen Lehren vom Wert, Mehrwert, von der sinkenden Profitrate etc. Nur ist es leider nicht immer der glühende Eifer nach Wahrheit, sondern ein wütender Parteihass, der die Hitze in den Meinungsstreit über diese Marxsche Theorie hineinträgt. Wir dürfen uns daher aufrichtig an der sachlichen Kritik freuen, die Dr. Tugan-Baranowskij in seiner neuesten Arbeit über *Theoretische Grundlagen des Marxismus* /Leipzig, Duncker & Humblot/ an die Marxschen ökonomischen Theorieen legt. Marx hat schon im I. Band des *Kapitals* auf die mögliche Inkongruenz der Wertgrösse der Waren und der Warenpreise hingewiesen. Die Durchschnittspreise der Waren brauchten nicht mit den Wertgrössen derselben übereinzustimmen. Es hätten ferner viele Dinge einen Preis, ohne Wert zu besitzen (Boden etc.). Nach dem Erscheinen des III. Bandes des *Kapitals* ist jedem Leser dieses Werkes die Differenz, die zwischen den Werten und den Preisen der Waren klafft, offenbar geworden. Gegeben sind in der Warenwelt nur die Preise. In den Warenpreisen treten uns jedoch nicht die Arbeitswerte dieser Waren, sondern die auf sie angewendeten Kapitalauslagen entgegen. Aus irgend einer Preisbezeichnung, 15 Ellen Leinewand = 10 M., konnte Marx nimmer ableiten, dass in diesen Waren- und Geldmengen die gleiche Arbeitsmenge steckt. Marx fühlte sich gedrängt, die Dinge selbst zu befragen. Aus der Tatsache, dass sich zwei Waren in einem bestimmten Quantitätsverhältnis austauschten, schloss er sofort auf die Gleichwertigkeit der beiden Waren. Die Menschen tauschen nun auf einer gewissen Höhe der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Waren- und Geldmengen mit einander aus, nicht etwa einem bestimmten Wertgesetz zuliebe, nach dem sich immer nur gleichwertige Quantitäten austauschen müssen, sondern weil sie durch die Organisation ihrer Wirtschaft schlechtweg zu diesem Tausche gedrängt sind. Es werden Waren auf dem Markte ausgetauscht, die gerade in ihren Arbeitswerten, in den auf sie verwandten Arbeitsmengen total differieren, sie werden ausgetauscht, weil die Form des Tausches die einzige Möglichkeit für den Erwerb der Waren durch verschiedene Liebhaber, Konsumenten bietet. Es ist daher verkehrt, aus dem Austauschverhältnis zweier Waren sofort auf ihre Gleichwertigkeit zu schliessen. Das tut aber Marx, indem er aus einem beliebigen Austauschverhältnis (10 Ellen Leinewand = 1 Rock) die Gleichwertigkeit beider Waren in Bezug auf die in ihnen verkörperten Arbeitsmengen direkt abliest. Marx war nun durchaus nicht gezwungen, seine Arbeitswerttheorie aus der Gleichwertigkeit der sich austauschenden Waren- und Geldmengen zu begründen. Diese Arbeitswerttheorie war richtig, auch wenn sich die auf dem Markte verkauften Warenmengen nicht nach den in ihnen verkörperten Arbeitsquantitäten austauschten. Die Waren, die durchschnittlich in den Konsum des Menschen eingehen, fallen nicht, wie das Manna in der Wüste, vom Himmel, sondern sie müssen durch Arbeit hergestellt werden. Tugan-Baranowskij sagt nach unserer Meinung mit folgenden Ausführungen über die Marxsche Arbeitswerttheorie das Richtige: ›Vom Standpunkt des Kapitalisten aus bilden die Auslagen an Kapital, nicht aber der Arbeitsaufwand, wirkliche Kosten der Produktion. Das erklärt uns, warum die Kategorie der Arbeitskosten dem kapitalistischen Bewusstsein so fremd ist. Trotzdem bildet der Arbeitsaufwand die einzigen absoluten Kosten auch in der kapitalistischen Gesellschaft. Der objektiven Gesell-

schaftswissenschaft gebührt es nicht, auf den kapitalistischen Standpunkt sich zu stellen . . .« Auf der Oberfläche der kapitalistischen Welt ist nach Tugan-Baranowskij die Kategorie der absoluten Kosten nicht zu bemerken. »Trotzdem ist diese Kategorie nicht minder real, als die Wertkategorie. Zwar objektiviert sich der Wert im Warenpreise, während Arbeitskosten sich nicht vergegenständlichen. Aber nur der Warenfetischismus, dessen Natur von Marx so genial gekennzeichnet ist, kann dazu führen, hinter den Warenpreisen die eigentlichen wirkenden Kräfte der Wirtschaft, die wirtschaftenden Menschen, nicht zu sehen. Für den durch den Warenfetischismus nicht verblendeten Blick kann die reale Geltung der Arbeitskosten keinen Augenblick verborgen sein. »In allen Zeiten«, bemerkt Marx, »musste die Arbeitszeit, welche die Produktion der Lebensmittel kostet, den Menschen interessieren.« Die Arbeitskostenkategorie ist die soziale Kategorie *par excellence*.«

AN dieser Stelle können wir nur auf die Hauptergebnisse der Tugan-Baranowskijschen Kritik der ökonomischen Grundlagen des Marxismus eingehen: Unser Autor verwirft die Marxschen Theorieen von der sinkenden Profitrate und von dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft. Die Krisentheorie Tugan-Baranowskijs bedarf einer eingehenden Besprechung.

× ×

Entwickelungs faktoren

DER *Kampf ums Dasein* hat oft genug als Totschläger des unbequemen Sozialismus herhalten müssen. Dieser Kampf wurde von fanatischen Darwinianern als die eigentliche, den Aufstieg der Tier- und Menschenwelt emporführende Grundkraft ausposaunt. Überwältigend grosse Reiseneindrücke befestigten nun im Kopf Peter Kropotkins folgende Grundvorstellungen: Der Kampf der meisten Tierarten gegen eine rauhe Natur ist von einer ausserordentlichen Härte, er ist dagegen zwischen den Tieren der gleichen Art nur sehr milde, die gegenseitige Hilfe ist bei den Tieren der gleichen Art von grundlegender Bedeutung für die Erhaltung und Fortentwickelung der Spezies. Im Jahre 1880 räumte der Zoologe Kessler auf einem russischen Naturforscherkongress dem *Gesetz der gegenseitigen Hilfe* den Vorrang vor dem *Gesetz des gegenseitigen Kampfes* ein. Kropotkin hat jetzt in seinem Werke *Gegenseitige Hilfe in der Entwickelung* (deutsche Ausgabe besorgt von Gustav Landauer /Leipzig, Thomas/) sehr wirkungsvoll die Wanderungen, die Brutgenossenschaften, die Herbstgesellschaften der Vögel, die Jagdvereinigungen von Wölfen und Löwen, die Gesellschaften von Nagetieren und Wiederkäuern geschildert. Er zeigt sodann die Stärke des gegenseitigen Hilfstriebes bei primitiven Völkern in der Bildung der Gentes, der Clans, der Stämme etc. Der elementare hilfespendende Gemeinschaftsdrang betätigt sich auf höherer Stufe der Menschheitsentwickelung in der Begründung von Markgenossenschaften. Die Menscheit schreitet zur Städtegründung und zur Organisation von Gilden und Zunftverbänden fort. Auf der von uns erreichten Kulturstufe blüht das Prinzip der gegenseitigen Hilfe in den Arbeiterverbänden, den Gewerkschaften und Genossenschaften auf. Peter Kropotkin schliesst sein Werk mit der Behauptung: In dem ethischen Fortschritt des Menschen hat der gegenseitige Beistand — nicht gegenseitiger Kampf — den Hauptanteil gehabt. »In seiner umfassenden Betätigung — auch in unserer Zeit — erblicken wir die beste Bürgschaft für eine noch stolzere Entwickelung des Menschengeschlechtes.«

× ×

Klassen und Klassenkämpfe

IN der Tagespresse wird oft ein wahrer Kultus mit dem Worte *Klassenkampf* getrieben. Ein kleines nebensächliches Gefecht einer Gewerkschaftssektion mit einer Unternehmergruppe wird sofort von der Presse in einen stolzen Klassenkampf verwandelt, eine rein kommunale, von örtlichen Interessen geleitete Wahl in einer dürftigen Landgemeinde rückt in den Rang eines Klassenkampfes auf. Da ist es denn dringend an der Zeit, dass endlich dem Missbrauch mit dem Worte *Klassenkampf* durch eine gründliche Vertiefung in die Schriften der Altmeister Marx und Engels, der eigentlichen Theoretiker des Klassenkampfes, begegnet wird. Tugan-Baranowskij hat in seinen *Theoretischen Grundlagen des Marxismus* die Marxsche Lehre von den Klassen und dem Klassenkampfe kritisch gewertet. Die Einteilung der Bevölkerung in verschiedene Berufsgruppen fällt mit der Sonderung der selben in gesellschaftliche Klassen nicht zusammen.

Primitive Gesellschaften kennen wohl eine berufliche Einteilung der Bevölkerung, nicht aber eine Klassengliederung der selben.

EINE Klassengliederung der Bevölkerung bedeutet die Trennung der Bevölkerung in ausbeutende, herrschende Klassen und in ausgebeutete, beherrschte Klassen. Mit dem Begriff der *Klasse* ist somit der Begriff der *Ausbeutung* oder ihres Gegenteiles verknüpft. Die Wirksamkeit einer Klasse als Klasse hängt von ihrer politischen Zusammenfassung und von ihrer bewussten Stellungnahme zu den vorhandenen Klassen der Gesellschaft ab. Jede soziale Klasse durchläuft zwei Entwickelungsphasen: sie hebt sich nur äusserlich von anderen Gesellschaftsklassen ab, und sie stellt sich bewusst diesen Klassen gegenüber und schafft sich zur Vertretung ihrer Klasseninteressen eine eigene Klassenorganisation, das heisst eine politische Parteiorganisation. In diesem Sinne führt einmal Marx aus: ›Insofern Millionen von Familien unter ökonomischen Existenzverhältnissen leben, die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung von denen der anderen Klassen trennen und ihnen feindlich gegenüberstellen, bilden sie eine Klasse. Insofern ein nur lokaler Zusammenhang unter den Parzellenbauern besteht, die Dieselbigkeit ihrer Interessen keine Gemeinsamkeit, keine nationale Verbindung und keine politische Organisation unter ihnen erzeugt, bilden sie keine Klasse.‹ Marx wollte damit nicht das Vorhandensein der Parzellenbauernklasse leugnen, sondern nur ihre besondere Aktivität als soziale Klasse..

FÜR die Klassenkampftheorie ist diese Marxsche Äusserung von entscheidender Wichtigkeit. Soziale Klassen können ruhig ohne jeden Kampf neben einander bestehen. Der Klassenkampf kann fast ganz zum Schweigen kommen. Wenn sich einzelne Heerhaufen einer Klasse selbst mit Gruppen einer anderen Klasse befehden, so tragen derartige örtliche Geplänkel nicht den Charakter eines Klassenkampfes an sich. Marx spricht im *Kommunistischen Manifest* von Gewerkschaftskämpfen, von lokalen proletarischen Aufständen, ohne diesen Bewegungen die Bezeichnung von *Klassenkämpfen* beizulegen. Verfolgen wir einmal die einzelnen Entwickelungsstufen, auf denen nach Marx das Proletariat zum Klassenkampfe aufsteigt: Die Arbeiter beginnen mit der Bildung von Koalitionen, sie gründen dauernde Assoziationen, sie streben eine Verbindung der vielen Lokalkämpfe zu einem Klassenkampfe an. Jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf, ein Kampf um die Beherrschung der Staatsgewalt. Den Kommunisten erwächst erst die grosse Aufgabe: das Proletariat zu einer Klasse zu organisieren, die Bourgeoisherrschaft zu stürzen, die politische Macht durch das Proletariat zu erobern. Ein Klassenkampf ist somit nach Marx ein bewusster, planmässiger Kampf einer Klasse um die Beherrschung der Staatsgewalt. Den Sinn der Marxschen Klassenkampflehre gibt Tugan-Baranowskij mit folgender Bemerkung treffend wieder: ›Die geschichtliche Entwickelung gipfelt zwar in Klassenkämpfen, besteht aber nicht ausschliesslich aus ihnen.‹ Tugan-Baranowskij hätte allerdings seine Bemerkung nur auf die relativ kurze Zeitspanne in der Weltentwickelung einschränken müssen, in der die Menschheitsgeschichte unter der Herrschaft der sozialen Klassen steht.

× ×

Rassenproblem IN einer geistvollen Schrift *Antisemitismus und Wissenschaft* /Wien, Rosner/ behandelt Friedrich Hertz die Rassenfrage. Der Rassenantisemitismus schwingt sich zu der kühnen Behauptung auf, der kapitalistische Geist der Juden sei eine Folge ihrer angeborenen Nomadennatur. Die Arier seien Ackerbauer ihrer Rassenneigung nach, die Semiten Nomaden und Räuber. Noch zur Zeit Caesars waren die Germanen jedoch Nomaden, die Nordsemiten dagegen Ackerbauer. Selbst in ihrem Stammland Palästina waren die Juden ein Mischvolk. Nach Chamberlain setzte sich die Bevölkerung dieses Landes nur zu 5 % aus Semiten und zu 95 % aus den arischen Völkerschaften der Amoriter und Hethiter zusammen. Überdies wurden von 150 vor bis 200 nach Christus Millionen von Heiden aller Rassen für das Judentum gewonnen. Im Laufe der Geschichte vollzog sich ein Prozess der intensivsten Rassenmischung. Abgesehen von den grossen Haupttypen der Neger, Weissen, Gelben können wir kaum überhaupt eine Rasse mit Sicherheit bestimmen. Überdies modeln die Einflüsse des Klimas, des Bodens, der Nahrung den Rassentypus in körperlicher und geistiger Hinsicht ständig um. Die Einteilung der Völker-

schaften in Arier und Semiten erfolgt auf Grundlage der Sprachen. Nach den Sprachen unterscheiden wir arische und semitische Völkerschaften. Die arisch sprechenden Völkerschaften brauchen jedoch nicht mit einander verwandt zu sein, denn unzählige Male haben die Sieger die unterworfenen Völkerschaften zur Annahme ihrer Sprache gezwungen. Der Rassenbegriff ist durchweg rein sprachlich, nicht anthropologisch, und von einer *arischen Rasse* zu reden, ist, wie der grosse Sprachforscher Max Müller bemerkt, ebenso sinnlos, wie etwa der Ausdruck *langköpfiges Wörterbuch* oder *breitköpfige Grammatik*.

×   ×

Neuausgaben

DAS II. Bändchen der bei Gustav Fischer in Jena erscheinenden *Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister* enthält die *Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft* von Adam Ferguson. Mit einem das Wesen der Dinge erfassenden Realismus wendet sich Ferguson gegen die Träumereien von einem glückseligen Naturzustande. In den Naturwissenschaften arbeitet der Mensch nach Ferguson nur mit wohlbegründeten Tatsachen, in der Gesellschaftswissenschaft dagegen setzt er Hypothesen an Stelle der Wirklichkeit. Menschengruppen, ganze Gesellschaften müssen wissenschaftlich erfasst werden, und nicht einzelne Menschen und deren Geschichte. Ferguson wertet feinsinnig bereits den Menschen als Gesellschaftswesen. ›Sende ihn allein in die Wüste,‹ so ruft er einmal aus, ›und er ist eine Pflanze, die von ihren Wurzeln losgerissen ist . . . . Persönlichkeit und Charakter des Menschen hören auf zu existieren.‹ Dem Einfluss von Klima und geographischer Lage auf die Menschheitsgeschichte widmet Ferguson ein ganzes Kapitel. Eine besondere Berühmtheit erlangte das Kapitel Fergusons über die Teilung der Künste und Berufe. ›Jeder Fabrikunternehmer‹, schreibt Ferguson, ›findet, das seine Auslagen sich um so mehr verringern und sein Gewinn um so grösser wird, je mehr Leute er für besondere Artikel einstellen kann.‹ Aber Ferguson ist sich des verkrüppelnden Einflusses der zu weit getriebenen Arbeitsteilung bewusst. Viele Gewerbe gelingen nach seinen Ausführungen am besten bei vollständiger Unterdrückung von Gefühl oder Vernunft. Die Hand oder den Fuss zu bewegen, ist von Überlegung und Phantasie unabhängig. ›Dementsprechend gedeihen Manufakturen am besten, wo der Geist am wenigsten zu Rate gezogen wird, und wo die Werkstatt ohne besondere Anstrengung der Phantasie als eine Maschine betrachtet werden kann, deren einzelne Teile Menschen sind.‹ In der Sammlung *Hauptwerke des Sozialismus und der Sozialpolitik*, herausgegeben von Professor Georg Adler /Leipzig, Hirschfeld/, ist *Das Volksbuch* von Félicité de Lamenais erschienen, das sich an alle Männer des Volkes, an alle Klassen, die für das Wohl des Volkes Erspriessliches leisten, wendet. Die Menschen, alle Kinder des einen Vaters, sollten nur eine Familie bilden. Das Volk könne sich nur von Abhängigkeit befreien, wenn es Assoziationen bildet. Eine Assoziation werde aber zur Unmöglichkeit und könne nicht prosperieren, wenn nicht ihre Grundlage im wechselseitigen Vertrauen, sittlich gefestigtem Betragen ihrer Mitglieder und in verständiger Verwaltung bestehe. Die Pflicht sei das lebenspendende Prinzip der Assoziation; aus ihr erwachse sie unmittelbar.

×   ×

Kurze Chronik

AUF der Pauluslaufbahn des August Strindberg ist dessen Schrift *Der bewusste Wille in der Weltgeschichte* /Leipzig, Seemann/ immerhin ein betrübendes Ereignis. Erdstossähnliche Erschütterungen erfolgten nach Strindberg gleichzeitig in allen Weltteilen in der Kulturgeschichte der Menschheit. Diese Erschütterungen sind auf einen bewussten schöpferischen Willen zurückzuführen. Die Ankunft und der Eintritt des Christentums in die abendländische Bildung stellt sich nach Strindberg als ein wohlberechneter, nach allen Regeln der Taktik und der Strategie ausgeführter Feldzug dar. Luther handelte nach Strindberg als ein Soldat der Vorsehung, ohne die Absichten des Heerführers zu kennen. Der grosse Synthetiker, der die Gegensätze vereinigt, kann nichts anders sein, als der Schöpfer, der Auflöser, der Aufrechterhalter. Diese Lehre ist wahrlich nicht neu. Schon unseren Urgrosseltern erzählte der Herr Pfarrer von dem Walten des Gottesfingers in der Weltgeschichte.

×   ×

Literatur

BEI dem jetzt wiedererwachten Interesse für die Klassiker der Nationalökonomie erscheint gerade im rechten Moment das Werk von C. Jentsch

Adam Smith, Leben und Lehre (in der Biographieensammlung *Geisteshelden* /Berlin, Ernst Hofmann/). Fein bis auf die kleinsten intimen Züge ist das Charakterbild des grossen Nationalökonomen von Jentsch herausgearbeitet worden. Wir blicken mit Jentsch tief in das eigenartige wirtschaftliche und soziale Leben Schottlands, in den Kulturzustand der Universitäten, der Gelehrtengesellschaften der Länder der englischen Krone ein. Die Grundgedanken Smith' über die Theorie der sittlichen Gefühle legt Jentsch sehr fesselnd und anschaulich dar. Mit kurzen Strichen zeichnet er zum Schluss das volkswirtschaftliche System des bahnbrechenden Kopfes der nationalökonomischen Wissenschaft. Die nationalökonomischen Darlegungen Carl Jentsch' entzünden da und dort unseren lebhaften Widerspruch; aber immer folgen wir ihnen gern. PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Ausstellung des *Deutschen Künstlerbundes*

DIE 2. Ausstellung des *Deutschen Künstlerbundes* gibt eine sorgfältige Auswahl der augenblicklichen Leistungen aus Nord und Süd, wobei die in Berlin herrschende Kunstanschauung ein wenig mehr berücksichtigt sein mag, als im vergangenen Jahr, da die Veranstaltung in München war. Indes, man sieht doch, was die süddeutschen Künstler auf ihren Sommerausstellungen zu bieten haben, und wird leicht entscheiden können, ob ihre Leistungen, in grösserer Zahl vorgeführt, die Berliner Ausstellung gehoben haben würden. Ich glaube: man hätte ihr eine andere, doch keine bessere Physiognomie geben können.

UNTER den Malern steht Max Liebermann obenan mit fünf Bildern, deren reizvollstes der *Biergarten* aus dem Jahre 1883 ist. Es geschieht auf diesem Bilde recht viel, mehr, als auf irgend einem späteren Liebermann; und doch fällt aus dieser Fülle von Einzelheiten, unter denen sich eine Reihe ungemein fein gezeichneter und charakterisierter Porträtköpfe finden, nichts heraus, so zart ist alles in der Farbe gehalten und durch sie gebunden. Wir sind entzückt über die Fülle zarter Grau, Rot, Lila, die durch sich und im Zusammenhange wirken, ohne dass die Mache hervorträte. Denn es ist eine impressionistische Malerei, gewissermassen in ihren ersten, tastenden Versuchen, und doch voll der Reize eines spröden, ersten Anfangs, aber zugleich gepaart mit jener vollendeten Meisterschaft, die die Hand des geborenen Malers kennzeichnet. Das Gegenstück hierzu ist des gleichen Künstlers *Seilerbahn*. Die in der Vielheit jenes Bildes sich mannigfach noch als Ahnung versuchenden Vorzüge und Fähigkeiten eines werdenden Malers sind nun so gereift, dass sie sich auf das Einfachste beschränken und dies mit lapidarem Pinselhieb herunterhauen, in breiter Handschrift. Dabei fällt die Sicherheit der Zeichnung auf, die beinahe ohne Nuancierung des Tones die Silhouette der in das Bild sich hineinziehenden Baumkronen deutlich macht und in der Farbe durch den Gegensatz des Blau im Kittel des Mannes und des braun-violetten Weges eine ausserordentliche Lebendigkeit erzeugt. Auf der gleichen Stufe mit diesem Bilde steht Liebermanns Porträt des Geheimrats Bode. Doch liegen dessen Vorzüge nicht im Kolorit. Die besondere Knappheit und Sicherheit der Anschauung zeigt sich hier vornehmlich in der Auffassung und zeichnerischen Wiedergabe des Dargestellten.

ÄHNLICHE Ziele, wie Liebermann in diesen Bildern, verfolgen von jüngeren Künstlern Slevogt und Corinth, doch nicht mit gleichem Erfolge. Slevogt hat in seinem Porträt eines Berliner Herrn in erster Linie malerische Probleme lösen wollen und scheint so die Hauptaufgabe des Porträtmalers, das durchaus einzige Erfassen des Individuums, teilweise ausser acht gelassen zu haben, denn das Bild macht einen skizzenhaften Eindruck. Und Corinths grosses Diptychon *Das Leben* ist eine als solche tüchtige, aber geistlose Aktmalerei, und noch dazu eine falsch angewendete. Denn ein Akt, der nichts sein will, als ein gut gemalter Akt, kann ein Kunstwerk sein; ein solches entsteht aber nie aus einer unzweckmässigen Anhäufung von Akten. Corinths kleineres Bild *Frauenraub* ist als Komposition und auch koloristisch besser, es ist sehr flott gemalt und mit Ausdruck in den Köpfen. Am besten aber ist sein Porträt *Mutter und Kind*. Auf diesem Bilde fällt der lebhafte Ausdruck der Augen auf und der Zusammenklang von Schwarz und Lila im Kleide der Frau.

VON süddeutschen Künstlern sind

Kalckreuth und Trübner sehr gut vertreten. Und Kalckreuth durch den eigentümlichen und äusserst gelungenen Versuch, ein und dieselbe Dame in dreifacher Wiederholung darzustellen. Darin, nicht in den malerischen Qualitäten, steckt der hohe Wert dieser Bilder. Man sagt sich, und mit Recht: es muss ein ganz starker Künstler sein, ein ganz starker Charakteristiker, der einen Menschen in dreifacher, nicht auffallend von einander abweichender Wiederholung uns so vorführt, dass die Dreiteilung nicht langweilt, vielmehr organisch ein Ganzes bildet, wie die Strophen eines Liedes. Die Dame ist uns dreimal in ihrer Häuslichkeit vorgeführt, und wir kennen nun ihr ganzes Leben. Von Trübners Werken sind die kleinen Landschaften den grossen Reiterbildnissen diesmal entschieden vorzuziehen. In der Landschaft zeigt sich Trübners Reife und Unabhängigkeit von jeder Schule jetzt vollends klar; es ist eine durchaus eigene Auffassung, ein durchaus eigenes Kolorit und eine eigene Pinselführung in ihnen. In der Farbe kehrt ein Reichtum von kühlem Grün häufig wieder, so dass man sich nicht selten nach wärmeren und lichteren, fröhlicheren Akkorden sehnt. So scheint's dem Künstler diesmal auch gegangen zu sein, denn während seine Reiter sonst stets im Schatten des Waldes rasten, rückte Trübner den Grossherzog von Baden in die volle Sonne, wodurch als verfehlt zu betrachtende, peinlich dissonierende Töne in dem Blau der Uniform und dem Rot des Pferdes entstanden. Der Grossherzog von Hessen ist in diesem Sinne besser und sitzt famos im Sattel, ist aber als Porträt nicht sonderlich ähnlich.

DIE ältere Richtung der Münchener Malerei vertritt Stuck. Er führt uns in deutlichen Beispielen seine talentvolle, doch manchmal ein wenig zu grobe Effektmalerei vor, deren Farbe teilweise eine besondere, an alten, guten Vorbildern geschulte Kultur des Geschmackes verrät, die dann auch wieder ins Rohe entartet. Aber in der Komposition und auch sonst zeigt er, wie manches er kann, das den Jüngeren abgeht oder von diesen zu Unrecht verachtet wird. Von Dresden sandte Tuch, ein bis dahin unbekannter Maler, ein nicht nur im Motiv französisches Bild. Ich stehe dieser Leistung, die man mit einem Bravo empfing, skeptischer gegenüber, so viel Geschick sie auch verrät: ich vermisse vorläufig das Eigene. Vielleicht, dass der junge Künstler noch den rechten Weg findet.

UM das Bild der deutschen Kunst zu vervollständigen, lud man von den nicht reichsdeutschen Künstlern den Österreicher Klimt und den Schweizer Hodler ein und gab jedem einen Sondersaal, was sehr angebracht war, da eins ihrer Bilder uns keinen rechten Begriff von ihrem Schaffen geben kann. Die Kunst des Schweizers, den die Masse noch verlacht, steht unserem Herzen näher, als die des Österreichers: sie deutet in die Zukunft. Sie wurzelt durchaus in der modernen Naturanschauung, doch strebt sie bewusst weiter und gibt gewissermassen *Musik in Linien*. Sein frühestes Bild, die *Nacht*, zeigt uns ihn in seinen Anfängen noch vornehmlich als Maler; dann emanzipierte er sich von dieser Kunstauffassung und versuchte, rein innerlich dem Wesen der Alten nahe zu kommen. So brachte er etwas Mythisches in seine Bilder durch die Art, wie er den Menschen auffasst. Der *Tag*, in dem das Lineare so ausserordentlich das *Lichtvolle* ausdrückt, ist eine starke Probe dieser Art. Das Bild wirkt wie ein ganz ferner Gesang von höheren Stimmen. Man fühlt: diese Kunst konnte nur in der Ätherhöhe der Schweizer Berge wachsen. Der Österreicher Klimt ist dagegen durchaus ein Kind der Grossstadt. Auch er wurzelt in der modernen Naturanschauung und ist zugleich von den Alten beeinflusst. Doch da steckt der Fehler: er ist nicht innerlich, er ist rein äusserlich von ihnen beeinflusst und mischt die impressionistische Farbenanschauung mit der Zeichnung der Primitiven. Das wäre noch nicht das Unfruchtbare: er mischt die moderne Naturanschauung mit den petrefakten Elementen einer materialistischen Kunst heidnischer Zeiten, die die Natur noch nicht individualisiert empfanden. So machen seine Weisen einen toten, leichenhaften Eindruck. Diese Spielereien finden sich stets in Zeiten ungesunder Entwickelung, in der ein Teil der Volkskraft allzu früh in Verzärtelung verfällt. Ein Teil der Porträts ist deshalb noch das Annehmbarste, die Landschaften das weniger Gute von den Werken dieses Wieners, in denen sich Anleihen aus Byzanz, von Toroop, Khnopff und den Neoimpressionisten finden.

GANZ vorzüglich und besonders reich

ist auf dieser Ausstellung die Plastik vertreten. Der Neubeleber der modernen deutschen Plastik, Adolf Hildebrand, wäre an erster Stille zu nennen mit einem entzückenden kleinen Putto, von Münchenern dann sein Schüler Hahn mit einem ungemein lebendigen, vielleicht ein wenig zu scharf stilisierten Porträt. Diesem *Stilisieren* hat sich neuerdings in seinem grossen Löwen unser vortrefflicher Gaul auch nicht ganz ferngehalten, eine Eigenart, die er früher zu seinem besonderen Vorteil gänzlich vermied.

DER *Deutsche Künstlerbund* zeigt ein ziemlich getreues Bild des modernen deutschen Kunstschaffens, das entschieden unter dem Einfluss des Impressionismus steht.

× ×

Kurze Chronik IN Antwerpen wurde eine umfassende Ausstellung der Werke von Leys und de Braekeleer veranstaltet. Beide Künstler gehören zu den Begründern der modernen belgischen Malerei, und ihre Werke sind teilweise von besonderem Wert. Leys überwand die historische Kostümmalerei der de Biéfve und Wappers dadurch, dass er in Zeichnung und Farbe auf die flandrischen Primitiven zurückging, etwa wie bei uns von Gebhardt. de Braekeleer malte Landschaften und Interieurs, die sich durch ein besonders warmes Kolorit auszeichnen und durch einen lockeren Strich. × Im Sommer 1907 soll in Mannheim eine Kunstausstellung veranstaltet werden, zu welchem Zwecke dort ein bleibendes Ausstellungsgebäude aufgeführt wird, das später als Bildergalerie verwendet werden soll. × In Darmstadt vollendete Messel den Bau des Kunstgewerbemuseums. Der ausgezeichnete Baumeister, der Darmstädter ist, hat seiner Vaterstadt gewiss eine architektonische Sehenswürdigkeit angereiht.

× ×

Literatur DAS Ereignis des Sommers war das neue Buch Julius Meier-Graefes *Der Fall Böcklin und die Lehre von den Einheiten* /Stuttgart, Hoffmann/. Der Versuch, den Kunstanschauungen und dem Kunstempfinden des grösseren Teiles des deutschen Publikums einen anderen Weg zu weisen, hat in der Öffentlichkeit grosse Erregung und eine heftige Polemik hervorgerufen, die sich von persönlichen Momenten nicht ganz frei hielt. Es soll in dieser Zeitschrift von den wissenschaftlichen Fragen, die das Werk aufrollt, noch ausführlicher die Rede sein. × Die *Deutsche Verlagsanstalt* in Stuttgart veranstaltet von den vortrefflichen *Klassikern der Kunst in Gesamtausgaben* eine Lieferungsausgabe, was nur zu begrüssen ist. Die I. Serie umfasst Raffael, Rembrandt, Tizian, Dürer und Rubens, bringt insgesamt über 1800 Abbildungen und ist vollständig in 70 Lieferungen zu 50 Pf. Wir kommen noch später auf das Gesamtwerk zurück.

IM Juliheft der *Rheinlande* findet sich der Abdruck eines ausgezeichneten Vortrags, den Hermann Muthesius, dieser berufene Pionier einer neuen Bürgerkultur, über das moderne Wohnhaus auf dem Kongress der *Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen* in Hagen hielt. Die Lektüre sei jedem warm empfohlen. Gleichzeitig möchte ich auf Muthesius' früher bei Diederichs erschienenes Buch *Kultur und Kunst* hinweisen, in dem diese Probleme des modernen Wohnhauses vom künstlerisch-kulturellen Standpunkt aus eingehender behandelt und somit Fragen mit grösster Sachkenntnis erörtert sind, die heute jeden von uns eigentlich mehr angehen, als alle Malerei, da sie die Vorbedingungen des Verständnisses auch für diese sind.

RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Dramen ALFRED Kerr hat in seinem *Neuen Drama* /Berlin, S. Fischer/ die Grundlagen und das Wesen des modernen Theaters bestimmt. Liebevoll und schön deutete er die Hieroglyphe des grossen Gerhart Hauptmann. Einsichtige Vorgänger lehrten ihn den Weg finden, der vom riesigen Friedrich Hebbel ausgeht und in Henrik Ibsen mündet. Die innige Seelenverwandtschaft Kotzebues, der Frau Birch und des Zeitgenossen Hermann Sudermann hat er mit Behagen und vergnüglicher Laune entdeckt. Beim geschmeidigen Ludwig Fulda, beim anständig langweiligen Adolph L'Arronge, am beleidigend witzigen Oscar Blumenthal erspähte er mit offenen Augen das auf fremdem Beet Gewachsene, das Spiessbürgerliche, das für Augenblickserregung leichthin Berechnete. Sein Urteil trifft meist zu, und was an neuen Dramen auf den

Markt und die Bühne gelangte, lässt sich unschwer nach seinen tüchtigen Geleitsätzen bemessen und werten.

ES galt von jeher als ein Makel des Theaterhandwerkers, aus ein paar Witzworten, Missverständnissen und komischen Bildern ein Stück herzustutzen, das der unbescheidene Verfasser dann *Lustspiel* oder *Komödie* tauft. Das hat auch der sonst als Brettlplauderer arbeitende Arthur Pserhofer getan. Seine *Diplomatin* /Berlin, Verlag *Harmonie*/ gängelt die Ministerialbeamten, Theaterdirektoren, Familienväter, verschafft ihren Begünstigten Ämter und Ehren und stiftet Ehen. Sie ist trotz ihrer Gewandtheit am Ende nicht weise genug, um sich nicht selber ins Liebesfangnetz einspinnen zu lassen. Wegen einiger Zoten und verfänglicher Szenen ist auch des Italieners Roberto Bracco *Herbe Frucht* /Wien, Knepler/ wohl nur dargestellt worden. In den ersten Auftritten rollt sich die Geschichte unterhaltend ab. Dann setzt die Phantasie aus, und an ihre Stelle muss grossväterliche Situationskomik mit Verwechselungen und ähnlichen Dummheiten treten. Hans Ostwald — der auch soeben ein Bändchen Novellen *Ins Freie* /Berlin, Ledermann/ herausgegeben hat — vereinigte sich mit Hans Brennert, um die Komödie *Der Kaiserjäger* /Berlin, Verlag *Harmonie*/ zu schreiben. Landstreicher spielen die Hauptrolle. Einige können sich einwurzeln, als ihnen eine neue Heimat gegeben wird. Sie mausern sich sogar zu Stützen der Ruhe und Ordnung. Der Pfiffigste aber von ihnen, der Geschickteste und Begabteste ist ein unzähmbarer Zugvogel. Obwohl er Wohlstand und ein Weib erwirbt, treibt's ihn doch wieder hinaus. Mancher Ansatz zu einer dramatischen Entwickelung ist vorhanden; aus dem Herzen ist das Ganze nicht gefühlt. Lebende Bilder aus dem Wiener Gesellschafts- und Beamtenleben, die mit überlegenem Verstand und nicht grad' quellendem Humor zurechtgestellt wurden, sollen nach Max Burckhards Annahme eine Komödie hergeben. Das stimmt nun keineswegs. Der *Rat Schrimpf* /Berlin, S. Fischer/ mag als Novelle hingehen. Für seine Dramatisierung durch Einteilen in Akte ist nicht viel Berechtigung erwiesen. Hohe und mittlere Beamten, sanfte, sanguinische, Streber, Gleichgültige, offene Köpfe und Trottel, aalglatte Nichtse und buckelnde Bureaulakaien treten auf und reden, reden. Viele Spitzen sollen im Stück den Kundigen zum Lachen treiben. Nur den Kundigen.

EIN wirklicher und vollblütiger Poet ist Hermann Stehr. Sein letzter Roman *Der begrabene Gott* /Berlin, S. Fischer/ klimmt zu Höhen der Phantasie, der Stimmung und des tragischen Dunkels, wie sie nur ein ganz Vollendeter erreicht. Dass sein erstes Drama *Meta Konegen* /Berlin, S. Fischer/ missriet, ist beklagenswert. Dem Dichter aber geschah viel Unrecht von der überhurtigen Tageskritik. Auch die *Meta Konegen* verleugnet nicht seine starken Gaben. Da wird manch Wort von erschütternder Ewigkeit geprägt, und eine Gestalt darf ihr Inneres aufreissen mit solcher Inbrunst und rührenden Nachhaltigkeit, wie sie bei einem blossen Techniker nie und nimmer sich enthüllt hätten. Das Problem der *Madame Bovary*, das Stehr in der *Leonore Griebel* schon auf seine Art gefasst hatte, ist der Vorwurf des Stückes. Das Gefühl, ihr Mann vertrockene seelisch und leiblich, lässt Meta Konegen nicht los. Der nun, der ihr Leben singend enden lassen soll, ist ein zu winziger Mensch, als dass man Metas Flucht vom Gatten zu ihm verstehen könnte. Da liegt die Ursache, dass Meta nicht zum grossen Schmerze um die Vergangenheit und ganz trostlose Zukunft wie eine Hedda Gabler emporwächst. Und diese Verflachung des tragischen Gipfels wird dadurch noch betrübender, dass viele Personen, ein zelotischer Pfaff, ein schwärmender Schulmeister, ein wenig sympathischer Arzt, kaum oder mindestens sehr oberflächlich dem seelischen und sachlichen Geflechte des Dramas sich einfügen.

GLAUBENS- und Herzenssachen sind ein Nebenmotiv der *Meta Konegen*. Sie bilden den tragischen Kern der *Maria Friedhammer* des jungen Schwaben Heinrich Lilienfein /Heidelberg, Winter/. Die katholische Maria muss in den Tod, weil ihre Liebe zum protestantischen Pfarrer Welsch nicht erfüllt werden darf. Die Mutter hetzt sie, die ganze Dorfgemeinde läuft Sturm gegen ihren Daseinsjubel, und der Vater ist erst an ihrer Bahre völlig reif zu der Heilswahrheit, dass die Liebe und nichts als die Liebe in Herzenssachen zu gebieten hat. — — Meta und Maria verlieren den Lebensmut. Aus-

harrender und kaltblütiger ist die Josefine Martens in Lothar Schmidts gleichnamigem Schauspiel /Leipzig, Reclam/. Sie ist eine sehr moderne Frau, die sich durch eigene Arbeit auch ein eigenes Menschentum erbaut. Bei Hartleben blickt Hanna Jagert auf ihren gesegneten Schoss und gibt dem Vater des Kindes mit verklärtem Glückslächeln ihr Jawort. Dies war im Jahre 1893. Josefine Martens ist eine Jüngerin der tapferen Ruth Bré. Sie kost am Ausgang des Stückes die Kinderwäsche und lässt mit heiterer Gebärde den Geliebten ziehen, für den sie nicht mehr fühlen mag. Die Untreue der Gattin in Gedanken betrachtet mit versöhnlichen Blicken Philipp Langmann, indem er die Heldin seines Stückes *Anna von Ridell* /Berlin, S. Fischer/ durch Tränen um den vermeintlich gestorbenen Gatten und Trennung vom ehelichen Glücke für neue und gesegnete Eintrachtszeiten läutert. Die Untreue der Gattin durch die Tat verfolgt mit unbarmherzigem Hass Carl Hauptmann. Am Schlusse der tragischen *Austreibung* /München, Callwey/ wird ein lusthungriges, um Tanz und Taumel fieberndes Weib von Verzweiflung ausgehöhlt.

DAS Arbeiterdrama *Eisik Scheftel* von David Pinski bringt der *Jüdische Verlag* in Berlin in hochdeutscher Übersetzung aus dem Jargon. Es ist ein interessantes Kulturdokument, der Versuch zu einer Tragödie des Erfinders.

× ×

Kurze Chronik EINE antikritische Flugschrift gegen die Kritiker seines Romans *Der Kleine* /Stuttgart, Juncker/ hat Johannes Schlaf erscheinen lassen. Er ergeht sich in laut scheltenden Worten, deren sich Künstler von der Bedeutung Schlafs nicht bedienen sollten. × Von den vortrefflichen *Wiesbadener Volksbüchern* sind wieder eine Reihe neuer Nummern erschienen, unter anderm Werke von Liliencron, Ilse Frapan und Ferdinand von Saar.

× ×

Literatur EIN Kritiker, der sich durch selbständiges und auf gründliches Wissen gestütztes Urteil vor vielen Zunftbrüdern hervortut, ist Leo Berg. Sein neuer Essayband *Aus der Zeit — gegen die Zeit* /Berlin, Hüpeden & Merzyn/ beleuchtet ihn als literarhistorischen Skizzisten, als Sozialethiker und Analyten modernen Schriftwesens. Da ist manch Wort und manche Wertschätzung auf persönlichen Eigensinn rückzuleiten, zum Beispiel seine ungeheure Überschätzung des ganz und gar unkünstlerischen Theodor Duimchen. In allem jedoch liest man diesen klugen und mutigen Mann mit Teilnahme und Freude. MAX HOCHDORF

Musik

Vokalmusik IN der vorigen Rundschau habe ich entwickelt, warum die menschliche Stimme in der modernen Komposition so an Bedeutung gewonnen hat. Das Lied nimmt sowohl quantitativ, wie qualitativ die erste Stelle ein. Fast stets der Typus jener persönlichen Stimmungsbilder, die man durch den blossen Namen *Hugo Wolf* charakterisieren kann. Ihrer Form und Technik nach möchte ich sie Charakterstücke für Kammermusik nennen, so fein und einheitlich wird Gesang und Klavier neben einander behandelt, gewissermassen zu einem Instrument verschmolzen. Man muss sie aber auch im modernen Sinne geniessen können. Wer in ihnen nur eine Melodie mit Begleitung sieht, wird leicht dazu kommen, sie zu verwerfen. Die Tiefe der Stimmung voll verstehen, das ist hier geniessen. Ich muss mich hier damit begnügen, die wichtigsten Namen des letzten Jahres nur aufzuzählen: Kaun, Streicher, Hausegger, Neff, Strauss, Kahn, Pfitzner, d'Albert und Scheinpflug; dieser letzte gibt zu besonderen Hoffnungen Anlass. So bedeutend diese Liedliteratur auch ist, ein Fortschritt gegen das letzte Jahrzehnt lässt sich nur in technischer Beziehung feststellen.

× ×

Instrumentalmusik MAN scheint in der Orchestermusik zu erkennen, dass die Programmmusik nicht der Weg zur erstrebten Vertiefung der Stimmung ist. Während sich die Komponisten durch das Wegfallen der Form ganz frei glaubten, waren sie in Wirklichkeit eben durch ihr Programm nur unfreier geworden. Böhe, Elgar und Louis haben das kürzlich bewiesen. Man neigt jetzt wieder mehr dem Formalen zu, wie beim Liede, vor allem dem kleinen Stimmungsbild. War bisher Liszt, so ist jetzt Bruckner das Vorbild. Strauss mit seiner *Domestica*, G. Schumann mit seinen *Variationen über ein lustiges Thema* und

Reger haben dieses Gebiet nicht nur vermehrt, sondern auch bereichert. Mahler dagegen steht mit seiner letzten grosszügigen Symphonie nicht mehr auf alter Höhe. Von den Ausländern herrschen die Franzosen vor; d'Indy, Saint-Saëns, Chabrier, zum Teil auch Franck sind nicht mehr Formkünstler, sondern schon Formvirtuosen.

DAS Raffinement in der Beherrschung der Mittel rechtfertigt das Paradoxon, von einer *Orchesterkammermusik* zu sprechen. Beschränkung ist nicht Sache der Modernen, und so ist auf dem Gebiet der eigentlichen Kammermusik nur wenig geschaffen worden, obwohl das Interesse dafür sehr gewachsen ist. Durch Gedankentiefe zeichnet sich Sinding aus, nach der technischen Seite hin Juon, Weingartner, Busoni, Franck. Aus diesen Bestrebungen nach orchestralen Wirkungen erklärt es sich auch, dass in Kompositionen für Soloinstrumente fast nichts geleistet ist; man müsste denn eine Richtung, die von Liszt ausgeht und ihr Ziel in schwierigsten Bravourstücken sucht, zur guten Musik zählen. Hierzu gehört auch eine ganze Reihe von Konzertstücken mit einem musikalischen Mäntelchen. Ein wirklicher Künstler nur wäre hier zu nennen: Max Reger. Die Tiefe seiner Gedanken und Empfindungen und sein bedeutendes Können geben ihm fast ein Recht, sich über alle Beschränkungen, selbst die des Wohlklangs, hinwegzusetzen.

× ×

Oper

MODERNE Oper — ist es nicht ein Widerspruch in sich? Lässt sich überhaupt eine grosse Form, wie sie die Oper erheischt, mit dem modernen Geist füllen? Es heisst hier nicht weiterbilden, sondern neuschaffen; denn die moderne Richtung ist ja selbst die Gegenströmung gegen die Entwickelung der Oper bis zu Wagner. Das Problem ist noch nicht gelöst. Die neuen Werke sind entweder keine eigentlichen Opern, indem der schwere, geistig aufreibende Inhalt den Genuss des Kunstwerks als Einheit nicht aufkommen lässt — gleichsam ein Mosaik von Steinchen, von denen jedes für sich betrachtet sein will —, so bei Sommer, Neitzel, Pfitzner, oder es fehlt das Moderne, Persönliche, so bei Wolff-Ferrari und Humperdinck. Ich glaube, eine Oper von dauerndem Wert wird erst geschaffen werden können, wenn sich der Begriff *modern* wieder verschiebt. Die neue Generation wird dann vielleicht auf Wagner weiterbauen können. Was den Heutigen versagt war und ist. Nicht etwa, weil eine Weiterentwickelung nach Wagner unmöglich ist, wie so viele behaupten; der Grund scheint mir der zu sein, dass unser musikalisches Empfinden von dem Wagnerschen sich zu weit entfernt.

× ×

Kurze Chronik

AUF dem Grazer Musikfest errangen Reger, Schillings, Mahler mit neuen Werken gute Erfolge. × Im Mai 1906 wird in der Berliner *Philharmonie* eine Musikaussellung stattfinden. × Von E. T. A. Hoffmann, dem romantischen Dichter, der bekanntlich einen grossen Teil seines Lebens Musiker von Beruf war, ist eine bisher verschollen gewesene Opernpartitur aufgefunden worden und wird in Berlin am *Theater des Westens* zur Aufführung vorbereitet.

× ×

Literatur

IN seinem Buch *Die moderne Musik,* dem letzten Band der von H. Landsberg herausgegebenen *Modernen Kunst* /Berlin, Simion/, betritt Leopold Schmidt den Weg, der ihn am bequemsten und besten zum Ziele führt, den historischen. Er behandelt die Komponisten nicht nach ihrer Bedeutung für uns, sondern nach ihrem Einfluss auf die Entwickelung. Das Werk soll ein rein darstellendes sein, nicht ein kritisches, und dazu ist Schmidt sehr geeignet wegen seines klaren Stiles und seiner Fähigkeit, das Wichtigste auszusondern und unterhaltend und belehrend zugleich in treffender Kürze darzustellen. Als eine Lücke empfinde ich es, dass die ausländische Musik so sehr in den Hintergrund tritt. × Ausschliesslich mit letzterer beschäftigen sich zwei Bücher von Alfred Bruneau über französische und russische Musik (in der Sammlung *Die Musik* /Berlin, Bard, Marquardt & Co./). Die *Geschichte* ist zwar nicht viel mehr, als eine Aneinanderfügung der Komponisten. Dabei kommt aber der Vorzug des Verfassers gut zur Geltung, eine treffende, sichere Kritik. Wir dürfen uns nicht darüber wundern, dass bei ihm, dem Franzosen, die Anerkennung seiner Zeitgenossen leicht zur Begeisterung wird. Wenig deutsche Kritiker wird man mit gleichem Genuss lesen, wie ihn. ERNST AARMANN

DIVERSA

Bücher

Bernhard: *Armes reiches Russland!* WAS vor zwei Jahren kaum erst die Klügsten, dem allgemeinen Vorurteil zum Trotz, zu verkünden wagten, heute wissen es schon die Dümmsten: die angebliche europäische Grossmacht Russland ist ein grosser Schwindel. Die furchtbarsten Anklagen, welche die grossen Revolutionäre und die grossen Denker Russlands jemals gegen das herrschende System geschleudert haben, sind milde der schauerlichen Wirklichkeit gegenüber, wie der Krieg sie enthüllt hat. Alle wissen es, mit einziger Ausnahme jener westeuropäischen Kapitalisten, welche der leichtfertige Bankerotteur, genannt *Zarentum,* zu Opfern seiner Aufschneidereien und ihrer Leichtgläubigkeit ausersehen hat. Diesen Kapitalisten versucht nun Bernhard in seiner bereits in der Rubrik *Wirtschaft* (pag. 804) erwähnten Schrift durch eine Darstellung der tatsächlichen Finanzlage des Zarenreiches den Star zu stechen. Es würde ihm sicher gelingen, wären sie eben nicht unheilbar blind. So bleibt nur übrig, den Wert des Bernhardschen Buches für die Sehenden zu erwägen. Und dieser Wert ist in der Tat nicht gering. Wird doch nicht nur von dynastisch-konservativer, sondern auch von mancher sozialistischen Seite ein wahrer Korybantenlärm angestimmt zu Ehren des grossartigen russischen Kapitalismus, der nach den einen die solide Grundlage für die Grossmachtspolitik des Zarentums bilden, nach den andern die unterjochten Nationen zu unbedingtem Gehorsam gegen die russischen *Kulturbringer* verpflichten soll. Die Stimmen derer, welche von Zeit zu Zeit den ahnungslosen Westeuropäern begreiflich zu machen suchten, dass dieser kaiserlich russische Kapitalismus keineswegs ein normales Stück der allgemeinen weltwirtschaftlichen Entwickelung zur Grossindustrie sei, sondern eben ein kaiserlich russisches Kunstprodukt, deutlicher gesagt: ein Falsifikat (siehe die vielen vortrefflichen Artikel der *Rewoluzjonnaja Rossija* über dieses Thema, ferner meinen eigenen Artikel *Das russische Kaisertum und die Revolution* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte,* pag. 225 ff.) — diese Stimmen verhallten ungehört im Bewunderungslärm. Nun kommt der Finanzfachmann Georg Bernhard und weist in der nüchternsten, sachlichsten Weise nach, was es in Wirklichkeit auf sich hat mit dieser Grossindustrie von Amts wegen, die erfunden und lanciert wurde, um der unersättlichen Pumpbedürftigkeit des Zarentums den nötigen Kredit zu sichern. Diese Industrie lebt von riesigen staatlichen Lieferungen zu militärischen Zwecken, welche Lieferungen teils gar nicht, teils liederlich und betrügerisch ausgeführt werden und den Vorwand abgeben zu systematischer Plünderung der Staatskasse durch Offiziere, Beamte und Fabrikanten; sie lebt von staatlich organisierter Waldverwüstung; sie lebt von verschwenderischen Regierungssubventionen, zu denen die Mittel in unerhört ruchloser Weise dem arbeitenden Landvolk erpresst werden, indem man die Bauern zwingt, zur Bezahlung der Steuern das ihnen selbst unentbehrliche Brotkorn ins Ausland zu verkaufen. Die scheinbar so imposante Produktionszunahme der russischen Industrie wird vorgetäuscht durch Rechenfehler, gröber, als die eines Zahlkellners, der sich grundsätzlich zu seinem Vorteil irrt — nur dass es sich hier nicht um Zehnpfennigstücke handelt, sondern um Hunderte von Millionen Rubel jährlich. Die angeblichen Überschüsse der russischen Finanzen beruhen teils auf Abschiebung ordentlicher Ausgaben ins ausserordentliche Budget, teils auf der Verschweigung in aller Stille aufgenommener Anleihen. Die Berechnung der Aktiva des Staates wird unter anderm dadurch gefälscht, dass man die enormen Reparaturkosten der staatlichen Eisenbahnen, Kosten, die doch nur verbrauchte Werte ersetzen, als Vermögenszuwachs bucht — ganz abgesehen davon, dass die gigantischen Defraudationen, von denen alle Welt weiss, für die amtlichen Ausweise nicht existieren. Kurzum: Schwindel, Schwindel und wieder Schwindel. Wo Betrüger von wachsendem Reichtum erzählten: eine bergeshoch anwachsende Schuldenlast; wo Leichtgläubige bewundernd von produktiven, kulturfördernden Bahnbauten sprachen: Vergeudung der Staatseinkünfte auf ausschliesslich strategische Bahnlinien zu gunsten jener militärischen Spekulationen, die eben jetzt in Ostasien so unerhört schmachvoll verkracht sind. Allen, auch jenen gar nicht kaufmännisch veranlagten Lesern, die sonst gewohnt sind, Budgettabellen und dergleichen als langweiligen Kram links liegen zu lassen, rate ich eindringlich, das Bernhardsche Buch von der ersten bis zur letzten Zeile zu studieren;

für jeden, dessen Phantasie mit dem Inhalt des Gelesenen Schritt hält, ist es interessanter, als manch spannender Roman. Dass diese Blosslegung des wirtschaftlichen Gerippes russischer Politik speziell für jeden Potitiker von grossem Interesse ist, braucht nicht erst gesagt zu werden.

EINEN Vorwurf kann ich Bernhard nicht ersparen: dass er das russische Reich in seinen heutigen Grenzen als Einheit behandelt. Die angebliche Einheitlichkeit dieses aus geraubten Ländern und gestohlenen Länderfetzen buntscheckig, wie eine Narrenjacke, zusammengeflickten Erobererstaates ist aber ein weiterer Schwindel, und zwar mit der allergröbste. Ich gebe gern zu, dass historische und nationale Verschiedenheiten nicht unmittelbar zum Thema einer finanzpolitischen Abhandlung gehören; aber an manchen Punkten drängt sich die Berücksichtigung dieser Momente doch ganz von selbst auf. Wenn zum Beispiel die angebliche russische Industrieblüte als Kunstprodukt der volksaushungernden Raubpolitik der drei letzten Finanzminister charakterisiert wird, so trifft das zu für das eigentliche Russland und für Ukraina. Es ist aber zum mindesten ungenau für die Ostseeprovinzen, entschieden unrichtig für Finnland und ausgesprochen falsch für Polen, wo, von älteren Versuchen und Anläufen abgesehen, schon die autonome polnische Landesregierung in der Epoche von 1815 bis 1831 planmässig die Grundsteine zur industriellen Entwickelung gelegt hat. Oder wenn ein russischer Staatsmann zitiert wird, der die Zahl der Industriearbeiter im russischen Reiche auf 2 Millionen einschätzt: welchen Wert hat diese Ziffer — angenommen selbst, sie sei nicht zu hoch gegriffen — angesichts der Tatsache, dass die verschiedenen von den Romanows regierten Länder in höchst ungleichem Grade industrialisiert sind? Auf Russisch Polen zum Beispiel entfallen von den 130 Millionen Einwohnern des Zarenreiches rund 10 Millionen, also nur $^1/_{13}$; die Zahl der Industriearbeiter Russisch Polens beträgt aber rund 400 000, also nicht $^1/_{13}$ der Gesamtzahl der Industriearbeiter im ganzen Reiche, sondern $^1/_5$. LADISLAUS GUMPLOWICZ

× ×

Jaffé: *Das englische Bankwesen*

EINE kürzlich erschienene Schrift *Das englische Bankwesen* von Edgar Jaffé /Leipzig, Duncker & Humblot/ gibt uns ein Bild des englischen Geldmarktes, das als das beste bisher geschaffene allen empfohlen werden muss, welche dem Weltverkehr theoretisches oder praktisches Interesse widmen. Der überaus reiche Stoff ist mit einer Klarheit und Sicherheit behandelt, die blossen Theoretikern meist mangelt, und die wohl auf die kaufmännische Durchbildung des Verfassers zurückzuführen ist. Die drei Hauptaufgaben des Bankwesens sind das Einsammeln der disponiblen Kapitalien, eine ausreichende metallische Fundierung des Kreditsystems und die befruchtende Verteilung der gesammelten Kapitalien an die kreditbedürftigen Glieder der Volkswirtschaft. Was das Sammeln des Kapitals anlangt, so ist bekanntlich England darin noch weitaus an der Spitze der Kulturstaaten, das Brachliegen von Kapital und die falschen Kosten des Umlaufes sind auf ein Minimum beschränkt. Die Aufgabe der Bereithaltung genügender Barmittel ist dagegen nicht in befriedigender Weise erfüllt, seit Bagehot ist ja über die unzweifelhaften Gefahren des *Einreserve*-systems viel gesagt worden. Es hat den Anschein, dass das grossartige und kunstvolle englische Kreditsystem auf einer viel zu schmalen metallischen Basis aufgebaut ist, um grossen Katastrophen hinreichende Standhaftigkeit entgegensetzen zu können. Die Verteilungsfunktion schliesslich wird noch nicht mit Vollkommenheit ausgeübt. Trotz der bekannten strengen Grundsätze des englischen Bankwesens und der grossen Spezialisierung der Kreditgewährung sind doch die Verbindung mit der Börse, die mangelnde Unterstützung des kleinen Mannes, schliesslich eine oft zu grosse Ängstlichkeit und fehlender Wagemut Schattenseiten in der so glänzenden Ansicht.

WIR glauben, die Bedeutung des Buches richtig zu würdigen, wenn wir es lebhaft zur Übersetzung ins Englische empfehlen, wo trotz der reichen Finanzliteratur ein Werk von so umfassender Tüchtigkeit in so knapper Form noch sehr vermisst wird. FRIEDRICH HERTZ

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION WILHELM STERNBAUER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



Heinrich Mann



10. HEFT / OKTOBER 1905

EDUARD DAVID · RÜCKBLICK AUF JENA

DER Jenaer Parteitag war unstreitig eine der fruchtbarsten Tagungen der deutschen Sozialdemokratie. Seine Debatten und Beschlussfassungen wurden beherrscht von dem Bedürfnis nach Einigkeit im Innern. Das Gefühl, dass die Partei möglicherweise bald mit politischen Situationen zu rechnen habe, in denen die Zusammenfassung aller Kräfte zwecks Abwehr reaktionärer Pläne zur ehernen Notwendigkeit werde, bildete den Stimmungsuntergrund der Verhandlungen. Der Jenaer Parteitag hat jeden Zweifel darüber zerstreut, dass es der Sozialdemokratie nicht an Einheit und Aktionskraft fehlen würde, falls man ihr einen Kampf um die Erhaltung des Reichstagswahlrechtes aufzwingen würde.

DIE Debatte über den politischen Massenstreik liess das am markantesten hervortreten. Der Referent Bebel hatte sich in der Diskussion vor dem Parteitag nicht geäussert. Man war gespannt, welche Haltung er einnehmen werde. Als seine Resolution erschien, wusste man, dass er nicht daran denke, das Kampfmittel des Massenstreiks als Ersatz für die parlamentarische Kampfesweise zu empfehlen. In schroffstem Gegensatz zu der geringen Bewertung der parlamentarischen Aktion, in der sich einzelne unserer *Radikalen* im Verein mit den anarchosozialistischen Wirrköpfen gefallen, betont Bebel im Eingang seiner Resolution die hohe Bedeutung des »legitimen Einflusses auf die öffentliche Ordnung der Dinge«, den die Arbeiterklasse durch ihr Vertretensein in den parlamentarischen Körperschaften besitzt. Die Erhaltung und Stärkung der parlamentarischen Positionen der Arbeiterschaft wird als die ernsteste Aufgabe unserer Taktik in den Vordergrund der Betrachtung gestellt. Die Wahlrechtsräubereien in Sachsen, Lübeck und Hamburg, die Verschlechterung des Gemeindewahlrechts in zahlreichen Städten, die in der Scharfmacherpresse und in einflussreichen, der Berliner Regierung nahestehenden Kreisen immer offener heraustretenden Absichten auf Einschränkung des Reichstagswahlrechts haben die Frage aktuell gemacht. Indem die Resolution auf diese Situation hinweist, erklärt sie:

»In Erwägung aber, dass namentlich das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht die Voraussetzung für eine normale politische Fortentwickelung der Gemeinwesen ist, wie es die volle Koalitionsfreiheit für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse ist;

in weiterer Erwägung, dass die Arbeiterklasse durch ihre stetig wachsende Zahl, ihre

Intelligenz und ihre Arbeit für das wirtschaftliche und soziale Leben des ganzen Volkes, sowie durch die materiellen und physischen Opfer, die sie für die militärische Verteidigung des Landes zu tragen hat, den Hauptfaktor in der modernen Gesellschaft bildet, muss sie nicht nur die Erhaltung sondern auch die Erweiterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Vertretungskörper im Sinne des sozialdemokratischen Programms und die Sicherung der vollen Koalitionsfreiheit fordern.
Demgemäss erklärt der Parteitag, dass es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder das Koalitionsrecht die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.
Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.«

Mit dieser Begründung des Massenstreiks als eines »gegebenenfalls« in Erwägung zu ziehenden Kampfmittels zum Schutz und zur Erweiterung der parlamentarischen Rechte des Volkes weist Bebel die Auffassung derer ab, die mit dem politischen Generalstreik glauben die *ganze politische Macht* erobern und die *Diktatur des Proletariats* aufrichten zu können.[1]) Auch in seiner grossen Rede liess Bebel keinen Zweifel darüber, dass er nicht daran denke, den Massenstreik als Gewaltmittel zur Etablierung des Zukunftsstaates zu empfehlen. Er sagte:

»Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, nicht um Forderungen des Zukunftsstaates. Wir glauben nicht, dass wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeiten für die Arbeiterklasse sind, wenn sie noch politisch leben und atmen will.«

IN dem Sinne, wie Bebels Resolution und Rede den Massenstreik in die Reihe der Kampfmittel aufgenommen wissen wollte, ist die Frage auch für diejenigen diskutierbar, die über die Möglichkeit, eine solche Aktion siegreich durchzuführen, nicht ganz so optimistisch denken, wie Bebel selbst. Auch die Gewerkschaftsführer, die nach Ablehnung des Legienschen Amendements, das der Resolution die Spitze gegen den Cölner Gewerkschaftsbeschluss abbrechen sollte, gegen die ganze Resolution stimmten, hätten ihr meiner Meinung nach ganz ruhig zustimmen können. Sie hätten dies um so mehr tun können, als Bebel in seiner Schlussrede nachdrücklichst die Auffassung zurückwies, als wolle er mit seiner Resolution die Partei auf den Massenstreik für einen bestimmten Fall von vornherein gewissermassen *festlegen*. Er beabsichtigte lediglich, die Massenarbeitsverweigerung prinzipiell unter die Kampfmittel einzurangieren, die eventuell mit in Erwägung zu ziehen sind. Wörtlich sagte er:

»Es handelt sich auch heute nicht darum, die Partei heute schon auf den Massenstreik in einem gegebenen Falle festzulegen. Das würde ich für den grössten Fehler

[1]) In einem Artikel vom 8. März 1904, überschrieben *Märzluft*, schrieb die *Leipziger Volkszeitung*, der Massenstreik sei zu diskutieren „nicht als Mittel, die kapitalistische Produktion still zu setzen langsam auszuhungern und durch diesen Druck diese oder jene Einzelforderung durchzusetzen oder jenen politischen Anschlag abzuwehren. Ein solcher Massenstreik, als untergeordnete Aktion zur Erreichung eines ganz bestimmten politischen Teilzwecks gedacht, ist von vornherein aussichtslos; er kann und darf nur in Frage kommen, wo es den ganzen Einsatz der Person und Existenz verlohnt, wo die Masse der Bevölkerung mit elementarem Ungestüm sich ihm anschliesst, wo es sich um die ganze politische Macht und deren Eroberung handelt. Ein Proletariat, das diesen Schlag riskiert, muss bereit sein, im Falle des Siegs das Staatsruder zu übernehmen, und die Massen, die ihn wagen, müssen damit einverstanden sein, dass sie für den Sturz der Klassenherrschaft und die Diktatur des Proletariats kämpfen."

halten, den wir machen könnten. Nein, wir haben ihn nur für den gegebenen Fall als ein Kampfmittel mit in Erwägung zu ziehen.«

Der Partei soll also ihre Entschlussfreiheit für oder gegen die Anwendung des Massenstreiks in keiner Weise angetastet werden. Sie wird sich im gegebenen Fall entscheiden, wie sie es den Umständen entsprechend für gut hält. Und da die Partei in diesen Fragen nicht ohne die Gewerkschaften handeln kann, so bedeutet die Bebelsche Resolution auch in keiner Weise eine Beeinträchtigung der Entschlussfreiheit der Gewerkschaften. Praktisch bleibt es bei der Cölner Gewerkschaftsdevise *Kommt Zeit, kommt Rat!*

HERRSCHTE keine Meinungsverschiedenheit darüber, dass die Arbeiterklasse das Recht habe, nötigenfalls auch mit dem Mittel der Arbeitsverweigerung zu kämpfen, so gingen doch die Anschauungen über den Charakter dieses Kampfmittels weit auseinander. Während nach der Auffassung der einen der Massenstreik eine durchaus legale Waffe ist, deren Handhabung keinerlei gewaltsamen Konflikt mit der Staatsgewalt im Gefolge zu haben braucht, bedeutet für die anderen der Massenstreik nichts anderes, als die Revolution auf der Strasse. »Kommt der Generalstreik, dann bedeutet das für mich den Anfang der Revolution«, erklärte Legien, und von Elm führte aus:

»Nun meint man, ohne Blutvergiessen kann das nicht abgehen. Dast ist ganz sicher. Wer das glaubt, dass die bürgerlichen Klassen, wenn sie uns das Wahlrecht nehmen, nicht zum Äussersten entschlossen sind, der ist ein Narr, ein Tor. Sie sind entschlossen, zu schiessen.«

Genau der gleichen Meinung von den unmittelbaren Folgen des Massenstreiks ist Rosa Luxemburg. Während aber Legien und von Elm zu dem taktischen Schluss kommen: also spielen wir nicht mit dem Feuer, kämpfen wir mit den Mitteln der Gewerkschaft und des Parlaments und meiden wir, was an uns liegt, alles, was uns vor die Notwendigkeit einer solchen Situation führt — ist für Rosa Luxemburg der politische Massenstreik gerade wegen seiner *revolutionären* Konsequenz das dem Proletariat mit historisch-materialistischer Naturnotwendigkeit aufgenötigte Kampfmittel. Ihr ist die »glorreiche russische Revolution« die taktische Wegweiserin und zugleich die Stundenzeigerin an der Weltenuhr:

»Ja, sieht denn Robert Schmidt nicht, dass die Zeit gekommen ist, die unsere Grossmeister Marx und Engels vorausgesehen, wo die Evolution in die Revolution umschlägt? Wir sehen die russische Revolution, und wir wären Esel, wenn wir nichts daraus lernten.«

Die Sorge für den Hunger, die Verantwortung für das Blut des Volkes lehnt sie mit souveräner Verachtung ab:

»Alle, die solche Fragen stellen, haben nicht die geringste Fühlung mit den Massen, sonst würden sie sich nicht den Kopf um das Blut der Massen zerbrechen, denn die Verantwortlichkeit ruht gerade nicht bei den Genossen, die diese Fragen stellen.«

Gegenüber solcher »Kleinigkeiterei« betont sie:

»dass für uns die letzten Worte des *Kommunistischen Manifests* nicht nur eine schöne Phrase für Volksversammlungen sind, sondern, dass es uns blutiger Ernst ist, wenn wir den Massen zurufen: Die Arbeiter haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!«

DIE Offenheit, mit der sich in der Luxemburgschen Rede der Rückfall in die *revolutionäre* Taktik im Sinne des *Kommunistischen Manifests* zeigte, hat eine der erfreulichsten Erscheinungen des Jenaer Parteitages gezeitigt. Sie hat Bebel genötigt, denen eine deutliche Absage zu erteilen, die mit Rosa

Luxemburg glauben, die Arbeiterklasse könne heute noch mit den Mitteln und Methoden der vergangenen bürgerlichen Revolutionen zum Siege gelangen; er erklärte:

»Ich weiss nicht, ob die Genossin Luxemburg gerade die von David zitierte Stelle aus dem *Manifest* akzeptiert.[2]) Ich will nur konstatieren, dass Engels selber wiederholt erklärt hat, dass er wohl noch mit der Kritik übereinstimme, aber mit den Mitteln gar nicht mehr.«

Der Mitverfasser des *Manifests* von 1847 hatte eben im Laufe seines erfahrungsreichen Lebens etwas hinzugelernt, und mit ihm hatte die deutsche Sozialdemokratie gelernt. Bebel konnte sich auf die seit den siebziger Jahren in der Partei herrschende taktische Auffassung stützen, als er die Luxemburgsche Strassenkampfromantik mit den Worten zurückwies:

»Wir Sozialdemokraten haben den Begriff *revolutionär* stets so aufgefasst, dass er sich in den Zielen, nicht in den Mitteln dokumentiert. Es kann eine Bewegung gewaltsam durchgeführt werden und doch reaktionär wirken, und auf der andern Seite kann eine Bewegung, die friedlich bleibt, viel wirksamer und tiefgehender wirken, als alle Kannibalenkämpfe.«

Genau das Gleiche riefen Bebel und der alte Liebknecht vor vierzehn Jahren in Erfurt den *Jungen* zu. Liebknecht verteidigte damals die gesetzliche Entwickelung auf dem Wege des Parlamentarismus. Nicht an dem parlamentarischen System, sondern an der Rückständigkeit eines grossen Teils der Wählerschaft liege es, wenn die Klinke der Gesetzgebung im Reichstag noch nicht nach unseren Wünschen arbeite, meinte er. Der Weg der Gewalt sei aussichtslos:

»Das Revolutionäre liegt nicht in den Mitteln, sondern im Ziel. Gewalt ist seit Jahrtausenden ein reaktionärer Faktor.«

DER Verlauf der Debatte über den politischen Massenstreik nötigt uns aber auch, der Gefahr offen ins Auge zu sehen, die im Zusammenwerfen der Begriffe *Massenstreik* und *Strassenrevolution* liegt. Ich bestreite auf das entschiedenste, dass das eine nicht möglich sei ohne das andere. Wenn ich Bebel richtig verstehe, so hält auch er beides scharf auseinander. In seiner Schlussrede erklärte er unter Hinweis auf die »bluttriefenden« Wendungen, die der Gang der Debatte zu Tage gefördert hatte, mit gutem Humor:

»Als ich das alles hörte, habe ich ein paarmal unwillkürlich auf meine Stiefelspitzen gesehen, ob ich dort nicht bereits im Blute wate. [Grosse Heiterkeit.] Auf diese Weise ist der Resolution, gegen die im Grunde niemand etwas hat einwenden können, eine Auslegung gegeben worden, als ob durch sie die wüstesten Gefahren heraufbeschworen würden. Ich in meinem harmlosen Gemüt habe an all das gar nicht gedacht, und ich glaube, auch meine heutige Rede bietet durchaus keine Veranlassung, mich als so blutgierig hinzustellen.«

ES ist richtig: weder in der Bebelschen Resolution, noch in seiner Rede ist dem Gedanken Ausdruck gegeben, dass die Massenarbeitseinstellung notwendig zu Strassenkämpfen führen müsse. Allein, in der Sache ist diese Konsequenz unvermeidlich, solange man nicht eine Gewähr dagegen schafft, dass die Arbeitseinstellung sich in Hungerrevolten entlädt. Man hat gesagt, in jedem Streik wird *gehungert,* die Proletarier haben schon als Kinder gelernt, zu *hungern,* da sollte die Arbeiterklasse nicht auch vierzehn Tage für ihre höchsten Rechte *hungern* können? All das sind unklare Vorstellungen und *ethische* Illusionen

[2]) Es handelt sich um den Schlusspassus des *Kommunistischen Manifests.*

über das wahre Gesicht der Hungersnot, wie sie eine wochenlange Massenarbeitseinstellung über Millionen Proletarierfamilien verhängen würde. Dem wirklichen und wahrhaftigen Massenhunger gegenüber hilft es nichts, dass Tausende *tief in die Tasche greifen,* und auch die Millionen in den Kassen der Arbeiterverbände sind da nur Tropfen auf den heissen Stein. Ist es nicht möglich, die feiernden Massen mit dem Allernötigsten, und wenn's nur trockenes Brot oder Kartoffeln sind, zu versorgen, dann gibt's nur zwei Konsequenzen, deren Eintreten die herrschenden Gewalten ruhig abwarten können. Entweder die Massen kehren, ein Haufen nach dem andern, zu den Arbeitsstätten zurück, und die am längsten ausharren, zahlen die Zeche. Oder die Wut des Hungers treibt zu Plünderungen von Bäcker- und Metzgerläden und sonstigen Lebensmittelmagazinen. Dann aber besorgen Repetiergewehre und Schrapnells das übrige.

DIESEN beiden drohenden Möglichkeiten zu entgehen, ist das eigentliche und einzige Problem des politischen Massenstreiks. Wer ernstlich an die Möglichkeit der Anwendung dieses Kampfmittels denkt, der denke darüber nach, wie es möglich ist, jedem Proletarier soviel wirtschaftlichen Rückhalt zu verschaffen, dass er im Notfall auch einmal vier Wochen Ferien machen kann, ohne bereits nach acht Tagen an der letzten Brotkruste zu nagen. Zum Arbeiten ist niemand gesetzlich, noch polizeilich verpflichtet, solange er die Mittel hat, ohne Arbeit zu leben. Hunderttausende leisten sich ja alljährlich wochen- und monatelang eine absolute Arbeitseinstellung, um am Meeresstrand, im Gebirge oder sonstwo sich des Lebens zu freuen. Verboten kann das zeitweise Nichtarbeiten also nicht werden. Sorgen wir dafür, dass es jedem Arbeiter so gut möglich wird, einige Wochen ohne Einkommen auszuhalten, wie dies heute schon den Mitgliedern erstarkter Konsumgenossenschaften möglich ist. Das ist ein Weg, die Massenarbeitseinstellung zu einem Kampfmittel zu machen, das in der Praxis ebenso legal ist, wie in der juristischen Theorie. Mehr wirtschaftliche Macht für die Arbeitsmasse! Das wird ihr auch mehr Widerstands- und Aktionskraft geben, wenn es gilt, ihre politischen Rechte zu verteidigen oder zu erweitern.

IM übrigen hat die Sozialdemokratie durch ihre positive Arbeit auf allen Positionen des öffentlichen Lebens den Gang ihrer ferneren Entwickelung längst endgültig festgelegt. Sie ist längst eine in Reich, Staat und Gemeinde parlamentarisch kämpfende Partei geworden, und es ist ausgeschlossen, dass die prinzipielle Aufnahme des Massenstreiks in das Verzeichnis ihrer Kampfmittel sie aus dieser Bahn wieder herausdrängen könnte. Der Anarchosozialismus wird an ihr ablaufen, wie die früheren Ansätze von antiparlamentarischem *Revolutionarismus,* anarchistelnder *Nurgewerkschafterei* oder *Nurgenossenschafterei* an ihr abgelaufen sind.

WIR sind trotz unserer drei Millionen Stimmen annoch eine Minderheitspartei in Parlament und Volk, wie Bebel scharf hervorhob. Nur ein Fünftel der Reichstagssitze, nur ein Drittel der abgegebenen Stimmen, nur ein Viertel der Wahlberechtigten haben wir bis jetzt auf unsere Seite gebracht. Gewinnen wir die entscheidende Mehrheit des Volkes für unsere Ideen, dann haben wir die politische Macht, nach der wir streben. Einen anderen Weg gibt es nicht. Demokratie und Sozialismus lassen sich nicht aufzwingen; solange die Mehrheit des Volkes gegen uns ist, haben wir ihren Willen zu respektieren.

Also suchen wir weitere Millionen durch Wort und Tat von der Richtigkeit unserer Anschauungen und Forderungen zu überzeugen. Solange uns das nicht durch Reaktion und Rechtsraub unmöglich gemacht wird, brauchen wir kein neues Kampfmittel.

DIE Stärkung unserer Organisation, die theoretische Erziehung unserer Anhänger — gewiss, das sind wichtige Dinge zur Förderung unserer Sache. Aber es darf nicht vergessen werden, dass ein grosser, vielleicht der grösste Teil des Volkes politisch nicht organisierbar ist, und dass für tieferes theoretisches Denken sicher nur eine Minderheit Anlage und Neigung hat. Die grosse, nicht organisierte und nicht theoretisierende Masse aber ist es doch, für die und mit der die Partei im engeren Sinn Politik zu machen hat. Nur durch energischste und vielseitigste Mitarbeit an der Durchsetzung greifbarer sozialer Fortschritte können wir aus dieser *formlosen Wählermasse* in Stadt und Land neue Anhängerscharen gewinnen.

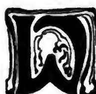
UND schliesslich ist ein nicht zu unterschätzender Teil des Volkes die geistige Berufsarbeiterschaft. An Zahl relativ gering, ist sie an Einfluss im wirtschaftlichen und politischen Leben doch ein ausserordentlich beachtenswerter Faktor. Sie bildet in erster Linie auch die *öffentliche Meinung*, deren suggestive Macht auch die Sozialdemokratie bei ihren kleinen und grossen Kämpfen braucht. Was diese öffentliche Meinung bedeutet, hat sich beim Bergarbeiterstreik gezeigt. Diesen Teil der Arbeiterklasse für unsere Ideen und Forderungen zu gewinnen, ist eine Aufgabe, die ernster angefasst werden sollte, als seither geschehen ist. Sicherlich aber würde dieser Aufgabe sehr schlecht mit der Befolgung des Ratschlags eines Berliner Delegierten gedient sein, der unserer Reichstagsfraktion nahelegte, sie solle manchmal *ruppiger* auftreten. Das ist eine Auffassung von dem *proletarischen* Charakter unserer Bewegung, der nicht scharf genug widersprochen werden kann.

FÜR die Gewinnung auch des Teils der Arbeiterklasse, der berufsmässig *mit dem Hirn pflügt*, ist es ausserdem von höchster Bedeutung, dass unsere Theorie Schritt hält mit den Ergebnissen der wirtschaftlichen Forschung und der geschichtlichen Erfahrung. So begrüssenswert die Sätze in der Resolution der Fünfzehnerkommission sind, die verlangen, dass die Parteidiskussionen ohne persönliche Herabsetzungen geführt werden, und dass der sachlichen Kritik der freieste Spielraum gelassen werde, so wenig glücklich erscheint uns bei dem gegenwärtigen Stand der theoretischen Kritik das Verlangen, die prinzipielle Aufklärung »entsprechend den Grundsätzen des Parteiprogramms im Sinne der Dresdener Resolution« zu betreiben. Einzelne Sätze des prinzipiellen Teils des Erfurter Programms sind als wissenschaftlich unhaltbar erwiesen, und die Dresdener Resolution unterstellt dem sogenannten *Revisionismus* unwahre Ansichten und Absichten.

WENN der Sozialismus nach dem Wort Bebels »die mit klarem Bewusstsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft« sein soll, dann muss die Partei auch allezeit den Mut haben, sich in beständiger geistiger Mauserung der Sätze zu entledigen, die aufgehört haben, sich mit der Wirklichkeit zu decken. Die Partei hat sich in Jena eine neue Organisation gegeben; möge sie nun nicht mehr lange zögern, auch ihr offizielles geistiges Rüstzeug einer Revision zu unterziehen!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ROBERT SCHMIDT · DER JENAER PARTEITAG UND DIE GEWERKSCHAFTEN



IEDER eine Gewerkschaftsdebatte auf dem Parteitag, wieder eine Auseinandersetzung über die Stellung der Partei zur Gewerkschaft, die selbe Frage, die vor zehn Jahren in Cöln und 1901 auch in Lübeck eine Rolle spielte! Das Ergebnis ist immer das gleiche: die beiden Streitenden erkennen die engen Beziehungen, die sie mit einander verknüpfen, und keiner versucht ein energisches Abrücken vom andern, um ohne Rücksicht seine eigenen Wege einzuschlagen. Das Aufflackern des Streits deutet aber auch an, dass Differenzpunkte vorhanden sind, und es wäre verfehlt, in die üblichen Parteitagsbetrachtungen zu verfallen, die im voraus die Differenzen ankündigen und nach Schluss der Verhandlungen die Einigkeit konstatieren.

VOR zehn Jahren wurden auf dem Parteitag in Cöln Theorie und Praxis der Gewerkschaften in der selben Weise angegriffen, wie in Jena. Damals war nur insofern eine Verschiedenheit der Position zu merken, als die Gewerkschaft gegen die Partei die Anklage erhob, es geschehe nichts zur Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen. Diesmal klang der Vorwurf in umgekehrter Richtung; die Partei vermisste die geforderte politische Schulung der Gewerkschaftsmitglieder. Damals, wie heute, der Vorwurf gegen die Gewerkschaften, sie seien nicht vom rechten sozialdemokratischen Geist erfüllt; in Cöln wurde in hitziger Debatte darüber gestritten, ob es noch mit den Parteigrundsätzen zu vereinbaren sei, wenn bekannte Gewerkschaftsangestellte an einem Kongress bürgerlicher Sozialpolitiker teilnehmen; in Jena wurde die Stellung zur Maifeier vorgehalten, um dahinter alle möglichen und unmöglichen prinzipiellen und taktischen Verfehlungen zu finden. In Cöln klangen die Verhandlungen in eine[illegible] scharfe Disharmonie aus, ohne dass allerdings die weitere Entwickelung der Gewerkschaften Schaden litt. Jena kann im Endergebnis nichts anderes bringen, denn die Diskussion einer unfruchtbaren Theorie zerschellt in den Gewerkschaften an der sehr heilsamen Praxis.

DER hervorstechende Zug der Jenaer Gewerkschaftsdebatte war, dass die beiden Korporationen, die *Generalkommission* und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, sich über die Maifeierresolution verständigten; auch in prinzipiellen Fragen, so in der der Neutralität der Gewerkschaften, der Tarifabschlüsse, der Pflege des Unterstützungswesens, bestand vollkommene Einigkeit. Aber täuschen wir uns nicht: der Ausspruch eines Delegierten, Bebel habe in der Neutralitätsfrage nicht die Mehrheit der Delegierten hinter sich, hatte eine gewisse Berechtigung. Wenn es sich um eine Entscheidung darüber gehandelt hätte, ob die Gewerkschaften sozialdemokratische Parteipolitik treiben sollen, dann wäre eine grosse Majorität dafür eingetreten. Für einige Gewerkschaften wäre das kein Unglück gewesen; aber andere und nicht unbedeutende Verbände müssen diese Verpflichtung ablehnen. Wie weit der Vertreter des Parteivorstandes den Gewerkschaften in diesem Punkt zustimmte, ergab sich daraus, dass Genosse Bebel erklärte, er würde jahrelang ein Gewerkschaftsblatt redigieren, ohne dass einmal das Wort *Sozialdemokratie* darin vorkomme, und dabei doch in sozialpolitischen Dingen der Standpunkt der Partei zum Austrag gelangen

lassen. Nun, weiter wollen die Gewerkschaften die Neutralität gar nicht treiben. Die Redner, welche unter Zustimmung davon sprachen, die Gewerkschaften müssten vom sozialdemokratischen Geiste erfüllt sein, verlangen etwas anderes; sie sind missmutig darüber, dass die Gewerkschaften nicht an der rein politischen Aktion teilnehmen, nicht einen Strich der scharfen politischen Tonart haben, den die Anarchosozialisten in den Lokalorganisationen aufflammen liessen — wenngleich man deren theoretische Grundsätze verurteilt.

DIE theoretische Aufklärung tut uns dringend not. Wie wäre es sonst möglich, dass der Parteitag mit grosser Majorität ohne Debatte beschliesst: die Fraktion hat im Reichstag für die Bildung von Arbeiterkammern einzutreten! Man hat also im Handumdrehen eine Forderung des Erfurter Programms geändert. Es ist dies keine Frage von ausserordentlicher Bedeutung. Aber immerhin hielt der nach der Parteipresse geistig so tief stehende Cölner Gewerkschaftskongress es doch für notwendig, diese Frage sehr ausführlich zu erörtern und dann zu entscheiden; in Jena aber war die Abstimmung dem Zufall anheimgegeben, denn ein grosser Teil der Delegierten hatte den Unterschied zwischen Arbeiterkammern und Arbeitskammern nicht erfasst. Das soll kein Vorwurf gegen den einzelnen sein, aber eine Mahnung an diejenigen, die mit ihren Vorwürfen gegen die Gewerkschaften loswettern. Es fehlt auch in der Partei an sozialdemokratischem Geiste; schwungvolle Reden ohne theoretische Unterlage sind leicht hinausposaunt.

DASS sich die Debatte in kleinliche Streiterei verlor, ob Gewerkschaftsbeamte für die Partei tätig sein dürfen, ob von einer Stelle einmal eine despektierliche Äusserung über die Partei fiel, ist bedauerlich, aber auch nach anderer Richtung ein beachtenswertes Symptom. Unzweifelhaft besteht zwischen Partei und Gewerkschaft eine weitgehende, oder richtiger: zu weit gehende, Arbeitsteilung. Gerade die Gewerkschaft nimmt so viel Mitarbeiter in Anspruch, braucht einen solchen Kräfteaufwand für zahllose Kleinarbeit, dass die Angestellten — und nicht nur diese, sondern auch zahlreiche Mitglieder — nach Feierabend vollständig in dieser Tätigkeit aufgehen. In der Partei sieht es nicht anders aus; die Eifrigsten werden mit Arbeit überladen. Es ist ganz begreiflich, dass hüben, wie drüben Einseitigkeit der Auffassung entsteht und leicht zur Überschätzung der einen oder anderen Tätigkeit führt. Der *Nurpolitiker* sieht mit einer gewissen Geringschätzung auf die Kleinarbeit hinab, auf das Mühen, eine halbe Stunde Arbeitszeit im Tarifvertrag herabzusetzen oder ein paar Pfennige Lohn mehr zu erhalten: da verlieren sich die grossen Gesichtspunkte, dass unser Ziel die Beseitigung kapitalistischer Ausbeutung ist. Es ist einiges Wahre daran, aber zu dem Bedenken ist kein Anlass, dass darunter die Entwickelung der Partei Schaden nehme. Der Mensch steht immer unter dem Einfluss seiner Umgebung und Tätigkeit, und so nur ist der Beifall erklärlich, den die anarchosozialistische Gewerkschaftsgruppe in Berlin unter den *Nurpolitikern* fand. Das ist das Extrem auf der anderen Seite. Das Ziel erscheint in zu weiter Ferne, die politische Arbeit lässt bei oberflächlicher Betrachtung nur den Erfolg des Stimmenzuwachses bei den Wahlen erkennen, alles andere verschwindet. Die grosse politische Bewegung sieht, dass der Einfluss im Parlament nicht zu ihrer Macht in gleichem Verhältnis steht. Deshalb die Geringschätzung des Parlamentarismus, der faszinierende Glaube an den Generalstreik als ein Pressionsmittel auf die herrschenden Klassen und schliess-

lich als das Allheilmittel. Diesen Weg ist die Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluss der *Nurpolitiker* in Holland, Belgien und Frankreich gegangen. In Deutschland beginnt die Zersetzung, aber sie wird in ruhigen politischen Zeiten keine Bedeutung erlangen, wie sich auch in Holland nach dem erfolglosen Generalstreik ein Zurückdrängen der antiparlamentarischen Gruppen bemerkbar machte.

DIE Debatte erweckte vielfach den Eindruck, als wollte die Partei auf die Gewerkschaften eine Art Vormundschaft ausüben, und als ob, sollte nicht Order pariert werden, eine Attacke auf die Gewerkschaften gerichtet würde. Richard Fischer hat diese Vermutung entschieden zurückgewiesen, der Parteivorstand dürfte mithin der gleichen Meinung sein. Es wird nun abzuwarten sein, ob die Parteipresse in gleicher Richtung agiert. Denn der Versuch, gegen die Angestellten in den Gewerkschaften weiter in der selben Weise Stimmung zu machen, wie es nach dem Gewerkschaftskongress geschehen ist, muss wohl oder übel zu unliebsamen Konflikten treiben. Dem kann seitens der Gewerkschaft nicht ruhig zugesehen werden. Die Gewerkschaften werden gern die politisch regen Genossen in ihren Kreisen wirken sehen; die frische Tatenlust darf sich aber nicht im Kritisieren erschöpfen, sondern muss auch in praktischer Mitarbeit sich betätigen. Auf diesem Gebiet werden sich die Gegensätze abschleifen, und einer wird den andern verstehen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL KAMPFFMEYER · EINE WIEDERGEBURT DER *UNABHÄNGIG-SOZIALISTISCHEN* BEWEGUNG?

BERLIN ist der Schauplatz einer ausgesprochenen Revolte gegen die bisherige Taktik der Sozialdemokratie geworden. Die revoltierenden sozialdemokratischen Kampfgenossen sind nun nicht kleine, aufgelöste, undisziplinierte Trupps, sondern schlagfertige Bataillone einer organisierten Armee, sie gehören nicht zu der wimmelnden Masse nichtswissender sozialdemokratischer Zuläufer, sondern zu den theoretisch und taktisch sorgfältig gedrillten und in heissen Schlachten wohlbewährten Soldaten der sozialdemokratischen Partei. Dieses unumwundene Eingeständnis über das Wesen und den Charakter der neuen stürmischen Gehorsamsverweigerer müssen wir hier in erster Linie ablegen; denn wir werden sonst nie die Eigenart der sich jetzt vor unseren Augen abspielenden Rebellion begreifen. Die beweglichen Klagen über das mangelnde theoretische Verständnis der Berliner gewerkschaftlichen Sozialrevolutionäre sind nicht am Platze. Sie dringen nicht in den eigentlichen Kern der neuen Bewegung ein, ja, sie legen nur eine dichte Nebelhülle über diesen. Die führenden Häupter der neuen gewerkschaftlich-sozialistischen Empörung haben ganze Waschkörbe voll theoretisch-sozialistischer Literatur verschlungen. Sie sind oft genug wegen ihrer radikalen Gesinnung als Muster revolutionären zielklaren Denkens und Fühlens gefeiert worden, und sie haben es wirklich nicht verdient, heute wie wirrköpfige Schulbuben, die ein heilloses Durcheinander in

die elementarsten Begriffe ihrer Lehrbücher hineinbrachten, abgestraft zu werden. Die rücksichtslosen Angreifer dieser Genossen scheinen mitunter gar nicht zu ahnen, welche Beleidigungen sie mit ihren Klagen über die theoretische Unklarheit der Berliner lokalorganisierten Genossen gegen die geistige Schulung der Gesamtpartei schleudern. Der schlagfertige Gegner kann da leicht sprechen: Wenn in den Köpfen altbewährter, grossstädtischer Sozialdemokraten noch solch ein beklagenswertes Halbdunkel über die sozialistischen Theorieen herrscht, welche ägyptische Finsternis muss da erst über diese Dinge in den Gehirnen der jüngst erst gewonnenen kleinstädtischen und bäuerlichen Sozialdemokraten verbreitet sein! Man hat die eifrig strebenden Berliner Genossen mehrere Jahre hindurch mit meterlangen theoretischen Diskussionen in der Presse, in Broschüren, auf den Parteitagen gespeist, und nun soll die von so vielen trefflichen Köchen bereitete Speise gar nicht bei den lesenden Berliner Genossen angeschlagen haben! Das wäre ja ein Unding. Die etwa vorhandene Unklarheit in den Köpfen der Genossen rührt wohl nicht so sehr von der mangelnden theoretischen Belehrung, als von dieser Belehrung selbst her. Vielleicht kann man hier sagen: Unklare Theorieen, unklare Köpfe! An Theorieen war bisher wahrlich kein Mangel in der Sozialdemokratie, aber es war ein augenfälliger Mangel an Klarheit in diesen Theorieen. Man erinnere sich doch einmal der so grundverschiedenen Auffassungen unserer bestgeschulten Genossen über die Verelendungstheorie, über die Katastrophentheorie etc.! Mehr Klärung in der Theorie, und dann mehr Belehrung der Genossen in dieser geklärten Theorie! In der sozialistischen Theorie treiben sich auf ihrer Oberfläche und in ihrer Tiefe mannigfache gärende Bestandteile herum. Und der kann nur als ein treuer, den trüben, schäumenden Most zu einem klaren Wein läuternder Küfer befunden werden, der ohne Umschweife das heftige Fermentieren dieses Mosts anerkennt.

EINE organisierte Revolte ist also in die sozialdemokratische Taktik eingebrochen. Die Resolution der Berliner lokalistischen Gewerkschaften vom 23. August 1905 erhob zu ihrem Feldgeschrei die Loslösung der proletarischen Klassenkämpfer vom heutigen Klassenstaate, von dessen Gesetzen und Institutionen. Losreissen also sollen sich die sozialdemokratischen Klassenkämpfer von den staatlichen Institutionen, in denen ihre Vertreter bisher so fest wurzelten! Wenn man die Geschichte der Taktik der Sozialdemokratie in einen einzigen Satz legen will, so kann man sagen: Diese Geschichte ist die Geschichte der allmählichen Anpassung der Sozialdemokratie an die bestehenden politischen Einrichtungen. Die Sozialdemokratie negiert zuerst im Prinzip das Parlament und lebt sich dann nach und nach in alle Einrichtungen dieses Instituts ein, sie meidet anfänglich die auf dem Zensuswahlrecht aufgebaute Gemeinde und organisiert dann die Wahlen zu den Gemeinden, sie rebelliert erst gegen den staatlichen Wohnungsreformgedanken und entwickelt dann die Grundzüge einer grosszügigen staatlichen Wohnungsreform, kurz, sie schmiegt sich auf das allerengste an die eigenartigen Institutionen des heutigen Staates an und entfaltet ihre Kräfte auf dem Boden der Gesetze dieses Staates. Und gerade durch ihre ständige Berührung mit dem Boden des Gegebenen wachsen ihre Kräfte ins Riesenhafte. Der Herakles, der sie erdrücken wollte, müsste den Moment abpassen, wo sie sich vom Erdreiche loslöst und frei über den bestehenden Einrichtungen schwebt. Fürwahr, der scheint uns ein schlechter

Berater der sozialdemokratischen Partei zu sein, der ihr diese Befreiung vom Boden des heutigen Staates und seiner Gesetze anrät. In dem Schlagwort von dieser *Loslösung vom Staate* liegt eine Auflehnung gegen die bisherige Taktik der Sozialdemokratie, und mit Recht sprachen wir deshalb vorher von der revolutionären Bewegung der Berliner Lokalorganisierten als von einer Revolte gegen die Taktik der Sozialdemokratie.

HABEN wir nun die neue Bewegung der Lokalorganisierten genügend mit der Bezeichnung charakterisiert, sie sei eine ausgesprochene Empörung gegen die bisherige Taktik der Sozialdemokratie? Keineswegs. Neben den Sozialrevolutionären aus den eigenen Reihen erwachsen der Sozialdemokratie auch aus anarchistischen Kreisen leidenschaftliche Angreifer. Und der oberflächliche Beobachter der jetzigen Bewegung, der in den Ideen Dr. Friedebergs so manche rein anarchistische Argumentation aufleuchten sieht, ist leicht verführt, diese Bewegung als eine ausgesprochen anarchistische kurzer Hand abzutun. Wir müssen der neuen Bewegung fest ins Auge schauen, wenn wir uns nicht über ihren wahren Charakter täuschen wollen. Und blicken wir ihr scharf ins Angesicht, so erkennen wir alte, uns wohlvertraute Gesichtszüge wieder: die eigenartigen Züge des *unabhängigen Sozialismus.* Wenn auch Dr. Friedeberg den wohlbekannten *Jungen* neue, anarchistische, schwarze Mützchen aufgesetzt hat, so sind diese Mützchen doch nur äussere Zutat. Mit recht werfen die Führer der lokalorganisierten Gewerkschaften den *Jungen* die neuen Kopfbedeckungen ab und stülpen ihnen wieder die sozialdemokratischen Schlapphüte auf.

DIE neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung stimmt mit der alten *unabhängig-sozialistischen* Bewegung in folgenden grundlegenden Punkten überein: 1. in der Kritik des Parlamentarismus, 2. in der abfälligen Beurteilung der *alten*, zentralisierten Gewerkschaften, 3. in der hohen Bewertung ausserparlamentarischer Massenbewegungen (Maibewegung), 4. in der geringen Einschätzung der allmählichen sozialökonomischen Reformarbeit, 5. in der Propaganda einer atheistischen Weltanschauung, 6. in der Organisation revolutionär-sozialistischer Gewerkschaften zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung durch den Generalstreik.

DIE antiparlamentarischen Ideen Liebknechts gingen völlig ungeschwächt in die theoretischen Flugschriften der *unabhängigen Sozialisten,* wie in die Broschüre Dr. R. Friedebergs *Parlamentarismus und Generalstreik* über. Mit dem gleichen Nachdruck, wie Dr. Friedeberg, wiesen die *unabhängigen Sozialisten* auf die Korruption der proletarischen Bewegung durch den Parlamentarismus hin. Dr. Friedeberg betont:

»Die wahre Persönlichkeit unserer Vertreter leidet, sie alle haben einen Stich weg, weil sie eben nicht so sprechen können, wie sie möchten, da sie sonst gar kein Verständnis finden würden. Es müssen fortdauernd Kompromisse geschlossen werden.«

Der Parlamentarismus hat nach der am 23. August beschlossenen Resolution der lokalorganisierten Gewerkschaften wohl einen weiten Personenkreis der Arbeiterschaft zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele und der Zukunftshoffnungen des Proletariats. Und die gleiche Sündenschuld wird der Neutralität der Gewerkschaft auf das Konto gesetzt.

DIE *unabhängigen Sozialisten* eiferten mit der Leidenschaft Friedebergs gegen

die sich von der sozialistischen Massenbewegung abkehrende Geistesrichtung der alten Gewerkschaften. Sie prophezeiten den Zusammenbruch der englischen Gewerkschaftsbewegung durch das Unterstützungswesen. Sie schlugen mit Fäusten auf die Scheidewand ein, die die englischen Trade-Unionisten zwischen der sozialistischen und der gewerkschaftlichen Bewegung aufgeführt hatten. Sie klagten die englische Gewerkschaftsbewegung hauptsächlich deshalb an, weil sie sich auf dem Boden des Lohnsystems bewegte und nur Schlachten gegen einige Missstände dieses Systems, und nicht gegen dieses selbst, schlug. In einigen Aufforderungen der *unabhängigen Sozialisten* an die revolutionären Arbeiter Berlins wurde der prinzipielle Gegensatz klargelegt, der diese Sozialisten von den Zentralverbändlern schied. Die Zentralverbände wurden wegwerfend als *blosse Versicherungskassen* bezeichnet.

EINE revolutionär-sozialistische Kundgebung gegen das kapitalistische System sahen die *unabhängigen Sozialisten* in der Maibewegung. Sie wurde wiederholt als die wirksamste und bedeutungsvollste Demonstration des Proletariats gegen die kapitalistische Gesellschaft und deren Einrichtungen bezeichnet. Wir lesen in der *unabhängig-sozialistischen* Zeitung *Der Sozialist*:

»Hier stellen die Massen selbst ihre Forderungen auf. Sie feilschen nicht mit den Gegnern um kleine Zugeständnisse, sie fordern nur und protestieren. Statt mit der bürgerlichen Klasse zu unterhandeln, werfen sie ihr rücksichtslos den Fehdehandschuh hin. Und Mann für Mann steht in eigener Person für die Forderungen der sozialistischen Arbeiterschaft ein; es gibt keine Repräsentation und keine Vermittelung. Kurz, das Proletariat tritt hier durchaus als revolutionäre Klasse auf.«

Und in den gleichen Ideengängen bewegt sich Dr. Friedeberg in seiner Broschüre *Parlamentarismus und Generalstreik*:

»Die Maifeier ist gerade ein enorm wichtiger Punkt in der Gewerkschaftsbewegung, sie ist vielleicht die einzige revolutionäre Massenhandlung, die wir heute haben . . . Wenn aber die Arbeiter auch nur an einem einzigen Tage des Jahres dem Kapitalismus den Fehdehandschuh ins Gesicht werfen, wenn sie die Kraft haben zu erklären: nein, an diesem Tage will ich nicht fronden, ich will selbst bestimmen, wann ich arbeite, dann ist das ein Aufsagen der Botmässigkeit dem Kapitalismus gegenüber, ein Zeichen dafür, wie weit das Klassenbewusstsein im deutschen Proletariat gediehen ist.«

SCHIER unerschöpflich sprudelten in dem Organ der *unabhängigen Sozialisten* die spöttischen und bissigen Bemerkungen über die kleinliche soziale Reformarbeit der sozialdemokratischen Partei. Diese Arbeit wurde zumeist als eine elende soziale Flickschusterei verhöhnt. Die im Parlamente durchgesetzten Zwergreformen zogen nach der Ansicht des *Sozialisten* überdies den Blick des Proletariats von den grossen revolutionären Zielen des Sozialismus ab. In der Resolution der lokalorganisierten Gewerkschaften heisst es:

»Die parlamentarischen Scheinerfolge, wie auch die vielfach erfolgte Besserung der Lebenshaltung können über die Rückschritte im Klassenkampf nicht hinwegtäuschen, da die ersteren vornehmlich dem Zurückstellen, fast sogar Verleugnen aller revolutionären Ziele, die letzteren der überaus günstigen wirtschaftlichen Gesamtentwickelung Deutschlands zu verdanken sind.«

DER *unabhängige Sozialismus* machte einen dicken Tintenstrich durch die sozialdemokratische Programmforderung *Erklärung der Religion zur Privatsache*. Er predigte rückhaltlos den Atheismus. Die Resolution der lokalorganisierten Gewerkschaften huldigte dem Grundsatz *Kein Gott, kein Herr!*

und propagierte eine revolutionäre glaubenslose Weltanschauung. Dr. Friedeberg hob mit Nachdruck hervor:

»Wir haben fallen lassen die vollständige Freiheit und Wahrheit der Persönlichkeit, denn wir haben in unser Programm aufgenommen, dass Religion Privatsache ist. Wenn unser Endziel die völlige persönliche Freiheit ist, dann können wir keine Religion gebrauchen.«

GERADEZU verblüffend ist aber die Übereinstimmung der *unabhängigen Sozialisten* und der lokalistischen Gewerkschaften in der prinzipiell wichtigen Frage der Organisation der revolutionär-sozialistischen Gewerkschaften. Nach einer neuen Taktik schreien beide Richtungen mit ganzer Lungenkraft; denn die bisherige, der allmählichen Umwandlung der ökonomischen Verhältnisse zugewandte Taktik führe ja nicht zum Ziele. Die politische Gesetzgebung kann nach Ansicht der *unabhängigen Sozialisten* nur der bereits geschaffenen wirtschaftlichen und sozialen Macht der Arbeiterklassen einen gesetzlichen Ausdruck verleihen. Die Gesetzgebung kann diese Macht nicht von oben erst schaffen. Ausserhalb der Parlamente haben die sozialistischen Gewerkschaften die Massen zu organisieren. Die Gewerkschaften müssen revolutionär-sozialistische Wirtschaftskämpfe gegen den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft führen. Politische Ereignisse kommen für die revolutionäre Gewerkschaftspresse nur insofern in Frage, als sie bestimmte grosse Klasseninteressen der Arbeiter berühren. Indem die Gewerkschaften so durch eine prinzipiell geschriebene Presse die Ideen des Sozialismus unter die Massen werfen, erfüllen sie vollkommen die Aufgabe, die vorher der politisch gehaltenen Presse und den politischen Vereinigungen zu teil wurde. Ausserdem aber fassen die Gewerkschaften die Arbeiter zu starken wirtschaftlichen Organisationen zusammen, die ihren Forderungen auch ökonomisch einen Nachdruck zu geben wissen. Was hilft auf die Dauer der Arbeiterklasse das Lamentieren in der Presse und das Protestieren in den Versammlungen, wenn sie nicht über die nötigen Machtmittel verfügt, um ihre Forderungen durchzusetzen? Und über diese Machtmittel verfügen starke sozialistische Gewerkschaften. Sie setzen die grossen Produktionsgruppen zusammen, sie können das Räderwerk der Produktion zum Stillstand bringen. Alle Massenhandlungen, die sich gegen die wirtschaftlichen Fundamente der bürgerlichen Gesellschaft, gegen das heutige System von privatwirtschaftlichen Ausbeutungsrechten und Verbindlichkeiten richten, sind geradezu todbringend für die bürgerliche Gesellschaft.

MIT diesen *unabhängig-sozialistischen* Ideengängen, die ich wörtlich meiner eigenen *unabhängigen* Gewerkschaftsbroschüre vom Jahre 1892 entnahm, vergleiche man die Ausführungen der revolutionären Gewerkschaftsresolution vom 23. August 1905. Wir lesen da:

»Nicht das Parlamentieren mit den Gegnern und das Erringen von Augenblicksvorteilen darf jetzt im Vordergrunde stehen, sondern die Umwandlung der für den wirtschaftlichen Kampf beruflich organisierten Proletarier zu Klassenkämpfern, ihre Loslösung vom heutigen Klassenstaat, dessen Gesetzen und Institutionen . . . Parlamentarismus und Neutralität der Gewerkschaften haben zwar einen weiten Personenkreis der Arbeiterbewegung zugeführt, aber nur unter Preisgabe aller wirklichen Ziele und der Zukunftshoffnungen des Proletariats. Ein völliger Frontwechsel in der Verwendung der materiellen wie geistigen Kräfte tut not, die vornehmlich für Vertiefung des Klassenkampfcharakters der Bewegung verwendet werden müssen. Der Klassenkampf, der kein politischer, sondern ein wirtschaftlicher und psychologischer (Revolutionierung der Köpfe) ist, muss sein einheit-

liches Gepräge wiedererhalten durch Bildung von sozialistischen Klassenkampforganisationen, die unter Zusammenfassung und Heranbildung wahrhaft revolutionärer Elemente sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die Träger des ganzen auf Umsturz der Klassenherrschaft gerichteten Befreiungskampfes sind. Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch Entziehung und Verweigerung dieser Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des Generalstreiks und der Agitation für den selben.«

DER *unabhängige Sozialismus* und der heutige Berliner revolutionäre Gewerkschaftssozialismus stimmen vor allem in folgenden grundlegenden Gedanken überein:

1. Innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform ist keine nur irgendwie erhebliche Verbesserung der Arbeiterlage möglich.

2. Die kapitalistische Wirtschaftsform lässt sich nicht allmählich in die sozialistische überführen. Sie muss deshalb zersprengt werden.

3. Die Zersprengung der kapitalistischen Wirtschaftsform wird durch revolutionär-sozialistische Gewerkschaften in der Form von Generalstreiks bewerkstelligt.

FASSEN wir die ersten beiden Gedanken fest ins Auge, so sehen wir sofort, dass sie noch zum Rüstzeug des *radikalen* sozialistischen Marxismus gehören. Überhaupt streben die oppositionellen Unterströmungen in der Sozialdemokratie vielfach eine feste Verbindung mit dem Marxismus an. Namentlich sucht der *unabhängige Sozialismus* seine direkte Abstammung vom Marxismus mit allem Nachdruck zu erweisen. Er verkündet in allen Tonarten die Lehre von der Verschärfung der Gegensätze in der bürgerlichen Gesellschaft. Mit der Verschärfung der Klassengegensätze würde immer mehr und mehr der Boden für die Unterhandlungen mit der Bourgeoisie schwinden, und immer heftiger müsste der Klassenkampf entbrennen. Im *Sozialisten h*eisst es wörtlich:

»So wird das Proletariat im steigenden Masse gezwungen, der herrschenden Klasse gegenüber eine rein abwehrende Taktik einzuschlagen; die positive Arbeit an der Gesetzgebung wird mehr denn je zur Unmöglichkeit.«

Wenn man im Parlamente also nichts Erspriessliches im Interesse der Arbeiterklasse erreicht, so bedeutet der Aufwand von Mühe und Geld für die parlamentarische Tätigkeit eine heillose Verschwendung. Entbehren denn diese Gedanken, so müssen wir uns mit Recht fragen, so ganz aller Logik? Wenn nur die Eroberung der ganzen Staatsgewalt durch das Proletariat die Grundlage für eine fruchtbare soziale Umgestaltung bildet, weshalb soll man da nicht direkt auf den Sturz der Staatsgewalt hinarbeiten und zwar um so mehr, als der Einfluss der Kapitalistenklasse ja im Staate steigt und steigt? Man setzte daher in den *unabhängig-sozialistischen* Kreisen sein Heil einzig auf die revolutionäre Entfaltung der Massenkraft in der Form eines Generalstreiks.

DIE Verschärfung der Klassengegensätze und die wachsende politische Ohnmacht des Proletariats stehen allerdings nicht auf dem gleichen Blatte. Und deshalb konnte auf dem Parteitag in Jena der eifrigste Verkünder der Lehre von den wachsenden Klassengegensätzen, der Genosse August Bebel, mit einem gewissen Recht ein hohes, ein wahrhaft berauschendes Lied auf die wachsende

Macht des Proletariats singen. Die betrübende Aussicht auf eine ununterbrochene Reihe zunehmender politischer Knechtschaftsjahre der Arbeiterklasse schwand vor dem glühenden Optimismus Bebels dahin. Wir sahen die Arbeiterklasse, diese gewaltige Grundlage, die die grosse gesellschaftliche Pyramide trägt und durch ihre eigenen Bewegungen so leicht erschüttern kann, sich ins Gigantische ausdehnen. Die Verschärfung der Klassengegensätze bedeutet nicht notwendig die zunehmende, den Staat willkürlich beherrschende Macht der Kapitalistenklasse.

DER sozialdemokratische *Radikalismus* steht zumeist heute noch auf dem Standpunkt, dass der Kapitalismus wirtschaftlich und sozial immer mächtiger wird und immer rücksichtsloser die Staatsgewalt in seinen Dienst presst. Bei diesem Stand der Dinge darf selbstverständlich weder von einer erheblichen wirtschaftlichen Verbesserung der proletarischen Lage, noch von einem wirklichen politischen Fortschritt der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Rede sein. Bei diesem Stand der Dinge müssen wir uns im Ernste auf eine sozialrevolutionäre Katastrophe, auf eine Erhebung der politisch und ökonomisch immer stärker unterdrückten Arbeiter vorbereiten. Und diesen notwendigen Konflikt stets im Auge, steuerten die *unabhängigen Sozialisten,* steuern die heutigen revolutionären Gewerkschaftssozialisten bewusst auf diesen Konflikt selbst zu. Verdienen unsere heutigen Gewerkschaftssozialisten wegen dieser ihrer rücksichtslosen Konsequenzzieherei aus der Partei hinausgeworfen zu werden? Die gewöhnlichen Hinrichtungsmethoden gegen Rebellen sind am wenigsten bei grossen geistigen Bewegungen am Platze. Man wirft keine Ideen dadurch zu Boden, dass man die Träger derselben brutal in den Boden stampft. Man schicke sich zu einer eingehenden und gründlichen Widerlegung der für falsch erkannten Rebellengedanken an, dann wird man auch der logisch denkenden Rebellen selbst Herr werden!

DER sozialistische *Radikalismus,* der von der wachsenden Macht des Kapitalismus in der Wirtschaft und im Staate redet, muss eigentlich seine Sache verloren geben. Wie können denn Arbeiter, die immer stärker geknebelt und dadurch notwendig in einen Zustand wirtschaftlicher und politischer Ohnmacht versetzt werden, die nötige Kraft zur Niederwerfung des Kapitalismus besitzen? Nur der Starke kann in einem Ringkampf um die Macht den Sieg an seine Fersen heften. Gegen einen übermächtigen Gegner will also das Proletariat in einem Kampfe um die ganze Staatsgewalt ausholen? Ist dieser Kampf, so fragt man sich, von seiten der Arbeiterklasse nicht zum mindesten ein Glückspiel? Glückspiele sollten aber nicht nur im bürgerlichen, sondern auch im politischen Leben verboten sein.

DER *unabhängige Sozialismus* und der heutige revolutionäre Gewerkschaftssozialismus sehen nun in der wachsenden Möglichkeit eines Generalstreiks eine steigende Zunahme der wirtschaftlichen Macht der Arbeiterklasse. Die Bedeutung einer Stillsetzung der Betriebe durch die Arbeiter ist sozialpolitisch von den *unabhängigen Sozialisten* masslos überschätzt worden. Eine derartige Stillsetzung räumt mitunter den Arbeitern nicht die geringste Entscheidungsgewalt über die Betriebsverhältnisse der Unternehmer ein. Die Räder der Maschinen ruhen, die Arbeiter hungern einige Zeit und kehren dann völlig gebrochen in die Werkstatt zurück. Der Streik wirkt mitunter nicht anders als ein Elementarereignis, das den Arbeitsprozess einmal gewaltsam

unterbricht. Die hochgehenden Wasserwogen — wörtlich und bildlich genommen — verlaufen sich, und die Fabrikpfeife ruft wieder die Arbeiter zum Schanzen. Über eine wirtschaftliche Machtposition gebieten die Arbeiter erst dann, wenn sie als einflussreiche Organe bei der Regelung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse offen von den Unternehmern anerkannt werden und tatkräftig bei dieser Regelung mitwirken, wenn sie den *Herrn im Hause* bereits durch den konstitutionellen Fabrikunternehmer ersetzt haben. Diese ökonomische Machtposition erwerben sich die Arbeiter aber nicht durch einen Handstreich, sondern durch eine lange Reihe wohlüberlegter und geschickt geführter Kämpfe gegen das Unternehmertum.

HINTER den Streiks muss, sollen sie zu wirklichen Dauererfolgen führen, die Phalanx wirtschaftlich wohlgerüsteter, ökonomisch starker Arbeiter stehen. Hinter einem siegversprechenden Generalstreik muss sich eine starke wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiter aufbauen. Hinter den zerschossenen Barrikaden des Bürgertums erhoben sich die unversehrten Fabriken, Bankhäuser, Warenhandlungen des selben, kurz, die ganze massive wirtschaftliche Macht dieser Klasse. Nur wenn konstitutionelle Fabriken, genossenschaftliche Grossunternehmungen, kommunale und staatliche Betriebe unter dem Kommando der Arbeiterklasse stehen, wenn sich der Einfluss dieser Klasse in allen politischen und sozialen Körperschaften machtvoll entfaltet, dann ist der Generalstreik mehr, als eine leere Drohung, dann spricht er tatsächlich das aus, was ist: die ökonomische, politische und soziale Überlegenheit der Arbeiterklasse über die Kapitalistenklasse.

WIR sprechen hier nicht von dem politischen Demonstrationsstreik, wie ihn die Resolution des Jenaer Parteitags als ein wirksames Machtmittel gegen alle Anschläge auf das allgemeine Wahlrecht oder das Koalitionsrecht den Arbeitern »gegebenenfalls« vorschlug. »Wir kämpften doch nicht um Utopistereien«, rief Bebel in Jena mit eindringlicher Stimme, »nicht um Forderungen des Zukunftstaates. Wir glauben nicht, dass wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeiten für die Arbeiterklasse sind . . .« Und selbst für das Gelingen eines solchen, in seinen Zielen eng begrenzten Streiks bezeichnete Bebel als notwendige Vorbedingung den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und eine erweiterte und vertiefte Aufklärung der Massen. Für einen politischen, mit machtvollen Organisationen durchgeführten Massenstreik bin ich ebenfalls in dieser Zeitschrift eingetreten, und Genosse Bebel irrte in der Tat, als er mir in Jena vorwarf, dass ich, der frühere eifrige Propagandist für den Generalstreik, jetzt nicht einmal einen Massenstreik zur Abwehr gegen ein Attentat auf das allgemeine Stimmrecht für notwendig hielte.

WIE kann aber die arbeitende Klasse das staatliche Bollwerk des Kapitalismus erobern? Doch wohl nur dadurch, dass sie aus allen bedrückten Schichten der Gesellschaft Rekruten für ihr Erobererheer aushebt. Schon das Erfurter Programm der Sozialdemokratie verkündete dem gesamten Menschengeschlecht die Befreiung von allem Druck und aller Ausbeutung. Dieses Programm bekämpft eben nicht bloss die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung. Der Sozialismus erscheint somit nicht nur als eine besondere Klassensache der Lohnarbeiter, son-

dern als eine allgemein menschliche Kulturangelegenheit, als ein Lebensinteresse aller Unterdrückten und Ausgebeuteten überhaupt. Es bleibt uns daher unverständlich, weshalb unsere revolutionären Gewerkschaftssozialisten nur die Lohnarbeiter der Gewerkschaften in den grossen Befreiungskampf der Unterdrückten einstellen wollen. Der Sozialismus kann nur dann triumphieren, wenn sein wirtschaftliches und politisches Programm wirklich zu einer Willenskundgebung der grossen Mehrheit der Bevölkerung geworden ist. Glaubt denn selbst eine nach Millionen zählende Lohnarbeiterschaft, in einem Generalstreik der überwältigenden Mehrheit von Nichtsozialisten ihren Willen aufzwingen zu können?

WIR sehen gar keine andere Möglichkeit für einen entscheidenden Sieg der Arbeiterklasse über das Bürgertum, als wenn sie sich zu einer wirtschaftlichen Grossmacht entwickelt und sich zum Sprachorgan der Majorität der Bevölkerung in allen staatlichen, kommunalen und sozialen Körperschaften macht. Wir sehen mit einem Wort den Triumpf des Sozialismus nur in der Pflege der bisherigen Propagandamethoden der Sozialdemokratie: in dem allmählichen Ausbau der Gewerkschaften zu wirklichen ökonomischen Machtinstrumenten der Arbeiterklasse, in der Durchsetzung aller staatlichen, kommunalen und öffentlichrechtlichen Einrichtungen mit Vertretern der Sozialdemokratie und in der Propaganda für die sozialistische Weltanschauung in den Kreisen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · KLASSE UND KLASSENKAMPF



N allen Kämpfen, wo Menschen einander gruppiert gegenüberstehen, spielen, soweit wir sie geschichtlich zurückverfolgen können, gewisse Losungsworte oder Losungszeichen eine hervorragende Rolle. Der reflektierende Mensch liebt es, seinem Kampf eine übertragene Bedeutung zu geben, auch ist, wo nicht Menschen Tieren gleich gegen einander geführt werden, ein einigermassen zusammenhängender Massenkampf ohne Zuhilfenahme von symbolischen oder symbolisierenden Begriffen schwer zu stande zu bringen. Individuen oder kleinere Gruppen können mit vollem Bewusstsein Kämpfe um rein materielle Interessen als das, was sie sind, unternehmen und durchführen; wird die Gruppe grösser, so ist deren Zusammenhalt und die freiwillige Aufopferung ihrer Glieder nur dadurch zu sichern, dass mit dem Kampf ein ideologisches Interesse verbunden wird: Ruhm, Ehre, Macht des Geschlechts, Stammes und später der Nation, der Ruhm oder auch die Macht von Gottheiten oder Kultusstätten, von hochgeachteten Führern oder Herrschern, von religiösen Ideen oder Rechts- etc. -idealen. Unter Heranziehung von allen möglichen Vorstellungen dieser Art oder getrieben durch sie kämpft die Menschheit seit uralten Zeiten ihre grossen und kleinen Kämpfe. Auf niederen Stufen versinnbildlicht sie sie sich durch grobmaterielle Symbole oder Fetische, die zunächst mit besonderer Vorliebe aus der Tierwelt genommen werden, dann greift man zu Nachbildungen von Menschen, später leisten Abzeichen aus der Pflanzenwelt oder

auch blosse Farbenzeichen den erforderlichen Dienst, und schliesslich treten Worte an die Stelle der Bildnisse und Farben oder wechseln mit ihnen in der Aufgabe ab, die für die Bedürfnisse des Kampfes erforderlichen Vorstellungen und Stimmungen auszulösen.

OB die Menschheit jemals über diesen Symbolismus völlig hinauskommen wird, mag der spekulativen Betrachtung überlassen bleiben; dass wir ihn heute selbst in den vorgeschrittensten Kulturländern noch nicht überwunden haben, zeigt ein Blick auf das Kampfleben dieser Länder. Wohin sich das Auge da wendet, begegnen wir noch der Tendenz zur symbolistischen Umkleidung oder Verkleidung der geführten Kämpfe oder empfundenen Gegensätze. Kämpften ehemals die *Wölfe* gegen die *Reiher*, die *Söhne Israels* gegen die *Kinder Baals*, der Heerbann der *Lilie* gegen den Heerbann der *Rose*, die Partei der *Meergrünen* gegen die Partei der *Blauen*, stürzte man sich unter Rufen, wie *Gott und die heilige Jungfrau!*, *Rom und die heilige Kirche!*, *Luther und das Evangelium!* in die Schlacht, so gruppiert man sich heute, neben der Beziehung auf konkrete Forderungen, unter Anrufung von Allgemeinbegriffen, die, wie zum Beispiel die Begriffe *Volk, Freiheit, Gleichheit*, verschiedener Deutungen fähig sind und, wenn sie sich in einer bestimmten Deutung einbürgern, gleich dem ersten besten Götzen eines Negerstammes zum Fetisch werden, dem das objektiv prüfende, realistische Denken zum Opfer fällt.

GEGEN diese Tendenz zum Hypostasieren von Begriffen zogen seinerzeit mit besonderer Schärfe die Väter der materialistischen Geschichtsauffassung zu Felde. Ihr galt ein guter Teil der heftigsten Angriffe, die Marx-Engels in ihren ersten Schriften gegen die literarischen Wortführer der bürgerlichen Linken und eine Anzahl von Sozialisten der Epoche gerichtet haben. Die Streitschrift gegen die Bauers, das nachgelassene Werk gegen Max Stirner, die Kritik des *Kommunistischen Manifestes* gegen die *wahren Sozialisten* sind voll des blutigen Hohns über den Begriffsfetischismus, der bei diesen Leuten faktisch oder — denn es lief in der Polemik viel Übertreibung mit unter — scheinbar getrieben wurde. Ihm stellten Marx-Engels die Lehre vom Klassenkampf als Grundlage einer durchaus realistischen Auffassung und Behandlung der politischen Kämpfe der Zeit gegenüber. Inwieweit sie dabei selbst wieder Begriffsfetischismus trieben, soll hier nicht weiter untersucht werden. Dass die Lehre ein grosser Fortschritt war, ist sicher und wird heute so ziemlich allseitig zugegeben. Aber kein theoretischer Fortschritt ist davor geschützt, eines Tages seinerseits erkenntnisfeindlich zu wirken, der realistisch-wissenschaftlichen Beurteilung der Dinge Hemmnisse zu bereiten. Es braucht eben nur die Wahrheit, die er bedeutete, als letzte Wahrheit dogmatisch aufgefasst zu werden, um selbst wieder zu einem Fetisch zu werden, der, statt die Blicke für die Wirklichkeiten zu schärfen, sie mehr oder weniger verschleiert.

UNSER Denken ist begriffsmässiges Verbinden und Vergleichen. Von jeder Sache, über die wir denken, bilden wir uns einen Begriff, und Sache der Wissenschaft vom Erkennen ist es, festzustellen, ob und inwieweit unser Begriff mit der Sache selbst, die wir uns darunter vorstellen, übereinstimmt. Das ist nun unter anderem dadurch sehr erschwert, dass, namentlich in den Geisteswissenschaften, die Begriffe selbst dem Wechsel unterworfen sind,

ihr Gebrauch daher ein verschiedenartiger ist, und es immer erst festgestellt werden muss, was denn nun die in Frage kommende Allgemeinheit überhaupt mit ihm für eine Vorstellung verbindet. Es ist eine alltägliche Erfahrung, dass Menschen oft bis zur höchsten Erbitterung über eine Sache streiten, bloss, weil sie ganz Verschiedenes darunter verstehen und es unterlassen haben, sich vorher über den Begriff selbst auseinanderzusetzen.

SO führen unzählige Menschen heute die Worte *Klasse* und *Klassenkampf* im Munde und machen sie zum Gegenstand heftiger Erörterungen und Parteiungen. Fragt man sie aber, was sie denn unter diesen Begriffen verstehen, ersucht man sie, sie genau zu bestimmen, dann wird man gar manchen in Verlegenheit bringen, und von anderen sehr verschiedenartige Antworten erhalten. Dem einen scheint die Sache vielleicht mit der Gegenüberstellung von Bourgeoisie und Proletariat, dem anderen mit der von Kapitalist und Lohnarbeiter, einem dritten mit der von Besitzenden und Besitzlosen erledigt, und für gewisse Zwecke sind solche Zweiteilungen ja auch brauchbar. Aber ein Blick auf unsere reichgegliederte Gesellschaft zeigt, dass für eine wissenschaftliche, das heisst dem Tatbestand genau entsprechende Betrachtung der Dinge diese Zweiteilungen absolut ungenügend und irreführend sind. Und dass es sich dabei nicht um eine blosse *Doktorfrage* handelt, zeigen die sozialen und politischen Parteibildungen der Gegenwart, die sich durchaus noch nicht in das zweiteilige Schema einfügen wollen. Für jede Erörterung, die nicht an der plattesten Oberfläche haften bleibt, ist es absolut unzulänglich.

ANGESICHTS dieses Umstandes möchte es als das Sicherste erscheinen, sich bei den Urhebern oder ersten Ausarbeitern der Theorie vom Klassenkampf, bei Marx-Engels, Auskunft zu holen. Aber sobald wir dies versuchen und uns in ihren Werken näher umschauen, stossen wir auf die Tatsache, dass sie diese Begriffe nicht durchgängig in ein und der selben Deutung brauchen, sondern zu verschiedenen Zeiten abweichend erklärt haben. Tugan-Baranowskij hat in seinem neuen Buch *Theoretische Grundlagen des Marxismus* neben anderen Fragen auch diese untersucht und festgestellt, dass Marx in der Epoche, die von der Abfassung des *Elends der Philosophie* /1846/ bis zur Verfasserschaft der nach seinem Tode unter dem Titel *Revolution und Konterrevolution in Deutschland* herausgegebenen Briefe an die *New York Tribune* /1852/ reicht, den Begriff *Klasse* in zwei streng unterschiedenen Deutungen braucht, das eine Mal wirtschaftlich-sozial und das andere Mal politisch-sozial, respektive das eine Mal nach dem objektiven Merkmal der Lage — man könnte auch sagen: des Seins —, das andere Mal zugleich nach dem subjektiven Merkmal des Bewusstseins, und zwar eines ganz bestimmten, in sozialpolitischer Stellungnahme sich äussernden Bewusstseins. Es wird dies am besten dadurch illustriert, dass Marx-Engels im *Kommunistischen Manifest* als »nächsten Zweck« der Kommunisten »die Bildung des Proletariats zur Klasse« bezeichnen. Was erst gebildet werden soll oder muss, besteht noch nicht, und so wäre danach das Proletariat, wie es die Kommunisten damals in Deutschland vorfanden, obgleich es ökonomisch schon bis zu einem gewissen Grade entwickelt war, noch keine Klasse gewesen, sondern sollte eine solche erst durch den Geist werden, den ihm die Kommunisten einzuprägen hatten. Dass der Satz in der Tat so gemeint war, geht aus einem Stück im *Elend der Philosophie* hervor, wo Marx darlegt, wie die ökonomischen

Verhältnisse die Masse der Bevölkerung in Arbeiter mit gemeinsamer Situation, gemeinsamen Interessen gegenüber dem Kapital gemacht haben, und dann fortfährt: »So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.« Das ist so deutlich, dass wir andere Stellen, die für die selbe Begriffsscheidung sprechen, nicht heranzuziehen brauchen, sondern ohne weiteres Tugan-Baranowskij zustimmen können, wenn er daraufhin solchem Vorkommnisse, wie, dass im *18. Brumaire* das eine Mal die Parzellenbauern Frankreichs als dessen *zahlreichste Klasse* und das andere Mal als *keine Klasse* bezeichnet werden, nicht als logischen Widerspruch, sondern als Nachlässigkeit der Ausdrucksweise betrachtet wissen will. Es werden zwei verschiedene Phasen in der Klassenentwickelung unterschieden, und nur in der zweiten Phase, wo Bewusstsein und Kampfgemeinschaft zum ökonomischen Sein hinzukommen, ist die durch gemeinsame Situation und gemeinsame Interessen abgegrenzte Vielheit für Marx eine Klasse im eigentlichen Sinne dieses Wortes. In der ersten Phase ist sie nur erst *Klasse an sich.*

AN der Logik dieser Unterscheidung ist nicht zu rütteln. Etwas anderes aber ist es, ob es sachlich berechtigt war, sie in dieser Weise in den sozialstatischen Begriff *Klasse* hineinzutragen. Und das wird man bestreiten müssen. Es steht jedem frei, für einen neuen Begriff ein neues Wort zu bilden, damit vermehrt er gegebenenfalls den Reichtum der Sprache. Er macht sie aber arm und verursacht die ärgste Konfusion, wenn er willkürlich in ein schon in bestimmtem Sinne gebrauchtes Wort einen anderen spezifischen Sinn hineinlegt. Solche Sprachwillkür ist entschieden zurückzuweisen. Marx wirft hier ohne Not die Begriffe *Klasse* und *Partei* durcheinander. *Klasse,* im Sinne von Gesellschaftsklasse, ist ein wirtschaftlich-sozialer Begriff, für dessen Bestimmung die objektiven wirtschaftlichen und rechtlichen Merkmale, und nur sie, massgebend sind. Das Verhalten einer Klasse ist für die Feststellung ihres Vorhandenseins ganz nebensächlich. Dies insbesondere vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus, welche doch gerade die Ideologie der Klasse aus ihren gesellschaftlichen Existenzbedingungen ableitet. Was Marx mit seiner Unterscheidung meinte, ist natürlich klar, nämlich, dass eine Klasse erst dann auf der vollen Höhe ihrer Entwickelung angelangt sei, wenn sie ihre Gegensätzlichkeit gegen andere Klassen in ihrer ganzen geschichtlichen Tragweite begriffen habe und im bewussten, zusammenfassenden Kampf zum Ausdruck bringt. Dieser Gedanke konnte aber sehr viel deutlicher, unmissverständlicher, durch ein zusammengesetztes Wort bezeichnet werden, als durch eine Phraseologie, wo ein und das selbe Wort abwechselnd in ganz verschiedenem Sinne gebraucht wird. Am Abschluss seiner damaligen Entwickelung, in seinen Briefen an die *New York Tribune* über die europäische Revolution braucht Marx das Wort *Klasse* ganz richtig in seinem allgemein üblichen Sinne und unterscheidet, wie Tugan-Baranowskij feststellt, für das damalige Deutschland acht Gesellschaftsklassen kurzer Hand nach ihren wirtschaftlich-sozialen Merkmalen.

MAN kann überhaupt bezweifeln, ob Marx später den bezeichneten Doppel-

gebrauch des Wortes *Klasse* innerlich festgehalten hat. Im dritten Band *Kapital,* der Anfang der sechziger Jahre entstand, kommt Marx im Schlusskapitel auf das Thema von den Klassen zurück und stellt die Frage: »Was bildet eine Klasse?« Leider erhalten wir seine Antwort nur zum kleinen Teil, denn das Kapitel ist unvollendet geblieben. Wir ersehen nur so viel, dass Marx Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer die »drei grossen Klassen der modernen, auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden Gesellschaft« nennt und sie zunächst bestimmt werden lässt durch die »Dieselbigkeit der Revenuen und Revenuenquellen«: Arbeitslohn, Profit und Grundrente, beziehungsweise Verwertung von Arbeitskraft, Kapital und Grundeigentum. Welche Ableitung aber, wie Marx hinzusetzt, allein noch nicht genüge. Denn sonst würden zum Beispiel Ärzte und Beamte auch zwei Klassen bilden, da sie zwei unterschiedenen gesellschaftlichen Berufen angehören, bei denen »die Revenuen der Mitglieder von jeder der beiden aus der selben Quelle fliessen«. Das selbe würde »für die unendliche Zersplitterung der Interessen und Stellungen gelten, worin die Teilung der gesellschaftlichen Arbeit die Arbeiter, wie die Kapitalisten spaltet«.

MIT dieser letzten Bemerkung bricht das Kapitel ab, und wir sind aufs Kombinieren darüber angewiesen, was Marx denn nun weiter als bestimmenden Faktor oder Faktoren der Klassenabgrenzungen betrachtet wissen wollte. Schon die Wahl des Ausdrucks *grosse Klasse* zeigt, dass sich bei ihm der Begriff *Klasse* nicht auf Lohnarbeiter, Kapitalisten und Grundeigentümer beschränkte. Tugan-Baranowskij meint, für Marx bestimme sich überhaupt die Klassengliederung nach dem Verhältnis der verschiedenen Gesellschaftsschichten zu der Mehrheit beziehungsweise den Ausbeutungsverhältnissen. Es spricht mancherlei für diese Auffassung, wobei es indes auch wieder eine Frage für sich bleibt, ob die Marxsche Begriffsbestimmung sich mit der Wirklichkeit deckt, oder bis zu welchem Grade sie es tut. Selbstverständlich sind Berufsscheidung und Klassenscheidung zweierlei. Der allgemeine Sprachgebrauch, auf den wir schliesslich doch bei Gesellschaftsfragen zurückgreifen müssen, wollen wir nicht in reine Scholastik verfallen, spricht wohl von einem *Stand* der Ärzte im Sinne von Berufsstand, aber nicht von den Ärzten als einer Klasse schlechtweg. Aber er unterscheidet Klassen unter den Ärzten, wie auch in anderen Berufsständen. Kurz, *Klasse* als soziales Charakteristikum ist für ihn ein Begriff der horizontalen, nicht der vertikalen gesellschaftlichen Schichtung, zuweilen nahe verwandt mit *Rang* und oft sogar als gleichwertig damit gebraucht. Wirtschaftlich übersetzt sich nun in der kapitalistischen Gesellschaft der Rangunterschied mit Unterschied im Einkommen, in der Regel als Tatsache, immer als Tendenz. Höhere Gesellschaftsklassen sind Klassen mit höherem Einkommen. Neben der Quelle des Einkommens ist seine Höhe ein Klassenmerkmal. Das ist so sehr der Fall, dass nicht nur in der vulgären Umgangssprache, sondern selbst in der sozialen Statistik oft die Scheidung nach Einkommensquellen der nach Einkommenshöhe weichen muss oder durch sie begrenzt wird. Wenn von der *Klasse der Grundeigentümer* gesprochen wird, so sind immer Eigentümer von Grund und Boden verstanden, der mindestens ein gewisses höheres Einkommen gewährt; ebenso mit der Kapitalistenklasse, mit den Beamtenklassen u. s. w. Nun kann man gewiss bei den meisten Menschen mit höherem Einkommen ein

Interesse an der Gewinnung von Mehrwert über den proletarischen Arbeitslohn hinaus voraussetzen oder selbst nachweisen, und bei Menschen mit niedrigem Einkommen, gleichviel, welches die Quelle, meist eine bewusste oder mindestens latente Gegnerschaft gegen sie finden. Aber die Beziehung zum Mehrwert ist keineswegs immer eine direkte. Im wirklichen Gesellschaftsleben wird die Einkommenshöhe und die mit ihr verbundene oder durch sie bedingte soziale Lebensstellung und Lebensführung zum bezeichnendsten Massstab der Klassenzugehörigkeit, während die Herleitung des Einkommens aus Arbeit, Kapital oder Grundbesitz wohl gleichfalls Unterscheidungsmerkmal bleibt, aber mehr für die spezifisch-wirtschaftliche Betrachtung, als für die allgemein soziale Unterscheidung. Dies namentlich auch deshalb, weil der Gesellschaftskörper nicht einfacher, sondern immer komplizierter wird, weil für die Klassen, die der Kapitalismus verschwinden macht, sich in verstärkter Zahl neue ausbilden, sich insbesondere das Heer der Beamten aller Art ungemein verstärkt, ebenso das der sogenannten *freien Berufe* etc., Schichten und Klassen, bei denen die Beziehung auf den Mehrwert zwar, wie oben bemerkt, nicht ganz verschwindet, aber doch eine oft sehr mittelbare wird. Marx sah auch diese Entwickelung, hat sich aber immer nur beiläufig über sie geäussert.

IM Eingang des zitierten Schlusskapitels vom dritten Band *Kapital* hebt Marx hervor, dass selbst in England, wo die moderne Gesellschaft in ihrer ökonomischen Gliederung am weitesten, klassischsten entwickelt sei, diese Klassengliederung nicht rein hervortrete, Mittel- und Übergangsstufen »auch hier« überall die Grenzbestimmungen vertuschen — »obwohl«, setzt er hinzu, »auf dem Lande unvergleichlich weniger, als in den Städten«. Wir wollen und können hier ganz davon absehen, dass die Entwickelung der Agrarverhältnisse in England in sehr wesentlichen Punkten eine Spezialerscheinung sind, und nicht, wie Marx annahm, den Typus der modernen Entwickelung darstellen. Alles in allem ist auch in Deutschland und anderen Ländern moderner Entwickelung die Klassengliederung auf dem Lande sehr viel einfacher und durchsichtiger, als in der Stadt. Aber gerade das zeigt eben, wie irrig die Annahme war, dass die moderne Entwickelung zur Vereinfachung der Klassengliederung führe. Denn die Stadt, und nicht das Land, ist für sie massgebend, — so sehr, dass man, worauf zuerst Karl Bücher hingewiesen, mit Recht von einer Verstadtlichung der Gesellschaft sprechen kann. Die Klassengliederung auf dem Lande bewahrt länger, als die in der Stadt, den Typus der alten, vorkapitalistischen Gesellschaft. Wie sehr namentlich in England feudalrechtliche Einrichtungen, insbesondere die Primogenitur, dazu beigetragen haben, dass das Land auch nicht einmal relativ der städtischen Entwickelung folgte, ist bekannt. Ebenso stossen wir in allen Ländern, die noch nicht oder erst in geringem Umfange in die kapitalistische Entwickelung eingetreten sind, auf unendlich geringere Differenzierung der Klassen, als da, wo die selbe zu voller Entfaltung gelangt ist. Wenn somit Marx an der angegebenen Stelle weiterhin die Tatsache, dass Mittel- und Übergangsstufen die Grenzbestimmungen der drei von ihm unterschiedenen grossen Klassen: Lohnarbeiter, Kapitalisten, Grundeigentümer, »vertuschen«, für die in dem Kapitel über die Klassen anzustellende Betrachtung »gleichgültig« erklärt, so müssen wir daraus schliessen, dass er entweder auch hier wieder dem

Begriff der *Klasse* eine viel engere Bedeutung geben wollte, als der tatsächlichen Klassenscheidung entspricht, oder der Tatsache der Vermehrung der Berufsschichten aller Klassen überhaupt keine Bedeutung beimass. Dass sie ihm kein Geheimnis war, zeigt neben dem oben zitierten Hinweis auf die unendliche Zersplitterung der Interessen, welche die gesellschaftliche Teilung der Arbeit zur Folge habe, der sechste Abschnitt vom 13. Kapitel des ersten Bandes *Kapital*, wo er als »nächste« Folge des Aufkommens der Maschinerie die prozentuale Vermehrung der Kapitalistenklasse und ihres Anhangs, insbesondere auch der als »dienende Klasse« unproduktiv verwendeten Arbeiter bezeichnet. Wenn er nun annahm, dass diese Vermehrung der Kapitalistenklasse nur zeitweilige Erscheinung sei und später infolge wachsender Konzentration der Unternehmungen wieder einer fortschreitenden Verminderung Platz machen werde — im 24. Kapitel stellt er bekanntlich eine »beständig abnehmende Zahl von Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren«, in Aussicht — so würde diese Auffassung auch seine Gleichgültigkeit gegenüber jener Klassendifferenzierung begreiflich machen. Aber die Annahme selbst hat sich als falsch erwiesen. Die Zahl der Kapitalmagnaten nimmt nicht ab, sondern zu, und ebenso wächst unausgesetzt die Zahl der mittleren und kleineren Kapitalisten. Dies, wie die Zunahme des Beamtentums, der sogenannten *freien Berufe* u. s. w., ist jetzt auch von denjenigen Sozialisten eingeräumt worden, die es vor sieben bis acht Jahren noch in der Annahme bestritten, dass es zugeben den Sozialismus für aussichtslos erklären hiesse. So stand die Sache nun glücklicherweise nicht. Indes, etwas ward doch von dieser Feststellung berührt: das Bild des Klassenkampfes, wie es auf Grund der früheren Annahme konstruiert war, wurde in seiner Simplizität unhaltbar.

WIRD die Gesellschaft in jeder Hinsicht ein komplizierterer Organismus, nimmt die Differenzierung ihrer Elemente fortgesetzt zu, so kann auch der Klassenkampf sich nicht auf jene einfachen Formen beschränken, sich nicht lediglich in jenen einfachen Gegenüberstellungen abspielen, auf die er sich nach der Marxschen Klassentheorie hätte zuspitzen müsssen. Er kann es nicht und hat es auch nicht getan. Die Wirklichkeit lässt sich nicht durch Begriffsschemata bestimmen, die einer Doktrin künstlich angepasst sind. Die Formel *Bildung des Proletariats zur Klasse* hat sich als viel zu unbestimmt erwiesen. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse macht beides notwendig: Zusammenfassung und Differenzierung, und beides für dauernde Zwecke. Eine gewisse Differenzierung hat ja auch die marxistische Lehre in ihrer alten Formulierung anerkannt: sie hat neben der politischen Organisation der Arbeiterklasse schon früh auch der gewerkschaftlichen eine Mission eingeräumt. Aber die Mission war ganz subsidiär gedacht, als die einer Vorstufe oder eines Hilfsorgans, nicht als die eines Organs, das dauernd eigene Aufgaben zu lösen haben werde. Diese letztere Auffassung konnte auch bei jener alten Theorie von der Klassenentwickelung gar nicht Platz finden. Hat sie doch noch heute mit ihr zu kämpfen. Daher auf der einen Seite ein immer wieder durchbrechendes Misstrauen gegen die Gewerkschaften, auf der anderen eine kaum verhehlte Missachtung der Theorie, die denjenigen, der das theoretische Denken hochhält, nur um so peinlicher berührt, wenn sie sich in das Gewand theoretischer Gemeinplätze hüllt. Dieser Missstand kann nur durch eine gründliche Nach-

prüfung der Klassentheorie beseitigt werden. Erst wenn wir zu einer von allem Fetischismus freien Auffassung der Begriffe *Klasse* und *Klassenkampf* gelangt sind, werden wir zu jener Würdigung der Organe und Formen des modernen Klassenkampfes kommen, die der Klassenentwickelung der Gegenwart entspricht.

AUF Grund der Marxschen Unterscheidung von *Klasse an sich* und *Klasse für sich* glaubt Tugan-Baranowskij den Satz aufstellen zu dürfen, dass der Ausspruch des *Kommunistischen Manifestes,* die Menschheitsgeschichte sei eine Geschichte von Klassenkämpfen nur jene Epochen der Geschichte im Auge habe, wo Klassen sich jeweilig aus dem Zustand der Klasse an sich zu dem der Klasse für sich entwickelt hatten respektive haben. Dieser Satz ist aber nur richtig, wenn man den Begriff *Klassenkampf* in einer ganz zugespitzten Form versteht. Wie aber eine Klasse auch Klasse ist, wenn sie sich noch nicht politisch zu einer solchen konstituiert hat, so ist der Klassenkampf auch Klassenkampf, wenn er noch nicht seine höchste Zusammenfassung und Zuspitzung erreicht hat. Ausserdem muss, je komplizierter die Gesellschaft selbst wird, auch der Klassenkampf ein immer komplizierteres Phänomen werden, so dass er auf keiner Stufe der sozialen Entwickelung sich völlig mit dem früherer Gesellschaftsstufen deckt beziehungsweise durch deren Vorbild erschöpft wird. Das können wir an der Entwickelung sowohl des politischen, wie des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse deutlich erkennen, die zwar nicht die einzigen, wohl aber die geschichtlich bedeutungsvollsten Klassenkämpfe der Gegenwart sind. Dieser Betrachtung in Bezug auf den Gewerkschaftskampf soll ein folgender Artikel gewidmet sein. Denn bezüglich der Bedeutung seiner Formen und Methoden für die Klassenbewegung der Arbeiter als Ganzes stösst man noch auf die stärksten Meinungsverschiedenheiten.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WILLEM HUBERT VLIEGEN · DAS AGRARPROBLEM IN DER NIEDERLÄNDISCHEN SOZIALDEMOKRATIE

IM Jahre 1897 nahm die sozialdemokratische Arbeiterpartei Hollands in ihr sogenanntes *Wahlprogramm* einen Agrarparagraphen auf. Bei der Abfassung dieses Paragraphen ging die Partei nicht von ihren theoretischen Grundsätzen aus; ob diese zu Schaden kamen, darüber machte sie sich wenig Sorge. Desto stärker standen die Beratungen unter dem Einfluss der Praxis; man rechnete fast ausschliesslich mit der Lage, in der sich gerade zu dieser Zeit die niederländische Landwirtschaft befand. Es ging ihr damals fürchterlich schlecht. Der Getreidebau schien hoffnungslos verurteilt, zu Grunde zu gehen. Auch die Preise aller anderen landwirtschaftlichen Produkte waren sehr gedrückt. Der Bauer hatte den Glauben an die eigene Arbeit verloren und erwartete Hilfe nur noch von den Getreidezöllen. Einstweilen hatte man auf dem Lande eine entsetzliche Arbeitslosigkeit, welche grossenteils daher stammte, dass die Bauern, den sicheren Untergang so wie so vor Augen, die Arbeit auf dem Acker bis zu einem Minimum einschränkten. Obgleich diese Krise vornehmlich in den Jahren 1889 bis 1895 herrschte und

1897 schon eine kleinere Besserung eingetreten war, so lebte doch die Partei im Anfang des Jahres 1897 noch voll unter dem Eindruck des gesehenen Elends. Auf der Suche nach Rettungsmitteln kam man zu folgendem Agrarprogramm:

»Bessere Regelung des Pachtkontraktes im Interesse der Bauern und Arbeiter. Sie soll ausgehen von dem Grundsatz, dass Pacht nur gezahlt zu werden braucht vom Reinertrag des Betriebes. Unter die notwendigen Unkosten, die vom Totalertrage abzuziehen sind, ist auch der Betrag zu rechnen, der für den Lebensunterhalt des Pächters und seiner Familie notwendig ist, sowie der Normallohn für die beschäftigten Arbeiter.
Erweiterung der Bestimmungen der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Interesse des Pächters und Verbot der Umgehung dieser Bestimmungen im Pachtvertrag. [Die Paragraphen handeln vom (teilweisen oder gänzlichen) Erlass der Pachtsumme bei Missernte u. s. w.]
Recht des abziehenden Pächters auf Ersatz seiner Aufwendungen an Kapital und Arbeit, durch die das Pachtgut verbessert worden ist.
Aufnahme einer Bestimmung in die Pachtverträge über die Minimalzahl der Arbeiter, die der Bauer das ganze Jahr hindurch halten muss; diese Zahl ist nach Umfang und Art des Betriebes entsprechend den örtlichen und sonstigen Verschiedenheiten zu bestimmen.
Einsetzung von Pachtkommissionen in allen ländlichen Gemeinden, gewählt aus und von den Grundbesitzern, Pächtern und Arbeitern. Kein Pachtkontrakt soll gültig sein, wenn er nicht durch die Pachtkommission gutgeheissen ist.
Ausdehnung des Enteignungsrechts der Gemeinden zum Zwecke der Verbesserung der Wohnungszustände und der Arbeiterverhältnisse, sowie zwecks Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die ländlichen Gemeinden sollen in die Lage versetzt werden, ansässigen Arbeitern Land und Arbeitsmittel zu möglichst niedrigem Preis zu verschaffen. Die Arbeiter sollen so viel Land erhalten, dass sie darauf ihren ganzen Lebensunterhalt erwerben können.
Abschaffung aller Privilegien im Jagdrecht. Grössere Selbständigkeit der Gemeinden in der Besteuerungsfrage. Gewährung des Rechts, aussenwohnende Gutsbesitzer zu besteuern.
Ausdehnung des bestehenden Arbeiterschutzes auf die Landarbeit.«

In Vorkommnissen des täglichen Lebens der Bauern hatten alle diese Forderungen ihren Ursprung. Einige von ihnen waren schon früher so formuliert worden, teils von der Bodenverstaatlichungsagitation, die Anfang der neunziger Jahre im Sinne Flürscheims in Holland getrieben, teils auch von den Landarbeitern selbst, welche 1890-1891 im Norden des Landes beinahe revoltierten.

MIT diesem Agrarprogramm führte die niederländische Sozialdemokratie 1897 den Wahlkampf; und hatte Erfolg. Weitaus die meisten Stimmen, die sie erhielt, kamen vom platten Lande. Aber von 1897 bis 1901 änderte sich vieles auf agrarischem Gebiet. In der Sozialdemokratie Deutschlands und anderer Länder wurde die Agrarfrage lebhaft erörtert und Gegenstand neuer Untersuchungen. Dadurch gewannen wir viel tiefere Einsicht in diese Frage. Vornehmlich aber brachten es die bedeutenden Veränderungen, welche sich im Betriebe bemerkbar machten, die total veränderte Lage der Landwirtschaft selbst mit sich, dass der Agrarparagraph bald auf Kritik bei den Genossen stiess. Der Schreiber dieses meinte schon am 25. Juni 1900 bei der kritischen Wiedergabe eines Artikels, den Vandervelde über die Agrarfrage veröffentlicht hatte: »Es ist ziemlich sicher, dass angesichts der veränderten Verhältnisse unser Agrarprogramm weniger lange bestehen bleiben wird, als sein Erfolg im Jahre 1897 und später vermuten liess.« Noch stärker drängte sich

mir die Überzeugung auf, dass unser Agrarprogramm geändert werden müsse — noch am 15. Oktober 1898 hatte ich es in der *Neuen Zeit* verteidigt —, als ich auf der Pariser Weltausstellung die mächtigen, modernen Hilfsmittel sah, deren die Landwirtschaft sich bedienen könnte, wenn sie mehr, als bisher, die Bahnen des Grossbetriebes einschlüge. Nun besserte sich die Lage der Landwirtschaft in Holland zusehends, die Preise der Produkte stiegen, der Betrieb wurde wieder rentabel, die Grundrente ging wieder in die Höhe. Da lag es auf der Hand, dass die Entwickelung des Betriebes, auch in technischem Sinne, schnell vorwärts gehen würde. War für diese Entwickelung der Grossbetrieb notwendig oder auch nur förderlich, so m u s s t e sie ihn j e t z t mit sich bringen.

AUF dem Parteitag in Utrecht /1901/ wurde die Kritik des Agrarparagraphen zum ersten Male öffentlich laut. Sie ging vornehmlich vom Genossen Dr. Gorter aus, der in seinen Anschauungen völlig auf den in Kautskys *Agrarfrage* niedergelegten fusste. Die im Agrarprogramm geforderten Reformen des Pachtvertrages und Landverleihungen an Arbeiter wurden als nicht sozialistisch und nicht proletarisch verurteilt. Der Kongress wollte damals an eine Programmänderung nicht herangehen, sondern beauftragte den Parteivorstand, eine Kommission zu ernennen, welche die ganze Agrarfrage für unser Land studieren und danach ihre Anträge stellen sollte. Mitglieder der Kommission wurden Gorter, Melchers, Tak, Troelstra und ich; von mir wurde dann der schriftliche Bericht der Kommission an den Parteitag in Dordrecht /1904/ erstattet. Es kam damals nicht zu seiner Durchberatung, so dass der Bericht dem diesjährigen Parteitag im Haag wiederum vorlag. Doch auch dieser Parteitag fand keine Zeit, sich mit der Materie eingehend zu beschäftigen; sie wurde nochmals vertagt, nachdem auf meinen Antrag in einer Resolution ausdrücklich erklärt worden war, dass der prinzipielle Teil des Parteiprogramms in einigen Punkten der Abänderung bedürfe.[1]) Der Ansicht der Kommission, dass der Satz, der von der Konzentration a l l e r Arbeitsmittel in immer wenigeren Händen spricht, nicht aufrechtzuerhalten sei, trat auch der Parteitag bei. Dieser Punkt ist nur deshalb noch nicht abgeändert worden, weil man sich lieber das ganze Programm noch einmal ansehen will.

DIE Vorschläge der Kommission werden natürlich die Grundlage der späteren Beratungen abgeben. Ich will mich daher mit den in ihnen vertretenen Anschauungen im nachstehenden ausführlicher beschäftigen. Bemerkt sei noch, dass die Kommission, obwohl ihr Angehörige der verschiedensten Richtungen in der Partei angehörten, alle ihre Beschlüsse e i n s t i m m i g gefasst und den Bericht bei seiner Feststellung einstimmig genehmigt hat.

× × ×

Die Entwickelung der Landwirtschaft

IN der Einleitung ihres Berichts weist die Kommission auf den prinzipiellen Teil unseres Parteiprogramms hin, wo als die hauptsächlichsten Faktoren, welche sich die Welt in der Richtung zum Sozialismus hin entwickeln lassen, genannt werden: 1. das Bestehen und die stets schärfere Ausprägung einer Proletarierklasse einerseits, einer Klasse von Besitzenden andererseits, 2. die Konzentration in Besitz und Betrieb, 3. das schnelle Anwachsen der Produktivkräfte, die eine Regelung der Produktion immer notwendiger mache. Die ver-

[1]) Vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 625.

schiedenen Reformen, die der praktische Teil unseres Programms fordert, haben nur den Zweck, das Proletariat zu dem Kampfe um die sozialistische Gesellschaftsordnung zu stärken und die Einführung dieser neuen Gesellschaftsordnung vorzubereiten. Vollzieht sich nun auch die Entwickelung der Landwirtschaft in der Richtung, die der prinzipielle Teil des Programm andeutet? Mit der Beantwortung dieser Frage beginnt der Kommissionsbericht.

SCHON aus der Tatsache, dass die Partei 1897 das Bedürfnis empfand, einen besonderen Abschnitt für die Landwirtschaft in das Programm aufzunehmen, geht hervor, dass die Lage in diesem Produktionszweig der in den anderen nicht gleich gestellt werden konnte. Jetzt ist es für niemanden ein Geheimnis mehr, dass die Entwickelungstendenzen für die landwirtschaftlichen Betriebe ganz andere sind, als die, die im allgemeinen in Handel und Gewerbe festgestellt werden können.

FÜR Holland steht die Konzentration der Handels- und Industriebetriebe fest. [2]) Der prinzipielle Teil des Programms nimmt aber diese Konzentration für alle Betriebe an und spricht von einer Konzentration aller Arbeitsmittel in »wenigen Händen«. Einstimmig ist die Kommission zu der Ansicht gekommen, dass dies nicht richtig ist. Keine Tatsache stützt die Auffassung, dass auch in der Landwirtschaft der Grossbetrieb den Kleinbetrieb und der Grosskapitalist den kleinen Unternehmer verdränge. Weder in Holland, noch sonstwo ist das der Fall. Die Statistiken hierüber aus England, Frankreich und Deutschland werden ergänzt durch folgende Tabelle über die Anzahl der Unternehmer in den landwirtschaftlichen Betrieben Hollands:

Grösse der Betriebe (in Hektar)	im Jahre 1902		im Jahre 1901	
	Besitzer	Pächter	Besitzer	Pächter
1 bis 5	44 817	32 896	46 350	35 686
5 bis 10	21 015	13 177	20 818	13 953
10 bis 20	17 805	12 111	17 280	12 656
20 bis 50	11 155	10 700	10 756	11 379
50 bis 100	1 457	1 867	1 399	1 933
mehr als 100	130	81	101	90

In der ersten Grössenklasse sind nicht alle Betriebe unter 5 Hektar mitgezählt, sondern nur diejenigen, über 1 Hektar; dadurch sind in dieser Kategorie die kleinen Grundstückchen nicht einbegriffen, welche Lohnarbeiter in ihrer freien Zeit für sich selbst bebauen.

DIE Zahl der hier festgestellten Unternehmer deckt sich vollständig mit der bei der Berufszählung gefundenen Zahl der Selbständigen in der Landwirtschaft. Das waren am 31. Dezember 1899 182 217. Die in der Tabelle gegebene Zahl für 1901 ist 177 401. Die Abweichung ist unbedeutend. Die Entwickelungstendenz, welche aus dieser Tabelle hervorgeht, zeigt sich auch in den Ziffern der Berufszählung. Die Zahl der Selbständigen in landwirtschaftlichen Betrieben wuchs von 161 399 auf 182 127, das heisst um 12,8 %, während die Unselbständigen nur von 363 225 auf 388 151, also nur um 7 % stiegen. Die Zahl

[2]) Vergl. darüber meinen Artikel *Die soziale Gliederung und Entwickelung der Niederlande* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 325 ff.

der Arbeiter pro Betrieb hat also ebenso abgenommen, wie die pro Betrieb bebaute Fläche. So gelangt für diesen Teil ihrer Arbeit die Agrarkommission zu dem Schluss:

»Es ist also nicht zu leugnen, dass der in dem prinzipiellen Programmteil der sozialdemokratischen Arbeiterpartei als für alle Betriebe gültig angenommene Entwickelungsgang sich in der Landwirtschaft nicht vollzieht, dass von einer Konzentration dieses Betriebes in einigen Händen gar keine Rede sein kann, dass im Gegenteil — mit Ausnahme von England — eine stets grösser werdende Zahl von Personen in diesem Produktionszweige als Unternehmer auftritt und so die Produktionsmittel in stets mehrere anstatt stets weniger Hände kommen.«

Das Kapital in der Landwirtschaft

DIE Kommission konstatiert dann, dass nichtsdestoweniger auch in den landwirtschaftlichen Betrieben eine kapitalistische Akkumulation stattfindet; nur geht sie auf anderem Wege und nicht so schnell vor sich, wie in der Grossindustrie.

VOR allem zeigt sie sich in der Zunahme des Pachtsystems. Da der Boden das wesentlichste Produktionsmittel in der Landwirtschaft ist, deutet allerdings das stärkere Anwachsen der Pächter, als der Besitzer, eine Entwickelung in dieser Richtung an. Die Tatsache selbst zeigen folgende Zahlen: Von 1892 bis 1901 stieg die Zahl der Besitzer in der Landwirtschaft von 96 409 auf 96 704, das heisst um 0,3 %. Die Zahl der Pächter stieg von 70 832 auf 75 697, das ist um 7%. Dabei fand die Zunahme der Besitzerzahl ausschliesslich bei den kleinen Betrieben von 1 bis 5 Hektar statt. Prozentual wurde das Land bebaut:

Grösse der Betriebe (in Hektar)	im Jahre 1891		im Jahre 1900	
	von Besitzern	von Pächtern	von Besitzern	von Pächtern
1 bis 5	57,9	42,1	56,6	43,4
5 bis 10	61,5	38,5	59,9	40,1
10 bis 20	59,6	40,4	57,9	42,1
20 bis 50	51,5	48,5	48,3	51,7
50 bis 100	44,6	55,4	42	58
mehr als 100	61,2	38,8	53	47
insgesamt	57,9	42,1	56,2	43,8

Die Veränderungen sind nicht bedeutend; doch hat in allen Grössenklassen eine Verschiebung zu ungunsten der Besitzer stattgefunden, am stärksten beim Grossgrundbesitz. Wir stehen hier also vor der wichtigen Tatsache, dass in *dieser* Hinsicht der Kleinbetrieb sich widerstandsfähiger zeigt, als der Grossbetrieb. Um dieses Resultat hervorzubringen, muss die Zahl der kleinen Besitzer stark zugenommen haben. Das ist denn auch tatsächlich geschehen auf neu in Kultur genommenen Grundstücken. In Holland wird nämlich tüchtig am Anbau von Heideland gearbeitet. Seit 1888 sind 132 000 Hektar unkultiviertes Land der Bebauung erschlossen worden. Jedenfalls beweist die stärkere Zunahme der Pächter, besonders in den grösseren Betrieben, dass wirklich ausserhalb der landwirtschaftlichen Arbeit stehendes Kapital jetzt einen viel grösseren Teil des Bodens in Besitz hat, als vor fünfzehn Jahren, dass also von einer Zerbröckelung des *Besitzes* in keinem Falle die Rede sein kann. Eine Zunahme des Klein*betriebes* ist nicht zu leugnen; von einer Zunahme des

Klein b e s i t z e s finden sich wohl Spuren, doch sind sie höchstwahrscheinlich ausschliesslich dadurch zu erklären, dass es nur sehr wenig Mühe kostet, an einem Bruchteil neu erschlossenen Heidelandes Besitz zu erwerben.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft

AUCH die niederländische Landwirtschaft ist der Industrialisierung unterworfen; diese lässt sich fast überall konstatieren. Ganz allgemein ist der Zusammenhang zwischen Industrie und Landwirtschaft enger geworden. Am raschesten hat die fabrikmässige Anfertigung von Butter und Käse die bäuerliche Herstellungsweise verdrängt. Man zählte in diesen Betrieben:

	1889	1899
Unternehmer	281	845
Zwischenpersonen	65	745
Arbeiter	941	3797

Viele dieser Fabriken sind Genossenschaften, andere Gesellschaften mit beschränkter Haftung (*Naamlooze Vennootschappen*). Bei diesen letzteren, soweit sie Butter- und Käsefabriken oder Molkereien betrieben, stieg das Kapital in der Zeit von 1896-1897 bis 1902-1903 von 3 459 000 auf 11 729 000 Gulden. Holland hat weiter eine grosse Zuckerindustrie. Die Fläche, auf der Zuckerrüben gebaut wurden, umfasste in den Jahren 1871 bis 1880 13 904 Hektar, 1881 bis 1890 20 330 und 1891 bis 1900 36 464 Hektar. Die Kartoffelmehlindustrie führte im Jahre 1903 volle 56 Millionen Kilo Kartoffelmehl mehr aus, als nach Holland eingeführt wurden. Die Ausfuhr stieg insgesamt in diesem Artikel in den Jahren 1894 bis 1903 von 43 auf 78 Millionen Kilogramm. Die Ausfuhr von Strohkartons wuchs in ihrem Werte von 1894 bis 1903 von 16 287 000 auf 41 675 000 Gulden an.

DIESE drei gewaltigen Industrieen sind unmittelbar mit der Landwirtschaft verbunden, wie die Landwirtschaft mit ihnen. Es haben ferner in den letzten zehn Jahren auch die Fabriken von Konserven, von kondensierter und pasteurisierter Milch, die Exportschlächtereien und Fleischwarenfabriken einen grossen Aufschwung genommen. Die Ausfuhr von frischem Rindfleisch betrug in den Jahren 1887 bis 1896 im Durchschnitt 4 576 000 Kilogramm jährlich; 1902 war sie auf 16 463 000 gestiegen. An Schweine- und Schaffleisch wurden 1887 bis 1896 jährlich durchschnittlich 15 600 000 Kilo exportiert. 1902 waren daraus 49 457 000 Kilo geworden.

ALLE diese Resultate wurden von grosskapitalistischen Unternehmungen erzielt und bedeuten ganz gewaltige Schritte zur Industrialisierung der Landwirtschaft. Und sobald ein Teil der landwirtschaftlichen Produktion industriell betrieben wird, ist dieser Betriebszweig auch der industriellen Konzentration verfallen. Der Bauer, vornehmlich der Kleinbauer, ist mit diesen Unternehmungen je länger, je enger verbunden. In der gleichen Stellung ist er gegenüber dem Grosshandel, der den Export zahlreicher nicht erst industriell bearbeiteter landwirtschaftlicher Produkte übernimmt, zum Beispiel den von Gemüse und Blumen. Die Ausfuhr von Gemüsen ist zwischen 1894 und 1903 von 77 auf 132 Millionen Kilo gewachsen, die Blumenausfuhr in der selben Zeit von 4,8 auf 9,5 Millionen Gulden. Dieser ganze Export wird durch grosskapitalistische Unternehmungen betrieben.

DER Einfluss des industriellen und des Handelskapitals auf die Landwirtschaft

ist also ganz gewaltig gestiegen. Aber der eigentlich landwirtschaftliche Betrieb, nicht die Weiterverarbeitung oder der Vertrieb der Produkte, sondern ihre Erzeugung, wird von diesem Konzentrationsprozess nicht berührt. In der eigentlichen Produktion herrscht bei diesem Zweige der Kleinbetrieb, dehnt sich selbst noch regelmässig aus. Die Industrialisierung der Landwirtschaft greift den eigentlichen Bauern nicht in seiner Existenz als Bauer an. Im Gegenteil: dadurch, dass ihm der Verkauf seiner Produkte sehr erleichtert ist, wenn er mit Fabriken oder Exportfirmen abschliessen kann, ist er fast jeder Sorge darum enthoben, und die verhältnismässig grosse Freiheit, die er bei der Auswahl der anzubauenden Produkte hat, macht es diesen Fabriken und Exportfirmen im eigenen Interesse unmöglich, ihn allzusehr zu rupfen. Ein grosser Gewinn für den Bauern ist ferner die Zeitersparnis, die er macht, seit er sich nicht selbst regelmässig um den Absatz seiner Produkte zu kümmern braucht und den kostspieligen Gang zu Markte unterlassen kann. Schliesslich haben die grosskapitalistischen Unternehmer auch in der Regel viel mehr Einfluss auf die Bereitstellung guter Verkehrsmittel, die für die nutzbringende Verwertung mancher Produkte, wie Gemüse, frische Milch u. s. w., unentbehrlich sind. Wohl werden die Bauern dadurch in grössere Abhängigkeit vom Kapital gebracht; aber man kann auch sagen, dass ihnen damit neue Existenzmittel erworben sind.

IM allgemeinen ist es also eigentlich verfehlt, von einer Industrialisierung der Landwirtschaft zu sprechen; denn alle diese Industrieen gelten doch nur der Weiterverarbeitung oder dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte. Und gerade durch sie findet der Bauer viel bessere Gelegenheit zum Absatz seiner Produkte, wird sein Betrieb rentabler.

Der Fortschritt in der Landwirtschaft

ABER alle diese Umstände können natürlich die von der Industrie abweichende Entwickelungstendenz nicht erklären. Der eigentliche Erklärungsgrund liegt vielmehr in der auch in Holland festgestellten Tatsache, dass der Kleinbetrieb dem grossen gegenüber keineswegs minderwertig ist. Es schien der Agrarkommission bewiesen, dass die Früchte des technischen Fortschritts beim Kleinbetrieb eben so gut ausgenutzt werden können, wie beim Grossbetrieb. Denn obgleich feststeht, dass der Grossgrundbesitz eher ab-, als zunimmt, und obgleich jedenfalls der Kleinbetrieb rasch zunimmt, kann von einer Stagnation der technischen Entwickelung in der Landwirtschaft keine Rede sein. Der Kommissionsbericht bringt viel statistisches Material dafür bei, dass die niederländische Landwirtschaft in ihrer Leistungsfähigkeit ganz gewaltige Fortschritte gemacht hat.

DIE landwirtschaftliche Bevölkerung nahm von 1889 bis 1899 um 8½ % zu. In der selben Zeit wurden 104 000 Hektar Land neu in Kultur genommen, 6000 Hektar neues Gartenland angelegt. Das Grasland wuchs um 66 000 Hektar. Die Produktion nahm in jedem einzelnen Zweige stark zu, die Intensität der landwirtschaftlichen Arbeit steigerte sich in ungeahntem Masse.

NUN ist zu bedenken, dass der Ackerbau, zumal in einem Lande ohne Getreidezölle, jetzt keine guten Zeiten hat. Das schnelle Anwachsen des Graslandes findet denn auch auf Kosten des Ackerbaues statt. Gutes Land wurde also dem Getreidebau entzogen; demgegenüber wurden Zehntausende von Hektaren neuen

Landes, fast alles erst in Kultur genommene Heide, beackert. Es wäre also unter diesen Umständen kein Wunder, wenn der Durchschnittsertrag herab-, statt emporginge. Und wie steht es nun damit? Pro Hektar wurden im Durchschnitt geerntet (in Hektolitern, die letzten beiden in Kilogramm):

Produkte	1881 bis 1885	1896 bis 1900	1901 bis 1903 a)	Bemerkungen
Weizen	22,4	26,0	28,0	a) Diese Ziffern sind stark beeinflusst durch die sehr ungünstige Ernte von 1903.
Roggen	18,5	21,7	22,8	
Wintergerste	40,3	41,8	44,5	
Sommergerste	29,2	33,2	35,4	
Hafer	36,7	44,2	46,9	
Kartoffeln	161	192	210	
Bohnen	21,1	24,2	27,2	
Erbsen	20,3	25,8	26,8	
Flachs	491	555	630	
Zuckerrüben	25 520	32 852	32 000	

Trotz der Hinzunahme viel minderwertigen Landes wächst also der Ertrag schnell an. Neben der steigenden Durchschnittsproduktion vom Ackerland steht eine tüchtige Vermehrung des Viehstandes. Der niederländische Viehstand zählte

Jahr	Pferde	Rindvieh	Schafe	Schweine a)	Bemerkungen
1889	276 200	1 490 100	772 000	493 500 — 428 500	a) Die erste Zahl ist die der am 1. Dezemb. lebenden Schweine; die zweite die der Schweine, welche im Laufe des Jahres geboren u. auch wieder geschlachtet wurden.
1894	263 800	1 508 600	665 300	640 200 — 548 500	
1899	284 900	1 646 500	755 400	737 600 — 610 900	
1903	296 200	1 667 100	654 300	882 500 — 636 300	

Die Ausfuhrziffern für Fleisch, Gemüse und Blumen, die ein starkes Anwachsen zeigten, sind bereits oben wiedergegeben. Einige andere Ziffern mögen hier folgen. Die Ausfuhr von Butter stieg von 13 003 000 Kilo im Jahre 1893 — vor 1893 wurden Butter und Margarine zusammengezählt, daher waren jene Ziffern zum Vergleich unbrauchbar — auf 19 948 000 Kilo im Jahre 1898 und auf 23 428 000 im Jahre 1903. Die Ausfuhr von Käse nahm von 9 887 000 Kilo im Durchschnitt der Jahre 1887 bis 1896 auf 17 309 000 Kilo im Jahre 1903 zu. Bei diesen Zahlen darf man aber nicht vergessen, dass dies alles nur die Ausfuhr ist. Daneben hat die holländische Landwirtschaft auch den stark wachsenden Konsum im eigenen Lande gedeckt. Die Bevölkerung Hollands ausserhalb der Landwirtschaft stieg in 10 Jahren um 17 %. Der Mehrverbrauch all dieser Menschen muss noch der Mehrausfuhr zugerechnet werden.

DAZU kommen noch andere kleinere, aber doch bemerkenswerte Tatsachen. Die Zahl der Hühner stieg in den Jahren 1870 bis 1900 von 1 814 000 auf 4 343 000, die Zahl der Enten von 324 600 auf 451 900. Die Einfuhr von Eiern sank von 3 797 000 Kilo auf 1 480 000, und das bei einem viel stärkeren Konsum im Lande. Wie die dänische, so wendet sich auch die niederländische Landwirtschaft immer mehr der Viehzucht und der Butter- und Käsefabrikation zu. Aber bei all den Veränderungen im Betriebe büsst der Kleinbauer nichts ein. Denn auch in der

Viehzucht nahm ausschliesslich die Zahl der Kleinbetriebe zu. Auf dem reinen Grasland stieg die Zahl der Betriebe von 1 bis 5 Hektar von 17 176 auf 18 822, die der Betriebe von mehr als 20 Hektar von 6821 auf 6954. Trotzdem findet in diesem Produktionszweige eine Konzentration in dem Sinne statt, dass sich die Zahl der Unternehmer vermindert. Während sie zwischen 1889 und 1899 von 15 625 auf 14 344 sank, stieg die Zahl der Arbeiter von 17 966 auf 22 157. Seit 1899 ist aber die Zahl der Unternehmer wieder stark im Wachsen begriffen.

MAN sieht aus alledem, dass von einem Verfall der Landwirtschaft gar nicht die Rede sein kann. Sie macht Riesenfortschritte, und da dies mit einer Zunahme des Kleinbetriebes zusammenhängt, so kann es nicht anders sein, als dass der Kleinbetrieb in der Lage ist, das seinige zum allgemeinen Fortschritt beizusteuern. Wenn der Kleinbetrieb, so urteilt die Kommission, wirklich minderwertig wäre, so müsste ihn der Grossbetrieb verdrängen. Das geschieht nicht; also muss der Kleinbetrieb lebens- und konkurrenzfähig sein.

Das Genossenschaftswesen

DIE Kommission hat schliesslich noch nachgeforscht, ob vielleicht unter einer anderen Form, zum Beispiel in der der Genossenschaften oder Kapitalsgesellschaften, Spuren einer grossbetrieblichen Entwickelung zu finden seien. Dabei hat die Kommission entdeckt, dass in der ganzen niederländischen Landwirtschaft Kapitalsgesellschaften zur Führung eines Betriebes vollkommen unbekannt sind. Ebensowenig gibt es Genossenschaften, die die landwirtschaftliche Bebauung von Grundstücken betreiben wollen. Das im übrigen hochentwickelte Genossenschaftswesen hält sich bei allerhand Nebendingen auf, hat nicht die landwirtschaftliche Arbeit selbst zum Zweck. Und in dieser Form ist die Genossenschaft ein weiterer Faktor, der die kleinen Betriebe existenzfähiger macht, indem sie allerlei Hilfsmittel, die sonst nur für den grossen Bauern zu erreichen waren, ihm zuführt. Der Bericht der Kommission sagt hierüber folgendes:

›Die Genossenschaft, von der mancher wohl einen Anstoss zur Konzentration erwartete, ist im Gegenteil gerade ein Mittel zur Erhaltung des Kleinbetriebes geworden. Sehen wir die Wirkung einiger ihrer blühendsten Arten an. Der Bauer, der seine Milch selbst verarbeiten, selbst seine Butter, seinen Käse u. s. w. herstellen will, kann nur bei sehr grossem Betriebe, also wenn er ein grosses Kapital zur Verfügung hat, die moderne Technik anwenden. Die genossenschaftliche Fabrik ermöglicht schon dem Besitzer einer einzigen Kuh den Gebrauch dieser Mittel. Fiel früher der Bauer bei Unglück, beim Sterben eines Stückes Vieh, bei Missernte oder dergleichen sehr bald in die Hände von Wucherern — die dadurch oft die wirklichen Besitzer seines Betriebes wurden — der genossenschaftliche Kreditverein und die gegenseitige Versicherung befreien ihn von dieser Gefahr. Der einzelne ist nicht im stande, sich den besten Kunstdünger, das beste Saatgetreide, die besten Zuchttiere u. s. w. zu verschaffen. Der genossenschaftliche Einkaufsverein besorgt das alles für ihn. Und während der Gebrauch von Maschinen schon einen sehr grossen Betrieb voraussetzt, wenn sie für ihn allein gekauft werden müssen, ist es wieder die Genossenschaft, welche die Maschine auch dem Kleinen zur Verfügung stellt. Es ist nicht unmöglich, dass dazu noch die Verkaufsgenossenschaft kommt, die bis jetzt noch nicht viel Boden gewonnen hat.‹

Also, konstatiert die Kommission, ist die Genossenschaft keine Bedrohung, sondern eine Hilfe für den kleinen Bauern.

DIE Kommission macht weiterhin eine Anzahl statistischer Angaben über die Bedeutung, welche das Genossenschaftswesen schon erlangt hat. Sie polemisiert dann gegen den anarchistischen Plan einer Landwirtschaftsgenossenschaft,

welche von einem Dr. van Eeden als alleinseligmachendes Mittel zur gesellschaftlichen Umwälzung vorgeschlagen wurde.

Revision des prinzipiellen Programms

DER vierte Absatz des Programms der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands lautet:

»Neben diesen Zeichen des Unterganges der bestehenden Produktionsweise treibt die Notwendigkeit, das Maschinenwesen im grossen auszunutzen, die schnelle Konzentration aller Arbeitsmittel in Händen einer stets kleiner werdenden Zahl von Personen und die Vereinigung dieser Personen zu Gesellschaften, die jede Konkurrenz vernichten (Trusts u. s. w.), notwendig zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion . . .«

Das gesperrt Gedruckte muss nach dem Urteil der Kommission für unrichtig erachtet werden. Deshalb beantragt sie, an seine Stelle zu setzen:

» . . . die schnelle Konzentration, wenigstens der industriellen Arbeitsmittel, in Händen einer relativ stets kleiner werdenden Zahl von Personen . . .«

Diese Abänderung hält die Kommission für ausreichend. Das Parteiprogramm nennt die Faktoren, welche die Entwickelung der Gesellschaft in der Richtung zum Sozialismus beeinflussen. Es kann aber nicht alle Tatsachen aufzählen, welche zurzeit diese Entwickelungstendenz nicht aufzeigen. Daher glaubt sie, besondere Klauseln über die Landwirtschaft nicht vorschlagen zu sollen.

Der Agrarparagraph

DIE Kommission beantragte sodann folgenden Paragraphen für das Wahlprogramm:

»Einsetzung von Pachtkommissionen, gewählt aus und von den Grundbesitzern, Pächtern und Arbeitern. Kein Pachtvertrag soll gültig sein, wenn er nicht durch die lokale Pachtkommission gutgeheissen ist.
Erweiterung der Bestimmungen der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches und Verbot der Umgehung dieser Bestimmungen im Pachtvertrag.
Recht des abziehenden Pächters auf Ersatz seiner Aufwendungen an Kapital und Arbeit, durch die das Pachtgut verbessert worden ist.
Ausdehnung des Enteignungsrechts der Gemeinden, um den Boden in den Besitz von Staat und Gemeinde zu bringen.
Verbot des Verkaufes öffentlichen Grundbesitzes an Privatpersonen.
Abschaffung aller feudalen Vorrechte. Zuerkennung des Jagdrechts an den Bebauer eines Grundstückes. Förderung des landwirtschaftlichen Fachunterrichts.«

Ausserdem beantragte die Kommission, aus dem Programm die Forderung der Verstaatlichung des Grund und Bodens wegzulassen. Ihre Anträge gehen also darauf hinaus, dass drei Forderungen, die im Programm standen, wegfallen sollen. Es sind das: 1. die Verstaatlichung des Grund und Bodens, 2. die Forderung, dass der Pächter nur Pacht zu zahlen habe von und je nach dem Reinertrag, 3. die Überlassung von so viel Landeigentum an Arbeiter, dass diese als selbständige Bauern darauf eine Existenz finden können.

WAS die Vergesellschaftung des Grundbesitzes angeht, so ist die Kommission der Ansicht, dass nichts darauf hindeute, dass der Boden eher verstaatlicht werden würde, als die andern Produktionsmittel. Da die Partei danach strebt, alle Produktionsmittel in den Besitz der Gemeinschaft zu bringen, ist es nicht notwendig, Grund und Boden noch besonders zu nennen. Der völlige Verfall der Bewegung für Bodenverstaatlichung deutet schon darauf hin, dass diese Forderung keine Lebenskraft in sich hatte.

DIE Forderung, dass nur vom Betriebsgewinn Pacht gezahlt zu werden brauche,

hält die Kommission praktisch nicht für durchführbar. Solange der kapitalistische Betrieb existiert, wird das Risiko auf dem Unternehmer ruhen müssen.

DER Programmpunkt, dass die Gemeinden das Land, das sie besitzen, an Arbeiter abgeben und ihnen die nötigen Arbeitsmittel vorstrecken sollen, damit sie selbständig darauf wirtschaften können, ist weggefallen, weil es sich ja von selbst versteht, dass die Gemeinden ihr Land verpachten, solange sie die Bewirtschaftung nicht selbst übernehmen können. Bei diesen Verpachtungen kann aber die Konkurrenz nicht ausgeschlossen werden. Die Regelung dieser Verpachtungen ist ein Teil der Regelung des Pachtkontraktes. Schliesslich hat man diese Forderung fallen lassen, weil, wenn auch die sozialistische Partei die Entstehung zahlreicher neuer Kleinbetriebe nicht hindern kann, deren künstliche Vermehrung doch ihre Aufgabe nicht sein kann. Der Grund, aus dem heraus dieser Programmpunkt in den Jahren vor 1897 geschaffen wurde, die grosse Arbeitslosigkeit auf dem platten Lande, ist ja seitdem verschwunden.

Die industriellen Betriebe auf dem platten Lande

GEWÖHNLICH wird plattes Land und Landwirtschaft als ein und das selbe angesehen. Da nun hier bewiesen ist, dass die Landwirtschaft nicht die Betriebskonzentration aufweist, die einen integrierenden Teil der Entwickelungstendenz zum Sozialismus ausmacht, könnte man zu dem Schlusse kommen, dass die Sozialdemokratie nur in den Städten fruchtbaren Boden findet. Hiergegen wendet sich die Kommission. Die Landwirtschaft teilt mit allen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens, die sich nicht kapitalistisch entwickeln, die Eigenschaft, dass ihr Einfluss auf das Gesellschaftsganze zurückgeht. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg in Handel und Industrie viel schneller, als in der Landwirtschaft. Die Zahl der beruflich Tätigen überhaupt wuchs in Holland von 1889 bis 1892 um 20 %. Aber die verschiedenen Erwerbszweige tragen in sehr verschiedenem Masse zu dieser Steigerung bei: Jagd und Fischerei mit 36 %, die Handelsbetriebe mit 32 %, die Industrie mit 24 %, die freien Berufe mit 10 %, und die Landwirtschaft mit 8½%. Im Jahre 1889 waren von je 100 Erwerbstätigen 35 in der Landwirtschaft beschäftigt, 1899 nur noch 30. Von grosser Wichtigkeit ist hierbei aber, dass sich die Entwickelung und Konzentration der industriellen und Handelsbetriebe durchaus nicht auf die Städte beschränkt, sondern dass diese Betriebe auf dem platten Lande genau die selbe Tendenz zeigen. In den Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern nahm in diesem Jahrzehnt, 1889 bis 1899, die Zahl der Selbständigen in Handel und Industrie um 1 % ab, während die Zahl der Unselbständigen um 12 % wuchs. Und das bei einer Bevölkerungszunahme von nur 3 %.

WENN also auch die Landwirtschaft sich der Betriebskonzentration entzieht, — ob zeitweilig oder dauernd, ist hier nicht zu untersuchen — so ist das keineswegs gleichbedeutend mit einem ökonomischen Stillstand des platten Landes. Auch da wirken die zum Sozialismus treibenden Faktoren, und wohl eben so stark, wie in der Stadt.

Genossenschaftliche und politische Aktion

WEIL es auch unter den Landarbeitern in Holland eine Gruppe gibt, die die gewerkschaftliche Aktion als den einzig richtigen Weg zur Befreiung des Proletariats empfiehlt, wendet sich die Kommission auch dagegen. Sie em-

pfiehlt zwar den Landarbeitern die gewerkschaftliche Organisation, gibt ihnen aber zu bedenken, dass noch mehr, als bei den industriellen Arbeitern, die Gewerkschaftsbewegung der Landarbeiter auf Hindernisse stösst, die es ihr unmöglich machen, sich auf das Gewerkschaftliche allein zu beschränken, dass ihnen die Arbeiterschutzgesetzgebung und darum die politische Aktion noch mehr nottut, als den industriellen Arbeitern, abgesehen noch von dem allgemeinen Zweck der politischen Aktion des Proletariats: der Eroberung der politischen Macht.

DER Arbeiterschutz, den wir haben, erstreckt sich nicht auf die Landwirtschaft. So sind zum Beispiel die Landarbeiter von der Unfallversicherung ausgeschlossen. Staatliche Alterspensionen, Unfallversicherung, Fachunterricht, unentgeltlicher Schulunterricht, Bekämpfung der Verbrauchssteuern, Normalarbeitstag, Wohnungsfrage, Antimilitarismus, das sind alles Punkte unseres Programms, an denen die Landarbeiter ganz genau so stark interessiert sind, wie die Arbeiter in anderen Betrieben. Die Landarbeitergewerkschaft kann vielleicht auf dem Gebiet der Entlohnung etwas erreichen, aber weiter wird ihr Einfluss in den nächsten Jahren nicht gehen. Besondere Forderungen für die Landarbeiter gibt es bei uns nicht; die Abschaffung der Gesetzesbestimmung, dass bei Streitigkeiten zwischen Meister und Gesinde dem ersteren auf sein Wort geglaubt wird, ist schon von der Regierung beantragt. Sonst besteht eine besondere Gesindeordnung in Holland nicht. Die Landarbeiter stehen unter keinem anderen Gesetz, als die anderen Arbeiter.

Abweichende Meinungen

DEM allgemeinen Bericht sind zwei persönliche Berichte zugesellt, der eine von Gorter, der andere von Troelstra verfasst. Der erstere entwickelt eine Anzahl von Gründen — meistenteils aus Kautskys *Agrarfrage* entnommen —, auf welche sich seine Meinung stützt, dass, obwohl die jetzige Tendenz eine andere sei, der Grossbetrieb zuletzt doch den Kleinbetrieb verdrängen müsse. Troelstra hingegen begründet in seinem Bericht die Auffassung, dass bei der gegenwärtigen Lage das Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht von der Annahme ausgehen dürfe, dass einst der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft durch den Grossbetrieb verdrängt werden werde. Beide Berichte waren eingeliefert, bevor der allgemeine Bericht fertiggestellt war, und sind diesem nur als Material beigegeben. Denn der allgemeine Bericht ist, wie gesagt, von allen Kommissionsmitgliedern unterschrieben worden.

IM Lande sind wohl einige Stimmen laut geworden, welche meinten, die Zunahme der Kleinbetriebe hätte nicht die grosse Bedeutung, welche ihr die Kommission beimesse, aber die Tatsache der Zunahme selbst wird nicht bestritten.

× × ×

UND so ist das Resultat der Arbeiten der Kommission, dass auch in Holland die agrarische Entwickelung anders geht, als die industrielle, und dass die Entwickelung in diesem grossen Produktionszweige sich nicht in die allgemeine Programmschablone drängen lässt.

IN einer Hinsicht kann die holländische Sozialdemokratie ruhig sein. Sie braucht den Tatsachen nicht im mindesten Gewalt anzutun, um auf dem platten Lande Anhänger zu gewinnen. Bis jetzt kam sie dort weit besser vorwärts, als in den grossen Städten; von den sieben Mandaten, welche die Sozial-

demokratie in der abgelaufenen Legislaturperiode im Parlament inne hatte, kam eines aus einem Grossstadtkreis, eines aus einem industriellen Kreis, eines aus einem Kreis, der zu zwei Dritteln Stadt, zu einem Drittel plattes Land ist; die übrigen vier Mandate stammten aus überwiegend ländlichen Kreisen. Die Neuwahlen haben das Bild nicht geändert. Wir haben da einen Wahlkreis auf dem platten Lande verloren, einen gewonnen. Und der Kreis Leeuwarden, der uns ausserdem verloren ging, ist zu zwei Dritteln städtisch, nur zu einem ländlich; obendrein stehen wir noch in diesem ländlichen Teil besser, als in dem städtischen. Insgesamt erhielten wir am 16. Juni dieses Jahres in rein städtischen Wahlkreisen 20 195 Stimmen, in rein ländlichen 24 130 und in gemischten 19 927. Wir haben also in Holland keine ausserordentlichen Mittel nötig, um auf dem Lande zu agitieren. Schon jetzt stimmen in manchem Kreis die kleinen Bauern zum guten Teil sozialdemokratisch. Auch sie brauchen Schutz gegen den Grossgrundbesitz und haben ausserdem kein Interesse an der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft.

DAS Zusammenwirken von proletarischem Bauer und Proletarier ist in der Politik ganz gut möglich und zu erreichen, ohne dass man dem Sozialismus Gewalt antut.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

CURT HARTWIG · EINIGE RANDBEMERKUNGEN ZUR FRAUENFRAGE



N der Frage nach der selbständigen Berufstätigkeit der Frau wird immer noch mit Vorliebe auf die Vorfrage zurückgegriffen, ob die Intelligenz des weiblichen Geschlechts der des männlichen gleichkomme. Ich lasse dahingestellt, ob man diese Frage bejahen will oder nicht.[1]) Aber ihre Beantwortung scheint mir ziemlich gleichgültig für die Beantwortung der Frage, ob die Frau im stande ist, die bisher vom Manne mehr oder weniger monopolisierten selbständigen Berufe auch ihrerseits auszufüllen, ob demgemäss auf diesem Gebiete ihre Zukunft liegt, oder ob nach wie vor die hauswirtschaftlich-mütterliche Tätigkeit ihre Hauptdomäne bleiben wird. Denn so viel wird mir bei näherem Nachdenken wohl jeder zugeben: So schätzenswert ein hohes Mass von Intelligenz schliesslich für jeden Menschen ist, die erfolgreiche Ausfüllung eines Berufes hängt davon nicht einmal hauptsächlich, geschweige denn ausschliesslich ab. Selbst nicht in den akademische Bildung voraussetzenden Berufen! Es laufen wahrhaftig übergenug Juristen, Ärzte, Theologen, Lehrer, Redakteure, Techniker, Verwaltungsbeamte etc. in der Weltgeschichte herum, die ganz bestimmt nicht dabei waren, als das Pulver erfunden wurde; und es wäre durchaus irrig, anzunehmen, dass sie deshalb nicht im stande seien, ihren Beruf auszufüllen. Aus einleuchtenden Gründen; denn

[1]) In Parenthese bemerkt: Die Leistungen der Frau auf dem Gebiete der Kunst, auf die man sich dabei gern beruft, beweisen meines Erachtens hier gar nichts, denn sie erfordern nicht das, was man unter *Intelligenz* eigentlich versteht; sie erfordern Gemüt, Gefühl, Phantasie — alles Dinge, worin die Frau vielleicht sogar dem Manne überlegen ist —, aber keineswegs die Fähigkeit abstrakten, begrifflichen Denkens, keineswegs die Beanlagung, lückenlose kausale Vorstellungsreihen zu bilden oder mehrere solcher zur Erzeugung neuer kausaler Zusammenhänge zu verbinden. Fähigkeit zu wissenschaftlicher und Fähigkeit zu künstlerischer Leistung sind zwei ganz verschiedene Dinge, die nicht mit einander verwechselt werden dürfen.

für die meisten selbst dieser Berufe sind Eigenschaften, wie Pflichttreue, Geduld, Pünktlichkeit, Ordnungsliebe, Geistesgegenwart, Menschenliebe, Energie, Nachgiebigkeit, steifes Rückgrat, rednerische Gewandtheit, Fähigkeit, andere zu beeinflussen, Fähigkeit, zu gehorchen oder zu befehlen, Organisationstalent, Gedächtnis, eine feste ruhige Hand, Ausdauer, Gerechtigkeitsgefühl, Unbeeinflussbarkeit, heiteres Gemüt und hundert andere Qualitäten von ungleich grösserer Wichtigkeit, als just eine besonders hohe geistige Beanlagung. Und umgekehrt wird jeder Männer kennen, denen eine grosse Intelligenz nicht abzusprechen ist, und die doch in ihrem Berufe wenig Hervorragendes leisten, weil ihnen die erforderlichen moralischen Qualitäten und Charaktereigenschaften abgehen. Ist dies schon in den akademischen Berufen der Fall, so noch in viel höherem Masse in den übrigen, die denn doch die grosse Masse der Menschheit umfassen und somit eigentlich allein ausschlaggebend sein sollten. Eine eventuelle Differenz der geistigen Begabung kann also absolut nicht als zureichender Grund gegen die gleichstehende Berufstätigkeit der Frau ins Feld geführt werden.

DER springende Punkt, dessen Klarstellung die erste Vorbedingung einer erspriesslichen Diskussion ist, scheint mir die Frage: wie verträgt sich die Ausübung eines Berufes mit der Mutterschaft? Emma Ihrer meint zwar, das »Hervorheben des Mutterberufs« sei neuerdings »fast zur krankhaften Manie ausgeartet«. Sie erklärt es für einen gewaltigen Irrtum, dass es »das erste und höchste, in der Natur der Frau begründete Lebensziel sei . . ., Mutter zu sein, der Pflege und Erziehung der Kinder zu leben«, und gelangt selbst zu der Behauptung: »Mutter Sein ist so wenig ein Lebensziel, wie Vater Sein«. [2]) Nun, ich meine, die eine Tatsache kann doch wohl keine noch so märchenhafte Entwickelung aus der Welt schaffen, dass die Frau Eierstöcke und Milchdrüsen besitzt, und der Mann nicht. Die Fortpflanzung des Menschengeschlechts ruht also einmal unabwälzbar auf den Schultern der Frau, und zwar nicht nur als eine zu ihrem eigenen (körperlichen, wie geistigen) Wohl unentbehrliche physische Funktion ihres Körpers, sondern auch als eine, ja als die wichtigste soziale Aufgabe. Denn ich bin der Überzeugung, dass jede Kultur, welche die normale Fortpflanzungsrate — drei bis vier geistig und körperlich vollentwickelte Kinder auf jede gebärtüchtige Frau — beeinträchtigt, dem natürlichen Untergang geweiht ist. Aus zwei Gründen: Einmal, weil ein Volk, in dem etwa neomalthusianische Strömungen ernstlich zur praktischen Geltung gelangen, unweigerlich von anderen Völkern — selbst niederer Kultur — über den Haufen gerannt und erdrückt wird, und zweitens, weil — vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung aus — die ständige Vermehrung der Bevölkerung als die eigentliche und letzte Triebkraft aller wirtschaftlich-technischen und damit auch aller kulturellen Höherentwickelung erscheint, und deshalb kein solches Volk auf die Dauer auf dem erreichten Stand der Kultur beharren, geschweige denn ihn weiterbilden kann. Aus beiden Gründen scheint mir der Sozialismus mit neomalthusianistischen Bestrebungen unvereinbar und die Förderung dieser letzteren als Hilfsmittel für eine wirtschaftliche Selbständigkeit der Frau nicht in Betracht zu kommen.

DASS nun Mutterschaft und selbständiger Beruf der Frau bedenklich mit ein-

[2]) Vergl. Emma Ihrer: *Die proletarische Frau und die Berufstätigkeit* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 447-448.

ander kollidieren, scheint mir trotz allem, was dagegen angeführt wird, kaum zu bezweifeln. Wer einmal mit kritischem Auge in der Praxis beobachtet hat, eine wie häufige, vielseitige und intensive Inanspruchnahme der Mutter die Pflege eines Kindes mindestens während des ersten oder der ersten zwei Lebensjahre mit sich bringt, wenn eben die Mutter den Interessen des Kindes wirklich voll gerecht werden will, der wird mir, glaube ich, zugeben, dass sich hiermit wohl jederzeit eine hauswirtschaftliche Tätigkeit der Mutter verbinden lässt, — als eine Tätigkeit, die ohne Schaden jeden Augenblick unterbrochen werden kann —, nun und nimmer aber eine ausserhäusliche oder selbst in Verbindung mit der Häuslichkeit eine solche Tätigkeit, die die Mutter nötigt, regelmässig einige oder mehrere bestimmte Stunden in besonderen Räumlichkeiten unausgesetzt zur dienstlichen Verfügung anderer Leute zu stehen, wie der Arzt, der Rechtsanwalt etc. dies müssen.

NUN wendet man freilich ein: Neun Zehntel der Haushaltungssorgen können auf kollektive Einrichtungen übertragen werden; aber auch die mehr routinemässige Pflegearbeit am Kinde könnte, wenigstens nach Ablauf der Stillungszeit, recht wohl berufsmässigen Pflegerinnen anvertraut werden, während der Mutter das Recht vorbehalten bliebe, in ihren Feierstunden auf das erwachende Gemütsleben des Kindes Einfluss zu nehmen. Hiergegen möchte ich zunächst eine Erwägung geltend machen: Die technische und wirtschaftliche Entwickelung der letzten hundert Jahre hat der hauswirtschaftlichen und mütterlichen Tätigkeit der Frau wohl zehnmal so viel Erleichterung geschafft, als heute überhaupt noch zu schaffen übrig bleibt; und ist die häusliche Entlastung der Frau wirklich in gleichem Masse gestiegen? Ich glaube nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil Hand in Hand damit auch die Ansprüche an das häusliche Leben gestiegen sind, während die Ausbeutungsmöglichkeit der früher zur Verfügung stehenden Hilfskräfte (Dienstboten, Lehrlinge, unverheiratete Schwestern und Töchter) erheblich abgenommen hat. Man erwäge doch, dass mit zunehmendem Übergang zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung alle diese Hilfskräfte vermutlich überhaupt verschwinden, dagegen die Inanspruchnahme der Frau durch das öffentliche Leben und für allgemeinere Interessen ganz erheblich steigen wird, ebenso wie die Ansprüche, die mit wachsender Grösse und besserer Ausstattung der Wohnung, mit geringerer Arbeitszeit des Mannes, mit steigendem Niveau der weiblichen Bildung an die Frau herantreten. Und den *Einfluss auf das erwachende Gemütsleben des Kindes* auf die *Feierstunden* zu beschränken, das heisst auf die kurze Frist, wo die berufsmässig tätige Mutter von der Last der Tagesarbeit abgespannt und müde ist, während das Kind eigentlich schon ins Bett gehörte, das scheint mir auch nicht gerade sehr im Interesse der jungen Generation zu liegen, ganz abgesehen davon, dass solch ein Einflussnehmen sich nicht *en passant* abmachen lässt, sondern gerade eines möglichst intensiven ständigen Zusammenlebens, wenn auch gar nicht immer einer direkten Beschäftigung mit dem Kinde bedarf. Emma Ihrer bemerkt zwar — mit vollem Recht—, dass Mutter Werden keineswegs ohne weiteres den Besitz pädagogischer Talente in sich schliesse. Aber in jenen *Erziehungs*funktionen, die eine Kindergärtnerin ebensogut wie die leibliche Mutter ausüben kann, sehe ich auch keineswegs das Wesen der Mutterschaft. Sondern diese liegt meines Erachtens in dem Gemütsbande, welches Mutter und Kind so eng an einander fesselt, so in einander aufgehen lässt, wie

kein anderes Menschenpaar, auch nicht Ehegatten, und welches — wenn auch beruhend auf der natürlichen physiologischen Zusammengehörigkeit — nur durch die intensivste Lebensgemeinschaft gepflegt werden kann. Auf die *Erziehung* im üblichen Sinne gebe ich überhaupt sehr wenig; sie kommt doch nicht auf viel mehr, als einen äusseren Drill, heraus und kann Qualitäten des Geistes und Charakters weder schaffen, noch verändern. Aber der Mutterliebe und ihrer ununterbrochenen Betätigung bedarf das Kind, wie die Pflanze der Sonne; das heisst des Bewusstseins: hier ist ein Mensch, der dich so liebt, wie kein anderer und keinen anderen auf der ganzen Welt, und der deshalb auch das Gemütsbedürfnis hat, so eng mit dir zusammen zu leben, wie mit keinem anderen auf der Welt, und umgekehrt auch du mit ihm. Das ist aber etwas, was auch die beste *Kinderpflegerin* nicht ersetzen kann, denn sie liebt bestenfalls Kinder, nicht aber, wie die Mutter, gerade dieses eine Kind, obgleich es vielleicht hässlich, kränklich oder wenig begabt ist, weil es eben ihr eigenes Kind ist. Darum ist es so grundfalsch, wenn Oda Olberg sogar erklärt, die Trennung von Mutter und Kind sei »für beide Teile nur heilsam. Die leidenschaftliche Anhänglichkeit der kleinen Kinder, denen gewissermassen die Luft zum Atmen fehlt, wenn die Mutter sie einen Augenblick verlässt, ist eine Ursache grossen Herzeleids für die Kinder.«[3]) Ja, allerdings, genau so, wie die Liebe zwischen Mann und Weib; aber doch ein *Herzeleid*, das kein Mensch mit einer Spur von Gemüt entbehren möchte, ein *Herzeleid*, das nicht nur während der Kindheit selbst, sondern auch als Erinnerungsfaktor und ein das Gemütsleben beeinflussendes Moment für das gesamte Leben von grösster Bedeutung ist und ohne Beeinträchtigung des *grösstmöglichsten Glücks* gar nicht eliminiert werden kann.

LIEGT nun aber in der Mutterschaft der Frau bereits eine wichtige soziale Aufgabe und Funktion der selben, so ergibt sich meines Erachtens die logische Konsequenz daraus, dass schon die blosse Mutterschaft bei der Frau ebenso von der Gesellschaft entlohnt werden muss, wie die berufliche Arbeitsleistung bei dem Manne, das heisst, dass mit dem Augenblick, wo eine Frau Mutter wird, sie auch ohne jede sonstige *soziale Arbeit* den Anspruch auf wirtschaftliche Sicherstellung ihrer und ihres Kindes Existenz gegen die Gesellschaft erwirbt; ein Anspruch, der, wenn nicht lebenslänglich, mindestens so lange besteht, bis das jüngste von ihr geborene Kind selbst erwerbsfähig geworden ist. Wenn ich nicht irre, hat sich schon Johann Most in ähnlicher Weise geäussert.

UND diese Lösung der Frauenfrage — bei der selbstverständlich keine Mutter an der freiwilligen Ausübung eines Berufes gehindert würde — scheint mir auch aus einem anderen Grunde noch beachtenswert: Alle, die sich in dieser Zeitschrift bisher zur Frauenfrage geäussert haben, setzen als Eheform der Zukunft die Einehe voraus, sei es auch eine noch so leicht lösliche. Indes, will ein Problem wissenschaftlich gelöst sein, so muss diese Lösung sich auch dann als ausreichend erweisen, wenn andere Voraussetzungen, als gerade die momentan gegebenen, Geltung haben. Es ist schliesslich noch dem Zweifel unterworfen, ob die scheinbar monogamische Beanlagung des Kulturmenschen nicht eine aus den wirtschaftlichen Verhältnissen, welche heute die mono-

[3]) Vergl. Oda Olberg: *Polemisches über Frauenfrage und Sozialismus* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 307.

gamisch-patriarchalische Familie notwendig machen, entsprungene Autosuggestion ist, ob nicht vielleicht gerade der höher entwickelte Kulturmensch weiter gehende Gefühlsbedürfnisse entwickelt. Es ist bekannt, dass von einigen Seiten solche Aspekte lebhaft verfochten werden[4]), und jedenfalls dürfte nicht jede zukünftige Gesellschaft gewillt oder im stande sein, die Betätigung derartiger Neigungen gewaltsam durch Strafgesetz oder wirtschaftlichen Zwang zu verhindern. Es liegt nun auf der Hand, dass bei einer solchen Gestaltung der Dinge die heutige Familie als gemeinsamer Haushalt beider Eltern und ihrer Kinder der Auflösung verfiele. Die *Familie* einer solchen Zukunft würde dann lediglich gebildet von der Mutter und ihren Kindern, solange diese unselbständig sind. Grundsätzlich und allgemein wäre also der *Haushalt* ein individualistischer, ohne dass damit natürlich dem einzelnen das Recht genommen wäre, gewünschtenfalls mit einer oder mehr Personen gleichen oder verschiedenen Geschlechts zeitweilig oder für längere Dauer zusammen zu wohnen. Es leuchtet aber ein, dass die Schwierigkeit einer angemessenen Verteilung der Kosten für die Aufzucht der Kinder es dann ebenfalls als den gerechtesten und zweckmässigsten Ausweg erscheinen lassen würden, die Existenz der Mütter und Kinder von Gesellschafts wegen zu sichern und die Kosten auf die Gesamtheit der Erwerbstätigen zu verteilen. Ich betone nochmals, dass es sich nur darum handelt, eine — von gewissen Seiten vertretene — wissenschaftliche Hypothese als Einwand auszuschalten, nicht, sie zu akzeptieren. Die Zeiten sind ja wohl vorüber, wo man der Sozialdemokratie die *Weibergemeinschaft* als eines ihrer Ziele imputierte. Aber ich meine: wir dürfen bei der Diskussion der Frauenfrage eine Eventualität nicht vollständig ignorieren, deren Unmöglichkeit nicht bewiesen ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JOHANNES SCHLAF · VIER SKIZZEN

DAS MAUERBILD



IN einer Nische der alten Schlossmauer ist ein steinernes Bildnis eingefügt. Es ist wohl fast tausendjährig und ganz verwittert. So viel ich aber herausbekommen konnte, ist es die Schutzpatronin des alten Grafenschlosses und von Dingsda. Es ist die Jungfrau mit dem Kind auf dem Arm, die zwischen zwei Wappen auf einem Halbmond steht, das Haupt gekrönt mit den sieben Sternen.

ICH sitze auf dem gekrümmten Stamm eines alten Apfelbaumes, der auf dem anderen Rand des tiefen Wallgrabens steht, baumle langsam mit den Beinen, summe, blicke lange, lange zu dem uralten Mauerbild hinüber, da drüben in seiner starren grauen magischen Ruhe — und bin sehr andächtig und sehr zufrieden. — Sonne umwittert mich mit einer frischen lauen Frühlingsbrise; Gänseblümchen leuchten tausendäugig und silberhell aus dem graugrünen Gras des Angers; blau ist der Himmel; Bienen summen über mir in der Krone des alten Apfelbaumes, der in lichtrosa Blütenschleiern steht.

ICH blicke zu dem alten Mauerbild hinüber. Magisch in dem riesigen dicken Gemäuer aus Kalksteinblöcken, die fast zu einer natürlichen Felswand ver-

[4]) Vergl. zum Beispiel das von Wally Zepler in den *Sozialistischen Monatsheften* (1904, I. Bd., pag. 462) gewürdigte Buch von Emil F. Ruedebusch *Die Eigenen* /Berlin 1904/.

wachsen sind. Breite, dicke graugrüne Wellen von Teufelszwirn quillen frisch und wild aus den Mauerspalten; kleine Tannen zwängen sich daraus hervor; Vogelbrotbüsche und Ebereschen. — O Gott, und wie still es ist. — Der mächtige, graue, starre Eindruck! Wie von einem Riesenwesen, das im Bann eines mystischen Schlummerzustandes träumt.

DER Wind, der frische Wind der Höhe ist um mich, wispert, ruft und erzählt mit seiner wilden, heiseren Stimme wie ein unsichtbarer Mephisto. — Ja, Mephisto will ich sagen. — Scheint es alles in Strophen zu bringen, scheint es zu sagen und mitzuteilen, was ich da denke, träume und sehe. — Denke, träume, sehe von alten Grafen; von Fehden, Belagerung und Kriegssturm; von Banketten, und von wilden und noch barbarischen Familienzwisten, die in der Zeit der sächsischen und fränkischen Kaiser sich abspielten; von Burgfräuleins, Edelfrauen, Pagen und bäurischen Edelingen und Vasallen; von Falkenbeize, Wolfsjagd und fröhlichem Tanzreihen um Linde und auf grünem Anger; von Schreckensszenen aus Burgverliess und Marterturm. Und flechte Philisterschelmereien, friedsam-idyllische und ehrsame Schildbürgereien dazwischen von Hinz und Kunz, Muhme und Gevatterschaft.

UND für das alles die Patronin, die Jungfrau hier in der Ringmauer; die Jungfrau mit dem Kinde, zwischen den beiden Wappen auf dem Halbmonde, feierlich und schön von sieben Sternen gekrönt! . . .

WIE sehr starr sie ist! Man sieht's, wieviel es sie angeht! . . .

DER ZWIELICHTADLER



IE stolzen freien Adler, die hoch um Schroffen und Berghäupter, die um höchste gleissende Firneinsamkeiten kreisen, der freien mütterlichen Sonne zunächst, der Weltkönigin, ihre Lieblinge, ihre bevorzugten Söhne. — Die auch den Stürmen jener Höhen trotzen, und deren Gotteskraft selbst in ihnen noch Wonne findet.

UND doch kenn' ich einen Anblick: furchtbar, fast unheimlich, aber erhabener. — Und das ist: den Zwielichtadler fliegen zu sehen. Das ist der Zwielichtadler.

ICH meine, ich sah schon seinen Flug; jenen Flug, den niemand wagt, als er; dessen erlesener Held er ist.

ICH sah seinen Flug. Ich stand in jener grauenden Morgenfrühe mit den vielen, vielen auf jenem Hügel im weiten, freien Land; mit den Tausenden und Tausenden, die da versammelt waren, und im Grauen dieser Stunde, dieser seltsamen Früh- und Zwielichtstunde einer totalen Sonnenfinsternis zur Sonne emporblickten. —

HAST du eine solche Stunde schon mal gelebt?

ALLES Wesen erschauert plötzlich in einem dunklen Grausen, in einer mystischen, fahlen Kühle. Mensch, Tier, Vogel und Land erschauert bis ins innerste Mark in den Bängnissen dieser kühlen Fahlheit, die über alle Welt geht mit einem Hauch, wie von Verwesung. — Noch nie ist ausgesprochen worden, welches furchtbare Rätsel und Geheimnis in dieser Stunde an die Seelen rührt! Noch nie, welches Unsägliche in solcher Stunde droht.

ABER: da kam Er, der Trost, der Sonderbare: der Zwielichtsadler.

AUS den Schleiern des Horizontes löste er sich und strebte über Hügel und fahles Flachgefild, über die versammelten Scharen, die für diese Minute

die Farbe der Verwesung trugen, seinen fernen Firnen und der Sonne zu.
SEIN Flug in dieser Stunde, über unsre Häupter hin! . . .
SCHWEIGEND und mit Staunen hafteten an seinem Flug unsre Blicke.
ER ist der edelste der Sieger. Der Zwielichtadler . . . .

Die zwei Ahnenbilder



M ersten Stockwerk, am Ende einer Flucht von Zimmern, ist eins gelegen, das so gut wie leer steht und nicht mehr benutzt wird, ausser dass man Getreidekörner auf die graubleichen, morschen Dielen schüttet und Mehlsäcke in seine Ecken stellt. Aber ich gehe zuweilen hinauf, um eine nachdenkliche Stunde dort zu verbringen. — Ich liebe das alte Zimmer. Es hat drei Fenster Front und ein viertes einzelnes Fenster. Durch die drei Fenster blickt man in den schönen grossen Gutsgarten herein, mit seinem kleinen Park dahinter, und durch das vierte Fenster geniesst man einen Weitblick über Fruchtfelder und Wiesenland, die am Horizont von einer lieblichen bewaldeten Hügelkette abgeschlossen sind.
ICH liebe das verlassene alte Zimmer auch, weil es natürlich heisst, dass es in ihm spuke. Ich habe keine Furcht vor solchen Gespenstern; man kann sich so schön mit ihnen unterhalten. Eine sommerliche Mitternachtsstunde mit Vollmond hier zu verbringen: man kann sich nicht vorstellen, wieviel Poesie das hat; oder *Romantik*, wie man das in diesem Landstrich hier noch zu nennen pflegt. Man sitzt dann ganz in einer Stille, die das Köstlichste ist, was ich kenne. — Man atmet den alten, so heimisch beredten Moderduft des alten Raumes, der sich mit dem von Getreide und Mehl mischt und mit einem leisen Hauch rosenruchgeschwängerter Nachtluft. Und du hörst nichts, als das Ticken der Holzwürmer in den Dielen, und von der fernen mondlichten Gasse her das grusliche Tuthorn des Nachtwächters! Du lieber Gott, er ist 75 Jahre alt! . . .
ALSO es spukt hier. Wahrscheinlich, weil es so schneeweiss getünchte Wände hat, das alte Zimmer; mit solch wunderlichem Netz- und Arabeskenwerk von Rissen und Sprüngen; und weil es eine so schneeweiss getünchte Decke hat mit solchen schnurrigen, weissen Arabesken und Gipsgirlanden von wer weiss was für einem *Anno Tobak*! — Und weil es eine so schnurrige alte, braune, morsche, hohe Flügeltür hat, mit Putten, die porös sind, wie braunrote, grossmächtige Futterrüben, und die noch weit, weit vom *alten Fritzen* her datieren. Und weil es ein so schnurriges Gebäude von altem Kamin hat, mit einem so gruslichen schwarzen Schlund von Feuerloch. Und wegen der beiden verwitterten hohen Lehnstühle, die in der frischen Lenzluft heut' Nacht in allen Fugen krachen und die tiefe geheimnisvolle Stille mit ihren mystischen Interjektionen erfüllen.
SIE stehen beide neben dem Kamin. Auf ihnen zu sitzen wage ich nicht. Ich hocke ihnen gegenüber auf der grüngestrichenen Zentesimalwage, auf der die Getreide- und Mehlsäcke gewogen werden.
VON ihr aus habe ich zugleich einen recht schönen Blick auf die beiden alten Ahnenbilder, die in ihren gesprungenen, von Bohrwurmlöchern und Fliegenschmutz verschwärzten Rahmen über dem Kamin hängen.
ES sind aber eigentlich keine Ahnenbilder. Ich glaube, es ist ein Liebespärchen. Irgend da so aus der Barockzeit her. Du siehst von ihnen nichts

mehr, als einen gespenstisch bleichen Schimmer von Gesichtern, mit magischen Augensternen, die dich kohlschwarz und gruslich anstarren. Ich glaube, die beiden da oben haben vormals in diesem Raum ein Liebesidyll gelebt; natürlich eins von denen mit dem üblichen tragischen Ausgang.

DOCH es ist eine seltsame Geschichte: noch nie ist ein Rosenduft so wundersam süss gewesen, wie der, den die Nachtluft in diesem Augenblick zu den stillen, offenen Fenstern hereinträgt . . . .

Defuncta



LS ich heut' zum Feierabend meine Feder abwischte und meine Papiere zusammenlegte, habe ich, wie gewöhnlich, tief aufgeatmet. — Aber eins kam noch hinzu. Ich sagte: »*Defuncta*«. — Halb unbewusst sagte ich: »*Defuncta*«. — Doch sogleich stutzte ich und lachte; denn ich merkte, dass mir ein lateinischer Schnitzer entschlüpft war. Das Wort passte ja doch gar nicht. — Ein *defunctus* ist einer, der abgeschieden ist; und *defuncta* ist alles, was abgeschieden ist. Und ich hatte ja denn doch eigentlich mit der üblichen Feierabendserleichterung konstatieren wollen, dass ich heute fertig sei. —

JA, und doch war ich nachdenklich; und schleppte diesen Schnitzer meinen ganzen Feierabendsspaziergangsweg mit; wie einen wohl unversehens eine Melodie überrumpeln kann, die man dann *nicht wieder los wird*. —

DEFUNCTA. —

ICH mag es gern, aus dem Abendzwielicht mit seiner letzten Pracht von Rosen- und rotbraunen Bronzelichtern in die braune Nachtdämmerung hineinzugehen, aus der die Sterne zu funkeln beginnen und der sommerliche Vollmond seine Silbernetze zu weben anhebt.

IMMER mehr verhallt und immer ferner hinter einem das Gekläff der Dorfköter und die Laute des Stallviehs; und immer mehr wird die Stille beherrscht von dem traulichen Orchester der Heimchen, mit der Fuge des Abendwindes in den Obstbäumen des Feldweges, in die sich als Soli nur noch der Ruf der Wachtel und des Rebhuhns mischt; hervor aus dem Knistern und Rauschen und der Duftwürze der goldreifen Getreidebreiten.

DEFUNCTA. —

DA blieb ich stehen und lauschte.

EIN Volkslied! Ein Volkslied wird gesungen. — Die melancholisch-feierlichen, süssen Töne eines Volksliedes. — Vielstimmig. — Es können ihrer fünfzig sein, die singen, weiss ich sogleich. — Doch gewahrst du niemand, der es singt. Die braune Nachtstille singt es; die beruhigte, tiefdunkelbraune träumende Wellung der Feldhügel; die wie florverschleierten ungewissen Bronzestreifen der Getreidefelder, die der Mond noch nicht gelichtet hat.

NIEMAND gewahrst du, der singt.

ABER ich weiss, dass es die Sachsengänger sind, die von ihren Feldarbeiten zurückkehren: Schlesier, Polen und Galizier; Domänenarbeiter, Burschen und Mädels. Die Mädels mit ihren kurzen Faltenröcken und ihren langen Schaftstiefeln. Mit ihren grellbunten Kopftüchern.

ABER es ist niemand zu sehen.

DOCH, was gelten sie auch: es ist das Lied. Das Lied . . . Ein slawisches Volkslied.

NUR das Gelände singt es. Nur das weite, braune Gelände. —

ICH meine, es erhebe sich, steige an zu einem Ziel und einer Vollendung. Ich meine, es erhebe sich zu jenen feierlichen, starrgetürmten Wolkengebirgen auf dem Rand der Ferne, deren Ränder von so holden Rosengluten leuchten. Nur sie noch im Glanz! Nur sie. — Wie eine Heimat und ein Hort des Lichtes.

DIE Seele dieser müden, verträumten, fast traurigen und doch kraftvollen und feierlichen Töne: nur zu jenen rosigen Höhen können sie streben . . . .

DEFUNCTA! — *Defuncta*! . . . Und immer wieder *Defuncta*!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HERMANN WENDEL · ÜBER HEINRICH MANN

ALS Satiriker hat man Heinrich Mann zu kennzeichnen gesucht. Das ist ein Irrtum. Stets haben Satiriker die Taschen voller ethischer Motive, schreiten durch ihre Zeit, Ätzsäure verspritzend und mit der verdächtigen Absicht, zu bessern. Als Magister laufen sie herum mit schmiegsamem Bakel. Doch das Kunstland, dem Heinrich Mann entstammt, liegt jenseits jeder Ethik, meilenweit von allen sittlichen Kategorieen. Einem Trupp von Gestalten gehört er an, die den Abwärtsgang der bürgerlichen Welt mit einer Melodie begleiten. Mit ihrer Melodie. Mit einer Melodie, in die ein Rauschen hineintönt wie von den Fittichen Luzifers, des gefallenen Engels. Eine irdische und himmlische Leidenschaftslosigkeit ist ihre gemeinsame Erkennungsmarke. Eine verruchte Freude am Schauen und Gestalten leiblicher Dinge. Im Mord sehen sie nicht die strafgesetzlich und menschlich verdammenswerte Tat. Sondern etwa mit verruchter Freude den Reiz und den Schwung der Geste, die den Dolch emporreisst. Nicht als begeisterte oder beneidende oder hoffende oder wünschende Kinder stehen sie vor dem bunten Karussell, das sich *Leben* nennt und sich dreht, dreht . . ., sondern als teilnahmlose Erwachsene, die sich mit einer leicht durchsättigten Traurigkeit der Zeit erinnern, da sie jauchzend umherschwangen auf den hölzernen Pferdchen, die wissen, dass mit nichten dies der Güter höchstes ist, die sich aber ergötzen am Flimmern und Glitzern der geschliffenen Glasstückchen und dem Spiel der gebrochenen Lichter und grellen Farben. Süss verdorbenes Blut steigt durch ihre Adern, und auf bleichen Lippen starrt die Frage *Was ist Wirklichkeit?* Einer späten und letzten Kultur Günstlinge sind sie allesamt in ihrer phosphoreszierenden Verfallsherrlichkeit.

MITTEN unter ihnen, an hervorragender Stelle, steht Heinrich Mann. Die acht Bände, in denen sich seine Schöpferkraft kristallisiert hat,[1]) legen Zeugnis ab von dem Wirken eines grossen und grausamen Meisters, einer jener Offenbarernaturen, die eherne Notwendigkeiten der Menschheit sind, unbewusste Bekenntnisse ganzer Geschlechter. Wenn wir die Namen von Renaissancemenschen aussprechen oder *Goethe* oder *Balzac* oder *Strindberg*, so erhellt ein Blitzlicht eine Epoche in ihrer geistigen Totalität, und eine Generation wird sichtbar mit allen Zuckungen ihres verschlungenen und tiefschichtigen Trieblebens. Formeln sind sie für Jahrzehnte, für ein Menschenalter im Vorwärtsmarsch der Entwickelung, auf die alle anderen für jene Jahrzehnte, für

[1]) Sie sind sämtlich bei Albert Langen in München erschienen.

jenes Menschenalter gültigen Formeln reduziert werden können. Auch Heinrich Mann ist eine Formel für die agonisierende bürgerliche Klasse.

SCHWERTERKLIRREND steht Gotth. Ephr. Lessing an der Schwelle des deutschen Bürgertums, wie es sich als Klasse den Schlummer aus den blauen Augen reibt. Vom Ausgang, da ihm schon die Lider über die Blicke sinken, hebt sich flötenspielend Heinrich Mann ab. An der rechten Kulisse beginnt es mit hellen, scharfen Lauten, in einen holden Wirrklang taumelt es aus an der linken. Im gelben Rampenlicht liegen dazwischen etwa anderthalb Jahrhunderte der Entwickelung, liegt die Zeit von Kant bis Nietzsche.

UM Vergleichswerte für H. Mann heranzuziehen, wäre mit Ehrfurcht zunächst ein gewaltiger Name zu nennen: Shakespeare. Allerdings der Shakespeare der einsamsten und verbittertsten Stunden, der jenes schonungslose Spiel von *Troilus und Cressida* schrieb. Wie der vagierende Komödiant aus Stratford am Avon, dem als Menschenkenner und Menschendarsteller kein Grösserer je voranging, kein Grösserer folgte, sieht Mann das Leben nicht aus irgend einem Winkel, sondern als freskenhafte Gesamtheit und sieht es in seinen Einzelzügen mit den Augen des Bildhauers. Mit Rodin ist er in der Schöpferkraft und Schöpferart verwandt; im künstlerischen Temperament, das die Schöpferkraft zu *regulieren* pflegt, mit Wedekind. Von beiden der *Deutschere,* der Eindeutigere ist Wedekind. Mann hat nach eigenem Geständnis — man wusste es auch so — einen Einschlag romanischen Bluts. Vielleicht deshalb weisen starke Striche seiner Wesenheit nach dem stahlzähen Charakter Balzacs hin, doch nach einem Balzac in der gedämpften, blassen Farbenwut des XX. Jahrhunderts, um einige Müdigkeitsgrade dem grossen Schweigen näher gerückt, das einst dies ganze kuglige Erdgestirn eineisen wird unabänderlich. Doch Balzac schreibt mit fester Hand über das Werk seines Lebens *La comédie humaine* und arbeitet mit ernster Miene. Doch Mann hängt dem Roman *Im Schlaraffenland* den Untertitel *Ein Roman unter feinen Leuten* an und arbeitet mit ernster Miene, ohne an Satire zu denken. Der selbe Ton klingt an und schwingt weiter. Im letzten Moment wäre als weitläufiger Vetter vielleicht noch Gustave Flaubert zu nennen, da wo er am vollsten und saftigsten ist: in der *Education sentimentale.*

EIN titanisches Wollen steckt Mann in den Gliedern. Eine Renaissancewelt voll animalischer Kraft und seelischer Grazie möchte er neu aufbauen, Flammen auflohen lassen königlicher Leidenschaften, Paläste über die Lande streuen voll Glut und Marmor und Rosenhaine und das Dunkeln der Lorbeerbüsche, möchte d a s L e b e n geben, das grosse, heilige, brausende — und es bleibt nur ein Sterbespiel mit entarteten Süchten, eine unwerte tragische Komödie, ein sachtes Untergehen in überreizter, müder Schönheit. Zu hell ist eben das Blut der Heutigen, zu dünn und mit wenig Eisengehalt. Mit gefasstem Humor ins Leben hineinzulächeln, lächelnd Menschen und Sterne und Schicksale durcheinandersausen zu sehen, ist ihr glanzvollstes Erbteil. In ihren Kunstwerken kneten sie das Leben mit eleganter Melancholie und niedlichem Zynismus, wie ihr Blut und ihre Vererbung es ihnen diktiert. Die Bourgeoisie singt durch ihren Mund ihr Sterbelied. So packt uns auch Heinrich Mann und versenkt uns in eine Stimmung, die sich nicht leicht beschreiben lässt. In eine Stimmung, als hätten wir nüchtern in zarter Frühe viel Portwein altspanischer Rasse getrunken. In eine pfirsichflaumige Rauschstimmung, in der über-

hitzt das Gehirn mit kinematographischer Hast arbeitet, das Auge aber wundersam klar ist. Wie durch einen wehenden Schleier gesponnenen Glases sehen wir das Leben und die Menschlein mit ihrem Hin und Her, und wie sie sich verkrallen in Hass und Liebe und kläglich kommen und kläglich gehen, sehen das alles und empfinden eine ruchlose Freude dabei. Gedämpft, wie durch zwölffache Vorhänge, gleiten alle Laute an unser Ohr. Unkörperlich erscheint die Welt, als ein buntes Schattentheater mit grotesken Formen. Ein gigantisch geisterhafter Puppenspieler zieht die Fäden.

UND ein Motiv rauscht durch das Gefüge mit ehernen Fittichen: Des Schicksals Wahrheit ist des Lebens Lüge!

DIE Menschen, die durch seine Bücher wandeln und hinken und taumeln und rasen, zeichnet Mann auf ganz eigene Art. Diese seine Art streift nahe an die karikaturistische Verzerrung, ohne etwa darin aufzugehen. Einen typischen Einzelzug lässt er, bei Männlein und Weiblein, grell hervorleuchten. Seine Menschen sehen, einzeln betrachtet und selbst in Gruppen beisammen, noch leidlich vernünftig, noch leidlich *real* aus, doch an der Wand werfen sie einen unmöglichen, riesenhaften Schatten. Oder der Meister stellt mit blasser Skepsis seine Gestalten hin und verleiht ihnen, bildlich gesprochen, einzelne übergrosse Gliedmassen: diesem eine unglaubliche Nase, jenem eine kyklopische Hand, einem dritten gar einen überdimensionalen Geschlechtsteil. Wie ein Bildhauer schaut er, und wie ein Bildhauer meisselt er auch. Weil in dieser wirrsäligen, kapitalistischen Kultur auf ihrem Höhe- und Explosionspunkt nur das nackte Extrem Trumpf ist, spielt er mit Extremen und arbeitet das Ungeheuerliche heraus. Seine Technik hat einiges vom Naturalismus mitgenommen und einiges vom Impressionismus und stammt in gerader Linie von der Romantik ab. In seiner ersten Veröffentlichung, dem Novellenband *Das Wunderbare,* finden sich auch stoffliche Anklänge an die Romantik in reicher Fülle. Da gemahnte beispielsweise *Die Gemme* an E. Th. A. Hoffmanns italienische Stücke, und das Weib, das seltsam wesenlos durch die Titelnovelle gespensterte, konnte ihre intime Verwandtschaft mit den schemenhaften Frauengestalten nicht verleugnen, die ein Edgar Allan Poe schuf, den Ligeias und Morellas. Manns Stil hat sich von einer ziemlich charakterlosen Glätte zu der schroffsten Eigenart durchentwickelt, die ein Sprachkünstler unter den Heutigen sein eigen nennen könnte. Im *Schlaraffenland* schien noch ein Versinken im allgemeinen naturalistisch-impressionistischen Stil zu befürchten. Danach aber wird er ganz persönlich, danach kann man nur mehr von einem Mannschen Stil reden. Einmal ist bei ihm eine plastische, starre Bildlichkeit zu verzeichnen, und dann ein wahres Flammenmeer von glutigen Farben. In Ströme gleissenden Lichts stellt er Statuen hin und wütet pastos mit seinem Pinsel auf der Leinwand herum. Zeitweilig überschlagen die Farben wie Feuergarben den sinnlichen Ausdruck; meist aber dienen sie ihm als leuchtende, unheimlich glänzende Folie. Die Glut seiner Sterne frisst Löcher in den samtnen Himmel. Ganze Strecken sind eine ermüdende koloristische Raserei.

EIN Beispiel: »Zwischen den Reben drängten sich viele Farben und leuchteten wechselnd herauf aus Laubwolken. Die weissen Pfade waren bunt von Volk, rasselten von Karren, blühten von heissen Gesichtern, schallten von Lachen. Eine ungeheure Butte, überquellend von Trauben, von schwarzen

und goldenen, tauchte schwankend unter grüne Siegerpforten. Lärmende Weiber zogen aufs Feld, den leeren Korb auf der Hüfte. Sie wiegten ihn, zurückkehrend, gefüllt auf dem Kopfe. Im durchbrochenen Blätterschatten rauften blossbeinige Knaben sich um blonde Beeren, bepudert mit Staub. Ein Mädchen kniete am Wegrand, sie lächelte verführerisch, den Kopf im Nacken, und ein singender Bursche in weisser Hose liess Beeren in ihren Mund fallen, eine nach der andern, von der schweren Traube, die sein Arm hinaufreckte ins Licht. Er war halbnackt und glänzte vor Hitze; auf seiner Schulter falteten sich die Muskeln, auf seiner Brust waren sie gespannt. Die grosse Traube glänzte seiden. Jede Beere, die fiel, spiegelte sich in des Mädchens Augen und ward, rötlich, rund und feucht, umwunden von ihren Lippen, wie von zwei purpurnen Schlangen.« Auch im einzelnen sind die Bilder, mit denen Mann einen wuchtig lebendigen Ton in das Ganze hineinbringt, von schwerem, kostbarem Persönlichkeitsgehalt durchsättigt. Ein Palast »grüsst, wie ein gravitätisch lächelndes Gesicht«. Die Wasser »empfangen freundlich jeden Reflex, wie ein Kompliment«. »Die bäuerischen Farben der Blumenbeete schwatzten fröhlich im Licht; das Lila der Fliederbüsche flüsterte nur.« Und wo Mann Gesichter formt, Figuren hinhaut, begreift man, warum der Zug seines Wesens michelangelesk ist. Er ist im Besitz eines eigenen Vokabulars. Mit architektonischen Ausdrücken gibt er uns die Linien eines Antlitzes wieder. Etwa: »Die schwarzen Barren der Brauen drohten unter ihrem wilden Haar.« Oder noch kühner: »Und ihre langen Schenkel arbeiteten, stürmten, spielten mit unter den rollenden Falten des Kleides, als zwei starke, biegsame Mimen. Sie deuchte ihm ganz und gar so kühn und schwer, wie der Sturz ihres metallischen Haares über ihrem hellen Profil, mit der geraden, breitgesattelten Nase, den weiten grauen Augen, schwarz überbrückt, dem gewölbten und fahlen Kinn, der feucht vorgeschobenen, fleischigen Unterlippe . . .« Oder: »Ihr Rock lag um ihre Füsse her eine Handbreit am Boden. Hinauf bis zu den Knieen wölbte er sich weit und, schwer bestickt, eine Kuppel von gehäuften Blättern, Ranken, Pflanzen. Und ihr entstieg triumphierend die schwarze, steile Linie aus Schenkeln, Hüften, Brust und Schultern. Die Arme hingen daneben, tragisch steif. Das Haar prunkte mit dunkler und heftiger Glut über diesem bleichen Kopf, diesem rückwärts gelehnten, auf dem Rande des hohen Kragens weiss aufgeblühten . . .« Ein einziger hätte das so malen können mit seinen perversen Kontrasten, ein einziger, der auch der orchideenhafte Ausdruck einer in Fäulnis schimmernden Überkultur war: Toulouse-Lautrec!

DER Erstlingsband Heinr. Manns, die schon erwähnte Novellensammlung *Das Wunderbare*, ging bei Kritik und Leserschaft vorbei, nicht spurlos, aber ohne besonders laute Gefühle aufzuwühlen. Der Zweitgeborene jedoch, der Roman *Im Schlaraffenland*, versetzte den Autor mit einem Schlag in den Kreis jener deutschen Schriftsteller, die *zu grossen Hoffnungen berechtigen*. Man erkannte willig an, dass den vielen Werken, die aus dem *Tiergartenviertel* von Berlin W. ihren fettigen Stoff abschöpften, hier eins von unerhört neuer Prägung gegenüberstand. Aber gleichzeitig wuchtete man mit der Einschachtelung *Gesellschaftssatire* gewaltig daneben. Mann dachte gar nicht daran, dass — wie ein Berliner Kritiker schrieb — »so etwas wie der blutrote Feuerschein

einer nahenden kapitalistischen Götzendämmerung über diesem Zeitgemälde liegen« sollte. Nur einen beliebigen Ausschnitt aus dem Leben gab er, durch sein melancholisches und kynisches Temperament gesehen und breit hingewischt mit der farbenwütigen Virtuosität eines schnellen und eigenwilligen Meisters. Auch wo man von Übertreibungen im einzelnen sprach, tappte man kräftig daneben. Denn bereits dieses Werk war ein vollgültiges, allerdings noch nicht potenziertes Dokument Mannscher Schöpferkraft. Seine Art offenbarte es bereits. Und diese Art lässt sich dahin kennzeichnen: hier und da buchten die Einzelheiten weit aus von der selbst relativen Wirklichkeit der Dinge. Aber zum Ganzen zusammengeballt, kommt ein perspektivisch durchaus sicher aufgefasstes Kunstwerk heraus. Die Einzelzüge verlaufen hier und da in wahnwitzigen Kurven und tollen Verschnörkelungen; das Ganze ist mathematisch genau. Bei Einzelheiten schüttelt man den Kopf, da wir doch alle durch den Naturalismus hindurchgegangen sind; aus dem Ganzen resultiert die unzerstörbare Erkenntnis: so ist das Leben! — Mit Wedekind liegt der Fall ähnlich.

IM *Schlaraffenland* ist die Geschichte von Andreas Zumsee aus Gundlach am Rhein. Als Dichterling sitzt er in Berlin und wartet halb ungläubig, halb resigniert auf das grosse Glück, wartet auf Ruhm und Geld. Der 45jährigen Bankiersgattin Türkheimer, die eine reife Messaline mit behaglichen Allüren ist, gefällt seine Naivetät nicht minder, als sein strammer Wuchs. Lüstern nimmt sie ihn und versetzt ihn in das *Schlaraffenland,* in diesen Dunstkreis, in dem das Kapital, der Mammon die einzig arbeitende Kraft ist, während alles übrige sich auf faulen Lotterbetten dehnt. Da aber Andreas zum See, wie er sich nunmehr nennt, mit der kleinen Matzke, einer Berliner Pflanze von reinstem Wasser in all ihrer schnoddrigen Verderbtheit und Maitresse des Gemahls Türkheimer, ein wenig herumsündigt, tritt mit dem ehernen Schritt der griechischen Tragödie die Katastrophe ein. Die Atmosphäre ist etwa *Sodoms Ende.* Aber während Herrn Sudermanns angekränkelte Marlittphantasie eine sensationelle Nemesis malt mit Theatertragik und Blutstürzen, kommt hier der Schluss mit fast friedlichem Grinsen. Der unwürdige Andreas wird aus dem *Schlaraffenland* ausgestossen in die Wüstenei einer Redaktion, bezieht ein Monatsgehalt von 300 Mark und muss — Tragikomödie! — die kleine Matzke heiraten. Zur Strafe. Sonst aber läuft das Leben ruhig weiter auf Gummirädern und geölten Schienen. Die üppige Türkheimer hat schon wieder einen neuen Favoriten. Und keiner nimmt irgend etwas tragisch . . . So ist das Leben!

ABER an diesem Werk ist nicht der Erdengang Zumsees das Wesentliche und nicht die unterschiedlichen horizontalen Episoden, sondern, um einen hinreichend diskreditierten Ausdruck anzuwenden, das Milieu. So gut oder so schlecht es geht, tanzt Andreas mit in dem tollen Reigen dieser Snobs und Jobber und Schmarotzer, dieser ausgehaltenen Männer und ausgehaltenen Weiber, dieser Perversen und Erotomanen und Industrieritter. Ein Duftgemisch von Heliotrop und Moschus und Verwesung umwittert das *Schlaraffenland.* Und allerdings reckt sich im Hintergrund blutigrot eine Lohe auf, der Wiederschein einer kapitalistischen Götzendämmerung. Nur dass Heinrich Mann dieses nicht beabsichtigt hatte. Er woltte nur einen Ausschnitt geben.

FOLGTEN *Die drei Romane der Herzogin von Assy,* die unheilige Drei-

einheit Diana—Minerva—Venus. Einen Ausflug Manns in blaue, südländische Gefilde stellen sie dar; sein Renaissancewille bauscht sich hier am purpurnsten. Und es endet doch mit einem wehen, zersplitterten Sterben. Diesem müden Geschlecht ist der aufrechte Tod in rosenumkränzter Schönheit nimmer beschieden. Das leidvolle Grundmotiv ist dies: »Ein ausschweifender Wille, Begierden, die die Welt umarmen, in einem unzulänglichen Körper. Und so sind sie alle! Alle sind so, die heute dem Leben recht geben und seiner Gewalt.« Und: »Alle, die so toll, lüstern und phantastisch dahinschwirrten, jedem Kitzel nach und jeder Chimäre — sie vergingen und zersprühten endlich, gleich dem Funkenregen des Feuerwerks am Ende aller Feste. Nichts blieb nach ihnen übrig; sie hatten alles verbraucht; das letzte Gold, die letzte Kraft, die letzte Laune und die letzte Liebe.« Ein Opiumrausch ist der Traum vom Übermenschen; Wikingerblut schäumt in den Adern dieser Menschen nicht mehr auf. Die Herzogin von Assy, mit Kinderlachen hat sie gepflückt, was stets in den Sehnsüchten der Stärksten und Schönsten brodelte und sang, verwirklicht hat sie mit Kinderlachen, wonach tausend Herzen im Fieber wunschheisser Nächte gierten: das Sein als Kunstwerk zu leben. Und doch bleibt ein bitterer Rest. Alle Strahlen des Lebens rinnen zusammen in dem kristallenen Kelch, den sie selbstsicher hält, und daraus quillt ein rubinfarbenes Leuchten über die Hände, die stark sind und stolz und fest und weich. Und doch bleibt ein bitterer Rest. Politische Abenteuer knüpfend — Diana! — zigeunert sie über die Erde. Kunstwerke schlürft sie mit hungrigen Sinnen — Minerva! — und ihr Seidenbett wird schliesslich die Walstatt für zahllose brünstige Glieder. Venus! Sie stirbt: »die Stirne feucht und kalt, und brechenden Blicks lächelte sie hinüber in den Schatten. Und sie fühlte, es lächelte im Schatten . . .« Und doch bleibt ein bitterer Rest. Selbst dieses Werk, einzigartig und genial mit seiner monumentalen Wucht und ausgekleidet mit orgiastischen Farben, ist ein Dokument für einen Verwesungsprozess, der unter Fanfarenstössen und Blütenschwall sich vollzieht, aber für einen Verwesungsprozess. Die Einzelgestalt der starken Herzogin ist hier aus dem sinnverwirrenden Chaos mehr herausgemeisselt, aber ebenso, wie im *Schlaraffenland,* wirbelt um sie, wirbelt neben ihr der Tanz um das goldene Kalb mit aufreizenden und obszönen Gesten. Ein wilder Hexensabbat von lüsternen Prälaten und grossen Kurtisanen, von entnervten Balkanfürsten und gewerbsmässigen Revolutionären, von türkischen Paschas und Volksführern und Journalisten und Banditen schlingt sich und löst sich zu den Klängen einer sondern Musik. Darüber weht ein Lachen und blaut der italienische Himmel.

IM Jahre 1903 erschien *Die Jagd nach Liebe.* In gewissem Sinne schloss dieser Roman sich an das *Schlaraffenland* an. Nach Berlin München. Wieder ein Milieu, ein Wirrwar von Farben und Gestalten, von dem sich nur schwach reliefartig eine einzelne abhebt: Claude Marehn. Dieser Jüngling, »erzeugt von einem angehenden Fünfziger, der zuckerkrank war«, sieht sich mit 20 Jahren im Besitz ungezählter Millionen. Die halben Vorstädte von München sind sein Eigentum; doch erkennt er, dass Eigentum, wenn nicht Diebstahl, so doch zum mindesten Unsinn ist. Und da er einem verbrauchten Geschlecht angehört, das mit 15 Jahren zu lieben anfängt und mit 25 sein Leben ausgegeben hat, rinnen ihm die Millionen wie Streusand durch die

Finger. Von Genuss zu Genuss taumelt er, lässt Pferde rennen, abenteuert in Luxusbädern umher, redet wild in sozialdemokratischen Versammlungen, hat alle Weiber und mehr, Kokotten und Familientöchter und Damen der Gesellschaft und reckt in wütenden Nächten die Arme nach der Einen, Einzigen, immer Begehrten, nie Besessenen. Er ruiniert sich, und als er stirbt, im Todeskampf zappelt, da beugt sich diese Eine, die im Leben nur der grossen Kunst nachgeschwebt ist, über ihn: »Claude, ich l — —« So ist das Leben!

MANNS Romantik spricht hier am reinsten. Eine schmerzlich verzuckende Sehnsucht liegt über dem Ganzen ausgebreitet, und Zynismen hüpfen dazwischen umher, und der Grundklang ist wieder der selbe: Untergangsstimmung! Untergangsstimmung! Das Milieu ist *Schlaraffenland*, die Farbengebung *Herzogin von Assy*. Die Umgebung ist in etwas eine andere, als im *Schlaraffenland*: ein Heer und Meer von Dekadenz, die ganze brüchige Bohême, die ebenso vom Kapital schmarotzt, wie die Pseudoliteratenwelt des Berliner *Tiergartenviertels*, deren Vertreter im besten Fall männliche Prostituierte sind, eine üble und bunte und ekle Bande. Schon in der *Herzogin von Assy* traten Gestalten auf, die an heute Lebende gemahnten. Dass sich dieser Zug in der *Jagd nach Liebe* noch stärker ausprägte, hat eine gewisse Kritik Mann zum Vorwurf gemacht. Mit Unrecht. Denn mehr als Anregungen können diese Leute für ein Genie nicht sein. Mit anderem Gesicht wandeln sie durch ihr Sein, mit einem andern durch Manns Werke. Ebenso, wie die Natur in einem Kunstwerk nie als Abklatsch wirkt, sondern als Natur, die durch des Künstlers Temperament hindurchfiltriert ist, ebenso verhält es sich mit den Menschen. Von jedem Vorwurf ist der Schaffende, Gestaltende freizusprechen. Nach diesem Roman schenkte er uns eine Novellensammlung *Flöten und Dolche*, etwa ein Epilog zu der *Herzogin von Assy*, und in jüngster Zeit seinen wundersamen *Professor Unrat*. In der *Herzogin von Assy* offenbart sich sein Genie am gewaltigsten, am zureichendsten in der *Jagd nach Liebe* und in *Professor Unrat* am straffsten. Von allen Gestalten, die er hingestellt, ist dieser typische und hinwiederum nicht typische Oberlehrer, der widerlich und scheu durchs Leben schleicht, nur auf Befriedigung seiner magistralen Rachsucht sinnend, sonder Zweifel die geschlossenste und konzentrierteste. Zum erstenmal meisselt der Bildhauer Mann hier eine einzelne Statue, nicht ein breitflächiges Bildwerk. Ein Gattungsbegriff scheint er zu sein, dieser Professor Raat, den alle *Unrat* nennen, der seine Rede mit seltsamen Floskeln schmückt, und dessen ganzer Lebensgang Schlachtengang ist, ein heimlicher verbissener Kleinkrieg, nicht nur gegen seine Schüler, sondern gegen alle, die ihn *Unrat* titulieren, gegen seine ehemaligen Schüler, gegen die ganze Stadt. Und doch spitzt sich sein Schicksal zu einem Einzelschicksal zu. Wie er drei hoffnungsvolle Jünglinge seiner Klasse, die mit Tingeltangeleusen Wein und Sekt kneipen, *fassen* will, damit sie nicht *das Ziel der Klasse erreichen*, wie er dann selbst von der *Künstlerin Fröhlich* gefasst und umgarnt wird, wie er sie heiratet, sein Amt aufgeben muss und nun die *Künstlerin Fröhlich* benutzt, um alle seine Widersacher zu *fassen*, wie er sein Haus zur Spielhölle und zum Bordell umkrempelt und selbst als grauer und hässlicher Spinnrich alle in das Netz lockt, das darstellen und so darstellen kann im heutigen Deutschland nur einer: das kann einzig Heinrich Mann.

ALLE Elemente, die in der modernen Bewegung zu Tage getreten sind, summiert Heinrich Mann; er ordnet sie mit einer sichern und gewaltigen Künstlerhand. Und nicht nur ein Künstler von überragender Grösse ist er, sondern der restlose Ausdruck des Zeitwillens, der klar geschliffene Spiegel, der das Gesamtbild unserer Kultur zurückwirft mit wundersamen Strahlungen. Er hat es vermocht, die in unserer Gesellschaftsordnung geschichteten Fäulnisstoffe so zu unmittelbarem Leben aufglühen, aufsprühen zu lassen. Er hat die Fermente der kapitalistischen Welt, von leuchtenden Reflexen umhaucht, so hinzuwischen verstanden. Er hat die Kraft gehabt, alle Töne, die in dem Untergangsstadium der bürgerlichen Klasse wirr und irr zusammenklingen, in seinem Saitenspiel zu bannen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

CARL BLEIBTREU · VON DER ZUSAMMENSETZUNG DES OFFIZIERKORPS



IE Henckel-Donnersmarcksche Millionenbettelei für bedürftige Offiziere legt die Frage nahe, ob die Gesellschaft irgendwie zu derartiger Unterstützung verpflichtet sei. Natürlich wagten sich die alten Reden hervor, der verarmte Adel könne sonst nicht des Königs Rock tragen, wozu er doch allein bestimmt sei. Man müsse dafür sorgen, dass sich nach wie vor das Offizierkorps aus den Reihen preussischer Junker rekrutiere. Denn nur besagte Junker seien sozusagen geborene Offiziere, nur sie verständen das Geschäft!

DIESER fromme Wahn steht zu allen historischen Tatsachen in vollem Widerspruch. Schon in Roms welterobernden Legionen fochten sehr wenige Patrizier, es sei denn als Generale. Denn Traditionen eines Kriegsadels verblassen bald. Seit das feudale Rittertum zu Ende ging, wo man überhaupt kein ordentliches Heerwesen kannte und übrigens die Bürgerwehr deutscher, lombardischer (Schlacht bei Legnano), flandrischer (Niederlagen französischer Ritterschaft), französicher (Sieg bei Bouvines über deutsche und burgundische Ritterschaft) Städte kriegerisch Besseres leistete, traten überall bürgerliche Abenteurer an die Spitze der Condottiere, genuesischer Armbrustschützen, englischer Bogner, deutscher Landsknechte, schweizerischer Reisläufer, der Söldnerscharen des dreissigjährigen Krieges. Nur die höchsten Generalsposten bekleideten Leute von manchmal höchst zweifelhaftem Adel, ein gut Teil der späteren österreichischen Aristokratie bestand aus Nachkommen geadelter Kriegsabenteurer. Im Heere Ludwigs XIV. konnte schon ein Advokatenschreiber Catinat Marschall von Frankreich werden. Im k. k. Heere des siebenjährigen Krieges befanden sich unzählige bürgerliche Offiziere; Feldmarschall Laudon selber, ein Ausländer von dunklem Herkommen, konnte sich auf seinen *Adel* nichts einbilden.

FRIEDRICH der Grosse bevorzugte freilich ausschliesslich die einheimischen Junker bei Besetzung von Offiziersstellen, weil nur sie das nötige *Ehrgefühl* hätten, ein Ausspruch, auf den man sich immer wieder beruft. Es heisst aber den grossen Mann arg verkennen, wenn man ihn, den revolutionären Verächter aller Vorurteile, als Zeugen für Kastendünkel herbeizieht. Er folgte

einfach der Notwendigkeit. Der Soldatenstand war im damals hochaufstrebenden Bürgertum derart missachtet, dass niemand sonst zur brutalen Fuchteldisziplin sich hergab und dem rüden Lagerton sich anbequemte, als der damals gänzlich ungebildete, halbbarbarische *Adel* in Pommern und Uckermark. Der junge Junker hütete eben noch Gänse und Schweine, als man ihm den bunten Rock anzog und seine rohe Bärenhäuterkraft auf diese Art dem Staate dienstbar machte. Da er keinerlei andere Ideale kannte, so impfte man ihm Königstreue und militärische Ehre ein, welche seinem niederen Bildungsgrad und seiner naiven Rauflust allein verständlich zusagten, und versicherte als Entgelt, dass der Offiziersedelmann in Preussen natürlich der erste und oberste Stand sei. Einzelne hochgebildete Kavaliere, wie Schwerin, hochfliegende Enthusiasten, wie Winterfeldt, fielen hierbei ganz aus dem Rahmen heraus, denn das Gros dieser Junkeroffiziere war nach Friedrichs eigenem Urteil auch militärisch gänzlich unbegabt, subalterne Köpfe, zu höherem Kommando und selbständigem Handeln unfähig. Zur krassesten Unwissenheit trat meist grobe Liederlichkeit und Alkoholismus hinzu, so dass Moritz von Dessau sich mit besonderem Zorn über die Gardekavallerie (*Garde du Corps, Gendarmes*) äusserte. Dass sie auf dem Schlachtfeld alle ihre Pflicht taten, hing weniger mit ihrem besonderen Ehrgefühl, als mit der Furcht und Ehrfurcht vor dem gewaltigen Kriegsherrn zusammen. Jeder grosse Feldherr züchtet ein solches blindlings ergebenes Offizierkorps: Hannibals Mietlingsführer, wahrlich keine Junker, gaben hierin Friedrichs Blaublütigen nichts nach. Wohl erfordert historische Gerechtigkeit, anzuerkennen, dass der preussische Adel sich damals mit Gut und Blut dem Staate opferte, aber taten Bürger und Bauern dies weniger, die sich zur Stunde der Not bereitwillig — viele nicht Verpflichtete freiwillig — zu den Fahnen drängten? Und gerade die Lauen, Nörgelnden, Zweideutigen, Verdächtigen, über welche Friedrich zu klagen hatte, befanden sich ausschliesslich im höheren Adel.

ÜBRIGENS wurde die Zusammensetzung des Offizierkorps aus Adelsfamilien nicht so streng durchgeführt, wie man glaubt. Die Artilleriekommandanten waren Bürgerliche, Möller und Dieskau erhielten erst später den Adel, ebenso die bekannten Husarenchefs Werner, Meyer und Warnery, bei Torgau kommandierte ein bürgerlicher Oberst Butzke sogar eine Infanteriebrigade. Ebenso irrt die Legende, dass das Heer von Jena und Auerstädt lauter Junker als Offiziere gehabt habe. Füseliere, Jäger, Artillerie, Husaren hatten meist bürgerliche Chefs. Der Bauernsohn Scharnhorst, von seiner späteren obersten Stellung ganz abgesehen, fungierte schon damals als Chef des Generalstabs. Sein Beirat Müffling war ein früherer Theologe. Oberst York und Major Gneisenau, beide von äusserst dunkler und anscheinend illegitimer Geburt, wird man wohl kaum als Adelige erachten! Im Volksheer der Befreiungskriege bestand zwar selbst bei der Landwehr nur ein verschwindender Prozentsatz der Stabsoffiziere aus Bürgerlichen, dafür aber das ganze Subalternoffizierkorps der Landwehr und auch ein Bruchteil bei den Reserveregimentern. Die später zu hohen Würden gelangten Reyher und Giese stammten aus sehr *niederem* Stande. Alle Versuche der Militärlegende, die Leistung der Landwehr und somit ihrer improvisierten Bürgeroffiziere zu schmälern oder zu verdunkeln, halten aber vor der Forschung nicht Stich; denn bei Dennewitz, wie selbst der neueste offizielle Historiograph des grossen Generalstabs, Major Friederich (selbst ein

Bürgerlicher) zugibt, focht die Landwehr Bülows einfach musterhaft, und seine Bemängelung der bisher stets gefeierten Landwehr Tauentziens beruht auf absichtlicher Entstellung der Tatsachen. Bei Wartenburg, Möckern und Leipzig standen die Landwehroffiziere und ihre braven Milizen wahrlich den Linientruppen nicht nach. Bei Ligny muss man dem dritten, vierten und Teilen des ersten Landwehrregiments (Westfalen, Rheinländer, Ostfriesen) geradezu den Preis zuerkennen (Verteidigung von Ligny, Deckung des Rückzugs). Bei Waterloo bedeckten sich die erste, zweite und dritte schlesische Landwehr vor allen anderen mit Ruhm, nur ein Linienregiment hatte grössere, alle anderen kleinere Verluste, und überhaupt bestand Bülows Korps zu zwei Dritteln aus Landwehr. Bei Wawre focht ähnlich erstaunlich die kurmärkische Landwehr, die 1813 schon bei Hagelsberg so wacker draufging. Es ist bezeichnend, dass man am Schlusstag der Leipziger Völkerschlacht die Landwehr ins Hintertreffen wies, damit sie nur ja nicht an der *gloire* teilnehme, dass aber das Königsberger Landwehrbataillon des Majors Friccius es sich nicht nehmen liess, trotzdem zuerst das Grimmasche Tor zu erstürmen, wie noch heut in Leipzig Friccius' Denkmal an dieser Stelle verewigt. Die nichtswürdige Intrigue, einen Linienmajor von Mirbach vorzuschieben, der in Wahrheit der erste in Leipzig gewesen sei, ist unseres Junkermilitarismus würdig. Ich wies aber seinerzeit einen in dieser Sache gegen mich gerichteten Angriff unwiderleglich zurück. Es genügt, festzustellen, dass alle drei Bataillone des zweiten pommerschen Linienregiments, zu dem von Mirbach gehörte, nur 5 Offiziere 49 Mann verloren, dagegen das eine Landwehrbataillon Friccius 6 Offiziere 183 Mann, wovon nicht weniger als 100 tot! Von den Offizieren starben Regierungsrat Motherby, Referendar Wanorowski und Kaufmann Dulck den Heldentod, die drei anderen wurden zeitlebens invalide. Den übrigen Offizieren, den Helden Friccius obenan, »waren ihre Kleider von Kugeln durchlöchert und zerrissen« (Beitzke). Ei, ei, wo blieb denn hier das überlegene Ehrgefühl, die grössere Pflichttreue und Aufopferung der adligen Berufsoffiziere? Wo blieb die bessere Leitung ihrer Mannschaft angesichts der unübertroffenen Bravour und Gewandtheit dieser Milizmänner bei überaus gefährlichem Sturme? Es scheint denn doch, dass zur Beschaffung tüchtiger Offiziere weder Kasernendrill und Kadettenkorps der Berufserziehung, noch *ehrliebende* Tradition eines Kriegsadels nötig ist.

DER letzte Zweifel hieran schwindet vollends, wenn man die Heere der französischen Revolution und Napoléons betrachtet. Bekanntlich merzte ein Dekret des Konvents alle adligen Offiziere in Armee und Marine aus. Bei letzterer wirkte dies anfangs schädlich, da hier besondere nautische Erfahrung erforderlich und ein Teil der neuernannten Schiffskapitäne als zivilistische Landratten unverfroren das Meer betraten. Gleichwohl hielt sich die französische Flotte am 1. Juni 1794 in der grossen Kanalseeschlacht im ganzen sehr brav, und der englische Sieg fiel weit geringer aus, als in früheren Kämpfen gegen die alte aristokratische Marine. Ganz durchgeführt ward obiges Dekret wohl nicht, denn bei Abukir waren der unfähige Admiral Brueys und der heldische Kapitän Petit-Thouars Adlige. Dagegen findet sich unter den heroischen Kapitänen und Konteradmiralen bei Trafalgar kein adliger Name, die hier besser und gewandter fochten, als je zuvor Führer der französischen Flotte. Und wie sie meist fielen, so besiegelten auch alle übrigen sieben bürgerlichen Kapi-

täne bei Abukir ihren Berufseifer mit schweren Wunden. Auch Admiral Lion, der bei Algesiras zwei englische Hauptschiffe vernichtete gegen doppelte Übermacht, war ein bürgerlicher Neuling. Selbst auf diesem Gebiete also, wo man allenfalls an Wichtigkeit vererbter Berufstraditionen glauben sollte, erwiesen sich die bürgerlichen Traditionslosen binnen weniger Jahre als ebenbürtig, ja überlegen. Nur der unfähige bürgerliche Admiral Villeneuve war wirklicher Berufsnautiker. Wie aber stand es vollends bei der Armee? Dort treffen wir nur zwei Altadlige, die ihren Adel abgelegt hatten, den Marquis Grouchy und Grafen Lasalle. Zu zweifelhaftem kleinem Provinzadel rechneten sich noch Davout, Marmont, Nansouty, auch Macdonald erhob Anspruch auf *edle* schottische Abkunft. Unterm Kaiserreich traten noch einige adlige Regimentskommandeure hinzu, wie Soults langjähriger Adjutant Graf Saint-Chamans, ferner Marquis de Fesenzac-Montesquieu, der bei Jena gefallene Oberst des berühmten *36. ligne,* de Lamotte-Houdard, der bei Waterloo gefallene blutjunge Oberst de Cubières, der bei Borodino gefallene Kürassiergeneral Caulaincourt, ferner Kürassiergeneral Graf Saint-Germain und der anfangs zu den Österreichern übergelaufene Vicomte Roussel d' Hurbal. Endlich noch der schändliche Deserteur von 1815, Graf Bourmont. Mit diesen wenigen Namen, von denen nur Davout, Marmont, Lasalle zu den Berühmtheiten gehören, erschöpft sich die ganze Liste adliger höherer Offiziere der *grossen Armee,* der besten und berühmtesten Armee, von der geschichtliche Überlieferung meldet! All die anderen weltbekannten Marschälle und Generale, selbstverständlich auch sämtliche Armeeführer und Divisionäre der Revolutionszeit, stammten günstigstenfalls aus dem Kleinbürgertum, oft aus der sogenannten *Hefe des Volkes.* Da gab es Kellner (Murat), Färberlehrlinge (Lannes), Dorfnotarschreiber (Soult), Hausierer (Ney), Strassenjungen (Massena), Unteroffiziere aus untersten Ständen (Hoche, Augereau), Kommis (Oudinot), Maler (Gouvion Saint-Cyr), Bildhauer (Franceschi) u. s. w., u. s. w. Fast alle traten bloss als Freiwillige in die Revolutionsmiliz ein, und man hat noch Bonapartes Ordre, der einen Volontär, den Bürger Lannes, mit Führung eines Regiments aus dem Stegreif beauftragte. Traditionsloser konnte man also nicht sein! Nun stand der altfranzösische Kriegsadel seit Ludwig XIII., den Tagen Turennes und Condés, in genau dem gleichen Verhältnis zur Krone, wie der preussische, nur dass er unendlich gebildeter war. Seine ererbte Bravour hat er auch allzeit bewiesen — sogar 1870, wo hier und da ein Aristokrat mitfocht —, aber wahrlich keine grössere, als die hundertmal zahlreicheren bürgerlichen Offiziere des neufranzösischen Heeres, und mit nichten eine reifere Berufstüchtigkeit. Was aber das Ehrgefühl anlangt, so ist es doch sonderbar, dass gerade die adligen Marmont, Nansouty und Bourmont die einzigen notorischen Verräter des Nationalkaisers wurden, dass sogar Grouchy heut vor neuester Forschung in zweifelhaftem Lichte dasteht, dass selbst Davout, ein von Napoléon besonders Geehrter, sich 1815 undankbar und brutal gegen seinen gestürzten Souverain benahm.

UND wer hielt denn bei Preussens Zusammenbruch die Waffenehre aufrecht? Die Bürgerlichen Scharnhorst, Gneisenau, York. Wer lieferte so schimpflich Festungen aus? Herren mit bekannten fridericianischen Namen, wie Kleist, Ingersleben u. s. w. Wer blamierte sich bei Auerstädt und ergab sich schimpflich in freiem Felde bei Zehdenick? Regiment *Gendarmes,* die Blüte des

Junkertums. Brauchen wir weiter Zeugnis, als dass der König Friedrich Wilhelm selber, ein persönlich sehr tapferer und militärisch einsichtiger Mann, in der ersten Zeit nach Jena und Tilsit einen wahren Groll gegen jeden adligen Uniformträger an den Tag legte! Dass Colberg nicht durch ehrliebende Junker, sondern durch ehrliebende Bürger sich aufrechthielt, weiss jedermann; minder bekannt ist, dass auch die relativ tüchtige Verteidigung von Danzig nur durch Aufopferung der Bürgerschaft möglich wurde.

DIE Legende, traditionelle Erziehung des Adels zum Militärberuf sei zur Schaffung eines gesunden Offizierkorps erforderlich, entbehrt also jeder Begründung. Es liegt keinerlei nationales Bedürfnis vor, dem preussischen Junkertum mit mildtätigen Spenden unter die Arme zu greifen, damit kein teures Haupt dieser angemessenen Karriere von zweierlei Tuch verloren gehe. Die Ehrliebe und die Gesinnung, welche in diesen Kreisen erb- und eigentümlich gezüchtet wird, läuft auf sklavischen Royalismus und exklusiven Kastenhochmut hinaus. Dies mag der Monarchie sehr bequem und angenehm sein, das deutsche Volk aber hat keinen Grund, in seinem Volksheer, für das jeder entweder mit schweren persönlichen Opfern oder wenigstens als Steuerzahler aufkommen muss, dasjenige veraltete Element sorgsam zu päppeln, das höchstens als Leibgarde gegen den *inneren Feind* aus eigenen Interessenmotiven besonders brauchbar sein mag, sonst nur fiktive Vorzüge vor jedem bürgerlichen Soldaten hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik

Russisch-Japanischer Krieg NACHDEM es den Bemühungen des Präsidenten der nordamerikanischen Union gelungen war, Russland und Japan zur Entsendung von Friedensunterhändlern zu entsenden, fanden die Verhandlungen dieser Delegierten in Portsmouth statt. Wiederholt schien es, als ob die Verhandlungen abgebrochen werden müssten, und erst das massvolle Auftreten des Siegers ermöglichte am 5. September das Zustandekommen des Friedens. Der hauptsächlichste Inhalt der Abmachungen in Portsmouth ist folgender: Russland erkennt an, dass vom politischen, militärischen und verwaltungsrechtlichen Standpunkte aus die Interessen Japans in Korea vorherrschend sind, und wird sich nicht Massnahmen der Leitung, des Schutzes und der Aufsicht widersetzen, die Japan in Korea in Übereinstimmung mit der koreanischen Regierung anzuordnen für nötig erachtet. Die Mandschurei wird von den Russen geräumt und untersteht der Hoheit Chinas. Die mandschurische Eisenbahn wird bei Kuang Tscheng Tse zwischen Russland und Japan geteilt. Russland tritt an Japan den südlichen Teil der Insel Sachalin bis zum 50. Breitengrade mit den Inseln, die dazu gehören, ab. Dies der wesentliche Inhalt des Vertrages. Japan hat also auf eine Kriegsentschädigung in Geld verzichtet. Dies ist das hauptsächlichste Opfer, das Japan bringen musste, um Russland zum Abschluss des Friedens zu bewegen. Dieser Verzicht hat zur Folge gehabt, dass sich in Japan eine starke Opposition im Volke gegen die Regierung geltend machte, die an vielen Orten zu stürmischen und gewalttätigen Auftritten führte. Diese merkwürdige Erscheinung, dass die Volksstimmung den Krieg verlangt und die zum Frieden geneigte Regierung aufs heftigste bekämpft, stimmt sehr wenig zu der Lehre, dass immer nur die Regierungen und die Diplomatie als die Friedensstörer zu betrachten seien. In diesem Falle war es umgekehrt. Aber diese Stimmung in Japan ist vielleicht verständlich, wenn man erwägt, dass das

Resultat des Krieges für Japan im Vergleich zu den Opfern in Japan selbst unzulänglich erscheinen muss. Denn nach japanischer Auffassung kam schon durch den chinesisch-japanischen Krieg dem damaligen siegreichen Japan mit Ausnahme des Besitzes von halb Sachalin das zu, was es jetzt durch den zweiten, viel anstrengenderen und erfolgreicheren Krieg erreicht hat. Durch den Frieden von Schimonoseki vom 17. April 1895 hatte Japan eine herrschende Stellung auf dem asiatischen Kontinent erlangt. Durch die Eifersucht der europäischen Mächte, namentlich Russlands, Frankreichs und leider auch Deutschlands, wurde Japan zu einer Nachgiebigkeit genötigt, die seinem Einfluss und Ansehen in Ostasien ausserordentlich schadete. Damals schon hätte es in Korea festen Fuss fassen können. Die damalige Zurückdrängung des japanischen Einflusses in Korea, die mit der Ermordung der Kaiserin von Korea vollzogen war, führte im japanischen Volke zu einer starken Erbitterung gegen Russland, Frankreich und Deutschland. Man sah sich um die Früchte des chinesisch-japanischen Krieges geprellt. Mit Russland hat man nun in einem von Sieg zu Sieg führenden Feldzug abgerechnet, ohne dass der Frieden sehr viel mehr gebracht hätte, als was man schon 1895 zu fordern berechtigt war. So sieht man die Lage in Japan selbst an. Anders haben indes die japanischen Staatsmänner zu rechnen. Ihre Mässigung in Sachen der Kriegsentschädigung ist wohl einmal dem Bedürfnis entsprungen, die Eifersucht der anderen Staaten nicht herauszufordern, sodann aber der Erwägung, dass die Fortsetzung des Krieges Japan teurer zu stehen gekommen sein würde, als der augenblickliche Gewinn aus einer Kriegsentschädigung. Bei genauerer Prüfung sind die Erfolge Japans aber bedeutend: Japan ist aus diesem Kriege als eine Grossmacht ersten Ranges hervorgegangen und steht in einer ganz anderen Machtposition im Kreise der übrigen Grossmächte da, als noch vor zehn Jahren nach dem chinesischen Kriege. Es hat das russische Prestige zerstört und hat jetzt freie Hand, seine Einflusssphäre in Ostasien ungehindert von Russland nicht nur in Korea, sondern vor allem in China in ganz anderer Weise auszudehnen, als bisher. Der russische Widerstand, der sich in Korea und in der Mandschurei der Erweiterung der japanischen Interessensphäre entgegenstellte, ist gebrochen: damit ist für das Inselvolk freie Bahn geschaffen, sich wirtschaftlich auszudehnen und die Erschliessung Ostasiens zu seiner Aufgabe zu machen, wie es Japan nach seiner ganzen Geschichte und jetzigen Stellung auch zukommt. Dass Japan diese seine Zukunftsaufgabe erkannt hat, das war schon vor dem russisch-japanischen Krieg zu merken. So fasste zum Beispiel der frühere Minister Kaneko das Ziel, dem Japan nachzustreben habe, in folgenden Worten zusammen: »Unser Land, das von allen Seiten von dem Meer eingeschlossen ist, erleichtert unsere Schiffahrt sehr. Wir haben viele der besten Häfen der ganzen Welt und sind von einem mässigen Klima begünstigt. Unsere Rasse ist besonders intelligent, und wir wissen ihren Geschäftsgeist zu schätzen, der auch von der Aussenwelt anerkannt wird. Wir sind ernstlich bemüht um die Erziehung, und in Vaterlandsliebe und Ergebenheit für den Kaiser kommt uns keine Nation gleich. Wir besitzen demnach alle möglichen Eigenschaften, um unser Land zu einer grossen Nation zu erheben und uns das kommerzielle Übergewicht auf dem stillen Ozean und dem asiatischen Festlande zu sichern. Dieser schwierige Punkt beschäftigt alle europäischen Nationen, aber Japan ist den wettbewerbenden Ländern gegenüber am günstigsten gelegen. Wir sind dem Ort des schwebenden Kampfes, dem asiatischen Kontinent, so nahe, dass wir ihn in kaum 24 Stunden erreichen können. Es fehlen uns nicht die Mittel, unseren Vorsatz auszuführen, und die Erlangung des Zieles hängt nur von unserem Fleiss und unseren Anstrengungen ab.« Die Hauptbedeutung des Friedensschlusses und des Kriegserfolges liegt für Japan darin, dass es dieses sein wirtschaftspolitisches Ziel ungehindert von irgend welcher eifersüchtigen Grossmacht und unterstützt von der allgemeinen Anerkennung seiner politischen und militärischen Macht verfolgen kann.

× ×

Russland: ***Volksvertretung***

DER Zar hat am 19. August ein Manifest erlassen, wonach den höheren staatlichen Behörden eine besondere beratende Körperschaft zur Seite gestellt werden soll, welche die Aufgabe hat, die Gesetzesvorschläge vorläufig auszuarbeiten und zu beraten und das Staatsbudget zu prüfen. Welches Mass von politischer Macht der Zar der *Reichs-*

duma zugestehen will, erhellt aus einigen Hauptpunkten des Gesetzes über die Einführung dieser *Volksvertretung*. Gesetzesvorlagen, die von der *Duma* beraten und mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt worden sind, gelten nicht als abgelehnt. Es finden vielmehr über diese Vorlagen besondere Verhandlungen in Kommissionen statt, die sich aus der gleichen Zahl von Mitgliedern der *Duma* und des Reichsrates zusammensetzt. Ist hier eine Übereinstimmung erzielt, so geht die abgeänderte Vorlage wieder an das Plenum der *Duma*. Damit nun bei derartigen Verhandlungen doch das herauskommt, was die Regierung will, ordnet das Gesetz kurzer Hand in Artikel 53 folgendes an: »Wenn der Kaiser findet, dass die Erörterung der der *Duma* unterbreiteten Angelegenheit zu langsam vor sich geht, hat der Reichsrat einen äussersten Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu welchem der Beschluss der *Duma* formuliert sein muss. Wenn die *Duma* bis zu dem bestimmten Zeitpunkt ihren Beschluss nicht mitgeteilt hat, kann der Reichsrat die Angelegenheit beraten, ohne dass ein *Duma*beschluss vorliegen muss.« Da der Kaiser nach wie vor Gesetze erlassen kann, ohne dass *Duma* oder Reichsrat ihre Zustimmung dazu gegeben haben, so ersieht man, dass von einem massgebenden Einfluss der *Duma* auf die Gesetzgebung keine Rede sein kann. Dazu kommt nun noch die rückständige Zusammensetzung dieser *Volksvertretung*. Die Anzahl der Abgeordneten beträgt 412, von denen nur 28 durch die Städte, also den fortgeschrittenen Teil des russischen Volkes gewählt werden. Die Wahl der *Duma*mitglieder in den Provinzen und in den Territorien wird von der Provinzialwählerversammlung vollzogen, welche zusammengesetzt ist: 1. aus den Grundeigentümern der betreffenden Bezirke, 2. aus den Wählern der kleinen Städte, 3. aus den Bevollmächtigten der Amtsbezirke und *Stanizen*. An den Wählerversammlungen der kleinen Städte nehmen teil Personen, welche städtische Immobilien im Werte von 1500 Rubeln besitzen, sowie die Industriellen erster Kategorie. In den 28 Städten, die eigene Abgeordnete wählen, nehmen an der Wählerversammlung teil: die Besitzer städtischer Immobilien im Werte von mindestens 3000 Rubeln in den beiden Hauptstädten und 1500 Rubeln in den anderen Städten, die Industriellen der ersten Kategorie und Personen, die die Steuer auf Mietshäuser der zehnten Kategorie in jedem Bezirke zahlen. Durch diese Bestimmungen ist das Wahlrecht auf eine relativ geringe Zahl von Wählern beschränkt. Eine Wirkung des Erlasses, der diese *Volksvertretung* ankündigt, auf die revolutionäre Stimmung in Russland ist ausgeblieben, da diese *Reichsduma* einer Volksvertretung, wie sie von den oppositionellen Bevölkerungsschichten als Minimum gefordert wird, nicht im geringsten ähnelt. Übrigens muss abgewartet werden, ob selbst dieses Zerrbild eines Parlaments verwirklicht wird. Bei der russischen Taktik ist das nichts weniger als sicher.

× ×

Kurze Chronik IN der zweiten Hälfte des Monats August wurde bekannt, dass auch in Deutsch Ostafrika Unruhen ausgebrochen sind. × Das englisch-japanische Bündnis ist vor dem endgültigen Abschluss der Friedensverhandlungen in Portsmouth wieder erneuert worden. × Durch die Landtagswahlen in Sachsen ist die bisherige Zweidrittelmajorität der Konservativen gebrochen. × Bei der Reichstagsersatzwahl in Essen, die am 19. September stattfand, erhielten von 85 984 Stimmen der Zentrumskandidat 35 500, der Kandidat der sozialdemokratischen Partei 28 726. Die sozialdemokratischen Stimmen haben gegen die Hauptwahl 1903 um 6000 zugenommen.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Bauarbeiterschutz DIE *Zentralkommission* für *Bauarbeiterschutz* hat im August 1905 eine mit umfassendem statistischen Beweismaterial versehene Petition dem Bundesrat unterbreitet, um eine tiefgreifende Reform der Bauarbeiterschutzgesetzgebung anzuregen. Legt man in den Jahren 1894 bis 1903 bei der Berechnung der Unfälle 220 Arbeitstage für das Jahr zu Grunde, so kommen für Deutschland auf je einen Arbeitstag 223,77 gemeldete, 52,37 entschädigte Unfälle, 5,24 tötliche Verletzungen vor. Von den gesamten Unfällen könnten nun nach Ansicht der *Zentralkommission* 65 % und von entschädigten Unfällen mindestens die Hälfte durch gute Schutzmassnahmen und durch die Steigerung der Widerstandskraft der Arbeiter gegen bestehende Missstände vermieden werden. Aber nicht nur die Unfälle dezimieren die Angehörigen des Bauhandwerks, sondern auch die Berufs-

krankheiten der Baugewerbetreibenden. Durch eine Enquete unter den Maurern Hamburgs, die sich auf 2214 Maurer bezog, wurde festgestellt, dass 13,28 % derselben mit Zementflechten behaftet waren. Die *Zentralkommission für Bauarbeiterschutz* unterstützt mit dem ganzen Schwergewicht ihrer Erfahrungen den sozialdemokratischen Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Arbeiter des Baugewerbes. Der Gesetzentwurf legt Bestimmungen über die Einrichtungen der Baubetriebe, über die Unterkunftsräume und Bedürfnisanstalten, über die Unfallverhütungsvorschriften und über die Baukontrolle fest. Zur Beratung und zur Anordnung der Unfallverhütungsvorschriften gibt der Entwurf den Unternehmern und Arbeitern gleiche Rechte. »Die direkte Wahl der Vertreter der Arbeiter und Unternehmer«, so heisst es in der Petition, »wird dazu beitragen, das Vertrauen zu der Tätigkeit für die Unfallverhütung zu erhöhen.« Der Entwurf schlägt die Begründung von Baupolizeibehörden vor, die den Charakter einer technisch-hygienischen Betriebsinspektion an sich tragen sollen. Die Baupolizeibehörden, die in der Regel für jede Gemeinde mit mehr als 10000 Einwohnern geschaffen werden sollen, setzen sich aus technischen Beamten und den Baukontrolleuren zusammen. Die Zahl der auf drei Jahre gewählten, staatlich besoldeten Baukontrolleure ist so zu bemessen, dass jeder Bau mindestens einmal wöchentlich kontrolliert werden kann. Das sind die wesentlichsten Bestimmungen des Bauarbeiterschutzgesetzentwurfs, der dem Bundesrat in der Petition der *Zentralkommission für Bauarbeiterschutz* zur Annahme empfohlen wird.

× ×

Mittelstandspolitik

EINE Heils- und Rettungsaktion für den gefährdeten Kleinhandel sollte die Warenhaussteuer sein. Der *Volksverein für das katholische Deutschland*, der ja die widersprechendsten Interessen der verschiedensten sozialen Klassen vertritt, springt rettend den Kleinhändlern mit der Empfehlung der Besteuerung der Konsumvereine und der Warenhäuser bei. Er hat soeben in der Flugschriftensammlung *Soziale Tagesfragen* eine Broschüre *Detaillistenfragen, neue Aufgaben des Kleinhandels* herausgegeben. Der Verfasser dieser Broschüre, Herr Dr. August Engel, ist sich vollständig der wirtschaftlichen Überlegenheit der Warenhäuser und Konsumvereine über den Kleinhandel bewusst, und er bezeichnet die Steuermassnahmen gegen diese Formen des Handels direkt als einen *Schutz gegen überlegene Konkurrenz*. Wirtschaftlich fortgeschrittenen Betriebsformen soll einfach durch Steuermassnahmen das nötige Sonnenlicht für ihre Entwickelung genommen werden, nur damit der rückschrittliche Kleinhandel noch lebensfähig bleibt. Das Zentrum und die Konservativen haben im preussischen Abgeordnetenhause eine Verschärfung der Steuermassnahmen gegen die Warenhäuser befürwortet. Den eigentlichen sozialpolitischen Bankrott der preussischen Warensteuergesetzgebung erkennt Dr. August Engel ziemlich unumwunden an. Die grossen Warenhäuser haben die Umsatzsteuer einfach auf die Lieferanten abgewälzt. Die Firma A. Jandorf & Co. schrieb an die Lieferanten folgenden Brief: »Nachdem die Warenhaussteuer nunmehr Gesetz geworden, sehen wir uns genötigt, an unsere Lieferanten in Anbetracht der Solidarität der Interessen mit dem Ersuchen heranzutreten, uns auf unsere Bezüge vom 1. Juli 1900 ausser den bisher vereinbarten Skonti einen entsprechenden Extrarabatt zu gewähren. Der selbe müsste mindestens 2½ % betragen und soll gleich am Fusse jeder Rechnung gekürzt werden....« Zahlreiche Warenhäuser stiessen, um der Steuer zu entgehen, einzelne Warengattungen ab und entwickelten sich zu grossen Spezialgeschäften. Die Zahl der steuerpflichtigen Warenhäuser ging von 109 im Jahre 1901 auf 73 im Jahre 1903 herab, und der Jahresbetrag der veranlagten Warenhaussteuer sank von 3073905 M. im Jahre 1901 auf 1933250 M. im Jahre 1903.

EIN vernichtendes Urteil über die mittelstandsretterische Warenhaussteuerpolitik fällt. Dr. Hans Gehrig in seiner Schrift *Die Warenhaussteuer in Preussen* /Leipzig, Teubner/. Die sozialpsychologische Seite der kaufmännischen Mittelstandagitation wird kurz und treffend von Dr. Gehrig dargestellt. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der neuen Handelsorganisationsform, des Warenhauses, erfährt eine eingehende Würdigung. Das Warenhaus ermässigte sehr beträchtlich durch die Verminderung der Vermittelungsgebühren die Preise. Nach Gide nimmt in Frankreich der Kleinhändler für den selben Artikel, den das Warenhaus für 1,14 fr. verkaufen kann, im Durchschnitt

1,40 fr. Die Bedürfniswelt der unteren Klassen wurde vielfach durch die Warenhäuser ästhetischer ausgestaltet. Es liegt etwas Wahres in der Bemerkung Gehrigs, dass der vielgeschmähte Flitter der Warenhäuser oft den ersten Schimmer von Kultur und Schmuck in die dunklen Behausungen der unteren Klassen trug. Sozialpolitisch wirkte — namentlich in Frankreich — das Warenhaus verbessernd auf die soziale Lage der Handelsangestellten ein.

DIE Warenhaussteuer verwandelte eine ganze Reihe von kleineren Warenhäusern in sehr grosse Spezialgeschäfte und trieb die ganz grossen Warenhäuser geradezu treibhausmässig in die Höhe. Die Steuer belastete durchweg nicht die Warenhausbesitzer, sondern die Lieferanten. Von 46 Warenhauslieferanten erwiderten auf eine Anfrage nur 2, dass die Warenhäuser keinen Steuerabwälzungsversuch gemacht hätten. Nur 5 Fabrikanten hatten den Versuch abgewehrt. Und die viel geschmähten Warenhäuser verschulden nun nicht einmal die Proletarisierung des Kleinhandels, sondern diese verschuldet der Kleinhandel selbst. Der Detailhandel überfüllt sich in einem ganz bedenklichen Umfange. 1882 war jeder 60. Mensch in Deutschland ein Händler, 1895 bereits jeder 39. Wirkungslos bricht das Warenhaussteuergesetz in sich zusammen, weil es sich aufbäumt gegen die volkswirtschaftliche Gesamtentwickelung.

× ×

Reform der Versicherung

WAS bisher von den Plänen der Regierung zur Umgestaltung unserer Arbeiterversicherungseinrichtungen bekannt geworden ist, ist nur geeignet, eine vollständige Ernüchterung über diese Pläne in allen sozialreformerischen Kreisen hervorzurufen. Um das entwickelte Machtbewusstsein der Berufsgenossenschaften nicht aufzupeitschen, will man sich um eine einschneidende Reform der Unfallversicherung herumdrücken. Die berufsgenossenschaftliche Grundlage der Unfallversicherung denkt man nicht anzutasten, und damit ist eine Verschmelzung der Unfallversicherung mit den übrigen Arbeiterversicherungsinstituten ausgeschlossen. Die Verschmelzung der Kranken- und Invalidenversicherung fasst man ins Auge, doch erfordert diese Verschmelzung sehr wichtige und umfangreiche statistische Erhebungen, so dass der deutsche Reichstag wohl kaum vor dem Jahre 1910 in die Beratung der umgestalteten Arbeiterversicherungsgesetzgebung eintreten wird. Ein recht kümmerliches Sozialreförmchen scheint die viel gepriesene Witwen- und Waisenversicherung zu werden. Die Invalidenrente dient heute dem Arbeitsinvaliden nur als kleiner Zuschuss zu seinen Unterhaltungskosten. Von dieser mageren Rente sollen nun die Witwen und Waisen je nach der Kopfstärke der verwaisten Familie die Hälfte bis zwei Drittel erhalten. Und das nennt sich eine Witwen- und Waisenversicherung!

× ×

Krankenversicherung

NOCH immer harrt die obligatorische Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden einer gesetzlichen Regelung. Nur 33 Gemeinden führten bisher statutarisch die Krankenversicherung der Hausindustriellen ein. Nach der *Cölnischen Zeitung* soll jetzt endlich dem Reichstage ein Gesetzentwurf über Zwangsversicherung der Hausgewerbetreibenden zugehen.

DIE Anstellungsverhältnisse der Krankenkassenbeamten sind noch dringend reformbedürftig. Nach einer Enquete des Jahres 1903 bezogen von zirka 1200 Beamten, die diese Erhebung beantworteten, 532 ein Gehalt unter 1500 M., 432 unter 2100 M., 170 über 2100 M. Eine aus Vorstandsmitgliedern und Beamten zusammengesetzte Kommission arbeitete eine Lohnskala für die Kassenbeamten aus. Der Münchener Kongress des *Zentralverbandes deutscher Ortskrankenkassen* nahm diese Skala im grossen ganzen an. Auf dem jüngst verflossenen Kongress dieses Verbandes in Dresden opponierten jedoch die Vertreter der grossen Ortskrankenkassen von Leipzig und Dresden sehr entschieden gegen die in München beschlossenen Gehaltssätze. Der am 28. u. 29. August abgehaltene Verbandstag der Ortskrankenkassenbeamten machte es den Vorstandsmitgliedern zur Pflicht, für die weitere Einführung der in München festgelegten Gehaltsverhältnisse der Kassenbeamten unermüdlich zu wirken. Der Verbandstag protestierte sodann gegen die Behauptung, dass die Kassenorganisationen zu sozialdemokratischen Zwecken missbraucht werden, und dass die Beschränkung der Selbstverwaltung deswegen nötig sei. Die Beschneidung der Selbstverwaltung habe vor allem die Bedeutung und den Zweck, die berufstätige

Kollegenschaft zu gunsten von zivilversorgungsberechtigten Personen auszumerzen.

× ×

Unfallversicherung DIE nordöstliche Baugewerksberufsgenossenschaft hinkt noch sehr hinter anderen Baugewerksberufsgenossenschaften in der Unfallverhütung her. Nach dem Rechnungsabschluss für 1904 warf diese Baugewerksberufsgenossenschaft nur 7462,55 M. für die Überwachung der Betriebe im Jahre 1904 aus. Nach der Unfallstatistik der Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1904 10 257 Männer und 48 Frauen verletzt. Von den Unfallverletzten wurden 153 getötet, 51 wurden durch Unfälle dauernd völlig erwerbsunfähig und 802 teilweise erwerbsunfähig. Der Montag weist unter den Wochentagen die grösste Zahl von Unfällen auf: nämlich 940 am Vormittag und 974 am Nachmittag. Auf den Montag folgt in der Unfallzahl der Freitag mit 818 Unfällen am Vormittage und 888 am Nachmittage.

× ×

Invalidenversicherung IN dem Verwaltungsbericht des Vorstandes der Versicherungsanstalt Oberfranken für das Jahr 1904 wird der sehr bedauerliche Missstand hervorgehoben, dass sich die versicherten Arbeiter einer Heilbehandlung durch die Versicherungsanstalten widersetzten. Die Ausgaben der Anstalt für die Heilbehandlung wuchsen von 1903 auf 1904 von 35 824,34 M. auf 53 062,94 M. Die Versicherungsanstalt des Herzogtums Hessen wendet nach ihrem Geschäftsbericht für 1904 in der *Ernst Ludwig-Heilstätte* bei Sandbad im Odenwald bei ihren Patienten eine Beschäftigungskur an. Seit 3 Jahren arbeiten in der zweiten Hälfte der Kur fast alle Patienten. Es ist bisher nie eine Schädigung der Kranken, kein Gewichtsverlust und kein Bluthusten eingetreten. Die Arbeit beuge der Langenweile vor. Das Gefühl, wieder arbeiten zu können, wirke in psychischer Beziehung günstig ein. Arbeitsverweigerungen seien in den letzten zwei Jahren nicht mehr vorgekommen. Die Arbeit rege den Appetit an, begünstige den Stoffwechsel, kräftige das Herz, stärke die Muskulatur und steuere dem Fettansatz. Der Patient, der während der Kur schon einige Wochen gearbeitet hat, werde den Anstrengungen der kommenden Arbeitszeit widerstandsfähiger gegenübertreten können. Die Arbeitsfähigkeit eines Patienten, der unter den Augen des Arztes und unter der Aufsicht von ihm beauftragter Personen mehrere Wochen tätig war, lasse sich bei der Entlassung leichter beurteilen. Der Geschäftsbericht der *Ernst Ludwig-Heilstätte* für 1904 empfiehlt ihr System, die Arbeit obligatorisch zu machen und als Entgelt 10 Pf. für die Stunde zu gewähren, allen Versicherungsanstalten. Etwas tiefer müssten wohl schon die Anstalten bei Bezahlung der Arbeitsstunden in die Tasche greifen!

× ×

Arbeitersekretariate DER 3. Jahresbericht des Arbeitersekretariats Dortmund-Hörde widmet den Unfallversicherungsstreitsachen eine eingehende und recht instruktive Darstellung. Sozialpolitisch bedeutsam ist in diesem Jahresbericht der Aufsatz des Arbeitersekretärs Max König über den *Bergarbeiterstreik, die Streikprozesse und den § 153 der Gewerbeordnung.* In den Pfuirufen eines alten Mütterchens, in denen nur die Missachtung der Streikbrecher zum Ausdruck kam, wurde eine Bedrohung zur Hinderung der Streikbrecher an der Arbeit gesehen. Die Gerichte betrachten es mit geringen Ausnahmen immer als erwiesen, dass jeder beleidigende Zuruf in der Absicht erfolgt sei, den Beleidigten zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. In einigen Zahlstellen des Bergarbeiterverbandes wurden die Namen der Arbeitswilligen durch ein Vorstandsmitglied in eine Liste eingetragen und diese im Vereinslokale ausgelegt. Die Urteile über diese *Vergehen* lauteten auf 3 bis 8 Tage!

× ×

Kurze Chronik VOM 7. bis zum 10. August 1905 tagte in Lüttich der 7. internationale Wohnungskongress. Gegen die Intervention der öffentlichen Gewalten auf dem Gebiete der Wohnungsfrage erhob sich kein Widerspruch mehr. Es wurden ferner auf dem Kongresse diskutiert: die Frage der Besteuerung und ihres Einflusses auf die Mieten, Wohnungsinspektion und Sanierung, Bebauungsplan und Gartenstädte, die Wohnungsstatistik, die ästhetische Gestaltung der Arbeiterwohnung.

× ×

Literatur DER Generalmajor von Jagwitz behandelte in dem zweiten Teil seiner Schrift *Soziale Gesetzgebung und Sozial-*

demokratie /Berlin, Hayn/ im wesentlichen das Koalitionsrecht und die Arbeiterkammern. Seine Ausführungen beseelt im allgemeinen das Prinzip *Quieta non movere.* Sein urwüchsiger Sozialistenhass erkühnt sich wohl nicht zur Befürwortung eines Zuchthausgesetzes, wohl aber zur Empfehlung eines Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen. ✕ Louis Léopolds Broschüre *La situation du paysan en Hongrie* /Brüssel, *Université Nouvelle*/ schildert ergreifend das Elend der ungarischen Bauern und Landarbeiter. Geradezu ungeheuerliche Dimensionen hat die Kindersterblichkeit auf dem platten Lande in Ungarn angenommen. Sie überbietet in einigen Distrikten bei weitem die Budapests. Die Lehren der sozialistisch-anarchistischen Sekte der *Nazarener,* die den Kriegsdienst verweigert, werden kurz dargelegt. ✕ Aus der Schrift des amerikanischen Professors John Graham Brooks *Soziales Wechselfieber* /Dresden, Böhmert/ spricht viel persönlich Erlebtes, und das macht die Eigenart dieser Schrift aus, nicht die Aufschlüsse über die Genossenschaften, Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Brooks hat ein tiefes Verständnis für die soziale Schöpferkraft des Sozialismus. ✕ Die Broschüre *Wagennullen und Entlohnung nach Gewicht* ist eine kurze sozialpolitische Materialsammlung zu dem Referat B. Hammachers über das Nullen und die ergänzenden Bestimmungen zu § 80c der Berggesetznovelle. ✕ In seiner Broschüre *Im Zeichen des goldenen Kalbs* /Leipzig, *Moderner Verlag*/ befürwortet K. Kilap die Beseitigung der Zinsherrschaft, die Verstaatlichung der Fabriken und des Grund- und Hausbesitzes und macht sich zum Anwalt der allgemeinen Arbeitspflicht. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitssatzung in Strassburg

DIE Strassburger Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren durch die Einführung der anständigen Lohnklausel, durch die Umgestaltung der offenen Armenkrankenpflege u. s. w. gezeigt, dass sie bestrebt ist, den Anforderungen der modernen Sozialpolitik in umfassender Weise Rechnung zu tragen. Ihre sozialpolitische Reformtätigkeit ist nunmehr durch den Erlass einer Arbeitssatzung und eines Versorgungsstatutes für die städtischen Arbeiter zu einem gewissen Abschluss gekommen. Die beiden Statuten sollen, um die Worte der Begründung zu zitieren, den Arbeitern vor allem ein auskömmliches und Schwankungen möglichst wenig ausgesetztes Einkommen, sowie ferner eine angemessene Verkürzung der Arbeitszeit und die Sicherung der Sonntagsruhe gewähren. Die Stadt ist dabei über das Mass der Leistungen hinausgegangen, das selbst gute Arbeitgeber ihren Arbeitern zuwenden. Ausserdem war sie bestrebt, die Sicherheit der Existenz für die städtischen Arbeiter zu erhöhen, und in ihnen das Bewusstsein der Unabhängigkeit zu erwecken. Durch die Einrichtung von Arbeiterausschüssen soll ihnen ferner ein gewisser Einfluss auf die Regelung der inneren Angelegenheiten der Betriebe eingeräumt werden. Bei dieser freiwilligen Beschränkung ihrer Dispositionsbefugnisse liess sich die Verwaltung, wiederum in den Worten der Begründung, von der Überzeugung leiten, »dass ebenso berechtigt, wie der Wunsch nach materieller Hebung, auch das Streben der Arbeiterschaft nach grösserer Sicherheit und vermehrter Selbstbestimmung ist, und dass in diesem wie in jenem Falle das allgemeine nationale Interesse mit ihren besonderen Standesinteressen zusammenfalle«. Diese Grundsätze sind nun nicht nur, wie an manchen anderen Orten, eine billige Zierde der Begründung geblieben, mit der die Bestimmungen der Statuten oft in schreiendem Widerspruch stehen, sondern sind in der Tat nach jeder Richtung hin bestimmend gewesen. Man muss den Strassburger Statuten das Lob aussprechen, bis heute die fortgeschrittensten unter den Arbeitsstatuten der deutschen Städte zu sein. Wenn sich auch noch manche Wünsche aussprechen lassen, und gesagt werden muss, dass nicht überall die letzten Konsequenzen gezogen sind, so sind doch immer die Ansätze vorhanden, an die die weitere Entwickelung leicht und mühelos anknüpfen kann. Meist wird in der Begründung selbst die zukünftige Richtung klar und zutreffend skizziert, und das Zurückbleiben hinter den erkannten Postulaten oft bedauernd konstatiert. Im Strassburger Gemeinderat haben die bürgerlichen Parteien zurzeit noch die Majorität, und mit deren Anschauungen musste gerechnet werden.

FÜR den Arbeiter ist die Ständigkeit seines Arbeitsverhältnisses von der grössten Bedeutung. Auch die neue Strassburger Arbeitssatzung hält an der 4-wöchentlichen beziehungsweise 14tägigen

Kündigung des Dienstverhältnisses fest, aber eine ganze Reihe von Bestimmungen, von denen die wichtigsten in Kürze hervorgehoben werden sollen, soll dem Arbeiter die möglichste Sicherung seiner Ständigkeit gewähren. So sollen Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung vom Bürgermeister dem zuständigen Arbeiterausschuss zur Äusserung, und in geeigneten Fällen zur Erledigung, überwiesen werden. Beschliesst dieser die Wiedereinstellung, so kann er zugleich für den Arbeiter die Nachzahlung eines Teiles des Lohnes für die Zeit der Arbeitslosigkeit als Entschädigung beantragen. Die Bedeutung dieser Bestimmung besteht darin, dass sie die Verwaltung bei der Entscheidung über die Dienstentlassung aus ihrer Abhängigkeit von dem Urteil der Unterbeamten befreit und ein Organ heranzieht, das ausserhalb der eigentlichen Beamtenhierarchie steht, eben den Arbeiterausschuss. Besondere Schutzbestimmungen sind noch für die Stadtarbeiter, das heisst solche Arbeiter getroffen, die nach erreichter Volljährigkeit ununterbrochen 10 Jahre im Dienste der Stadt gestanden haben. Ihnen kann das Arbeitsverhältnis nur durch Verfügung des Bürgermeisters, und im allgemeinen nur wegen groben Verstosses gegen die Dienstvorschriften, aufgesagt werden. Muss ihnen aus einem anderen Grunde, zum Beispiel wegen Arbeitsmangel, gekündigt werden, so erhalten sie den für sie zuständigen Ruhelohn ausbezahlt, solange sie nicht eine andere ihren Fähigkeiten und Kräften entsprechende Stelle gefunden haben oder ihnen eine solche nachgewiesen ist. Wegen unverschuldeter Minderung ihrer Arbeitskraft darf ihnen das Arbeitsverhältnis in keinem Falle gekündigt werden. Falls sie das 65. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, können sie gegen den Lohn, den sie zuletzt während eines Jahres bezogen haben, zu einer anderen, ihren Kräften und ihrer bisherigen Stellung entsprechenden Beschäftigung herangezogen werden. Kann ihnen eine solche Beschäftigung nicht gegeben werden, so sind sie in den Ruhestand zu versetzen.

DIE regelmässige Arbeitszeit wird in der Arbeitssatzung auf 10 Stunden festgesetzt. Zwischen zwei regelmässigen Arbeitsschichten muss ein dienstfreier Zeitraum von 12 Stunden liegen. Für bestimmte Betriebe wird eine mehr als 10stündige Arbeitszeit zugelassen, doch darf auch bei ihnen die dienstfreie Zeit nicht weniger als 10 Stunden betragen. Auch hier soll im Jahresdurchschnitt die Arbeitszeit nicht mehr als 10 Stunden betragen. Die Neigung der Betriebsbeamten, lieber Überstunden arbeiten zu lassen, als Arbeiter einzustellen, wird ferner dadurch beschränkt, dass ausser der Genehmigung des Betriebsvorstandes eine Kontrolle durch den Bürgermeister eingesetzt und die höhere Vergütung der Überstunden festgestellt wird. Den Arbeitsordnungen der einzelnen Betriebe ist ferner ein Dienstplan beizufügen, der jedem Arbeiter die für ihn geltenden Arbeitsstunden angibt und nur mit Zustimmung des Arbeiterausschusses geändert werden kann.

FÜR die Lohnpolitik der Arbeitssatzung ist der Grundsatz bestimmend, den Arbeitern ausreichende Bezüge zu sichern. Die Stadt soll gute Löhne zahlen, ohne jedoch dabei die Fühlung mit den allgemein üblichen Sätzen zu verlieren. Diese sollen für die Entlohnung der städtischen Arbeiter den Massstab und die untere Grenze abgeben. Es werden daher die Grundlöhne der Lohntafel, die für voll erwerbsfähige männliche Arbeiter gelten, jährlich den Durchschnittslöhnen der betreffenden Arbeiter entsprechend festgesetzt. Unter den ortsüblichen Tagelohn darf der Grundlohn niemals sinken. Die Grundlöhne bleiben also im Zusammenhang mit den allgemeinen Marktlöhnen. Ihre Herabsetzung trifft aber zunächst nur die neu eintretenden Arbeiter. Die Bezüge der schon im Dienst befindlichen sollen nicht gemindert werden, der Ausgleich durch Zurückhaltung an sich fälliger Dienstalterszulagen erreicht werden. Wichtig ist für die Festsetzung der Grundlöhne die weitere Bestimmung, dass Löhne, die für gleichartige Arbeit in Vereinbarungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterverbänden mit Gültigkeit für Strassburg festgesetzt worden sind, auch von der Verwaltung beobachtet werden. Hier haben wir also eine Berücksichtigung der tariflich festgesetzten Arbeitslöhne auch für die städtischen Arbeiter.

CHARAKTERISTISCH für die Strassburger Arbeitssatzung ist die Berücksichtigung des Bedarfes bei der Festsetzung der Lohnhöhe für den einzelnen Arbeiter. In ihr ist dieser bedeutsame Grundsatz zum ersten Male konsequent durchgeführt worden. Wie schon bemerkt, gelten die Sätze der Lohntafel für voll er-

werbsfähige männliche Arbeiter, so weit sie ledig sind. Verheiratete Arbeiter erhalten einen Zuschlag von 5%, Arbeiter mit grösserer Familie Zuschläge von 10, 15 oder 20 % des Grundlohnes, je nachdem sie für mehr als 3, mehr als 5, mehr als 7 Kinder unter 16 Jahren zu sorgen haben. Da der tatsächliche Mehrbedarf grösser ist, als die genannten Zuschläge, so meint die Begründung, dass von einer Prämie auf Eheschliessung keine Rede sein könne. Der gleiche Grundsatz kommt auch in dem Pensionsstatut zur Anwendung. Hiernach beträgt der Ruhelohn nach 10jähriger Dienstzeit für alleinstehende Arbeiter 35, für Arbeiter, deren Ehefrau lebt, 45 vom Hundert des letzten Jahresverdienstes und erhöht sich für jedes eheliche Kind, welches das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, oder wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen von Jugend auf erwerbsunfähig ist, um 5 vom Hundert. Mustergültig sind auch die Bestimmungen, durch welche der § 616 B. G. B. ersetzt wird. Doch können wir auf die selben hier nicht näher eingehen.

AUF alle Bezüge, die den Arbeitern nach der Arbeitssatzung zukommen sollen, wird ihnen ein Rechtsanspruch eingeräumt. Eine Ausnahme macht nur der Erholungsurlaub und die Anstellung als Stadtarbeiter. Die Begründung bemerkt dazu, dass schon das Wesen der rechtlichen Beziehungen zwischen Arbeiter und Gemeinde als eines Vertrages mit Gleichberechtigung beider Teile, verlange, dass die Arbeiter für die Erfüllung ihrer Vertragspflicht auch ihrerseits Rechte, keine Wohltaten, erhalten. Die Verwaltung würde aber auch ihrem eigenen Interesse zuwider handeln, wollte sie einen Teil ihrer Leistungen vom Inhalt des Arbeitsvertrages loslösen und ihrem Wohlwollen vorbehalten. Über alle Streitigkeiten, die auf Grund dieser Rechtsansprüche der Arbeitssatzung, sowie des Versorgungsstatutes entstehen, ist unter Ausschluss der ordentlichen Gerichte das Gewerbegericht Strassburg zuständig. Durch diese Anerkennung des Rechtsanspruches des Arbeiters und der Zuständigkeit des Gewerbegerichtes werden die städtischen Arbeiter aus der Sonderstellung, die sie bisher einnahmen, befreit und in die grosse, der Gewerbeordnung unterstehende Arbeiterklasse eingereiht. Dem Ermessen der Verwaltungsbehörden ist damit ein für allemal ein Ende gemacht.

AUCH in den Befugnissen, die den Arbeiterausschüssen erteilt werden, tritt der fortschrittliche Charakter der Arbeitssatzung zu Tage. Die drei Arbeiterausschüsse, die eingerichtet werden sollen, erhalten nicht nur das Recht, aus eigener Initiative die Wünsche der Arbeiter vorzutragen und die Verwaltung auf Missstände in den Betrieben aufmerksam zu machen, sofern diese allgemeiner Natur sind, sondern sie können auch zur Beratung und Begutachtung von Fragen, die die Interessen der Arbeiter aller Betriebe berühren, zu einer gemeinsamen Situng als Gesamtvertretung der städtischen Arbeiterschaft zusammentreten. Sie erhalten ausserdem durch die Arbeitssatzung eine Anzahl bestimmt angegebener Befugnisse und mit den selben eine Bedeutung, die über die rein beratender und Wünsche aussprechender Organe hinausgeht. So sind sie bei der Verteilung des Urlaubs von den Betriebsvorständen zu hören, ebenso bei Beschwerden wegen ungerechtfertigter Entlassung, die ihnen in geeigneten Fällen zur Erledigung überwiesen werden sollen. Es soll ihrer Anregung vorbehalten bleiben, ob die Dienstalterszulagen als Zuschläge zum Wochenlohn oder als einmaliger Betrag am Ende des Jahres zur Auszahlung kommen. Sie sind ferner zu hören, wenn Arbeiter, die sich durch besonders gute Leistungen hervortun, in kürzeren, als den vorgesehenen, Zeiträumen aufgebessert werden sollen. Änderungen des Dienstplanes, deren Dauer sich auf längere Zeit, als 14 Tage, erstrecken soll, dürfen nur im Einvernehmen mit den Arbeiterausschüssen vorgenommen werden. Schliesslich steht die Verwaltung des Arbeiterunterstützungsfonds, der zur Unterstützung von Arbeitern oder ihrer Hinterbliebenen infolge unverschuldeter Notlage dient, ihnen insofern zu, als sie die Vorschläge zu Unterstützungen zu machen haben. Beleidigungen von Mitarbeitern und gegen sie verübte Tätlichkeiten sollen in geeigneten Fällen dem zuständigen Arbeiterausschuss zur Aburteilung überwiesen werden. Man kann zugeben, dass durch diese Bestimmungen der Versuch gemacht worden ist, den Arbeiterausschüssen eine Stellung in der Betriebsverwaltung zu geben, in der sie nicht von vornherein zu praktischer Bedeutungslosigkeit verurteilt sind. Um die unabhängige Ausübung dieser Befugnisse zu sichern, kann die Entlassung der Mit-

glieder der Arbeiterausschüsse nur durch eine Verfügung des Bürgermeisters erfolgen, ist also den Betriebsvorständen ebenso entzogen, wie die der Stadtarbeiter.

× ×

Säuglingssterblichkeit WIR haben bereits öfter Gelegenheit gehabt, über Massnahmen zu berichten, die deutsche Städte zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit getroffen haben. Es hat lange genug gedauert, bis sie sich endlich dazu entschlossen, dieses gerade in Deutschland so wichtige Problem in Angriff zu nehmen. Wir hatten Gelegenheit, von dem Vorgehen der Stadtverwaltungen Berlin und Cöln zu berichten. Zu diesen beiden Städten sind in neuerer Zeit noch Breslau, Magdeburg, Aachen, Elberfeld, Offenbach, Hanau hinzugekommen, und man darf die Erwartung aussprechen, dass ihre Zahl in Kürze rasch wachsen wird. Die Massnahmen, die von diesen Städten getroffen sind, sind sehr verschieden. In Breslau zum Beispiel soll die neu zu errichtende städtische Milchküche zunächst nur für die städtischen Kostkinder verwertet werden, und erst, wenn die Erfahrungen günstig ausfallen, wird man der Frage, ob auch an Private Kindermilch abgegeben werden soll, nähertreten. In Elberfeld sollen unbemittelte Mütter, die selber stillen, zur eigenen Nahrung täglich, solange es notwendig ist, 1 l Vollmilch erhalten; bei künstlicher Ernährung des Säuglings soll ihnen einwandfreie Säuglingsmilch zur Verfügung gestellt werden. Die Sache geht von der städtischen Armenverwaltung aus und kommt nur denen zu gute, die die Armenpflege in Anspruch nehmen. Diese zwecklose und kleinliche Beschränkung ist in Magdeburg, Offenbach und Aachen aufgegeben worden. In Magdeburg erhalten ganz Arme die Milch umsonst, Arbeiter, Kleinbürger etc. mit einem Einkommen bis 1500 M. sollen die Selbstkosten bezahlen. In Aachen soll der Liter Milch zu 15 Pf. abgegeben werden. Familien, welche die Milch beziehen, werden verpflichtet, sich der Aufsicht der zu diesem Zweck angestellten Kinderpflegerin zu unterwerfen.

× ×

Wohnungsfrage DAS statistische Amt des Kantons Basel-Stadt berichtet über die Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Basel. Sie erfolgte mittels bestimmter Fragebogen durch zirka 25 Arbeitslose, die die leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale ermittelten. Im ganzen standen rund 1500 Wohnungen = 5 bis 5½ % leer. Es ergab sich, dass seit dem Jahre 1889 die Mietspreise ganz beträchtlich gestiegen sind. Als Ursache dieser Mietssteigerung wird das Steigen der Landpreise angegeben, das seinerseits eine Folge der dichteren Bevölkerung der Stadt und der Spekulation mit Grund und Boden ist. Die neuen Wohnungen sind etwas besser ausgestattet, haben eigenen Abtritt, eigene Küche, Gas etc. Diesen Vorteilen steht aber — und es ist wichtig, das hervorzuheben — die Verkleinerung der Wohnräume gegenüber. Trotz des grossen Wohnungsvorrates des letzten Jahres sind die Preise nur unbedeutend zurückgegangen, am meisten noch bei privaten Hausbesitzern. Die Baumeister dagegen reduzieren ihre Preise nicht, da sie verkaufen wollen, und in der Tat mehr aushalten, als die Privaten. Einige gute Liegenschaftsverkäufe bringen ihnen oft mehr als Ersatz. Im Schlusskapitel des Berichtes werden die Wohnungsnachweise besprochen; es wird die Einrichtung eines Wohnungsamtes auch für Basel gefordert.

× ×

Fleischversorgung DIE rapide steigenden Fleischpreise haben wieder einmal das Problem der Fleischversorgung des Volkes im allgemeinen und der Städte im besonderen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Überall sind von der sozialdemokratischen Partei grosse Protestversammlungen einberufen und sind von den Gemeindevertretern auf den Rathäusern Anträge zur Bekämpfung der Fleischnot gestellt worden. Man kann nicht gerade behaupten, dass im allgemeinen die Resolutionen und Anträge, mit wenigen Ausnahmen, sich klar darüber waren, welche Mittel den Kommunen zur Verfügung stehen, um die Fleischnot zu bekämpfen. Die Berliner, die Leipziger, die Nürnberger und andere Resolutionen wissen schliesslich nichts weiter, als von der Reichsregierung die sofortige Öffnung der Grenzen zu verlangen, als ob es überhaupt keine Kommunen gäbe, die im Besitz von Schlacht- und Viehhöfen aus sich heraus irgend etwas zur Bekämpfung der Fleischnot tun könnten. In einigen Gemeindevertretungen, so in Offenbach und Mainz, hat man mit Recht die Aufhebung der

städtischen Oktrois beantragt. Wenn in Mainz die bürgerlichen Vertreter den Antrag ablehnten, und wenn gegenüber Offenbach die hessische Regierung der Aufhebung des Fleischoktrois ihre Zustimmung versagte, so war das nicht die Schuld unserer Genossen. Wenn man aber in Offenbach die Herabsetzung der Schlachtgebühren damit ablehnte, dass die Betriebsrechnung des Schlachthofes so wie so ein Defizit ergeben würde, so hätte man doch richtiger in eine Prüfung der Schlachtgebühren schon allein deshalb eintreten müssen, um zu sehen, ob nicht die Gebühren für Schweineschlachtungen gegenüber den für die anderen Vieharten zu hoch gegriffen sind. In Stuttgart wusste eine Versammlung unserer Genossen dem Gemeinderat nichts anderes vorzuschlagen, als interimistische Stallungen einzurichten, um dadurch eine Besserung der Viehzufuhr herbeizuführen. Nur in Frankfurt und Mannheim, soweit aus dem vorliegenden Material zu ersehen ist, ist man sich über die kommunalen Massregeln klarer gewesen. Unsere Frankfurter Vertreter verlangten von der Stadtverwaltung die Einrichtung einer Grossschlächterei und eventuell von städtischen Verkaufsstellen, sowie den städtischen Verkauf von Seefischen nach dem Vorbilde der Stadt Stuttgart, wobei nur die eigenen Betriebskosten berechnet werden sollten. In Mannheim wurde von seiten unserer Genossen auch noch die Einrichtung einer Schweinezüchterei durch die Stadt angeregt. Wir dürfen wohl annehmen, dass hierzu der Artikel der *Kommunalen Praxis* den Anstoss gegeben hat. Diese Hilflosigkeit der Sozialdemokratie an den meisten Orten ist um so auffälliger, als einmal der anregende und lehrreiche Artikel der *Kommunalen Praxis* frühzeitig genug erschienen war, um zu einer Behandlung des Problems der kommunalen Schweinezüchterei in den Gemeindevertretungen zu veranlassen, und als zweitens die Stadt Wien mit der Einrichtung oder wenigstens Unterstützung einer Grossschlächterei und von Verkaufsstätten vorbildlich vorausgegangen war. Fragen wir nunmehr, was die Gemeinden auf dem Gebiete der Fleischversorgung tun können, so müssen wir unterscheiden zwischen der Produktion von Vieh und der Produktion von Fleisch. Dr. Ebert hat in der *Kommunalen Praxis* die Möglichkeit städtischer Schweinezucht so überzeugend nachgewiesen, dass wir hier nicht weiter darauf einzugehen brauchen. Was die Produktion von Fleisch angeht, so können die Gemeinden durch die Einrichtung technisch vollendeter maschineller Grossschlächtereien die Kosten des Schlachtprozesses gegenüber dem zur Zeit üblichen, rein handwerksmässig sich abspielenden ganz bedeutend herabsetzen. Sie können ferner durch die Einrichtung von kommunalen Verkaufsständen, auch wenn sie nicht den gesamten Verkauf sofort in ihre Hände nehmen wollen, die Profite der Fleischhändler kontrollieren und regulieren. Denn wenn auch die jetzige Fleischteuerung ohne Zweifel auf einen Mangel schlachtreifen Viehes zurückzuführen ist, so darf darüber doch nicht vergessen werden, dass die Metzgerinnungen es jederzeit verstanden haben, die Fleischpreise möglichst hoch zu halten. Als Ergänzung wäre ferner die Einrichtung kommunaler Seefischmärkte zu fordern, durch die in den Seefischen dem Volk eine billige Ergänzungsnahrung geschaffen würde. An- und Verkauf der Fische müsste aber durchaus in den Händen der Kommune liegen, wie das zum Beispiel in Stuttgart der Fall ist, und durch die Preise nur die Betriebskosten gedeckt werden. Wir haben somit ein ganzes System kommunaler Massregeln, das den Vorzug hat, durch die Kommunen ohne Zustimmung der Reichs- und Staatsbehörden sofort angewendet werden zu können.

× ×

Kurze Chronik DER Mülhäuser Gemeinderat hat die Errichtung einer unentgeltlichen Zahnklinik angeordnet. × Der Gemeinderat zu Heissen im Kreise Mühlheim (Ruhr) hat einen Beschluss gefasst, wonach die Konzessionserteilung zur Errichtung neuer Schankwirtschaften, für die das Bedürfnis nachgewiesen ist, auf den Namen des Gemeindevorstandes als des gesetzlichen Vertreters der Gemeinde, beantragt werden soll. Damit ist ein bemerkenswerter Anfang zur Kommunalisierung des Schankgewerbes gemacht worden, der allgemeine Nachahmung verdient. × Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk hat auf dem Gebiete der Elektrizitätsversorgung die Ausbildung eines grossen privaten Monopols begonnen. Das *Rheinisch-westfälische Elektrizitätswerk,* das das Elektrizitätswerk in Essen besitzt und im Besitze eines Konsortiums Thyssen-Stin-

nes etc. sich befindet, hat mit einer Reihe kleinerer und grosser Industrieorte Verträge über Beleuchtung und Lieferung elektrischen Stromes abgeschlossen und ist auch an die Stadt Dortmund herangetreten, um ihr das städtische Elektrizitätswerk, das mit 6,7 Mill. M. zu Buch steht, für 11 Mill. M. abzukaufen. Ausserdem will die Gesellschaft 8 % der jährlichen Roheinnahme in den Stadtsäckel zahlen und den Preis für den elektrischen Strom bedeutend herabsetzen. Ein Entscheid der Stadtverordneten ist bisher noch nicht erfolgt.

HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitage und Konferenzen AUF der Landeskonferenz der hessischen Sozialdemokraten wurde berichtet, dass das Landeskomitee 125 000 Kalender gratis verteilen liess. Zur erfolgreicheren Betreibung der Agitation und Organisation soll ein Landesparteisekretär angestellt werden, und zwar ist für diesen Posten Genosse Dr. David ausersehen. Um eine Abgrenzung der Verbreitungsgebiete der hessischen Parteizeitungen einschliesslich der Frankfurter *Volksstimme* in die Wege zu leiten, wurde beschlossen, eine Kommission einzusetzen; diese soll die Angelegenheit prüfen und über das Ergebnis der nächsten Landeskonferenz Bericht erstatten. Die Gesamteinnahmen der hessischen Landespartei betrugen 7911 M., die Ausgaben 4986 M.; der Kassenbestand beträgt 2925 M.

DIE Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Grossherzogtum Sachsen beschäftigte sich unter anderem mit den im nächsten Jahre stattfindenden Landtagswahlen. Es wurde beschlossen, in allen Kreisen, in denen man bisher selbständig vorgegangen ist, wieder Kandidaten aufzustellen. Kein Genosse darf mehr als eine Kandidatur annehmen. Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht eingegangen werden.

DIE Kreiskonferenz für den Reichstagswohlkreis Hof erörterte in der Hauptsache den Ausfall der letzten Reichstagsersatzwahl im vergangenen Februar. Neben der Unterschätzung der Gegner wurde hauptsächlich der mangelhaften Organisation der Partei im Kreise die Schuld an dem Misserfolg beigegeben. Der ganze Kreis zählte nur 1326 politisch organisierte Parteiangehörige bei 10 300 abgegebenen Stimmen. Um für die Zukunft bessere Resultate zu erzielen, um insbesondere die Agitation und Organisation intensiver zu betreiben, wurde die Gründung eines Zentralwahlvereins für den ganzen Wahlkreis beschlossen.

DER mecklenburgische Landesparteitag beschloss, dass die Kandidaten zum Reichstage in den mecklenburgischen Kreisen der Bestätigung durch den Landesparteitag bedürfen.

× ×

Presse DIE Elberfelder *Freie Presse*, die im letzten Jahre etwa 1000 Abonnenten gewonnen hat, wird vom 1. Januar an in eigener Druckerei hergestellt werden. Die Druckerei der Magdeburger *Volksstimme* ist am 1. Oktober in Parteieigentum übergegangen. Das Harburger *Volksblatt*, das nunmehr in eigener Druckerei hergestellt wird, bedarf jetzt keines Zuschusses mehr. Die *Bergische Arbeiterstimme* zählt jetzt 7000 Abonnenten. Seit dem 1. Oktober wird sie auf einer Rotationsmaschine hergestellt und täglich mindestens 8 Seiten stark erscheinen. Das Kieler Parteiblatt hat im 7. schleswig-holsteinischen Kreis 9761 Abonnenten. Die *Reussische Tribüne* hatte im verflossenen Geschäftsjahre eine Einnahme von 54 446 und eine Ausgabe von 51 609 M.

DAS Hauptorgan der dänischen Sozialdemokratie, *Social-Demokraten*, das bisher wöchentlich 6mal erschien, wird auf Beschluss der Firmenträgerversammlung, die aus Repräsentanten der fachgewerblichen und politischen Organisationen besteht, vom 1. Oktober ab auch Montags, damit also wöchentlich 7mal erscheinen. Die Vergrösserung geschieht ohne Erhöhung des Abonnementspreises. Das Blatt zählt augenblicklich 42 000 Abonnenten und ist damit die verbreitetste Tageszeitung Dänemarks.

× ×

Schweiz DER schweizerische sozialdemokratische Parteitag wurde am 5. und 6. August in Lausanne abgehalten. Aus dem Bericht der Parteileitung über das Jahr 1904 sind die Ausführungen über das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung gerade jetzt von besonderem Interesse. Es wird da zunächst an den Beschluss des Parteitages von 1903 erinnert, nach dem die Parteiorganisationen und Organe mit allen Kräften für die Ausbreitung ihrer Gewerkschafts-

organisationen wirken sollen, besonders an Orten und in Bezirken, wo die Gewerkschaftsorganisationen bisher aus eigener Kraft nicht Fuss fassen konnten. Die Partei wurde verpflichtet, für den Schutz des Vereinsrechtes einzutreten. Die Parteileitung und das Bundeskomitee des *Gewerkschaftsbundes* haben gemeinsam einen Aufruf an die Parteigenossen, betreffend den Anschluss an die Gewerkschaften, erlassen: ›Jeder gewerkschaftlich-organiserte Arbeiter hat sich auch politisch zu organisieren. Und jeder Berufsarbeiter, der Mitglied einer politischen Organisation ist, hat auch seiner Gewerkschaft anzugehören. Das ist der Grundsatz, dem wir nachleben müssen, wenn wir unseren Gegnern die Spitze bieten wollen. Dieser Grundsatz hat letztes Jahr Fortschritte gemacht; auch eine schöne Zahl von *Grütlivereinen* hat diese Parole befolgt und Gewerkschaften gründen und fördern helfen.‹ Es wird dann der erfreuliche Aufschwung der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung konstatiert und die grosse Summe von gewerkschaftlichen Erfolgen im Kampfe mit dem Unternehmertum dargestellt, die der Arbeiterschaft viele und schätzbare Verbesserungen und Erleichterungen brachten. In Sachen der Maifeier wird mitgeteilt, dass sie an 77 Orten von der organisierten Arbeiterschaft begangen wurde. Angeregt wird die Vereinigung kleinerer Orte und ganzer Bezirke zu einer gemeinsamen und eindrucksvollen Maifeier.

AUF dem Parteitag anwesend waren 268 Delegierte, welche 19 600 organisierte Genossen vertraten. Als Parteisekretär wurde Fähndrich-Biel auf die Dauer von 3 Jahren gewählt. Über die Kassengeschäfte wurde berichtet, dass die Einnahme 5091,75 fr., der Vermögensbestand 4294 fr. beträgt. In Bezug auf die Nationalratswahlen, die in diesem Herbst stattfinden, wurde beschlossen, möglichst in allen Wahlkreisen sozialdemokratische Kandidaten aufzustellen, die eventuelle Unterstützung bürgerlicher Kandidaten, wie Kompromisse den Kreisen zu überlassen, in der Meinung, dass damit möglichst gänzlich gebrochen werde. Der Parteivorstand wurde beauftragt, diesen Herbst oder nächsten Frühling einen sozialdemokratischen Kommunaltag einzuberufen. Der Antrag auf Herausgabe einer schweizerischen Monatsschrift für wissenschaftlichen Sozialismus wurde dem Parteikomitee überwiesen. Es soll eventuell die Berner Zeitschrift *Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik*, die von unserem Genossen Professor Dr. Reichesberg redigiert wird, der Partei nutzbar gemacht werden. Ein Antrag, auf die Beteiligung an der bürgerlichen Regierung zu verzichten, wird auf dem nächsten Parteitage wiederkehren. Die Erledigung der Genfer Anträge gegen das Militärwesen soll auf einem ausserordentlichen Parteitag erfolgen. Referate erstatteten Professor Dr. Lotmar-Bern über die Revision des Obligationsrechts und Greulich über die politische Polizei.

× ×

Italien

DIE Abrechnung des Parteikassierers quittiert über einen Eingang von 28 977 l. im Jahre 1904, denen eine Ausgabe von 26 641 l. gegenüber steht, so dass mit dem Bestande vom letzten Jahre der Parteikasse zusammen die Summe von 7061 l. verbleibt.

IM Anschluss an die letzten Kommunalwahlen sind in Rom bedauerliche Spaltungen zwischen den *reformistischen* und den *revolutionären* Genossen eingetreten. Während letztere beschlossen hatten, bei den Wahlen sich auf keinerlei Bündnis einzulassen, erklärten jene von vornherein, sie würden für die Liste des sogenannten *antiklerikalen Blocs* stimmen. Darüber kam es zu etlichen Zerwürfnissen und Ausschlüssen.

DER Parteivorstand hat eine Umfrage unter den Parteigenossen veranstaltet über die beiden Fragen: 1. Kompromittiert ein Genosse, der Freimaurer ist, seine politische und soziale Unabhängigkeit? 2. Sollen Sozialisten, die Freimaurer sind, aus der Partei ausgeschlossen werden? Das Resultat der Abstimmung war folgendes: Auf die erste Frage wurde 1007mal mit *Ja* und 152mal mit *Nein* geantwortet; auf die zweite Frage erfolgten 9163 *Ja* und 1175 *Nein*. Das Referendum ist in überaus geringem Umfange von den italienischen Genossen beobachtet worden. Haben doch von den 1095 Gruppen der Partei nur 77 sich daran beteiligt, so dass von den 37 921 Mitgliedern der italienischen Partei bloss 11 776 ihr Votum abgegeben haben.

× ×

Totenliste

AM 17. August brachten die Berliner Parteigenossen zwei der Ihren zu ihrer letzten Ruhestätte. Der Genosse Pfarr hatte einige Tage vorher —

sein Geist war in der letzten Zeit getrübt gewesen — seinem Leben durch Sturz aus dem Fenster ein Ende gemacht. Pfarr war schon unter dem Sozialistengesetz für die Partei tätig, war lange Jahre Vertrauensmann im 6. Berliner Wahlkreise und hat als solcher der Partei unausgesetzt bis wenige Zeit vor seinem Ende treu gedient. Am gleichen Tage wurde der Stukkateur Kowalski beerdigt. Kowalski war ein stiller Genosse und trotz seiner 71 Jahre bis in die letzte Zeit hinein tätig. Die Leipziger Genossen verloren in Franz Kammigan einen braven Genossen. Kammigan schloss sich als einer der ersten dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* an; er war als Agitator und Organisator nicht allein in Leipzig, sondern vor allem auch in Altona tätig. Im Wahlkreis Reuss ä. L. war er längere Zeit Kandidat unserer Partei und kam als solcher auch mehrmals in die Stichwahl. Als junger Mann von 20 Jahren trat er in die Arbeiterbewegung ein und ist bis zu seinem Lebensende — er ist 62 Jahre alt geworden — ein treuer Berater und rastloser Kämpfer geblieben. DAS Blutgericht von Warschau verurteilte am 2. September den deutsch-polnischen Genossen Kasprzak zum Tode; er hatte, als er mit seinen Genossen von den Gendarmen in einer Geheimdruckerei überrascht wurde, vier der Gendarmen getötet, um seinen Freunden die Flucht zu ermöglichen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands forderte in einem Telegramm den Reichskanzler Fürsten Bülow auf, den deutschen Staatsbürger Kasprzak gegen die prozessualen Gesetzwidrigkeiten des Kriegsgerichts zu schützen. Die Intervention des deutschen Reichskanzlers wäre aber zu spät gekommen; schon wenige Tage nach dem Urteil vollendeten die Henker das Werk der blutigen Richter, ohne dass das Gnadengesuch der Gattin Kasprzaks, welches nach dem Gesetz aufschiebende Wirkung hat, von dem Gericht nach Petersburg befördert worden wäre. Der Mitangeklagte Gurzmann, ein Ingenieur, ist trotz erwiesener Unschuld zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden.

× ×

Kurze Chronik AM 5. August waren 10 Jahre vergangen, seitdem Friedrich Engels die Augen für immer schloss. Zu Ehren seines Andenkens brachten fast alle Parteiblätter der internationalen Sozialdemokratie stimmungsvolle Artikel, sowie Auszüge aus seinen Werken; einige Parteischriftsteller, wie Eduard Bernstein im *Vorwärts,* veröffentlichten persönliche Erinnerungen. × Genosse Joseph Hannich, Vertreter im Reichenberger Bezirk, hat kürzlich sein Abgeordnetenmandat wegen zunehmender Kränklichkeit niedergelegt. An seiner Statt haben die Genossen des Kreises den Genossen Dr. Victor Adler als Kandidaten für das erledigte Mandat einstimmig aufgestellt. Der Reichenberger Wahlbezirk ist einer der festesten Sitze der österreichischen Sozialdemokratie. × Genosse Birk-München hat sein Mandat als Gemeinderatsmitglied niedergelegt. Birk ist jetzt 66 Jahre alt, ist Reichstags- und Landtagsabgeordneter und fühlte sich der Arbeit nicht mehr gewachsen.

× ×

Literatur DIE im Frühjahr 1903 von der Buchhandlung *Vorwärts* herausgegebene Broschüre *Die Lebensmittelzölle und die indirekten Steuern* ist jetzt neu aufgelegt worden. Sie ist unter Berücksichtigung der inzwischen von der Mehrheit des Reichstags angenommenen neuen Handelsverträge umgearbeitet worden. × Ebenso ist der *Führer durch das Vereins-und Versammlungsrecht* soeben in neuer umgearbeiteter Auflage im Verlage der Buchhandlung *Vorwärts* herausgegeben. Die Broschüre, welche 30 Pf. kostet, ist zugleich Wegweiser bei den Reichstagswahlen und enthält ausserdem einen Anhang, *Warnung vor dem Strafgesetz,* in dem auf die hauptsächlichsten bei der Agitation in Frage kommenden Paragraphen des Strafgesetzbuchs aufmerksam gemacht und vor den Fallstricken gewarnt wird. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Unternehmertum WÄHREND die Scharfmacher noch bis in die jüngste Zeit hinein jede Unterhandlung mit den Gewerkschaften grundsätzlich ablehnten, zeigt sich bei ihnen jetzt mehr Geneigtheit, die gewerkschaftlichen Organisationen als gleichberechtigten Faktor bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen. Hat doch die *Arbeitgeberzeitung,* das führende Scharfmacherorgan, in ihrer Nummer vom 6. August

des Jahres als Programm der Scharfmacher bezeichnet: »Durchführung der Unternehmerorganisation, Preisgabe des Standpunktes, dass man mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandeln soll, kluge und bedächtige Formulierung der Vertragsabschlüsse«. Ausdrücklich wurde noch betont, dass ein Verhandeln und Vertragabschliessen nur dann möglich sei, wenn es von Organisation zu Organisation geschehe, und zwar unter der Voraussetzung einer gleichen Solidarität auf der einen, wie auf der anderen Seite. In der folgenden Nummer der *Arbeitgeberzeitung* wurde die Notwendigkeit, bei Arbeitskonflikten die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft ausdrücklich anzuerkennen, noch des näheren erörtert.

SO ändern sich die Zeiten. Noch vor Jahren wurde jeder Unternehmer als ein Verräter an den Interessen seines Standes gebrandmarkt, der mit Arbeiterorganisationen unterhandelte, jetzt ist man allgemein zur Anerkennung der Gewerkschaften genötigt. Denn die Scharfmacher vollziehen diesen Frontwechsel in einer gewissen Zwangslage. Die sich steigernde Macht der Gewerkschaften kann auf die Dauer nicht mehr ignoriert werden.

× ×

Aussperrungen DIE Bauarbeiteraussperrungen in München und im Ruhrgebiet sind beendet. Es kam zum Abschluss von für die Arbeiter in der Hauptsache günstigen Tarifverträgen. Auch die Aussperrung der Holzarbeiter in Breslau wurde seitens der Unternehmer aufgehoben, nachdem es mit den Maschinenarbeitern zu einer Lohnvereinbarung gekommen war. Ebenfalls beendet ist die Aussperrung der Werftarbeiter in Bremen und Bremerhaven; die ausständigen Kesselschmiede haben die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen. Eine Aussperrung, die vom Verband der schlesischen Metallindustriellen als Antwort auf einen partiellen Dreherstreik geplant war, unterblieb, da die Differenzen mit den Drehern schliesslich vor Ausbruch der Gesamtbewegung geschlichtet werden konnten. Im sächsisch-thüringischen Textilindustriebezirk kam es zur Aussperrung von zirka 7000 Färbern, weil in Glauchau und Meerane die Färber in mehreren Fabriken die 10stündige Arbeitszeit und 2,50 M. Tagelohn gefordert hatten. Es war weiter die Aussperrung von weiteren 25000 Webern angedroht worden, doch kam es dazu nicht, da die Unternehmer den Färbern einen Tagelohn von 2,40 M. bewilligten, was diese akzeptierten. In Dresden wurden bei der Firma Seidel & Naumann 2200 Arbeiter ausgesperrt, weil 140 Schleifer zur Abwehr einer Lohnreduktion in den Austand eingetreten waren. Die Firma musste nach 3tägiger Aussperrung den Lohnabzug wieder zurücknehmen. Die Aussperrung der Düsseldorfer Holzarbeiter dauert unverändert fort.

DIE Unternehmer werden wohl selbst nicht behaupten wollen, dass sie bei ihren Aussperrungen gute Geschäfte machen.

× ×

Kongresse und Verbandstage VOM 20. bis 22. Juli fand in Hamburg die Generalversammlung der Gärtner statt. Der Beitrag wurde auf 35 Pf. pro Woche erhöht; bei grösseren Kämpfen im Berufe kann auf die Dauer von 8 Wochen ein Extrabeitrag von 25 Pf. erhoben werden; weibliche Mitglieder zahlen 20 Pf. pro Woche. Es wird Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und Umzugsunterstützung gewährt; ferner Streikunterstützung, und zwar 9 M. für Ledige, 10 M. für Verheiratete, ausserdem für jedes Kind 50 Pf. Das Vereinsgebiet wurde in sechs Agitationsbezirke eingeteilt. Verhandelt wurde noch über die Taktik bei Lohnbewegungen, über Tarifgemeinschaften und über die Rechtsfrage. Über den Verbandstag der Lagerhalter ist bereits in der Rubrik *Genossenschaftsbewegung* (pag. 821) berichtet worden. Der Formstecherverband, der seine 4. Generalversammlung vom 7. bis 9. August in Cöln abhielt, nahm ebenfalls eine Bezirkseinteilung vor. Es wurden 7 Bezirke vorgesehen, deren jeder einen Vertreter in eine zu bildende Tarifkommission entsendet. Der Beitrag beträgt 60 und 80 Pf. pro Woche. Es wird Reise-, Umzugs-, Arbeitslosen-, Kranken- und Sterbeunterstützung gewährt. Auf dem Verbandstage der Friseurgehilfen (22. bis 24. August in Leipzig) wurden wichtige organisatorische Änderungen nicht beschlossen. Das Verbandsorgan soll anstatt zweimal, wie bisher, künftig dreimal monatlich erscheinen. Für Süddeutschland soll ein Gaubeamter angestellt werden. Die 2. Generalversammlung des Zentralvereins der Bu-

reauangestellten (3. und 4. September in Berlin) vollzog eine Neuregelung des Unterstützungswesens. Ausser den bisherigen Beitragssätzen von 80 Pf. und 1,20 M. pro Monat wurde eine neue Beitragsklasse von 40 Pf. pro Monat, für Mitglieder unter 17 Jahren eingeführt. Von den sonstigen Verhandlungen ist noch die Debatte über das Verhältnis des Verbandes zu anderen und verwandten Berufsorganisationen zu erwähnen. Die Fleischer, welche vom 3. bis 5. September in Leipzig tagten, beschlossen Erhöhung des Beitrages von 30 auf 35 Pf. Weiter beschäftigte sich der Verbandstag mit dem Genossenschaftswesen, der Fleischnot, dem Lehrlingswesen und dem Kost- und Logiswesen.

DER 16. internationale Bergarbeiterkongress, der vom 7. bis 11. August in Lüttich tagte, beschloss Errichtung eines internationalen Bergarbeitersekretariats, das seinen Sitz in England haben wird und am 1. September bereits in Tätigkeit trat. Zum Sekretär wurde Ashton bestimmt, für Frankreich, Belgien, Österreich, Deutschland (Hue) und Amerika wurden Korrespondenten bestimmt.

×

Gewerkschaftshäuser DER Geschäftsbericht des Berliner Gewerkschaftshauses für das Jahr 1904 zeigt ein günstigeres Bild als in den Jahren vorher. In den Jahren 1901-1903 betrug das Defizit 23 167,82 M., im Jahre 1904 nur noch 1443,59 M., und das, obgleich der Bierumsatz von durchschnittlich 284,7 hl. pro Monat im Jahre 1900 auf durchschnittlich 240 hl pro Monat im Jahre 1904 zurückgegangen ist. Zugereist sind in letzterem Jahre 18 407 Personen, gegen 15 621 im Jahre 1903, übernachtet haben 1904 65 154 Personen gegen 61 290 ein Jahr vorher. Einen günstigen Abschluss erzielte wiederum das Frankfurter Gewerkschaftshaus im Jahre 1904. Der Gesamtumsatz bezifferte sich auf 254 485,46 M. gegen 249 712 M. im Jahre 1904; an Speisen wurde umgesetzt 129 310,06 M. (123 957,01 M. im Jahre 1903), an Schnaps 1284,56 M. (1500 M.), auch der Bierkonsum ist etwas zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Übernachtungen ist nur um eine auf 27 747 gestiegen. Der Geschäftsgewinn hat entsprechend dem verminderten Bierkonsum einen Rückgang von 13 795,30 M. auf 13 382,73 M. erfahren. Auch das Dresdener Volkshaus hat im Geschäftsjahr 1904-1905 gut abgeschlossen. Bei einem Gesamtumsatz von 182 723,66 M. im Wirtschaftsbetrieb wurde ein Überschuss von 4654,90 M. erzielt. Der Bierumsatz belief sich auf 2788 hl, 325 mehr als im Jahre 1903-1904. Zugereist sind 5318 Personen gegen 4769 im Vorjahr, übernachtet haben 11 100 Personen gegen 10 422 im Jahre 1903-1904. Ausserdem übernachteten im Hotel 614 Personen gegen 672 ein Jahr vorher. Das Stuttgarter Gewerkschaftshaus hat seit 2 Jahren Bilanzen nicht mehr veröffentlicht.

DAS Leipziger Volkshaus wird zurzeit um- und zum Teil neugebaut. Es soll Raum geschaffen werden zu einem grossen Restaurations- und Cafébetrieb, zu Versammlungszwecken, zu Geschäftsräumen der Gewerkschaften, Bibliothek, Lesezimmer, Herberge etc. Auch das Frankfurter Gewerkschaftshaus wird vergrössert werden, da die zur Verfügung stehenden Räume zu Gewerkschaftsbureauzwecken nicht mehr ausreichen.

×

Internationale Organisation DER *Internationalen Union der Holzarbeiter*, deren Sitz sich in Stuttgart befindet, sind nach den Mitteilungen ihres Sekretärs Theodor Leipart zurzeit 12 Nationen mit 23 Organisationen angeschlossen, welche am Jahresschluss 1904 insgesamt 169 969 Mitglieder hatten. Und zwar verteilen sich die Mitglieder auf die einzelnen Länder wie folgt: Deutschland 4 Verbände mit 117 442, Österreich 1 Verband mit 15 776, Schweden 1 Verband mit 7436, Grossbritannien 1 Verband mit 5871, Dänemark 7 Verbände mit 6152, Ungarn 1 Verband mit 5208, Schweiz 2 Verbände mit 4300, Italien 1 Verband mit 3000, Frankreich 1 Verband mit 2264, Belgien 1 Verband mit 2000, Serbien 1 Verband mit 400 und Bulgarien 2 Fachvereine mit 120 Mitgliedern. Der Sekretär gibt nach Bedarf ein in drei Sprachen gedrucktes Zirkular heraus, in dem Situationsberichte aus den verschiedenen Ländern und Organisationen veröffentlicht werden. Das internationale Sekretariat der Handschuhmacher, das sich seit 1. Juli 1904 in Berlin befindet, hat kürzlich im *Handschuhmacher* seinen Jahresbericht veröffentlicht. Es sind zurzeit 10 Organisationen aus 10 Ländern mit zusammen 5635 Mitgliedern angeschlossen,

wovon indes auf Deutschland allein 3000 Mitglieder entfallen. Eine Verbindung mit englischen und amerikanischen Organisationen ist dem Sekretariat bisher noch nicht möglich gewesen, auch mit italienischen Organisationen nur unzureichend. Um so besser ist aber die Verbindung der deutschen mit den französischen, belgischen, luxemburgischen, österreichischen, ungarischen, norwegischen, schwedischen und dänischen Handschuhmacherorganisationen. Das internationale Sekretariat der Metallarbeiter wurde am 1. August von Sheffield nach Stuttgart verlegt. Sekretär ist A. Schlicke, Vorsitzender des deutschen Metallarbeiterverbandes.

× ×

Action directe IN Frankreich, wo das gewerkschaftliche Leben seit zwei Jahrzehnten durch die Generalstreikideen sehr nachteilig beeinflusst worden ist, hat man vor einiger Zeit ein neues gewerkschaftliches Kampfmittel entdeckt: die *direkte Aktion.* Der letzte französische Gewerkschaftskongress, in Bourges, hat beschlossen, vom 1. Mai 1906 ab den Achtstundentag einzuführen. Um das zu erreichen, will man nicht erst lange mit den Unternehmern verhandeln, man will auch nicht erst lange *generalstreiken,* man will einfach nicht länger arbeiten, als 8 Stunden, allen kapitalistischen Machtmitteln zum Trotz. Es kommt nur auf das Wollen an, dass und wie man die Sache arrangiert, das übrige wird sich schon finden!

SO bildet die *direkte Aktion* zurzeit das Hauptthema innerhalb der französischen Gewerkschaften, alle anderen Fragen, vor allen die Organisationsfragen, ja selbst die Propaganda des sonst so viel gepriesenen Generalstreiks, treten dagegen ganz in den Hintergrund.

ABER auch nach der Schweiz hat man die Propaganda für die *direkte Aktion* hinübergetragen. Und die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion der romanischen Schweiz hat sich am 9. Juli in Lausanne prinzipiell mit der Durchführung der *direkten Aktion* einverstanden erklärt. Demgegenüber hat sich das Bundeskomitee des *Schweizerischen Gewerkschaftsbundes* in einer wohlbegründeten Erklärung gegen die *direkte Aktion* ausgesprochen. Nach dieser Stellungnahme kann man die *direkte Aktion* in der Schweiz bereits als gescheitert ansehen. Wir brauchen darüber nicht ungehalten zu sein, denn alle diese neuen Kampfesmethoden wirken nur hemmend auf die gewerkschaftliche Bewegung.

× ×

Kurze Chronik DER Verbandstag der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen, der vom 27. bis 30. August in Breslau tagte, beschloss Anschluss dieser Organisation an die *Generalkommission.* Der Sitz des Verbandes wurde nach Berlin verlegt. × Der Zigarrensortiererverband blickt auf ein 20jähriges Bestehen zurück. Er trat am 1. August 1885 ins Leben. × Der Zimmererverband stellt 5 weitere besoldete Gauvorsteher an, und zwar für Posen, Hessen-Nassau, das nördliche Bayern, Provinz Sachsen und Anhalt, Schleswig-Holstein und das nördliche Hannover. × Der Maurerverband veranstaltete in der zweiten Augustwoche eine Lohnstatistik. × Am 1. Oktober des Jahres werden die Gewerkschaftskartelle von Hamburg und Altona vereinigt.

ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Landwirtschaftliche Genossenschaften DER am 17. und 18. August 1905 in Strassburg abgehaltene 20. deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag nahm einen besonders imposanten Verlauf, war er doch der erste seit der glücklich erfolgten Einigung zwischen dem *Neuwieder* und dem *Reichsverband.* Es waren 371 genossenschaftliche Delegierte erschienen, ausserdem eine grosse Anzahl Ehrengäste, darunter zwei Unterstaatssekretäre und der Statthalter von Elsass-Lothringen, Fürst Hohenlohe. Die Regierungssonne schien also diesem Kongress sehr hold, der sich auch dafür durch ein Hoch auf und ein Huldigungstelegramm an den Kaiser revanchierte. Das ist bei unseren Tagungen anders — vielleicht ist's aber besser so. Auch der *Zentralverband deutscher Konsumvereine* hatte einen Vertreter, sein Ausschussmitglied Barth-München, geschickt.

DEM vom Generalanwalt Haas erstatteten Jahresbericht zufolge haben sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Deutschland von 18 309 am 1. Juli 1904 auf 19 323 am 1. Juli 1905 vermehrt. Diese zählten rund 1 700 000 Mitglieder, darunter 1 200 000 selbständige Landwirte. Die Gesamtzahl der deutschen selbständigen Landwirte beträgt zirka 2½ Millionen; nahezu die Hälfte ist also bereits organi-

siert. In dieser Beziehung können demnach unsere Arbeiter noch viel von den *dummen Bauern* lernen. Im *Reichsverband* sind 40 Verbände, 70 Zentralgenossenschaften und 16 136 Einzelgenossenschaften mit 1 400 000 Mitgliedern vereinigt. Die Zentralkassen des Verbandes hatten im Jahre 1904-1905 einen Umsatz von 3159 Mill. M. (gegen 2570 Mill. M. im Vorjahre). Die Zentralbezugs- und Absatzgenossenschaften weisen einen Warenverkehr im Werte von 82,3 Mill. M. (gegen 69 Mill.) auf. Der von den Zentralbezugsgenossenschaften erzielte Überschuss beträgt 1 165 842 M. Der gesamte gemeinsame Warenbezug der deutschen Landwirte wird auf 170 Mill. M. geschätzt, der gemeinschaftliche Absatz auf 50 Mill. Zum Schluss wandte sich der Anwalt noch scharf gegen die Bestrebungen, den Lehrern und Geistlichen die genossenschaftliche Betätigung zu verbieten.

DIE selbe Klage bildete den Inhalt eines Referats des Pastors Auster, dessen Resolution einstimmig angenommen wurde. Es folgte nun eine lange Reihe gut durchdachter Referate über landwirtschaftliche Spezialfragen, die meist zur einstimmigen Annahme der gestellten Anträge führten. Hervorzuheben sind die Verhandlungen über die Erfolge der Winzergenossenschaften. Im allgemeinen sind die Erfahrungen dieser Vereine gute, doch wurde über den Boykott des Weinhändlerverbandes geklagt. An die Einleitung von Beziehungen zu den Konsumvereinen dachte merkwürdigerweise niemand, obwohl die Versammlung vorher Herrn Barth ihren Beifall gespendet hatte, als der selbe die bereits bestehenden Geschäftsbeziehungen zwischen beiden Genossenschaftsarten erwähnte.

AUCH mit den Kartellen und Trusts beschäftigte sich der Kongress und bezeichnete die genossenschaftliche Organisation als wichtiges Gegenmittel gegen diese wirtschaftlichen Volksschädlinge, das allerdings durch gesetzliche Massnahmen ergänzt werden müsse.

EIN fröhlicher Kommers beschloss diesen Genossenschaftstag, der sich eben so sehr durch eine nüchterne, praktische Beurteilung aller geschäftlichen Fragen, wie durch eine grosszügige Auffassung der Genossenschaftsideale ausgezeichnet hat.

× ×

Mittelstandsrettung

MIT der Rettung des Kleinhandels, alias Mittelstandes, beschäftigten sich die am 14. und 15. August abgehaltene Generalversammlung des *Verbandes deutscher Kaufleute und Gewerbetreibenden* und der deutsche Mittelstandstag in Frankfurt a. M. am 4. und 5. September. Natürlich ging es in beiden Fällen vor allem über die Konsumvereine her, doch auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, in denen Lehrer und Geistliche mitwirkten (vergl. den vorigen Abschnitt), bekamen ihr Teil. Der Verbandstag der Kaufleute beschloss, bei den Behörden auf ein Verbot der Beamten an der Verwaltung von Konsumvereinen hinzuwirken und eine allgemeine Steuerpflicht auch der nicht eingetragenen Genossenschaften zu erstreben.

DER Mittelstandstag machte etwas gründlichere Arbeit. Auch er verlangte die obige Besteuerung. Ferner wünschte er, dass die Gründung von Konsumvereinen nur an solchen Orten zugelassen werde, wo ein »unabweisbares Bedürfnis« vorläge. Ein Redner wünschte gar, dass die Konsumvereine, die im übrigen als *Rednerschulen* und als *Brutstätten der Sozialdemokratie* bezeichnet wurden, ganz eingingen, und erntete damit den Beifall der Versammlung. Eine den Geschäftsbetrieb der Konsumvereine erschwert wissen wollende Resolution wurde auch angenommen. Am nächsten Tage aber forderten die selben Leutchen ganz vergnügt für ihre Kreditgenossenschaften die staatliche Hilfe gegen das Übergewicht der Grossbanken und Trusts. Sie denken offenbar *Quod licet Jovi, non licet bovi.* Nun, glücklicherweise braucht uns vor ihrer Gottähnlichkeit noch lange nicht bange zu werden. Für die Konsumvereine bedeutet der ihnen hier aufgezwungene Kampf nur eine Nötigung und Gelegenheit zu immer intensiverer Propaganda nach aussen und wirklich genossenschaftlicher Erziehung und Durchbildung nach innen.

× ×

Erziehungsheim

SEBASTIEN Faure, ein bekannter französischer Genossenschafter und Volksredner, will in der Nähe von Rambouillet eine Genossenschaftsfarm, *La Ruche,* gründen, in der verwaiste, verlassene oder Kinder bedürftiger Eltern zu gesunden, gut ausgebildeten und mit grossherzigen sozialen Ideen erfüllten Menschen erzogen werden sollen. Die Kinder sollen eine gute Schulbildung erhalten und ausserdem ein Handwerk erlernen, um später ausserhalb oder innerhalb des *Bienenkorbes* — nach ihrem Be-

lieben — ihr Fortkommen zu finden. Faure verpflichtet sich selbst, 20 Kinder in dieser Weise zu erziehen, bis der *Bienenkorb* sich selbst trägt. Unterstützungen von Freunden der Sache sollen dazu verwandt werden, das Unternehmen, das niemals der persönlichen Bereicherung dienen soll, zu vergrössern.

DAS Ganze klingt ein bisschen utopisch. Doch kann ein solches Unternehmen in den Händen eines mit den nötigen intellektuellen und seelischen Fähigkeiten ausgestatteten Menschen ausserordentlich viel Segensreiches wirken. Möge dem Versuch ein guter Stern leuchten!

× ×

Kurze Chronik

DER Kreisausschuss in Calbe hat, nachdem alle Sachverständigen die projektierten Anlangen als einwandfrei bezeichnet hatten, den Bau der Seifenfabrik der *G. E. G.* genehmigt. Es ist also dem Akener Magistrat nicht gelungen, das Staatswohl zu retten. Es steht ihm freilich noch ein Rekurs an den Handelsminister offen, der aber hoffentlich ebenso verständnislos für die guten Absichten der Akener Stadtväter sein wird. × In Dresden ist anlässlich der letzten Zigarettenarbeiterinnenaussperrung die Gründung einer Zigaretten produktivgenossenschaft beschlossen worden. In Halle wollen die Schneider ebenfalls eine genossenschaftliche Werkstätte aufmachen, in Ronneburg-Friedrichshaide die Holzschuharbeiter. Alle diese Produktivgenossenschaften werden mit sehr schweren Absatz- und zum Teil auch Produktionsverhältnissen zu rechnen haben. × Am 20. August feierte der Esslinger Konsumverein sein 40. Geburtstagsfest. Der Jubilar erhielt von allen Seiten Glückwünsche und eine Anzahl nützlicher Geschenke. × Die Landeskonferenz der hessischen Konsumvereine am 27. August nahm eine energische Protestresolution gegen die neue Gewerbesteuer an. × Die *Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspresse* veröffentlicht wieder den Lehrplan für den vom Oktober bis März stattfindenden Kursus für Genossenschaftsbeamte. An den Kursus schliessen sich praktische Unterweisungen im Geschäftsbetrieb von Zentral- und Einzelgenossenschaften an. × Die englische *C. W. S.* veranstaltete am 23. August ein Fest für ihre sämtlichen noch am Leben befindlichen jetzigen und früheren Vorstandsmitglieder, Revisoren und Komiteemitglieder. × Eine für die Mitglieder der zusammengebrochenen Konsumvereine von Mexborough und Thornes veranstaltete genossenschaftliche Sammlung ergab die Summe von 58631 M., aus der den Geschädigten je 6 s. auf 1 Lstrl. Anteilkapital ausgezahlt werden konnte.

× ×

Literatur

ALS 8. Flugschrift der *Deutschen Gartenstadtgesellschaft* ist eine bereits in der Zeitschrift *Der Städtebau* veröffentlichte Arbeit von A. Abendroth *Die Grossstadt als Städtegründerin* erschienen. Abendroth möchte die heute unbewusst wirkende Tätigkeit der Grossstädte, in ihrer Nähe neue, blühende Gemeinwesen entstehen zu lassen — zum Beispiel Friedenau, Wannsee, Schlachtensee bei Berlin etc. —, zu einer planmässigen machen. Die Grossstadt soll in ihrem Weichbild gelegene oder daran grenzende, landwirtschaftlich wenig nutzbare Gebiete in grösseren Zusammenhängen aufkaufen und darauf unter Aufrechterhaltung des Gemeineigentums an Boden nach dem Muster der *Gartenstadtgesellschaft* neue, schöne Gemeinwesen mit eigenen Zentralen ins Leben rufen. Das wichtigste Ergebnis einer solchen Bodenpolitik würde die Herabdrückung der auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Grundrente und Gemeindeabgaben auf die Hälfte der in den Städten zu tragenden sein, was Abendroth auch durch Berechnungen nachzuweisen sucht. Zweifellos eröffnet sich auf diesem Wege für die ganz grossen Städte — aber auch nur für diese — eine sehr dankbare soziale Aufgabe, wenn auch nicht alle hier ausgesprochenen Erwartungen in Erfüllung gehen sollten. GERTRUD DAVID

WISSENSCHAFT

Philosophie

Weltanschauung

ZUR Weltanschauung erschien ein Büchlein von Ernst Haeckel *Der Kampf um den Entwickelungsgedanken* /Berlin, Reimer/. *Der Kampf um die Schöpfung, Der Kampf um den Stammbaum, Der Kampf um die Seele* sind die drei Hauptthemata, in denen der jugendliche Alte mit unermüdlicher Ausdauer seine entwickelungsgeschichtlich-monistische Weltanschauung gegenüber der religiösen Dogmatik verteidigt. Man kann ihm wohl nachfühlen, dass er in

der religiösen Dogmatik seinen Hauptfeind und den Hauptfeind alles Fortschrittes sieht und darum die alten Glaubensvorstellungen als solche bekämpft, als läge in ihnen, nicht in den sozialen Interessen der Hierarchie die Macht, die dem Fortschritt feindlich ist. Könnte Haeckel letzteres sehen, so würde er nicht so sehr gegen die Symptome als gegen die Grundlagen dieser fortschrittsfeindlichen Macht kämpfen. Und er würde vor allen Dingen nicht selber den grossen Fehler begehen, seinen monistischen Glauben auch wieder fast wie ein Dogma zu behandeln, statt den Monismus als einen von verschiedenen möglichen Gesichtspunkten festzustellen, unter denen die Zusammenhänge unserer Welt zu erforschen sind. Es kann schmerzen, wenn man sieht, welche Blössen sich der verdienstvolle Mann dadurch bei seinen Gegnern gibt, und wie er es ihnen leicht macht, gerade das Bedeutendste, was er geleistet, zu verkennen und zu verketzern: den grossartigen Versuch, die alte dogmatische, nur nach äusseren Merkmalen vollzogene Gruppierung der Lebewesen unter den wirklich methodischen Forschungsgesichtspunkt des Werdezusammenhangs zu bringen. Mag er da im einzelnen noch so sehr irren, mag die Folgezeit noch soviel daran zu korrigieren finden: dieser Gesichtspunkt, den er von Darwin angeregt, konsequent verfolgt, ist — trotz Virchow — wissenschaftlich seine Hauptleistung, auch wenn die Schädelreihe nicht geschlossen ist, welche die Abstammung des Menschen von einer bestimmten vorzeitlichen Bithekoidenart beweist.

Ethik

DER Herausgeber der *Ethischen Kultur*, Dr. R. Penzig, hat im *Neuen Frankfurter Verlage* ein Büchlein *Massenstreik und Ethik* herausgegeben, das entschieden Beachtung, wenn auch in einigen Punkten Bestreitung verdient. Penzig bekennt sich grundsätzlich dadurch als Sozialisten, dass er das »System, dass es überhaupt Privilegierte und rechtlich oder ökonomisch Benachteiligte gibt«, für falsch erklärt und ein »System ineinandergreifender Arbeit aller Volksgenossen« als »richtige und auf Dauer eingestellte Gesellschaftsordnung« bezeichnet. Einer Regierung, die durch offenen oder verhüllten Verfassungsbruch dem Volke seine bisher besessenen Rechte raubt, hält er eventuell auch Gewalt für gerechtfertigt, »wenn es nicht anders geht, und — wenn es anders geht«, das heisst, wenn — was ja auch nach Kautsky sehr unwahrscheinlich — dies Mittel Erfolg verspricht. So ist Penzig auch für den Massenstreik, wenn er auch ihm gleich wenig Aussicht auf Erfolg beimisst. Die einzige durchgreifende Hilfe ist nach ihm »von der allmählichen Erziehung des Volkes zu vernünftigem und sittlichem Geiste zu erhoffen«. Das wäre schon gut, wenn nicht die Frage entstände: Wer soll das Volk zu diesem Geiste erziehen, wenn so mächtige und immer mächtiger werdende wirtschaftliche Instanzen da sind, die es in entgegengesetztem Geiste erziehen? Aber auf diese wichtige Frage sei hier nur hingewiesen! Wichtiger ist für unser jetziges Thema der Umstand, dass zwar Penzig in obigen und in vielen anderen Sätzen sachlich durchaus den Standpunkt werdender moderner Ethik einnimmt, sie aber doch nicht ganz bis auf den Grund verfolgt. Wenn er Widerstand gegen Raub von oben her als gerechtfertigt bezeichnet, so kann er im Grunde nicht so scharf, wie er es auf Seite 28 tut, fordern, dass der Widerstand sich in den »Grenzen des Gesetzes und der Verfassung« halte, ganz abgesehen davon, dass ja gerade Gesetz und Verfassung eventuell Formen sein können, die den Raub sanktionieren. Wenn er weiter sagt, im Falle gewaltsamen Widerstands schweige die Moral, so kann er nicht wohl an anderer Stelle behaupten, jede Gewalt sei unsittlich, sondern muss sie höchstens für noch nicht sittlich erklären. Und wenn er sagt: »Unsere Sympathieen sind bei der höheren Moral«, so kann er doch nur diese höhere, nicht aber eine niedere Moral eventuell vorhandenen Gesetzes als den Verpflichtungsgrund erkennen, sondern muss dem Apostelworte *Man soll Gott mehr gehorchen, als den Menschen* moderne Bestimmtheit geben. Dass Penzig das nicht genug tut, ist sein Mangel. Die allgemeine Moral des Christentums, Kants etc., ist eine richtige, aber doch nur auf einer ganz bestimmten konkreten Grundlage richtig anwendbare Abstraktion. Sie ruht eben auf der Voraussetzung gleichberechtigt zusammenwirkender Vernunftwesen. Wo diese Voraussetzung nicht oder nur unvollkommen verwirklicht ist, ist noch nicht oder nur teilweise moralisierter Zustand. Wer in ihm dem abstrakten Gesetze gemäss handeln will, gleicht dem, der Kornschrot als Feinmehl

zu Kuchen rühren will. Er wirkt tatsächlich dahin, das Recht der Gewalt auszuliefern. Penzig will das nicht, hat aber nach dem Angeführten den entgegengesetzten Gesichtspunkt nicht durchgreifend entwickelt.

IN dem Bereich der Ethik gehört auch Bruno Sterns *Positivistische Begründung des Strafrechts,* nach Wilhelm Stern /Berlin, Walther/. Der Verfasser erklärt ausdrücklich, dass er das Recht und damit auch das Strafrecht auf die Ethik basiere. Die Grundlagen der Ethik sind ihm, wie seinem Vater Wilhelm Stern, dessen Gedanken aus der *Kritischen Grundlegung der Ethik als positive Wissenschaft* /Berlin, Dümmler/ im wesentlichen wiedergegeben sind, nicht in der Geschichte und nicht in der Vernunft, sondern in dem Triebe, sich für einen Gegenstand zu opfern, den schon das Tier hat, gegeben. So wird ihm die Sittlichkeit wie das Recht gewissermassen aus der Pflicht der Abwehr gegen hemmende Instanzen abgeleitet, die positiv ordnende Bedeutung beider tritt zurük. Abwehr und Vergeltung sind in ihm das Wesen der Strafe. Dass die Vergeltung bei höherer Entwickelung in den Hintergrund, die Leitung und Erziehung neben der Abwehr in den Vordergrund zu treten hat, erkennt er nicht. Die Schrift ist zweifellos sorgsam gearbeitet, aber zu eng.

× ×

Religion

DIE Frage nach Religion nimmt heute einen zunehmend breiten Raum in der Literatur ein. Aber dass sie wesentlich gefördert sei, kann man im allgemeinen nicht behaupten. Noch immer steht im Vordergrunde die platte Frage nach der Existenz oder Nichtexistenz transzendenter persönlicher Gottheit. Wenn man die Frage so stellt, so gibt es nur eine Antwort: Mit unseren heutigen Erkenntnismitteln können wir eine solche Gottheit nicht entdecken, dürfen also gewissenhafterweise auch nicht davon reden, als ob wir davon wüssten. Die Bestrebungen auf dem Umwege über das Gemüt zu einer solchen Gewissheit zu gelangen, sind bedenkliche Selbsttäuschungen. Denn das Gefühl gibt eben Gefühls- und keine Vorstellungswerte, kann also nichts darüber aussagen, ob ein Gott als Persönlichkeit existiert, und wie er sich zur Welt und zu uns verhält. Falsch ist es darum, wenn Kurd Lasswitz in einem sonst gut geschriebenen Vortrage über *Religion und Naturwissenschaft* /Leipzig, Elischer/ heute noch den Kant nachgeredeten Satz aufstellt: »Als Immanuel Kant die theoretischen Beweise für das Dasein Gottes zertrümmerte, da zertrümmerte er auch ein für allemal die Möglichkeit, etwas gegen Gottes Dasein zu beweisen.« Was würde wohl Lasswitz, der naturwissenschaftlich gebildete Mann, sagen, wenn man ihm darauf hin sagte: Indem die Naturwissenschaft die theologischen Beweise für die mosaische Schöpfungsgeschichte zertrümmerte, hat sie auch die Möglichkeit zertrümmert, etwas gegen diese Schöpfungsgeschichte zu sagen. Mit ähnlichen Beweisgründen, nur unklarer, tritt Dr. med. Robert Lehmann (*Religion und Naturwissenschaft* /Strassburg, Bongard/) für die transzendente Religion und für konfessionellen Religionsunterricht ein. Auch das bekannte kindliche Sophisma, dass wir doch, da wir nicht alle alles wissen können, aber sehr viel bloss glauben müssen, nun kritiklos die überlieferten religiösen Vorstellungen glauben sollen, kommt in diesem Büchlein wieder zum Vorschein.

ABER auch ein sozialistischer Schriftsteller, Julian Borchardt, meint in einem Vortrag über *Sozialdemokratie und Religion* /Königsberg i. Pr., Jäger/, Religion setze den Glauben an einen persönlichen Gott voraus, religiös seien diejenigen Menschen, denen es ein Herzensbedürfnis ist, ihre Ehrfurcht vor der Grösse und Harmonie des Weltbaus, wie ihre Zuversicht in die Notwendigkeit und Sicherheit des Weltbaus zu stützen auf die Annahme eines allgütigen und allweisen Vaters, eines persönlichen lebendigen Gottes. Wenn nur die, welche so reden, sich einmal den Begriff der *Persönlichkeit,* wie wir Menschen ihn verstehen können, ein wenig analysieren wollten, so würden sie gleich merken, dass sie verständigerweise nur dann behauptet werden kann, wenn man ihn als abgegrenztes Wesen neben anderen zu denken vermag, dass der Begriff aber zum leeren Worte wird, wenn einmal die Unendlichkeit zum Bewusstsein kommt. In diesem Augenblick werden auch dem Religiösen, wenn er denkt, alle Vorstellungen von einem Gottwesen, von seinem Willen und seinen Gedanken, zu blossen Symbolen für — ja nun, für innere Lebenstatsachen und für das Problem ihres Zusammenhanges mit dem Unendlichen. Diese Lebenstat-

sache, dass das Bewusstsein eine ganz eigenartige Gesetzmässigkeit hat, die nicht als solche in Grössenmasse aufgelöst werden kann und doch mit ihnen in Zusammenhang steht, diese Tatsache ist nie zu beseitigen. Und die bornierte Weltansicht, welche alles bloss in mechanische Grössenbegriffe auflösen will, ist es im wesentlichen, die immer wieder auch die Innengewalten gegen sich hervorbrechen und ihr Recht begehren lässt. Hier muss mit allem Nachdruck das richtige Wort Josef Dietzgens stets von neuem betont werden, dass man bei der Untersuchung nicht den Geist zu Anhängsel der Materie und nicht die Materie zum Anhängsel des Geistes machen dürfe. Beide sind gleichermassen im Zusammenhange des Gegebenen in ihrer Eigenart zu betrachten; und wenn da noch viele Fragen nicht zu lösen sind, so muss man denken, dass auch Rom nicht in einem Tage erbaut ist. Alle spekulativen Versperrungen der Probleme sind auf das nachdrücklichste abzuweisen. Etwaige Vermutungen sind als solche zu begründen und doch nur als Vermutungen auszugeben. Das erfordert die Moral des Denkens, von der diejenigen keine Ahnung zu haben scheinen, die aus Autoritätsglauben oder aus Gemütsbedürfnis Sachen behaupten, von denen sie so wenig, wie von *Herrn Bärthleins Tod,* wissen. Darum ist es auch falsch und einschläfernd, wenn behauptet wird, die Wissenschaft sei der Religion gegenüber *völlig neutral.* Ein neutrales Gebiet für die Wissenschaft ist nur die Phantasie, sowie deren symbolische und künstlerische Gestaltungen. Was als wahr oder als wahrscheinlich anzunehmen ist, untersteht dem wissenschaftlichen Urteil, sonst keiner Instanz. Wenn man aber *Religion* und *Gott* und dergleichen Worte mehr, wie es heute schon von vielen Theologen geschieht, in oben angedeutetem symbolischen Sinne verwendet, so hat die Wissenschaft natürlich nichts einzuwenden, und das, was an der alten Religion wirklich Religion war — die ihr zu Grunde liegenden Innentatsachen — bleibt vollauf bestehen.

DIESE verkennt, wie es scheint, auch ein durchaus wissenschaftlich nüchtern gehaltenes Werk des Professors Kurt Breysig, *Die Entstehung des Gottesgedanken und der Heilbringer* /Berlin, Bondi/, welches unter Bekämpfung der symbolischen Deutungen zeigen will, wie ursprünglich der Heilbringergedanke sich an Tiere und Menschenwesen knüpft, und diese dann oft zu Gottheiten erhöht. Wieweit darin der Verfasser recht haben mag, soll dahingestellt sein, wenn auch die sehr interessanten Ausführungen nicht immer überzeugend sind und ebenso wie viele andere eine Seite der Sache allzusehr in den Vordergrund zu schieben scheinen. Bedauerlich ist nur, dass er den Gedanken des Heilbringers, sowie die Verschiebungen in den Göttervorstellungen so gar nicht in ihrem Zusammenhang mit sozialen Entwickelungen und Völkerkämpfen betrachtet. Der Kampf zweier Göttergeschlechter in der *Orestie,* die Zentralisation des Jahvekults u. s. w. fordern doch geradenwegs dazu heraus. Was sodann die Symbolik anlangt, so mag er vielleicht darin recht haben, dass die Götter nicht in dem Masse, wie man früher glaubte, Personifikationen von Naturkräften sind. Aber die unerlässliche Grundsymbolik, wonach der Mensch sein Innenleben in geschaute oder gedachte Aussengestalten in vergrössertem Masse einlegt, wird er kaum bestreiten. Und virtuell ist doch diese Übertragung die Grundlage, zwar nicht der Religion selbst — denn diese bleibt Innenleben —, wohl aber ihres Ausdrucks in Religionsvorstellungen. Durch welch besonderes psychologische, natürliche, soziale und traditionelle Zusammenwirken die bestimmten Einzelvorstellungen entstanden sein mögen: die natürlich, wenn auch nicht bewusst symbolisierende Tätigkeit bleibt doch die generelle Grundlage. Diese zum Selbstbewusstsein der heutigen Menschen zu bringen, dürfte wichtiger sein, als alles andere.

× ×

Kurze Chronik DIE *Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur* will auf Grund eines auf ihrem letzten Gesellschaftstage zu Pfingsten in Jena gefassten Beschlusses eine Liga für Moralunterricht schaffen. × Der Freidenkerkongress dieses Jahres fand am 3. bis 6. September in Paris statt.

FRANZ STAUDINGER

KUNST

Dichtkunst

Hartlebens Nachlass TAGEBÜCHER mit witzigen Bemerkungen über Menschen und Welt, die anmutig gegliederte Sammlung der Hartlebenschen Lyrik, das Fragment einer

Komödie in Versen, *Diogenes,* bilden zum wichtigsten des Dichters Nachlass. (*Meine Verse* und *Diogenes* /Berlin, S. Fischer/). Was so langsam pietätvoll ans Licht geholt wird, kann sein Bild nicht umgestalten. Kein Held, kein Grosser war der liebe selige Otto Erich. Er hat in den Versen einen innigen Freud- und Schmerzenton, der echt ist. Sein sozialer Entrüstungsschrei, im antiken Mass bald, bald gereimt, wird kaum je ein Weckruf sein. Seinem Schattenspiel mit dämmerigen Liebestraurigkeiten folgt ein empfindsam Herz wohl gerne. Und schaut man's ernst an, nicht mit Partei, so gilt ein unbarmherzig Nietzschewort von ihm, geprägt auf die Kyniker, deren Vorzüglichsten, Diogenes, Otto Erich zur Hauptperson seiner Komödie einsetzte: *Viel kleine Überwindungen und ein grosses Maul.* Das Bruchstück hört dort auf, wo die Weisheit dieses Spruches am Denker im Fasse gedeutet wird. Aspasia, des verstorbenen Perikles köstliche Hetäre, fühlt sich schal und leer bei den Werbungen der besten Athener und trachtet, aus der Niedergeschlagenheit sich aufzuschwingen. Dass Diogenes, den sie ins Haus ruft, ihr Leben mit Wert und Inhalt erfülle, ist ihr Wunsch. Diogenes aber kommt nicht, und deshalb sucht sie ihn auf. Nun findet jenes geheimnisvolle Seelenerkennen statt, in dem zwei vorher gänzlich Fremde die mystische Verwandtschaft ihres Innern plötzlich entdecken. Von hier an sagt die Komödie nichts weiter. Ein paar Jamben aus dem Munde des Diogenes, im Anhang des Fragments gedruckt, zeigen einiges der ferneren Entwickelung. Danach scheint, als unterliege der Philosoph zuerst dem Weibe und komme am Schluss wieder zum Bewusstsein seiner Weisheit, die ein grimmer Kyniker in den hässlichen Satz presste *Ein Weib vergiften, wenn man fürchtet, es zu lieben.* — —

× ×

Erzählungen WAS Goethe vom Dichter forderte: ›lebendiges Gefühl der Zustände und Fähigkeit, es auszudrücken,‹ diese Macht hat Hartleben nie gemangelt. Er bewies es vor allem in seiner wohlgesetzten, nicht tiefen, doch feinen Prosa. Und wenn der junge Schweizer H e r m a n n H e s s e nach gleichem Ruhme erfolgreich strebt, so soll ihm das zum Lobe gerechnet werden. Ich kann in die Überschätzung nicht einstimmen, die sein Roman *Peter Camenzind* /Berlin, S. Fischer/ erfuhr. Der Schweizer Bauernjunge, der nach vielen einsamen Sorgenschicksalen ein Poet wird und hernach aus dem Phantasiereich doch wieder hinabsteigen möchte ins feste Alltagsleben, ist ein Mensch von unserem Fleisch und Herzen und Hirn. Hesses Kunstverstand, der zahlreiche Begebenheiten, träumende Kindheit, bangende und brennende Jünglingsjahre, Zeiten der Reife und Abklärung, in ein nicht zu starkes Buch verschloss, hat unterdessen noch manch stimmungsvolle Erzählung in Zeitschriften dargeboten. Sie zeigen, wie er sich zum guten und gemütvollen Erzähler auswächst. Eine sehr breite literarische Geschäftigkeit des jung Gekrönten darf ihm nicht die Versunkenheit und das tiefschöpfende Gewissen zerstören. Bei vielem von ihm Gedruckten war's, als drohe solche Gefahr seinem Talente.

AUCH des Schlesiers F e d o r S o m m e r Romanheld *Ernst Reiland* /Leipzig, Cavael/ kämpft sich zum dichtenden Zeugen für der Erde tragische Schwere hinauf, nachdem er die Enge seiner heimischen Verhältnisse überwunden hat, gleich Peter Camenzind. Nur war Sommer in nicht sehr hohem Masse kräftig, der Hauptgestalt und ihren Mitspielern ergreifend persönliches Leben einzuhauchen. Die Beseelung des Stofflichen ist ihm nicht fremd, doch macht sich in allen Teilen die Mühe des Schaffenden bemerkbar. Sommer will die Sprache schlesisch färben, die Ereignisse mit dem Dufte des Stammbodens überwehen. Ihm gelang das ab und zu. Meist jedoch vernachlässigt er über dem *Fliegeschissli* — um einen Hebelschen Ausdruck zu gebrauchen — den kernigen, vollatmigen Wurf.

WAS im gleichen Verlag mit dicken Bänden sonst noch das Wort erhält: C. F. Janke *Die Gesellschafterin,* Hermann Schilling *Jugendsünden,* Marie Tithanyi Gräfin Sturza *Das Gelübde einer dreissigjährigen Frau,* Silvio *Torheit auf Reisen* ist Dilettantenarbeit. Allein L u d w i g H i r s c h f e l d ragt aus dieser Schar mit seinen *Ferien in Gossensass.* Wenn man aus diesem Gemälde eines Wiener Gemisches von Idioten, Lebemann, Philosophen der Gasse einige Kindlichkeiten des Stiles, der Weltanschauung, einige übermässige Grobheiten und Zoten streicht, so erhält man das Werk einer tastenden Begabung, die vielleicht durch Selbstzucht, Bescheidenheit

und fleissige Übung die richtige Masse sich ebnet. Hirschfelds Landsmann Carl Morburger erfreut sich leider auch noch zu sehr an einer ungezügelten Draufgängerei in Sprache und Schilderung obszöner Dinge. *Die da gefallen sind* /Wien, Szelinski/, Dirnen eines Bordells, erzählen sich die traurigen, die grässlichen Erlebnisse, als sie entjungfert wurden. Derweil opfert sich ein kaum erwachsenes Mädchen mit ihres Leibes schmächtiger Blüte einem reichen Lüstling, weil die so früh Verlorene mit dem Schandengeld ihrer totkranken Schwester Heilmittel verschaffen will. Die Märtyrerin muss ins Spital, angesteckt von ihrem Käufer. Gewiss ein Vorwurf, eines ganzen Dichters würdig. Aber Morburger stellt das alles so roh, so ungeschlacht und mit Reporterkrassheit dar, dass eine eklige Geschichte nur übrig blieb.

NACH solchen Grässlichkeiten die sanften, lullenden Sätze von Georges Rodenbach zu lesen, ist erleichternde Labnis. Friedrich von Oppeln-Bronikowski verdeutscht seine nachgelassenen Novellen *Im Zwielicht* /Dresden, Reissner/. Im toten Brügge sind alle vergegangen, die kleinen Trauerspiele und Komödien dieser schlafenden und jeglich lautes Wirken dämpfenden Stadt. Aus der sinnenden Ruhe zerrt Leonid Andrejew den Leser in wilde, aufgeregte Zeiten und Orte, in die mandschurische Armee Russlands, in die vernichtete Seele eines verkrüppelten Kriegers, der in der Heimat wahnsinnig wird und seine Angehörigen in die furchtbare Blendung mitreisst. *Das rote Lachen* /Berlin, Verlag *Snanije*/ ist ein Gespenst, das die blühende, blondhaarige Jugend greisenfahl macht. Es weckt einen Tumult auf, der die eisernsten Kämpfer zerfrisst. Den Wahnsinn zündet es, das rote Lachen, das ein Höllengeist ist, ein schrecklicher, verfluchter, gefürchteter, erzeugt aus Blut, aus Kriegsverzweiflung, Hoffnungslosigkeit und himmelschreiender Pein. Unersättlich ist das Gespenst, die Menschen hassend und ihr Glück zermalmend und versengend, gleich schrecklich wie die antiken Gottheiten des Unterganges und der Rache. Für die grosse Not seines Vaterlandes hat Andrejew einen erschütternden Ton gefunden.

× ×

Neuausgaben DASS Hesses Klassikerverlag Teile seiner schönen Ausgaben von Tieck, Brentano, der Droste, Reuters und anderen gesondert herausgibt, wird die Anschaffung dieser guten und billigen Bücher vielen Kunstfreunden erleichtern. Meyers *Bibliographisches Institut* reiht Roderich Benedix' unterhaltsamste Stücke in ihre Bibliothek. Von Paul Sakolowski stammt eine gewandte Übertragung der Novellen des Masuccio /Altenburg, Unger/. George Moores *Irdische und himmlische Liebe* lässt der Verlag Fleischel neu übersetzen und einleiten.

× ×

Kurze Chronik *WANDLUNGEN* ist die Fortsetzung von Friedrich Huchs Roman *Die Geschwister* /Berlin, S. Fischer/. × Eine Reihe schon gedruckter Skizzen sammelt Carl Hauptmann als *Miniaturen* /München, Callwey/. × Von neuen französischen Büchern wären folgende, bei Stock in Paris erschienene zu nennen: *La clé des carrières*, gegen akademischen Hochmut eifernd, *Septime César*, der die religiöse und sittliche Wandlung eines römischen Genüsslings erzählt, *Une page de la vie russe*, russischen Aberglauben bekämpfend, *L'opprobre*, darinnen eine Gefallene ein hoher und heiliger Mensch wird. Aus dem Französischen übersetzt ist des Geistlichen Rocheflamme (wahrscheinlich ein symbolischer Deckname) Roman *Maria von Magdala* /Leipzig, Cavael/. × Federleichte Unterhaltungslektüre sind Rudolf Greiners *Das goldene Kegelspiel* und *Marterln und Votivtaferln* /Leipzig, Staackmann/.

× ×

Literatur ALS Goethes besonderer Schützling hat Eduard Genast in Weimar sein Schauspielerleben begonnen. Was sein Vater dorten gewirkt, was er selbst auf Wanderungen durch Deutschlands Bühnen und schliesslich wieder im langjährigen Aufenthalt auf klassischem Boden in seinem Berufe gearbeitet, gesehen und genossen hat, erzählt er in den Plaudereien *Aus Weimars klassischer und nachklassischer Zeit*. Diese *Erinnerungen eines alten Schauspielers* hat der Verlag Lutz in Stuttgart jetzt neu drucken lassen.

MAX HOCHDORF

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION WILHELM STERNBAUER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



11. HEFT/NOVEMBER 1905

RICHARD CALWER · ENGLANDS ABSICHTEN UND DIE DEUTSCHE SOZIALDEMOKRATIE

ES war zu erwarten, dass die Enthüllungen des *Matin* über die Bereitwilligkeit Englands, sowohl mit seiner Flotte, wie mit seiner Landmacht Frankreich in einem Kriege gegen Deutschland unterstützen zu wollen, gewisse Parteien in Deutschland zu scharfen Angriffen auf die Sozialdemokratie wegen ihrer Heeres- und Flottenpolitik auslösen würden. Dieser Erwartung hat denn auch die Wirklichkeit reichlich entsprochen: der sozialdemokratische Standpunkt wird zum mindesten als frevelhaft, meist sogar als hochverräterisch erklärt.

WAS ist denn geschehen? England hat seine wahren Absichten gegen Deutschland einem französischen Minister gegenüber laut werden lassen, und dieser französische Minister hat in seiner Verärgerung die Freundlichkeit gehabt, das deutsche Volk wissen zu lassen, dass England auf der Lauer liege, über uns herzufallen. Jaurès hat die Angaben des *Matin* ausdrücklich für richtig erklärt, dass Delcassé im französischen Ministerrat auf die eventuelle aktive Unterstützung Englands nicht nur durch einen Flottenangriff, sondern auch durch Landung von 100 000 Mann in einem Kriege gegen Deutschland hinweisen konnte. Der Versuch Englands, dieses Anerbieten bestreiten zu wollen, dürfte kaum ernst genommen werden. Würde sich England eines reinen Gewissens erfreuen, dann wäre das offizielle Schweigen über diesen Zwischenfall nicht zu verstehen; es hätte sich wohl eine Form finden lassen, um den Behauptungen des *Matin* ein unzweideutiges und glaubhaftes Dementi gegenüberzustellen. Da ein solches nicht erfolgt ist, so soll man der Tatsache, dass England Deutschlands Feind ist, nicht länger durch taktische Manöver ausweichen wollen.

ES ist grundverkehrt, jetzt so zu tun, als ob die deutsche Politik, namentlich die Schaffung einer deutschen Kriegsmarine, England gewissermassen zu seiner Haltung provoziert habe. Man kann als Parteimann sehr wohl auf einem die deutsche Flottenpolitik ablehnenden Standpunkt stehen, aber dann beschränke man seine ablehnende Haltung nicht auf sein eigenes Land, sondern auch auf seinen guten Nachbar, der uns Deutschen erst gezeigt hat, dass der Besitz einer starken Kriegsflotte für die heutigen Entscheidungen in den Fragen der

Weltpolitik etwa ebensoviel wert ist, wie der Besitz einer mit starker Goldbasis ausgerüsteten Zentralbank für die Geltung auf dem internationalen Geldmarkt. Oder will jemand etwa im Ernste behaupten, Englands Feindschaft gegen Deutschland wäre nicht vorhanden, wenn Deutschland keine Flotte besässe? Gut, von diesem kleinbürgerlichen Standpunkte aus mochte man Politik treiben in Zeiten, wo Deutschland noch wenig in die Weltmarktwirtschaft verstrickt war, aber heute, wo Deutschland wirtschaftlich England und den Vereinigten Staaten ebenbürtig zur Seite steht und nicht umhin kann, zu allen Fragen der Weltpolitik im Interesse seiner Industrie Stellung zu nehmen, da kann man wohl die Flottenpolitik sämtlicher moderner Industriestaaten aufs schärfste verurteilen, aber man kann dem eigenen Lande nicht zumuten, eine Ausnahmestellung einzunehmen, die recht verhängnisvoll werden könnte. So wie die realen Verhältnisse heute liegen, hängt das Ansehen eines Staates im Auslande von seiner Schlagfertigkeit zu Wasser und zu Lande ab. Der japanisch-russische Krieg ist dafür eine eindringliche Lehre. Hätte Japan darauf verzichtet, sich eine kriegstüchtige Rüstung anzueignen, es hätte sich nicht nur gegen Russland nicht wehren können, es wäre auch trotz wirtschaftlicher Erfolge von den Grossmächten nicht als seinesgleichen anerkannt, ja, es wäre auch nicht im stande gewesen, für seine wirtschaftliche Entfaltung freie Bahn zu schaffen. Damit soll nicht gesagt sein, dass nicht andere Mittel zur Geltendmachung wirtschaftlicher und politischer Ansprüche anzustreben seien, aber man soll zugeben, dass dann international vorzugehen ist, und dass nicht ein einzelnes Land das ganze Risiko einer anderen Taktik tragen kann. WENN der Zwischenfall mit England zu dem Verständnis führt, dass wir Deutschland dieses Risiko nicht aufbürden können, so ist damit noch keineswegs jede Partei verpflichtet, die Vermehrung der Kriegsrüstungen zu Wasser und zu Lande gutzuheissen. Ich glaube, mit gutem Recht diese Verpflichtung für die deutschen Arbeiter bestreiten zu können. Gründe wirtschaftlicher und politischer Natur leiten mich dabei. Unsere heutige Auffassung vom Produktionsprozess ruht noch immer auf der Voraussetzung, dass der Arbeiter über Erzeugung, Absatz und Preise kein Mitbestimmungsrecht habe. Dieses Recht haben ausschliesslich die Arbeitgeber, die Kapitalisten und deren Vertreter. Sie tragen für die Erfolge und Misserfolge ihres Absatzes im Inlande und Auslande das Risiko. Aus der Tatsache dieses Risikos wird bekanntlich die Berechtigung des Unternehmergewinns hergeleitet. Solange nun im wirtschaftlichen Leben das autokratische System herrscht und verteidigt wird, so lange sind es sich die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse schuldig, sich gegen die Übernahme auch nur eines Teiles dieses Risikos zu wehren. Einen Teil dieses Risikos bilden aber zweifellos heutzutage die Kosten der Kriegsmarine, unter deren Schutz die deutsche Einflusssphäre im Ausland eine ständige Erweiterung im Sinne einer Vermehrung der deutschen Absatzgebiete erfährt. Soweit mit der Flotte dieser wirtschaftliche Zweck verfolgt wird, sind die direkt Interessierten dabei die Kapitalisten und die Fabrikanten. Die Arbeiter sind aber doch, wendet man mir ein, indirekt gleichfalls in hohem Grade an der Ausdehnung des deutschen Absatzes im Auslande interessiert. Gewiss, und zwar ebensosehr, wie sie daran indirekt interessiert sind, welche Aufträge ein Fabrikant überhaupt, zu welchen Preisen er sie übernimmt, mit welcher Maschinerie und mit wie teuren Rohstoffen und Kapitalien er arbeitet etc. Jeder Fabrikant würde

es sich aber aufs nachdrücklichste verbitten, wenn seine Arbeiter bei der Entscheidung über derartige Fragen mitsprechen wollten. Soweit also die Flotte sich als eine Versicherung gegen eine Schädigung und Beeinträchtigung des ausländischen Absatzes darstellt, ist sie als ein Teil des Risikos anzusehen, das Kapitalisten und Fabrikanten ausschliesslich zu tragen haben.

DOCH die Flotte ist auch ein Machtmittel des Staates für dessen allgemeine politische Zwecke. Da die Arbeiter nun durch das allgemeine Stimmrecht Einfluss auf die Politik des Reiches haben, sind sie, von wirtschaftlichen Gesichtspunkten abgesehen, nicht aus politischen Gründen zu einer Bewilligung der Mittel für die Wehrfähigkeit Deutschlands verpflichtet? Auch hier möge man erst das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Regierung und den bürgerlichen Parteien prüfen, bevor man eine solche Verpflichtung ausspricht. Politik ist Geschäft. Wir wären heute auf manchen Gebieten erheblich weiter, wenn man die Politik mit weniger schönen moralischen Redensarten, dafür aber mehr unter Abwägung der verschiedenartigen tatsächlichen Interessen betreiben wollte. Die Arbeiter streben nach politischer Macht und Anerkennung: sie sind bereit, Pflichten auf sich zu nehmen, wollen aber dafür auch die entsprechenden Rechte haben. Die Gegner der Arbeiterbewegung aber, voran die Regierung, bezeigen nicht die mindeste Absicht, dem Streben der Arbeiter nach politischer Gleichberechtigung entgegenzukommen. In hartem Kampfe müssen die Arbeiter Position um Position langsam erringen. Nun verlangt man allen Ernstes von den Arbeitern, sie sollten ihren parlamentarischen Einfluss im Reichstag ohne irgend welche Gegenleistung, ohne irgend welche Garantieen, zur Verstärkung von Heer und Flotte in die Wagschale werfen. Vielleicht liesse sich darüber noch reden, wenn die Organisation von Heer und Marine volkstümlicher wäre, wenn als Zweck des Heeres nur die Bekämpfung des ausländischen Feindes in Frage stünde, wenn die Kosten für die Landesverteidigung in einer für die Arbeiter weniger drückenden Weise aufgebracht würden. Aber wie liegen denn zurzeit die Verhältnisse? Die Sozialdemokratie wird als der innere Feind, das Heer als das Bollwerk gegen das Vordringen der Arbeiterbewegung bezeichnet, die Behandlung des gemeinen Mannes im Heere selbst genügt nicht entfernt den Ansprüchen, wie sie deutsche Arbeiter stellen dürfen. Die deutschen Arbeiter müssten ihre Interessen und den Weg, auf dem sie zu politischer Macht zu gelangen haben, schlecht kennen, wenn sie gegenüber der grossen Rechtlosigkeit, in der sie sich heute noch befinden, ihren politischen Einfluss dazu benutzen wollten, die Machtstellung der Gegner irgendwie zu befestigen. Und das würden sie tun, wenn sie gegenwärtig für Heeres- und Marineausgaben einträten. Die Sozialdemokratie ist eine Oppositionspartei und hat auch allen Grund, eine solche zu sein. Solange man ihren Einfluss nicht braucht und nicht will, solange ihre Macht noch nicht ausschlaggebend ist, so lange wehrt man sich gegen alle Konzessionen an die Arbeiter, sowohl auf politischem, als auch auf wirtschaftlichem Gebiet, glaubt es ihr aber doch zum Vorwurf machen zu können, dass sie Gleiches mit Gleichem vergilt. Manchmal ist ja die Phrase, bei vaterländischen Fragen falle jedes parteitrennende Interesse weg, ihrer Wirkung noch sicher, aber stichhaltig ist die Phrase darum nicht. Wenn eben vaterländische Fragen das nach Ansicht einer Partei ungerechte System der inneren Politik in schärfster Zuspitzung zum Ausdruck bringen, so handelt es sich dabei auch nicht mehr um

bloss vaterländische Fragen, sondern um die Austragung innerpolitischer Konflikte. Verantwortlich für die Wehrfähigkeit Deutschlands sind ganz allein die Parteien, die die heutige Regierung wollen und stützen.

WENN nun neugierige Menschen heute schon wissen wollen, welche Haltung die Sozialdemokratie in dem Momente einnehmen wird, in dem ihre politische Macht ausschlaggebend ist, so hat eine solche Gewissensfrage schon deswegen keinen Sinn, weil die Beantwortung dieser Frage von dem Grade der Veränderung der innerpolitischen Zustände abhängig ist. Für heute ist die Haltung der Arbeiter klar. Sie ist ablehnend, nicht aus dem Bedürfnis der Negation heraus, sondern weil die Arbeiter bei ihrer gegenwärtigen rechtlichen Stellung im wirtschaftlichen Prozess und im politischen Leben nicht die Pflichten den Kreisen abzunehmen haben, die im Vollbesitze aller Rechte diese mit den Arbeitern nicht teilen wollen. Aber der Sozialdemokratie genügt diese negative Haltung nicht im geringsten. So gut sie auf der einen Seite sieht, dass der heutige Wettbewerb der Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet die politische Rivalität und damit die Kriegsrüstungen steigert, und dass kein vorwärtsstrebendes Land sich allein von diesem Zuge der Zeit emanzipieren kann, so sucht sie doch andererseits nach Wegen, auf denen das Mass der Kriegsrüstungen möglichst vermindert werden kann, ohne doch die Sicherheit des einzelnen Landes zu gefährden. Und hier gibt der Zwischenfall mit England wieder einen deutlichen Fingerzeig. Ich habe vor kurzem in dieser Zeitschrift auf die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich hingewiesen. Wirtschaftliche Gründe sind es in erster Linie, die beide Länder auf einander anweisen. Aber ich habe damals schon angedeutet, dass auch politische Gesichtspunkte ein solches Zusammengehen empfehlen. Sind heute Frankreich und Deutschland sich über die Harmonie ihrer wirtschaftlichen Interessen im Gegensatz zu England und den Vereinigten Staaten erst einig, so ist auch die Aufgabe der politischen Rückendeckung eine von heute total verschiedene. Es steht nicht mehr das einzelne Land dem Gegner isoliert gegenüber, sondern im Bunde mit einer anderen Macht. Das heisst: die Kriegsrüstung, die heute Deutschland allein zu tragen hat, kann bei einem Zusammengehen mit Frankreich für jedes Land eine Erleichterung erfahren, ohne dass die Schlagfertigkeit dem gemeinsamen Feinde gegenüber geschwächt wird. Man mag eine derartige Politik für den Augenblick für noch so aussichtslos halten: die Tatsache, dass in Deutschland wie in Frankreich diese Politik von Parteien propagiert wird, deren Einfluss im Zunehmen begriffen ist, bietet die Gewähr für das Gelingen einer Allianz, deren zwingende Ursachen auf wirtschaftlichem Gebiete liegen. Und dass der Gedanke eines deutsch-französischen Zusammengehens trotz des Marokkokonfliktes schon Wurzel geschlagen hat, das zeigt schon der Verlauf dieses Konfliktes selbst.

WENN die deutsche Sozialdemokratie ihre auswärtige Politik auf dieses Ziel hin einstellt, so dient sie damit nicht nur dem wirtschaftlichen Fortschritt, sondern zeigt auch einen gangbaren Weg, wie der Wettbewerb in Kriegsrüstungen abzuschwächen ist, ohne irgend einen Partner wehrlos zu machen. Auch für die Politik gilt heute, wie für das wirtschaftliche Leben, das Prinzip der Interessengemeinschaft, durch die der nämliche Effekt bei geringerer Belastung der Partner zu erreichen ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JOHANN LEIMPETERS · DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI UND DIE GEWERKSCHAFTEN



RÜHER richteten wir unsere ganze Kraft gegen unsere Gegner; heute haben wir vollauf zu tun, uns gegenseitig zu bekämpfen, und man weiss oft nicht, ob man noch Sozialdemokrat ist oder nicht«, sagte unlängst ein alter Parteigenosse, der schon an der Wiege unserer Partei gestanden hat und bis heute noch auf exponiertem Posten kämpft. In der Tat wird heute fast ebensoviel sittliche Kraft auf die gegenseitige Bekämpfung verwandt, wie auf den Kampf nach aussen; ich fürchte, daran haben die Verhandlungen des Jenaer Parteitags nicht viel geändert. Meinungsverschiedenheiten hat es innerhalb der Partei stets gegeben, sowohl in taktischen, wie in prinzipiellen Fragen, ohne dass die Bewegung Schaden litt und unsere Grundanschauungen in Gefahr kamen, zu *versumpfen* und *abzuflauen*. Aber Meinungsverschiedenheiten sind in sachlicher Rede und Gegenrede auszutragen, nicht in erbittertem Kampfe und durch Unterdrückung des anderen, am allerwenigsten durch Unterbindung der Kritik unserer eigenen Lehren und Handlungen. Unsere Bewegung hängt ja nicht von diesem oder jenem Programmsatz, von diesem oder jenem Parteitagsbeschluss ab. Unser Programm ist kein Dogma, die Beschlüsse unserer Parteitage sind keine Kirchengesetze. Den Glauben an die Sache muss freilich ein jeder haben, der sie zum Siege zu bringen hofft, aber ein Fanatiker darf er nicht sein. Und leider lässt es sich nicht leugnen, dass es auch in den Reihen unserer Partei Fanatiker gibt, die einem Loyola nicht nachstehen; anders sind die leidenschaftlichen und ganz und gar unangebrachten Auslassungen und Urteile über die Gewerkschaftsbeamten, die doch auch Parteigenossen sind, und nicht die schlechtesten, unerklärlich.

SEIT Cöln haben sich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und den Gewerkschaften zugespitzt, und die Auseinandersetzung hat einen Charakter angenommen, der nicht mehr nähernd wirken kann, der trennend wirken muss. Es hat ja stets in der Partei Leute gegeben, die die Gewerkschaftsbewegung mit Argusaugen betrachteten, die stets getreulich deren Sittenreinheit prüften und sich nichts Schlimmeres denken konnten, als eine Verselbständigung der Gewerkschaften. Nach Cöln entdeckten sie nun gar in den Gewerkschaften die eigentlichen *Brutstätten der Prinzipienlosigkeit*, schlimmere, als im *Revisionismus*. Die guten Wächter stiessen kräftig ins Horn; es begann in einer Anzahl von Parteizeitungen und Versammlungen ein fröhliches Kesseltreiben gegen die *Gewerkschaftsbureaukraten* — der Bergarbeiterverband weiss davon zu erzählen. Im Ruhrrevier fanden Volksversammlungen statt, in denen über die *versumpfende* Tätigkeit der Gewerkschafter gesprochen wurde und die den Verband Hunderte von Mitgliedern kosteten. Es ist ja überhaupt grundverkehrt, Prinzipienfragen in Volksversammlungen und Tageszeitungen auszutragen; damit wirbt man keine neuen Anhänger, damit macht man die alten Genossen nur konfus. Wer da von der *Rückständigkeit*, der *Borniertheit*, dem *Krämergeist*, dem *Zünftlertum* der Gewerkschaftsführer redet und schreibt, dient der Partei ebensowenig, wie den Gewerkschaften selbst. Wer die Gewerkschaftsmitglieder in dieser Art gegen ihre Führer einzunehmen sucht,

fördert nur die Disziplinlosigkeit und damit notwendig die völlige Aktionsunfähigkeit. Zur Klärung, zur besseren Einsicht und zur Verständigung trägt man jedenfalls dadurch nicht bei.

WAS hat es denn zum Beispiel für einen Sinn, wenn ein Genosse Geithner die Gewerkschaftsführer für *Nietzschesche Übermenschen* erklärt, die hoch vom Piedestal herab über Krieg und Frieden, über die Berechtigung eines Streiks entscheiden, ohne die Mitglieder erst zu fragen?[1]) Dem ist doch nicht so. Nicht über das Recht oder die Berechtigung eines Streiks entscheiden sie, sondern darüber, ob er auch durchführbar ist. Man streikt doch nicht um des Streiks, sondern um des Erfolges willen. Von den Führern verlangt man, dass sie die Marktlage und die Konjunktur besser kennen, als die Mitglieder; und deshalb sind sie nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die Durchführbarkeit eines Streiks nach allen Richtungen hin zu prüfen und den Mitgliedern ihre Meinung rückhaltlos mitzuteilen. Die Streiks sind notwendige Mittel des Klassenkampfes. Sie schlagen beiden Kontrahenten schwere Wunden, aber beim Kapitalisten vernarben sie viel schneller, als beim Arbeiter. So haben die Kohlenbarone den durch den Bergarbeiterstreik zwei Monate lang ausgefallenen Profit längst wieder herausgeholt, während noch Tausende von Bergarbeiterfamilien bis heute an den Folgen des Streiks laborieren. Beim Ausbruch des selben hat man die Führer in Versammlungen und in *prinzipientreuen* Blättern *Bremser* genannt, die zu feige seien, um den Kampf zu wagen, weil — nun, weil sie auf die ungünstige Situation, auf die aufgehäuften Kohlenvorräte, auf die leeren Kassen, also auf die geringen Aussichten des Kampfes hinwiesen. Die Massen glaubten ihren Führern schliesslich nicht mehr, man rief ihnen in Versammlungen zu: Wenn kein Geld in der Kasse ist, dann hungern wir; wir müssen ja bei der Arbeit hungern, also können wir auch ohne Arbeit hungern! Und so beschloss man denn den Streik gegen den Willen der Führer; das Recht des Streiks haben aber diese niemals bestritten. Er war mehr als berechtigt, und er wäre es auch heute, wenn er wieder ausbräche. Nur die Machtpositionen waren und sind zu ungleich, und darum mussten die Führer bremsen. Als aber die Mitglieder den Kampf beschlossen, übernahmen sie damit auch die volle Verantwortung, und die Führer boten ihr ganzes Können auf, um den Kampf zum Vorteil ihrer Kameraden zu leiten. So handeln sämtliche Gewerkschaftsführer, und kein noch so *Radikaler* kann als Führer anders handeln.

VOM Sozialismus sollen nach der Ansicht des oben genannten Genossen Geithner die Gewerkschaftsbeamten nichts verstehen. Er sagt da:

»Freilich, wer da weiss, welche eigentümlichen Vorstellungen selbst über das Wesen des Sozialismus und des Klassenkampfes, sowie über die Klassengegensätze in manchen gewerkschaftlichen Kreisen herrschen, der wird sich über nichts mehr wundern.«

Aber die ganze Tätigkeit der Gewerkschaften ist ja nur Sozialismus. Auch, glaube ich, tun die Gewerkschafter für die Partei wohl mehr, als die Parteiangestellten für die Gewerkschaften. Indes, jene Art der Argumentation ist zu kleinlich und auch zu sehr den Tatsachen widersprechend, als dass man sich damit noch aufzuhalten braucht. Ebenso hinfällig ist das Gerede, dass die Gewerkschaftsvorstände ihren Angestellten verbieten, für die Partei tätig zu

[1]) Vergl. Otto Geithner: *Zur Taktik der Sozialdemokratie* in der *Neuen Zeit*, 1904-1905. II. Bd., pag. 657.

sein. Das ist ja auch schon dem Vorstand des Bergarbeiterverbandes früher einmal nachgesagt worden, obschon es diesem nie eingefallen war, an seine Angestellten eine solche Zumutung zu richten. Da wird ein Missverständnis aufgebauscht und so lange ins Ungeheuerliche vergrössert, bis irgend ein Kapitolswächter um Hilfe ruft.

WAS man in neuester Zeit den Gewerkschaften vielfach zum Vorwurf macht, das ist ihre angebliche Verachtung der Theorie. So behauptet Fleissner:

»Die Theorie ist [in den Gewerkschaften] vielfach geradezu verpönt, und mit überlegener Miene und mitleidigem Achselzucken wird der Parteigenosse von dem Gewerkschaftsleiter bedacht, der warnend und ermahnend auf diese Vernachlässigung hinweist. Die Entwickelung der modernen Gewerkschaftsbewegung hat zurzeit einen Grad erreicht, der naturnotwendig zum Zusammenstossen und zur Auseinandersetzung zwischen Partei und Gewerkschaft führen muss.«[2])

In Wahrheit kann von einer Verachtung der Theorie durch die Gewerkschaften keine Rede sein. Jeder Gewerkschafter weiss, dass ohne die Theorie eine Bewegung gar nicht zu leiten ist. Die Gewerkschafter haben sich sämtlich bei harter, langer Arbeit selbst schulen müssen. Und sie alle wissen selber am besten, wo es ihnen fehlt. Bildungsdrang und Wissensdurst ist nirgend mehr vorhanden, als in den Kreisen der Gewerkschafter, und da ist jeder Theoretiker lieb und wert, der Aufklärung schafft und zur Bereicherung ihrer Kenntnisse beiträgt. Aber er muss auch danach sein. Genosse Bebel sagte in Jena:

»Wir haben in den letzten Jahren über alle möglichen Dinge theoretisiert, und das Endresultat ist nicht Klärung, sondern immer grössere Verwirrung. Auf diesem Boden ist die Saat gewachsen, die wir heute aufgehen sehen [der Anarchosozialismus]. Eine so vollständige Verwirrung über die Grundanschauungen hat es in der Partei nie gegeben, wie jetzt.«[3])

Mit mathematischer Bestimmtheit und wissenschaftlicher Gründlichkeit wurde da von *Theoretikern* nachgewiesen, dass alle Gewerkschaftsarbeit nur Sisyphusarbeit sei, dass sie mit Totsicherheit in Sümpfe führe und dergleichen mehr. Solche *Theorie* ist innerhalb der Gewerkschaftskreise allerdings *verpönt*, und dazu gehört auch die *Theorie* Fleissners. Man lese:

»Das massenhafte und schnelle Zuströmen der Arbeiter in die Gewerkschaften ohne die Möglichkeit entsprechender geistiger Schulung hat für die Gewerkschaften selbst grosse Gefahren, führt zur Unsicherheit ihrer Betätigung, ihrer Aktionen im wirtschaftlichen Kampfe und unter Umständen zur Desorganisation oder in den Sumpf — nach englischem Muster. Früher, als die Gewerkschaften noch klein waren, als die Masse noch draussen, der kleine Teil drinnen stand, da hatte man zwar ein kleines Heer, aber Soldaten, die gut diszipliniert und deshalb in allen Situationen zuverlässig waren. Wer in die Organisation kam, tat diesen Schritt erst nach reiflicher Überlegung, er tat ihn aus Klassenbewusstsein.«

Das ist doch der unverfälschte *Doktor Eisenbart*, der die Gewerkschaften dadurch kurieren will, dass sie ordentlich Mitglieder streichen. *Probatum est!* Je weniger Mitglieder, desto aktionsfähiger sind die Gewerkschaften im wirtschaftlichen Kampfe, und da sie diesen hauptsächlich führen, so müssen ihre Erfolge um so sicherer sein, je schwächer sie an Anhängern sind! Die Gewerkschaftsführer haben sich abgemüht, nur Mitglieder zu gewinnen, möglichst alle Berufskollegen der Organisation zuzuführen, und nun wird uns nachgewiesen, dass das zu Aktionsunfähigkeit, in den Sumpf führt.

[2]) Vergl. Hermann Fleissner: *Partei und Gewerkschaft* in der *Neuen Zeit*, 1904/1905. II. Bd., pag. 700.

[3]) Vergl. das Protokoll des Jenaer Parteitags, pag. 313.

NUN, manche Parteigenossen und Parteiinstanzen denken darüber anders. So äussert sich Genosse Bebel in seinem bekannten Vortrag vom 31. Mai 1900, den wohl alle Gewerkschafter vollinhaltlich unterschreiben, folgendermassen: »Die Aufgaben und Zwecke der Gewerkschaft werden um so gründlicher erreicht, je stärker die selbe ist, das heisst je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweig ihr angehören, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. Alsdann ist auch ihre moralische Macht so stark, dass viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die anderenfalls gestellt würden. Die blosse Existenz der Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Saiten nicht zu straff zu spannen. Da ferner in der Fabrik und im gewerkschaftlichen Betrieb Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Überzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muss die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse und politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenschmieden aller vorhandenen Gewerksgenossen in eine Organisation muss das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundsatzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.«[4])

Im selben Sinne spricht sich die letzte Bekanntmachung des Parteivorstandes aus:

»Und noch ein anderes hat der Parteitag zu Jena für notwendig erklärt. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Aufgabe haben, die Lage der Arbeiterklasse auf dem Boden der bestehenden Wirtschaftsordnung nach jeder Richtung zu heben und zu verbessern und andererseits ungehörige Zumutungen der Unternehmer an die Arbeiter zurückzuweisen, sind eine unbedingte Notwendigkeit in der bestehenden sozialen Ordnung. Diese Organisationen erfüllen in um so vollkommenerem Masse ihren Zweck, je grösser die Zahl der Arbeiter ist, die in einem bestimmten Berufe ihrer Gewerkschaftsorganisation angehören. Sind sämtliche in einem bestimmten Berufe vorhandenen Arbeiter in ihrer Gewerkschaft organisiert, so hat die selbe das Ideal einer Gewerkschaftsorganisation erreicht.«

Nach Fleissner würde eine Bergarbeiterorganisation von 500 *zielbewussten Klassenkämpfern* dem Kohlensyndikat weit mehr imponieren, als eine solche von 40000 Mitgliedern, unter denen sich auch *Nichtklassenkämpfer* befinden. Es gibt freilich zahlreiche Genossen, die von der *kleinen, aber reinen* Gewerkschaft reden und auch daran glauben. Hundertmal sind diese Anschauungen durch die Macht der Verhältnisse *ad absurdum* geführt, immer wieder tauchen sie auf. Lohnt es sich, sie zum hundertundersten Male zu widerlegen?

DASS die Gewerkschaften in den letzten Jahren quantitativ mehr, als qualitativ, zugenommen haben, weiss niemand besser, als die Gewerkschaftsbeamten selber, die mit ihren Mitgliedern in täglichem Verkehr stehen. Aber deshalb können wir doch nicht ein gewerkschaftliches Abiturientenexamen einführen und die Aufnahme von dessen Bestehen abhängig machen! Alle Gewerkschaften sind unermüdlich bestrebt, ihren Mitgliedern die nötige Schulung beizubringen, und da hier ihre Tätigkeit sich auf ihren Beruf, auf die Verwaltungsarbeiten und nicht zuletzt auf die sozialpolitische Gesetzgebung, jedenfalls auf Gegenwartsarbeit beschränkt, so steht es um die gewerkschaftliche Schulung weit besser, als um die politische. Und es ist fraglich, ob die Parteipresse, die häufig sehr viel Raum für lange Polemiken und sehr wenig für belehrende Aufsätze hat, ihrer Aufgabe so genügt, wie die Gewerkschaftspresse der ihrigen. Das eine mag sie sich gesagt sein lassen: die häufigen Angriffe auf die Gewerkschaften schädigen die Partei vielleicht mehr, als diese.

NACH den unleidlichen Presspolemiken befürchtete man von dem Parteitag

[4]) Vergl. August Bebel: *Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien* /Stuttgart 1900/, pag. 15.

in Jena ein Pronunziamento gegen die Gewerkschaften. Wenn es dazu nicht gekommen ist, so ist das der Sachlichkeit der beiden Hauptreferenten, der Genossen Bebel und Fischer, zu danken. Wollte man aber bestreiten, dass den Gewerkschaftern in Jena doch recht übel mitgespielt wurde, so hiesse das den Kopf in den Sand stecken. Seit einigen Jahren beschleicht ja die Genossen beim Zusammentritt eines jeden Parteitags ein beklommenes Gefühl; in Essen, wo der Wahlkampf diesmal tobte, sprach man es recht laut aus. Früher waren solche Parteitage für die Genossen im Lande lehrreich, sie gaben Aufklärung über die Probleme der Tagespolitik, neue Anregung und Mut zur Agitation; die auftauchenden Meinungsverschiedenheiten belebten die Debatte, erbitterten aber nicht. Seit einigen Jahren ist das anders — und auch Jena hat dieser unerquicklichen Entwickelung keinen Schlusspunkt gesetzt. Ein Beweis für die laut verkündete Einigkeit ist bis jetzt nicht erbracht worden. Noch immer werden die Fragen verschoben, noch immer werden taktische Erwägungen mit *prinzipieller* Schärfe behandelt.

SO diesmal die Maifeierfrage. Da wurde ein tiefgehender Unterschied zwischen der Partei und den Gewerkschaften konstruiert, als habe es innerhalb der Partei selbst nie Gegner der Maifeier gegeben. Man hat im allgemeinen das Empfinden, dass die Maifeier das nicht ist, was sie sein soll. Man ist mit dem bisherigen Erfolg nicht zufrieden, und daran sollen nun die Gewerkschaften schuld sein. Diese haben aus der praktischen Erfahrung gelernt, dass die Arbeitsruhe am 1. Mai undurchführbar ist, und sie haben sich nicht gescheut, für die Aufhebung eines verfehlten Beschlusses einzutreten. Genosse Fischer hat auf die Verhandlungen mehrerer Generalversammlungen, so auf die des Bergarbeiterverbandes, hingewiesen, die sich gegen ihre Beamten wegen ihrer Haltung zur Maifeierfrage in Cöln scharf ausgesprochen haben. Gewiss, unsere Generalversammlung hat diese Frage mit einem Eifer und einer Gründlichkeit diskutiert, als hinge das Wohl der Bergleute davon allein ab, und die grosse Zahl der Redner sprach sich sehr scharf gegen mich aus. Es traten sogar Kollegen gegen mich auf, denen sofort nachgewiesen wurde, dass sie in ihrem Leben noch nicht eine einzige Maifeier mitgemacht hätten, die aber dennoch behaupteten, ich hätte nicht die Meinung der Bergleute vertreten. Ja, worin zeigt sich denn diese Meinung, wenn nicht in der Tat? Es ist sehr gewagt, zu behaupten, *alle* Bergleute seien für die Maifeier; von den 140 000 Mitgliedern, die der Verband nach dem Streik hatte, haben sich keine 4000 an der Maifeier beteiligt. Man täuscht sich gewaltig, wenn man die Stimmung unserer Kongresse als Gradmesser der Gesamtstimmung der Arbeiter ansieht. Nach Cöln brachte die Dortmunder *Arbeiterzeitung* gegen meine Stellungnahme zur Maifeier in Fettdruck einen Protest, im Namen des ganzen Ruhrreviers natürlich, und ich wurde ersucht, in Dortmund und Hörde über die Verhandlungen des Kongresses Bericht zu erstatten. Ich kam dieser Aufforderung nach; und das Resultat? Erstens erschienen nur wenig Leute, die meisten hatten kein Interesse für diese hochwichtige Sache; zweitens stellte man sich in Hörde vollständig auf meinen Standpunkt, und in Dortmund fand ich nur vereinzelten Widerspruch.

NICHT als Gewerkschafter, sondern als Sozialdemokrat bin ich Gegner der gegenwärtigen Form der Maifeier. Ich finde, dass der Siegespreis auf keinen Fall die Opfer des Kampfes auch nur entfernt aufwiegt. Angenommen, die

Regierung ist so vernünftig und gestattet uns am 1. Mai überall den Umzug unter der Bedingung, dass wir alle diejenigen in Ruhe lassen, die sich freiwillig an unserer Demonstration nicht beteiligen wollen; angenommen ferner, die Unternehmer sind ebenso vernünftig und sagen: soweit es der Betrieb erlaubt, mag feiern, wer Lust hat. Dann hätten wir also die Maifeier, und was wäre damit gewonnen? Keine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung, kein Pfennig Lohnerhöhung, aber eine Forderung wäre *erkämpft*: ein Feiertag. Zugleich mit dieser *Erkämpfung* verliert sie aber auch den Sinn, der doch ausschlieslich in der Demonstration, nicht in dem Feiern besteht. Doch gebe ich zu: heute hat die Maifeier noch den Reiz eines Kampfmittels, und so ist sie in einem gewissen Sinne auch schön. Aber leider nicht durchführbar. In den grösseren Fabriken, Hütten und Zechen arbeiten die Arbeiter in Abteilungen, Kolonnen, Dritteln u. s. w.; reisst man aus solch einer Gruppe einen oder gar zwei Mann heraus, so müssen auch die anderen feiern, besorgt sie zufällig noch Vorarbeit, so müssen schliesslich noch ganze Abteilungen feiern, ob sie von der Maidemonstration etwas wissen wollen oder nicht. In solchen Betrieben haben die katholischen Arbeiter schon längst auf ihre Feiertage verzichten gelernt, und denen sind sie schliesslich ebenso heilig, wie uns der 1. Mai. Ohne alle diese Arbeiter bleibt die Maidemonstration nur eine Halbheit; und dass sie mitfeiern, daran ist auf Jahre hinaus nicht zu denken, sie wissen, dass sie Gefahr laufen, arbeitslos, zum mindesten aber wegen willkürlichen Feierns bestraft zu werden, und gerade auch ein Teil unserer *radikalen* Maifeieranhänger richtet sich danach. Mir sind Parteigenossen bekannt, die, solange sie noch in die Fabrik gingen, sich am 1. Mai schamhaft durchs Fabriktor schlichen, aber, nachdem sie von der Partei frei gestellt wurden, keine Furcht vor Massregelung oder sonstigen Nachteilen zu haben brauchten, auf einmal fanatische Anhänger der strikten Arbeitsruhe am 1. Mai wurden und jeden, der nicht mitfeierte oder anderer Meinung war, einfach einen Feigling nannten. Will man den Kampf führen, so muss man sich auch dazu verstehen, die Maiopfer zu entschädigen. Und da wundert es mich, dass ein Parteitag den Bochumer Antrag ablehnte, der sämtliche Parteigenossen *in gehobener Lebensstellung* verpflichten wollte, am 1. Mai auf ihr Gehalt zu gunsten der Geschädigten zu verzichten. Man sagte, einen solchen Beschluss könne der Parteitag nicht fassen, er könne niemand zwingen, seinen Lohn für bestimmte Zwecke abzugeben. Merkwürdig. Und der selbe Parteitag kann den Millionen von Arbeitern die Pflicht auferlegen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen und somit auf ihren Lohn zu verzichten?

DIES über die Maifeier. Ich will die Frage selbst hier nicht ausführlich behandeln. Ich wolte nur an diesem Beispiel zeigen, dass es keinen Zweck hat, über nüchterne Erwägungen der Praxis mit der Berufung auf hohe *Prinzipien* sich hinwegtäuschen zu wollen.

ÄHNLICH liegt die Sache mit dem Generalstreik. Die Generalstreikdebatte bildete den Höhepunkt des Parteitags und wird in einem Teil unserer Presse als ein Weltereignis gefeiert. Ruhige Köpfe urteilen freilich anders, und auch im Lande hat die Debatte nicht entfernt die Begeisterung hervorgerufen, die man sich vielleicht davon versprach. Das Referat des Genossen Bebel war ohne Zweifel faszinierend und auch ohne Spitzen und Angriffe auf die Generalstreikgegner. Aber bei der Begründung des *neuen Kampfmittels*

ist auch Bebel nicht über das Wenn und Aber hinweggekommen. Er hat den anarchosozialistischen Generalstreik entschieden bekämpft und nur den politischen Massenstreik befürwortet; aber er hat die Demarkationslinie zwischen beiden nicht gezogen, wie sollen sie nun die Arbeiter finden? Es ist das auch ganz unmöglich, weil es für die Praxis einen solchen Unterschied nicht gibt. Vor einigen Jahren wurde jeder, der für den Generalstreik eintrat, als unverbesserlicher Phantast abgefertigt, und heute sieht man den, der sich für das uralte *neue Kampfmittel* nicht begeistert, bereits halb als Verräter an.

FÜR die Gewerkschaften bedeutet die Anwendung dieses Kampfmittels ihre Zerstörung, und deshalb müssen sie sich dagegen wenden. Die Genossin Roland-Holst sagt mit vollem Recht:

»Die Generalstreikidee ist . . . deshalb am verderblichsten für die gewerkschaftliche Praxis, weil sie auf das Hineinziehen der Massen zur Organisation und auf die tägliche Kleinarbeit keinen Wert legen kann. Wenn eine Minderheit die Trägerin der Revolution sein kann, wozu die mühevolle, unaufhörliche Arbeit zur Organisation und Erziehung der Massen? Wenn das Heil ohne langwierige Schulung und Übung durch einen gewaltigen Ausbruch des Widerstandes erreichbar ist, wozu die Plage und Not der täglichen Kleinarbeit? . . . Man kann sagen, dass die Idee des revolutionär-ökonomischen Generalstreiks einen ähnlichen Einfluss auf den geistigen Zustand der Arbeitermassen hat, wie die Lektüre von Sensationsromanen auf den der Jugend. Sie macht sie überspannt, verschliesst ihren Sinn für die Wirklichkeit der gesellschaftlichen Entwickelung, zerstört jedes gesunde Interesse für das tägliche Leben und die tägliche Arbeit; hält sie zurück vom frisch-fröhlichen Kampf des Augenblicks und konzentriert ihre Aufmerksamkeit auf die Erwartung des zukünftigen Heiles . . . Die Gewerkschaftsbewegung im Banne der Generalstreikillusion hat nur die Wahl zwischen fieberhaftem Losschlagen und tatenlosem Erwarten der Zukunft, wobei sich ihre Sehnsucht nur in exaltierten Worten äussern kann.«*)

Der Generalstreik dürfte in Deutschland zum Zusamenstoss mit der bewaffneten Macht führen, und ob dann Jeanne d'Arc ihre Auferstehung etwa in einer Rosa Luxemburg feiern würde, ist doch noch nicht ganz sicher. Einen solchen Zusammenstoss will Genosse Bebel auch nicht, dafür ist sein Verantwortlichkeitsgefühl zu gross; aber er hat sich durch den ruhigen Verlauf des Ruhrbergarbeiterstreiks gewaltig täuschen lassen. In der Tat kann man aber den Bergarbeiterstreik mit einem politischen Massenstreik nicht in Vergleich stellen. Der Bergarbeiterstreik richtete sich gegen eine Handvoll im ganzen Lande bitter gehasster Millionäre, während sich der Massenstreik unter Umständen gegen das ganze Land richtet. Im Ruhrrevier besorgte die Polizei den Streikenden Säle, sie schaltete eine Reihe von Bestimmungen des Vereinsgesetzes vollkommen aus, hielt vielfach telephonische Verbindung mit der Streikleitung und machte dieser Mitteilung über besondere Vorkommnisse. In den Versammlungen traten Geistliche und Bürgermeister auf und ermahnten die Streikenden zur Ruhe und zur Befolgung der Anordnungen ihrer Führer. Bei welchem Streik hat man jemals derartiges erlebt? Glaubt man im Ernst, ein politischer Massenstreik würde unter ähnlichen Auspizien verlaufen? Was hätte sich wohl beim Bergarbeiterstreik ereignet, wenn die sozialdemokratischen Arbeiter ihn allein geführt hätten? Dann wäre der Säbel wohl nicht in der Scheide geblieben.

*) Vergl. Henriette Roland-Holst: *Generalstreik und Sozialdemokratie* /Dresden 1905/, pag. 26-27. — Beiläufig: Auf den revolutionären Generalstreik in Russland, auf den manche unserer *Theoretiker* exemplifizieren, gehe ich natürlich in diesem Zusammenhang nicht ein. Diese Verhältnisse sind in der Tat mit denen in Westeuropa schlechthin unvergleichbar.

UND wie sieht es nun mit dem ***vierzehn Tage Hungern*** für unsere Rechte aus? Als die Bergarbeiter in den Streik traten, hatte noch jeder den Lohn von vier Wochen auf der Grube stehen, der ihnen in zwei Raten anstandslos ausgezahlt worden ist, so dass man hätte annehmen müssen, sie könnten vier Wochen streiken, ohne einen Pfennig Zuschuss, und ohne während dieser Zeit zu hungern. Hätten sie doch, falls sie zur Arbeit gingen, in den nächsten vier Wochen auch mit diesem Gelde auskommen müssen. Dazu kommt weiter, dass die Geschäftsleute, Metzger auch ohne Geld Ware hergaben, und dass von auswärts Lebensmittel geschickt wurden. Und dennoch musste schon in der ersten Woche Notunterstützung gezahlt werden. Frauen erschienen auf den Streikbureaus und weinten vor Not, und nach vierzehn Tagen war, trotz des abgehobenen Lohnes, trotz der 1½ Millionen Mark in bar und der vielen Waren, die ins Ruhrrevier geschickt worden sind, die Not grenzenlos, und zu Hunderten drohten die Streikenden, wenn es keine höhere Unterstützung gäbe, so müsste aus Not der Streik abgebrochen werden, und sie würden zur Arbeit zurückkehren. Dennoch hatten alle diese Leute begeistert ausgerufen: Wir müssen bei der Arbeit schon hungern, so können wir das auch ohne Arbeit! Der wirkliche Hunger ist eben ein so mächtiger Faktor, dass er allen Idealismus und alle Begeisterung niedermacht. Nun heisst es freilich: diejenigen unter uns, die besser situiert sind, sollen tief in die Tasche greifen! Sollten damit die Genossen *in gehobener Lebensstellung* gemeint sein, so kann ich verraten, dass die meisten, auch wenn sie bis auf den Taschenboden greifen, nichts herausholen. Die Mehrzahl dieser Leute lebt, genau wie die Lohnarbeiter, von der Hand in den Mund. Und die paar Leute in unserer Partei, die tatsächlich etwas übrig haben, können sich bei solcher Gelegenheit an den Bettelstab bringen, ohne auch nur den Streik um eine Stunde zu verlängern.

FÜR die Gewerkschaften würde jedenfalls eine Propagierung des Generalstreikgedankens destruktiv wirken. Eine solche ist ja einstweilen auch nach dem Parteitagsbeschluss nicht beabsichtigt, da dieser nur für ein Kampfmittel spricht, das »gegebenenfalls« in Anwendung zu kommen hat. Und für die Gewerkschaften bleibt der Cölner Beschluss bindend; sie werden ihn mit allem Nachdruck verteidigen. Sie dürfen es nicht zugeben, dass die so mühevoll unter unsäglichen Opfern aufgebauten Organisationen, die Arbeit von Jahrzehnten, durch Experimente zerstört werden.

ES ist zu befürchten, dass die Verhandlungen in Jena die Wirkung haben könnten, dass ein Riss zwischen Partei und Gewerkschaften entsteht. Das wäre im Interesse der Arbeiterbewegung allerdings sehr schlimm. Helfen kann da nur eine vollständige Selbständigkeit der Gewerkschaften, ihre Unabhängigkeit von jeder politischen Partei. Die Gewerkschaften haben praktische Gegenwartsarbeit zu leisten und müssen, gestützt auf praktische Erfahrungen, ihre Taktik selbst beschliessen. Es dürfen ihnen von der Partei keine Beschlüsse aufgezwungen werden. Sie wären dann ja nur Fachabteilungen innerhalb der Partei, und diese würde die volle Verantwortung für ihr Handeln übernehmen müssen. Dazu dürfte sich schwerlich die Partei verstehen, und damit wäre ihr auch durchaus nicht gedient. Will sie das aber nicht, dann muss sie in ihrem eigenen Interesse der Gewerkschaft volle Selbständigkeit einräumen und es nicht dahin kommen lassen, dass diese sie sich erst erkämpfen muss.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

EDUARD BERNSTEIN · GEWERKSCHAFTSKAMPF UND KLASSENKAMPF



DER Gewerkschaftskampf ist im wesentlichen Kampf von Arbeitern bestimmter Berufsschichten für die Hebung oder mindestens Sicherstellung ihrer gesellschaftlichen Lage gegenüber ihren Arbeitgebern.[1]) Beruf ist aber nicht Klasse, wenngleich innerhalb der Berufsschicht heute die Arbeiter den Arbeitgebern gegenüber eine andere Klasse repräsentieren. Auf diese Weise erhält der Gewerkschaftskampf einen Doppelsinn, je nachdem das Berufsinteresse oder das Klasseninteresse bei ihm schärfer betont wird respektive die bestimmende Rolle spielt. Von massgebendem Einfluss ist dabei die Zusammensetzung und Rekrutierung des Berufes selbst. In einem Beruf, dessen Arbeiterschaft sich aus in langer Lehrzeit speziell Angelernten zusammensetzt, zeigt selbst der heftigste Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern unter Umständen wenig von einem Klassenkampf, während in Berufen, die ein sehr breites Rekrutierungsfeld haben, auch nichtökonomische Differenzpunkte Anlässe zu wahren Klassenkämpfen werden können. Dies lässt sich ganz besonders auf den ersten Stadien der neuzeitlichen industriellen Entwickelung beobachten. Die handwerksmässig gebliebenen oder aus dem Handwerk herausgewachsenen und noch wesentlich handwerksmässig gelernte Arbeiter beschäftigenden Gewerbe haben da durchaus nicht minder zahlreiche innere Kämpfe, als die von der modernen Maschinerie zuerst erfassten und revolutionierten Industrieen. Aber die Gegensätze zwischen Arbeitsherren und Lohnarbeitern tragen da doch noch lange den Charakter eines mehr häuslichen Konfliktes und verursachen keine stärkeren sozialen Wellenschläge, während die Kämpfe in den maschinellen Industrieen leicht den Charakter politisch-sozialer, das heisst solcher Bewegungen annehmen, die nach Heranziehung der gesellschaftlichen Regulierungsorgane, vor allem der Gesetzgebung rufen.

DAS typische Bild hierfür bietet England in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Die Bewegungen in der Textilindustrie tragen dort stets einen mehr oder weniger revolutionären Charakter. Wo sie und insbesondere die am frühsten und stärksten von der Maschine erfasste Baumwollindustrie vorherrscht, finden wir auch den Chartismus, die politische Bewegung des Sozialismus, zu jener Zeit am stärksten vertreten. Dagegen ist sein Einfluss auf Schriftsetzer, Giesser, Former, Schiffszimmerer, Maschinenbauer etc. ein viel geringerer. Diese und ihnen verwandte Arbeiterkategorieen entwickeln aber schon früh dauernd zusammenhaltende Gewerkvereine, während die gewerkschaftlichen Organisationen der Textilarbeiter die grössten Fluktuationen aufweisen. Sie schwellen

[1]) Ich gebrauche das Wort *Arbeitgeber*, weil ich es, in Übereinstimmung mit Lotmar und anderen, für denjenigen Ausdruck halte, der die Beziehung zwischen Beschäftiger und Beschäftigtem in der Wirtschaft deutlicher zu erkennen gibt, als irgend ein anderes deutsches Wort. Der von Marx-Engels gegen das Wort erhobene Einwand, dass es ja der Arbeiter sei, der die Arbeit gebe, ist natürlich richtig, wenn man unter *Arbeit* die Arbeitsleistung versteht. Wo aber der Sprachgebrauch *Arbeitgeber* und *Arbeitnehmer* sagt, versteht er unter *Arbeit* Beschäftigung. Selbst in diesem Sinne haben diese Bezeichnungen unzweifelhaft noch etwas Schiefes, sie sind aber immerhin die präzisesten, die unsere deutsche Sprache für jene Beziehungen hat. Der Ausdruck *Unternehmer* ist dem Arbeiter gegenüber gar kein Begriff, sondern bezeichnet eine schlechtweg gesellschaftliche Funktion.

unter dem Einfluss von Kämpfen um Lohn, Arbeitszeit oder auch infolge von mehr politischen Bewegungen gelegentlich zu grosser Ausdehnung an, um alsdann nach kurzer Zeit fast völlig wieder zu zerfallen.

DER eigentümliche, einem Zusammenbruch gleichende Ausgang der englischen Chartistenbewegung hat, wie man weiss, unter anderem die Folge gehabt, dass die englische Gewerkschaftsbewegung sich, nachdem ihre Sturm- und Drangperiode vorüber war, als wesentlich unpolitische Bewegung reorganisierte. Unpolitisch in dem Sinne, dass keine Organisation in eine engere Verbindung zu politischen Parteien irgend welcher Art trat, alle vielmehr, sei es in ihren Statuten, sei es in sonstigen offiziellen Kundgebungen, jede parteipolitische Tendenz oder Verbindung demonstrativ zurückwiesen. Sonst findet man in den Statuten englischer Gewerkvereine sehr radikale sozialpolitische Ziele niedergelegt, und jahrzehntelang haben zwischen den Leitungen der einflussreichsten Gewerkvereine und einer der grossen politischen Parteien Englands — nämlich der liberalen Partei — ziemlich intime Beziehungen bestanden.

DIESE Beziehungen zur liberalen Partei waren aber inoffiziell und beruhten auf dem reinen *Do ut des*-Prinzip. Man hielt zur liberalen Partei, weil diese den Gewerkschaftern die grössten Zugeständnisse und die weitestgehenden Versprechungen machte, aber mit dem Vorbehalt, jeweilig für deren politische Rivalen zu stimmen, wenn von diesen mehr zu erlangen war, als die Liberalen zurzeit zu geben bereit oder in der Lage waren. Diese rein geschäftsmässige Auffassung sanktionierte noch Anfang der neunziger Jahre Gladstone in einer seiner letzten Wahlreden. »Die Arbeiter handeln durchaus richtig«, erklärte er, »wenn sie statt liberal konservativ wählen, sobald sie begründete Aussicht haben, von den Konservativen mehr zu erlangen, als von den Liberalen.« Der alte Parlamentarier empfahl damit den Arbeitern eine Politik, die man in unserem tugendhaften Deutschland womöglich unter den Erpresserparagraphen stellen würde. Denn praktisch läuft sie auf politische Erpressung hinaus; sie ist aber seinerzeit auch von Personen, die in der sozialistischen Bewegung eine gewisse Rolle spielten, zu einer Art Theorie ausgearbeitet worden.[2]) Bei dieser *Pression* auf die politischen Parteien handelte es sich nun auch bei den Gewerkschaften meist um allgemeine Arbeiterinteressen, also ein Hinaustreten aus der Berufs- in die Klassenpolitik. Sie zu betreiben, war längere Zeit die Hauptaufgabe des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees. Da dieses aus Vertretern verschiedener Berufe zusammengesetzt ist — es soll in der einschliesslich des Sekretärs dreizehngliedrigen Körperschaft jeder Beruf immer nur einen Vertreter haben —, so ergibt sich aus dieser Tatsache allein schon, dass seine Forderungen an die Gesetzgebung in der Regel entweder allgemeine Arbeiterforderungen oder doch mindestens im Sinne der allgemeinen Arbeiterinteressen formulierte oder ihnen angepasste Spezialforderungen einzelner Berufe sein müssen. In der Regel — denn es ist nicht ausgeschlossen, dass im parlamentarischen Komitee die eine oder andere Gewerkschaft durch den moralischen Einfluss, den sie oder ihr Vertreter ausübt, oder durch einen Kompromiss mit anderen Gewerkschaftsvertretern die Mehrheit für eine Forderung erlangt, deren Verwirklichung die

[2]) Einer der begabtesten dieser Sozialisten, H. H. Champion, pflegte Gladstone den *auspressbarsten Politiker* (*most squeezable politician*) zu nennen.

Förderung beruflicher Sonderinteressen auf Kosten der grossen Allgemeinheit der Arbeiterklasse bedeuten würde.

ABER selbst, wo dies nicht der Fall ist, ist das parlamentarische Gewerkschaftskomitee nur ein mangelhafter Organismus für die Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter gegenüber den Berufssonderinteressen. Der ihm zu Grunde liegenden Idee nach sollte es dies allerdings sein und eine Art Kontrollinstanz gegen jegliches Überwuchern von Sonderinteressen bilden. Aber seine Verfassung hat es noch nie dazu kommen lassen, dass das Komitee seiner Aufgabe gerecht wurde. Es besteht aus Mitgliedern (meist den Sekretären) von Gewerkschaftsvorständen, die über ganz England verteilt wohnen und von Zeit zu Zeit — fünfzehn- oder zwanzigmal im Jahr, heisst es bei den Webbs — in London zusammenkommen, um im Laufe der sechs bis sieben Geschäftsstunden eines oder gelegentlich auch einmal zweier Tage eine Unmasse von Angelegenheiten verschiedener Art zu erledigen. Dass es bei dieser Geschäftspraxis zu keiner Systematik der Beratungen kommt, sondern nur sehr äusserliche Routineregeln beobachtet werden, kann man sich leicht vorstellen. Dies musste um so mehr eintreten, als seit undenklichen Zeiten der Posten des parlamentarischen Sekretärs Leuten übertragen wurde, die zugleich Sekretäre irgend einer Gewerkschaftszentrale oder eines grösseren gewerkschaftlichen Grafschaftsverbandes waren und daher die Arbeiten des parlamentarischen Sekretärs mit Hilfe eines Assistenten mehr *im Nebenamt* ausführten. Es ist nötig, diese Dinge zu wissen, um eine Handhabe dafür zu erhalten, wo die Ursachen für die — man darf den Ausdruck schon gebrauchen — Zerfahrenheit der englischen Gewerkschaftsbewegung zu suchen sind. Natürlich ist die ganz unzulängliche Verfassung des parlamentarischen Gewerkschaftskomitees nur e i n e dieser Ursachen. Immerhin lässt ihre Blosslegung erkennen, was es mit dem heute gern in Deutschland ausgespielten Schreckbild des Verfalls in die Versumpfung der englischen Gewerkschaften auf sich hat. Der konstitutionelle Fehler der englischen Gewerkschaftsbewegung ist, dass ein grosser Teil ihrer organisatorischen Schöpfungen schon seit Dezennien den von ihnen zu erfüllenden Aufgaben nicht gewachsen sind. Die englische Gewerkschaftsbewegung krankt an übertriebener Dezentralisation, an zu weit getriebenem *Lokalismus*. Und mit diesem Übel ist das Hervordrängen des Sonderberufs geradezu organisch verbunden, das eine wird durch das andere fast mit Naturnotwendigkeit erzeugt.

DIE Auswüchse und Verknöcherungen der Gewerkschaftsbewegung sind aber nicht die Gewerkschaftsbewegung selbst. Wo Verknöcherung ist, ist eben keine Bewegung mehr, und so sehen wir denn auch in England nur noch bei einem Teil der Gewerkschaften wirkliche Bewegung, wirkliches Wachstum. Andere Zweige der englischen Gewerkschaftsbewegung sind, dies zeigt ihre Statistik, einfach als V e r s t e i n e r u n g e n zu betrachten. Alles Leben hat bei ihnen aufgehört. Wo dagegen Leben ist, da bringt die ganze moderne Entwickelung der Industrie es mit sich, dass selbst, wenn zeitweilig Berufssonderinteressen hier oder da die Oberhand behalten, über kurz oder lang doch das allgemeine Klasseninteresse der Arbeiterschaft, zum Teil sogar durch sie oder mit ihnen, zum Durchbruch kommt.

ES ist fast ein Gemeinplatz geworden, auf die Einengung oder Durchbrechung der Berufsabgrenzungen durch die moderne Technik hinzuweisen. Allerdings

ist auch hier, wie in Bezug auf andere Wirtschaftstendenzen, die Phantasie der Wirklichkeit vorausgeeilt und hat Ausgleichungen schon als vollzogen vor sich gesehen, die in Wirklichkeit noch nicht vorhanden sind. Indes ist es doch Tatsache, dass, wie die Maschine und die Verwendung von Chemie und Elektrizität in immer mehr Gewerbe Einzug halten, auch die Verrichtungen in den einzelnen Gewerben immer ähnlicher werden, so dass, von gewissen hochqualifizierten Spezialarbeiten abgesehen, der Übergang von einem Gewerbe zum anderen immer weniger technische Schwierigkeiten vorfindet. Immer geringer wird der Prozentsatz derjenigen Arbeiter, die nicht mit Maschinen irgend welcher Art umzugehen haben und dadurch überhaupt Einblick in das Maschinenwesen und Verständnis für die Behandlung von Maschinen erlangen. Schreiber dieses hat schon seit Jahren in Vorträgen als Beispiel dafür auf die Ähnlichkeit in der Gestaltung moderner Schuhfabriken mit gewissen modernen Werkzeugfabriken verwiesen, und die Reihe solcher Beispiele liesse sich noch sehr vermehren. Und wenn die Natur der zu bearbeitenden Stoffe gewisse Gewerbe immer noch ziemlich stark auseinanderhält, so dass der Übergang von einem zum anderen immerhin kein ganz leichter ist, so findet dort, wo es sich um die Bearbeitung eines und des selben oder zum mindesten nahe verwandter Stoffe handelt, fast absolute Verwischung der Grenzen von Gewerbe zu Gewerbe statt, so dass die Trennung vielfach nur noch in Überlieferungen wurzelt und aus bestimmten Zweckmässigkeitsgründen, die ausserhalb der technischen Notwendigkeiten liegen, aufrecht erhalten wird.

DIESE für die formale Berufstrennung sprechenden Zweckmässigkeitsgründe spielen heute in fortgeschrittenen Ländern bei der Arbeiterschaft eine grössere Rolle, als in der Unternehmerklasse. Wo die Handwerker oder auf den Schein des Handwerks versessene gewerbliche Zwischenstufen noch eine nennenswerte Rolle spielen, finden allerdings auch unter den betreffenden Geschäftsleitern Grenzstreitigkeiten statt; für die modernen Industrieen dagegen und insbesondere die in der Tendenz der Zeit liegenden kombinierten Geschäftsunternehmungen hat die Berufstrennung jede Spur von Berechtigung verloren, sie erhält nur durch Tarifverträge, die etwa mit den verschiedenen Berufsorganisationen der Arbeiter abgeschlossen sind, sowie infolge von etwaigen Grenzstreitigkeiten dieser Organisationen Bedeutung. In den modernsten Industrieen sind die Streitigkeiten über die Abgrenzung der Gewerbe nur noch bei Angestellten und namentlich bei den *Arbeitern* zu finden.

AUCH das hat sich zuerst und am schärfsten in England gezeigt. Dort haben zwischen den Gewerkschaften berufliche Grenzkämpfe von einer Heftigkeit gespielt, wie sie in Deutschland allerdings bisher unbekannt geblieben sind. Noch Anfang der neunziger Jahre hatte dort in den Schiffsbauwerften am Tyne ein solcher Grenzkampf zwischen Tischlern und Schiffszimmerern einen *vierzehnwöchentlichen Streik* zur Folge gehabt. Die betreffenden Arbeiten auf den Werften standen still, nicht, weil Kapital und Arbeit sich nicht verständigen konnten, sondern, weil Arbeiter und Arbeiter zu keiner Verständigung über die Abgrenzung ihrer Berufsarbeiten gelangen konnten. Dabei war in diesem Falle die Streitfrage vorher Gegenstand einer 5½ Monate währenden schiedsrichterlichen Untersuchung gewesen, wobei nicht weniger als 168 Streitpunkte zur Schlichtung kamen, hinsichtlich deren der Unparteiische (der bekannte Gewerkschaftsführer Thomas Burt) in 96 Fällen den

Tischlern und in 72 den Schiffszimmerern recht gab. Aber den Tischlern passte der Entscheid nicht, und so gingen sie in den Streik, der 14 Wochen dauerte. Kaum war dieser Streitfall erledigt, als ein ähnlicher Konflikt zwischen den Klempnern und Schlossern ausbrach, der wiederum neben kleineren einen grösseren, nämlich zwölf Wochen dauernden Streik zur Folge hatte. Kurz, um mit den Webbs zu sprechen, es gab in den grossen Industrieen am Tyne zwischen 1890 und 1893 in einem Zeitraum von 35 Monaten nicht weniger als 35 Wochen, in der die eine oder andere der vier wichtigsten Arbeiterkategorieen der Stapelindustrie des Distrikts bloss wegen solcher Streitigkeiten um die Verteilung der Arbeiten absolut die Arbeit verweigerten. Dies bedeutete den Stillstand gewaltiger Betriebe, das erzwungene Feiern von Zehntausenden anderer gelernter Arbeiter und Tagelöhner, sowie dass Tausende von Familien, die mit dem Streik gar nichts zu tun hatten, ihren Hausrat verkaufen und am Hungertuch nagen mussten.

AUF die Schilderung weiterer Zwistigkeiten dieser Art, wie zum Beispiel der Grenzkämpfe zwischen Maschinenbauern und Rohrlegern, zwischen Maurern und Ziegeldeckern etc., braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Sachkundige werden sich solche leicht ausmalen können. Worum es sich handelt, ist vielmehr, das Motiv respektive die sachlichen Gründe dieser Streitigkeiten zu erkennen und zu werten.

OBERFLÄCHLICH Urteilende werden ja leicht geneigt sein, in sittliche Entrüstung über die *Frivolität* jener Streiks auszubrechen oder sie im Bewusstsein ihrer höheren wissenschaftlichen Einsicht auf intellektuelle Defekte, Zunftgeist und dergleichen zurückzuführen. Damit ist aber nur abgeurteilt und nichts erklärt. Gegen eine solche Kritik schrieb ich schon vor Jahren:

›Sobald eine Gewerkschaft Arbeitslosenunterstützung zahlt, erhalten gewisse gewerbliche Fragen für sie eine ganz andere Bedeutung, als vorher. Das Recht ihrer Mitglieder auf bestimmte Arbeiten wird unter Umständen dann eine Lebensfrage für sie. Man stelle sich die Sache nur konkret vor, und man wird in den geschilderten Kämpfen mehr sehen, als Stoff zu sittlicher Entrüstung und dogmatischer Abkanzelung. Die Aufgabe ist, Instanzen zu schaffen, welche für die Austragung der betreffenden Differenzen die Zuflucht zu so unbeholfenen Mitteln, wie den Ausstand unnötig machen. Das haben die Engländer getan, und das werden auch gegebenenfalls die deutschen Gewerkschaften tun, sofern sie in ihren Industrieverbänden und der *Generalkommission* nicht schon hinreichende Instanzen besitzen.[3])

Hier ist der eine Grund angezeigt, der die Gewerkschaften veranlasst, das Recht ihrer Angehörigen auf bestimmte Arbeiten mit möglichster Energie geltend zu machen. Die Gewerkschaft ist ihrem Wesen nach Versicherungsinstitut und kann ihren Versicherungsaufgaben um so besser nachkommen, je grösser der Kreis der Versicherten ist. Jeder Verlust an solchen, jede Einschränkung ihres Werbegebiets beeinträchtigt ihre Leistungsfähigkeit, und so folgt sie nur einem Gebot der Selbsterhaltung, wenn sie sich jeweilig solcher Amputation widersetzt.

AUF ein zweites, nicht minder wesentliches Moment wurde schon weiter oben hingedeutet. Es ist dies die Frage, nach welchem Lohntarif gewisse Arbeiten bezahlt werden sollen. Immer mehr gehen die Gewerkschaften dazu über, mit den Unternehmern Tarifverträge zu vereinbaren, und wenn auch die allgemeine

[3]) Vergl. mein Buch *Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus* /Berlin 1901/, pag. 386-387.

Tendenz dahin geht, diese Tarifverträge einander anzunähern, so herrschen doch noch zwischen den Tarifen der verschiedenen Berufsgruppen erhebliche Unterschiede. Nicht nur ist der Grundlohn je nach der Durchschnittsausbildung der Arbeiter des betreffenden Berufs verschieden, es bauen sich auch die Tarife der verschiedenen Berufsgruppen nach verschiedenen Regeln auf, wie sie durch die immerhin noch abweichende Technik — beispielsweise den Unterschied der Arbeit am Schraubstock und an der Drehbank — angezeigt sind. Bei Grenzarbeiten ist es also durchaus nicht gleichgültig, nach welchem Tarif sie bezahlt werden, und so liegt hier nicht nur ein Interesse der Organisation, sondern je nachdem auch der von ihr vertretenen Arbeiter selbst vor, deren Arbeitsmöglichkeiten offenbar eine Einschränkung erleiden, wenn gewisse Verrichtungen auf die Arbeiter anderer Berufe übergehen. Und damit ist auch das dritte Moment angezeigt, welches für Gewerkschaften den Anlass abgibt, darauf zu bestehen, dass gewisse Verrichtungen den Arbeitern des von ihnen vertretenen Berufs vorbehalten bleiben. Die Gewerkschaft muss ihre Mitglieder in ihren Beschäftigungsmöglichkeiten nach Kräften schützen.

UNZWEIFELHAFT können diese Bestrebungen sehr übertrieben werden und in Zünftelei engherzigster Art ausarten. Das zu verhindern, sind eben die örtlichen und nationalen gemischten Gewerkschaftskommissionen da, und in Deutschland haben sie auch bisher genügt, solche Auswüchse, wie sie sich in England gezeigt haben und bei der viel stärkeren Zersplitterung der dortigen Gewerkschaftsbewegung auch zeigen mussten, zu verhindern. Schon dass die Arbeiter in Deutschland meist in grossen Industrieverbänden organisiert sind, während mit ganz verschwindenden Ausnahmen die englischen Gewerkschaften mehr oder minder scharf abgegrenzte Fachverbände sind, kann als Bürgschaft dagegen betrachtet werden, dass hier der Grenzstreit eine so grosse Rolle spielen werde, wie dort. Ganz und gar gegen ihn sind wir aber, wie die Erfahrung gezeigt hat, auch in Deutschland nicht gefeit. Hier heisst es den Dingen offen ins Gesicht schauen und sich nicht durch Schlagworte, wie *Zünftelei*, beirren lassen. Zunft ist nicht etwas schlechthin Verwerfliches, Zunft wird erst verwerflich, wo es mit Hemmschuh des sozialen Fortschritts identisch wird. Ein Stück Zunft ist die Gewerkschaft, darüber braucht sich niemand zu täuschen. Gerade weil die Grenzen der verschiedenen Berufe die Tendenz haben, sich zu verwischen, weil die Mauern, die früher Beruf gegen Beruf deckten, immer dünner werden, wird es ein Gebot der Notwendigkeit, dass Organisationen vorhanden sind, welche gemäss dem Fortschreiten der Technik quasi statutarisch die Berufsgrenzen anzeigen. Dabei mag manchmal eine gewisse Willkür obwalten, auch ist es sicher nicht das letzte Wort der Entwickelung. Aber auf dem gegenwärtigen Stande der Wirtschaft ist es eine unumgängliche Notwendigkeit, und die Übel, die es etwa hier und da nach sich zieht, sind unvergleichlich kleiner, als die Übel, welche ein voreiliges Niederreissen der Berufsgrenzen zur Folge haben würde.

DIE Lohnarbeiterschaft bildet im heutigen Wirtschaftleben einen so ungeheuer grossen Körper, dass es eine rein physische Unmöglichkeit ist, die Wahrnehmung ihrer laufenden Interessen in Bezug auf Lohnbestimmung, Lohnberechnung und die unzähligen anderen Einzelheiten des Arbeitsverhältnisses etwa durch allgemeine, aus Angehörigen aller Berufe zusammengesetzte Arbeitervereine besorgen zu lassen. *Qui trop embrasse, mal étreint* würde es da heissen. Ein

solcher allgemeiner Verein würde allenfalls bei guter Konjunktur Lohnerhöhungen erkämpfen können — was aber eine sehr mässige Leistung wäre. Denn, wenn auch die Arbeiterorganisationen gute Konjunkturen ausnutzen sollen, so ist doch ihre Hauptaufgabe gerade die, ihre Angehörigen soviel nur irgend möglich gegen die Zufälle der Konjunkturen zu schützen. Dazu aber wären solche allgemeinen Arbeitervereine ganz und gar nicht in der Lage, schon weil sie nicht fähig wären, Tarife auszuarbeiten respektive ihre Einhaltung zu erzwingen. Die Arbeitgeber hätten es vielmehr, wenn ihnen nur allgemeine Arbeitervereine gegenüberständen, völlig in der Hand, nach Belieben jeden Arbeiter dort zu verwenden, wo er sich gerade nach seiner Anstelligkeit unterbringen lässt, und damit wäre die Einhaltung jeden höheren Tarifs unmöglich gemacht. Ein allgemeines Herabdrücken des Lohnniveaus wäre die unausbleibliche Folge.

ANHÄNGER der Manchesterdoktrin werden dies freilich bestreiten und im Gegensatz dazu behaupten, dass in der vollkommen freien Konkurrenz unter den Arbeitern das beste Mittel gegeben sei, die Löhne gemäss der Tüchtigkeit zu regulieren, während selbst ein etwaiger Rückgang des allgemeinen Niveaus der Geldlöhne sich durch um so mehr steigende Billigkeit der Produkte, das heisst umso höhere Kaufkraft der Löhne überkompensieren würde. Wer aber die Dinge in den Fabriken und den einzelnen Betriebsabteilungen kennt, der weiss auch, dass die Wirkungen der Konkurrenz unter den Arbeitern ganz andere sind, dass diese die Tendenz hat, nicht nur die Lohnhöhe, sondern die ganze soziale Stellung des Arbeiters herabzudrücken. Die Manchesterdoktrin wäre wunderschön, wenn die Fabriken — keine Fabriken wären.

SO bleibt es also bei den Gewerkschaften, die darum, dass sie die Arbeiter als Berufsangehörige schützen, nicht aufhören, Organe des Klassenkampfes der Arbeiter zu sein. Dies schon deshalb nicht, weil im allgemeinen die Linie, welche die sozialen Klassen scheiden, heute viel stärker sind, als die Linien, welche innerhalb der grossen Lohnarbeiterschaft die Berufe trennen. Gewiss ist das nicht durchgängig im gleichen Masse der Fall, ist die Berufsscheidung hier stärker, dort schwächer, und gibt es auch innerhalb der Lohnarbeiterschaft Klassenunterschiede. Die Klassengliederung ist, wie im Artikel *Klasse und Klassenkampf* im vorigen Heft dieser Zeitschrift gezeigt wurde, nicht mit der Dreiteilung *Grundbesitzer — Kapitalisten — Lohnarbeiter* erschöpft. Selbst die Arbeiterschaft ist in Bezug auf Einkommenshöhe, Lebensgewohnheiten etc. nicht durchweg gleich beschaffen und wird es auch kaum so schnell werden. Denn wenn die Technik auch gar manche Grenzen zwischen Arbeiter und Arbeiter niedergerissen hat, so schafft sie zu gleicher Zeit doch immer wieder neue Abgrenzungen beziehungsweise neue qualifizierte Beschäftigungen und damit neue Klassen. Die Arbeiterklasse als Inbegriff aller im Lohnverhältnis Arbeitenden ist in der abstrakten Soziologie und je nachdem auch in der Politik eine Einheit. Im konkreten Wirtschaftsleben aber ist sie Komplex differenzierter Gruppen. Damit, dass ein Maurer und Monteur sich gleichmässig als Proletarier fühlen, ist ihre wirtschaftliche Position noch nicht ausgeglichen.

AUS allen diesen Gründen können eine ganze Reihe von Interessen der Arbeiter gegen das kapitalistische Arbeitgebertum mit voller Wirksamkeit nur von berufsmässig abgegrenzten Gruppen wahrgenommen werden. Diese Gruppen

aber sind eben die Gewerkschaften. Erkennt man dies an, gibt man zu, dass beim heutigen Stande der Dinge die Gewerkschaftsbewegung eine Notwendigkeit ist, dann soll man auch den Gewerkschaften ihr Recht lassen und den Gewerkschaftskampf nicht vollständig nach der Schablone des politischen Kampfes der Arbeiterklasse modeln wollen. Damit kann man ihm unter Umständen den grössten Schaden zufügen, ihm wichtige Vorbedingungen erfolgreichen Wirkens unterbinden. Es ist vielleicht noch nicht die Zeit, die Bilanz des grossen Kampfes in der Berliner Elektrizitätsindustrie erschöpfend zu ziehen. Aber so viel kann gesagt werden, dass, wenn es gelungen ist, diesen Kampf ohne schwere Verluste für die organisierte Arbeiterschaft zu beenden, es zum nicht geringen Teil dem Umstande zuzuschreiben ist, dass die gewerkschaftliche Disziplin im grossen und ganzen intakt erhalten wurde, dass die von einigen Elementen ausgestreute Saat des Gegensatzes zwischen Führer und Masse nicht aufgegangen ist. Nur bei sehr, sehr starker Disziplin, nur wenn ihre Vertreter mit dem Bewusstsein in Verhandlungen eintreten und die Gegenpartei überzeugt halten können, dass, was sie abmachen, auch, nachdem es in der Abstimmung ratifiziert worden, streng eingehalten werden wird, können die Gewerkschaften dauernde Erfolge erzielen.

GEWÖHNE man sich daran, den Klassenkampf der Arbeiterschaft in der modernen Gesellschaft als ein geschichtliches Faktum zu betrachten, das unter allen Umständen sein wird, welches auch die Formen seien, deren sich die Arbeiter zur Wahrnehmung ihrer Interessen bedienen — als ein Faktum, das nicht an einzelne Formen als seine ausschliesslichen Äusserungen gebunden ist! Nur, wenn man dies erkannt hat, wird man die verschiedenen Formen des Kampfes in voller geistiger Freiheit würdigen und ihren Bedürfnisen gerecht werden können. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung verdankt ihrer engen, in ihrer Geschichte begründeten Verbindung mit der politischen Arbeiterbewegung so unendlich viel, dass nicht die geringste Gefahr vorhanden ist, sie könne das jemals übersehen. Sie wird es um so weniger, je mehr davon Abstand genommen wird, in ihre Entwickelung einzugreifen, wie diese durch die Besonderheiten ihres Aufgabenkreises und die Gestaltung der wirtschaftlichen Grundlagen ihres Kampfes bedingt ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

WOLFGANG HEINE · FÜR DIE SCHWURGERICHTE



IE lang ersehnte *Reform* der Verfassung und des Verfahrens der deutschen Strafjustiz, über deren Unaufschiebbarkeit nur eine Meinung vorhanden ist, soll nach der Absicht der von der Regierung eingesetzten Kommission damit beginnen, dass man dem deutschen Volke die Art von Gerichtsbarkeit, die verhältnismässig immer noch am besten funktioniert hat, die Schwurgerichte, nimmt. Man will, abgesehen von den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörigen Anklagen, gegen jedes Urteil erster Instanz die Berufung zulassen, und will die Entscheidung in erster und zweiter Instanz durchweg Schöffengerichten anvertrauen, in denen Laienrichter und Juristen gemeinsam verhandeln und entscheiden, die Laien aber die Mehrzahl bilden. Solche grossen Schöffengerichte sollen auch die bisherigen Schwurgerichte ersetzen.

DIESER Organisationsplan enthält unzweifelhaft gewisse Fortschritte, aber sie werden stark überschätzt. Namentlich wird der Wert der geplanten Berufung, aber auch der des daneben noch für die letzte Instanz bestehen bleibenden Rechtsmittels der Revision durch eine Reihe besonderer Bestimmungen so gut wie aufgehoben, worauf jedoch in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden kann. Völlig irrig ist es, in den Kommissionsbeschlüssen so etwas wie eine Anerkennung des Grundsatzes der Laienjustiz suchen zu wollen. Wer den wahren Hergang kennt, weiss, dass die Ausdehnung der Schöffengerichte einerseits ein Verlegenheitsausweg ist, andererseits den Zweck verfolgt, im Schwurgerichte ein dem Juristentum verhasstes Institut zu beseitigen. Wer misstrauisch ist, muss sogar befürchten, dass dieser gegen die Schwurgerichte gefasste Beschluss vielleicht das wesentlichste sein dürfte, was von dem ganzen *Reformprojekt* verwirklicht würde.

DAFÜR spricht die Vorgeschichte. Die Bewegung auf Einführung der Berufung gegen die Strafurteile der Landgerichte in erster Instanz war allmählich so stark geworden, dass die Regierung sich ihr nicht widersetzen konnte. Man liess sich offenbar um so lieber darauf ein, als diese Gelegenheit benutzt werden konnte, um sogenannte *Kompensationen* zu fordern, das heisst die Rechtsgarantieen, die den Bürger vor der Übermacht der Justizbureaukratie im Strafverfahren schützen sollen, noch mehr einzuengen und die Befugnisse der Justizbehörden zu erweitern. Verschiedene Regierungsvorlagen erboten sich also zur Einführung der Berufung, verlangten aber unter anderem, dass, um die Kosten zu verringern, die Berufungskammern mit fünf, die Kammern erster Instanz dagegen, die jetzt aus fünf Richtern bestehen, nur mit drei Richtern besetzt werden sollten. Dies erregte entschiedenen Widerstand. Die Frage mag Nichtfachmännern vielleicht ziemlich gleichgültig erscheinen, sie ist aber keine theoretische Haarspalterei, sondern es macht praktisch für den Angeklagten einen ungeheuren Unterschied, ob, wie bisher, zu seiner Verurteilung vier von fünf Stimmen erforderlich sind, oder ob nur zwei von dreien dazu nötig sein sollen. Bei dem übermächtigen Einfluss, den der Vorsitzende auf die Beisitzer auszuüben im stande ist, wird ein sogenannter *schneidiger,* das heisst zur Verurteilung neigender Direktor — und die Justizverwaltung hat es in der Hand, sich gerade solche Herren zu Vorsitzenden auszusuchen — leicht wenigstens einen der Beisitzer auf seine Seite herüberziehen können. Ausserdem ist bei der ohnehin zu starken Arbeitsbelastung der Strafkammern von einer noch schwächeren Besetzung eine noch weniger gründliche Arbeit zu befürchten. Deshalb machte sich unter Fachmännern eine starke Abneigung gegen das Dreimännerkollegium geltend, die Regierungen dagegen hielten hartnäckig daran fest, so dass darüber die Berufung zu scheitern drohte.

DIE geschäftigen Politiker des Zentrums und der liberalen Parteien aber, die durchaus etwas zuwege bringen wollten, das wenigstens den Namen *Reform* hätte, suchten jetzt den früher schon erwogenen Gedanken der grossen Schöffengerichte hervor. Schöffen kosten die Justizverwaltung kein Geld, man kann sie also in beliebiger Menge einberufen. Wenn in der ersten Instanz zwei Juristen und drei Schöffen, in der zweiten Instanz drei Juristen und vier Schöffen sitzen, so gibt das zusammen fünf bezahlte Richter, gerade so viel, wie jetzt in einer Instanz gebraucht werden. Während aber jetzt nur

einer von den fünfen den Titel *Direktor* kriegen kann, sind dann zwei in dieser glücklichen Lage. Das scheint der Justizbureaukratie eingeleuchtet zu haben, und am angenehmsten ist ihr wohl die Aussicht gewesen, dass man dabei das Schwurgericht loswerden könnte. Der Vorschlag, die Strafkammern zu grossen Schöffengerichten umzugestalten, beweist also alles andere eher, als ein wirkliches Verständnis für die dem Laiengericht eigenen grossen Vorzüge. Alle Redensarten, die die Kommissionsberichte zur Empfehlung der Schöffengerichte enthalten, werden aufgehoben durch die wahrhaft gehässige Art, wie über die Schwurgerichte abgeurteilt wird. Charakteristisch für unsere Parteiverhältnisse ist übrigens, dass der Beschluss gegen die Schwurgerichte schliesslich einstimmig gefasst worden ist, obgleich parlamentarische Vertreter des Zentrums, der Nationalliberalen und der freisinnigen Volkspartei beteiligt waren. Die Sozialdemokratie hatte man, wie bekannt, weislich ferngehalten.

SEIT Schwurgerichte eingeführt sind, erfreuen sie sich der Geringschätzung und der Verfolgung der meisten Berufsjuristen. Auch gegen die Schöffengerichte wendeten sich anfänglich Hass und Hohn. Wenn dies in den letzten Jahren etwas nachgelassen hat, ja, wenn sich jetzt die Justizverwaltungen bereit erklären, auch in die bisherigen Strafkammern Schöffen aufzunehmen, so wird man leider von vornherein annehmen dürfen, dass die Justizbureaukratie vermuten kann, die Laienbeisitzer würden den gelehrten Juristen nicht unangenehm werden.

IM Schwurgericht entscheiden die Nichtjuristen ganz für sich über die Schuldfragen. Im Schöffengericht haben sie zwar die Mehrheit, beraten und entscheiden aber unter Leitung und in Anwesenheit von Juristen. Der Charakter einer Laienjustiz kommt deshalb nur dem Schwurgerichte zu; das eigentlich Wertvolle, worin das Wesen der Laienrechtsprechung besteht, und worin sie der der Juristen überlegen ist, kann bei der Zusammenkoppelung von Juristen und Laien in den Schöffengerichten nicht zur Geltung gelangen. Der Wesensunterschied zwischen der Tätigkeit der Juristen und der Laien in der Strafgerichtsbarkeit ist, wenn man von zeitlichen und örtlichen Nebenerscheinungen vorläufig absieht, der, dass der Jurist dabei nach Art einer gelernten Berufstätigkeit verfahren m u s s, der Laie das n i c h t k a n n.

WENN und soweit immer die Juristerei ein Handwerk oder, wenn man lieber will, eine Kunst ist, müssen die studierten Juristen den Laien überlegen sein, durch Kenntnis der Gesetze und früheren Entscheidungen, Beherrschung der wissenschaftlichen Literatur, Übung im Herausfinden des juristisch Erheblichen, Gewandtheit des Wortes, ja sogar in der blossen Ausdauer der Kräfte bei längeren Verhandlungen. Die Funktionen des Staatsanwaltes, des Verteidigers und des Verhandlungsleiters, die jeder von einer anderen Seite her den Fall tatsächlich und rechtlich aufklären und dem urteilenden Gericht ein anschauliches Bild davon verschaffen sollen, werden deshalb im allgemeinen nur von routinierten Juristen ausgeübt werden können. Hier vermag dann auch einer der drei Faktoren die handwerksmässigen Einseitigkeiten der anderen aufzudecken und unschädlich zu machen.

FÜR den urteilenden Richter dagegen liegt die Sache anders; was ihm die Routine nützt, wird weit überwogen durch die Gefahren, die ein handwerksmässiger Betrieb für das Urteil mit sich bringt.

DAS zeigt sich sowohl bei der Feststellung des Tatbestandes, wie bei der Anwendung des Gesetzes auf ihn. Der Berufsrichter unterliegt, wie jeder Mensch, dem Gesetz, dass eine regelmässig wiederholte Tätigkeit das Interesse, ja sogar die Aufnahmefähigkeit für das, was vom Alltäglichen abweicht und in besonderer Weise verstanden werden muss, abstumpft. In der bei weitem grössten Zahl der Fälle hat der Richter Leute vor sich, die wirklich im Sinne des Gesetzes schuldig sind. Es ist nur natürlich, dass, wenn er Jahr für Jahr nichts anderes tut, als über sie abzuurteilen, schliesslich das Gefühl in ihm herrschend wird, jeder, der ihm vorgeführt werde, müsse schuldig sein. Er hat Hunderte von Fällen eines bestimmten Verbrechers bearbeitet, bei denen sich überall die Tat annähernd gleich abgespielt hat. Was Wunder, wenn er auch bei einem neuen Falle von der Vorstellung beherrscht wird, dieser werde wohl ebenso gewesen sein, und mit diesem Vorurteil an sein Richteramt herangeht?

DER Laienrichter dagegen besteigt selten den Richterstuhl, und sein Interesse ist deshalb frischer. Seine Tätigkeit, und was er darin erfährt, sind ihm neu und nicht durch Erinnerungsbilder an frühere Verhandlungen beeinflusst. Dazu kommt, dass der Laie im Volksleben steht, während die Bureaukratie sich heutzutage in Herkunft und Lebensweise immer mehr von den breiteren Volksmassen abschliesst, sich auf enge Kreise der Besitzenden beschränkt und sich dem Seelenleben und der Sprache des Volkes entfremdet. Ich will hierbei nicht vergessen, dass gerade auf diesem Gebiete auch noch in der Zusammensetzung der Laiengerichte schwere Mängel vorhanden sind. Wenn man, wie dies an manchen Orten geschieht, fast nur pensionierte Beamte, Offiziere und Rentiers auf die Geschworenenbank bringt, wenn man Angehörige der Arbeiterklasse grundsätzlich ausschliesst, dann kann freilich die Jury nicht so wirken, wie sie soll. Doch dies sind Mängel, die nicht im Wesen des Laiengerichts liegen, sondern gerade in einer bewussten Einschränkung seines Prinzips durch die Staatsbehörden der vom Kapitalismus beherrschten Gesellschaft.

WIRD der Laienrichter schon bei der Auffassung und Feststellung des Tatbestandes weniger handwerksmässig verfahren und darum grössere Aussichten für die Feststellung des wahren Sachverhalts haben, als der Berufsrichter, so sind seine Vorzüge noch viel grösser bei der Fällung des Spruches selbst. In der Überzahl der Fälle macht es natürlich keine Schwierigkeit, auf einen gegebenen Tatbestand das Gesetz anzuwenden. Wo aber Bedenken entstehen, so können sie in erster Reihe darauf beruhen, dass zweifelhaft ist, was Gesetz sei. Der Richter findet zunächst den Wortlaut des Gesetzes vor. Ist er Jurist, so nimmt er für sich in Anspruch, dass er diesen Buchstaben besser *auszulegen* verstünde, als der Laie. In der Tat werden logische Schulung und Kenntnis einer doktrinären Terminologie ihm dabei sehr behilflich sein. Die Worte und Begriffe des Gesetzes aber sind selbst nur etwas Abgeleitetes, mehr oder weniger gelungene oder auch missglückte Versuche des Gesetzgebers, seine Gedanken auszudrücken. Also muss auf den Willen des Gesetzgebers zurückgegangen werden. Dies tut die Rechtsprechung der Juristen häufig noch nicht einmal in ausreichendem Masse, sondern haspelt aus dem Wortlaute des Gesetzes Resultate heraus, an die der Gesetzgeber nie gedacht hatte. Ein Beispiel ist die Anwendung

des Erpressungsparagraphen, die das Koalitionsrecht praktisch aufhebt. Indessen auch, wo sich der Jurist redlich müht, dem Willen des Gesetzgebers gerecht zu werden, hat er nicht immer Glück, denn in dem Produkt der Gesetzgebung kreuzen sich die Tendenzen verschiedener parlamentarischer Parteien und der Regierungen, darin stecken einerseits scharf durchdachte, aller Konsequenzen bewusste Gedankenreihen, andererseits allgemeine unklare Wünsche und Absichten. Die gedruckten *Begründungen* der Entwürfe und die parlamentarischen Verhandlungen, die der juristische Ausleger sicherlich besser beherrscht, als der Laienrichter, sind höchst mangelhafte und oft irreführende Hilfsmittel, den Willen des Gesetzgebers zu ergründen, schon weil von einem solchen einheitlichen Willen häufig nicht gesprochen werden kann. Auch der Jurist findet also Schwierigkeiten bei der Auslegung des Gesetzes.

WEIT schwieriger aber wird dem juristischen Richter die Stellungnahme, wenn das, was dem Buchstaben und vielleicht auch der Entstehungsgeschichte des Gesetzes nach als dessen Sinn erscheint, im Widerspruch mit dem Rechtsgefühl der Gegenwart steht. Man kann es ihm, für den das Gesetz den Inhalt des Berufsstudiums bildet, kaum verübeln, wenn er auch in solchem Falle erklärt, dass das Gesetz über dem Geist des Rechts stehe, und wenn er auch da, wo er das Unrecht, an dem er mitwirkt, schmerzlich empfindet, sich doch mit Pilatus dabei beruhigt, dass er seine Hände in Unschuld wasche, und dass die Abstellung des Unrechts nicht seine Aufgabe, sondern die des Gesetzgebers sei. Diese Tendenz muss noch dadurch unterstützt werden, dass die juristische Tätigkeit zu einem erheblichen Teil sich mit der Prüfung von Zuständigkeitsfragen zu beschäftigen hat, woraus die Neigung hervorzugehen pflegt, sich aus einem unangenehmen Dilemma durch Ablehnung der eigenen Zuständigkeit zu befreien.

DER Laienrichter kann weder durch Buchstabenauslegung, noch durch Studium der Gesetzgebungsmaterialien den Willen des Gesetzgebers zu ermitteln suchen. Verlangt man dies von ihm, so lässt man ihn eine seiner Natur widersprechende und deshalb unwahre Rolle spielen. Dann bleibe man lieber bei den Juristen, die die juristische Kunst besser verstehen. Und eine ebensolche Unwahrheit wäre es, wenn man dem Laienrichter zumuten wollte, sein Rechtsgefühl unter die Doktrinen der Juristen zu stellen.

DAS Gute, das der Laie als Richter leisten kann, besteht gerade darin, dass er nur sein Rechtsgefühl fragen kann. Deshalb spricht aus ihm das lebendige Recht der Gegenwart im Gegensatz zu dem Recht, das vielleicht bei seiner Erschaffung auch Gegenwartsrecht gewesen sein mag, das aber inzwischen, sei es durch Veränderung der Lebensverhältnisse, sei es durch juristische Umdeutung dem lebendigen Rechtsbewusstsein entfremdet worden ist.

ES ist eine falsche Vorstellung von den Obliegenheiten des Richters, wenn man meint, seine Tätigkeit bestünde lediglich im Erkennen des tatsächlichen und rechtlichen Moments und in der Verbindung des Erkannten, in der Auslegung und Anwendung des Gesetzes. Nein, das Urteil muss in den kritischen Fällen eine Tat des Willens sein, die Recht schafft. Darin berührt es sich mit der Aufgabe des Gesetzgebers.

ICH weiss sehr wohl, dass diese Auffassung von einer abstrakt juristischen

Betrachtungsweise als Verwischung der Grenzen der Gesetzgebung und der Rechtsprechung und Eingriff in die Kompetenz des Parlaments und der Regierungen verdammt werden würde, dass man daraus womöglich sogar eine Billigung jeder Partei- oder Klassenjustiz herauslesen wird. Allein diese schematische Trennung zwischen Gesetzgebung und Rechtsprechung existiert überhaupt nur in der Abstraktion und steht im Widerspruch mit dem wirklichen Leben und der Entwickelung des Rechts.

VOR allem aber glaube man nicht, dass in der Praxis anders verfahren würde, als es hier für die Rechtsprechung als Aufgabe in Anspruch genommen worden ist, dass namentlich die Juristenjustiz sich streng auf blosse Auslegung und Anwendung des gegebenen Rechts beschränkte oder überhaupt beschränken könnte. Dies ist schon der angeführten Schwierigkeiten der Auslegung wegen unmöglich, aber ebenso sehr, weil auch die Juristen Menschen sind, nicht Maschinen, die ihren Geist auf eine Frage einstellen könnten, und aus denen nachher mechanisch ein Urteil herausfiele. Auch sie, obgleich ihre ganze Arbeitsart sie auf blosse Auslegung hinweisen müsste, erzeugen ihren Spruch bewusst oder unbewusst zunächst aus ihrem Rechtsgefühl, und die wissenschaftliche Begründung wird dann als Mantel umgehängt, der den wildgewachsenen Spross legitimieren soll. Ich bin weit entfernt, auch beim juristischen Richter dies Urteilen aus freiem Rechtsgefühl schelten zu wollen; es ist sogar unentbehrlich für jede Fortbildung des Rechts. Aber ich sage: das machen die Laienrichter besser und freier; sie bieten mehr Aussicht, dass das wahre, im Volke lebende Rechtsbewusstsein zum Ausdruck gelangt.

FREILICH, auch darüber darf man sich nicht täuschen: dies *Rechtsgefühl* besteht nicht nur beim Juristen, sondern auch beim Laien vielfach aus Vorurteilen. Aber es sind dann wenigstens die Vorurteile der Zeit. Die Berufsjuristen pflegen aber — Ausnahmen abgerechnet — an den Vorurteilen der Vergangenheit zu hängen, und das ist namentlich in Zeiten des Werdens eines neuen Rechts eine Gefahr.

UND dies Hängen am Alten hat seinen Grund nicht nur in der Beschäftigung mit dem geschriebenen Recht, sondern auch darin, dass ein besonderer Richterstand naturgemäss den fertigen herrschenden Gewalten näher stehen muss, als den im Schosse der Nation sich neu bildenden Kräften.

DIE bisherige Untersuchung hatte mit Absicht nur die Vorzüge untersucht, die im Wesen der Strafrechtspflege durch Nichtjuristen liegen, und hatte deshalb von den besonderen Umständen Deutschlands abgesehen. Diese eigenartige Ausgestaltung der Justizbureaukratie in Deutschland und die Erfahrungen, die man damit gemacht hat, tragen aber noch besonders dazu bei, der Laienjustiz den Vorzug zu sichern. Im grossen und ganzen zeigt sich in unserer Juristenrechtsprechung eine sich immer mehr steigernde Tendenz, die Macht der Staatsbehörden, von den Trägern der Kronen an bis zu den untersten Gemeindedienern und Schutzleuten, schrankenlos auszudehnen, die Rechte der übrigen Staatsbürger einzuengen, die Freiheiten, die das Bürgertum spärlich genug im Kampfe gegen die Bureaukratie des absolutistischen Staates errungen hatte, zu beschränken und dies alles durch schrittweise sich vollziehende, aber sich immer in der selben Richtung bewegende Auslegung und Unterlegung, die den herrschenden Mächten den offenen und ehrlichen Weg einer Unterdrückungsgesetzgebung erspart. So hat man den Begriff der *Beleidigung* in

den Prozessen wegen Majestäts- und Beamtenbeleidigung in einer Weise ausgedehnt, die nach Überzeugung der Besten unseres Volkes das freie Wort aufs unwürdigste einengt, man hat an dem Paragraphen, der von der Aufreizung von Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten handelt, so lange herumgedrechselt, bis man so ziemlich alle Schutzwehren, die die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes bewusst gegen alte Missbräuche aufgerichtet hatte, wieder beseitigt hat. Man hat im Gegensatz zu der Meinung aller gerecht und vernünftig Denkenden durch die Auslegung des Erpressungsparagraphen und durch die Einräumung schrankenloser Befugnisse an die Polizei den Streikposten gegenüber unentbehrliche Anwendungsformen des gesetzlich garantierten Koalitionsrechts der Arbeiter für strafbar erklärt. Die masslose Ausdehnung der Begriffe des *Religionsvergehens* einerseits und des *literarischen Sittlichkeitsvergehens* andererseits werden immer mehr zu einer gefährlichen Bedrohung von Wissenschaft und Kunst. Es würde zu weit führen, wenn man über diese Entwickelung der deutschen Rechtsprechung noch mehr sagen wollte. Ohnehin sind diese Dinge bekannt genug.

DIE Juristenrechtsprechung in Strafsachen muss beseitigt werden. Es fragt sich nur, ob für die Entwickelung der besonderen Vorzüge, die die Laienjustiz bietet, die Form des Schöffengerichts ausreichend ist, oder ob das Schwurgericht, also das reine Laiengericht, den Vorzug verdient. Schon von vornherein lässt sich sagen, dass im Schöffengericht die Laienbeisitzer trotz ihrer Mehrzahl nicht dazu gelangen werden, die ihnen eigentümliche Art der Rechtsfindung voll zur Geltung zu bringen. Meist werden die juristischen Mitglieder eine höhere formelle Bildung und eine grössere Gewandtheit der Ausdrucksweise haben. Sie werden durch ihre juristischen Kenntnisse den Schöffen imponieren, durch die Autorität, die man einmal in Deutschland jedem höheren Beamten beizumessen pflegt, auf sie drückend wirken. Der Vorsitzende wird sich in Zweifelsfällen verpflichtet fühlen, den Schöffen zu sagen, wie sie seiner Meinung nach urteilen müssten, und wird damit meist Erfolg haben. Die Erfahrungen, die man als praktischer Jurist sammelt, bestätigen dies vollkommen. Die Sprüche der Schöffengerichte spiegeln fast immer die Art des Vorsitzenden wieder. Dies gilt namentlich vom Strafmass. Ist der Richter mild, so haben die Schöffen nichts dawider. Gelangt aber die Schöffenabteilung plötzlich unter den Vorsitz eines der Herren, die sich in hohen Strafmassen nicht genug tun können, so pflegen die Schöffen fast ausnahmslos mitzugehen. Das selbe gilt, wenn ein Richter es liebt, in ungewöhnlicher Weise von der Untersuchungshaft Gebrauch zu machen.

NATÜRLICH gibt es auch Ausnahmen. Es kommt schon vor, dass die Schöffen den Richter überstimmen, namentlich, dass sie sich nicht zu einer Verurteilung bewegen lassen, die er möchte. In solchen Fällen pflegen manche Richter schon bei der Publikation des Urteils in nicht misszuverstehender und jedenfalls für die Schöffen höchst peinlicher Weise ihren Unmut darüber auszudrücken und in den schriftlichen Urteilsgründen durch gewisse Formeln anzudeuten, dass ihnen der Spruch gegen den Wunsch gewesen ist. Dies ein Beweis mehr, wie ungewöhnlich solche Fälle sind.

FAST absolut versagt haben die Schöffengerichte auf dem Gebiete des Schutzes der politischen Rechte. Gerade für die politischen Anklagen, die sich zum grossen Teil als *Übertretungen* charaktersieren, sind sie vielfach zu-

ständig. Auch hier zeigen die praktischen Erfahrungen, dass zum Beispiel bei den lächerlichen und gehässigen Anklagen wegen groben Unfugs, wegen Streikpostenstehens, wegen Flugblattverbreitens, Kollektierens u. s. w. die Schöffen fast regelmässig mit dem Richter gegangen sind. Sie sprachen frei, wo dieser freisprechen wollte, und verurteilten, wo dieser es tat. Namentlich haben auch Schöffen den eine Zeitlang eingerissenen widerlichen Missbrauch mitgemacht, Ehrenmänner, die nichts getan hatten, als ihre politische Überzeugung zu vertreten, wie es alle anderen Parteien auch tun, wegen groben Unfugs regelmässig zu Freiheitsstrafen zu verurteilen, während sie den gröblichsten Rowdyexzess mit einigen Mark Geldstrafe zu ahnden pflegten. Die Erfahrungen auf dem Gebiete der politischen Justiz sprechen durchaus gegen die Form des Schöffengerichts.

DAMIT soll nicht gesagt sein, dass die Schöffen auch in der Verbindung mit Juristen nicht noch ganz wesentlich Gutes wirken könnten. Vor allen Dingen zeigt die Erfahrung, dass die Anwesenheit von Schöffen dazu beiträgt, dem ganzen Verfahren grössere Frische zu geben. Die Schöffen folgen der Verhandlung aufmerksam und mit Interesse, und, was die Hauptsache ist, der Vorsitzende sieht sich ihretwegen genötigt, sich nicht bloss auf seine Aktenkenntnis zu verlassen, sondern die Zeugen wirklich sorgfältig zu vernehmen und zuzuhören, was sie sagen. Namentlich kommt auch die Lebenskenntnis der Schöffen und ihr besseres Verständnis von der Ausdrucksweise des Volkes der Ermittelung objektiver Wahrheit oft sehr zu statten. Darum ist das Schöffengericht dem lediglich aus Juristen gebildeten Kollegium gegenüber ein Fortschritt, nur werden seine Entscheidungen im wesentlichen die Natur von Entscheidungen rein juristischer Gerichte besitzen und darum den eigentlichsten Vorzug der Laienjustiz nicht zur Entfaltung bringen können. Dieser kann vielmehr nur bei der Beratung der Geschworenenbank, an der kein Jurist in autoritativer Stellung teilnimmt, recht zur Geltung gelangen.

DIE Erfahrungen mit dem Schwurgericht sind, im ganzen genommen, recht günstig. Die Geschworenen arbeiten mit Eifer und urteilen meist praktisch richtig. Natürlich gehört ein tüchtiger Verhandlungsleiter dazu, der es versteht, die Beweise ohne Voreingenommenheit, verständlich und gründlich, aber nicht ermüdend, den Geschworenen vorzuführen.

DIE Gegner der Schwurgerichte pflegen sich auf einige sensationelle Urteile zu berufen, die die öffentliche Meinung aufgeregt haben. Mit Unrecht ladet man die Hauptverantwortung für das drakonische Urteil gegen die Löbtauer Zimmerleute auf die Geschworenen. So verfehlt die Auffassung ist, die in jeder Gewalttat einer aus wenigen Personen bestehenden Gruppe sofort einen Landfriedensbruch sieht, so hat die Juristenpraxis sich doch konstant so ausgesprochen, und wenn die Geschworenen wegen Landfriedensbruchs verurteilt haben, so sind sie nur dieser Doktrin der Juristen gefolgt. Was am erschütterndsten gewirkt hat, waren jedoch nicht die Verurteilungen selbst, sondern die fürchterlichen Strafmasse, und an diesen hatten die Geschworenen keinen Anteil.

INDES, unzweifelhaft gibt es Fälle, in denen Schwurgerichte, sichtlich durch politische Irrtümer verleitet, zu unbegreiflichen Sprüchen gekommen sind. Man braucht nur aus neuerer Zeit an die Meineidsverurteilungen gegen Schröder und Genossen, gegen Mathes und gegen Helst und an einige der Urteile, die mit

der Ermordung des Gymnasiasten Winter in Konitz zusammenhingen, zu erinnern. Indessen, sollte es nötig sein, dieser verschwindend geringen Zahl von Fällen das Schuldkonto der juristischen Justiz auf ähnlichen Gebieten gegenüber zu stellen? Und ist es nicht andererseits eine Tatsache, dass in den Bundesstaaten, wo Pressanklagen vor die Geschworenengerichte kommen, politische Verurteilungen zu den grössten Seltenheiten gehören, weil sich die Geschworenen weigern, die Verantwortung für die Unterdrückung des freien Worts zu übernehmen? Hat nicht der Oldenburger Pokerskandal erst dann seine richtige Beurteilung gefunden, als die Angelegenheit dank der Meineidsanklage gegen Meyer einem Geschworenengerichte unterbreitet wurde? Charakteristisch ist auch, dass ein konservatives Blatt die Nachricht von der geplanten Beseitigung der Schwurgerichte ausdrücklich deshalb freudig begrüsste, weil es dadurch möglich werde, dem *Simplicissimus* zu Leibe zu gehen.

KEINE Verurteilung in einem politischen Prozess ist möglich, ohne dass Juristen den Anstoss dazu geben und die Anklage aufrechterhalten. Wenn dann wirklich hie und da Geschworene diesen Versuchungen erliegen sollten und ihre politischen Gegner durch Gefängnis und Zuchthaus unschädlich zu machen suchen, so ist dies zwar zu verdammen, aber doch wahrhaftig kein Grund, um die Rechtsprechung ausschliesslich den Juristen anzuvertrauen, die die treibende Kraft solcher Urteile gewesen sind. Es ist ja bekannt, dass gerade Staatsanwälte, die sich in politischen Prozessen hervorgetan haben, sehr häufig höhere Richterstellen erhalten.

ENDLICH, wenn man meint, dass Juristen unbefangener und besser urteilen, als Geschworene, weshalb haben nicht in allen diesen Fällen die amtierenden Richter sich ihrer Pflicht erinnert, den zu ungunsten der Angeklagten gefällten Fehlspruch zu kassieren? Weshalb, wenn Fehlsprüche von Geschworenen so an der Tagesordnung sind, wie die Gegner der Schwurgerichte zu tun pflegen, hört man überhaupt so selten von der Kassierung eines Verdikts? Dann würde das doch zugleich der Beweis immenser Pflichtvergessenheit der juristischen Richter sein!

DIE Beseitigung der Schwurgerichte ist keine Besserung, sondern ein Rückschritt. Statt diesen vorhandenen Ansatz zu einer höheren Form des Strafgerichts zu zerstören, sollte man ihn weiterentwickeln. Will man noch nicht alle grösseren Sachen den Schwurgerichten überweisen, so möge man vorläufig Schöffengerichte zweier Instanzen an Stelle der bisherigen Strafkammern einführen. Die Schwurgerichte aber soll man bestehen lassen und ihre Zuständigkeit erweitern. Von den Verbrechen, die ihnen gegenwärtig überwiesen sind, könnte allenfalls der betrügerische Bankrott den grossen Schöffengerichten übertragen werden. Dagegen müssten namentlich die Anklagen wegen Meineids den Geschworenen verbleiben. Es ist eine häufige Erfahrung, dass die gelehrten Richter sich nicht genug in die Ausdrucksweise von Personen aus dem Volke hineinfinden können und deshalb geneigt sind, Falscheide anzunehmen, wo nur eine unklare Ausdrucksweise, oft als Folge unklarer Befragung, vorliegt. Besonders aber müssten den Schwurgerichten die politischen Delikte, wozu auch die Beamten- und Majestätsbeleidigungen zu rechnen sind, ausnahmslos überwiesen werden, desgleichen sämtliche Pressklagen.

WÜNSCHENSWERT ist allerdings, dass dem verurteilten Angeklagten die

Berufung gegen das schwurgerichtliche Urteil an ein höheres Schwurgericht gegeben werde; der Staatsanwaltschaft nur zu gunsten des Angeklagten und zu seinen ungunsten mit den Beschränkungen, die jetzt der Wiederaufnahme des Verfahrens in diesem Falle gezogen sind. Man könnte das Schwurgericht erster Instanz aus acht Geschworenen zusammensetzen und zur Verurteilung sechs Stimmen erfordern, während in zweiter Instanz zwölf Geschworene fungieren könnten, von denen dann freilich der Gleichmässigkeit wegen mindestens neun, nicht, wie bisher, acht, zur Verurteilung ihre Zustimmung geben müssten.

DIE wichtigste Reform des schwurgerichtlichen Verfahrens wäre, dass den Geschworenen auch die Abmessung der Strafe übertragen würde. Dies wird am meisten Widerspruch erregen, und in der Tat kann man einwenden, dass dazu eine gewisse handwerksmässige Übung, eine Kenntnis der Strafabmessung in gleichen Fällen wünschenswert ist, die die Geschworenen nicht so besitzen können, wie Berufsrichter. Trotzdem ist es unabweisbar nötig, den Geschworenen auch das Strafmass anzuvertrauen. Nur dann ist ihnen die volle Würde des Richteramtes gegeben und die volle Verantwortlichkeit für ihren Beruf auferlegt. Es ist mit dem Ansehen des Volksrichters unvereinbar, dass heut die gelehrten Richter die Strafe bemessen und dadurch oft genug das, was die Geschworenen gewollt haben, vereiteln. Manche Freisprechung von Schuldigen würde unterbleiben, wenn die Geschworenen sicher wären, dass nicht eine ihnen zu hart dünkende Strafe verhängt würde.

FREILICH wird man, um zufällige, auf Stimmungen beruhende Schwankungen der Strafmasse möglichst zu verhindern, die Grenzen der Strafandrohungen nach oben zu wesentlich einengen müssen. Diese Abänderung des materiellen Strafrechts ist schon lange notwendig, auch angesichts der Schwankungen in der Rechtsprechung der Berufsrichter, sie ist aber auch sehr leicht möglich. Die Maximalstrafmasse des deutschen Strafgesetzbuchs sind durchweg weit höher, als nötig ist, was sich schon darin zeigt, dass die erkannten Strafen sich durchschnittlich weit unter der Hälfte der gesetzlich zugelassenen Maximalmasse bewegen.

VERTRAUT man den Geschworenen auch das Strafmass an, so werden die juristischen Beisitzer des Gerichtshofes überflüssig, und nur ein Vorsitzender erforderlich, der die Verhandlungen zu leiten, aber selbstverständlich an der Beratung und Entscheidung nicht teilzunehmen hätte. Auch die sogenannte *Rechtsbelehrung* durch den Vorsitzenden ist angesichts der immer wieder vorkommenden Fälle, in denen sie zu einem Plaidoyer gegen den Angeklagten wird, zu beseitigen.

ES kann nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, einen spezialisierten Reformplan aufzustellen, deshalb mögen diese Andeutungen genügen. Gewiss ist auch das Schwurgericht noch sehr der Verbesserung fähig, aber es kommt dem Prinzip des wahren Volksgerichts am nächsten, und deshalb muss jede ernsthafte Reform daran anknüpfen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PAUL HUG · DIE LANDTAGSWAHLEN IN OLDENBURG



AS politische Leben im Grossherzogtum Oldenburg mit seinen 6427 Quadratkilometern Flächeninhalt und seinen 400000 Einwohnern findet naturgemäss im Reiche wenig Beachtung und macht wenig Aufsehen. Und als in den letzten zwei Jahren einmal dies kleine Land so etwas wie Sensation erregte, war es wahrlich nichts Rühmliches. Daran war kein Geringerer schuld, als der Justiz- und Kultusminister des Landes. Der Kampf, den er mit einem kecken Witzblatt der Residenz zu führen hatte, brachte den Redakteuren jenes Blattes zwar harte Strafen ein, dem Minister und der ganzen Juristenclique des Landes aber eine furchtbare Blamage, und die Justizgebarung erlitt durch die öffentliche Meinung eine allgemeine schwere, aber verdiente Verurteilung. Nach dem Milieu der blossgestellten Juristen darf man die Bewohner des Landes indessen nicht beurteilen. Das Oldenburger Volk ist ein gutmütiger, freiheitliebender Stamm, und mancher unserer Agitatoren hat Land und Leute zwar merkwürdig, aber doch recht anheimelnd gefunden. Die politischen Einrichtungen des Landes sind zum Teil recht liberale, die Verwaltung ist im grossen und ganzen loyal, gemütlich, möchte man sagen, und sticht wohltuend ab von der *Schneidigkeit,* mit der im angrenzenden Preussen verwaltet und regiert wird. Der Charakter des Landes ist vorwiegend landwirtschaftlicher Art, die moderne Industrie ist in der Entwickelung begriffen, die alte handwerksmässige Industrie, die nicht unbedeutend war (Holzschiffbau, Weberei, Zigarrenfabrikation und Korkschneiderei), fast verschwunden. Die landwirtschaftlichen Betriebe sind Klein- und Mittelbetriebe, die ersteren durchweg in der Geest, die letzteren in der Marsch. Ausnahmen kommen vor, doch wirklich grosse Güter gibt es so gut wie gar nicht. Das Grossherzogtum besteht aus dem Herzogtum Oldenburg, dem Fürstentum Lübeck im Herzen von Schleswig-Holstein und dem Fürstentum Birkenfeld bei Saarbrücken. Für manchen im Reiche, auch für manchen Parteigenossen, ist das merkwürdige Land eine *terra incognita* auch in politischer Beziehung.

IN der Politik dominiert noch der Liberalismus, hart bedrängt von der Sozialdemokratie. Der Süden des Herzogtums Oldenburgs, das oldenburgische Münsterland, ist unbestrittene Domäne des Zentrums. Dementsprechend werden der erste und der zweite oldenburgische Wahlkreis von liberalen, und zwar den Volksparteilern Bargmann und Traeger, vertreten, der dritte von einem Zentrumsmann. Die Zersetzung und das Herunterkommen des Liberalismus hat aber hier schon die selben Fortschritte gemacht, wie im Innern des Reiches. Mit Nationalliberalen und *Bauernbündlern* — welche Parteispezies seit dem Einsetzen der agrarischen Bewegung in Oldenburg ein spärliches Leben fristet — verbünden sich Herrn Eugen Richters Steifleinene gegen die Sozialdemokratie. Diese, unsere Partei, steht hier auch schon lange auf dem Plane und macht stetig, wenn auch in langsamem Tempo, Fortschritte.

DIE Anfänge der modernen Arbeiterbewegung in Oldenburg reichen zurück in den Beginn der siebziger Jahre. Sie wurde getragen von den Bauhandwerkern in der oldenburgischen Umgegend des damals erst gegründeten

Kriegshafens Wilhelmshaven, an der Weser mit der Hafenstadt Brake als Hauptort von den Mitgliedern des deutschen Schiffszimmerverbandes und in Delmenhorst von den Zigarrenmachern. In der kleinen Residenzstadt Oldenburg und der lieblichen Land- und kleinen Fabrikstadt Varel gab es Abzweigungen. Das Sozialistengesetz vernichtete aber alles, was da an Organisationen der beiden Zweige der Bewegung vorhanden war.

AN der Wende der siebziger Jahre begann man von neuem, die Bewegung zu entfachen und auszubreiten. In fünfundzwanzigjähriger zäher, von manchem Misserfolg begleiteter Arbeit ist es den politisch regsamen Arbeitern Oldenburgs gelungen, die Partei-, wie die Gewerkschaftsbewegung zu einer beachtenswerten Höhe, Stärke und Festigkeit zu bringen. Bant-Wilhelmshaven wurde da der Zentralpunkt und ist es geblieben. Die Partei hat heute in allen namhaften Orten ebensogut Vereinigungen, wie die Gewerkschaften. Bei den Reichstagswahlen von 1903 hatte im ersten, wie im zweiten Wahlkreis unsere Partei im ersten Wahlgang die relativ meisten Stimmen. Im Jahre 1899 zog die Sozialdemokratie mit einem, im Jahre 1902 mit sechs, im Jahre 1904 mit vier und am 17. Oktober dieses Jahres wieder mit vier Vertretern in den Landtag ein.

NICHT von der Entwickelung der Partei und der Arbeiterbewegung überhaupt wollte ich schreiben, sondern nur von der soeben vollzogenen Landtagswahl. Zum besseren Verständnis der selben und vor allem der Stellung unserer Partei glaubte ich, die geschichtlichen Angaben vorausschicken zu sollen. Am 17. Oktober haben also die Wahlen zum oldenburgischen Landtage stattgefunden. Gewählt werden 40 Abgeordnete auf Grund eines gleichen, allgemeinen, aber indirekten Wahlrechtes. Das gleiche und das allgemeine Wahlrecht ist freilich insoweit beschränkt, als nur Oldenburger, die einen eigenen Herd haben, wählen dürfen. Wenn sich die Partei im Jahre 1899 nur in einem Wahlkreis, im Jahre 1902 in drei Wahlkreisen ernsthaft beteiligte, so trat sie dieses Mal in acht von zehn Wahlkreisen auf den Plan. Aussichtsvoll waren davon Bant, die unbestrittene Domäne unserer Partei, Delmenhorst und das Fürstentum Lübeck, das auch einen Wahlkreis bildet. Vor allen Dingen galt es, den Wahlkreis Delmenhorst zu gewinnen. Dieser wählt fünf Abgeordnete. Im Jahre 1902 stellte unsere Partei infolge eines Kompromisses davon zwei. Im vorigen Jahre kam der Kompromiss nicht mehr zu stande, und bei dieser Wahl stand in diesem Wahlkreis unsere Partei den vereinigten Liberalen und Agrariern schroff gegenüber. Ein erbitterter Wahlkampf wurde geführt. Zum erstenmal, solange ich hier zu Lande die Landtagswahlen beobachtet habe, mussten die bürgerlichen Kandidaten in öffentlichen Versammlungen um ihr Mandat kämpfen. Die bürgerlichen Parteien hatten das Organisieren und Agitieren von uns gelernt und es so vortrefflich fertig gebracht, dass bei den Wahlmännerwahlen ihre Wahlmänner den Sieg davontrugen. Auf diese waren in diesem Wahlkreis 1646 Stimmen, auf die sozialdemokratischen 1405 Stimmen gefallen. Ohne Zweifel haben die bürgerlichen Parteien mit ihrer Stimmenzahl, wenigstens in der Fabrikstadt Delmenhorst, den Höhepunkt erreicht. Sie würden dieses Mal unterlegen sein, wenn ihnen nicht die in den katholischen Vereinen organisierten Arbeiter als Hilfstruppen zugeführt worden wären. Im Wahlkreis Oldenburg-Stadt brachten unsere Genossen 13, im Wahlkreis Varel-Westerstede 26 Wahlmänner durch. Im Fürsten-

tum Lübeck erhielten zwar unsere mit den Nationalsozialen verbündeten Parteigenossen die Mehrzahl der Wahlmänner, aber statt den verabredeten zwei Abgeordneten bekamen wir dort nur einen. Einige bürgerliche Wahlmänner waren umgefallen und verhalfen dadurch einem Agrarier zu einem Mandat.[1]) Wahlmänner gewannen wir noch in den Wahlkreisen Jever, Brake und Birkenfeld. Im Wahlkreise Rüstringen (Bant, Heppens und Neuende) wurden nur sozialdemokratische Wahlmänner gewählt. Auf sie entfielen 1404 Stimmen, während die Gegner es nur auf 150 Stimmen brachten.

DIE Taktik bei den Landtagswahlen war auf einer Parteikonferenz dahin festgelegt worden, dass bei den Urwahlen Kompromisse nicht abgeschlossen werden sollten, wohl aber bei den Wahlen der Abgeordneten. Von dieser Möglichkeit ist nur in einem Falle, aber nur mit einem partiellen Erfolge, Gebrauch gemacht worden. Bei der nächsten Wahl werden wir in diese Verlegenheit nicht mehr kommen, denn im allgemeinen hat die Wahl zur Evidenz gezeigt, dass die bürgerlichen Parteien sich zusammenschliessen, um der stetig vordringenden Sozialdemokratie sich zu erwehren. Die Situation wird dadurch klarer, aber für die bürgerlichen Parteien gefährlicher: da in einem Wahlkreis mehrere Abgeordnete gewählt werden, verlieren sie dann in dem Falle, wo ein Wahlkreis für uns reif ist, die Mandate gleich vierteldutzendweis. Darum schreien sie, wie der Hirsch nach frischem Wasser und im Gegensatz zu den Wahlrechtsräubern in Hamburg, Lübeck, Sachsen u. s. w., nach dem direkten Wahlrecht und dem Proportionalsystem. Wir unterstützen selbstverständlich dieses Verlangen, obschon die indirekte Wahl für uns kein Hemmnis mehr ist.

DAS umfassende Eingreifen der Sozialdemokratie bei der Landtagswahl auch in ländlichen Bezirken scheucht die Bürgerlichen, wie immer, aus ihrer Wahlfaulheit auf. So viel Stimmen sind wohl noch nie abgegeben worden, wie diesmal. Auf die bürgerlichen Wahlmänner fielen 5262, auf die sozialdemokratischen 4894 Stimmen. Dafür erhalten die ersteren 36 Abgeordnete, wir nur 4. Das ist auch eine der *Schönheiten* der indirekten Wahl. Ein nicht zu unterschätzendes Ergebnis der Wahl, das künftige Siege verbürgt, ist, dass auch in vielen ländlichen Bezirken sozialdemokratische Wahlmänner zu finden gewesen und gewählt worden sind.

DER Landtag wird wahrscheinlich Anfang oder Mitte November zusammentreten. Wichtige Vorlagen, hauptsächlich auf dem Gebiete der Steuerpolitik, werden ihn beschäftigen. Die Tätigkeit der vier Sozialdemokraten wird sicherlich die werbende Kraft der Partei verstärken und ihr neue Anhänger und neue Mandate schaffen.

[1]) In bürgerlichen Blättern wird kolportiert, unsere Parteigenossen hätten am Wahltage den Pakt treulos gebrochen, um noch ein Mandat zu erlangen. Das ist eine Unwahrheit. Die nationalsoziale Leitung hatte zwei Wahlmänner aufgestellt, die von vornherein sich weigerten, zwei sozialdemokratische Abgeordnete zu wählen. Dann stellten sie kurz vor der Wahl einen ganz neugebackenen Parteigänger, einen früheren Volksparteiler und Staatsbeamten, auf, der unseren Wahlmännern unsympathisch war. Doch wählten diese einen anderen Nationalsozialen, der ihnen präsentiert wurde. Die Nationalsozialen bekamen also ihre zwei Abgeordneten, ihre unsicheren Kantonisten von Wahlmännern liessen aber den zweiten Sozialdemokraten hineinfallen und wählten einen *Bauernbündler*. Wenn die Nationalsozialen oder Volksparteiler sich damit entschuldigen, dass jener *Bauernbündler* kein extremer Agrarier sei, so ist dazu zu bemerken, dass sein agrarischer Radikalismus eben gemildert wird durch sein hohes Alter und seine parlamentarische Unschuld. Wenn man aber bei den Wahlirrungen im Wahlkreis Fürstentum Lübeck von Treubruch reden will, so liegt er jedenfalls nicht auf sozialdemokratischer Seite.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ANTON FENDRICH · ZUR SEXUALFRAGE IN DER ERZIEHUNG



M Anschluss an ein kleines gutes Büchlein von Emma Eckstein[1]) hat neulich Oda Olberg einen Artikel über die schweren Mängel in der Kindererziehung auf dem Gebiete des Geschlechtslebens veröffentlicht[2]), der in der Parteipresse stark nachgedruckt worden ist, offenbar des Freimuts wegen, mit dem er diese schwierigen Fragen behandelte. Nun scheint mir aber, dass das Problem sozusagen nur von aussen angefasst worden ist. Der Hauptmangel der Ausführungen Oda Olbergs besteht meines Erachtens darin, dass sie das Sexualproblem für die Jugend in der Hauptsache als eine Frage des Wissens hinstellt, nicht aber der sittlichen Dynamik. Es ist wahr, dass in dem Artikel der Versuch gemacht wird, aus der Kenntnis der Geschlechtsfunktionen und ihrer Bedeutung für die Gesundheit des Menschen, wie seiner Nachkommenschaft, also aus der Verantwortlichkeit des einzelnen für die Nachkommenschaft seine Verpflichtung zu einem möglichst unbefleckten Jugendleben abzuleiten. Es ist zuzugeben, dass es sich hier um eine der höchsten Formen des Altruismus handelt, nämlich um die Rücksicht auf solche, die überhaupt noch nicht vorhanden sind. Aber ich bezweifle es durchaus, ob dieser Altruismus schon als Hebelkraft bei der sittlichen Dynamik der Jugend in Betracht kommen kann. Einem Knaben oder Jüngling, ebenso einem Mädchen oder einer Jungfrau in dem Alter, worauf es bei den in dem Artikel besprochenen Fragen, speziell der Onanie, ankommt, liegt der Gedanke, dass sie später einmal Vater oder Mutter werden würden und deshalb ihre Kraft schonen müssten, ungeheuer fern, auch dann, wenn man sie besonders darauf hinweist, so dass Hemmungsvorstellungen solcher Art bei Versuchungen nicht sehr stark ins Gewicht fallen. Wir sind alle in dieser Beziehung durch eine Schule bitterer Erfahrungen gegangen und sollten nicht vergessen, dass jedes Problem der Jugenderziehung in allererster Reihe ein Problem der Selbsterziehung der Erwachsenen ist; denn der Einfluss des Milieus und des Geisteszustandes der erwachsenen Menschen auf die Jugend ist so stark, dass wir immer mit Bestimmtheit annehmen dürfen, etwas bei uns sei nicht in Ordnung, wenn wir die Entdeckung machen, dass es irgendwo bei den Kindern fehlt. Auch dies weiss natürlich Oda Olberg recht gut; aber sie spricht es nicht mit der nötigen Klarheit und Nüchternheit aus, die andere Partieen ihrer Arbeit auszeichnen. Und das ist es, was zuerst not tut.

DIE Stellung, welche Oda Olberg zur Frage der sexuellen Erziehung einnimmt, ist trotz des oben angedeuteten sozialen Idealismus doch eine durchaus rationalistische und materialistische. Sie macht für die Schwierigkeiten und Kämpfe, welche unsere Jugend fast ausnahmslos in sexueller Beziehung durchzumachen hat, vor allem den Unverstand und die Verlogenheit verantwortlich, »die die asketisch geile Liebesverachtung früherer Zeit uns hinterlassen hat«. Wenn das wahr wäre, so würden wir bei Völkern und bei Klassen,

[1]) Emma Eckstein: *Die Sexualfrage in der Erziehung des Kindes* (Leipzig 1905).
[2]) Oda Olberg: *Die Sexualfrage in der Erziehung* in der *Neuen Zeit*, 1905-1906, I. Bd., pag. 36 ff.

welche diese *asketisch geile Liebesverachtung* nicht kennen, finden müssen, dass deren Jugend mit Leichtigkeit um diese Dinge, die unsere Jugend plagen und beschweren, herumkommt. Ja, wir würden vor allem bei den Tieren, welche sicherlich noch nicht unter dem Einfluss von Geistesrichtungen stehen, die asketische Liebesverachtung predigen, ein vollständiges Freisein von allen diesen sexuellen Abnormitäten konstatieren können. Dass dies nicht der Fall ist, das weiss jeder nur halbwegs Unterrichtete. Und wenn Oda Olberg auf das Land hinweist, wo das Kind »durch Beobachtung der Tierwelt schon, ehe es zur Schule geht, alles zurecht gefragt hat, ohne irgend etwas *Unanständiges* dabei zu finden«, so muss dem gegenüber gesagt werden, dass auf dem Lande die Verhältnisse nur wenig besser sind, als in der Stadt, und dass dort die Kenntnis der Bedeutung der geschlechtlichen Funktionen der Tiere die Kinder keineswegs von den gleichen Jugendsünden, wie die Kinder der Stadt, abhält. Um was die Landkinder in dieser Beziehung den Stadtkindern voraus sind: an gesundem Empfinden, das ist nicht so sehr ihrer grösseren Kenntnis der Bedeutung der Geschlechtstätigkeit bei den Tieren zuzuschreiben, als ihrem gesünderen Leben überhaupt, dem häufigeren Aufenthalt in freier Luft und der grösseren körperlichen Ermüdung, die das beste Ableitungsmittel bei sexuellen Jugendverfehlungen ist.

DIE Sache muss also etwas tiefer liegen. Was ich in folgendem sage, sind nur Andeutungen, Anregungen, Versuche, dem Problem auf den Grund zu kommen, und ich nehme gerne den Vorwurf in den Kauf, dass sie den Gegenstand nicht klar und erschöpfend genug behandeln. Aber es scheint mir vorteilhafter, zu wissen, dass wir gewisse Fragen nicht ausgeschöpft haben und vielleicht nie werden ausschöpfen können, als dass man sich mit der Klarheit zufrieden gibt, die leicht zu haben ist, wenn man auf der Oberfläche bleibt. Ich glaube nicht, dass es nur e i n Sexualproblem in der Erziehung gibt. Ich glaube, dass es für verschiedene Menschen, junge und alte, auch verschiedene Sexualprobleme gibt, welche sich jeweils nach dem mehr oder weniger hochentwickelten Gefühlsleben der kleinen und grossen Leute richten. Und da wird es doch nicht nur erlaubt. sondern sogar geboten sein, dass wir das Seelenleben hoch entwickelter Naturen — und deren Anlagen zeigen sich schon sehr oft in jungem Alter — für mindestens der Beachtung ebenso wert halten, wie die Gemütsveranlagung der Menschen, die sich mehr in egozentrischer Richtung bewegen. Die ersteren sind aber die zur Askese neigenden Individualitäten, während den letzteren der Liebesgenuss als eine kräftige Bereicherung ihrer Erdenfreuden scheint. Und nun behaupte ich, und ich rufe dafür die Leser dieser Zeilen als Zeugen auf, dass der junge Mensch, der Jüngling und die Jungfrau, welcher eine gewisse Höhe des Geistes- und Empfindungslebens erreicht hat, bei allen Versuchungen nicht ohne eine gewisse Abscheu an die erste sexuelle Vereinigung mit einem Menschen des anderen Geschlechts denken kann. Man könnte einwenden, dass es sich hier um nervöse Symptome des jugendlichen Alters handelt, welche insbesondere auf Rechnung der Einwirkung des Städtelebens und der sogenannten *Degeneration* überhaupt zu setzen sind. Dann dürfte sich aber die gleiche Erscheinung nicht bei hochentwickelten Völkerstämmen zeigen, wie zum Beispiel bei den Armeniern und anderen vorderasiatischen Völkern, bei denen Braut und Bräutigam sich Tage und Wochen nach der Verheiratung

unberührt lassen, obwohl dies oft mit den heftigsten Kämpfen verbunden ist. Ich kann aus dem Leben vieler meiner Bekannten die Tatsache konstatieren, dass sie, obwohl nichts weniger als religiös und im Sinne eines asketischen Christentums erzogene Menschen, dennoch die erste körperliche Vereinigung mit einem geliebten Wesen des anderen Geschlechts wie einen tiefen Fall betrachtet und beweint haben.

LÄGEN die Dinge so natürlich einfach, so würde das sexuelle Leben nicht zu allen Zeiten der Menschheit ihre eigentlich tragikomische Seite gebildet haben. Denn die Spässe und die Witze, womit wir alle nach einer gewissen Zeit der Angewöhnung, und nachdem die geistig-gemütliche Seite der Sache über der körperlich-sinnlichen vergessen worden ist, das sexuelle Leben umgeben, ist mehr oder weniger versteckt doch nur der Galgenhumor darüber, dass wir etwas Unersetzliches verloren haben, nämlich die Keuschheit. Und alle geistreichen Bemerkungen und aller Spott, die wir zumeist für die bisweilen fehlschlagenden Versuche nach einem keuschen Leben strebender Menschen haben, sind doch nichts als die Selbstbeschwichtigung über den Mangel eigener Anstrengungen in dieser Beziehung. Und wenn manche literarische Pfeilspitzer sich nicht genug daran tun können, über Männer wie Tolstoj zu spotten, der erst bei Beginn des Alters angefangen habe, der Keuschheit das Wort zu reden, so muss ich sagen, dass Erscheinungen wie Tolstoj immer noch tausendmal erfreulicher und erfrischender sind, wenigstens nach meinem Geschmack, als das Gros der gebildeten und ungebildeten Männer, welche beim Sinken ihrer körperlichen Sexualkräfte sich durch mündliche Besprechung dieser Angelegenheiten in mehr oder weniger reinlicher oder spasshafter Form zu entschädigen suchen.

FÜR das tragische Moment des Sexuallebens haben zum Beispiel jene jungen Männer Verständnis, die sich einer gewissen ehrfurchtsvollen Scheu vor schwangeren Frauen nicht entziehen können. Sie fühlen, was die Frau opfert und riskiert, wenn sie sich dem Mann hingibt, während der Mann nur nimmt. Und deshalb ist das sexuelle Problem, abgesehen von seiner graduellen Differenzierung je nach dem individuellen sittlichen Entwickelungsstandpunkt des Menschen, auch ein zweifaches nach der geschlechtlichen Verschiedenheit. Da der Mann in weit geringerem Masse, als die Frau — von der Ernährungsfrage etwaiger Kinder abgesehen —, überhaupt gar keine Folgen der geschlechtlichen Vereinigung zu tragen hat, so ist sein Verantwortungsgefühl auch weit geringer, und von Jugend an lässt er sich auch viel leichter gehen.

NUN soll man nicht glauben, dass Männer, wenn es sich um hochentwickelte Individuen handelt, nur im Jünglingsalter vor der Derbheit des Sexuallebens zurückschrecken und asketische Anwandlungen haben. Das kommt auch in der Ehe und auch in glücklichen Ehen vor. Und nicht nur Knaben leiden unter den oft mehr psychischen, als physischen Folgen der Onanie, unter Gewissensbissen und Verzweiflungsanfällen, sondern auch Männer unter den Selbstvorwürfen, dass ihr Wille den Reizzuständen des Körpers nicht gewachsen war.[3]) Es handelt sich aber nicht um das Warum dieser Tatsache, das eine

[3]) Die Tatsache, dass zum Beispiel speziell bei der deutschen Studentenschaft gegenteilige Anschauungen herrschen, und dass der übergrosse Teil der Männer das Verantwortungsgefühl für die Folgen geschlechtlicher Vereinigung nicht einmal hat, wenn es sich um ansteckende Krankheiten handelt, spricht nicht hiergegen.

Frage der Psychologie ist, sondern nur um die Tatsache selbst, dass eine grosse Anzahl von Menschen, um mit Kant zu sprechen, die Autonomie, das heisst die innere Selbstverpflichtung zur Keuschheit verspüren, und zwar zur absoluten Keuschheit, und dass sie seelisch leiden, wenn sie dieser in ihrem Innern sich erhebenden Forderung nicht nachkommen. Ich habe mich seit langer Zeit bemüht, bei Angehörigen der verschiedensten Stände, bei Gebildeten und Ungebildeten, darüber mich zu unterrichten, wie weit dieses Gefühl einer mehr oder weniger stark auftretenden Verpflichtung zur Keuschheit vorhanden ist, und ich bin erstaunt gewesen, Spuren dieses Gefühls in höherem Masse anzutreffen, als ich selbst glaubte. Aber regelmässig habe ich auch konstatieren können, dass man dieses Gefühl zuerst als etwas Abnormes und Krankhaftes betrachtet hat.

ES kann nicht meine Aufgabe sein, zu untersuchen, inwieweit derartige Gefühle abnorm oder normal sind; es kommt hier nur darauf an, zu prüfen, ob derartige Gefühle wirkungsvoll bei der Bekämpfung speziell der Onanie bei Kindern und jungen Menschen verwendet werden können. Und da sage ich im Gegensatz zu der Ansicht der Genossin Olberg, dass, abgesehen von jenen ungeheuer wichtigen Vorbeugungsmassregeln, wie reizlose Kleidung, reizlose Nahrung, Verminderung der stundenlang auf Schulbänken sitzend zugebrachten Unterrichtszeit, Abhärtung und körperliche Ermüdung, der selbsttätige sittliche Mechanismus der Selbstverpflichtung im Sinne Kants, sei diese nun von religiösen Vorstellungen unterstützt oder nicht, das einzig wirkungsvolle Hilfsmittel junger Menschen und Kinder gegen die Versuchungen ihres eigenen Körpers ist. Was in dieser Beziehung an Selbsterziehung der erwachsenen Menschen geleistet werden muss, um durch ihren Einfluss auf die Jugend deren Selbsterziehung zu erleichtern, das liegt auf der Hand. Es ist sehr viel und lässt erkennen, dass auch dieses Stück der Jugenderziehung in erster Reihe ein Stück Selbsterziehung der Erwachsenen sein muss. Oder man zeige mir einmal diejenigen Eltern oder Lehrer, die nach ihrer heutigen Stellung zu sexuellen Fragen und nach der Art, wie sie diese Dinge heute unter sich am Wirtstisch oder mit ihren Frauen zu behandeln pflegen, sich fähig fühlen, die Kinder in dem Sinne rein und aufklärend zu beeinflussen, wie es Oda Olberg vorschwebt. Also nicht Kindererziehung, sondern zunächst Frauen- und Männererziehung!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HELENE SIMON · DER ZEHNSTUNDENTAG

ZU den denkwürdigsten Kapiteln der englischen Arbeiterschutzgeschichte gehört die Erkämpfung des Zehnstundentags. Die *Zehnstundenbewegung*, wie sie sich um 1830 aus isolierten Versuchen der Arbeitszeitkürzung entwickelte, beschränkte sich nicht auf eine politische Partei allein, sondern umschloss Sozialisten, Chartisten und Tories. Ein Teil des Bürgertums unter der Führung von Philanthropen und intelligenten Unternehmern ging hier eine gute Wegestrecke mit den Arbeitern. Diese aber warfen das Schwergewicht der Massenforderung in die Wage. In Versammlungen von 10-, von 12000 und mehr Personen unterstützten sie die Gesetzentwürfe der Toryreformer. Nach langen Kämpfen

ward endlich der Zehnstundentag für Frauen und Kinder Gesetz, wie es die Arbeiter in der festen und begründeten Überzeugung, dadurch die eigene Arbeit zu kürzen, angestrebt hatten. Das war im Jahre 1847.

WIR in Deutschland sahen das Jahrhundert sich vollenden und stehen, was die Arbeiterinnen betrifft, noch heute im Kampfe um den gesetzlichen Zehnstundentag, den Frankreich inzwischen für alle Betriebe mit gemischtem Personal eingeführt hat. Im Kampfe — wenn man das trübselige Kleingefecht, dieses Fordern und sich Begnügen, dieses fast schweigende Quittieren eines fortgesetzten *Nein* so nennen kann.

WIE es in der Natur der die weitesten menschlichen Sympathieen berührenden Frage liegt, treten auch bei uns die verschiedensten Richtungen dafür ein, die weibliche Arbeitszeit, die das Gesetz von 1891 auf elf Stunden mit einstündiger Mittagspause und Fünfeinhalbuhrschluss am Sonnabend normierte, weiter zu verkürzen. Von Zeit zu Zeit machen Parteien und Vereine einen anscheinend energischen Vorstoss. Allein zu einer Bewegung im Sinne einer systematischen kraftvollen Agitation, eines Eintretens aller für alle, kommt es nicht. Die Sozialreformer petitionieren und resignieren. Die Arbeiter postulieren auf nationalen und internationalen Kongressen, streiken von Beruf zu Beruf, schliessen Tarife, haben zum Teil grossen Erfolg, erringen den Zehn- und Neunstundentag für ihre Fabrik oder ihren Erwerbszweig. Jedoch die Staffel der gesetzlichen Normierung, die nun einmal der Gradmesser und die Voraussetzung eines allgemeinen und unantastbaren Fortschritts auf diesem Gebiete ist, zu erklimmen, überlässt man der Zeit. So gross ist die Gleichgültigkeit, dass man angesichts der seit 1899 schwebenden staatlichen Erhebungen nicht nur nicht alle Hebel der Beweisführung in Bewegung setzte, sondern auch sich an einzelnen Stellen vergeblich um Unterstützung angehen liess. So in Bremen die Vorsitzenden der Metall- und Textilarbeiterverbände. In Düsseldorf unternahmen die organisierten Arbeiter eine Umfrage für die staatliche Erhebung von 1902. Ihre Ergebnisse standen aber bei der diesjährigen Veröffentlichung der Denkschrift über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen noch aus. Selbstverständlich sprachen sich alle befragten Organisationen und wohl auch die Mehrzahl der nicht organisierten Arbeiterinnen für den Zehnstundentag aus. Aber es fehlte doch der allgemeine, der aufrüttelnde Anteil, vielfach auch noch das Verständnis für die Frage. So blieben in Giessen von 400 an Arbeiterinnen versandte Fragebogen 130 unbeantwortet, während fast alle Unternehmer mehr oder minder ausführlich sich äusserten.

UND doch tut ein flammwaches Interesse der gesamten Arbeiterschaft, unermüdlich einheitliche Agitation nach allen Richtungen hier not. Sonst bekommen wir den Zehnstundentag möglicherweise noch sehr lange nicht. Trotzdem, dass es kaum ein Gebiet gibt, auf dem die Erhebungen so bis zum Überdruss erschöpfend und so allseitig sind, auf dem man eine Angelegenheit des Gemeinwohls einer inhaltlosen Opposition zuliebe so rücksichtslos verschleppt. Dies zeigt ein andermal die oben erwähnte Denkschrift, in der die Erhebungen der einzelnen Bundesstaaten von dem Reichsamt des Innern bearbeitet sind.

VON 84 Gutachten sprechen sich 66 grundsätzlich für die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages aus. Und lauter noch, als die Zahl der Befürworter, spricht trotz aller Einzelbedenken ihre Motivierung. Wer immer das Fazit aus der Masse der Mitteilungen zieht, die wesentlichen Gesichtspunkte

sich nicht durch Unter- und Nebenerscheinungen verwischen lässt, muss erkennen, dass der Zehnstundentag nur noch eine gewohnheitsmässige, gedankenlose oder wirtschaftlich unfähige Gegnerschaft hat. Gibt es doch kein Gewerbe mehr, in dem nicht die verschiedenen Arbeitszeiten oft räumlich nahe bei einander, die kürzeren Zeiten oft mit dem besseren Erfolge eingehalten werden. Und soweit die wirtschaftlichen Einwände der Gegner nicht bereits von den Tatsachen widerlegt sind, mag im ganzen auf sie die Äusserung einer Marktfrau passen, die einer Obst kaufenden, um 2 Pfennig feilschenden Dame bemerkte: »Madame, für Sie sind es 2 Pfennig, und für mich ist es ein Stück Brot.«

IN der Tat erscheint die Frage so spruchreif, dass man meint, die Frucht müsse ungepflückt vom Baume fallen. Auch einer der Gutachter begründet seine ablehnende Haltung damit, dass der gesetzliche Eingriff sich angesichts der stetig zunehmenden Arbeitskürzungen erübrige. Und einer der preussischen Gewerberäte bemerkt, es sei, da der Zehnstundentag mit der Zeit von selbst kommen werde, richtiger, dass die Arbeiterinnen ihn aus der Hand der Regierung, als aus der Hand der Organisationen erhielten. Auch sonst begegnet man häufig der Ansicht, es werde sich seine Verallgemeinerung durch die gewerkschaftlichen Erfolge oder angesichts der wachsenden Einsicht in die Ökonomie der Kräfteschonung durch den freien Willen der Unternehmer vollziehen. Den Kern der Sache trifft demgegenüber eine Äusserung des Gewerbebeamten zu Cöln. Es werde, erklärt er, nach Lage der Verhältnisse nur von einem gesetzlichen Druck die allgemeine Einführung des Zehnstundentages, wenigstens für die Arbeiterinnen, zu erwarten sein. Wenigstens für die Arbeiterinnen! Darin liegt ein Stück Zeitgeschichte. Wir steuern also in einen Zustand, ja sind schon mitten darin, in dem die gesetzliche Schranke ein Hohn auf die Schwäche und Bedürftigkeit wird, der Sinn des Arbeiterinnenschutzes durch seine Begrenzung von dem Gang der Ereignisse überholt und vernichtet ist.

BETRACHTEN wir die Dinge zahlenmässig. Für eine beträchtliche Mehrzahl von Betrieben (64,7 %) und für mehr als die Hälfte der Arbeiterinnen (53,3 %) hat sich der Zehnstundentag eingeführt. Ein Prozentsatz, der an und für sich deutlich genug redet. Allein so gross ist er nicht, dass er zum Abwarten und Zuschauen veranlassen könnte. Sind doch noch immer 379 555 Arbeiterinnen länger als zehn Stunden beschäftigt; davon 246 755 in der Textilindustrie, demjenigen Gewerbe, das absolut mit 363 763 die grösste, relativ mit 46,6 % die zweitgrösste Zahl aller Fabrikarbeiterinnen umfasst. So war der Befund am 1. Oktober 1902. Seitdem ist, wie die Berichte der Gewerbeaufsicht zeigen, die Zahl der Arbeiterinnen und ganz besonders die der jungen Mädchen von 16 bis 18 Jahren, die in England noch als Jugendliche geschützt werden, durchschnittlich und stellenweise sehr stark gewachsen. Die Nachfrage nach weiblichen Kräften ist so gross, dass ihr vielfach nicht entsprochen werden kann, Arbeiterinnenmangel die ständige Klage. Der Grund liegt nahe. Nicht etwa ihren besondern Talenten verdankt die Industriearbeiterin ihre Begehrtheit, sondern ihrer besonderen Geeigentheit zur Ausbeutung. Die Schutzgesetze haben nach dieser Richtung ihre hemmende Wirkung längst überlebt: Der Arbeiter hat sich ebenso gute oder bessere Be-

dingungen erkämpft, als das Gesetz von 1891 sie für die Arbeiterinnen vorschreibt, und die Gewerkschaften wahren ihre Rechte mindestens ebenso energisch, wie der Gewerbeinspektor das Gesetz wahren kann. In Betrieben mit gemischtem Personal ist die Arbeitszeit durchschnittlich kürzer, als in nur oder vorwiegend weiblichen Industrieen, und es ist kein Zufall, dass die Bedingungen weitaus am günstigsten in den polygraphischen Gewerben sind, wo die Männerarbeit vorherrscht. So wirken Willigkeit und Billigkeit der Arbeiterinnen, die fast sprichwörtlich geworden sind, hier wieder unneutralisiert und wirken zunehmend, je weiter das Gesetz hinter den gewerkschaftlichen Erringungen zurückbleibt. Sie finden ihre Grenze nur noch in dem weiblichen Angebot, das sich der Erschöpfung zu nähern scheint. War doch in den flauen Jahren von vermehrter Frauenarbeit bei starker Arbeitslosigkeit die Rede. Ebenso bei steigender Konjunktur bleibt die Tendenz, männliche durch weibliche Arbeiter zu ersetzen, bestehen. Aus der Zigarrenfabrikation im Regierungsbezirk Breslau heisst es im diesjährigen Bericht der Gewerbeaufsicht, sei der männliche Roller verschwunden. In Zigarrenfabriken badischer Landgemeinden, die durch hohe Kindersterblichkeit auffallen, leisten Mutter und erwachsene Töchter Fabrikarbeit, während der Mann neben landwirtschaftlicher Tätigkeit und besonders im Winter das Hauswesen besorgt. In der Maschinenindustrie und andern Gewerben, vor allem auch in Webereien und Spinnereien, ermöglichen technische Fortschritte die Einstellung der billigeren Arbeiterinnen. In Ziegeleien, Zinkhütten und sontigen mehr oder minder gefährlichen Industrieen werden trotz spezieller Schutzvorschriften Frauen wieder in steigendem Maasse herangezogen. »Mehrere Jahre«, bemerkt der Breslauer Gewerberat im Bericht für 1904, »hielt die Durchführung der Schutzgesetze, namentlich das Bestreben der Gewerbeaufsichtsbeamten, gestützt auf § 120 der Gewerbeordnung, Arbeiterinnen aus für sie ungeeigneten Beschäftigungsarten zu entfernen, die Bewegung auf; jetzt hat sie wieder eingesetzt.«

DER Zunahme der Arbeiterinnenzahl seit 1902 stehen nun wieder zahlreiche in dieser Spanne vorgenommene Arbeitskürzungen gegenüber. Indes, abgesehen davon, dass es sich dabei in der Minderzahl um Frauenarbeit zu handeln scheint, wird im Durchschnitt die Arbeitszeit gegenwärtig eher etwas länger sein, als im Jahre 1902. Denn waren auch nach Ansicht der Referenten die Ermittelungen durch die damalige ungünstige Geschäftslage nur wenig beeinflusst, so hat doch wohl der seitherige Aufstieg vielfach eine stärkere Ausnutzung der gestatteten Zeit veranlasst. Es ist also anzunehmen, dass sich die mehr als zehn Stunden tätigen Frauen mindestens nicht vermindert, eher vermehrt haben. Schon deshalb, weil die Textilindustrie, die hartnäckigste Gegnerin des Zehnstundentages, an dem Arbeiterinnenzuwachs stark beteiligt ist. Sehen wir auch davon ab, dass der Kreis der geschützten Arbeiterinnen durch Einbeziehung neuer Betriebe, wie die Masswerkstätten der Konfektion und der Putzateliers, an sich erweitert ward. Bleiben wir dabei, dass es sich um 379555 Frauen und Mädchen handele, die 10½ und 11 Stunden und infolge reichlich ausgenutzter Überzeitbewilligungen an vielen Tagen des Jahres länger als 11, oft bis zu 13 Stunden arbeiten. Gehört doch in den eigentlichen Frauenindustrieen, wie Bekleidung und Reinigung, und in einzelnen Gruppen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie Überzeit

sozusagen zur Regel. Man bedenke ferner, dass der weitaus grösste Teil dieser Arbeiterinnen Gewerben angehört, in denen technische Fortschritte mit der Produktionsfähigkeit der Maschinen die Ansprüche an die menschlichen Leistungen ständig erhöht haben, dass auch die Arbeit vielfach unter angreifenden, ja gesundheitwidrigen Bedingungen sich vollzieht.

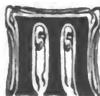
WAHRLICH, man hat kein Recht, die konkrete Frage des Zehnstundentages als unwesentlich und nebensächlich hinzustellen, weil sie nur das Glied einer Kette, nur eine von tausend schwerwiegenden Fragen ist. Viele derselben mögen grossartigeren, faszinierenderen Charakters sein. Allein für wenige sind alle Voraussetzungen der Erledigung so unbedingt gegeben, und wenige sind wichtiger, weil hier Raum geschaffen werden muss für andere unmittelbar nachdrängende und ergänzende Aufgaben. Eine Etappe nur — gewiss! Aber sie kann nicht übersprungen werden.

AUF die Einzelfragen der Mittagspause, Sonnabendarbeit, Überzeit, so wichtig tungsie sind, will ich hier nicht eingehen. Selbstverständlich sind auch in dieser Richtung Verbesserungen dringend erforderlich. Aber über die einzuschlagenden Normen sind verschiedene Meinungen möglich, und die Übereinstimmung ist eine weit geringere, während der Zehnstundentag als Kampfparole den Vorzug der Unbedingtheit, der Einheitlichkeit und Einfachheit hat. Nur hinsichtlich der Mittagspause sei hier kurz erwähnt, dass meines Erachtens an ihrer obligatorischen Verlängerung von einer Stunde auf anderthalb Stunden festzuhalten ist, mit der einzigen Modifikation, dass eventuell an Stelle der Verlängerung ein entsprechend früherer Arbeitsschluss treten kann. Mit dieser Verlegung wäre den Bedenken begegnet, die sich da geltend machen, wo die Entfernung der Wohn- von der Arbeitsstätte die mittägliche Heimkehr unmöglich oder ungeeignet macht. Die Entscheidung hierüber und über das Mass der Beschränkung der Sonnabendarbeit und der Überzeitbewilligungen wird bei den Kommissionsberatungen und im Parlamente liegen, wenn wir erst so weit sind, verbesserte Arbeiterinnenschutzbestimmungen vor den Reichstag zu bringen. Material auch zu diesen Fragen liegt in solcher Fülle vor, dass man fast das Gefühl hat, der Buchstabe töte.

GEBT ihm Leben und Zwang! Facht zunächst das Feuer für die Oberfrage, den Zehnstundentag, wieder an! Tragt die Bewegung in die Fabriken und Werkstätten und lasst die Forderung in Presse und Versammlungen so laut und so allgemein ertönen, dass sie nicht mehr überhört und überstimmt werden kann!

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

BERNHARD KAMPFFMEYER · ZUR GARTENSTADT-BEWEGUNG



AN stelle sich vor, die gesamten Bürger einer Stadt hätten sich unter Ausschluss aller weiteren Ziele zu Konsumgenossenschaften zusammengeschlossen, und es wäre gelungen, den gesamten Profit der privaten Ladengeschäfte auszuschalten und einen reelleren und ökonomisch leistungsfähigeren Warenvertrieb zu organisieren. Würde damit etwas Erstrebenswertes geleistet sein? Oder wäre es berechtigt,

gegenüber einer solchen Bestrebung etwa so zu argumentieren? Die Vorteile für den einzelnen Bewohner der Stadt werden gleich null sein, denn eine solche Stadt liegt »eben nicht auf einer Insel, noch im Monde, sondern in einer kapitalistischen Gesellschaft, mit der sie mit tausend Fäden zusammenhängt«. Der Vorteil des billigeren und besseren Wareneinkaufs wird nicht den einzelnen zu gute kommen. Die Fabrikanten werden suchen, niedrigere Löhne zu zahlen, die Hausbesitzer, höhere Mieten zu nehmen. Also — die ganze Sache ist verlorene Liebesmüh. Das ist der Gedankengang Hugo Lindemanns, mit dem er das Utopische der Gartenstadtbewegung darzutun glaubt.[1])

IST es nun richtig, dass alle materiellen Vorteile, die man sich von der Gründung von Gartenstädten verspricht, wieder verloren gehen müssen? Ich glaube kaum, dass man dies in dieser Schärfe behaupten kann. Aber nehmen wir selbst an, es wäre der Fall, wäre dann wirklich die ganze Organisationsleistung etwas Zweckloses gewesen? Hat nicht die blosse Organisationsform ihre Zukunftswerte? Und ferner, hätte diese Tatsache nicht einen bedeutenden Demonstrationswert?

ABER, könnte man hier einwerfen, die Konsumgenossenschaftsbewegung ist nicht etwas so Beschränktes, sie hat Ziele des Grosseinkaufs, der Eigenproduktion und andere mehr. Sie sucht nicht allein, den Detaillistenprofit auszuschalten und der Allgemeinheit zuzuführen, sie ist bestrebt, eine ganze Reihe von Ausbeutungsformen zu beseitigen, sich immer vollständiger ausserhalb einer Gesellschaft zu stellen, die auf dem Prinzip der Konkurrenz und der gegenseitigen Ausbeutung beruht. Gewiss. Aber hat die praktische Konsumgenossenschaftsbewegung stets diese Ziele gehabt? Soviel ich weiss, nein. Einige ideale Förderer mögen sie stets gehabt haben, aber die praktische Bewegung nimmt sie nur sehr zögernd auf. Und ist man sich nicht heute darüber einig, dass die anfängliche Beschränkung — die Beschränkung auf den Warenvertrieb — von grösster Bedeutung für das Aufkommen der Bewegung und damit für die Erreichung weiterer Ziele war?

WAS ergeben sich aber aus dieser Parallele für Schlüsse und Fragen gegenüber der Gartenstadt, die in ihrem sozialen Endziel nichts weiter als eine Bodenkonsumgenossenschaft ist? Würde das Glücken eines Bodenkonsumgenossenschaftsexperimentes keinen Zukunfts-, keinen Demonstrationswert haben? Würde die Bestrebung wirklich gar keinen Vorteil für die einzelnen Bewohner bedeuten? Ist für die Erreichung des praktischen Ziels auch hier nicht äusserste Beschränkung, das heisst eine Beschränkung auf die Bodenfrage, etwas Natürliches und Notwendiges? Ebenso, wie bei dem Konsumverein die Beschränkung auf den Warenvertrieb? Kurz, darf eine praktische Reformbestrebung nur auf ihr augenblickliches praktisches Ziel, nur vom Standpunkte des sogleich zu erhoffenden materiellen Nutzens gewertet werden? Oder muss auch ihr idealer Wert und ihre Entwickelungsmöglichkeit in Betracht gezogen werden? Will man diese Fragen rundweg verneinen, so kann man nach gleichem Rezepte alle Reformbestrebungen abtun, mögen sie Konsumgenossenschaft, Gewerkschaft, Baugenossenschaft, Krankenkasse oder sonst wie heissen.

[1]) Vergl. Hugo Lindemann: *Die Gartenstadtbewegung* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 603 ff.

VIELLEICHT könnte hier aber Lindemann entgegenhalten: Alle jene Bewegungen sind einfache praktische Zweckbestrebungen ohne grosse theoretische Voraussetzungen und prinzipielle Endziele. Diese Tatsache sichert ihnen die Fortentwickelung, das sich weiter Tasten in der Praxis. Anders die Gartenstadt. Sie geht von einseitigen Theorieen aus, sie erhebt den Anspruch, die Bodenfrage und mit ihr die gesamte soziale Frage zu lösen. Damit ist die Gefahr der Unfruchtbarkeit gegeben. Hier scheint mir der Angelpunkt der Kritik Lindemanns gegenüber der Gartenstadt zu liegen, die den für ihn unangenehmen Geruch der Bodenreformtheorie hat.

DIE Idee Howards, des Begründers der Gartenstadtbewegung, ist niedergelegt in seinem Buch *To-morrow*, in dem er technisch und finanziell die Möglichkeit der Gartenstadt nachzuweisen sucht. Und gewiss hofft er mit einem Gelingen des vorgeschlagenen Experiments eine Besserstellung der Gartenstadtbürger, ein gutes Stück Sozialreform zu leisten. Dass er aber nicht von einer vorgefassten Theorie ausgeht, geht wohl zur Genüge aus einem Kapitel, in dem er sich mit der Organisation des Konsums in der Gartenstadt beschäftigt,[2]) sowie aus einem Abschnitt hervor, in dem er nicht so sehr die Theorie oder ein zwangsweises Gesetzgebungselement, sondern das Experiment als Träger des sozialen Fortschritts hinstellt und die Frage offen lässt, ob nicht auch auf dem Wege der Organisation und des Experimentes zu einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel geschritten werden müsste — falls die Vergesellschaftung des Grund und Bodens durch die Gartenstadt nicht die erhofften Resultate ergibt. Howard ist eben Engländer, ein Praktiker mit starker Schaffenskraft und Experimentierlust ohne tiefhergeholten theoretischen Ausgangspunkt und ohne weit vorgesteckte theoretische Endziele.

ABER ebensowenig, wie der Begründer, scheint mir auch die **ganze** Bewegung spezifisch *bodenreformerisch* zu sein. Ich merke weder in England, noch in Deutschland etwas von einem direkten Zusammenhang, von einer innigeren Fühlung zwischen Bodenreform- und Gartenstadtbewegung, obwohl beide — wenn auch in verschiedener Form — naturgemäss und ausschliesslich das Bodenproblem betonen. Auch die bisherige Praxis der Gartenstadt in England zeigt nichts von der von Lindemann vorausgesetzten Einseitigkeit. Gerade hier ist von Anfang an ein inniges Zusammengehen mit der Genossenschaftsbewegung zu Tage getreten, das speziell von der Gartenstadtbewegung gesucht wurde. Den ersten Neubesiedelungen folgte sofort der erste Konsumladen. Der erste industrielle Betrieb war eine Genossenschaftsdruckerei, die den grössten Teil der Drucksachen der Bewegung herstellt. Ebenso hat die Baugenossenschaftsbewegung — auch in der für England neueren Form der Mietsgenossenschaft mit Einfamilienhäusern — sofort festen Fuss in der Gartenstadt gefasst, wo ihr auf billigerem Grund und Boden neue Möglichkeiten erwachsen. Also weder Theorie, noch Praxis scheint für die von Lindemann vorausgesetzte Einseitigkeit zu sprechen. So viel zu den allgemeinen Bedenken Lindemanns; gehen wir jetzt noch auf einige technische Bedenken ein. Für diesen Zweck ist eine kurze Orientierung über die Gartenstadtidee und ihre bisherigen Erfolge notwendig.

DER Plan Howards — auf den wir zu diesem Zweck zurückgreifen müssen —

[2]) Ich will gar nicht sagen, dass die Vorschläge glückliche sind.

ist etwa folgender. Eine gemeinnützige kapitalkräftige Gesellschaft möge ein grosses zusammenhängendes Areal erwerben und unter nachstehenden Gesichtspunkten für eine städtische Siedlung erschliessen:

DIE zu gründende Stadt soll auf einem Terrain von 2400 Hektar entstehen, das zu landwirtschaftlichem Nutzungswerte gekauft wurde. Es soll zum mindesten an einer guten Eisenbahnverbindung liegen, die bei den ersten Experimenten unter vorhandenen zu wählen ist, später auch geschaffen werden kann. Dies ist ein wesentliches Moment für die Industrie, die die Grossstadt verlassen und hier alle denkbaren Verkehrserleichterungen und Bequemlichkeiten finden soll. Die Stadt soll eine bestimmte Grösse nicht überschreiten und wird für diese (die einer Mittelstadt) von vornherein geplant, was einen unermesslichen Vorteil für einen einheitlichen, zweckmässigen und billigen Aufbau der Stadt bedeutet. Von dem erworbenen Terrain soll nur ein kleiner Teil, etwa ein Sechstel, für die Stadt selbst, der Rest soll stets landwirtschaftlichen Zwecken dienen. Diese Bestimmung ist ebenso wichtig aus hygienischen Gründen (für den Zweck einer gesundheitlich genügenden Durchlüftung der Stadt), wie sie den Zwecken der Landeskultur förderlich sein kann. Die Stadt soll möglichst in der Mitte des Geländes liegen, hauptsächlich im Interesse der Landwirtschaft, der dann ebenfalls gute Verkehrs- und Absatzbedingungen gesichert sind und von der städtischen Kraftzentrale für Hof und Feld mechanische Kraft billig abgegeben werden kann. Das Terrain soll nie Privateigentum der Bewohner werden, sondern stets Gemeindebesitz bleiben. Dies ist oberstes Gesetz. Für die verschiedenen Zwecke des Wohnens, der Landwirtschaft, des Gewerbebetriebes wird es nur pachtweise (je nach Bedürfnis in langen oder kurzen Fristen) ausgegeben. Die finanzielle Basis für das Unternehmen liegt in der Tatsache, dass Landboden zu Stadtboden wird und dadurch höhere Pachten bringen kann. Diese Pachten könnten um die Hälfte und mehr hinter der grossstädtischen Grundrente zurückbleiben und gleichwohl die Verzinsung und Rückzahlung des Gründungskapitals, sowie einen gesunden Haushalt für eine Stadt gewährleisten, die den höchsten Anforderungen entspricht und durch Privatgärten an den Häusern und mit ihren ausgedehnten und öffentlichen Anlagen mehr einem Garten, als einer Stadt gleicht. Falls ein erstes Experiment glückt, ist an eine Ausdehnung der Bewegung, an eine Durchsetzung des platten Landes mit Gartenstädten, an eine Innenkolonisation gedacht, die geeignet ist, ideale Wohnungs- und bessere Lebensverhältnisse allen zu bringen und der Landwirtschaft und Industrie neue Horizonte zu erschliessen. Dies der englische Vorschlag.

DOCH es ist nicht bei dem blossen Vorschlag geblieben. Nach mehrjähriger rühriger Propagandatätigkeit hat sich vor zwei Jahren eine Gründungsgesellschaft (*First Garden City Limited*) gebildet, die von vornherein in ihren Gründungsakten auf jeden Spekulationsgewinn verzichtet und sich eine Höchstdividende von 5 % vorbehalten hat. Diese Gesellschaft hat bei Hitchin, 53 Kilometer nordwärts von London, ein Terrain von 1600 Hektar erworben und betreibt daselbst mit grosser Energie und entschiedenem Erfolge die Gründung der ersten Gartenstadt. Der durch Preisausschreiben gewonnene Stadtplan weist ein Drittel des Terrains der zukünftigen Stadt zu, volle zwei Drittel, das heisst über 1000 Hektar, bleiben baufreie Zone und sind für immer landwirtschaftlicher Produktion reserviert. Die Aufschliessungsarbeiten in der

Stadt haben bereits in Gestalt von Strassen-, Wasserleitungs- und Kanalisationsbau, der Schaffung einer Eisenbahnstation mit Personen- und Güterverkehr und mit Anschlussgleisen für industrielle Betriebe an der das Grundstück durchschneidenden Eisenbahn grosse Fortschritte gemacht. Diesen Arbeiten ist die Besiedlung auf den Fuss gefolgt. Eine Anzahl industrieller Betriebe hat sich bereits niedergelassen, und mit ihnen ist eine rege Nachfrage nach Bauparzellen gekommen. Dieses Jahr wird mit etwa 200 neuen Hausbauten abschliessen. Daneben sind schon 150 weitere Parzellen für unmittelbar bevorstehende Bebauung vergeben. Die Entwickelung der Stadt ist also eine äusserst schnelle. Hinter der Gesellschaft stehen genügende Kapitalien und eine Reihe einflussreicher und im öffentlichen Leben bestens bekannter Männer. Hierher gehören auch mehrere hervorragende Führer der Genossenschaftsbewegung. Die Leitung liegt in den Händen geschäftskundiger und gemeinnützig denkender Männer. Das Experiment wird im allgemeinen als erfolgversprechend beurteilt.

DIES zur Gartenstadtidee und ihrer bisherigen Verwirklichung. Welche Bedenken erhebt nun Lindemann im einzelnen, und wie weit sind diese berechtigt?

DAS Prinzip einer Ausdehnungsbeschränkung der Grösse und Zahl nach für eine Stadt erscheint ihm etwas ganz Unerhörtes und Utopisches. Im Grunde ist es aber weiter nichts, als die Forderung geringerer Wohndichtigkeit. Jede Bestimmung, die die Wohndichtigkeit der Bevölkerung zu regulieren trachtet, läuft auf das gleiche hinaus. Wenn man für eine Bestimmung ist, dass in einer Wohnung pro Person so und so viel Quadratmeter Wohnfläche oder so und so viel Kubikmeter Luftraum sein soll, wenn man der Meinung ist, dass ein hoher Mietskasernenbau wegen der schlechten Luft, die die Bewohner der oberen Stockwerke von den unteren empfangen, untunlich ist, dass im Interesse einer besseren Durchlüftung und Beleuchtung der Wohnräume kleinere mit Gärten versehene Häuser vorzuziehen sind, so ist hier schon das Element der Ansiedlungsbeschränkung auf vorhandener Fläche gegeben. Es kann sich nur um den Grad der Beschränkung handeln, nur darum handeln, ob die idealen Forderungen der Hygiene mit denen der Wirtschaftlichkeit sich vertragen. Howard fordert nach englischer Sitte Einfamilienhäuser im Reihenbau mit kleinen Vor- und Hintergärten.[3]) Um eine solche, fast in geschlossener Bauweise errichtete Stadt von 30 000 Einwohnern will er dann noch eine grössere baufreie Zone. Ist diese Forderung so etwas Aussergewöhnliches und etwas anderes, als eine Bestimmung der Wohndichtigkeit? Ein Hygienker wie L. Bauer stellt zum Beispiel in der Schrift *Der Zug nach der Stadt und die Stadterweiterung* die gleiche Forderung einer baufreien Zone auf und hält diese für ein absolutes Erfordernis im Interesse einer genügenden Durchlüftung einer geschlossenen Ansiedlung. Es ist also kaum ein Streit darüber, ob baufreie Zonen um grössere menschliche Ansiedlungen wünschenswert und notwendig sind, sondern höchstens darüber, wie gross Ansiedlungen sein dürfen, und welches Grössenverhältnis zwischen Ansiedlung und baufreier Zone bestehen soll. Damit ist aber die Grössenbeschränkung einer Ansiedlung nach Zahl und Ausdehnung gegeben. Wenn Howard diese Zonen auch für eine Begünstigung der Landwirtschaft wertvoll hält, so bedeutet das

[3]) Durchschnittsgrösse der Bauparzelle für das Einfamilienhaus ist bei ihm etwa 210 Quadratmeter.

keine Verschlechterung seines Planes. Mir scheint hierin sogar ein Vorschlag von grosser volkswirtschaftlicher Bedeutung zu liegen. Wo Weltmarktproduktion samt Kolonial- und Weltmachtpolitik immer bedenklichere Seiten zeigen, erscheint ein Vorschlag um so beachtenswerter, der die Förderung intensiver Landeskultur in Aussicht stellt und die Möglichkeit einer nutzbringenden Beschäftigung grösserer Massen in einer neuen Art landwirtschaftlicher Tätigkeit eröffnet. Es mag sein, dass Howard seine baufreie Zone zu gross bemessen hat. Aber Howards Vorschläge sind ja kein Evangelium, selbst nicht für die erste englische Gartenstadt, die nur eine halb so grosse baufreie Zone hat, als es Howard in seinem Buche vorschlägt. Lindemann scheint zudem die Vorstellung zu haben, dass die Gartenstadt durch eine baufreie Zone von 2 Kilometer Breite — so gross ist sie etwa bei Howard — von aller Welt isoliert ist. Howards Ziel ist aber nicht eine einzelne abgelegene Gartenstadt von etwa 30 000 Einwohnern, sondern er hofft, dass nach dem ersten glücklichen Experiment Gruppen von solchen Städten entstehen werden. Angenommen, diese Städte wären von einander 4 oder 5 Kilometer entfernt, — wäre das wirklich bei unseren Verkehrsverhältnissen etwas so Utopisches? Für Howard ist die Gartenstadt in technischer Hinsicht weiter nichts, als ein Auflockerungsprinzip der Grossstadt. An Stelle der geschlossenen Massenansammlungen von Mietskasernen sollen *social cities,* Gruppen von Städten entstehen, die durch baufreie Zonen getrennt und planmässig durch gute Verkehrsmittel verbunden sind.

SOLCHEN Gebilden gegenüber scheint mir kaum die Befürchtung der Stagnation gerechtfertigt. Mir scheinen hier kaum grössere Schwierigkeiten für industrielle Unternehmungen gegeben zu sein, als sie heute bestehen. Auch Borsig muss heute von Berlin nach Tegel und Schwartzkopff nach Königswusterhausen ziehen, um sich vergrössern zu können. Auch heute bedingt jede Vergrösserung einen kostspieligen Umzug oder die Errichtung von Filialen anderwärts. Gerade die Grossstadt mit ihren teuren Bodenpreisen erschwert es der Industrie, sich grössere Flächen für eventuelle Erweiterungen im voraus zu sichern und bedingt fortwährend kostspielige Umzüge und Erweiterungen. Auch die vielleicht notwendige Abwanderung jüngerer Elemente in benachbarte Städte wird bei den vorschwebenden Entfernungen und bei den geplanten Verkehrsmitteln schwerlich der Industrie Abbruch tun können. Zudem wird bei einer Stadt von 30 000 Einwohnern auch stets ein Wechsel, ein Abzug von älteren Elementen vorhanden sein, der Platz für frische Kräfte macht.

FERNER erhebt Lindemann auch Bedenken gegen den Steuermodus der Gartenstadt. Er behauptet: »Die Deckung des kommunalen Bedarfs durch die Grundrente würde wie eine Kopfsteuer wirken . . ., die die minderbemittelten Teile der Bevölkerung schwerer belastet, als die wohlhabenden.« Mag sein! Jedenfalls wollen wir hier nicht darüber richten. Doch ein gewisser Vorteil gegenüber heute bestände schon immer darin, dass, wie Lindemann selbst sagt, »der Gartenstädter nur Grundrente [und vielleicht auch eine kleinere, wie wir hoffen], der normale Städtebewohner dagegen Grundrente plus kommunale Steuern zu zahlen hat«. Jedenfalls geht hieraus schon hervor, dass die Gartenstadt nichts Schlechteres tut, als die bisherigen Gemeinden. Aber da die Bestrebung uns entwickelungsfähig erscheint, wird sich vielleicht auch hier in

der Praxis eine Entwicklung zu besserem zeigen. Jedenfalls wäre es verdienstvoll und würde es mit Dank begrüsst werden, wenn Lindemann hier praktische Anregungen geben wollte. Sollte aber eine Entwicklung in dieser Richtung nicht möglich sein, so hängt dies mit dem Wesen einer praktischen Zweckbestrebung, die aus organisatorischen und Verwaltungsschwierigkeiten sich Beschränkungen auferlegen muss, nicht mit einer vorgefassten Theorie zusammen. Dass diese Beschränkung der Bedeutung der praktischen Bestrebung keinen Abbruch tut, glauben wir im vorhergehenden dargetan zu haben.

ENDLICH behauptet Lindemann: »Da keine kommunalen Steuern zur Erhebung kommen, muss der Zuzug zur Gartenstadt an Reiz gewinnen. Die Folge des grösseren Zudranges muss eine Steigerung der Grundrente sein.« Wie soll diese für die direkten Bodenpächter eintreten, wenn — wie es bei der ersten englischen Gartenstadt der Fall ist — die Gründung durch eine gemeinnützige Gesellschaft geschieht, die ihre Dividende von vornherein beschränkt hat? Eine solche Gesellschaft, die nicht mehr, als ihr für Grunderwerb und Aufschliessungskosten ausgelegtes Kapital mässig verzinst, sowie die Verwaltungskosten gedeckt haben will, kann für sich nicht mehr Grundrenten einnehmen, als Verzinsung und Verwaltung erfordert. Darüber hinaus kann die Grundrente nicht steigen. Wird durch Angebot und Nachfrage ein höherer Durchschnittspachtvertrag erzielt, so muss ein Plus entstehen, das in irgend einer Form zurückvergütet werden muss, sei es nun in Form einer Dividende, wie bei Konsumgenossenschaften, oder in irgend einer anderen Weise. Dem Steigen der Grundrente in der Gartenstadt steht, solange sich die gemeinnützige Gesellschaft treu bleibt, ein Bollwerk entgegen. Sie kann sich hier, wenn nicht schlechte Verwaltung vorliegt, oder eine zu langsame Besiedlung erfolgt, niedriger halten, als in anderen Städten, wo der hauptsächlichste und am meisten im Wachsen befindliche Komponent der Grundrente die Verzinsung sich aufhäufender Spekulationsgewinne ist. Wie die gemeinnützige Baugesellschaft oder die Baugenossenschaft in der Grossstadt für ihre Flächen, für ihre Mitglieder ein weiteres Steigen der Grundrente verhindert, wenn ringsherum die Grundrente für die Nachbarn steigt, ebenso kann die gemeinnützige Gartenstadtgesellschaft für ihre Flächen und für die Bewohner das Steigen der Grundrente verhindern. Aber, wird hier Lindemann einwerfen, es handelt sich nicht um die direkten Bodenpächter, sondern um die grössere Zahl der Bodenkonsumenten zweiter Hand, diejenigen, welche von jenen Wohnungen oder Häuser gemietet haben. Dieser Einwand ist wenig beweiskräftig gegenüber einem Land wie England, dessen Wohnsitte das Einfamilienhaus ist, wo also ein grösserer Teil der Stadtbewohner direkte Bodenkonsumenten sein könnten. Zudem sehen wir in England, dass bereits die Mietsgenossenschaft mit Einfamilienhäusern festen Fuss in der Gartenstadt gefasst hat. Und ferner wissen wir, dass seit langem die Errichtung einer besonderen gemeinnützigen Baugesellschaft, die mit der gemeinnützigen Terraingesellschaft Hand in Hand arbeiten soll, geplant ist, und dass deren Gründung unmittelbar bevorsteht. In der englischen Gartenstadt erscheint es also sehr wohl möglich, dass die Grundrente für den grössten Teil der Bewohner nicht steigt. Wenn sie für die Aussenwelt steigt, wenn Grund und Boden bei einer Entwickelung der Gartenstadt einen höheren sozialen und wirtschaftlichen Wert bekommt und dadurch vielleicht beleihungsfähiger wird,

so ist das kein Schaden der Gartenstadt und der Weiterentwickelung der Bewegung, die eine Durchsetzung des platten Landes mit Gartenstädten plant. Übrigens ist hierbei noch zu bemerken, dass das Dezentralisationsmoment der Gartenstadtidee, die Absicht, stets neue Städte ins Leben zu rufen, in der Theorie gleichfalls ein Moment sein muss, die Grundrente niedrig zu erhalten. Aber wenn englische Wohnsitte einen grösseren Kreis direkter Bodenkonsumenten schafft, so ist es in Deutschland, wo das Mietshaus Wohnsitte ist, umgekehrt. Dem gegenüber ist zu bemerken, dass billigerer Grund und Boden die Wohnsitte nach der Richtung des Einfamilienhauses beeinflussen könnte, und ferner, dass die Mietsgenossenschaftsbewegung (Baugenossenschaft mit gemeinschaftlichem Grundbesitz), sowie die Bewegung der gemeinnützigen Baugenossenschaften bei uns eine hochentwickelte ist. Und diese Bewegung kann in der Gartenstadt bei billigem Grund und Boden, der aber bei weiterer Entwickelung der Stadt höheren Wert und höhere Beleihungsmöglichkeit erfährt, um so üppiger gedeihen. Die Grundrente kann also auch bei uns in der Gartenstadt für grosse Kreise niedrig gehalten werden. Sollte es nicht für alle Bewohner gelingen, so wäre dies bedauerlich. Doch liegt dies dann nicht an dem Prinzip der Gartenstadt.

EINE andere Frage wäre noch, dass dem Bewohner der Gartenstadt der Nutzen, den ihm die niedrige Grundrente gewährt, in anderer Form abgezwackt werden kann, das heisst im Lohn, im Wareneinkauf oder sonstwie. Es mag dies in gewissem Grade möglich sein. Aber es ist doch fraglich, ob das eherne Lohngesetz der kapitalistischen Gesellschaft mit dieser Exaktheit arbeitet.

FÜR mich stellt sich die Gartenstadt als ein wertvoller Beitrag zur Lösung der Arbeiterwohnungsfrage, als ein Mittel dar, ein besseres Wohnen bei niedrigerer und gleichbleibender Grundrente zu ermöglichen. Sie ist als eine Fortsetzung und Erweiterung der Wirksamkeit der gemeinnützigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften zu betrachten. Es ist hier der Schritt von der gemeinnützigen Baugesellschaft zur gemeinnützigen Terraingesellschaft grösseren Stils getan. Statt kleiner Flächen in der teuren Stadt wird die Besiedlung grosser Flächen für ganze Städte als Ziel genommen. Bei diesem Unternehmen besteht zudem die Möglichkeit, dass durch die Schaffung industrieller Ansiedlungen auf dem Lande, die technisch mustergültig ausgerüstet sind und in stetem Konnex mit diesem bleiben, technisch wie sozial wichtige volkswirtschaftliche Zukunftselemente ausgearbeitet werden. Und dabei werden bereits auch in der Gegenwart den Bewohnern nicht zu unterschätzende materielle und ideelle Vorteile gewährt werden.

ABER warum an eine riskante Neugründung gehen? Warum nicht an der Stadtreform und einer zielbewussten und einer grosszügigen Stadterweiterung arbeiten? Zweifellos ist das etwas absolut Notwendiges und etwas, was keinen Augenblick unterlassen werden darf. Aber auch hier gibt es Schwierigkeiten, recht grosse sogar. Unsere politischen Verhältnisse, unser kommunales Wahlrecht und die einmal bestehende Höhe der städtischen Grundrente sind erbitterte Feinde einer fortschrittlichen Stadtreform und Stadterweiterung. Die Aktionsbereitschaft und -freiheit öffentlicher Körperschaften ist zudem eine beschränkte gegenüber der Privatinitiative. Daher der Vorschlag eines Versuches und, wenn möglich, recht vieler Versuche auf jungfräulichem Boden

und in der Form der gemeinnützigen Privatinitiative, die eine andere Bodenpolitik garantiert, als man sie von den heutigen Gemeinden erwarten kann. Sollte der Gedanke ein glücklicher sein, sollten viele Experimente zu einem guten Resultat führen, so wäre damit nicht nur ein weites Feld für eine fruchtbringende gemeinnützige und genossenschaftliche Tätigkeit geschaffen, sondern auch wichtige Unterlagen, sowie ein energischer Anstoss für eine fortschrittlichere und weitsichtigere Gemeindepolitik gegeben. Die Gartenstadt befindet sich nicht im Gegensatz zu einer fortschrittlichen Gemeindereform und Dezentralisationsbewegung, sondern scheint mir deren wesentliche Ergänzung zu sein. Das Urteil *politischer Rückständigkeit* ist um so weniger am Platze, wenn man nicht nur die Gartenstadttheorie, die Lindemann mit der ihm verhassten Bodenreform in einen Topf wirft, sondern auch die Gartenstadtpraxis in Rücksicht zieht.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

KARL EUGEN SCHMIDT · EIN WERK ÜBER DIE COMMUNE

ES fehlt immer noch an einem wirklich erschöpfenden und zuverlässigen Werke über die Ereignisse, die sich vom Sommer 1870 bis zum Frühjahr 1871 auf französischem Boden abgespielt haben. Und ich glaube, dieses Werk wird fehlen, solange es noch Überlebende aus jener Zeit gibt, und solange es Deutsche oder Franzosen sind, die sich mit der Arbeit befassen. Und es fehlt auch immer noch an einer unparteiischen und zuverlässigen Darstellung der Commune. Lissagarays Werk, das wohl das beste sein dürfte, ist parteiisch, wie es die Arbeit eines Mitkämpfers wohl kaum anders sein kann, und noch weit parteiischer sind die von bürgerlicher Seite ausgegangenen Schilderungen, wie besonders die von Maxime du Camp und erst recht die des deutschen Carlyle-Affen Scherr, dessen *Rotes Quartal* sicher der blühendste Unsinn ist, den man über die Ereignisse vom März bis Mai 1871 geschrieben hat. Carl Bleibtreus soeben erschienenes Buch leidet unter der Eigentümlichkeit des Verfassers, der vielfach nur Hallunken oder Dummköpfe sieht und sich nicht dazu versteht, auch dem misslungenen und verfehlten redlichen Bemühen die gebührende Anerkennung zu zollen; wer sich freilich vorzüglich für die militärischen Operationen der Versailler gegen Paris interessiert, dürfte bei Bleibtreu vieles finden, was er anderswo vergeblich sucht. Die zu Hunderten erschienenen Erinnerungen von Teilnehmern an der Commune entbehren samt und sonders des grossen Überblickes und der Unparteilichkeit, und manche davon sind von ihren Urhebern eigentlich nur um des lieben Selbst willen geschrieben. So sieht man aus den Memoiren Rocheforts im Grunde weiter nichts, als dass Rochefort der gescheiteste und ehrenhafteste aller sterblichen Menschen ist, dass er alles vorausgewusst hat und ein Opfer der Dummheit und Schlechtigkeit der andern geworden ist. Das beste, was bisher über die Commune oder vielmehr über die Greuel der Maiwoche erschienen ist, ein Buch, das längst eine deutsche Übersetzung verdient hätte, hat einen Mann zum Verfasser, dessen Name in der letzten Zeit sehr viel genannt worden ist, nämlich den letzten französischen

Marineminister Camille Pelletan. Pelletans Schilderung der Art, wie die Commune im Blute ersäuft wurde, wie die Versailler gleich Bestien wüteten, ist weit zuverlässiger, als die Lissagarays, und obschon das Buch *La semaine de mai* schon zwanzig Jahre alt ist, ist bis heute kein zweites Werk erschienen, das mit gleicher Gerechtigkeit und Gründlichkeit diese Ereignisse erzählte.

DAS heisst, um den Brüdern Margueritte kein Unrecht zu tun, müsste ich ihre Schilderung der Commune gleich neben die Pelletans stellen. Ihr Buch über die Commune ist wohl ebenso unparteiisch und auch ebenso gründlich, wie das Pelletans, und sie hatten obendrein den Vorteil, zwanzig Jahre später zu schreiben und viele Quellen benutzen zu dürfen, die für Pelletan noch nicht vorhanden waren. Denn in der Zwischenzeit sind die Erinnerungen von vielen Gegnern und Freunden der Commune veröffentlicht worden, und ausserdem hat sich etwas im offiziellen Frankreich geändert. Als Pelletan sein Buch schrieb, war es noch die Pflicht jedes guten Franzosen, in den Communarden Mordbrenner und Verbrecher zu sehen; jetzt hat sich diese Anschauung selbst in den Regierungskreisen geändert. Damals hätte ein Mann, der, wie Pelletan, die Wahrheit sagte, von der Regierung und ihren Organen nicht die geringste Unterstützung erhalten. Diese Unterstützung wurde nur ausgesprochen reaktionären Parteimännern, wie Maxime du Camp, zu teil. Nur er durfte in den Archiven forschen, war man doch überzeugt, dass er nichts Kompromittierendes veröffentlichen und selbst die schlimmsten Dinge in einer günstigen Beleuchtung zeigen würde. Jetzt ist das anders, und die Brüder Margueritte besonders hatten keine Schwierigkeit, bis zu den geheimsten Akten vorzudringen. Als Söhne des bei Sedan gefallenen Reitergenerals und als ehemalige Offiziere stehen ihnen selbst da die Türen offen, wo sich in Frankreich der reaktionärste Konservatismus eingenistet hat: in den Militärkreisen und im Kriegsministerium. Aus diesen Gründen ist das vierbändige Werk, das die Brüder Margueritte über den Krieg und über die Commune geschrieben haben,[1] vielleicht das gründlichste und zuverlässigste, das wir bisher besitzen. Und wenn ich Pelletans *Maiwoche* trotzdem an erster Stelle genannt habe, so gilt das einmal nur für eben diese Woche, und dann hat das Werk der Brüder Margueritte einen Fehler, der vielleicht für viele Leute gar keiner ist, der aber seinem Werte als historische Darstellung doch einen gewissen Abbruch tut.

DIE Brüder Margueritte haben ihrer Arbeit die Form eines Romans gegeben, und das schadet auf der einen Seite mindestens ebensoviel, als es auf der andern Seite nützen mag. Der Roman verlangt eine möglichst geschlossene und einheitliche Handlung, die Geschichte des Krieges aber spielte sich gleichzeitig an vielen Orten ab. Zola hat in seinem *Débâcle* die Schwierigkeiten zu gunsten des Romans überwunden. Er lässt seinen Helden einfach nur die grössten Hauptsachen erleben, um so seine Handlung zusammenzuhalten, die Nebenhandlungen werden nur gestreift oder als Erzählungen von Nebenpersonen eingeschaltet. Die Brüder Margueritte wollten aber eine umfassende Darstellung der sämtlichen Ereignisse des Krieges und der Commune geben. Um das zu ermöglichen, mussten sie so viele Helden haben, wie Schauplätze der Ereignisse. Sie wollten uns in alle Lager führen, also musste in jedem Lager eine Haupt-

[1]) Dieses Werk, *Une époque*, ist auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Der grosse Krieg* bei Seemann in Leipzig und Berlin erschienen. Es umfasst 4 Teile, *Der Unstern, Die Stücke des Schwertes, Brave Kerle* und *Die Commune*, von denen jeder in 2 Bände zerfällt.

person stehen. Das ermöglichen sie dadurch, dass die Hauptperson kein einzelner Mensch, sondern eine vielköpfige Familie ist, deren Mitglieder wir überall finden. Einer wird in Metz gefangen genommen und geht nach Deutschland, ein anderer dient in den Freischaren Garibaldis, ein dritter ist Franctireur, dann finden wir einen Marineoffizier, Nationalgardisten, Chemiker, die neue Explosionsstoffe erfinden und Gambetta zur Verfügung stellen, brave Bürger, die ihren friedlichen Beschäftigungen nachgehen, alles in allem mindestens zwanzig oder dreissig Personen, die nur durch die Familienbande zusammengehalten werden. Dieses einzige Band aber ist bei weitem nicht stark genug, um aus dieser Arbeit einen einheitlichen Roman zu machen. Der Leser verliert den Faden jeden Augenblick, er weiss nie recht, welchem der Helden dies oder jenes passiert ist, wer der Maler, der Seemann, der amerikanische *Cowboy*, der Chemiker, der Offizier, der Gutsbesitzer, der Professor ist. Als Roman ist das Werk also nicht sehr gut, und obendrein schadet das Bemühen, eine Romanhandlung in die Ereignisse zu bringen, der Darstellung der geschichtlichen Vorgänge. Hätten die Verfasser auf die Romanform verzichtet und einfach eine Geschichte des Krieges und der Commune geschrieben, so wäre das Resultat besser geworden.

TROTZDEM aber ist dieses Resultat immer noch sehr löblich. Die Söhne des Generals und ehemaligen Offiziere sind mit einem Freimut, mit einer Vorurteilslosigkeit an ihre Aufgabe herangegangen, wie es vor zwanzig Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre, und wie es selbst heute noch auf bürgerlicher Seite recht selten ist. Dieser Freimut macht sich sowohl im ersten Bande, *Le désastre*, wo von den Anfängen des Krieges die Rede ist und die Schuld zwischen den französischen und preussischen Regierungen verteilt wird, als auch besonders im letzten geltend, der nur von der Commune handelt. Im ersten Bande hält sich der Roman noch so ziemlich zusammen, wie ja auch die Ereignisse zunächst auf einen Punkt konzentriert waren: zuerst Paris, dann die Grenze mit Weissenburg, Wörth, Sedan und Metz. Im zweiten Bande geht es schon bedenklich durcheinander, und man wundert sich manchmal, dass die Verfasser selbst sich in diesem Labyrinth zurechtfinden. Hier soll die von der Republik und im besonderen von Gambetta geleitete Verteidigung der neugeborenen Republik geschildert werden. Wir müssen sowohl bei Faidherbe und Chanzy, als auch in Paris bei Trochu, in Dijon bei Garibaldi, in Tours bei Gambetta sein, und dann gilt es auch noch, die Stimmung der Bevölkerung in den Provinzen zu zeigen. An jedem dieser zwölf oder fünfzehn verschiedenen Orte ist also ein Held des Romans postiert, und nun geht es hin und her, hinüber und herüber, dass der Leser ganz ausser Atem kommt. Überall aber, wo es sich nicht um Roman, sondern um Schilderung historischer Persönlichkeiten und Ereignisse handelt, ist das Werk ausgezeichnet, und wieder und wieder ertappt man sich bei dem Bedauern, dass die Verfasser sich nicht auf eine Geschichte beschränkt und den Roman beiseite gelassen haben. Auch der Umfang, der mit seinen vier sehr starken Bänden von durchschnittlich 600 eng gedruckten Seiten für den gewöhnlichen Leser etwas sehr beträchtlich ist, wäre durch eine solche Beschränkung handlicher geworden. Besteht schon im zweiten Bande der Romaninhalt nur aus recht lose zusammengeknüpften Stücken eines vielfach zerrissenen Fadens, so versagt im dritten die Romanhandlung völlig. Dieser dritte Band gehört gar nicht mehr zu dem sogenannten

Roman. Sein Inhalt hätte in dem zweiten Band verarbeitet werden sollen, aber der Stoff wuchs den Verfassern über den Kopf, und so machten sie schliesslich aus allerhand Episoden des Kriegsjahres, die sie nicht in Zusammenhang mit ihrer Geschichte bringen konnten, einen dritten Band.

DER vierte und letzte Band ist dann *La Commune*, und hier ganz besonders zeigt sich der Freimut der in der Atmosphäre des Schwertadels aufgewachsenen Verfasser. Die Geschichte der Commune ist immer noch unklar: die konservativen Aristokraten und Kapitalisten sehen in ihr einfach den Aufstand aller Verbrecher und Halunken, die es damals in Europa gab; patriotische Franzosen, die zugleich republikanische Gesinnung hegen, neigen dazu, dem patriotischen Enthusiasmus des Volkes von Paris den Anlass zum Aufstande zuzuschreiben. Sie meinen, die Pariser seien so entrüstet gewesen über den Friedensschluss, dass sie sich verraten und verkauft glaubten und in dieser Überzeugung zu den Waffen gegen die vermeintlichen Verräter griffen. Die Brüder Margueritte sind von dieser Auffassung nicht weit entfernt. Die sozialistische Geschichtsschreibung endlich erblickt in dem Aufstande eine Erhebung des vierten Standes, des Proletariats gegen das Kapital. Es ist sehr schwer, sich in dem Wirrwarr widerstreitender Zeugnisse zurechtzufinden. Männer, die von Lissagaray zu reinen und edlen Helden gestempelt werden, findet man bei Maxime du Camp als verworfenste Verbrecher abgemalt, und wo der Sozialist entmenschte Bestien wüten sieht, erblickt der Monarchist edle Verteidiger der schönsten menschlichen Güter. Eine *richtige Mitte* ist sehr schwer zu finden. Bei Ereignissen, die uns so nahe liegen, werden wir alle mehr oder weniger von unseren persönlichen Anschauungen geleitet und vielleicht verleitet. Pelletan und die Brüder Margueritte, die weder Sozialisten, noch Reaktionäre sind, verteilen Licht und Schatten vielleicht am unparteiischsten, aber sie scheinen mir der ihnen am nächsten stehenden Partei zu viel Wichtigkeit beizulegen. Ihrer Ansicht nach, die allerdings mehr leise mitklingt, als laut und deutlich ausgesprochen wird, war von Thiers eine Wiederherstellung der orleanistischen Monarchie, in der ersten Zeit wenigstens, sehr zu fürchten, und der Aufstand der Commune ist in der Hauptsache auf diese Furcht der republikanischen Pariser zurückzuführen. Wahrscheinlich haben alle Geschichtschreiber der Commune recht, ein jeder bis zu einem gewissen Grade. Es ist kein Zweifel, dass die Pariser sozusagen patriotisch hypnotisiert waren und sich für unüberwindlich hielten. Wurden sie überwunden, so konnte das nur durch Verrat geschehen. Bestärkt wurden sie in ihrer Überzeugung durch die Tatsache, dass die befehligenden Generäle, vielleicht mit Recht, gar kein Vertrauen in die Bürgerwehr der Nationalgarde zeigten und während der ganzen Belagerung von Paris diese Bürgerwehr nur ein einziges Mal, und zwar ohne Erfolg, ins ernstliche Feuer führten. Man wusste ausserdem, dass so ziemlich alle Offiziere monarchistische Gesinnung hegten, und fürchtete von ihnen die Wiederherstellung der Monarchie.

ERST in zweiter Reihe treten die organisierten Arbeiter und Sozialisten auf. Ihrer waren in Paris viel zu wenig, um an die Spitze der Bewegung zu treten. Die Masse der ersten Communestreiter war mehr bei der kleinen und kleinsten Bourgeoisie zu suchen, bei den Leuten, deren Nachkommen heute Rochefort, Drumont, Millevoye und die radikalen Blätter lesen. Als aber die Sache ernst wurde, fiel dieser Bourgeoisie das Herz in die Hosen, und einer nach dem

andern zog sich von der Bewegung zurück. Und jetzt erschien das organisierte Proletariat mit der *Internationalen* auf dem Plan. Der letzte Verzweiflungskampf wurde fast ausschliesslich von der arbeitenden Bevölkerung gekämpft, die Bourgeoisie hatte sich schon vor der verräterischen Übergabe der Porte Maillot verkrochen. Wenn trotzdem die radikalen Politiker, wie Pelletan, mit kochender Entrüstung das von den Versaillern angerichtete Gemetzel, das seinesgleichen nirgends — auch in Petersburg nicht — in der modernen Geschichte hat, verdammen, so hat das seinen Grund eben in der ganz unglaublichen Bestialität, die dabei von den Versaillern an den Tag gelegt wurde, eine Bestialität, die keineswegs vor der Bourgeoisie Halt machte, sondern die alles vernichtete, was ihr irgendwie missfiel. Nicht nur sozialistische Proletarier wurden niedergemetzelt, sondern man raffte zusammen und füsilierte, was den Truppen gerade in den Weg kam. Galliffet und seine Kameraden richteten sich bei ihren sofort vollzogenen Todesurteilen einfach nach dem äusseren Eindruck. Wessen Nase ihnen nicht gefiel, der wurde erschossen. Und wo sie nach Gründen handelten, da traf ihre Wut Pariser Politiker, die sich unter dem Kaiserreich durch radikale und republikanische Gesinnung bekannt gemacht hatten. Diese Leute hatten sich zwar beizeiten von dem Aufstande der Commune zurückgezogen, aber sie hatten früher dem Kaiserreich Opposition gemacht, und das genügte für das Todesurteil. So wurden mehrere hervorragende und viele Hunderte oder gar Tausende von Gesinnungsgenossen der radikalen bürgerlichen Partei in der Maiwoche niedergemacht, und die Gegnerschaft, die sich von jeher zwischen den Radikalen und den zumeist konservativen Offizieren gezeigt hatte, erhielt damals ihre endgültige Weihe. Diese Feindschaft, erhärtet und gefestigt durch die Ereignisse der Maiwoche, erklärt es, dass die Affäre Dreyfus, die ursprünglich mit Politik nichts zu tun hatte und nichts zu tun haben durfte, plötzlich zum Angelpunkt der französischen Politik werden konnte. Die radikalen Parteien sahen hier eine Gelegenheit, ihre Revanche zu nehmen, und in einer Sache der puren Gerechtigkeit schieden sich die politischen Parteien klipp und klar von einander.

ENDLICH hat auch Maxime du Camp in seiner Darstellung nicht ganz unrecht. Es ist ganz falsch und verkehrt, in allen Communestreitern edle Helden sehen zu wollen. Natürlich werden solche Gelegenheiten auch von den elendesten Opfern unserer Verhältnisse, von den bis zum Verbrechen, zur Zuhälterei u. s. w. getriebenen Enterbten des Volkes benutzt, teils um Rache zu nehmen an der Gesellschaft, teils um den durch die Schuld der selben bestialisch gewordenen Gelüsten zu fröhnen. Die Versailler haben freilich eine Bestialität und Mordsucht gezeigt, wie sie glücklicherweise in der Geschichte der Menschheit nur vereinzelt vorkommt, aber wenigstens in ihren letzten Stunden hat sich auch die Commune durch die Ermordung der Geiseln und durch das durchaus zwecklose Niederbrennen der öffentlichen Gebäude befleckt. Der perfiden Geschichtschreibung der von Thiers und seiner Umgebung beeinflussten reaktionären Schriftsteller ist es gelungen, die Greuel der Versailler ganz zu verstecken oder als durch die Untaten der Commune veranlasste Repressalien hinzustellen. In Wirklichkeit kann man das Gegenteil geltend machen.

DAS ist sicher: Bei der Abwägung der Schuld kommt bei weitem die grösste

Last auf die Versailler, und selbst wenn Theophil Ferré den Befehl gegeben hat, die Geiseln zu erschiessen, so war sein Verbrechen, wofür er selbst mit dem Tode bestraft wurde, weder so gross, wie das zahlreicher Offiziere, die Männer, Weiber und Kinder ohne Unterschied niederknallen liessen, noch wie das des Anstifters der ganzen blutigen Metzelei, des kleinen Thiers, dessen mächtiges Grabmal auf dem nämlichen Friedhofe des *Père Lachaise* steht, wo die einst von den Kugeln der Versailler zerfetzte und blutig gerötete, jetzt mit alljährlich in der Maiwoche erneuerten Kränzen bedeckte *Mauer der Föderierten* auch ohne prunkendes Denkmal von Baumeister und Bildhauer die Erinnerung an seine Opfer wach und lebendig erhält.

DIE Brüder Margueritte weilen lieber bei dem Unheil, das durch die Commune kam, als bei den Greueln der Versailler. Sie sind nicht parteiisch und verheimlichen nichts, aber sie eilen schneller über die Verbrechen der Versailler weg und schildern zum Beispiel die Erschiessung der Geiseln weit umständlicher, als die Bestialitäten der Versailler. Aber trotzdem trägt ihre Arbeit von der ersten bis zur letzten Zeile den Stempel furchtloser Gerechtigkeit an der Stirne. Und da sie in Quellen geschöpft haben, die bisher unabhängigen und unparteiischen Schriftstellern nicht zugänglich waren, findet man in ihrem Werke eine Fülle höchst interessanter und lehrreicher Aufschlüsse. Sie bieten uns noch nicht den durchaus sicheren und klaren Faden, der uns durch das Labyrinth der Pariser Ereignisse im Frühjahr 1871 leiten könnte; aber sie verbreiten vielfach Licht, wo es bisher dunkel war. Und die oben getadelte Form des Romans muss gutgeheissen werden, weil sie allein die grosse Auflage ermöglicht hat, und weil durch sie tausend und abertausend Menschen der Lektüre und damit einer richtigeren Anschauung gewonnen werden, als sie bisher in bürgerlichen Kreisen gang und gäbe war.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Diskont

AM 7. September erhöhte die Bank von England ihren Diskont von 2½ auf 3 %. Die deutsche Reichsbank folgte am 11. September mit einer Steigerung um ein volles Prozent, von 3 auf 4 %. Am 28. September ging die englische Bank auf 4 % über, am 3. Oktober die deutsche Reichsbank auf 5 %. Damit ist wahrscheinlich zunächst ein gewisser Ruhepunkt erreicht. Jedoch rücken die grossen Anforderungen des Jahreswechsels immer näher, so dass das IV. Quartal, um die Banken auf die kommende Inanspruchnahme vorzubereiten, meist eine Tendenz zur Steigerung des Bankzinsfusses bekundet. Ferner sind die jetzigen Raten schon ausserordentlich hoch. Ende September hatten wir in Deutschland im Jahre 1899 den höchsten Zinsfuss, und zwar mit 5 %, die sich allsdann im Oktober auf 6 %, von Mitte bis Ende Dezember sogar vorübergehend auf 7 % steigerten. Aber damals handelte es sich um den Höhepunkt einer Prosperitätsperiode, die bereits die ersten Risse im Mauerwerk deutlich sichtbar werden liess. Die heutige Anspannung des Diskontos kommt bereits in einem frühen Stadium des erwarteten Aufschwunges.

DIE Börsenhausse, die Belebung der laufenden Produktion, die fast allseitigen Preissteigerungen der umgeschlagenen Warenmassen, die zunehmenden Kapitalsfixierungen für produktive Neuanlagen, Erweiterungen und Verbesserungen haben im Laufe des September die Anforderungen an die Reichsbank geradezu rapid vermehrt. Am 30. September war, wie Dr. Koch vor dem Zentralausschuss darlegte, die Ge-

samtanlage (Wechsel, Lombard und Effekten) mit 1667 Mill. M., die höchste seit Bestehen der Reichsbank zu verzeichnende; allein seit dem 7. September war sie um 578 Mill. M. gestiegen, während in der korrespondierenden Periode 1904 nur eine Erhöhung der Anlage um 232 Mill. M. und 1903 um 349 Mill. M. stattfand. Der Wechselbestand (am 30. September 1343¼ Mill.) stieg seit Mitte September um 292 Mill. M. gegen 268½ Mill. in 1904 und 283 Mill. in 1903. An Banknoten waren, mit 1682,6 Mill. M., mehr, als jemals, früher im Umlauf. Demgegenüber war der Metallbestand, mit 732 Mill. M. niedriger, als seit Jahren um diese Zeit. Der Betrag der ungedeckten Noten (zirka 920 Mill. M.) war abnorm hoch, die Steuerpflicht von 450,28 Mill. M. die höchste bisher erreichte.

DIE letzte Diskontmassnahme beschleunigte zweifellos die regelmässig nach dem 1. Oktober, nach Erledigung der geschäftlichen Quartalszahlungen erfolgende Besserung der Bankposition. In der ersten Oktoberwoche nahm infolgedessen der Metallbestand um 22,96 Mill. M. (auf 755,18 Mill. M.) zu, während der Bestand an Wechseln um 121,38 Mill. M., an Lombardforderungen um 108,18 Mill. M. zurückging. Trotzdem blieb am 7. Oktober eine aussergewöhnlich grosse Notensteuerpflicht von 268,58 Mill. M. (gegen 179,17 Mill. M. im Jahre 1904, 74,32 Mill. M. in 1903, 76,50 Mill. M. in 1902). Der Metallschatz ist trotz seiner Verbesserung geringer, als seit langem um diese Zeit, die Inanspruchnahme für Wechsel grösser. Es stellten sich nämlich Ende der ersten Oktoberwoche (in 1000 M.):

	1905	1904	1903	1902
Metallvorrat	755 175	789 444	851 100	836 834
Wechsel . .	1 221 842	946 777	1 031 259	952 098
Lombard . .	70 929	117 649	95 287	106 799
Giroguthaben	524 273	496 129	476 551	507 678

ÄHNLICH in England, das zudem stark von den Rückzahlungen und Neuzahlungen an die Vereinigten Staaten betroffen wird, die selber abermals einem *Boom*, vor allem in der Eisenbranche und im Verkehrswesen, entgegengehen und die für ihre reichen Ernten die europäischen Bankbestände stark heranziehen dürften. Auf Aushilfe seitens Frankreichs ist diesmal weniger als gewöhnlich zu rechnen, da hier die Nachwirkungen der letzten Spekulationszusammenbrüche noch immer zur Vorsicht mahnen, und die russische Regierung eine neue grosse Anleiheoperation — man spricht von 1800 Mill. fr. — in Gang gebracht hat, obwohl die internationale Grossfinanz im Augenblick dringend zu einer Hinausschiebung rät.

× ×

Produktionsvermehrung

WENN die bisher erfolgte Produktionsvermehrung anhält, so wird der verhältnismässige Höherstand des Diskonts, genau wie 1895 bis 1900, als ein dauernder zu betrachten sein.

GREIFEN wir als für die Geschäftslage charakteristische Produktionen Kohle und Eisen heraus, so ist die Hebung gegen das Vorjahr ganz unverkennbar. Nach den Ermittelungen des *Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller* betrug die Roheisenerzeugung Deutschlands und Luxemburgs für die ersten acht Monate des laufenden Jahres 7 009 816 t, sie überstieg also die vorjährige Erzeugung des gleichen Zeitraums um mehr als 300 000 t. Die Steigerung war gerade zuletzt am lebendigsten: für den August 1905 ergeben sich 968 323 t. gegen 851 651 t im August 1904, so dass weit über ein Drittel der Mehrproduktion auf den einen letzten Monat der Statistik entfallen. Bei den Kohlen finden wir, trotz des Bergarbeiterstreiks, bis Ende August bereits eine Mehrgewinnung gegen das Vorjahr: was bei den Steinkohlen weniger sich ergab, wurde durch das Plus an Braunkohle mehr als eingeholt — bis Ende September dürfte sich selbst bei den Steinkohlen der Ausgleich vollzogen haben. Im Deutschen Reich betrug nämlich von Januar bis Ende August die Förderung

	1905	1904
an Steinkohlen . .	78 383 052 t	79 178 911 t
an Braunkohlen . .	33 178 969 t	30 977 618 t
zusammen	111 562 021 t	110 156 529 t

Bei Koks und Briketts ist die Mehrproduktion gegen das Vorjahr bis Ende August eine ganz ansehnliche (9 434 350 t, gegen 8 076 679 t, und 8 277 817 t gegen 7 338 663 t). Da nun im gleichen Zeitraum die Ausfuhr von Brennstoffen ungefähr die vorjährige Höhe aufwies (Steinkohlen 11 314 804 gegen 11 487 691 t, Braunkohlen 13 578 gegen 14 757 t, Koks 1 754 144 gegen 1 800 284 t), die Einfuhr jedoch wesentlich höher blieb (Steinkohlen 6 319 220 t gegen 4 449 082 t, Braunkohlen 5 100 811 t gegen 4 869 084 t, Koks 474 861 t gegen 337 627 t), so tritt der wachsende Bedarf der Industrie und

des Verkehrs klar hervor. Die letzte Zechenbesitzerversammlung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats hat denn auch für das IV. Quartal die Produktionseinschränkung ermässigt; diese betrug für das III. Quartal für Kohlen und Koks je 23 %, für Briketts 20 %; jetzt ist sie durchgehend auf 20 % normiert. Die Klagen der Gruben über Eisenbahnwagenmangel weisen auch auf reichlichsten Absatz hin.

Kohlensyndikat und Fiskus ÜBER die *Hibernia*verstaatlichung und über den Beitritt des preussischen Fiskus zum Kohlensyndikat waren, gegen Ende September, neue Verhandlungen eingeleitet worden. Sie sind vorläufig ergebnislos geblieben, jedoch keineswegs als endgültig abgebrochen anzusehen. Es scheint, dass man seitens der Syndikatsgewaltigen der preussischen Regierung zu einer leidlichen Erledigung der steckengebliebenen *Hibernia*aktion verhelfen will, wenn es bestimmte Beziehungen zwischen staatlicher Kohlenproduktion und Syndikat herzustellen gelingt. Andererseits soll die Regierung darauf bestehen, dass die Ausnahmestellung der Hüttenzechen durch eine Änderung des Syndikatsvertrages beseitigt werde. Bis jetzt fehlt noch jeder bestimmte Anhalt über den Gang der Besprechungen; doch dürften nun, nach der Amtsniederlegung Möllers, die Entscheidungen rascher fallen.

Petroleum DA Petroleum und Spiritus für Brenn- und Leuchtzwecke mehr und mehr Konkurrenten geworden sind, so darf man den Wirkungen der jetzigen Konjunktur mit einiger Neugierde entgegensehen. Die Unruhen im Kaukasus haben auf viele Monate hinaus die russische Produktion schwer erschüttert. Die russischen Eisenbahntarife sind ermässigt worden, um den Industriebetrieben, die bisher Naphtha und Naphtharückstände verwendeten, die nötigen Brennstoffe so billig wie möglich zuzuführen; neben Auslandskohlen (aus Schlesien und England) will man sogar ausländische Naphtha aus Galizien, Rumänien einführen. Die Petroleumpreise sind daher auf dem Weltmarkt längst im Emporgehen.

Spiritus UMGEKEHRT hat die deutsche Spirituszentrale angesichts der reichen Kartoffelernte trotz der erreichten Produktionsbindung (für 92 bis 93 % des Kontingents) die Spirituspreise stark heruntersetzen müssen. Die erste Preisermässigung für Trinkbranntwein trat schon Mitte Mai um 5 M. pro hl ein, kurz vor Mitte Oktober ermässigte man um weitere 3 M. Man *erhofft* davon eine Vermehrung des Trinkkonsums; weiter erstrebt man jedoch eine Hebung des gewerblich-technischen Gebrauches, und hier wird die gleichzeitige Verteuerung des konkurrierenden Petroleums nicht ohne Einfluss sein.

Fleischteuerung DIE Fleischpreise sind in den wichtigsten Städten Preussens im Monat September weiter fühlbar gestiegen, trotz der Prophezeiungen des Landwirtschaftsministers. Nach der amtlichen Statistischen Korrespondenz kostete im Durchschnitt der 23 berücksichtigten Marktorte 1 kg (in Pf.):

	im Januar	August	September
Rindfleisch v. d. Keule	142	155	159
„ vom Bauche	121	133	137
Schweinefleisch . .	135	167	172
Kalbfleisch	143	158	166
Hammelfleisch . . .	138	154	156
Inländ. geräuch. Speck	153	179	185
Inl. Schweineschmalz	158	175	178

Kurze Chronik CHARAKTERISTISCH für die Berichtsperiode waren die rascher als früher um sich greifenden Preiserhöhungen: so für Giessereiroheisen (um 2 M. pro t), und bald auch für Giessereierzeugnisse, für Schweisseisen (um 4 M. pro t), für verschiedene Maschinen und Apparate der Elektroindustrie um 10 %, für schlesische Zinkbleche um 1 M. pro dz, für Puddeleisen, Schweissstabeisen (4 M.), Bandeisen, Feinbleche (7 M.) im Westen u. s. w. ✕ An den Stahlwerksverband hat sich eine Anzahl oberschlesischer Werke neu angeschlossen. ✕ Die Berliner Anzahl oberschlesischer Werke neu an- Strassenbahnaktien erlebten wieder einmal eine stürmische Hausse infolge des Untergrundbahnprojektes. ✕ Der hamburgische Werftplatz für den Stettiner *Vulkan* ist durch Bürgerschaftsbeschluss gesichert. MAX SCHIPPEL

Politik

Reichsfinanzreform SO viel weiss die Öffentlichkeit allmählich, dass die Stengelsche Finanzreform ganze Arbeit machen will. Die

offiziöse Presse hat zugegeben, dass durch die neue Vorlage ein Mehr von 150 bis 180 Mill. M. jährlich erzielt werden soll. Dabei soll die Vorlage so gestaltet sein, dass die einzelnen Steuern ein untrennbares Ganze bilden, bei dem wohl einzelne Teile abgeändert, aber nicht vollständig abgelehnt werden können. Nun ja, es käme schliesslich doch noch auf den Reichstag an, wie er sich zu dem untrennbaren Ganzen stellt. Freilich der Reichstag! Von ihm hat die Regierung wenig zu befürchten, nachdem offenbar mit der ausschlaggebenden Partei schon Fühlung genommen ist. Die Rede des Abgeordneten Spahn auf dem Parteitag des Zentrums für den Regierungsbezirk Cöln lässt keinen Zweifel darüber mehr aufkommen, dass an eine Ablehnung der Finanzreform des Reichsschatzsekretärs nicht zu denken ist. Spahn gibt ganz allgemein seine Zustimmung zu wesentlichen Steuererhöhungen, wenn er auch formell daran festhält, dass Fehlbeträge des Reichshaushalts nicht durch Erhöhung oder Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden dürfen. Und nach ihm verstösst weder die geplante Bier- noch Tabaksteuer gegen diese Klausel. Bier dient nach vulgärer Ansicht dem Massenverbrauch. Nun wird Freiherr von Stengel einen Entwurf vorlegen, in dem er nachweist, dass bei der Biersteuer ein ungesetzlicher Zustand eingerissen sei. Die Aufgabe der Finanzreform sei es daher, den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen. Für ein gewisses Quantum Malz war der Steuersatz bisher 1 M. Die Fortschritte der Technik haben es ermöglicht, dass ein grösseres Quantum Bier aus dem gleichen Quantum Malz hergestellt werden könne, und infolgedessen betrage die Steuer statt 1 M. nur noch 80 Pf. Folglich müsse die Steuerschraube um 20 Pf. angezogen werden. Dass diese 20 Pf. nicht die Brauerei, sondern der Konsum zahlt, und dass dadurch eine Erhöhung der den Massenverbrauch belastenden indirekten Abgaben eintreten muss, das ist Herrn Spahn durchaus entgangen. Ebenso hat er keine Einwendungen gegen die Tabaksteuer. Es sollen nur die feineren Tabaksorten höher besteuert werden. Herr Spahn ist damit ganz und gar einverstanden, denn die höhere Besteuerung trifft ja nur die Bessergestellten. Das ist doch auch wieder mehr als fraglich. Ist die Besteuerung der feinen Tabaksorten sehr empfindlich, und das muss sie sein, wenn der finanzielle Effekt nicht ausbleiben soll, dann würden die besseren Zigarren eine Verteuerung erfahren, die den Konsum stark einschränken würde. Eine wahrscheinliche Wirkung ist daher die, dass, um die besseren Sorten nicht allzu sehr verteuern zu müssen, die Fabrikanten allmählich einen Ausgleich der Steuern auf ihre sämtlichen Fabrikate eintreten lassen. Gerade bei den eigenartigen Wettbewerbsverhältnissen in der Zigarrenindustrie haben die Fabrikanten die Preiskalkulation ja gar nicht in der Hand. Jedenfalls ist bei der Tabaksteuer keine Garantie vorhanden, dass den Massenverbrauch nicht gleichfalls eine Erhöhung trifft. Bedenken hat der Abgeordnete Spahn allein gegen die Erbschaftssteuer, wenn er ihr auch nicht ablehnend gegenübersteht. So viel ist aus der Rede Spahns, die von stürmischem Beifall der Delegierten begleitet wurde, zu entnehmen, dass die Stengelsche Finanzreform beim Zentrum eine wohlwollende Aufnahme finden wird. Das genügt wohl aber zu ihrer Annahme.

× ×

Möller demissioniert

ALS vor vier Jahren der nationalliberale Abgeordnete Möller preussischer Handelsminister wurde, da war eitel Freude in der liberalen Presse. An der Börse war man sicher, dass die Reform des Börsengesetzes nun rasch ihre Erledigung finden werde, in Industrie- und Handelskreisen rechnete man mit einer für die deutsche Exportindustrie günstigen Gestaltung des Zolltarifes und der Handelsverträge, die Interessenten unserer grossen Kartelle hofften für ihr Wirken gerade bei einem Möller weitgehendes Wohlwollen zu finden. Aber es kam alles anders, als man erwartet hatte: Herr Möller konnte innerhalb des agrarisch-konservativen Ministeriums seine gemässigt liberalen Grundsätze nirgends durchsetzen. Noch heute wartet man auf die Revision des Börsengesetzes, die Handelsverträge sind ausschliesslich auf die Interessen der Landwirtschaft zugeschnitten, und in der Kartellpolitik hat Herr Möller Weisungen folgen müssen, die ihn in eine äusserst verzwickte Lage hineingeführt haben. Die ihm aufgenötigte Kartellpolitik hat nun schliesslich auch sein Ende herbeigeführt. Nichts beleuchtet deutlicher die politische Schwäche des wirtschaftlich immer noch

mächtigen Liberalismus, als dieses Experiment Möller. Er fand keinen Halt im Ministerium, er hatte keine Stütze im Parlament, er hatte noch nicht einmal den Beifall der liberalen Presse.

×

Amerika und die Handelspolitik DIE Erörterung über die Gestaltung unserer Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist durch sensationelle Nachrichten, die ihren Weg in die Tagespresse gefunden haben, so verwirrt worden, dass Leser, die die Geschichte der amerikanischen Zollpolitik, die Stimmung der heute in der Gesetzgebung massgebenden Parteien und Personen nicht kennen, das Unmöglichste für möglich halten konnten. Noch schweben die Verhandlungen; werden sie mit einem Entgegenkommen seitens Amerikas enden, die den Bruch mit der überlieferten Zollpolitik bedeutet? Max Schippel hat in einer Schrift *Amerika und die Handelsvertragspolitik* /Berlin, *Verlag der Sozialistischen Monatshefte*/ die gegenwärtige handelspolitische Situation der Vereinigten Staaten in ihrem Werden und mit ihren derzeitigen Schattenseiten für die Union dargestellt. Die historischen Abschnitte des Buches über die bisherigen amerikanischen Reziprozitätsverträge, sowie über die Meistbegünstigungshandhabung verraten nicht nur ein tiefes Eindringen in das weitschichtige Quellenmaterial, sondern sind auch wegen ihrer klaren und präzisen Diktion zur Orientierung über die unhaltbare Lage der heutigen amerikanischen Zollpolitik besonders geeignet. Ob die handelspolitische Isolierung Amerikas schon so weit gediehen ist, wie Schippel annimmt, erscheint vielleicht fraglich. Darin hat er aber zweifellos recht, dass die massgebende Entscheidung in Washington fallen muss; das heisst, wenn wir den Vereinigten Staaten die Meistbegünstigung, wie bisher, einräumen sollen, dann hat Amerika genau so wie Österreich, Russland und alle anderen Vertragsländer uns Konzessionen zu machen.

×

Kurze Chronik AM 28. September ist zwischen Deutschland und Frankreich das lange erwartete Abkommen über die Marokkofrage vollzogen worden. × Zur Lösung der ungarischen Krisis hat Kaiser Franz Josef wieder Fejervary mit der Kabinettsbildung betraut. In dem Regierungsprogramm des Ministers soll sich ein Entwurf über die österreichisch-ungarische Zolltrennung befinden. × Die Wahlen zur zweiten badischen Kammer, die am 19. Oktober zum erstenmal nach dem direkten Verfahren vollzogen wurden, haben im ersten Wahlgange der Sozialdemokratie 5 Mandate gebracht; in 23 Kreisen mussten Stichwahlen stattfinden, für die ein Kompromiss der Sozialdemokraten mit den bürgerlichen Blockparteien abgeschlossen wurde.

RICHARD CALWER

Sozialpolitik

Arbeitsvertrag IM Interesse einer organischen Fortentwickelung des Arbeitsvertrages forderte Professor Lujo Brentano auf der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des *Vereins für Sozialpolitik* 1. die Ersetzung der Ausnahmegesetzgebung des § 153 G. O. durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches über körperlichen Zwang und Drohung, 2. den gesetzlichen Schutz des *Sichkoalierens*, nicht nur des *Sichnichtkoalierens*, 3. den Erlass von kasuistischen, zwingenden Vorschriften, durch die der Missbrauch der Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer als Machtmittel ausgeschlossen ist, 4. die Statuierung des Verhandlungszwanges für Arbeitgeber und Arbeiter bei Streitigkeiten, 5. die Übertragung von Staatsaufträgen nur an Unternehmer, die sich verpflichten, alle Arbeitsstreitigkeiten in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen, 6. die Begründung einer alle Arbeiter eines Gewerbes umfassenden Organisation unter Wahrung des Fortbestandes der betreffenden Berufsvereine, 7. die Regelung aller Streitfragen über abzuschliessende Arbeitsverträge durch freigewählte Vertreter beider Parteien unter Vorsitz eines Unparteiischen, 8. die Rechtsgültigkeit der Bestimmungen des kollektiv vereinbarten Arbeitsvertrages für alle an dem Gewerbe Beteiligten.

×

Heimarbeit DER so eindrucksvolle Verlauf des Berliner Heimarbeiterschutzkongresses vom Mai 1904 hatte wohl die Hoffnung in so manchem Sozialpolitiker auf einige durchgreifende gesetzgeberische Aktionen der Reichsregierung zu gunsten der unglücklichen Heimarbeiter geweckt. Aber die Regierung hat bisher keine hausindustriellen Reförmchen, geschweige

denn wirkliche Reformen dem Reichstage präsentiert, und so scheint denn in den Augen der Regierung wohl die Kompottschüssel der Heimarbeiter genug gefüllt zu sein. Angesichts der vollständigen Untätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der Heimarbeit hält das Zentrum es doch für nötig, seinen dürren Klepper der Sozialreform etwas auf dem hausindustriellen Felde zu tummeln. Der *Volksverein für das katholische Deutschland*, jener in seiner klugen sozialpolitischen Propaganda noch nicht genügend gewertete Zentrumsverband, hat soeben eine geschickt geschriebene Arbeit *Die deutsche Hausindustrie* aus der Feder des Herrn Heinrich Koch herausgebracht. Die Arbeit beruht auf einer gründlichen Kenntnis der Geschichte der Hausindustrie und ihrer Reform. Es ist nicht zu bestreiten: einige Publikationen des katholischen *Volksvereins* bauen sich auf einem gediegenen wissenschaftlichen Fundament auf und zeichnen sich durch eine lebendige, wirkungsvolle Darstellung aus. Wir Sozialdemokraten dürfen daher über diese Literatur nicht mit einem Achselzucken hinweggehen. Herr Heinrich Koch sporut den sozialpolitischen Klepper des Zentrums zu tüchtigen Sprüngen an, die man bei der gewohnten Bedächtigkeit des alten Gaules gar nicht für möglich hält. Herr Koch fasst sogar die Überführung der Hausindustrie zu höheren Betriebsformen ins Auge. Die Frage der Organisation der Hausarbeiter bezeichnet Herr Koch als eine Frage der Erziehung, und er weist ihre Lösung bezeichnenderweise den *höheren Gesellschaftsklassen* zu. Der grossen Erziehungsarbeit, die bereits die freien Gewerkschaften an den Hausarbeitern vollbrachten, gedenkt Herr Koch mit kaum einem Wort. Die Hebung des *Selbst- und Standesbewusstseins* der Hausarbeiter wird in erster Linie das Werk der arbeitenden Mitarbeiter dieser Lazarusschicht des Proletariats sein. Gar kuriose Begriffe scheint sich Koch über das Standesbewusstsein der Hausarbeiter gebildet zu haben. So schreibt er einmal den mindestens merkwürdigen Satz nieder: ›Das Selbst- und Standesbewusstsein des früher so verrotteten *Nagelschmiedsvolkes* hob sich sichtlich, wie sich beispielsweise in der Beschaffung einer kirchlichen Vereinsfahne und der 1891 unternommenen Wallfahrt nach Trier zeigte.‹

× ×

Fürsorgeerziehung

DIE Schrift Agahds *Kinderarbeit in den Erziehungsanstalten* /Jena, Gustav Fischer/ hat die harte, freudlose Existenz der Fürsorgezöglinge einmal grell beleuchtet. Seit einigen Jahren bemüht sich der weitsichtige und warmherzige Direktor des Erziehungsheims *Am Urban* bei Zehlendorf, Herr Plass, eine tiefgründige Reform des gesamten Fürsorgeerziehungswesens in die Wege zu leiten. In seinem heissen Reformeifer für dieses Erziehungswesen schwang sich Herr Plass zu einem wirklichen öffentlichen Ankläger des pädagogischen Systems der bestehenden Fürsorge- und Zwangsanstalten auf. Schwere, stockige Gefängnisluft benahm uns fast den Atem, wenn wir an der Hand von Plass die heutigen Fürsorgeerziehungsanstalten durchwanderten. Nur wie ein abgeschwächtes Echo der so sittlich ernsten Anklagen des Direktors Plass klingt das harte Urteil, das Herr B. Kossatz in einer sehr lesenswerten Monographie *Das Erziehungsheim Am Urban* /Berlin, Heymann/ über eine grosse Anzahl der heutigen Fürsorgeerziehungsanstalten fällt. Sie sind nach ihm Anstalten, in denen oft die Individualität der Zöglinge fast völlig bei einer an das Zuchthaus gemahnenden einförmigen Arbeit verkrüppelt. Und im heiligen Zorne ruft B. Kossatz aus: ›Deshalb vor allen Dingen fort mit dem Gefängnischarakter solcher Anstalten, der sich im Äussern kundtut durch hohe, mit Glassplittern besteckte Mauern, durch starke Traillen vor den Fenstern, im Innern durch düstere Anstaltskleidung, Unterbringung in Einzelzellen, lange Freiheitsberaubung, Kostentziehung für jegliche Vergehungen, Schweigesystem wie in Zuchthäusern, Anbinden von Ausreissern mit Stricken, Abrasieren einer Hälfte des Kopfhaares, polizeiliche Schutzmassregeln, als da sind Knüppel, Gummischläuche, Seitengewehr zum Schutze gegen eventuelle Revolten, Hörner zur Alarmierung des Personals, direkte telephonische Verbindung mit der Polizeiwache, Zusammenschnüren der Knie mit Stricken, um das Ausreissen bei der Arbeit unmöglich zu machen, Verbindung der Erziehungsanstalten mit Arbeitshäusern, mehrfarbige Harlekinkostüme zur Kennzeichnung der Missetäter, wodurch der letzte Funke von Ehrgefühl erstickt wird.‹ Spiel und Arbeit sollen in dem Erziehungsheim *Am Urban* vor allem die Seele des Fürsorge-

erziehungszöglings beleben und erwärmen. Fröhlich sei bei seiner Arbeit der Mensch, das ist der vornehmste pädagogische Grundsatz des Erziehungsheims *Am Urban.* Aus der Arbeitsfreudigkeit entwickelt sich die Arbeitstüchtigkeit. »Schöpferische Ideen keimen nur in einer arbeitsfreudigen Seele. Aber nur durch ganz besondere Pflege der korporativen Selbstbetätigung kann einem Verkümmern der Kindesseele vorgebeugt werden. Und diese korporative Selbstbetätigung erzieht zur Disziplin, Unterordnung, selbstloser Hingabe, Aufopferungswilligkeit und Aufopferungsfähigkeit. Gerade die vielseitigste Durchführung der korporativen Selbstbetätigung ist etwas Originelles für das Erziehungsheim *Am Urban,* in seiner Art einzig Dastehendes. Durch korporative Selbstbetätigung wird der Mensch zur Gemeinnützigkeit erzogen und der Gemeinsinn erweckt.« Herr Kossatz schildert nun im einzelnen die korporative Tätigkeit der Zöglinge bei der Arbeitserziehung, bei der Pflege von Vereinszielen und bei der Veranstaltung von Gesangs- und Theateraufführungen. Die überaus starke patriotische Färbung des Unterrichtsplanes der Anstalt *Am Urban* unterliegt sehr berechtigten pädagogischen Angriffen. In einer Zeit überall durchbrechender internationaler Tendenzen darf neben der Erziehung der Kinder zu Bürgern eines Nationalstaates deren weltbürgerliche Bildung nicht vernachlässigt werden. Aber das neue, an Zukunftskeimen so reiche pädagogische Element in den Reformen der Anstalt *Am Urban* wiegt immerhin schwer genug, um der ernstesten Beachtung von seiten der staatlichen und kommunalen Sozialpolitiker wert zu sein, denen eine grundstürzende Reform der Fürsorgeerziehung am Herzen liegt. Eben diese Politiker haben auch ihre Augen fest auf die Bestrebungen zur Umgestaltung des Vormundschaftswesens zu richten. Über die hauptsächlichsten Reformbestrebungen auf diesem Gebiete unterrichtet auf wenigen Seiten der Aufsatz Dr. J. Petersens, des Direktors am Waisenhaus zu Hamburg, *Die Generalvormundschaft und der Schutz der unehelichen Kinder* im *Archiv für soziale Medizin und Hygiene.*

× ×

Unfallversicherung

AUS den uns übersandten Berichten der Berufsgenossenschaften stellen wir die folgenden Tatsachen zusammen.

FÜR die Seidenberufsgenossenschaft fungierten 1904 als technische Aufsichtsbeamte die Herrn Elten-Barmen, Sickel-M.-Gladbach, Ed. Knust-Friedenau, Wilh. Schirmer-München. Von 2372 Betrieben revidierte Herr Elten 1262. In 283 Betrieben stellte er Mängel fest. Herr Sickel machte bei seinen Revisionen keine wesentlichen Ausstellungen. Herr Knust ermittelte über 250 Mängel bei den 90 Betrieben, die er revidierte. Feste Träger zum Aufhängen von Riemen fehlten allein in 48 Betrieben, Riemenaufleger in 20 Betrieben. Unfallverhütungsvorschriften und Aushänge waren in 36 Betrieben nicht vorhanden. Herr Schirmer revidierte 20 Betriebe und stellte zahlreiche Verfehlungen gegen die Unfallverhütungsmassnahmen fest. 46 Auflagen wurden den Betriebsunternehmern gemacht.

VON der Berliner Lagereiberufsgenossenschaft stellten 8 von 9 Sektionen technische Beamte zur Überwachung der Betriebe an. Für diese Überwachung verausgabte die Berufsgenossenschaft im Jahre 1904 8980,57 M.

EINEN umfangreichen und instruktiven Bericht über ihre Überwachungstätigkeit haben die technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittelindustrieberufsgenosenschaft, die Herren Ingenieure Ernst Bauer und Eugen Urban, veröffentlicht. Beide Beamten revidierten 1904 1171 Katasterbetriebe mit 24936 Vollarbeitern. Manche Betriebe wurden 8-, ja 10 mal revidiert. Die Revisionen veranlassten die Anordnung von insgesamt 6542 Schutzvorrichtungen. Die Einsicht und der gute Wille fehlen vielen Betriebsunternehmern, das konstatieren ausdrücklich die Herren Aufsichtsbeamten. Sie drohen direkt die Anwendung von Strafmitteln an.

ÜBER die Unfälle von Kindern bei landwirtschaftlichen Maschinenbetrieben hat Ludwig Wokurek, der Sekretär der Unfallversicherungsanstalt Brünn, sehr bedenkliche, sozialpolitisch schwerwiegende Tatsachen zusammengetragen. Die Unfallversicherungsanstalt für Mähren und Schlesien entschädigte in den Jahren 1890 bis 1901 60 Unfälle bei Kindern. Unter diesen Unfallverletzten waren 3 Kinder 9 Jahre, 5 Kinder 10 Jahre, 7 Kinder 11 Jahre, 11 Kinder 12 Jahre etc. alt. In 7 Unfällen trat der Tod, in 18 vorübergehende und in 35 dauernde teilweise Erwerbsunfähigkeit ein. Die grösste Zahl der Kinder verunglückte beim Antreiben der Tiere und

dann beim Garben- und Strohzureichen. Bei den landwirtschaftlichen Maschinenbetrieben ermittelte die Unfallversicherungsanstalt in Wien während der Jahre 1890 bis 1898 37 verunglückte jugendliche Hilfsarbeiter. 10 von diesen standen im Alter von 14 Jahren, je einer im Alter von 12, 11, 9 und 8 Jahren. Bei der Salzburger Arbeiterunfallversicherungsanstalt wurden von 1890 bis 1901 20 Kinderunfälle, darunter 3 tötliche, bei landwirtschaftlichen Maschinen ermittelt. Im Alter von 10 bis 12 Jahren befanden sich 4 der verunglückten Kinder, 10 im Alter von 13 Jahren. Im Sprengel der Arbeiterunfallversicherungsanstalt in Lemberg verunglückten von 1891 bis 1901 43 Kinder, darunter 1 Kind von 8 Jahren, 1 von 10 Jahren, 6 von 11 Jahren, 9 von 12 Jahren. Im Bezirk der Grazer Anstalt ereigneten sich 2 Unfälle bei Kindern. Die Unfälle von Kindern bei den Verrichtungen an landwirtschaftlichen Maschinen sind relativ häufig. Wir müssen in Deutschland diesen Unfällen ein wachsames Auge zuwenden.

X X

Invalidenversicherung

AUS dem Geschäftsbericht des Vorstandes der Landesversicherungsanstalt Hannover für das Jahr 1904 ist die Aufstellung über den Umfang und die Kosten der gesamten Heilbehandlung bei den Versicherungsanstalten und zugelassenen Kasseneinrichtungen von besonderem sozialpolitischen Wert. Von dem Kostenaufwand abzüglich der Erstattungen seitens der Krankenkassen, Gemeinden etc. entfallen auf 100 000 M. Einnahmen der Versicherungsanstalten im Jahre 1903:

18 853,50 M. bei der Versicherungsanstalt Berlin,
15 868,72 M. bei der Arbeiterpensionskasse für badische Staatseisenbahnen und Salinen,
12 995,11 M. bei der Versicherungsanstalt Baden,
12 958,04 M. bei der Versicherungsanstalt Grossherzogtum Hessen,
11 940,54 M. bei der norddeutschen Knappschaftspensionskasse,
10 812,77 M. bei der Versicherungsanstalt Württemberg,
10 812,05 M. bei der Versicherungsanstalt Oldenburg,
10 220,89 M. bei der Versicherungsanstalt der Hansestädte,
9 418,55 M. bei der Versicherungsanstalt Oberbayern,
8 608,27 M. bei der Versicherungsanstalt Hannover.

Im Durchschnitt gaben die Versicherungsanstalten nur 6,6 % der Einnahmen aus Beiträgen für das Heilverfahren aus. Ganz tief unter dem Durchschnitt standen Sachsen-Anhalt mit 2,03 % der Einnahmen aus Beiträgen, die Oberpfalz und Regensburg mit 1,64 %, Niederbayern mit 1,4 % und die allgemeine Knappschaftspensionskasse für das Königreich Sachsen mit nur 0,91 % der Einnahmen aus Beiträgen. Mit dem Hinweis auf die Leistungen der Versicherungsanstalten Berlin, Baden, des Grossherzogtums Hessen, Württemberg, Oberbayern für das Heilverfahren haben die Vertreter der Arbeiter in den Vorständen und Ausschüssen der rückständigen Landesversicherungsanstalten auf eine Erweiterung der Heilbehandlung dieser Anstalten zu drängen.

X X

Kurze Chronik

AM 18. und 19. September tagte in Würzburg der *Verband deutscher Gewerbegerichte*. Durch Angliederung der Vertreter der Kaufmannsgerichte an diesen Verband erwies sich die Umtaufung desselben in den *Verband deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte* als eine Notwendigkeit. Hr. Dr. Baum unterzog die literarischen Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages einer eingehenden Besprechung. Über die bei den Kaufmannsgerichten gesammelten Erfahrungen verbreitete sich der Verbandstag in längerer Debatte. Körsten-Berlin befehdete sehr lebhaft die Zulassung der Rechtsanwälte zu den Gewerbegerichten. Seinen Ansichten trat Stadtrat Dr. Flesch entgegen. Den Höhepunkt der Verhandlungen bildete das Referat Dr. H. Sinzheimers-Frankfurt a. M. über die Tarifverträge. X Am 27. September forderte Professor Schmoller in seinem Referate über das Verhältnis der Kartelle zum Staat die Einordnung von staatlichen Vertretern in die Aufsichtsräte der Aktiengesellschaften mit 75 und mehr Millionen als *Beiräte* und die Abtretung der Hälfte des 10 % übersteigenden Gewinnes dieser Aktiengesellschaften an Reich und Staat. Genosse Bernhard erwartete von dem Staate bei der Entwickelung der Kartelle und Trusts zunächst nur die Forträumung aller der Hindernisse, die sich den Massen als Produzenten und Konsumenten in den Weg werfen.

X X

Literatur

DIE *Vorteile aus der Invalidenversicherung (Unfall- und Krankenkasse) für den Versicherten* sind in der Sammlung *Sozialer Fortschritt* /Leipzig,

Dietrich/ von Theodor Wilke sehr anschaulich dargetan. × *Der Stand der deutschen Berggesetzgebung* betitelt sich der Vortrag des Vorsitzenden H. Sachse auf der 16. Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes vom Juni dieses Jahres /Bochum, Hansmann/. Die *Untersuchungen* der 28gliedrigen Kommission des Abgeordnetenhauses werden mit gebührender Schärfe kritisiert, jener Kommission, die selbst ein Graf Oppersdorf mit folgenden Worten verhöhnte: ›Ich meine, eine gut vorbereitete Vorstellung in der *Urania* in Berlin mit Projektionsbildern aus dem Ruhrrevier hätte ebenso gute Dienste geleistet, wie diese parlamentarische Untersuchung.‹ × In seiner Schrift *Nationale Wohnungsfürsorge* /Berlin, Verlag *Bodenreform*/ tritt Herr J. Latscha-Frankfurt a. M. lebhaft für folgende Forderungen ein: ›Organische Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätten mit Hilfe und unter Mitwirkung des Staates und Schaffung neuer Ansiedelungen an den Fluss- und Kanalufern entlang durch die Industriewohnstrasse.‹ Er verlangt zu diesem Zwecke, dass das an die neu zu erbauenden Kanäle angrenzende Land dem bedingten Enteignungsrecht unterworfen werde, und dass ferner durch staatliche Organe das auf diese Weise dem Verkehr erschlossene Land, je nach Bedarf erworben, baureif gemacht, an selbstbauende Interessenten zu angemessenem Preis abgegeben und die Bildung neuer Gemeinden ermöglicht werde.

IN dem Bericht der Gremialkrankenkasse der Wiener Kaufmannschaft für das Jahr 1904 ist der Vortrag Dr. Arnold Czechs *Die Tuberkulose, ihr Wesen und ihre Verhütung* lesenswert. PAUL KAMPFFMEYER

Soziale Kommunalpolitik

Volkspartei IM Monat September hat eine grosse Anzahl von Kongressen der verschiedensten Parteien und Vereine stattgefunden, deren Verhandlungen wir hier, soweit sie in das Gebiet unseres Berichtes fallen, in Kürze besprechen wollen. In erster Linie wäre der Parteitag der deutschen Volkspartei in Frankfurt a. M. vom 23. September zu erwähnen, der sich mit der Formulierung eines Gemeindeprogrammes beschäftigte. Wir haben den Entwurf, der der Versammlung der Volkspartei vorlag, bereits in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 811 ff., besprochen. Dieser Entwurf wurde in Verbindung mit einem anderen, den der Stuttgarter *Volksverein* durch C. Haussmann hatte ausarbeiten lassen, einer Kommission überwiesen. Diese arbeitete im wesentlichen auf der Basis der neuen Vorlage einen anderen Entwurf aus, der als das zukünftige Kommunalprogramm betrachtet werden kann. Wir werden später Gelegenheit nehmen, darauf ausführlicher zurückzukommen. Heute begnügen wir uns mit der Bemerkung, dass die neue Formulierung gegenüber der alten durchaus keinen Fortschritt darstellt. Das Programm ist viel weitschweifiger und verschwommener geworden, die knappe und entschiedene Fassung des alten Entwurfes ist durch diplomatische Verklausulierungen, wie sie zum eisernen Bestand der Politik des Herrn C. Haussmann gehören, ganz bedeutend abgeschwächt worden. Es sei ohne weiteres zugegeben, dass der Haussmannsche Entwurf sich viel besser mit der kommunalen Praxis der volksparteilichen Vertreter deckt, als die von Dr. Rössler in seinem ersten Referat aufgestellten Forderungen und der von uns besprochene Entwurf. Ob das aber vom Standpunkte fortschrittlicher Kommunalpolitik ein Vorzug ist, muss als höchst zweifelhaft erscheinen.

× ×

Kongresse VOM 6. bis zum 9. September hielt der *Verein deutscher Strassenbahn- und Kleinbahnverwaltungen* ebenfalls in Frankfurt seine 10. Jahresversammlung ab. Von den Gegenständen seiner Tagesordnung interessiert uns hier das Referat des Generalsekretärs Vellguth-Berlin über Vergünstigungen auf Strassenbahnen und Ermittelung der Selbstkosten. Vellguth führte aus, dass bei den Vergünstigungstarifen die Ermittelung der Selbstkosten sehr unsicher sei. Er behauptete, dass die Ausgabe für den Fahrgast, die noch keinerlei Art von Verzinsung enthielte, bei den Zeitkarten für jedermann, beim Arbeiter- und Schülertarif stets wesentlich höher sei, als die Einnahme, während bei den Knipskarten und ähnlichen Fahrtausweisen die Sache günstiger liege. Hier würden in vielen Fällen die mittleren Selbstkosten durch die Einnahme erreicht, und es bliebe sogar noch etwas für die Verzinsung übrig. Die heutigen Zeitkarten, Arbeiter- und Schülertarife deckten durchweg nur ⅓ bis ¾ der reinen Selbstkosten und seien somit

unzulänglich. Infolgedessen wäre es auch unmöglich, das finanzielle Ergebnis durch Tarifvergünstigungen zu verbessern. Die zu niedrige Tarifierung in Verbindung mit der ständigen Platzausnützung verhinderten den Erfolg. Eine solche Tarifpolitik müsse daher für die Bahnbesitzer schädlich sein. Vellguth gibt zwar zu, dass die Kommunen eine solche uneigennützige Tarifpolitik treiben könnten, um der Geschäftswelt ein billiges Verkehrsmittel zur Verfügung zu stellen und um die Strassenbahn als ein Mittel für die Dezentralisation der Wohnbevölkerung zu benutzen. Da er aber der Ansicht ist, dass die Grundlagen der Tarifbildung für kommunale, wie für private Strassenbahnen die gleichen seien, so muss er auch zu dem Resultate kommen, dass eine Strassenbahn, die die Verzinsung des Anlagekapitals aufbringen soll, den dazu erforderlichen Betrag auf die Selbstkosten aufschlagen und ihn im Tarif zum Ausdruck bringen muss. Dieses Resultat des Vellguthschen Referates ist eine Folge davon, dass er in fehlerhafter Weise kommunale und private Strassenbahnen als durchaus gleichartig betrachtet. Der fundamentale Unterschied zwischen den beiden besteht aber darin, dass das private Strassenbahnunternehmen als privates Unternehmen nur durch die Rücksicht auf den zu erzielenden Profit geleitet wird, während die kommunale Strassenbahn nicht als profiterwerbendes Institut, sondern als eine Einrichtung zu behandeln ist, die die sozialpolitischen und hygienischen Rücksichten der städtischen Bevölkerung, der sie dient, in den Vordergrund zu stellen hat. Daraus folgt, dass die Grundsätze der Tarifierung für die beiden Arten von Strassenbahnunternehmungen n i c h t die gleichen sein können. Im Interesse einer gesunden Wohnungspolitik zum Beispiel müssen die städtischen Strassenbahnen bei den Arbeiter- und Schülerfahrkarten unter den Selbstkosten bleiben und das Defizit, soweit ein solches überhaupt durch diese Benutzerklassen entsteht, durch die stärkere Belastung der wohlhabenderen Benutzerklassen decken.

AUF der 30. Hauptversammlung des *Vereins für öffentliche Gesundheitspflege* wurde die Frage der Schwimmbäder und Brausebäder, sowie die der Müllbeseitigung und Müllverwertung behandelt. Der Referent für das erste Thema wies den Brausebädern die Aufgabe der Reinigung zu, während durch die Schwimmbäder die Entwickelung, Festigung und Kräftigung des Körpers erreicht werden solle. Insbesondere für die Frauenwelt, die nicht, wie die Männer, ihre Kräfte durch die Übungen des Sportes und des Turnens stählen könnte, sei das Hallenbad der beste Tummelplatz körperlicher Übungen geworden. Über den Bau von Schwimmhallen handelte Stadtbaurat Schulze, der allen Kommunen von mehr als 10000 Einwohnern den Bau von Hallenschwimmbädern empfahl. In der Diskussion wurde von dem Vorsitzenden des *Vereins für Volksbäder*, Professor Dr. Lassar, in sehr richtiger Weise die Errichtung vieler kleinerer einfacher Bäder empfohlen. Will man die Bevölkerung zum Baden heranziehen, so ist es in der Tat notwendig, ihr die Badegelegenheit möglichst nahe zu bringen, so dass für sie kein besonderer Müheaufwand erforderlich ist. Hallenschwimmbäder stehen auf einer höheren Stufe, die bereits über das Gebiet der unbedingten Notwendigkeit hinausgeht. In der Resolution, die mit grosser Mehrheit schliesslich angenommen wurde, kommt diese verschiedene Wertschätzung der beiden Bäderarten ebenfalls zum Ausdruck. Die Schaffung von Volksbrausebädern wird als eine Mindestforderung bezeichnet, die im hygienischen Interesse an alle deutschen Städte gestellt werden müsse. Daneben empfiehlt der Verein dringend, auf die Schaffung von Schwimmhallenbädern hinzuwirken. Die gegen sie erhobenen hygienischen Bedenken seien bei einigermassen vorsichtigem Betriebe nicht von Bedeutung. Über Müllbeseitigung und Müllverwertung referierte Dr. Thiesing-Berlin. In seinen Leitsätzen stellte er die Forderung auf, dass bei der Beseitigung des Hausmülls in erster Linie die sanitären, in zweiter auch die ästhetischen und wirtschaftlichen Momente berücksichtigt werden müssen. Nur diejenigen Verfahren dürften Anwendung finden, die diesen Anforderungen im vollen Umfange entsprächen. In Betracht kämen: 1. die Aufbringung des Mülls auf Ödländereien, welche der Bebauung voraussichtlich noch längere Zeit entzogen bleiben — die Vorbedingung dabei ist, dass das Müll gleich untergepflügt oder so gelagert wird, dass die Aufstapelung keine Missstände herbeiführt; 2. die Sortierung des Mülls zwecks Verwertung seiner einzelnen Bestandteile; 3. die Verbrennung des Mülls — die Durchführbarkeit dieses Verfahrens hängt davon ab,

ob das Müll ohne erhebliche Zusätze brennt, und ob dauernder Absatz der Verbrennungsprodukte gewährleistet ist. Eine universelle Bedeutung komme keinem dieser Verfahren zu. Vielmehr müsse von Fall zu Fall entschieden werden, welches von ihnen unter den vorliegenden Verhältnissen den Vorzug verdiene, und ob nicht etwa eins der einfacheren Verfahren, wie Aufstapeln des Mülls oder Versenken des selben ins Meer, in Betracht komme. Die Leitsätze fanden in der Diskussion lebhaften Widerspruch. Insbesondere wurde beanstandet, dass der Verfasser der Müllverbrennung gegenüber den anderen Verfahren nur eine solche nebensächliche Rolle zuwies. Gewiss wird die Aufstapelung des Mülls auf Ödländereien praktisch und billig sein, vorausgesetzt, dass solche vorhanden sind und dass, worauf es namentlich bei den Grossstädten ankommt, die Transportkosten nicht zu grosse werden. Wo beides der Fall, ist die wirtschaftlich rationellste Beseitigung des Mülls sicher die auf dem Wege der Verbrennung, die zugleich den Vorteil hat, die hygienischste zu sein. Zu besprechen wäre hier noch ein weiteres Referat, *Verwaltung und Hygiene*, das die einzelnen Aufgaben der weiteren Kommunalverbände und der Gemeindeverwaltungen in Bezug auf die Hygiene in erschöpfender Weise behandelte. Leider fehlte dem Referat die Untersuchung des allgemeinen Verhältnisses, in dem Hygiene und Selbstverwaltung zu einander stehen, eine Aufgabe, die entschieden wichtiger gewesen wäre, als die einfache Darstellung der tatsächlichen Verhältnisse.

× ×

Säuglingssterblichkeit

MIT der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit beschäftigte sich der *Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit.* Der Referent ging von der erschreckend hohen Säuglingssterblichkeit in Deutschland aus. Der Schwerpunkt der Frage liegt nach ihm in der Ernährung der Säuglinge, an denen vor allem dadurch gesündigt werde, dass die künstliche Ernährung an die Stelle der natürlichen Ernährung durch die Mutterbrust getreten sei. Die weiblichen Teile der Bevölkerung, die zum Erwerb ausserhalb des Hauses gezwungen wären, müssten daher in die Lage versetzt werden, während einer gewissen Zeit dem Kinde die Brust geben zu können. Wöchnerinnenheime, Säuglingsasyle, Krippen etc. sind in der genannten Richtung tätig. Sie wurden der Reihe nach von dem Referenten besprochen. Der zweite Referent wies darauf hin, dass die endgültige Lösung des Problems nur auf dem Wege des wirtschaftlichen Fortschrittes erfolgen könne. Der grösste Teil der Frauen entziehe sich der Pflicht zum Stillen übrigens nur aus nichtigen Gründen. Diese Auffassung wurde in der Diskussion von einem Chemnitzer Stadtbezirksarzt bestätigt. Er fand, dass soziale Verhältnisse bei der Frage des Stillens kaum in Betracht kämen. Nur 4 % der Mütter, bei einer Gesamtzahl von 4000, seien Arbeiterinnen gewesen, die durch ihre Beschäftigung am Stillen gehindert waren. Bei 12 % hätte es der Gemahl nicht gelitten, damit der Schönheit der Frau kein Abtrag geschehe. Es mag zugegeben werden, dass in der Mehrzahl der Fälle die Sitte, Bequemlichkeits- und andere Gründe für die Anwendung der künstlichen Ernährung bestimmend sind. In einem Rest, der prozentuell vielleicht nicht sehr hoch erscheint, absolut aber doch eine ganz beträchtliche Zahl von Fällen umfasst, kann die Verhinderung durch Fabrik- und sonstige Arbeit nicht bestritten werden. Mit der Erziehung der Mütter und der Gewährung von Zeit für die Zwecke des Stillens ist die Sache in keiner Weise erledigt. Es muss die Fürsorge für die Beschaffung guter und billiger Milch nicht nur ergänzend hinzutreten. Sie ist auch deshalb von der grössten Bedeutung, weil alle die Kinder, die über die Zeit des Stillens hinaus sind, auf die Kuhmilch direkt angewiesen sind. Hier müssen die Kommunen eingreifen.

× ×

Fleischversorgung

DIE Bewegung gegen die Fleischverteuerung hat auch im verflossenen Monat ungeschwächt angedauert. Die grosse Mehrheit der städtischen Verwaltungen hat sich für die Eröffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr ausgesprochen und beschlossen, bei der Regierung in diesem Sinne vorstellig zu werden. Damit ist aber auch die Tätigkeit der Mehrzahl von ihnen erschöpft. Nur in einer geringen Anzahl hat man einen Seefischmarkt eingerichtet, auf dem der Verkauf von Seefischen in eigener Regie erfolgt, oder ist man mit Fischgrosshandlungen zwecks Einrichtung von Fischhallen auf eigene Kosten in Verbindung getreten. Die Städte Solingen, Dortmund, Geislingen,

Aschaffenburg sind auf dem ersteren Wege vorgegangen; Hanau, Barmen, Hof haben den letzteren eingeschlagen. In Strassburg wurde die Stadtverwaltung gemäss dem Antrage der sozialistischen Fraktion beauftragt, die Errichtung einer Gemeindeschlächterei zu untersuchen und das erforderliche Material zusammenzutragen. In Berlin wurde eine Kommission eingesetzt, die sich ganz allgemein mit der Bekämpfung der Fleischteuerung befassen soll. Das ist aber auch alles, was von organisatorischen Versuchen und Ansätzen zu solchen in Deutschland zu berichten ist. Energischer gehen die österreichischen Städte vor. Troppau, Lemberg, Krems sind der Frage der städtischen Fleischverkaufsstände näher getreten. In der letzteren Stadt beabsichtigt man, sich mit der Wiener Grossschlächterei in Verbindung zu setzen und von ihr das Fleisch zu beziehen.

DIE Viehteuerung hat das Fleischergewerbe schwer geschädigt. Ganz besonders die kleineren Fleischer sind zu Betriebseinstellungen gezwungen worden. Die *Allgemeine Fleischerzeitung* veröffentlicht eine vom deutschen Fleischerverbande aufgenommene Statistik über Betriebseinstellungen von Fleischereien in den ersten 8 Monaten dieses Jahres. In Berlin gab es 189 Betriebseinstellungen, in Hamburg 55, München 26, Leipzig 25 bis 30, Breslau 21, Dresden 20, Cöln 24, Frankfurt a. M. 39, Hannover 14, Düsseldorf 19, Stettin 28, Magdeburg 25, Charlottenburg 30, Stuttgart 12, Bremen 13, Halle 12, Dortmund 6, Barmen 8, Mannheim 23, Mainz 17, Kiel 13 u. s. w. Es ist also ein nicht unbedeutender Teil der schwächeren Betriebe ausgemerzt worden. Da die Viehteuerung noch immer andauert, darf man wohl in der zweiten Hälfte des Jahres mit dem Verschwinden einer ähnlichen Zahl von Fleischereibetrieben rechnen.

ES ist geradezu unbegreiflich, wie in dieser Zeit der Fleischteuerung der Ausschuss der preussischen und süddeutschen Städte, der die Agitation gegen die Aufhebung der Verbrauchsabgaben durch den § 13 des Zolltarifgesetzes betreibt, den Mut haben konnte, in Mannheim zusammenzutreten und die Wiederbeseitigung des § 13 zu beraten. So viel begriffen allerdings die Herren Stadtoberhäupter der Städte mit Verbrauchssteuern, dass die Beseitigung des § 13, die sie ursprünglich gefordert hatten, nicht zu erreichen und inopportun sei. Man einigte sich schliesslich dahin, an den Bundesrat und Reichstag das Ersuchen zu richten, den Termin für die Inkraftsetzung dieses Paragraphen auf das Jahr 1917 zu verschieben, in dem die jetzt abgeschlossenen Handelsverträge ablaufen. Bis November soll der Entwurf einer Petition mit einer umfassenden begründenden Denkschrift über die finanziellen Wirkungen der Aufhebung der städtischen Verbrauchsabgaben ausgearbeitet und den interessierten Gemeinden zur Beschlussfassung zugestellt werden. Es ist kaum anzunehmen, dass der Bundesrat den Reichstag mit einer solchen Vorlage befassen wird. Denn damit wäre selbstverständlich die ganze Zolltarifgesetzvorlage wieder zur Diskussion gestellt, die unter dem Eindrucke der Fleischverteuerung ganz interessant ausfallen, sicher aber nicht nach dem Geschmack unserer Regierungen sein würde.

× ×

Strassenbahnen

DIE *Grosse Berliner Strassenbahn,* deren absolute Unfähigkeit, den Berliner Verkehr zu bewältigen, nur durch die rücksichtsloseste Ausbeutung ihres Monopols erreicht wird, hat die Reichshauptstadt und ihre Verwaltung mit einem neuen Verkehrsprojekt überrascht. Sie will die Geleise im Zuge der Leipziger Strasse vom Potsdamer Platz bis zum Dönhoffplatz vollständig beseitigen und für die Linien, die diesen Strassenzug benutzen, eine Untergrundbahn herstellen. Diese soll unter der Potsdamer Strasse, dem Potsdamer und Leipziger Platz und der Leipziger Strasse bis zur Charlottenstrasse viergeleisig geführt werden. Hier zweigt das eine Geleispaar ab und gewinnt das Niveau der Strasse am Gendarmenmarkt. Das andere Geleispaar wird unter der Leipziger Strasse, dem Spittelmarkt bis zur Rossstrasse geführt. Ausserdem beabsichtigt die Gesellschaft, ihre oberirdischen Anlagen am Brandenburger Tor und Opernplatz in Untergrundstrecken zu verwandeln und durch eine zweigleisige Untergrundbahn mit der Strasse Unter den Linden zu verbinden. Die Kosten werden von ihr auf zirka 60 Mill. M. geschätzt. Die Gesellschaft knüpfte an ihre Anträge die Voraussetzung, dass ihre sämtlichen Unternehmungen eine Konzession auf 90 Jahre erhalten. Das ganze Projekt, das dem Ma-

gistrat zurzeit vorliegt, ist nur eine vorläufige Skizze, mit der nichts anzufangen ist. Die Firma Siemens & Halske hatte das gleiche Projekt schon früher bearbeitet. Das selbe war aber an dem Widerspruch der Verkehrspolizei, des Magistrats und der Aufsichtsbehörde gescheitert.

DAS Projekt findet in der Berliner bürgerlichen Presse warme Befürwortung. Dabei wird gegen die Stadtverwaltung der Vorwurf erhoben, dass sie in der Pflege des Verkehrswesens bisher vollständig versagt habe. Deshalb müsse eben einer mit weitem Blick begabten Privatgesellschaft das Recht gegeben werden, die grossen umfassenden Verkehrspläne durchzuführen. Der Vorwurf ist nicht ganz unbegründet. Die Berliner Stadtbehörden haben trotz aller Warnungen der Sozialdemokratie die grossen Monopole, wie die Licht- und Kraftversorgung, das Verkehrswesen, privaten Gesellschaften zur Ausbeutung ausgehändigt. Was speziell das Verkehrswesen angeht, so haben sie sich erst dann entschlossen, den weiteren Ausbau des Strassenbahnnetzes in die eigene Hand zu nehmen, nachdem ihnen die Konzessionsverlängerung der *Grossen Berliner Strassenbahn* in so überraschender Weise über den Hals gekommen war. Seitdem ist die Stadtverwaltung mit einer Reihe von Projekten, dem Bau von Strassenbahnen, der Untertunnelung des Opernplatzes, der Weiterführung der Untergrundbahn vom Potsdamer Platz aus etc., beschäftigt, ohne dass sie jedoch über Projekte hinausgekommen wäre. Einen nicht geringen Anteil der Schuld an dieser Verzögerung tragen die staatlichen Aufsichtsbehörden, deren Feindseligkeit gegenüber der Stadtverwaltung zu bekannt ist. Beabsichtigte doch die Stadt seinerzeit, die Untergrundbahn vom Potsdamer Platz nach dem Spittelmarkt selbst zu bauen, erhielt dann aber die Antwort von der Regierung, dass diese Linie der Firma Siemens & Halske vorbehalten bleiben müsse. Gegen die Strassenbahnpläne der Stadt werden von den Polizeibehörden immer neue Einwände erhoben. Die *Grosse Berliner Strassenbahn* dagegen erhält alles, was sie will, in promptester Weise.

DIE städtische Verkehrsdeputation hat nun in einer ausserordentlichen Sitzung einstimmig beschlossen, die neuen Projekte der Strassenbahn nach Möglichkeit zu fördern, sofern sie eine Verbesserung darstellen und ausführbar sind. Dagegen lehnte die Deputation die Erteilung einer neuen Konzession auf 90 Jahre — darauf kommt es aber der Gesellschaft in erster Linie an — und die Verlängerung der bestehenden auf die gleiche Zeit ab. Vor Eintritt in die Verhandlungen verlangte sie die Anerkennung des Rechtes der Stadt, das gesamte Unternehmen im Jahre 1919 zu übernehmen. Mit diesem Beschluss ist aber der Gesellschaft natürlich nicht gedient, und sie hat es daher abgelehnt, dieses Recht anzuerkennen.

× ×

Kurze Chronik DIE Hanauer Stadtverordneten bewilligten die zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit beantragten Mittel. Die Milch soll Familien mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1500 M. zu 18 Pf. pro l, solchen mit einem Einkommen unter 900 M. unentgeltlich geliefert werden. × Der Frankfurter Magistrat beantragt zwecks Errichtung eines kommunalen Wohnungsnachweises die Bewilligung von 1000 M. für den Rest des Jahres. × Der Stadtrat von Karlsruhe plant die Übername des Milchverkaufs in eigene Regie. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Parteitag in Jena DER Jenaer Parteitag ist nach dem nahezu einstimmigen Urteil der Parteiversammlungen, der Partei- und Gewerkschaftspresse recht befriedigend verlaufen. Die alljährlich wiederkehrenden Geschäftsangelegenheiten wurden diesmal auffallend rasch und ohne jeden persönlichen Zwist erledigt. Das neue Organisationsstatut wurde nach den Vorschlägen der in Bremen zu seiner Vorberatung eingesetzten Kommission mit grosser Mehrheit angenommen und fand auch das *tolerari posse* der reinen Föderalisten. In der Maifeierfrage haben sich wenigstens vorläufig Parteivorstand und *Generalkommission* auf die Beibehaltung der alten internationalen Resolution, möglichste Arbeitsruhe am 1. Mai, geeinigt. In der Resolution Bebel zum Massenstreik, die gegen wenige Stimmen Annahme fand, ist der Wert des Parlamentarismus, der täglichen Aufklärungsarbeit der politischen, wie auch der gewerkschaftlichen Organisation scharf hervorgehoben, aber auch der politische Massenstreik als wichtiges Kampfmittel der Arbeiterklasse ›gegebenenfalls‹ an-

erkannt. Die Auffassung des Referenten, die der Parteitag durch die Annahme der Resolution zu der seinigen machte, deckt sich vollständig mit der vom Genossen Bernstein seit Jahren und auch in seiner kurz vor dem Parteitag erschienenen Schrift *Der politische Massenstreik* /Breslau, Verlag der *Volkswacht*/ vertretenen. Der Verlauf dieser Debatte wird daher vom Genossen Fournière in der *Revue Socialiste* als ein Sieg Bernsteins hervorgehoben, der dadurch noch unterstrichen werde, dass Bebel der Referent war. Die Resolution selber ist nicht ohne Widerspruch geblieben: die Gewerkschafter befürchten von der Propagierung des Generalstreikgedankens — die an sich keineswegs verlangt oder beabsichtigt wird, aber von manchen inszeniert werden könnte — eine Störung der ruhigen Organisationsarbeit, und die erklärten *Revolutionäre* à la Labriola, der darüber in der *Avanguardia socialista* sich ausgelassen, sind ganz und gar enttäuscht, erklären daher die deutsche Sozialdemokratie der moralischen Führung, die sie bisher im internationalen Sozialismus gehabt hätte, für verlustig. Die Debatte über diesen Punkt war im allgemeinen sachlich, ohne persönliche Schärfe. Eine Rednerin, die sich in blutig *revolutionären* Redewendungen gefiel, wurde vom Referenten in seinem Schlusswort mit Humor zurückgewiesen. Einen Streit Kautsky-Mehring-Ströbel contra Eisner-Gradnauer, der vor dem Parteitag in der Presse entstanden war, versuchte man durch die vermittelnde Tätigkeit einer Schlichtungskommission beizulegen.

DAS von der Buchhandlung *Vorwärts* herausgegebene Protokoll des Parteitages gibt auf 380 Seiten ein getreues Abbild der Verhandlungen und ist für 70 Pf. erhältlich.

× ×

Landtagswahlen

BEI den Abgeordnetenwahlen in Sachsen am 2. Oktober ist es der Arbeiterklasse gelungen, einen Mandatserfolg zu erringen. Im 37. ländlichen Wahlkreis wurde unser Parteigenosse, Reichtagsabgeordneter Goldstein mit 52 Stimmen gegen 44 konservative zum Landtagsabgeordneten gewählt. Im Jahre 1901 musste bekanntlich der letzte Sozialdemokrat aus dem sächsichen Parlament weichen, jetzt zieht der erste wieder ein. In das schamlose Wahlunrecht, das dem sächsischen Volk aufgezwungen wurde, ist Bresche gelegt, und die Absicht der Reaktion, die Sozialdemokratie aus der gesetzgebenden Körperschaft fernzuhalten, ist durchkreuzt. Allerdings bedeutet dieser Sieg nur einen Ausnahmeerfolg, dem kaum noch viele andere folgen werden. Diese Ausnahmemöglichkeit eines einzigen Mandatserfolges ist aber nun erst recht geeignet, die Schändlichkeit des herrschenden Wahlsystems zu brandmarken. Das wird die wesentlichste Aufgabe dieses einzigen Sozialdemokraten in der sächsischen Kammer sein.

DIE Landtagswahlen in Schwarzburg-Rudolstadt haben zu einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geführt. Bisher sassen im Landtage 7 Sozialdemokraten, bei der jetzigen Wahl gewann unsere Partei im ersten Wahlgange 8 Mandate. Damit ist die Sozialdemokratie im Landtage des kleinen Schwarzburg-Rudolstadt die ausschlaggebende Partei geworden. Diese Wahl kann als Quittung für die Chikanierung und Drangsalierung der Arbeiterschaft in den früheren Jahren angesehen werden. Der alte Bundestagsbeschluss, dass »Arbeitervereine andurch verboten« sind, galt in Schwarzburg-Rudolstadt noch bis vor 4 Jahren, und da Landratsämter und Ministerium gemeinsam die Auffassung hatten, dass jede Arbeiterversammlung quasi einen Arbeiterverein darstelle, »da eine Versammlung nur durch die Vereinigung vieler entsteht«, so vergingen oft Jahre, ehe unsere dortigen Parteigenossen wieder einmal eine Versammlung erlaubt bekamen.

DAS Ergebnis der oldenburgischen Landtagswahlen ist für unsere Partei ebenfalls im höchsten Grade erfreulich. Die sozialdemokratischen Stimmen sind in den 6 Wahlkreisen von 2167 auf 4894 gestiegen; was die Zahl der Mandate betrifft, so wird unsere Partei freilich wieder nur mit 4 Abgeordneten in das Parlament einziehen (vergl. den Artikel von Paul Hug *Die Landtagswahlen in Oldenburg*, pag. 948 ff.).

× ×

Frankreich

DER *Nationalrat* veröffentlichte einen vorläufigen Bericht über seine bisherige Tätigkeit seit der Einigung. Danach bestehen jetzt in Frankreich insgesamt 66 sozialistische Föderationen, von denen 57 der vereinigten Partei angehören. Mit einigen Föderationen steht der Ausschuss zurzeit in Unterhandlung, und es

steht zu erwarten, dass deren Anschluss demnächst vollzogen sein wird, während in fünf weiteren Föderationen noch einige Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Durch die Einigung der Partei ist die Organisation eine festere geworden, und die Zahl ihrer Mitglieder ist gewachsen; in dem Bericht wird mitgeteilt, dass seit der Verschmelzung 10000 neue Mitgliedskarten ausgegeben und 75000 Beitragsmarken eingenommen worden sind. Auch die Auflage des Zentralorgans sei im Steigen begriffen. Die Propaganda in den Provinzen wurde systematisch durch Referenten seitens des Ausschusses betrieben; 24 Redner hielten insgesamt 109 Versammlungen ab.

EINE Anzahl Wahlen, die Ende September vorgenommen wurden, sind im höchsten Grade günstig für die sozialistische Partei ausgegangen. In Toulouse waren 3 Gemeinderäte zu wählen, alle 3 Sitze waren bisher von Radikalen besetzt, jetzt siegten die Kandidaten unserer Partei mit 11774 Stimmen über die Gegner, die es nur auf 8500 Stimmen brachten. In Nevers, einem rein ländlichen Bezirk, in welchem die Holzfäller den Ausschlag geben, und wo noch nie ein sozialistischer Kandidat aufgestellt gewesen war, kam Genosse Roblin mit 4271 Stimmen an die Spitze der Liste; der Radikale erhielt 3808, der Reaktionäre 2190 Stimmen. In Rosières im Tarngebiete siegte die ganze sozialistische Liste bei den Kantonsratswahlen, und in Toulon endlich wurde ebenfalls ein Genosse in den Kantonsrat gebracht. Es sind das günstige Anzeigen für die kommenden allgemeinen Wahlen.

× ×

Australien VOR einiger Zeit wurde in Melbourne eine Delegiertenkonferenz der australischen Arbeiter abgehalten. Die Verhandlungen sind insofern von hoher Bedeutung für die Beurteilung der Fortentwickelung des australischen Sozialismus, als es sich dort um die Fassung und Annahme einer Prinzipienerklärung handelte. Es waren insgesamt 36 Delegierte erschienen; nicht vertreten war Neuseeland. Als Gast anwesend war auch Genosse Tom Mann, der englische Agitator. Es war eine Reihe von Erklärungen eingebracht, über die eine ausgiebige Debatte entstand. Die von Neusüdwales und Tasmania gestellte verlangt »Ausbildung einer australischen Gesittung auf der Basis der Erhaltung einer reinen Rasse, die Entwickelung eines auf Aufklärung und Selbstvertrauen beruhenden Gemeinwesens, Sicherung des vollen Arbeitsvertrages für alle Produzenten durch Gemeineigentum aller Monopole und durch Erweiterung und Ausbau der industriellen und wirtschaftlichen Funktionen des Staates und der Kommune«. Viel weiter gingen die von Victoria und Queensland gestellten Resolutionen. In der ersteren wird eine »graduelle Nationalisation der Produktionsmittel, der Distribution und des Handels« gefordert. Noch schärfer bringt die Queenslandresolution die sozialistische Forderung auf Überführung sämtlicher Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zum Ausdruck. Watson, der ehemalige Premier, trat für die Erklärung von Neusüdwales ein. Diese enthalte das vorläufig Erreichbare; später könne man das Ziel weiter stecken. Reid und Senator Tarley dagegen wünschen eine klare, unzweideutige Erklärung. Bei den Monopolen dürfe nicht Halt gemacht werden, die Vergesellschaftung aller Güter sei das Ziel. Senator Peares (Queensland) bekennt sich zum internationalen Sozialismus, aber um etwas zu erreichen, will er für Neusüdwales stimmen. Ähnlich Fowler, der es ausdrücklich ablehnt, *Staatssozialist* zu sein; er sei Sozialdemokrat, wolle aber ebenfalls für Neusüdwales stimmen. Thomas erklärt, persönlich für eine viel schärfere Fassung zu sein, er tritt aber für die von Neusüdwales ein, als für die zwischen den beiden Extremen vermittelnde. Trotzdem vereinigte schliesslich die Resolution Queensland doch noch 11 Stimmen auf sich, während für die Resolution Neusüdwales 23 Stimmen abgegeben wurden. Man sieht, dass die Führer der australischen Arbeiterpartei zielklare demokratische Sozialisten sind. Trotzdem oder gerade deshalb ist ihnen das politisch Erreichbare wichtiger, als die Formulierung *radikaler* Forderungen.

× ×

Totenliste EINER der älteren Parteigenossen Berlins, Paul Hilpert, ist im 51. Lebensjahre in seiner Heimat, Altenburg, gestorben. Hilpert ist besonders in der Zeit des Berliner Bierkoykotts bekannt geworden; damals war er einer der Leiter der Brauereigewerkschaft. Dem Wilmersdorfer Gemeinderat gehörte der Verstorbene von 1901 bis 1904 als Vertreter an. Ein unter dem Sozialistengesetz von

Berlin ausgewiesener alter Parteigenosse, der Tischler Richard Ulbricht, ist in Baumschulenweg, wo er in den letzten Jahren wohnte, verstorben. Als Ulbricht im Jahre 1883 als Ausgewiesener nach Elberfeld-Barmen kam, wurde er von einem ganzen Heer von Spitzeln umschwärmt, die ihn durch alle möglichen Mittel zum Verrat an seinen Parteigenossen zu bewegen suchten. Im Einverständnis mit Barmer Parteigenossen ging Ulbricht scheinbar darauf ein; es gelang dadurch, mehrere von dem Gesindel blosszustellen. Im Jahre 1887 konnte Ulbricht auf Probe nach Berlin zurückkehren, wurde aber bald wieder ausgewiesen und kehrte erst nach Fall des Sozialistengesetzes zurück.

× ×

Presse IN das Eigentum der Magdeburger Parteigenossen ist die Druckerei der *Volksstimme* übergeführt worden. Als Sachwalter fungieren die Genossen Pfannkuch, Vater und Harbaum. Auch dieses Parteiblatt hat sich von den kleinsten Anfängen emporgeschwungen, und jetzt nimmt die Druckerei ein ganzes stattliches Hintergebäude ein; zwei Setzmaschinen, eine Rotationsmaschine und eine Reihe anderer Maschinen, sowie ein Personal von 45 Köpfen sind bei der technischen Herstellung der Zeitung und anderer Drucksachen beschäftigt. Vom 1. Oktober ab ist die *Belgische Arbeiterstimme* in einem neuen Gewande erschienen; das Blatt der Arbeiterschaft des Kreises Solingen wird jetzt auf einer Rotationsmaschine hergestellt und erscheint täglich mindestens 8seitig; auch inhaltlich ist für Verbesserung Sorge getragen. Unser Parteiorgan in Augsburg, die *Schwäbische Volkszeitung*, das seit 1903 täglich erscheint, wird seit dem 1. Oktober täglich 8seitig herausgegeben. Es sind eine neue zweite Schnellpresse und zwei Setzmaschinen in Betrieb gesetzt worden. Zu gleicher Zeit ist auch der Achtstundentag für das Personal zur Einführung gelangt. Das *Volksblatt für Anhalt* erscheint jetzt in erheblich grösserem Format und täglich mindestens 6seitig. Es wird bekanntlich in der genossenschaftlichen *Arbeiterdruckerei* hergestellt. VON der *Ostschweizerischen Arbeiterzeitung* in Sankt Gallen ist kürzlich die erste Nummer zur Ausgabe gelangt. Das Blatt wird wöchentlich zweimal erscheinen.

× ×

Kurze Chronik DER Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Victor Adler, ist am 18. Oktober im Wahlkreise Reichenberg mit überwältigender Mehrheit in den Reichsrat gewählt worden. × In Wien hat Ende September eine Reichskonferenz der Sozialdemokratie Österreichs einen energischen Kampf für das allgemeine Wahlrecht beschlossen. × Glänzende Fortschritte hat die Sozialdemokratie bei den schwedischen Reichstagswahlen gemacht. Sie wird jetzt durch 14, davon 10 neugewählte, Abgeordnete vertreten und vereinigt insgesamt $^1/_7$ der überhaupt abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten. × Der Zentralvorstand der norwegischen Arbeiterpartei erklärt das Karlstader Abkommen, betreffend die Unionsauflösung, für zu wenig umfassend, verweigert ihm aber nicht die Zustimmung. × Selbst in Argentinien beschäftigt man sich mit dem Generalstreik; der kürzlich abgehaltene Kongress des Arbeiterbundes erklärte ihn für eine beständige Waffe des Proletariats. × Einer von unseren *Alten*, der Rechtsanwalt Freytag in Leipzig, beging vor kurzem seinen 70. Geburtstag; Freytag war der erste sozialdemokratische Landtagsabgeordnete in Sachsen und Verteidiger in dem berühmten Leipziger Hochverratsprozess.

HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegungen im Jahre 1904 DIE deutschen Gewerkschaften haben im Jahre 1904 ausserordentlich viele Kämpfe geführt und darin grosse Erfolge erzielt. Nach der im *Korrespondenzblatt* veröffentlichten Streikstatistik der *Generalkommission* haben die deutschen Gewerkschaften im Vorjahre insgesamt 1625 Streiks und Aussperrungen geführt und zu führen gehabt (im Jahre 1903 1282 Kämpfe), beteiligt waren daran 135 957 Personen (121 593), davon 5048 Arbeiterinnen. Verausgabt wurden für diese Kämpfe insgesamt 5 551 314 M. (5 080 984 M.). Erfolgreich waren 878 = 55,7 % der Kämpfe (623 = 49,4 %), teilweise erfolgreich 317 = 20,1 % (239 = 19,0 %), erfolglos 349 = 22,1 % (359 = 28,5 %). Daraus geht hervor, dass die Kämpfe des Jahres 1904 bei weitem erfolgreicher waren, als die des Jahres 1903, trotz ihrer grösseren Zahl. Die Ursache wird zum Teil in der anhaltend günstigen Konjunktur liegen,

zum anderen Teil aber auch in der inneren Festigung und besonders in der finanziellen Kräftigung der Gewerkschaften. Sind doch von den Kriegskosten allein 5 290 652 M. von den an den Kämpfen beteiligten Organisationen aufgebracht worden.

DIE grösste Zahl der Arbeitskonflikte war im Baugewerbe, 644 (504), mit 61 391 (43 603) Beteiligten und einer Ausgabe von 2 074 872 M.; dann folgt die Holzindustrie mit 419 (247) Kämpfen und 22 491 (7587) Beteiligten, die Metallindustrie mit 231 (199) Kämpfen und 19 798 (32 799) Beteiligten, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie mit 75 (53) Kämpfen und 7638 (1333) Beteiligten, die Bekleidungsindustrie mit 60 (71) Kämpfen und 3301 (11 880) Beteiligten, und die graphischen Gewerbe mit 35 (52) Kämpfen und 2635 (978) Beteiligten. Abwehrstreiks waren 627 (597) zu führen, an denen 23 128 (22 067) Arbeiter beteiligt waren. Erfolgreich wurden 337 = 53,7 % (310 = 51,8 %) durchgeführt, teilweise erfolgreich 82 = 13,1 % (73 = 12,2 %). Aussperrungen waren 112 (82) abzuwehren, von denen 31 402 (45 763) Arbeiter betroffen waren. Erfolgreich abgewehrt wurden 32 = 37,2 % (32 = 39 %), teilweise erfolgreich 22 = 25 % (13 = 15,8 %). Durch die Abwehrstreiks und Aussperrungen entstanden den Gewerkschaften insgesamt Kosten in Höhe von 2 429 605 M., gleichwohl konnten sie noch eine Angriffsbewegung durchführen, wie sie so umfangreich noch in keinem Jahre geführt worden ist. Es wurden 886 (603) Angriffsstreiks geführt, an denen 81 427 (53 763) Arbeiter beteiligt waren. Die Gewerkschaften verausgabten zu diesem Zwecke 3 121 709 M. (2 539 698 M.). Von den Angriffsstreiks waren erfolgreich 509 = 59,1 % (281 = 46,6 %), teilweise erfolgreich 213 = 24,7 % (154 = 25,5 %).

SCHON aus diesen wenigen Zahlen geht unzweideutig hervor, wie unrecht man den Gewerkschaften tut, wenn man ihnen Kampfesmüdigkeit zum Vorwurf macht: die Gewerkschaften sind kampfesfreudiger, denn je, und ihr ganzes Streben auf Festigung und Kräftigung ihrer Organisationen entspricht ja auch gleichzeitig dem Wunsche auf Ermöglichung noch umfangreicherer Angriffsbewegungen, als sie bei den jetzigen organisatorischen und finanziellen Mitteln möglich sind.

DASS auch jetzt schon mit Hilfe der Gewerkschaften erhebliche Verbesserungen der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft herbeizuführen sind, zeigt folgende Tabelle über die Ursachen und Resultate der Streiks im Jahre 1904:

Ursache der Streiks	Zahl der Streiks	Beteiligte Personen	Resultat der Streiks: absolut: erfolgreich	absolut: teilweise erfolgreich	absolut: erfolglos	absolut: unbekannt oder nicht beendet	in %: erfolgreich	in %: teilweise erfolgreich	in %: erfolglos	Von den Beteiligten hatten: vollen Erfolg	teilweisen Erfolg
a) Angriffsstreiks											
Verkürzung der Arbeitszeit	24	1095	17	3	4	—	70,8	12,5	16,7	556	260
Lohnerhöhung	480	44691	292	103	73	12	60,9	21,5	15,2	21805	11245
Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung	303	31327	160	97	37	9	52,8	32,0	12,2	14127	12139
Beseitigung missliebiger Personen	11	928	5	2	3	1	45,5	18,2	27,3	145	82
Andere Forderungen respektive Ursachen	68	3386	35	8	22	3	50,7	11,6	31,9	1249	702
in summa	886	81427	509	213	139	25	57,4	24,0	15,7	37882	24428
b) Abwehrstreiks											
Austritt aus der Organisation	19	767	3	2	13	1	15,8	10,5	68,4	87	120
Massregelung	160	5248	86	17	50	7	53,8	10,6	31,2	3299	640
Lohnreduzierung	266	7005	153	42	62	9	57,1	15,7	23,1	3558	1831
Verlängerung der Arbeitszeit	29	4074	15	5	8	1	53,6	17,9	28,6	3755	124
Nichteinhaltung der üblichen Bedingungen	68	3212	36	8	21	3	53,7	11,9	31,3	1304	322
Einführung einer Fabrikordnung	5	411	3	1	—	1	60,0	20,0	—	44	16
Schlechte Behandlung der Arbeiter	21	431	13	3	4	1	61,9	14,3	19,0	336	34
Andere Ursachen	59	1980	28	4	20	7	47,4	6,8	33,9	615	687
in summa	627	23128	337	82	178	30	53,7	13,1	28,4	12998	3774

DIE gewerkschaftlichen Erfolge des Jahres 1904 beschränken sich aber keineswegs auf die in obiger Tabelle wiedergegebenen Resultate der Angriffs- und Abwehrstreiks, eine erhebliche Zahl von Lohnbewegungen wurde überhaupt ohne Streiks erfolgreich durchgeführt, und die Zahl dieser friedlichen erfolg-

reichen Lohnbewegungen ist in den letzten Jahren von Jahr zu Jahr grösser geworden. Doch gewiss der beste Beweis für die steigende Erfolgfähigkeit der deutschen Gewerkschaften.

DIE *Generalkommission* hatte diese Lohnbewegungen bisher nicht in den Kreis ihrer statistischen Berechnung gezogen, erst im Jahre 1904 sind auch über diese Bewegungen Erhebungen angestellt worden; einzelne grössere Gewerkschaften haben aber seit Jahren schon über den Ausgang dieser Bewegungen berichtet, die in den letzten Jahren grösseren Umfang annahmen. Über die Lohnbewegungen des Jahres 1904, welche ohne Streiks erfolgreich durchgeführt wurden, hat die *Generalkommission* in Nr. 38 des *Korrespondenzblattes* berichtet. An solchen Lohnbewegungen waren im genannten Jahre 40 Organisationen an 1310 Orten in 15 143 Betrieben mit 184 206 Arbeitern beteiligt. Der Erfolg dieser Bewegungen war für 48 534 Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit und für 123 252 eine Lohnerhöhung. Für 1188 dieser Beteiligten fehlte die Angabe über die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzung und für 1872 die Angabe über die Summe der erzielten Lohnerhöhung. Es erreichten ausser anderen Vergünstigungen nachweisbar 47 346 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von insgesamt 192 420 Stunden pro Woche und 121 380 Arbeiter eine Lohnerhöhung von zusammen 240 118 M. pro Woche. Ausserdem wurde abgewehrt für 2583 Arbeiter eine Arbeitszeitverlängerung von 9777 Stunden pro Woche und für 3379 Arbeiter eine Lohnkürzung von zusammen 10 670 M. pro Woche. Die Ausgaben der Gewerkschaften für diese Bewegungen beliefen sich nur auf insgesamt 20 392 M. Den grössten Anteil an diesen Bewegungen hatte wiederum das Baugewerbe, in zweiter Linie die Holzberufe.

DIE wirtschaftlichen Erfolge der Gewerkschaften im Jahre 1904 widerlegen am treffendsten das Gerede von der wachsenden Unfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft wirksam zu fördern. Sie legen aber auch überzeugend dar, dass von einer Versumpfung der deutschen Gewerkschaften keine Rede sein kann.

× ×

England VOM 4. bis zum 9. September fand in Hanley der 38. Jahreskongress der Trades Unions statt. Viel Interessantes ist von diesem Kongress nicht zu berichten. Eine Resolution zu gunsten eines gesetzlichen 8stündigen Maximalarbeitstages für alle Industriearbeiter wurde ziemlich einstimmig angenommen, eine Resolution, welche eine Verbesserung respektive eine Erweiterung der Unfallversicherung der Arbeiter verlangt, mit 701 000 gegen 288 000 Stimmen; eine Resolution zu gunsten staatlicher Schieds- und Schlichtungskomitees bei gewerblichen Konflikten mit 765 000 gegen 673 000 Stimmen verworfen (die Bergarbeiter votierten dagegen); die Freihandelsresolution gelangte mit 1 253 000 gegen 26 000 Stimmen zur Annahme. In der Resolution, die sich mit der gesetzlichen Lage der Gewerkschaften beschäftigt, wurde die gewerkschaftsfeindliche Haltung der Regierung verurteilt. Die Anträge auf Vereinigung des parlamentarischen Komitees, der Föderation der Gewerkschaften und des *L. R. C.* zu einer einheitlichen Gewerkschaftsleitung wurden durch einfaches Handaufheben abgelehnt. An Stelle Sam Woods, des langjährigen Sekretärs des parlamentarischen Komitees, wurde Steadmann auf diesen Posten berufen. Die englischen Gewerkschaftskongresse haben viel von ihrer früheren Bedeutung verloren.

IM Jahre 1904 wurden in England 354 Streiks geführt, an denen 86 888 Arbeiter beteiligt waren. Die Dauer der Streiks in Arbeitstagen belief sich auf 1 454 220. In keinem Jahre seit 1893 war die Zahl der Streikenden und die Gesamtdauer der Streiks in Arbeitstagen so gering, wie in diesem. Das Jahr 1905 zeigt, da auch die Lage des Arbeitsmarktes sich gebessert hat, wieder eine wesentliche Zunahme der Streikbewegung.

× ×

Kurze Chronik DER Schneiderverband beabsichtigt die Herausgabe einer Geschichte der deutschen Schneiderbewegung. × Der *Fachgenosse*, das Organ des Glasarbeiterverbandes bestand am 1. Oktober des Jahres 20 Jahre. × Der *Deutsche Maschinist und Heizer*, das Organ des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, konnte am gleichen Tage auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Seine Auflageziffer hat sich in diesem Zeitraum von 1500 auf 15 000 erhöht. × Der *Grundstein*, das Organ des Maurerverbandes, hat eine Auflage von mehr als 175 000 Exemplaren erreicht. × Ende August gab es 490 Gewerk-

schaftskartelle der freien Gewerkschaften, gegen 464 im Januar vorigen Jahres. Christliche Gewerkschaftskartelle gab es am gleichen Zeitpunkt 103. An 23 Orten gab es christliche Gewerkschaftskartelle, wo solche freier Gewerkschaften nicht bestanden. × Die Solinger Gewerkschaften haben sich ein Gewerkschaftshaus geschaffen, das am 1. Oktober eröffnet wurde. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Allgemeiner Verband deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften DIE Kreuznacher Operation ist dem *Allgemeinen Verband* nicht gut bekommen; es scheint fast, als sollte er sich nie mehr recht von den Folgen der dort vorgenommenen *lebensrettenden* Amputation erholen. Möge er sich bei seinem Arzte, Dr. Crüger, dafür bedanken. Die von diesem auf dem diesjährigen Verbandstage, abgehalten am 4. bis 6. September zu Westerland auf Sylt, gegebene Statistik zeigt den Verband in Stagnation oder gar Rückgang begriffen. Die Zahl der ihm angehörenden Kreditvereine ist von Ende 1903 bis Ende 1904 von 963 auf 966, die der berichtenden von 911 mit 542 108 Mitgliedern auf 908 mit 523 419 Mitgliedern zurückgegangen, während die gewährten Kredite von 2492 Mill. M. auf 2702 Mill. M. gestiegen sind. Von Konsumvereinen ist nur ein neuer gewonnen; der Verband zählte Ende 1904 deren 271, darunter 252 berichtende mit 255 916 Mitgliedern und 55 Mill. M. Umsatz, gegen 272, respektive 251, mit 248 004 Mitgliedern und 54 Mill. M. Umsatz Ende 1903. Zum Vergleich sei erwähnt, dass das amputierte Glied, die inzwischen im *Zentralverband deutscher Konsumvereine* organisierte moderne Genossenschaftsbewegung, Ende 1904 bereits 760 Vereine zählte, von denen 725 mit 649 588 Mitgliedern und 202 646 189 M. Umsatz zur Statistik berichteten.

DIE Kongressverhandlungen selbst boten nicht viel Berichtenswertes. Es wurden meist technische Fragen der dem Verbande angeschlossenen Genossenschaftsgruppen verhandelt. Beachtung verdient höchstens ein Beschluss, der die Errichtung von Arbeiterbaugenossenschaften an eine Anzahl Bedingungen, darunter auch den öffentlichen Mangel an kleinen Wohnungen, knüpfen will. Das klingt sehr nach der von den Kleinhändlern so heiss gewünschten *Bedürfnisfrage* für Konsumvereine. Sollte Herrn Dr. Crügers mittelstandsfreundliches Herz jetzt auch die Hausbesitzer väterlich umfassen? Konsequent wäre diese Entwickelung jedenfalls nur.

× ×

Österreich AUCH die österreichischen Ketzer gedeihen gut. Dort hatte sich bekanntlich im vorigen Jahre unter ganz ähnlichen Umständen, wie in Deutschland, die Gruppe der fortgeschrittenen Konsumvereine von dem *Allgemeinen Verband* losgesagt, um sich mit dem jungen *Verband der Arbeitergenossenschaften* zu einem *Zentralverband österreichischer Konsumvereine* zusammenzuschliessen. Dieser Verband hielt am 9. und 10. September in Wien seinen diesjährigen Kongress ab, der von grosser Bedeutung für die Weiterentwickelung des österreichischen Konsumvereinswesens sein wird. Es wurde auf ihm nämlich die Gründung einer Grosseinkaufsgesellschaft beschlossen. Dem Verbande gehörten Ende 1904 299 Vereine an, die 91 713 Mitglieder umfassten und einen Umsatz von 25 Mill. K. erzielten. Bis heute ist die Zahl der Verbandsvereine bereits auf 343 gestiegen. Auf dieser Grundlage war also wohl die Errichtung einer geschäftlichen Zentralstelle als aussichtsreich anzusehen. Auch waren bei einer vorläufigen Umfrage von einer Anzahl Verbandsvereinen Aktienzeichnungen bereits in Höhe von 78 000 K. zugesichert worden. Der von Dr. Karpeles begründete Vorschlag der Verbandsleitung will dem Unternehmen die Form der offenen Handelsgesellschaft geben. Jeder Verein soll pro Mitglied 1 K. zahlen. Bei der Reingewinnverteilung ist eine starke Berücksichtigung des Reserve- und des Produktionsfonds vorgesehen. Alle Vorschläge wurden einstimmig angenommen, als Gesellschafter der Firma wurden Ludwig Exner, Ferdinand Skaret, Dr. Karpeles und Karl Newole gewählt. Damit ist also der Grund für das neue Unternehmen gelegt, dem hoffentlich ein schnelles und glückliches Gedeihen beschieden ist. Der andere wichtige Punkt der Tagesordnung war die Errichtung von Notfonds durch die Konsumvereine nach dem Muster der Hamburger *Produktion*. Es wurde von der Leitung beantragt, in das Musterstatut eine Bestimmung aufzunehmen, die den Vereinen empfiehlt, dem einzelnen Mitgliede seine Rückvergütung so lange nicht auszuzahlen, bis daraus ein Fonds

von 100 K. angesammelt ist, der ihm in Notfällen zur Verfügung steht. Nach einer sehr lebhaften Debatte, in der auf die Schwierigkeiten der Durchführung einer solchen Bestimmung hingewiesen wurde, gelangte der Antrag schliesslich gegen eine Anzahl Stimmen und viele Enthaltungen zur Annahme. Es ist selbstverständlich, dass eine solche Bestimmung, wo sie durchführbar ist, eine ungeheure Stärkung der Gewerkschaftsbewegung bedeutet, da ja auch Arbeitslosigkeit (bei Streiks, Aussperrungen) zu den Notfällen rechnet. Sie setzt aber eine grosse Schulung und Einsicht der Mitglieder voraus und wird, wo eine solche nicht vorhanden, leicht zu einem direkten Hemmnis in der Ausbreitung des Genossenschaftsgedankens werden.

DEM Verbandstag wohnten unter anderem auch Vertreter der Partei und der Gewerkschaften bei.

× ×

Leipzig-Plagwitz AM 30. Juni lief das Geschäftsjahr des Vereins Leipzig-Plagwitz ab. Die Übernahme des Betriebes des Connewitzer Vereins hat nicht vermocht, den soliden Bestand und die gesunde Weiterentwickelung unserer grössten Genossenschaft zu erschüttern. Zwar kostete die Verschmelzung den Plagwitzer Verein manches Opfer. An die Gläubiger mussten 280 000 M. ausgezahlt werden, wozu noch 60 000 M. für Abstossung ungünstiger Hypotheken kommen, während die dafür von ihm übernommenen 20 Verkaufsstellen und die Grundstücke des Connewitzer Vereins, enthaltend Zentrallager, Bäckerei und Fleischerei, zum Teil Objekte von zweifelhaftem Wert waren. Dies um so mehr, als ein grosser Teil der Connewitzer Mitglieder nicht zu gewinnen war und auch eigene Mitglieder des Vereins, wohl hauptsächlich infolge der unglaublichen Hetze der Gegner, in weit grösserer Zahl, als sonst, diesem den Rücken kehrten. Trotz alledem trägt die Entwickelung des ganzen Jahres doch die Signatur *Vorwärts!* Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 36 654 auf 38 354. Der Umsatz, der in 52 Verkaufsstellen für Kolonialwaren, 9 für Fleischwaren, 3 für Schnitt- und Modewaren und 3 Warenhäusern erzielt wurde, stieg von 12 085 345 auf 13 092 082 M. Der Reinüberschuss vermehrte sich von 1 238 031 M. auf 1 293 322 M. Es wird aus ihm wieder eine 10prozentige Rückvergütung verteilt werden, während 40 000 M. den verschiedenen Fonds überwiesen werden. Die von Connewitz übernommenen Verkaufsstellen rentieren sich, soweit sie überhaupt fortgeführt werden, gut. Ebenso die Bäckerei, die in 4 Monaten einen Überschuss von 4458 M. abwarf. Am gespanntesten durfte man ja auf die Ergebnisse der F l e i s c h e r e i sein. Die Vereinsverwaltung hat in dieser sofort eine Anzahl Verbesserungen vorgenommen, nachdem sie durch eine Delegation die bekanntlich mustergültige Fleischerei des Baseler Vereins hatte beaugenscheinigen lassen. Trotzdem war es, hauptsächlich auch infolge der hohen Viehpreise, in diesem Jahre nicht möglich, einen Überschuss herauszuwirtschaften; es bleibt sogar ein Verlust von 7273 M. zu decken. Das wird sich aber voraussichtlich im nächsten Jahre ändern. Eine neue Einrichtung von grösster Bedeutung ist die Anstellung eines Nahrungsmittelchemikers, der die auf dem Hauptlager eintreffenden Waren sofort einer Prüfung unterzieht. Dadurch kann der Verein seinen Mitgliedern eine Garantie für Reinheit und Güte seiner Waren geben, wie kein anderes Geschäft.

AM 30. Juni 1905 wurden von dem Verein 844 Personen beschäftigt. Davon entfallen 68 auf die frühere grosse und 7 auf die neue Connewitzer Bäckerei, ferner 19 auf die Mühle. In der grossen Bäckerei wurden für 2 110 122 M. Ware hergestellt und an Arbeitslose 2453 grosse und 1323 kleine Brote verteilt. Der Verein zahlte im Berichtsjahre die kolossale Summe von 113 213 M. Steuern, darunter 3117 M. Kirchensteuern.

× ×

Kurze Chronik BRUNO Buchwald bespricht in der Wochenschrift *Plutus* das Projekt einer B a n k f ü r K o n s u m v e r e i n e und wendet sich dabei hauptsächlich gegen den Dieselschen Vorschlag, eine solche Bank zu gründen, um dadurch die Errichtung von eigenen Produktivbetrieben der Konsumvereine zu ermöglichen. Dann ist aber nicht einzusehen, warum die *G. E. G.* sich nicht selbst, wie dies in England längst der Fall ist, eine Bankabteilung angliedern soll, da sie ja ohnedies mit den Vereinen in ständiger Geldbeziehung steht und so die Kosten von doppelten Zahlungen erspart bleiben. × Ein talentvoller Künstler, William Laggarat hat sein Kolossalgemälde *Les Etapes de Jacques Bonhomme* der Glasarbeitergenossenschaft in Albi zum Ge-

schenk gemacht, mit der Motivierung, dass die Kunst, die so lange für die Reichen da war, nunmehr auch den Arbeitern dienen müsse. × Der Leeder Konsumverein hat für ein Jahr die Summe von 28000 M. für Bildungszwecke ausgeworfen. Sein öffentliches Winterprogramm sieht für jeden Sonnabend ein Konzert, einen Lichtbilder- oder einen sonstigen Vortrag vor. × Die dänische Grosseinkaufsgesellschaft hat soeben eine Seifen- und eine Taufabrik errichtet.

× ×

Literatur Im Verlag des *Zentralverbands deutscher Konsumvereine* sind drei auf den diesjährigen Revisionsverbandstagen von Konrad Barth und Heinrich Kaufmann gehaltene Vorträge unter dem gemeinsamen Titel *Aus der konsumgenossenschaftlichen Praxis* erschienen. Sie behandeln *Genossenschaftliche Verwaltungsgrundsätze, Die Genossenschaft als Arbeitgeber* und die Frage *Welche Einrichtungen dienen zur Durchführung der Barzahlung in Genossenschaften?* Sie sind den Vereinen zur Verteilung an ihre Mitglieder, mindestens aber an die der Verwaltungen, angelegenstlicht zu empfehlen.

GERTRUD DAVID

Sozialpädagogische Bewegung

Totalisator IN der *Ethischen Kultur* berichtet Professor Wilhelm Foerster über das Schicksal einer von der *Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur* dem Reichstage vor Jahresfrist eingereichten Petition zu dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Wetten bei öffentlich veranstalteten Pferderennen. In dieser Petition war die Ablehnung des Gesetzentwurfes der Regierung und die Herbeiführung nachhaltiger Bekämpfung aller aus den öffentlich veranstalteten Pferderennen hervorgegangenen Glücksspieleinrichtungen und der dadurch hervorgerufenen Zustände erbeten worden. Wie zu erwarten war, hat man da bei der Reichstagsmajorität auf Granit gebissen. Die Antwort des Bureaus benachrichtigt die Petenten von der Annahme der Regierungsvorlage in veränderter Fassung und zweier Resolutionen, die nun im Wortlaute mitgeteilt werden. In der ersten Resolution ersucht der Reichstag die verbündeten Regierungen um Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach welchem der Totalisatorbetrieb auf Automobil- und Fahrradrennen ausgedehnt werden soll, in der zweiten ersucht er die verbündeten Regierungen, die Abhaltung von Rennen an den hohen Feiertagen zu verbieten.

ZU dieser Antwort, die in objektiver Hinsicht des überlegenen Humors nicht ermangelt, bemerkt Professor Foerster, die Billigung der Regierungsvorlage in ihren wesentlichen Grundzügen durch den Reichstag sei schon bitter genug, aber für die Annahme der Resolution I sei es schwer, die richtige Bezeichnung zu finden. Der Einspruch müsse sich am schärfsten richten »gegen die Vertreter der Institutionen, welche mit so grossem Anspruch immer den Ruf erheben, dem Volke solle die Religion erhalten bleiben, und welche doch entsittlichenden gesetzgeberischen Massregeln der obigen Art . . . . zustimmen.« Diesen Worten möchten wir nur hinzufügen, dass nach unserer Begriffslehre Religion und Sittlichkeit verschiedene Dinge sind, dass man also als logische Kreatur sehr wohl für die Erhaltung der Religion besorgt sein kann, ohne sich für die Sittlichkeit zu erhitzen.

× ×

***Freie Volksbühne* in Berlin** Die Berliner *Freie Volksbühne* hatte am 5. Juli im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung. Der erste Vorsitzende, Conrad Schmidt, erstattete den Geschäftsbericht. Die seit langem gewünschte Erweiterung des Vereins, der im vergangenen Jahre wieder Hunderte von Meldungen aus Platzmangel zurückweisen musste, ist vollzogen, und mit der neuen Abteilung wird er 11000 Mitglieder umfassen, ein schöner Beweis dafür, dass seine Bestrebungen und Darbietungen den Bedürfnissen der Berliner Arbeiterschaft entsprechen. Eine weitere Neuerung ist die, dass im neuen Geschäftsjahre nur noch in eigener Regie, mit eigens engagiertem Ensemble, gespielt werden wird. Der Kassenbericht des Geschäftsführers Winkler weist eine Einnahme von 112206, eine Ausgabe von 106695 M. auf.

DAS vergangene Jahr brachte unter anderen folgende Vorstellungen: *Komödie der Liebe, Die Juden, Sappho, Hedda Gabler, Götz von Berlichingen, Ein Teufelskerl, Kabale und Liebe.* Hierunter ist als besonderes Verdienst, dem es auch an öffentlicher Würdigung nicht fehlte, die Aufführung von Tschirikows *Juden* hervorzuheben. Als Extravorstel-

lung wurde ferner Gorkijs *Nachtasyl* gegeben, sowie die Opern *Rigoletto, Fidelio* und die Operette *Die Fledermaus.*

DAS Schillergedenkjahr machte sich in zwei grossen Festen geltend, in welchen Beethovens gewaltige, in Schillers Hymnus an die Freude ausklingende *Neunte* die vieltausendköpfige Schar der Zuhörer entzückte. Im *Bürgersaal* des Rathauses fanden 8 Kunstabende statt: Möricke-Hugo Wolf, Goethe-Mozart, Märchen, Grillparzer, Gorkij, Hartleben, Wolzogen, Karl Loewe.

DAS neue Geschäftsjahr begann mit der deutschen Uraufführung von Heijermans *Nummer Achtzig* und *Der Panzer.*

× ×

Berliner Volkschor

DER *Berliner Volkschor* ist aus der *Freien Volksbühne* hervorgegangen, bildet jedoch einen Verein für sich. Diese von Dr. Zander geleitete Organisation blickt in ihrem 1. Jahresbericht mit berechtigter Genugtuung auf das Erreichte zurück. Ist auch die Mitgliederzahl noch nicht gross genug, um den Verein aller materiellen Schwierigekiten zu entheben, so hat er sich doch durch seine Leistungen sehr vorteilhaft hervorgetan und die Aufmerksamkeit der Berliner Arbeiterschaft auf sich zu lenken verstanden. Zu den Konzerten kamen im abgeschlossenen Jahre erheblich mehr als 8000 Besucher, und es ist zu hoffen, dass aus recht vielen dieser Besucher nun auch Mitglieder werden. Wer die besondere Eignung der Musik zur künstlerischen Erziehung kennt, wird auch die grosse soziale und künstlerische Bedeutung der im Interesse des arbeitenden Volkes geschaffenen Institution des Volkschors würdigen und ihr von Herzen Wachstum und Gedeihen wünschen.

IM abgelaufenen Jahre wurden zwei Solistenkonzerte (Hugo Wolf und Karl Loewe) und ein Chorkonzert (*Paradies und Peri*) veranstaltet. Zur Weckung und Förderung des Verständnisses dienten die Einführungsabende, welche zu jedem der Konzerte stattfanden. Eine Chorbibliothek und die Verteilung von Freikarten zu den Berliner Konzerten kamen weiterhin den Mitgliedern zu statten. Die Übungen finden Freitags in der Aula des *Sophienrealgymnasiums,* Stein St. 31-34, statt — wobei auch die Aufnahme von Mitgliedern erfolgt —, die Konzerte sind in der *Singakademie* und der *Neuen Welt.* Der Konzertplan für den kommenden Winter enthält vier grosse Konzerte. Haydns *Jahreszeiten* werden im November die Reihe eröffnen.

× ×

Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung

DER 34. Jahresbericht der *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* (Sitz Berlin) weist 8589 Mitglieder auf, darunter 4218 Körperschaften. Die Gruppierung der körperschaftlichen Mitglieder ist charakteristisch für die Lage der Volksbildung in Deutschland. Neben 905 Bibliothek- und ähnlichen Vereinen stellen das Hauptkontingent Magistrate und Gemeindebehörden, nämlich 648 (gegen 584 im Vorjahr), worunter wohl hauptsächlich die Dorfbehörden Ostdeutschlands und Brandenburgs figurieren, wo das Hauptarbeitsfeld der Gesellschaft liegt. Auch sonst sind behördliche Körperschaften im letzten Jahre in grösserer Anzahl untergeschlüpft, was der Bericht mit besonderer Freude begrüsst. Die Kreisausschüsse stiegen von 29 auf 40, die Kirchenvorstände von 98 auf 118, die Schulvorstände zwar nur von 323 auf 333, dafür aber trat eine ganz neue Kategorie an, nämlich Truppenteile, und zwar gleich in einer Anzahl von 48. Die königlichen Werkstätten stiegen auch von 7 auf 9. Die Tätigkeit der Gesellschaft besteht bekanntlich vorzugsweise in Begründung und Unterstützung von Bibliotheken, in der Anregung zur Bibliotheksgründung durch Verbreitung der Halbmonatsschrift *Volksbildung* und in Veranstaltung von Vorträgen. Im Jahre 1904 wurden 194 Vorträge honoriert, und für Bibliothekszwecke 65688 M. ausgegeben. Begründet wurden 310 Bibliotheken mit 16858 Bänden, was einen Durchschnitt von 54 ausmacht; 2044 bestehende Bibliotheken wurden mit 39540 Bänden unterstützt und 530 Wanderbibliotheken mit 26333 Bänden in Umlauf gesezt, also mit einem Durchschnitt von 19 respektive 50 Bänden. Diese Abgabe von 82431 Bänden stellt gegen das Vorjahr eine Steigerung von rund 11000 dar.

× ×

Kurze Chronik

DIE Höchster Farbwerke haben eine Bibliothek von über 8000 Bände eingerichtet, die allen Beamten, aber nur jenen Arbeitern, die mindestens ein Jahr in der Fabrik tätig sind, unentgeltlich zur Verfügung steht. Die Entnahme gibt infolge dieser Einseitigkeit auch nur ein einseitiges Bild der Nützlichkeit und Notwendigkeit dieses an sich lobenswerten Beginnens. × Der Jahresbericht des

Wiener Volksbildungsvereins für 1904 verzeichnet wieder einen, wenn auch relativ geringen Rückgang in der Benutzung seiner Bibliotheken, indem die Gesamtzahl der Entlehnungen (von 1 279 055 des Vorjahres) auf 1 243 232 sank. Die unliebsame Erscheinung wird auf drei Gründe zurückgeführt: auf Ursachen allgemeiner, politischer und wirtschaftlicher Natur, auf die Erhöhung der Lesegebühr von 20 auf 30 h. monatlich, seit 1. Januar 1903, und auf den Umstand, dass in den letzten Jahren nichts der Sache nach Neues geschaffen wurde, während das Wiener Publikum immer Neues will. Die erste Lesehalle soll nun aber noch im laufenden Jahre 1905 eröffnet werden, während die finanziellen Verhältnisse des Vereins eine Herabsetzung der Lesegebühr noch nicht gestatten. × Der 8. ordentliche Gesellschaftstag der *Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur* fand vom 8. bis 10. Juni in Jena statt. Die Berichte konstatieren, dass die numerische Ausbreitung nicht fortschreite, dass aber das Ansehen der Gesellschaft zunehme. × In Paris tagte vom 3. bis 7. September der internationale Freidenkerkongress. In der Eröffnungssitzung sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Hoffmann. × Am 12. September wurde in Budapest der 10. internationale Kongress gegen den Alkoholismus eröffnet. Es waren über 1000 Teilnehmer, darunter 370 aus Deutschland, eingetroffen. × Vom 15. bis 18. September hielt in Frankfurt a. M. der *Zentralausschuss zur Förderung der Volks- und Jugendspiele in Deutschland* seinen 7. Kongress ab. × Der 8. Fortbildungsschultag wurde am 30. September in Stettin eröffnet. × Das kaiserliche Denkmalarchiv veranstaltet vom 24. September bis 5. November in den Räumen des alten Schlosses zu Strassburg eine Denkmalausstellung.

× ×

Literatur

IN einer Gesellschaft, die bei angeblichem Individualismus alles tut, die Geister zu nivellieren und zu uniformieren, muss man einen Gedanken begrüssen, der wenigstens auf dem Gebiete der Schulbildung Abhilfe schaffen will, und den J. Petzoldt, Oberlehrer am Spandauer Gymnasium, in seiner Broschüre *Sonderschulen für hervorragend Befähigte* /Leipzig, Teubner/ vertritt und ausführlich darlegt. Volle Anspannung der vorhandenen Kräfte wäre der Zweck solcher Sonderschulen, die das Talent aus allen sozialen Schichten aufnehmen sollen. Aus der Schrift redet Liebe zu geistigem Fortschritt, wir können ihr in vielem zustimmen. × Das ist hingegen nicht der Fall bei dem Vortrag des Professors der Rechte Dr. Wilhelm Kahl *Strafrecht und freie Liebestätigkeit* /Berlin, Liebmann/. In der Hauptsache ist der Vortrag eine theoretische Auseinandersetzung, welche Staatskraft und Volkskraft einander prinzipiell gegenüberstellt. Die Volkskraft müsse mit ihrer freiwilligen Liebe die Lücken füllen, die die Leistungsfähigkeit des Staates seiner Natur nach habe. Allerdings, solange das Volk den Staat noch nicht neugehämmert hat, ist es bei uns schon am besten, wenn die private Aktion es dem Staate erlaubt, mit der Liebestätigkeit zurückzuhalten, denn die staatliche Liebe ist in Deutschland gar zu blind. × In *Meyers Volksbüchern* erschien Dr. Hans Zimmer *Die deutsche Erziehung und die deutsche Wissenschaft*, einer der Teile des vor einigen Jahren herausgekommenen Hans Meyerschen Sammelwerkes *Das deutsche Volkstum*. Der Teil ist nicht erfreulicher, als das Ganze. In Ehrfurcht ersterbender Unteroffiziersmonarchismus und *Nationalstolz* sind an Stelle sozialer und historischer Einsicht zu finden.

UNTER dem Titel *Der Student bei sozialer Arbeit* berichtet Walter Schippke im *Tag* vom 11. Juli über die von Studenten geleiteten *Freien Fortbildungskurse für Arbeiter*. Der Bericht weiss die gute soziale Wirkung dieser Bewegung zu würdigen, welche von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Wildenschaft der Charlottenburger Hochschule im Jahre 1901 nach Deutschland verpflanzt wurde.

FRANZ LINDHEIMER

WISSENSCHAFT

Sozialwissenschaften

Lohnfondstheorie

EINEM starken Bedürfnis nach einer erhöhten Pflege der so lange vernachlässigten nationalökonomischen Theorie verdankt ihre Entstehung die Schrift Dr. Arthur Salz' *Beiträge zur Geschichte und Kritik der Lohnfondstheorie* /Stuttgart, Cotta/. Dr. Salz bemerkt spöttelnd — wohl im Hinblick auf die ganzen Wagenladungen historischer Detailarbeiten der national-

ökonomischen Schulen —, dass man sich schon nicht mehr des Bedürfnisses in der Wirtschaftswissenschaft, zu theoretisieren, zu schämen brauche. Er geht an eine Analyse der überkommenen nationalökonomischen Theorieen, und die Kritik an diesen Theorieen wird ihm eine notwendige Vorbedingung einer künftigen ökonomischen Theorie überhaupt. Die Lohnfondstheorieen der einzelnen Nationalökonomen sucht er in ihrer historischen Bedingtheit zu erfassen. Er charakterisiert Adam Smith als den Ökonomen der Manufakturperiode. In den Zeiten, als Smith seine *Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes* niederschrieb, befand sich der Kapitalismus noch im aufstrebenden, fröhlichen Kindesalter. Das Kapital und seine Vermehrung erschien Smith als die Quelle des Volkseinkommens. Mit dem wachsenden Kapital vergrösserte sich nach Smith der Fonds, der für Arbeitslöhne aufgewendet würde. Die Maschine bedrohte in den Tagen der Manufaktur, der Grosshandbetriebe, noch nicht ernstlich die Arbeitslöhne. Die Nachfrage nach Arbeit hat nach Smith auch ihre natürlichen Grenzen: sie kann nur steigen oder fallen im Verhältnis zu dem Wachsen der Fonds, die für die Arbeitslöhne bestimmt sind. Der Lohnfonds hängt von den Einnahmen und dem Überschusskapital der Unternehmer ab. Der Lohnfonds erscheint als eine bestimmte, sich nach eigenen Gesetzen bewegende Grösse, auf deren Bewegung die Menschen nur indirekt einen Einfluss haben können. Auf die Löhne können die Lohnverbesserungsbestrebungen der Arbeiter wegen des jeweilig gegebenen Umfanges des Lohnfonds keinen bemerkenswerten Druck ausüben. Die Lohnfondstheorie wurde von den englischen Nationalökonomen gegen die Armengesetze und die Gewerkvereine ins Gefecht geführt. In der Geschichte der Lohnfondstheorie ist der Widerruf dieser Theorie durch John Stuart Mill der folgenreichste, dramatischste Moment gewesen. »Jeder,« so klagt Mill, »der sich über die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital wissenschaftlich informieren will, wird an der Pforte zurückgestossen durch das erbarmungslose Gesetz, das verkündet: der Lohn hängt ab von Angebot und Nachfrage und kann in keinem Falle grösser oder geringer sein, als genau der Grösse des Lohnfonds und der Zahl der Mitbewerber entspricht. Thornton aber hatte gezeigt, dass die Schranke, die den Eingang zu einer der wichtigsten ökonomischen und sozialen Ursache versperre, ein Schatten sei, der verschwindet, wenn man ihn mutig angeht.« Die Ausführungen der Nationalökonomen über die Lohnfondstheorie von Smith bis auf Böhm-Bawerk stellt Dr. Salz kurz und klar dar und kritisiert sie eingehend. Wir bedauern nur, dass Dr. Salz nicht die hier und dort verstreuten kritischen Bemerkungen von Marx über die Lohntheorieen geordnet und kritisch beleuchtet hat. Die Verdienste Hermanns und Brentanos um die Kritik der Lohnfondstheorie sind dagegen ausführlich von ihm gewürdigt.

× ×

Kurze Chronik IN seiner Schrift *Die Lehren des Marxismus und die revisionistische Strömung in der Sozialdemokratie* /Elberfeld, Martini & Grüttefien/ reisst Paul Helbeck einen zu weiten Abgrund zwischen der *radikalen* und der *revisionistischen* Richtung auf. Seine Hoffnung auf Verbürgerlichung der Sozialdemokratie durch den *Revisionismus* beruht auf einer Verkennung dieser geistigen Strömung innerhalb der Partei.

PAUL KAMPFFMEYER

KUNST

Bildende Kunst

Lambrecht IN diesem Herbst setzten die Berliner Kunstsalons, ihrer Eigenart entsprechend, gleich mit einer Anzahl Sonderausstellungen ein: jeder entwickelte sein Programm. Bei Keller & Reiner trat ein junger Schüler des Professors Theodor Hagen aus Weimar zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Er ist rein in der Farbe; manchmal ein wenig trocken und bunt, erinnern seine Töne an lithographische. Er ist knapp und präzis in der Auffassung und ohne Schulkonvention, wenn auch hin und wieder ein wenig einseitig; die Motive wiederholen sich nicht selten. Er liebt das Innere des Waldes, dessen Stämme er gern unter den Kronen abschneidet, so dass man wie in eine Säulenhalle schaut. Carl Lambrecht, so heisst der Künstler, ist keine starke, aber eine tüchtige, gut geschulte Begabung, die sich die Errungenschaften der Zeit zu eigen machte. Die grünen Töne liegen ihm weniger — wenngleich sie seiner temperamentlosen Art entsprechen —, am

besten gelingen ihm herbstliche Szenen, die er geschickt und bildmässig ausschneidet und nicht selten in der Stimmung vertieft. Man sieht seine Bilder nicht ungern und heisst solche Begabungen willkommen, denen das Gespreizte und Tendenziöse fehlt, und die auf keinen Fall Verwirrung stiften und Schaden.

× ×

Fjaestadt DER bei Keller & Reiner ausgestellte Künstler gehörte nicht zu jenen, die aus einem starken malerischen Empfinden heraus in der Wahl des Motivs einseitig sein dürfen, indem sie dem innersten Wesen des Farbenimpressionismus gemäss das Einfachste unter jeder Tagesbeleuchtung zu neuem Leben beseelen, er stand auf der Grenze zu jenen, die die Silhouette dekorativ verwenden, die Farbe deshalb gern auf ein Schema bringen und zur Linie greifen. Einen reinen und starken Repräsentanten dieser Art zeigte uns der Salon Schulte in dem Skandinaven Fjaestadt. Er hat eine dekorative Begabung und gehört einer Kunstrichtung an, der die jungen Russen teilweise und Finnländer besonders huldigen. Diese Künstler haben in Paris studiert, sind aber durch Japan an die primitive Urkunst ihrer Heimat erinnert worden und einigen nun die impressionistische Farbenanschauung mit japanisch linearen Elementen; sie schufen sich so ein Mittel, das besonders geeignet war, den frühen heimatlichen Volkston zu treffen: ein Sagenhaftes klingt aus diesen teppichartigen Malereien, in denen die eisige Pracht des kalten Winters märchenhaft verkörpert uns entgegentritt. Die Zeichnung, die Linie, ist in einigen dieser Bilder derartig gleichwertig mit der Farbe behandelt, dass der Kreidestrich des Entwurfes stehen geblieben zu sein scheint, ohne störend zu wirken. Man sieht an diesen Werken, wie leicht und mit wieviel Geschick das Programm des Impressionismus durchbrochen werden kann, und dass alle Kunstgesetze einseitig sind. Wie sehr auf allen Gebieten der Kunst die Begabung allein ausschlaggebend ist, und nicht das Prinzip, erkennt man aus einem Vergleich dieser Werke mit denen der Münchener *Scholle*, die mit weit weniger Glück ähnliche Ziele verfolgt. Die *Scholle* will heimatlich und dekorativ wirken, ist aber verwässert; die Werke Fjaestadts zeigen beide Züge in gleich starker Potenz.

× ×

Böcklin DANN stellte Schulte 21 Werke Böcklins aus, die sämtlich im Besitze des Freiherrn von Heyl in Darmstadt sind. Sie waren anlässlich der heftigen Debatten, die unlängst über Böcklin ausgefochten wurden, eine gute Gelegenheit für Freund wie Feind, sein Urteil zu revidieren, und so hörte man denn von jenem so starke Lobsprüche, wie von diesem Tadel. Wir müssen uns, um zu einer gerechten Würdigung zu kommen, vorerst klar machen, dass die hier ausgestellten Bilder nicht als erstklassige des gewaltigen Genies Böcklins zu gelten haben, dass sie nur ein verschwindender Bruchteil der an Anschauung und Vielseitigkeit so umfassenden und tiefgründigen Produktion sind; und doch: welch ein Reichtum des Schauens! Dabei zeigen gerade diese Bilder zweiten Ranges deutlich die Schwächen des Gewaltigen: es ist in ihnen manchmal, wie eine seltsame Mischung von Genie und Spiessbürgertum, die einzig und allein ihren Grund in der Isoliertheit Böcklins hat, darin, dass er in Deutschland allein stand, und nicht an eine grosse Maltradition anknüpfen konnte. In seinen frühen Bildern finden sich ja nun Anfänge zu einer rein malerischen Kultur, doch musste es seinen guten Grund haben, dass er diesen Weg verliess — sind doch seine Gesinnungsgenossen Feuerbach und Marées auch auf diesem stecken geblieben — und nach einer neuen Einheit strebte, um ans Ziel zu gelangen: zu jener geschlossenen Bildwirkung der Quattrocentisten, doch aus modernem Empfinden heraus. Sein reiches Innere konnte sich nur auf diese Weise entfalten, und aus den Unzulänglichkeiten Beweise gegen ihn schmieden zu wollen, ist ein müssiges Unterfangen, da die Fülle von Feinheiten, die jedes seiner Werke enthält, uns immer von neuem entwaffnet; freilich zeigen uns auch jene Nachteile deutlich, wie jeder Schwächere auf diesem Wege notwendig unterliegen muss. Aber bei Böcklin sind es tatsächlich nur verschwindende Äusserlichkeiten, die das im modernen Sinne malerisch geschulte Auge im ersten Augenblick verletzen und gegen ihn aufbringen können. Ein längeres Verweilen vor diesen Bildern, ein eingehendes Studium erschliesst uns einen Reichtum der Naturbeobachtung und eine Fähigkeit des Ausdrucks, wie wir solche bei keinem anderen seiner Zeit finden. Nehmen wir dieses Frühlingsbild mit den schreiten-

den Frauengestalten. Wie ist hier alles berechnet: die sich schneidenden Linien der Mauer und der Baumreihe, deren Winkel eine Frauengestalt birgt, so malerisch als Tonwert behandelt, dass wir sie anfangs im Dunkel kaum gewahren; die Figuren selbst reizen durchaus nicht durch einen anekdotischen Gehalt, sondern allein durch den linearen Rhythmus. Und wie ist im Vordergrunde, am Fuss der Zypressenstämme, das Terrain gegliedert und durch eine Fülle grüner, brauner und violetter Töne belebt, die sich in eine wunderbar mannigfaltige Ferne fortsetzen, in der alles duftigste Nuance ist. Und dann der Zusammenklang der Farben der Kostüme. Alle diese Einzelheiten sind zudem durchaus impressionistisch gesehen, das heisst alles ist als koloristischer und formaler Verhältniswert behandelt; nur ist es nicht pleinairistisch gesehen, denn Böcklin geht von einer imaginären Wertskala aus und bedient sich nicht des Luftmediums, das die Farben als solche stärker verändert und beeinflusst. Er wollte, als Ergänzung seiner linearen Komposition, die Farbe dekorativ sprechen lassen. Aber wie einfach und skizzenhaft sind in jedem Bilde Böcklins die Details im Gegensatz zu Menzel zum Beispiel behandelt. Man schaue das Reh auf dem Bilde *Euterpe*. Und dann die Mannigfaltigkeit der Farben: man beachte die Zusammenstellung des zarten Silbergrau und Rosa auf dem Bilde mit jenen seltsamen, etwas steifen Frauenköpfen. Jedes dieser Bilder entwickelt entweder ein eigenes Formproblem oder verfolgt bestimmte koloristische Ziele. Nirgends ist Zufall, nirgends Konvention. Alles ist Gesetz. Und das sind die Eigenschaften, die dieser Kunst einen Zukunftswert sichern.

× ×

Trübner

DER Kunstsalon Fritz Gurlitt feierte am Tage seiner Wiedereröffnung in der Potsdamer Strasse zugleich den Tag seines 25jährigen Bestehens mit einer würdigen Ausstellung deutscher Kunstwerke. An der Hand eines rückblickenden Katalogformulars gibt er uns zugleich Aufschluss über seine bisherige Wirksamkeit und wir erfahren nicht ohne Interesse, dass er schon im Jahre 1883 die ersten französischen Impressionisten, Monet und Pissaro, nach Berlin brachte. Diesmal zeigt er uns Trübner, Feuerbach und vor allem Thoma. Trübner steht gewiss mit Liebermann an der Spitze der modernen deutschen Maler. Er ist also eine bedeutende Begabung, und doch ist etwas in ihn, dass uns immer wieder hindert, ihm ganz nahe zu kommen; er ist so kühl, so temperamentlos. Das ist alles zu absichtlich, man vergisst die Technik nie. Die Art, wie die breiten Striche quer gegen einander gesetzt sind, erst kurz abgerissen, und dann, bis in die neueste Zeit, immer länger werdend, verrät, wie viel dem Künstler hieran liegt, dass er anfangs, zu Beginn der siebziger Jahre, aus einer gewissen Opposition gegen das glatte Rundmodellieren der Akademiker geschah, aber nun nicht genügend zurücktritt, um die reine künstlerische Freude am Dargestellten aufkommen zu lassen. Zudem ist er eigentlich kein Kolorist, er ist von Anfang an arm in der Farbe. Grün, Braun, und zeitweise auch Schwarz und Grau, sind seine einzigen Noten, die er freilich zur Delikatesse zu steigern vermag. Die Lebendigkeit des Farbengefühls fehlt, die organische Wärme. Es ist etwas Totes, Stilllebenhaftes in diesen Bildern. Dabei ist er ein brillanter Maler, unserer ersten einer; doch man kann verstehen, dass er aus dem vorhin Betonten nicht zu der vollen Anerkennung kommt, die wir ihm so gerne wünschen, und über deren Ausbleiben sich so mancher Freund der Kunst wundert. Ja, wir fürchten beinahe, dass er dieses Schicksal dauernd mit jenem anderen vornehmen Deutschen, mit Anselm Feuerbach, teilen wird, dessen aussergewöhnliche Begabung eine ähnliche Problematik gewissermassen im Keime erfrieren liess.

× ×

Feuerbach

ANSELM Feuerbach, wir können es an dem hier Ausgestellten wieder erkennen, war eine der grössten Hoffnungen der deutschen Kunst, dessen volle Entwickelung durch nichts zu ersetzen wäre. Der geborene Monumentalmaler und ein Kolorist grossen Stils. Doch alles nur Anlage, keine reiche, mühelose Ernte. Trotzdem gehört das meiste, das er schuf, zum Schönsten, das wir besitzen, wie auch einige der hier ausgestellten Bilder zeigen, an denen man sogar in etwas die Stufen seiner koloristischen Entwickelung verfolgen kann. Es ist zu charakteristisch für sein kühles, grüblerisches Temperament, dass er im Grunde kein Landschafter war und deshalb auch zu einer gobelinartigen Koloristik neigte.

während der innige Gefühlskontakt zur Landschaft es gerade war, der Böcklins ungehemmte Entwickelung bedingte.

× ×

Thoma DIE 50 hier ausgestellten Bilder von Thoma zeigen uns die reiche Begabung dieses Malers von ihren ersten Anfängen bis auf unsere Tage. Der knappe uns zur Verfügung stehende Raum lässt leider keine Würdigung zu, doch eins möchte ich zur Charakteristik Thomas sagen: unter den Bildern Trübners befand sich eines, *Wilde Jagd*, das einen höllischen Zug in Gewitterlüften zeigte; es war gut gemalt, vermochte aber nicht zu überzeugen und konnte leicht den Gedanken in uns wecken: da haben wir's, diese Ideenmalerei; jeder einfache Akt von Trübner ist uns weit lieber. Kommt man nach solchen Kalkulationen aber zu Thoma, ist man sofort umgestimmt. Es kommt also einzig darauf an, wer Ideen darstellt. Und bei Thoma erkennt man auch sogleich, dass die besten der ideellen Bilder auch formal, also rein künstlerisch, die reichsten sind. Von diesen zeigt die Ausstellung starke Proben, solche, die den Keim der Entwickelung in sich tragen, die der Künstler notwendig nehmen musste.

× ×

Monet SO bleibt mir für die Monet-Ausstellung, die Paul Cassirer am 1. Oktober eröffnete, nur zu sagen übrig, dass sie herrlich ist, gleichfalls die Entwickelung dieses aussergewöhnlich starken Koloristen und Landschaftslyrikers illustriert, und auch durch alle seine Phasen. Er ist das Gegenteil von Thoma, doch wir können beide geniessen und verehren. Monet ist ein Farbenekstatiker, den das prismatische Flimmern der Dinge in Rausch versetzt, und das sein Pinsel uns niederschreibt in hinreissenden, bezaubernden Strophen voll flackernden Lebens. Er bannt den Augenblick, doch wundersam bezwingend.

× ×

Kurze Chronik MENZELS *Ballsouper* wurde für 100000 M. von Tschudi für die Berliner *Nationalgalerie* erworben. × Das *Kaiser Friedrich-Museum* erwarb eine *Grablegung* von Vittore Carpaccio. × In Paris starb William Bougereaux, 80 Jahre alt. × Am 29. September feierte Andreas Achenbach seinen 90. Geburtstag. × Der *Louvre* erbte aus dem Nachlass des Barons Rothschild zwei Teniers, vier Greuze, einen Ruysdael, einen Hobbema und einen Wouwerman. × Der *Verband der Kunstfreunde der Länder am Rhein* veranstaltet im Mai 1906 in Cöln seine 1. nationale Kunstausstellung. × Das städtische Museum in Leipzig erwarb die Tolstoj-Büste des Bildhauers Trubetzkoj. × England gedenkt ein Gesetz gegen die Ausfuhr von Kunstwerken zu erlassen, wie ein solches in Italien besteht. × Auf der internationalen Kunstausstellung in Venedig wurden bis zum 31. Juli für 342000 M. Kunstwerke angekauft.

× ×

Literatur DIE Zeitschrift *Kind und Kunst*, die Alexander Koch in Darmstadt herausgibt, hat ihren 1. Jahrgang vollendet, und wir wollen ihrer an dieser Stelle gedenken als eines jener Organe, die den kunstpädagogischen Zwecken dient, die Professor Lichtwark in Hamburg mit so viel Erfolg ins Leben rief. Es ist von mancher Seite Einspruch erhoben worden, und nicht mit Unrecht, gegen die Parole *Kind und Kunst*, doch kann dieses nur im Sinne einer unsinnigen Kunstbeschäftigung der Kinder geschehen. Worum es sich hier handelt, ist das künstlerische sehen Lernen, nicht das Grossziehen des das Kunstproletariat mehrenden Dilettantismus. Und zwar sollte dieses künstlerische sehen Lernen sich beim Kinde weniger auf die Werke der Künstler, als auf alle die Dinge beziehen, die es im täglichen Leben umgeben. Hier ist das breite Publikum masslos verbildet, und hier kann eine solche Zeitschrift reichlich nützen. Sie muss sich mit Dingen befassen, die naturgemäss den Ideenkreis des Kindes ausmachen. Dann werden aus den Kindern Erwachsene, die die Kunst zu würdigen wissen. Wohin aber ein leerer Dilettantismus führt, erkennen wir täglich mit Schauder im modernen Kunstgewerbe: junge Leute, die nicht genug Talent zum Maler haben und nie einen Meissel und Hobel in der Hand hatten und von Leimen nichts verstehen, zeichnen Möbel, die zusammenbrechen, so man sich darauf setzt, und von der Zweckmässigkeit weiter entfernt sind, als die irgend einer Zeit. Da sollte schon die Jugenderziehung die *Kunst im Leben des Kindes* einsetzen: lehrt die Knaben das Handwerk achten und verstehen und lasst jeden

Möbelzeichner praktisch arbeiten, wie dieses jeder Ingenieur muss! ✕ Ein solches Problem des modernen Kunstgewerbes behandelt in der *Dekorativen Kunst* Karl Scheffler sehr interessant. Sein Aufsatz heisst *Stein und Eisen* und spricht von den übertriebenen Hoffnungen, die wir an die Verwendung des Eisens als Baumaterial knüpften. Er sucht darzulegen, dass das Eisen nur dem Zweckbau dienen könne, der Zweckbau aber nur eine sehr begrenzte Schönheit enthalte, nicht die letzte; Gegenstände ideeller Baukunst könne man nicht aus Eisen konstruieren, für sie sei allein der Stein zu verwenden. Wir verwenden heute das Eisen sehr wohltuend im Zweckbau, wie man einst nur das Holz in ihm verwendete. Die höchste Kunstform sei nur in Stein auszudrücken, doch um keinen Preis sollen wir beide vermischen, wie es leider so oft geschehe. Ist eine Verbindung von Stein und Eisen am Zweckbau vonnöten, so sollen wir den Stein im Sinne des Eisen behandeln, denn das Eisen lasse sich nicht phantasievoll zieren und konstruieren. Die Konstruktion sei aber erst der Ausgang der Kunst, die Stilkunst das Ziel. In diesem Sinne sei die Ingenieurkunst, die ganz Konstruktion ist, nicht die höchste. ✕ Aus dem reichen Septemberheft von *Kunst und Künstler* sei vor allen Hymans Aufsatz über de Braekeleer betont. Ich erwähnte diesen Künstler schon in der vorigen Rundschau anlässlich seiner Gedächtnisausstellung. Auch wer die Originale nicht kennt, kann nun aus der Reproduktion eine Vorstellung von der ernsten und tiefen Kunst dieses Mannes gewinnen, der ein bedeutender Zeichner war und die Form derart meisterte, dass sie sich aus sich selbst beseelte: man sehe den *Hornbläser*. Die *Bleiche* und der *Garten* zeigen uns, wie reizvoll er den Raum gestaltete, und der alte Seemann auf dem Bilde *Der Atlas* seine hohe Zeichenkunst. Eine Schwermut und Poesie der reinen Sachlichkeit spricht aus dieser Kunst. Und der Künstler, der im Irrsinn starb, hatte, wie alle wahren Künstler, lange um die Anerkennung zu ringen. Heilbuths Aufsatz über die retrospektive Landschafterausstellung ist, wie alles, was dieser ausgezeichnete Kenner schreibt, sehr lesenswert. Laforgues pikanter Aufsatz über den Impressionismus erhält durch die Fussnote der Redaktion eine notwendige Ergänzung.

RUDOLF KLEIN

DIVERSA

Notizen

In eigener Sache IN der *Leipziger Volkszeitung* vom 23. Oktober hat Genosse Paul Lensch einen Artikel über das neue Buch Schippels veröffentlicht, in dem er von dem *Verlag der Sozialistischen Monatshefte* als von »einem bürgerlichen Verlage« spricht. Da bereits vor einigen Wochen in dem gleichen Blatte von »bürgerlichen Zeitschriften, wie den *Sozialistischen Monatsheften*,« die Rede war, so könnte man auf die Vermutung kommen, dass Methode in dieser Geschmacklosigkeit liegt, und dass der betreffende Schriftsteller damit den Nachweis vorhandener, in manchen Kreisen geschätzter Talente und Fertigkeiten hat erbringen wollen, die ihm eine Anwartschaft auf Höheres in der Welt geben, in der die Lächerlichkeit nicht tötet, sondern fördert. Ich glaube indessen, dass es sich beim Genossen Lensch nur um eine Entgleisung handelt: er kann die *Sozialistischen Monatshefte* schwerlich als *bürgerlich* ansehen, da er ja vor einiger Zeit ihnen selber seine Mitarbeit angeboten hat. Man könnte es mir auch nicht zumuten, dass ich derartige Streiche, wie die Einreihung der *Sozialistischen Monatshefte* unter die *bürgerlichen* Blätter, ernsthaft abwehre. Eine Zeitschrift, die zwar offizielles Parteiorgan nicht ist, noch sein will, die ich aber als Parteigenosse redigiere, und bei deren Leitung ich nach den selben Grundsätzen verfahre, nach denen eine sozialdemokratische Zeitschrift und jeder Sozialdemokrat verfahren muss, eine Zeitschrift, die — das muss jeder ehrliche Mensch anerkennen, gleichviel, wie er zu den einzelnen in den *Sozialistischen Monatsheften* vertretenen Anschauungen steht — in mehr als zehnjähriger Arbeit bestrebt gewesen ist, der Sache des Sozialismus zu dienen, hat es nicht nötig, sich oder ihren Verlag, der das Nämliche will, gegen törichte Anrempelungen zu verteidigen.

JOSEF BLOCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION WILHELM STERNBAUER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN



12. HEFT / DEZEMBER 1905

OTTO HUE · EIN NEUES ARBEITERRECHT FÜR DEN BERGBAU

DIE preussische Berggesetznovelle ist die Kodifikation eines Herrenbergrechts. Verschwommenheit der Vorschriften und provozierender Arbeitertrutz zeichnet dieses Gesetz aus, dessen Verabschiedung einen Posten mehr in das grosse Schuldkonto des Zentrums eintrug. Was ich in dieser Zeitschrift über die Gemeingefährlichkeit des Schundgesetzes geschrieben,[1]) ist jetzt vollauf bestätigt durch die gespannte Situation in den Bergbaubezirken. Wo die Werksverwaltungen die Kautschukbestimmungen nur eben im arbeiterfeindlichen Sinne auslegen konnten — und das ist so gut wie überall ermöglicht — da ist es geschehen durch die neuen Arbeitsordnungen. Gerade die wichtigsten Fragen des Arbeitsvertrages, die zu ständigen Friktionen zwischen den Kontrahenten geführt und auch den grossen Streik veranlassten, sind durch die Novelle vom 14. Juli 1905 entweder gar nicht entschieden, oder es ist der Geist des *Herrenmenschentums* siegreich geblieben. Schichtzeit, Gedingeregelung, Arbeitervertretung, Berginspektion, Strafwesen und Knappschaftswesen haben keine zeitgemässe Reform erfahren. Die für die schlesischen, mittelpreussischen und rheinisch-westfälischen Zechen ergangenen neuen Arbeitsordnungen spiegeln die Unfruchtbarkeit, die rückschrittliche Tendenz der letzten Berggesetzaktion des preussischen Dreiklassenparlaments in aufreizender Weise wider. Wollte man wieder eine Katastrophe heraufbeschwören, man hätte das Arbeitertrutzgesetz kaum schlimmer formulieren können. Mit aller Entschiedenheit legen wir Protest gegen die verleumderische Pressmache ein, die den Arbeiterorganisationen oder gar der Sozialdemokratie die Schuld an der neuerlichen kritischen Situation im Bergbau zuschieben will. Als das Gesetz noch nicht angenommen war, prophezeite die Zentrumspresse den Ausbruch neuer Kämpfe, sofern kein die Arbeiter befriedigendes Gesetz zu stande käme. Nun liegt das Pfuschwerk vor, kein Bergarbeiter ist damit zufrieden, kann es nicht sein, und da versucht die Presse der meistschuldigen Zentrumspartei, die Wirkungen der Arbeitertäuschung als Folgen — einer *Verhetzung der Arbeiter* zu denunzieren. »Steine statt Brot«

[1]) Vergl. meinen Artikel *Berggesetzgebung und Zentrumspolitik* in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 777 ff.

gebe das Gesetz den Arbeitern, schrieb das Organ des christlichen Bergarbeitergewerkvereins. Das trifft zu; darum auch die Äusserungen der Unzufriedenheit aus Arbeiterkreisen. Die Bergarbeiter können und dürfen mit dem Herrenbergrecht nicht zufrieden sein. Sie haben Brot erwartet und Steine bekommen.

× × ×

DIE Kämpfe der Bergarbeiter um ein modernes Arbeiterrecht begannen mit der Einführung des neuen Bergrechts, welches den Kapitalisten zum Bergherrn machte und den uralten, für den Bergbau sehr zweckmässigen Arbeiterschutz so gut wie beseitigte. Das preussische Gesetz vom 20. Mai 1860 übergab den Bergmann als *freien Arbeiter* dem Unternehmertum; das Berggesetz vom 24. Juni 1865 hob alle noch bestehenden arbeiterschützenden Gesetzesbestimmungen faktisch auf. Was blieb oder später zusammengeflickt wurde, ist der Scheinarbeiterschutz, der im preussisch-deutschen Bergbau Jahr um Jahr den Blutstrom anschwellen lässt.

VOR uns liegt ein Dokument für die infolge der 1865 perfekt gewordenen neuen Berggesetzgebung eingetretene rasche Verschlechterung der Bergarbeiterlage. Es ist ein am 29. Juni 1867 von Essener Bergleuten an den preussischen König gerichtetes Immediatgesuch. Ausdrücklich weisen die Bergleute auf die arbeiterfeindliche Eigenschaft des Gesetzes vom 20. Mai 1860 hin. Vorher war der Bergmann der Bergbehörde unterstellt, nicht abhängig von den Grubenkapitalisten. Annahme, Verlegung, Entlassung des Arbeiters, Lohnfestsetzung, Gedingeregelung, Strafvollzug, alles lag in Händen des bergbehördlichen Vertreters (Bergamt, *Geschworene*), dem strengstens irgendwelche Gewinnbeteiligung am Bergbau verboten war. Schichtzeit und Normallohn war genau bergordnungsgemäss vorgeschrieben. Die Tendenz dieses Bergarbeiterrechtes war arbeiterschützend, wenn es auch gewisse persönliche Freiheitsbeschränkungen für den Arbeiter in sich begriff, die der vormärzlichen Auffassung vom *beschränkten Untertanenverstand* entsprachen. Jedenfalls durchweht die alten Bergordnungen ein Geist des praktischen Wohlwollens für den Bergmann, dessen eigenartige und gefährliche Beschäftigung ihn besonderen Schutzes und besonderer Staatsbürgerfreiheiten bedürftig mache. Durch die Eingabe der Essener Bergleute erfahren wir, dass sieben Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes von 1860, zwei Jahre nach Erlass des allgemeinen preussischen Berggesetzes vom Jahre 1865 ein totaler Umsturz der Arbeiterverhältnisse vollzogen war. Die Knappen klagten über einseitige Festsetzung der Schichtzeit durch die Unternehmer, zwangsweise Verlängerung der Arbeitszeit, Niederdrücken des Lohnes ohne Einhaltung einer unteren Grenze, Massregelung und Boykottierung der auf ihr Recht pochenden Knappen, Erzwingung von Überschichten, willkürliche Lohnabzüge, schlechte Behandlung, Aufhebung des alten Arbeiterschutzes. Wörtlich heisst es in der für die Geschichte der Bergarbeiterentrechtung hochwichtigen Eingabe: Die Unternehmer »betrachten uns als willenlose Maschinen und Arbeitsinstrumente, deren Arbeitskraft sie zu ihrem Vorteil möglichst ausnutzen können . . .« Von einem *freien Übereinkommen* sei gar nicht die Rede, Rücksicht auf ältere Arbeiter werde nicht mehr genommen; die jüngeren Bergleute werden so abgetrieben, dass die Zahl der militärdienstuntauglichen Bergarbeiter rasch zunehme. In dieser scharfen Weise äusserten sich die königstreuen Ruhrbergleute vor 38 Jahren über die

unter Geltung des neuen Bergrechts rapide eingetretene Verschlechterung der Knappenverhältnisse. Bezeichnend für den Geist der Petenten ist, dass sie sich auch bitter beklagen über den Fortfall der Gebetstunde vor der Einfahrt! Statt mit dem Gebetbuch, wie zur Zeit der frühern Bergordnung, kämen jetzt die Beamten »mit rohen Flüchen in die Waschkaue und treiben die Bergleute eine Viertelstunde vor Anfahrt schon in die Grube . . .« In materieller Hinsicht konstatieren wir, dass die selben Missstände, von denen die Bergarbeitereingabe vom Jahre 1867 redet, heute noch wesentlich bestehen und die Ursache der neueren Bergarbeiterbewegung sind. Auch darin besteht eine Übereinstimmung zwischen damals und jetzt, dass am 16. November 1867 der preussische Handelsminister von Itzenplitz den klagenden Bergleuten die selbe Antwort gab, wie 1905 Herr Möller, nämlich: »Die Beschwerden sind unbegründet, die angegebenen Missstände sind nicht vorhanden!« Und im Mai 1872 brach der erste moderne Ruhrbergmannsstreik aus; in ihrem Memorandum an den *Bergbaulichen Verein*, datiert vom 1. Juni 1872, forderten die Streikenden — die Achtstundenschicht, die nach der amtlichen Versicherung des Ministers von Itzenplitz doch existieren sollte. Schon diese kleine historische Reminiszenz zeigt, dass es sich bei der augenblicklichen Bergarbeiterbewegung nur um eine Episode in dem Kampfe um das Bergarbeiterrecht handelt, der mit der Einführung des dem Privatkapital Hoheitsrechte verleihenden Berggesetzes von 1860-1865 seinen Anfang genommen hat.

DIE Bergarbeit ist mit dem Entstehen der Grossbetriebe gesundheits- und lebensgefährlicher geworden; der Arbeiterschutz aber wurde mit der Einführung des neuen Bergrechtes schlechter. Der Unternehmer gewann immense wirtschaftliche, dadurch auch politische Macht, der Bergarbeiter verlor seine sozusagen gesicherte Existenz. Die Gesetzgebung aber hielt an der Fiktion des *freien Arbeitsvertrages* fest, überlieferte faktisch das Arbeiterwohl dem Gutdünken der Kuxen- und Aktienbesitzer. Das mittelalterliche Bergrecht regelte mit besonderer Berufung auf die Eigenart des Bergbaues die Verhältnisse der Lohnarbeiter zu den Gewerken (Bergwerksbetreiber) in detaillierter Weise, das neue Bergrecht anerkennt das Recht des Unternehmers, mit der Ware *Arbeitskraft* nach Belieben zu verfahren. Statt die mittelalterlichen Schutzgesetze für den Bergmann entsprechend der bedeutend zugenommenen Betriebsgefährlichkeit fortzuentwickeln, sind sie 1860-1865 im Einklang mit der manchesterlichen Doktrin radikal abgerissen worden.

DIE revidierte schlesische Bergordnung vom Jahre 1769 setzte die Schichtzeit auf 8 Stunden fest; Doppelschichten waren verboten. Heute dauert in Schlesien die Bergarbeiterschicht 9 bis 12 Stunden, Doppelschichten werden viele verfahren. Im Saargebiet bestimmte noch die Knappschaftsordnung vom 23. Juni 1853 einen »normalmässigen Schichtlohn«, der in 8 Stunden verdient wurde; 1889 mussten die Saarbergleute streiken um die Beseitigung der inzwischen aufgezwungenen Zehnstundenschicht. 1865 erging das heute noch massgebende Berggesetz; schon 1869 traten die Waldenburger Bergleute in den bekannten Streik ein und verlangten: Herabsetzung der Schichtzeit von 10 auf 8 Stunden, würdigere Behandlung seitens der Beamten, Zusicherung bestimmter Normallöhne, Zahlung eines wöchentlichen Lohnteiles (Abschlag). Der Streik ging verloren, hinterher ist auf niederschlesischen Zechen sogar die 11- bis 12stündige Schicht eingeführt worden. Überall stossen wir in der Bergarbeitergeschichte

der letzten dreissig Jahre auf Versuche der Arbeiter, die vor Inkrafttreten der Gesetze von 1860-1865 übliche gesetzliche Achtstundenschicht wieder zu erhalten. Die Achtstundentradition blieb aber lebendig, der Wunsch, den alten Bergarbeiterschutz in modernisierter Form wiederzubekommen, war und ist die Triebfeder der Knappenbewegung seit 1865. Erhoben wird die Forderung nach gesichertem Mindestlohn. In den früheren Bergordnungen war den Bergleuten ein von der Bergbehörde festgesetzter *Normallohn* gewährleistet, der unter wohlwollender Berücksichtigung der Arbeiterbedürfnisse alle Quartal oder alle Jahre den Betriebsleitern vorgeschrieben wurde. Ein vom Kriegs- und Domänenrat Richter an den preussischen König erstatteter Bericht über den westfälischen (märkischen) Bergbau, datiert vom 26. August 1735, erzählt, die Schichtzeit der *Kohlengraber* betrage 3 bis 4 Stunden (!), wofür der Lohn und das Recht, sich die besten Kohlenstücke anzueignen (!), zu hoch bemessen sei. Die später ergangene Bergordnung führte Normallöhne ein. Bergrat Decker, der Organisator des märkisch-westfälischen Bergbaues, erstattete am 28. Oktober 1735 einen Bericht, aus dem hervorgeht, dass die westfälischen Bergleute damals für einen, gemessen an der heutigen Bergarbeiterbezahlung, sehr guten Lohn täglich nur 5 bis 7 Stunden arbeiteten. Die revidierte Bergordnung vom Jahre 1766 für Cleve-Mark setzte die volle Schicht auf 8 Stunden, die Nebenschicht auf 4 Stunden fest, Doppelschichten waren verboten. In diese Schichtzeit war die Ein- und Ausfahrt formell nicht einbegriffen, aber, wie selbst die vom *Verein der Ruhrzechenbesitzer* neuerdings herausgegebene *Geschichte des Bergbaues im Ruhrgebiet* zugibt, es hatte sich mit Rücksicht auf die beschwerlichen und länger werdenden Anfahrtswege die Gewohnheit herausgebildet, Ein- und Ausfahrt nachsichtig in die Schichtzeit einzurechnen. Solche Gewohnheiten haben sich im Bergbau meistens zu Gewohnheitsrechten herausgebildet, die auch in den Bergschiedssprüchen respektiert und zum grossen Teil zwingendes Recht wurden. Das allgemeine preussische Berggesetz von 1865 verbot die Fortbildung solcher Gewohnheitsrechte, entzog damit dem Bergrecht eine Quelle, aus der es Jahrhunderte lang schöpferische Kraft gesogen. Das neue Bergrecht hob alle Beschränkungen der Arbeiterausbeutung auf, die Eingabe der Essener Bergleute 1867 zeigt, mit welchem Erfolg. Der Arbeiter sank zum vom Kapitalisten bevormundeten Ausbeutungsobjekt herab. Dadurch sind die fortwährenden Kollisionen entstanden zwischen der bergmännischen Tradition und den Erfordernissen eines dem modernen Grossbetrieb angepassten Arbeiterschutzes einerseits und dem anderseits sich im Herrenbergrecht manifestierenden grosskapitalistischen Expansions- und Ausbeutungsbedürfnis. Die Bergleute verlangten Rechtsgarantieen, Mitbestimmungsrechte, praktische und unzweideutige Gesetzesbestimmungen zum Schutz ihrer Arbeitskraft, zweifelsfreie Sicherung ihres mühselig erarbeiteten Verdienstes, Gewährleistung eines auskömmlichen *Standard*lohnes. Sie verlangen Aufhebung des dem Mittelalter entlehnten, durch die moderne Industrieentwickelung längst veralteten, drückend empfundenen Bevormundungssystems, das besonders aufreizend in Erscheinung tritt in der unternehmerseits okkupierten Verwaltung der Knappschafts- und sonstigen Unterstützungskassen. Dies Bevormundungssystem fand früher immerhin versöhnenden Ausgleich in den damals den Bergknappen verliehenen wirtschaftlichen und politischen Vorrechten. Nachdem diese durch das grosskapitalistische

Herrenbergrecht abgeschafft sind, passt das trotzdem noch konservierte, den Bergarbeitern aufgezwungene Untertanenverhältnis absolut nicht mehr in das jetzige Betriebssystem hinein. Da der Mantel fiel, muss auch der Herzog fallen. Wie der monarchische Absolutismus auf bergrechtlichem Gebiete durch die Väter und Grossväter der heutigen Bergwerksbetreiber ausgerottet wurde, so lehnt sich nun der Bergarbeiter immer heftiger gegen den kapitalistischen Absolutismus auf, fordert er ein neues Arbeiterrecht, welches den Arbeiter aus einem nur angeblich freien Industriesklaven zu einem wirklich freien Industriebürger macht. Dies ist der Kern der modernen Bergarbeiterbewegung, von vielen Kämpfern zwar nur instinktiv erfasst, aber doch unverkennbar in allen Bergarbeiterprogramms, die seit dreissig Jahren in Preussen-Deutschland entwickelt wurden.

× × ×

DIE letzte preussische Berggesetznovelle beruht auf dem Grundsatz der Arbeiterbevormundung. Als die Novelle beschlossen war, rühmte sich das Zentrum seines *Erfolges.* Kritischen und abweisenden Stimmen gegenüber vertröstete die Zentrumspresse auf die Handhabung des Gesetzes, auf die alles ankäme. Allerdings, aber eben deswegen durfte das Zentrum, nachdem seine Vertreter in Presse und Parlament vorher ostentativ das stärkste Misstrauen gegen die sozialpolitische Einsicht der Zechenbesitzer ausgedrückt, keinem Gesetz zustimmen, durch welches den selben Zechenbesitzern das Heft in den Händen belassen ist. Nunmehr sind überall die neuen Arbeitsordnungen ausgehängt; den Arbeitern ist gesetzlich nur die *Äusserung* gestattet, mitzubestimmen haben sie nichts an der Formulierung des *freien* Arbeitsvertrages. Wem er nicht passt, kann gehen. Die Funktionäre des Bergarbeiterverbandes in Schlesien, Mitteldeutschland und Rheinland-Westfalen haben trotzdem schriftliche Abänderungsanträge zur Arbeitsordnung bei den Werksverwaltungen eingereicht. Resultat: glatte Ablehnung. Auf zahlreichen Zechen sind die Aushänge nur 3 bis 4 Tage, oft auch nur schlecht leserlich, zur *Kenntnis* der Belegschaft gebracht. Herrenbergrecht! Es erscheint ganz ausgeschlossen, dass das Zentrum dieses Verhalten der Zechenbesitzer nicht vorausgesehen hat. Bemerkenswert ist, dass auf den oberschlesischen Gruben des Reichstagspräsidenten und Zentrumsabgeordneten Grafen Ballestrem die selbe Arbeitsordnung erlassen wurde, wie auf den anderen oberschlesischen Werken, wo es darum schon zu Teilstreiks gekommen ist. Die Arbeiter empfinden nun, wie sie genasführt sind. Das Gesetz verbietet zwar die Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit, die Seilfahrt soll nur ½ Stunde (Ein- und Ausfahrt) für den einzelnen Arbeiter betragen. Aber der Mangel fester Begriffsbestimmung durch die Novelle hat die Zechenbesitzer formell berechtigt, *Seilfahrt* und *Arbeitszeit* derart zu *regeln,* dass infolge der neuen Arbeitsordnungen grossen Arbeitergruppen trotzdem keine Verkürzung ihres unterirdischen Aufenthalts gegeben ist. Durch die Vorschrift, 10 Minuten vor Beginn der Seilfahrt habe die Gesamtbelegschaft schon im Besitz der Kontrollmarke zu sein, sind die Belegschaften der betreffenden Zechen im Ruhrgebiet gezwungen, jetzt früher, als vorher, auf dem Zechenplatz zu erscheinen. Analog der hierin völlig unzulänglichen Novelle besagen die Arbeitsordnungen auch nichts über die unbedingte Sicherung des erzielten Verdienstes, der *Gedingevertrag* ist nach wie vor Dekoration. Das Strafwesen ist nach wie vor der Beamtenwillkür anheim gegeben; die statt des

Nullens neueingeführte Geldstrafe (bis 5 Mark im Monat pro Kopf) wirkt vielfach drückender, als das alte System. Dem Arbeiterausschuss sind nur solche *Befugnisse* gegeben, die das *Herren im Hause*-System gar nicht beschränken. Positive Anträge der Belegschaften hierzu sind alle abgelehnt worden. So gut wie sicher ist, dass auf vielen Ruhrzechen nur den Streikbrechern das passive und aktive Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen gewährt wird; fest steht es für 27 Zechen mit zirka 36 000 Arbeitern.

STATT ein zeitgemässes Bergarbeiterrecht zu konstituieren, hat also die Novelle der kapitalistischen Despotie neue Stützen verliehen. Darum nur die erneut auftretende verstärkte Erregung der Belegschaften. Schon ist es in Schlesien wegen der Arbeitsordnung zu Arbeitseinstellungen gekommen; in Mitteldeutschland sammelt sich das bergarbeitende Volk zum Ansturm gegen das Herrenbergrecht. Die Ruhrbergleute haben am 18. November eine gemeinsame Revierkonferenz zwecks Demonstration gegen das Herrenbergrecht abgehalten, die keinen Zweifel über die kritische Situation im Bergbau zurückliess. Kompliziert wird die Bewegung noch durch die Lebensmittelverteuerung, der keine Lohnerhöhung die Wage hält.

DAS formelle Recht ist durch die Grubenherren in allen entscheidenden Punkten nicht verletzt; das muss im Interesse der absolut nötigen Berggesetzreform bekannt werden. Der Landtag hat für das Unternehmertum gearbeitet, dieses nutzt nun auch die schwammigen Gesetzesparagraphen weidlich aus. Was geschehen und noch kommen wird, haben nur die Gesetzesverpfuscher im Landtage auf dem Gewissen. Dies nachdrücklichst hervorheben, heisst auch den Weg zeigen, der aus der hochkritischen Sackgasse führt. Wer Ruhe haben will im Bergbaurevier, muss ehrlich und energisch für die Schaffung eines modernen Bergarbeiterrechtes eintreten. Es muss endlich einmal aufgeräumt werden mit dem System der Arbeiterbevormundung, die hinübergeschleppt worden ist in das XX. Jahrhundert, obwohl alle technischen und sozialen Vorbedingungen für die *patriarchalische* Behandlung des Bergarbeiters als industriellen Untertanen beseitigt sind durch das rein geschäftlich operierende Unternehmertum. Ihm sind alle Vorrechte zu teil geworden, dem Bergmann sind sie genommen. Er aber fordert keine Vorrechte, sondern nur Anerkennung seiner Menschenwürde, zwingendes Mitbestimmungsrecht, wo es sich um sein Leben und seine gesellschaftliche Existenz handelt. Der Reichstag muss schleunigst den Grubenproletariern geben, was der Landtag den Entrechteten verweigert hat.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

JULIUS BRUHNS · WAHLSTATISTIK UND WAHLBETEILIGUNG IN PREUSSEN

VOR kurzem ist endlich — fast zwei Jahre nach den letzten allgemeinen Wahlen zum preussischen Landtage — die amtliche statistische Bearbeitung der Ergebnisse dieser Wahl veröffentlicht worden. Die umfangreiche Arbeit des Herrn Oberregierungsrats Evert ist in ihren für uns wesentlichen Punkten in der Parteipresse schon besprochen worden, so dass hier von einer Wiederholung abgesehen werden kann.

Die amtliche Statistik ist allerdings eine Musterleistung des Bureaukratenzopfes und stellt einer Würdigung der Wahlergebnisse vom politischen Standpunkt aus sehr grosse Hindernisse entgegen. Auf die nächstliegende Frage nach den Wahlergebnissen in den einzelnen Wahlkreisen gibt die Statistik gar keine direkte Antwort, da sie die Wahlergebnisse lediglich nach Verwaltungsbezirken (Stadt- und Landkreisen in buntem Durcheinander) zusammenstellt und es Neugierigen überlässt, sich die entscheidenden Wahlkreisresultate selbst mühsam zu suchen und zusammenzurechnen. Viel schlimmer noch ist, dass auch die Fragen nach der Steuerleistung in Beziehung zum Wahlrecht nicht für die einzelnen Wahlkreise und ihre Urwahlbezirke, ja nicht einmal für die Stadt- und Landkreise beantwortet werden, sondern nur für ganze Regierungsbezirke. Damit ist diese statistische Arbeit für die uns besonders wichtige Frage nach den Steuerleistungen der Urwähler im Wahlkreise und ihrer dadurch bedingten Verteilung auf die Uhrwahlbezirke im Wahlkreise völlig wertlos geworden.

NICHT einmal die Verteilung der Stimmen und der Wahlmänner auf die einzelnen Parteien gibt ein klares Bild von der wirklichen Stärke dieser Parteien. In der Statistik sind nicht weniger als 113 177, das heisst 6,77 % der Urwähler mit *unbekannter* und 74820, das heisst 4,48 % der Urwähler mit *sonstiger Parteirichtung* bezeichnet. Ganz sicher stecken in diesen nach Angaben der Wahlvorsteher rubrizierten mehr als 190 000 Urwählern noch viele Tausende von Sozialdemokraten. Die Zahl der in der Statistik angegebenen 314 119 sozialdemokratischen Urwähler wird sich danach noch um einige Zehntausend erhöhen und die der konservativen, als der stärksten Partei, mit 324 157 Urwählern noch übertreffen, vielleicht sogar noch die Freikonservativen mit 60 000 Urwählern eingeschlossen. Die sozialdemokratische Partei wäre dann auch bei den preussischen Landtagswahlen schon nach dem ersten ernsthaften Versuch zur stärksten Partei geworden, trotz öffentlicher Abstimmung und trotz noch ganz unvollständiger Beteiligung. Haben sich von der Beteiligung von den insgesamt 256 Wahlkreisen doch noch 134, weit mehr als die Hälfte, ganz ferngehalten, während von intensiver Beteiligung überhaupt nur in wenigen Kreisen gesprochen werden kann.

DIE stärkste Partei an Zahl der Wähler — und nicht ein einziges Mandat gewonnen! Der preussische Beamte, der diese Landtagswahlstatistik bearbeitet, gibt sich alle Mühe, der Welt die Trefflichkeit des Dreiklassenwahlsystems zu beweisen. Von plutokratischer Vorherrschaft kann nach ihm nicht die Rede sein. So beweist er mit allerlei geschickten Zahlengruppierungen, »dass die zweite Abteilung in den Städten ganz überwiegend vom gewöhnlichen Mittelstand beherrscht wird, und dass auch die erste Abteilung in der Mehrheit der Urwahlbezirke noch bei Steuerleistungen zugänglich ist, wie sie von den Mitgliedern des *besseren* Mittelstandes aufgebracht zu werden pflegen«. Und er setzt hinzu: »Sehr viel *demokratischer* noch ist aber die Verteilung auf dem Lande«, wobei ich bemerke, dass das Wort *demokratischer* vom Herrn Oberregierungsrat in Gänsefüsschen gesetzt ist. Dass bei 4139 von insgesamt 27 182 Urwahlbezirken, also mehr als dem siebenten Teil, die erste oder zweite Abteilung nur von einem oder zwei Wählern gebildet wird, geniert den Statistiker nicht weiter. Und kein Wort hat er für die Tatsache, dass die nach ihm zweitstärkste, in Wahrheit stärkste Partei unter diesem trefflichen, gerechten Wahl-

system nicht ein einziges Mandat erringen konnte, während die kaum gleich starken beiden konservativen Parteien nicht weniger als 203 Mandate *eroberten*.
AUCH der fanatischste Anhänger des Grundsatzes, dass das Wahlrecht nach der Steuerleistung bemessen werden müsse, kann mit dem preussischen *Wahlrecht* nichts anfangen, sieht seinen Grundsatz vielmehr durch dies plutokratische Wahlsystem unheilbar kompromittiert. Was will der Umstand, dass die Durchschnittssteuerleistung eines Urwählers vom Lande 38,72, die des städtischen Urwählers dagegen 101,34 Mark beträgt, bedeuten neben der von der selben amtlichen Statistik mitgeteilten grotesken Tatsache, dass, während in einem schlesischen Urwahlbezirk der erste Urwähler dritter Abteilung über 30 000 Mark Steuern zahlt, in einem ostpreussischen ländlichen Urwahlbezirk der oberste Urwähler erster Abteilung 20 Mark Steuern entrichtet, in sechs anderen Bezirken Urwähler schon mit einer Steuerleistung von 10 Mark in die erste Abteilung gelangten! Und dazu all die anderen *Schönheiten* dieses Wahlsystems, so die, dass in Berlin III auf 89796 Urwähler, in Sigmaringen auf 6491 Urwähler ein Abgeordneter entfällt.
IM Grunde sind das alles, trotz einiger neuer Ziffern, ja *olle Kamellen* für uns. Wir kennen die schreiende Ungerechtigkeit, den unglaublichen Blödsinn dieses Wahlsystems längst. Einigen parteigenössischen Gegnern unserer Wahlbeteiligung muss aber die erneute Konstatierung jener längst bekannten Tatsachen zu erneutem Anlass dienen, um die völlige Aussichtslosigkeit unserer Wahlbeteiligung nachzuweisen. Ganz unzweifelhaft soll danach die amtliche Statistik erweisen, dass wir unter diesem Wahlsystem niemals aus eigener Kraft ein Mandat erringen können. Sei das aber nicht möglich, dann sei damit auch die völlige Nutzlosigkeit unserer Wahlbeteiligung erwiesen, ja ihre Schädlichkeit insofern, als wir Arbeit und Geldmittel auf eine wertlose Sache verwenden, die für nützliche Dinge verwendet werden könnten.
GEWISS schlage ich den Wert einiger sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Landtage recht hoch an, aber ich glaube, wir dürfen die Bedeutung unserer Wahlbeteiligung auch nicht ausschliesslich unter diesem Gesichtspunkte beurteilen. Doch beschäftigen wir uns zunächst mit der Frage, ob es denn nun wirklich nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahl ganz unerschütterlich feststeht, dass wir niemals aus eigener Kraft Mandate erobern können. Ganz haarscharf ist das in der Parteipresse auf Grund amtlicher Zahlen ausgerechnet worden, und gegen die rechnungsmässige Richtigkeit dieser Berechnungen ist an sich nichts einzuwenden. Aber man gewinnt schon einiges Misstrauen gegen die Beweiskraft dieser Zahlen, wenn man sich erinnert, dass von den Gegnern der Wahlbeteiligung in Sachsen genau so unwiderleglich ausgerechnet wurde, dass wir auch dort niemals Mandate aus eigener Kraft erringen würden. Allen Rechenkünsten zum Trotz schwimmt aber jetzt der erste sozialdemokratische Hecht wieder im sächsischen Karpfenteich, und niemand zweifelt noch daran, dass diesem ersten noch einige andere folgen werden.
JA, muss das aber nun auch für den preussischen Landtag zutreffen? Man wird das nicht ohne weiteres zu behaupten wagen. Aber man sollte auch das Gegenteil nicht mit so unerschütterlicher Sicherheit vortragen, wie das zum Beispiel Genosse Marckwald in der *Neuen Zeit* tut. Mit dem Nachweis, dass in einem Wahlkreis etwa 7 %, im anderen 30 %, im Durchschnitt etwa 15 % der

Wähler die ersten beiden Abteilungen beherrschen, immer also eine Minderheit von *Reichen* die in der dritten Abteilung befindliche Mehrheit der Armen majorisieren wird, kann man die Sache doch noch nicht machen. Bei der Entscheidung dieser Frage kommen die besonderen Verhältnisse einzelner Wahlkreise in Betracht, über welche die amtliche Statistik eben gar nichts bringt. Würde sie darüber das Nötige enthalten, dann dürfte Genosse Marckwald von dem Unterfangen, »die Erwartungen hoffnungsfreudiger Parteigenossen mit mathematischer Genauigkeit widerlegen« zu wollen, doch wohl absehen müssen. Es gibt in Preussen gewiss Wahlkreise, die in ihren eigenartigen Verhältnissen dem Versuche, sie mit der Elle der beliebten Durchschnittsziffern zu messen, entschieden widerstehen. Zu solchen Kreisen rechne ich zum Beispiel in Schlesien den Landtagswahlkreis Reichenbach-Waldenburg, der sich zusammensetzt aus den beiden sozialdemokratisch vertretenen Reichstagswahlkreisen Waldenburg und Reichenbach-Neurode, mit Ausschluss des ländlichen Kreises Neurode, in welchem das Zentrum dominiert. Ein Weber- und Bergarbeiterwahlkreis, dessen dritte Wählerklasse uns unbedingt gehört, während die zweite Klasse zum kleineren Teil von Beamten, zum grösseren von besser gestellten Arbeitern und den von der Arbeiterbevölkerung ganz abhängigen Geschäftsleuten gebildet wird. Wird dieser Kreis nicht, wie ähnliche Kreise in Sachsen, allen scharfsinnigen Berechnungen spottend, eines Tages, wenn die jetzt noch vielfach bestehende Scheu vor der öffentlichen Abstimmung ganz geschwunden ist — eine Frage der politischen Erziehung — drei sozialdemokratische Abgeordnete in den preussischen Landtag senden? Und gibt es solcher Kreise nicht noch mehr in Preussen? Nur ein Wahlkreis kann in seinen besonderen Verhältnissen vom Genossen Marckwald gewürdigt werden: der dritte Berliner Landtagswahlkreis, der schon im ersten Ansturm eine nicht sehr weit von der Mehrheit entfernte sozialdemokratische Wahlmännerschar zusammenbrachte, und von dem sehr gute Kenner des preussischen Wahlrechts sowohl, wie der speziellen Berliner Verhältnisse glauben, dass er bei einer Wiederholung der Wahl unter nicht noch verschlechterten Verhältnissen unseren Sieg ergeben würde. Marckwald hält das für ganz unmöglich, da, wenn wir die Steuerleistung von 36 Mark in der zweiten Abteilung als oberste Grenze für die Möglichkeit ansehen, dass proletarische Wähler die kleinbürgerlichen und begüterten an Zahl übertreffen, wir niemals die Mehrheit gewinnen werden. Ich glaube dagegen, dass auch hier die rein mechanische Berechnung durch die tatsächlichen Verhältnisse, vor allem durch die politische Entwickelung als falsch erwiesen werden wird. Ganz abgesehen davon, dass jene oberste Grenze von 36 Mark Steuerleistung für Berliner Verhältnisse zu niedrig gegriffen scheint, zeigt doch gerade in Berlin die Entwickelung, dass immer grössere Schichten des sogenannten *Mittelstandes* den Anschluss an die Sozialdemokratie bewirken. Das hat soeben wieder der Ausfall der Berliner Stadtverordnetenwahlen bewiesen. Ich will hier auch wieder hinweisen auf die interessanten, in dieser Zeitschrift schon gewürdigten Untersuchungen Dr. Blanks über die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Reichstagswählerschaft, wonach mindestens 40 % der sozialdemokratischen Reichstagswähler Berlins Handwerker, Gewerbetreibende und Beamte sind. Viele dieser Wähler werden niemals öffentlich für die Sozialdemokratie stimmen, sicher aber wird die Zahl der Wähler dieser Schichten in den Grossstädten immer grösser.

VON einiger Bedeutung für die Frage, ob wir hier und da aus eigener Kraft ein Mandat erringen werden, ist auch die von der preussischen Regierung geplante und unumgängliche Zerlegung der grössten Landtagswahlkreise in selbständige kleinere Kreise mit je einem Abgeordneten. Eine solche Zerlegung muss auch bei der knifflichsten Wahlkreisgeometrie doch dahin führen, wie beispielsweise sicher in Breslau, Stadtteile mit überwiegend proletarischer Bewohnerschaft zu einem Wahlkreis zu gestalten und damit die Chancen eines sozialdemokratischen Erfolges zu erhöhen. Auch für Berlin und seine benachbarten Riesenkreise wird eine derartige Änderung sicher von Bedeutung sein.

NACH alledem sollte nicht mit der gezeigten Sicherheit die Unmöglichkeit betont werden, eigene Mandate erringen zu können. Selbst wenn diese Sicherheit aber ganz berechtigt wäre, sollte sie doch nicht dazu führen, die Wahlbeteiligung als unnütz, zwecklos, ja schädlich zu bezeichnen. Die agitatorische, werbende Kraft der Beteiligung ist nicht zu bestreiten, noch weniger die erziehliche Wirkung der selben, die Gewöhnung von Hunderttausenden an die öffentliche Bekundung ihrer Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, die überaus günstigen Einwirkungen auf die Schulung der tätigen Genossen. Man frage nur in den leider noch nicht sehr zahlreichen Kreisen, in welchen man mit ganzer Kraft an die Beteiligung ging, nach den Wirkungen der selben auf die Bewegung selbst, und man wird die günstigsten Urteile hören. So ist in Breslau ohne Frage der sehr starke Aufschwung der Parteiorganisation von der Beteiligung an den Landtagswahlen mit ihrer Heranziehung zahlreicher neuer Kräfte zu den Arbeiten der Partei herzuleiten. Von Gegnern der Beteiligung wird gesagt: von der werbenden Wirkung unserer Wahlbeteiligung hat man bei den seither in Preussen stattgehabten Nachwahlen zum Reichstage nichts gespürt, niemand ist mit den erzielten Resultaten zufrieden. Allerdings nicht, aber wir wissen doch auch, welche Momente bei den Nachwahlen der Vermehrung unserer Stimmen entgegengewirkt haben. Kann man denn nicht annehmen, dass ohne jene werbende Wirkung der Wahlbeteiligung die Nachwahlresultate in Preussen vielleicht noch weniger befriedigend ausgefallen wären?

DASS das Dreiklassenwahlgesetz selbst aus sich heraus agitatorisch auf seine eigene Beseitigung hinwirke, kann nur der behaupten, der nicht weiss, dass die Sozialdemokratie mehr als drei Jahrzehnte lang auf diese Vernichtung des Dreiklassenwahlgesetzes durch sich selbst vergeblich wartete, untätig zusah, wie das selbe zu einer immer gefährlicheren Waffe in den Händen der Junker und Grosskapitalisten gegen das Volk wurde. Die grosse Masse der Parteigenossen hat erkannt, dass wir gegenwärtig agitatorisch am besten gegen das preussische Dreiklassenwahlgesetz wirken durch unsere Beteiligung an den Wahlen. Und je mehr Hunderttausende wir zur Beteiligung veranlassen, um so mehr Hunderttausende entflammen wir zum glühenden Hass gegen jenes ungeheure Unrecht am preussischen Volke. Die intensivste Wahlbeteiligung ist das sicherste Mittel, die Masse über die ganze Erbärmlichkeit dieses elendesten Wahlrechts aufzuklären, und eben diese Wahlbeteiligung wird den Weg bahnen zu einer Volksbewegung gegen dies *Wahlrecht*, der auch das mächtige Junkertum wird weichen müssen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

MAX SCHIPPEL · SCHÄFFLES LEBENSBILD

IE rasch wir doch leben! Als die Denkwürdigkeiten des ehemaligen österreichischen Handelsministers zuerst buchhändlerisch angekündigt wurden, und als ihnen mancher von uns mit unverhohlener Spannung entgegensah, da fragte mich ein jüngerer Parteigenosse, den ich sonst oft um seine Belesenheit beneide, mit naivem Staunen: was uns, als Parteiangehörige, ein Schäffle zu interessieren vermöge! Auch Schäffles rein wissenschaftliche Betätigung schien diesem Vertreter der jüngsten Generation höchstens noch literarhistorische Bedeutung zu haben. Ähnlich werden heute bereits viele urteilen.

WIE anders gegen Ende der siebziger und noch am Anfange der achtziger Jahre, als die damalige, der Studien beflissene Jugend langsam dem Sozialismus näher kam und in die Partei hineinwuchs! Schäffles *Quintessenz* — sie hatte, nachdem sie 1874 in einer Monatsschrift erschienen war, bis Anfang 1878 6 Auflagen erlebt und brachte es alsdann, durch ein vorübergehendes Polizeiverbot wesentlich unterstützt, bis auf 13 Auflagen — bildete für uns die erste, fesselndste und überzeugendste Einführung in die Geheimnisse und die Schönheiten der sozialistischen Wirtschaftsorganisation. Rodbertus erlebte erst ein paar Jahre darauf seine literarische Wiederauferstehung, wenigstens für uns und weitere Kreise. Lassalle war uns der fortreissende, zornflammende Ankläger des *fortschrittlich*-verrotteten Bürgertums, der leidenschaftliche Verkünder neuer, grosser *Staats*aufgaben, der genialische Erwecker des Klassenselbstgefühls und des *Enterbten*bewusstseins der Arbeiter. Die Marxschen theoretischen Grundgedanken, die Werttheorie, die materialistische Geschichtsauffassung, gingen uns erst später in Fleisch und Blut über; vorläufig verdauten wir vom *Kapital* nur die Geschichte der englischen Eigentumsexpropriation, der englischen Industrienotstände und der greuelvollen Ausgeburten der wildgewachsenen kapitalistischen Exploitation — sogar die Marxsche Darstellung der Gegenströmungen: der stetig fortschreitenden Arbeiterschutzentfaltung, der lange Zeit vorbildlichen englischen Fabrikgesetzgebung, gewann uns nur eine bescheidene Beachtung ab. Wir wollten den Zukunftsstaat *organisieren*! Die von jeder Kapitalsherrschaft freie, rein auf gleichberechtigte Arbeit gegründete Wirtschaftsordnung, und nicht minder die von dem blinden Drunter und Drüber der Konkurrenz befreite, wohlabgemessene, unfehlbare gesellschaftliche Produktion und Verteilung, das war uns Endziel und nächste Gegenwart zugleich! Und Grundriss und Aufriss des dringend notwendigen sozialen Neubaues fanden wir eben in Schäffles *Quintessenz*: pedantisch trocken wie ein mathematisches Rechenexempel entwickelt, und doch andererseits mit bezaubernden Ausblicken in dämmernde Fernen, und wiederum gelegentlich mit soviel konkreter Belebung ausgestattet, wie sie nur einer verhältnismässig reichen, wirtschaftspolitischen Schulung und Erfahrung entspringen konnte:

»Die Frage ist die: ob der unbewusste, einheitslose, sozusagen sozialstatische Regulator des Aufeinanderdrückens der Privatinteressen, das heisst die Kapitalistenkonkurrenz — oder ob eine einheitlich-bewusste und organisierte Sozialmacht den Produktions- und Distributions-, sozusagen den Verdauungs- und Umlaufsprozess des sozialen Stoffwechsels besser und wirtschaftlicher besorgen würde, ob nicht eine vervollkommnete Arbeiterkonkurrenz um materielle Interessen und noch mehr um ideelle Interessen der Führerschaft, der

Ehre u. s. w. an die Stelle der Kapitalistenkonkurrenz gesetzt, ob nicht die vollgenügende Ansammlung wie die fruchtbare Verteilung des Nationalkapitals über die verschiedenen Geschäftszweige auch in anderem, als dem jetzigen Wettstreit gewonnen werden könnte . . . .
Das eigentliche Ziel der internationalen Bewegung lautet: Ersetzung des Privatkapitals, das heisst der spekulativen, sozial nur durch die Konkurrenz geregelten privaten Produktionsweise, durch das Kollektivkapital, das heisst durch eine Produktionsweise, welche auf Grund kollektiven Eigentums der Gesamtheit aller Mitglieder der Gesellschaft an den Produktionsmitteln eine einheitlichere (soziale, kollektive) Organisation der Nationalarbeit durchführen würde. Diese kollektivistische Produktionsweise würde die heutige Konkurrenz beseitigen, indem sie die kollektiv (sozial, kooperativ) durchführbaren Teile der Güterhervorbringung unter berufsanstaltliche Leitung stellen und unter der selben Leitung auch die Verteilung des gemeinsamen (gesellschaftlichen) Produktes aller an alle, nach dem Masse und gesellschaftlichen Gebrauchswert der produktiven Arbeitsleistung eines jeden, vornehmen würde . . . Die Produzenten wären individuell nur noch Arbeiter, denn an den Produktionsmitteln (dem Kapital) gäbe es keinen Privatbesitz mehr. Alle arbeiten eventuell mittelst der dem Ganzen gehörigen Produktionsmittel (des Kollektivkapitals); formell wären sie nicht Privatunternehmer und im Privatdienst, sondern gleiche Berufsarbeiter, der ganzen Gesellschaft unmittelbar verpflichtet und von ihr besoldet. Folglich gäbe es künftig auch die heutige Grundunterscheidung der Privateinkünfte einerseits in Gewinn und andererseits in Lohn überhaupt nicht mehr, sondern alle Einkünfte repräsentieren gleichmässig einen direkt von der Gesellschaft, nach Massgabe der Arbeit, jedem zugebilligten Anteil am Nationalprodukt, das heisst ausschliessliches Arbeitseinkommen. . . Es gäbe keine Kapitalisten und keine Lohnarbeiter mehr, sondern nur noch Produzenten. Das Nationalprodukt würde unter alle nach dem gleichen Verhältnis des geleisteten Arbeitswertes verteilt werden, der Profit könnte nicht mehr den Lohn überwuchern, da es nicht mehr Profit und Lohn, sondern nur soziale Besoldung, gleichartiges, sozial zugebilligtes, nach Quantität und sozialem Gebrauchswert der Leistungen bemessenes Arbeitseinkommen geben würde . . .
Mit der Ware, dem Handel und dem Handelsprofit entfällt dann in gleicher Konsequenz auch der Markt und die Börse . . . fiele, von selbst auch die wirtschaftliche Korruption der Presse. Da die Gesamtheit . . . einheitliche soziale Werttaxen normiert, so hat auch die Presse keinen Einfluss darauf. Die volkswirtschaftliche Presse kann nicht mehr die Preise und Kurse influenzieren. Sie selbst kann überhaupt nicht mehr Spekulationsobjekt sein, ihre Freiheit kann nur auf die Sustentation durch Vereine begründet werden, ihr Text müsste auf das spekulative Inseratenwesen verzichten. Dieses würde nicht mehr existieren . . . Ähnlich fiele noch manches! Das ganze kostspielige Annoncen- und Schaustellungswesen mit den enormen Gewölbemietkosten wäre ebenfalls samt dem Klein- und Grosshandel, samt dem sterilen und parasitischen Zwischenverkehr, samt der Handelskonkurrenz ganz von selbst hinfällig geworden. Man sieht, die Umgestaltung ist eine vollständige.«

Das war ganz unser Fall! Denn mit dem vollkommenen Umbau, von Grund aus, nach Übernahme der zur Wertlosigkeit herabgesunkenen kapitalistischen Konkursmasse, hatten wir es damals, vor fünfundzwanzig und beinahe dreissig Jahren, weit eiliger, als selbst unser linkster Parteiflügel heutigen Tages. Gewerkschaftliche Teil- und Scheinerfolge, Arbeiterschutzvorschriften und vollends Versicherungskassen und Konsumverbilligungen waren uns schon deshalb mehr als gleichgültig, weil sie uns von der ausschliesslichen Beschäftigung mit dem Endziel auf Nebenwege ablenkten, die jeder für zeitraubend, mancher geradezu für lebensgefährlich hielt. Zudem war in unserer etwas aufgeregten Phantasie unser Autor sehr wirksam mit dem Nimbus des Geheimnisvollen umkleidet. Er hatte offenbar 1871 den Ministerfrack nur deshalb der Arbeiterbluse vorgezogen, um den kühnen Gesellschaftsneuerer besser verbergen

und um so einflussreicher zur Geltung bringen zu können — eine rätselhafte Sphinxnatur, nach oben die proletarischen Krallen und Pranken verbergend. Seine erste Amtstat in Wien war es gewesen, der österreichischen Sozialdemokratie durch eine Amnestie ihre hervorragendsten Häupter, Most, Scheu und andere, zurückzugeben. Liess das nicht tief blicken? Und vor allem, er hatte — wie uns ein in Parteiredaktionen und mit Parteiführern rege verkehrender, liebenswürdiger älterer Studienfreund unermüdlich immer wieder erzählte — er hatte auf der Durchreise durch Leipzig, oder richtiger vielleicht bei einem Aufenthalt in Leipzig . . . . August Bebel aufgesucht und . . . . Doch den mythenbildenden Klatsch will ich hier nicht wiederholen und die Tatsachen selber hat ja neuerdings Bebel erwähnt.[1]) Das schlug durch! Und da wir den erstaunlich fleissigen und streitbaren Schriftsteller in Wiedes *Neuer Gesellschaft* /1877-1878/ als Mitarbeiter vorfanden, da er uns mit manchen recht gepfefferten Schlagworten versah durch seinen, zeitweilig mit grosser Lebhaftigkeit geführten Kampf gegen Börsenschwindel und Finanz*raubritter*, gegen den liberalen *politischen Pöbel in Seidenhüten*, auch gegen preussische Anmassung und Grossmannssucht — die ganze obere Leipziger Parteiatmosphäre war damals grossdeutsch-kleinstaatlich-antipreussisch —, so war er unserer Bewunderung sicher. Das polizeiliche Verbot der *Quintessenz*, die Wiederaufhebung, die Massenverbreitung durch Höchberg begrüssten wir mit einem wahren Freudengeheul über die Niederlage und die Ohnmacht der jämmerlichen Staatsretter. Der dritte Band von *Bau und Leben* mit seiner noch breiteren und verlockenderen Detailschilderung der wirtschaftlichen Zukunftsorganisation wanderte unter uns von Hand zu Hand. Ich selber musste mir, koste es, was es wolle, ein Exemplar erwerben, und an den Fettflecken und den Äpfelschalenspuren erkenne ich noch heute den mehr friedlich-behäbigen Karnivoren, der es zuerst auslieh, und den mehr himmelstürmenden, intransigenten Vegetarier, der es, trotz aller Zeichen der animalischen Entweihung, nach ihm verschlang. Wenn beide diese Zeilen sehen sollten, so werden sie sich hoffentlich ebenso gern, wie ich, des gleichstrebenden Jugendeifers erinnern. Wir waren alle noch sehr, sehr jung . . . .

SO sahen wir eine Zeitlang in erster Linie zu Schäffle als zu unserem Lehrer empor. Als ich im Anfange der achtziger Jahre durch Stuttgart reiste, musste ich Aufenthalt nehmen, um Schäffle zu sprechen. Im grossen und ganzen bin ich ihm auch später immer ein treuer Leser geblieben, und ich weiss das gleiche von anderen Parteifreunden. Seine Steuerpolitik, seine Doppelwährung, seine Inkorporation des Hypothekarkredits — wir mussten damals alle die untergehende heimische Landwirtschaft *retten*, sei es durch Gegenwartsreformen, sei es durch den Zukunftsstaat; heute ist das gleichfalls alles anders geworden, und man muss froh sein, dass man nicht hinausgeworfen wird, wenn man von landwirtschaftlicher *Not* spricht! —, dann vor allem sein korporativer Hilfskassenzwang und die daran sich anschliessenden Schriften und Aufsätze (meist in der Augsburg-Münchener *Allgemeinen Zeitung*) blieben für mich eine reichfliessende Quelle der Belehrung und Anregung, wie es vorher das *Gesellschaftliche System der menschlichen Wirtschaft* und *Bau und Leben des sozialen Körpers* gewesen waren. Sie blieben es selbst dann noch, als seit

[1]) Vergl. August Bebel: *Albert Schäffle: Aus meinem Leben* in der *Neuen Zeit*, 1904-1905, I. Bd., pag. 230 ff.

1884-1885, seit der Veröffentlichung der *Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie* das Tischtuch zwischen der Partei und dem Exminister längst erbarmungslos zerschnitten war — ich selber wurde durch das Erscheinen dieser Gegenschrift zu einem meiner ersten, etwas stümperhaften Leitartikel als Berliner Parteiredakteur veranlasst. Und ein seltsames Spiel des Zufalls hat es gefügt, dass die beiden letzten Schriften, mit denen der greise und doch rüstige Stuttgarter Gelehrte vor die Öffentlichkeit trat (*Ein Votum gegen den neuesten Zolltarif* /1901/, *Die agrarische Gefahr* /1902/), wieder in unserer Parteipresse ein sehr beifälliges Echo weckten. Die Welt ist rund und will sich drehen . . .

EINE sonderbare Laufbahn, die uns jetzt durch die Selbstbiographie des am 25. Dezember 1903 Verstorbenen[2]) näher gerückt und verständlicher gemacht wird!

SCHON in recht frühem Alter verkörpert sich in Schäffle die sein ganzes späteres Leben beherrschende eigenartige Mischung von theoretischem Forscher und den Tageskämpfen sich zuwendendem Publizisten und Politiker, von theoretisch-analysierenden und praktisch-konstruktiven Fähigkeiten. Die bittere, wenn man will, nicht ganz unverschuldete Notwendigkeit, einem Broterwerb vor Vollendung des Bildungsganges im Tübinger Stift nachzugehen, treibt Schäffle, nach kurzer Tätigkeit als Privatlehrer, schon mit neunzehn Jahren in die Redaktion des *Schwäbischen Merkur*. Sehr zu Schäffles Vorteil, wie er selber urteilt, denn der *Merkur*, heute ein nationalliberal-protestantisches Provinzialblatt, war damals ein geistiger Brennpunkt des selbständigen Staates Württemberg; die Redaktionsgeschäfte waren noch derart, dass sie zu tieferen Studien anregten und unserem Autor genügend Zeit zur allgemeinen Fortbildung liessen, die ihn dann 1855 »die erste höhere Dienstprüfung mit gutem Erfolg« bestehen liessen, »ohne irgend eine akademische Fachvorlesung gehört zu haben«. Mit den höheren württembergischen Beamtenkreisen, besonders bei der Zentralstelle für Gewerbe, hatte der wissenseifrige Volkswirtschaftler rasch Fühlung gewonnen; weiter kam ihm eine langjährige enge persönliche Verbindung mit Cotta und der *Deutschen Vierteljahrsschrift* sehr zu nutze, so dass aus dem Journalisten sich bald der Universitätsprofessor und der angesehene Essayist entpuppte. Über Gewerbeordnungs-, Münz-, Verfassungs-, Handelsfragen nimmt er in der einflussreichen Cottaschen Zeitschrift das Wort. Den populären Agitationen, dem Landtag, bleibt er gleichfalls nicht fern, obwohl die Proben seines rednerischen Wirkens, die er, aus verschiedenen Lebensperioden, wiedergibt, ihn nicht gerade zum Volksmann und parlamentarischen Debatter geboren erscheinen lassen; und die Zeit solchen Wirkens war jedesmal zu kurz, um durch Übung zum Meister zu werden. Aber für die Abfassung von Kommissionsberichten, von Denkschriften, war Schäffle jederzeit gesucht. Seine g r o s s d e u t s c h - f ö d e r a t i v e Gesinnung brachte ihn bereits im Anfang der sechziger Jahre in regen Meinungsaustausch, zum Teil in persönlichen Verkehr mit ö s t e r r e i c h i s c h e n Staatsmännern, wie Hock, Max von Gagern, mit Rechberg. Vor allem, als Österreich nach einem festen Platz im Zollverein gegen Preussens Alleinherrschaft begehrte, lernte man in Wien die befähigte Kraft schätzen, die für die Gewinnung der schwankenden deutschen Süd- und Mittelstaaten ein guter

[2]) Sie ist unter dem Titel *Aus meinem Leben* in zwei Bänden im Verlag von Ernst Hofmann & Co. in Berlin erschienen.

Bundesgenosse schien. Bedauerlich, dass dies auf der anderen Seite, in den preussisch-deutschen Kreisen viel Argwohn gegen den *Preussenfeind* weckte, viel mehr, als dies Schäffle durch seine eigene Gesinnung und Stellungnahme verdient zu haben scheint. Leider dürfte gerade dieser Argwohn und diese Feindseligkeit in den entscheidenden Jahren, um 1866, die Richtung von Schäffles fernerem Wirken endgültig bestimmt haben. Nicht das neu sich bildende, gegen Berlin zustrebende Deutsche Reich hielt den Tübinger Professor fest, dem in der Zeit von 1866 Verdriesslichkeiten in der eigenen Heimat nicht mehr erspart blieben. So verfiel er, wie so mancher andere Grossdeutsche, der Anziehungskraft Österreichs, das ihm 1868 eine glänzende Professur in Wien anbot. Die Teilnahme am Ministerium Hohenwart /5. Februar bis 30. Oktober 1871/, das die Tschechoböhmen durch Entgegenkommen zu versöhnen suchte und die damals noch sehr herrschaftsverwöhnten österreichischen Deutschen auf das bitterste reizte, brach alsdann die letzten Brücken zu einem grösseren reichsdeutschen Schaffenskreise ab. Aber als stiller, arbeitsfroher Privatgelehrter in Stuttgart hat sich Schäffle später einen hohen Platz in der internationalen wissenschaftlichen Welt errungen, ohne Gönner und ohne Cliquen, lediglich durch das Schwergewicht seiner Leistungen, allerdings mit sicherer Rückendeckung durch einen befreundeten, stets zur Verfügung stehenden grossen Verlag (Cotta-Laupp in Tübingen).

ÜBER diese Schäffleschen Schriften hier ein Urteil zu fällen, habe ich nicht im Sinne. Die Eigenart der meisten, die theoretische Vertiefung und tiefere Ausschöpfung von umfassenderen politischen Tagesfragen (Zoll- und Steuerreform, Währungsfrage, Arbeiterversicherung, Verfassungsreform, Kolonialpolitik) ist ihrem langen Leben, ihrer wiederholten Lektüre nicht günstig gewesen; der wertvolle Kern ist oft schon längst wissenschaftliches Gemeingut geworden und weckt deshalb kein lebhafteres Interesse mehr, und die aktuelle Anknüpfung und Anwendung hat sich erst recht überlebt. Dennoch wäre es zu bedauern, wenn nicht wenigstens *Bau und Leben* von den jüngeren Parteigenossen heute noch gelesen würde. Eine nicht uninteressante Stufe des staatssozialistischen und auch des sozialistischen Denkens spiegelt sich darin wider, ganz abgesehen von dem noch immer imponierenden Aufbau dieses vierbändigen *Enzyklopädischen Entwurfs einer realen Anatomie, Physiologie und Psychologie der menschlichen Gesellschaft, mit besonderer Rücksicht auf die Volkswirtschaft als sozialen Stoffwechsel.*

DIE nachgelassene Selbstbiographie ist gleichfalls nichts für flüchtig geniessende literarische Feinschmecker und für Freunde politischer oder gar persönlich-pikanter Enthüllungen. Es ist im Grunde ein recht stillumfriedetes, fest in sich selber ruhendes Gelehrten- und Publizistenleben, das sich vor unseren Augen abspielt, trotz alles gelegentlichen Hineinragens in die Wetterwolken der Regierungs- und Parteirivalitäten. Aber man lernt den schlichten, aufrechten und innerlich, trotz aller Widersprüche, aufrichtigen Spross des schwäbischen Kleinbürger- und Kleinbauerntums in seiner fast altmodisch-ehrbaren Tüchtigkeit, in seinem starken und zugleich zarten Familiensinn, selbst in seiner gelegentlichen Dickköpfigkeit und Rechthaberei nur schätzen und achten, wie ihn wohl niemand, der ihm im Leben rein persönlich näher trat, enttäuscht und gar als Feind verlassen haben wird. Er hat, wie er sagt, niemals in seinem Leben einen Orden besessen, und die schönste Auszeichnung, die seinen Lebens-

gang krönte, war, wie er abermals selber urteilt, die Anerkennung hervorragender Gelehrter durch eine Festschrift zu seinem siebzigsten Geburtstag — dies charakterisiert den Verstorbenen wohl am besten.

GRÖSSERN und allgemeinern historischen Wert haben in dem nachgelassenen Buche die Mitteilungen über die innere Geschichte der Hohenwart-Ära; doch dürfte hierfür das Interesse in Deutschland nur ein schwaches sein. Ferner sind manche eröffnete Einblicke in das gesellschaftliche und geistige Treiben der süddeutschen Kleinstaaterei und Grossdeutscherei parteipsychologisch nicht uninteressant, und ähnlich die Beiträge zum österreichisch-preussischen Kampf um die Zollvereinspolitik. Die Heranziehung Schäffles durch Bismarck bei der Einleitung der Reichsarbeiterversicherung hat den alten schwäbischen Grossdeutschen offenbar mit vielem ausgesöhnt, was ihm einst an Preussen und der Reichspolitik nicht gefiel. Auch diese Abschnitte wird einst der Historiker unserer Sozialgesetzgebung mit Nutzen wieder aufschlagen.

FÜR die Parteigenossen seien ein paar verstreute Mitteilungen erwähnt, die teils neu sind, teils bisherige Annahmen berichtigen.

BEI einigen Häuptern der deutschen Arbeiterbewegung erregte Schäffle zuerst Aufsehen durch seine Abhandlung über *Bourgeois- und Arbeiternationalökonomie* /1864/. Der Gegensatz zu den manchesterliberalen Harmonikern, den deutschen Bastiats, hatte ihn für die Lassallesche Agitation, wie es scheint, recht stark eingenommen:

›Die Empfänglichkeit für die, wenn auch zurückhaltende Würdigung seiner [Lassalles] Sache war bei mir nur gesteigert durch den Kampf gegen die *Nichts-als-Freihändler* und durch die masslosen persönlichen Unbilden, in welchen ich damals von den Bastiat-Schulze-Harmonikern durch die liberale Presse Spiessruten gejagt worden war . . . . Da war Lassalle aufgetreten mit seinem *Bastiat-Schulze-Delitzsch oder der ökonomische Julian* und mit seinen zündenden Reden. In der *Deutschen Vierteljahrsschrift* nahm ich . . . . auf streng objektive und kritische Weise Stellung zu dem Agitator. Wie mir später Lassalles Parteigenosse Schweitzer, als Kollege im Zollparlament, mitteilte, soll Lassalle eben im Begriff gewesen sein, sich mit mir auseinanderzusetzen, als ihn die Kugel der Eifersucht traf.‹

DIE Wiener Amnestie von 1871 galt, nach Schäffle, in keiner Weise den Sozialdemokraten, »darunter der berüchtigte Most«. Beantragt und durchgesetzt habe er (Schäffle) die Versöhnungsmassnahmen allerdings:

›. . . Aber nicht, um Most und seine Gesellen freizulassen — an sie hatte ich wirklich keinen Augenblick gedacht —, war die Amnestie erstrebt und gewährt worden, sondern um den vielen Personen, welche unter dem gestürzten System in politischen Tendenzprozessen zusammen zu Dutzenden von Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden waren, die Nachwehen der vorangegangenen Parteiregierung zu ersparen und die versöhnliche Gesinnung der neuen Regierung sofort durch die Tat zu bewähren . . . Die Sozialdemokraten waren freilich so taktlos gewesen, mir durch eine Deputation für die Amnestie danken zu lassen. Ich hatte jedoch diesen Dank rund abgelehnt.‹

Indes sahen nach dem Erscheinen von *Kapitalismus und Sozialismus* (*Vorträge zur Versöhnung der Gegensätze von Lohnarbeit und Kapital* /1870/), einem Gemisch von Lassalle und Marlo, stellenweise schon mit einem starken Einschlag von Marx, auch andere Kreise in Schäffle den verkappten Sozialisten. Das Buch war erst wenig beachtet worden; mit der Ministerschaft begannen die Denunziationen seitens der Deutschliberalen und »verbreiteten in den Kreisen des Grosskapitals und Grossgrundbesitzes teilweise Schrecken«; das Buch »erschien damals als umstürzend . . . . ich wusste, dass ich beim Hochadel

kaum weniger als gefährlicher Demokrat verdächtig war, als bei der Schicht der *modernen Raubritter*«.

SO war es denn kein Wunder, dass Schäffle in der ersten Zeit des deutschen Attentatsschreckens nicht ganz unbehelligt davonkam. Die *Quintessenz* war unterdes erschienen und »erregte bei allen Staatsnachtwächtern und anderen blinden Blindenleitern Ärgernis«:

»Ich wurde durch Jahre, namentlich auch in Wien an höchsten und allerhöchsten Stellen als verkappter Sozialdemokrat herumgetragen. Nach dem roten Schrecken der scheusslichen Attentate Hödels und Nobilings war inzwischen der weisse Schrecken des Ausnahmegesetzes von 1878 gekommen, welches dem nächsten besten Beamten der offenen und der geheimen politischen Polizei Schriften sozialen Inhalts vogelfrei preisgab. Gegen das Ausnahmegesetz hatte ich in der Presse auf das entschiedenste Stellung genommen . . . Ich selbst musste befürchten, dass meine Schriften der Polizeiverfolgung verfallen könnten, und liess mein Werk *Bau und Leben*, dessen dritter Band der russischen Zensur bereits erlegen sein sollte, durch den Verleger in die Schweiz flüchten.«

Ein schwäbisches Blatt empfahl der württembergischen Regierung, nicht bloss die Sozialdemokraten in der Bluse, sondern auch diejenigen im Ministerfrack zu packen, »das heisst mich auszuweisen und meine Schriften zu verbieten«. Das hatte im Süden, wo Schäffle nach 1871 wieder wohnte und viele persönliche Verbindungen besass, keinen Erfolg, aber in Oppeln fand sich ein Regierungspräsident, der als Nr. 19 von 20 dem Massenmord verfallenen Druckschriften die *Quintessenz* aufgenommen hatte. »Nach wenigen Tagen wurde jedoch auf Beschwerde des Verlegers das Verbot wieder aufgehoben und der weitere Absatz nur gefördert« — die kleine Schrift ist deutsch in mehr als 23 000 Exemplaren zur Verbreitung gekommen und in fast alle europäischen Sprachen übersetzt worden, meist von Sozialdemokraten. Ausländische Bruderparteien führen so noch heute den Namen Schäffle in der Liste ihrer Agitationsliteratur.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

ERNST DEINHARDT · DAS BEAMTENELEMENT IN DEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN



N den deutschen Gewerkschaften macht sich ein steigendes Bedürfnis nach Anstellung besoldeter Beamten bemerkbar. Man braucht nur die Gewerkschaftspresse, wie die Verhandlungen der Generalversammlungen und Verbandstage der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen, die in den letzten Jahren stattgefunden haben, eingehender zu verfolgen, so wird man fortgesetzt einer Diskussion der Beamtenfrage begegnen. Aus den meisten Äusserungen dieser Art liest und hört man es heraus, mit wie grossem Widerwillen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft der Vermehrung des Beamtenelements in den Gewerkschaften gegenübersteht; und doch kann man sich der Pflicht, mehr Beamte anzustellen, nicht entziehen, will man die Organisationen auf der Höhe halten oder auch weiter ausbauen und kräftigen. Selbst die christlichen Gewerkschaften, die in den ersten Jahren ihres Bestehens gern auf die *bezahlten Agitatoren*, auf die die *Arbeitergroschen verprassenden Beamten* der freien Gewerkschaften hinwiesen, um durch diesen den Unternehmern abgeguckten

demagogischen Kniff sich bei den Arbeitermassen besser einzuschmeicheln, haben einsehen müssen, dass ohne angestellte Beamte eine erfolgreiche gewerkschaftliche Organisationstätigkeit heutzutage nicht mehr möglich ist. Trotz der Kleinheit ihrer Organisationen haben sie ein ganzes Heer von Beamten angestellt, im Verhältnis zur Mitgliederzahl jedenfalls weit mehr, als die freien Gewerkschaften.

DIE Arbeit der Gewerkschaften ist eben heute weit vielseitiger, als vor zwanzig oder auch noch vor zehn Jahren. Die Agitation stellt heute grössere Anforderungen an den Gewerkschaftsführer, als zu irgend einer früheren Zeit. Gerade das grosse Wachstum der Gewerkschaften in den letzten Jahren erforderte grössere agitatorische Anstrengungen seitens der Organisationen, sollte die Vertiefung der Gewerkschaftsbewegung mit ihrer äusseren Machtentfaltung gleichen Schritt halten, sollte ihr Geist durch den ausserordentlichen Zuwachs bisher unorganisierter Elemente nicht Schaden leiden. Je grösser aber der Zulauf zu den Gewerkschaften in den letzten Jahren gewesen war, um so schwieriger wurde es ihnen für die Zukunft gemacht, sich weiter auszudehnen; die leichter zu erreichenden, leichter zu überzeugenden und deshalb leichter zu organisierenden Arbeitermassen waren ja den Organisationen zugeführt, diejenigen Elemente, die noch ausserhalb der Organisationen standen, waren nur schwer von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes zu überzeugen und deshalb nur schwer zu organisieren. Auf sie kann aber die Gewerkschaftsbewegung nicht verzichten, will sie die allumfassende wirtschaftliche Organisierung der Arbeitermassen zur Tatsache machen, will sie für die Zukunft überhaupt noch arbeits- und erfolgfähig sein. Zur Bekämpfung dieses Indifferentismus waren denn die bisherigen Agitationsmittel nicht mehr genügend, neben der besseren Ausgestaltung der Agitationsliteratur bedurfte es der Heranziehung einer grösseren Zahl gut durchgebildeter, mit den Organisations-, Berufs- und Arbeiterverhältnissen durchaus vertrauter, jederzeit verfügbarer Kräfte, und so kam man von selbst zur Anstellung von Beamten.

DIESE machte sich aber noch aus anderen Gründen notwendig. Die Lohn- und Streikbewegung erfordert heute weit mehr organisatorische Arbeit, als früher. Leichtsinnig inszenierte oder durchgeführte Streiks können heute, wo das Unternehmertum selbst gut organisiert und kampferprobt ist, direkt zu einer Gefahr für den Weiterbestand einer Gewerkschaft werden. Ein Gewerkschaftsbeamter erlangt allein schon durch seine regelmässige Beschäftigung mit allen Fragen der Arbeiterbewegung die notwendige Übersicht über die Marktverhältnisse, die Fähigkeit, die Kräfte der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen gegen einander abzuwägen, den Zeitpunkt zum Losschlagen oder zum Abbruch eines Kampfes richtig zu wählen, Unterhandlungen mit den Unternehmern zur richtigen Zeit einzuleiten und zu einem guten Ende zu führen. Und ihre grosse Erfahrung bei solchen Kämpfen kommt ihnen und der Organisation bei neuen Bewegungen immer wieder zu gute, sie verleiht ihnen ferner sowohl bei der kämpfenden Arbeiterschaft, wie auch gegenüber dem Unternehmertum die zur erfolgreichen Durchführung einer Bewegung so notwendige Autorität. Die Führung sozialer Kriege will heute ebenso gut gelernt sein, wie die politischer Kriege, und bedarf man dort strategisch gut vorgebildeter Führer, so erst recht im Lohnkampf mit seiner vielseitigen Anwendung. Bei der Schwierigkeit des sozialen Kampffeldes können es die Gewerkschaften

doch nicht dem Zufall überlassen, über die Führerschaft zur Durchführung einer Bewegung zu bestimmen, sie müssen jederzeit guterfahrene und kampferprobte Führer zur Verfügung haben. Darüber kann heute nicht mehr gut gestritten werden.

DANN aber hat sich mit dem Ausbau der Gewerkschaften in den letzten Jahren eine bedeutende Zunahme der Verwaltungsarbeiten bemerkbar gemacht. Die meisten deutschen Gewerkschaften, die noch vor zehn Jahren ausser Streikunterstützung gar keine andere Unterstützung zahlten, sind jetzt zur Einführung der Umzugs-, Notfall-, Sterbefall-, vor allem aber der Arbeitslosen-, Erwerbslosen- oder auch der Krankenunterstützung geschritten.[1]) Die Verwaltungsarbeiten haben sich dadurch aber nicht nur vermehrt, sie sind auch komplizierter geworden. Bei der Grösse der heutigen Organisationen, auch vieler Zweigvereine ist die Versehung der Verwaltungsgeschäfte im Nebenamte deshalb nicht mehr möglich. Bei einer Verwaltungsstelle von über 1000 Mitgliedern ist es unter den heutigen Verhältnissen deshalb ganz unmöglich, die Aufgaben ohne angestellte Beamte überhaupt zu erledigen. Der deutsche Metallarbeiterverband hatte aber im Jahre 1904 allein 37 Verwaltungsstellen oder Ortsfilialen mit mehr als 1000 bis 44 875 Mitgliedern, der deutsche Holzarbeiterverband 14 Verwaltungsstellen mit über 1000 bis 18 669 Mitgliedern.[2]) Aus diesen Gründen ist man in den letzten Jahren immer mehr, als in früheren Jahren, zur Anstellung von Beamten geschritten, trotz der nicht zu leugnenden Abneigung, die in den Kreisen der Gewerkschaftsmitglieder selbst gegen die Vermehrung der Beamtenstellen, wie gegen die Beamten überhaupt herrscht. So hatte sich die Zahl der Beamten in den gewerkschaftlichen Zentralverbänden am Schlusse des Jahres 1904 gegenüber 1898 mehr als versechsfacht, und selbst gegenüber dem Jahre 1901 mehr als verdoppelt. An dieser Zunahme sind fast alle mittleren und grossen Verbände im gleichen Verhältnisse beteiligt,[3]) vom Bäckerverbande angefangen, der Ende 1904 bereits 19 Beamte angestellt hatte, gegenüber 5 in 1901 und 1 in 1898, bis zum Fabrikarbeiterverband mit 24 gegen 4 gegen 2, dem Bauarbeiterverband mit 32 gegen 13 gegen 3, dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverband mit 43 gegen 25 gegen 2, und zum Metallarbeiterverband mit 133 im Jahre 1904 gegen 43

[1]) Nach dem *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* hatten im Jahre 1895 von insgesamt 49 Gewerkschaften 32 Reise-, 14 Arbeitslosen-, 9 Kranken- und Invaliden- und 20 Sterbefall- und Umzugsunterstützung, im Jahre 1900 hatten von 58 Gewerkschaften 44 Reise- 21 Arbeitslosen-, 10 Kranken-, 2 Invaliden- und 32 Sterbefall- und Umzugsunterstützung, im Jahre 1904 hatten von 63 Gewerkschaften 46 Reise-, 139 Arbeitslosen-, 38 Kranken-, 5 Invaliden- und 55 Sterbefall- und Umzugsunterstüzung. Seit 1904 haben wieder eine ganze Reihe von Verbänden ihre Unterstützungssysteme erweitert. Der Unterschied zwischen ehemals und heute kommt auch in der Höhe der Unterstützungssätze zum Ausdruck. Es wurde verausgabt für

	1895 Mark	1900 Mark	1904 Mark
Reiseunterstützung	298 612	461 028	646 821
Arbeitslosenunterstützung	196 076	501 078	1 599 424
Kranken- und	451 481	656 026	1 416 935
Invalidenunterstützung		113 530	213 626
Umzugs- und sonstige Unterstützungen	40 278	205 459	621 709
insgesamt	976 447	1 936 141	4 498 515

[2]) 1898 gab es dort nur 8 solcher Verwaltungsstellen, deren grösste damals 8200 Mitglieder zählte.

[3]) Allerdings beziehen sich die Zahlen für die Jahre 1898 und 1899 nur auf die Beamten in der Zentralverwaltung; doch gab es in diesen Jahren erst wenig angestellte Lokal- und Gaubeamte. Andererseits ist bei den Zahlen für das Jahr 1904 zu berücksichtigen, dass über den Beamtenapparat des Buchdruckerverbandes irgend welche Angaben fehlen.

gegen 6 in den Jahren 1901 respektive 1898.[4])

[4]) Im einzelnen erhält man für den Zeitraum von 1898 bis 1904 das folgende Bild:

Organisation	1898		1899		1900		1901		1904	
	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte	Mitglieder	Beamte
Asphalteure	—	—	—	—	—	—	—	—	331	—
Bäcker	2533	1	3596	1	4585	4	4651	5	9068	19
Barbiere	1000	2	875	2	463	1	515	1	868	4
Bauhilfsarbeiter	7866	3	11149	3	17901	14	17500	13	33245	32
Bergarbeiter	27300	4	33000	8	36420	9	38042	9	75364	17
Bildhauer	3572	3	4098	3	4543	3	4412	3	4590	3
Blumenarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	353	—
Böttcher	4168	1	4920	1	5582	2	6238	2	6200	3
Brauereiarbeiter	7645	3	8681	3	11410	3	12121	3	18485	18
Buchbinder	6598	2	7631	2	10447	4	9971	4	15206	8
Buchdrucker	24020	4	26344	4	28838	7	30974	7	38976	—
Buchdr. Els.-Lothr.	—	—	—	—	—	—	—	—	854	—
Buchdruckereihilfsarbeiter	1333	—	1343	—	1452	3	1815	2	4082	7
Bureauangestellte	280	—	344	—	404	—	322	—	536	—
Dachdecker	1800	3	2469	2	3169	3	2961	3	3573	3
Fabrikarbeiter	18172	2	22592	2	30847	3	31857	4	49181	24
Fleischer	—	—	—	—	254	—	1464	1	2435	3
Formstecher	243	—	344	—	384	—	355	—	434	2
Gärtner	300	1	300	1	358	1	323	1	3144	4
Gastwirtsgehilfen	1328	1	1387	1	1470	5	1950	5	2838	7
Gemeindearbeiter	1611	1	2574	1	4030	2	5176	2	12156	12
Glasarbeiter	3600	2	3628	2	7101	2	7531	2	5881	2
Glaser	1630	3	2300	3	2772	2	2595	2	3666	2
Graveure	849	3	1006	—	1189	—	1380	6	2265	2
Hafenarbeiter	10037	1	8587	1	11414	3	13719	3	14054	8
Handels- und Transportarb.	5087	2	8730	3	17006	17	18274	25	36325	43
Handlungsgehilfen	300	—	500	1	750	3	900	1	3398	4
Handschuhmacher	3147	2	3241	2	3425	2	3170	2	2978	2
Holzarbeiter	48988	8	62570	8	73972	29	70251	29	97105	65
Hutmacher	2488	1	2545	1	2629	1	2810	1	4269	1
Konditoren	440	1	661	1	786	1	814	1	2019	2
Kupferschmiede	3287	2	3314	2	3432	2	3525	2	3341	2
Kürschner	—	—	—	—	900	—	850	—	1935	—
Lagerhalter	315	—	334	—	436	—	625	—	1267	1
Lederarbeiter	4826	1	5369	1	4799	1	4830	1	5473	2
Lithographen	4224	2	4621	2	5811	4	6530	4	10658	6
Maler	8291	2	9540	2	10906	4	11894	7	22859	16
Maschinisten	3700	3	4600	—	5600	2	6000	2	8090	4
Maurer	60175	3	74534	5	82964	20	80869	38	128850	64
Metallarbeiter	75431	6	85013	6	100762	36	102905	43	176221	133
Müller	1048	1	1304	1	1596	1	1838	1	3456	2
Notenstecher	—	—	—	—	—	—	—	—	326	—
Portefeuiller	—	—	—	—	—	—	—	1	2502	1
Porzellanarbeiter	8857	4	8660	4	9280	5	8702	5	8054	6
Sattler	2285	2	2833	2	3927	2	4241	2	4259	2
Schiffszimmerer	1400	—	1588	—	2009	—	2033	—	2495	1
Schmiede	2500	—	3350	1	5500	4	6392	4	12185	9
Schneider	9495	2	12173	2	15639	8	16767	17	23242	23
Schuhmacher	14810	3	16922	3	19288	10	19585	10	25262	19
Seeleute	1921	3	2222	2	2898	7	2996	7	3189	7
Steinarbeiter	10000	2	10000	1	10000	3	9000	3	10012	3
Steinsetzer	2943	1	3337	1	4195	3	4644	3	5933	4
Stukkateure	2000	—	2750	—	2250	—	1933	1	5575	2
Tabakarbeiter	18613	2	18401	3	18500	4	17737	4	19456	5
Tapezierer	2240	—	3525	—	4437	1	4411	3	5377	7
Textilarbeiter	29007	2	37617	2	34333	5	28836	5	53568	21
Töpfer	4891	1	5765	2	6831	3	7584	4	10241	5
Vergolder	1000	2	1145	2	1352	6	1501	7	1710	2
Wäschearbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	875	
Werftarbeiter	2599	2	2748	2	3543	2	3668	1	3730	
Zigarrensortierer	912	1	857	1	1034	1	1054	1	1471	1
Zimmerer	22104	3	23719	5	25272	11	24151	12	35891	28
Zivilmusiker	—	—	—	—	—	—	—	—	726	2
insgesamt	493742	104	580473	108	680427	269	677510	324	1052108	677

In der Gesamtmitgliederziffer des Jahres 1898 sind die Verbände der Former, Goldarbeiter, Holzhilfsarbeiter, in der des Jahres 1899 die der Former, in der des Jahres 1900 die der Former und Masseure, in der des Jahres 1901 die der Masseure mit eingerechnet, welche Verbände mittlerweile von den Organisationen der Metall-, Holz- und Gemeindearbeiter aufgesaugt worden sind.

WAR die Anstellung einer grösseren Zahl von Beamten für die Gewerkschaften aus den oben angegebenen Gründen eine zwingende Notwendigkeit, so hat sich in den letzten Jahren auch die Zweckmässigkeit dieser Massregel immer mehr erwiesen. Nicht dass ich die gewerkschaftlichen Erfolge der neueren Zeit allein auf das Konto des umfangreicheren Beamtenapparates setzen will — es sprechen dabei noch andere und wohl auch gewichtigere Gründe mit —, wohl aber war es zu einem guten Teil den zahlreichen Gewerkschaftsbeamten zu danken, wenn die deutschen Gewerkschaften sowohl in ihrer Mitgliederzahl, wie ihrer inneren Organisation so grosse Fortschritte machten, wie auch bei der Lohnbewegung solche Erfolge erzielten. Im einzelnen lässt sich dieser Erfolg der Gewerkschaftsbeamten zahlenmässig nicht nachweisen, aber ein Hinweis auf die Mitgliederentwickelung wird auch den Fernstehenden davon überzeugen, welch günstigen Einfluss das Beamtenelement auf die Entfaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung ausgeübt hat und ausübt.

ES ist nicht von ungefähr gekommen, dass die Gewerkschaften der Bäcker, Bauhilfsarbeiter, Brauereiarbeiter, Fabrikarbeiter, Gemeindearbeiter, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter sich in so günstiger Weise entwickelt haben, obwohl es sich bei ihnen um ein schwer zu organisierendes Arbeiterelement handelte: die günstige Entwickelung dieser Organisationen ist meiner Ansicht nach ihrer verhältnismässig grossen Zahl angestellter Beamten zu danken. Am augenfälligsten tritt das beim Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter zu Tage. Alle Organisationsversuche unter den Handelshilfsarbeitern hatten in früheren Jahren kaum nennenswerte Erfolge, und auch der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter fristete in den ersten Jahren seines Bestehens nur ein bescheidenes Dasein. Als diese Organisation im Jahre 1900 aber dazu überging, eine grössere Zahl von Beamten anzustellen, sogar aus anderen Berufen, nahm sie eine durchaus günstige Entwickelung; und wir haben die ausserordentlich bezeichnende Tatsache zu verzeichnen, dass die Handelshilfsarbeiter, die man sonst für ein durchaus indifferentes und der Gewerkschaftsbewegung unzugängliches Element gehalten hatte, am Schluss des Jahres 1904 bereits über eine Gewerkschaft von mehr als 40 000 Mitgliedern verfügten. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Fabrikarbeiterverband. Diese Organisation nahm erst dann eine erfreuliche Entwickelung, als sie eine grössere Zahl von Beamten anstellte; heute verfügt sie über mehr denn 50 000 Mitglieder. Dabei befindet sie sich erst am Anfange ihrer Vorwärtsbewegung, die sich angesichts der gegenwärtig zur Verfügung stehenden organisatorischen und agitatorischen Kräfte künftig ungleich schneller vollziehen dürfte, als das in den beiden letzten Jahren geschah. In gewerkschaftlichen Kreisen ist man sich denn auch über den günstigen Einfluss eines guten Beamtenstabes auf die Entwickelung der Gewerkschaftsbewegung durchaus nicht mehr im Zweifel, und fast jede Generalversammlung der Zentralverbände diskutiert und beschliesst die Anstellung von Beamten. Das geschah auch in diesem Jahre auf einer ganzen Reihe von Gewerkschaftstagungen, auch auf denen kleinerer Organisationen. So haben beispielsweise die Bauhilfsarbeiter die Vermehrung ihrer besoldeten Gaubeamten um 3, die Maler um 7 beschlossen; die Glasarbeiter und Lederarbeiter beschlossen, 2 Gaubeamte anzustellen, die Zimmerer vollzogen die Anstellung von 5 weiteren Gaubeamten, die Tabakarbeiter wählten zwei neue Vorstandsbeamte und er-

mächtigten ihren Vorstand zur Anstellung von Gaubeamten u. s. w. Alle diese Organisationen wissen viel zu gut, dass sie damit zur Festigung und zur weiteren günstigen Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung beitragen.

× × ×

DAS Bedürfnis nach *mehr Beamten* in den Gewerkschaften hat auch für die Gewerkschaftsbeamten selbst gute Folgen gehabt. Ihre Tätigkeit wird jetzt fast allgemein anerkannt, was auch in einer grösseren moralischen und materiellen Wertung der Beamten durch die Masse der Mitglieder zum Ausdruck kommt. Noch bis vor wenigen Jahren war es in dieser Hinsicht recht schlecht bestellt. Mit Recht konnte August Bringmann im Jahre 1900 auf dem Zimmererverbandstage von den Nichtswürdigkeiten reden, unter denen jeder für den Fortschritt des Verbandes strebende Kamerad zu leiden hatte; manche tüchtige Kraft werde dadurch geknickt und vom Verbande abgestossen.[5]) Konnte Otto Hue sagen, nichts sei leichter, »als dem Bergmann einzureden, seine Führer und Vertrauenspersonen unterschlügen fremde Gelder, seien notorische Halunken und Erzschelme. Ein unüberlegtes Wort, und man ist zum *Unterdrücker der freien Meinung*, zum *Verbandspapst* und ähnlichem avanciert . . . .« Wer keine grosse Geduld und kein dickes Fell habe, dürfe sich nicht hergeben zum Führer der Bergleute.[6]) Und selbst im Iahre 1903 noch konnte Bömelburg auf dem Maurerverbandstage sagen:

»Es ist eigenartig, sobald wir als Vorstand einmal eine Meinung haben, die von der Meinung der Kollegen irgend eines Ortes abweicht, ist der Krach da. Dann sind wir sofort die schlechtesten Kerle, die es geben kann, dann geht sofort das Schimpfen los . . . . . Wir betrachten uns nicht als die Hausknechte der deutschen Maurer, wir lassen uns auch nicht, wie es so oft geschieht, vorhalten, dass wir Bezahlung bekommen . . .«[7])

Die Zeiten, wo man in den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder die schlechteste Meinung von den Gewerkschaftsbeamten hatte, wo man sie als Erzschelme betrachtete, wo man sie als Hausknechte behandelte, nur weil sie ihre Tätigkeit in der Organisation gegen Entgelt ausübten, sind glücklicherweise vorbei. Heute lässt man auch den Beamten in der Gewerkschaftsbewegung mehr oder weniger Gerechtigkeit zu teil werden, man wertet sie als die Führer der Organisationen.

DAS zeigt sich auch in der besseren Entlohnung der Beamten. Noch vor zehn Jahren wurde der grössere Teil der deutschen Gewerkschaftsbeamten recht unzureichend besoldet. Allgemein überschritten die Gehälter kaum die Höchstgrenze von 1800 Mark pro Jahr. Ja, noch im Jahre 1898 belief sich das Durchschnittseinkommen der voll besoldeten Gewerkschaftsbeamten auf 1764,10 Mark, im Jahre 1899 auf 1788,70, im Jahre 1900 auf 1825,90 Mark jährlich.[8]) Mittlerweile hatte sich der Frankfurter Gewerkschaftskongress der Angelegenheit bemächtigt und es als »eine unabweisbare Pflicht der Gewerkschaften« bezeichnet, »ihren Beamten und Redakteuren ein deren wichtiger und aufreibender Tätigkeit entsprechendes anständiges und ausreichendes Gehalt zu zahlen, und zwar um so mehr, als die Arbeit der Gewerkschaftsbeamten weder nach Zeit, noch Umfang abzugrenzen ist«. Bestimmter Vorschläge über

[5]) Vergl. das Protokoll der 14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer /1901/, pag. 101.
[6]) Vergl. Otto Hue: *Neutrale oder parteiische Gewerkschaften?* /Bochum 1900/, pag. 99 ff.
[7]) Vergl. das Protokoll des 7. Verbandstages des Zentralverbandes der Maurer /1903/, pag. 104 ff.
[8]) Vergl. das *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, 1902, pag. 599 ff.

die Höhe und die progressive Steigerung der Gehälter hatte sich dieser Kongress enthalten, er gab nur der Ansicht Ausdruck, dass die heute den Gewerkschaftsbeamten gezahlten Gehälter zu niedrig bemessen seien. Als aber in einem der grössten Verbände, dem Holzarbeiterverbande, nach einem Beschluss des Verbandstages vom Jahre 1903, der die Beamtengehälter im Minimum auf 1800 respektive 2000 Mark, steigend jährlich um 60 Mark (!) bis zur Höchstgrenze von 2000 respektive 2400 Mark festsetzte, diese im ganzen doch gewiss recht bescheidene Gehälternormierung unter den Verbandsmitgliedern eine grosse *Protestbewegung* auslöste, da mochte es der Stuttgarter Gewerkschaftskongress wohl als seine Pflicht betrachtet haben, nun seinerseits bestimmte Vorschläge über die Höhe und Steigerung der Beamtengehälter zu machen. Er empfahl für Gewerkschaftsbeamte ein Grundgehalt von 2000 Mark, steigend in den ersten 5 Jahren um je 100 Mark, in den weiteren 10 Jahren um je 50 Mark pro Jahr bis zur Höchstgrenze von 3000 Mark. Seitdem haben sich die Gehaltsverhältnisse der Gewerkschaftsangestellten gebessert, wohl in besserer Würdigung ihrer Tätigkeit für die Bewegung, dann aber auch in der richtigen Erkenntnis, dass die *Proteste*, wie sie in einigen Gewerkschaften — so neben dem Holzarbeiterverband im Schneiderverband — gegen die so bescheidene Erhöhung der Beamtengehälter laut geworden waren, nicht gerade zur Erhöhung des Ansehens der Gewerkschaften beitragen würden. Immerhin bewegen sich die Gehälter der Gewerkschaftsbeamten auch jetzt noch in recht bescheidenen Grenzen. Gehälter, wie sie beispielsweise in der englischen und amerikanischen Gewerkschaftsbewegung bezahlt werden,[9]) werden in Deutschland nicht gezahlt — nur einige wenige Beamte erhalten 3000 Mark Gehalt —, solche Gehälter werden in Deutschland auch nie gezahlt werden. Das ist aber auch nicht von nöten. Die Hauptsache ist wohl, dass die Gewerkschaftsbeamten für ihre mühevolle, aufreibende Tätigkeit überhaupt besser entlohnt werden, und dass das Missverhältnis, das zwischen der Besoldung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbeamten herrscht, verschwindet. Werden doch heute noch die Angestellten der politischen Bewegung durchweg höher entlohnt, als die Gewerkschaftsbeamten, obwohl an ihre Arbeitskraft keineswegs auch höhere Anforderungen gestellt werden. Dieses Missverhältnis muss schon in Rücksicht auf die Schlagfertigkeit und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften verschwinden, die bedroht ist, wenn, wie es jetzt häufig geschieht, tüchtige Kräfte ihre Gewerkschaftsstellungen gegen angenehmere und besser entlohnte Parteistellungen vertauschen.

× × ×

WIE gesagt, es hat sich in den deutschen Gewerkschaften vieles zum besseren gewendet, auch in Bezug auf die Stellung der Beamten. Dass die Beamten mit ihrer Stellung in der Arbeiterbewegung deshalb zufrieden sein könnten, kann man nun nicht gerade sagen. Die schlechte Meinung, die man sonst innerhalb der Gewerkschaften von den Gewerkschaftsbeamten hatte, und die einer besseren Würdigung ihrer Tätigkeit Platz gemacht hat, scheint ausser-

[9]) John Mitchell, der Vorsitzende der vereinigten Bergarbeiter in Indianapolis, berichtet in seinem Buche *Organisierte Arbeit* /Dresden 1905/, dass in Amerika die Durchschnittsgehälter sich auf 4000 bis 7200 Mark belaufen. Das Maximalgehalt sei 12 000 Mark, nur bei der Eisenbahnbrüderschaft betrage es 24 000 Mark.

halb der Gewerkschaften um so mehr an Boden zu gewinnen. Das haben die ganzen unliebsamen Erörterungen bewiesen, die im Anschluss an den Gewerkschaftskongress in der sozialdemokratischen Parteipresse gepflogen worden sind. Immer wieder wurde auf eine angebliche prinzipielle Verflachung der deutschen Gewerkschaften hingewiesen, und mehr oder weniger machte man das Gewerkschaftsbeamtentum für den schlechten Geist innerhalb der Gewerkschaften verantwortlich. Das Thema von den *Existenzen in gehobener Lebensstellung* wurde da in allen Tonarten behandelt. Tonangebend war in dieser wenig schönen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften ein Artikel Adolf Brauns, der mit seiner Kritik des Gewerkschaftsbeamtentums schon gar nicht mehr den Gewerkschaftskongress abgewartet hat, sondern bereits vorher die Meinung der Partei gegen die Gewerkschaften oder richtiger die Gewerkschaftsangestellten einnahm.[10]) Genosse A. Braun, dessen Urteil in gewerkschaftlichen Kreisen sonst sehr geschätzt war, richtete in diesem Artikel einige geradezu unbegreifliche Angriffe gegen die Gewerkschaften. Zunächst bemängelte er die Wahl zum Gewerkschaftskongresse:

»Die Wahl zu unseren Parteitagen findet, wenn auch sicherlich nicht nach einem idealen System, zumeist direkt in Versammlungen statt, zu denen alle Mitglieder der Partei des betreffenden Ortes oder Wahlkreises Zutritt haben, während die Wahlen für den Gewerkschaftskongress auf mannigfache Art stattfinden. Vielfach wurde ein indirektes Wahlsystem beliebt, so wurde die Wahl auf den Kongressen der einzelnen Gewerkschaften, auf Gautagen der selben, anlässlich von Provinzialkonferenzen vorgenommen; wo direkte Wahlen beliebt wurden, waren die Wahlkreise meist so umfangreich, dass fast stets jene Kandidaten die beste Aussicht hatten, die als Beamte der Gewerkschaft in möglichst vielen Orten als Agitatoren, Streikleiter u. s. w. bekannt waren.«

So sei es nicht verwunderlich, dass auf dem nächsten Gewerkschaftskongress die Zahl der Gewerkschaftsbeamten erheblich grösser sein dürfte, als jemals auf einem Parteikongress die der Parteiangestellten. Der Parteiangestellte sei aber »fast stets in höherem Masse von der Parteileitung unabhängig und von der lokalen Parteimitgliedschaft, innerhalb der er wirkt, beeinflusst, als der Gewerkschaftsbeamte, der mit seinem Zentralvorstand viel engere Beziehungen aufrecht hält, als etwa ein Parteiredakteur mit seinem Landesvorstand oder dem Parteivorstand«. Daraus schliesst Braun, dass die Beschlüsse des Kongresses der Meinung der Zentralvorstände stärkeren Ausdruck verleihen werde, »als den Anschauungen, Auffassungen und Stimmungen der Gewerkschaftsmitglieder, soweit diese nicht übereinstimmen«. Allerdings anerkennt auch Braun, dass die Delegierten immerhin ihren Mandatgebern für ihre Handlungen verantwortlich seien. Aus diesen Verhältnissen heraus wollte Braun im vorhinein Beschlüsse des Kongresses verstanden wissen, die vom sozialdemokratischen Gesichtspunkte abweichen.

SO einwandfrei auch die Form ist, in der das alles gesagt wurde, so wenig angebracht war diese Vorkritik des Gewerkschaftskongresses, weil sie in der Hauptsache unrichtig war, und weil sie andererseits in die spätere Debatte über den Kongress Tendenzen hineingetragen hat, die man im Interesse der Arbeiterbewegung tief bedauern muss.

EINMAL vollzieht sich die Zusammensetzung des Gewerkschaftskongresses in einer vom demokratischen Standpunkt viel einwandfreieren Form, als die

[10]) Vergl. Adolf Braun: *Der Cölner Gewerkschaftskongress* in der *Neuen Zeit*, 1904-1905, II. Bd., pag. 200 und 207.

des Parteitages. Der Parteitag setzt sich zunächst aus der sehr umfangreichen Parteileitung und der noch viel umfangreicheren Reichstagsfraktion zusammen, auf deren Delegation die Gesamtheit der Partei gar keinen direkten Einfluss hat. Dann aber werden auch die Delegierten, soweit nicht städtische Wahlkreise in Betracht kommen, in der grossen Mehrzahl durch ein indirektes Wahlsystem gewählt.[11]) Demgegenüber werden auf dem Gewerkschaftskongress nur die 11 Mitglieder der *Generalkommission* ohne Wahl zugelassen, während die Delegierten, entgegen der Behauptung Brauns, in der Hauptsache durch direkte Wahlen gewählt werden, so bei den grossen Verbänden der Metallarbeiter, Holzarbeiter und Schneider. Und die Wahl wird mit peinlichster Gewissenhaftigkeit ausgeübt.

ES ist auch nicht richtig, wenn den Gewerkschaftskongressdelegierten nachgesagt wird, sie brächten mehr die Meinung der Zentralvorstände, als der Mitglieder zum Ausdruck. Einmal gibt es in den Meinungen zwischen Leitung und Mitgliedschaft der Gewerkschaften nur wenig Differenzen, dann aber hat der Gewerkschaftsbeamte, insbesondere der Gau- und Lokalbeamte mit der Masse der Mitglieder viel mehr Berührungspunkte, als mit der Leitung; muss er doch täglich in Versammlungen, bei Streiks, bei Unterhandlungen, bei Besprechungen mit den Mitgliedern unmittelbar in Verkehr treten, während sich sein Verkehr mit der Gewerkschaftsleitung fast nur auf Korrespondenzen erstreckt. Tatsächlich sind die Gewerkschaftsbeamten denn auch viel bessere Kenner der Wünsche ihrer Mitglieder, als die Parteiangestellten, deren Verkehr mit der Masse lange nicht so unmittelbar ist. Und wenn in vielen Fällen Beamte zu Delegierten auf den Gewerkschaftskongress gewählt worden sind, so beweist das nur, wie grosses Vertrauen sie bei den Gewerkschaftsmitgliedern geniessen. Es war denn auch eine der bedenklichsten Verirrungen, deren sich die Parteipresse nach dem Cölner Kongress schuldig machte, dass sie die Mitglieder der Gewerkschaften gegen ihre Beamten auszuspielen versuchte. Auf diese Weise fördert man nicht die Arbeiterbewegung. Durch solche Hetze gegen die Beamten wird nur der erfreuliche Entwickelungsgang der Gewerkschaften behindert. So schafft man nur gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit und kleinlichen Streit innerhalb der Gewerkschaften, jedenfalls aber nicht das so notwendige Zielbewusstsein im wirtschaftlichen Kampf.

DEN Gewerkschaftsbeamten ist ihr Wirken bisher nicht leicht gemacht worden. Das lehrt ein Blick auf das letzte Jahrzehnt der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es hat keinen Sinn, die alte Animosität gegen das Gewerkschaftsbeamtentum wieder wach zu rufen, wie es nach Cöln offensichtlich geschehen ist; das wäre nur schädlich für die künftige Gestaltung der ganzen Arbeiterbewegung.

[11]) Wie sehr es in der Partei die Ausnahme bildet, dass man in grossen nichtstädtischen Wahlkreisen die Delegation zum Parteitag durch direkte Wahlen vollzieht, das zeigte der folgende Vorgang: Im Wahlkreise Offenbach, wo die Wahl der Delegierten bisher auf indirektem Wege, durch die Kreiskonferenz, erfolgte, wurde in diesem Jahre zum erstenmal durch die Mitglieder selbst, mittels Urabstimmung in allen sozialdemokratischen Vereinen des Kreises, gewählt. Dieser Modus war der Parteipresse so ungewöhnlich, dass sie ihn unter besonderer Anerkennung des Vorgehens der Offenbacher Parteiorganisation notierte. Tatsächlich werden denn auch, soweit mir bekannt, nur in einigen schleswig-holsteinischen Wahlkreisen und in Hamburg III die Wahlen direkt durch die Mitglieder vollzogen; sonst ist in solchen Kreisen das indirekte Wahlverfahren die Regel.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

AUGUST MÜLLER · GEWERKSCHAFTEN UND PRIVATRECHT

BEI den Voraussagen über die gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstages, die nach altem Brauche im Spätsommer und Herbst von Leuten mit fruchtbarer Kombinationsgabe gemacht werden, spielte in diesem Jahre auch die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine eine Rolle. Seit der bekannten Erklärung des Grafen Posadowsky vom 30. Januar des vorigen Jahres weiss man, dass die verbündeten Regierungen »grundsätzlich nicht abgeneigt sind«, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine anzuerkennen, mehrfach wurde auch seitdem über Vorarbeiten zu dieser Gesetzesvorlage berichtet, und wahrscheinlich wird sie in nicht allzu langer Zeit fertiggestellt sein. Zweifelhaft ist nur, ob der Reichstag in dieser seiner Session bereits die Vorlage behandeln wird. Da den Nächstbeteiligten, den Berufsvereinen, leider keine Gelegenheit gegeben werden wird, die Vorlage im Entwurf kennen zu lernen, muss die Kritik sich bescheiden, bis der fertige Gesetzentwurf erschienen ist. Er kann den Gewerkschaften manches Gute, aber auch recht viel Schlimmes bringen, und der Umstand, dass in den letzten Jahren immer häufiger der Versuch gemacht wird, mit Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes die Gewerkschaften zu bekämpfen, mahnt zu erhöhter Vorsicht.

SOLANGE die deutsche Gewerkschaftsbewegung jung oder doch wenigstens schwach und unbedeutend war, kam sie nur zum öffentlichen Recht in ein näheres, meistens recht unerfreuliches Verhältnis. Das Strafrecht und allenfalls noch das Verwaltungsrecht genügte Unternehmern und Behörden in ihrem Kampfe gegen die Gewerkschaften; die Fussangeln, die auch das Zivilrecht der Gewerkschaftsbewegung zu stellen gestattet, liess man unbenutzt. Als die Zahl der organisierten Arbeiter die dreiviertel Million überschritten hatte und ansehnliche Kassenbestände vorhanden waren, erkannten die Unternehmer, dass unter Umständen auch das Privatrecht brauchbare Handhaben zur Chikanierung der Gewerkschaften bieten könne, wozu nicht wenig englische Beispiele beigetragen haben mögen. Englische Richter hatten ganze Gewerkschaften zur Zahlung hoher Entschädigungen an die Unternehmer verurteilt, und auch die richterlichen Einhaltsbefehle erwiesen sich in England und Amerika als recht brauchbare Mittel, um die Anwendung mancher Methoden des gewerkschaftlichen Kampfes zu erschweren. Klagen auf Schadenersatz sind aber auch in Deutschland möglich, und wenn die ausgedehnte Verwendung der *provisional injunction* der deutschen Gerichtspraxis weniger geläufig ist, als der englischen und amerikanischen, so kennt doch auch die deutsche Zivilprozessordnung die *einstweilige Verfügung*. Warum sich dieser Mittel nicht bedienen?

HERR Kommerzienrat Kuhn in Zuffenhausen in Württemberg erwies seinen Kollegen die Freude, nicht nur die Frage zu stellen, sondern auch die Probe aufs Exempel zu machen. Als im Mai 1899 21 Former, die in seiner Eisengiesserei tätig waren, sich weigerten, Streikarbeit für einen Heilbronner Fabrikanten anzufertigen, entliess sie Herr Kuhn und verklagte sie obendrein auf Zahlung von 2090,96 Mark, als Ersatz für den erlittenen Schaden. Sowohl die Instanz-

gerichte, wie auch das Reichsgericht entsprachen dem Klageantrag und verurteilten die Beklagten, eventuell unter Haftung als Gesamtschuldner zur Zahlung der angegebenen Summe. Gegen die Begründung des Urteils lässt sich juristisch mancherlei einwenden, doch ist hier nicht der Ort zu einer Kritik, die ganz interessante, aber auch ebenso überflüssige Ergebnisse zeitigen mag. Wir wollen über allgemeine Betrachtungen nicht hinausgehen und können uns daher damit begnügen, die Nutzanwendung der organisierten Arbeiter aus dem Urteil zu besprechen. Die Beklagten hatten in ihrer Revisionsschrift geltend gemacht, der Herr Kommerzienrat Kuhn habe den ihm entstandenen Schaden selbst verschuldet, da sie bereit gewesen seien, andere Arbeiten zu verrichten. Der Kläger hätte die von ihnen verweigerten Arbeiten durch andere Arbeiter ausführen lassen können. Aber das Reichsgericht liess diesen Einwand nicht gelten. »Das Recht«, so heisst es in seinem Erkenntnis, »kann dem Dienstherrn nicht zumuten, sich der rechtswidrigen Arbeitsverweigerung seiner Arbeiter in dieser Weise zu fügen . . . . es handelt sich um die vorzeitge Auflösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, die von dem Arbeiter verschuldet ist, und für deren Folgen er deshalb zu haften hat.« Der Schadenersatzanspruch wurde also aus den Bestimmungen über den Arbeitsvertrag für gerechtfertigt erklärt, was die Möglichkeit bot, das Urteil auch gegen die Unternehmer zu verwerten. Denn das schien doch zweifellos: Wenn Arbeiter dem Unternehmer ersatzpflichtig sind für Schäden, die entstehen bei Auflösung eines bereits bestehenden Arbeitsverhältnisses, so müssen umgekehrt auch Unternehmer den Arbeitern Schadenersatz leisten, wenn sie das Arbeitsverhältnis lösen, indem sie Arbeiter aussperren und den Arbeitern Schaden zufügen. So kalkulierten die Arbeiter, und bei der nächsten, besten Gelegenheit übersetzten sie diese theoretischen Erwägungen in die Praxis.

DIE Gelegenheit bot sich noch in dem selben Jahre, in dem das Reichsgericht das eben besprochene Urteil gefällt hatte. In Hamburg hatten die Werften von Blohm & Voss und der *Hamburg-Amerika-Linie* eine grössere Anzahl Werftarbeiter ohne Kündigung entlassen, weil die Arbeiter einer anderen Werft, der *Reiherstiegschiffswerft,* sich weigerten, Streikarbeit zu machen. Darauf klagten elf Werftarbeiter 3202,40 Mark als Schadenersatz für entgangenen Arbeitsverdienst von den beiden erstgenannten Werften ein, wobei sie den Grundsatz der Solidarhaft anwandten, den das Reichsgericht aufgestellt hatte. Die Klage gründete sich auf das Urteil im Zuffenhausener Fall und auf den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, der denjenigen schadenersatzpflichtig macht, der in einer gegen die guten Sitten verstossenden Weise einem andern vorsätzlich Schaden zufügt. Der Ausgang dieser Klage ist noch in aller Gedächtnis. Das Hamburger Landgericht wies die Klage ab, und das Oberlandesgericht bestätigte das Urteil der Vorinstanz. Am 26. März 1903 hatte das Reichsgericht über die Revision zu entscheiden. Es erklärte das Begehren der Arbeiter für unberechtigt und begründete diese Auffassung in einer Entscheidung von auffälliger Kürze. In der Revisionsschrift war dargelegt worden, die Werftbesitzer hätten den Ausgesperrten jede Möglichkeit genommen, an ihrem Wohnort ihren Unterhalt zu finden, um sie dadurch in eine Notlage zu bringen und so auf ihre Kollegen, die auf einer anderen Werft ausständig waren, einen Druck auszuüben, der schliesslich die auf der

Reiherstiegschiffswerft Ausständigen veranlassen konnte, zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Aussperrung stelle eine, gegen die guten Sitten verstossende, vorsätzliche Schadenszufügung dar. Das Reichsgericht schloss sich indessen dieser Auffassung nicht an. Ein Ausfluss des Rechts auf Koalition sei es auch, so heisst es in seinem Erkenntnis, »wenn Arbeitgeber oder Arbeitnehmer ohne unmittelbares, eigenes Interesse in einem Kampfe, der zwischen anderen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstanden ist, zur Unterstützung der einen oder anderen streitenden Partei eingreifen«. Die Arbeiter weigerten sich ja auch, Streikarbeit zu machen, und proklamierten Ausstände, um die Wiedereinstellung Gemassregelter zu erzwingen. Da solche Massnahmen der Arbeiter nicht gegen die guten Sitten verstossen, könne man das auch nicht behaupten, wenn die Unternehmer sie anwenden.

DIESES Urteil des Reichsgerichts steht im Widerspruch zu dem vorerwähnten im Zuffenhausener Fall. Letzteres hatte die Entschädigungspflicht der Arbeiter damit begründet, »dass sie gemeinschaftlich die unerlaubte Handlung der dolosen Vermögensschädigung begangen haben« — indem sie sich weigerten, Streikarbeit zu machen. Jetzt erklärt das Reichsgericht, die Aussperrung wegen der Weigerung, Streikarbeit herzustellen, begründe keinen Schadenersatz, und es ist ihm noch nicht einmal ein Verstoss gegen die guten Sitten, wenn 6000 Werftarbeiter, die gar keine Differenzen mit ihren Arbeitgebern hatten, monatelang aufs Pflaster gesetzt werden, bloss weil hundert andere, betriebsfremde Werftarbeiter eine Lohnerhöhung von einem Pfennige forderten. Uns scheint, wenn im Zuffenhausener Fall die Arbeiter eine *dolose Vermögensschädigung* vornahmen, dann erst recht die Werftbesitzer in dem Hamburger Fall.

WENN nicht die den Unternehmern günstige Entscheidung im Zuffenhausener Fall der letzterwähnten Entscheidung vorausgegangen wäre, liesse sich jedoch nicht viel gegen sie einwenden. Das Bedenkliche ist der Widerspruch zwischen beiden Urteilen, der den Unternehmern zu statten kommt, nicht die Abweisung der Klage der Werftarbeiter, die auch gar nicht daran gedacht hätten, Zivilklage gegen die Werftbesitzer anzustrengen, wenn nicht der Herr Kommerzienrat Kuhn mit schlechtem Beispiel vorangegangen wäre. Es ist wirklich kein idealer Zustand, wenn für den Ausgang wirtschaftlicher Kämpfe nicht die Stärke der Organisationen und das strategische Geschick der Organisationsleiter, sondern spitzfindige Paragraphenjuristerei entscheidend ist. Im Grunde genommen vertragen sich solche Schadenersatzprozesse mit wirklichem, freiem Koalitionsrechte so wenig, wie etwa das Verbot, einem belagerten Feinde die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden, mit einem Kriege. Gewiss sollen barbarische, grausame Mittel für den wirtschaftlichen Kampf so verpönt sein, wie für den Krieg; aber darum handelt es sich hier nicht. Um solche Methoden zu verhindern, haben wir das Strafrecht, und man muss schon preussisches Herrenhausmitglied sein, um behaupten zu können, Strafrichter und Strafgesetz liessen den Arbeitern zu viel Freiheit bei Ausübung des Koalitionsrechts. Boykott und schwarze Listen sind Kampfesmittel in wirtschaftlichen Klassenkampfe, die man legalisieren sollte, anstatt mit dem Kautschukbegriffe des *Verstosses gegen die guten Sitten* gegen sie zu Felde zu ziehen. Geist und Verfassung unserer Gerichte werden dafür sorgen, dass die Arbeiter dabei doch stets den kürzeren ziehen, und wenn man die Gesetze ändern will, dann

ist es besser, ein einwandfreies Koalitionsrecht zu schaffen, als privatrechtliche Bestimmungen, die auch gegen die Unternehmer Anwendung finden müssen. Die Methode, dem Lohnkampfe die Plaidoyers vor den Zivilkammern folgen zu lassen, birgt Gefahren in sich, die vor allem die Arbeiter nicht zu gering einschätzen sollten.

DIE Arbeiterpresse liess denn auch keinen Zweifel darüber, als die Gewerkschaften, durch das Vorgehen der Unternehmer dazu gezwungen, den Zivilrichter im wirtschaftlichen Klassenkampfe mobil machten, dass dieses Kampfesmittel recht bedenkliche Konsequenzen in sich berge. Das *Korrespondenzblatt der Generalkommission* äusserte sich ausführlich über die Angelegenheit, die Gewerkschaftspresse und die Parteipresse verhielten sich grösstenteils recht skeptisch und machten ihre Bedenken geltend. Das wurde ihnen erleichtert durch den Umstand, dass die Entscheidungen der Gerichte ungünstig für die Arbeitr ausfielen, und es scheint beinahe, als sei namentlich bei manchem Kritikus in der Parteipresse das Misstrauen gegen die bürgerlichen Gerichte ein stärkerer Ablehnungsgrund gewesen, als Erwägungen prinzipieller Art. Denn als im vorigen Jahre ein Reichsgerichtsurteil bekannt wurde, durch das der Gebrauch schwarzer Listen in einem bestimmten Falle als gegen die guten Sitten verstossend erklärt wurde, fand man eine kritische Würdigung dieses Urteils eigentlich nur in einigen Gewerkschaftsblättern; die Parteiblätter waren meistens entzückt über das Urteil, überschätzten seine Bedeutung, und es fehlte sogar nicht an Stimmen, die ein grösser werdendes soziales Verständnis beim Reichsgericht schlussfolgerten.

DASS das recht optimistsch gedacht war, zeigt eine nüchterne Betrachtung des Urteils. In Berlin hatte ein Gussputzer auf der Arbeitsstätte für seine Gewerkschaft agitiert, war deshalb entlassen und auf Veranlassung der Firma Keyling & Thomas von den *Kühnemännern* auf die schwarze Liste gesetzt worden. Ein anderer Unternehmer, bei dem er inzwischen Arbeit erhalten hatte, entliess ihn darauf wieder, und erst nach längerer Arbeitslosigkeit erhielt der Mann ausserhalb seines Berufes die Gelegenheit zu einem erheblich geringeren Verdienst. Er machte nun die Firma Keyling & Thomas für den erlittenen Schaden verantwortlich und verklagte sie auf Zahlung von 1600 Mark Entschädigung. Instanz- und Berufungsgericht wiesen die Klage ab, das Reichsgericht erkannte jedoch am 17. März 1904, der Anspruch des Klägers sei dem Grunde nach gerechtfertigt, und beauftragte das Instanzgericht mit der Festsetzung der Schadenersatzsumme. Das Urteil ging der Frage aus dem Wege, ob die Aufstellung schwarzer Listen durch die Unternehmer im allgemeinen den guten Sitten widerspreche. Auch in den Kämpfen, die der gewerbliche Wettbewerb und der Interessen- und Klassengegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern mit sich bringt, müsse, so meint das Reichsgericht, »bei Verfolgung an sich erlaubter Zwecke die Einhaltung von Schranken in der Weise verlangt werden, dass als unzulässig nicht bloss Kampfmittel, die in an sich rechtswidrigen Handlungen bestehen, sondern auch solche, eine Schädigung des Gegners mit sich bringenden Massregeln anzusehen sind, die nach den allgemeinen bestehenden Sittenanschauungen schlechthin oder doch unter den gegebenen Umständen als unbillig und ungerecht erscheinen«. Dann folgte eine bedingte Anerkennung des Rechts, schwarze Listen aufzustellen. Der Arbeitgeberverband dürfe, so heisst es

weiter, so schwerwiegende Massnahmen nur treffen, »wenn es sich um sehr schwere Verfehlungen im Arbeitsverhältnis handelt, und diese durch sorgfältige Ermittelungen festgestellt sind«. Das Verhalten des Arbeiters — die Agitation für den Metallarbeiterverband auf der Arbeitsstelle — sei »ungehörig« gewesen und hätte zu sofortiger Entlassung berechtigt (!), der Mann sei aber noch nicht als Unverbesserlicher bekannt gewesen, weshalb die Beklagte nicht beantragen und die *Kühnemänner* nicht beschliessen durften, »eine zeitlich unbegrenzte Arbeitssperre über den Kläger zu verhängen«. Das sei eine unerlaubte Handlung, die nach § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs schadenersatzpflichtig mache.

MAN sieht, die Beunruhigung, welche die Scharfmacherorgane über dieses Urteil heuchelten, war ziemlich überflüssig. Hätten die *Kühnemänner* den Mann nur ein paar Jahre und nicht dauernd ausgesperrt, so würde das Reichsgericht wahrscheinlich erklärt haben, das sei eine ganz gerechte Strafe für sein *ungehöriges* Benehmen. Aber die dauernde Sperre missfiel ihm, und sie missfiel ihm vor allem in dem speziellen Fall. Das Reichsgericht ist seiner Spruchpraxis vollkommen treu geblieben, als es die *Kühnemänner* verurteilte. Hatte es doch bereits früher einmal, am 24. Mai 1902, als 88 Arbeiter eines Emaillierwerks in Düsseldorf, die auf die schwarze Liste gesetzt waren, Schadenersatz verlangten, entschieden, es komme stets auf die Umstände des konkreten Falles, auf die Art und Weise der Einwirkung auf die Willensfreiheit des Gegners und der über den selben verhängten Nachteile an. Generell hat sich das Reichsgericht weder für, noch gegen die schwarzen Listen ausgesprochen, und uns scheint das ganz gut so. Zwar erweckt es Bedenken, dass das Reichsgericht bei *schweren Verfehlungen* — ein Kautschukbegriff, der subjektiver Willkür weiten Spielraum bietet — die Aussperrungen zulässt, aber besser ist es, diesen Kautschukbegriff, als eine gänzliche Verurteilung der schwarzen Listen, mit in den Kauf zu nehmen. Auf die Arbeiter und ihre Methoden im Klassenkampfe angewandt, musste ein solches Urteil weittragende Bedeutung haben, denn die mit Recht vom *Grundstein* gemachten Ausführungen, wonach die Arbeiter niemals Sperren verhängen, um den Unternehmern das Koalitionsrecht zu rauben, während bei den Unternehmern die schwarzen Listen sehr häufig den Zweck erfüllen sollen, haben wenig Aussichten, bei bürgerlichen Gerichten Beachtung zu finden. Dafür würde aber der Grundsatz, dass schwarze Listen immer gegen den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verstossen, auf dem Wege des Analogieschlusses zur Beurteilung anderer Vorgänge im wirtschaftlichen Klassenkampfe Verwendung finden, und es gehört gewiss kein Übermass juristischen Scharfsinns dazu, um etwa bei einem Brot- oder Bierboykott die Veranstalter solcher Massnahmen schadenersatzpflichtig zu machen, wenn schwarze Listen generell als gegen die guten Sitten verstossend erklärt werden.

GERADE das ist aber jetzt eine sehr aktuelle Frage. Die Herren vom Backtrog sind auf die ingeniöse Idee verfallen, den bei Lohnbewegungen der Bäcker üblichen und gewöhnlich ausserordentlich wirkungsvollen Boykott der Geschäfte, die nicht bewilligen, durch Schadenersatzklagen zu bekämpfen. Dabei spielen die nach den §§ 935 und 940 der Zivilprozessordnung zulässigen einstweiligen Verfügungen eine Rolle, da man mit ihnen die Streikkomitees, die Listen der zu empfehlenden oder nicht zu empfehlenden Bäckereien zusammen-

stellen und die Zeitungen, die diese Listen veröffentlichen, zwingen kann, diese Handlungen zu unterlassen. Die Klagen auf Schadenersatz gründen sich gewöhnlich auf die §§ 153 der Gewerbeordnung und 823, 826, 830 und 840 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Von ihnen ist unseres Wissens erst eine, in Kiel, durch Abweisung der Klage auf Schadenersatz entschieden, andererseits aber haben die Bäckermeister schon in mehreren Fällen den Erfolg gehabt, dass ihrem Verlangen auf Erlass von Einhaltsbefehlen Folge gegeben wurde und Streikkomitees und Zeitungen 1500 Mark Geldstrafe oder 6 Wochen Haft riskierten, wenn sie mit der Veröffentlichung von Boykottlisten fortfuhren. In Dresden, Stade, Nürnberg und Lübeck erklärten die Landgerichte die einstweiligen Verfügungen für zulässig, in Kiel hatte das Amtsgericht den gleichen Standpunkt eingenommen, das Landgericht hob aber unter einer sehr beachtenswerten Begründung den Beschluss des Amtsgerichts auf und erklärte die Anwendung von Boykottlisten im wirtschaftlichen Kampf für ein durchaus zulässiges Mittel.

IN der Tat lassen sich nicht gut Gerichtsentscheidungen denken, die unsozialer, mit den Verhältnissen des Wirtschaftslebens mehr im Widerspruch stehend sind, wie die Entscheidungen der Gerichte, die da kühn behaupten, die Empfehlung gewisser Bäckereien oder die Warnung vor ihnen falle unter den § 153 der Gewerbeordnung und verstosse ausserdem gegen die guten Sitten, da die wirtschaftliche Existenz der nicht zu den geregelten Bäckereien gehörenden Bäckermeister — in diesem schönen Deutsch drückt sich das Dresdener Landgericht aus — durch den Boykott vernichtet werden könne. Sogar das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb hat man schon herangezogen, um damit die den Bäckermeistern unangenehmen Sperren abzuwehren. Die Dinge sind jetzt so weit gediehen, dass bei jeder Lohnbewegung der Bäcker von dem Mittel der Einhaltsbefehle Gebrauch gemacht wird, um auf diese Weise die Unterstützung der Bäckergesellen durch das Publikum zu verhindern, und es ist zu erwarten, dass auf anderen Gebieten das Vorgehen der Herren vom Backtrog Nachahmung finden wird. Bei Boykotts wegen Verweigerung von Lokalen zu Versammlungszwecken und bei Bierboykotts haben die Gerichte schon ebenso entschieden, wie bei Brotboykotts, was ja nicht besonders merkwürdig ist, da hier die Analogie gegeben ist. Von Bedeutung ist insbesondere die Schadenersatzklage wegen Bierboykotts in Zwickau, da mit ihr die erstmalige Anwendung der einstweiligen Verfügungen Hand in Hand ging.

HIER war vom Gewerkschaftskartell der Boykott über das Bier eines Grossbrauers verhängt worden, der Arbeiter wegen ihrer Organisationstätigkeit gemassregelt hatte. Darauf erwirkte der Brauereibesitzer Mummert gegen die Mitglieder des Kartells und gegen das *Sächsische Volksblatt* vom Amtsgericht einen Einhaltsbefehl, der aber vom Landgericht wieder aufgehoben wurde. Das Oberlandesgericht stellte ihn dann wieder her, und das Reichsgericht, das am 5. Juni über die Angelegenheit zu entscheiden hatte, verwarf die Revision. Dieser Entscheidung ist jedoch keine grosse Bedeutung beizulegen, weil die Verwerfung der Revision aus formellen Gründen erfolgte. In eine sachliche Prüfung des Streitfalles trat das Reichsgericht bedauerlicherweise nicht ein, weil es annahm, die Revisionskläger hätten kein vermögensrechtliches Interesse von mehr als 1500 Mark (der Revisionssumme) an den Streitgegenstand.

DIE geschilderten Fälle umfassen nicht alle Versuche, den Gewerkschaften mit zivilrechtlichen Bestimmungen den Weg zu verstellen. Erst vor kurzem wieder wurde mitgeteilt, dass in Düsseldorf eine Firma die Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes auf Zahlung von 7000 Mark verklagt habe. Als Klagegrund gibt die Firma die Verhängung der Sperre über ihren Betrieb gelegentlich eines Streiks an. In Lübeck sind elf Maurer, die die Entlassung eines aus dem Verbande ausgeschlossenen Kollegen durch die Drohung, andernfalls selbst die Arbeit einzustellen, erzwangen, solidarisch zur Zahlung von 232,62 Mark an den Entlassenen verurteilt worden. Das Gericht sah es nicht als gegen die guten Sitten verstossend an, dass der Entlassene Streikbruch begangen hatte. Als er dieserhalb aber aus dem Verbande ausgeschlossen wurde und seine Kameraden sich weigerten, mit dem Streikbrecher zusammen zu arbeiten, erklärte das Gericht in dieser Weigerung und ihren Folgen (Entlassung des Streikbrechers) einen Verstoss gegen den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Ein ähnlicher Fall hat sich in Berlin ereignet. Ein Zimmermann hatte einen Unorganisierten zum Beitritt in die Organisation aufgefordert. Als dieser sich weigerte, erklärte der erwähnte Zimmermann dem Polier, dass alle organisierten Arbeiter die Arbeit niederlegen müssten, wenn der eine organisationsfeindliche Arbeiter nicht entlassen würde. Darauf erfolgte dessen Entlassung, der Wortführer der organisierten Arbeiter wurde aber wegen Erpressung verurteilt, ausserdem machte der Entlassene die Zivilklage auf Schadenersatz gegen ihn anhängig und erreichte auch dessen Verurteilung, wiederum wegen Verstosses gegen § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

ES ist wohl kaum nötig, hier längere Ausführungen darüber zu machen, dass in den geschilderten Fällen vom Standpunkt der Arbeiter und der objektiv die wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter würdigenden Uninteressierten aus ein Verstoss gegen die guten Sitten nicht vorliegt. Das Reichsgericht hat versucht, diesem Kautschukbegriff etwas Konsistenz zu verleihen, indem es Handlungen als gegen die guten Sitten verstossend erklärt, die »dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden« widersprechen. Es ist selbstverständlich, dass hierbei das Anstandsgefühl der Volksklassen und Berufsgruppen entscheidend sein muss, denen die der unsittlichen Handlungen Beschuldigten angehören, und nicht das *Anstandsgefühl* des Unternehmers. In Arbeiterkreisen ist man aber durchaus davon überzeugt, dass das Werben für die Organisation, die Verachtung des Streikbrechers, die Verhängung eines Boykotts und dergleichen mehr etwas sehr Anständiges, Billiges und Gerechtes ist. Die Gerichte können nur deshalb zu einer anderen Anschauung kommen, weil ihrem Denken und Fühlen die Anschauungen der Arbeiter vollkommen fremd sind.

GERADE darin liegt aber auch die Gefahr für die Gewerkschaften bei derartigen Privatklagen. Als in Magdeburg ein Maurer, Mitglied einer Kommission zur Überwachung des Tarifvertrages zwischen Bauarbeitern und Bauunternehmern mit einem Unternehmer, der zu niedrige Löhne zahlte, in Differenzen geriet, und ihm die Bausperre in Aussicht stellte, wurde er wegen Verstosses gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilt. Auch das Reichsgericht bestätigte das Urteil und erklärte ausdrücklich, das Bestehen eines Tarifvertrages sei belanglos. Deshalb sei doch jede Zwangsandrohung strafbar. Bei einer solchen Verständnislosigkeit für die bedeutsamsten Erweiterungen,

die der Arbeitsvertrag zwar nicht durch das Gesetz, aber durch die Praxis erfahren hat, braucht man sich nicht zu wundern, dass die Entscheidungen des Zivilrichters so häufig im Widerspruch mit dem Rechtsempfinden der Arbeiter stehen.

DAS eine Urteil des Reichsgerichts, das der Berliner Gussputzer erzielte, kann keine Veranlassung geben, den Gerichten grösseres Vertrauen entgegenzubringen. Es wurde ja schon gezeigt, weshalb; und wenn die Unternehmerpresse so grimmig über das Urteil herfiel, während manches Parteiblatt es überschätzte, so wird dadurch nur bewiesen, dass die Unternehmer es noch immer besser verstehen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, als die Arbeiter. Bringt es doch im *Berliner Tageblatt* vom 23. September 1905 bei einer Besprechung der von uns erwähnten Reichsgerichtsurteile ein Wortführer der Unternehmerinteressen sogar fertig, im Namen der »Freiheit des Arbeitsvertrages« und des »gefährdeten Koalitionsrechts« sehr deutliche Angriffe gegen den obersten Gerichtshof des Deutschen Reichs zu erheben!

NEIN, die ganze Methode der Bekämpfung von schwarzen Listen und Boykotts durch den Zivilrichter bietet wenig Erfreuliches und wenig Erfolg Versprechendes für die Arbeiter. Sie haben diese Bahn allerdings nur gezwungenermassen betreten, und so, wie die Dinge heute liegen, kann den Gewerkschaften ja auch nichts passieren, wenn einzelne ihrer Mitglieder zu hohen Entschädigungen verurteilt werden. Es ist nun einmal das Recht aller Habenichtse, solche Summen schuldig zu bleiben. Erhalten die Gewerkschaften die Rechtsfähigkeit, dann hört das allerdings auf. Dann richten sich die Klagen nicht gegen einzelne Mitglieder der Gewerkschaften, denen man nichts nehmen kann, weil sie nichts haben, sondern gegen die Vereine, deren Vermögen für solche Schadenersatzansprüche haftet.

BOYKOTTS und schwarze Listen sind notwendige Kampfesmittel, die man nicht verbieten, und deren Anwendung man nicht durch Privatklagen unmöglich machen soll, deren Korrelat aber ein wirklich freies Koalitionsrecht ist. Das zu erringen, ist das Wichtigste für die deutsche Gewerkschaftsbewegung, viel wichtiger, als die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften und reichsgerichtliche Interpretationen des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die auch für die Arbeiter von Nutzen sind. Der Umstand, dass hier und da über kleinen Augenblicksvorteilen dieser grosse Gesichtspunkt ausser acht gelassen wurde, ist ein Grund mehr, der Mobilmachung des Zivilrichters im wirtschaftlichen Kampfe ablehnend gegenüberzustehen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HOPE BRIDGES ADAMS-LEHMANN · DIE ARBEIT DER FRAU



IE Diskussion über die Berufstätigkeit der Frau hat ins weite Feld geführt. Von der Sorge des kleinbürgerlichen Hausvaters um das gemütliche Heim, über den Protest der Junggesellenseele gegen die Fesseln der Einehe, sind wir angelangt bei den letzten Problemen von Mann und Weib, von Liebe, Mutterschaft und Menschtum.

DAS ist sehr begreiflich. Denn die Berufstätigkeit der Frau ist eine der

wenigen Hauptfragen unserer gesellschaftlichen Organisation. Von ihrer Lösung hängt die Physiognomie der sozialistischen Zukunft in erster Linie mit ab. Es ist auch eine Frage, über die wir uns vorderhand keineswegs klar sind, und worüber wir uns wohl zur Klarheit durchringen müssen. Es ist ein Verdienst des Genossen Fischer, die Fackel unter die Gemüter geworfen zu haben, und nicht minder ein Verdienst der *Sozialistischen Monatshefte* und der *Gleichheit,* den Brand geschürt zu haben. Es scheint mir wenigstens von hoher Wichtigkeit, dass die sozialistische Welt über die Hauptfrage ihres Glaubensbekenntnisses einen einheitlichen Standpunkt einnimmt. Wir können uns zum Beispiel keine Meinungsverschiedenheiten denken über solche Dinge, wie die Gleichwertigkeit der gesellschaftlichen Arbeit, über die Verpflichtung aller zur Teilnahme an der Arbeit, über die Notwendigkeit einer arbeitssparenden Organisation, über den gemeinsamen Besitz der Produktionsmittel. Das sind eben Grundsteine unserer sozialistischen Anschauung. Und ebenso ist die Verpflichtung der Frau zur Teilnahme an der gesellschaftlichen Arbeit ein Grundstein unserer sozialistischen Anschauung.

NUN kommen aber Genossen und sagen: Ja, an der gesellschaftlichen Arbeit sollt ihr freilich teilnehmen, aber ihr sollt nicht wie die Männer wählen, denn die Natur hat schon für euch gewählt. Ihr seid Mütter, nicht nur vor allem, sondern ausschliesslich, und die Pflege und Erziehung der Kinder verlangt eure ganze Kraft. Was daneben etwa übrig bleibt, braucht ihr, um die vier Wände des Heims ordentlich und behaglich zu halten. Und wenn ihr nicht glauben wollt, dass dieses die Naturordnung ist, so schaut euch nur um. Wo seht ihr die Frau, die nicht zu Haus bleibt, wenn ihr die Wahl gelassen wird? Schliesst sie sich nicht freiwillig von jeder anderen als ihrer natürlichen Berufstätigkeit aus? Die Mutterschaft ist ihr eigenster Instinkt, dem sie auch in der sozialistischen Zukunft nicht untreu werden wird.

ES ist mir immer sonderbar zu Mute, wenn ich diese Sprache höre. Wer ist der, der so fehlet in der Weisheit und redet so mit Unverstand? Wie kann man eine einfache Sache so schwierig machen? Wie kann man diskutieren über Liebe und Mutterschaft? Über Details, über Einrichtung, über Organisationen diskutiert man, aber nicht über die grossen, ehernen, ewigen Gesetze unseres Daseins. Einfach ist die Liebe von Mann und Frau, einfach ist die Liebe der Mutter zum Kind, selbstverständlich ist das Verlangen der Mutter, ihre Kinder zu erziehen. Fürchten die Genossen, dass diese Grundlagen des tierischen Lebens durch irgend eine Theorie oder irgend einen Entwickelungsgang in Gefahr geraten könnten? Etwa weil die unsagbare Unordnung unserer heutigen Gesellschaft diese ersten Menschenrechte so stark beschnitten und beengt hat? Oder weil unser krankes Zeitalter so viele müde und abgestumpft und verwirrt und pervers gemacht hat? Warum weist ihr uns immer auf die Natur und habt doch selber so wenig Vertrauen zu ihr? Ihr dürft ausser Sorge sein. Wir werden nicht aufhören, euch zu lieben, wir werden nicht aufhören, Kinder zu gebären, Kinder zu säugen, Kinder zu erziehen. Wir werden auch nicht aufhören, mit Mann und Kind ein Heim zu begehren, das traut und still und durch die Liebe gepflegt ist.

GILT es aber, diese Güter aus dem heutigen Leben für die Zukunft zu retten? Sind sie denn heute da? Wie vielen sind sie denn heute beschert? Welchen Raum hat das heutige Leben für Liebe, für Mutterschaft? Wie viele Frauen

gibt es, die ihre Kinder erziehen können, wie viele, denen die Annäherung des Mannes nicht zur Last geworden ist?

UND warum? Doch weil die Einzelwirtschaft der Frau jede Musse raubt. Ob die Frau selbst verdienen muss, oder ob sie im Hause schafft, ob sie ein Dienstmädchen hat, oder ob sie sich allein behelfen muss, durch Überbürdung, durch Unordnung, durch schlechte Organisation bringt sie es fertig, den ganzen Tag mit anderen Dingen als Liebe und Erziehung auszufüllen, und die Kinder und der Mann kommen erst an zweite und an dritte Stelle. Die wenigen, die das besser einrichten können, kommen nicht in Betracht gegenüber der grossen Überzahl, die es nicht kann. Vom Sozialismus erwartet die Frau ihre Befreiung von dieser Sklaverei. Der Sozialismus bedeutet für sie Ordnung und Musse. Für sie erwacht erst dann die Möglichkeit, der Liebe zu leben, die Kinder zu pflegen. Und sie wird nach dieser Möglichkeit greifen, wie ein Verdurstender nach dem Becher.

DER Kleinbürger, in seiner ganz richtigen Wertschätzung dieser Urgesetze, in seiner ganz richtigen Anerkennung dieser Urbedingungen des weiblichen Glückes, in seiner Unfähigkeit, sich einen besser organisierten Betrieb als den heutigen vorzustellen, in seinem mangelhaften Verständnis des weiblichen Geistes, und in dem eng umgrenzten Egoismus, der ihm verbietet, im Weib etwas anderes als seine Dienerin zu sehen, kommt unvermeidlich zu dem Schluss, dass die Frau von der Natur auf Haus- und Kinderpflege in aller Ewigkeit angewiesen ist. Mit einem Körnchen mehr Intelligenz würde er über diesen toten Punkt hinüberkommen; er würde begreifen, dass die reife Frau nicht anders denkt und empfindet und handelt, als der reife Mann, dass die Unterschiede zwischen den Geschlechtern Erziehungsunterschiede sind; dass der Frau der selbe Drang innewohnt, wie dem Mann, nach Tätigkeit, nach Freiheit, nach neuen Bahnen, nach Ausleben des eignen Wesens, nach Mitarbeit an der Lösung der Welträtsel; er würde sehen, dass die Frau, die sich heute freiwillig ins Haus verbannt, weil sie — ihrer natürlichen Bestimmung gemäss — an erster Stelle für Mann und Kinder sorgen muss und sorgen will, die Frau, die im Haus den Schatz verborgen hat, der ihre innerste Welt bedeutet, dennoch auf Schritt und Tritt von der nagenden Sehnsucht nach der Welt ausserhalb des Hauses verfolgt wird; er würde auch verstehen, dass die Frau eine Bürde trägt, die zum Teil die seine ist, dass seine Bequemlichkeit durch ihre rastlose Arbeit erkauft wird. Und mit einem Körnchen mehr Phantasie würde er begreifen, wie leicht, ach, wie leicht, alles, was wir heute schwerfällig, mühsam, ärgerlich, zeitraubend erreichen, durch ein wenig praktischen Sinn rasch und einfach erreicht werden könnte. Der praktische Sinn ist den wenigsten Männern zu teil geworden; sie sind der Sklave von hundert Kleinigkeiten; ihre Schubladen in Ordnung halten, ihre Sachen einräumen, mit Nadel, Faden und Fingerhut umgehen, kleine Einkäufe besorgen, ein Kind trocken legen, eine Suppe kochen, aushelfen, wo es gerade fehlt, das alles können die wenigsten Männer. Das grosse, komische *ungeschickte Tier* wird der Mann von George Egerton genannt, und es ist viel Wahres daran. Wie oft muss die Frau nicht zu ihrem Manne sagen: wie kann man sich so ungeschickt anstellen! Das sind aber Dinge, die zur allgemeinen Bildung gehören. Es gibt stets eine Anzahl Verrichtungen, die jeder braucht, und die wenig ausmachen, wenn jeder den Teil über-

nimmt, der auf ihn trifft. Der Mann lehnt sie aber meistens, teils wegen Überbürdung, teils aus Faulheit ab und überträgt sie auf die Frau. Ebensowenig übernimmt er seinen Teil an den gemeinsamen Pflichten für andere. Da bleibt allerdings für die Frau so viel, dass die Häuslichkeit ihre ganze Kraft in Anspruch nimmt. So ist die Sachlage jetzt, und in den Familien, wo es anders ist, findet die Frau jetzt schon Zeit zu sehr vielem, was ihr der Kleinbürger als unmöglich abspricht. Wollen wir uns aber erst mit der Frage der vereinfachten Haushaltung befassen, welche Entlastung für die Frau steht uns da nicht bevor! Der Kleinbürger, dem das Körnchen Phantasie leider abgeht, verhöhnt diesen Gedanken als Utopie, aber er ist trotzdem eine immer näherrückende, glückverheissende Wirklichkeit. Die Erlösung im Haus von den tausend Teufeln der Umständlichkeit ist jetzt schon ein absehbares Ereignis. Oder sollte es ein Naturgesetz sein, dass wir unsere Häuser so unpraktisch, wie bisher, auch in aller Zukunft bauen und einrichten müssen? Müssen wir durchaus das unglaubliche Mobiliar, das fürchterliche Gehänge, die Öfen und Lampen, die Böden und Tapeten des vorigen Jahrhunderts weiterführen? Ich für meinen Teil wenigstens werde in der sozialistischen Baukommission für elektrisches Licht und Zentralheizung, für kalte und warme Wasserleitung und steinerne Waschbecken mit Abfluss in jedem Zimmer, für Linoleumböden und waschbare Wände, für Wandschränke und Abschaffung der Doppelfenster stimmen. Auch die Kleider werden aufhören, die erste Frage im Haushalt zu sein; sie werden schöner, praktischer und einfacher werden und aus Kommunalwarenhäusern bezogen respektive in Kommunalateliers hergestellt werden. Es wird sich auch als möglich erweisen, die Wäsche ohne Chlor im Kommunalwaschhaus besorgen zu lassen. Und das Essen? Sollte die Berufstätigkeit der Frau daran scheitern? Dem Kleinbürger gruselt's vor der Regimentsküche. Das bereitet mir, offen gestanden, kein Kopfzerbrechen. Eins weiss ich ganz genau. Die zukünftige Frau, welche das Kochen als eine der edelsten Künste betrachtet, wird sich weigern, diese edle Kunst mit unzulänglichen Mitteln zu betreiben, und der zukünftige Mann wird sich weigern, sich ferner mit dem heutigen Schlangenfrass zu begnügen, an Stelle des vorzüglich bereiteten Essens, das ihm durch ein wenig Organisation zur Verfügung stünde. Der Einzelherd ist gerichtet. Wie gross der gemeinsame Herd sein wird, und ob wir ausserhalb des Hauses essen oder die Speisen über die Strasse holen werden, weiss ich freilich noch nicht, ich sorge mich auch nicht darum. Es genügt mir die Zuversicht, dass die heutige Misswirtschaft und Vergeudung von Material und Zeit nicht von ewigem Bestand sein kann. Und auch, wenn sich der Kleinbürger zu der Höhe dieser Auffassung nicht aufschwingen kann, die Frau kann es. So wenig wie der Junggeselle sich die Arbeit gefallen lässt, das Essen auf dem Zimmer zu bereiten, so wenig wird die Frau sich dazu bereit finden lassen, weil ihr die Berufstätigkeit eine Notwendigkeit ist.

ABER die Kinder? Die Kinder bleiben uns, Gott sei Dank.

IN keinem Lebensalter werden die Kinder die ganze Zeit der Mutter in Anspruch nehmen. Auch die Kinderpflege ist heutzutage sehr wenig praktisch und hygienisch eingerichtet, und die Kinder haben den grössten Nachteil davon. Kinder brauchen strenge Pünktlichkeit und viel Zeit, in der sich ihr Leben ohne die Einmischung Erwachsener abspielt. Das Kind, welches schreit, sobald es

allein ist oder sich in Gesellschaft einer anderen Person, als der Mutter, befindet, ist sich und der Umgebung eine Last. Auch im ersten Lebensjahre kann sich ein Kind daran gewöhnen, sich als eines unter mehreren zu fühlen, seinen Platz in der Familie einzunehmen, sich für sich zu beschäftigen. Es bleiben also der Mutter, die ein klein wenig Pädagogik bei der Kindererziehung walten lässt, mehrere freie Stunden am Tag, nachdem sie und sie allein alles für das Kind getan hat, was überhaupt getan werden muss. Ich setze voraus, dass die Mutter das Kind, je nach dem Alter, säugt, ihm zu essen gibt, es badet, reinigt, an- und auskleidet, spazieren fährt und spazieren führt, unterhält, überwacht, schlafen legt. Das Kindermädchen ist eine durchaus unmoralische Institution. Das Kind hat Anspruch auf die Mutter, und gerade, um die Mutter für das Kind frei zu machen, muss die Einzelwirtschaft verschwinden. Und wenn Genossin Ihrer und andere betonen, dass sehr viele Mütter kein Verständnis für die Kinderpflege haben, so würde ich darauf antworten, dass es gar nicht schwer wäre, ihnen dieses Verständnis beizubringen. Die Natur hilft mit. Das Verständnis fehlt, weil die Erziehung fehlt, und weil die Zeit zur Erziehung fehlt. Aber trotzdem gehört die Mutter zum Kind, die Entwickelung wird sie nicht von dieser Aufgabe abziehen, sondern sie dazu geschickter machen, denn Mutterliebe ist eine ganz eigene Sache. Und die Mutterliebe wird der wirksamste Faktor sein, bei der Befreiung der Frau von den Fesseln der überflüssigen häuslichen Arbeit.

DAS Kind hat aber nicht nur Anspruch auf die Mutter, sondern auch Anspruch auf den Vater, und zwar nicht nur auf den Vater, der die ganze Woche zum Verdienen ausser dem Hause ist, dem es abends *Gute Nacht* sagt und mit dem es Sonntags spazieren geht, sondern zu dem es in der Intimität der persönlichen Dienstleistung steht. In einer besseren Zeit werden sich Vater und Mutter bei der Kinderpflege unterstützen und ablösen. Nur so wird der Geist des Vaters in vollem Umfang auf das Kind einwirken, nur so wird der Vater dahinterkommen, was Kinderpflege eigentlich bedeutet, nur so wird er die Leistung der Frau in ihrer ganzen Grösse würdigen lernen, nur so wird er die schwere Überbürdung der Frau durch den ununterbrochenen Umgang mit kleinen Kindern, nicht minder aber die schweren Erziehungsfehler, die sich daraus ergeben, aus der Welt schaffen helfen. Und nur so wird er auch seinerseits vom Kinde lernen und des Himmelreiches teilhaftig werden, welches denen versprochen wird, die wie ein kleines Kind geworden sind. Auch der Mann muss das alles vom Sozialismus erhalten. Nur der Sozialismus kann ihm die Musse schenken, endlich einmal Vater zu sein. Auch dadurch wird die Frau entlastet.

NACH dem zweiten Lebensjahr ist aber für das Kind eine Unterhaltung von einigen Stunden in Gemeinschaft mit anderen Kindern wünschenswert. Hier tritt der Kindergarten der Zukunft in Tätigkeit. Das Kind wird dadurch keineswegs der Familie entrissen, aber seine Ansprüche an Belehrung und Beschäftigung sind zu gross geworden, um durch eine Person befriedigt zu werden. Die Mutter kann nicht mehr alles geben, was es braucht, und der Versuch, ihm gerecht zu werden, würde sie aufreiben. So geschieht es jetzt. Die Frau wird nervös und erschöpft. Meint der kurzsichtige Kleinbürger, dass dadurch das Glück der Familie vermehrt wird? So wird die Mutter wiederum entlastet, und wenn sie im ganzen sechs Jahre ihres

Lebens der Fortpflanzung widmet, so wird sie während dieser Zeit und vielleicht noch drei bis vier Jahre darüber hinaus, ausser ihrer Arbeitsleistung als Mutter einen halben Arbeitstag, den Rest ihres Lebens aber voll beruflich tätig sein können. Dabei rechne ich mit einem Arbeitstag von sechs bis acht Stunden, wie er schon in der heutigen Gesellschaft vielfach vorkommt, und in der sozialistischen Gesellschaft gewiss nicht überschritten werden wird. Ebenso wenig dürfen wir erwarten, mit einer grösseren Kinderzahl als drei bis vier pro Familie rechnen zu müssen. Die Frau wird die Stellung der blossen Gebärmaschine ablehnen. Sie will eben nicht nur gebären, sondern auch erziehen, und die Mutterliebe allein wird ihr eine weise Beschränkung auferlegen. Wird aber eingewendet, dass eine sechs- bis achtstündige Berufstätigkeit ihr wohl noch Zeit, aber keine körperliche und geistige Frische für den Verkehr mit ihren Kindern lassen wird, so müssen wir darauf hinweisen, wie sehr die Leistungsfähigkeit durch Abwechselung in der Beschäftigung erhöht wird. Die Mutter, die sich von 6 bis 8 mit ihren Kindern beschäftigt hat, wird es als eine Erholung empfinden, sich von 8 bis 11 in Fabrik, Warenhaus, Feld, Bauplatz, Spital, Verwaltungsbureau, Atelier zu betätigen. Von 11 bis 2 ruht sie wieder von der Arbeit in Gesellschaft der Kinder aus und ist sehr wohl im stande, die Zeit von 2 bis 4 oder 5 von neuem der gesellschaftlichen Arbeit zu widmen.

DIE Frau wird sich diese Möglichkeit zur Berufstätigkeit nicht entgehen lassen, und zwar nicht nur, weil sie selbst als Mensch das als Bedürfnis empfindet, sondern auch, weil sie von der Liebe und von der Mutterliebe dazu getrieben wird. Sie will das Leben des Mannes mitleben, sie will die Entwickelung ihrer Kinder begleiten. Es gibt kaum eine traurigere Gestalt, als die heutige Frau und Mutter. Sie wird beiseite geschoben. Sie ist nicht dabei, sie gehört nicht dazu, sie versteht nichts von dem, was den Lebensinhalt von Mann und Kindern ausmacht. Selbst bis in die Arbeiterkreise, wo der Bildungsunterschied am geringsten ist, besteht dieser Trennungsgrund. Nur als freie Mitarbeiterin im Dienst der Gesellschaft wird sich die Frau ihren Anteil am gemeinsamen Geistesbesitz erwerben.

DIE Frau will nicht, sagt der Kleinbürger. Natürlich will die Arbeiterfrau nicht, weil es bei ihr schier ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Tag hat nur vierundzwanzig Stunden, und der Arbeitstag mit den kurzen Esspausen hat deren zwölf. Da gehört wohl wenig Rechenkunst dazu, um einzusehen, dass die Frau nicht in die Fabrik gehen wird, wenn sie nicht muss. Und trotzdem hört man nicht selten auch von Arbeiterfrauen die Worte: es ist hart, wenn man alles vom Mann verlangen muss. Auch die Frau des Kleinbürgers, mit ihrer unglückseligen Kleinwirtschaft, wird Gott danken, wenn sie zu Haus bleiben kann und nicht im Laden stehen muss. Im besser situierten Mittel- und Adelsstand gibt es zwei Richtungen: die kleinere, welche nach Freiheit und Arbeit strebt und nach Verständnis mit dem Mann; die grössere, die sich vor dem Leben fürchtet und zufrieden ist, sich erhalten zu lassen, und jedem Kampf und jeder Anstrengung und jeder regelmässigen Arbeit aus dem Wege geht. Darunter sind genug, die sich auch von den Strapazen der Mutterschaft zurückziehen, die Kinder weder gebären, noch säugen, noch pflegen wollen. Sind diese armseligen Geschöpfe, diese Degenerierten, diese traurigen Opfer der Entwickelung, die zu schwach und zu dumm und darum auch zu feig

und zu gefühllos sind, um irgend etwas zu pflegen, als sich selbst, sind sie ein Beweis für den natürlichen Beruf der Frau?

ABER die kräftige Frau, die reife Frau, die weibliche Frau, die Frau, die das Lieben gelernt hat, wird sich klar sein, dass ein Leben ohne Beruf für sie unmöglich ist. Sie wird aus dem Grund allein schon Sozialistin sein, weil nur der Sozialismus ihr Liebe und Mutterschaft und Arbeit schenken kann. Schon jetzt, da die Vereinigung dieser Dinge so ausserordentlich schwer ist, wird sie kaum umhin können, sich einem Beruf zu ergeben. Mit zerrissenem Herzen wird sie von den Kindern zu der Arbeit und von der Arbeit zu den Kindern gehen. Stets verfolgt von dem quälenden Bewusstsein, beiden Aufgaben nicht voll gerecht werden zu können, hin und her gezerrt von widerstrebenden Pflichten, muss sie dennoch ihr Geschick erfüllen und sich neben dem Mann in Reih' und Glied stellen. Die Entwickelung will es so. Auch die Kontoristin, die Schneiderin, die Fabrikarbeiterin, diese wahren Märtyrerinnen des Berufes, werden durch die Entwickelung zur Arbeit getrieben und gezwungen, den schweren Übergang von der Gegenwart zur Zukunft zu gehen. Wohl denjenigen, die den Kampf gemeinsam mit dem Manne bestehen! Was sein Verständnis, seine Teilnahme, seine Mithilfe der Frau auch jetzt schon für Erleichterung und Kräftigung gewähren können, das wissen nur die wenigen zu erzählen, denen dieses Glück beschieden.

WENN aber ökonomische Entwickelung und weibliche Natur zusammenwirken, um die Frau auf die Bahn der selbständigen Berufsarbeit zu drängen, und wenn diese Faktoren so stark sind, dass sie die Frau trotz der schwersten Widerstände der Erziehung, des Vorurteils, der Tradition, des Kapitalismus, des Klassenstaates, der Schwäche, der Unintelligenz, der Bequemlichkeit und Unwissenheit dennoch unaufhaltsam vor sich hin treiben, so dürfen wir versichert sein, dass es für sie auf diesem Wege eine Umkehr nicht mehr gibt. Die Menschwerdung des Weibes ist die Signatur unserer Zeit. Der Kleinbürger freilich sieht noch nichts von der ungeheuren Gärung, welche um ihn herum brodelt und zischt und prickelt und überschäumt. Er findet, dass die Gesellschaft in der Richtung der Assoziationswirtschaft keine Fortschritte gemacht; bei ihm zu Haus ist ja alles gerade wie zu seiner Mutter Zeit, er bangt, dass die Frau sich vom Manne emanzipieren könnte und ihm Küche und Wäsche nicht mehr besorgt. O ja, die Frau wird sich emanzipieren, aber, o Blinder und Kleinmütiger, das wird dein Schaden nicht sein. Sobald die Schellen von ihren Handgelenken fallen, gibt sie sich doppelt und dreifach wieder hin. Als freiwillige Gabe erhältst du mehr, Kleinbürger, als du von der Sklavin je im Traum gefordert.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

HERMANN WENDEL · BALZAC



AS äussere Dasein eines Schaffenden ist wenig von Belang. Wenn wir auch geneigt sind, Wechselwirkungen zwischen Leben und Schöpfung festzulegen, so kommen wir doch schliesslich zu dem Ergebnis, dass das Leben eines Künstlers sich lediglich nach seiner geistigen Struktur gestaltet, und dass diese wiederum durch seine soziale Stellung, durch seine Verwurzelung mit der ihn hervorbringen-

den und tragenden gesellschaftlichen Schicht bestimmt wird. Das Leben ist nichts, als die irdische, oft allzu irdische Ausdrucksform des Geistigen.

IN Tours in der Touraine, in der Heimat Rabelais', der, wie er, ein Vollblutgallier war, ist Honoré Balzac — das Adels-*de* legte er sich später aus eigenen Gnaden bei — am 16. Mai 1799 geboren. Am 18. August 1850 stellte sein Gehirn, in dem sich das ganze Leben mit seinen tausend Rätseln und Irrtümern und Verästelungen und Wirrsäligkeiten restlos wiedergespiegelt hat, zu Paris sein fieberhaftes Arbeiten ein. Das dazwischen liegende halbe Jahrhundert umschliesst eines der zyklopischsten und umspannendsten Menschenwerke.

AIS Schüler des berühmten Kollegs von Vendôme tummelt Balzac sich eifrig in allen möglichen Bezirken des Geistes umher, er treibt juristische, theologische, historische, archäologische und philologische Studien, nur die eigentlichen Schuldisziplinen hasst und verabscheut er: als ein ständiger Karzerkandidat, der nicht aufmerkt und *Nebendinge* treibt, ist er bei seinen Lehrern schlecht angeschrieben. Die anstrengende Lektüre wirft ihn aufs Krankenlager, er genest, siedelt mit seinen Eltern nach Paris über, befasst sich nach dem väterlichen Wunsch mit Rechtswissenschaft, studiert sie theoretisch an der *Sorbonne* und praktisch in der Schreibstube eines Advokaten und soll nach bestandenem Examen selbst diese friedliche, gemütliche und einträgliche Laufbahn einschlagen. Er weigert sich zäh und standhaft, hat für alle Einwendungen taube Ohren, will und muss Schriftsteller werden. Von dem Augenblick, da er sich mit einer magern Jahresrente von 1500 Francs in einer hoch und luftig gelegenen ärmlichen Dachkammer einnistet, wird sein Leben zum wahren Arbeitskrampf. Das Wort des alten Menzel *Fleiss ist Genie* passt auf keinen Schaffenden so, wie auf Balzac. Ein innerer und ein äusserer Grund, beide gleich mächtig und triebkräftig, bedingen diesen Fleiss. Eine quellende Phantasie ist ihm Erbteil, aber das Gestalten muss er sich abringen, aus sich herauspressen. Er hat steife Sehnen und eine spröde Hand. Dann hetzen ihn die Schulden. Werk um Werk hastet er in langer Reihe nieder, und auf den Erlös eines jeden Bogens warten, ehe noch die Tinte getrocknet, schon ein halbes Dutzend Gläubiger. Dabei hat er ein wahres Gründungs- und Entdeckungsfieber und auch Gründertatkraft, nur schöpfen andere von seinen Gedanken den Gewinnst ab. Die von den Römern im Stich gelassenen Silberminen auf Sardinien will er ausbeuten, lässt nach den vergrabenen Schätzen Toussaint-Louvertures graben, verkracht mehrmals mit an und für sich rentablen Buchhändlerunternehmungen — sein periodisches Schicksal ist der Bankerott. Seine Helden wühlen in Millionen, er selbst schläft tagtäglich sechs Stunden, erhebt sich um Mitternacht, sitzt, in eine weisse Dominikanerkutte gehüllt, da und schreibt rastlos und schreibt fieberhaft, peitscht, wenn die Nerven zu erschlaffen drohen, sie mit starkem Kaffee auf, nur um sich das Allernotwendigste zu erraffen. Als es ihm endlich gelingt, seine Schulden zu tilgen und er die geregelten Verhältnisse des Bourgeois auskosten will, als er dazu das geliebte Weib, vor dem er siebzehn Jahre das Knie gebeugt, zur dauernden Lebensgefährtin errungen hat, stirbt er. Dieser Mann war berufen, über die Gesamtheit seines Schaffens den Titel zu setzen *La comédie humaine*. Die menschliche Komödie! . . . .

DIESER Gallier mit dem straffen Pferdehaar und den Blicken eines Löwenbändigers, der über die Frauen das Schneidendste und Zynischste und Letzte gesagt hat (*Physiologie du mariage*), umkleidet die zweite Hälfte seines Lebens zwei weibliche Wesen mit hingebender Inbrunst und idealischer Vergötterung: Frau von Berny und, die er nachmals heiratet, Gräfin Hanska. Ihm, der selbst ein sonnenhaftes Zentrum darstellt, sind sie *Sonnen der Sittenwelt*. In dieser seiner Anbetung ist er galant, wie der typische Franzose, aber inniger und tiefer, seine Leidenschaft trägt ihn.

IM privaten Leben gilt Balzac als Reaktionär und Lobsinger absolutistischer Regierungsformen. Doch für ihn ist das private Leben ja nur ein Nebenher. Ein Gewand, dessen er sich entäussert, wenn er den zähen Schlaf abschüttelt und sich an seinen Schreibtisch begibt, wie ein Bonaparte aufs Schlachtfeld. Dann leuchtet nur mehr seine künstlerische Wesenheit. Der *Privatmann* Balzac ist längst Staub und ein Räuchlein. Seine Werke wirken mit eherner Schwere weiter. Und diese Werke, die eine kleine Bibliothek füllen, sind mit der selben Tinte geschrieben, mit der die Aufrufe zum Barrikadenbau, zum Plündern der Waffen- und Bäckerläden, zur Gewalt verfasst werden. Sie sind urrevolutionär. Denn sie tauchen in die Tiefen einer morschen Gesellschaftsordnung hinab.[1])

SEIT im Jahre 1899 in Frankreich Balzacs 100. Geburtstag mit vielem Gepränge gefeiert wurde, sind seine Werke in einer billigen Volksausgabe jedem zugänglich gemacht. In deutscher Übersetzung existieren jetzt wohl vergriffene ältere Ausgaben. Die Reclamsche Universalbibliothek bietet einige der bekanntesten Romane in allerdings oberflächlicher Übertragung. Gegenwärtig ediert der Verlag von Dr. Franz Ledermann in Berlin eine zehnbändige Ausgabe ausgewählter Werke, übersetzt von Alfred Brieger, die ersteren Ansprüchen genügen. Unübertroffen sind bis heute noch die — um den prägnanten Ausdruck Schopenhauers anzuwenden — Nachdichtungen, die der *Insel-Verlag* von der *Physiologie du mariage* und der *Fille aux yeux d'or* veranstaltet hat.

× × ×

WER Balzac verstehen will, muss einen tiefen Einblick in seine Zeit tun. Eine wirbelnde, zerklüftete Zeit ist es, anmutend, wie ein grosses, grauses Marionettenspiel, wie eine grausam verzerrte Komödie. Auf den Strassen liegt noch ein Abglanz von der kaum versunkenen napoléonischen Glorie. Die Bärenmützen der alten Garde, die bei Waterloo in Blut und Schmutz gesunken sind, stehen in den Trödelbuden und zaubern die *épopée* mit all ihrem flimmernden Heroismus noch einmal herauf. Und Hundsvolk herrscht, Hunde zerreissen alte Löwen. Der *Tapferste der Tapfern,* der ehemalige Böttchergeselle Ney, fällt, von der Pairskammer verurteilt, im *Luxembourg* unter französichen Kugeln. Mit Zensurwirtschaft und Spitzeltum rast sich der weisse Schrecken aus. Jede Freiheitsregung wird unter dem Leichentuch der Reaktion erstickt. Ein von blaublütigem Hochmut gedunsener Adel und die *ecclesia triumphans* sind die Gewalten, die die Drähte der Regierung in Händen halten. Weihrauchdunst benebelt ganz Frankreich: mit der geweihten Kerze und pathetischer Frömmlergebärde tänzelt der tüchtigste und einzig selbständige Marschall des

[1]) Man erinnere sich hier des Essays von Jean Mélia *Balzac, der Revolutionär* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 397 ff.

Kaiserreichs, Soult, hinter dem Marienbilde her. Dem XVIII. Ludwig folgt der noch pfäffischere Karl X. Die Massen, die sich endlich auf die Julibarrikaden wälzen, schwemmen ihn fort, und der kommenden Zeit drückt der Grossbörsianer Laffitte mit dem gelassenen Triumphwort *Von nun an werden die Bankiers herrschen* ihr Gepräge auf. Das Kapital dehnt sich im tollsten Krafttaumel. Der Louis-Philippe, der mit dem baumwollenen Regenschirm auf den Boulevards lustwandelt, — die Epoche ist wahrhaftig die menschliche Komödie in Permanenz — stellt nur einen Kommis des Teils der Bourgeoisie dar, der sich aus Bankiers, Börsenkönigen, Eisenbahnkönigen, Besitzern von Kohlen- und Eisenbergwerken und Waldungen zusammensetzt. Der Schwerpunkt der politischen Macht liegt fortan auf der Börse, nicht mehr in der Pairskammer. Die Finanzaristokratie des Faubourg Saint-Honoré verdrängt mit ihrem Einfluss die legitime, ultraroyalistische der Vorstadt Saint-Germain. Die schamloseste Korruption greift Platz, alle Schichten der bourgeoisen Gesellschaft werden zerfressen und mit Fäulnisstoffen durchsetzt. Auf jene Tage hat Marx das Wort gemünzt: »Die Finanzaristokratie, in ihrer Erwerbsweise, wie in ihren Genüssen, ist nichts als die Wiedergeburt des Lumpenproletariats auf den Höhen der bürgerlichen Gesellschaft.« Die ökonomischen Verhältnisse drängen nach einer neuen Revolution.

DAS Epos dieser Zeit hat Balzac geschrieben mit ungestümen, unheimlichen, unerbittlichen Strichen. Er ist schonungslos, wie ein schönes Raubtier, umhergegangen und hat Eingeweide blossgelegt. Mit eherner Ruhe hat er mit seinem Sezierstahl ganze verfaulende Gesellschaftsschichten aufgeschnitten und ihr Innerstes vorgezeigt. Das klingelnd-bunte Bajazzospiel dieses irdisch-lustigen und irdisch-traurigen Lebens hat er in erratische Blöcke eingemeisselt. Alle Schwingungen seiner Zeit hat dieser Charakter der unbegrenzten Möglichkeiten, der vom Räuberroman Scottscher Prägung seinen Ausgang nahm, aufgefangen und in einen Akkord geleitet und so ein Kulturdokument von unvergänglichem Wert hingelegt.

NUR einem ist die *Comédie humaine* vergleichbar: dem Leben selbst.

DENN wenn Balzac auch zu jenen grossen gallischen *Conteurs* gehört, für die uns im Deutschen Name und Begriff fehlen — in Parenthese: E. Th. A. Hoffmann ist ein solcher *Conteur* —, so ist er im letzten Grunde doch eine gewaltige Bekennernatur. Zahlreiche Literaturhistoriker heben es mit ebensoviel Verwunderung, wie Bewunderung hervor, dass Balzac als erster das Geld und die Leidenschaften, die es entfesselt, in die Literatur eingeführt hat. Aber der Künstler, den sich die Früh- und Blühzeit des Grosskapitalismus als Ausdruck ihrer zeitlichen Tendenz erkoren hat, kann ja nicht anders. Mit allerdings strichweise romantischer Verbrämung — hier muss man wieder des E. Th. A. Hoffmann gedenken, dessen Spuren bei Balzac sichtbar werden — gravitiert das rauschende, tönende Epos dieser Zeit um kaltes, blutrotes Gold. Die ökonomischen Zusammenhänge vermag Balzac allerdings bei aller analytischen Fähigkeit nicht aufzustöbern, die tieferen Ursachen der Dinge entgehen ihm als einem Sohn des Zeitalters, dessen sozialistische Nationalökonomen ein Cabet, ein Fourier, ein Saint-Simon sind. Nur die Wirkungen des kapitalistischen Wahnsinns sieht er; sieht er aber auch mit einer Schärfe und Eindringlichkeit, wie kein anderer. Wenn er in seinen kargen Erholungsstunden zur Totenmetropole des *Père Lachaise* hinaufschreitet, und zu seinen Füssen das

Paris der Lebenden brodelt, da reckt sich für ihn über der Riesenstadt der grauenhaft hässliche Götze Mammon hoch, und vor dem inneren Blick des schauenden Dichters sind die Häuser entdacht: und aus jedem dampfen Opferwünsche zu dem Fetisch empor, in jedem zucken heisse Menschenherzen nach dem Besitz der kleinen, runden Metallscheiben, in jedem keucht fruchtlose Arbeit und wimmert die bittere Not zur höheren Ehre des Kapitals. In diesem Paris ist die Liebe, die — ideologisch betrachtet — zur Zeit des Feudalismus galante und anmutige Herrscherin war, mit Reifrock und Puderperrücke und Schönheitspflästerchen, entthront und zur immer feilen Metze geworden. Die Liebe ist nur mehr Tünche und Schminke. An der Stelle des Herzens hat diese Welt ein Dukatenstück, und das fröhlich-frivole *Leben und leben lassen!* des *ancien régime* ist durch den gemein-frivolen Leitspruch *Aushalten und ausgehalten werden!* verdrängt. Die stete Betrachtung dieses Treibens muss einen herben Pessimismus auslösen. Er ist auch deshalb ein Hauptelement der Balzacschen Wesenheit. Der Schöpfer der *Comédie humaine* formt das bittere Axiom *Das Geld ist die Tugend,* in der Gesellschaft kann er nichts anderes sehen, als »eine Vereinigung von Betrügern und Betrogenen«, und der klaffende Gegensatz in der moralischen Bewertung von Arm und Reich in der »Mistpfütze Paris« ist ihm nur ein Abbild für die ganze Gesellschaft: »die sich im Wagen darin besudeln, sind äusserst anständige Leute; die sich aber besudeln, wenn sie zu Fuss hindurchschreiten, sind Schurken«. Ein solcher Satz entschleiert Abgründe und widerlegt die Fabel von dem *reaktionär* gesinnten Balzac. Wir kennen nur einen, und dieser hat derartige Worte furchtlos hinausgeschleudert.

BALZAC malt eine Welt in ihrer Totalität. Seine Domäne ist nicht eng umzirkt. Das ganze Räderwerk der *sozialen Mühle* ist in seinem Schaffen enthalten, kein Schräubchen und kein Stäubchen fehlt.. Er zeichnet die grosse Welt und die kleine, gibt uns Staatsmänner und Snobs und Bauern und Künstler und Spiessbürger und Generale bunt durcheinander, er führt fatalistische Glücksritter vor, die über Gründe und Schlünde hin seiltänzern, und Schächer, die die Bagnokugel eines verfehlten Daseins mitschleppen, und grosse Herzoginnen, die lügen und betrügen, und ebenso grosse Kurtisanen, die auch lügen und betrügen, und Galeerensträflinge, die ein Rousseauevangelium künden, und Spieler, die am grünen Tisch Hunderttausende vergeuden, und Väter, die um ihrer anmutigen Töchter willen verhungern und verelenden, und diese anmutigen Töchter, die ihre Väter verleugnen und aussaugen, und er malt die bestialische Grausamkeit der *guten Gesellschaft* gegen Hilflose und Entblösste, und das Freimaurertum der Unglücklichen, die einander kennen und beistehen, malt das alles mit sicherer Meisterhand und ruft: Seht, wie sie ohne Sinn und Regel durcheinander wirbeln! Seht das Los des Edlen und das des Schlechten! Seht, wie tückisch der Zufall taschenspielert! Seht die grosse, menschliche Komödie!

ABER kein Chronist von äusserlichen Geschehnissen ist er. Seinen Gestalten schaut er unter Fleisch und Rippen, ihr innerstes Triebleben hält er fest. Weil er eine Analyse der bewegenden seelischen Ursachen gibt, nicht weil er das abschnurrende Leben ohne Schönfärberei hinlegt, ist er der erste, grosse Realist. Sein Bruder ist Henri Beyle, der sich *Stendhal* nannte und wie Balzac ein wundersamer Zergliederer alles Menschlichen war. Er selbst teilt

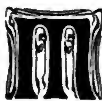
einmal seine Gedanken über die Art des Schauens mit: »Um über einen Menschen zu urteilen, muss man wenigstens seine Gedanken, seine Leiden, seine Gefühle genau kennen. Das Stehenbleiben bei den äusseren Erlebnissen eines Menschen ist ein blosser Entwurf von Geschichtstabellen, die Geschichte von Toren.« So sieht er jede kleine Feder in dem Mechanismus menschlicher Handlungen, und auf diese Weise filtriert sich seine Betrachtungsweise, die anfänglich Neigung zur heroisch-idealen Brille hatte, in eine zynisch-humorhafte, weil er eben in einer so wirrsäligen Zeit und Kultur lebt und reift und ihren Fieberhauch durch alle Poren einsaugt. Der Wirkungskreis der menschlichen Komödie beschränkt sich nicht auf das über Vulkane cancanierende Paris. In kleinen Bezirken, wohin der Wellenschlag der kapitalistischen Sintflut noch nicht gedrungen, nehmen stille und schlichte Provinzmenschen, die hinter weissgetünchten Mauern zwischen Astern und Levkojen wandeln, zwischen Astern und Levkojen merkbare Züge ungewollter Komik an. Aber Balzac zeigt sie doch in letztem Grunde als tragische Komik, als Tragikomik, da sie es ja ist, die unsere Irdischkeit und Menschlichkeit, unser Missverstehen und Untergehen bedingt. Wenn der Vorhang niederrauscht, empfinden wir, dass doch alle als grosse Irrer über diese grüne Erde pilgern, dass die Unversehrten und ewig Aufrechten sich nur in vorbalzacschen Romanen finden, die kein Mensch mehr liest.

MONUMENTAL ragt das Werk Balzacs in die Nachwelt, eben weil es mit unerschütterlichem Ernst und unerbittlichem Fleiss aufgetürmt ist. Wäre es von bewusster Komik umglänzt, hätte man es längst zerfliessen sehen. So aber bleibt es. Die letzte Feinheit und die letzte Wärme allerdings geht ihm ab, jenes Knistern und Flimmern und die spielerische Leichtigkeit der reinen Kunst fehlt ihm, sonst wäre es nur dem Ewigsten von unserem Besitz an die Seite zu stellen. So starrt es gigantisch und wuchtig und unbehauen in die Luft, als ein breit gelagerter Koloss und ein ungeheuerliches Kulturdokument. Als symbolisch kann es gelten, dass gerade Rodin diesen Schöpfer plastisch gestaltet hat.[2])

DIE Linie des modernen Romans hebt mit Balzac an. Auf seinen Schultern stehen der farbige Flaubert, der eben zu allen Gaben Balzacs noch jenes Knistern und Flimmern hat, und der Pathetiker des Naturalismus, Zola. So ist ein starker Hauch seiner Wesenheit noch überall lebendig. Aber auch absolut betrachtet und absolut gewertet, steht er da als ein umfassendes und elementares Schöpfertemperament, als ein Gewaltiger. Er stellt für das XIX. Jahrhundert eine der bedeutendsten Zellen im Gehirn Europas dar.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

LUDWIG RADLOF · WEBERLOS IN SCHLESIEN



MITTE September brach in Reichenbach, einer schlesischen Stadt von etwa 16 000 Einwohnern, ein Streik aus, an dem 533 Textilarbeiter und 496 Textilarbeiterinnen beteiligt waren. Weshalb? Die Streikenden forderten einen Lohntarif, in dem die Verhältnisse auf eine solide Basis gestellt werden sollten, und ausserdem eine anständige Behandlung. Da die reichen Textilfabrikanten sich darauf nicht

[2]) Eine Reproduktion dieses gewaltigen Werkes, um das der Streit der Kleinen tobte, ist in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1899, pag. 360, enthalten

einlassen wollten, kam es zum Streik. Leider haben die Ausgebeuteten fast ohne Erfolg an die schwere Arbeit zurückkehren müssen.

UM die Lebensverhältnisse der Weber kennen zu lernen, stellte der Schreiber dieses mit mehreren Webern persönlich Nachforschungen an. Wir besuchten eine Anzahl von Wohnungen, die wir eingehend besichtigten, und nahmen mit den Ausständigen persönlich Rücksprache. Das auf diese Weise gewonnene Bild ist leider ein sehr unerfreuliches, wie es aber nicht anders sein kann angesichts der Entwickelung der Textilindustrie in den letzten Dezennien.

DER erste Besuch galt einem alten Handweber. Seine Wohnung besteht aus zwei Zimmern. In dem ersten befindet sich der grosse hölzerne Webstuhl, ausserdem zahlreiches altehrwürdiges Gerümpel. Das zweite Stübchen enthält das notdürftigste Küchengerät, zwei morsche Betten und einige Stühle mit Tisch. Der frühzeitig gealterte, gebeugte Mann lebt mit seiner etwa zwanzigjährigen Tochter in bitterster Not. Bei wöchentlich 60stündiger Arbeitszeit verdient er — 2 bis 3 Mark! Die ausserordentlich bleichsüchtige Tochter mag das selbe wöchentlich einnehmen. Er zeigte uns gerade das in 5 Stunden (!) gefertigte Gewebe, das ihm den kümmerlichen Verdienst von insgesamt 14 Pfennig einbringt. Danach entfällt auf die Arbeitsstunde noch nicht einmal 3 Pfennig. Der zweite Besuch galt einem Parchentweber in den besten Jahren, der äusserlich noch verhältnismässig kräftig aussieht. Er geniesst das seltene Glück, ein eigenes *Haus* zu besitzen, das er sich infolge einer kleinen Erbschaft gekauft hat. Die kleine Behausung ist total verwahrlost. Kein Wunder, denn ein Raum dient als Arbeitsstube, Wohnstube und Schlafstube. Die zwei Betten waren, als wir kamen, morgens 10 Uhr, noch nicht aufgemacht. Höchstwahrscheinlich waren die Insassen daran durch ihre tägliche und langandauernde Schinderei gehindert. Das Innere der Oberdecke war mit dicker, schwarzer Kruste versehen. Auf dem einen Bette hockten zwei Kinder im Alter von etwa zehn Jahren, die von Reinlichkeit wohl wenig erfahren haben mögen, da jede fürsorgende Hand fehlte. Der Mann erzählte uns, dass er im äussersten Falle 7 Mark pro Woche verdiene, seine Frau in dem selben Zeitraum 1 Mark 50 Pfennig. Als dritten besuchten wir einen Fabrikweber, dessen niedrige, rauchgeschwärzte Wohnung mit einem Ofen, Schrank, zwei schlechten Betten, einigen zerschlissenen Stühlen und *Bildern* ausgestattet war. In die vierte Wohnung wollte uns die alte krüppelige Frau mit gramerfülltem Antlitz zunächst nicht einlassen, weil sie sich genierte. Nach verschiedenen Bitten, und weil sie den Zweck des Besuches offen erfuhr, liess sie uns ein — aber wir hielten plötzlich still, weil uns eine verpestete Luft entgegenwehte. Die ganze jämmerlich dürftige Wohnung in traurigstem Zustande. Es ist zweifellos eine der schlimmsten Höhlen gewesen, die in Reichenbach existieren. Rost, Schmutz, Spinngewebe und Feuchtigkeit bildeten das Charakteristikum. Es mochte genügend gelüftet werden, aber der kleine Raum mit einem Dutzend Menschen machte Reinlichkeit zur Unmöglichkeit. Die fünfte *Wohnung* betraten wir gar nicht erst. Ein Blick von draussen in das Innere genügte. Es war ein Raum, der etwas grösser sein mochte, als Klosetts mittlerer Wohnungen. Er enthielt ein zerbrechliches Bett und einen fragwürdigen Lehnstuhl. Letzterer diente allem Anschein nach ebenfalls als Bett. Die beste Wohnung trafen wir auf der sechsten Stelle. Endlich! Endlich! Sie lag frei, war ein wenig grösser, als die übrigen, und konnte infolgedessen mehr gelüftet und

gesäubert werden. Mann und Frau dieser bescheidenen Wohnung lebten vom Vermieten an junge Leute.

AM fürchterlichsten waren die Hofwohnungen. Kaum für das Vieh wären sie brauchbar. Der sie sieht, fühlt sofort: die dort angehäufte Menschenmasse muss notwendig dem Siechtum verfallen. Nirgends sahen wir einen guten Fussboden, genügendes Tageslicht und leidlich trockene Wände und Decken. Lebensgefährlich war fast immer der Aufstieg der holprigen, engen Treppen, die zu den Etagenhöhlen führten. In gebückter Haltung mussten wir sorgfältig Schritt für Schritt vorwärts schreiten. Wehe, wenn wir es wagten, aufrecht zu gehen, das trug uns Stösse und Beulen am Kopfe ein. Und dann oben überall das schreckliche Hausungselend! Dazu die vielen Kinder, die den Beschauer scheu, erstaunt, fast nie fröhlich ansahen. In den sechs Wohnungen stiessen wir auf mindestens zehn Kinder, die mit verbundenen kranken Augen, Ausschlag, gelben, hohlen Wangen und abgemagertem Körper umherliefen. Die Kleidung liess sehr viel zu wünschen übrig.

WIR erwähnten schon vorhin einige Löhne. Es seien noch besonders die verschiedenen Durchschnittslöhne für die einzelnen Kategorien von Webern und Angestellten nach den uns mitgeteilten Angaben wiedergegeben. Von den relativ guten Gehältern der Betriebsleiter dürfen wir dabei absehen. Die Obermeister verdienen wöchentlich 25 Mark bei freier Wohnung, die Untermeister oder Aufseher etwa 15 bis 18 Mark mit einem geringen Tantièmeanteil. Ein sehr geschickter Weber bringt es, wenn er 4 Stühle bedient, auf 13 Mark, und wenn es hoch kommt, auf 16 bis 18 Mark, die mittlere Schicht auf 12 Mark — wenn er zwei Stühle bedient — die untere Schicht auf 8 Mark die Woche. Die Handweber rekrutieren sich vielfach aus alten Leuten, die nach jahrzehntelanger treuer Arbeit erbarmungslos auf die Strasse gesetzt werden, um jüngeren Kräften für die Ausbeutung Platz zu machen. Von Fabrikanten wird diesen Hauswebern, die übrigens im ganzen Schlesierland zerstreut und recht zahlreich vertreten sind, einige Arbeit ins Haus gegeben, die ihnen bei harter Frohn den Bettellohn von 2, 3, 4 Mark pro Woche einbringt. Und es ist dabei nicht zu vergessen, dass die kleinen Fehler in den hergestellten Geweben rücksichtslos mit bedeutendem Lohnabzug bestraft werden, der oftmals den grössten Teil des mühsam erworbenen Lohnes verschlingt.

BLEIBEN wir noch eine Weile bei den nüchternen Tatsachen. Es könnte der wenig stichhaltige Einwand erhoben werden: gewiss, die Löhne sind zwar sehr niedrig, aber die Wohnungs- und Lebensmittelpreise dafür nicht teuer; die Weber können sich doch leidlich durchschlagen. Sehen wir zu. Nach gewissenhafter Erkundigung haben wir festgestellt, dass die elenden Höhlen, welche von den Webern bewohnt werden, pro Jahr etwa 90 Mark, mit einer Neben*stube* etwa 120 Mark kosten. Das Pfund Schweinefleisch kostet in Reichenbach, wie in jeder Grossstadt, 90 Pfennig bis 1 Mark, das 3pfündige Roggenbrot 50 Pfennig, das Ei 7 Pfennig, das Pfund Butter 1,40 Mark, für einen guten Anzug müssen 40 Mark und für Schuhzeug ähnliche Preise, wie in der Grossstadt, bezahlt werden. Schätzen wir jede Familie auf 6 Köpfe, den Lohn, gut berechnet, auf durchschnittlich 10 Mark die Woche oder 520 Mark das Jahr, so mag sich jeder sagen, wie viel dem Weber noch übrig bleibt, zumal wenn die Steuern und Abgaben noch hinzukommen. Bei 520 Mark Jahreseinkommen kommen auf 6 Köpfe je 20 Pfennig pro Tag! Ein wahrhaft

erschreckendes Ergebnis. Der Reichenbacher Weber bietet uns genau das Bild, das Hauptmann in seinem herrlichen Drama geschildert.[1])

DER Kampf der Reichenbacher Weber um bessere Existenzbedingungen ist längst erloschen. Sechs volle Wochen haben sie unter Entbehrungen und Opfern mit dem Kapital gerungen. Gerade die Reichenbacher Weber sind es, die auf eine in ihrer Art ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken. Wie heute, so waren es auch im Jahre 1862 sogenannte *liberale* oder *fortschrittliche* Textilfabrikanten, die die armen Weber bis aufs Blut ausbeuteten. Namentlich tat sich in dieser Zeit ein gewisser Leonor Reichenheim, ein Führer der Fortschrittspartei, hervor. Er verhöhnte die Weber dadurch, dass er ihnen empfahl, zu sparen. Auch Bismarck empfing damals eine Weberdeputation, er versprach viel, eine Kommission wurde eingesetzt, um die Verhältnisse zu prüfen, aber dabei blieb es auch. Es sei denn, dass man die paar Tausend Taler — es sollen 6000 oder 12000 gewesen sein — erwähnt, mit denen die Weber damals bedacht wurden.

VON Generation zu Generation hat sich unter den Webern das schleichende Übel der Entsagung fortgeerbt, die Ausstände der Weber in Crimmitschau, Gera, Reichenbach u. s. w. legen indessen beredtes Zeugnis dafür ab, dass sie sich ihrer Menschenwürde bewusst werden. Wohl haben die Weber in Reichenbach durch ihren Kampf nichts Bedeutendes erobert, aber sie haben sich gegenüber der unerhörten Macht des Kapitals wenigstens behauptet und ihre Organisation gekräftigt. Die Weber lassen sich nicht mehr einlullen durch die Worte der Textilfabrikanten *Was haben wir bereits alles zusetzen müssen!* Sie sehen mit leibhaftigen Augen, dass ihre *Brotherren* sich neben ihren zum Himmel ragenden Fabriken Villen und Parks gebaut haben, die aus der darbenden Weberarbeiterschaft herausgewirtschaftet sind.

WIR lernten bei unserem traurigen Rundgang einen siebzigjährigen Weber kennen, der die Bürde vierzig volle Jahre ertragen, wir sahen in seinem Gesichtszügen die namenlose Ausbeutung geschrieben. Aber doch blickte dieser Mann einer langen Vergangenheit hoffnungsfreudig in die Zukunft. Er hatte sich seinen Lebensmut bis ins hohe Alter hinüber gerettet, auf die Jugend vertrauend, dass sie das grosse Werk der Befreiung siegreich zu Ende führen werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

FRANZ WORKMANN · EINE DEUTSCHE STERBETAFEL · ZUR BEVORSTEHENDEN VOLKSZÄHLUNG



INE der wichtigsten Individualnachweisungen bildet bei jeder Volkszählung die Altersangabe, weil die Alterszusammensetzung einer Bevölkerung aus Individuen verschiedener Lebensalter sozial und kulturell von allergrösster Bedeutung ist. In der Alterszusammensetzung unterscheidet sich ein menschlicher Gesellschaftsbestand wesentlich von einem tierischen, namentlich, wenn wir niedere Tiere in Betracht ziehen. Das Ineinandergreifen verschiedener Generationen, das

[1]) Vergl. hier auch Max Baginski: *Gerhart Hauptmann unter den schlesischen Webern* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 150 ff.

gleichzeitige Nebeneinanderleben von Personen des verschiedensten Altersgrades bildet die wichtigste Grundlage nicht nur für die Vermittelung des vorhandenen Kulturzustandes von früheren Zeiten auf spätere, sondern auch für das Fortschreiten der Kulturentwickelung.

IN der physischen Entwickelung der menschlichen Gesellschaft leben etwa 100 Jahrgänge neben einander. Das Bild für den Altersaufbau der Bevölkerung kann unmittelbar aus den Altersangaben bei einer Zählung gewonnen werden. Betrachten wir einmal dieses Bild etwas genauer, indem wir 1000 Personen aus der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der letzten deutschen Volkszählung vom 1. Dezember 1900 herausgreifen. Von diesen 1000 standen zur Zählungszeit im

Alter von Jahren	Zahl der Personen	Alter von Jahren	Zahl der Personen	Alter von Jahren	Zahl der Personen
0 bis 5	130,75	35 bis 40	61,20	70 bis 75	14,25
5 „ 10	113,65	40 „ 45	54,79	75 „ 80	8,49
10 „ 15	103,58	45 „ 50	46,22	80 „ 85	3,62
15 „ 20	94,37	50 „ 55	41,58	85 „ 90	0,98
20 „ 25	90,47	55 „ 60	36,00	90 „ 95	0,16
25 „ 30	79,27	60 „ 65	29,21	95 „ 100	0,01
30 „ 35	70,12	65 „ 70	21,28	100 u. mehr	0,000

Wir erkennen, dass mit zunehmendem Alter die Zahl der sich vorfindenden Personen geringer wird; von der jüngsten Altersklasse ausgehend, allmählich zu höheren aufsteigend, ergibt sich das Bild einer Pyramide, die den Altersaufbau der Bevölkerung darstellt. Für die grosse Reichsbevölkerung ergibt sich schon ein sehr gleichmässig ansteigendes Bild, wenn wir fünfjährige Altersklassen zu Grunde legen, geht man jedoch auf einjährige Altersklassen zurück, so bemerkt man, dass die Verjüngung der Alterspyramide teilweise unterbrochen wird, so in den Jahresklassen 1888, 1882, 1878, 1870 u. s. w. Die Schwankungen beruhen bei den unteren Altersklassen hauptsächlich auf Verschiedenheiten der Geburtenziffer in den betreffenden Geburtsjahrgängen; in den späteren Jahrgängen macht sich der Einfluss der Wanderbewegung und insbesondere der Einfluss der Sterblichkeit bemerkbar.

INSOWEIT Geburtenjahresklassen infolge hoher Geburtenzahlen des betreffenden Jahres besonders stark besetzt sind, behalten sie diesen Charakter, obgleich sie späterhin dem Einfluss der Sterblichkeit und der Auswanderung unterliegen, Jahrzehnte lang bei, da die letzteren Einflüsse regelmässig nicht nur einzelne, sondern gleich viele Altersklassen berühren. Als Beispiel hierfür sei das geburtenarme Jahr 1871 angeführt.

Geburtsjahr	Lebendgeboren	Bei der Volkszählung im Jahre 1880	1885	1890	1900
		wurden aus den nebenstehenden Geburtsjahren gezählt			
1870	1 569 206	967 543	931 123	905 006	842 131
1871	1 414 248	852 884	824 790	790 361	733 411
1872	1 626 037	1 045 623	1 009 056	977 842	905 716
insgesamt	4 609 491	2 866 050	2 764 969	2 673 209	2 481 258

Die ursprünglich schwache Besetzung des Jahres 1871 mit nur 1 414 248 Geburten gegenüber 1,6 Millionen des Jahres 1870 und des Jahres 1872 ist, trotz der fortschreitenden Verringerung dieser drei Zahlengrössen von einer Volkszählung zur anderen, auch dann noch ersichtlich, sowohl aus den obigen

absoluten Zahlen wie den folgenden Relativzahlen. Von 100 aus den Jahren 1870 bis 1872 gebürtigen Personen stammten laut

Volkszählung	aus dem Jahre 1870	1871	1872
1880	33,8	29,7	36,5
1885	33,7	29,8	36,5
1890	33,8	29,6	36,6
1900	33,9	29,6	36,5

In den höheren Altersklassen werden die durch die Geburtenzahl ursprünglich bedingten Unterbrechungen der fortschreitenden Verjüngung der Alterspyramide durch die Sterblichkeit ziemlich ausgeglichen. Hierüber gibt eine Zusammenstellung für die 60 Jahre und darüber alte Bevölkerung auf Grund des Volkszählungsergebnisses 1900 und 1890 einigen Anhalt. Daraus geht hervor, dass eine stärkere Besetzung, als in der vorhergehenden Altersklasse, nur bei den 62jährigen der 1890er und den 70jährigen beider Volkszählungen vorhanden ist. Die ersteren sind im Jahre 1828 geboren und übertreffen im Jahre 1890 die vorhergehende Altersklasse noch um 6454 Personen. Zehn Jahre später, bei der Volkszählung von 1900, stehen sie gegen die selbe Altersklasse um 1219 Personen zurück. Der Ausgleich ist also erfolgt. Ähnliches lässt sich für die 70jährigen der Volkszählung von 1890 nachweisen.

SO wichtig und interessant aber auch die Verfolgung der Altersverteilung für die Kenntnis des Zustandes unseres Gesellschaftskörpers sind, so lässt sich dennoch aus ihr allein nicht alles ableiten, was wir gern wissen möchten. Betrachten wir die Entwickelung der Altersverhältnisse unter Zuhilfenahme der Nachweise nach Geburtsjahren im Vergleich zu den Daten über die Gesamtzahl der Lebendgeborenen der einzelnen Jahre, so ergibt sich daraus die Antwort auf die Frage, **wie viel** von den in den zurückliegenden Jahren **Geborenen am Zählungstage noch in Deutschland sich vorfanden**, eine Frage, die für die Verfolgung der Sterblichkeitsbewegung von Interesse ist. Die folgende kleine Übersicht legt dazu die Zahlen bereit:

Alter am Volkszählungstage in Jahren	am 1. Dezember 1900	1890	1880
	gezählte Personen in % der in den betreffenden Kalenderjahren Lebendgeborenen		
Unter 1 Jahr	81,5	82,0	81,5
1 bis 2 Jahre	74,3	73,0	72,9
2 „ 3 „	74,8	72,3	72,2
3 „ 4 „	73,6	71,5	69,2
4 „ 5 „	73,4	68,6	68,2
Unter 5 „	75,4	73,3	72,6
5 bis 10 „	69,5	65,0	64,0
10 „ 15 „	66,5	62,5	62,0
15 „ 20 „	62,5	59,5	59,3
20 „ 25 „	59,0	56,4	58,4
25 „ 30 „	55,4	52,5	53,5
30 „ 35 „	52,4	51,1	49,7
35 „ 40 „	48,4	47,0	45,5
40 „ 45 „	46,6	43,4	....
45 „ 50 „	41,9	39,7	....
50 „ 55 „	37,8	....	....
55 „ 60 „	33,0	....	....

Die Zahlen für die Lebendgeborenen sind für das ganze Reich leider nur bis 1841 zurück bekannt, daher hören die gegebenen Zahlen bei den in diesem Jahre geborenen Personen auf. Letztere waren 1900 höchstens 60, 1890 50 und 1880 erst 40 Jahre alt. Die Zahlen geben in Prozent an, wieviel von den Lebendgeborenen bestimmter Kalenderjahre bei der Volkszählung 1880, 1890 und 1900 noch gezählt werden konnten. Fast durchweg sind diese Prozentsätze jetzt grösser, als 1890 und 1880, worin zweifellos eine Verbesserung unserer Sterblichkeitsverhältnisse zum Ausdruck gelangt. So waren von den Kindern unter 5 Jahren, die in den Jahren 1876 bis 1880 geboren wurden, 72,6 % im Jahre 1880 gezählt worden, im Jahre 1890 betrug der Prozentsatz für die im vorangegangenen Jahrfünft Geborenen 73,3 und im Jahre 1900 gar 75,4. Nur in zwei Fällen ist eine solche Erhöhung des Prozentsatzes nicht vorhanden. Der eine Fall betrifft die Kinder von unter 1 Jahr; sie erscheinen 1900 mit einem verhältnismässig geringeren Restbestande, als die Gleichaltrigen im Jahre 1890. Indessen ist die jüngste Altersklasse ganz besonders den jeweiligen günstigen oder ungünstigen Einwirkungen des Geburtsjahres ausgesetzt; daher ist auch eine Schwankung in jener Prozentzahl ziemlich naturgemäss. Der andere Ausnahmefall betrifft die Alterklassen 20 bis 25 und 25 bis 30; diese wurden 1880 bis 1890 infolge der Auswanderung etwas gelichtet, so dass diese Altersklassen 1890 mit etwas geringeren Restbeständen von Lebenden vertreten sind als 1880.

OB die Lebensdauer der Bevölkerung sich verlängert hat, lässt sich aus der günstigen Bewegung der genannten Prozentsätze nicht ohne weiteres ableiten, wenn schon sie wertvolle Anhaltspunkte für diese Frage bilden. Ein völlig schlüssiges Urteil lassen sie schon um deswillen nicht zu, weil nicht auch für die höheren Altersklassen die Untersuchung möglich ist, da, wie schon gesagt, die Nachweise der Lebendgeborenen nur bis zum Jahre 1841 zurückreichen. Auch wäre noch der Einfluss der Ein- und Auswanderung auf die Bewegung unserer Zahlenreihen festzustellen. Im übrigen wird ein ziffernmässiger Ausdruck für die Lebensdauer besser aus den Nachweisen über das Alter der Gestorbenen, die erst seit 1901 von Reichswegen gesammelt werden, gewonnen.

DENNOCH deuten auch andere Zahlen auf einen Rückgang der Sterblichkeit hin. So kamen im Jahre 1872 auf 1000 Einwohner des Reiches 30,6 Todesfälle, 1875: 29,3, 1880: 27,5, 1885: 27,2, 1890: 25,6, 1895: 23,4, 1900: 23,2 und 1903: 21,1. In den 31 Jahren ist also die Sterblichkeit um 9,5 ‰, das heisst fast 1 % zurückgegangen! — In den Kriegsjahren 1866 und 1871 betrug die Rate der Todesfälle 32,2 respektive 31,0, während sie vor- und nachher bedeutend geringer war. —

JEDOCH auch hier ist Vorsicht geboten; denn wenn zum Beispiel die Geburtenzahl wächst, so erhöht die Zahl der Kinder die Bevölkerungszahl und drückt sodann die Verhältniszahl der Sterblichkeit hinab. Es kann also eine Sterblichkeitsminderung durch erhöhte Geburtenhäufigkeit herbeigeführt werden, ohne dass die Sterblichkeit der Erwachsenen tatsächlich zurückgeht. Sinkt dagegen die Geburtenziffer und damit zugleich auch die Sterblichkeit, so liegt meistens auch ein wirklicher Rückgang der Sterblichkeit vor, wenn man auch nicht vergessen darf, dass ein Geburtenüberschuss, das heisst so-

lange die Zahl der Geburten die der Sterbefälle übersteigt, immer noch rechnerisch eine Sterblichkeitsminderung herbeiführen kann. Doch ist die Kindersterblichkeit grösser, als die der Erwachsenen, und daher ist die Annahme verminderter Sterblichkeit fast stets zutreffend.

NOCH bessere Schlüsse lassen die Zahlen wieder zu, wenn man die Sterblichkeit der Kinder und der Erwachsenen von einander trennt. Für das Deutsche Reich besteht solche Scheidung nicht, wohl aber für das Königreich Sachsen. Die bezüglichen Zahlen ergeben eine prozentuale Zunahme der Kinder unter den Gestorbenen, und diese erklärt sich durch das beständige Wachstum der Bevölkerung durch Geburtenüberschuss, so dass der verhältnismässige Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung zunimmt. Die Sterblichkeit der Erwachsenen hat seit 1855 bis 1900 um 8,41 % abgenommen, und es ist hier nahezu mit Sicherheit schlüssig, dass die Lebenserhaltung gestiegen ist, da ja sogar die Gesamtsterblichkeit der Erwachsenen und Kinder zusammen von 1872 bis 1899 langsam, aber stetig um 7,31 ‰ zurückgegangen ist, trotz einer Erhöhung der Kindersterblichkeit. Auch eine weitere Scheidung der gestorbenen Erwachsenen in zehnjährige Altersgruppen weist darauf hin; denn es zeigt sich, dass mit der fortschreitenden Zeit die höheren Altersklassen einen wachsenden Anteil zu den Gestorbenen lieferten, und das kann natürlich nur geschehen, wenn eben die Lebenden in höhere Altersgruppen eintreten.

SO interessant und wichtig alle solche Beobachtungen und Untersuchungen auch sein mögen, so reichen sie doch für die Kulturstufe, auf der die deutsche Bevölkerung steht, nicht aus; sie müssen vielmehr methodisch betrieben und in die richtigen Formen gebracht werden. Unsere heutige Zeit mit unserem schon so weit ausgebreiteten Versicherungswesen, besonders auf dem Gebiete der Lebensversicherung, bedarf dringend guter Sterbetafeln als Unterlagen für ihre Geschäfte.

EINE Sterbetafel (Mortalitätstafel) ist eine tabellarische Darstellung der Absterbeordnung einer gleichzeitig geborenen Masse von Menschen. Man legt also der Darstellung eine bestimmte Zahl Geborener zu Grunde und gibt ein Bild der allmählichen Verminderung derselben innerhalb der Altersgruppen. Andererseits kann man auch statt der auf jeder Altersstufe in Wegfall kommenden Anzahl Personen die dort am Leben bleibenden angeben; auf diese Weise gelangt man zu einer Überlebenstafel (Vitalitätstafel). Die mannigfachen hier aufsteigenden Komplikationen, zum Beispiel dass wir eine allgemeine Sterbetafel nicht auf der Grundlage einer verhältnismässig kleinen Masse zu gleicher Zeit Geborenen aufbauen können, sondern stets eine Masse von Menschen in den verschiedensten Lebensaltern zur Grundlage nehmen müssen u. s. w. u. s. w., sollen uns hier nicht beschweren, das ist Sache des Statistikers. Uns kommt es darauf an, für eine Sache Verständnis zu erwecken und zu propagieren, die von den berufenen Stellen bisher vernachlässigt wurde. Für das Deutsche Reich wurde bisher nur eine allgemeine deutsche Sterbetafel von dem ersten Direktor des Kaiserlichen statistischen Amtes, Karl Becker, bearbeitet. Sie gründet sich auf die Sterblichkeit der Reichsbevölkerung in den zehn Jahren 1871-1872 bis 1880-1881. Ihre Hauptergebnisse wollen wir als Beispiel zu dem oben Gesagtem in einer kleinen Übersicht zusammenstellen.

Alter in Jahren	Von je 100 000 Lebendgeborenen erlebten das nebenbezeichnete Alter (Überlebenstafel)		Von je 100 000 Lebendgeborenen starben in dem nebenbezeichneten Alter (Sterbetafel)		Von je 100 das nebenbezeichnete Alter Überlebenden starben wahrscheinlich im nächsten Jahre		Von den das nebenbezeichnete Alter Überlebenden stirbt die Hälfte in .... Jahren (wahrscheinliche Lebensdauer)		Von den das nebenbezeichnete Alter Überlebenden lebt jeder durchschnittlich noch .... Jahre (mittlere Lebensdauer)	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
0	100 000	100 000	25 273	21 740	25,27	21,74	38,1	42,5	35,58	38,45
1	74 727	78 260	4 851	4 980	6,49	6,36	53,2	56,3	46,52	48,06
2	69 876	73 280	2 319	2 388	3,32	3,26	54,6	57,7	48,72	50,30
3	67 557	70 892	1 560	1 597	2,31	2,25	54,6	57,7	49,38	50,98
4	65 997	69 295	1 126	1 169	1,71	1,69	54,4	57,4	49,53	51,14
5	64 871	68 126	843	877	1,30	1,29	53,9	56,8	49,39	51,01
10	62 089	65 237	289	311	0,47	0,48	50,1	52,9	46,51	48,18
20	59 287	62 324	444	383	0,75	0,61	41,2	44,0	38,45	40,19
30	54 454	57 566	505	556	0,93	0,97	33,2	35,6	31,41	33,07
40	48 775	51 576	665	630	1,36	1,22	25,3	27,6	24,46	26,32
50	41 228	45 245	885	724	2,15	1,60	18,0	19,6	17,98	19,29
60	31 124	36 293	1 189	1 192	3,82	3,29	11,5	12,3	12,11	12,71
70	17 750	21 901	1 440	1 636	8,11	7,47	6,5	6,7	7,34	7,60
80	5 035	6 570	879	1 106	17,45	16,83	3,3	3,4	4,10	4,22
90	330	471	105	148	31,90	31,38	1,8	1,8	2,34	2,37
100	2	3	1	1,6	51,93	51,80	1,0	0,9	1,36	1,24

Die ersten beiden Spalten stellen eine Überlebenstafel, die beiden folgenden eine Sterbetafel dar. Alle vier geben ein Bild der Absterbeordnung der deutschen Bevölkerung. Die fünfte und sechste Spalte geben die Sterblichkeitsziffern oder die Sterbenswahrscheinlichkeit an, das ist die Zahl, die angibt, wie gross die Wahrscheinlichkeit für die auf den einzelnen Altersstufen Stehenden ist, im folgenden Jahre zu sterben. Die siebente und achte Spalte geben die wahrscheinliche Lebensdauer an, das heisst die Zahl von Jahren, welche bis zum Absterben der Hälfte der auf einer bestimmten Altersstufe stehenden Personen verstreicht, und die letzten beiden Spalten zeigen an, wie lange im Mittel die auf einer bestimmten Altersstufe Stehenden noch zu leben haben. So ergibt sich zum Beispiel für die 60 Jahre alten Frauen, dass sie im Mittel noch 12,71 Jahre zu leben haben.

WIE sich nun aus unseren früheren Angaben ergibt, ist die Sterblichkeit keine fixe Grösse; in Deutschland hat sie — wie wir sahen — die Tendenz, zu sinken. Es ist deshalb notwendig, die Berechnung deutscher Sterbetafeln nicht nur einmal vorzunehmen, sondern damit einen bestimmten, etwa zehnjährigen Turnus innezuhalten. Nicht nur für die Bedürfnisse einer breiten Volksversicherung, sondern auch rein demologisches und sozialpolitisches Interesse knüpft sich daran, den deutschen Gesellschaftskörper nach dieser Richtung hin zu beobachten und einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen. Diesen Aufgaben aber haben sich die berufenen Stellen, wohl hauptsächlich aus Mangel an wissenschaftlich und technisch geschulten Beamten, bisher gänzlich entzogen. Ausser der einen allgemeinen deutschen Sterbetafel hat nur Boeckh, der frühere Direktor des Berliner städtischen statistischen Amtes, ständig eine Sterbetafel auf dem laufenden erhalten; die deutschen Versicherungsgesellschaften aber waren und sind auf fremdländische, für sie gänzlich unzureichende Tafeln angewiesen und auf solche ihrer eigenen Beobachtungen. Wie sehr aber die Sterblichkeit in den einzelnen Ländern von einander ab-

weicht, zeigen schon ganz wenige Zahlen; es starben von 1000 Personen der Bevölkerung im Jahre 1900 in

Deutschland	22,1	Belgien	19,2
Österreich	25,2	Niederlande	17,8
Ungarn	26,9	Dänemark	16,8
Rumänien	24,4	Schweden	16,8
Schweiz	19,3	Norwegen	15,7
Italien	23,8	Grossbritannien	18,3
Frankreich	22,0	Irland	19,6
Luxemburg	21,4	Finnland	21,5

MAN sieht also, eine wie flüssige Grösse die Sterblichkeit nach Raum und Zeit ist. Die niedrigste Sterblichkeit finden wir mit 15,7 in Norwegen, die grösste in Russland, wo sie 1899: 31,0 (letzte bekannte Zahl), 1895: 35,0 betrug. Hieraus folgt, nachdem erst einmal das zwingende Bedürfnis einer Sterbetafel anerkannt ist, dass sie periodisch in nicht zu langen Zwischenräumen wiederholt werden muss. Eine gute Sterbetafel aber muss aus direkten Beobachtungen hervorgehen, der Verlauf der Sterblichkeit muss der natürlichen lebenden Bevölkerung abgelauscht sein. Dazu bieten die periodischen Volkszählungen die günstigsten Gelegenheiten. Die Regierung hat die geringen Mittel für so wichtige Dinge bereitzustellen. Nachdem die jetzige Volkszählung durch ihre enge Begrenzung schon so an Bedeutung verloren hat, sollte man wenigstens das herausholen, was aus ihr einigermassen herauszupressen ist.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Diskont TROTZ des vorher bereits ausserordentlich hohen Diskontes schritt die deutsche Reichsbank am 4. November zu einer abermaligen Steigerung, diesmal allerdings nur um ½ %. Im laufenden Jahr, in einer Periode des sich noch entfaltenden, keineswegs bereits dem Gipfelpunkt zustrebenden Aufschwunges, haben wir also folgende, fast sprunghafte Entwickelung des Zinsfusses:

seit dem	25. Februar	3 %
„ „	11. September	4 %
„ „	3. Oktober	5 %
„ „	4. November	5½ %

Die zweimalige Erhöhung kurz vor und gleich nach der Quartalswende vermochte wohl die Kraftüberspannung unserer grossen Geld- und Kreditzentrale zu mildern; eine abnorm hohe Anlage in Wechseln und Lombarden und ein ungewöhnlich schlechtes Deckungsverhältnis der Noten verblieb jedoch. Dazu stand der Dezember mit seiner Häufung der Geschäfte und Zahlungen vor der Tür: im vorigen Jahre brachte dieser eine Monat allein eine Vermehrung des Wechselbestandes um rund 220 Mill. M., eine Vermehrung der Lombardenanlage um 164 Mill. M. Man muss also zufrieden sein, wenn die Bankverwaltung mit ihren bisherigen Massnahmen über den Jahresschluss leidlich hinwegkommt; diese eine Hoffnung glaubte der Bankpräsident in der entscheidenden Zentralausschusssitzung denn auch aussprechen zu können.

X X

Russenunruhen WENN alle die erwähnten Krediterschwerungen und Krediteinschränkungen den Übereifer der Unternehmerproduzenten, des Handels und der Börsenspekulation dämpfen sollten, so war der Erfolg nur ein geringer. Um so einschneidender beginnen die Rückwirkungen des russischen Zusammenbruches, der Auflösung des alten russischen Regierungssystems zu werden. Mit den raffiniertesten Künsten und mit dem erstaunlichsten Kostenaufwand hatte die Pariser und

Berliner Grossfinanz bisher einer Russenpanik, einem tiefen und andauernden Herabsturze der Milliarden von im Auslande untergebrachten Russenwerten entgegen zu arbeiten gewusst. Die Auslandsguthaben und die Anleihegelder der russischen Regierung standen der interessierten Grossfinanz jederzeit zur Verfügung, um jeder Abstossung der zweifelhaften Werte sofort mit Barankäufen zu begegnen, dadurch die Masse der Besitzer immer wieder zu beruhigen und wirklichen Massenveräusserungen und einer fortreissenden Panik vorzubeugen. In Paris und anderwärts brachten nur die ersten grossen Kriegsschläge einen förmlichen Sturz der 4prozentigen russischen Goldrenten (in Paris von 101 auf 85), aber während der Fortsetzung des Kriegs trat eher eine gewisse Erholung ein, und die Kurse spiegelten fortan in fast minimalen Wellenschlägen die Stürme der kriegerischen Ereignisse wieder. Mit der Vertiefung und Ausdehnung der revolutionären Fortschritte hat sich das Bild rasch verändert. Der 27. Oktober mit seinen alarmierenden Nachrichten war für die Börsen ein *schwarzer Tag*; in Berlin pflanzte sich der Sturz der Russenwerte (bis um 9 und 10 %) auf den Markt der deutschen Schiffahrts- und Industrieaktien fort, sogar die heimischen Reichs-und Staatsanleihen wurden, obwohl naturgemäss schwach, in Mitleidenschaft gezogen. Aber erstaunlicherweise weckte schon das Verfassungsmanifest des Zaren wiederum eine stürmische Aufwärtsbewegung, vor allem bei den russischen Banken, weiter jedoch bei den russischen Anleihen; und abermals kam dieser *Enthusiasmus* fast allen sonstigen Spekulationsgebieten zugute. Diese nervöse Empfindlichkeit ist seitdem nicht mehr gewichen, aber offenbar ist das alte Vertrauen auf die Widerstands- und Umbildungsfähigkeit der russischen Regierung zusehends im Schwinden. Der 13. November schon brachte eine Wiederholung der Panik. Von der neuen 1800 Mill.-Anleihe, die für den Zarismus und Herrn Witte von vitalster Bedeutung sein müsste, hört man vorläufig kein Sterbenswörtchen mehr.

× ×

Getreidemarkt DIE weitere Frage: wie tief die Einfuhr nach Russland und die Ausfuhr aus dem Zarenreiche von den jetzigen Ereignissen beeinflusst werden müsse, weckt gleichfalls die widersprechendsten Antworten. Die einen sehen bereits die russische Getreideausfuhr dauernd erlöschen, weil der russische Bauer, von Steuer- und Schuldenlasten befreit, sich endlich einmal selber satt essen und die Exportnotverkäufe einstellen werde. Andere prophezeien der primitiven Bodenbestellung einen Aufschwung und eine neue Ära, derart, dass die russischen Exporte in Zukunft eigentlich erst beginnen werden. Vorläufig ist als Tatsache zu verzeichnen, dass die stockenden Eisenbahn- und Schiffstransporte den westlichen Getreidemärkten in zunehmendem Masse Verlegenheiten bereiten. Speziell in Deutschland kommt als preiserhöhendes Moment noch hinzu die Zurückhaltung der eigenen Landwirte beim Verkauf, teils wegen der schwierigen, alle Zeit in Anspruch nehmenden Herbstarbeiten, teils weil später die neuen, am 1. März in Kraft tretenden Zölle noch lohnendere Preise in Aussicht stellen. Starke Lieferungen von Weizen versprechen im Augenblick nur Argentinien und die Donauländer. Die Lebensmittelpreistabelle der *Statistischen Korrespondenz* zeigt daher im Oktober aufwärtsgehende Getreidepreise. Der Weizen hatte seinen Durchschnittspreis von 162 auf 165 erhöht. Der Roggenpreis war im Durchschnitt aller Marktorte von 144 auf 151 M. gestiegen, also wesentlich stärker, als der Weizenpreis, so dass bei den beiden Brotkornarten allmählich eine grössere Preisannäherung wie gewöhnlich eintritt.

× ×

Aufschwung ÜBER alle Beängstigungen und Hemmnisse hilft jedoch noch immer das beruhigende Bewusstsein des allgemeinen Produktionsaufschwunges hinweg. Selbst England, das lange Zeit mehr im Hintergrund blieb, schwimmt numehr in der Flut der Hochkonjunktur. »Die Eisengewinnung, die Eisen- und Stahl- und Blechindustrieen stehen allesamt günstig; sowohl der Maschinen-, wie der Schiffsbau hoben sich. Die Baumwollen- und Wollengewerbe sind weiter stark beschäftigt. Die Kohlenproduktion zeigt eine Besserung, abgesehen von dem gewöhnlichen Saisonaufschwung zu dieser Jahreszeit. Verglichen mit dem Vorjahre war, von den Baugewerben abgesehen, die Hebung in den hervorragendsten Industrien allgemein.« So der Oktoberbericht des Arbeitsdepartements

im Londoner Handelsamt, das noch so lange Trübsal blies, während im Ausland der Himmel schon wieder voller Geigen hing.

EIN wahrer *Boom* herrscht jedoch in den Vereinigten Staaten, und die neue Welt kann sich rühmen, dass sie mit einer knapp zweijährigen Depression davon gekommen ist. Das Jahr 1902 umschloss noch den Gipfel der Aufwärtsbewegung; seit Mitte 1904 hat die Besserung bereits von neuem eingesetzt. Besonders die Eisen- und Stahlproduktion erleben eine unerhörte Expansion. James M. Swank, der Sekretär der amerikanischen Eisen- und Stahlassoziation, gibt die Roheisenproduktion für die erste Hälfte 1905 auf 11 163 175 t an, für die zweite Hälfte schätzt er sie auf mindestens 11 336 825 t. Das ergäbe für das laufende Jahr eine Gesamterzeugung von 22½ Mill. t. 5mal so viel, wie noch 1885, wo 4 Mill. t nur um ein weniges überschritten wurden! Dabei ist man durchaus nicht im stande, der stürmischen Nachfrage zu genügen, die vor allem von den Eisenbahnen ausgeht und hier wiederum von der enormen Maisernte mit ihren Transportansprüchen und ihrer Belebung des ganzen inneren und äusseren Geschäftsverkehrs. Drückend ist allerdings, in Amerika noch mehr, als anderwärts, die Höhe des Zinsfusses, die mit dem Ernteumschlag fast regelmässig sich steigert, in diesem Jahre jedoch die abnormen internationalen Erscheinungen noch verstärkt wiederholt.

× ×

Baumwolle DIE andauernd schwankenden Ernteschätzungen haben den enorm wichtigen Baumwollmarkt noch immer zu keiner festen Stimmung kommen lassen. Baisse- und Hausseerfolge wechseln an der New Yorker Börse je nach günstigeren und ungünstigeren Mitteilungen über Wetter und Ertrag der Pflanzungen. Henry Neill-New Orleans glaubt nunmehr die Abnahme im Anbau auf 12 %, also einen Gesamtbetrag von 27 923 000 Acres gegen 31 730 000 Acres zur Grundlage nehmen zu müssen, und berechnet daraus, wie aus den ihm zugegangenen Berichten einen Ertrag von 11 500 000 Ballen gegen 13 800 000 Ballen im Vorjahr. Zuzüglich der in diese Saison übernommenen Bestände alter Ernte von 3 615 000 Ballen würde sich die Versorgung auf 15 115 000 Ballen stellen, also eine jedenfalls eine überreichliche sein. Den Textilindustrieen aller Länder wäre die reichlichere Rohstoffzufuhr natürlich sehr willkommen, da der Fabrikatenkonsum überall bei dem besseren Geschäftsgang ein stärkerer sein würde. Bislang sind die Baumwollpreise jedoch noch immer relativ hohe geblieben: in Liverpool war in diesem Jahre anfangs *American Middling* bis auf 3,68 d gefallen, der höchsterreichte Jahrespreis war schon wieder 6,16 d., aber im November noch waren 6 d., dann 5½ d. überschritten.

× ×

Kurze Chronik DIE deutschen Zuckerraffinerieen beschlossen ein gemeinsames Vorgehen, betreffend Richtpreise, Preisskala, Zahlungsbedingungen und Verkaufstermine. × Die *Deutsche Bank* will ihr Kapital um 20 Mill. M. (auf 200 Mill. M.) erhöhen; an der zu gründenden *Deutschen Bank für Zentralamerika* (10 Mill. M. Kapital) ist sie wesentlich beteiligt, neben der *Deutschen Überseeischen Bank*, L. Speyern-Ellissen und der *Schweizerischen Kreditanstalt*. × Das Walzdrahtsyndikat kommt zu stande. × In überraschend grosser Zahl haben sich Verbindungen zwischen Mittelbanken im deutschen Süden und Westen vollzogen. × Zwischen den Grossreedereien Hamburgs und Bremens droht ein scharfer Schiffahrtskrieg zu entbrennen.

MAX SCHIPPEL

Politik

Russland: Zarenerlass und Revolution ES war vorauszusehen, dass der Zarenerlass vom 19. August, der die Bildung einer *Volksvertretung* ankündigte, auf die Arbeiterbevölkerung Russlands nicht beruhigend, sondern aufregend wirken musste. Mit Recht wiesen die Arbeiter in einer Eingabe an das Ministerium des Innern schon vor dem 19. August darauf hin, dass die gegenwärtige Lage der Dinge in Russland der Arbeiterbewegung zu verdanken sei, und dass es sehr unvernünftig wäre, die Arbeiter bei der Volksvertretung ausser acht zu lassen. Von der *Reichsduma* aber, wie sie nach dem Erlass des Zaren vom 19. August geplant war, waren die Arbeiter ausgeschlossen. Was Wunder, dass als Antwort auf den Erlass eine neue revolutionäre Welle einsetzte, die in dem Generalstreik vom Oktober ihren Höhepunkt erreichte. Aber im Volke glaubte man nicht einmal an den ernst-

lichen Willen der Regierung, die zugesagten Reformen durchzuführen. Die administrative Willkürherrschaft dauerte fort, der Polizeidiktator Trepow war noch immer mächtiger, als der liberale Reformer Witte. Von dieser reaktionären Seite wurde die Judenhetze geschürt, wurde der Pöbel gegen die Intelligenz und gegen die Arbeiter angestachelt. Als Mitte Oktober in Odessa Demonstrationen befürchtet wurden, erging an die Polizei die Weisung, auf die Demonstranten alsbald scharf zu schiessen und nicht erst Schreckschüsse abzugeben. Die Unruhen, Streiks und Demonstrationen nahmen wieder zu. Am 20. Oktober holten die Arbeiter aber zum Hauptschlage aus. In Moskau traten die Maschinisten, Betriebsbeamten und Arbeiter der Moskau-Kasan-Bahn in den Ausstand, dem sich die Telegraphenbeamten alsbald anschlossen. Der Ausstand dehnte sich zunächst auf alle in Moskau einmündenden Bahnen aus. Am 21. erschien ein Aufruf des allrussischen Eisenbahnverbandes, der die Veranstaltung eines allgemeinen Eisenbahnerausstandes zur Durchsetzung politischer Forderungen ankündigte. Diese Forderungen wurden dahin präzisiert: »Da bei dem jetzigen Regime der Polizei und des *Tschin* die gestellten Forderungen, wie die Tatsachen beweisen, nicht erfüllt werden können, so ist die Einberufung der Volksvertreter mit gesetzgeberischer Macht nötig. Die Volksvertreter müssen von der gesamten Bevölkerung Russlands durch eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahl ohne Unterschied der Nationalität, des Geschlechts und des Glaubens gewählt werden, um neue fundamentale Landesgesetze im Interesse der arbeitenden Klassen auszuarbeiten.« Der Verkehrsminister empfing eine Abordnung der Streikenden, machte ihnen aber nicht die geringsten Zusagen. Die Ausstandsbewegung dehnte sich mit jedem Tage weiter aus, so dass der Eisenbahn- und Telegraphenverkehr auf allen wichtigen russischen Linien völlig unterbrochen wurde. Der Streik der Eisenbahner dehnte sich auf andere Arbeitergruppen aus, ja selbst die Apothekenbesitzer schlossen sich ihren streikenden Gehilfen in Moskau an und schlossen alle Apotheken. Eine Deputation der Eisenbahner hatte eine Unterredung mit Witte, der sich entschieden gegen die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts aussprach. Als Antwort erklärten die Eisenbahner auf ihrem Kongress in Petersburg: die Bureaukratie werde den Eisenbahnangestellten nichts geben, man müsse es sich daher nehmen. Es folgten Demonstrationen, Unruhen, Aufruhr. Trepow droht mit Gewaltmassregeln, alles umsonst: die Revolutionäre versehen sich mit Waffen, das Militär wird in seiner Haltung schwankend, die Ausdehnung der Arbeitsruhe hat beängstigende Folgen: die Lebensmittelpreise steigen, die Hungersnot treibt die untersten Schichten zu Plünderungen. Kurz — alle Bande der Ordnung sind aufgelöst, die einzige Triebkraft ist der zähe Wille der streikenden Arbeiter. In der Verzweiflung liess sich der Zar zu neuen Konzessionen herbei, die in dem Manifest vom 30. Oktober enthalten sind. Die Regierung wird verpflichtet, der Bevölkerung die unerschütterlichen Grundlagen der bürgerlichen Freiheit zu verleihen, die gegründet sein soll auf die wirkliche Unverletzlichkeit der Personen, die Freiheit des Gewissens, des Worts, der Versammlungen und Vereinigungen. Weiter sollen, ohne die früher angeordneten Wahlen für die *Duma* aufzuschieben, zur Teilnahme an der selben die Klassen der Bevölkerung berufen werden, die das Wahlrecht noch völlig entbehren, wobei dann die weitere Entwickelung des Grundsatzes des allgemeinen Wahlrechts der neuerdings begründeten gesetzgeberischen Ordnung der Dinge überlassen wird. Endlich wird als unerschütterliche Regel aufgestellt, dass kein Gesetz in Kraft treten kann ohne Genehmigung der *Duma*, und dass den Erwählten des Volkes die Möglichkeit der wirklichen Teilnahme an der Überwachung der Gesetzlichkeit der Handlungen der staatlichen Behörden gewährleistet wird. Zweifellos bedeutet der Inhalt des neuesten Manifestes eine wesentliche Erweiterung der in den bisherigen Erlassen konzedierten Volksrechte, und in der Tat hat auch ein Teil der revolutionären Strömungen sich durch den neuesten Erlass beruhigen lassen. Nur die Arbeiter sehen weder ihre politischen Forderungen rund bewilligt, noch trauen sie dem Hofe. Zwar mussten Pobjedonoszew und Trepow zurücktreten, aber das Misstrauen schwand damit immer noch nicht. Namentlich erblickt man in den antisemitischen Ausschreitungen eine Provokation der Reaktion. Zwar ging der Streik-

zustand Anfang November zu Ende, da Witte dem Zentralstreikkomitee die Bewilligung der Forderungen zusagte. Ein neuer Eisenbahnerstreik, der Mitte November zu gunsten der Polen proklamiert wurde, kam nur teilweise zur Durchführung und wurde ziemlich rasch beigelegt. Die Arbeiter warten nunmehr zunächst ab und sammeln neue Kraft.

× ×

Österreich: Wahlrechtsbewegung DER Kampf um die politischen Grundrechte ist von Russland nach Österreich übergesprungen. Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde der Massenstreik als ein Mittel zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts gekennzeichnet und seine Anwendung im Prinzip beschlossen. Den Augenblick des Massenstreiks für das Wahlrecht zu bestimmen, sollte den Vertrauensmännern der gewerkschaftlichen Organisationen vorbehalten bleiben. Noch bevor der Parteitag zu Ende war, kam es zu Demonstrationen, die sich am Sonntag, den 5. November, verallgemeinerten. Schon am Sonnabend hatte sich die Regierung entschlossen, die Ausarbeitung einer Vorlage über das allgemeine Wahlrecht anzukündigen. Eine Bewegung der Eisenbahnarbeiter in Böhmen wuchs sich unter der aufgeregten Stimmung zu einer politischen Aktion aus. Peinlichste Beachtung der Instruktionen durch die Eisenbahner legte den Eisenbahnverkehr auf den wichtigsten Strecken in Österreich lahm. Erst nach einem teilweisen Entgegenkommen der Regierung und infolge neuer Instruktionen wurde die *passive Resistenz* der Eisenbahner wieder eingestellt. Zunächst warten nunmehr die Arbeiter die Veröffentlichung der Wahlrechtsvorlage ab. Von deren Ausfall und von der weiteren parlamentarischen Behandlung wird die Haltung der Arbeiterklasse abhängen. Jedenfalls ist die österreichische Arbeiterschaft fest entschlossen, ihre wirtschaftliche Macht zu gunsten des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts in die Wagschale zu werfen. Einen günstigenAusgang der Bewegung kann man schon um deswillen prognostizieren, als zur nämlichen Zeit die ungarische Regierung selbst die Initiative ergriffen hat, um dort dem Volke dieses in Österreich bis jetzt verweigerte Wahlrecht zu gewähren.

× ×

Flottenvorlage DIE Marinevorlage, deren wahrscheinlicher Inhalt schon seit längerer Zeit in der Presse erörtert wurde, ist nunmehr vom Bundesrat angenommen und im *Reichsanzeiger* veröffentlicht worden. Die eigentliche Flottennovelle ist kurz und beschränkt sich auf die Forderung von 5 grossen Kreuzern bei der Auslandsflotte und von 1 grossen Kreuzer bei der Materialreserve. Die Kosten für diese Bauten belaufen sich auf 165 Mill. M., die auf 10 Jahre verteilt, halb aus den ordentlichen Einnahmen, halb aus Anleihen bestritten werden sollen. Weit bedeutungsvoller für die Entwickelung der deutschen Flotte sind die Neuerungen im Rahmen des Etats, die sich in folgende Programmpunkte zusammenfassen lassen: Deplacementsvergrösserung der Linienschiffe, der grossen Kreuzer und Torpedoboote, Vermehrung der Torpedobootsdivisionen, stärkere Indienststellungen, Erhöhung der Mannschaftsziffer, endlich Versuche mit Unterseebooten. Die Verwirklichung dieses Programms bedeutet ein Plus der finanziellen Ansprüche gegenüber dem heutigen Flottenplan von 600, nach anderen Schätzungen gar 800 Mill. M. für die Periode 1906 bis 1917. In der bürgerlichen Presse wird die Vorlage verschieden beurteilt. Die chauvinistische und Interessentenpresse findet die Vorlage unzulänglich, die linksliberale Presse findet die Ausgaben zu hoch. In keiner Partei indes, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, stösst die Vorlage auf grundsätzlichen Widerspruch. Die Presse der Zentrumspartei äussert sich in Wendungen, die für die Regierung das Beste hoffen lassen.

× ×

Kurze Chronik DIE Landtagsstichwahlen in Baden bedeuten für das Zentrum eine totale Niederlage. × Die Thronrede, mit der am 26. Oktober der sächsische Landtag eröffnet wurde, stellte ein neues Wahlgesetz in Aussicht. × An Stelle des Kolonialdirektors Stuebel wird der Erbprinz Ernst von Hohenlohe-Langenburg, bis vor kurzem Regent des Herzogtums Coburg-Gotha, die Leitung der kolonialen Angelegenheiten übernehmen. Es soll ein besonderes Reichsamt mit einem Staatssekretär an der Spitze geschaffen werden. × Die bayerische Wahlreform schreitet voran: am 10. November hat die Abgeordneten-

kammer die Regierungsvorlage angenommen. × In Norwegen hat eine Volksabstimmung eine grosse Mehrheit für die monarchische Staatsform ergeben; zum König wurde ein dänischer Prinz gewählt, der als Haakon VII. den wieder neugeschaffenen Thron Norwegens besteigt. RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Armenwesen VON dem Beigeordneten Dr. Schwander ist über die Reorganisation des Strassburger Armenwesens ein Bericht ausgearbeitet worden, der nach verschiedenen Seiten hin grosses Interesse erregt. Wir greifen heute diejenigen Abschnitte heraus, die sich mit einer Kritik des Elberfelder Systems befassen und neue Gedanken für die armenpflegerische Organisation entwickeln. Das Elberfelder System hat von der Stadt Elberfeld aus, wo es im Jahre 1852 durch die von Daniel von der Heydt geschaffene Armenordnung eingeführt wurde, einen Siegeszug durch ganz Deutschland angetreten. Dr. Buehl spricht in seinem Buche *Das Armenwesen* /Jena, Gustav Fischer/ von den glänzenden Erfolgen der Elberfelder Armenordnung, die namentlich auch auf finanziellem Gebiete hervortraten. Worin bestehen nun die charakteristischen Züge dieses Systems? Dr. Buehl bezeichnet sie mit den Ausdrücken *Dezentralisation* und *Individualisierung*. Dr. Schwander scheint uns die Unterschiede dieses Systems gegenüber anderen Armenpflegesystemen zutreffender zu erfassen. Auch andere Systeme haben Dezentralisation und Individualisierung angestrebt. Für das Elberfelder sind charakteristisch der Gedanke, sämtliche Armenfälle durch ehrenamtliche Pfleger behandeln zu lassen, die Teilung der Stadt in viele kleine Quartiere und der Zusammenschluss der Pfleger der Quartiere zur sogenannten *Bezirksversammlung*. Jedem ehrenamtlichen Pfleger ist ein Quartier zugewiesen, wo er alle vorkommenden Armenfälle zu behandeln hat. An ihn müssen sich die Hilfsbedürftigen wenden. Die zur Bezirksversammlung vereinigten Pfleger erörtern die einzelnen Fälle und beschliessen in der alle vierzehn Tage stattfindenden Versammlung über Art und Umfang der Hilfe. Nur in dringenden Fällen sind Bezirksvorsteher und Pfleger zu sofortigem Eingreifen befugt. Gegen das Elberfelder System und dessen Übertragung auf die Strassburger Armenpflege erhebt nun Dr. Schwander eine Reihe von Bedenken, die zum Teil auch schon von anderer Seite geäussert worden sind, zum Teil, wenigstens in der klaren Präzisierung, ihm eigentümlich sind. Es ist zunächst schwer, die genügende Zahl geeigneter ehrenamtlicher Pfleger zusammenzubringen, die bereit sind, die gesamte Armenpflege in einem örtlich begrenzten Bezirk auszuüben. Dr. Schwander betont, unseres Erachtens mit Recht, dass die grosse Menge der besser gestellten Arbeiter nicht in Betracht kommt, wenn man an den eigentümlichen Bedingungen des Elberfelder Systems festhalten will. Man ist daher auf solche Bevölkerungsschichten angewiesen, die ausserhalb ihres Berufes Zeit genug für die armenpflegerische Tätigkeit haben und insbesondere dauernd in einem Quartier angesessen sind. Bei den grossstädtischen Wohnungsverhältnissen, in denen sich allmählich die lokale Scheidung der wohlhabenden Klassen von der Arbeiterklasse herausbildet, wird es schon infolgedessen immer schwieriger werden, die nötigen Pfleger in den Arbeiterquartieren zu finden. Bei diesen Schwierigkeiten, die genügende Zahl von Pflegern aufzubringen, die mit dem Elberfelder System verbunden sind, ist natürlich keine Garantie, dass die Pfleger nun auch das erforderliche Mass von armenpflegerischen Kenntnissen besitzen. Denn mit dem guten Willen und dem guten Herzen allein ist es nicht getan. Ein Übermass von beiden ist vielmehr geradezu schädlich. Entscheidend sind aber für uns die Einwände sozialer Art, die Dr. Schwander sehr klar gegen das Elberfelder System formuliert. Dieses beruht auf dem Grundsatze *Hilfe von Mensch zu Mensch*. Ausser der materiellen Unterstützung soll dem Bedürftigen der moralische Beistand des Armenpflegers zu teil werden. Dr. Schwander hebt nun hervor, dass ein »durchgehendes, unterschiedsloses Betonen dieser so liebenswürdigen Tendenz nicht mehr ganz dem sozialen Charakter der öffentlichen Fürsorge entspricht, und dass vor allem diese Tendenz unrichtige Folgerungen veranlasst, wenn man ihr zuliebe auf fachmässig geschulte Beamte in der öffentlichen Fürsorge verzichtet und das gesamte

Fürsorgewerk dem ehrenamtlichen Pfleger übergibt«. Seine Begründung ist durchaus zutreffend: »Wir sehen ja im öffentlichen Fürsorgewesen nicht das, was man als *Hilfe von Mensch zu Mensch* bezeichnen kann, sondern wir sehen darin ein s o z i a l e s H i l f s i n s t i t u t für den bedürftigen Staatsangehörigen. Wir wollen auch, dass der bedürftige Staatsangehörige die Sache so und nicht anders betrachtet. Er soll nicht die Empfindung bekommen, als ob ihn ein bestimmter Mitbürger, nämlich der ehrenamtliche Pfleger, unterstützt, von dessen gutem Willen er sich in diesem Falle mehr oder weniger abhängig fühlen muss, sondern er soll sich auch im Stande der Hilfsbedürftigkeit als Mitglied der Allgemeinheit betrachten ... Im Gegenteil wissen wir aus hiesigen Erfahrungen: der Bedürftige wendet sich viel lieber an die für diesen Fall eingesetzte Behörde, deren Beamtenschaft, wie er weiss, die Pflicht hat, nach bestimmten Massgaben den Fall aufzunehmen und zu verarbeiten, als dass er in die Privatwohnung eines Mitbürgers geht, eines Mannes, den er mehr oder weniger immer als Einzelperson auffasst, als Mensch dem Menschen gegenüber. Im letzteren Fall hat wenigstens der Bedürftige von besserem Typus nur zu leicht das Gefühl, als stehe er im Begriff, von einem Mitbürger eine Wohltat zu verlangen; jedenfalls erscheint es ihm höchst peinlich, seine familiären und persönlichen Verhältnisse einem Privatmanne anzuvertrauen, wohingegen er in persönlichem Kontakt mit der öffentlichen Körperschaft ohne weiteres die Notwendigkeit herausfühlt, dass die Art und die Ursachen seiner Bedürftigkeit bekannt gegeben werden müssen.« Das Elberfelder System ist eben herausgeboren aus dem Gedanken der patriarchalischen *caritas,* wie sie auf Grundlage der christlichen Sozialauffassung der Patron dem Arbeiter gegenüber zu üben hat. Der Patron ist in diesem Fall die Gemeinde. Im übrigen bleibt das Verhältnis das gleiche. Und die Vertreter der Gemeinde, die dem Hilfsbedürftigen als Pfleger gegenübertreten, spenden die Unterstützung in diesem caritativen Geiste; sie sind zum guten Teile dieselben Personen, die zu ihm in dem Verhältnis der Patronage stehen. Dem gegenüber muss die moderne Armenpflege sich auf dem Gedanken aufbauen, dass der Hilfsbedürftige ein gesetzliches Recht auf Unterstützung hat, dass es sich also nicht um eine caritative Gewährung einer solchen, sondern um die Ausübung einer rechtlichen Pflicht handelt. Die Armenpflege der Gemeinde ist kein caritatives Institut, sondern, wie Dr. Schwander sehr richtig hervorhebt, ein soziales Hilfsinstitut des Staates. Auf Grund dieser Auffassung wird selbstverständlich die Stellung des ehrenamtlichen Pflegers gegenüber dem Hilfsbedürftigen eine ganz andere. Er tritt ihm in erster Linie nicht als Mensch, sondern als ein Beauftragter der Gemeinde gegenüber, die, wie der Hilfsbedürftige weiss, die Pflicht hat, ihn in Notfällen zu unterstützen, und von der Unterstützung zu verlangen er das Recht hat. In einer grossen Anzahl von Fällen ist die moralische Hilfe, in deren Interesse die Ausübung der Armenpflege in sämtlichen Fällen durch ehrenamtliche Pfleger verlangt wird, die erzieherische Einwirkung des Pflegers auf den Bedürftigen nicht nur überflüssig, sondern geradezu schädlich. Dazu gehören zum Beispiel alle diejenigen Fälle, in denen bisher nicht unterstützte Arbeiter infolge plötzlich eingetretener Arbeitslosigkeit gezwungen sind, die öffentliche Fürsorge in Anspruch zu nehmen. Hier kommt es nur darauf an, auf die voraussichtliche Dauer dieser Arbeitslosigkeit den Lohnausfall zu vergüten, insbesondere aber, wenn tunlich, die Zeit der Arbeitslosigkeit möglichst abzukürzen, Hier muss also mit der armenpflegerischen Tätigkeit der Gemeinde sich die sozialpolitische der Arbeiterfürsorge verbinden.

AUF Grund dieser Erwägungen kommt Dr. Schwander zu neuen Vorschlägen für die Organisation des Armenwesens. Er empfiehlt die Einteilung der Stadt in vier Armenbezirke, deren jeder eine Bezirkskommission, bestehend aus einem Vorsitzenden und 8 Mitgliedern, ehrenamtlichen Pflegern, haben soll. Jeder Bezirk soll einen Beamtenkörper erhalten, der zur Entgegennahme der Gesuche, sowie zur Prüfung und Behandlung der Armenfälle erforderlich ist, ausserdem eine so grosse Zahl von ehrenamtlichen Pflegern, dass nicht mehr als 2, höchstens 3 der für die Pflegebehandlung geeigneten Fälle auf den einzelnen entfallen. Die besoldeten Beamten haben die Aufgabe, die Bedürftigen in ihrer Häuslichkeit aufzusuchen und die Verhältnisse genau festzustellen. Dem

einzelnen Pfleger werden von der Bezirkskommission bestimmte Einzelfälle zur Behandlung zugewiesen, für die er seiner Persönlichkeit nach besonders geeignet scheint. Hier entsteht nun die Frage: welche Fälle sollen den Pflegern überwiesen werden? Auf Grund seiner früheren Erwägungen empfiehlt Schwander nur die dauernden Fälle den ehrenamtlichen Armenpflegern zu übertragen, weil in diesen die erzieherische Beeinflussung der Unterstützten von Wert werden kann. Die Fälle vorübergehender Armenunterstützung sollen dagegen lediglich durch das Amt und seinen Erkundigungsbeamten behandelt werden. Durch diese Arbeitsteilung wird den Armenpflegern ein grosses Stück lästiger formaler Arbeit abgenommen, und es ist möglich, ihre Tätigkeit in günstigerer Weise auf die geeigneten Fälle zu konzentrieren. Dr. Schwander sieht einen weiteren Vorteil dieser Anordnung darin, dass man nunmehr auch solche Schichten der Bevölkerung zur Armenpflege heranziehen könne, die beim Quartiersystem gar nicht oder fast gar nicht in Betracht kommen, insbesondere die besser gestellten Arbeiter und die Frauen. Auch nach dieser Ausscheidung der vorübergehenden Fälle bleibt für die ehrenamtlichen Armenpfleger ein grosses Arbeitsquantum übrig. Denn von den Unterstützten sind 64 % das ganze Jahr in öffentlicher Armenpflege. Es handelt sich hier zum guten Teil um solche Leute, »bei denen die Armenversorgung nichts anderes ist, als eine wohlverdiente Alters- oder Invalidenrente«. Es sind Leute, »die sich ehrlich geplagt haben, bis sie nicht mehr konnten, und die nun der Öffentlichkeit gegenüber den Anspruch auf ein nicht von schweren Sorgen bedrücktes Alter erheben können.« Für diese Klasse der *Stadtrentner*, wie sie Dr. Schwander bezeichnen möchte, ist das Institut des ehrenamtlichen Pflegers von besonderem Werte. Ebenso auch für die grosse Zahl der Witwen mit Kindern, die jahrelang in der Armenpflege verbleiben müssen.

WIR haben aus dem Schwanderschen Berichte nur die Ausführungen herausgegriffen, die sich auf die Organisationsvorschläge beziehen. Sie schienen uns mit Rücksicht darauf, dass man in zahlreichen Städten mit einer Neuordnung der Armenpflege beschäftigt ist, für die praktische Tätigkeit unserer Genossen auf den Rathäusern von besonderer Bedeutung. Vielleicht finden wir noch später Gelegenheit, auch auf die Teile des Schwanderschen Berichtes einzugehen, die sich mit dem Begriff der *Bedürftigkeit*, den Unterstützungsursachen, der Höhe und Art der Unterstützung beschäftigen.

Städtetag MIT dem 1. Januar 1906 tritt der deutsche Städtetag als eine dauernde, feststehende Organisation ins Leben. Nach den Statuten ist er gegründet worden, um die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren, und die Kenntnisse und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen untereinander zu fördern. Zur Mitgliedschaft sind berechtigt alle die deutschen Städte, die bei der letzten Volkszählung die Einwohnerzahl von 25000 erreicht haben, und solche Gemeindeverbände, die eine städtische Bevölkerung von zusammen mehr als 25000 Köpfen vertreten. Jedes Mitglied hat eine Stimme; Städten mit mehr als 50000 bis 150000 Einwohnern steht eine zweite Stimme zu. Städte mit mehr als 150000 Einwohnern erhalten für jedes angefangene Hunderttausend eine weitere Stimme. Der Städtetag verfolgt seine Aufgaben im wesentlichen durch Abhaltung von Versammlungen, durch Unterhaltung einer eigenen Kanzlei, durch Veröffentlichungen sowie durch Anlegung und Unterhaltung einer Bücherei. Die Versammlungen sollen in der Regel alle drei Jahre, nach Befinden auch in kürzeren Zeiträumen, statfinden. Es lässt sich voraussagen, dass der deutsche Städtetag keine besondere Bedeutung erlangen wird, wenn er sich darauf beschränkt, alle drei Jahre eine Versammlung abzuhalten. Will er die Gesetzgebung des Reiches und der Einzelstaaten im Interesse des Städtewesens und der städtischen Bevölkerung beeinflussen, will er insbesondere ein Gegengewicht gegenüber den agrarischen Körperschaften bilden — und aus einer solchen Gegenbewegung gegen die Bedrohung der städtischen Interessen durch die agrarische Politik des Reichs und der Einzelstaaten heraus scheint uns der Städtetag entstanden zu sein —, so muss er sich allerdings die Mühe machen, etwas häufiger zusammenzutreten. Als ein glücklicher Gedanke erscheint uns die Errichtung einer Zentralstelle, die mit einer Bibliothek verbunden sein soll. Sie soll Auskünfte über alle städtischen Ein-

richtungen erteilen und den Betrieb von Studien über deutsches Stadtverfassungs- und -verwaltungsrecht, über Städtewesen, Städteentwickelung und Stadtgeschichte an der Hand eines vollständigen, gesichteten Stoffes ermöglichen. An die Spitze der Zentralstelle soll ein juristisch oder volkswirtschaftlich gebildeter Direktor gestellt werden.

× ×

Fleischversorgung DER deutsche Städtetag hat seine Tätigkeit mit einer Interpellation des Reichskanzlers in Sachen der Fleischverteuerung begonnen. Dass diese erfolglos ausfallen würde, liess sich bei den Mehrheitsverhältnissen im Reichstage und preussischen Landtage von vornherein erwarten. Auf die Reden der Herren Oberbürgermeister und die Entgegnung des Reichskanzlers brauchen wir hier nicht einzugehen. Sie sind aus der Tagespresse bekannt. Nur eine Anregung des Reichskanzlers, die der selbe ganz im Geiste der agrarischen Organisationen gemacht hat, sei hier herausgegriffen, da sie uns von Bedeutung für die allgemeine Frage zu sein scheint, inwieweit sich die Städte an der Fleischversorgung beteiligen sollen. Der Reichskanzler empfahl den Oberbürgermeistern, dem Beispiele der Stadt Wien und den Anregungen der preussischen Landwirtschaftskammern zu folgen und ihrerseits in der gegenwärtigen kritischen Lage die Fleischversorgung ihrer Städte in die Hand zu nehmen. Die preussische Staatsregierung werde gern bereit sein, solche Unternehmungen zu fördern, und zu unterstützen, soweit das nur möglich sei. Es muss auf die Herren Oberbürgermeister geradezu verblüffend gewirkt haben, von dem Reichskanzler, wenn auch nur für die gegenwärtige kritische Zeit, die Munizipalisierung der Fleischversorgung empfohlen zu hören. Der Reichskanzler hat damit allerdings nur die Vorschläge wiederholt, welche die Zentralstelle der preussischen Landwirtschaftskammern und einzelne Landwirtschaftskammern, wie zum Beispiel die für die Rheinprovinz, den Stadtverwaltungen wiederholt gemacht hatten. Es ist die kluge Taktik dieser Körperschaften, den Unwillen des Volkes über die Fleischverteuerung von sich auf den Zwischenhandel und das Metzgergewerbe abzuwälzen, indem sie diese für die hohen Fleischpreise verantwortlich zu machen suchen. Ohne Zweifel kann die Verteuerung des Fleisches, ebenso wie die der Milch, durch den Zwischenhandel nicht bestritten werden, und es wäre sicher möglich, durch Ausschaltung des selben zwischen den Konsumenten und Produzenten die Preise beträchtlich herabzusetzen. Unsere Vertreter auf den Rathäusern sollten sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, gestützt auf die Autorität des Reichskanzlers, von den Gemeindeverwaltungen organisatorische Massnahmen in dieser Hinsicht zu fordern. Wie wir schon öfter hervorgehoben haben, sind das die Einrichtung einer Grossschlächterei und von Fleischverkaufsständen. Sie müssen selbstverständlich diese Forderung nicht nur für die heutigen kritischen Zeiten, sondern allgemein aufstellen. Zugleich würden sie aber darauf hinzuweisen haben, dass bei der Einrichtung der kommunalen Fleischversorgung auch die nötigen Massregeln getroffen werden müssten, um die Städte gegen eine Ausbeutung durch agrarische Ringe zu schützen.

VON der im wesentlichen ablehnenden Haltung des Reichskanzlers und der meisten Regierungen hebt sich die des gothaischen Staatsministeriums vorteilhaft ab. Dieses hat sich bereit erklärt, den Import von Fleisch aus dem Auslande zu unterstützen und unter gewissen Bedingungen einen Teil der Unkosten auf die Staatskasse zu übernehmen. Die Gemeinden sollen den Bezug von Schlachtvieh und Fleisch für ihre Rechnung vornehmen und durch Verzicht auf die Gebühren auf eine Verbilligung hinwirken. Die Gemeindevertreter versprachen eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die Fleischer oder die Kaufleute durch Vermittlung der Gemeindebehörden den Ankauf von Schlachtvieh und Fleisch übernehmen und das selbe zu entsprechend billigen Sätzen abgeben wollen. Die lahme Haltung der Gemeinden ist natürlich durch die Rücksicht auf das Händlertum bedingt. Es wäre Pflicht der selben, den Ankauf ohne Rücksicht auf die Kaufleute und Fleischer in eigener Regie zu unternehmen. Irgend welche Gefahren für die Gemeindekasse sind nicht damit verbunden.

EINE Reihe von Städten hat den Bezug von Seefischen in eigene Hand genommen, um auf diese Weise ihrerseits etwas zur Linderung der Fleischnot beizutragen. Nur die Nürnberger Stadtverwaltung hat aus Rücksicht auf die Nürnberger Fischhandlungen es abge-

lehnt, die Errichtung von Verkaufsstellen für Seefische vorzunehmen. Den Händlern sollen dagegen ausser Plätzen in den Markthallen auch in den verschiedenen Stadtteilen Verkaufsplätze zur Verfügung gestellt werden, falls sie den Nachweis erbringen, dass sie billiger liefern. *Gegebenenfalls* will die Stadt selbst Seefischmärkte errichten, wenn die Möglichkeit besteht, billiger zu liefern, als die Händler. Diese Möglichkeit ist jederzeit gegeben, da die Stadtverwaltung nur auf den Händlerprofit zu verzichten braucht. Denn dass die Nürnberger Fischhändler nicht als Wohltäter der Menschheit zu Selbstkosten liefern, nur um dem Publikum billige Fischnahrung zu verschaffen, wird wohl auch der Magistrat kaum bestreiten wollen.

DIE gemischte Deputation, die in Berlin zur Beratung der Fleischteuerung eingesetzt war, hat beschlossen, auf den Rieselgütern eine Schweinezucht mit Schweinemast zu betreiben. Ein gleicher Beschluss ist auch in Rixdorf gefasst worden.

× ×

Kurze Chronik DIE Elberfelder Stadtverordneten beschlossen die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit für die Ofenarbeiter der Gasanstalt und bewilligten die Mehrausgabe mit 20 000 M. × Die Stadt Erlangen hat eine Versorgungskasse für die städtischen Arbeiter eingerichtet. × Der Metzer Gemeinderat hat die Errichtung einer städtischen Volksbibliothek beschlossen, die zunächst mit der Stadtbibliothek verbunden sein soll. × Der Strassburger Gemeinderat hat beschlossen, das zurzeit bestehende Ortsstatut, wonach bei Erteilung von Wirtschaftskonzessionen die Bedürfnisfrage zu prüfen ist, nicht mehr zu erneuern. × Die Stadt Crefeld hat mit der Zeche *Rheinpreussen* wegen Lieferung grosser Mengen elektrischen Stromes einen Vertrag abgeschlossen. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Vorwärts-affäre NACH dem Urteil der gesamten Parteipresse hatte der Jenaer Parteitag einen für die Partei äusserst befriedigenden Verlauf genommen. Die sachlichen Differenzen waren, wenn auch mit aller Schärfe, so doch ohne persönliche Gehässigkeiten, wie sie in Dresden zu Tage getreten waren, ausgefochten worden. Die Resolution der Fünfzehnerkommission und namentlich der Bericht ihres Vorsitzenden, des Genossen Dietz, mussten den Eindruck erwecken, dass die Kommission Friedensarbeit geleistet, dass die Gegensätze ausgeglichen seien. Schon vor dem Parteitag waren ferner die Aufsichtsinstanzen mit der Redaktion des *Vorwärts* zur Übereinstimmung über die zukünftige Redaktionsführung gelangt. Kurz, alles berechtigte zu der Annahme, dass die Periode innerer Parteizwistigkeiten, die seit Jahren währte, endlich vorüber sei. Es war deshalb eine ungeheure Überraschung, als am 22. Oktober die sechs Redakteure des *Vorwärts*, welche bisher die Mehrheit innerhalb der Redaktion gebildet hatten, Büttner, Eisner, Gradnauer, Kaliski, Wetzker, Schröder, am Kopfe der politischen Nachrichten des Blattes mitteilten, dass sie ihre Kündigung eingereicht hätten. Am 24. Oktober folgte eine Erklärung des Parteivorstandes und der Presskommission des *Vorwärts*, dass diese Körperschaften die Kündigung akzeptiert hätten, worauf dann am 29. Oktober die plötzliche Entlassung der sechs Genossen, die zuvor einen Artikel *Aufklärung* im *Vorwärts* veröffentlicht hatten, erfolgte. Aus den seither erschienenen zahlreichen und ausgedehnten, auch im Tone nicht immer angenehmen Erklärungen des Parteivorstandes und der Presskommission einerseits und der sechs Redakteure andrerseits geht etwa folgendes hervor: Die sechs Genossen bestreiten dem Parteivorstand und der Presskommission durchaus nicht das Recht, Änderungen im Personalbestand der Redaktion vorzunehmen. Da aber die Stellung eines Redakteurs innerhalb unserer Parteipresse nicht eine gewöhnliche *Brotstelle*, sondern ein Vertrauensamt ist, so dürfen Entlassungen nicht ohne die vorhergegangene Anhörung der davon Betroffenen vor sich gehen. Diese unterlassen zu haben, ist es, was die Sechs jenen Instanzen zum Vorwurf machen. Gegen alle Gepflogenheit wurden die Redakteure von den Verhandlungen, in denen es sich um ihre Entlassung handelte, ausgeschlossen. Ihr wiederholtes Verlangen, gehört zu werden, wurde entschieden abgelehnt. Nach den Intentionen des Parteivorstandes sollten nur zwei Redakteure entlassen werden, aber gerade diejenigen, denen an den angeblichen Verfehlungen der Redaktionsmehrheit die geringste

Schuld aufgemessen werden konnte. Die Presskommission ging weiter und verlangte die Beseitigung der *Hauptschuldigen*. Schliesslich wurde der Beschluss gefasst, sämtlichen Redakteuren des Blattes zu kündigen, wobei ihnen anheimgestellt werden sollte, sich um den Wiedereintritt zu bewerben; hierbei hätten wohl nur die dem Vorstand und der Presskommission Genehmen Berücksichtigung gefunden. Dieses Vorgehen empfanden die Sechs als ein ihrer Stellung unwürdiges, unsozialdemokratisches und erklärten sich deshalb solidarisch. An dieser Stelle kann auf die Einzelheiten der Streitfrage nicht eingegangen werden; es sei nur noch bemerkt, dass die Mehrzahl der Parteiblätter das Verhalten des Vorstandes und der Presskommission entschieden getadelt, zum grossen Teil scharf verurteilt hat, während die Haltung der Parteiorganisationen ziemlich geteilt ist. So hat die Konferenz für Teltow-Beeskow das Vorgehen der massgebenden Instanzen den Redakteuren gegenüber verurteilt, während die Vertrauensleute des 4. und 6. Berliner Wahlkreises für Vorstand und Presskommission Partei nahmen und die Funktionäre der Wahlkreise Gross-Berlins eine zur Beilegung des Streites zwischen dem Vorstand des Vereins *Arbeiterpresse* und den genannten Organen vereinbarte Resolution ablehnten. Auch haben an einigen Orten die Organisationen gegen die den Sechs freundliche Haltung ihrer Pressorgane Einspruch erhoben. Im bürgerlichen Lager haben auf einem freiern, sozialpolitischen Standpunkt stehende Politiker den Streit bedauert, der von den entschiedenen Feinden der Arbeiterbewegung mit Freuden begrüsst wurde. Die Gewerkschaftspresse steht im wesentlichen dem Vorgehen der Parteiinteressen ablehnend gegenüber und erblickt darin, wie in dem Verhalten der an die Stelle der ausgeschiedenen neu eingetretenen Redakteure eine Verletzung anerkannter gewerkschaftlicher Grundsätze. Vermittelungsbestrebungen der Genossen von Elm und Frohme sind beim Parteivorstand ohne Erfolg geblieben, ein Vorschlag des Genossen Dietz, eine Entscheidung durch eine Urabstimmung der organisierten Genossen Berlins herbeizuführen, hat auch keinen Anklang gefunden. So ist der Konflikt zu einem Abschluss bis jetzt nicht gelangt.

× ×

Landtagswahlen

AM 21. Oktober fanden in Baden die Wahlen nach dem neuen Wahlgesetz statt. Unserer Partei fielen in der Hauptwahl nur 5 Sitze (von 73) zu. Auch die Stimmenzahl konnte wenig befriedigen; betrug doch die Zahl der für die sozialdemokratischen Kandidaten bei der Reichstagswahl von 1903 abgegebenen Stimmen 72 300, während sie bei den Landtagswahlen nur auf 50 342 kam. Für die Stichwahlen wurde auf Anregung des Blocks ein Kompromiss dahingehend getroffen, dass in allen denjenigen Kreisen, wo die Blockkandidaten die höhere Stimmenzahl aufzuweisen hätten, der sozialdemokratische zurückzutreten habe, und umgekehrt. Das neue Wahlgesetz lässt nämlich zu, dass bei der Stichwahl alle Kandidaten, die mindestens 15 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, wieder mit in die Wahl eintreten können. Um nun zu verhindern, dass eine absolute Zentrumsmehrheit in den Landtag einzöge, war dies Abkommen geschlossen worden. Dieses Ziel ist dann auch erreicht worden. Das Zentrum blieb auf die 28 Mandate beschränkt, die ihm in der Hauptwahl zugefallen waren. Die sozialdemokratische Partei gewann bei den Stichwahlen noch 7 Sitze, so dass sie im neuen Landtag deren 12 inne hat, gegenüber 6 in dem früheren Landtag.

× ×

Organisation

EINEN erfreulichen Mitgliederzuwachs hat der sozialdemokratische Wahlverein in Brandenburg in jüngster Zeit gehabt; nachdem in der letzten Versammlung 347 neue Mitglieder aufgenommen wurden, zählt der Verein jetzt 6028 Mitglieder. Nach dem Vorstandsbericht des sozialdemokratischen Vereins in Nürnberg hat sich die Entwickelung desselben in dem letzten Jahre sehr günstig gestaltet. Die Mitgliederzahl ist auf 7306 gestiegen und hat sich seit Januar um 700 vermehrt. Im Wahlkreise Reichenbach-Neurode bestehen 6 Wahlvereine, die insgesamt rund 2000 Mitglieder zählen, die regelmässig durch Zahlung eines Betrages ihre Pflicht gegenüber der Partei erfüllen. Auf 1200 Mitglieder hat es jetzt der sozialdemokratische Verein in Görlitz gebracht; der Fortschritt wird der Einführung des Einkassierersystems zugeschrieben.

× ×

Österreich: Gesamtparteitag DER Gesamtparteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs trat am 29. Oktober in Wien zusammen. Er galt diesmal in erster Linie dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht. Anwesend waren zirka 200 Delegierte aller in Österreich vertretenen Nationen. Nach einer Begrüssungsrede durch Victor Adler und eine Ansprache der ausländischen Gäste gelang unter grosser Begeisterung eine Sympathieresolution an das revolutionäre Russland zur Annahme. Über die Berichte des Parteivorstandes und der Fraktion entstanden nur kurze Debatten, und man schritt zum Hauptpunkt *Die österreichische Krise und das allgemeine Wahlrecht.* Der Referent Ellenbogen begründete in weitausgesponnener, bedeutsamer Rede die Forderung des Proletariats auf sein höchstes Recht. Gegen Ende seines Referats ereignete sich ein denkwürdiger Zwischenfall. Ein Telegramm wird in den Saal gebracht: das Manifest des Zaren ist erschienen, das dem russischen Volke eine Verfassung verspricht. Ellenbogen unterbricht sein Referat und verliest das Telegramm. Weihevolle Ruhe herrscht im Saale, instinktiv, ohne ein Zeichen der Verabredung, erheben sich die Delegierten und Gäste von ihren Sitzen. Stehend wurde die Verlesung angehört. Jetzt wieder in die Verhandlung einzutreten, war unmöglich. Im Nu fand der Kongress, wieder ohne jegliche Verabdredung, den richtigen Ausdruck seiner Stimmung; Revolutionslieder brausten mit einem Male durch den Kongresssaal; die Tschechen und Polen sangen die *Rote Fahne*, die Deutschen die *Marseillaise.* Sodann wurde, um den Eindruck der Nachricht zu überwinden, eine Pause von 15 Minuten gemacht. Dann beendete Ellenbogen sein Referat und unterbreitete die Resolution, in welcher das allgemeine Wahlrecht gefordert und die Kampfesmittel zur Erringung dieses Zieles festgelegt sind. Als das äusserste Mittel soll auch der Massenstreik in Anwendung kommen, »falls die Herrschenden durch Einheitslosigkeit und feige Unfähigkeit, das Notwendige zu tun, dies unvermeidlich machen sollten«. Die Resolution wurde unter grossem Jubel angenommen. Die Sitzung wurde nun unterbrochen, nachdem beschlossen war, abends eine grosse Demonstration zu veranstalten. Diese verlief auf das glänzendste; es nahmen an ihr zirka 20 000 Personen teil. Die Arbeiter der Fabriken, die von dem Beschlusse nichts wussten, wurden durch Vertrauensleute hiervon in Kenntnis gesetzt. Vor dem Parlamente, der Burg und der Redaktion der *Arbeiterzeitung* hielten die Abgeordneten Seitz, Adler, Daszynski, Pernerstorfer und andere Ansprachen an die Menge, die mit ungeheurer Begeisterung aufgenommen wurden. Immer wurde auf die russischen Revolutionäre hingewiesen, denen nachzueifern jetzt die heiligste Pflicht des österreichischen Proletariats sei.

DIE ungeheure Aufregung, die sich der Wiener Arbeiterschaft infolge der Nachrichten aus Russland und die am Abend veranstaltete Demonstration bemächtigt hatte, hatte natürlich auch die Kongressteilnehmer erfasst, und so war zu nüchternen Verhandlungen keine Stimmung mehr vorhanden, alles drängte zum Handeln. Der Parteitag wurde früher geschlossen, als beabsichtigt war. Nur das Referat von Victor Adler über den Generalstreik wurde noch entgegengenommen. In flammender Rede forderte Adler das österreichische Proletariat auf, sein Alles einzusetzen für die Erringung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das jetzt sogar der absolute Herrscher von Russland seinen Völkern habe geben müssen, und das der Kaiser von Österreich in seiner Eigenschaft als König von Ungarn in sein Programm aufgenommen habe. Er brachte eine Resolution ein, in der es eingangs heisst, dass der Parteitag auf dem Boden des Amsterdamer Beschlusses stehe, und dass er deswegen alle phantastischen Projekte eines nationalen Generalstreiks zum Zwecke der Änderung der Gesellschaftsordnung abweise. Hingegen erkenne der Parteitag an, dass der Massenstreik ein äusserstes, aber wirksames politisches Kampfmittel sein könne, das in bestimmten entscheidenden Augenblicken zu klar bestimmten und umgrenzten Zwecken die ganze Kraft der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen vermöge, um entweder einen reaktionären Anschlag der Machthaber auf das politische und ökonomische Recht des Proletariats abzuwehren oder um ihren letzten Widerstand gegen die endliche Gewährung eines längst fällig gewordenen Rechts des Proletariats endgültig zu überwinden. In den nächsten Absätzen der Resolution werden die näheren Bedingun-

gen und Voraussetzungen, unter denen in den Massenstreik einzutreten ist, festgesetzt. Zum Schlusse wird die Entscheidung, ob und in welchem Augenblick in dem Kampfe ums Wahlrecht der politische Massenstreik Anwendung finden soll, in die Hände der Vertrauensmänner der Organisationen des Proletariats gelegt. Über die Resolution fand eine Debatte nicht statt; es traten nur nach einander die Vertreter der Nationen und beruflichen Gruppen auf, um kurze Erklärungen abzugeben. Die Deutschen, Tschechen, Polen, Slowenen, Italiener u. s. w. erklären alle unter ungeheurem Jubel des Kongresses, dass der Ruf der Vertrauensleute der Partei sie bereit finden werde, in den Kampf einzutreten. Ihnen folgen die Vertreter der Metallarbeiter, Transportarbeiter, Bergarbeiter, Eisenbahner, die der Frauen u. s. w. mit den selben Erklärungen. Die Resolution Adlers wurde hierauf einstimmig angenommen. Nach schwungvollen Schlussworten Adlers und Pernerstorfers in deutscher, Soukups in tschechischer Sprache wurde der Kongress geschlossen. Der Gesamtparteitag erliess an das arbeitende Volk aller Zungen Österreichs ein Manifest, in welchem er dieses auffordert, sich für den grossen Kampf bereit zu halten.

× ×

Frankreich: Parteitag

DER erste Kongress der geeinten Partei nach dem Einigungskongress selbst, der in den Tagen vom 30. Oktober bis 2. November in Chalon stattfand, ist befriedigend verlaufen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, die Wahltaktik, war ein sehr kritischer und sehr geeignet, Meinungsdifferenzen aufkommen zu lassen, was bei dem heissblütigen Temperament der Franzosen dann auch leicht zu heftigen Auseinandersetzungen und Spaltungen führt. Um so erfreulicher, dass in diesem Punkte eine vollständige Übereinstimmung erzielt worden ist. Freilich nicht ohne heftige Kämpfe. Die Zahl der anwesenden Delegierten betrug 296. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas Lafargue eine Sympathiekundgebung für die russischen Revolutionäre, welche unter grossem Beifall angenommen wurde. Zur Frage der Wahltaktik lag dem Kongress eine Anzahl Resolutionen vor, durch die die Haltung der Partei sowohl bei den Haupt-, als auch bei den Stichwahlen festgelegt werden sollte. Es waren im wesentlichen zwei Prinzipien, die hier einander gegenüberstanden. Ein Antrag Cachin, der auch von Guesde unterstützt wurde, verlangt die Aufstellung von sozialistischen Kandidaten in sämtlichen Wahlkreisen. Diesem Prinzip der extensiven Wahlaktion stand entgegen das der intensiven Wahlbeteiligung, das namentlich von Vaillant und Révelin vertreten wurde. In der von Vaillant gestellten Resolution heisst es, dass der *Nationalrat* den Kampf überall dort einleiten soll, wo eine Möglichkeit hierzu vorhanden ist. Sodann lag noch eine ganze Anzahl Unteranträge und Resolutionen vor, die sich auf die Stichwahlen bezogen, und die, nachdem die Generaldiskussion einen vollen Tag gedauert hatte, allesamt einer Kommission überwiesen wurden. Inzwischen erledigte der Kongress eine Anzahl kleinerer Vorlagen. So wurde unter anderem einem Antrag zugestimmt, nach welchem die Sozialdemokratie aller Länder aufgefordert werden soll, darüber zu wachen, dass ihre respektiven Regierungen nicht etwa versuchen, die russische revolutionäre Bewegung durch bewaffnete Einmischung einzudämmen. Die Kommission für den Achtstundentag legte eine Resolution vor, in der zunächst festgestellt wird, dass die sozialistische Partei stets für den Achtstundentag mit einem Lohnminimum eingetreten sei, sodann der Kampf der französischen Gewerkschaften um den Achtstundentag begrüsst und die sichere Erwartung ausgesprochen wird, dass die Parteigenossen sich hieran beteiligen. Die Abgeordneten sollen dahin wirken, dass der Achtstundentag in Staats- und Gemeindebetrieben für alle Arbeiter durchgeführt werde. Diese Resolution gelangte nach kurzer Debatte zur Annahme. Erst am vierten Tage war die Wahltaktikkommission in der Lage, Bericht zu erstatten, nachdem sie ihre Arbeiten Tags zuvor in später Nachtstunde beendet hatte. Der Berichterstatter Bracke teilte mit, dass alle Beschlüsse der Kommission einstimmig gefasst worden wären. Sie schlage dem Kongress eine Resolution vor, in welcher für die Wahlen folgende Richtlinien festgelegt sind: Im ersten Wahlgange sind durchweg eigene Kandidaten aufzustellen, und die Wahlbewegung ist überall zu organisieren. Partei, Föderationen und Gruppen haben also nach Massgabe ihrer materiellen und moralischen Mittel den Wahlkampf auszudehnen und zu verallgemeinern. Nur in Fällen, wo es an

genügenden Mitteln und an geeigneten agitatorischen Kräften fehlt, darf zeitweilig darauf verzichtet werden. Die Aufstellung der Kandidaten ist Sache der Sektionen, der Wahlkreiskomitees und der Föderationen; diese haben auch den Wahlkampf zu organisieren. In den Wahlkreisen und Departements, wo Organisationen nicht bestehen, fallen diese Aufgaben dem *Nationalrat* und dem ständigen Parteiausschuss zu. Die Haltung im zweiten Wahlgange zu bestimmen, soll den Föderationen vertrauensvoll überlassen werden. An den Senatswahlen hat sich die Partei durch Aufstellung von Kandidaten zu beteiligen. Das Wahlmanifest für die Wahlen von 1906 ist ein für alle Kreise und Kandidaten gemeinsames. Mit der Ausarbeitung sind der *Nationalrat* und der ständige Ausschuss betraut. In dem Wahlaufruf ist zu betonen, was die sozialistische Partei von allen bürgerlichen Parteien trenne. Die Resolution wurde ohne Debatte und unter grossem Beifall einstimmig angenommen. Nach erfolgter Wahl des Ausschusses, der aus 22 Mitgliedern besteht, und von 7 Ersatzmännern wurde der Kongress geschlossen. Sein Verlauf hat gezeigt, dass der Gedanke der Einigkeit innerhalb der französischen Partei nunmehr schon Wurzeln geschlagen hat, dass die alten Gegensätze und Empfindlichkeiten mehr und mehr in den Hintergrund treten.

×

Spanien

DIE spanische Sozialdemokratie hat auch bei den letzten Wahlen Mandate nicht erobern können; es liegt das an dem Wahlrecht, das die Möglichkeit eines Sieges der Sozialisten völlig ausschliesst. Nichtsdestoweniger macht in diesem rückständigen Lande der Sozialismus zwar langsam, aber stetig Fortschritte. Die letzte Nummer der *Revista Socialista* bringt einen Bericht über die Entwickelung der Partei seit dem Parteitag in Gijon /1902/ bis zu dem soeben in Madrid abgehaltenen. Danach verfügt die Partei bereits in 33 Provinzialhauptstädten, insgesamt in zirka 150 Orten, über regelrechte Organisationen. Es stehe zu hoffen, dass die Zahl der Parteiorganisationen bis zum nächsten Parteitag auf zirka 250 angewachsen sein werde. Zurzeit gibt es bereits 50 Vereine, die ausschliesslich von Landarbeitern gebildet sind; gerade unter der Landbevölkerung gewinnt der Sozialismus immer mehr Eingang. In den Stadtverwaltungen hat die Partei 50 Vertreter. Auch die sozialistische Presse nehme ständig zu, und die Parteileitung hofft, dass der Tag nicht mehr fern ist, an dem das Zentralorgan in eine täglich erscheinende Zeitung umgewandelt werden kann.

×

Totenliste

MIT dem Tode Friedrich Harms' in Elberfeld hat die Partei einen ihrer ältesten Vorkämpfer verloren. Am 25. August 1844 in Leezen in Holstein geboren, schloss Harms sich schon Mitte der sechziger Jahre dem *Allgemeinen deutschen Arbeiterverein* an. 1884 wurde er für Elberfeld in den Reichstag gewählt. 14 Jahre hat er das Wuppertal im Reichstage vertreten, bis er 1898 seine Genossen bat, ihn von der Tätigkeit im Reichstage zu entbinden. Als Agitator wirkte er eifrig und uneigennützig weiter bis 1903, wo ein schweres Nieren- und Herzleiden einsetzte, dem er jetzt erlegen ist. In Seon (Kanton Luzern) ist unser Parteigenosse Dr. Eduard Graf infolge eines Unfalls plötzlich dahingerafft worden. Graf war eine Zeitlang in der Redaktion der *Münchener Post* tätig. Einen schweren Verlust hat die belgische Arbeiterpartei durch den Tod der Genossin Isabella Gatti de Gamond erlitten. Sie entstammte einer wohlhabenden Familie, wurde Lehrerin und gründete eine höhere Töchterschule. Später wandte sie sich dem Sozialismus zu, wurde eine eifrige Agitatorin, eine Rednerin ersten Ranges. Sie war eine geschätzte Mitarbeiterin unseres Bruderblattes *Le Peuple* und gehörte auch dem Vorstand der belgischen Partei an. Sie hat besonders unter den Frauen eine lebhafte Agitation entfaltet.

×

Kurze Chronik

UNSERE Stuttgarter Parteigenossen haben in einer stark besuchten Versammlung mit Stimmenmehrheit einen Beschluss gefasst, in welchem sie die Bereitwilligkeit ausgesprochen, bei den nächsten Gemeinderatswahlen mit der demokratischen Partei zusammenzugehen und eine gemeinsame Liste aufzustellen. Aus eigener Kraft kann die Partei in Stuttgart, wie die Erfahrungen bei der letzten Wahl gelehrt haben, vorläufig noch keine Erfolge erzielen. × Im dritten Stockholmer Wahlkreis erzielte unsere Partei in einer Ergänzungswahl vom 14. Oktober einen schönen Sieg; ihr Kan-

didat Ernst Blomberg eroberte den Sitz mit 1654 Stimmen. × Das internationale sozialistische Bureau erhielt kürzlich von den argentinischen Parteigenossen ein Telegramm, in welchem diese die Mitteilung machen, dass die Regierung abermals den Belagerungszustand, und zwar auf drei Monate, verfügt habe. Es ist dies ein schon mehrfach angewandtes Mittel der Regierung, die Arbeiterbewegung niederzuknüppeln und das Versammlungs- und Koalitionsrecht einzuschränken.

× ×

Literatur *HERAUS das gleiche Wahlrecht!* betitelt sich ein kleines Agitationsschriftchen von Josef Karner /Wien, Brand/, das zur Belebung und Vertiefung des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht beitragen soll; in möglichst knapper Form bringt es die verrotteten parlamentarischen Zustände in Österreich zur Kenntnis der Leser.

IN der Chicagoer *International Socialist Review* veröffentlicht Tom Mann einen Artikel über die sozialistische Arbeiterpartei Australiens. Er schildert dort den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Staaten und erörtert das australische Parteiprogramm. Der Herausgeber Simons bringt einen Artikel über die letzten Tendenzen der Sozialdemokratie, wobei er natürlich auch den Generalstreik bespricht. Der veränderte Standpunkt der deutschen Partei zum Generalstreik sei sehr bezeichnend. Die Vorgänge in Colorado und anderwärts zeigten, dass auch die Kapitalistenklasse Amerikas entschlossen sei, im Klassenkampfe zu gewaltsamen, ungesetzlichen Mitteln zu greifen, und so werde auch die amerikanische Arbeiterklasse, wie die deutsche, sich nach kräftigeren Mitteln umsehen müssen. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Aussperrungen IHRER Taktik, auf partielle Streiks und Lohnbewegungen der Arbeiter, mit allgemeinen Aussperrungen zu antworten, bleiben die Unternehmer auch jetzt noch treu, obwohl sie eingestandenermassen dabei sonderlich gut nicht abschneiden. Denn wie schon aus der Streikstatistik der *Generalkommission* hervorgeht, erleiden die Unternehmer in mehr als der Hälfte der von ihnen inszenierten Aussperrungen direkte Niederlagen — 1904 wurden seitens der Gewerkschaften 37,2 % der Aussperrungen mit einem vollen, 25,5 % derselben mit einem teilweisen Erfolg abgewehrt —, auch in jenen Aussperrungen, in denen die Unternehmer siegen, ist, wie Herr Menck in seinem von uns in dieser Zeitschrift (im vorigen Bande, pag. 470) gewürdigten Vortrage zugab, ihr Schaden bedeutend grösser, als der der unterliegenden Arbeiterschaft. Und wenn sie an dieser Kampftaktik trotzdem festhalten, so geschieht das wohl mehr aus dem Grund, weil sie eine bessere Taktik gegen die Gewerkschaften nicht kennen.

AUS den letzten Monaten ist wieder über zahlreiche Aussperrungen zu berichten; wir wollen nur die wichtigsten herausgreifen. In Bremerhaven sperrten die Bauunternehmer vertragsbrüchiger Weise zirka 500 Bauarbeiter aus, weil die Tischler um Anerkennung einer Lohnerhöhung streikten. Die Aussperrung war ein Schlag ins Wasser; abgesehen davon, da sie sich nur auf ein Viertel der Arbeiterschaft erstreckte, verlief sie resultatlos: Die Tischler konnten eine Lohnerhöhung von 3 bis 4 Pf. pro Stunde durchsetzen. Ebenso verlief eine Bewegung der Textilarbeiter in Reichenbach in Schlesien, in welche die Unternehmer mittels Aussperrungen eingriffen, für die Arbeiter erfolgreich. Es wurde ein Lohntarif vereinbart, der für die Arbeiter Lohnerhöhungen bis zu 20 % brachte. Erfolgreich für die Arbeiter wurde weiter eine Aussperrung in der Maschinenfabrik vormals G. Egestorf in Hannover beendet. Wegen einer geringfügigen Lohnerhöhung waren 6 Fräser in einen Streik eingetreten, deshalb wurden die zirka 1600 Arbeiter des Betriebes ausgesperrt. Schliesslich musste die Firma aber doch nachgeben. Und noch eine vierte Aussperrung konnte von der Arbeiterschaft erfolgreich abgewehrt werden: bei der Firma Dürkopp & Co. in Bielefeld. Auch dort streikten die Polierer um Erringung einer geringen Lohnerhöhung beziehungsweise um Lieferung des Poliermaterials. In die Bewegung wurden schliesslich die Holzarbeiter aller Branchen mit hineingerissen, worauf die Firma ihren ganzen Betrieb sperrte, und die Fabrikantenvereinigung eine allgemeine Aussperrung androhte. Die Arbeiter liessen sich aber nicht einschüchtern und erzielten schliesslich auch die Anerkennung ihrer Forderung.

FÜR die Arbeiter nicht so erfolgreich

endete die grosse Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie, die Anfang Oktober alle Gemüter in Erregung versetzte. Der Kampf entstand aus zwei Lohndifferenzen der Lagerarbeiter des Kabelwerks Oberschöneweide (der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft*) und der Schraubendreher des Wernerwerkes (der Firma Siemens & Halske). Die Arbeiter forderten auch hier nur geringfügige Lohnerhöhungen. Die Firmen wollten zirka die Hälfte der geforderten Lohnerhöhungen bewilligen, die Arbeiter gingen aber darauf nicht ein, worauf gegen 40000 Arbeiter ausgesperrt wurden. Weitere Aussperrungen waren von den *Kühnemännern* für den 14. Oktober angedroht, doch kam es dazu nicht, da die streikenden Lagerarbeiter und die Schraubendreher sich schliesslich doch mit den vor der Aussperrung gemachten Zugeständnissen zufrieden gaben. In der *Metallarbeiterzeitung* wird von berufener Seite der Ausbruch des Kampfes scharf kritisiert und auf eine grenzenlose Überschätzung der eigenen Stärke zurückgeführt. Besonders nachdrücklich wird gegen den *Vorwärts* polemisiert, der selbst noch während der Unterhandlungen die Arbeiter scharf gemacht habe. Ein Berliner Metallindustrieller habe gesagt: »Die in der Metallindustrie sich gegenüberstehenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nicht stark genug, um einander zu Boden zu zwingen.« Das Wort habe auch heute noch Geltung. Deshalb sei es gefährlich für die Arbeiterschaft, ihre Kräfte zu überschätzen, wie das augenscheinlich beim Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie geschehen sei. GEGENWÄRTIG ist wieder in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie ein schwerer Kampf entbrannt, bei dem es die Unternehmer wieder auf eine Machtprobe gegen die Arbeiterorganisationen abgesehen zu haben scheinen.

× ×

Kongresse und Verbandstage VOM 2. bis 7. Oktober fand in Leipzig die 12. Generalversammlung des Tabakarbeiterverbandes statt. Im Vordergrund der Verhandlungen stand die Organisation der Zigarrensortierer. Einstimmig wurde nach längerer Debatte eine Resolution angenommen, die verlangt, dass die beiden Vorstände der Tabakarbeiter und Zigarrensortierer alsbald zu Vereinigungsverhandlungen zusammentreten sollen. Der Verbandsleitung wurde weiter die Befugnis erteilt, besoldete Gauleiter anzustellen. Die Haltung des Gewerkschaftskongresses in der Frage der Maifeier und des politischen Massenstreiks wurde von der Generalversammlung verurteilt; ferner wurde gegen die geplante Tabaksteuer entschieden Stellung genommen. Die Beiträge wurden um 5 Pf. pro Woche erhöht, dagegen die Sätze für die Krankenunterstützung ein wenig reduziert. Am 9. und 10. Oktober tagte in Bremerhaven eine ausserordentliche Generalversammlung des Werftarbeiterverbandes, die zum Zwecke der Auflösung dieses Verbandes und Anschluss der Mitglieder an andere Organisationen einberufen war. Dieser Verband ist in den letzten Jahren in schwere Kämpfe verwickelt worden, die seine Kasse völlig erschöpften. Von den Leitern des Verbandes wurde für diese Entwickelung der Dinge der deutsche Metallarbeiterverband verantwortlich gemacht; zu Unrecht, denn diese Organisation ist selbst oft genug wider ihren Willen in Kämpfe hineingetrieben worden, und die Beschuldigung, sie habe lediglich zum Schaden der Werftarbeiter Kämpfe entriert, ist nur eine müssige Kombination. Kleine Verbände, wie der Werftarbeiterverband einer war, sind nun einmal in der heutigen Zeit nicht mehr in der Lage, sich existenzfähig zu erhalten. Deshalb ist grössere Zentralisation der gewerkschaftlichen Kräfte erforderlich. Die Generalversammlung beschloss denn auch Auflösung des Werftarbeiterverbandes. Die Mitglieder sollen dem Metallarbeiter- und dem Holzarbeiterverbande zugeführt werden. Der mit 1. März des Jahres ins Leben getretene Zentralverband der Asphalteure hielt am 27. August in Berlin seine 1. Generalversammlung ab. Der Beitrag wurde auf 50 Pfennig wöchentlich erhöht, während der Monate Dezember, Januar und Februar sollen Beiträge nicht erhoben werden.

× ×

Österreich ZWISCHEN der österreichischen *Gewerkschaftskommission* in Wien und der tschechoslawischen in Prag ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen, der für die Entwickelung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von verhängnisvollen Folgen sein dürfte. Die Ursache dieses Konfliktes geht auf die am 24. Juni in Amsterdam abgehaltene Konferenz

der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen zurück. Dort verlangte nämlich der Leiter der Prager Kommission, Nemec, diese Körperschaft als eine Landeszentrale anzuerkennen, was abgelehnt wurde, da nur eine Landeszentrale, in diesem Falle die österreichische *Gewerkschaftskommission* in Wien, anerkannt werden könne. Dieser Beschluss ist nun in der tschechischen Partei zum Objekt der heftigsten Polemiken gemacht worden, die sich vornehmlich gegen die Wiener *Gewerkschaftskommission* richteten. Die Angelegenheit hat sich bereits zu Vorschlägen der Prager Kommission verdichtet, die nichts weniger als die Vernichtung der Gewerkschaften zur Folge haben würden. An Stelle der einheitlich organisierten Gewerkschaften sollen Nationalverbände treten. Die Wiener Reichskommission hat gegen diese Vorschläge natürlich entschieden Stellung genommen. Sie hatte auf den 15. Oktober nach Brünn eine Konferenz einberufen, an der sämtliche Mitglieder der beiden Kommissionen teilnahmen, um eine Einigung in dem unerquicklichen Streite herbeizuführen, ohne dass ihre Bemühungen aber Erfolg hatten. Nun ist für den 8. bis 10. Dezember nach Wien ein ausserordentlicher Kongress der Gewerkschaften Österreichs einberufen worden, der die Frage endgültig lösen soll.

× ×

Frankreich

IN der französischen Gewerkschaftsbewegung, die seit zwei Jahrzehnten von der Generalstreikpropaganda ungünstig beeinflusst worden ist, vollzieht sich in der letzten Zeit eine merkliche Wandlung der Anschauungen im Sinne der modernen deutschen Gewerkschaften. Es mehren sich die Bestrebungen, die Gewerkschaften ihres föderalistischen Charakters immer mehr zu entkleiden und sie nach deutschem Muster zu zentralisieren. Bemerkenswert sind nach dieser Richtung hin die Beschlüsse des vom 6. bis 10. September in Paris abgehaltenen Kongresses des französischen Metallarbeiterverbandes, wonach die Beiträge erhöht werden, eine Einrichtung genauer Mitgliederlisten und Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher vorgenommen wird, sowie die Reiseunterstützung eingeführt und Gauleiter angestellt werden.

NACH dem kürzlich erschienenen Jahrbuch der Arbeitersyndikate hat sich die Mitgliederzahl der französischen Gewerkschaften seit 1898 verdoppelt. Seit diesem Jahre entwickelte sich die Zahl der Organisationen und der Stand ihrer Mitglieder, wie folgt:

Jahr	Organisationen	Mitglieder
1898	2324	437 793
1899	2361	419 761
1900	2685	491 647
1901	3287	588 832
1902	3679	614 173
1903	3934	643 757
1904	4227	715 576
1905	4625	781 344

Von den Mitgliedern des Jahres 1905 sind 69 405, das heisst 8,9 % weibliche. Die grösste Mitgliederzahl, 221 683, entfiel auf die Organisationen der Transport- und Handelshilfsarbeiterschaft, 90 358 auf die Metallarbeiter-, 79676 auf die Textilarbeiter-, 79 277 auf die Bergarbeiter- und 52 480 auf die Bauarbeiterorganisationen. In vielen Fällen dürften die Mitgliederzahlen aber doch nur auf dem Papier stehen.

× ×

Bulgarien

MITTE August tagte in Sofia der 2. Jahreskongress der bulgarischen Gewerkschaften. An dem selben nahmen 51 Delegierte und 5 Gäste teil. Von der reichhaltigen Tagesordnung erwähnen wir die Verhandlungen über den Streik. Durch Annahme einer Resolution bekundete der Kongress, dass er »den Streik als ein wesentliches Arbeiterrecht betrachtet, das im stande ist, wenn gebührend ausgenutzt, nicht nur uns in dem Existenzkampf zu helfen, sondern auch den Geist der Solidarität und Disziplin zu fördern«. Doch sei es notwendig, sorgsam die Umstände zu erwägen, unter denen sich die Arbeiter dieser Waffe bedienen sollen. Zunächst gelte es, die Gewerkschaften zu stärken, denn nur eine starke Organisation sei im stande, »den Wirtschaftskampf mit ansehnlichem Erfolge zu führen und dadurch das so wichtige Streikrecht vorteilhaft auszunutzen«. Ferner votierte der Kongress gegen das reaktionäre Handwerksgesetz und verlangte energische Ausnützung des den Arbeitern in dem Gesetz über die Frauen- und Kinderarbeit eingeräumten Rechtes des Teilnehmens an den Arbeitskommissionen.

DIE *Zentralkommission der Gewerkschaften* (vergl. *Sozialistische Monatshefte*, 1904, II. Bd., pag. 853) hatte am 1./13. Juli 1904 22 Ortsgruppen mit insgesamt 1188 Mitgliedern, am 1./13. Juli 1905 38 Ortsgruppen mit 1672 Mit-

gliedern. Das gesamte Vermögen der Ortsgruppen belief sich am 1. Juli 1905 auf 12 610 fr., die Gesamteinnahmen im letzten Jahr auf 16 581,38 fr., die Gesamtausgaben auf 17 200,87 fr. Von den Ausgaben entfallen für die *Zentralkommission* 1176,50 fr., für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung 4322,05 fr., für Streiks 5961,65 fr., für Kanzleikosten 5741,12 fr. Unter der Führung der *Zentralkommission* fanden im letzten Jahre 19 Streiks mit 676 beteiligten Arbeitern statt, mit einer Gesamtausgabe von 12 718,20 fr. Mit Erfolg endeten 11 Streiks mit 604 Streikenden. Am bemerkenswertesten ist ein Streik der Bucharbeiter in Sofia, der mit dem Abschluss eines den Arbeitern günstigen Tarifes endete.

ZU gleicher Zeit mit dem Kongress der freien Gewerkschaften tagte in Sofia auch der Kongress der den *engherzigen* Sozialisten angegliederten Gewerkschaften, die nicht ganz 1000 Mitglieder zählen; doch ist von dieser Tagung nichts von Wichtigkeit zu berichten.

× ×

Kurze Chronik DER Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat in einem Aufruf an die Parteigenossen, in dem er seine Konstituierung anzeigt, unter anderem auch die gewerkschaftlichen Organisationen als eine unbedingte Notwendigkeit für den Arbeiter, in der heutigen sozialen Ordnung bezeichnet. Es sei Pflicht eines jeden Parteigenossen, für dessen Beruf eine Gewerkschaftsorganisation bestehe oder gegründet werden könne, einer solchen beizutreten und die Ziele und Zwecke der Gewerkschaften zu unterstützen. Das letztere sei selbstverständlich auch »Aufgabe der Parteipresse, die dort, wo sie kritisch gegen Vorgänge in einer Gewerkschaft auftrete, nie vergessen möge, welche Aufgabe sie als Arbeiterpresse den Gewerkschaften gegenüber zu erfüllen hat«. × Der italienische Handelsminister wandte sich an den Vorstand des deutschen Bäckerverbandes um Auskunft, inwieweit in Deutschland der Brauch wie in Italien bestehe, dass die beschäftigten Arbeiter bei Arbeitslosigkeit auf einige Arbeitsstunden wöchentlich oder monatlich verzichten zu gunsten der Arbeitslosen, die hierdurch von Lohndrückerei abgehalten werden sollen. Ein solcher Brauch existiert in Deutschland nicht und dürfte sich auch nicht empfehlen. Der beabsichtigte Effekt wird ohnedies durch Einrichtung von Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften sich erreichen lassen. × Der Verband der Glasarbeiter blickt in diesem Jahre auf eine 15jährige Tätigkeit zurück. Er wurde im Juli 1890 auf einem Glasarbeiterkongress in Bergedorf gegründet. × Im Verband der Hutmacher wurde durch Urabstimmung der Ankauf eines eigenen Vereinshauses, sowie die Erhöhung des Beitrages für die Invalidenkasse abgelehnt. × Der Verband der Bäcker bestand im Sommer dieses Jahres 20 Jahre. Er wurde am 6. Juni 1885 auf einem Bäckerkongress in Berlin gegründet. × Im Schmiedeverband ist auf Beschluss der Verbandsleitung der Wochenbeitrag von 30 auf 35 Pf. erhöht worden. × Die *Gewerkschaft*, das Organ des Gemeindearbeiterverbandes, erscheint vom 1. Januar ab wöchentlich, anstatt, wie bisher, vierzehntägig. × Am 14. Oktober fand in Worms eine vom Schneiderverband veranstaltete Konfektionsarbeiterkonferenz statt, die sich in der Hauptsache mit Einführung von Lohntarifen und mit Konfektionsarbeiterschutzfragen beschäftigte. × Am 15. und 16. Oktober tagte in Halle eine vom Holzarbeiterverbande einberufene Stellmacherkonferenz. Den hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstand bildete die Agitation unter den Stellmachern. × Der Karlsruher Stadtrat bewilligte auch in diesem wie im letzten Jahre den freien Gewerkschaften aus städtischen Mitteln 300 M. als Unterstützung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse, lehnte aber eine dementsprechende Unterstützung der christlichen Gewerkschaften ab. × Bei den Gewerbegerichtswahlen in Mannheim errangen unsere Gewerkschaften von insgesamt 70 Beisitzerstellen 27 aus der Klasse der Arbeitnehmer und 4 aus der Klasse der Arbeitgeber. × In Zittau ist von der organisierten Arbeiterschaft ein Volks- und Gewerkschaftshaus gegründet worden zu Herbergs-, Gesellschafts- und Versammlungszwecken. ERNST DEINHARDT

Sozialpädagogische Bewegung

Enzyklopädieen EIN enzyklopädisches Werk sachgemäss zu besprechen, bedürfte es eigentlich enzyklopädischen Wissens und Könnens. Wer als Legitimation nur anführen kann, dass er solche, von der

zünftigen Wissenschaft oft noch heute über die Achsel angesehenen Hilfsmittel häufig benutzt, wird sich auf eine allgemeine Prüfung der Brauchbarkeit und der allgemeinen Richtung, etwa noch mit kurzer Betrachtung einiger ihm gerade näher liegenden Einzelheiten, zu beschränken haben. Es ist noch nicht lange her, dass man selbst im grösseren Publikum die aus dem *Konversationslexikon* — dessen Titel freilich auf einen recht oberflächlichen und keineswegs wissenschaftlichen Benutzungszweck hinzudeuten scheint — geschöpfte *Bildung* recht abschätzig bewertete. Sehr mit Unrecht. Mittlerweile haben sich auch die in lexikographischer Weise geordneten Enzyklopädieen des allgemeinen Wissens die ihnen zukommende geachtete Stellung erobert. Selbstverständlich ist es niemals möglich, durch ein derartiges Werk sich eine wirklich abgeschlossene und tiefgehende Weltanschauung und Lebenskenntnis zu erwerben. Das verbietet schon die alphabetische Form, die eine Teilung aller Stoffe in zahlreiche Einzelartikel verlangt und daneben nur allgemeine Übersichten, die wieder weniger in die Einzelheiten einführen können, gestattet. Wer sich wirklich wissenschaftlich bilden will, muss in systematischer Weise zusammenhängende Lehr- und Handbücher für die ihm wichtigen Gebiete, vor allem aber die klassischen Hauptwerke der grossen Meister seiner Wissenschaft durcharbeiten. Und eine wirklich w i s s e n s c h a f t l i c h e Bildung kann bei der heutigen Ausdehnung der Einzelforschung, die ihr Arbeitsgebiet täglich erweitert und vertieft, überhaupt keine a l l g e m e i n e Bildung mehr sein. So sehr es richtig ist, dass die Wissenschaften nach einer jahrzehntelangen Ausbildung der Spezialarbeit und einem übermässigen Zurücktreten allgemeiner und philosophischer Interessen heute wieder stärker zur Zusammenfassung gesicherter Forschungsergebnisse und ihrer gesteigerten philosophischen Durchdringung zu einheitlicher Welt- und Lebensanschauung hindrängen, so richtig bleibt es doch heute und für alle Ewigkeit, dass vollwertige wissenschaftliche Bildung nur durch Fach- und Spezialarbeit, ohne die nun einmal eine kräftige und selbständige Fähigkeit der Aufnahme und Verarbeitung von Stoffen unmöglich ist, gewonnen werden kann. Nur die vollständige Beherrschung eines bestimmten, sei es auch eines bescheidenen Wissensgebietes gibt die Kraft der kritischen Verarbeitung und der positiv-schöpferischen Gestaltung. So wenig der Mensch von Essenzen und Extrakten sich nähren kann, so wenig ist eine geistige Ernährung nur durch allgemeine, ohne eigene Arbeit anzueignende Zusammenfassungen möglich.

ABER auch der wissenschaftliche Fachmann, sofern er sich nicht auf ein enges Spezialgebiet beschränken will, verlangt zeitweilig nach Einblicken in verwandte und mitunter auch in fernliegende Wissensgebiete. Und der nicht wissenschaftlich Gebildete, dem bei langer Arbeitszeit und geringem Besitz die Zeit wie die Mittel zu eindringenden Studien fehlen, wird sich gleichfalls gerne der Hilfsmittel bedienen, die bei dem heutigen Stande der Lexikographie ihm in trefflicher Weise dargeboten werden. Ja selbst auf den eigenen speziellen Arbeitsgebieten sind solche Werke unentbehrlich geworden. Ist es doch eine alte Klage, dass Handbücher meist schon an Tage ihres Erscheinens in Bezug auf das Tatsachenmaterial veraltet sind, und man kann auch nicht jede neue Auflage erwerben. Und je mehr die Arbeit mit den Tagesinteressen zusammenhängt und nach *Aktualität* strebt, umso notwendiger sind Werke, wie unsere modernen Konversationslexika, die möglichst nahe an den Zeitpunkt ihres Erscheinens heranreichendes Material bieten und durch geeignete Abschluss- und Ergänzungsbände immer auf dem laufenden gehalten werden. Dazu kommt die in den neuesten Werken dieser Art gebotene vorzügliche, oft die berechtigten Ansprüche noch übertreffende Ausstattung mit illustrativem und kartographischem Material, mit chronologischen und statistischen Tabellen, die in früher nicht geahnter Weise eine Veranschaulichung der im Texte gegebenen Tatsachen ermöglicht und die Bildung eines eigenen, von der Darstellung unabhängigen Urteils erleichtert.

DAS neueste dieser Werke ist das in 6. Auflage jetzt bis zum 11. Band und zum Ende des Buchstabens *K* gediehene Meyersche *Grosse Konversationslexikon* /Leipzig, *Bibliographisches Institut*/, das bereits in der bisher erschienenen grösseren Hälfte eine unübersehbare Fülle von Tatsachen und Anschauungsmitteln bietet. Vornehmlich die A u s s t a t t u n g mit Bildern technischer Art: Maschinen und Baulichkeiten, aber auch mit vortrefflichen, oft auch künstlerisch wertvollen

Bildern aus der Tier- und Pflanzenwelt, mit zahlreichen Karten zur physikalischen, geschichtlichen, politischen und Kulturgeorgraphie, einer Fülle von Übersichten verschiedenster Art, gibt dem Werke eine dauernde wissenschaftliche und zeitgeschichtliche Bedeutung. Als Verbesserungen sind hier gegen frühere Auflagen zu rühmen die Verwendung des Holzschnitts statt der wenig besagenden Linienzeichnung für die auf zahlreichen Tafeln gegebenen hervorragenden Werke der Bildhauerkunst und namentlich die Neueinführung des Porträts, das die geschichtliche Darstellung wesentlich lebendiger gestaltet. So ist dem Artikel *Junges Deutschland* eine Tafel mit vorzüglichen Bildern der Vertreter dieser merkwürdigen Literaturepoche beigegeben. Andere bringen hervorragende Afrikaforscher, Geographen, Bismarck, Goethe in verschiedenen Lebensaltern etc.

DER Inhalt ist, wie schon betont, überaus reichbelehrend und aktuell. So ist die Kriminalstatistik bis zum Jahre 1901 fortgeführt und die Vergleichung der beiden Jahrzehnte 1882-1891 und 1892-1901 mit ihren zum Teil höchst bedenklichen Ergebnissen (Zunahme der gefährlichen Körperverletzungen auf 100 000 Strafmündige, das heisst über 12 Jahre alte Personen von 160 auf 230, der Sittlichkeitsvergehen von 22 auf 29 etc.) ermöglicht, der russisch-japanische Krieg bereits bei dem Stichwort *Japan* bis zum September 1904 erzählt und anderes.

ÜBER die Tendenz eines solchen Werkes sollte man gar nichts zu sagen haben. Es sollte kurzerhand tendenzlos, völlig objektiv sein: ein Ideal, dem man nach meinem Erachten in derartigen Darstellungen sehr nahe kommen kann. Viel näher, als es die Bearbeiter mancher Gebiete in diesem Werke versucht haben. Und es ist bedauerlich, dass der Mangel an Objektivität sich gerade auf dem Gebiete der sozialen Probleme besonders fühlbar macht. Wohl gemerkt, ich verlange von einem derartigen Werke keine sozialistische oder auch nur sozialreformerische Propaganda. Ich bin zufrieden, wenn es sich auf eine nackte Anführung des tatsächlichen statistischen und gesetzgeberischen Materials beschränkt. Aber die gegebenen Tatsachen müssen genau und einigermassen erschöpfend angeführt sein. Und will der ungenannte Bearbeiter noch Urteile fällen und Vorschläge machen, dann berührt es seltsam, wenn im Jahre 1902 als der Weisheit letzter Schluss Ansichten und Forderungen aufgestellt werden, die schon 30 Jahre vorher nicht gerade den Reiz der Neuheit besassen und charakteristischerweise aus der 10 Jahre älteren vorigen Auflage fast unverändert herübergenommen sind. So ist der Artikel *Arbeiterfrage* wenig zufriedenstellend nach Stoff und Geist. Wir finden da, in eine moralisierende und selbst des kirchlich-religiösen Aromas nicht entbehrende Sauce getaucht, hauptsächlich eine Reihe von Forderungen, die wohl nur in einem Punkte (Ausdehnung des Schutzes auf Jugendliche bis zu 18 Jahren) über das, was heute bereits die Reichsgesetzgebung bietet, hinausgeht. Die Koalitionsfreiheit wird gefordert — aber mit den Beschränkungen zur Abwehr von *Übergriffen* und keineswegs für ländliche Arbeiter und Gesinde. Nebenbei bemerkt: es ist zum mindesten irreführend, wenn es da heisst: »Der auch für die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter berechtigten Forderung einer öffentlich-rechtlichen Regelung der . . . Kranken . . . versicherung hat die Reichsgesetzgebung entsprochen.« Kurz, wenn der gute Bürgersmann seine Sozialpolitik im *Meyer* studiert hat, wird er befriedigt sagen: das haben wir ja schon alles! Bei *Arbeiterkammern* werden zwar die Jahreszahlen der abgelehnten Gesetzentwürfe gegeben, aber ohne den gründlich ausgearbeiteten sozialdemokratischen Entwurf von 1900. Auch der Artikel *Konsumvereine* ist lückenhaft; er sagt zum Beispiel nichts von der *Grosseinkaufsgesellschaft.*

KURZ, so trefflich das Meyersche Lexikon auf vielen Gebieten ist: in den Fragen der Sozialpolitik steht es nicht auf der Höhe. Hier ist das von Brockhaus und für viele Fragen noch immer das Wurmsche *Volkslexikon* sachgemässer. Nicht zu beanstanden sind dagegen die Artikel, die sich mit der Geschichte der sozialen Bewegung beschäftigen, biographisch und an Quellenverzeichnissen reich und im ganzen durchaus objektiv; wie überhaupt der historische Teil des Werkes nur zu loben ist.

WENN auch die eigene Kritik und das eigene Studium nicht zu ersetzen sind, so bieten solche Enzyklopädieen dennoch ein reiches Mass von Tatsachenerkenntnis. Vielleicht kommt auch die Zeit, da in einer neuen Auflage des *Volkslexikons* der heutige Stand sozialistischen Denkens und Wissens in volkstümlicher Weise und zu einem für die Arbeiter er-

schwinglichen Preise der Masse dargeboten wird, bald wieder! Es würde dann eine wertvolle Ergänzung zu jenen gross angelegten Enzyklopädieen, wie dem *Meyer*, sein, die ja schon wegen ihrer technischen Ausführung und ihrer Universalität nicht zu entbehren sind.

✕ ✕

Kurze Chronik DIE in dieser Rundschau mehrfach gewürdigte, vom Genossen Heimann gegründete *Öffentliche Bibliothek und Lesehalle* in Berlin hat ihr 6. Betriebsjahr vollendet. Der Bericht zeigt wiederum eine aufsteigende Entwickelung. In den abgelaufenen 6 Jahren ist das Institut von insgesamt 690 155 Personen aufgesucht worden. Der weitere günstige Fortgang dieser mustergültigen Einrichtung scheint gesichert. SIMON KATZENSTEIN

Frauenbewegung

Öffentlichkeit IN der Stellung, die die Öffentlichkeit zur Frauenfrage einnimmt, hat sich ein gewaltiger Umschwung vollzogen. Früher ging fast die gesamte Presse mit einigen knappen, mehr oder minder überheblich oder spöttisch gehaltenen Notizen über die Äusserungen der Frauenbewegung hinweg: heute registrieren Leitartikel und lange Berichte den Stand und die Nuancen dessen, was sich *Frauenbewegung* nennt. Das bezeugt, dass man endlich begonnen hat, der Frauen Recht und Anspruch im Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zu prüfen, endlich anfängt, in der Frauenbewegung mehr zu sehen, als einen neuen Sport unbeschäftigter oder sensationslüsterner Damen. Damit ist für die Rundschau der Augenblick gekommen, in dem das Recht der Berichterstattung zur Pflicht kritischen Abwägens und Ausblickens wird.

SOWEIT dabei die proletarische Frauenbewegung in Frage kommt, ist die Sache einfach genug. Es gibt zwar in den Reihen der Genossen immer noch Rückständige genug, die gleich dem eingefleischtesten Bourgeois auf die Frauen und ihre Sache herabsehen, der Frau das Recht auf Arbeit und Beruf bestreiten und von ihrer Mitarbeit im Befreiungskampf der Arbeiterklasse wenig wissen wollen: im allgemeinen aber ist hier ein wachsendes Verständnis für die Solidarität aller Arbeitenden ohne Unterschied des Geschlechts zu verzeichnen. Diesen Geist atmet die Stellungnahme der Gewerkschaften, wie der politischen Partei zu den Fragen der Organisation und allseitigen Betätigung der weiblichen Arbeiter, zum Institut weiblicher Vertrauenspersonen und ähnliches mehr. Und die Sicherheit ruhigen Fortschreitens spricht auch aus dem Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands. Am Schlusse des bis Ende Juli reichenden Berichtsjahres amtierten 190 Vertrauenspersonen. Sie haben zusammen mit einer Reihe anderer Genossinnen an allen politischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterklasse regen Anteil genommen, soweit die Vereinsgesetzgebung dies irgend zuliess. Besonders im Bergarbeiterkampf, in der gewerkschaftlichen Organisation und Agitation in Gewerkschafts-, Zolltarif- und Bildungsfragen haben sie sich hervorgetan. Eine ausserordentlich erwünschte und erfreuliche Entwickelung hat auch das Organ der deutschen Arbeiterinnenbewegung, die *Gleichheit*, genommen. Seit ihrer Um- und Ausgestaltung ist sie der gute Freund auch der Hausfrauen und Kinder geworden und dürfte in ihrer heutigen Form zur Gewinnung der Jugend und der Ausbreitung des sozialistischen Denkens und Fühlens mehr beitragen, als sozialistische Kindervereine das irgend vermöchten. Noch sei in diesem Zusammenhang erwähnt, dass der Gewerkschaftsausschuss für das Bureau der *Generalkommission* zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen seit dem 1. Oktober Genossin Altmann angestellt hat. Auch der *Gewerkverein der deutschen Frauen und Mädchen* (Hirsch-Duncker) hat am 1. Oktober in Berlin ein Arbeiterinnensekretariat eröffnet. Zum Parteitag in Jena waren diesmal 17 Frauen delegiert. Sie haben sich auf das lebhafteste an manchen Verhandlungen beteiligt und insbesondere in den Fragen der Jugenderziehung und Jugendliteratur ihr sachverständiges Wissen betätigt.

DIE Charakterisierung des heutigen Standes der bürgerlichen Frauenbewegung ist nicht so einfach. Neben der feststehenden Tatsache, dass sie sich nicht mit dem Mann der bürgerlichen Klassen, sondern gegen ihn, vollzieht, hat man es hier mit Strömungen und Parteiungen mannigfacher Art zu tun, die zum Teil aus der Unklarheit über die

grundlegende Wesenheit des Frauenkampfes, zum Teil aus persönlichen Gründen hervorgehen. Da sind die Radikalen, der *linke Flügel*, auf der einen Seite, auf der anderen die Gemässigten. Als oft geflickte und wenig tragfähige Brücke zwischen beiden der *Bund*. Der *linke Flügel* pflanzt mit kühnem Wagemut die Standarte des Fortschritts weit hinaus. Nun soll es gewiss nicht getadelt werden, wenn man sich ein weites Ziel steckt. Wer aber Entfernung und Kräfte so wenig abzuschätzen weiss, dass er glaubt, in einem Schwung und Sprung erreichen zu können, was vielleicht die Arbeit von Jahrzehnten sein wird, der ist dann genötigt, wieder zurückzustecken. Solche sich häufiger wiederholende Rückzüge sind aber nicht nur ein Eingeständnis der Schwäche und inneren Unklarheit, sie bedeuten auch eine Verschwendung respektive unnütze Ausgabe von Kräften, an denen die Frauenbewegung doch wahrlich keinen Überfluss hat. Beweisend sei hier an die schwächliche Haltung des *linken Flügels* in der Stimmrechtsfrage erinnert. Bei Gelegenheit des Weltkongresses hat Dr. Käthe Schirmacher für das Zensuswahlrecht plädiert, und bei der diesmaligen Tagung des *Verbandes fortschrittlicher Frauenvereine* und des *Stimmrechtvereins* ist L. G. Heymann in Verkennung der historischen Entwickelung, nach einer Absage an die Sozialdemokratie, für ein Bündnis mit den Liberalen eingetreten. Die Vorsitzende, Frau Cauer, hielt es dann freilich für gut, zu bremsen, indem sie betonte, dass die vom Verein bestellte Referentin nur im eigenen Namen gesprochen habe.

× ×

Eheproblem DER Hauptberatungsgegenstand der diesmaligen Tagung des *fortschrittlichen* Verbandes war die Ehefrage und -reform in ihren verschiedenen Zweigen. Die wirtschaftliche Seite der Frage wurde von Fräulein Lischnewska und Dr. Schirmacher beleuchtet. Der ersteren Ideal ist das Genossenschaftshaus und ein ausgebildetes öffentliches Erziehungssystem mit regelmässiger Erwerbsarbeit aller Frauen, und sie sieht in der heutigen Fabrikarbeiterin, wirtschaftlich gefasst, den Typus der n e u e n Frau. Die zweite tritt für den Einzelhaushalt und die ökonomische Wertschätzung der hauswirtschaftlichen Frauenarbeit ein.

IN ihrem Vortrag *Die psychologische Notwendigkeit der Ehereform* nimmt Fräulein Dr. Stöcker den Standpunkt ein, dass durch die Reform der sexuellen Ethik keineswegs die Einehe untergraben, sondern nur von ihren jetzigen wirtschaftlichen, rechtlichen und moralischen Schäden und Unzulänglichkeiten befreit werden solle. Mit dieser vermittelnden Auffassung stimmt auch das Referat überein, das Fräulein Pappritz gelegentlich der Generalversammlung des *Allgemeinen deutschen Frauenvereins* in Halle am 2. Oktober über das Thema *Von welchen Gesichtspunkten aus hat die Frauenbewegung an der Reform der sexuellen Ethik zu arbeiten?* hielt. Daneben verlangt dies Referat, dass der Grundsatz der gleichen Moral für Mann und Weib auch in die Praxis des Gesellschafts- und Rechtslebens übernommen werde und insbesondere zu einer energischen Bekämpfung des Mädchenhandels, der unsittlichen Ausbeutung von Frauen etc. führe. Der in der folgenden Diskussion mehrfach zu Tage tretenden Auffassung, dass die Frauenbewegung die Fürsorge für die uneheliche Mutter von jeher zu ihren Pflichten gerechnet habe, ist insofern zu widersprechen, als die von den Vereinen in dieser Richtung geübte Fürsorge vorwiegend den Charakter eines milden Erbarmens mit den *Gefallenen* trägt, statt sich auf dem granitnen Fundament sozialer Gerechtigkeit aufzubauen. Marianne Weber (Heidelberg), die über *Beruf und Ehe* sprach, wies auf die Gefahren hin, die aus einer mechanischen Verallgemeinerung der heutigen Frauenerwerbsarbeit den Frauen selbst, dem Familienleben und vor allem den Kindern erwachsen müssen. Das dankenswerte Referat, das gleichfalls eine ziffermäsige Bewertung der hauswirtschaftlichen Frauenarbeit und damit die ökonomische Selbständigkeit auch der Hausfrauen verlangt, versagte indes bei der Frage, wie denn nun die Vereinigung von Beruf und Ehe bei jenen zu bewirken sei, die nicht Neigung, sondern die blanke Not der Erwerbsarbeit zuführt.

× ×

Sittlichkeit GLEICHZEITIG mit den verschiedenen Frauenverbänden tagten in Magdeburg die Sittlichkeitsvereine. Dort

wütete man gegen alles, was mit der neuen Ethik und dem Mutterschutz nur irgendwie zusammenhängt, und will mit Fräulein Paula Müller, die Fürsorge für die *Gefallenen* nach wie vor lediglich der christlichen Barmherzigkeit vorbehalten. In seltsamem Gegensatz zu den Fürsorgebestrebungen solcher und verwandter Vereine steht ein menschliches Dokument, betitelt *In den menschlichen Dschungeln*, ein *Weckruf* von Malvine Rennert /Leipzig, Dietrich/. In knappen Bildern, die das Gepräge der Wahrhaftigkeit tragen, schildert die Verfasserin die sittlichen und leiblichen Gefahren, denen junge deutsche Mädchen (Erzieherinnen etc.) im Auslande ausgesetzt sind, ohne bei den deutschen Konsuln oder dem *Verein der Freundinnen junger Mädchen* genügenden Beistand und Rechtsschutz zu finden. Ein Appell an die Redaktion der *Frau* hatte nach der Verfasserin auch nur einen platonischen Erfolg. Es wird Sache der angegriffenen Stellen sein, diese Beschuldigungen zu entkräften.

× ×

Mutterschutz

DER italienische Minister für Landwirtschaft, Industrie und Handel hat einen Gesetzentwurf über die Einrichtung einer Reichsmutterschaftskasse vorgelegt, der aber leider nur die fabrikarbeitenden Frauen, also etwa ½ Million in seinen Schutz einbeziehen und die übrigen erwerbstätigen Frauen, etwa 1½ Million unberücksichtigt lassen will. Da nun der italienische Wöchnerinnenschutz sich überhaupt nur über 14 Tage oder höchstens 4 Wochen nach der Entbindung erstreckt, ist ein wesentlicher Nutzen von der Durchführung dieser viel zu engen und unzulänglichen Versicherung nicht zu erwarten.

IN Charlottenburg ist die Verwaltung des Krankenhauses in der Kirchstrasse von der Armendirektion ermächtigt worden, die im Krankenhause entbundenen Wöchnerinnen mit ihren Kindern bis zur Dauer von drei Monaten unentgeltlich in der Anstalt zu behalten.

× ×

Soziale Hilfsarbeit

DER Jahresbericht der Berliner Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit weiss von erfreulichem Fortschreiten zu berichten. Ihre Aufgaben sehen sie, wie ähnliche Veranstaltungen in Hamburg, Cöln, Frankfurt a. M., darin, Helferinnen für alle Zweige der sozialen Wohlfahrtspflege auszubilden. Das Komitee zur Errichtung von Arbeiterinnenheimen hat einen *Wegweiser für Arbeiterinnen* herausgegeben, der in knapper Form eine Übersicht über die Rechte und Pflichten der Arbeiterinnen, das heisst über die Gewerbeordnung, die Krankheits- und Invaliditätsversicherung, über Organisation, Arbeiterinnenpresse, Heime etc. gibt. Beigefügt ist eine Anleitung, um mit einem Wochenlohn von 10,90 M. auszukommen, was freilich nur die könnten, die »in einem Arbeiterinnenheim essen, ihre Abende und Sonntage dort zubringen«, und bei denen demnach die »Ausgaben für Heizung und Beleuchtung fast ganz fortfallen«. Mit zwingender Macht drängt sich da eine Erwägung auf. 10,90 M. verdienen längst nicht alle, und selbst die es verdienen, können nur ausreichen, wenn gutgemeinte Wohltätigkeit ihnen zu Hilfe kommt. Man muss solche Illustrationsproben zur Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Arbeiterschaft zuweilen etwas niedriger hängen. Dem sehr empfehlenswerten und brauchbaren Büchlein ist ein Verzeichnis der Berliner Arbeitsnachweise beigegeben.

× ×

Frankreich

DIE Arbeiterinnenorganisation in Frankreich, deren Geschichte in dem IV. Bande des Sammelwerkes über die Fachverbände der Arbeiter niedergelegt ist, erscheint sehr dürftig und lückenhaft. Die ersten Anfänge reichen zwar bis in die Jahre 1848 und 1851 zurück, haben aber nie grössere Ausdehnung und Bedeutung erlangt. Ende 1902 gab es 155 gewerkschaftliche Fachvereine, die nur Frauen aufnehmen, mit insgesamt 13873 Mitgliedern. Weiter sind in zusammen 589 gemischten Vereinen und Gewerkschaften noch 48087 Arbeiterinnen organisiert, eine Zersplitterung, die dem gemeinsamen Vorgehen nicht eben förderlich sein kann. Als eine zu deutschen Gepflogenheiten in wohltuendem Gegensatz stehende Massregel ist hervorzuheben, dass durch Erlass einer Ministerialverordnung vom 1. September 1899 einer Frau Sitz und beratende Stimme im Obersten Arbeitsrat zur Begutachtung aller die Arbeiter und Arbeiterinnen berührenden Absichten der Gesetzgebung und Verwaltung zuerkannt wurde. Eine neue Verordnung vom 14. März 1903 bestimmt, dass ein Vertreter der Industriegruppen IX und X (Textilindustrie,

Bekleidung und Wäschefabrikation) eine Arbeiterin sein muss.

× ×

Kurze Chronik IN Zürich ist die gesetzliche Einführung des Zehnstundentages vom Kantonsrat nach hartnäckigem Kampfe der Sozialdemokraten mit 149 gegen 14 Stimmen beschlossen worden. × Am 1. August hat der Dresdener Zweigverein der *Internationalen abolitionistischen Förderation* eine Poliklinik für geschlechtskranke Frauen eröffnet, die für Mittellose gratis und unter Wahrung der Anonymität aller funktioniert. × Die verdiente Führerin der belgischen Sozialistinnen, die warmherzige Menschenfreundin und Idealistin Isabella Gatti de Gamond ist am 11. Oktober an den Folgen einer schweren Operation im Alter von 66 Jahren gestorben (vergl. die Rubrik *Sozialistische Bewegung*, pag. 1064. Ihr Andenken wird bleiben. × Ein Flugblatt des *Allgemeinen deutschen Frauenvereins* verlangt einschneidende Reformen in Bezug auf die Bildungsmöglichkeit und Berufstätigkeit des weiblichen Geschlechts, auf Ehe und Familie und die Stellung der Frauen im öffentlichen Leben, in Gemeinde und Staat. HENRIETTE FÜRTH

KUNST

Dichtkunst

Keyserling NIE wird der kurländische Edelmann in den Mund seiner Menschen ein Wort legen, das unbedingt verdammt oder verhimmelt. Wo in *Benignens Erlebnis* der achtundvierziger Revolutionär mal ausholen möchte im Pathos, drücken ihn die Leisigkeit, der wie ein schleichendes Gift siegende Aristokratismus zusammen. Und die hiergegen sich sträuben wollen, bekommen das Zittern, das verzehrende, nie zu stillende, schale Sehnen. Adlig Blut sei der rechte Saft. Dem kann garend Volksblut zeitweis eine zischende Beweglichkeit zuführen, wie die handfeste Schenkwirtstochter oder ein singender Fürstenliebling oder ein zigeunernd Teufelsgeschöpf, das wegen seiner Schönheit vom Pflaster aufgelesen ward. Das muss aber gelöscht werden unterm Scharfrichterbeil, unter Mörderhänden, durch Austreibung. Pöbelblut kämpft mit Adelsblut: Beate mit Mareile, Peter Hawel mit Marga, der *dumme Hans*, wahrscheinlich in die Elendhütte gelangt, wie ein verirrter Stern, mit Wilddiebsgesindel und in Rechtlosigkeit Wurzelnden. Wenn das Adelswesen, auf dem jede *Harmonie* sich gesammelt hat, in den Wassergrund tauchen musste, ist es die Siegerin doch, weil etwas Erlösendes in seinem Tode liegt. Ganz zu Beginn, im mystischen *Frühlingsopfer*, spriesst unter Süffeln, schmierigen Kätnern und lungernden Bauernlümmeln ein fremdartig Blut empor, ein Bankert. An dem ist das Rätselvolle, dass man's für adlig halten soll, da so viel geheime Wundergänge vom Himmel der Gottesjungfrau zu seiner Seele führen. Das Denken dieser Menschen ist Schönheit, und ihr Trachten das Friedensleben einer geschützten Blume.

VIER Dramen und drei Geschichten, alle bei S. Fischer erschienen, umfassen das Werk Keyserlings; und ihnen ging einiges Verschollene voraus. Die These, für die er eintritt, ist ein noch nicht gehörter Klang. Seine Kraft liegt weder im dramatischen Anpacken, noch im grossen Schwung der Gedanken. Lyrisch sich einschmeicheln möchte er, und es gelingt ihm stets, auch auf dem Theater, wenn das szenische Spiel von visionärer, das erste Glück entdeckender, das letzte Glück verschüttender Stimmung zu sein hat. Sobald der Sturm in die Menschen kommen soll, ist der Dichter ratlos, und er bedient sich einer unpersönlichen, mühsam geübten und doch nicht ganz erworbenen Technik. Die Mängel des Dramatikers sind des Erzählers Tugenden. Hier darf er Schritt für Schritt malen, ohne die in seinem Theater stets deutliche Furcht, im kargen Betonen des künstlerisch Notwendigen das richtige Mass zu versehen. Das letzte, am wenigsten gebrechliche Drama *Benignens Erlebnis* ist schon mehr den Forderungen der Bühne angepasst. Den Zündstoff der Revolution nutzt es aus, indem zwei Weltanschauungen durch ihn verwundet werden. Als die sakralen Vertreter der Menschenwürde und einzig legitimen Beschützer der Volkswohlfahrt wähnen sich die im Besitz, in der Herrschaft, im Reichtum eingeborenen Alten. Sie wollen nicht und können nicht begreifen, dass ihre Kinder mit den Armen fühlen, die statt der Herrschaft die Freiheit, statt des Reichtums das allgemeine Glück erkämpfen. Als ein sehr klug ersonnener Zufall es fügt, dass die Ideale beider Generationen ihre Dauerhaftigkeit erweisen sollen, be-

hält äusserlich das schon verwesende Ideal recht, während es ist, als wenn der siegende Entscheid dem blühenden Geschlechte winkt.

× ×

Lyrisches DAS ganze Jahr hat kein lyrisches Buch gebracht, das ohne jede Einschränkung dem Grossen und Dauernden zugerechnet werden darf. Zwar ist Franz Diederich ein feiner, die Schönheit des Wortes suchender Künstler. Doch seine Welt ist zu ausschliesslich ein Gegenstand der persönlichen Vorliebe, als dass ihre Inhalte allen Lesern werden Freude machen können. Er dichtet den Worpsweder Malern ihre Stimmungen und Landschaften nach, wie es schon der Böhme Rainer Maria Rilke tat (*Worpsweder Stimmungen* /München, Georg Müller/). Indem er so das Auge ganz aufs Malerische einstellt, wird er durch die Natur seines Stoffes ins Artistische hineingetrieben, werden das Wichtigste die Sprachkünste und die bis zur Marotte gesteigerte Ziselierung der Form. Das redliche, aber noch nie in der Poesie gut gewesene Bemühen, mit Worten zu malen, ging ja schon Lessing gegen den Geschmack. Doch hat Diederich eigene Stimmungen gedichtet von dem, was ihm die Heide sagt, und dort spricht ein liebes, umfassendes Herz. Ganze Idyllen seines täglichen, nicht wilden, sondern in Behaglichkeit und Träumerei sich abspinnenden Lebens erzählt er. Und sein zweiter Lyrikband *Die weite Heide* /ebenda/, ist ganz von solchen Freuden erfüllt. Wie eigen er Rhythmus und Reim handhabt, zeige die schöne Strophe:

›Dort oben unterm Dach, im Heu geborgen, —
Wie flüsternd heimlich kam des Schlummers Tritt!
Dann auf der Diele regte früh der Morgen
Lebendig sich. Der holzbeschuhte Schritt
Der Bauern klappte laut. Das flinke Sorgen
Der Wirtin, die an sich kein Zaudern litt.
Ich hörte sie an Tisch und Herd sich müh'n,
Der Kessel summte über'm Torfbrandglüh'n.‹

IM Gegensatz zum stillen Diederich hat Georg Busse-Palma als zigeunernder Bacchant begonnen und die *singende Sünde* gefeiert. Nun will auch er sich die Brücke schlagen zur Ruhe nach dem Wandern und Sehnen. Was ihn bisher reizte, das Weib als *Vampyr*, tut er in einer klagenden Ballade ab. Seine Neigung gehört jetzt der sanften, der aufatmenden, nach der Hetze etwas müden Seele. Manchmal noch ein Sprühen, das schnell gedämpft wird. Ein liebenswerter Lyriker ist Busse-Palma auch in den *Brückenliedern* /München, Langen/ geblieben.

DIE stilistische Unfreiheit, die nach überkommenen Anschauungen nur formen kann und höchstens eine glatte Gefälligkeit des Verses zu spenden hat, ist das Charakteristische an den *Interieurs* von Dr. R. Kühnelt /Abbazia, Fr. J. Schmidt/. Er führt sich als hitzigen Erotiker ein und behält den Ton bei bis zum Überdruss. Ob er sich als Lechzenden schildert oder als Verzichtenden oder wütend Geniessenden, man müsste bis auf Heine zurückgehen, um das Entliehene seiner Lyrik zu erweisen. Und alle Modernen von Bedeutung waren ihm Lehrer, deren Beispiel aber nicht ein selbständiges Gemüt befruchtete. Die lyrische Unkraft unserer Gegenwart wird aber zur erschreckenden Deutlichkeit in Adolf Grabowsky (*Das Zeugende* /Berlin, Barke/). Grabowsky ist nämlich angesteckt von dem verhängnisvollen Irrtum, dass ein frevelhafter Sport mit sprachlichen Schwülstigkeiten Poesie darstelle. Ein tönendes Erlebnis ist ihm nicht ins Blut gegangen. Er spielt mit hohlen Sinnbildern. Wie es bei solchen Symbolisten Brauch, lässt er die Extreme des Wilden und Zahmen in der Natur sich verschlingen. Die Schule, die in Alfred Mombert gipfelt, hat auch ihn verführt. Nur ist sein Sprachreichtum sehr gering. Er versucht sich ab und zu im leichten, gereimten Lied. Wo dann der rhetorische Prunk abfällt, wird erst recht seine Armut und das Konventionelle seiner Begabung offenbar. Ein Satz von ihm heisst: ›Ich hör' ein Lied, das ich nicht singen kann.‹ Das ist die Wahrheit.

× ×

Kurze Chronik DER Dichter Heinrich Bulthaupt ist gestorben; als Künstler bedeutete er wenig, doch hat er über klassisches Drama, dasjenige Hebbels, Ludwigs, Grillparzers und der Gegenwart sehr Gründliches geschrieben. × Max Hesses *Volksbücherei* bringt eine ausserordentlich knappe und gute Biographie Shakespeares von Edward Dow-

den in deutscher Übersetzung. August Trinius, Marc Twain, Lulu von Strauss, Helene Böhlau, Martin Greif setzen die ebendort erscheinenden zeitgenössischen Autoren in praktischer Weise fort. × Das Werk eines ernsten Schriftstellers ist Erich Lilienthals Tragigroteske *Peter Schüler* /Minden, Bruns/. Der Untergang eines halben Helden, den eine Modeströmung für Tage berühmt macht, und der in der Not als hohl und schwach zerrüttet wird, ist der bewegliche Inhalt des Romans.

× ×

Literatur DER Berliner Ordinarius des Slawischen, Alexander Brückner, schrieb eine *Geschichte der russischen Literatur* in der Sammlung der *Literaturen des Ostens* /Leipzig, Amelang/. Er verzichtet darauf, das Biographische der Einzelpersönlichkeit zu geben und benutzt es nur so weit, wie es den Entwickelungsgang der Gesamtliteratur aufhellen kann. Diese Strömungen jedoch zeichnet er von ihren ersten Anfängen bis zur Gegenwart mit starker Darstellungskraft und ungewöhnlicher Gelehrsamkeit, wie sie schon an seiner polnischen Literaturgeschichte gepriesen werden mussten. Dass im grossen, überschauenden Zusammenhang manch Urteil der Mode umgemünzt wird, ist selbstverständlich. Tschechow wird als gottbegnadeter Dichter gerühmt, Gorkij mit kühler Vorsicht gewertet. MAX HOCHDORF

Musik

Formprobleme SOLLTE es reiner Zufall sein, dass in der Entwickelung der modernen Musik das Lied den übrigen Formen so weit vorangeeilt ist? Ich habe in den vorigen Rundschauen bereits angedeutet, dass die menschliche Stimme in neuester Zeit so sehr in den Vordergrund tritt; das aber kann nicht der einzige Grund sein, es hätte dann ja die Oper eine gleiche Höhe der Entwickelung erreichen müssen, wie das Lied. Der innere Hauptgrund ist vielmehr das Problem der Form, und ehe dieses gelöst ist, ist eine moderne Musik grossen Stils unmöglich. Das ist der Kernpunkt, um den sich das Musikleben der letzten Monate drehte.

DIE Schwierigkeit, modernen Geist und grosse Form zu vereinen, können nur die ganz Starken überwinden, und es sind wenig genug, denen es gelungen ist. Das letzte gute Werk dieser Art ist immer noch Strauss' *Domestica* — und Monate sind schon seit ihrer Erstaufführung verflossen. Bei den neuesten Versuchen fehlt es immer an der nötigen Stärke. Ed. Behm hat ein Klavierquintett und eine Phantasie für Violine und Klavier geschrieben. Beide Werke sind voll guter Gedanken, in beiden zeigt sich der Komponist als gediegener, ernster Musiker, und besonders im Quintett finden sich Stellen von innerer Grösse. Aber es sind nur Stellen. Das Werk als Ganzes zieht sich in die Länge, es ermüdet; Behm scheitert an der Hauptschwierigkeit, an der Form. Noch mehr lässt sich das behaupten bei einem Klavierkonzert von O. Singer. Bei ihm sind die grossen Stellen weit spärlicher. Fehlt schon in den Themen selbst die Bedeutung, so noch viel mehr in der thematischen Arbeit. Kommt dazu noch das Bestreben, stets *persönlich*, stets *modern* zu sein und so den Hörer selbst an den äusseren Ruhepunkten nicht ausruhen zu lassen — die Sätze sind nicht von einander abgeteilt —, so wird bei der übergrosen Ausdehnung das Werk wenig geniessbar. Dass aber selbst ein Stärkerer an der Form scheitert, zeigt sich in einem Streichquartett von Vit. Novák. Hier sind wenigstens die Gedanken meist von tiefer und grosser Empfindung, und auch in der thematischen Arbeit zeigt sich Bedeutendes. Dann aber versagt dem Künstler doch zum grossen Gestalten die Kraft, und er muss nun mit leeren Noten das Ganze ausfüllen, abrunden. Arbeitet er dabei noch mit den kontrapunktischen Feinheiten eines modernen Technikers, so wirkt auch dieses Werk aufreibend, wie fast alle moderne Kammermusik. Vielleicht und hoffentlich wird Novák noch die Schwierigkeit der Form überwinden, er dürfte dann wohl noch eine Rolle spielen. Sibelius (Violinkonzert D-moll, op. 47) und Heubner (Violinkonzert C-moll) geben in der Form nichts Neues. Wie viel schwerer ist es für einen Künstler unserer Zeit, eine ältere, strengere Sonatenform zu füllen! Die Erfindung reicht nicht aus. Heubner ersetzt das fehlende Genie durch gediegene Arbeit, Sibelius versucht die Leere durch Äusserlichkeiten zu verdecken. Ähnlich verhält es sich mit P. Ertels symphonischer Dichtung *Belsazar*. Busoni geht diesem Problem der grossen Form aus dem Wege. Seine Musik zu *Turandot* besteht aus einer Anzahl kleiner Charakterstücke.

Er will das Chinesische charakterisieren; darin liegt die Schwäche und die Stärke dieser Kompositionen. Andere Künstler vermeiden wieder in anderer Weise die Schwierigkeiten der modernen Form. Sie lassen das Moderne zurücktreten, sobald sie im grossen Stil komponieren, ja, sie verzichten zum Teil ganz auf das Persönliche und schliessen sich sogar eng an ältere Muster an. Hierin wurde relativ Gutes geleistet; doch bleibt es ein Mangel. Es lässt sich nichts an Kahns Trio G-moll (Klavier, Klarinette, Cello) aussetzen; vieles ist in dieser Arbeit hervorragend an Feinheit und Grazie und Form. Für mich aber fehlt gerade die Hauptsache: der Inhalt. Auch in G. Jenners Kompositionen, in G. Schumanns F-moll-Symphonie und W. Bergers G-moll-Trio kann man nur die feine Arbeit anerkennen. Ähnlich einige Werke von Halfdan Cleve: geschickt und wirkungsvoll, aber ohne Tiefe, ein gutes Durchschnittswerk zum Beispiel sein B-moll-Klavierkonzert. Allzu äusserlich ist dagegen eine Klaviersonate von Em. Moór.

BISHER beschränkte sich die moderne Gesangsmusik fast nur auf das kurze Stimmungslied. Ed. Behm greift auf die grössere Balladenform Loewes zurück. Er zeigt sich hier nicht so persönlich wie in seinen oben erwähnten Kammermusikwerken, vielleicht weil das unpersönlich Erzählende zum Wesen der Ballade gehört. So kann, da der Text mit denen von Loewe grosse Ähnlichkeit hat, auch die Musik von dem Vorgänger nicht stark abweichen. Die Tatsache, dass die Balladen *Jean Renaud, Die Fee* und *Saul bei der Hexe von Endor* eines Loewe würdig sind, spricht genug für ihren Wert. Weniger bedeutend sind die lyrischen Gesänge.

× ×

Kurze Chronik

IN Cöln starb Isidor Seiss im Alter von 65 Jahren. Er war auf vielen Gebieten der Musik tätig, ausübend und lehrend und wurde vor allem bekannt durch seine Bearbeitung der Tänze Beethovens. × Eine Reihe neuer Opern wurden mit Erfolg aufgeführt: *Der Überfall* von Zöllner in Stettin, *Hjoerdis* von K. Moor in Prag, *Baldurs Tod* von C. Kistler in Düsseldorf, *Bruder Lustig* von Siegfried Wagner in Hamburg, deren Wert aber sehr bestritten wird, ferner *Das Fest auf Solhaug* von V. Stenhammar im Berliner Opernhaus, ein Werk ernster Arbeit, an dem vieles zu loben ist, doch ohne genügend Persönlichkeit und Bedeutung, um den Hörer über die Schwäche der inneren Form hinwegheben zu können, und endlich Eugen d'Alberts *Flauto solo* in Prag. × Eine symphonische Dichtung von F. Klose, *Isebill*, fand in München, Max Regers neue Sinfonietta in Cöln starken Beifall. × Einen Wettbewerb für Komponistinnen aller Nationen schreibt der internationale *Lyceumklub* aus. × Auf dem 3. Kunsterziehungstag wurde über die Themen *Musik und Gymnastik* (Lichtwarck), *Die Musikpflege im Hause* (Batka), *Die Jugend in Konzerten und Opern* (Barth) und *Das musikalische Geniessen* (Dessoir) gesprochen. × Die Universität Leipzig hat eine ordentliche Professur für Musikwissenschaften errichtet und dem bisherigen ausserordentlichen Professor H. Riemann übertragen — unser grösster Musikgelehrter bis jetzt nur Extraordinarius. × Die genialste musikalische Tragödin der Gegenwart, Gemma Bellincioni, gastierte in Berlin am *Theater des Westens*, leider nicht in bedeutenden Werken, da diese Monopol der Königlichen Oper sind. Wo bleibt die Intendanz, wenn es gilt, solch ein Phänomen zu gewinnen?

× ×

Literatur

DIE Einheit in den geistigen Strömungen der Jetztzeit scheint sich auch in der Literatur über Musik bemerkbar zu machen. Die Empfindung ist feiner geworden nicht nur im Geniessen der Kunstwerke, sondern auch im Verstehen und Geniessen der künstlerischen Persönlichkeit. Wir müssen jetzt aber auch mehr selbst die Arbeit tun, über die wir uns bisher nur von anderen haben berichten lassen. Selbst Briefe lesen, Tagebücher, Memoiren u. s. w. Das Bedürfnis nach solchen Werken ist so stark, dass fast alle besseren Bücher der letzten Monate über Musik dieses Gebiet behandeln. Alle diese Werke sind nicht ohne Interesse: Hugo Wolf, Peter Cornelius, Hector Berlioz, Rich. Wagner (Gedichte und Briefe), Bülow, Schumann u. s. w. Auf zwei Bücher weise ich hier besonders hin, auf Nietzsches Briefwechsel mit Malwida von Meysenburg /Berlin, Schuster & Löffler/ und Beethovens Briefe, herausgegeben von K. Storck /Stuttgart, Greiner & Pfeiffer/. Das erstere ist besonders deswegen interessant, weil es ein Stück Kulturgeschichte der

neuesten Zeit ist: der Kernpunkt ist das Verhältnis von Nietzsche zu Wagner. Man hat so viel darüber geschrieben und hat besonders Nietzsche allerlei persönliche Motive untergelegt, die seine Freundschaft und den Bruch mit Wagner verständlich machen sollen. Ich glaube — und ich werde durch jene Briefe darin bestärkt —, das Wesentliche dieser merkwürdigen Stellung zweier ganz Grossen ist dieses: Nietzsche hat die Entwickelung vom Baseler Professor zum Verfasser des *Zarathustra* durchgemacht, vom Menschen des XIX. Jahrhunderts zum Übermenschen des XX. Die grundsätzliche Verschiedenheit dieser beiden Nietzsches drückt er selbst ganz unzweifelhaft aus. So stehen sich anfangs zwei verwandte Seelen, später aber die Gegensätze zweier Zeitalter gegenüber. Und wer die innere Verschiedenheit eines Wagnerschen Dramas und der Nietzscheschen Lyrik empfindet, der muss auch die Notwendigkeit eines Bruches empfinden. Was Nietzsche über Wagner schreibt, es ist echt; mehr noch, es ist die erschütternde Wahrheit, die nicht wenig dazu beigetragen hat, den modernsten Menschen aller zu zerrütten, dessen Tragik darin bestand, seinen Zeitgenossen um ein Zeitalter voraus gewesen zu sein. Diese Seele zu geniessen — gewiss, es lohnt sich. Aber der Genuss ist kein ungemischter, man muss sich durch manche Briefe hindurchlesen, ehe man zum Schönen kommt; es ist das der Mangel aller Gesamtausgaben. Aus diesem Grunde geben Beethovens Briefe eine reinere Freude. Man kann wohl über die Auswahl streiten, entbehren möchte ich keine Zeile. Man erfährt wenig über den Musiker Beethoven, nur der Mensch steht vor uns in seiner ganzen Schönheit der Seele. Selbst wer seiner Kunst noch fremd gegenübersteht, den Menschen kann, muss jeder lieben. Ich empfehle dies Buch jedem Laien, der überhaupt ästhetisch geniessen kann. ERNST AARMANN

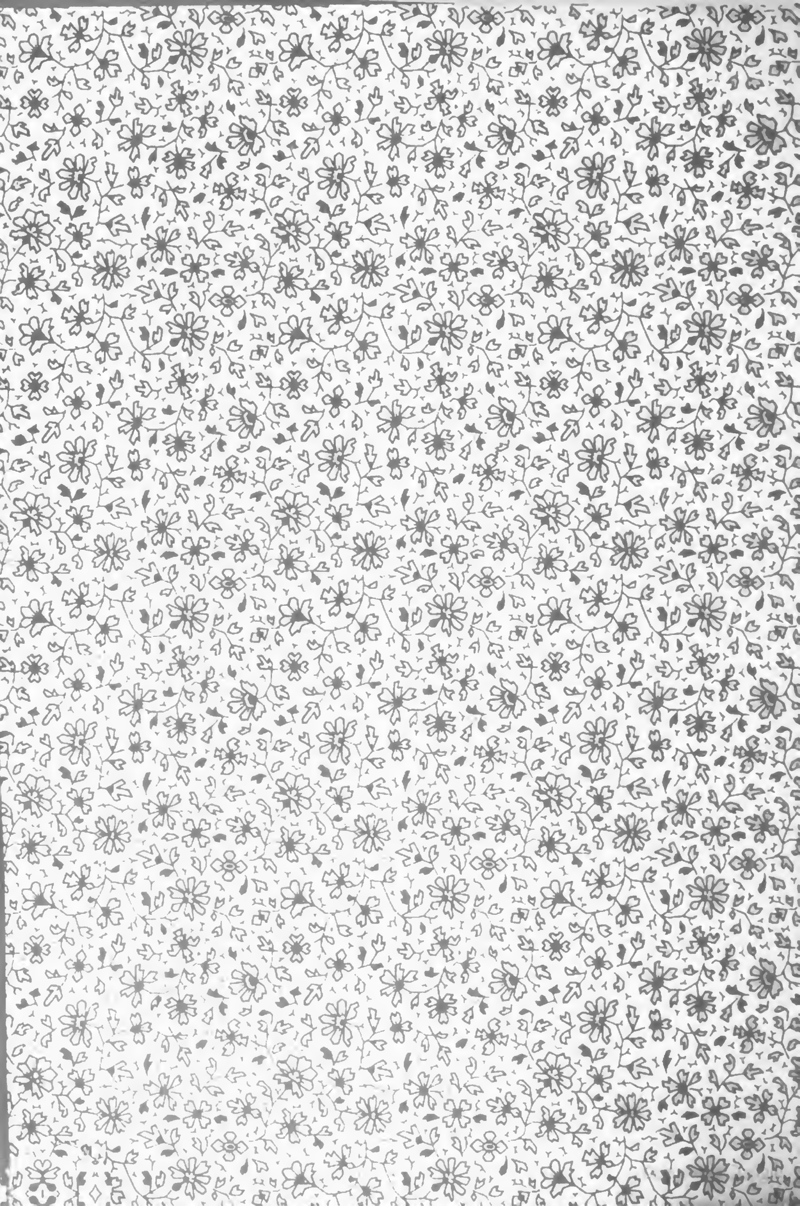
DIVERSA

Notizen

In eigener Sache

AUF meine im vorigen Heft (pag. 998) erfolgte Abwehr des törichten Versuches, die *Sozialistischen Monatshefte* ein *bürgerliches* Blatt zu nennen, glaubt Genosse Lensch in der *Leipziger Volkszeitung* vom 1. November noch ein paar überflüssige Bemerkungen machen zu sollen. Da er sachlich nichts zu erwidern weiss, so murmelt er etwas von »Reklamebedürfnis«; dieser geschäftliche Gedankengang liegt ihm offenbar sehr: man ist es jetzt nachgerade gewöhnt, dass die *Leipziger Volkszeitung* dem, der sich gerade ihre Ungunst zugezogen hat, Erwerbsinteressen unterschiebt, ihn als *Geschäftsmann* bezeichnet etc., und dass sie dies mit Vorliebe gerade Genossen gegenüber tut, deren Unfähigkeit zur materiellen Ausnutzung ihrer politischen Tätigkeit notorisch ist. Nun, man kann es schliesslich niemand verargen, wenn er die Vermutungen auch äussert, die ihm vielleicht stets als die plausibelsten erscheinen. Genosse Lensch ärgert sich auch darüber, dass er früher einmal den *Sozialistischen Monatsheften* seine Mitarbeit angeboten hat. Die Tatsache selber bestreitet er nicht, aber er wünscht mildernde Umstände zugebilligt zu erhalten: es sei schon lange her (fünf Jahre), damals sei er noch ein Neuling gewesen; nicht vertraut mit den »inneren Parteiverhältnissen«. Je nun, er redigierte damals bereits, was er mitzuteilen vergisst, ein Parteiblatt — er hat seine Mitarbeit ausdrücklich als »Redakteur der *Freien Presse*« angeboten! —, also musste man von ihm auch voraussetzen, dass er ungefähr in der Partei Bescheid wusste. Übrigens ist es wohl eine ausserhalb Leipzigs unbekannte Spielart des ökonomischen Materialismus, dass man, um zu ermessen, ob ein Blatt sozialistisch oder bürgerlich ist, in den »inneren Parteiverhältnissen« alias in allerhand persönlichem Klatsch beschlagen sein müsse. Den Charakter eines Blattes pflegt man sonst aus seinem Inhalt zu erkennen. Sollte Genosse Lensch den damals noch nicht haben beurteilen können? Er versichert uns ja, dass er bereits »einen ausreichenden Begriff von den Grundsätzen und Forderungen der Sozialdemokratie« hatte .... Indes, es sei zugegeben, dass ihm, der inzwischen von Strassburg nach Leipzig befördert wurde, mit seinen höheren Zwecken auch die Begriffe gewachsen sein können. JOSEF BLOCH

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION HERMANN REHLÄNDER · VERLAG DER SOZIALISTISCHEN MONATSHEFTE G. M. B. H. · DRUCK VON *GUTENBERG* DRUCKEREI UND VERLAG A. G. · SÄMTLICH IN BERLIN




UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 01144 4919